Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“:



Die Protokolle des
CDU-Bundesvorstandes
1950–1953

– Klett-Cotta –



Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung
herausgegeben von
Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts,
Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz

Band 8

Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden."
Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953

Klett-Cotta

Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden."

Die Protokolle
des CDU-Bundesvorstandes
1950–1953

Bearbeitet von
Günter Buchstab

Klett-Cotta

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“ :
d. Protokolle d. CDU-Bundesvorstandes 1950 – 1953 /
bearb. von Günter Buchstab. – 1. Aufl. –
Stuttgart : Klett-Cotta, 1986.
(Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte ;
Bd. 8)
ISBN 3-608-91426-9
NE: Buchstab, Günter [Bearb.]; Christlich-
Demokratische Union Deutschlands; GT

1. Auflage 1986
Verlagsgemeinschaft Ernst Klett Verlag – J. G. Cotta'sche
Buchhandlung
Alle Rechte vorbehalten
Fotomechanische Wiedergabe nur mit Genehmigung des Verlages
© Ernst Klett Verlage GmbH u. Co. KG, Stuttgart 1986
Printed in Germany
Umschlag: Manfred Muraro
Satz: Setzerei Lihs, Ludwigsburg
Druck: Gutmann, Heilbronn

Inhalt

Einleitung VII

1. Der Bundesvorstand als Organ der CDU VII
2. Die Protokolle des Bundesvorstands als Quelle . . XVI
3. Adenauer und der Bundesvorstand XX
4. Zur Edition XXIV

Übersicht über die Protokolle XXIX

Protokolle 1
Abkürzungen und Zeichen 659
Quellen und Literatur 665
Personenregister 675
Sachregister 687

Einleitung

1. Der Bundesvorstand als Organ der CDU

Die Gründung einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei gehört zu jenen Weichenstellungen, die 1945 eine Rekonstruktion der innenpolitischen Verhältnisse der Jahre vor 1933 verhindert haben. Mit einer bewußten Abkehr vom traditionellen deutschen Parteiensystem und seiner Zersplitterung, die als mitverantwortlich für das Scheitern der Weimarer Republik galt, mit ihrer christlichen Orientierung und mit einer neuen außen- und wirtschaftspolitischen Konzeption traf die CDU auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. Dies fand seinen Ausdruck in erfolgreichen Wahlen auf Kommunal-, Landes- und schließlich 1949 auch auf Bundesebene. Diese Erfolge sind ohne eine schlagkräftige zentrale Parteiorganisation errungen worden. Daß der Aufstieg der CDU nicht das Resultat von Aufbau und Ausbau der Organisation war, erscheint aus heutiger Sicht manchem erstaunlich, gilt doch neuerdings weithin vor allem „die personelle und technisch-organisatorische Qualität des Parteiapparats" als Garant für den politischen Erfolg einer Partei.[1]

Freilich gab es von Anfang an Bemühungen, die lokal und regional gegründeten Unionsverbände miteinander zu verschmelzen. Ein erster Versuch, noch im Gründungsjahr 1945 einen Dachverband ins Leben zu rufen, war auf dem sog. Reichstreffen vom 14. bis 16. Dezember 1945 in Bad Godesberg gescheitert. Als verbindende Klammer war der in Bad Godesberg beschlossene, Anfang 1946 in Frankfurt/Main errichtete Zonenverbindungsausschuß geplant, aber er blieb ohne Bedeutung. Auch jenes Minimum an Koordination, das durch den lockeren Verbund der seit 1947 in Frankfurt angesiedelten „Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands" gegeben war, entsprach nach Gründung der Bundesrepublik nicht mehr den Anforderungen des politischen Alltags; denn praktisch war das Generalsekretariat in Frankfurt nicht mehr als eine Verbindungsstelle zwischen den Landesverbänden der verschiedenen Zonen. Ausschlaggebend für das relativ bescheidene Gewicht der „Arbeitsgemeinschaft" war vor allem das latente Mißtrauen der regionalen Parteigliederungen gegen jede Zentralisierungstendenz. Außerdem bestanden in Berlin und in Köln verhältnismäßig gut organisierte Zonengeschäftsstellen, mit denen die jeweiligen Landesverbände weitaus engere Verbindungen pflegten als mit Frankfurt.

Ein erneuter Vorstoß zur Bildung einer Gesamtpartei wurde im Jahre 1948 unternommen, als die gemeinsame Fraktion von CDU und CSU im Frankfurter

1 Vgl. zuletzt SCHÖNBOHM S. 300ff.

Wirtschaftsrat, der erste quasi institutionalisierte Zusammenschluß auf überregionaler Ebene, schon über ein Jahr erfolgreich gearbeitet hatte und die Verfassungsberatungen im Parlamentarischen Rat bevorstanden. Aber ein vom Organisationsausschuß der „Arbeitsgemeinschaft" am 20. August 1948 in Königstein formuliertes „Statut der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU" blieb ohne Folgen.[2] Immerhin wurde die Organisation des Wahlkampfs für die erste Bundestagswahl und damit das erste koordinierte Handeln verschiedener Verbände der CDU vom Generalsekretariat in Frankfurt übernommen.[3]

Die gemeinsame Arbeit in den vorparlamentarischen Gründungsgremien der Bundesrepublik, der Erfolg dieses ersten Bundestagswahlkampfes, die Bildung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Zusammentritt der Bundesversammlung und die länderübergreifende Arbeit im Bundesrat schufen dann das Klima, in dem in der CDU überzonales Denken und Handeln an Boden gewann. Die Notwendigkeit strafferer Führung und Koordination wurde der größten Regierungspartei zunehmend bewußt; dies stellte automatisch die Frage nach der zukünftigen Organisation. An die Stelle der „Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU", die nach der Bundestagswahl ihre Tätigkeit praktisch einstellte, trat die 1948 errichtete und von Adenauer geleitete Konferenz der Landesvorsitzenden, die sich für kurze Zeit zur zentralen Schaltstelle der Partei entwickelte. Zwar besaß sie keine offizielle politische Legitimation – denn sie war in keiner Satzung eines Landesverbands vorgesehen –, aber sie wurde doch neben den parlamentarischen Gremien zur Keimzelle einer überzonalen Parteiorganisation.

Eine Sitzung der Landesvorsitzenden vom 11. Mai 1950 in Königswinter kann gewissermaßen als die Geburtsstunde der Gesamtpartei bezeichnet werden: Die Vorsitzenden der CDU-Landesverbände des Bundesgebiets und Berlins gründeten die Christlich-Demokratische Union auf Bundesebene und wählten Bundeskanzler Konrad Adenauer, den Vorsitzenden des größten und am besten organisierten Verbands[4], einstimmig zum vorläufigen Vorsitzenden.[5] Ab sofort nahm er in seine Parteikorrespondenz die Bezeichnung „Bundesvorsitzender der CDU" bzw. „Der Vorsitzende der CDU Deutschlands" auf. Das Führungsgremium bildete einen Ausschuß, dem – nach landsmannschaftlichen, konfessionellen und beruflichen Gesichtspunkten zusammengesetzt – folgende Mitglieder angehörten: Oberbürger-

2 Text des Statuts in ACDP VII-004-126/2; Druck der Geschäftsordnung in FLECHTHEIM 1 S. 200f.

3 Vgl. Udo WENGST: Die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949. In: VfZ 34 (1986) S. 1–52.

4 Vgl. zu Aufbau und Organisation demnächst Horstwalter HEITZER: Die CDU in der britischen Zone. Gründung, Organisation, Programm und Politik der Christlich-Demokratischen Union. Ms. Köln 1985.

5 Auf einen Einzelnachweis der zitierten Protokolle der Konferenzen der Landesvorsitzenden wird verzichtet, da sie z.Z. im ACDP zur Veröffentlichung vorbereitet werden. Zu Adenauer in der britischen Zone vgl. PÜTZ; zu seinem Aufstieg zuletzt MORSEY: Konrad Adenauer.

meister Ernst Bach aus Siegen, der Bundestagsabgeordnete Anton Hilbert aus Untereggingen (Baden), der frühere Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat und Bundestagsabgeordnete Friedrich Holzapfel aus Herford (Westfalen), der Bundestagsabgeordnete Rudolf Vogel aus Aalen (Nordwürttemberg), der Gewerkschafter Heinrich Lünendonk aus Frankfurt (Hessen), Helene Weber aus Essen (Rheinland), Walther Schreiber aus Berlin und Alois Zimmer aus Montabaur (Rheinland-Pfalz).

Dieser Ausschuß, dem bemerkenswerterweise kein Mitglied aus den norddeutschen Parteiorganisationen angehörte, sollte die Redaktion der Bundessatzung übernehmen und den ersten Bundesparteitag vorbereiten. Weiterhin wurde beschlossen, die Bundespartei dreifach zu gliedern: in einen Gesamtvorstand, einen Parteiausschuß und einen jährlich einzuberufenden Parteitag. Durch Hinzunahme von Vertretern derjenigen Gebiete, die fremder Verwaltung unterstellt waren, sowie der sowjetischen Besatzungszone wollte die Parteiführung ihren Anspruch dokumentieren, die Vertretung der christlich-demokratischen Kräfte in ganz Deutschland zu sein.

Noch im Mai 1950 wurde der Organisationsausschuß unter Leitung von Alois Zimmer konstituiert, dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz. Der Ausschuß befaßte sich intensiv mit der Vorbereitung des ursprünglich für September vorgesehenen Parteitags. Seine wichtigste Aufgabe aber war zunächst, ein Statut auszuarbeiten, das die neue Sachlage auch rechtlich fixierte. Zimmer konnte dabei auf seine Vorarbeit in der „Arbeitsgemeinschaft" vom August 1948 und die Weiterentwicklung des Statuts vom Oktober 1949 zurückgreifen.[6] Die Schlußberatung der neuen Satzung fand in der Sitzung der Landesvorsitzenden vom 31. Juli 1950 in Königswinter statt. Im wesentlichen wurden für das Parteiorgan „Bundesvorstand" die folgenden Regelungen getroffen:

„§ 9: Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, seinen drei Stellvertretern, dem Schatzmeister und sieben weiteren Mitgliedern. Für diese sieben Mitglieder wird je ein Stellvertreter gewählt.

§ 10: Der Vorstand führt die Beschlüsse des Bundesparteitages und Parteiausschusses durch und erledigt die laufenden Geschäfte. Er ist befugt, in eiligen Fällen Entscheidungen zu treffen, die dem Parteitag oder Parteiausschuß zur Genehmigung vorzulegen sind.

Der Vorstand bedient sich zur Erledigung der laufenden Geschäfte der Bundesgeschäftsstelle. Die Bundesgeschäftsstelle ist dem Vorstand verantwortlich. Das Nähere regelt die vom Vorstand zu erlassende Geschäftsanweisung.

§ 11: Zur Unterstützung des Vorstandes sowie zur Bearbeitung fachlicher Aufgaben und zur Betreuung bestimmter Bevölkerungskreise und ihrer Durchdringung mit dem Gedankengut der CDU werden Ausschüsse gebildet. Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Landesverbänden – im Einvernehmen mit den auf der

6 Vgl. Vermerk Zimmers vom 9. Oktober 1949 in BA, NL Kaiser vorl. Nr. 108.

Landesebene bestehenden Ausschüssen – entsandt. Die Vorsitzenden der Ausschüsse werden auf Vorschlag ihrer Mitglieder vom Parteiausschuß gewählt. Die Ausschüsse sind dem Vorstand verantwortlich.

Zusammensetzung, Arbeitsbereich und Arbeitsweise regelt eine Geschäftsordnung, die vom Vorstand erlassen wird."

Weitere Regelungen, die den Vorstand betrafen, waren die Einberufung von Parteitag und Parteiausschuß durch den Vorstand sowie die Wahl des Parteivorsitzenden und seiner drei Stellvertreter durch den Parteitag (§ 5). Die Wahl des Schatzmeisters, sieben weiterer Vorstandsmitglieder und ihrer Stellvertreter oblag dem Parteiausschuß (§ 7); diesem gehörten an neben dem gesamten Vorstand die Delegierten der Landesverbände und der sowjetisch besetzten Zone, die Vorsitzenden der Landesverbände und der Exil-CDU, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen im Bundesgebiet und der Stadtverordnetenfraktion Groß-Berlin sowie fünf Vertreter für die Gebiete jenseits der Oder und Neiße, die vom Flüchtlingsausschuß gewählt wurden (§ 6).[7]

In ihrer Konferenz am 13. Oktober, kurz vor dem ersten Bundesparteitag, der nach längerem Tauziehen für den 20.–22. Oktober nach Goslar einberufen wurde, diskutierten die Landesvorsitzenden erneut die Bestimmungen über die Zahl der Vorstandsmitglieder und berieten über die personelle Konstellation des in Goslar zu wählenden Vorstands. Ohne Debatte wurde einstimmig beschlossen, Adenauer als ersten Vorsitzenden der Gesamtpartei vorzuschlagen; faktisch hatte er diese Position bereits inne. Ebenfalls einstimmig wurde Jakob Kaiser als Stellvertreter nominiert. In der Diskussion über den zweiten Stellvertreter schälte sich die Nominierung von Friedrich Holzapfel heraus, der wie Kaiser nicht gerade zu den engsten Vertrauten Adenauers zählte. Daraufhin versuchte Adenauer unter Hinweis auf die großen und schweren politischen Aufgaben in seinem Amt als Bundeskanzler eine ihm genehme Persönlichkeit als weiteren Stellvertreter durchzusetzen. Um Kaiser und Holzapfel zu neutralisieren, äußerte er den Wunsch, in der Parteiführung „eine junge frische Kraft zur Seite" zu haben, die ihre „ganze Kraft der Partei zur Verfügung stellen könne". Er dachte dabei an den in der Bundestagsfraktion kometenhaft aufgestiegenen Kurt Georg Kiesinger, den er noch am Morgen des 13. Oktober aus konfessionspolitischen Erwägungen (und weil er wohl eine Parteiarbeit Kiesingers favorisierte) zum Verzicht auf seine Kandidatur für das Amt des Bundestagspräsidenten bewogen hatte.[8] Tatsächlich wurde Kiesinger auch zum „Generalsekretär als geschäftsführendes Vorstandsmitglied" vorgeschlagen. Aus diesem Grund veränderten die Landesvorsitzenden das Statut auf ihrer letzten Konferenz am 20. Oktober unmittelbar vor Beginn des Parteitags erneut. Um eine größere Ausgewogenheit und Repräsentanz aller Parteigruppierungen zu erreichen, wurde gleichzeitig beschlossen, den Vorstand von sieben auf zehn Mitglieder zu erhöhen.

7 CDU, 1. Parteitag S. 174–176; FLECHTHEIM 1 S. 201–204.

8 KIESINGER: Erlebnisse S. 63f.

Der die Zusammensetzung des Parteivorstands betreffende § 9 der Satzung, die mit einigen Änderungen bis zum Stuttgarter Parteitag im April 1956 in Kraft blieb, lautete schließlich: „Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied, dem Schatzmeister und zehn weiteren Mitgliedern. Für diese zehn Mitglieder wird je ein Stellvertreter gewählt. Der jeweilige Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU gehört dem Vorstand als stimmberechtigtes Mitglied an." Das Statut wurde am 21. Oktober 1950 von Adenauer verlesen und von den Parteitagsdelegierten angenommen. Zum Vorsitzenden wählte der Parteitag Adenauer mit 302 von 335 Stimmen, zu (gleichberechtigten) Stellvertretern Holzapfel mit 297 von 342 und Kaiser mit 304 von 336 abgegebenen Stimmen.

Die Statuten hatten nicht festgelegt, für welchen Zeitraum die Vorsitzenden gewählt waren. Auf dem 3. Parteitag 1952 wurden Adenauer und Kaiser wiedergewählt, und Holzapfel, der als Gesandter nach Bern wechselte, durch den Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises und Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers ersetzt. Dieser 3. Parteitag verwies auf einen Beschluß des 1. Parteitags, wonach die Vorsitzenden auf zwei Jahre gewählt worden seien[9]; die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder wurde sogar auf den nächsten Parteitag verschoben. In Hamburg 1953 wurde schließlich die Amtsdauer der Vorstandsmitglieder auf ein Jahr begrenzt.

In seiner Sitzung vom 21. Oktober 1950 wählte der Parteiausschuß die weiteren Vorstandsmitglieder und ihre Stellvertreter.[10] Unproblematisch war die Berufung von Ernst Bach zum Schatzmeister[11], heftig umstritten dagegen der von Adenauer für das Amt des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds vorgesehene Kandidat Kiesinger. Kaiser und Holzapfel versuchten seine Wahl zu verhindern, da Kiesinger ihre Machtposition in der Vorstandsarbeit erheblich beschränkt hätte. Bei Kaiser, der trotz seines Scheiterns als CDU-Vorsitzender der SBZ vor allem bei den Delegierten der Exil-CDU und Berlins hohes Ansehen genoß, wie bei Holzapfel, der als ehemaliger Fraktionsvorsitzender im Frankfurter Wirtschaftsrat nach wie vor Rückhalt in der Partei hatte, wäre auch jeder andere Kandidat als Kiesinger auf Ablehnung gestoßen. Verschiedentlich wurde in der Debatte argumentiert, so rasch nach Gründung der Bundespartei benötige man kein geschäftsführendes Vorstandsmitglied.

Der massive Widerstand der Berliner Vertreter Friedensburg und Gradl sowie einer starken Gruppe um Holzapfel ergab schließlich ein Wahlergebnis von 39 Ja-, 18 Neinstimmen, 16 Enthaltungen, bei zwei ungültigen Stimmen und einer Stimme für Ernst Lemmer. Damit konnten sich weder Adenauer noch Kiesinger selbst zufriedengeben. Die Zurückhaltung oder gar scharfe Ablehnung gegen Person wie

9 CDU, 3. Parteitag S. 81–84, 91f.
10 Protokoll in ACDP VII-001-019/1.
11 Wahl am 22. Oktober 1950; vgl. Protokoll des Parteiausschusses in ACDP VII-001-019/2.

Funktion, die in dieser Abstimmung zum Ausdruck kam, hätte Kiesingers Arbeit sehr erschwert und ihn in zu große Abhängigkeit des Parteivorsitzenden gebracht. Er nahm deshalb zwar die Wahl in den Vorstand an, nicht aber das auf ihn zugeschnittene Amt[12], das infolgedessen unbesetzt blieb. Der Rückzieher Kiesingers war eine erste Niederlage Adenauers bei der Durchsetzung seiner Personalvorstellungen wie auch seiner parteipolitischen Konzeption. Bei der Besetzung des Geschäftsführerpostens sollten weitere Niederlagen folgen. Die Wahlen der übrigen Mitglieder, die in der Sitzung der Landesvorsitzenden vom 13. Oktober bereits nominiert worden waren und im wesentlichen auch akzeptiert wurden, verliefen hingegen ohne Auseinandersetzungen. Damit hatte der in Goslar durch Parteitag und Parteiausschuß bestellte, nach konfessionellen, beruflichen und landsmannschaftlichen Gesichtspunkten ausgewogene Vorstand folgende Zusammensetzung: 1. Vorsitzender: Konrad Adenauer; stellvertretende Vorsitzende: Friedrich Holzapfel, Jakob Kaiser; Schatzmeister: Ernst Bach; Mitglieder (und Stellvertreter): Hessen: Werner Hilpert, Heinrich Lünendonk; Württemberg: Wilhelm Simpfendörfer (Nordwürttemberg), Albert Sauer (Württemberg-Hohenzollern); Baden: Anton Dichtel (Südbaden), Fridolin Heurich (Nordbaden); Rheinland-Pfalz: Alois Zimmer, Adolf Süsterhenn; Niedersachsen: Georg Strickrodt (Braunschweig), Adolf Cillien (Hannover); Nordrhein-Westfalen: Ernst Majonica (s. Junge Union), Johannes Albers; Berlin: Walther Schreiber, Robert Tillmanns; Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen: Carl Schröter (Schleswig-Holstein), Ewald Samsche (Hamburg); Frauen: Maria Gröwel, Anna Marie Heiler; Junge Union: Ernst Majonica (s. NW); Vertriebene: Linus Kather, Oskar Wackerzapp sowie Heinrich von Brentano als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.[13]

Mit der Wahl des Vorstands war neben Parteitag und Parteiausschuß das dritte Organ der Bundes-CDU geschaffen, die bislang unverbundenen Landesverbände zusammengefügt und insofern die Gründungsphase der Bundespartei abgeschlossen. Der 1. Bundesparteitag in Goslar kann daher sowohl als Endpunkt für die Phase der Verschmelzung zur überregionalen Partei betrachtet werden wie auch als Beginn gemeinsamer Parteiarbeit der CDU auf Bundesebene.

Die Auseinandersetzung um die Kompetenzen innerhalb des Vorstands war mit der in Goslar unterbliebenen Wahl eines geschäftsführenden Vorstandsmitglieds nur vertagt. Bereits in seiner ersten Sitzung am 5. Dezember 1950 befaßte sich der Vorstand mit dieser Frage und einigte sich auf eine „extrakonstitutionelle" Regelung, da ein Einvernehmen weder über Aufgabe noch Person herzustellen war, die sowohl den Vorstellungen des Vorsitzenden wie seiner Stellvertreter und des Gesamtvorstands gleichermaßen entsprochen hätte. Wohl war man sich im großen und ganzen über Inhalt und Weg der Politik im klaren; erbittert stritt man aber über die Form, in der dies geschehen sollte. Der schließlich gefundene Kompromiß unter-

12 KIESINGER: Erlebnisse S. 64.
13 CDU, 1. Parteitag S. 173.

streicht, wie souverän sich die CDU-Spitze über das wenige Wochen zuvor beschlossene Statut hinwegsetzte, wenn es aufgrund der Sachlage opportun schien: Auf Vorschlag von Schatzmeister Bach wurde „ein Arbeitsausschuß zur Vorbereitung der Bundesgeschäftsstelle" geschaffen, der sog. 5er-Ausschuß, den Kaiser, Holzapfel, Kiesinger, Zimmer und Bach bildeten.[14] Als vordringlichste Aufgabe stellte sich ihm die Auflösung der Sekretariate der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft in Frankfurt und der britischen Zone in Köln sowie ihre Überführung in die Bundesgeschäftsstelle bis zum 31. Dezember 1950. Auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe am 20. bzw. 21. Oktober 1951 schließlich wurde dieser 5er-Ausschuß abgelöst und in großzügiger Interpretation des § 7b bzw. 9 der Satzung beschlossen, „daß auch an Stelle von einem mehrere geschäftsführende Vorstandsmitglieder bestellt werden können".[15] Allein Holzapfel meldete schwerwiegende Bedenken gegen die Statutsverletzung an. Er hatte den vom Parteiausschuß ursprünglich für Organisationsfragen vorgesehenen Zimmer verdrängt[16] und war am 9. November 1950 mit der Aufgabe betraut worden, „die Parteiorganisation und den Aufbau der Bundesgeschäftsstelle durchzuführen"; er galt als „verantwortlicher Leiter der Bundesgeschäftsstelle"[17] und befürchtete eine Verringerung seines Einflusses auf die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle. Mit der Berufung von Kiesinger, gegen den Kaiser erneut Vorbehalte geltend machte, sowie Tillmanns und Wuermeling am 9. November 1951[18] reduzierten sich auch tatsächlich die Einwirkungsmöglichkeiten der beiden Adenauer-Vertreter auf die Geschicke der Partei. Entscheidendes Gewicht fiel von nun an diesen geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern zu, die regelmäßig zu den Besprechungen der „Mittwochsrunde"[19] hinzugezogen und damit zu einem wichtigen Bindeglied zwischen dem Parteivorsitzenden und Kanzler, Bundeskanzleramt und Parteiapparat wurden.

Bis zu diesem Zeitpunkt war aber noch immer die Frage ungelöst, wer die im Aufbau befindliche Bundesgeschäftsstelle in Bonn leiten sollte. Schon im Frühjahr 1951 hatte Adenauer den ihm ergebenen Chefredakteur des „Deutschland-Union-Dienstes" (DUD), Heinz Lubbers, als kommissarischen Bundesgeschäftsführer eingesetzt; Holzapfel war damit als Organisator weitgehend ausgeschaltet.[20] Die schweren Bedenken, die im Vorstand gegen diese Eigenmächtigkeit des Vorsitzenden wie

14 Vgl. unten Nr. 1 S. 8f.; Beschlüsse dieser Sitzung auch in BA, NL Holzapfel Nr. 232.
15 Vgl. unten Nr. 7 S. 85; CDU, 2. Parteitag S. 140f., 167.
16 Protokoll der Sitzung vom 22. Oktober 1950 in ACDP VII-001-019/2.
17 Aktenvermerk der Besprechung vom 9. November 1950 in BA, NL Holzapfel Nr. 232; Protokoll des Arbeitsausschusses des Vorstands vom 14. Dezember 1950 in BA, NL Kaiser vorl. Nr. 108.
18 Vgl. Nr. 9 S. 94f.
19 Regelmäßige Teilnehmer: Adenauer, Bach, Blankenhorn, von Eckardt, Ehlers, Globke, Heck, Kaiser, Kiesinger, Lenz, Rust, Tillmanns und Wuermeling (vgl. Nr. 18 Anm. 92).
20 Vgl. Nr. 2 S. 14.

auch gegen die Person laut wurden[21], schwächten Lubbers' Stellung aber erheblich und schränkten seine praktischen Möglichkeiten ein. Der Geschäftsführer des Landesverbands Westfalen-Lippe, Joseph Blank, den der Vorstand in seiner Mehrheit wohl akzeptiert hätte, wurde von seinem Verband nicht für die Bundespartei freigegeben.[22] Um das Vakuum an der Spitze der Bundesgeschäftsstelle zu beenden, wählte der Vorstand schließlich Anfang 1952 auf Empfehlung Kiesingers und auf Vorschlag Tillmanns' den damaligen Regierungsrat Bruno Heck gegen den Willen Adenauers zum Bundesgeschäftsführer. Heck trat sein Amt zum 1. Mai 1952 an.[23] Wie schon im Fall Kiesinger mußte sich Adenauer auch in dieser Personalfrage dem Willen der Partei bzw. des Vorstands beugen. Mit der Lösung dieser letzten wichtigen Frage war der langwierige Prozeß des personellen Aufbaus der gesamten Bundesgeschäftsstelle, der bis dahin die Diskussionen im Vorstand wesentlich mitbestimmt hatte, abgeschlossen.

Die Satzung sah allerdings weder die Position mehrerer geschäftsführender Vorstandsmitglieder noch die des Bundesgeschäftsführers vor; eine entsprechende Änderung erfolgte erst vier Jahre später in § 9c (Mitglied im Bundesvorstand) bzw. § 10 Abs. 2 (Wahl durch den Bundesvorstand und Verantwortlichkeit) des neuen Parteistatuts, das der 6. Bundesparteitag in Stuttgart am 28. April 1956 verabschiedete.[24] Zu diesem Zeitpunkt wurde auch eine Erweiterung des Vorstands sanktioniert, die sich seit Mitte 1952 angebahnt hatte. Aufgrund der als mangelhaft empfundenen Abstimmung der Politik zwischen Bund und CDU-geführten Ländern, zwischen Bundespartei und Landesverbänden, beschloß der Vorstand am 13. Juni 1952, „auch diejenigen Landesvorsitzenden, die nicht ordentliche Mitglieder des Vorstands sind, zu den Sitzungen des Bundesparteivorstandes einzuladen"; ebenfalls sollte der Generalsekretär der CSU hinzugezogen werden.[25] Dieser Versuch, den parteipolitischen Föderalismus der Union zu überwinden, traf bei den Landesverbänden, die auf ihre Eigenständigkeit bedacht blieben, nicht überall auf Gegenliebe; die Maßnahme stieß vor allem dort ins Leere, wo keine Personalunion zwischen Landesvorsitz und Amt des Ministerpräsidenten (wie in Nordrhein-Westfalen) bestand. In einer „internen Entschließung" vom 15. Dezember 1952 hielt es der Vorstand – in Ausweitung seines Beschlusses vom Juni – deshalb „für dringend geboten, daß die der CDU angehörenden Ministerpräsidenten ständig an den Sit-

21 Vgl. Nr. 2 S.19; Lenz-Tagebuch vom 10. Mai 1951: „erregte Debatte um die Bestellung von Lubbers... Der Alte setzte sich aber, wie üblich, auch hier wieder durch". Entgegen der Feststellung SCHÖNBOHMS (S. 37) akzeptierte der Vorstand also die Berufung von Lubbers.

22 Vgl. Nr. 2 S. 23 sowie Nr. 8 S. 88.

23 Vgl. KIESINGER: Erlebnisse S. 65; HECK: Adenauer S. 199. Vgl. Nr. 11.

24 CDU, 6. Bundesparteitag (1956) S. 113ff.

25 Vgl. Nr. 12 S. 120; Schreiben Hecks an Landesverbände vom 31. Juli 1952 in BA, NL Kaiser vorl. Nr. 108.

zungen des Bundesvorstandes teilnehmen".[26] Um diese Entschließung satzungsgemäß abzusichern, wurde auf dem 4. Bundesparteitag in Hamburg am 22. April 1953 eine entsprechende Statutenänderung beschlossen, mit der sich der Vorstand einer paritätischen Repräsentation der Landesverbände in der CDU-Spitze annäherte. Der § 9 lautete also: „Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern, dem Schatzmeister, den Vorsitzenden der Landesverbände und zehn weiteren Mitgliedern. Für diese zehn Mitglieder wird je ein Stellvertreter gewählt. Die stellvertretenden Vorsitzenden der Landesverbände sind berechtigt, die Vorsitzenden stimmberechtigt im Vorstand zu vertreten. Der jeweilige Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU gehört dem Vorstand als stimmberechtigtes Mitglied an."

Zu ordentlichen Mitgliedern wurden neben Adenauer – sowie seinen Vertretern Kaiser und Ehlers – gewählt: Albers, Bauknecht, Gradl, Anna Marie Heiler, Majonica, Samsche, Strickrodt, Wackerzapp, Helene Weber, Zimmer; – zu stellvertretenden Mitgliedern: Benda, Hellwig, Heurich, Hofmeister, Elisabeth Pitz-Savelsberg, Gisela Praetorius, Hilde Röskau, Süsterhenn, Wehking, Winkelheide; – zum Bundesschatzmeister: Bach; – zu geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern: Kiesinger, Tillmanns und Wuermeling.[27] Hinzu kam der Fraktionsvorsitzende im Bundestag, von Brentano, als „geborenes" Mitglied.

Zwischen 1950 und 1953 veränderte sich der Parteivorstand in Zahl und Zusammensetzung also beträchtlich und erhielt dadurch nicht nur ein neues Gesicht, sondern auch innerparteilich mehr Gewicht. Das Bundesorgan und die Spitzen der Landesvorstände wie auch der Parteiausschüsse (später: Vereinigungen) rückten näher zusammen. Parallel zu dieser engeren Verknüpfung ist in der gesamten Union ein Prozeß zu sehen, in dessen Verlauf die verschiedensten Funktionen in wenigen Händen kumulierten. Einige Beispiele aus der Reihe der Vorstandsmitglieder spiegeln diese Entwicklung wider: Kaiser, Bundesminister, war Vorsitzender der Exil-CDU und der CDA; Ehlers, Bundestagspräsident, war Vorsitzender des EAK und des Landesvorstands Oldenburg; Albers war Vorsitzender des Kreisverbands Köln und des Landessozialausschusses Rheinland sowie stv. Vorsitzender des Landesverbands Rheinland.

Die Konzentration zahlreicher Parteifunktionen auf wenige Amtsträger, die dem Bundesvorstand angehörten, verdichtete in der Parteispitze sowohl fast alle Parteiinstanzen als auch die unterschiedlichen politischen, konfessionellen, landsmannschaftlichen sowie gesellschaftlichen Strömungen und ermöglichte dem zentralen Gremium der Partei eine entscheidende Integrationsfunktion für die Gesamtpartei.[28] So wurde der Vorstand in dieser personellen wie funktionalen Konstellation, als „Organisation" von Organisationen, in zunehmendem Maße seiner eigentlichen

26 Vgl. Nr. 16 S. 208f. Wortlaut der Entschließung in BA, NL Kaiser vorl. Nr. 237.
27 CDU, 4. Bundesparteitag S. 221.
28 Vgl. dazu auch SCHULZ S. 163–165.

Rolle als Parteiexekutive und Schaltstation zwischen den verschiedenen politischen Ebenen gerecht. Er bildete das Dach, unter dem die vordem divergierenden Kräfte gesammelt und zur Gesamtpartei verschmolzen wurden. Hier wurden nicht nur Beratung und Beschlußfassung der Parteitage vorbereitet und auf diese Weise kontrolliert[29]; hier erfolgten auch die Vorbesprechungen und Planungen für die meist im Anschluß oder für den folgenden Tag einberufenen Sitzungen des Parteiausschusses, die insoweit ganz wesentlich von den Festlegungen im Vorstand beeinflußt wurden, zumal seine Mitglieder kraft Amtes auch diesem Gremium angehörten. Aufgrund der meist identischen Tagesordnung und dem fast gleichlautenden Bericht Adenauers zur Lage fanden die Vorstandsmitglieder an den Sitzungen des Ausschusses immer weniger Interesse und reisten in der Regel vorzeitig ab.

2. Die Protokolle des Bundesvorstands als Quelle

Diese Feststellungen über Bedeutung und Funktion des Parteivorstands, die vor dem Hintergrund der Ausgangslage des Jahres 1950 gesehen werden müssen, gelten vor allem für den breiten Informationsfluß zwischen Regierung, Bundestagsfraktion, Gesamtpartei und Landesverbänden. In den 32 Monaten zwischen 5. Dezember 1950 und 31. Juli 1953, der letzten hier dokumentierten Einberufung, fanden insgesamt 26 Zusammenkünfte statt. Allein die Sitzung vom 16. März 1951 blieb in diesem Band unberücksichtigt, da die einzige überlieferte Notiz im Tagebuch von Otto Lenz, dem Staatssekretär im Presse- und Informationsamt, inhaltlich zu wenig aussagt.[30] Es haben also fast monatlich, spätestens alle acht Wochen Zusammenkünfte stattgefunden; nur zwischen Dezember 1950 und März 1951 sowie zwischen Februar und Juni 1952 trat eine viermonatige Pause ein. Tagungsort der in der Regel halbtägigen, manchmal ganz-, verschiedentlich auch zweitägigen Sitzungen war meist das Kanzleramt in Bonn, was zu der Meinung beigetragen hat, Adenauer

29 So lautet der Beschluß des Vorstands (Beschlußprotokoll der Sitzung Nr. 16 und 17): „Für die nächste Sitzung des Vorstandes soll der geschäftsführende Vorstand einen detaillierten Programmentwurf für den Bundesparteitag in Hamburg ausarbeiten. Beamte, Mittelständler und Vertriebene müssen im Programm besonders berücksichtigt werden." Das so erarbeitete Programm wurde vom Parteitag nur noch abgesegnet. Vgl. dazu Buchhaas: Volkspartei S. 194ff.; Ute Schmidt: CDU S. 539–544; Dittberner S. 68ff.

30 „Nachmittags Vorstandssitzung der CDU, in der der Bundeskanzler der Fraktion sein Mißfallen zum Ausdruck brachte, daß sie den Entwurf in den entscheidenden Punkten abgeändert hatte. Es entspann sich eine heftige Debatte, in der der Bundeskanzler nicht nachließ, seinen Standpunkt mit aller Hartnäckigkeit zu vertreten." – Gemeint ist die Frage des Mitbestimmungsrechts; die Bundestagsausschüsse hatten die Regierungsvorlage in entscheidenden Punkten abgeändert. Vgl. dazu Müller-List S. 439–456; Dieselbe: Zwischen Konfrontation und Interessenausgleich. Zur Entwicklung und gesetzlichen Regelung der Mitbestimmung in der Frühzeit der Bundesrepublik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18/85 S. 15–28, hier S. 24f.

habe die CDU aus dem Palais Schaumburg heraus „regiert". Dabei wird nicht bedacht, daß lange Zeit keine Parteizentrale mit geeigneten Tagungsmöglichkeiten zur Verfügung stand und daß der Kanzler an seinem Amtssitz auch während der Vorstandssitzungen – wie die Protokolle an vielen Stellen belegen – Amtsgeschäften nachgehen konnte. Durch diesen Sitzungsrhythmus war ein intensiver Informations- und Gedankenaustausch gewährleistet.

Der zeitliche Rahmen dieses Protokollbandes umspannt drei entscheidende Jahre der Anfänge der Bundesrepublik Deutschland; sein Endpunkt, der 31. Juli 1953, die letzte Sitzung vor der zweiten Bundestagswahl, mag zunächst willkürlich erscheinen. Als Einschnitte in der fortlaufenden Reihe der Protokolle wären auch die Wahlen zum obersten Entscheidungsgremium der Partei, d.h. die Parteitage, denkbar gewesen, ebenso die Verabschiedung des ersten gemeinsamen Parteiprogramms in Hamburg. Aber weder Parteitage noch das Hamburger Programm vom 22. April 1953[31] bedeuten eine Zäsur im Wirken des Vorstands. Vielmehr erhält die Eingrenzung auf die Legislaturperiode des ersten Bundestags ihre innere Berechtigung und Begründung dadurch, daß jede Partei ihre Arbeit – abgesehen von grundsätzlichen Erwägungen – am Termin der nächsten Wahlen ausrichtet; diese gilt es zu gewinnen, um dann die programmatischen Ziele in den legislativen und exekutiven Gremien durchzusetzen. Die Ausrichtung der Parteiarbeit auf die Bundestagswahl wird schon Mitte der Legislaturperiode von Adenauer angemahnt[32]; ab Ende 1952 sind die Tagesordnungen neben der Vorbereitung des 4. Bundesparteitags, der Frage der Wahlgesetzgebung und jener Gesetzesvorhaben, die in der laufenden Legislaturperiode noch abgewickelt werden sollten, wesentlich geprägt durch die Frage der Kandidatenaufstellung und Listenverbindungen mit den Koalitionsparteien, um das Wählerpotential optimal ausnutzen zu können, sowie Wahlpropaganda und Wahlkampffinanzierung. Mit dem letzten Zusammentreten am 31. Juli waren die Vorbereitungen für die zweite Bundestagswahl abgeschlossen, die am 6. September 1953 mit einem Stimmenzuwachs von 14,2 % und dem Gewinn der absoluten Mehrheit der Bundestagsmandate so überaus erfolgreich für die Unionsparteien endete.

Die Protokolle eröffnen nicht nur tiefe Einblicke in die Entwicklung der CDU im Bund und in den Ländern sowie die parteipolitischen Auseinandersetzungen und Koalitionsprobleme dieser Zeit, sie vermitteln auch Motive und Ziele der wesentlichen innen- und außenpolitischen Weichenstellungen in den entscheidenden Aufbaujahren der Bundesrepublik. Die ersten Sitzungen waren vornehmlich von Parteiinterna, den Fragen um Organisation und personellem Aufbau der Bundesgeschäftsstelle bestimmt. Mit der Berufung des 3er-Kollegiums Kiesinger, Tillmanns, Wuermeling am 9. November 1951[33] und des Bundesgeschäftsführers Heck Ende

31 CDU, 4. Bundesparteitag S. 249.
32 Vgl. Nr. 3 S. 39.
33 Nr. 9.

Februar 1952[34] war diese Aufbauphase abgeschlossen. Auch wenn Adenauer bereits am 6. September 1951 die Arbeitsfähigkeit der Bundesgeschäftsstelle ausdrücklich hervorhob[35], wies er doch immer wieder auf die Notwendigkeit einer besseren Parteiarbeit und verstärkter Koordination mit allen anderen Parteistellen hin.[36]

Schwer wogen von Beginn an die Finanzprobleme. Nach der Satzung vom 21. Oktober 1950 war die Bundespartei Kostgängerin der Landesverbände. Ihre Einnahmen reichten aber nie für einen ordnungsgemäßen Geschäftsgang aus, so daß der Bundesschatzmeister stets auf der Suche nach weiteren Finanzierungsquellen war. Die laufenden Kosten der Bundesgeschäftsstelle wurden vornehmlich durch den Verkauf des „Wirtschaftsbildes", durch Mitgliedsbeiträge, Zahlungen der Mandatsträger und Spenden gedeckt, wobei lange Zeit zwischen Bundespartei und Landesverbänden strittig war, wie die Gelder verteilt werden sollten.[37] Die Möglichkeit, die chronische Geldnot mit einer Maßnahme zu beheben, wie sie die FDP über eine Stiftung praktizierte, fand keinen Anklang bei den Vorstandsmitgliedern.[38] Eine wichtige Geldquelle wurde durch die sog. Fördervereine erschlossen, wobei man sich der Gefahr möglicher politischer Einflußnahme der dahinterstehenden Wirtschaftskreise wohl bewußt war.[39] Die von Schatzmeister Bach offengelegten Bilanzen über Einnahmen und Ausgaben, über Wahlkampfkosten und ihre Aufbringung[40] eröffnen erstmals einen genaueren Einblick in das Finanzgebaren und die Finanzsorgen der Union jener Jahre.[41]

Immer wieder tauchte auch das Problem der Balance zwischen den beiden Konfessionen auf. Wie groß das überkommene gegenseitige Mißtrauen in jenen Jahren noch war und wie schwer sich die überkonfessionelle Partei damit tat, wird an unterschiedlichsten Ereignissen deutlich: die Protestanten hatten Schwierigkeiten in ihrem eigenen Bereich mit Strömungen, die sich an Namen wie Niemöller und Heinemann knüpfen[42]; Probleme gab es beim Proporz von Stellenbesetzungen[43], Differenzen bei der Frage über das Verhalten gegenüber der katholischen Zentrumspartei[44]; Empörung bei den Protestanten rief das Verhalten des Bischofs von Würzburg hervor, das die Partei eigentlich gar nicht berührte.[45] Wenn auch im allgemeinen der Tenor lautete, die Katholiken dürften in ihrem Verhalten gegenüber den Protestanten „nicht kleinlich" sein, so wurde doch gleichzeitig davor ge-

34 Nr. 11.
35 Nr. 4 S. 54.
36 Nr. 3 S. 48; vgl. Anm. 35. Vgl. dazu z.B. auch die Ausführungen Schröters in Nr. 2 S. 18.
37 Vgl. Nr. 2 S. 19–21; Nr. 4 S. 61–63; Nr. 6 S. 77f. usw.
38 Nr. 3 S. 42.
39 Nr. 12 S. 127. Vgl. dazu auch FLECHTHEIM: Entwicklung S. 186f.
40 Nr. 19 S. 435ff.; Nr. 20 S. 470f.; Nr. 24 S. 642f.
41 Vgl. dazu die einseitige Sicht von FLECHTHEIM: Entwicklung.
42 Nr. 1 S. 3, 7f.; Nr. 8 S. 87.
43 Nr. 5 S. 75; Nr. 14 S. 163, 165.
44 Vgl. z.B. Nr. 23 S. 541f.
45 Nr. 24 S. 641.

warnt, die Vorstellungen des katholischen Volksteils oder des Klerus' zu übergehen oder gar zu mißachten.[46]

Neben diesen CDU-Interna bestimmten vornehmlich die Ereignisse in den Ländern und Vorgänge in den Landesparteien sowie die ausführlichen Analysen über Wahlerfolge und -niederlagen die Tagesordnung. Zwischen dem Goslarer Parteitag und der zweiten Bundestagswahl fanden eine Volksabstimmung im Südweststaat, sechs Landtagswahlen (zuzüglich der Wahl am 26. November 1950 in Bayern sowie der Wahl vom 30. November 1952 im Saarland) sowie fünf Kommunalwahlen (plus Bayern) statt, die der CDU z.T. empfindliche Verluste eintrugen, was zum Gerede von der „Krise der CDU" führte.[47] Die Wahlergebnisse, ihre unterschiedlichen lokalen, regionalen und überregionalen Ursachen und Einflüsse wurden aus CDU-Sicht eingehend debattiert und nach ihrer Nutzanwendung für die kommende Parteiarbeit untersucht.[48]

Eine entscheidende Rolle spielten bei diesen Erörterungen die Beziehungen zu den anderen Parteien. Den Befürwortern eines zurückhaltenden Kurses gegenüber DP, FDP, Zentrum, BHE und auch SPD, hier vornehmlich die Anhänger einer großen Koalition, standen Kritiker gegenüber, die die gebotene koalitionspolitische Rücksichtnahme gegenüber den eigenen grundsätzlichen weltanschaulichen Positionen hintanstellten. Sorge bereitete die Rechtsorientierung der DP, deren Sonntagsredner Seebohm als Unruhestifter immer wieder Kopfschütteln verursachte.[49] Keinesfalls harmonisch war das Verhältnis zur FDP: Zum rechten Flügel wahrte man Distanz.[50] Anlaß ständigen Ärgers waren aber neben politischen Sachfragen[51] vor allem die Sticheleien der Linksliberalen Dehler und Maier, die die Union immer wieder in den Verdacht einer klerikalen Partei zu rücken suchten.[52] Heftig diskutiert wurde auch das Verhältnis zur Zentrumspartei, die einerseits gleiche Wählerschichten ansprach wie die CDU und damit als lästiger Konkurrent auftrat, andererseits aber ebenfalls aus koalitionspolitischen Erwägungen zurückhaltend behandelt werden mußte.[53] Sehr genau wurden das Aufkommen des BHE und die Auswirkungen auf das Wählerpotential der CDU beobachtet, wobei das eigenwillige Verhalten des Vertriebenenpolitikers Linus Kather dieser Beziehung eine besondere Brisanz verlieh.[54] Nicht alle Vorstandsmitglieder befürworteten gegenüber der SPD den Kurs

46 Nr. 1 S. 8; Nr. 5 S. 75; Nr. 23 S. 541.
47 DITTBERNER S. 71.
48 Nr. 2 S. 27ff.; Nr. 18 S. 329ff.
49 Nr. 24 S. 598, 603f., 605.
50 Nr. 23 S. 537.
51 Nr. 24 S. 586f., 600ff.
52 Nr. 16 S. 219; Nr. 23 S. 562.
53 Vgl. Nr. 23 S. 536f., 540f. Bedauerlicherweise konnte die Lücke im Protokoll Nr. 24 nicht geschlossen werden, in dem das Verhältnis zum Zentrum „erbittert" diskutiert wurde (vgl. Nr. 24 Anm. 120). Zum Verhältnis zwischen CDU und Zentrumspartei Ute SCHMIDT: Deutsche Zentrumspartei. In STÖSS 1 S. 1192–1242, hier S. 1202ff.
54 Nr. 13 S. 145ff.; Nr. 17 S. 263ff.

klarer Abgrenzung.[55] Hier war es vor allem der Parteivorsitzende, der der SPD die eindeutige Rolle der Opposition zuwies und seine Partei stets unter Hinweis auf die Gefahr eines SPD-Sieges bei der kommenden Bundestagswahl, der eine „innere und äußere Katastrophe" bedeuten würde[56], zu verstärkter Anstrengung in Bund und Land aufrief. Auffallend ist die differenzierte, ja wohlwollende Einschätzung Kurt Schumachers durch Adenauer[57], während er seinem Nachfolger Erich Ollenhauer weniger Format zubilligt. Der Wille zu eindeutiger Konfrontation mit dem DGB kommt in den Sitzungen ebenso zum Ausdruck wie die Mahnung zur Mäßigung, die vor allem von den früheren christlichen Gewerkschaftern Albers, Arnold und Kaiser ausgesprochen wird.[58]

Je mehr die Bundespartei sich stabilisierte, desto breiteren Raum nahmen die Diskussionen um die großen Themen der Innen- und Außenpolitik ein. In aller Regel waren sie vorstrukturiert durch die an den Anfang der Sitzungen gerückten umfassenden Berichte zur Lage, die Adenauer gezielt nutzte, um „Herrschaftswissen" auszubreiten, aktuelle Probleme zur Diskussion zu stellen und einen möglichst breiten Konsens herbeizuführen. Nur selten konnten Vorstandsmitglieder eine Debatte über Grundsatzfragen durchsetzen, die über die von Adenauer angesprochenen Themen hinausging.[59]

3. Adenauer und der Bundesvorstand

Die herausragende Stellung, die Adenauer in der CDU besaß, ist unbestreitbar.[60] Das Gewicht seiner Persönlichkeit ist mit Recht als einer der stärksten Aktivposten der CDU bezeichnet worden.[61] Seine Rolle als Parteiführer wird dagegen meist weniger positiv beurteilt: Er habe die CDU ausschließlich in der Funktion als „Kanzlerwahlverein"[62] gesehen und insofern ihre Entwicklung eher gehemmt als gefördert. Die Vorstandsmitglieder hätten sich zu „des Kanzlers Chorknaben" degradieren lassen[63], und noch jüngst ist behauptet worden, Adenauer sei gegenüber den Parteiführungsgremien und den Mitgliedern der Partei eher als Bundeskanzler denn als Parteivorsitzender in Erscheinung getreten; die CDU in der Ära Adenauer sei eher Regierungs- als Bundespartei gewesen.[64]

55 Vgl. die Diskussion in Nr. 23 und 24.
56 Nr. 3 S. 39.
57 Nr. 18 S. 295; Nr. 23 S. 527.
58 Nr. 12 S. 110f. sowie Nr. 23 und 24.
59 Jakob Kaiser erzwang am 26. Januar 1953 eine Saardebatte, konnte sich aber – obwohl von Peter Altmeier unterstützt – mit seiner Meinung nicht durchsetzen. Vgl. Nr. 18 S. 409ff.; dazu auch REPGEN: Saar-Frage S. 98–100.
60 Erste richtungweisende Studie von HEIDENHEIMER: Adenauer.
61 HEIDENHEIMER: Regierungschef S. 248; PRIDHAM S. 56–112.
62 Ute SCHMIDT: CDU S. 504.
63 HEIDENHEIMER: Regierungschef S. 257.
64 BUCHHAAS: Volkspartei S. 114; SCHÖNBOHM S. 39.

Schon im Zonenausschuß der CDU der britischen Zone war Adenauer die dominierende Figur[65]; daß er auch im Bundesvorstand unangefochtene Bedeutung gewann, war zunächst keineswegs sicher. Das Scheitern seines in Goslar unternommenen Versuchs, die Spitze der Partei mit einem geschäftsführenden Vorsitzenden seines Vertrauens zu besetzen, zeigt, daß die „Landesfürsten" und „Stammesherzöge" nicht willens waren, ihre „Erbhöfe" zugunsten eines Adenauer-Gefolgsmannes ohne weiteres aufzugeben. Die Ersatzkonstruktionen mit kollegialer Führung, deren Mitglieder auch in anderen Gremien eingespannt waren, haben den Weg zur Straffung der Parteiorganisation nicht begünstigt. Die CDU blieb ihrer föderativen Struktur treu, mit der sie angetreten und in den ersten fünf Jahren ganz gut gefahren war. Dadurch verzögerte sich die Organisation der Partei von oben her – aus der Bonner Zentrale – während der Periode bis 1953. Dies lag nicht im Interesse Adenauers, der häufig über die mangelnde Effizienz der Parteiarbeit und ihrer Harmonisierung zwischen den verschiedenen Geschäftsstellen klagte.[66] Für ihn wäre eine durchgreifende Veränderung der Organisationsstruktur aber nur unter großem Einsatz an Kraft und Zeit möglich gewesen, verbunden mit erheblichen Reibungsverlusten für sein Regierungsamt. Das in Kauf zu nehmen, war der Regierungschef nicht bereit.

Es zeigt sich zudem, daß ein derartiger Herkulesakt gar nicht nötig war, um seine Führungsposition innerparteilich zu unterbauen. Zugute kamen ihm nicht nur seine bereits im CDU-Zonenverband der britischen Zone erworbene persönliche Autorität und das mit dem Kanzleramt verbundene Prestige; zugute kamen ihm in der Anfangsphase auch die z.T. desolaten, lähmenden Verhältnisse an der Spitze verschiedener Landesverbände; zugute kamen ihm schließlich die personelle Besetzung des Vorstands überhaupt und die Erfolge in der Außen- und Wirtschaftspolitik.[67]

Als Gegenspieler Adenauers hatte Jakob Kaiser nach dem Verlust seiner Ämter in Berlin als „Kaiser ohne Land" abgedankt. Im übrigen zeigen jene Sitzungen, in denen er Adenauer vertrat, daß ihm die Souveränität fehlte, den Vorstand auch nur annähernd so effektiv wie der Vorsitzende zu leiten. Auch der zweite Stellvertreter, Friedrich Holzapfel, hatte nach Beendigung seiner einflußreichen Tätigkeit als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat und nach Auflösung des CDU-Zonenverbands der britischen Zone, dessen zweiter Vorsitzender er war, keine Hausmacht hinter sich scharen können, mit der er seine Ambitionen auf Leitung der Bundesgeschäftsstelle gegen den Willen Adenauers hätte stützen

65 PÜTZ S. 92–98.

66 Nr. 3 S. 48f.; Nr. 8 S. 87f.; Nr. 9 S. 94f.; Nr. 10 S. 96f.

67 Vgl. zum Folgenden auch HEIDENHEIMER: Adenauer S. 185ff.; WENGST: Auftakt S. XXVIII, der eine vergleichbare Konstellation bei der Regierungsbildung 1949 feststellt.

und durchsetzen können. Immerhin brauchte Adenauer bis ins Jahr 1952, um Holzapfel aus dem Zentrum der Parteimacht vollends auszumanövrieren. Werner Hilpert in Hessen geriet in seinem Landesverband vor allem nach dem Wahldebakel vom November 1950 derart unter Beschuß – mit entsprechender Unterstützung durch Adenauer –, daß er schließlich resignierte und sich 1952 ganz aus der Parteiarbeit zurückzog. Carl Schröter in Schleswig-Holstein bekam Schwierigkeiten mit seinem Ministerpräsidenten Walter Bartram. Beide verwickelten sich gegenseitig in Parteiverfahren, und damit war auch Schröter paralysiert.[68] Die Vertreter des zukünftigen Südweststaats waren so sehr mit der anstehenden Neugliederung beschäftigt, daß in die dadurch hervorgerufenen internen Auseinandersetzungen von Bonn aus schlichtend eingegriffen werden mußte[69]; so blieb automatisch auch ihr Gewicht im Vorstand gering. Die Versuche Ernst Bachs, des Schatzmeisters, der seinen Machtbereich durch Übernahme der Geschäftsstelle erweitern wollte und seinen Anspruch mit Rücktrittsdrohungen zu bekräftigen suchte, wurden wenig ernstgenommen und sämtlich abgeblockt.[70] Erkennbare „Fraktionsbildungen", die innerhalb des Vorstands zu Stimmführerschaft geführt und dem Vorsitzenden insofern Schwierigkeiten bereitet hätten, sind nicht erkennbar; allenfalls in Sachfragen scharten sich einige Mitglieder enger zusammen.

Als potentielle weitere Konkurrenten um Einfluß auf Partei und Parteizentrale wären nur noch die Ministerpräsidenten der CDU-geführten Länder kraft Amtes in Frage gekommen. Doch waren sie im Vorstand zunächst nicht vertreten, und ihre ehedem so dominierende Rolle mit den Machtbefugnissen, die sie in den ersten Nachkriegsjahren erworben und ausgebaut hatten, waren ihnen mit Bildung der Bundesrepublik verlorengegangen. Zudem hatten sie – wie Karl Arnold in Nordrhein-Westfalen, die stärkste Persönlichkeit unter ihnen – mit außerordentlich eigenständigen Landesverbänden und -vorsitzenden zu tun oder waren wie Bartram in Schleswig-Holstein heftig umstritten. Und selbst wenn sie in jener Zeit mit Sitz und Stimme im Vorstand vertreten gewesen wären, sie hätten doch nicht über die breiten Kontakte und internationalen Verbindungen verfügt, die Adenauer in seinem Amt als Bundeskanzler anknüpfen konnte, die ihm zusätzlichen Einfluß verschafften, einen beträchtlichen Informationsvorsprung sicherten und zu „Herrschaftswissen" verhalfen, das er voll in die Waagschale der Parteiarbeit werfen konnte.

Die souveräne Art und Weise, in der er seine Möglichkeiten nutzte, zeigen seine „Berichte zur Lage". Je mehr sich das Organ Bundesvorstand an der Parteispitze festigte, desto gezielter setzte er diese internen Ansprachen ein: Mit genauer Information und differenzierter Beurteilung innen- wie außenpolitischer Vorgänge, mit präzisen Analysen, eingebettet in historische Perspektiven, mit humorvollen Einla-

68 Vgl. Nr. 2 S. 30.
69 Nr. 10 S. 98ff.
70 Vgl. Nr. 5 Anm. 4.

gen oder bissigen Seitenhieben, hin und wieder auch mit Behauptungen, die – wie Otto Lenz in seinem Tagebuch festhält – der Wahrheit wohl nicht so ganz entsprachen[71], beeinflußte er den Gang der anschließenden Aussprache. Diese Lageberichte, die er als Führungsinstrument erst ab Mitte 1952 voll entwickelt zum Einsatz brachte, werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf seinen Umgang mit dem Vorstand, der die Informationen aus erster Hand meist dankbar entgegennahm. Zusammen mit den Teegesprächen im Kreise von Journalisten, deren Bedeutung auf die Bildung der öffentlichen Meinung nicht hoch genug einzuschätzen sind[72], bieten die Lageberichte die wichtigsten zusammenhängenden Äußerungen des Kanzlers und Parteivorsitzenden.

Die Ausführungen vor dem Parteivorstand wurden in kleineren Gesprächskreisen sorgfältig vorbereitet und abgestimmt, zunächst mit Personen aus seiner unmittelbaren Umgebung, sodann mit denjenigen, die im Zustimmungsprozeß der Partei eine wichtige Rolle spielten.[73] Erst wenn Adenauer sich einer breiten Zustimmung weitgehend sicher sein konnte, trat er damit vor das Verbreitungs- und Integrationsgremium des Bundesvorstands. Karl Carstens hat diese Art politischer Führung als „voranschreitenden Führungsstil" bezeichnet.[74] Die verbreitete Annahme, Adenauer sei ein „dialogunfähiger Autokrat" gewesen, erweist sich als ebenso falsch wie das Klischee, er sei ein Politiker der „einsamen Beschlüsse" gewesen.[75] Soweit ersichtlich, ist dieses Diktum erstmals in der Neuen Zürcher Zeitung vom 22. Februar 1950 gebraucht worden (Fernausgabe Nr. 52), wo dem Kanzler allerdings zugute gehalten wurde, er müsse schwere politische Aufgaben mit ungeschulten Mitarbeitern leisten, da man in Deutschland Männer von wirklichem politischen Format an den Fingern einer Hand aufzählen könne.

Doch während Adenauer mit dem Führungsinstrument „Lagebericht" im außenpolitischen Feld seine Kanzlerposition voll ausspielen konnte und wegen des geringeren Wissensstands der Vorstandsmitglieder hier naturgemäß uneingeschränkte Autorität erwarb, waren die Vorstandsmitglieder im innenpolitischen Bereich, wo sie aus eigener Anschauung und Betroffenheit mitreden konnten, keinesfalls „true believers".[76] Insbesondere bei Fragen der Deutschlandpolitik und der Saar[77], bei

71 So äußert sich Lenz skeptisch zu angeblichen Äußerungen aus dem Parteivorstand der SPD (vgl. Nr. 16 S. 183, 228 sowie Nr. 18 S. 305) und stellt zur Behauptung Adenauers fest, er sei von einer auswärtigen Macht gebeten worden, den Naumann-Kreis verhaften zu lassen (Nr. 16 S. 175): „das hatte Sir Ivone [Kirkpatrick] nicht gesagt" (Lenz-Tagebuch vom 15. Dezember 1952).

72 Vgl. dazu ADENAUER: Teegespräche S. VIIff.

73 Vgl. Anm. 18. Weitere Belege lassen sich aus den Terminkalendern ableiten.

74 Karl CARSTENS: Politische Führung. Erfahrungen im Dienst der Bundesregierung. Stuttgart 1971 S. 114f.; KÜPPER passim; HECK: Adenauer.

75 Ute SCHMIDT: CDU S. 504; vgl. aber Eugen GERSTENMAIER: Adenauer und die Macht. In: Konrad Adenauer 1 S. 29–44, hier S. 37f.

76 So HEIDENHEIMER: Adenauer S. 203.

77 Vgl. Nr. 13 S. 142f.; Nr. 24 S. 650ff. Vgl. Anm. 59.

der Behandlung der West-Verträge, des Wehrbeitrags und der Auseinandersetzung um das Bundesverfassungsgericht Ende 1952[78] kam es zu teilweise scharfen Kontroversen, in denen – bei aller Zustimmung in den Grundfragen – auch das Unverständnis über Details des Adenauerschen Kurses zum Ausdruck gebracht wurde. Eine direkte Umsetzung der zustimmend oder widersprüchlich erörterten Fragen in konkretes Handeln erfolgte daraus in der Regel allerdings nicht. Dies fiel in die Kompetenz der Regierung oder der Fraktion; deshalb faßte der Bundesvorstand nach seinen eingehenden Diskussionen keinerlei Beschlüsse, die für die Bundesregierung, die Bundestagsfraktion oder die Länderregierungen bindend gewesen wären.[79] Es war das Gremium, in dem politische Entscheidungen durch Informationsaustausch und Meinungsbildung reiften und sich durchsetzten. Insofern kann die Meinung von Bruno Heck, die Partei hätte lediglich ratifiziert, was entschieden war, und dies in der Öffentlichkeit zu vertreten gehabt[80], für den hier behandelten Zeitraum in dieser Form nicht geteilt werden.

Adenauer war sich des Stellenwerts des Bundesvorstands wohl bewußt und deshalb stets bemüht, weitestgehend Konsens herzustellen und auf diese Weise eine klare Abstimmung der CDU-Politik zu erzielen, damit die Funktions- und Mandatsträger, die ja als Multiplikatoren in die Gesamtpartei und in die Fraktion hineinwirkten, diese Politik in einheitlicher Sprachregelung in ihren Gremien vertreten konnten. Die Verschmelzung der bis zur Gründung der Bundespartei so unterschiedlichen Positionen und Vorstellungen gehört zu den entscheidenden Leistungen des Vorsitzenden in seiner Partei. „Adenauers Verhältnis zu seiner Partei und das Verhältnis zu ihm waren die Voraussetzungen für seinen Erfolg wie für den Erfolg der Partei."[81] Diese Charakterisierung des Aufeinander-Angewiesenseins und der wechselseitigen Beziehungen trifft am ehesten den Kern des Verhältnisses zwischen Adenauer, Bundesvorstand und Gesamtpartei.

4. Zur Edition

Die Protokolle des Bundesvorstands der CDU werden im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) in St. Augustin bei Bonn aufbewahrt. Die Protokollserie, die für die Jahre von 1950 bis zum 5. September 1952 numeriert ist, weist allerdings zwei Lücken auf, das 2. und das 10. Protokoll fehlen. Die Daten der

78 Die komplizierte Politik um die Ratifizierung der West-Verträge Anfang Dezember 1952 verursachte erhebliche Unruhe und Widerstände in der CDU, so daß sich Adenauer kurzfristig zur Einberufung des Vorstands entschloß und für die Sitzung zwei volle Tage ansetzte (vgl. Nr. 16 und 17). Zum Gesamtkomplex SCHWARZ 1 S. 175ff.

79 Vgl. dazu auch REPGEN: Saar-Frage S. 92.

80 So HECK in CDU, 17. Bundesparteitag (1969) S. 34.

81 HECK: Adenauer S. 203.

entsprechenden Sitzungen konnten mit den im Nachlaß von Hans Globke (im ACDP) vorhandenen Terminkalendern sowie dem Tagebuch von Otto Lenz ermittelt und die Lücken so geschlossen werden. Aus dem Tagebuch kommt aber nur die Mitschrift vom 29. Februar 1952 zum Abdruck (Nr. 11). Die Notizen vom 16. März[82] und 9. November 1951 sind nur knapp; der Inhalt letzterer Sitzung (Nr. 9) wurde anhand der vorgesehenen Tagesordnung und Presseveröffentlichungen über die Sitzungen von Vorstand und Parteiausschuß rekonstruiert. Ebenfalls zusätzlich aufgenommen ist ein Protokoll des geschäftsführenden Vorstands vom 7. November 1952. Ein Protokoll der letzten Sitzung vor der Bundestagswahl (Nr. 25) ist hingegen nicht überliefert; auch hier mußte die Mitschrift von Otto Lenz als Ersatz dienen. Notizen, die Jakob Kaiser während der Sitzungen vom 13. Juni und 15./16. Dezember 1952, 26. Januar und 15. Juli 1953[83] niedergeschrieben hat, bleiben unberücksichtigt, da sie keine Ergänzung der ausführlichen, ab Ende 1952 stenographischen Protokolle darstellen und insofern keinen zusätzlichen Informationswert haben. Für die Sitzung vom 29. Februar 1952, für die kein offizielles Protokoll vorliegt, ist eine zweiseitige handschriftliche Niederschrift von Georg Strickrodt erhalten, die wohl im Anschluß an die Zusammenkunft angefertigt worden ist. Sie bestätigt im wesentlichen die Eintragung im Lenz-Tagebuch und ist deshalb nur auszugsweise als Regest (S. 108) aufgenommen, wo sie darüber hinaus Information bietet. Notizen anderer Teilnehmer sind bisher nicht bekannt. Ebenfalls nicht abgedruckt werden einige Beschlußprotokolle, die – ursprünglich nur für die Vorstandsmitglieder gedacht – der Presse zur Verfügung gestellt und in deren Berichterstattung verwertet wurden.

Die offiziellen Mitschriften, für die anfangs Heinz Lubbers verantwortlich war, wurden offenbar von wechselnden Protokollanten gefertigt; sie sind ungezeichnet. Die Überlieferung liegt in Maschinenschrift vor, teils im Original, teils als Durchschlag. Wo das Original verblieben ist und wieviele Durchschläge angefertigt wurden, war nicht festzustellen. Eine zweite, allerdings lückenhafte Protokollserie befindet sich im Nachlaß Adenauers in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf; eine weitere Überlieferung konnte in den einschlägigen Nachlässen oder Parteiakten nicht ermittelt werden.

Es handelt sich zunächst um knappe Verlaufsprotokolle, in denen ohne redaktionelle Glättung indirekte und direkte Rede abwechseln. Im Laufe des Jahres 1952 werden sie umfänglicher, bis schließlich in der Sitzung vom 5. September beschlossen wird, in Zukunft „ausführlich" protokollieren und das Protokoll durch den geschäftsführenden Vorstand genehmigen zu lassen.[84] Ab Dezember 1952 liegen Wortprotokolle vor, die offenbar vom späteren rheinland-pfälzischen Parlamentsste-

82 Vgl. Anm. 30.
83 BA, NL Kaiser vorl. Nr. 237, 108.
84 Nr. 13 S. 155.

nographen Willy Schlarb angefertigt worden sind. Daß diese stenographischen Berichte nicht in allen Einzelheiten identisch mit dem Sitzungsverlauf sind, läßt sich an den Mitschriften von Lenz nachweisen: Er hat z.B. in der Sitzung vom 15. Dezember 1952 eine Wortmeldung von Ernst Bach notiert, die im offiziellen Protokoll so nicht erscheint.[85] Überhaupt diente das Lenz-Tagebuch verschiedentlich zur Ergänzung, vor allem zur Ermittlung von Sprechern, deren Namen der Protokollant nur unzureichend oder überhaupt nicht kannte.[86]

Einige der Protokolle weisen handschriftliche Ergänzungen oder Berichtigungen marginaler Natur auf, z.B. von fehlerhaft geschriebenen Worten; da nicht festzustellen war, um wessen Handschrift es sich jeweils handelt (möglicherweise auch Archivbenutzer), ist auf einen Nachweis verzichtet worden. In den überlieferten Text wurde nicht eingegriffen. Nur der Name des Redners wurde bei der ersten Nennung im Rahmen seiner Ausführungen kursiv gesetzt unter Weglassung von Titeln, Vornamen oder Funktionen, die in den ersten Protokollen unregelmäßig und sehr uneinheitlich miterwähnt waren. Bei den Wortprotokollen sind Begriffe, die nichts mit einer Wortmeldung zu tun haben, wie „Zustimmung", „Heiterkeit", „Zwischenrufe" usf. ebenfalls kursiv gesetzt worden. Tagesordnungspunkte im Text sind, soweit sie in der Vorlage ausgeworfen oder erwähnt sind, als Zwischenüberschriften in Kapitälchen aufgeführt.

Der Text ist sonst wörtlich und ungekürzt aus der Vorlage übernommen worden. Dabei wurden offensichtliche Hörfehler berichtigt und fehlerhafte Orthographie, Grammatik und Interpunktion stillschweigend dem heutigen Gebrauch entsprechend korrigiert, sofern keine anderweitigen Interpretationen möglich waren. Ist die Abweichung von der richtigen Schreibung (etwa von Namen) allzu groß, weist eine Anmerkung („in der Vorlage") eigens darauf hin.

Veränderungen des Textes durch Ergänzungen des Bearbeiters sind durch eckige Klammern kenntlich gemacht. Auslassungen, die im Original schon durch drei Punkte ausgewiesen waren, wurden in dieser Form beibehalten. Bei einigen Stücken ist die Überlieferung unvollständig; Lücken im Text wurden durch vier Sternchen markiert.

Die Dokumentenköpfe enthalten alle wesentlichen Informationen über den Inhalt der Protokolle. Diese sind fortlaufend numeriert und mit Angabe des Orts der Sitzung und mit Datum versehen. Als Teilnehmer genannt sind meist nur die Sprecher, da Anwesenheitslisten nicht immer vorhanden oder aber fehlerhaft sind. Wenn durch Indizien aus dem Text oder durch parallele Überlieferung (Lenz-Tagebuch) erschlossen werden konnte, ob jemand auch ohne Wortmeldung an einer Sitzung teilgenommen hat, wurde sein Name in eckigen Klammern ebenfalls im Dokumentenkopf aufgeführt. Die in der Sitzung behandelten Themen sind entwe-

85 Vgl. Nr. 16 Anm. 66.
86 Vgl. Nr. 16 Anm. 50.

der aus der Tagesordnung übernommen, sofern sie vorliegt, oder aber vom Bearbeiter als Kurzregest gebildet worden. Die in der Vorlage angegebenen Uhrzeiten wurden übernommen; fehlen sie, sind sie vom Bearbeiter – soweit möglich – nach den Terminkalendern ergänzt worden.

Die biographischen Angaben im Kommentar stammen meist aus den einschlägigen Nachschlagewerken; ein Nachweis darüber ist im einzelnen nicht erfolgt. Da nur die politischen Funktionen aufgeführt sind, entfallen in aller Regel die Daten aus den Jahren 1933–1945.

Das Literaturverzeichnis schließlich führt nur die mehrmals benutzten Titel auf.

***

Die Edition ist in verhältnismäßig kurzer Zeit fertiggestellt worden. Ohne die Mitarbeiterinnen im Archiv für Christlich-Demokratische Politik und ihren nimmermüden Einsatz wäre dies nicht möglich gewesen. Deshalb gilt ihnen mein besonderer Dank – vor allem Frau Marlies Roosen, Frau Käthe Ruf, Frau Margret Wiffel und Frau Elisabeth Zimmermann.

Für die Mithilfe bei den Recherchen in verschiedenen Archiven danke ich den dortigen Kollegen, insbesondere Herrn Engelbert Hommel in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus.

Hilfreiche Anregungen verdanke ich Herrn Professor Dr. Rudolf Morsey, der sich der Mühe der Durchsicht des Manuskripts unterzogen hat, sowie Herrn Priv. Doz. Dr. Hans-Otto Kleinmann, dessen kollegialen Rat ich außerordentlich schätze.

Günter Buchstab

Übersicht über die Protokolle

Nr.	Datum	Seite
1	5. Dezember 1950	1
2	10. Mai 1951	14
3	3. Juli 1951	39
4	6. September 1951	54
5	27. September 1951	71
6	19. Oktober 1951	77
7	20. Oktober 1951	84
8	29. Oktober 1951	86
9	9. November 1951	94
10	11./12. Januar 1952	96
11	29. Februar 1952	107
12	13. Juni 1952	109
13	5. September 1952	131
14	17. Oktober 1952	157
15	7. November 1952	166
16	15. Dezember 1952	170
17	16. Dezember 1952	247
18	26. Januar 1953	286
19	11. März 1953	420
20	18. April 1953	469
21	20. April 1953	487
22	21. April 1953	500
23	22. April 1953	516
24	15. Juli 1953	583
25	31. Juli 1953	655

1

Bonn, 5. Dezember 1950

Anwesend: Adenauer, Bach, von Brentano, Dichtel, Dörpinghaus, Frau Gröwel, Holzapfel, Kaiser, Kather, Kiesinger, Majonica, Samsche, Schreiber, Schröter, Strickrodt, Zimmer sowie Lubbers (Protokollführer).
Kreis der Teilnehmer an den Sitzungen des Vorstandes. Vorbereitung der Sitzung des Parteiausschusses: Wahlen in Berlin, Hessen, Württemberg-Baden; Auseinandersetzung um Arnold und Niemöller. Organisationsfragen: Auflösung der Generalsekretariate in Frankfurt und Köln und Einrichtung der Bundesgeschäftsstelle, Personalfragen, Finanzprobleme. Wahl eines geschäftsführenden Vorstandsmitglieds.

Beginn: 18.00 Uhr *Ende: 21.00 Uhr*

Adenauer teilte eingangs mit, der Vorsitzende des Landesverbandes Hessen, Hilpert[1], habe in einem Brief mitgeteilt, er sei an der Teilnahme verhindert, ebenso sein Vertreter Lünendonk[2]. Er bitte, den Landesgeschäftsführer Wolfermann[3] als seinen Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen. Adenauer stellte die Frage, ob nichtgewählte Stellvertreter an den Vorstandssitzungen teilnehmen können.

Von Brentano[4] sprach sich gegen die Teilnahme Wolfermanns aus.

Beschluß: Aus prinzipiellen Gründen können an den Vorstandssitzungen nur ordentliche Vorstandsmitglieder oder ihre gewählten Vertreter teilnehmen.

Adenauer sprach im Namen des Vorstandes und der CDU Deutschlands dem

1 Dr. Werner Hilpert (1897–1957), 1926 Stadtverordneter in Leipzig (Zentrum), 1932 Landesvorsitzender in Sachsen, Mitgründer und Vorsitzender des CDU-Landesverbands Hessen (bis 1952), 1945–1951 stv. Ministerpräsident von Hessen, 1946–1947 Minister für Wirtschaft und Verkehr, 1947–1950 der Finanzen, 1946–1947 und 1950–1952 MdL, 1949 MdB, 1952–1957 Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbahn.

2 Heinrich Lünendonk (geb. 1906), Mitgründer der CDU Hessen, 1946–1971 Landesversicherungsanstalt Hessen (1950–1964 Vizepräsident, 1964–1971 Direktor des Vorstands), 1948–1966 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Hessen, 1950–1965 Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Sozialpolitik.

3 Willi Wolfermann (1898–1973), 1924–1930 Generalsekretär der nassauischen Zentrumspartei, Mitgründer der CDU, 1946–1948 Geschäftsführer des Bezirksverbands Frankfurt, 1948–1957 des Landesverbands Hessen.

4 Dr. Heinrich von Brentano (1904–1964), Mitgründer der CDU, 1946–1949 MdL Hessen, 1948–1949 MdPR, 1949–1964 MdB (1949–1955 und 1961–1964 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion), 1955–1961 Außenminister. Vgl. Klaus Gotto in Lebensbilder 4 S. 225–239; Arnulf Baring/Daniel Koerfer in Porträts 1 S. 74–86.

Landesverbandsvorsitzenden von Berlin, Walther Schreiber[5], den Glückwunsch und den Dank der Partei für den Wahlerfolg in Berlin[6] aus. Er bezeichnete diesen Sieg als einen Erfolg der ausgezeichneten Organisation der Berliner. Die Berliner Wähler hätten mit dieser Wahlentscheidung für Deutschland viel getan. Dr. Adenauer bat, den Dank der Partei auch den Berliner Parteifreunden zu übermitteln.

Schreiber dankte seinerseits den Freunden aus dem Westen, insbesondere Dr. Adenauer[7], für ihre tatkräftige Hilfe im Wahlkampf.

Adenauer bezeichnete als Zweck der Vorstandssitzung die Vorbereitung des morgigen Parteiausschusses[8] und regte an, zunächst die Wahlen in Württemberg-Baden[9], Hessen[10] und Berlin zu besprechen.

Schreiber erklärte, über die Berliner Wahlen nur seine persönliche Meinung zum Ausdruck bringen zu können. Leider seien durch die Splitterparteien den antimarxistischen Parteien mindestens sechs Mandate verlorengegangen. Für die Regierungsbildung in Berlin ergebe sich die Möglichkeit, mit einer knappen Mehrheit von CDU und FDP die Regierung zu bilden. Man würde sich dann aber der geschlossenen Opposition der SPD gegenübersehen, die in Berlin sehr rigoros sei. Die meisten Freunde, mit denen er gesprochen habe, seien der Meinung, es müsse der Versuch gemacht werden, mit Reuter[11] ins Gespräch zu kommen. Mit Neumann[12] zu sprechen, sei sinnlos. Im übrigen käme es nicht darauf an, welche Koalition in Berlin regiere, sondern welche Politik gemacht werde. Vielleicht käme man aus nationalpolitischen Gründen in Berlin zur großen Koalition aller drei Parteien. Dies sei für die CDU aber nur dann möglich, wenn sie nicht das zu verleugnen brauche, wofür

5 Dr. Walther Schreiber (1884–1958), 1919–1933 MdPrL (DDP), 1925–1933 preußischer Minister für Handel und Gewerbe, Mitgründer und 2. Vorsitzender der CDU in Berlin und in der SBZ, 1946–1948 stv. Stadtverordnetenvorsteher von Berlin, 1947–1952 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Berlin, seit 1951 MdA, 1951–1953 Bürgermeister, 1953–1954 Regierender Bürgermeister.

6 Ergebnis der Wahl zum Abgeordnetenhaus vom 3. Dezember 1950: SPD 44,7 %, CDU 24,6 %, FDP 23,0 %, DP 3,7 %, BHE 2,2 %, Konservative Partei 0,8 %.

7 Adenauer hatte am 28. November im Berliner Sportpalast eine Wahlrede gehalten (FAZ vom 30. November; UiD vom 6. Dezember 1950).

8 Protokoll nicht zu ermitteln; Kurzbericht in UiD vom 13. Dezember 1950.

9 Ergebnis der Landtagswahl vom 19. November 1950: SPD 33,0 %, CDU 26,3 %, DVP 21,1 %, DG/BHE 14,7 %, KPD 4,9 %.

10 Ergebnis der Landtagswahl vom 19. November 1950: SPD 44,4 %, FDP 31,8 %, CDU 18,8 %, KPD 4,7 %.

11 Ernst Reuter (1889–1953), 1921 Generalsekretär der KPD (1922 Parteiausschluß), 1926–1931 Verkehrsdezernent in Berlin, 1931–1933 Oberbürgermeister von Magdeburg, 1932–1933 MdR (SPD), 1946 Verkehrsdezernent in Berlin, 1947 zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt - von den Sowjets am Amtsantritt gehindert, 1948–1949 MdPR, 1950–1953 Regierender Bürgermeister von Berlin. Vgl. Helmut ALTRICHTER in PORTRÄTS 2 S. 120–131; Jürgen ENGERT in DEMOKRATEN S. 208–221.

12 Franz Neumann (1904–1974), 1946–1960 Stadtverordneter und MdA Berlin (SPD, 1951–1958 Fraktionsvorsitzender), 1946–1958 Landesvorsitzender der Berliner SPD, 1949–1969 MdB.

sie im Wahlkampf eingetreten sei. Davon allein hänge ihre zukünftige Stellungnahme ab.

Von Brentano schlug vor, im Parteiausschuß in erster Linie die Politik der Vergangenheit zu behandeln. Es gebe eine Reihe von Anlässen zu ernster Gewissenserforschung.

Adenauer hat Bedenken dagegen, ob es richtig sei, im Parteiausschuß die Dinge in solcher Breite zu behandeln. Er wies auf die Vorfälle in Duisburg hin.[13]

Von Brentano sprach sich gegen die Methoden des Ministerpräsidenten Arnold[14] in Duisburg aus. Der Parteiausschuß sei aber ein geschlossenes Gremium, in dem man echt diskutieren könne und diskutieren müsse. Dr. von Brentano zählte einige kritische Punkte der CDU-Politik der letzten Zeit auf, beispielsweise die Verhältnisse in der Landespartei Württemberg-Baden[15]. Die CDU habe dort keine einheitliche Parole über den Südweststaat gehabt, während die anderen Parteien solche Parolen hatten. Die Landespartei sei in der Auswahl einiger Kandidaten wenig glücklich gewesen. Der Fall Niemöller[16] habe in Württemberg-Baden einen eigenen Akzent. Die CDU habe trotz ihrer Stärke in der vergangenen Regierung keine Aktivität gezeigt.

In Hessen hätten Niemöller und die Sozialdemokraten praktisch gemeinsam gearbeitet. Es gebe dort auch einen Zwiespalt in der CDU, wie beispielsweise die Haltung der Wiesbadener Kreispartei beweise.[17]

---

13 Auf dem Parteitag der rheinischen CDU am 3. Dezember 1950 hatte Karl Arnold (vgl. Anm. 14) ungewöhnlich scharfe Kritik an der Führung der CDU, an der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Sicherheitspolitik der Bundesregierung geübt. Vgl. FAZ vom 4. Dezember 1950; HÜWEL S. 223.

14 Karl Arnold (1901–1958), 1920 Christliche Gewerkschaften, 1925–1933 stv. Vorsitzender der Zentrumspartei Düsseldorf, Mitgründer der CDU und des DGB, 1946 Oberbürgermeister von Düsseldorf, 1946–1958 MdL und 1947–1956 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, 1957–1958 MdB. Vgl. HÜWEL.

15 Zu den Auseinandersetzungen um eine einheitliche Position in der Südweststaatfrage, vor allem innerhalb der nordbadischen CDU, vgl. Gerd HEPP: Die CDU im Landesbezirk Nordbaden, in CDU IN BADEN-WÜRTTEMBERG S. 126f.; zur Bildung des Südweststaats allgemein FEUCHTE S. 117–145. Bei der Wahl verlor die CDU 9 Sitze (vgl. Anm. 9).

16 Martin Niemöller (1892–1984), evangelischer Pfarrer; 1945–1956 Leiter des Kirchlichen Außenamtes der EKD, 1947–1964 Kirchenpräsident der Landeskirche von Hessen und Nassau. Niemöller hatte verschiedentlich heftig gegen einen deutschen Verteidigungsbeitrag opponiert. Vgl. AdG 1950 S. 2614, 2626; Dietmar SCHMIDT: Martin Niemöller. Eine Biographie. Stuttgart 1983; James BENTLEY: Martin Niemöller. Eine Biographie. München 1985.

17 Zwischen dem Kreisverband Wiesbaden und dem hessischen Landesvorstand war es nach der Wahlniederlage vom 19. November 1950 zu tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten über den bisherigen und den zukünftigen politischen Kurs der CDU gekommen. Der Kreisverband verlangte die Einberufung einer außerordentlichen Landesversammlung mit dem Ziel, dem Landesvorstand das Vertrauen zu entziehen und Koalitionsgespräche zu verhindern. Vgl. NL Hilpert ACDP I-021-005/3; RÜSCHENSCHMIDT S. 493ff., insbes. S. 501f.

Adenauer stellte die Frage, ob man all diese sehr delikaten Dinge vor einem so großen Gremium wie dem Parteiausschuß diskutieren könne.

Von Brentano hielt Dr. Adenauer entgegen, gerade diese Dinge sprächen dafür, sie offen auszudiskutieren. Nur durch eine solche Diskussion könne man zu einer einheitlichen Auffassung kommen.

Dichtel[18] verteidigte die Landespartei Württemberg-Baden und zeigte einige Schwierigkeiten auf, unter denen sie im Wahlkampf zu leiden hatte. Als Hauptmangel bezeichnete er das Fehlen jeglicher Parteipresse in Südwestdeutschland. Im Parteiausschuß müsse auf diesen fundamentalen Umstand deutlich hingewiesen werden.

Dörpinghaus[19] erklärte, sowohl in Hessen wie in Württemberg-Baden habe man viel zu wenig Geld für Propagandazwecke zur Verfügung gehabt.

Adenauer bemängelte in den beiden Wahlkämpfen auch die schlechte Rednereinteilung.

Holzapfel[20] berichtete, in Hessen seien starke Wählerverluste unter der katholischen Arbeiterschaft eingetreten.

Von Brentano erklärte, auch die FDP habe in Hessen infam gekämpft, das gleiche gelte für Württemberg-Baden, wo insbesondere der Ministerpräsident Maier[21] denkbar unfair gewesen sei.

Adenauer teilte mit, der Vorstand der FDP habe am 9. Dezember seine Vor-

---

18 Anton Dichtel (1901–1978), seit 1925 christlicher Gewerkschafter in Freiburg, 1929–1933 Stadtverordneter und Stadtrat (Zentrum), Mitgründer der BCSV und Stadtrat in Freiburg, 1946–1947 Staatskommissar für Ernährung, 1947–1952 MdL Baden (1949–1952 Fraktionsvorsitzender), 1948–1966 Landesvorsitzender der CDU Südbaden, 1953–1957 Staatsrat, 1956–1957 MdL Baden-Württemberg, 1957–1967 Regierungspräsident von Freiburg.

19 Bruno Dörpinghaus (geb. 1903), 1931 Mitglied der Zentrumspartei, Mitgründer der CDU Hessen (1945–1947 Landesgeschäftsführer), 1947–1951 Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands, 1951–1968 Hilfsreferent im Auswärtigen Amt.

20 Dr. Friedrich Holzapfel (1900–1969), vor 1933 DNVP, Mitgründer der CDU, 1945–1946 Oberbürgermeister von Herford, 1946 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates (Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion), 1946–1952 2. Vorsitzender der CDU Westfalen (1946 für die britische Zone, seit 1950 der Bundespartei), 1949–1953 MdB, 1952–1958 Gesandter bzw. Botschafter in der Schweiz.

21 Reinhold Maier (1889–1971), 1924–1933 MdL Württemberg, Vorsitzender der DDP Stuttgart, Württemberg und Hohenzollern, 1929–1933 Wirtschaftsminister von Württemberg, 1932–1933 MdR, 1946–1964 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (DVP/FDP), 1945–1953 Ministerpräsident von Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (1951 auch Finanz-, 1953 Justizminister), 1953–1956 und 1957–1959 MdB, 1957–1960 Bundesvorsitzender der FDP. Vgl. Gunter Berg in Porträts 2 S. 60–70; Wilhelm Hofmann in Demokraten S. 196–207. – Adenauer war bei einer Wahlkampfveranstaltung am 5. November 1950 in Stuttgart massiv gestört worden (FAZ vom 6. November 1950). Zum Wahlkampf vgl. Wilhelm Hofmann in FDP/DVP in Baden-Württemberg S. 259f.; Maier S. 308f.

standssitzung in Bonn.[22] Er habe bereits mit der FDP besprochen, die Vorfälle um Reinhold Maier zu klären.

Bach[23] berichtete von einem unmöglichen Flugblatt der CDU, in dem Propaganda für Hilpert, aber gegen Bonn, gemacht wurde.[24] Es gebe in Hessen Orte, in denen seit zwei Jahren keine CDU-Versammlung mehr gewesen sei. Die Aufbringung der Mittel für Wahlkämpfe sei eine reine Frage der organisatorischen Arbeit in den Landesverbänden.

Adenauer erklärte als Hauptgrund des Mißerfolges, es sei nicht genügend gearbeitet worden. Die Bundespartei müsse in Zukunft auch bei Länderwahlen mitreden können. Wenn man aber diese Dinge im Parteiausschuß besprechen wolle, würden sich viele getroffen fühlen, was man vermeiden könne. Er werde im Parteiausschuß den Fall Duisburg nicht anschneiden und sich nicht mit Arnold auseinandersetzen. Da der Vorstand der Bundestagsfraktion in der Hauptsache von Arnold angegriffen sei, müsse dieser in einer Fraktionsvorstandssitzung gemeinsam mit Arnold die Angelegenheit klären. Man werde dann feststellen, daß Arnold keine seiner falschen Behauptungen belegen könne.

Von Brentano erklärte sich bereit, eine solche Aussprache herbeizuführen.[25]

Zimmer[26] mahnte, die Debatte im Parteiausschuß nicht zu breit werden zu lassen. Auf die Wahlen eingehend sagte Dr. Zimmer, kein Land könne seine Politik ganz allein machen, sondern sie müßte gestützt werden von der ganzen Partei. Dazu sei es notwendig, daß in Zukunft die Landesparteien rechtzeitig mit der Bundespartei Verbindung wegen der gemeinsamen Führung von Wahlkämpfen aufnähmen. Die Landesverbände brauchen unsere Hilfe, und wenn wir sie geben, werden wir auch die geistige Leitung der Wahlkämpfe und der Politik haben. Wesentlich sei, daß wir den Landesverbänden finanziell helfen könnten. Wenn das geschähe, würden die Landesparteien im eigenen Interesse mit der Bundespartei gemeinsam arbeiten.

---

22 Bei der FDP-Vorstandssitzung am 9. Dezember 1950 wurde über den Wahlkampf nicht gesprochen. Die Koalitionsfrage kam in der Gesamtvorstandssitzung der FDP am 15. Januar 1951 zur Sprache. Vgl. AdL, A 15–5, S. 16.

23 Ernst Bach (1902–1965), 1929–1933 Stadtrat in Siegen (DNVP), Mitgründer der CDU, 1946–1948 Stadtrat in Siegen, 1948–1956 Oberbürgermeister von Siegen, 1958–1965 MdL Nordrhein-Westfalen, 1950–1960 Bundesschatzmeister der CDU, 1955–1960 stv. Vorsitzender der CDU Westfalen-Lippe.

24 Entwurf des Flugblattes (o.D.), das beginnt: „Hessens CDU war für Frankfurt, nicht für Bonn" in NL Hilpert ACDP I-021-001/1.

25 Eine derartige Aussprache ist nicht nachweisbar.

26 Dr. Alois Zimmer (1896–1973), 1928–1933 Landrat in Stuhm (Westpreußen), Mitgründer der CDU in Trier, 1947–1957 MdL Rheinland-Pfalz (bis 1951 Fraktionsvorsitzender), 1947–1951 Regierungspräsident in Montabaur, 1951–1957 Innen- und Sozialminister von Rheinland-Pfalz, 1957–1965 MdB.

Kaiser[27] erklärte, es werde morgen davon abhängen, welchen Ton der Kanzler anschlage. Er müsse alle Probleme selbst anschneiden. Die Wahlmüdigkeit in den südwestdeutschen Ländern sei wegen der Verwirrung in der Sicherheitsfrage[28] entstanden. Das Volk wußte nicht mehr, was es denken sollte. Zwar habe auch die Frage Niemöller mitgespielt. Aber die Wahlen hätten auch gezeigt, daß der Föderalismus auf einem falschen Wege sei. Man könne über alle diese Dinge morgen die Diskussion nicht vermeiden. Auch der Fall Arnold müsse behandelt werden, es helfe nichts, daran vorbeizugehen.

Adenauer erklärte sich mit einer Diskussion im Parteiausschuß einverstanden, wenn sie in dem Sinne erfolge, wie Jakob Kaiser sie vorgetragen habe. Man müsse nur vermeiden, daß die ganze Diskussion aus Angriff und Gegenangriff bestehe.

Dichtel betonte, morgen kämen die Leute aus dem zweiten Glied nach Bonn und diese dürfe man nicht enttäuschen. Im Parteiausschuß müßten auch die führenden Männer auf die Parteidisziplin hingewiesen werden, auch der Ministerpräsident Arnold. Das nicht zu sagen hieße, den Sinn des Parteiausschusses in sein Gegenteil verkehren. Er trat dafür ein, bei der Forderung auf Einordnung den Ländern gewisse Freiheiten und regionale Rechte nicht zu beschneiden.

Adenauer erklärte, die Bundespartei müsse von den Landesverbänden stets gehört werden, denn jeder politische Fehler werde der Bundespartei angekreidet. Die Länderpolitik könne der Bundesregierung nicht gleichgültig sein, wie es manche Vorfälle im Bundesrat bewiesen. Selbst die eingefleischtesten Föderalisten in der Bundesregierung seien davon überzeugt, daß mit dem Grundgesetz in dieser Form fast nicht mehr zu arbeiten sei. Am schlimmsten sei der Widerstand Nordrhein-Westfalens gegen die Bundesregierung.[29]

Bach forderte, daß der Parteiausschuß morgen dem Kanzler ein klares Vertrauensvotum im Namen der Partei gebe.

Adenauer erklärte aufs bestimmteste, er habe persönlich nichts gegen Arnold. Da aber die Auffassung von persönlichen Gegensätzen zwischen ihm und Arnold weit verbreitet sei, könne er diese Frage im Parteiausschuß nicht selbst anschneiden.

Strickrodt[30] wies darauf hin, daß in der Frage des deutschen Sicherheitsbeitrages

---

27 Jakob Kaiser (1888–1961), seit 1912 in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, 1924–1933 Landesgeschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften für Westdeutschland, 1933 MdR (Zentrum), Mitgründer der CDU, Dezember 1945 bis Dezember 1947 Vorsitzender der CDU in Berlin und in der SBZ, 1948–1949 MdPR, 1949–1957 MdB und Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen. Vgl. KOSTHORST; NEBGEN; CONZE; Rainer SALZMANN in GRÜNDUNG S. 171–190; Josef BECKER in PORTRÄTS 1 S. 210–220.

28 Vgl. dazu ANFÄNGE 1 S. 556–570.

29 Ministerpräsident Arnold hatte in seiner Regierungserklärung vom 21. September 1950 deutlich gemacht, von Nordrhein-Westfalen aus die Arbeit der Bundesregierung über den Bundesrat beeinflussen zu wollen. Vgl. HÜWEL S. 234f.

30 Dr. Georg Strickrodt (geb. 1902), Mitgründer und 1. Landesvorsitzender der CDU Braunschweig, 1946 Wirtschaftsminister und 1946–1950 Finanzminister von Niedersachsen, seit 1954 Professor für Finanz- und Steuerrecht.

die wirtschaftlichen Grundlagen völlig ungeklärt seien. Alle Größen, die genannt würden, seien völlig vage. Man müsse aus der exakten Arbeit etwa in England und Amerika auf diesem Gebiete lernen. In der Bundespartei müßten klarere einheitliche Meinungen herausgearbeitet werden. Beispielsweise sei es unmöglich, etwa den Vorschlag Dr. Schröders zur Neuordnung in der Kohlenwirtschaft ohne Fühlungnahme mit der Bundespartei in die Öffentlichkeit zu bringen.[31] Dr. Strickrodt plädierte für eine gründliche wissenschaftliche Fundierung der Politik innerhalb der Partei.

Adenauer wies darauf hin, daß die Bundesregierung in fünfzehn Monaten ihres Bestehens nicht alles habe schaffen können, und schnitt dann die Frage an, wie der Fall Niemöller-Heinemann[32] im Parteiausschuß behandelt werden solle.

Holzapfel machte Mitteilung von einem Brief Niemöllers an ihn, in dem Niemöller bat, mit einigen evangelischen Abgeordneten der Bundestagsfraktion verhandeln zu können. Dr. Holzapfel habe geantwortet, er sei evtl. bereit, eine solche Besprechung zu vermitteln. Er fragte, ob es nicht gut sei, diese Frage zu diskutieren.[33]

Adenauer erklärte sich gegen eine solche Besprechung, da man damit Niemöller nur neues unverdientes Ansehen verschaffe.

Von Brentano meinte, wenn der Kreis gut zusammengesetzt sei, könne solche Besprechung vielleicht fruchtbar sein.

Bach betonte, Niemöller sei nicht zu überzeugen, aber er würde die Besprechung nicht abweisen. Es müsse vom Vorstand eine Entscheidung gefällt werden.

---

31 Schröder hatte seine Vorschläge zur Neuordnung der Eigentumsverhältnisse in den Grundstoffindustrien mit dem Ziel der Entflechtung am 1. Dezember auf einer Pressekonferenz erläutert (Zusammenfassung in UiD vom 9. Dezember 1950). – Dr. Gerhard Schröder (geb. 1910), 1949 Mitgründer der Deutschen Wählergesellschaft und Vorsitzender des Deutschen Wahlrechtsausschusses, 1949–1980 MdB (1969–1980 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses), 1953–1961 Innenminister, 1961–1966 Außenminister, 1966–1969 Verteidigungsminister, 1955–1978 Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Vgl. Rolf WENZEL in PORTRÄTS 2 S. 171–181.

32 Dr. Gustav W. Heinemann (1899–1976), 1930 CSVD, Mitgründer der CDU, 1945–1967 Mitglied des Rats und 1949–1955 Präses der Synode der EKD, 1946–1949 Oberbürgermeister von Essen, 1947–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947–1948 Justizminister, 1949–1950 Bundesinnenminister, 1952 Mitgründer der GVP, 1957 SPD, 1957–1969 MdB, 1966–1969 Justizminister, 1969–1974 Bundespräsident. - Heinemann war wegen der Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages am 11. Oktober 1950 von seinem Amt als Bundesminister des Innern zurückgetreten; eine Kirchenkonferenz der EKD hatte sich am 19. November 1950 hinter Heinemann und Niemöller gestellt. Vgl. AdG 1950 S. 2679; Gotthard JASPER in PORTRÄTS 1 S. 186–195; Dieter KOCH: Heinemann und die Deutschlandfrage. München 1972. – Zu Niemöller vgl. Anm. 16; Presseartikel und weitere Materialien in NL Ehlers ACDP I-369-007/1,2.

33 Die von Niemöller angeregte Besprechung fand am 12. Dezember 1950 in Wiesbaden statt. Von der CDU nahmen teil: Holzapfel, Fratzscher, Tillmanns sowie Beyer. Holzapfel betonte einleitend den „rein persönlichen Charakter der Besprechung"; sie blieb sachlich ohne Ergebnis (Protokollnotiz in NL Ehlers ACDP I-369-007/2). Vgl. auch Adenauer an Holzapfel vom 8. Dezember 1950 (ADENAUER: Briefe 3 S. 322f.).

Adenauer wies auf die sich dauernd verschärfende Haltung gegenüber den Katholiken hin. Auf die Dauer könne der katholische Volksteil und auch der katholische Klerus das nicht hinnehmen.

Schröter[34] machte Mitteilung von einer Besprechung mit den evangelischen Bischöfen Schleswig-Holsteins, die der Ansicht seien, der Name Niemöller müsse aus der öffentlichen Diskussion verschwinden.

Auch *Schreiber* sprach sich gegen eine solche Besprechung aus.

Holzapfel betonte, bei dieser Frage könne nur das Parteiinteresse im Vordergrund stehen. Wenn man sich gegen die Besprechung entscheide, dann müßte man auch einen Schritt weitergehen und Niemöller völlig totschweigen.

Der Vorstand beschloß, den Publikationsorganen der Partei und allen erreichbaren Rednern zu empfehlen, den Fall Niemöller nicht mehr zu behandeln.

ORGANISATIONSFRAGEN

Bach verwies auf die Notwendigkeit, schnell eine funktionierende Organisation für die Gesamtpartei zu schaffen. Die Zweigleisigkeit der Sekretariate in Frankurt und Köln[35], der Informationsblätter usw. sei nicht mehr tragbar. Nach der politischen Spitze müsse auch eine organisatorische Spitze der Partei geschaffen werden. Die beiden Sekretariate in Köln und Frankfurt müßten zum 31. Dezember auslaufen. Spätestens im März müßte die Bundesgeschäftsstelle voll arbeiten. Aber alle Organisation sei Theorie, wenn nicht die finanziellen Grundlagen gesichert seien. Bach legte den anliegenden Finanzierungsplan vor[36] und teilte dann mit, daß als Übergang für die nächsten vier Monate DM 200.000,– notwendig seien. (*Adenauer:* Ich hoffe, das wird möglich sein.) Als nächstes müsse der Etat für das nächste Jahr aufgestellt werden, der mindestens DM 42.000,– je Monat erfordere. Er schlage vor, einen Arbeitsausschuß zur Vorbereitung der Bundesgeschäftsstelle zu schaffen, bestehend aus den Herren: Kaiser, Dr. Holzapfel, Dr. Zimmer, Kiesinger[37] und Bach.

---

34 Carl Schröter (1887–1952), 1918 DVP, Mitgründer der CDU (Schleswig-Holstein), 1946–1951 Landesvorsitzender, 1947–1950 MdL Schleswig-Holstein (Fraktionsvorsitzender), 1948–1949 MdPR, 1949–1952 MdB.

35 In Frankfurt bestand nach ihrer Gründung seit August 1946 die Geschäftsstelle des Zwischenzonenverbindungsausschusses bzw. der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft (Generalsekretär Bruno Dörpinghaus), in Köln seit 1946 das Zonensekretariat der CDU der britischen Zone (Generalsekretär Josef Löns bzw. Herbert Blankenhorn). Vgl. PÜTZ S. 10.

36 Vgl. unten S. 12f. (Anlage fehlt in Vorlage; hier aus Bestand Dörpinghaus ACDP I-009-001/1).

37 Dr. Kurt Georg Kiesinger (geb. 1904), 1933 NSDAP, 1940–1945 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter und stv. Leiter der Rundfunkabteilung im Auswärtigen Amt, 1948 Landesgeschäftsführer der CDU in Württemberg-Hohenzollern, 1951–1960 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der CDU, 1949–1958 und 1969–1980 MdB (1954–1958 Vorsitzender

Adenauer hielt die vorgeschlagenen Maßnahmen für gut und bat, den Arbeitsausschuß wie vorgeschlagen zu wählen.

Zimmer regte an, Dr. Strickrodt hinzuzuziehen, der aber ablehnte.

Beschluß: Der Arbeitsausschuß wurde wie vorgeschlagen gewählt und mit den Arbeiten beauftragt.

Adenauer schlug dann vor, beide Sekretariate aufzulösen und dem Personal zum nächstzulässigen Termin zu kündigen. Der Arbeitsausschuß solle aus dem vorhandenen Personal die Auswahl für die Übernahme treffen. Der Zonenausschuß müsse noch einmal zusammentreten, um die Maßnahmen bezüglich des Zonensekretariats zu sanktionieren.[38] Der Arbeitsausschuß müsse eine juristische Form suchen, wie und durch wen in Zukunft Verträge im Namen der Partei abgeschlossen werden können. Ferner müsse er sich um ein Haus kümmern.

Holzapfel schilderte, wie der Landesverband Westfalen sich durch sein „Monatsblatt" weitgehend finanziert. Wenn der Bund ähnliche Maßnahmen durchführen würde, könnten die Landesverbände Schaden erleiden. Es sei wahrscheinlich besser, die Finanzierung der Bundespartei über das „Wirtschaftsbild"[39] durchzuführen. Das „Wirtschaftsbild" müsse von Herrn Dörpinghaus an die Bundespartei übergeben werden. Es sei nicht allzu schwer, eine Auflage von 500 zu erreichen, womit DM 50.000,– monatlich für die Partei gesichert seien.

Dörpinghaus erklärte, er habe das „Wirtschaftsbild" eingerichtet, um das Generalsekretariat zu finanzieren. Im übrigen habe das „Wirtschaftsbild" dem Zonensekretariat in diesem Jahre bereits DM 80.000,– zur Verfügung gestellt.

Holzapfel: Ich bitte, das zu Protokoll zu nehmen, damit es nachgeprüft werden kann.

Dörpinghaus fragt weiter, was mit dem Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft geschehen soll. Solle es bestehen bleiben, dann müßten auch die Aufgaben und Kompetenzen genau umrissen werden. Er müsse, wenn er Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft bleibe, beispielsweise auch das Wort in der Fraktion nehmen können.

Adenauer betonte die großen Verdienste Dörpinghaus' um die Partei, die oft mit starken Risiken verbunden gewesen seien. Er könne es verstehen, daß Dörpinghaus das „Wirtschaftsbild" nicht aus der Hand geben wolle, ehe seine eigene Existenz geklärt sei. Es müsse eine Verständigung möglich sein, die sowohl Dörpinghaus wie

---

des Auswärtigen Ausschusses), 1958–1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1966–1969 Bundeskanzler. Vgl. Begegnungen mit Kurt Georg Kiesinger: Festgabe zum 80. Geburtstag. Hrsg. von Dieter Oberndörfer. Stuttgart 1984.

38 Ob diese Sitzung stattfand, ist nicht zu ermitteln.

39 Lizenz der amerikanischen Militärregierung vom 8. April 1949. Ziel war die Vermittlung von vertraulichen Informationen aus Wirtschaftspolitik und Gesetzgebung sowie ihre Kommentierung durch anerkannte Experten.

der Partei gerecht werde. Er fragte, ob Dörpinghaus mit Dr. Zimmer zu konkreten Ergebnissen gekommen sei.

Zimmer sagte, er habe mit Dörpinghaus gesprochen, aber es sei nicht zu konkreten Ergebnissen gekommen. Dörpinghaus werde so lange in der Bundesgeschäftsstelle tätig bleiben mit der besonderen Aufgabe der Verbindung zur CSU, bis sich eine geeignete Verwendung für ihn außerhalb der Bundesgeschäftsstelle finde. Es müsse nun mit der CSU verhandelt werden in der Richtung, ein Sonderreferat CSU in der Bundesgeschäftsstelle einzurichten. Dies müsse aber durch einen Vertrag zwischen der CDU und CSU gedeckt werden. Dörpinghaus könne ihn vorbereiten und herbeiführen. Wenn diese Aufgabe zu Ende geführt sei, müsse eine andere Verwendung für Dörpinghaus gefunden sein.

Von Brentano schloß sich der Anerkennung für Dörpinghaus an. Es müßten aber eindeutig klare Verhältnisse geschaffen und alle Sonderwünsche zurückgestellt werden. Alle Dinge müßten einheitlich durch den Vorstand geregelt werden. Die Beschwerde Dörpinghaus', er habe das Wort in der Fraktion nicht bekommen, müsse er zurückweisen aus grundsätzlichen Erwägungen. Das Verhältnis zur CSU müsse klargemacht werden, und zwar sobald wie möglich.

Adenauer erklärte, die Frage Dörpinghaus könne nicht im Vorstand behandelt werden. Er schlage vor, daß er mit Dr. Zimmer sich um die Dinge bemühe.

Dörpinghaus erklärte, wenn er nicht Generalsekretär bleiben soll, dann müsse er das respektieren. Seine persönliche Entscheidung bitte er zurückstellen zu dürfen, bis er mit Dr. Adenauer gesprochen habe.

Zimmer berichtete, es seien Vorbereitungen getroffen, in beiden Sekretariaten in Köln und Frankfurt dem Personal zum nächsten Termin zu kündigen. Dörpinghaus habe sich damit einverstanden erklärt. Bei der Zone müsse das nun auch durchgeführt werden. Der Vorstand könne aber bezüglich des Generalsekretariats der Arbeitsgemeinschaft wohl einen Beschluß fassen, Dörpinghaus sei aber der Arbeitgeber, und man müsse ihn bitten, diesem Beschluß nachzukommen. Man sei sich darüber einig, bewährte Kräfte zu übernehmen. In Zukunft könne aber im Bundessekretariat nur arbeiten, wer sich zur CDU bekenne und nach Möglichkeit Mitglied sei.

Adenauer stellte fest, daß der Vorstand mit den von Bach und Dr. Zimmer vorgetragenen Maßnahmen einverstanden ist.

Bach berichtete von den Verhandlungen über den evtl. Ankauf des Hauses in der Dahlmannstraße. Dieses sei aber zu teuer. Es erfordere DM 127.000,– für jede Hälfte, dazu mindestens DM 50.000,– Umbaukosten. Für DM 200.000,– sei aber ein neues Haus zu erstellen, was er für besser und billiger halte. Es sei erfreulich, daß mit Dörpinghaus eine gute Regelung getroffen werden könne.

Bezüglich der Finanzen müßten in Zukunft sämtliche Geldbewegungen über eine Bundesparteikasse laufen. Als zeichnungsberechtigt schlage er vor den Vorsitzenden oder einen seiner Stellvertreter gemeinsam mit dem Schatzmeister.

Auch mit dieser Regelung erklärte sich der Vorstand grundsätzlich einverstanden.

Majonica[40] wies darauf hin, daß in Goslar kein geschäftsführendes Vorstandsmitglied gewählt worden sei.[41] Der Deutschlandrat der Jungen Union habe in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, den Abgeordneten Kiesinger für dieses Amt vorzuschlagen.[42]

Bach bat, diese Frage zurückzustellen, bis die Partei konsolidiert sei, also etwa im März.

Kaiser schloß sich dieser Bitte an. Es sei im Interesse der Partei und auch im wohlverstandenen Interesse Kiesingers, auf der Wahl nicht zu bestehen. Wenn im Parteiausschuß der Name Kiesinger genannt werde, sei eine scharfe Diskussion nicht zu vermeiden. Kiesinger werde genauso wie Schmalz[43] in Veröffentlichungen mit der Ersten Legion[44] in Verbindung gebracht. Dies könne die Dinge noch verschärfen. Die Erste Legion sei neofaschistisch und atme Nazigeist. Jakob Kaiser verwies dann auf die Artikel im „Rheinischen Merkur" nach dem Goslarer Parteitag, die er als unqualifizierbar bezeichnete.[45] Die Exil-CDU, die darin aufs ungeheuerlichste angegriffen sei, habe bisher nur mit Rücksicht auf die Berliner Wahlen

---

40 Dr. Ernst Majonica (geb. 1920), 1946 CDU, 1950–1955 Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands, 1950–1972 MdB, 1979–1983 MdEP.

41 Ergebnis der Vorstandswahlen auf dem 1. Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Goslar, 20.–22. Oktober 1950: 1. Vorsitzender Konrad Adenauer; 1. stv. Vorsitzender Friedrich Holzapfel; 2. stv. Vorsitzender Jakob Kaiser. Weitere Mitglieder: Ernst Bach (Schatzmeister); Anton Dichtel (Stv. Fridolin Heurich); Margarete Gröwel (Frauenausschuß, Stv. Anne Marie Heiler); Werner Hilpert (Stv. Heinrich Lünendonk); Linus Kather (Ostvertriebene, Stv. Oskar Wackerzapp); Ernst Majonica (Junge Union; Stv. Johannes Albers); Wilhelm Simpfendörfer (Stv. Rudolf Vogel); Walther Schreiber (Stv. Robert Tillmanns); Carl Schröter (Stv. Ewald Samsche); Georg Strickrodt (Stv. Adolf Cillien); Alois Zimmer (Stv. Adolf Süsterhenn); Heinrich von Brentano (als Vorsitzender der Bundestagsfraktion der CDU/CSU).

42 Der Deutschlandrat der Jungen Union tagte am 30. November 1950 in Bonn (Protokoll nicht zu ermitteln).

43 Erich Schmalz (geb. 1914), Mitarbeiter im Zonensekretariat (Köln), Mitgründer und ab September 1951 Vorsitzender der Ersten Legion, 1956 wegen Betrugs verurteilt (vgl. NRZ vom 30. August 1956). – Weitere Daten nicht ermittelt.

44 Die Erste Legion verstand sich nach Satzung als elitärer Kampfbund gegen Marxismus und Nihilismus und für ein christliches Abendland. Die Rekrutierung der „Legionäre", die sich zu „Kameradschaft, Lauterkeit, Selbstverantwortung und Treue" verpflichteten, erfolgte durch Kooptation. Kampf- und Informationsblatt war das Wochenblatt „Der Deutsche". Die Distanzierung der demokratischen Parteien bedeutete 1951 das Ende der Organisation. Vgl. Europa-Briefe Nr. 53, 9. Dezember 1950 S. 8; Hüwel S. 222.

45 Paul Wilhelm Wenger (1912–1983), seit 1948 beim „Rheinischen Merkur", hatte in einem Kommentar zum Goslarer Parteitag die Exil-CDU, die „teils als Claque und teils als Clique in Erscheinung" trete, als „Hemmschuh" für den Aufbau einer tatkräftigen Organisation bezeichnet („Rheinischer Merkur" vom 28. Oktober 1950).

geschwiegen. Der Bundeskanzler müsse im Parteiausschuß dieses Problem ansprechen.

Adenauer hält die Bedenken Jakob Kaisers wegen der Ersten Legion für übertrieben. Man solle diese Organisation erst einmal auf ihre Entwicklung beobachten. Es seien auch sehr gute Leute darin.

Kiesinger betonte, er habe nichts mit dem Vorschlag der Jungen Union zu tun. Er habe sich als geschäftsführendes Vorstandsmitglied nur auf dringende Bitten des Kanzlers zur Wahl gestellt. Er habe den Eindruck, daß von bestimmter Seite in der Partei und in der Presse gegen ihn gearbeitet werde. Er selbst habe nicht das geringste mit den Presseveröffentlichungen zu tun. Er bitte darum, im Parteiausschuß nicht von ihm zu sprechen, da er es satt habe, angegriffen zu werden, obwohl er nur im Dienst der Sache arbeiten wolle.

Adenauer teilte mit, er habe beim Staatspräsidenten Gebhard Müller[46] Auskunft über Kiesinger eingeholt, die in jeder Hinsicht denkbar günstig sei. Er würde es bedauern, wenn morgen die Debatte um Kiesinger aufs neue aufbrechen würde. Er bitte, es bei dem fünfköpfigen Arbeitsausschuß zu belassen, da die Arbeit ohnehin für einen Menschen zuviel sei.

Majonica erklärte, die Erste Legion stelle keine Ansprüche in der Jungen Union. Sie sei nicht neofaschistisch. Auch die Vertreter Berlins und der Exil-CDU in der Jungen Union hätten sich für Kiesinger ausgesprochen. Man solle nicht durch die Presse eine solche Persönlichkeit aus der CDU herausbrechen lassen.

Kaiser sagte, seine Freunde und er hielten es nicht für glücklich, wenn ein Mann in der vordersten Linie der Partei liege, der seit 1933 Pg. war und Funktionen im Dritten Reich ausgeübt habe. Er habe nichts gegen Kiesinger in der Presse veröffentlicht oder veröffentlichen lassen.

Kiesinger: Aber Dr. Bock![47]

Schluß der Sitzung gegen 21 Uhr.

ANLAGE

Finanzierungsplan

Von Herrn Regierungspräsident Dr. Zimmer und Herrn Bundestagsabgeordneten Kiesinger, unter Hinzuziehung von Vertretern des Generalsekretariats und des

46 Dr. Gebhard Müller (geb. 1900), 1946–1948 Ministerialrat und -direktor im Justizministerium Württemberg-Hohenzollern, 1947–1958 MdL Württemberg-Hohenzollern bzw. Baden-Württemberg (CDU, 1947–1948 Fraktionsvorsitzender), 1947–1955 Vorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern, 1948–1952 Staatspräsident und Finanz- und Justizminister von Württemberg-Hohenzollern, 1953–1958 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1953 MdB, 1958–1971 Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

47 Dr. Josef Bock (geb. 1915), Mitgründer der CDU in Sachsen, 1947–1949 Leiter der Bildungsstätte der CDU in der SBZ in Blankenburg (Harz), 1949–1951 Geschäftsführer der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (Sozialausschüsse), ab 1952 Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft Hamburg. – Pressebeitrag nicht zu ermitteln.

Zonensekretariats, ist ein Organisationsplan für die Bundesgeschäftsstelle aufgestellt worden, der bei seiner Durchführung eine monatliche Ausgabe von DM 42.000,– vorsieht. Dieser Organisationsplan wird von dem Arbeitsausschuß für die Bundesgeschäftsstelle, unter Vorsitz von Herrn Dr. Holzapfel, geprüft.

Wir würden also für die laufenden Ausgaben monatlich mit Propaganda etwa DM 75.000,– benötigen, uns aber vorläufig mit DM 50.000,– begnügen.

Zur Durchführung der laufenden Arbeiten für die nächsten vier Monate werden durch die Mitglieder des Vorstandes DM 200.000,– aufgebracht.

Vom 1. April an muß ein fester Finanzierungsplan für die Bundesgeschäftsstelle und die Landesverbände aufgestellt werden. Für die Einnahmeseite mache ich für die Bundesgeschäftsstelle nachstehende Vorschläge:

1. Herausgabe einer Reichsausgabe der Wirtschaftsbeilage des „Monatsblattes", Einnahme für Anzeigen pro Monat etwa . . . . . DM 30.000,– bis 50.000,–

2. „Wirtschaftsbild" Auflage 500–1.000 Exemplare, je Stück und Monat DM 30,– = ... DM 15.000,– bis 20.000,–

3. Beiträge der Landesverbände an die Bundeskasse, pro abgegebene Stimme für die Bundestagswahl pro Jahr 2 Pfg (also pro Jahr bis DM 120.000,–), also pro Monat bis . . . . . DM 10.000,–

4. 5%ige Abgabe aller Mandatsträger (Bundes- und Landesminister, Bundestags- und Landtagsabgeordneter, Landräte und Oberbürgermeister), die über DM 300,– Aufwandsentschädigung oder Diäten erhalten, dadurch Monatseinnahme bis . . . . . DM 10.000,–.

Ich bitte, diese Vorschläge zu überprüfen, damit in der nächsten Parteiausschußsitzung die entsprechenden Beschlüsse gefaßt werden können.

gez. E. Bach
Schatzmeister der CDU Deutschlands

2

Bonn, 10. Mai 1951

Anwesend: Adenauer, Bach, Cillien, Dichtel, Frau Gröwel, Hilpert, Holzapfel, Kaiser, Kather, Majonica, Schreiber, Schröter, Simpfendörfer, Zimmer sowie Albers, Hofmeister, Pferdmenges, Wiedemeier als Gäste und Lubbers.
Aufbau der Bundesgeschäftsstelle und ihre Organisation: Plan des Gesamtaufbaus der Partei, gegenwärtiger Stand, Finanzierung; Finanzierung und Organisation der Bundespartei. Landtagswahlen in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein. Bericht Adenauers zur politischen Lage.

Beginn: 9.30 Uhr *Ende: 18.00 Uhr*

Auf Anregung des Vorsitzenden wurde Johannes Albers[1] zur Vorstandssitzung zugezogen.

Adenauer erklärte einleitend, seit Goslar seien sieben Monate vergangen, und die Organisation sei nach wie vor unbefriedigend. Er sage das ohne Vorwurf gegen irgend jemanden und stelle nur fest, daß die Organisation bei den seitherigen Landtagswahlen versagt habe. Auf der Bundesgeschäftsstelle habe niemand die Verantwortung gehabt. Er habe den Chefredakteur Lubbers[2] gebeten, vorläufig die Leitung zu übernehmen. Dieser habe sich gewehrt wegen seiner journalistischen Aufgabe, aber es habe eine Entscheidung getroffen werden müssen. Dagegen seien Bedenken erhoben worden, aber er als Vorsitzender verantworte die Entscheidung. Adenauer erläuterte dann den Stand des „Wirtschaftsbildes" (in der Anlage beigefügt)[3]. Die Entwicklung sei nicht befriedigend, und mit dem bisherigen Ergebnis sei die Bundespartei nicht zu finanzieren.

Holzapfel wehrte sich gegen die Darstellung des Vorsitzenden. Zwar sei im Oktober die Bundespartei gegründet worden, aber vor Dezember sei nichts getan worden. Es seien also nur fünf Monate versäumt worden. Über die Finanzen habe es lange Aussprachen gegeben, und etwa eineinhalb Monate habe auch mit den Landesverbänden verhandelt werden müssen. Als Ergebnis sei Anfang März der

1 Johannes Albers (1890–1963), 1919–1933 Sekretär der Christlichen Gewerkschaften in Köln, Mitgründer der CDU in Köln (bis 1962 Vorsitzender), 1946–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1949–1957 MdB, ab 1958 Vorsitzender der Sozialausschüsse der CDU. Vgl. Herbert Hömig in Lebensbilder 5 S. 205–222.

2 Heinz Lubbers (1902–1970), Mitgründer der CDU Westfalen, nach 1948 Chefredakteur des DUD, 1951–1952 kommissarischer CDU-Bundesgeschäftsführer, dann Redakteur bei der Deutschen Welle.

3 Mit Wirkung vom 1. Januar 1951 war das „Wirtschaftsbild" von Bruno Dörpinghaus auf Ernst Bach übergegangen. – Anlage fehlt in Vorlage; vgl. „Abonnentenstand des Wirtschaftsbildes" Stichtag 1. Mai 1951 in StBKAH 05.05 Akte II, 4.

Plan für die Bundesgeschäftsstelle genehmigt worden. Man könne die Entwicklung nicht in Bausch und Bogen als unbefriedigend bezeichnen. Bisher seien gute Leistungen erzielt worden. Das „Wirtschaftsbild" habe bis zum Dezember 1950 Herrn Dörpinghaus gehört. Der 5er-Ausschuß[4] habe dort Zustände vorgefunden, die jeder Beschreibung spotteten. Er selbst habe wegen Schutz[5] vor dem Staatsanwalt erscheinen müssen. Schutz habe hinter dem Rücken des Vorstandes statt des „Wirtschaftsbildes" den „Wirtschaftsring"[6] gegründet, bis der Bundesschatzmeister und Dr. Holzapfel selbst hinter sein Treiben kamen. Schutz habe zuerst einen Vergleich unterschrieben, dann aber Anzeige wegen Erpressung erstattet.

Adenauer betonte, diese Darstellung gehe neben der Sache her. Die Zahlen für das Rheinland, Südbaden und Hessen sprächen dafür, daß mehr hätte erreicht werden können.

Holzapfel betonte, der Bundesschatzmeister und er selbst hätten nicht überall sein können. In Schleswig-Holstein seien gemeinsam mit Minister Erhard[7], Dr. Pferdmenges[8], Bach und ihm an einem Tag über 80 Abonnements für das „Wirtschaftsbild" hereingebracht worden. Bach und er seien herumgereist und hätten getan, was sie konnten. Außerdem habe er selbst in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen sowie in Kassel und Waldeck je eine Woche geredet. Dazu habe er seine Abgeordnetenpflichten erfüllen müssen. Die Werbung in Niedersachsen sei wegen der Wahl[9] zurückgestellt worden. Bremen habe auch um eine Verschiebung gebeten. Westfalen allerdings müßte kritisiert werden. Der Landesverband habe die Absicht gehabt, die 270 Abonnements aus der Landesverbandskasse zu bezahlen, aber hinterher habe sich der Vorstand doch für eine Sonderwerbung entschlossen. Westfalen werde sein Soll erfüllen. Es sei heute schwer, von der Wirtschaft Geld zu bekommen. Immerhin seien 583 Abonnenten ein gutes Ergebnis, man könne damit

4 Mitglieder des in der 1. Sitzung bestellten 5er-Ausschusses: Ernst Bach, Friedrich Holzapfel, Jakob Kaiser, Kurt Georg Kiesinger, Alois Zimmer (vgl. Nr. 1 S. 8).

5 Karl Schutz, Diplomvolkswirt, war Redakteur und Verlagsleiter des „Wirtschaftsbildes". Nach dem Ausscheiden von Schutz 1951 aus der Redaktion prozessierte auch Bach gegen ihn wegen widerrechtlicher Aneignung von Vermögen des „Wirtschaftsbildes" (vgl. Bestand Kiesinger ACDP I-226-058).

6 Näheres nicht zu ermitteln.

7 Professor Dr. Ludwig Erhard (1897–1977), bis 1942 stv. Leiter des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware, 1942 Leiter des Instituts für Industrieforschung, 1945–1946 Staatsminister für Wirtschaft in Bayern, 1947 Vorsitzender der Sonderstelle Geld und Kredit, 1948–1949 Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1949–1972 MdB, 1949–1963 Wirtschaftsminister (1957–1963 zugleich Vizekanzler), 1963–1966 Bundeskanzler. Vgl. Klaus Hildebrand in Die grossen Deutschen S. 368–378.

8 Dr. Robert Pferdmenges (1880–1962), Mitgründer der CDU Rheinland, 1947–1949 Mitglied des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, 1950–1962 MdB, Finanz- und Wirtschaftsberater Adenauers. Vgl. Wilhelm Treue in Rheinische Lebensbilder 7 S. 271–293.

9 Die Wahl zum 2. Niedersächsischen Landtag fand am 6. Mai 1951 statt.

zufrieden sein. Zwar seien zwei Monate versäumt worden, aber man habe erst im „Wirtschaftsbild" einmal aufräumen müssen, um gesunde Grundlagen zu schaffen. Das habe vorher nicht vorausgesehen werden können.

Adenauer erklärte, das alles sei zwar zutreffend, aber aus allen Landesteilen kämen Klagen an ihn, daß die Bundesgeschäftsstelle nicht funktioniere.

Bach wies darauf hin, daß das „Wirtschaftsbild" von Hessen ausgegangen sei und daß der derzeitige Stand kein Verdienst des Landesverbandes sei. Er wiederholte die Darstellungen Dr. Holzapfels wegen Niedersachsen, Bremen und Rheinland-Pfalz. DM 75.000,– habe er für die Abwicklung der Zone und DM 30.000,– für die Abwicklung des Generalsekretariats geben müssen.

Adenauer: Die Zone hatte Geld und die Zone war in Ordnung.

Bach: Außerdem seien DM 10.000,– bei Conti[10] abzudecken gewesen, die auf Konto des Generalsekretariats kämen. Die ganze Angelegenheit sei ein Sauhaufen gewesen.

Adenauer: Das ist übertrieben.

Bach: Die Affäre Schutz kann man nicht anders als einen Sauhaufen bezeichnen.

Adenauer: Zugunsten des Generalsekretariats müsse gesagt werden, daß die Partei es jahrelang vernachlässigt habe. Dörpinghaus habe sich mit ganzer Hingebung der Organisation gewidmet, und Dörpinghaus habe Dinge für die Partei getan, die oft an die Grenze des Tragbaren gegangen seien.

Bach erklärte, es handele sich nicht nur um Schutz, sondern für das „Wirtschaftsbild" habe auch ein Mann gearbeitet, der bereits im Gefängnis gesessen habe. Man habe jeden Betrieb aufsuchen müssen, weil Schutz bereits für DM 180.000,– Verträge abgeschlossen habe, die größtenteils dem „Wirtschaftsbild" zurückgewonnen wurden. Bei jeder Beurteilung der Arbeit des 5er-Ausschusses müsse man die Voraussetzungen berücksichtigen. In Hamburg und in Hessen wird noch im Mai die Werbung durchgeführt. Westfalen habe bisher monatlich DM 7.000,– für das „Wirtschaftsbild" vom Landesverband bezahlt. Der Abonnementausfall in Westfalen wird kein Schaden für die Bundesgeschäftsstelle sein. Manches habe auch daran gelegen, daß der Landesgeschäftsführer Blank[11] verunglückt sei.

---

10 Offensichtlich Zahlungsrückstände der Firma Continental. – Einzelheiten nicht zu ermitteln.

11 Joseph Blank (geb. 1913), 1947–1949 Kreisgeschäftsführer CDU Lüdenscheid, 1950–1958 Landesgeschäftsführer der CDU Westfalen-Lippe, 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen, 1958–1962 Staatssekretär im Wiederaufbauministerium, 1962–1963 Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und Öffentliche Arbeiten von Nordrhein-Westfalen (Erinnerungen: "Stress". Der Lebensweg eines politischen Organisators. Ms. o.O. o.J., zur Frage des Bundesgeschäftsführers S. 47f.).

Simpfendörfer[12] bemängelte, daß für Württemberg-Baden eine Werbetagung vereinbart, aber nicht eingehalten worden sei.

Adenauer sagte, man solle sich nicht über schuldig oder nicht schuldig unterhalten. Man müsse die Dinge sehen, wie sie tatsächlich liegen. Tatsache sei, daß sechs bis sieben Monate verstrichen seien, ohne sonderlich etwas zu erreichen. Es habe keinen Sinn, rückwärts zu sehen, sondern man müsse für die Zukunft arbeiten. In zwei Jahren sei die neue Bundestagswahl. Wenn nicht sofort mit den Vorbereitungen dafür begonnen würde, befürchte er das Schlimmste. Man müsse sich klarmachen, was es für Deutschland bedeute, wenn Schumacher[13] Erfolg haben würde. Es müsse so schnell wie möglich gehandelt werden.

Pferdmenges betonte, von den 585 Abonnenten des „Wirtschaftsbildes" seien sehr viele Bezieher bereits vor Beginn der Neuorganisation vorhanden gewesen. Die Gesamtlage in der Wirtschaft sei schwierig. Die Steuern seien gestiegen. Manche Kreise seien wegen der Mitbestimmung[14] verärgert, aber die Wirtschaft beginne sich doch davon zu überzeugen, daß nur die CDU die richtige Politik führen könne. Die Wirtschaft sei bereit, die Partei zu unterstützen. Man müsse sie nur richtig ansprechen. Die Wirtschaft sei durchaus zahlungswillig. Der Kanzler könne helfen, wenn manche steuerliche und bürokratische Schwierigkeiten aus der Welt geschaffen würden.

Es schließt sich eine kleine Debatte um das „Wirtschaftsbild" an.

Dichtel berichtete über eine Werbesitzung für das „Wirtschaftsbild", bei der Bach beste Arbeit geleistet und Minister Erhard gut gewirkt habe. Die CDU müsse mit ihren Ministern mehr wuchern. Südbaden wolle jetzt gern den Finanzminister Schäffer[15] sehen.

---

12 Wilhelm Simpfendörfer (1888–1973), 1929–1933 Mitglied des Reichsvorstands des CSVD, 1930–1933 MdR (Fraktionsvorsitzender), Mitgründer der CDU Nordwürttemberg, 1946–1960 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1946–1947 Kultusminister von Württemberg-Baden, 1948–1958 Vorsitzender der CDU Nordwürttemberg, 1953–1958 Kultusminister von Baden-Württemberg.

13 Dr. Kurt Schumacher (1895–1952), 1924–1931 MdL Württemberg (SPD), 1930–1933 MdR, 1946–1952 Vorsitzender der SPD, 1949–1952 MdB. Vgl. Stephan G. THOMAS in DEMOKRATEN S. 247–256; Willy ALBRECHT: Kurt Schumacher. Bonn 1985.

14 Das „Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie" wurde am 10. April vom Bundestag verabschiedet und am 21. Mai 1951 verkündet (BGBl I S. 347; MÜLLER-LIST).

15 Fritz Schäffer (1888–1967), 1920–1933 MdL Bayern (BVP), 1929 Landesvorsitzender der BVP, 1931–1933 Staatsrat und Leiter des bayerischen Finanzministeriums, Mitgründer der CSU, 1945 Ministerpräsident von Bayern, 1946 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München-Stadt, 1948 des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, 1949–1961 MdB, 1949–1957 Finanzminister, 1957–1961 Justizminister. Vgl. Franz MENGES in LEBENSBILDER 6 S. 139–152.

Schröter erklärte, es sei nicht schwer, das notwendige Geld für die Bundesgeschäftsstelle aufzubringen. Die Schuld für die bisherige Entwicklung liege weniger bei Dr. Holzapfel und Bach, sondern bei den Vorsitzenden der Landesverbände, die die Zentrale nicht genügend unterstützen.

Hilpert erklärte, was Dr. Holzapfel und Bach erreicht hätten, sei enorm. Das „Wirtschaftsbild" werde immer besser und beginne auch für sich selbst zu werben. Die Landesverbände müssen sich dafür einsetzen, weit über ihr Soll hinauszukommen, da sie mit dem Überhang sich selbst finanzieren können. Für die Werbung seien aber die Wirtschaftskonferenzen von entscheidender Bedeutung.

Adenauer erklärte, die Minister könnten nicht permanent reden. Schäffer könne jeden Augenblick zusammenklappen. Die Hauptarbeit müsse von den Landesverbänden geleistet werden.

Dichtel und *andere* betonten aber die Notwendigkeit der Hilfe durch den Bund.

Bach wies darauf hin, daß die Landesverbände fünf Jahre nebeneinander hergelaufen seien. Die Organisation sei stark vernachlässigt. Finanziell herrsche keine Ordnung. Die beiden Sekretariate in Köln und Frankfurt konnten erst zum 31. März auslaufen. Auch dadurch sei eine Verzögerung entstanden. Die Arbeit auch in den Landesverbänden müsse mehr ineinanderfließen. Es dürfe nicht nur für das „Wirtschaftsbild" gearbeitet werden, sondern auch die Wahlen müßten vom Bund finanziert werden. Alles hänge davon ab, ob in zwei Jahren Finanzen und Organisation so in Ordnung seien, daß man der Bundestagswahl mit Ruhe entgegensehen könne. Bach erläuterte dann seine Absprache mit Dr. Pferdmenges über die Finanzierung und seine weiteren Pläne. Das Ziel sei, monatlich mindestens DM 100.000,– flüssig zu machen. Die „Union in Deutschland"[16] müsse mit oder ohne Entgelt bis zum letzten Vertrauensmann der Partei kommen. Im übrigen sei es wesentlich einfacher, eine neue Organisation aufzubauen als aus zwei Organisationen eine zu machen.

Adenauer betonte nochmals, es sei nicht seine Absicht, Dr. Holzapfel oder Bach eine Schuld zuzuschieben, sondern er denke nur mit Sorge an die kommenden Bundestagswahlen. Bach habe selbst in einem Brief an ihn festgestellt, daß außerhalb Westfalens und des Rheinlands von Organisation keine Rede sein könne. Wenn es wirklich so sei, dann könne ihm angst und bange werden. Der Vorsitzende gab zu überlegen, ob nicht die Organisation der Landesverbände vom Vorstand und der Bundesgeschäftsstelle mehr unterstützt werden könne. Er stellte die konkrete Frage, ob es nicht besser sei, die Landesgeschäftsführer von der Zentrale einzustellen und zu besolden.

Simpfendörfer erklärte sich für seinen Landesverband zu jeder Arbeit und Maßnahme bereit. Aber man brauche in den Landesverbänden die Minister, damit sie insbesondere der Wirtschaft ihre Politik klarmachen könnten.

16 Der Informationsdienst „UiD" war im März 1949 aus der Ausgabe C des „DUD" hervorgegangen (vgl. Anm. 17).

Kaiser wies auf den Unterschied zwischen der Organisation der SPD und der CDU hin. Die Grundlage der SPD-Organisation seien die Mitglieder und die Mitgliederbeiträge. Der Kanzler habe gesagt, er sei ungehalten, aber nicht nur über den Vorstand, sondern auch gegen sich selbst. Der Minister fuhr fort, er sei oft nicht mehr zum 5er-Ausschuß gegangen, weil er das Anhören der Vorgänge um Schutz usw. leid geworden sei. Er habe gehofft, heute zu hören, daß die Dinge ohne Anrufung der Gerichte in Ordnung gebracht seien. Der Kanzler habe die Ernennung von Lubbers autoritär vollzogen. Die Absicht mit Kiesinger sei fehlgegangen. Es sei immer davon gesprochen worden, Blank zum Bundesgeschäftsführer zu machen, und er sei erstaunt, daß er jetzt doch nicht zur Verfügung stehe. Lubbers sei in der Publizistik unentbehrlich. Man brauche einen Bundesgeschäftsführer, der mit ganzer Kraft sich der Aufgabe widmen und bei den Landesverbänden Autorität gewinnen könne.

Adenauer bat, zunächst die Personalfragen zurückzustellen. Er wiederhole, ohne gute Landesgeschäftsführer sei eine Organisation nicht möglich. Wenn man den Landesparteien die Organisation ganz überlasse, dann sei es zweifelhaft, ob etwas zustande komme. Die Zentrale müsse unbedingt helfen. Wenn die Landesverbände nicht in Ordnung kämen, dann nutze auch eine gute Bundesgeschäftsstelle nichts. Dr. Adenauer betonte, er sei auch mit sich selbst unzufrieden. Er könne nicht zugleich Bundeskanzler sein und sich als Vorsitzender um die Dinge der Partei so kümmern, wie es sein müßte. Er glaube, es sei den Interessen der CDU am besten gedient mit einer stärkeren Einflußnahme des Vorstandes auf die Landesparteien.

Holzapfel sagte, auch der 5er-Ausschuß wolle die gesamte Partei durchorganisieren und habe dafür folgende Maßnahmen vorgesehen:

1. Das „Wirtschaftsbild" solle die Bundesgeschäftsstelle und die Arbeiten der Bundespartei finanzieren.

2. Die Landesverbände müßten finanziell durchorganisiert werden mit Hilfe der „Monatsblätter", wie es in Westfalen bereits der Fall sei.

3. Die „Union in Deutschland" müsse an jeden Amtsträger und Vertrauensmann der Partei gelangen, sie käme aber bisher nicht einmal in jede Kreispartei.

4. Der „Deutschland-Union-Dienst"[17] müsse der Infiltration der Presse vorbehalten bleiben.

In Westfalen sei alles durcheinandergeraten durch die Sammlungen von Schmalz für die Erste Legion.

Adenauer bat nochmals, sich auf das Thema zu konzentrieren und über die Organisation der Landesverbände zu sprechen.

Majonica sprach sich für eine stärkere Einwirkung der Zentrale auf die Landesverbände aus. Er warnte aber davor, eine Nivellierung zu ungunsten der guten Landesverbände durchzuführen.

Bach forderte, die Angestellten auch finanziell vollkommen sicherzustellen. Die

17 Pressedienst der CDU und CSU, seit 1947 Frankfurt, seit 1951 Bonn.

Landesgeschäftsführer müßten von der Zentrale bezahlt, aber den Landesverbänden unterstellt werden. So ergebe sich auch die Möglichkeit, Landesverbandsgeschäftsführer untereinander auszutauschen. Die Landesverbände ihrerseits müßten die Kreisgeschäftsführer bezahlen. Man könne die CDU nicht zentralistisch wie die SPD, sondern man müßte sie föderalistisch organisieren. Es sei empfehlenswert, die Kreisgeschäftsführer mit Gehalt und Provision einzustellen. Die Besoldung der Kreisgeschäftsführer müsse einheitlich gestaltet werden. Z. Z. sei die Bezahlung zu unterschiedlich.

Adenauer stellte als einheitliche Meinung des Vorstandes grundsätzlich fest, es sei anzustreben, die Landesgeschäftsführer durch den Bund und die Kreisgeschäftsführer durch die Landesverbände zu besolden.

Simpfendörfer kann sich dieser Meinung noch nicht anschließen, da sein Landesverband anders als Westfalen organisiert sei.

Adenauer erkannte an, daß die Verhältnisse verschieden seien, aber gerade dadurch gerate alles ins Stocken. Wenn man sich auf das Prinzip einige, die Landesgeschäftsführer durch die Zentrale zu besolden, käme man nicht mit dem „Wirtschaftsbild" aus, sondern müsse nach zusätzlichen Geldquellen suchen.

Zimmer beantragte, nicht so radikal zu verfahren, wie Bach es vorgeschlagen habe. Man solle die Landesgeschäftsführer zum Teil durch den Bund, zum Teil durch die Landesverbände besolden. Mit den Landesverbänden solle eine Vereinbarung getroffen werden, daß sie einen Teil der Aufgaben des Bundes übernehmen und dafür der Bund einen finanziellen Zuschuß leiste.

Adenauer hielt eine Vereinbarung mit den Landesverbänden für durchaus notwendig, aber es müsse unter allen Umständen ein Einfluß des Vorstandes auf die Arbeit in den Landesverbänden gesichert werden.

Pferdmenges hielt eine möglichst zentrale Lösung für angebracht. Er stelle aber die konkrete Frage: Wieviel Geld brauchen wir, um die Besoldung der Landesgeschäftsführer zu finanzieren und um einen Fonds zu schaffen, der für die politischen Aufgaben ausreicht.

Albers hielt eine Stärkung der Parteizentrale für notwendig. Man müsse aufräumen mit der schlechten Bezahlung der Geschäftsführer und der Angestellten. Die Sozialhaltung der Partei müsse sich besonders in den Gehältern ihrer Mitarbeiter ausdrücken. Die Geschäftsführer müßten die Partei durch Mitgliederwerbung stärken. Die Mandatsträger müßten stärker zur Finanzierung der Partei herangezogen werden. In der SPD bezahle jeder Bundestagsabgeordnete monatlich DM 200,– und in Nordrhein-Westfalen jeder Landtagsabgeordnete DM 100,– an die Zentrale. Außerdem müsse man die Finanzkraft der Leute mehr ausnutzen, die durch die Partei in gute Stellungen gekommen sind.

Adenauer stellte drei konkrete Fragen:

1. Sollen die Landesgeschäftsführer grundsätzlich von der Zentrale besoldet werden?

2. Welchen Betrag erfordert das?

3. Wie bringen wir die Mittel auf?

Dichtel empfahl ein Vorgehen Schritt für Schritt. Er gehe in der zentralistischen Regelung nicht so weit wie Bach. Auch er empfahl eine stärkere Heranziehung der Mandatsträger für die Finanzierung, die in seinem Landesverband schon erfolgt sei. Den Landesverbänden müsse der Einfluß auf den Landesgeschäftsführer belassen werden.

Bach betonte, nicht die Zentrale solle die Landesgeschäftsführer bestimmen. Das sei natürlich Sache der Landesverbände. Durch eine zentrale Besoldung der Landesgeschäftsführer müsse man sie aber unabhängiger machen gegen lokale Strömungen in den Landesverbänden.

Bei einer ersten Abstimmung erklärten sich acht Stimmen für die Besoldung der Landesgeschäftsführer durch die Zentrale, eine dagegen, die übrigen enthielten sich.

Dichtel gab dazu die Erklärung ab, die Enthaltungen seien erfolgt, weil die Stellungnahme der Landesverbände noch nicht zu übersehen sei. Grundsätzlich wolle man die Maßnahme durchführen.

Adenauer empfahl, in den Vorständen der Landesverbände zu versuchen, die vorgeschlagene Regelung zu erreichen. Er stellte die Frage, wie das Geld zur Besoldung der Landesgeschäftsführer aufgebracht werden könne.

Bach warnte davor, die Sonderziffer des „Wirtschaftsbildes" für den Bund zu erhöhen. Er stellte die Frage an Dr. Pferdmenges, ob er eine Möglichkeit sähe, auf anderem Wege monatlich DM 25.000,– für den gedachten Zweck aufzubringen.

Pferdmenges bejahte die Frage, wenn die steuerlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden können.

Adenauer (zu Pferdmenges): Sie werden sich also dafür einsetzen?

Pferdmenges: Ja, ich werde das tun.

Adenauer stellte dann die Frage, ob den Landesverbänden empfohlen werden müsse, die Kreisgeschäftsführer durch den Landesverband zu bezahlen.

Dichtel meinte, das sei zwar schon der nächste Schritt, aber wenn die Landesverbände durch die Besoldung des Landesgeschäftsführers vom Bund aus entlastet würden, könne man das Geld in die Kreise stecken.

Adenauer stellte als allgemeine Ansicht des Vorstandes fest, daß den Landesverbänden empfohlen werden soll, das Gehalt der Kreisgeschäftsführer auf den Landesverband zu übernehmen.

Es entspann sich eine kurze Debatte über die Höhe der Kosten für eine solche Regelung, die aber zu keinem Ergebnis führte.

Hilpert empfahl, keine allzu starre Regelung zu treffen, sondern den Beschluß nur als Richtschnur gelten zu lassen.

Holzapfel schilderte die Maßnahmen des 5er-Ausschusses beim Zusammenschluß des Generalsekretariats und der Zonengeschäftsstelle zur Bundesgeschäftsstelle und erläuterte dann den vorgelegten Stellenplan. Sechs von zehn vorgesehenen Referaten seien bereits besetzt. Dringlich sei die Besetzung des Kulturreferates, des Vertriebenenreferates, des Ostreferates und des Agrarreferates.

Kather[18] bat, das Vertriebenenreferat, das in der Hauptsache organisatorische Aufgaben habe, möglichst bald zu besetzen.

Adenauer forderte die Einstellung einer hervorragenden Kraft für die Organisation, die auch stellenmäßig herausgehoben werden solle.

Dichtel meinte, der Organisationsleiter müsse direkter Vertreter des Bundesgeschäftsführers sein.

Adenauer bezeichnete es als Aufgabe des Organisators, draußen in den Landesverbänden zu wirken. Der Bundesgeschäftsführer selbst müsse in Bonn bleiben, um an Ort und Stelle entscheiden zu können.

Lubbers wies darauf hin, daß der vorliegende Plan geändert werden müsse, wenn nicht der Referatsleiter, sondern der Organisationsmann Stellvertreter des Bundesgeschäftsführers sein sollte.

Holzapfel empfahl, über den Referatsleiter zuletzt zu sprechen.

Schreiber meinte, es fehle ein Werbeleiter für die Werbung von Mitgliedern. Die Ansicht der meisten Vorstandsmitglieder war, daß diese Aufgabe dem Organisationsleiter zufalle.

Adenauer erklärte die Pflege der Beziehungen zu ausländischen Schwesterparteien für eine der vordringlichsten Aufgaben. Auf eine Bemerkung Dr. Holzapfels, daß dies die Aufgabe des Bundesgeschäftsführers sei, war die allgemeine Auffassung, daß für diese Aufgabe eine eigene Kraft in der Bundesgeschäftsstelle vorhanden sein müsse. Es wurde ferner die Frage erörtert, ob diese Aufgabe nicht besser einem Vertreter der Fraktion oder einem Mitglied des Vorstandes übertragen werden solle, da dieser größere politische Autorität haben würde als ein Angestellter der Bundesgeschäftsstelle.

Dr. Adenauer wollte den größten Wert auf die Auswertung der Ergebnisse von Auslandsreisen der Politiker gelegt wissen.

Majonica empfahl den Sekretär der Jungen Union – Ziegler[19] –, der aber allgemein abgelehnt wurde.

18 Dr. Linus Kather (1893–1983), 1930–1933 Stadtverordneter in Königsberg (Zentrum), Mitgründer der CDU Hamburg, 1946–1949 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1949–1957 MdB (CDU, ab 1954 GB/BHE), 1949–1958 Vorsitzender des Zentralverbandes bzw. Bundes der Vertriebenen (Memoiren: Die Entmachtung der Vertriebenen. 2 Bde. München 1964/65).

19 In der Vorlage: Zimmer. – Helmut Ziegler (geb. 1921), 1948–1954 Bundessekretär der Jungen Union, seither CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Für die Auslandsbeziehungen soll eine besondere Kraft im Stellenplan der Bundesgeschäftsstelle vorgesehen werden.

Zur Frage des Bundesgeschäftsführers meinte *Kaiser*, mit der Berufung von Blank könne man wohl nicht mehr rechnen.

Adenauer hielt eine Berufung von Blank doch noch für möglich.

Kaiser erklärte die Besetzung des Bundesgeschäftsführerpostens für vordringlich. Er empfahl Prof. Möbus[20] für diese Aufgabe.

Adenauer sagte, man solle keinen Professor wählen und nicht einen Mann aus dem Osten. Der Schwerpunkt der CDU liege im Süden und Westen. Der Bundesgeschäftsführer müsse außerdem keine Politik treiben, sondern er müsse den Apparat der Partei leiten.

Hilpert betonte, dies müsse ein Mann sein, der die Verhältnisse in Westdeutschland und die Verhältnisse innerhalb der CDU genauestens kenne.

Dieser Ansicht schloß sich auch *Simpfendörfer* an.

Adenauer erklärte, Blank habe in Westfalen hervorragend gearbeitet. Es sei auch mit Blank ein Abkommen versucht worden, wonach Blank vier Tage der Woche in Bonn und die übrigen Tage in Westfalen arbeiten solle. Man habe den Bundesgeschäftsführer ja geradezu mit der Laterne gesucht. Der Unfall Blanks habe alle Verhandlungen ins Stocken gebracht. Darum habe er Lubbers gebeten, die Leitung der Bundesgeschäftsstelle kommissarisch zu übernehmen. Man werde auf Blank sicherlich noch zurückkommen.

Bach erklärte, Blank würde sofort kommen, wenn ihn Westfalen freigäbe. Evtl. habe man in Westfalen auch einen Ersatz für ihn.

Adenauer erklärte Blank für die beste Lösung. Er bat die Vorstandsmitglieder, trotzdem nach einem geeigneten Mann weiterzusuchen. An Vorschlägen wurden genannt Uhlenbrock[21], Osnabrück, und aus Hessen Herr Rest[22].

Es war einmütige Meinung des Vorstandes, weiter nach einer geeigneten Kraft als Bundesgeschäftsführer zu suchen.

Holzapfel erläuterte weiter den Stellenplan. Für das Ostreferat wurde Panzer[23] genannt.

---

20 Dr. Gerhard Möbus (1912–1965), Mitgründer der CDU in Sachsen-Anhalt (Halle), 1945 Professor in Jena und 1946 in Halle, 1947 Austritt aus der Ost-CDU aus Protest gegen die Absetzung Jakob Kaisers, 1950 Flucht nach Berlin (West), 1952 Professor in Berlin, Direktor des wissenschaftlichen Forschungslehrstabs der Schule der Bundeswehr für Innere Führung.

21 Hans Uhlenbrock (geb. 1915), Kaufmann, Geschäftsführer des CDU-Bezirksverbands Osnabrück.

22 Friedrich Rest, 1949–1950 Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Korbach, 1950 Mitglied des CDU-Landesvorstands Hessen.

23 Hans Panzer (geb. 1899), 1945–1948 Vorsitzender der CDU Eisenach, 1951–1959 Referent in der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Kather nannte für das Vertriebenenreferat die Herren Beyer[24] und Kitlas[25]. Die Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenen habe sich noch nicht für einen der beiden entschieden.

Hilpert bat, bei der Stellenbesetzung auch den südwestdeutschen Raum zu berücksichtigen.

Auch *Simpfendörfer* richtete die gleiche Bitte an den Vorstand.

Kitlas und Beyer wurden beide als gute Kräfte bezeichnet. Evtl. soll Kitlas das Organisationsreferat übernehmen.

Holzapfel erläuterte dann das unklare Verhältnis mit Schmalz. Außerdem berichtete er über die weitere Verwendung der Herren Dr. Zimmermann[26] und Brands[27]. Brands soll zum Landesverband Rheinland-Pfalz als Landesgeschäftsführer kommen. Eine längere Debatte entspann sich über Dr. Zimmermann, über dessen zweckmäßigste Verwendung man sich nicht klar war, jedoch bestand Einigkeit darüber, Dr. Zimmermann zweckmäßig einzubauen. Vorläufig soll mit ihm über eine befriedigende Regelung verhandelt werden.

Bach berichtete über ein Abkommen mit Schmalz, wonach Schmalz bis zum 1. Juli sein Gehalt bekommen soll, außerdem einige Beträge zur Abwicklung der Zonengeschäftsstelle. Insgesamt erfordert die Regelung DM 8.000,–, die vom Vorstand bewilligt wurden.

Eine weitere Debatte entwickelte sich über die Besetzung des Kulturreferates, für das Studienrat Schmauch[28] vorgeschlagen ist. Er wurde im allgemeinen gut beurteilt, jedoch wurde insbesondere von *Dichtel*, *Hilpert* und *Simpfendörfer* zu bedenken gegeben, ob hierfür statt eines Mannes aus dem Osten nicht besser ein Mann aus dem Westen vorgesehen werden könne.

Adenauer stellte die Frage, ob nicht eine evangelische und eine katholische Kraft für das Kulturreferat vorgesehen werden müsse.

Dichtel schlug als evangelische Kraft Dr. Bollinger[29] vor. Außerdem müsse in der Partei die Kulturpolitik mehr nach außen getragen werden. Wenn wir auch

---

24 In der Vorlage: Baier. – Dietrich Beyer (geb. 1913), 1951–1959 Referent in der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

25 In der Vorlage: Kittler. – Erich Kitlas (1901–1983), 1945–1951 Kreisgeschäftsführer CDU Krefeld, 1951–1955 Referent in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, anschließend Mitarbeiter „Kuratorium Unteilbares Deutschland".

26 Dr. Karl Zimmermann (1899–1968), vor 1933 Generalsekretär des Katholischen Beamtenbundes und der Deutschen Kolpingfamilie, Mitgründer der CDU Köln, 1945–1946 Generalsekretär und 1950–1951 Leiter der politischen Bildungsarbeit des CDU-Zonenausschusses der britischen Zone, 1953–1968 Leiter des Seminars für Staatsbürgerkunde in Olpe.

27 In der Vorlage: Branz. – Willi Brands (1896–1979), 1919 Mitgründer des Zentralverbands Christlicher Angestellter in den Christlichen Gewerkschaften, 1919–1933 Windthorstbund, Mitgründer der CDU Lübbecke (bis 1950 Kreisgeschäftsführer), 1946–1951 Mitglied des Kreistages Lübbecke, 1951–1975 CDU-Bundesgeschäftsstelle.

28 Biographische Angaben nicht zu ermitteln.

29 Biographische Angaben nicht zu ermitteln.

schon nicht als Partei die ganze politische Macht in Händen hätten, so seien wir aber doch stark genug, um unsere Kulturforderungen durchzusetzen.

Bach schlug vor, ein Bundesprüfungsamt für die Landesgeschäftsstelle[n] einzurichten.

Hilpert erklärte unter allgemeiner Zustimmung, das sei Sache des Organisationsleiters.

Holzapfel empfahl dringendst, die Ausschußarbeit voranzutreiben. Jedes Referat müsse von einem zugehörigen Ausschuß gesteuert und befruchtet werden.

Punkt 4 der Tagesordnung wurde wegen der Abwesenheit Dr. von Brentanos abgesetzt[30].

Dichtel schlug vor, der Pressefrage erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, besonders in den Landesverbänden, in denen keine CDU-Presse vorhanden sei.

Bach stellte die Frage, ob die bisher an den Kreisverband Bonn gezahlten DM 500,– monatlicher Zuschuß weitergezahlt werden müssen.

Auf Vorschlag [von] Dr. Adenauer wurde beschlossen, den Zuschuß bis einschließlich Mai zu zahlen. Johannes Albers soll aber mit der Kreispartei Bonn wegen der Ordnung ihrer finanziellen Verhältnisse verhandeln.

Holzapfel fragte, ob DM 2.000,– Anteile des Abgeordneten Prof. Wahl[31] am Korrespondenz-Verlag in Königstein von der Bundespartei übernommen werden sollen.

Über die Frage soll nach genauer Prüfung noch einmal verhandelt werden.

Der Bundesschatzmeister erhielt die Genehmigung, für eine Tagung des Kreisverbandes Wiesbaden einen Kostenvorschuß zu zahlen, der durch „Wirtschaftsbild"-Werbung wieder hereingeholt wird.

Bach stellte die Frage, ob durch die Berufung von Lubbers die Aufgabe des 5er-Ausschusses beendet sei oder nicht.

Adenauer erklärte, Lubbers sei mit der kommissarischen Leitung der Bundesgeschäftsstelle beauftragt, der 5er-Ausschuß dagegen mit dem organisatorischen Aufbau der Gesamtpartei.

Holzapfel erklärte, er werde alle laufenden und technischen Dinge dem kommissarischen Bundesgeschäftsführer übergeben. Wenn dieser Rat brauche, stehe der 5er-Ausschuß jederzeit zur Verfügung.

Majonica beantragte, den Vorstand mindestens einmal im Monat zusammentreten zu lassen.

---

30 Vorgesehen war eine Diskussion über das Verhältnis zwischen Partei und Bundestagsfraktion.

31 Dr. Eduard Wahl (1903–1985), Professor für Privatrecht, 1949–1969 MdB (CDU, 1953–1957 Vorsitzender des Ausschusses für Besatzungsfolgen), 1952–1964 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, 1961–1969 Mitglied (ab 1966 Vizepräsident) der Beratenden Versammlung des Europarats. – Hintergründe des Verhältnisses zum „Korrespondenz-Verlag" nicht zu ermitteln.

Auf Vorschlag [von] Dr. Adenauer wurde beschlossen, mindestens alle sechs Wochen, bei Bedarf aber öfter, den Vorstand einzuberufen.

Zum 70. Geburtstag des Prälaten Kaas[32] am 23. Mai sollen auf Vorschlag Dr. Adenauers von der Bundespartei geeignete Schritte unternommen werden, um Prälat Kaas für die CDU zu reklamieren und zu verhindern, daß das Zentrum mit ihm Reklame macht.

Es folgt Mittagspause von einer Stunde.

In der Nachmittagssitzung berichtete *Zimmer* über die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz[33]. Er gab den bekannten Zahlenvergleich und berichtete über die bisherigen Verhältnisse im Landtag. Bei den Wahlen sei das Hauptthema die Bundespolitik gewesen, insbesondere die Frage der Kohlenversorgung und der Preise. Die Außenpolitik sei kaum ins Gewicht gefallen. Hauptargumente seien die täglichen persönlichen Erschwernisse der einzelnen Menschen gewesen. Der Landesverband werde aus den Wahlen die Lehre ziehen. Bisher sei Altmeier[34] Ministerpräsident und Vorsitzender gewesen. Dies aber sei nicht praktisch, man werde in Zukunft anders verfahren. Dr. Zimmer erläuterte dann im einzelnen die Stimmen- und Mandatsverschiebung und kritisierte vor allem, daß das Zentrum trotz nur 20.000 erhaltener Stimmen der CDU drei Mandate zerschlagen habe[35]. In den Grenzlandkreisen habe die Notgemeinschaft[36] Verluste gebracht wie die Agitation von Nordrhein-Westfalen. Die SPD habe 4 % Stimmen von den Kommunisten bekommen, aber das gleiche an die FDP abgegeben. Die FDP habe an das materielle Interesse der Menschen appelliert in einer ähnlichen Form wie die NSDAP und damit viele Stimmen an sich gezogen. In Trier habe der „Christliche Generalanzeiger"[37] durch seine Hetze gegen Altmeier Stimmenverlust zur Folge gehabt. Der größte Fehler sei aber gewesen der Mangel an Organisation. Insgesamt gesehen sei die Politik der Bundesregierung durch die Wahl anerkannt worden. Daraus werde die CDU bei der

32 Dr. Ludwig Kaas (1881–1952), 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1920–1933 MdR und Mitglied des Preußischen Staatsrats, 1928–1933 Vorsitzender der Zentrumspartei, 1935 Kanonikus von St. Peter, Vatikanstadt. Vgl. Georg MAY: Ludwig Kaas. 3 Bde. Amsterdam 1981/82; DERS. in RHEINISCHE LEBENSBILDER 10 S. 223–236.

33 Ergebnis der Landtagswahl vom 29. April 1951: CDU 39,2 %, SPD 34,0 %, FDP 16,7 %, KPD 4,3 %, GB/BHE 1,9 %, Sonstige 3,9 %. Sitzverteilung im Landtag von Rheinland-Pfalz: CDU 43, SPD 38, FDP 19; nach dem Wahlergebnis vom 18. Mai 1947 war die Sitzverteilung: CDU 48 (47,2 %), SPD 34 (34,3 %), FDP 11 (9,8 %), Sonstige 8 (8,7 %). Vgl. FAUL S. 353f.

34 Peter Altmeier (1899–1977), 1929–1933 Stadtverordneter in Koblenz (Zentrum), Mitgründer und 1947–1966 Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz, 1946 Regierungspräsident von Montabaur, 1947–1969 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz (1948–1967 auch Minister für Wirtschaft und Verkehr). Vgl. Rudolf MORSEY in LEBENSBILDER 6 S. 200–213.

35 Das Zentrum, das bei der ersten Landtagswahl vom 18. Mai 1947 nicht angetreten war, hatte 29.816 Stimmen, d.h. 2,1 %, erhalten (FAUL S. 354).

36 Die Notgemeinschaft Kriegsgeschädigter (NGK) erhielt 0,7 % Stimmen.

37 Nicht zu ermitteln.

Regierungsbildung die Konsequenz ziehen. Bei den Verhandlungen habe sich herausgestellt, daß die FDP trotz ihrer geringeren Mandatszahl weit höhere Forderungen gestellt habe als die SPD. Sie fordert das Innenministerium, das Finanz- und Wirtschaftsministerium. Die CDU sei bereit, der FDP das Justiz- und Wirtschaftsministerium zu geben oder statt eines dieser Ministerien noch das Finanzministerium. Verhandlungen seien aber ohne Erfolg geblieben. Die CDU habe dann mit der SPD verhandelt und festgestellt, daß sie trotz mehr Mandaten mit der gleichen Regierungsbeteiligung wie bisher zufrieden sei. Die CDU wolle die Frage der Ländergrenzen unter gesamtdeutschen Gesichtspunkten behandeln. Die FDP aber wolle das Land Rheinland-Pfalz auflösen. Dr. Zimmer hoffte, daß mit der FDP doch eine Koalition zustande komme, aber er gab ihr keine lange Dauer. Die CDU werde Altmeier als Ministerpräsidenten, Zimmer als Innen- und Kultusminister und Stübinger[38] als Landwirtschaftsminister präsentieren. Seltsam sei, daß die SPD genügend qualifizierte Kandidaten für Ministerposten habe, während man bei der FDP Personalschwierigkeiten feststellen müsse.

Adenauer erklärte, die Wahl in Rheinland-Pfalz sei schon deshalb gut ausgefallen, weil nur drei Parteien in den Landtag gekommen seien. Außerdem gebe es dort keine Zersplitterung und keine Radikalen, deshalb könne die CDU mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein.

Albers bemängelte, daß in Rheinland-Pfalz die Menschen nicht recht angesprochen worden sind. Er erinnerte an die primitive Agitation der SPD, die guten Erfolg hatte. Außerdem habe die Gewerkschaftspresse mit der Herausstellung von SPD-Gewerkschaftern und der Verschweigung der CDU-Gewerkschafter sehr zugunsten der SPD in den Wahlkampf eingegriffen.

Zimmer gibt Albers recht. Die Wahlen seien von Gewerkschaften und SPD bereits im Winter in den Betrieben gemacht worden.

Kaiser erklärte, der Vorstand habe die Pflicht, Dr. Zimmer zu sagen, daß die CDU auf den Landesverband Rheinland-Pfalz stolz sein könne. Die Wahl sei gut verlaufen. Allerdings müsse die Frage des Zentrums bereinigt werden.

Die Niedersachsen-Wahlen

Cillien[39] berichtete über die Landtagswahl in Niedersachsen[40]. Die evangelischen Gebiete seien mehr gefährdet gewesen als die katholischen. In den katholischen Ge-

38 In der Vorlage: Straubinger. – Oskar Stübinger (geb. 1910), Mitgründer der CDU, 1946–1970 MdL Rheinland-Pfalz, 1947–1968 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten von Rheinland-Pfalz, 1959–1963 stv. Ministerpräsident.

39 Adolf Cillien (1893–1960), Oberkirchenrat, Mitgründer der CDU, 1946–1951 MdL Niedersachsen (Fraktionsvorsitzender), 1949–1960 Vorsitzender der CDU Niedersachsen, 1953–1960 MdB (stv. Fraktionsvorsitzender). Vgl. Arnold Fratzscher in Christliche Demokraten S. 85–104.

40 Ergebnis der Landtagswahl vom 6. Mai 1951: CDU/DP 23,8 %, SPD 33,7 %, FDP 8,4 %, KPD 1,8 %, GB/BHE 14,9 %, SRP 11 % (Faul S. 347).

bieten habe die CDU ihre Position gehalten. Die SPD habe alle Machtmittel im Wahlkampf eingesetzt. Die Niedersächsische Union[41] sei durch die Nichtbeteiligung der FDP sehr behindert gewesen. Insbesondere hätten Stegner[42] und Onnen[43] jede gemeinsame Arbeit sabotiert[44]. Die Frage der Zweckmäßigkeit der Niederdeutschen Union sei dadurch beantwortet, daß das Wahlgesetz kaum eine andere Wahl gelassen habe. Ein getrennter Wahlkampf von DP und CDU hätte einen verheerenden Ausgang gehabt. Als positiv sei die Leistung zu bewerten, in wenigen Wochen zugleich die Niedersächsische Union zu schaffen und den Wahlkampf durchzuführen. Auch hier hätten die Schwierigkeiten bei der Organisation gelegen. Trotzdem habe man 4.000 Wahlversammlungen durchgeführt. Der Besuch war im Durchschnitt schlecht mit Ausnahme der Versammlungen, in denen prominente Politiker sprachen. Kohlen und Preise seien auch in Niedersachsen die Hauptthemen gewesen. Auch in Niedersachsen habe die SPD die infame Gegenüberstellung gebraucht: Adenauer bedeutet Krieg, SPD bedeutet Frieden. Die SPD habe seit Jahren so maßlos in Niedersachsen gehetzt, daß die SRP leichtes Spiel gehabt hätte[45]. Wenn man alles das beachte, sei der Mißerfolg der Niederdeutschen Union nicht so groß, wie er auf den ersten Blick erscheine. Die CDU insbesondere habe die spezifischen CDU-Gebiete gehalten. Cillien schilderte dann Einzelheiten aus dem Wahlkampf, insbesondere kleine taktische Manöver wie das plötzliche Zurückziehen von Kandidaten usw., wodurch der Wahlkampf ungünstig beeinflußt worden sei. Die Regierungsbildung werde sehr schwer sein. Kopf[46] würde am liebsten eine Koalition mit der Niederdeutschen Union machen. Es spreche aber sehr viel gegen eine Beteiligung der Niederdeutschen Union an einer Regierung[47] Kopf. Die Niederdeutsche Union würde sich in einer solchen Koalition verbrauchen. Die Niederdeutsche Union selbst sei nicht in der Lage, die Regierung zu bilden, da man über eine Tolerierung durch die SRP nicht zu diskutieren

41 Sitzverteilung im Landtag von Niedersachsen: DP/CDU (Niedersächsische Union) 35, SPD 64, FDP 12, KPD 2, GB/BHE 21, SRP 16 (EBD.).

42 Artur Stegner (geb. 1907), 1946 Mitglied des Stadtrates und Kreistages Holzminden (FDP), 1948–1954 Vorsitzender der FDP Niedersachsen, 1948–1953 Mitglied des FDP-Bundesvorstands, 1949–1957 MdB (bis 1954 FDP, dann fraktionslos, 1957 GB/BHE), 1951 MdL Niedersachsen.

43 Alfred Onnen (1904–1966), 1947–1954 stv. Vorsitzender der FDP Niedersachsen, 1952–1953 Mitglied des FDP-Bundesvorstands, 1949–1957 MdB.

44 Stegner und Onnen zählten zum „rechten" Flügel der niedersächsischen FDP, der erhebliche Vorbehalte gegenüber der Politik Adenauers hatte und vor allem der Westintegration skeptisch bis ablehnend gegenüberstand. Vgl. ROTH S. 69f.; RÜTTEN S. 226–256; MARTEN S. 231ff.

45 Die SRP hatte im ersten Anlauf 16 Sitze im Landtag Niedersachsen erreicht.

46 Hinrich Wilhelm Kopf (1893–1961), 1919 SPD, 1928–1932 Landrat im Kreis Hadeln, 1945–1946 Oberpräsident der Provinz Hannover, 1946–1955 und 1959–1961 Ministerpräsident von Niedersachsen, 1947 und 1957–1959 Innenminister und stv. Ministerpräsident. Vgl. Thilo VOGELSANG: Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen. Hannover 1963; Günter PIPKE in DEMOKRATEN S. 184–195.

47 In der Vorlage: Beteiligung.

brauche. Es bliebe also eine Koalition SPD/BHE. Dadurch würde die Niederdeutsche Union als Opposition eine sehr schwache Stellung bekommen. Bedenklich sei auch, daß in der NU-Fraktion 19 Bauern sitzen. Mit dem Zentrum sei keine Verständigung mehr möglich. Zu bemängeln sei, daß der Bischof von Hildesheim[48] im Wahlkampf eine durchaus unklare Haltung eingenommen habe. Cillien bemängelte, daß die CDU in Niedersachsen über keine Zeitung verfüge. Sie sei also publizistisch machtlos.

Hofmeister[49] ergänzte die Ausführungen Cilliens. Wenn die NU nicht gegründet worden wäre, hätte die SPD mindestens 80 Sitze in direkter Wahl bekommen. Hofmeister erläuterte dann eingehend die Stimmenverschiebungen und ihre Ursache. Wäre die FDP der NU beigetreten, so hätte diese mindestens 16 Sitze in direkter Wahl mehr bekommen. Es bestehe der starke Verdacht, daß diese Fusion infolge einer Besprechung Stegner-Kopf verhindert worden sei. Theoretisch sei eine Regierungsbildung der bürgerlichen Parteien von NU bis SRP möglich. Politisch aber sei diese Frage überhaupt nicht diskutabel. Abschließend bedauerte Dr. Hofmeister, daß Cillien aus persönlichen Gründen kein Mandat angenommen habe.

Adenauer schließt sich diesem Bedauern an, hofft aber, daß Herr Cillien seine Kraft und seinen guten Rat weiter der Partei und Fraktion zur Verfügung stellen werde. Im ganzen sei er über die Wahl anderer Auffassung als Cillien und Hofmeister. Der Grund des schlechten Wahlausganges liege darin, daß das Ansehen der CDU Jahre hindurch durch schwere Fehler geschmälert worden sei. Der schwerste Fehler war es, Gereke[50] in der CDU an hervorragender Stelle herauszustellen. Als er vor Jahren von der Absicht hörte, Gereke zum Vorsitzenden zu machen, habe er in Hannover die Niedersachsen geradezu angefleht, das nicht zu tun. Dr. Adenauer schildert dann im einzelnen das Wirken Gerekes[51]. Er erklärte, man könne nicht verlangen, daß der Wähler zu einer Partei Vertrauen habe, in der solche Dinge vorkommen können. Auch die NU sei für den Wähler nicht attraktiv, da sie in ihrer Haltung nicht konsequent sei. Für das Gefährlichste in Niedersachsen halte er die SRP. Ihr Anwachsen habe das Ansehen im Ausland sehr geschädigt. Die Bundesre-

48 Joseph Godehard Machens (1886–1956), Bischof von Hildesheim.

49 Dr. Werner Hofmeister (1902–1984), vor 1933 DVP, Mitgründer der CDU, 1947–1948 Kreisvorsitzender der CDU Braunschweig, 1947–1967 MdL Niedersachsen (1955–1957 Landtagspräsident), 1947–1950 und 1957–1959 Justizminister von Niedersachsen, 1949 MdPR.

50 Dr. Günther Gereke (1893–1970), 1919–1922 Landrat in Torgau, 1924–1928, 1930–1932 MdR (bis 1928 DNVP, dann Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei), 1945 Leiter der Innenabteilung der Provinzialregierung Sachsen-Anhalt, 1946–1947 Innenminister und 1948–1950 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und stv. Ministerpräsident von Niedersachsen, 1948–1950 Vorsitzender der CDU Niedersachsen, 1950 Rücktritt aus dem Kabinett und Ausscheiden aus der CDU, Bildung einer neuen Partei „Deutsche Soziale Partei", 1952 Übersiedlung in die DDR, dort bis 1969 Präsident der Zentralstelle für Zucht und Leistungsprüfungen der Vollblut- und Traberpferde (Memoiren: Ich war königlich-preußischer Landrat. Berlin-Ost 1969).

51 In der Vorlage: Adenauer.

gierung sei fest entschlossen, diese und andere rechtsradikale Bewegungen mit allen Mitteln, notfalls durch neue Gesetze, zu unterdrücken. Mit den Rechtsradikalen dürfe die Niedersächsische Union [weder] direkt noch indirekt auch nur das geringste zu tun haben. Wenn DP-Kreise mit der SRP liebäugelten, so sei das ein Vergehen am deutschen Interesse, und das Band mit der DP müsse sofort gelöst werden. Dr. Adenauer kritisierte dann sehr das Auftreten Dr. Ehrichs[52] als Wahlleiter. Die Frage, ob die NU bestehen bleiben solle, müsse in Ruhe überlegt werden. Dr. Adenauer vertrat die Auffassung, die CDU müsse in Niedersachsen und auch in Schleswig-Holstein und Hamburg ganz neu aufgezogen werden.

In Schleswig-Holstein tobe ein erbitterter Kampf zwischen Schröter und Bartram[53]. Gegen Schröter würden zahlreiche persönliche Vorwürfe vorgebracht. Er habe Schröter aufgegeben, die Ehrengerichtsakten ihm zu überlassen, damit sie durch das Ehrengericht der Gesamt-CDU überprüft werden könnten. Die Schleswig-Holstein'sche CDU habe nichts mehr mit Weltanschauung zu tun. In Hamburg sei die Arbeit der CDU sehr lahm. Das alles habe sich auch auf Niedersachsen ausgewirkt. Man müsse gut überlegen, wie man den Neuaufbau der CDU im Norden vornehmen könne. Die SPD habe sich im Wahlkampf niederträchtig benommen. Durch das Wahlgesetz[54] sei die SRP ungestört geblieben. Zwar habe das Innenministerium gegen die SRP vorgehen wollen. Jedoch habe Kopf dies im Interesse der SPD verhindert. Die NU sollte der SPD bei der Regierungsbildung keinesfalls helfen. Die NU habe eine sehr starke Oppositionsstellung. Sie dürfe nicht in die Regierung gehen, sondern müsse die Verantwortung der SPD allein überlassen. Die SRP könne getrost der Bundesregierung zur Vernichtung vorbehalten werden.

Nach kurzer Debatte über die Rolle Gerekes stellte *Majonica* den Antrag: Fusionen und Wahlbündnisse können nicht allein Sache der Landesverbände sein, sondern dürfen nur mit Zustimmung der Bundespartei vorgenommen werden.

Majonica erklärte weiter, er halte es wegen der rechtsradikalen Haltung der FDP in Niedersachsen für gut, daß sie nicht der NU beigetreten sei. Der Wahlleiter

52 Dr. Werner Ehrich (1901–1975), 1929–1932 Generalsekretär der DDP Weser-Ems, 1951–1955 Syndikus der Kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft, 1955–1967 Mitglied der Bremer Bürgerschaft (Vorsitzender der FDP-Fraktion).

53 Dr. Walter Bartram (1893–1971), 1920–1933 DVP, seit 1946 CDU, 1950–1951 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1952–1957 MdB. – Bartram beschuldigte Schröter, Wahlgelder unterschlagen zu haben; der Vorwurf wurde als unbegründet zurückgewiesen. Schröter warf Bartram daraufhin parteischädigendes Verhalten und „politische Unfähigkeit" vor (Eröffnung eines Ehrengerichtsverfahrens am 27. Mai 1951); er erwog, Bartram durch eine Koalition der CDU mit der SPD auszubooten („Rheinischer Merkur" vom 8. Juni 1951; OTZEN S. 271).

54 Das niedersächsische Wahlgesetz vom 13. März 1947 war am 31. Dezember 1950 geändert worden (GVBl 2 Nr. 6 vom 6. März 1951 S. 15). Es sollte die stärkste Partei begünstigen, deren Möglichkeiten durch Wahlabkommen der nächstfolgenden Parteien eingeschränkt werden konnten. Vgl. ROTH S. 22–25; zur Bewertung des Wahlergebnisses EBD. S. 75–82.

Dr. Ehrich habe absolut versagt. Die Kandidaten seien sehr wenig sorgfältig ausgesucht gewesen.

Auf Fragen aus dem Vorstand wurde festgestellt, daß im neuen Niedersächsischen Landtag die CDU 13 Mandate habe, ein Abgeordneter der NU sei neutral, die übrigen gehören zur DP.[55]

Kaiser warf die Frage auf, ob sich die CDU im Norden halten könne. Er sei von vornherein gegen die NU gewesen. Fusionen derart seien politisch für uns nicht möglich. Schon die Koalition mit der DP sei im Bund eine starke Belastung für die CDU. Die CDU sei keine bürgerliche Partei alten Sinnes, und daran müsse man festhalten. Auf die Frage, was weiter geschehen solle, antwortete der Minister, die CDU müsse einen großen politischen Akt setzen, um die Menschen wieder an sich zu ziehen. Minister Kaiser erklärte weiter, er sei nicht nach Niedersachsen gegangen, da er nach den Plakaten und der ganzen Wahlagitation für sich nicht so hätte zu den Menschen sprechen können, wie das notwendig gewesen sei. Wenn man in Zukunft Fragen der Fusion behandele, so solle der DP nicht die Konzession einer Niederdeutschen Union gemacht werden, sondern man müsse von ihr, wenn sie fusionieren wolle, das Aufgehen in der CDU verlangen. Das gleiche gelte auch für Verhandlungen mit dem Zentrum.

Holzapfel vertrat die Meinung, die Frage der DP könne heute nicht abschließend behandelt werden. Sie bestehe aus zwei Gruppen. Die eine gehöre zur CDU, die andere Gruppe müsse als zu sehr rechtsradikal von uns abgelehnt werden. Als sehr nachteilig habe es sich in Niedersachsen erwiesen, daß Bezirke ohne CDU-Bundestagsabgeordnete stark vernachlässigt worden seien. Wenn man die Partei in Niedersachsen reorganisieren wolle, so müsse das ganz von unten beginnen. Die CDU-Bundestagsabgeordneten müßten Patenschaften in verwaisten Kreisen Niedersachsens und des westfälischen Randgebietes übernehmen. Eine große Gefahr sei, daß die SRP nun auf die Westfalen-Randgebiete übergreifen wolle. Hier müsse eingegriffen werden, bevor diese Aktion zu einem Erfolge gelange.

Cillien entschuldigte den Wahlleiter Ehrich. Er hob besonders den Wahlerfolg der NU in Wolfsburg[56] hervor, wo bisher die Rechtsradikalen unbestritten geherrscht hätten. Er hielt das für einen Beweis dafür, daß die Niederdeutsche Union sehr wohl die Arbeiter richtig angesprochen habe.

Kather hielt das Flüchtlingsproblem für eines der wesentlichsten im Zusammenhang mit dem niedersächsischen Wahlkampf. Ein Sonderausschuß der CDU müsse sich intensiv mit dem Flüchtlingsproblem beschäftigen. Beachten müsse man, daß

---

55 Im Verhältnis zur Bundestagswahl 1949 hatte die NU landesweit ein Drittel der Stimmen (mehr als 400.000) verloren. Statt durch 57 Abgeordnete war die Fusionspartei nunmehr durch 35 Abgeordnete im Landtag vertreten. Vgl. Roth S. 75f.

56 Wahlergebnis in Wolfsburg: SPD 26,2%, BHE 25,0%, NU 27,1%, SRP 11,2%, DRP 4,4%, FDP 3,4%.

der BHE nicht einmal 50 % der Flüchtlingsstimmen in Niedersachsen erhalten habe. Die Hauptursache für das Abwandern der Flüchtlingsstimmen in Niedersachsen sei, daß man ihre Vertreter bei der Mandatsverteilung nicht genügend berücksichtigt habe. Die weitere Entwicklung hänge sehr von der Bundespolitik ab, insbesondere von den Gesetzen über Artikel 131 und den Lastenausgleich. Hierbei aber mache sich der Mangel einer politischen Koordination innerhalb der CDU bemerkbar. Diese politische Koordination sei auch Aufgabe des Vorstandes. Zu Schleswig-Holstein meinte Dr. Kather, eine neue CDU mit Schröter sei unmöglich. Schröter habe so viel an Boden verloren, daß er sich nicht mehr halten könne.

Albers verlangte, die CDU müsse sich auf die Quellen ihrer politischen Idee besinnen. Fusionen wie in Niedersachsen und Schleswig-Holstein brächten die Wähler in Gewissenskonflikte. Die CDU müsse sich überall, selbst unter den schwierigsten Umständen, als eigene Partei herausstellen. Nur so könne man vom Wähler verlangen, daß er für die CDU kämpfe.

Gröwel[57] verlangte, die Frauenarbeit in der Partei stärker zu aktivieren. Besonderes Augenmerk müsse der Betreuung der Frau im vorpolitischen Raum gewidmet werden.

Adenauer empfahl, in einer besonderen Vorstandssitzung einmal zu besprechen:

1. die Verhältnisse in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen;

2. das Verhältnis der Bundestagsfraktion zur Partei unter besonderen Gesichtspunkten, daß a) die Parteiorganisation über die Arbeit der Bundestagsfraktion nicht genügend orientiert sei und daß b) die Fraktion stärker beurteilt werden müsse durch die Parteiorganisationen, besonders die draußen im Lande.

Dr. Adenauer sprach Oberkirchenrat Cillien den besonderen Dank des Vorstandes für seine Arbeit aus und bat ihn, sich auch weiter der Partei zur Verfügung zu halten.

Dr. Adenauer äußerte sich dann im einzelnen zu den Vorwürfen gegen Schröter. Schröter solle durch einen Brief an eine englische Dienststelle den bisherigen Besitzer der „Kieler Nachrichten" denunziert haben, um dadurch selbst zu maßgebendem Einfluß und Mitbesitz der Zeitung zu kommen. Ferner nehme er in der Vermögensauseinandersetzung über die „Kieler Nachrichten" eine sehr unklare Haltung ein. Außerdem werde ihm vorgeworfen, er habe als Studienrat bei einer Marineanstalt gewirkt, sei dort wegen Disziplinarverfehlungen ausgeschieden und habe sich nach dem Zusammenbruch die Pension als Oberstudiendirektor bewilligen lassen. Schröter bestreite alle diese Vorwürfe. Er habe die verschiedenen Akten über die Vorfälle angefordert, um sie nachprüfen zu lassen, und nach dieser Prüfung werde über den Fall Schröter endgültig verhandelt werden können.

Kather erklärte, er habe bisher von diesen Vorwürfen gegen Schröter keine Kenntnis gehabt. Sein Kampf gegen Schröter werde nur aus rein politischen Grün-

57 Dr. Margarete Gröwel (1899–1979), Mitgründerin der CDU Hamburg, 1949–1953 MdB, 1953 Konsulin in Houston.

den geführt und gründe sich im wesentlichen auf den Bericht des Immunitätsausschusses des Bundestages[58].

Zum Abschluß der Vorstandssitzung berichtete *Adenauer* über die politische Lage etwa wie folgt:

Die Zahl der Arbeitslosen hat augenblicklich den gleichen Stand wie im August vorigen Jahres. Minister Storch[59] glaubt, daß in diesem Jahr die Zahl unter eine Million sinken wird. Trotz der Verringerung der Arbeitslosenzahl ist aber seltsamerweise in den letzten drei Monaten die Umsatzsteuer nicht mehr gestiegen.

Über den Wohnungsbau versicherte Minister Wildermuth[60], daß auch in diesem Jahr 350.000 Wohnungen gebaut werden einschließlich des Überhangs aus dem vorigen Jahr.

Zur Preisentwicklung ist zu sagen, daß die Preise im Ausland außer Zucker z.Z. rückläufig sind. Die Franzosen glauben fest, daß die Preiserhöhungen durch Käufe der Sowjetunion verursacht wurden, um dadurch auf dem Weltmarkt Verwirrung zu stiften. Bei uns werden die Preise noch leicht anziehen, da die Weltmarktentwicklung sich noch nicht voll ausgewirkt hat. Die Textilindustrie hat sich übermäßig mit Wolle eingedeckt. Mit einer Preisstabilisierung ist zu rechnen.

Kreditrestriktionen scheinen nicht mehr dringend notwendig. Es bestehen auch Meinungsverschiedenheiten über ihren Wert. Unsere Ausfuhr wird weiter ansteigen. Über die Devisenklemme sind wir besser hinweggekommen als geglaubt.

Das Kabinett hat gestern einige wichtige Beschlüsse gefaßt, darunter die Erhöhung der Beamtengehälter um 20 %, die Erhöhung der Renten und Pensionen ab 1. Juli um 25 %, die Selbstinvestition auf eine Milliarde durch die Industrie in den

---

58 Auf Antrag des Landesministers für Justiz von Schleswig-Holstein vom 8. Mai 1950 hob der Bundestag in seiner 66. Sitzung die Immunität Schröters auf (vgl. Sten. Ber. 1. WP Bd. 4 S. 2413–2415, 2447–2449). Gegen ihn waren Vorwürfe im Zusammenhang mit der Lizenzierung und Geschäftsführung der „Kieler Nachrichten" erhoben worden; diese waren nach 1946 mit Geldern des früheren Herausgebers, des NSDAP-Mitglieds Dr. Heinrich, finanziert worden, so daß Schröter zusätzlich in den Verdacht der NS-Sympathie gerückt wurde. Schröter wurde rehabilitiert (zu Einzelheiten vgl. OTZEN); Entscheidung des Ehrengerichts der CDU Schleswig-Holstein vom 24. Mai 1951, das Schröter ebenfalls voll rehabilitierte in StBKAH 05.05 Akte IV.

59 Anton Storch (1892–1975), 1920–1933 Angestellter des Zentralverbandes Christlicher Holzarbeiter, 1921–1933 Gauleiter des Christlichen Holzarbeiterverbandes in Hannover, 1931–1933 Vorsitzender des DGB (Landesverband Niedersachsen), 1946–1948 Leiter der sozialpolitischen Abteilung des DGB in der britischen Zone, 1947–1949 Mitglied des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet (CDU), 1948 Direktor der Verwaltung für Arbeit, 1949–1965 MdB, 1949–1957 Bundesminister für Arbeit, 1957–1965 MdEP (Erinnerungen in ABGEORDNETE 2 S. 313–344). Vgl. Hans Günter HOCKERTS in LEBENSBILDER 4 S. 250–266.

60 Eberhard Wildermuth (1890–1952), 1946–1947 Staatssekretär im Wirtschaftsministerium und 1947–1949 Wirtschaftsminister (DVP) von Württemberg-Hohenzollern, 1949–1952 MdB (FDP) und Minister für Wohnungsbau. Vgl. Wilhelm KOHLHAAS: E. Wildermuth. Ein aufrechter Bürger. Bonn 1960.

Grundstoffindustrien[61]. Die Rentenverhältnisse müssen überprüft werden, insbesondere in der Richtung, wo Doppelrenten gezahlt werden.

Der Gesetzentwurf über die Investitionen ist gemeinsam mit der Wirtschaft erarbeitet worden. Wenn er funktioniert, dann wird er ein starkes Zeichen für das Verantwortungsbewußtsein der Wirtschaft sein. Ein solcher Entwurf ist noch in keinem Lande der Welt Gesetz geworden.

In der Koalition haben sich in der letzten Zeit schwere Auseinandersetzungen ereignet[62]. Die FDP war unerträglich. Alle Anzeichen deuten aber darauf hin, daß in der FDP nun der verständige Kurs siegt. Die Koalition muß unter allen Umständen zusammenhalten bis zur nächsten Bundestagswahl. Man kann nichts an ihre Stelle setzen.

Man hat der Regierung verargt, daß sie gemeinsam mit dem DGB das Mitbestimmungsrecht für Kohle und Eisen in dieser Form zum Gesetz erhoben hat. Ich bin nicht dafür, daß dies ein Modellgesetz für die gesamte Wirtschaft ist. Kohle und Eisen sind aber ein Sonderfall, und ich verantworte dieses Gesetz nach wie vor. Bei der Behandlung der generellen Mitbestimmung muß aber die CDU festbleiben und darf nicht nachgeben. Ich bin der Auffassung, daß die Mitbestimmung in Kohle und Eisen politisch klug war; denn wir haben den DGB von der SPD getrennt. Der DGB wäre niemals für den Schumanplan[63] zu gewinnen gewesen, wenn er in der Frage der Mitbestimmung unterlegen wäre.

Die außenpolitische Lage ist sehr ernst. Ich habe jede Hoffnung auf ein Zustandekommen der Viererkonferenz aufgegeben. Es ist äußerst unklar, was aus dem Konflikt McArthur/Truman[64] werden wird. Die Sowjetunion rüstet weiter. 30 Divi-

---

61 Rentenzulagengesetz vom 10. August 1951 (BGBl I S. 505), Teuerungszulagengesetz vom 10. August 1951 (BGBl I S. 505), Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts vom 6. Dezember 1951 (BGBl I S. 939), Gesetz über Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft (Entwurf BT-Drs. Nr. 2450 vom 7. Juli 1951) vom 7. Januar 1952 (BGBl I S. 7).

62 Offensichtlich Anspielung auf die Auseinandersetzungen um das Montanmitbestimmungsgesetz, das am 18. April 1951 verabschiedet wurde. Vgl. MÜLLER-LIST.

63 Am 9. Mai 1950 verkündeter Plan zur Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (vgl. Anm. 69). Zur Haltung und Entscheidung des DGB vgl. THUM: Mitbestimmung S. 100–104. – Robert Schuman (1886–1963), französischer Politiker; 1919–1920 Abgeordneter, 1940 Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen, 1944 Mitgründer des MRP, 1945–1946 Abgeordneter beider Konstituanten sowie 1946–1962 der Nationalversammlung, 1946–1947 Finanzminister, 1947–1948 Ministerpräsident, 1948–1952 Außenminister, 1955–1956 Justizminister, 1955 Präsident der Europäischen Bewegung, 1958–1960 erster Präsident des Europäischen Parlaments. Vgl. Rudolf MITTENDORFER: Robert Schuman – Architekt des neuen Europa. Hildesheim/Zürich/New York 1983.

64 Douglas McArthur (1880–1964), 1945 Chef der Besatzungstruppen in Japan und Leiter der Militärregierung, 1950 Oberbefehlshaber der UN-Streitkräfte im Koreakrieg – am 11. April 1951 seines Postens enthoben, da er den Krieg eigenmächtig nach China auszudehnen drohte. Zur McArthur-Kontroverse vgl. AdG vom 11. April 1951 S. 2896f.; R. ROVERE/A. SCHLESINGER: The McArthur controversy and American foreign policy. New

sionen stehen nach wie vor in Sommerlagern in der sowjetisch besetzten Zone. Es gibt z.Z. keine Anzeichen für eine Verstärkung aus Rußland. Ein gutes Zeichen ist, daß sowohl die Engländer wie die Amerikaner dabei sind, gut ausgerüstete Divisionen in die Bundesrepublik zu schicken. Bis zum Herbst werden einige 100.000 Engländer und Amerikaner erstklassig ausgerüstet in Deutschland stehen.

Nach den französischen Wahlen wird man auch die Frage an uns stellen nach einem deutschen Verteidigungsbeitrag. Es kann sein, daß dies sehr bald der Fall sein wird. Wir wissen, daß Eisenhower[65] erklärt hat, Europa sei ohne unsere Hilfe nicht zu verteidigen. Wenn unsere Beteiligung akut wird, kann man zwar mit Freiwilligen anfangen, aber ein vorläufiges Kontingent von 250.000 Mann kann nur auf dem Wege über die Wehrpflicht aufgestellt werden. Alles dies wird mit größter Wahrscheinlichkeit noch in diesem Sommer akut. Wie sich die SPD dazu stellen wird, ist fraglich. Tatsache ist lediglich, daß Dr. Schumacher seit Wochen regelmäßig Generale zu Besprechungen um sich versammelt, und zwar jeweils verschiedene[66].

Die Politik der Bundesregierung zielt z.Z. ab auf einen Abbau des Besatzungsstatuts[67]. Die Beratungen darüber werden in zwei Kommissionen geführt. Als Voraussetzung für alle weitere Politik habe ich den Petersberg[68] um eine Erklärung ersucht, daß Deutschland die volle Freiheit zurückgegeben werde. Es ist die Frage, ob eine solche Erklärung einseitig oder zweiseitig abgegeben werden soll und ob sie mit der Frage des Verteidigungsbeitrages verknüpft werden wird. Bereits vor der Pariser Konferenz[69] war eine solche Erklärung fast fertiggestellt. Aber England hat sich quergelegt. Überhaupt ist die englische Haltung sehr kritisch zu beurteilen. England legt sich quer gegenüber allen Bestrebungen zur Integration Europas. England fühlt sich mehr als ein Nachbar Europas denn als europäische Nation. Ich

---

York 1965. – Harry Spencer Truman (1884–1972), 1934–1944 Senator für Kansas, 1944–1945 Vizepräsident und 1945–1952 Präsident der USA.

65 Dwight David Eisenhower (1890–1969), 1941 Brigadegeneral, 1942 Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Europa, 1945 Militärgouverneur in Deutschland, 1950–1952 Oberbefehlshaber und Leiter des obersten Hauptquartiers der NATO, 1953–1961 Präsident der USA. Vgl. Stephen E. Ambrose: Eisenhower. The President. New York 1984.

66 Vgl. Klotzbach S. 217f.; Speidel S. 275f.; Soell 1 S. 143ff.; Anfänge 1 S. 786f.

67 Das Besatzungsstatut vom 21. September 1949 war am 6. März 1951 revidiert worden (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission 1951 S. 792; vgl. Adenauer: Erinnerungen 1 S. 463–465).

68 Sitz der drei Alliierten Hohen Kommissare bei Königswinter.

69 12.–18. April 1951 (vgl. AdG vom 13. April 1951 S. 2899; Adenauer: Erinnerungen 1 S. 428ff.). Am 18. April war der Vertrag über die Gründung der EGKS unterzeichnet worden; Text in Europa-Archiv 6 (1951) S. 3987–4133.

hoffe, daß der Besuch Morrisons[70] Gelegenheit geben wird, über diese Dinge zu sprechen und Englands Haltung positiver zu machen.

Unsere Finanzlage ist mehr als ernst. Schäffer ist verzweifelt. Aus Steuern ist nichts mehr zu erwarten. Im Gegenteil, die Bundesregierung ist der Auffassung, daß Steuern über das gegenwärtige Maß hinaus nicht mehr möglich sind. Ich versuche, dem Petersberg klarzumachen, daß die Konsolidierung der deutschen Finanzverhältnisse ein Beitrag ist zur inneren Sicherheit. Der Petersberg muß verstehen, daß die Besatzungskosten so weit erniedrigt werden müssen, daß die Bundesrepublik ihren sozialen Verpflichtungen nachkommen kann. Wenn die innere Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist, ist auch die äußere Sicherheit in Frage gestellt.

Der Schumanplan wird für uns, für Europa von größter Bedeutung sein. Wir werden dadurch einen Markt für 150 Millionen Menschen schaffen. Wir werden frei werden vom Ruhrstatut, und die Stahlquote wird nicht mehr beschränkt sein. Auf dem Gebiete der Kohle und des Eisens werden wir in Europa gleichberechtigt sein. Die SPD ist blöd, wenn sie diesen Plan eine Verlängerung des Besatzungsregimes auf 50 Jahre nennt. Auch die Saarfrage wird über den Schumanplan zu einer besseren Lösung geführt. Das Endziel muß sein, das Saarvolk selbst entscheiden zu lassen. Kohle und Eisen der Saar wird durch den Schumanplan europäische Kohle und europäisches Eisen.

Dr. Adenauer berichtet dann über seine Verhandlungen in Paris[71], deren Einzelheiten im wesentlichen bekannt sind. Zu Straßburg[72] sagte Dr. Adenauer: Die Bundesrepublik ist im Ministerrat freundschaftlich aufgenommen worden. Wir haben einen großen Erfolg in der Flüchtlingsfrage errungen. Selbst Henderson[73] hat gegen den Willen seiner Berater seinen Einspruch zurückgezogen. Wenn wir den Europarat in seiner Entwicklung seit 1949 betrachten, so stellen wir eine sehr vorteilhafte Änderung zu unseren Gunsten fest. Leider ist eine Ausweitung des Statuts des Europarates nicht möglich, da auch die Engländer gegen jede Ausdehnung konsequent stimmen. Schuman hat einen eleganten Ausweg gefunden mit seinem Vorschlag, in offiziösen Zusammenkünften der Außenminister regelmäßig von Mann zu Mann über das zu sprechen, was lt. Statut nicht besprochen werden kann. Das ist besser, als wenn wir uns durch Botschafter gegenseitig unterrichten lassen.

---

70 Herbert Stanley Morrison (1888–1965), britischer Politiker (Labour Party); 1929–1931 Verkehrsminister, 1940–1945 Minister für Inneres und Sicherheit, 1945–1951 Lord President (Vorsitzender des Privy Council) und Führer des Unterhauses, 1951 Außenminister, 1951–1955 stv. Parteivorsitzender (B. DONOUGHUE/G.W. JONES: H. Morrison, Portrait of a Politician. London 1973; SHLAIM/JONES/SAINSBURY). – Morrison weilte vom 19.–21. Mai zu einem offiziellen Besuch in der Bundesrepublik (AdG 1951 S. 2948; ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 495–500).

71 Vgl. Anm. 69. Vgl. auch ADENAUER: Teegespräche S. 57–84.

72 Sitzung des Ministerausschusses des Europarats vom 2. Mai 1951. Vgl. ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 465–468.

73 Vgl. ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 492–495. – William Watson Henderson war 1948–1951 Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium.

Mein Verhältnis zu Schuman ist ausgezeichnet. Schuman hat mir mehr als einmal gesagt, er habe die Saarpolitik nicht begonnen, sondern er habe sie übernommen. In allen europäischen Fragen betreiben Schuman und der italienische Außenminister[74] die gleiche Politik wie wir. Es gibt in Europa heute zwei Fronten. Auf der einen Seite stehen England und Schweden, auf der anderen Seite Frankreich, Italien, Deutschland und die anderen.

Vieles hängt vom Ausgang der französischen Wahlen ab[75]. Leider hat infolge der Vorgänge in der französischen Kammer de Gaulle[76] bessere Aussichten. Trotzdem besteht die Hoffnung, daß eine Regierung gebildet wird, die nicht auf de Gaulle angewiesen ist. Wir können nichts sehnlicher wünschen, als daß Schuman Außenminister bleibt.

Der Abschluß des Schumanplans hat eine außerordentlich gute Wirkung in den USA gehabt. Die Unterzeichnung war für die Frage entscheidend, ob Europa noch Kraft genug hat, sich aus eigenen Mitteln zu helfen. Die USA machen ihre Hilfe davon abhängig, und auch das ist ein Erfolg des Schumanplans.

Die Haltung der SPD zum Schumanplan ist borniert und antinational. Im Grunde aber glaube ich, daß die SPD froh ist, wenn der Schumanplan trotz ihrer Haltung ratifiziert wird.

Wir müssen nun für die nächsten Monate den Landesparteien laufend Material für den Schumanplan zur Verfügung stellen, damit wir die Diskussion darüber in der Öffentlichkeit mit Erfolg führen können. Die CDU muß ihre ganze Kraft setzen in die Fortführung der Politik der Bundesregierung.

Majonica sprach dem Bundeskanzler den Dank der Jungen Union für seine Außenpolitik aus.

Gröwel und *Dichtel* beantragen, der Vorstand möge dem Bundeskanzler den Dank der Partei für seine Politik aussprechen. Die beste Mitteilung für die Menschen draußen im Lande sei die, daß die Regierung die Grenze der steuerlichen Belastung festgestellt hat. Den Alliierten müsse gesagt werden, daß sich die Belastung durch ihre Divisionen in bescheidenen Grenzen halten müsse. Wohnungsbeschlagnahmen dürften unter keinen Umständen vorkommen. Die Regierung müsse eine starke Demonstration gegen die Besatzungskosten vor aller Öffentlichkeit ergeben.

Adenauer erklärte, die Frage der Besatzungskosten stehe im Mittelpunkt der Verhandlungen mit der Hohen Kommission. Man müsse feststellen, daß die Engländer in dieser Frage am einsichtigsten seien.

---

74 Carlo Graf Sforza (1872–1952), liberaler italienischer Politiker; 1920–1921 Außenminister, 1926–1943 in der Emigration, 1944 Minister ohne Geschäftsbereich, 1946 Abgeordneter der Konstituante, 1947–1951 Außenminister, Anhänger der westeuropäischen Integration.

75 Ergebnis der Wahl am 17. Juni 1951 in AdG 1951 S. 2987.

76 Charles de Gaulle (1890–1970), französischer General und Politiker; 1944–1946 Chef der provisorischen Militärregierung bzw. Ministerpräsident, 1947–1953 Vorsitzender der Sammlungsbewegung RPF, 1958–1969 Staatspräsident. – Stellungnahme de Gaulles zu den Wahlen in AdG 1951 S. 2994.

Albers berichtete über Besprechungen mit dem amerikanischen Gewerkschafter Reuther[77], der festgestellt habe, die deutsche Aufbauarbeit sei beispiellos und der Schumanplan müsse für die gesamte internationale Politik positiv bewertet werden. Die geringen Vorbehalte der Gewerkschaften gegen den Schumanplan seien auszuräumen. Albers war entgegen der Meinung des Bundeskanzlers in bezug auf die Aussichten des Wohnungsbaues in diesem Jahr sehr skeptisch.

Kather begrüßte den Erfolg für die Flüchtlinge in Straßburg. Seine Frage, ob die beschlossene Rentenerhöhung auch die Unterhaltshilfe für die Flüchtlinge betreffe, wurde vom Bundeskanzler bejaht.

Simpfendörfer begrüßte freudig die Erfolge des Kanzlers und der Bundesregierung. Er verlangte, daß sie in der Öffentlichkeit besser als bisher herausgestellt werden.

Holzapfel empfahl praktisch, jeden Tag eine Meldung in der Presse zu bringen, daß Organisationen dem Schumanplan zugestimmt haben. Vor allem müsse die Zustimmung des Vorstandes zur Politik Dr. Adenauers veröffentlicht werden. Holzapfel erörterte dann noch die Frage der Räumung Oeynhausens[78].

Adenauer erklärte, die Regierung werde die Mittel zur Verfügung stellen, die für einen Verwaltungsbau britischer Behörden notwendig sei.

Gröwel bat, die Auseinandersetzungen zwischen den Ministern und im Kabinett nach Möglichkeit nicht in die Öffentlichkeit zu bringen, da sie nicht gut wirkten.

Die Vorstandssitzung schloß gegen 18 Uhr mit einer allgemeinen Vertrauenskundgebung für Dr. Adenauer.

77 Walter Philip Reuther (1907–1970), amerikanischer Gewerkschafter; 1946–1970 Präsident der United Automobile Worker Union, 1946 Vizepräsident und 1952 Präsident der CIO, 1955–1967 Vizepräsident der AFL/CIO.

78 In Bad Oeynhausen befand sich, unter Leitung von Marschall Montgomery, das Hauptquartier der 21. alliierten Armeegruppe. Vgl. FÖRST S. 142f.; HÜTTENBERGER S. 37.

3

Bonn, 3. Juli 1951

Anwesend: Adenauer (zeitweise abwesend), Albers, Bach, von Brentano, Cillien, Dichtel, Frau Gröwel, Hilpert, Holzapfel, Kaiser, Kather, Kiesinger, Majonica, Schreiber, Schröter, Simpfendörfer, Strickrodt, Süsterhenn sowie Lubbers.
Organisation und Finanzen der Partei (Wirtschaftsbild) und der Bundesgeschäftsstelle (Besetzung der Referate, Bildung von Ausschüssen), Besoldung der Geschäftsführer, Beziehungen zwischen Bundesgeschäftsstelle und Landes- und Kreisverbänden, Problem von „Patenkreisen", nächster Parteitag. Verhältnis zwischen Partei und Bundestagsfraktion. NEI und Bildung einer Christlichen Internationale. Zustand der Partei in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen.

Beginn: 16.00 Uhr *Ende: 20.30 Uhr*

Adenauer erklärte zu Beginn, er wolle wegen seines Gesundheitszustandes seine politischen Ausführungen auf den Parteiausschuß verschieben[1]. Bis zur Bundestagswahl seien es nur noch knapp zwei Jahre. Wenn dabei die Sozialdemokraten die stärkste Partei in Deutschland würden und Schumacher Bundeskanzler, so bedeute das eine innere und äußere Katastrophe. Es gebe keine Hoffnung, daß in der SPD eine andere Strömung zu Worte käme, solange Schumacher an der Spitze stehe. Ein Beispiel für die Haltung der SPD unter Schumacher sei die Sitzung des Bundesrates über den Schumanplan gewesen. Beschämenderweise habe beispielsweise Senatspräsident Kaisen[2] zuerst eine Rede für den Schumanplan gehalten und dann auf Anweisung seines Senats dagegen gestimmt. Oberbürgermeister Brauer[3] war nicht einmal erschienen. Schumacher beherrsche die SPD absolut.

Aufgabe der CDU sei es bei dieser Sachlage, die Organisation so stark wie nur eben denkbar zu machen. Die Organisation in den Landesparteien und in der Zentrale sei noch schlecht. Der Vorstand habe lange auf den Dortmunder Geschäftsführer Blank gewartet, der sich zunächst bereit erklärt hatte, Bundesgeschäftsführer zu werden. Dann habe man den Vorstand vertröstet, bis der westfälische Vorsitzende

1 Vgl. Protokoll der 5. Sitzung des Bundesparteiausschusses der CDU Deutschlands vom 4. Juli 1951 (ACDP VII-001-019/4).

2 Wilhelm Kaisen (1887–1979), 1921–1933 Mitglied der Bremer Bürgerschaft (SPD), ab 1927 Senator für Wohlfahrtswesen, 1945–1965 Bürgermeister und Senatspräsident von Bremen (Erinnerungen: Meine Arbeit, mein Leben. München 1967). Vgl. Lothar Bagemihl in Demokraten S. 163–170. – Äußerungen Kaisens in der 61. Sitzung des Bundesrates vom 27. Juni 1951 (Sten.Ber. des BR S. 451D). Zu den SPD-internen Auseinandersetzungen vgl. Klotzbach S. 206–210.

3 Dr. Max Brauer (1887–1973), 1919–1924 2. Bürgermeister und 1924–1934 Oberbürgermeister von Altona (SPD), 1946–1953 und 1957–1960 1. Bürgermeister von Hamburg, 1961–1965 MdB. Vgl. Erich Lüth in Demokraten S. 67–78.

neu gewählt worden sei[4]. Aber auch nach der Neuwahl sei Blank nicht gekommen. Man habe also monatelang umsonst gewartet. Er habe deshalb den Chefredakteur Lubbers gebeten, vorläufig die Bundesgeschäftsstelle zu leiten, bis ein anderer geeigneter Mann gefunden sei.

Mit den Finanzen stehe es nicht gut. Die Hoffnung auf das „Wirtschaftsbild" hätte sich nicht erfüllt. Dr. Pferdmenges sei eingesprungen, und ihm verdanke man, daß wenigstens die Zentrale ohne zu große Sorgen in die nächste Zukunft gehen könne.

Vor zwei Jahren habe die CDU den Wahlkampf frisch und forsch geführt. Sie habe sich dabei auf ihre Weltanschauung gestützt und den Kampf gewonnen. Es sei an der Zeit, wieder an der weltanschaulichen Fundierung der Partei zu arbeiten.

Nach einer kurzen Auseinandersetzung, wer zuerst über die Organisation berichten solle, schilderte *Holzapfel* den Referatsaufbau in der Bundesgeschäftsstelle, wie er aus dem Stellenplan bekannt. Er nannte noch einmal die noch nicht besetzten Referate: Ost (Panzer), Organisation (Kitlas), Vertriebene (Beyer), Kultur (Dr. Bollinger und eine evangelische Kraft), Rundfunk (Dietsch[5]). Es hänge alles vom Geld ab, wann diese Referate besetzt werden können.

Inzwischen habe die Bundesgeschäftsstelle mit der Ausschußarbeit begonnen. Schwierigkeiten habe bisher die Finanzierung gemacht. Dr. Holzapfel schlug vor, den Teilnehmern an Ausschußsitzungen die Reisekosten 3.Klasse D-Zug, ein Tagegeld von DM 8,– und entsprechendes Übernachtungsgeld zu zahlen.

Der Vorstand beschloß demgemäß.

Holzapfel berichtete über den Fall Fiedler-Wencker[6]. Als er davon sprach, daß gegen Gottaut[7] Beanstandungen vorgebracht würden, brach *Adenauer* die personelle Schilderung ab.

Bach berichtete, die Sollzahlen des „Wirtschaftsbildes" seien noch immer nicht erfüllt. In Westfalen würde sofort mit der Werbung begonnen. Er hoffe, daß auf der heutigen Sitzung des Finanzausschusses Westfalen Klarheit darüber geschaffen wer-

4 Auf dem Landesparteitag der CDU Westfalen-Lippe am 8. April 1951 in Unna schied Johannes Gronowski als 1. Vorsitzender aus. Gewählt wurden Lambert Lensing (1. Vorsitzender), Friedrich Holzapfel (stv. Vorsitzender), Elisabeth Zillken (stv. Vorsitzende), Josef Schirpenbach (Schatzmeister). Vgl. UiD vom 11. April 1951.

5 Conrad Wilhelm Dietsch (1897–1969), vor 1933 DVP, 1946–1952 Generalsekretär bzw. Landesgeschäftsführer CDU Hamburg, 1952–1956 CDU-Bundesgeschäftsstelle.

6 Margreth Wencker hatte als Sekretärin des in der CDU-Bundesgeschäftsstelle beschäftigten Referenten Ferdinand Fiedler (geb. 1925), 1948–1950 Geschäftsführer CDU Heidelberg, im Mai 1951 Rundbriefe auf Dienstpost verschickt, in denen anläßlich des 36. Geburtstages von Fiedler um eine kleine Aufmerksamkeit gebeten wurde. Dies führte zur Kündigung (NL Gottaut ACDP I-351-004/3).

7 Hermann Gottaut (1901–1976), 1945–1948 Kreisgeschäftsführer CDU Wanne-Eickel, seit 1948 CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft, 1951–1966 CDU-Bundesgeschäftsstelle bzw. Unionbetriebsgesellschaft.

de, was Westfalen leisten wolle. Am Sonnabend werde eine Tagung in Württemberg stattfinden[8]. Eine Tagung in Hamburg sei vorgesehen, aber abgesagt worden. Schwierigkeiten gebe es noch in Hannover, Braunschweig und Oldenburg. Er hoffe aber, daß bis zum 1. Oktober das „Wirtschaftsbild" seine Sollzahlen erreicht habe. Bach erinnert daran, daß seit Goslar durch den Bundesschatzmeister DM 263.000,– für Wahlen, Abwicklung des Zonensekretariats und des Generalsekretariats zusätzlich ausgegeben worden seien.

Lubbers berichtete über die bisherige Ausschußarbeit. Er legte zwei Geschäftsordnungsentwürfe für die Ausschüsse vor, einen für die Organisationsabteilung und einen vom Wirtschaftsausschuß.

Der Vorstand beschloß, die Geschäftsordnung des Organisationsausschusses in Kraft zu setzen vorbehaltlich redaktioneller Änderungen, zu der der 5er-Ausschuß ermächtigt wurde.

Der Vorstand beschloß weiter, den von der Organisationsabteilung der Bundesgeschäftsstelle ausgearbeiteten finanziellen Verteilungsschlüssel für die Ausschüsse zu genehmigen.

Geschäftsordnung und Verteilungsschlüssel liegen bei[9].

Albers bemängelt, daß unter den Ausschüssen der Sozialausschuß nicht genannt sei. Im Wirtschaftsausschuß könnten nicht nur Wirtschaftsvertreter, sondern es müßten auch Arbeitnehmer Mitglieder sein.

Adenauer erklärte, daß dann auch in den Sozialausschüssen Vertreter der Wirtschaft Mitglieder sein müßten.

Kaiser erklärte, die Partei müßte auch einen Sozialpolitischen Ausschuß bilden. Die Wirtschaftspolitik gehe alle an, nicht nur die Wirtschaftler.

Adenauer erklärte, die Sozialausschüsse in ihrem derzeitigen Status zu belassen. Sie spielten in etwa die Rolle wie früher die christlichen Gewerkschaften. Es stehe nichts im Wege, zum Wirtschaftssausschuß einen Sozialpolitischen Ausschuß hinzuzubilden.

Holzapfel teilte mit, daß für die Kommunalpolitische Vereinigung eine Vereinbarung, wie in § 12 des Statuts vorgesehen[10], fertiggestellt sei. Die KPV gelte dennoch als ein Ausschuß der Partei. Für die Junge Union hoffe er, baldigst eine Regelung zu finden. Bei den Sozialausschüssen liegen die Dinge schwieriger. In grundsätzlichen Fragen müßte der Wirtschaftssausschuß mit den Sozialausschüssen zusammenarbeiten.

---

8 Am 7. Juli fand in Freiburg eine Konferenz der südbadischen CDU-Vorsitzenden statt (vgl. UiD vom 7. Juli 1951); am 14./15. Juli tagte die Landesversammlung der CDU Nordwürttemberg in Stuttgart („Schwäbische Rundschau" vom 22. Juli 1951).

9 Anlagen fehlen. Nicht zu ermitteln.

10 § 12 des Statuts vom 21. Oktober 1950 besagt: „Die Organisation, die Rechte und Pflichten von Vereinigungen innerhalb der CDU werden durch den Parteiausschuß geregelt" (Druck: FLECHTHEIM 1 S. 201–204).

Dr. Holzapfel erklärte, es gebe Fragen, in denen der Wirtschaftsausschuß unter sich bleiben müsse. In allgemeinen Fragen könne man allerdings kombinieren.

Adenauer forderte, daß Vorsorge getroffen werde, damit nicht Beschlüsse der Ausschüsse an die Öffentlichkeit kämen, die einseitig seien und dem Ansehen der Partei schaden.

Lubbers erinnerte daran, daß in Goslar die Sozialausschüsse ausdrücklich von der Bildung des Sozialpolitischen Ausschusses abgesehen hätten.

Albers bestritt das, und es entwickelte sich eine Debatte über die Stellung des Wirtschaftsausschusses und gegebenenfalls eines Sozialpolitischen Ausschusses.

Kaiser schlug vor, die Sozialausschüsse sollten den Sozialpolitischen Ausschuß formen.

Von Brentano schloß sich diesem Vorschlag an.

Adenauer schlug vor, Minister Kaiser, Albers und der Abgeordnete Etzel[11] möchten sich zusammensetzen, um die Frage zu klären.

Der Vorstand ist damit einverstanden.

Strickrodt verweist auf die Notwendigkeit, den Wirtschaftsausschuß in Fragen der Finanzpolitik aktiver zu gestalten.

Hilpert vertiefte die Forderung Strickrodts und wies auf die Notwendigkeit der Finanzpolitik gerade im gegenwärtigen Augenblick hin.

Pferdmenges stellte zunächst klar, daß die Übersollzahlen des „Wirtschaftsbildes" nicht zugunsten der Zentrale verwendet werden können. Er habe inzwischen einen Betrag von DM 50.000,– fest zugesagt bekommen, es sei nur noch zu klären, auf welchem Wege er gezahlt werden solle. Außerdem sei ihm darüber hinaus von einem Verband ein Betrag von DM 25.000,– bis DM 30.000,– monatlich in Aussicht gestellt worden. Das Ideal sei, insgesamt monatlich DM 200.000,– für die Partei bereitzustellen. Er hoffe, dieses Ziel in nicht allzu ferner Zukunft erreichen zu können. Es müsse nur ein Organ geschaffen werden, an das die Gelder ohne steuerliche Belastung gezahlt und von dem dieses Geld verwendet werden kann. Dr. Pferdmenges verwies auf eine Stiftung der FDP, die auch die Anerkennung als Stiftung bekommen habe und über die Parteigelder laufen.[12]

Holzapfel bezweifelte, ob diese Einrichtung der FDP in Düsseldorf korrekt sei. Die Einnahme der Gelder sei damit zwar gesichert, aber die Ausgabe komme doch immer wieder mit dem Finanzamt in Konflikt. Die Steuervorschriften seien darin

11 Franz Etzel (1902–1970), bis 1933 Jugendführer der DNVP Niederrhein-West, 1946–1949 Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Duisburg und Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der CDU Nordrhein sowie des Zonenausschusses für die britische Zone (Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses), 1949–1952 und 1957–1965 MdB, 1957–1961 Finanzminister, 1952–1957 Vizepräsident der Hohen Behörde der EGKS. Vgl. Alfred Müller-Armack/Herbert B. Schmidt: Wirtschafts- und Sozialpolitik im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft. Stuttgart 1967.

12 Nicht zu ermitteln.

sehr streng. Der sicherste Weg sei, das Geld auf dem Wege über Inserate und das „Wirtschaftsbild" zu vereinnahmen.

Bach wies darauf hin, daß man den Preis des „Wirtschaftsbildes" nicht über DM 50,– je Abonnement setzen könne. Es sei daher besser, den Weg über die Inserate zu beschreiten.

Dichtel erklärte, es sei leichter, Abonnenten für das „Wirtschaftsbild" zu gewinnen, als diese zu halten. Man könne die Bezieher des „Wirtschaftsbildes" nur dann halten, wenn ihnen regelmäßig Gelegenheit gegeben werde, mit Bundesministern in kleinen Tagungen zusammenzukommen.

Schröter berichtete von einem Gespräch mit dem Bundesfinanzminister, wonach dieser gesagt habe, „Wirtschaftsbild"-Abonnements von DM 50,– bis DM 100,– seien steuerlich absetzbar. Man müßte sich also innerhalb dieser Grenze halten. Im übrigen glaubt Schröter, daß die Wirtschaft sich mehr und mehr dafür einsetzt, in der CDU den letzten Wall gegen Schumacher zu sehen.

Strickrodt ist der Auffassung, daß die FDP in der Mitbestimmung ihre Forderungen überspitzt habe[13]. Die Wirtschaft sei sehr zweifelhaft geworden, ob diese Politik der FDP richtig sei. Sie sei mehr geneigt, der Linie der CDU zuzustimmen.

Bach erklärte, wenn Nordrhein-Westfalen der Schwerpunkt der Finanzierung sei, dann könne das Geld aber nicht allein dorthin zurückfließen, da die Mitglieder der großen Wirtschaftsverbände, die ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen haben, über das ganze Bundesgebiet verstreut seien.

Holzapfel stellte Einigkeit des Vorstandes fest darüber, daß Einzelabonnements grundsätzlich an die Zentrale gehen, Pauschalabonnements auf ein Sonderkonto eingezahlt werden, regelmäßige Tagungen des „Wirtschaftsbildes" veranstaltet werden sollen und daß ein genauer Plan für diese Tagungen fertiggestellt wird, der anlaufen soll, sobald Minister Erhard aus Amerika zurück ist[14].

Dichtel wünscht für Tübingen und Freiburg[15] nicht den Minister Erhard, sondern Minister Schäffer.

Hilpert forderte, daß die Aktion Pferdmenges auf höchster Ebene erfolge, damit nicht die Landesverbände geschädigt würden. Alle Übersollzahlen müßten an die Landesverbände gehen.

Holzapfel schlug vor, als Sondereinnahmen nur Beträge über DM 10.000,– gelten zu lassen.

Der Fall Schutz sei noch nicht aus der Welt. Es gebe noch täglich Schwierigkeiten mit Schutz. Per Zufall habe man im letzten Augenblick verhindern können, daß der Ölverband Schutz DM 600.000,– für seinen Wirtschaftsring gezahlt habe.

---

13 Zur Haltung der FDP im Bundestag vgl. die Sitzungen vom 14. Februar, 4. April sowie 10. April 1951. Vgl. MÜLLER-LIST S. 376–381, 483f., 487f., 493f., 517f.

14 Der Bundeswirtschaftsminister hielt sich vom 2.– 12. Juli 1951 in den USA auf; Zweck der Reise war die Intensivierung des deutschen Exports (AdG 1951 S. 3023).

15 Wahlkampforte zur Volksabstimmung über den Südweststaat vom 9. Dezember 1951.

In Abwesenheit des Kanzlers übernimmt jetzt Dr. Holzapfel die Leitung der Sitzung.

Auf Antrag des kommissarischen Bundesgeschäftsführers[16] beschloß der Vorstand, den Landesgeschäftsführern für die Landesgeschäftsführerkonferenzen die Fahrkarte 3. Klasse, ein Tagegeld von DM 8,– und Übernachtungsgeld zu zahlen.

Zur Besoldung der Landesgeschäftsführer erklärte *Hilpert*, an sich sei der Plan einer zentralen Besoldung der Landesgeschäftsführer sympathisch. Es müsse aber geklärt werden, wer die Landesgeschäftsführer anstelle und wer ihnen Weisung geben könne. Eine genaue Abgrenzung der Befugnisse der Landesverbände und der Zentrale sei dringend notwendig.

Simpfendörfer schloß sich dieser Auffassung Hilperts an.

Beschluß: Die Bundesgeschäftsstelle soll eine Vorlage für den Vorstand ausarbeiten, in der die Verhältnisse vom Vorstand, Bundesgeschäftsstelle zur Landesgeschäftsstelle bis hinunter in die Kreise geregelt werden.

Lubbers stellte die Anfrage, ob es der Bundesgeschäftsstelle gestattet sei, mit den Kreisparteien direkt zu verkehren, oder ob die Landesgeschäftsstellen eingeschaltet werden müßten.

Holzapfel erklärte, wenn die Landesgeschäftsstellen in Ordnung seien, könne der Verkehr zu den Kreisen nur über die Landesverbände erfolgen.

Kaiser sagte, man dürfe daraus kein Gesetz machen. Die Bundesgeschäftsstelle müsse selbst das Gefühl haben, was in jedem Fall in Ordnung sei und nicht.

Dichtel forderte, daß die Bundesgeschäftsstelle keine Anweisung an die Kreise geben dürfe.

Hilpert wies darauf hin, daß im Statut eine Bestimmung fehle, wonach im Falle des Nichtfunktionierens eines Landesverbandes vom Parteivorstand eine Generalversammlung einberufen und Ordnung geschaffen werden könne.

Holzapfel meinte, die Bundesgeschäftsstelle könne Informationsmaterial und ähnliche Dinge direkt an die Kreise geben, alles müsse zumindest mit Durchschlag über die Landesgeschäftsstelle gehen.

Von Brentano erklärte, es sei eine Frage der Zweckmäßigkeit, wie man die Dinge handhaben wolle. Vieles könne direkt an die Kreise gehen, manches müsse im Einvernehmen mit den Landesverbänden geregelt werden.

Beschluß: Die Bundesgeschäftsstelle soll eine Geschäftsordnung der Bundesgeschäftsstelle dem Vorstand vorlegen, worin auch diese Dinge geregelt werden.

Lubbers berichtete, eine Reihe von Mitgliedern des Parteiausschusses habe mitgeteilt, sie könnten wegen Mangel an Mitteln nicht an den Sitzungen teilnehmen, da

16 Gemeint ist Lubbers.

sich auch die Landesverbände weigern, die Kosten zu übernehmen. Die Bundesgeschäftsstelle vertrete die Auffassung, der Parteiausschuß sei die föderalistische Vertretung der Landesverbände, diese hätten daher alles Interesse daran, im Parteiausschuß gut vertreten zu sein. Sie müßten daher auch die Kosten zahlen.

Strickrodt wies darauf hin, daß es gewisse Notstände gäbe. Manche Parteiausschußmitglieder wollten auch aus guten Gründen sich nicht an die Landesverbände wenden. Solchen Mitgliedern müßte diskret unter die Arme gegriffen werden.

Holzapfel stellte als Meinung des Vorstandes fest, daß die Kosten für die Parteiausschußsitzungen von den Landesverbänden getragen werden müßten. Dies soll in einem Rundschreiben den Landeschatzmeistern mitgeteilt werden. In Zukunft soll unter den Einladungen zum Parteiausschuß der Vermerk stehen, daß die Finanzierung beim Landesverband liegt.

Bach forderte, daß in der Geschäftsordnung für die Bundesgeschäftsstelle auch die Beziehung und der Verkehr mit den Landesgeschäftsführern geregelt werde.

In der Beratung über die Geschäftsordnung für die Ausschüsse bat *Hilpert*, der Vorstand möge sich für den Entwurf der Organisationsabteilung der Bundesgeschäftsstelle entscheiden.

Beschluß: Der Geschäftsordnungsentwurf der Bundesgeschäftsstelle für die Ausschüsse wird als Geschäftsordnung vom Vorstand erlassen mit der Maßgabe, daß der 5er-Ausschuß gegebenenfalls redaktionelle Änderungen vornehmen kann.

Holzapfel beauftragte den kommissarischen Bundesgeschäftsführer mit dem Entwurf zu einer Vereinbarung mit den Parteiorganisationen.

Lubbers wies darauf hin, dies sei eine politische Frage, und sie müsse vom Vorstand geregelt werden.

Beschluß: Die Bundesgeschäftsstelle soll den Entwurf wie gefordert vorlegen.

Lubbers schnitt die Frage der Steuer an und berichtete über die Steuerprüfungen beim Landesverband Rheinland in Köln.

Hilpert empfahl, die Umsatzsteuer für die parteieigenen Publikationen zu bezahlen. Die große Frage sei die Körperschaftsteuer. Hier müsse die Bestimmung gelten, daß die Körperschaftsteuer nur für gewerbliche Gewinne gelte, soweit sie nicht allgemein anerkannten Zwecken dienen. Dr. Hilpert schlug vor, der Sauberkeit wegen mit den Finanzministern diesen Fall zu klären.

Lubbers berichtete über die Arbeiten am politischen ABC[17] und bat den Vorstand, seinen Einfluß auf Abgeordnete und führende Persönlichkeiten geltend zu machen, die ihnen von der Bundesgeschäftsstelle vorgelegten Stichwörter schnell und gut zu bearbeiten.

17 Politisches ABC. Herausgegeben von der Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands. Bonn [1952].

Von Brentano sagte die Unterstützung der Fraktion zu und bat, bei der Verteilung der Stichwörter der Fraktion Kenntnis zu geben, damit diese eingreifen könne. Allen Stichwortbearbeitern soll ein altes ABC mit überreicht werden.

Lubbers berichtete über die Vorarbeiten der Organisationsabteilung in der Frage der Patenkreise.

Kiesinger sagte, die Einrichtung der Patenkreise könne nur dann geschaffen werden, wenn der Arbeitsrhythmus des Parlaments geändert werde. Nur wenn der Abgeordnete in regelmäßigem Turnus ein bis zwei freie Wochen habe, könne er sich intensiv um seinen Kreis und um einen Patenkreis kümmern. Es sei zweckmäßig, den Abgeordneten bei dieser Arbeit geeignete Leute beizugeben, um diese zugleich in die politische Arbeit einführen zu können.

Schröter bat, die Aktion nicht nur auf Bundestagsabgeordnete zu beschränken, sondern sie auch auf Landtagsabgeordnete auszudehnen.

Bach schlug vor, schon jetzt sich Gedanken über den zukünftigen Abgeordneten für jeden Kreis zu machen und ihn dann zu beauftragen, sich selbst seinen Kreis zu erobern.

Simpfendörfer plädierte ebenfalls für die Heranziehung möglichst vieler junger Kräfte, damit diese in die politische Arbeit hineinwüchsen.

Dichtel betonte, die Abgeordneten seien allesamt zu sehr überlastet. Der Arbeitsrhythmus des Bundestages müßte geändert werden. Mit Patenkreisen überlaste man die Abgeordneten noch mehr. Die Aktion müsse mit der Fraktion genau abgestimmt werden.

Kiesinger betonte, es hänge sehr viel ab, wie die Kreise solche Aktionen vorbereiteten. Auch bei den Kreisvorsitzenden müsse sehr nach dem Rechten gesehen werden.

Albers erklärte, die Aktion müßte zunächst in den Landesverbänden anlaufen, da diese die Verhältnisse am besten kennen. Sie müßte dann mit der Bundesgeschäftsstelle abgestimmt werden, um möglicherweise übergebietlichen Ausgleich schaffen zu können.

Holzapfel forderte, jene Abgeordnete stärker zu belasten, die in der Nähe von Bonn wohnen und deshalb mit An- und Abreise nicht so sehr überlastet seien wie andere.

Von Brentano sagte, die Aktion könne nicht nur von den Landesverbänden vorgenommen werden. Die Bundestagsfraktion müsse sich dabei einschalten.

Holzapfel schlug vor, durch die Landesverbände feststellen zu lassen, welche Wahlkreise mit einiger Sicherheit auf Erfolg zu gewinnen wären, und sich diesen Kreisen besonders zu widmen.

Schreiber meinte, die Zentrale könne keine Vorschläge für Kandidaten an die Landesverbände machen. Die Landesverbände selbst müßten sich schon jetzt um die Kandidaten für die kommende Bundestagswahl kümmern.

Kather wandte sich gegen den Vorschlag Dr. Holzapfels, nur die aussichtsreichen Kreise zu bearbeiten. Die Partei müsse sich um alle Kreise kümmern.

Strickrodt gab zu bedenken, man müsse auch berücksichtigen, daß manche Abgeordnete sich für den nächsten Bundestag nicht wieder aufstellen lassen würden.

Bach teilte mit, daß es etwa 100 Kreise mit einem Bundestagsabgeordneten der CDU gebe, in denen es nicht einmal einen Geschäftsführer gebe. Hier müsse nach dem Rechten gesehen werden.

Beschluß: Die Bundesgeschäftsstelle soll dem Vorstand mitteilen, welche Bundestagswahlkreise keinen Kreisgeschäftsführer haben.

Von Brentano erinnerte daran, daß jeder Abgeordnete DM 200,– für die Unterhaltung seines Sekretariats vom Bundestag bekomme. Diese müsse er notfalls für die Haltung seines Kreissekretariats beisteuern.

Lubbers erinnerte daran, daß satzungsgemäß im Herbst ein Parteitag fällig sei. Es lägen die Vorschläge Heidelberg, Mannheim und Stuttgart vor.

Überwiegende Meinung des Vorstandes ist für Stuttgart. Die Bundesgeschäftsstelle wird mit der Prüfung des Tagungsortes beauftragt. Die nächste 5er-Ausschuß-Sitzung müsse sich damit beschäftigen.

Zu diesem Zeitpunkt übernimmt Dr. Adenauer wieder den Vorsitz.

Partei und Fraktion

Von Brentano bemängelte als erstes, daß er keine Einladung zur Vorstandssitzung erhalten habe. Bezüglich der Arbeit der Fraktion sei zu sagen, daß die Abgeordneten in der Arbeit ersticken, daß sie auch aus diesem Grunde nicht mehr vom Grundsatz her entscheiden, sondern aus peripheren Gründen. Oft müßten Beschlüsse überhitzt und übereilt gefaßt werden. Die Fraktion brauche dringend Kontrolle und die Mitarbeit der Partei. Sie brauche die Ausschüsse, die vom Grundsätzlichen her arbeiten. Vielfach sähen die Abgeordneten nicht mehr, wie weit man bei Kompromissen gehen könne. Viele der Abgeordneten leisten sehr viel Arbeit, manche sind vollkommen passiv. Er trage sich mit dem Gedanken, die Namen der säumigen Abgeordneten den Landesverbänden und den Kreisen mitzuteilen, damit sie nicht mehr als Kandidaten aufgestellt werden. Er hoffe, daß die Zusammenarbeit der Fraktion mit der Partei sich in Zukunft enger gestalten werde. Er werde dem Fraktionsvorstand vorschlagen, die Referenten der Bundesgeschäftsstelle zu den Fraktionssitzungen und bei Spezialfragen zu den Vorstandssitzungen hinzuzuziehen, um sie zu unterrichten. Die Ausschüsse der Partei müßten mit Mitgliedern der korrespondierenden Ausschüsse des Bundestages besetzt werden, damit sich überall eine gesunde Wechselwirkung ergebe.

Dr. von Brentano schlug dann vor, im September eine große Fraktionssitzung außerhalb Bonns zwei Tage lang zu veranstalten, zu der die Minister des Bundes, der Länder, die Fraktionsvorsitzenden der Länderfraktionen und die Mitglieder des Parteiausschusses eingeladen werden sollen. Er verspreche sich davon eine Wek-

kung des Gemeinschaftsgefühls und eine Zusammendrängung der zentrifugalen Kräfte. Insbesondere müsse die Beziehung der Bundestagsfraktion zu den Länderfraktionen enger gestaltet werden. Bisher erfahren beide gegenseitig nichts von ihrer Arbeit. Die Vorsitzenden der Länderfraktionen müßten einmal zur Vorstandssitzung hinzugezogen werden.

Adenauer forderte einen verstärkten Materialaustausch zwischen der Fraktion und der Bundesgeschäftsstelle. Wesentlich sei aber, einmal einen Historiker damit zu beauftragen, Aufgabe und Auftrag der CDU aus der Geschichte des 19. Jahrhunderts zu entwickeln. Ein solches grundsätzliches Referat müßte in einem solchen Gremium behandelt werden, wie es Brentano vorgeschlagen habe. Die Besinnung auf die Fundamente der Partei sei die wichtigste Voraussetzung für eine fruchtbare Arbeit.

Dr. Adenauer gab dann einen Überblick über die Zustände in der Partei. Die Landesparteien seien schlecht in Ordnung. Schleswig-Holstein müsse neu aufgebaut werden. Dort habe jeder mit jedem Krach. In Hamburg sei es ähnlich. In Niedersachsen gebe es zuviel verschiedene Meinungen und zuviel persönliche Gegensätze. Oldenburg sei unzufrieden über Hannover. Westfalen sei noch die beste Landespartei. Nordrhein habe nicht einmal mehr DM 1.000,– in der Kasse. Dabei habe dieser Landesverband zu seinem Geburtstag DM 180.000,– gesammelt. Dr. Adenauer erklärte, er habe davon noch keinen Pfennig gesehen und wisse nicht, was aus dem Geld geworden sei. Rheinland-Pfalz sei in Ordnung, aber Hessen sei sehr schwierig.

Eine durchgehende Arbeit von der Bundesgeschäftsstelle bis hinunter in die Kreise müsse möglich gemacht werden. Die CDU-Fraktion sei gewählt worden nach lokalen Gesichtspunkten und nicht nach den Bedürfnissen des Bundes. Ein Teil der Abgeordneten habe sich gut eingearbeitet, ein Teil sei nicht über die Interessen seines Wahlkreises hinausgewachsen. Viele haben nichts gelernt. Bis zur Kandidatenaufstellung blieben uns nur noch eineinhalb Jahre. Es müsse dafür Sorge getragen werden, daß die Kandidatenaufstellung im Einvernehmen mit dem Bundesvorstand gut vorbereitet werde. Er mache den Vorschlag, Dr. von Brentano möge sofort nach den Ferien seiner Fraktion ernst ins Gewissen reden und ihr mitteilen, der Vorstand sei der Ansicht, daß die Namen der nicht aktiven Abgeordneten an die Kreise weitergegeben werden, um eine Wiederwahl damit zu verhindern. Zwar seien Finanzen für eine Partei wichtig, aber Arbeit sei besser. Er sei auch nicht der Auffassung, daß die Jugend schwer zu gewinnen sei, man müsse sich ihr nur widmen und sich um sie kümmern.

Auf seiner Romreise[18], so erklärte Dr. Adenauer, habe er mit der italienischen Partei sehr ernste Besprechungen gehabt. Man sei übereingekommen, die parteipolitische Bindung zwischen den italienischen christlichen Demokraten und den deut-

18 Adenauer hielt sich vom 16.–18. Juni 1951 in Rom auf; es war der erste offizielle Besuch des Bundeskanzlers in Italien. Vgl. AdG 1951 S. 2990; UiD vom 23. Juli 1951; ANDREOTTI S. 390f.

schen enger zu gestalten. Man müsse mit den christlichen Parteien der anderen europäischen Länder einen Bund schließen, der die gemeinsamen Interessen besser pflegen könne als die NEI[19]. Die NEI müsse auch einen anderen Namen bekommen und müsse auch aus dem Trott herausgerissen werden. Man müsse darauf hinarbeiten, schon in Ems[20] die Christliche Internationale zu schaffen. In die Bundesgeschäftsstelle gehöre unbedingt ein Referat hinein, das die Beziehungen zu den ausländischen christlichen Parteien hauptamtlich bearbeite.

Majonica teilt mit, die jüngeren Sektionen der NEI seien übereingekommen, in Berlin eine Christliche Internationale zu schließen[21].

Adenauer hält die Schaffung einer Christlichen Internationale schon in Ems für durchaus möglich. Alle christlichen Parteien Europas mit Ausnahme des MRP[22] werden sicher damit einverstanden sein.

Von Brentano trat dafür ein, schon in Ems zu versuchen, das NEI-Sekretariat von Paris fortzunehmen und in eins der kleineren Länder zu verlegen.

Schröter berichtete, er habe am Sonntag in Genf mit den Vertretern der NEI diese Frage schon besprochen. Die Franzosen machten noch gewisse Vorbehalte. Allgemein sei man aber der Auffassung, jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, eine aktive Christliche Internationale zu schaffen.

Albers regte an, das Material aus der Christlichen Arbeiter-Internationale und der Internationalen katholischen Arbeiterbewegung als Grundlage für eine politische Christliche Internationale zu nehmen.

Kaiser empfahl, schon heute für Ems einen hervorragenden Mann zu suchen, der die Idee der Christlichen Internationale dort vertreten solle.

Adenauer schlug Süsterhenn[23] vor.

Beschluß: Ein Ausschuß, bestehend aus den Herren Minister Kaiser, Kiesinger, Simpfendörfer und Süsterhenn, solle die Idee der Christlichen Internationale für Ems vorbereiten.

---

19 Nouvelles Equipes Internationales (NEI), 1947 in Chaudefontaine (Belgien) gegründete Vereinigung der christlich-demokratischen Parteien Europas. Vgl. HAHN.

20 Fünfter Jahreskongreß der NEI vom 14.–16. September 1951 in Bad Ems; Tagungsthema: Europa und der Friede (ACDP IX-002-012).

21 Die „Internationale Union junger christlicher Demokraten" wurde 1951 in Wiesbaden gegründet; sie ging hervor aus der im Jahre 1947 gegründeten Jugendkommission der NEI. Vgl. HAHN S. 19.

22 Mouvement Républicain Populaire, 1944 gegründete und 1967 aufgelöste französische Partei mit christlich-sozialem Programm. Vgl. BICHET.

23 Dr. Adolf Süsterhenn (1905–1974), 1933 Stadtverordneter in Köln (Zentrum), Mitgründer der CDU Koblenz-Montabaur, 1947–1965 Mitglied des CDU-Landesvorstands Rheinland-Pfalz, 1946–1947 Justizminister von Rheinland-Pfalz und Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung, 1947–1951 MdL und Justiz- und Kultusminister, 1957–1961 Präsident des Verfassungsgerichtshofs und des Oberverwaltungsgerichts von Rheinland-Pfalz, 1948–1949 MdPR, 1961–1969 MdB. Vgl. Winfried BAUMGART in LEBENSBILDER 6 S. 189–199.

Simpfendörfer begründete eine Entschließung des Landesverbandes Nord-Württemberg[24]. Er forderte, die Propaganda für die Leistungen der Bundesregierung stärker zu gestalten, die Parteipropaganda zu forcieren und dafür zu sorgen, daß die Bundesminister sich mehr der Partei verantwortlich fühlen.

Adenauer teilte mit, er habe mit Prof. Erhard gesprochen und ihn gebeten, nicht mehr soviel Reden zu halten und sich in Zukunft mehr als Mitglied des Kabinetts und nicht als Einzelgänger zu fühlen. Minister Erhard habe versprochen, den Wünschen nachzukommen. Dr. Adenauer verurteilte eine Befragung, wie sie der frühere Staatssekretär Binder[25] unter den CDU-Ortsgruppen in Württemberg veranstaltet hat.

Bezüglich der Propaganda der Bundesregierung habe man bisher erheblich unter Geldmangel gelitten. Staatssekretär Dr. Lenz[26] verfüge aber inzwischen über Mittel, und man werde den Erfolg seiner Arbeit hoffentlich in kurzem sehen.

---

24 Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:
„Die CDU-Fraktion des württemberg-badischen Landtags hat am 25. Juni 1951 in Bruchsal in einer Sondersitzung zusammen mit den CDU-Bundestagsabgeordneten von Württemberg-Baden sowie den Vorsitzenden der Landesverbände der Partei in Nord-Württemberg und Nord-Baden, Wilhelm Simpfendörfer und Dr. Gurk, zu der gegenwärtigen politischen Lage Stellung genommen.
Sie beglückwünscht den Bundeskanzler zu seinen außen- und innenpolitischen Erfolgen. Wenn jedoch diese Erfolge keinen Widerhall in den breiten Volksmassen finden, wie das bisher der Fall ist, muß mit einer Abwanderung weiter Wählerkreise gerechnet werden. In dieser Befürchtung und in tiefer Sorge um die gesellschafts- und staatspolitischen Folgen einer solchen Entwicklung dringt die Fraktion einmütig auf die baldmöglichste Durchführung folgender Maßnahmen:
1. Größere Verantwortlichkeit der Regierungsmitglieder der CDU gegenüber der Gesamtpartei.
2. Entlastung des Bundeskanzlers von den Parteigeschäften durch die Berufung einer verantwortlichen und aktionsfähigen Geschäftsführung.
3. Führung der öffentlichen Meinung durch ein Informationsministerium.
4. Stärkere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Kabinetts, insbesondere Vermeidung vorzeitiger Bekanntgabe unausgereifter Pläne und Entwürfe einzelner Regierungsmitglieder. Eindeutige Klärung der Kompetenzen, vor allem auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens.
5. Stabilisierung wahrhaft sozialer Löhne und Preise durch die sofortige Inangriffnahme eines umfassenden Regierungsprogramms, in dem einem wirksamen Preisgesetz eine besondere Bedeutung zukommen muß.
6. Unverzügliche Verkündung eines geschlossenen Agrarprogramms."
(ACDP VII-002-273)

25 Dr. Paul Binder (1902–1981), 1937–1940 stv. Direktor der Dresdner Bank Berlin, 1945 Landesdirektor und 1946 Vizepräsident des Staatssekretariats von Württemberg-Hohenzollern, 1946–1952 und 1954–1960 MdL Württemberg-Hohenzollern bzw. Baden-Württemberg (CDU), 1948–1949 MdPR, 1964–1968 Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaflichen Entwicklung. – Umfrage nicht zu ermitteln.

26 Dr. Otto Lenz (1903–1957), vor 1933 Zentrum, Mitgründer der CDU Berlin, 1951–1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1953–1957 MdB, 1955–1957 Mitglied der Beraten-

Dichtel machte Mitteilung von einer Entschließung seines Landesverbandes, in der die Fraktion aufgefordert wird, keine neuen Steuern mehr zu bewilligen.

Von Brentano erklärte, ein derartiger Beschluß sei bereits von der Fraktion gefaßt.

SCHLESWIG-HOLSTEIN – NIEDERSACHSEN

Schröter schildert die Verhältnisse in Schleswig-Holstein und die Entwicklung der CDU bis zum Wahlblock. Mit dem Wahlblock habe das Unglück der CDU in Schleswig-Holstein angefangen. Der Wahlblock sei ein Fehler gewesen, und die Partei sei entschlossen, nie wieder ein solches Abkommen abzuschließen. Bis zum 9. Juli 1950 sei in der Partei alles in Frieden gewesen. Als Bartram kam, fing das Elend der schleswig-holsteinischen CDU an[27]. Er habe als Landesvorsitzender eingegriffen und habe sich für verpflichtet gehalten, für die Abberufung Bartrams zu sorgen. Dabei habe er selbst auch Nackenschläge bekommen. Ein Ehrengericht habe ihn aber völlig rehabilitiert. Er sei aber als Landesvorsitzender zurückgetreten. Z. Z. sehe er keine Möglichkeit, wie sich die Verhältnisse bessern sollen. In einem protestantischen Land könne der Ministerpräsident und Landesvorsitzende nicht Katholik sein. Lübke[28] habe zwar erklärt, er werde bald als Landesvorsitzender zurücktreten, dann soll eine evangelische Persönlichkeit den Vorsitz übernehmen.

Adenauer erklärte, nicht der Wahlblock oder Bartram seien die Ursachen des Rückganges der CDU in Schleswig-Holstein. Schon die Ereignisse um die „Kieler Nachrichten" hätten der Partei sehr geschadet. Es sei in der Partei und in Schleswig-Holstein zu sehr intrigiert worden. Er halte Lübke für einen guten Mann. Der Bund werde Schleswig-Holstein unterstützen, damit sich die Regierung halten könne. Es müsse dort aber endlich Schluß mit dem Krach in der Partei gemacht werden. Er habe insbesondere die Bitte an Schröter, seine Freunde zu veranlassen, nicht mehr gegen die Gegner zu schießen, sondern alle seine Freunde aufzufordern, Lübke zu stützen.

Kather erklärte, in Schleswig-Holstein sei auch zu Schröters Zeiten nicht alles in Ordnung gewesen. Die Fehler hätten dazu geführt, daß die Flüchtlinge sich zuerst in Schleswig-Holstein abgesetzt und den BHE gegründet hätten.

---

den Versammlung des Europarates. Vgl. Hans Edgar JAHN in CHRISTLICHE DEMOKRATEN S. 243–266.

27 Am 9. Juli 1950 hatte die Landtagswahl stattgefunden: SPD 27,5 % (19 Sitze), BHE 23,4 % (15), CDU 19,7 % (16), DP 9,6 % (7), FDP 7,1 % (8), SSW 5,5 % (4). Ab 5. September führte Bartram die Koalitionsregierung aus dem von CDU, FDP und DP gebildeten „Deutschen Wahlblock" und dem überraschend erfolgreichen BHE (AdG 1950 S. 2475, 2548, 2566).

28 Friedrich Wilhelm Lübke (1887–1954), Mitgründer der CDU Schleswig-Holstein, 1946–1954 MdL, 1947 Mitgründer des Bauernverbands Schleswig-Holstein, 1951–1954 Ministerpräsident und Vorsitzender der CDU Schleswig-Holstein. Vgl. Hartwig SCHLEGELBERGER in CHRISTLICHE DEMOKRATEN S. 267–294.

Cillien berichtete über die Verhältnisse in Niedersachsen. Der Übelstand sei, daß die konfessionellen Gegensätze in der CDU aufgebrochen seien. Die Niederdeutsche Union sei geboren auf allgemeinen Wunsch und mit Billigung aller Parteiinstanzen. Sie sei eine staatspolitische Notwendigkeit. Cillien berichtete dann über eine Aussprache mit Minister Hellwege[29], die eine Reihe von Mißverständnissen ausgeräumt habe. Vor allen Dingen dürfe nicht darüber diskutiert werden, ob die Fraktion und Niederdeutsche Union aufgelöst werden sollen. Man würde alle Parolen aus dem Wahlkampf verleugnen, wenn man mit einem solchen Gedanken auch nur spiele. Die FDP habe vor der Wahl ihre Versprechen zu einem Zusammenschluß gebrochen. Es sei auch deshalb notwendig, daß DP und CDU, die das gleiche Gedankengut vertreten, zusammenblieben. Cillien schilderte noch einmal die Fehler, die um Gereke gemacht wurden. Hellwege hat sich in den Verhandlungen vor und nach den Wahlen nicht als der starke Mann erwiesen, wie man geglaubt habe. Er wollte mit der SRP verhandeln, weil er Ministerpräsident werden wollte. Die Zukunft der CDU und der Niederdeutschen Union hänge davon ab, welche Arbeit die Fraktion leisten könne. Die Fraktion wolle unter allen Umständen zusammenbleiben, wenn sie auch nicht glücklich zusammengesetzt sei. Die CDU muß in den Kreisen selbständig bleiben, um einen Stamm für eine Reorganisation zu haben. Am wichtigsten sei, daß von außen nicht mehr in die niedersächsischen Verhältnisse hineingeredet werde. Insbesondere könne der Parteiausschuß und der Vorstand nicht über Niedersachsen entscheiden.

Adenauer erklärte, man könne zwar nicht über Niedersachsen entscheiden, aber die Gesamtpartei werde von den Verhältnissen betroffen, und darum müsse man sich um Niedersachsen kümmern.

Von Brentano betonte, es sei eine schlechte Demokratie, die Macht zu mißbrauchen, um Wahlgesetze zu erzwingen, die Wahlbündnisse einfach unumgänglich machen. Grundsätzlich solle sich die CDU gegen Wahlbündnisse entscheiden. Gewinne durch solches taktisches Vorgehen seien immer Scheingewinne. Die Partei verliere dabei ihr Gesicht, und gerade die treuesten Wähler würden ihr untreu.

Strickrodt berichtete über den Parteitag in Braunschweig[30], der sehr erfreulich

29 Heinrich Peter Hellwege (geb. 1908), 1946 Mitgründer und bis 1961 Vorsitzender des Direktoriums der NLP bzw. DP Niedersachsen, 1947–1952 und 1955–1963 MdL Niedersachsen (1947–1949 Fraktionsvorsitzender der DP), 1949–1955 MdB (DP) und Minister für Angelegenheiten des Bundesrates, 1955–1959 Ministerpräsident von Niedersachsen, 1961 CDU (vgl. Emil Ehrich: Heinrich Hellwege. Ein konservativer Demokrat. Hannover 1977). Über die Rolle Hellweges in der DP vgl. Meyn; Stöss 1 S. 1025–1111.

30 Auf dem Parteitag des Landesverbands Braunschweig am 1. Juli 1951 in Wolfenbüttel wurde Fricke – ohne Zustimmung des Kreisverbands Braunschweig-Stadt – zum Landesvorsitzenden gewählt; die Auseinandersetzung zwischen dem 1. Vorsitzenden des Kreisverbands Braunschweig-Stadt, Hofmeister, und Fricke war nicht beigelegt, wie aus Rundschreiben des Kreisverbands Braunschweig-Stadt vom 15. Juli 1951 bzw. des Landesverbands Braunschweig vom 11. August 1951 hervorgeht (NL Fricke ACDP I-248-029/1).

verlaufen sei. Er schilderte die Auseinandersetzung zwischen Hofmeister und Fricke[31], von der er aber hoffe, daß sie inzwischen beigelegt sei.

Kaiser sprach die Hoffnung aus, es möge im Parteiausschuß nicht zu störenden Auseinandersetzungen über die Verhältnisse in Schleswig-Holstein und Niedersachsen kommen. Man möge am besten den Punkt von der Tagesordnung absetzen. Die CDU als große deutsche Partei könne und dürfe in keinem Lande fehlen. Sie müsse auch in Schleswig-Holstein neu entstehen. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß in zwei Jahren die DP in der CDU aufgegangen sei. Die CDU müsse Eroberungen machen, nicht nur durch Einbeziehung der DP, sondern auch durch Bereinigung der Frage Zentrum und der Bayernpartei.

Kather erklärte, die Krise in Niedersachsen sei eine Vertrauenskrise. Millionen von Vertriebenen müßten der Partei zurückgewonnen werden. In dem Abkommen Schumacher-Kraft[32] liege eine große Gefahr. Die CDU müsse alles daran setzen, dem BHE das Wasser abzugraben.

Bach wies darauf hin, daß die Verhältnisse in Norddeutschland nicht so einfach liegen wie im katholischen Süden. Der evangelische Norden müsse zurückgewonnen und gehalten werden. Bach plädierte für eine Arbeitsgemeinschaft der CDU mit der DP, ähnlich wie mit der CSU.

Adenauer erklärte abschließend, die Fraktion der Niederdeutschen Union müsse in Hannover bestehen bleiben. Man müsse die Rechtstendenzen in der DP genau beobachten. Um eine Debatte im Parteiausschuß zu vermeiden, schlage er vor, daß zunächst Cillien eine kurze Erklärung zu Niedersachsen abgebe und Minister Kaiser sie ergänze.

Kaiser wies auf die Gefahr hin, daß christliche Arbeiter zur SPD abschwenken. Wenn sie diesen Schritt erst einmal getan hätten, seien sie nur sehr schwer zurückzugewinnen. Das Ziel der CDU müsse sein, die DP voll in sich aufzunehmen.

Adenauer schloß die Sitzung gegen 20.30 Uhr.

---

31 Dr. Otto Fricke (1902–1972), 1947–1951 und 1955–1970 MdL Niedersachsen, 1948–1950 Minister für Wirtschaft und Verkehr, 1949 Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Goslar, 1951–1968 des CDU-Landesverbands Braunschweig.

32 Waldemar Kraft (1898–1977), 1950 Mitgründer des GB/BHE und Vorsitzender bis 1954, 1950–1953 MdL Schleswig-Holstein, stv. Ministerpräsident und Finanzminister (ab 1951 zugleich Justizminister), 1953–1961 MdB (GB/BHE, ab 1956 CDU), 1953–1956 Minister für besondere Aufgaben. – In der Abmachung, die den Weg für eine Koalition SPD/BHE in Niedersachsen freimachte, war festgelegt, daß die SPD die Vorstellungen des BHE bei der Behandlung des Lastenausgleichsgesetzes in Bonn unterstützen würde. Vgl. FRATZSCHER S. 99; NEUMANN S. 69f.

4

Bonn, 6. September 1951

Anwesend: Adenauer (zeitweise abwesend), Bach, Frau Gröwel, Gurk, Frau Heiler, Hilpert, Holzapfel, Kaiser, Kiesinger, Majonica, Pferdmenges, Samsche, Sauer, Strickrodt, Zimmer sowie Lubbers.
Bericht Adenauers zur Lage: Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1953, innenpolitische Lage, Verteidigungsbeitrag. Finanzen und Organisation der Partei. Besetzung des Bundesgeschäftsführers; Junge Union; RCDS. „Wirtschaftsbild". Erste Legion. NEI-Tagung in Bad Ems. Vorbereitung des Bundesparteitags: Themen der Referate. Verschiedenes.

Beginn: 9.30 Uhr *Ende: 14.00 Uhr*

Infolge der Verspätung des Herrn Bach wurde das politische Referat des Bundeskanzlers an den Anfang der Sitzung gelegt.

Adenauer wies auf die Notwendigkeit hin, die Zeit bis zur Bundestagswahl gut für die Organisation auszunutzen. Die Bundesgeschäftsstelle sei nun arbeitsfähig, aber in den Landesverbänden sei noch sehr viel zu tun. Man müsse sich schon heute mit der künftigen Aufstellung für die Bundestagswahl beschäftigen. Bundestagsabgeordnete, die durch ihr Verhalten zeigen, daß sie keinen Wert auf Mitarbeit legen, müßten darauf aufmerksam gemacht werden, daß eine neue Kandidatur nicht in Frage käme. Von der Fraktion werde geklagt über die mangelhafte Zusammensetzung der Fraktion. Man habe zwar eine Reihe ausgezeichneter Sachverständiger, es fehlten aber überdurchschnittliche Politiker. Man müsse daran denken, auch ehemalige Soldaten bei der nächsten Wahl als Kandidaten aufzustellen. Die Propaganda für die Bundestagswahl werde diesmal nicht mehr nur von der Weltanschauung und der Wirtschaft her bestritten werden können. Der Wahlkampf werde in einer Rechenschaftslegung über die Politik der Koalition bestehen müssen. Dr. Adenauer gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß die CDU bei einem solchen Rechenschaftsbericht gut bestehen könne. Es sei nicht auszudenken, wenn die SPD stärkste Partei und Schumacher damit Bundeskanzler werden würde. Dr. Schumacher habe im Ausland ein außerordentlich schlechtes Ansehen. Man sehe ihn mit Recht als den zweiten Hugenberg[1] an.

Als wichtigste Vorarbeit für die Bundestagswahl bezeichnete Dr. Adenauer zu verhindern, daß die Koalitionsparteien sich gegenseitig Mandate abjagen. Es müsse sichergestellt werden, daß die Koalitionsparteien in gemeinsamer Front in den Wahlkampf gehen. Das bedeute keine grundsätzliche Wahlkoalition, aber hier und

1 Alfred Hugenberg (1865–1951), 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920–1945 MdR, 1933 Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister, 1928–1933 Vorsitzender der DNVP.

da werde man um Wahlbündnisse nicht herumkommen. Sehr wichtig sei es aber, daß der Bundestag rechtzeitig ein Wahlgesetz verabschiede, das unseren Anschauungen und nicht denen der Sozialdemokraten entspricht.

Dr. Adenauer ging dann auf die Verhältnisse in den Landesverbänden kurz ein. Er habe den Eindruck, daß sich in Schleswig-Holstein die Verhältnisse bessern. Sehr schlecht sei es in Niedersachsen, und er wisse noch nicht recht, wie man dort die Dinge in Ordnung bringen könne. In den anderen Landesverbänden seien die Verhältnisse unterschiedlich. Man müsse sich genau darum kümmern.

Die Fraktion müsse sich in Zukunft bei ihrer Gesetzesarbeit in jedem Falle überlegen, wie sich ihre Entscheidungen auf die kommende Wahl auswirken. Große Sorge machen die weltanschaulichen und konfessionellen Schwierigkeiten. Dr. Adenauer bezeichnete es als außerordentlich vorteilhaft, daß er als katholischer Bundeskanzler in Lübeck mit den evangelischen Bischöfen in engen Kontakt gekommen sei[2]. Demnächst werde er mit Bischof Lilje[3] erneut eine Aussprache haben, und er hoffe, daß die Ressentiments im evangelischen Lager abebben.

Der Lastenausgleich müßte so schnell wie möglich verabschiedet werden, damit er nicht zum Gegenstand des Bundestagswahlkampfes gemacht werden könne.

Dr. Adenauer machte Mitteilung von einer vertraulichen Information, wonach Minister a.D. Hermes[4] in den nächsten Tagen in Flensburg die Gründung einer Mittelpartei[5] proklamieren werde. Sollte das eintreten, so wäre es besonders für die CDU sehr unangenehm, da uns damit große Wählermassen abgezogen werden könnten. Daraus, daß solche Gedanken überhaupt aufkommen, müsse die CDU

2 Adenauer hatte sich anläßlich der 700-Jahr-Feier der Marienkirche am 2. September in Lübeck aufgehalten (UiD vom 8. September 1953).

3 Dr. Hanns Lilje (1899–1977), 1927–1935 Generalsekretär der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung, 1935 Generalsekretär des Lutherischen Weltkonvents, 1945–1973 Mitglied des Rates der EKD (zeitweise stv. Vorsitzender), 1947–1971 Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover, 1947 Mitgründer und 1952–1957 Präsident des Lutherischen Weltbundes, 1955–1969 Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Vgl. Axel SEEBERG/Heinz ZAHRNT (Hrsg.): Abschied vom Christentum? Festschrift zum 65. Geburtstag. Hamburg 1964.

4 Dr. Andreas Hermes (1878–1964), 1920–1922 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und 1921–1923 für Finanzen, 1928–1933 MdR (Zentrum), 1928–1933 Präsident des Reichsverbandes der Landwirtschaftlichen Genossenschaften (Raiffeisen) und der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine, 1936–1939 Wirtschaftsberater in Kolumbien, Mitgründer und 1. Vorsitzender der CDU für die SBZ und Berlin, 1947–1949 Mitglied des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, 1947–1954 Präsident des Deutschen Bauernverbandes, 1947–1961 Präsident des Raiffeisenverbandes. Vgl. Günter BUCHSTAB in LEBENSBILDER 6 S. 102–113.

5 Bei der Präsidialsitzung des DBV in Rheinsberg am 10. September 1951 gab Hermes die Gründung eines „Mittelstandsblocks in Stadt und Land" bekannt, zu dem sich der Deutsche Bauernverband, der Zentralverband des Deutschen Handwerks und der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer zusammengeschlossen hatten (vgl. AdG 1950 S. 3108).

den Schluß ziehen, mehr Rücksicht auf den Mittelstand, insbesondere auf die Handwerker zu nehmen.

Die Verhältnisse in Südbaden seien bedauerlich, aber man müsse sich in die Stimmung der Südbadener versetzen können. Leider sei das Bundesverfassungsgericht[6] nicht so rechtzeitig in Aktion, um über die Angelegenheiten des Südweststaates[7] entscheiden zu können. Dr. Adenauer sprach aber die Hoffnung aus, daß die Dinge doch noch eine gute Wendung nehmen.

Höpker Aschoff[8] sei als Präsident des Bundesverfassungsgerichts zwar umstritten, aber Dr. Adenauer bedauerte die Haltung Bayerns. Höpker Aschoff sei eine absolut integre Persönlichkeit, und er sei überzeugt, daß er das Grundgesetz bei seiner Amtsführung rückhaltlos respektieren werde. Für den katholischen Volksteil sei es ein Kummer, daß der Präsident evangelischer und sein Stellvertreter[9] jüdischer Konfession sei.

Zu der Frage der Gewerkschaften erklärte Dr. Adenauer: Ich bin ein Freund der Gewerkschaften. Zwar haben insbesondere die Engländer nach dem Zusammenbruch den Gewerkschaften eine Stellung im öffentlichen Leben zugewiesen, die bedenklich werden kann. Wir müssen aber die Dinge nehmen, wie sie sind. Es ist unmöglich, eine Politik gegen die Gewerkschaften zu führen. Für die CDU würde es katastrophal sein, wenn wir den DGB der SPD in die Arme treiben würden und diese so gemeinsam den kommenden Wahlkampf durchführen können. Es ist besser, wenn besonders die Spitze der Gewerkschaften die parteipolitische Neutralität achtet. Wir müssen die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften so gestalten, daß sie erfolgreich ist, ohne allerdings einen unserer Grundsätze aufzugeben. Nach der Unterhaltung mit den Gewerkschaftsführern bin ich hoffnungsvoll in bezug auf die

---

6 Die Eröffnung des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe fand am 28. September 1951 statt. Zur Vorgeschichte und Errichtung vgl. SCHIFFERS; Einzelheiten zur Eröffnung bei LAUFER.

7 Die Volksbefragung über die Neugliederung im Südwestraum am 24. September 1950 hatte insgesamt eine Mehrheit von 70,8 % für die Neuordnung ergeben, nur in Südbaden hatten sich 59,6 % dagegen ausgesprochen. Die Regierung Wohleb erhob am 25. Mai 1951 Verfassungsklage gegen die Neuordnungsgesetze. Die Volksabstimmung am 9. Dezember 1951 erbrachte einen Stimmenanteil von 69,7 % für den zu bildenden Südweststaat. Die Verfassunggebende Landesversammlung des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg wurde am 9. März 1952 gewählt und hatte am 25. März 1952 ihre konstituierende Sitzung in Stuttgart. Vgl. FEUCHTE S. 117–157.

8 Dr. Hermann Höpker Aschoff (1893–1954), seit 1921 MdL Preußen (DDP), 1925–1931 preußischer Finanzminister, 1930–1932 MdR, 1945 Generalreferent für Finanzen (Westfalen), 1948–1949 MdPR, 1949–1951 MdB (FDP), 1951–1954 Präsident des BVerfG. Vgl. Erhard LANGE: Ein Leben im Dienste des Staates. In: Liberal Jg. 25 (1983) S. 946–951. – Die Vorbehalte Bayerns gegen Höpker Aschoff, das sich bei dessen Wahl der Stimme enthielt, richteten sich vor allem gegen die ihm zugeschriebene zentralistische Grundhaltung (FAZ vom 6. September 1951; SCHIFFERS S. 452 Anm. 8).

9 Zum Vizepräsidenten des BVerfG wurde Dr. Rudolf Katz (SPD) gewählt (SCHIFFERS S. 455).

kommende Entwicklung.[10] Das Verhalten der FDP gegenüber den Gewerkschaften ist mehr als kurzsichtig. Insbesondere hat Minister Blücher[11] taktische Unklugheiten begangen. Sein Telegramm an mich war dumm[12]. An den Nachrichten über die Gründung national-christlicher Gewerkschaften war vieles wahr. Wir konnten aber rechtzeitig hindernd eingreifen. Die ganze Aktion war dumm. Die Forderungen der Gewerkschaften nach der Sozialisierung der Grundstoffindustrien und nach Übertragung der Mitbestimmung in der Form wie bei Kohle und Eisen auf die übrige Wirtschaft können unmöglich durchgeführt werden. Man kann nicht die Eigentümer auf dem Wege über das Mitbestimmungsrecht enteignen.

Zur Außenpolitik übergehend sagte Dr. Adenauer: Die Erklärung, die McCloy[13] vor seiner Abreise abgab, war mit mir abgesprochen. Die USA drängen darauf, daß die Bundesrepublik volle Souveränität bekommt. Mit der Erlangung der Souveränität ist beabsichtigt, daß wir mit den Westmächten einen Verteidigungsvertrag schließen. Die Haltung der Franzosen ist noch immer zurückhaltend, die Auffassung der Engländer ist bisher unsicher, obgleich Minister Kirkpatrick[14] persönlich zufriedenstellende Erklärungen abgegeben hat. Allerdings scheint mir heute die Haltung der englischen Regierung allmählich günstiger für uns zu werden.

Bei der Beurteilung der internationalen Entwicklung vergessen wir Deutschen zu leicht, was seit 1933 geschehen ist. Es gibt heute schon eine starke Strömung von Menschen in Deutschland, die sich unterfängt, die Behauptung aufzustellen, das deutsche Volk habe den Krieg [nicht] gewollt, und deshalb behandele man uns

---

10 Adenauer war am 8./9. August 1951 in seinem Schweizer Urlaubsort mit Vertretern des DGB zusammengetroffen. Vgl. ADENAUER: Teegespräche S. 123f.

11 Franz Blücher (1896–1959), 1945 Mitgründer und 1949–1954 Bundesvorsitzender der FDP, 1946–1947 Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, 1947–1949 Mitglied des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, 1949–1958 MdB (bis 1956 FDP, dann FVP bzw. DP), 1949–1957 Vizekanzler und Bundesminister des Marshall-Planes bzw. Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1958 deutscher Vertreter bei der Hohen Behörde der Montanunion (Erinnerungen: Rückblick auf vier Jahre. In: Bonner Hefte Jg. 1 [1953] Nr. 1).

12 Blücher verlangte am 9. August 1951 vor jeder Festlegung des Kanzlers gegenüber dem DGB vorherige gemeinsame Beratungen der Koalitionspartner (AdG 1951 S. 3058).

13 John Jay McCloy (geb. 1895), amerikanischer Bankier und Politiker; 1941–1945 stv. Kriegsminister (Unterstaatssekretär), 1947–1949 Präsident der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, 1949–1952 Hoher Kommissar der US-Regierung in Deutschland, 1953–1960 Vorsitzender der Chase National Bank bzw. Chase Manhattan Bank, 1961–1962 Sonderbeauftragter des Präsidenten Kennedy für Abrüstungsfragen. Vgl. ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 454–459; Erika J. und Heinz-D. FISCHER: John J. McCloy und die Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Presseberichte und Dokumente über den amerikanischen Hochkommissar für Deutschland 1949–1952. Köln 1985.

14 Sir Ivone Augustine Kirkpatrick (1897–1964), britischer Politiker; 1948–1950 Leiter der Deutschland-Abteilung im britischen Außenministerium, 1950–1953 britischer Hoher Kommissar in Deutschland, 1953–1957 Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium.

ungerecht. Diese Stimmung in der Bevölkerung ist zu bedauern, denn sie stellt die Tatsachen auf den Kopf. Verschiedentlich haben auch die Vertreter der Bundesrepublik bei den internationalen Verhandlungen unglücklich operiert. Das gilt vor allen Dingen in der Kohlenfrage, wo das Verhalten der Vertreter in der Ruhrbehörde recht eigentlich die scharfe Reaktion insbesondere der Belgier und Franzosen verursacht hat[15]. Wir bekommen jetzt die Quittung für gewisse Ungeschicklichkeiten. Die Frage der Auslandsguthaben, die die deutsche Öffentlichkeit so erregt hat, muß kühler betrachtet werden. Teils stehen wir uns bei der Regelung schlechter, teils besser. Die USA haben erklärt, damit seien alle Reparationsverpflichtungen Deutschlands abgegolten. Außerdem haben wir die Möglichkeit, mit den neutralen Ländern über unsere Guthaben zu verhandeln.[16]

Auch die Frage des Schutzes der alliierten Agenten ist nicht so schwierig zu nehmen, wie es geschieht. Die Agenten arbeiten weitgehend im Interesse der europäischen und der westlichen Verteidigung. Ihre Tätigkeit kann nicht ohne weiteres nur der Jurisdiktion deutscher Gerichte unterstellt werden.[17]

In all diesen Fragen tun die deutsche Presse und Schumacher leider nichts anderes als schimpfen. Die Beleidigungen, die Schumacher François-Poncet[18] zugefügt hat, sind ein Skandal. Ich habe François-Poncet darüber einen entschuldigenden Brief geschrieben. Alle Angriffe gegen die Alliierten stärken jene Kräfte, die die deutsche Souveränität verhindern wollen. In dieses Kapitel gehören leider auch die Artikel in der „Ketteler Wacht"[19] und in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung"[20].

---

15 Die Bundesregierung hatte vor der Internationalen Ruhrbehörde die Herabsetzung der Kohlenexportquote für das 3. Quartal 1951 beantragt; dies war auf Widerstand gestoßen und schließlich abgelehnt worden (vgl. AdG 1951 S. 2984, 3043, 3064).

16 In London wurde seit Mai 1951 über die deutschen Vor- und Nachkriegsschulden verhandelt. Dabei spielte auch die Frage der Beschlagnahme des deutschen Auslandsvermögens eine Rolle. Vgl. Abs: Konrad Adenauer, hier S. 242f. und Abs: Wiederherstellung.

17 Anspielung auf das „Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit" vom 15. Juli 1951 (BGBl I S. 448), das wegen möglicher Strafverfolgung von Mitarbeitern von Nachrichtendiensten auf Kritik bei McCloy gestoßen war. Vgl. Adenauer: Teegespräche S. 130.

18 André François-Poncet (1887–1978), französischer Diplomat; 1931–1938 Botschafter in Berlin, 1949–1955 französischer Hoher Kommissar bzw. Botschafter in Bonn (Memoiren: Auf dem Weg nach Europa. Politisches Tagebuch 1942–1962. Berlin/Mainz 1964). – Schumacher hatte am 15. August 1951 auf einer Pressekonferenz gesagt, François-Poncet werde vom deutschen Volk ohne Unterschied der Partei als „misplaced person" bezeichnet, und zusätzlich auf die Tischgespräche Hitlers verwiesen, der froh gewesen sei, unter seinen Botschaftern einen Mann vom Format François-Poncets zu haben (FAZ vom 16. August 1951 S. 3).

19 Die Vorwürfe der „Ketteler Wacht" richteten sich gegen die als zu weitgehend empfundene Annäherung Adenauers an Frankreich sowie gegen Hallstein, der als Staatssekretär im Auswärtigen Amt eine Fehlbesetzung sei („Ketteler Wacht" vom 1. September 1951 sowie Auszug in FAZ vom 5. September 1951).

20 Vgl. FAZ vom 4. September 1951, Art. von Hans Baumgarten (vgl. auch Adenauer: Teegespräche S. 651 Anm. 44).

Sie schädigen das Ansehen des Bundeskanzlers im Ausland und schwächen damit seine Position zum Schaden Deutschlands. Gewiß kann ich nicht auf die Dauer Außenminister bleiben. Auch Hallstein[21] müßte mehr an Aufgaben übernehmen. Aber auch wenn ein anderer Außenminister wäre, kann der Bundeskanzler nicht auf seinen Einfluß auf die Außenpolitik verzichten. Die Koalitionsparteien sind der Auffassung, daß die Personalunion Bundeskanzler-Außenminister bis auf weiteres bestehenbleibt.

In der Frage des Verteidigungsbeitrages haben die Franzosen Angst vor einer deutschen Armee, die aus eigenen Kontingenten besteht. Auch ich hätte Sorgen, eine deutsche nationale Armee aufzustellen, da ich nicht weiß, wie dies den Generalen in den Kopf steigen würde. Es ist besser, wenn wir den Anfang gleich im europäischen Rahmen machen. Es ist schwierig, unter den 2.000 deutschen Generalen gerade die richtigen auszusuchen. Ich erwarte heute Herrn Blank aus Paris zurück und werde dann erfahren, ob es möglich ist, die Hauptpunkte des Vertrages über die Europaarmee vorwegzunehmen, damit in Washington alles glattgeht. Ich glaube, daß die Hohen Kommissare in Washington unsere Ansicht zur Grundlage der Verhandlung machen. Ich hoffe, daß sie ohne wesentliche Änderungen durchdringen. Sollten sich aber wesentliche Änderungen gegenüber unseren Vorschlägen ergeben, dann wären wir gezwungen, nein zu sagen. Jetzt ist der psychologisch richtige Augenblick, auf unsere Wünsche einzugehen. Wenn sich jetzt nicht die Verhältnisse grundlegend konsolidieren, dann wird in Deutschland die Angst vor den Russen wieder wachsen. Die Menschen werden sich rückversichern wollen, und die innere und äußere Verteidigungsfront des Westens wird geschwächt.

Sowjetrußland macht zwar viel Geschrei, aber es wird keinen Krieg wegen 250.000 deutscher Soldaten anfangen, die ohnehin erst in zwei Jahren komplett stehen werden. Warum Rußland den deutschen Verteidigungsbeitrag hintertreiben will, findet seinen Grund ganz einfach in dem russischen Ziel, die Möglichkeit einer Einbeziehung der Bundesrepublik in die russische Einflußsphäre nicht zu verbauen. Rußland möchte, daß die USA sich an Europa für desinteressiert erklären. Dadurch würde der Kommunismus in Frankreich und Italien die Oberhand bekommen. Nur aus diesen Gründen fordert Rußland die Demilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands.

---

21 Dr. Walter Hallstein (1901–1982), 1930–1941 Professor in Rostock, 1941–1948 in Frankfurt sowie 1948–1949 in Georgetown/Texas, 1949–1950 Leiter der deutschen UNESCO-Kommission, 1950–1951 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und 1951–1958 im Auswärtigen Amt, 1958–1967 Präsident der Kommission der EG, 1968–1974 Präsident der Europäischen Bewegung, 1969–1972 MdB (CDU). Vgl. Wolfgang RAMONAT: Rationalist und Wegbereiter, in PERSÖNLICHKEITEN S. 337–378. – Nach Beratung des Bundeskabinetts am 13. März 1951 übernahm Adenauer auch das Amt des Außenministers (Ernennung am 15. März), vgl. ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 465; Hallstein hatte in diesem Aufgabenbereich entscheidende Befugnisse. Vgl. HALLSTEIN.

Es ist noch zu berücksichtigen, daß Eisenhower ein Interesse daran hat, vor Beginn der Präsidentschaftskampagne in den USA die Dinge in Europa zu einem Ende zu bringen. Wir selbst haben das größte Interesse daran, dabei mitzuhelfen, solange in den USA das Interesse an der Präsidentenwahl besteht.

Zimmer erklärte, die Propaganda der Bundesregierung für den Schumanplan sei sehr geschickt, und er fragt, ob man Ähnliches nicht für den Verteidigungsbeitrag tun wolle.

Adenauer erklärte, man solle weniger von einem Verteidigungsbeitrag, sondern von einem Verteidigungsvertrag sprechen. Z.Z. könnten wir aber noch nicht zuviel dazu sagen, sonst werde der Vertrag für uns vielleicht schlechter, als wir jetzt die Aussicht haben. Wenn die Dinge in Washington nicht gut laufen, dann würde eine verfrühte Propaganda für den Verteidigungsbeitrag auf die Bundesregierung zurückschlagen.

Bach betonte, die Unsicherheit der deutschen Bevölkerung sei durch psychologische Fehler sowohl der Alliierten wie auch der Bundesregierung entstanden. Die Kernfrage der deutschen Außenpolitik sei die deutsche Souveränität, und nur das könne und müsse man z.Z. propagieren.

Adenauer empfahl abzuwarten, was die Verhandlungen in Washington erbringen, und zu beobachten, was die SPD zu den vollendeten Tatsachen sage. In dem Verteidigungsvertrag werde auch die Einheit Deutschlands als unabdingbare Tatsache stehen. Ferner werde darin enthalten sein die Pflicht der Westmächte, die Bundesrepublik über ihre Verhandlungen mit den Staaten des Ostblocks zu konsultieren, damit dort nicht Dinge auf unsere Kosten geschehen.

Kaiser sagte, die Bundestagswahl hänge von der Regierung Adenauer ab. Kaiser sprach sich gegen Wahlbündnisse aus und forderte, die CDU müsse allein in den Wahlkampf gehen. Vorher müsse nach Möglichkeit die Frage des Zentrums und der Deutschen Partei gelöst werden, sonst sei ein Mißerfolg unausbleiblich. Das gleiche gelte von der Lösung der konfessionellen Schwierigkeiten. Auch einige Personalfragen müßten geklärt werden. Z.B. müsse man sich mit Herrn Heinemann beschäftigen, der anscheinend in Not sei und mit dem man wieder verhandeln könne. Die Information, daß Hermes eine Mittelpartei gründen wolle, halte man für eine Drohung. Kaiser bedauerte, daß bei den Verhandlungen des Kanzlers mit den Gewerkschaften auch gestern kein christlicher Gewerkschafter beteiligt gewesen sei[22]. Der Artikel in der „Ketteler Wacht" sei zu verurteilen. Die Wahlunion Kanzler-Außenminister sei unter den augenblicklichen Verhältnissen durchaus gutzuheißen. Wenn die Bundesrepublik Kontingente in der Europaarmee aufbringe, müßten auch die anderen nationalen Armeen in der Europaarmee aufgehen. Es gehe beispielsweise nicht an, daß Deutschland keine, Luxemburg dagegen eine nationale Armee habe. Bei der Auswahl der Generale sei die Frage zu stellen: „Wie haben Sie zu Hitler gestanden?" Erforderlich sei Klarheit darüber, wie die Alliierten über die deutsche

22 Bericht über das Treffen in FAZ vom 7. September 1951.

Einheit denken. Die Amerikaner könnten nicht mit polnischen Kreisen paktieren, die genauso wie die sowjetischen Polen für die Oder-Neiße-Linie seien.

Adenauer betonte, mit den Russen könne nur verhandelt werden, wenn man stärker sei. Allerdings müsse man auch in der Auseinandersetzung mit dem Osten nicht die Schwierigkeiten aufeinanderreihen und täglich präsentieren. Das schwäche die innere Kraft. Wörtlich erklärte Dr. Adenauer: „Eine meiner größten Sorgen ist, daß die USA eines Tages zur Offensive gegen den Osten übergehen, die impulsiv gestartet wird zu unserem Schaden."

Für kurze Zeit verläßt Dr. Adenauer die Vorstandssitzung, die jetzt von Dr. Holzapfel geleitet wird.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab *Bach* einen Bericht über die finanzielle Lage. In den letzten acht Monaten seien DM 260.000,– für die Bundesgeschäftsstelle, DM 115.000,– für Wahlen, DM 28.000,– an Landesverbände und DM 10.000,– an Darlehen ausgegeben worden. Mit anderen Ausgaben zusammen betragen die Ausgaben der ersten acht Monate DM 523.000,–. Demgegenüber standen Einnahmen von ungefähr DM 630.000,–, so daß z.Z. ein Kassenbestand von etwa DM 110.000,– vorhanden sei.

Bach berichtete dann über Sonderaktionen für den Wahlfonds. Es sei anzustreben, daß ab 1. Oktober jeder Bundestagswahlkreis mindestens einen hauptamtlichen Geschäftsführer habe. Wo die Kreise das nicht selbst schaffen können, müsse die Bundespartei helfend eingreifen. Den möglichen Kandidaten in den Wahlkreisen müßten die Mittel für ihre Aktionen an die Hand gegeben werden. Bach legte dann einen Plan zur Finanzierung der Partei aus Mitgliedsbeiträgen vor, der in der Anlage beiliegt.[23]

Kiesinger warnte davor, bezüglich der Mandatsträger eine Regelung zu treffen, ohne die Bundestagsfraktion zu fragen. Es gebe in der Bundestagsfraktion viele Bundestagsabgeordnete, die von ihren Diäten leben müssen, während bei der SPD alle Abgeordneten Funktionäre seien und aus dieser Tätigkeit Einkommen bezögen.

Bach erklärte es als Wahnsinn, wenn jemand von der Politik lebe. Ein Politiker könne nur unabhängig sein, wenn er eine gesicherte Existenz habe. Sein Vorschlag bezwecke eine vernünftige Koordination, damit die Lasten gerecht verteilt werden. Grundsätzlich sei zu fordern, daß Nachwahlen zum Bundestag von der Bundestagsfraktion, Nachwahlen zu den Landtagen von den Landtagsfraktionen finanziert werden. Der Etat der Bundesgeschäftsstelle enthalte nur die Kosten, die direkt die Bundesgeschäftsstelle betreffen. Alles andere müsse aus Sondermitteln finanziert werden.

Lubbers berichtete, daß die meisten Landesverbände die Besoldung der Landesgeschäftsführer durch den Bund abgelehnt haben. Er bat um eine Klärung dieser Frage.

---

23 Vgl. S. 70.

Zimmer empfahl, die Besoldung der Landesgeschäftsführer zu 50 % auf die Bundespartei und zu 50 % auf die Landespartei zu legen.

Bach wandte sich gegen diesen Vorschlag. Die Landesgeschäftsführer müßten in ihrer Existenz geschützt und in etwa von den Landesverbandsvorsitzenden materiell unabhängig gemacht werden. Er stellte den Antrag, den Beschluß des Vorstandes bezüglich der Besoldung der Landesgeschäftsführer aufzuheben.

Gurk[24] empfahl, die Landesgeschäftsführer durch die Bundespartei zu besolden, damit diese das eingesparte Geld zur Besoldung der Kreisgeschäftsführer verwenden können.

Beschluß: Nach einer längeren Debatte über die Frage wurde beschlossen, bei der nächsten Parteiausschußsitzung mit den Landesvorsitzenden diese Frage noch einmal zu besprechen.

Zum Antrag Bach erklärte *Holzapfel*, der Vorstand könne keine festen Beschlüsse fassen, sondern nur Richtlinien und Empfehlungen geben. Nur in diesem Sinn könne über den Vorschlag entschieden werden.

Zimmer erinnert daran, daß in Rheinland-Pfalz die Bürgermeister Beamte seien, man müsse sie von der Regelung ausnehmen.

Holzapfel und *Bach* bestätigten diese Auffassung.

Samsche[25] wies darauf hin, daß bei der Regelung der Beiträge die soziale Struktur der Landesverbände beachtet werden müsse. Hamburg habe z.B. einen Mitgliedsbeitrag von DM 2,– generell. Man würde sich also bei der Bachschen Regelung schlechterstehen.

Kiesinger forderte noch einmal die Hinzuziehung der Bundestagsfraktion, ehe Beschlüsse über die Beiträge der Mandatsträger gefaßt werden.

Kaiser hielt Richtlinien bezüglich der Mitgliedsbeiträge für sehr angebracht. Die Partei müsse sich mehr auf Mitgliedsbeiträge stützen. Er empfahl, eine kleine Kommission, bestehend aus einem Vertreter der Bundestagsfraktion, einem Vertreter der großen Landesverbände und einem Vertreter der kleinen Verbände möge mit dem Bundesschatzmeister über die Regelung beraten.

Holzapfel stimmte dem zu und bat, die Dinge bis zur nächsten Parteiausschußsitzung zu klären.

Strickrodt erklärte dann, daß manche Vorstandsmitglieder verschämte Arme

---

24 Dr. Franz Gurk (1898–1984), 1926–1933 Stadtverordneter und Kreisrat in Karlsruhe (Zentrum), Mitgründer der CDU, 1945–1952 Stadtkämmerer und 1953–1963 Bürgermeister von Karlsruhe, 1952–1972 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung und MdL Baden-Württemberg (1960–1968 Landtagspräsident), 1951–1968 Landesvorsitzender der CDU Nordbaden.

25 Ewald Samsche (1913–1957), seit 1946 CDU, 1949–1957 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1949–1957 Mitglied des CDU-Landesvorstands Hamburg, zeitweise geschäftsführender Vorsitzender des Landesverbands, 1953–1957 Senator in Hamburg.

seien und wegen Mangel an Mitteln zu den Vorstandssitzungen nicht erscheinen könnten.

Bach erklärte sich bereit, in solchen Fällen die Kosten vertraulich zu erstatten.

Pferdmenges fragt, wie hoch Bach die monatlichen Rücklagen für die Wahl schätze.

Bach schätzt die Einnahmen auf DM 70.000,– monatlich, aber es komme noch nicht alles herein, was versprochen worden sei. Aus der Sonderaktion seien einige Sonderabmachungen getroffen worden. Beispielsweise sollen die in Hessen eingehenden Gelder an den Landesverband Hessen zurückgegeben werden, da in Hessen besonders schwierig gelagerte Verhältnisse sind. Es bestehe aber die Aussicht, die monatlichen Eingänge auf DM 100.000,– zu bringen, damit DM 70.000,– monatlich für die Wahl zurückgelegt werden können.

Hilpert bat, wenn Aktionen in Hessen unternommen werden, diese mit dem Landesverband abzustimmen.

Holzapfel teilt mit, daß in der Bundesgeschäftsstelle seit dem 1. September zwei hauptamtliche Kräfte für die Außenorganisation tätig sind. Nachdem die Zentrale in Ordnung sei, müsse die Arbeit in den Landesverbänden beginnen. Es sei eine alte Erfahrung, daß ein Wahlkampf desto besser und billiger sei, je mehr die Organisation in Ordnung ist.

Hilpert wendet sich dagegen, daß Kündigungen des „Wirtschaftsbildes" nur zu Lasten des Landesverbandes gehen. Es müsse eine Regelung getroffen werden, um Ausfälle anteilmäßig zu verteilen.

Bach wendet sich gegen diesen Vorschlag, da damit die Finanzen der Bundesgeschäftsstelle gefährdet sind. In Härtefällen müssen Ausfälle aus dem Sonderfonds gegeben werden.

Lubbers weist darauf hin, daß durch die Werbung des „Wirtschaftsbildes" und die Abteilung Außenorganisation eine Ausweitung des Etats für Reisekosten unvermeidlich sei. Er bat schon jetzt darum, diese Notwendigkeit zu berücksichtigen.

Bach schlägt vor, die Außenorganisation mit der Werbung und der Kundenpflege für das „Wirtschaftsbild" zu koppeln. Große Schwierigkeiten gebe es noch mit Schutz, der den dem Wirtschaftsring angeschlossenen Firmen verspreche, ihnen Rüstungsaufträge zu besorgen. Dadurch habe er noch einen großen Einfluß in der Wirtschaft.

Holzapfel erklärte, die Bundesgeschäftsstelle arbeite nun voll. Es sei lediglich noch die Frage des Bundesgeschäftsführers zu klären.

In diesem Augenblick betritt Dr. Adenauer wieder den Raum.

Holzapfel: Man habe vereinbart, nach einer geeigneten Kraft für diesen Posten Ausschau zu halten, das habe aber bisher noch keinen Erfolg gehabt.

Bach erinnert an seinen Antrag über die Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge. Ferner entwickelte er seinen Plan, für jeden Bundestagswahlkreis bis Ende des Jahres mindestens einen hauptamtlichen Geschäftsführer angestellt zu sehen. Wo

die Kreise diesen nicht selbst tragen könnten, müsse die Bundespartei eingreifen. Ferner solle bereits jetzt Ausschau nach Kandidaten für die Wahlkreise gehalten werden, damit diese schon jetzt damit beginnen können, ihren Wahlkreis zu erobern.

Adenauer betont, er sei gar nicht glücklich darüber, daß die Landesverbände die Besoldung der Landesgeschäftsführer durch die Bundespartei abgelehnt hätten. Die Frage müsse noch einmal im Parteiausschuß besprochen werden, um die noch widerstrebenden Landesvorstände für diese Regelung zu gewinnen.

Lubbers erläutert die Unzuträglichkeiten, die sich in der Jungen Union ergeben haben. Insbesondere macht er auf die Gefahren aufmerksam, die möglicherweise durch nicht zweckgebundene Verwendung der Gelder aus dem Bundesjugendplan entstehen können. Die Junge Union habe nach Informationen des Innenministeriums im Etatjahr 1950 reichlich DM 100.000,– bekommen, von denen zwei Drittel allein für Auslandsarbeit verwendet werden müßten. Lubbers bezweifelt, daß so hohe Beträge für diesen Zweck ausgegeben wurden.

Majonica bezweifelt die Zahlen des Innenministeriums. Er stimmt einer Kontrolle der Finanzgebarung der Jungen Union zu.

Lubbers bringt Bedenken vor über den Bundessekretär der Jungen Union, Ziegler, und schildert die schlechten Erfahrungen, die man im Generalsekretariat mit ihm gemacht habe.

Gurk fordert, daß bei der Jungen Union auch in den Landesverbänden etwas mehr nach dem Rechten gesehen werde. Angesichts der großen Mittel, die die Junge Union aus dem Bundesjugendplan erhalten habe, sei es unverständlich, wofür sie dann noch von den Landesverbänden Mittel fordere.

Bach ist ebenfalls der Ansicht, das Verhältnis zur Jungen Union anders zu regeln. Zumindest müßten Berater aus dem Vorstand in den Deutschlandrat der Jungen Union entsandt werden.

Adenauer bittet Majonica, dem Vorstand zu seiner nächsten Sitzung einen Arbeitsplan für die Junge Union einzureichen.

Dr. Adenauer griff dann die Frage der Konrad-Adenauer-Spende[26] auf. Er betont, er habe nie einen einzigen Pfennig dieser Spende gesehen, sei nie über eine Verwendung befragt worden und habe überhaupt keine Kenntnis, wie es um die sog. Konrad-Adenauer-Spende stehe. An Dr. Johnen[27] und Dr. Schreiber soll ein Schreiben gesandt werden, worin um Aufklärung über die Spende gebeten wird.

---

26 Es handelte sich um zwei verschiedene Spenden: zu der einen war von CDU-Mitgliedern aufgerufen worden anläßlich des 75. Geburtstages von Adenauer, sie war für parteipolitische Zwecke gedacht; die andere ging auf eine Anregung des BDI-Präsidenten Fritz Berg zurück und sollte mildtätigen und wissenschaftlichen Einrichtungen zugute kommen (vgl. BT-Drs. Nr. 1827 und 2053).

27 Wilhelm Johnen (1902–1980), 1931–1933 Vorstandsmitglied der Zentrumspartei und Mitglied des Kreisausschusses des Kreises Jülich, 1945 CDU, 1947–1966 MdL Nordrhein-Westfalen (1950–1959 Fraktionsvorsitzender, 1959–1966 Präsident), 1951–1963 Vorsitzen-

Bach erinnert daran, daß die im Rheinland gesammelte Spende vereinbarungsgemäß mit Zustimmung des Kanzlers nur im Rheinland verwendet werden sollte.

Adenauer erklärt, von einer solchen Vereinbarung nichts zu wissen.

Samsche bat den Vorstand, eine Rahmensatzung für die Landesverbände zu beschließen.

Adenauer: Sie vergessen das föderalistische Prinzip!

Lubbers schildert die Arbeit des Hochschulrings christlich-demokratischer Studenten[28], der vom Vorstand einen monatlichen Zuschuß von DM 500,– für seine Arbeit erbittet.

Der Vorstand ermächtigt den Bundesschatzmeister, den erforderlichen Betrag zu zahlen.

Adenauer kommt noch einmal auf das „Wirtschaftsbild" zurück. Er bittet, insbesondere die steuerlichen Dinge so einzurichten, daß keine Panne passieren könne.

Bach antwortet, es geschehe bereits alles, was möglich sei. Mit den zuständigen Stellen seien entsprechende Vereinbarungen getroffen.

Hilpert fordert dringend, den Komplex Adenauer-Spende zu klären, da hier mit dem Namen des Kanzlers unverantwortlich Schindluder getrieben werde.

Es entwickelt sich noch eine kurze Debatte über die Modalitäten der Verrechnungen des Aufkommens aus dem „Wirtschaftsbild" und ihre steuerliche Behandlung. Die Debatte endet mit einem Vorschlag des Kanzlers, über den Komplex ein Gutachten des Finanzministeriums intern einzuholen.

Lubbers trägt eine Reihe von Beschwerden aus den Landesverbänden über die Erste Legion vor. Seiner Auffassung nach sei es notwendig, darüber Klarheit zu schaffen, damit die Landesverbände wüßten, woran sie seien. Insbesondere sei es nicht erträglich, daß die Erste Legion in CDU-Kreisen namhafte Gelder sammele, daß sie die Angestellten der CDU für ihre Zwecke einzuspannen versuche und daß sie bei ihrer Werbung die Behauptung aufstelle, alles geschehe im Namen des Kanzlers.

Adenauer betont, angesichts der Entwicklung, die die Erste Legion genommen habe, müsse sich die Partei davon distanzieren.

Auch *Bach* führt lebhafte Beschwerde über die Junge Union an Hand von Einzelbeispielen und verwahrt sich dagegen, daß der Name des Kanzlers von Herrn Schmalz dauernd mißbraucht werde.

Beschluß: Es soll an Schmalz entsprechend geschrieben werden.

---

der des CDU-Landesverbands Rheinland. – Zu den Koalitionsgesprächen vgl. HÜWEL S. 249f.

28 Am 23. Februar 1951 als „Bund christlich-demokratischer Studenten Deutschlands" gegründet, bei der ersten Delegiertenversammlung vom 25.–27. August 1951 in Bonn umbenannt in „Ring Christlich-Demokratischer Studenten" (ACDP IV-006-001).

Kiesinger trägt seine Sorgen und Bedenken über die Entwicklung der Ersten Legion vor. Ein Gremium der Partei müsse unbedingt die Verhältnisse in der Jungen Union einmal gründlich prüfen.

Hilpert berichtet aus Hessen, daß dort unter Massoth[29] die Junge Union lange Zeit gut gearbeitet habe. Seitdem aber die Erste Legion unter Mißbrauch des Namens des Bundeskanzlers dort auftrete, sei die Arbeit der Jungen Union fast zerschlagen. Dr. Hilpert erinnert an den Beschluß des Landesverbandes Hessen, wonach eine Mitgliedschaft in der CDU mit der in der Ersten Legion nicht vereinbar sei, und bat, diese Regelung auch auf die Bundespartei auszudehnen.

Kiesinger warnt vor allzu scharfen Schritten. Man solle den Mitgliedern der CDU empfehlen, nicht Mitglied der Ersten Legion zu sein, ihnen aber überlassen, ihr Verhältnis zur Ersten Legion selbst zu lösen. Der Parteiausschuß könne dann einen entsprechenden Beschluß fassen.

Nach kurzer Debatte, an der sich Adenauer, Kiesinger, Bach und Majonica beteiligen, wird dementsprechend beschlossen.

NEI-Tagung

Lubbers berichtet, daß die organisatorischen Arbeiten für Bad Ems abgeschlossen seien. Ein guter Verlauf der Tagung sei gewährleistet.

Adenauer schildert die bisherige Entwicklung der NEI, die leider ohne großen Einfluß in den Ländern sei. Versuche, die Arbeit der NEI zu beleben, seien bisher ohne Erfolg geblieben. Er habe Herrn Blankenhorn[30] nach Brüssel geschickt mit dem Auftrag, mit dem Präsidenten der NEI[31] Maßnahmen zum Umbau der NEI zu besprechen. Dieser sei aber mit Rücksicht auf die Franzosen gegen revolutionierende Schritte. Er habe den Gegenvorschlag gemacht, jede der angeschlossenen christlichen Parteien solle einen ständig hauptamtlich tätigen Mann in das Generalsekretariat nach Paris entsenden, um von hier aus die Reformarbeiten durchzuführen. Er

29 Willy Massoth (1911–1978), Mitgründer der CDU Hessen und Kreisgeschäftsführer CDU Offenbach, 1946–1948 Mitglied des Kreistags Offenbach, 1946–1954 Landesvorsitzender der Jungen Union und Mitglied des Landesvorstands der CDU Hessen, 1949–1957 MdB.

30 Herbert Blankenhorn (geb. 1904), ab 1929 Attaché im Auswärtigen Amt, 1940–1943 Gesandtschaftsrat in Bern, 1943–1945 Legationsrat im Auswärtigen Amt, 1946–1948 stv. Generalsekretär im Zonenbeirat für die britische Zone, 1948 Generalsekretär der CDU in der britischen Zone und 1948–1949 persönlicher Referent Adenauers im Parlamentarischen Rat, 1949–1958 Ministerialdirigent bzw. -direktor (1950) im Bundeskanzleramt bzw. Auswärtigen Amt, 1955–1958 ständiger deutscher Vertreter bei der NATO in Paris, 1958–1970 Botschafter (Erinnerungen: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949–1979. Berlin 1980).

31 Gemeint ist Auguste-Edmond de Schrijver (geb. 1898), belgischer Politiker; 1936–1937 Innenminister, 1939 Justizminister, 1950–1959 Präsident der NEI.

empfahl den Mitgliedern des Vorstandes, sich die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung zu überlegen, ohne den Präsidenten der NEI sei aber nichts zu machen.

Majonica berichtet, die Sektion der Jüngeren habe in Berlin[32] die Frage einer Reform der NEI ebenfalls diskutiert. Insbesondere aber die Franzosen hätten eine Christliche Internationale abgelehnt. Man dürfe aber die Franzosen nicht überbewerten, da das MRP der NEI nicht korporativ angeschlossen sei. Die NEI bestehe bestenfalls aus 40 Einzelpersönlichkeiten ohne überragenden Einfluß.

Zum ersten Mal seien in Berlin auch Vertreter der christlichen Parteien der norddeutschen Länder vertreten gewesen, die sich begeistert über den Gedanken einer Christlichen Internationale ausgesprochen hätten. Nach Bad Ems werde die Junge Union daran arbeiten, eine Union der christlichen politischen Jugendverbände in Europa zu gründen und die Grundlage für eine Christliche Internationale zu schaffen.

Kaiser wünscht, daß Dr. Adenauer in seiner Rede in Bad Ems trotz aller Bedenken die Notwendigkeit einer Christlichen Internationale begründen soll. Es sei bedauerlich, daß anscheinend keine Personen von Gewicht nach Bad Ems kämen. Eine enge Zusammenarbeit Dr. Adenauers mit de Gasperi[33] sei vor allen Dingen notwendig, um eine Grundlage für die Christliche Internationale zu finden.

Adenauer ist grundsätzlich bereit, einen solchen Vorstoß zu unternehmen. Man solle erwägen, zu diesem Zweck die christlichen Parteien in Europa zu einer Besprechung zusammenzurufen.

Kaiser fordert, daß nach Bad Ems auch Vertreter der Saaropposition eingeladen werden[34].

Majonica erinnert daran, daß Ministerpräsident Hoffmann[35] nicht Mitglied der CVP des Saarlandes sei[36].

---

32 Vom 23.–27. Juli 1951 hatte das Exekutivkomitee der Union Junger Christlicher Demokraten Europas in Berlin getagt (ACDP IX-002-066/1; vgl. Nr. 3 Anm. 21).

33 Alcide de Gasperi (1881–1954), italienischer Politiker; 1911–1918 Abgeordneter im österreichischen Reichsrat, 1919 Beitritt zum Partido Popolare Italiano (1921 Abgeordneter, 1922 Fraktionsführer, 1924–1926 Generalsekretär), ab 1928 Bibliothekar im Vatikan, 1942 Mitgründer der Democrazia Cristiana, 1944–1945 Außenminister, 1945–1953 Ministerpräsident (bis 1946 und ab 1951 gleichzeitig Außenminister). Vgl. ANDREOTTI; HECK.

34 Anspielung vermutlich auf die DPS unter Richard Becker und Heinrich Schneider, die am 21. Mai 1951 verboten wurde (vgl. SCHMIDT 1 S. 256ff., insbes. S. 281f. sowie Bd. 2 Kap. 8c S. 264–304). Die NEI Saar hatte an den bisherigen NEI-Tagungen mit starken Delegationen teilgenommen (SCHMIDT 1 S. 309).

35 Johannes Hoffmann (1890–1967), 1946 Mitgründer der CVP und Vorsitzender bis 1956, danach Ehrenvorsitzender bis 1959, 1947–1955 Ministerpräsident des Saarlandes und bis 1951 Minister für Inneres und Wiederaufbau, 1951–1952 für Arbeit und Wohlfahrt, 1953–1954 für Erziehung (Memoiren: Das Ziel war Europa. Der Weg der Saar 1945–1955. München 1963).

36 Sicher ein Irrtum Majonicas. – Zur CVP vgl. SCHMIDT 1 S. 170–199.

Kiesinger berichtet über ein Gespräch mit Lewandowski[37] in Straßburg. Dieser habe ihm gesagt, daß Herr Schmalz der NEI große finanzielle Versprechungen gemacht habe, die nicht eingehalten werden. Bisher werde die NEI größtenteils von der Saar finanziert.

BUNDESPARTEITAG

Adenauer ist mit dem von der Geschäftsstelle vorgelegten Programm nicht einverstanden. Er wünscht mehr als drei Referate. Von notwendig zu behandelnden Themen nannte Dr. Adenauer u.a.: 1. Das Ahlener Programm und das Mitbestimmungsrecht, 2. Eine weltanschaulich historische Begründung der Entwicklung der CDU, 3. Lastenausgleich, 4. Schumanplan, 5. Die Integration Europas, 6. Jugendfragen, 7. Frauenfragen.

Zimmer fordert ein Referat, durch das die Menschen auf dem Lande besonders angesprochen würden.

Adenauer betont, die geistige Krise umfasse sowohl das Land wie die Stadt. Gerade die Lösung der geistigen Krise sei vordringlich. Ein solches Thema müsse von einem Nichtpolitiker behandelt werden, der nicht durch Tagespolitik gehemmt sei.

Bach befürwortet ein Thema, etwa „Die Persönlichkeit in der Gemeinschaft".

Strickrodt erinnert daran, daß der Materialismus in der Naturwissenschaft seit längerem überwunden sei, jedoch in der Soziologie noch nicht. Hier liege das Kernproblem aller Gemeinschaftsarbeit.

Gurk bat, das Schwergewicht auf das Geistige zu legen und daran zu erinnern, daß wir in einer Zeitenwende leben. Die Schulfrage müsse unbedingt behandelt werden, ebenso das Thema einer Wehrmacht unter einem neuen Geschichtsbild.

Kaiser erinnert daran, daß in Goslar zu wenig Zeit für die Aussprache gewesen sei und man zu viel Referate gehalten habe. Er bat dringend, es bei drei Referaten zu belassen. Die Rede des Kanzlers müsse dem Parteitag ihren Stempel aufdrücken. Es sei zu erwägen, diese große politische Rede evtl. auf den Samstag oder Sonntag zu verlegen. Entscheidendes Gewicht müsse auf die innere Einigung des deutschen Volkes gelegt werden. Minister Kaiser schlug dann drei Themen vor: 1. Die Wiedererlangung der deutschen Souveränität. Das Thema sei nicht so sehr weltanschaulich zu begründen. Wir seien eine politische Partei. 2. Die soziale Sicherung des deutschen Volkes. Wenn auch dieses Thema einen großen wirtschaftlichen Einschlag habe, so könne es nicht von Prof. Erhard gehalten werden. 3. Drittes Thema sei die Kulturpolitik mit dem Untertitel „Aufgliederung der Massen".

Für alle drei Referate müßten die erstklassigsten Redner gefunden werden.

37 Dr. Rudolf Lewandowski, 1946 Mittelsmann zwischen ÖVP und MRP zur Gründung einer Christlichen Internationale, 1947 Referent für Jugendfragen in den NEI, 1948 Generalsekretär der Union Junger Christlicher Demokraten, bis 1953 Mitglied des NEI-Exekutivkomitees.

Adenauer faßt zusammen: Wenn es die Meinung des Vorstandes sei, ein Programm mit nur drei Referaten aufzustellen, dann müsse aber das grundlegende Thema aus den Tagesfragen herausgenommen werden.

Kiesinger plädierte auch für ein grundlegendes geistiges Referat, das aber nicht von einem Professor, sondern von einem politischen Kämpfer gehalten werden müsse. Es müsse zunächst aus den Tagesfragen herausführen, aber aus geistiger und historischer Begründung auch wieder in die Tagesfragen hinein. Die Arbeit in der Fraktion zeige, daß sich die CDU auseinanderlebe und daran krank sei.

Heiler[38] fordert einen Parteitag, in dem die Besinnung im Vordergrund stehe. Goslar sei zuviel Repräsentation gewesen.

Hilpert betonte, die Menschen wollten eine Behandlung der Tagesfragen auf dem Parteitag. Sie forderten eine ausgiebige Diskussion. Man solle den Schwerpunkt in die Ausschüsse verlegen, diesen aber genaue Arbeitsrichtlinien geben, damit sie nicht zerflattern. Auch Dr. Hilpert befürwortet ein grundsätzliches Referat, das der CDU den Standort wiedergebe. Es sei nicht zu leugnen, daß die CDU nicht mehr christlich-soziale Politik betreibe. Sie sei der Tagesströmung unterlegen, die man etwa mit dem Wort zusammenfassen könne: „Alles für mich und alles ohne mich". Das geistige Thema müsse so etwas wie angewandte Chemie bringen.

Adenauer faßt zusammen: 1. Einzelfragen sollen in Ausschüssen behandelt werden. Den Ausschüssen seien genaue Arbeitsdirektiven zu geben. 2. Es sollen nur wenige große Referate mit einer ausgiebigen Diskussion gehalten werden. Von diesen Referaten müsse eines ein großes politisches und eines ein großes grundsätzliches Referat sein.

Dr. Adenauer schlägt vor, die Vorbereitung einem Ausschuß zu übertragen. Dieser besteht aus Frau Dr. Gröwel, Dr. Hilpert, Kiesinger, Majonica, Dr. Gurk, Strickrodt, Dr. Holzapfel, Dr. Krone[39].

Hilpert schlägt als Arbeitsprogramm für diese Kommission vor, zunächst die Richtlinien für die Ausschußarbeit festzulegen und dann die Bausteine zusammenzutragen für die großen Reden.

Gröwel schlägt als Gesamtthema vor „Christliche Ordnung".

Kiesinger meint, das sei ein Thema für Katholikentage usw.

Sauer[40] fordert, vor allen Dingen auch die Kulturpolitik zu berücksichtigen.

---

38 Anne Marie Heiler (1889–1979), Mitgründerin der CDU Marburg, 1946 und 1948 dort Stadtverordnete, 1949–1953 MdB.

39 Dr. Heinrich Krone (geb. 1895), 1922–1933 stv. Generalsekretär der Zentrumspartei und Vorsitzender der Windthorstbunde, 1925–1933 MdR, Mitgründer der CDU Berlin, 1949–1969 MdB, 1951–1955 Geschäftsführer, 1955–1961 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1961–1966 Bundesminister für besondere Aufgaben bzw. für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates. Vgl. Klaus Gotto in Porträts 2 S. 37–48.

40 Dr. Albert Sauer (1902–1981), 1932–1933 MdL Württemberg (Zentrum), Mitgründer der CDU, 1946–1967 Oberbürgermeister von Ravensburg, 1946–1952 MdL Württemberg-Hohenzollern, 1946–1947 Staatssekretär, 1947–1952 Kultusminister, 1950–1952 Mitglied und Präsident der Ständigen Konferenz der Kultusminister, 1952–1956 MdL Baden-Württemberg.

Lubbers gibt Kenntnis von einem Antrag der Exil-CDU, ihr für Reisekosten usw. zum Parteitag DM 17.000,– zur Verfügung zu stellen.

Beschluß: Die Exil-CDU erhält wie im Vorjahr DM 15.000,–.

Zimmer protestiert gegen einen Artikel im „Evangelischen Pressedienst", der die Flüchtlingsunterbringung in den katholischen Gebieten von Rheinland-Pfalz diffamiert[41].

Es entspinnt sich eine kurze Diskussion um das Thema.

Holzapfel will mit den Männern vom „Evangelischen Pressedienst" sprechen, um die Dinge zu regeln.

Zum Abschluß der Vorstandssitzung wurde beschlossen, am 27. September 1951, 9.30 Uhr eine Vorstandssitzung und um 11 Uhr eine Parteiausschußsitzung in Königswinter abzuhalten.

ANLAGE

Ernst Bach, Oberbürgermeister, Bundesschatzmeister der CDU

Siegen, den 6. September 1951

Antrag

Ich schlage vor, der Vorstand möge beschließen, dem Parteitag folgenden Antrag vorzulegen:

1. Der Mitgliedsbeitrag der CDU wird wie folgt festgesetzt:

Einnahmen bis DM 300,–	DM 0,50
Einnahmen von DM 301,– bis DM 500,–	DM 1,—
Einnahmen von DM 501,– bis DM 750,–	DM 2,—
Einnahmen von DM 751,– bis DM 1.000,–	DM 3,—
Einnahmen über DM 1.000,–	DM 5,—

2. Die Mandatsträger der CDU führen an ihre Landesverbände 10 % ihrer Diäten ab. Die Landesverbände sind gehalten, mit ihren Kreisvereinen diese Beträge aufzuteilen.

Begründung:

Die CDU Deutschlands wird durch das „Wirtschaftsbild" und Spenden finanziert. Dagegen ist die Finanzierung der Ortsgruppen, Kreisvereine und Landesverbände nicht sichergestellt. Diese muß durch die Beiträge, die entsprechend der Höhe des Einkommens festgesetzt sind, und die 10%ige Abgabe der Mandatsträger sichergestellt werden, so daß die CDU in der Gesamtheit einsatzfähig ist.

41 In der zentralen Ausgabe des epd nicht zu ermitteln.

5

Bonn, 27. September 1951

Sprecher: Adenauer (nachmittags), Albers (nachmittags), Bach, von Brentano (nachmittags), Dichtel, Frau Gröwel (nachmittags), Hilpert, Holzapfel, Kaiser (nachmittags), Kiesinger (ohne Wortmeldung), Krone (nachmittags), Lubbers, Simpfendörfer, Strickrodt, Süsterhenn, Zimmer. Finanzen der Partei; Demission Bachs als Bundesschatzmeister. Vorbereitung des Parteitags in Karlsruhe: Referatsthemen und Referenten.

Beginn: 9.30 Uhr
17.30 Uhr

Ende: 11.00 Uhr
19.30 Uhr

In Abwesenheit des Bundeskanzlers leitete Dr. Holzapfel die Vorstandssitzung.

Bach erstattete Bericht über die Finanzen. Die monatlichen Einnahmen der Partei betrügen z.Z. etwa DM 100.000,–. Die NEI-Tagung[1] sei voll bezahlt worden, ebenso sei der Parteitag[2] finanziell gesichert. Hessen beantrage einen Kredit von DM 5.000,–. An den Kreis Lüneburg seien DM 2.000,– und für eine Broschüre des Schlesierbundes DM 1.000,– gezahlt worden. In Westfalen ständen zwei Nachwahlen zum Landtag[3] vor der Tür, von denen die Regierung und das Schulgesetz abhingen. Für beide Nachwahlen sollen je DM 5.000,– von der Bundespartei zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten des Parteitages würden sich auf DM 44.000,– belaufen. Die NEI habe DM 20.000,– gekostet. Für die Ausschüsse müßten DM 10.000,– zur Verfügung gestellt werden. Die Bundesgeschäftsstelle beantrage eine Rotaprint-Anlage zum Preise von DM 17.500,–. Damit würden die vorhandenen Mittel bis zum 30. September 1951 aufgebraucht sein. Die Entwicklung der Sonderaktion des „Wirtschaftsbildes" sei aber derart[4], daß man mit Rücklagen für die Bundestagswahl von insgesamt DM 700.000,– rechnen könne. Bach teilte mit, er habe aus gesundheitlichen Gründen sein Amt als Bundesschatzmeister niedergelegt

1 Vom 14.–16. September 1951 in Bad Ems.

2 Der Bundesparteitag fand vom 18.–21. Oktober 1951 in Karlsruhe statt.

3 Nachwahlen waren in Hamm und Wiedenbrück durch den Tod des CDU-Abgeordneten Adolf Kaschny (am 16. September 1951) und durch die Berufung des Abgeordneten Herbert Scholtissek zum Bundesverfassungsrichter nach Karlsruhe (20. September 1951) notwendig geworden. Sie fanden am 28. Oktober 1951 statt. Beide Mandate wurden wiedergewonnen (Listenverbindung CDU/Zentrum) durch Helmut Kaufhold und Ferdinand Poggel (ACDP III-002-253).

4 Bach hatte sich seit Mai mit Erfolg um intensive Werbung bemüht (vgl. Bach an Adenauer vom 6. Juni 1951, ACDP VII-002-003).

und dem Bundeskanzler mitgeteilt, er würde dieses Amt nur noch höchstens bis Ende des Jahres führen[5].

Holzapfel entschuldigte den Kanzler, der sich noch im Parlament befinde. Er fragt, ob der Vorstand die vom Bundesschatzmeister beantragten Beträge bewilligen wolle.

Der Vorstand bewilligt die Beträge für den Parteitag, für Lüneburg, für die Schlesier-Broschüre, für Hessen, für die beiden Nachwahlen in Nordrhein-Westfalen, für die Ausschüsse und für die Rotaprint-Anlage.

Dichtel erklärt, die Demission des Bundesschatzmeisters könne nicht ohne weiteres hingenommen werden. Man müsse Herrn Bach bitten, das Amt weiterzuführen. Dichtel forderte eine stärkere Kundenpflege im „Wirtschaftsbild".

Holzapfel berichtete, für die Kunden des „Wirtschaftsbildes" seien regelmäßige Tagungen zusammen mit Bundesministern vorgesehen. Wegen der Überlastung der Minister habe bisher nur wenig geschehen können.

Zwischen *Bach* und *Dichtel* entwickelt sich eine Debatte über das „Wirtschaftsbild" und über den Rücktritt des Bundesschatzmeisters.

Holzapfel erklärt, Bach könne seinen Posten nicht niederlegen, da kein Nachfolger vorhanden sei.

Zimmer bittet ebenfalls, Bach möge nicht zurücktreten. Allerdings habe die Partei die Verpflichtung, ihm die Führung seines Amtes zu erleichtern. Insbesondere müßten ihm die Landesverbände mehr Unterstützung geben.

Holzapfel berichtet, aus verschiedensten Kreisen der Partei sei man an ihn herangetreten mit der Bitte, den Parteitag zu verschieben. Er habe diese Wünsche dem Kanzler vorgetragen, der aber gegen eine Verschiebung sei, weil sie der Partei als Schwächezeichen ausgelegt werde. Trotzdem aber habe er den Zeitdruck zu bedenken, unter dem wir stehen.

Lubbers berichtet über seine Unterredung mit dem Bundeskanzler bezüglich des Parteitages, insbesondere über die Wünsche des Kanzlers für die Referate. Der Kanzler habe bereits mit Prof. Dempf[6] verhandelt, der bereit sei, das Grundsatzreferat zu übernehmen.

Bach erklärt im Gegensatz zu Dr. Holzapfel, der Parteitag dürfe nicht verschoben werden. Der Kanzler solle über das Thema der deutschen Sicherheit sprechen. Ministerpräsident Arnold habe man das Referat über die soziale Sicherheit des deutschen Volkes zugedacht, und man müsse Arnold herausstellen, um zu zeigen,

5 Hinter der angekündigten Demission Bachs als Bundesschatzmeister stand offenbar seine Forderung, nur dann im Amt bleiben zu wollen, wenn ihm die organisatorische Leitung der Partei übertragen werde. Vgl. Vermerk Lenz für Adenauer vom 8. November 1950 (StBKAH 05.05).

6 Dr. Alois Dempf (1891–1982), Professor für Philosophie. Er sprach als Korreferent von Tillmanns über „Standort und Aufgabe der CDU" am 21. Oktober 1951 auf dem Parteitag in Karlsruhe (vgl. CDU, 2. Parteitag S. 119–128).

daß die CDU die Spannungen in ihren Reihen überbrücken könne. In einem dritten Referat solle Bundestagspräsident Ehlers[7] den geschichtlichen Auftrag der CDU behandeln. Das Grundsatzreferat könne man nicht einem Professor überlassen, sondern es müsse von einem Politiker gehalten werden.

Simpfendörfer erklärt, nicht die Außenpolitik sei z.Z. die Hauptsache, sondern die Innenpolitik. Das sozialpolitische Referat auf dem Parteitag müsse aber auch die Wirtschaftspolitik in sich schließen. Insbesondere müsse es die Sorgen und Nöte des Mittelstandes, der Bauern usw. behandeln.

Lubbers berichtete von dem Wunsch des Kanzlers, das Grundsatzreferat in diesem Jahr von einem Katholiken halten zu lassen, da es im vorigen Jahr von Prof. Stier[8], also einem Protestanten, gehalten worden sei.

Süsterhenn warnte davor, Prof. Dempf das Grundsatzreferat zu geben, da es zu abstrakt sei. Arnold müsse man herausstellen, um die Einheit der Partei zu manifestieren.

Simpfendörfer stellt die Frage, ob überhaupt ein Grundsatzreferat notwendig sei. Die Grundsätze der CDU müßten in allen Referaten zum Ausdruck kommen.

Holzapfel betont, mit der Entscheidung des Kanzlers sei die Frage schon bejaht. Es sei traurig, daß der Bundeskanzler bereits mit Prof. Dempf verhandelt habe. Man habe doch die Auswahl der Referenten dem eigens dazu gewählten Ausschuß vorbehalten. Das Verhalten des Bundeskanzlers sei nicht geeignet, die Freude an der Arbeit zu haben.

Auch *Dichtel* sprach sich dafür aus, daß Arnold ein Referat halten müsse. Arnold dürfe aber nicht nur aus der Schau der Sozialausschüsse sprechen, sondern er müsse auch den Mittelstand und die übrige Wirtschaft einbeziehen. Es müsse also die Wirtschafts- und Sozialpolitik in weitestem Maße behandelt werden. Ein Grundsatzreferat sei unbedingt notwendig. Er sei dafür, daß es von Ehlers gehalten werde.

Hilpert hielt es für unmöglich, den Parteitag zu verschieben. Man müsse der Diskussion einen breiten Raum vorbehalten. Etwaiger Differenzen innerhalb der Partei brauche man sich nicht zu schämen. Man solle sie offen austragen. Notwendig sei, in guten Entschließungen den Standort der Partei herauszuarbeiten. Auch Dr. Hilpert sprach sich für das Grundsatzreferat aus. Der Dreiklang Adenauer, Arnold, Ehlers sei sehr gut. Ehlers könne das Grundsatzreferat verbinden mit

---

7 Hermann Ehlers (1904–1954), 1934–1936 Rechtsberater des Bruderrats der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union, 1945 juristischer Oberkirchenrat in Oldenburg, 1949–1954 MdB (CDU), 1950–1954 Bundestagspräsident, 1952–1954 Vorsitzender des Landesverbands Oldenburg. Vgl. Friedrich SCHRAMM in GRÜNDUNG S. 129–144; Ein Christ in der Politik. Hermann Ehlers zum Gedenken 1904–1954. Bearb. von Walter BERNHARDT. Neumünster 1985.

8 Dr. Hans Erich Stier (1902–1979), Professor für Alte Geschichte; Mitgründer der CDU Münster und 1946–1954 Vorsitzender, zeitweise Mitglied des Landesvorstands der CDU Westfalen und des Landespräsidiums der CDU Nordrhein-Westfalen, 1946–1970 MdL, Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses der Bundes-CDU, Mitgründer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU.

einem Bericht über die Arbeit der Fraktion. Auf keinen Fall möge man einen Professor herausstellen.

Holzapfel betonte, man müsse es der Fraktion überlassen, welchen Redner sie herausstellen wolle.

Süsterhenn schlug vor, den Fraktionsbericht an das Referat Arnold anzuhängen und das Grundsatzreferat am Sonntag halten zu lassen.

Strickrodt stellte fest, es herrsche Einigkeit darüber, daß Arnold sprechen solle. Für Arnold sei dieses Referat eine große Chance. Man müsse aber mit ihm sprechen, daß er sein Referat maßvoll halte, daß er auch die Unternehmer berücksichtige und daß er unter keinen Umständen eine Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft propagiere. Es sei eine sehr delikate Angelegenheit, dies mit Arnold zu besprechen.

Holzapfel stellte fest, daß der Vorstand dem Parteiausschuß als Redner vorschlagen wolle: Dr. Adenauer, Dr. Ehlers, Arnold.

Bach schlug als Themen vor: 1. Europa und die deutsche Sicherheit (Redner: Adenauer), 2. Die soziale Sicherung Deutschlands (Redner: Arnold), 3. Standort und Aufgabe der CDU (Redner: Dr. Ehlers). An das Referat Arnold könne der Fraktionsbericht angehängt werden. Bach schlug weiter vor, das Präsidium aus den fünf Landesverbandsvorsitzenden des süddeutschen Raumes zu wählen.

Nach einer kurzen Diskussion wurde beschlossen, der Exil-CDU DM 13.000,– und dem Landesverband Oder-Neiße DM 2.000,– als Unterstützung für den Parteitag zur Verfügung zu stellen.

Schluß der Vormittagssitzung gegen 11 Uhr.

Um 17.30 Uhr wurde die Vorstandssitzung unter Vorsitz Dr. Adenauers fortgesetzt.

Adenauer schlug vor, jedes Thema des Parteitages durch einen Referenten und einen Koreferenten im Verhältnis von 40 : 20 Minuten behandeln zu lassen. Dadurch bekomme man mehr Abwechslung ins Programm und könne mehr Redner berücksichtigen. Unbedingt müsse eine Frau sprechen.

Kaiser hatte Bedenken gegen Koreferate wegen der schlechten Erfahrungen, die man insbesondere wegen der Einhaltung der Zeit gemacht habe.

Adenauer forderte, daß jeder Redner sein Referat rechtzeitig vorher zu Papier bringe.

Albers betonte, dem Bundeskanzler könne man keine Zeitbeschränkung auferlegen. Aber auch bei den anderen Rednern sei es schwierig. Man müsse sich vor allen Dingen endlich darüber klarwerden, wieviel und welche Referate gehalten werden sollten.

Hilpert sagte, es sei schwierig, Referate und Koreferate richtig aufeinander abzustimmen. Man könne ja den ersten Diskussionsredner gewissermaßen als Koreferenten jeweils sprechen lassen.

Nach einer längeren Debatte meinte *Adenauer*, wenn der erste Diskussionsredner Koreferent sein solle, so komme er nicht recht in die Optik, und das sei ja doch der Zweck.

Kaiser plädierte dafür, sein Koreferat nur beim Grundsatzreferat einzusetzen. Die Berücksichtigung der Frauen könne dadurch erfolgen, daß eine Frau Vizepräsident des Parteitages werde.

Adenauer berichtete über die gespannte Stimmung in katholischen Kreisen, die über bevorzugte Berücksichtigung von Protestanten herrsche. Als neuerliches Beispiel führte er die Benennung Höpker Aschoffs zum Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes an.

Kaiser betonte, die Katholiken müßten wegen ihrer größeren inneren Geschlossenheit mehr für die Union tun, als es die Protestanten tun könnten. Die Katholiken dürften nicht kleinlich sein.

Adenauer wies darauf hin, daß die katholische Geistlichkeit mehr und mehr der CDU kühl gegenüberstehe, und dies würde sich sehr auf die Stimmung im katholischen Lager auswirken. Auf jeden Fall müßten in Karlsruhe beide Konfessionen repräsentabel vertreten sein.

Bach beschwerte sich über Mißstände in der personellen Besetzung verschiedener oberer Behörden. Beispielsweise gebe es im Kultusministerium Nordrhein-Westfalen keinen protestantischen CDU-Referenten. Auch in den Bundesministerien gehörten die protestantischen Referenten durchweg der FDP an[9].

Es entspann sich eine längere Debatte um den Referenten für das Grundsatzreferat, insbesondere um den Vorschlag Dr. Tillmanns[10].

Gröwel schlug vor, in der Schlußkundgebung eine Frau sprechen zu lassen, etwa über das Thema: „Der Friede und die Sicherheit".

Krone schlug vor, bei jedem Referat zwei Namen zu nennen, wobei der erste der Hauptreferent, der zweite sozusagen der erste Diskussionsredner sein solle. Nach Arnold solle Minister Erhard sprechen, nach Tillmanns Süsterhenn und evtl. noch ein Protestant nach Brentano.

Adenauer wandte sich dagegen, daß Erhard nach Arnold spreche.

Albers schlug vor, Dr. Holzapfel im Anschluß an Arnold sprechen zu lassen.

Demgemäß beschlossen.

Adenauer hatte Zweifel, ob es richtig sei, nach Tillmanns Dr. Süsterhenn sprechen zu lassen. Es sei notwendig, die Professoren für die CDU zu interessieren, damit sich endlich die Wissenschaft einmal mit unserer Partei beschäftige.

---

9 Vgl. zum Problem der konfessionellen Zusammensetzung WENGST: Staatsaufbau S. 181f.

10 Dr. Robert Tillmanns (1896–1955), Mitgründer der CDU Berlin, 1949–1955 MdB, 1952–1955 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Berlin-West, 1953–1955 Bundesminister für besondere Aufgaben. Vgl. Norbert KACZMAREK in CHRISTLICHE DEMOKRATEN S. 382–402.

Hilpert hielt Referate auf dem Parteitag nicht für einen guten Weg, an die Wissenschaft heranzukommen. Er schlug vielmehr vor, einer Gruppe von Wissenschaftlern den Auftrag zu geben, etwa im Zeitraum eines Jahres ein gutes Handbuch der CDU zu schaffen.

Krone schlug für das Grundsatzreferat die Reihenfolge Dr. Tillmanns – Prof. Dempf vor.

Adenauer bat Kiesinger, mit Prof. Dempf zu sprechen. Auch Minister Schäffer solle Verbindung mit Dempf aufnehmen.

Holzapfel schlug vor, Prof. Dempf in einem Kreis intellektueller Menschen sprechen zu lassen und diese Veranstaltung auf das Programm zu setzen.

Nach einer kurzen Debatte über die Gestaltung der Schlußkundgebung wurde beschlossen, einer evangelischen Frau und Minister Kaiser die Referate zu übertragen.

Für die Frau schlug *Bach* Frau Dr. Rehling[11] vor.

Kaiser forderte, eine Frau ins Präsidium zu nehmen.

Für das Präsidium machte *Holzapfel* folgenden Vorschlag: Präsident Dr. Gurk, 1. Vizepräsidentin eine Frau, die übrigen Mitglieder des Präsidiums sollen die Vorsitzenden der süddeutschen Landesverbände sein.

Von Brentano bemängelt es, daß die Vertriebenen auf dem Parteitag nicht genügend berücksichtigt würden.

Adenauer schloß sich dieser Beschwerde an und bezeichnete das Vertriebenenproblem als ein Problem erster Ordnung. Es entspann sich eine Debatte um die Berücksichtigung der Vertriebenen, der Jugend, der Frauen usw. auf dem Parteitag.

Auf Vorschlag Holzapfels wurde beschlossen, die Ausschußvorsitzenden für die Berichterstattung über ihre Ausschüsse namentlich aufs Programm zu setzen.

Endlich wurde beschlossen, die Schlußveranstaltung des Parteitages zugleich als öffentliche Kundgebung aufzuziehen.

Von Brentano schlug vor, Vertreter für die NEI-Gremien zu wählen und zugleich zu genehmigen, daß in der Bundesgeschäftsstelle ein Auslandsreferat eingerichtet würde. Als Vertreter im Kulturausschuß der NEI schlug er vor Graf Spreti[12] und Frau Dr. Rehling, für den Exekutivausschuß Dr. Süsterhenn und Schröter.

Bach hielt es nicht für gut, in diesem Augenblick Schröter herauszustellen.

---

11 Dr. Luise Rehling (1896–1964), 1945 Stadtverordnete in Hagen, Mitglied des CDU-Zonenausschusses für die britische Zone und der interzonalen Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1949–1964 MdB. Vgl. Marlene Lenz in Christliche Demokraten S. 295–312.

12 Karl Graf von Spreti (1907–1970), vor 1933 Mitglied der Volkskonservativen Bewegung bzw. BVP, 1947–1956 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Lindau, 1948 Stadtrat in Lindau, 1949–1956 MdB (CSU), 1953–1956 Delegierter im Europarat, nach 1956 Botschafter.

Hilpert schlug vor, statt Schröter Dr. Strickrodt ins Exekutivkomitee zu entsenden.

Demgemäß beschlossen.

Von Brentano schlug ferner vor, ein parlamentarisches Verbindungsreferat in der Bundesgeschäftsstelle zu schaffen, das die Verbindung zwischen den Fraktionen der Länder, des Bundestages und der Partei herstellen soll.

Das Referat wurde grundsätzlich genehmigt.

Schluß der Sitzung gegen 19.30 Uhr.

6

Karlsruhe, 19. Oktober 1951

Sprecher: Adenauer (2. Hälfte), Bach, von Brentano, Dichtel, Frau Gröwel, Gurk, Hilpert, Holzapfel, Kaiser, Kiesinger, Majonica, Schreiber, Schröter, Simpfendörfer, Zimmer.
Finanzen und Organisation der Partei: Finanzlage, Bezahlung und Schulung der Geschäftsführer, Mitgliedsbeiträge, Kandidatenaufstellung. Mitbestimmung, Stellung der Gewerkschaften. Terminierung von Bundesvorstands- und Parteiausschußsitzungen. Antrag zur Bundeshymne.

Beginn: 13.00 Uhr *Ende: 15.00 Uhr*

In Abwesenheit des Bundeskanzlers leitete Dr. Holzapfel die Vorstandssitzung.

Bach erstattete zunächst den Kassenbericht und gab einen Überblick über die steigende Entwicklung des Vertriebs des „Wirtschaftsbildes". Die monatlichen Einnahmen betrügen z.Z. DM 100.000,–. Alle Verpflichtungen seien bezahlt (NEI-Tagung in Bad Ems). Sodann deutete er die voraussichtlichen Ausgaben: Bundesparteitag, Unterstützung der Wahlkreise bei Nachwahlen, Schulung, Einsetzung der Kreisgeschäftsführer usw. an.

Schreiber schnitt im Anschluß hieran die Frage der Besoldung der Landesverbandssekretariate an, wobei er sich auf den auf der 5. Vorstandssitzung gefaßten Beschluß[1] berief und bittet, die Besoldungsfrage zu klären.

Bach verwies darauf, daß ein Teil der Landesverbände diese Regelung abgelehnt habe. Demgegenüber sei beabsichtigt, noch im November d.J. zwei Schulungskurse für die Wahlkreisgeschäftsführer abzuhalten und bis Januar 1952 25 und bis

1 Vgl. Nr. 4 S. 62.

April 1952 50 Kreisgeschäftsführer mit einem Gehalt von DM 400,– monatlich, insgesamt also DM 20.000,– monatlich, einzusetzen. Voraussetzung für die Auswahl dieser Leute seien geeignete Persönlichkeiten, die auf Vorstandsbeschluß dann sukzessive übernommen werden sollten.

Kiesinger hielt politische Ausbildungsstätten für unbedingt erforderlich, befürchtete jedoch, daß dieses Verfahren mit beträchtlichen Kosten verbunden sei.

Bach sieht den Schwerpunkt der Arbeit in der Organisation. Erst das Gerippe, die Organisationsgestaltung auch im Hinblick auf kommende Wahlen, sodann die Geldbeschaffung und damit dann auch die Schulung.

Schröter pflichtete diesen Ausführungen bei und hält ebenfalls den Ausbau der Organisation im Hinblick auf kommende Wahlen für erstrangig.

Kiesinger stimmt im Prinzip den Schulungskursen zu, glaubt nur, daß man in Anbetracht der Wahlen in Zeitnot kommen werde. Im übrigen sei das Problem der jüngeren Generation hierfür entscheidend.

Majonica bemerkt hierzu, daß man den Jugendverbänden mehr Aufmerksamkeit schenken solle durch Schaffung eines Heims; vor allem solle die Partei sich intensiv mit dem Bundesjugendplan[2] befassen.

Holzapfel griff dann in diesem Zusammenhang die schon auf früherer Sitzung aufgestellten Forderungen auf a) für den Bundestagswahlkreis einen hauptamtlichen Geschäftsführer, b) Stellung eines Paten aus dem Abgeordnetenkreis für etwa verwaiste Bundestagswahlkreise, c) Auswahl und Benennung von Kandidaten für die Bundestagswahlkreise, von denen bei schon jetzt einsetzender intensiver Bearbeitung ein Erfolg zu erwarten ist. Diese Aufgabe wird von der Bundesgeschäftsstelle wahrgenommen. Die Parteiarbeit muß aktiviert werden, zumal unter Umständen mit einem früheren Wahltermin als 1953 zu rechnen sein könnte.

Bach erklärte nochmals bezüglich der Finanzlage, daß der Bund nunmehr in Ordnung sei und daß besonderes Augenmerk nunmehr den Landesverbänden und Kreisparteien zugewendet werde. In diesem Zusammenhang brachte er einen Antrag ein[3], der die Regelung einheitlicher Mitgliedsbeiträge zum Gegenstand hatte. Den Kreisparteien wurde demnach ein nach Einkommen gestaffelter Beitragssatz von DM 0,50 bis DM 5,– empfohlen. Ebenso sollten die Mandatsträger nach dieser Vorlage bis zu 10 % ihrer Diäten an ihre Landesverbände abführen, die dies dann mit ihren Kreisparteien aufteilen sollten. Durch die Erhebung dieser auf der Vorlage (Anlage) aufgeführten Beiträge und die 10%ige Abgabe der Mandatsträger sollten die erforderlichen Geldmittel beschafft werden, die den Ortsgruppen, Kreisparteien und Landesverbänden zur Verfügung stehen sollten, damit die CDU so in ihrer Gesamtheit voll arbeitsfähig würde. Diese Entwicklung aber würde sich wiederum bei den Wahlen erfolgreich zeigen.

Schröter ist mit der Vorlage „Bach" nicht einverstanden und bezeichnet sie als

2 Vgl. Sten.Ber. 1. WP Bd. 9 S. 7475.
3 Vgl. S. 83.

bloße Theorie. Handwerker, Arbeiter usw. würden eine nach Einkommen gestaffelte Beitragszahlung jederzeit ablehnen.

Gröwel pflichtet im gleichen Sinne bei und will die in Hamburg bereits geltende Regelung beibehalten wissen[4].

Ebenso hält *Schreiber* eine Lösung im Sinne des Vorschlags für schwer durchführbar.

Simpfendörfer bezweifelt ebenfalls die Durchführung der Staffelung, selbst als Richtlinie, spricht sich aber gleichzeitig mit Dr. Schreiber für den Einsatz der Geschäftsführer in den Bundeswahlkreisen aus.

Holzapfel unterbreitet den Vorschlag: Grundbeitrag und darauf aufbauende Staffelung und regt an zu prüfen, ob nicht die Möglichkeit bestände, ab 1. Januar 1952 die Gehälter für die Landesgeschäftsführer zu zahlen.

Bach weist darauf hin, daß, um dies zu ermöglichen, ein Finanzierungsplan aufgestellt werden müsse, der aber Zeit erfordere und der nur aufgestellt werden könne, wenn die erforderlichen Unterlagen (Einstellungsbedingungen und Verträge usw.) zeitig zur Kenntnis gebracht würden. Unter dieser Voraussetzung könne der 1. Januar in Aussicht genommen werden.

Schreiber ersuchte darum, für Berlin die Zuwendung für die Referenten verwenden zu dürfen, da der Aufbau der Kreise dort wegfällt.

Auf Antrag Holzapfels wurde sodann von *Bach* erklärt, daß die Finanzierung Berlins ab 1. November 1951 erfolgen solle.

Dieser Antrag wurde zu Beschluß erhoben und ohne Widerspruch angenommen.

Zimmer kommt auf die vorgeschlagene Beitragsregelung zurück und sieht in dem Vorschlag ebenfalls Schwierigkeiten. Außerdem zahlten die Landtagsabgeordneten bereits 20 %.

Zwischen *Kiesinger* und *Simpfendörfer* entspann sich eine Diskussion über die Höhe der Diäten und ihren Verbrauch.

Bach warnte davor, wenn die Bundestagsabgeordneten nicht zahlen würden, daß man dann im Volke dafür kein Verständnis habe. Es würde sehr beachtet werden, wenn man unten sagen könne, unsere Mandatsträger helfen mit, daß die Partei gestaltet wird.

In Südbaden, so erklärte *Dichtel*, gibt jeder Abgeordnete DM 150,– zur Erhaltung des Parteisekretariats. Diese DM 150,– seien das Rückgrat der Partei.

Von Brentano will die Heranziehung der Abgeordneten von der Haltung eines Sekretariats abhängig gemacht wissen.

---

4 In Hamburg wurde ein einheitlicher Mitgliedsbeitrag von DM 2,– erhoben; eine Staffelung nach Einkommen wurde am 1. Oktober 1954 (für Neuaufnahmen) bzw. 1. Januar 1955 eingeführt (ACDP III-010-01).

Dem pflichtet *Holzapfel* bei. Jeder Abgeordnete unterhält in seinem Wahlkreis ein Sekretariat, andernfalls wird sein Geld einem Patenkreis zugewiesen.

Folgende Entschließung wurde nunmehr auf Antrag Holzapfels gefaßt: 1. Den Kreisparteien wird empfohlen, einen Mindestbeitrag, gestaffelt nach den wirtschaftlichen Verhältnissen, festzulegen. 2. Den Mandatsträgern der CDU wird empfohlen, je nach ihrer wirtschaftlichen Lage an ihre Landesverbände einen angemessenen Teil ihrer Diäten abzuführen.

Schließlich wird nochmals festgestellt, daß bis zum 1. April 1952 50 Wahlkreise von der Bundespartei mit Kreisgeschäftsführern besetzt werden sollen. Sobald die Landesverbände die Finanzierung hierfür selbst übernehmen können, übernimmt der Bund dafür weitere Kreise. Im übrigen solle die Einstellung von der Bundespartei im Einvernehmen mit den Landesverbänden erfolgen.

Inzwischen war der Bundeskanzler eingetroffen.

Holzapfel erstattete Bericht über die vom Vorstand bisher behandelten Punkte und Entschließungen.

Adenauer dankte und bat darum, von einer weiteren Behandlung der Tagesordnung abzusehen, indem er feststellte, daß er bei seiner Teilnahme an den Sitzungen des Sozialpolitischen Ausschusses und des Wirtschaftsausschusses zum gleichen Thema „Mitbestimmung" derart unterschiedliche Auffassungen angetroffen habe[5], daß diese Frage vor allem behandelt und geklärt werden müsse, indem der Parteitag zu einer einheitlichen Entschließung kommen müsse.

Dr. Adenauer entwickelte dann die Frage des Mitbestimmungsrechts vom Ahlener Programm[6] ausgehend, das zweifellos eine Machtkonzentration vermieden sehen will. Die Frage der Mitbestimmung sei nur am Rande von Bedeutung, im übrigen sei diese Frage für Kohle und Eisen ja geregelt[7]. Im Bergbau gebe es 25–30 %

5 Die konstituierende Sitzung des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik hatte am 5. Juni 1951 stattgefunden, bei den folgenden Sitzungen am 3. Juli, 13./14. September sowie 8./9. Oktober wurde das Thema Mitbestimmung nur am Rande behandelt (ACDP VII-004-069/1). – Die konstituierende Sitzung des Bundesausschusses für Sozialpolitik der CDU fand am 3. Oktober 1951 statt (ACDP VII-004-1418). Ein Protokoll einer gemeinsamen Sitzung läßt sich nicht ermitteln.

6 Druck: Bruno Heck (Hrsg.): Die CDU und ihr Programm S. 16–24, insbes. S. 18f. Kap. III: Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Betriebe. Vgl. Wolfgang Jäger: Adenauers Einwirkung auf die programmatische Entwicklung der CDU 1945 bis 1949 in der Frage der Wirtschaftsordnung, in Konrad Adenauer 2 S. 427–452; Antonius John: Ahlen und das Ahlener Programm. Dokumente, Ereignisse, Erinnerungen. Ahlen 1977; Rolf Wenzel: Konrad Adenauer und die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung im Nachkriegsdeutschland. Ordnungsvorstellungen und politische Praxis. Flensburg 1983.

7 Das „Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie" war am 21. Mai 1951 in Kraft getreten (BGBl I S. 347; Müller-List).

Kommunisten, 87 % seien organisiert, damit bestehe die Gefahr einer KPD-Mehrheit bei Betriebsratswahlen, was Auswirkungen auf anderen Gebieten zur Folge haben könne.

Die Gewerkschaften sind in weitem Umfange bei der Mitbestimmung eingeschaltet. Ein Umstand, der gegebenenfalls gefährlich werden kann. Jedenfalls, so betont der Kanzler, verträgt sich das Ahlener Programm nicht mit der Mitbestimmung in Kohle und Eisen. Das Ahlener Programm vertritt den Standpunkt der Rechenschaftslegung, während beim Mitbestimmungsrecht dieses Argument fehlt.

Bei einer Überführung in die öffentliche Hand, bei Mehrheit des Kapitals sei auch eine Mehrheit des Aufsichtsrats vorhanden. Deshalb solle man davon Abstand nehmen. Es ist dies eine prinzipielle Frage. Gegenüber Vertretern des Privatkapitals kann man die Regelung von Kohle und Eisen vertreten, ist jedoch die Mehrheit des Kapitals in öffentlicher Hand, dann muß die demokratische Vertretung, die gewählt ist, die Entscheidung behalten und kann nicht an die Gewerkschaft abgegeben werden. Grundsätzlich sei festzustellen, daß die Gewerkschaften mehr erreicht hätten, als man in Ahlen überhaupt vorgehabt habe. Speziell auf den Bergbau und die Kohlenproduktion kommend, forderte der Kanzler die unbedingt erforderliche Ordnung im Bergbau: nämlich Neugründung der Gesellschaften mit Generalversammlung, Aufsichtsrat und dem Vorstand, der sich tatsächlich den Organen verantwortlich fühlt. Es ist nachzuweisen, daß 6 % Mehrförderung erzielt werden könne bei ordentlicher Leitung. Ein Bestehenlassen der jetzigen Zustände sei unmöglich bis zur Überführung in Gemeineigentum, was noch lange dauern könne. Diesbezüglich sei aber eine geschlossene einheitliche Willensbildung des Parteitages erforderlich.

In der anschließenden Diskussion ergriff zunächst *Hilpert* das Wort und stimmte den Ausführungen des Kanzlers grundsätzlich zu. Mitbestimmung in Kohle und Eisen ist der Schlußstrich, soweit es die Gewerkschaften angeht; Mitbestimmung aus dem Betrieb heraus, den Menschen aber im Auge behalten. Grundsätzlich sei bei der Frage der Mitbestimmung eine klare Abgrenzung gegenüber den Gewerkschaften erforderlich.

Adenauer entgegnete, daß die Gewerkschaften von ihm eine Erklärung gefordert hätten, die sich wie auf Eisen und Kohle so auch auf die Chemie und IG-Farbenindustrie ausdehnen solle. Für Kohle und Eisen gebe es immerhin gewisse Gründe, aber nicht bei der Chemie und IG-Farben. Die Gewerkschaft habe ihm dann auch erklärt, daß bezüglich der übrigen Wirtschaftszweige die gleiche Forderung nicht mehr erhoben würde. Dr. Adenauer räumt diesem Zugeständnis wohl Bedeutung ein bei der augenblicklichen Führung der Gewerkschaft, stellt sie aber bei einem Wechsel der Leitung in Zweifel.

Kaiser glaubt, eine Übereinstimmung der beiden Meinungen (Sozialausschuß und Wirtschaftsausschuß) lasse sich herbeiführen. Die Entscheidung könne nicht den Gewerkschaften allein zufallen, aber der Bundeskanzler müsse den Weg freigeben zur Treuhänderverwaltung der Aktien bis zur Gesamtregelung, die notwendig ist. Im übrigen sei eine gemeinsame Formulierung zweckmäßig.

Adenauer antwortet nochmals mit der dringenden Forderung nach einer möglichst schnellen Ordnung im Bergbau. Die Gewerkschaften sollen ruhig sein und den Nachweis erbringen, daß sie in die Aufsichtsräte geeignete Leute zu schicken in der Lage sind. Der Streit geht um die Benennung des elften Mitgliedes. Das Gesetz schreibt vor, daß die zehn Mitglieder sich auf das elfte einigen sollen. Die Gewerkschaften möchten dagegen auf der einen Seite den elften Mann selbst wählen, auf der anderen Seite von dem Unternehmer aussuchen lassen. Ein anderer Vorschlag ging darauf hinaus, daß beide Seiten die elf Leute gemeinsam aussuchen. Demgegenüber ist festzustellen, daß das Gesetz allein entscheidend sein muß.

Der Bundeskanzler schlägt deshalb vor, durch einen ad hoc einzusetzenden Ausschuß für diesen Fall diese Frage zu klären. Er gibt der Ansicht Ausdruck, daß die Gewerkschaften bei wahrer Durchführung des Ahlener Programms keine Aktien und keine Aufsichtsratsmitglieder stellen würden. Es handelte sich im übrigen nicht um Wohlwollen den Arbeitnehmern gegenüber, sondern um die Verwaltung des wichtigsten Grundstoffes Deutschlands. Die Gewerkschaften sollen das öffentliche Interesse berücksichtigen.

Gurk als Präsident des Parteitages begrüßte den vermittelnden Vorschlag des Bundeskanzlers auf Einsetzung eines Koordinierungsausschusses.

Von den Anwesenden wurde der Einberufung dieses Ausschusses zugestimmt.

Rein intern wurde noch vorgeschlagen, den Parteiausschuß künftig auf zwei Tage einzuberufen, um so die Möglichkeit eines besseren Sichkennenlernens zu bieten und die Aussprache möglichst zu intensivieren (nach dem Vorbild der früheren Zonenausschuß-Sitzungen für die britische Zone[8]), speziell im Hinblick auf die notwendige zu aktivierende Parteiarbeit. Dieser Vorschlag wurde einstimmig gutgeheißen und in nachfolgender Entschließung festgelegt:

Die Vorstandssitzungen sind künftig vormittags vorschlagsweise 9.30 Uhr einzuberufen mit der Maßgabe, daß die Sitzung nachmittags gegen 14 oder 15 Uhr beendet sein kann. Anschließend tritt der Parteiausschuß z.B. gegen 16 Uhr zusammen bis 20 Uhr, um am Vormittag des folgenden Tages seine Arbeiten fortzusetzen und zu beenden.

Schließlich wurde ein Antrag Schreibers nach kurzer Aussprache zur Abstimmung gebracht, der in der Entschließung seinen Ausdruck fand, einen Antrag durch den Parteitag an den Herrn Bundespräsidenten[9] zu richten, die 3. Strophe des Deutschlandliedes zur Bundeshymne zu erklären.[10]

Nach Annahme dieser Entschließung wurde die Sitzung um 15 Uhr geschlossen.

---

8 Vgl. dazu PÜTZ.

9 Dr. Theodor Heuss (1884–1963), 1920–1933 Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, 1924–1928 und 1930–1933 MdR (DDP), 1945 Mitgründer der LDP/FDP/DVP, 1946–1949 Vorsitzender der FDP in der amerikanischen Zone, 1948–1949 Bundesvorsitzender, 1945–1946 Kultusminister in Württemberg-Baden, 1946–1949 MdL, 1948–1949 MdPR, 1949–1959 Bundespräsident. Vgl. Ralf DAHRENDORF/Martin VOGT (Hrsg.): Theodor Heuss, Politiker und Publizist. Tübingen 1984.

ANLAGE

Antrag des Bundesschatzmeisters, Oberbürgermeister Bach
Betr.: Einheitliche Regelung der Mitgliedsbeiträge

Der Vorstand beschloß, dem Parteiausschuß folgenden Antrag vorzulegen:

1. Den Kreisparteien wird empfohlen, den Mitgliedsbeitrag wie folgt festzusetzen:

Bei Einkommen	Monatl. Beitrag:
bis DM 300,–	DM 0,50
von DM 301,– bis DM 500,–	DM 1,—
von DM 501,– bis DM 750,–	DM 2,—
von DM 751,– bis DM 1.000,–	DM 3,—
über DM 1.000,–	DM 5,—

2. Die Mandatsträger der CDU sollen je nach ihrer wirtschaftlichen Lage an ihre Landesverbände bis zu 10 % ihrer Diäten abführen. Die Landesverbände sollen mit ihren Kreisparteien diese Beträge aufteilen.

Begründung:

Die Finanzierung der Bundespartei ist sichergestellt.

Sie ist bei den Ortsgruppen, Kreisparteien und Landesverbänden dagegen noch nicht zufriedenstellend geregelt. Die Sicherstellung der Finanzierung muß auch hier erreicht werden.

Durch die Erhebung vorstehend aufgeführter Beiträge und der 10%igen Abgabe der Mandatsträger sollen die erforderlichen Geldmittel, die restlos diesen Parteistellen zur Verfügung stehen, beschafft werden, damit die CDU in ihrer Gesamtheit voll arbeitsfähig wird.

10 Erst im April/Mai 1952 kam es zu einem Briefwechsel zwischen Adenauer und Heuss, in dem die dritte Strophe des Deutschlandliedes als Bundeshymne festgelegt wurde (vgl. AdG 1952 S. 3455f.; Hans HATTENHAUER: Deutsche Nationalsymbole. Zeichen und Bedeutung. München 1984).

7

Außerordentliche Sitzung des Vorstands

Karlsruhe, 20. Oktober 1951

Sprecher: Adenauer, von Brentano, Holzapfel, Kiesinger, Strickrodt sowie Zimmer (ohne Wortmeldung).
Wahl des Vorstands; Änderung der Satzung.

Beginn: 19.30 Uhr *Ende: 20.00 Uhr*

Adenauer eröffnete die Sitzung und gab einleitend bekannt, daß der derzeitige kommissarische Bundesgeschäftsführer Lubbers erkrankt sei und sich einer Operation unterzogen habe, so daß noch eine gewisse Zeit mit seinem Ausfall zu rechnen sei. Er sprach in diesem Zusammenhang Herrn Lubbers Dank und Anerkennung für die Vorarbeiten zum Gelingen des Parteitages aus.

Sodann schnitt der Kanzler die Frage der Wahl des Vorstandes an.

Holzapfel verwies auf den Goslarer Beschluß, wonach der Vorstand auf zwei Jahre gewählt sei[1], so daß keine Möglichkeit einer Neuwahl bestände.

Von Brentano stimmte dem unter den angeführten Voraussetzungen zu.

Adenauer stellte zum Wahlmodus lt. Statuten zunächst fest, daß der Vorsitzende und der 1. und 2. Stellvertreter vom Parteitag gewählt würden, alle anderen Mitglieder vom Parteiausschuß, und machte sodann den Vorschlag, daß, wenn ein vom Parteitag gewähltes Mitglied aus irgendeinem Grunde ausscheidet, dann der Parteiausschuß die Möglichkeit haben solle, bis zum nächsten Parteitag einen Ersatz zu benennen.

Kiesinger glaubte, für die Rechtmäßigkeit einer solchen Änderung genügen die Regeln des Gesellschaftsrechts bzw. nicht rechtsfähigen Vereins. Der Parteitag sei ordnungsmäßig geladen. Die Vertreter seien anwesend so, als wenn dieser Antrag auf Statutenänderung auf die Tagesordnung gesetzt worden wäre, so daß rechtliche Einwände nicht beständen.

Holzapfel äußerte schwerste Bedenken. Er akzeptiere im Grund wohl die Satzungsänderung, befürchte dann aber Weiterungen und Änderungen am laufenden Band.

1 § 5 des Statuts („Aufgaben des Parteitages") besagte: „Der Parteitag wählt den Bundesparteivorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende." § 7 („Aufgaben des Parteiausschusses") regelte in b: „Er wählt ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied, den Schatzmeister, 10 weitere Mitglieder des Vorstandes und deren Stellvertreter in geheimer Wahl" (FLECHTHEIM 1 S. 202f.).

Adenauer hält den Parteitag für allein berechtigt und entscheidend.

Strickrodt ist der Ansicht, daß eine formelle Änderung der Satzung zur Behandlung dieses Punktes überhaupt nicht erforderlich sei.

Adenauer betonte demgegenüber, daß bei einer fundamentalen Änderung vorher den Landesverbänden Mitteilung gemacht werden müsse, damit die Delegierten wüßten, wie sie stimmen sollten.

Von Brentano meinte, man solle möglichst vermeiden, den Eindruck zu erwekken, als wenn einfach die Satzung geändert würde.

Adenauer betonte sodann, daß gerade im Hinblick auf die Aktivierung der Parteiarbeit und der gut vorzubereitenden Wahlen die Klärung der Frage notwendig sei. Man habe bereits an ein Führungsdirektorium gedacht (Dr. Tillmanns, Wuermeling[2] und Kiesinger). Ein Antrag des Abgeordneten Etzel schlage deshalb vor, folgende Formulierung aufzunehmen: „Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden und einem oder mehreren geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern". Bis jetzt wird eben nur ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied bestellt. Der Antrag soll dem Parteiausschuß die Möglichkeit geben, mehrere geschäftsführende Vorstandsmitglieder zu benennen.

Holzapfel pflichtet in der Sache bei, hat aber grundsätzlich doch Bedenken bezüglich der Statutenänderung, da sie nicht ordnungsmäßig auf der Tagesordnung aufgeführt sei.

Adenauer schlägt vor, daß der Parteiausschuß und der Parteitag einen entsprechenden Beschluß gemäß obigem Antrag fassen sollten.

Von Brentano stimmt dem zu, empfiehlt aber, für den nächsten Parteitag eine vollkommen neu redigierte Statutenfassung vorzulegen.

Dr. Zimmer, der die Entstehungsarbeiten der bis z.Z. gültigen Statuten entwikkelt, wird von *Adenauer* ersucht, neue Statuten vorzubereiten.

Es wird beschlossen, die beiden vorstehenden Anträge 1. Ersatz eines ausscheidenden Vorstandsmitgliedes, 2. Wahl eines oder mehrerer geschäftsführender Vorstandsmitglieder dem Parteiausschuß und sodann dem Parteitag vorzulegen.[3]

Mit der Annahme dieser Entschließung endete die Sitzung um 20 Uhr.

ANLAGE

Parteitag – Entschließungen
Plenarsitzung am 21. Oktober 1951, 15 Uhr, Stadthalle – Karlsruhe

2 Dr. Franz-Josef Wuermeling (geb. 1900), 1926–1931 im preußischen Innenministerium (seit 1926 Regierungsrat), 1931–1939 Landesrat in Kassel, Mitgründer der CDU Linz, 1947–1951 MdL Rheinland-Pfalz, 1947–1949 Staatssekretär im Innenministerium, 1949 mit der Wahrnehmung des Staatssekretärs im Bundeskanzleramt beauftragt, 1949–1969 MdB, 1953–1962 Bundesminister für Familien- und (ab 1957) Jugendfragen.

3 Text der Beschlüsse in CDU, 2. Parteitag S. 167.

1. Vorstehende zwei Entschließungen der Vorstandssitzung, die zuvor dem Parteiausschuß vorgelegen hatten (s. daselbst Protokoll), wurden vom Parteitag angenommen mit Stimmenmehrheit, nachdem nur von Dr. Gradl[4], Berlin, Einspruch eingelegt worden war.

2. Auf Antrag des Landesverbandes Berlin wurde die Entschließung gefaßt, dem Bundespräsidenten, Prof. Dr. Heuss, den Beschluß des Parteitages zu unterbreiten, die 3. Strophe des Deutschlandliedes als Bundeshymne zu erklären.

3. Ein Antrag des Landesverbandes Bremen auf Bildung eines Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen und Wahlen wurde einstimmig angenommen.

4. Ein Antrag des Landesverbandes Hamburg auf Bildung eines Ausschusses für Flieger- und Währungsgeschädigte wurde mit einer Stimmenthaltung angenommen.

5. Der Antrag, Hamburg als nächsten Tagungsort für den Parteitag 1952 festzulegen, wurde ebenso wie der Antrag Berlin als Empfehlung entgegengenommen.

8

Bonn, 29. Oktober 1951

Sprecher: Adenauer, Albers, Bach, von Brentano, Frau Gröwel, Holzapfel, Kaiser, Kather, Kiesinger, Lubbers, Majonica, Schreiber, Schröter, Simpfendörfer, Strickrodt, Zimmer.
Verhältnis zwischen Protestanten und CDU, Organisationsfragen: Personalunion zwischen Kanzler und Parteivorsitzendem, Bundesgeschäftsführer, Aufgaben des 3er-Ausschusses. Personalien Holzapfel und Kiesinger. Verschiedenes.

Ende: 13.30 Uhr

Adenauer bezeichnet die heutige Vorstandssitzung als außerordentlich wichtig und vielleicht entscheidend für die Entwicklung der Partei. Karlsruhe habe erwiesen, daß die Stimmung der Delegierten für die Arbeit der Partei und in der Partei im

4 Dr. Johann Baptist Gradl (geb. 1904), 1926–1931 Redakteur bei der „Germania" in Berlin, Mitgründer der CDU Berlin, 1947–1948 geschäftsführender Vorsitzender der Ostzonen-CDU (seit 1948 Exil-CDU), 1948–1965 Verleger der Berliner Tageszeitungen „Der Tag" und „Der Kurier", 1957–1980 MdB (Vertreter Berlins), 1965–1966 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1966 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen (Veröffentlichungen: Stets auf der Suche. Reden und Aufsätze zur Deutschlandpolitik. Köln 1979; Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Köln 1981; Festschrift: Mut zur Einheit. Köln 1984).

Gegensatz zur öffentlichen Meinung sehr gut sei. Verschiedene Rückschläge bei Wahlen der letzten Zeit hätten in der Hauptsache lokale Ursachen[1]. Man könne nicht regionale Wahlen nur mit Bundestagsabgeordneten und der sogenannten zweiten Garnitur von Rednern führen. Die Länder müßten bei regionalen Wahlen auch selbst weitaus intensiver als bisher arbeiten.

Als seine größte Sorge bezeichnete Dr. Adenauer die evangelischen Kreise der CDU. Dr. Schumacher habe im vertrauten Kreise erklärt, es sei sein Ziel, einen Schnitt zwischen die evangelischen und katholischen Mitglieder der CDU zu ziehen. Er wolle damit erreichen, daß die CDU als katholische Partei abgestempelt und dann nicht mehr die stärkste Partei würde. Dank Niemöller und Heinemann[2] habe der Versuch der SPD Aussicht auf Erfolg. Für die kommende Bundestagswahl sei die Zugehörigkeit des evangelischen Volksteiles zur CDU aber ausschlaggebend. Dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit der Konfessionen sei irrational. Eine Störung wirke sich sehr lange aus. Ihr müsse also rechtzeitig entgegengearbeitet werden.

Dr. Adenauer schilderte dann seine Begegnungen mit führenden evangelischen Geistlichen wie Bischof Dibelius[3] und Bischof Lilje in Loccum[4] und Königswinter[5]. Im ganzen herrsche auch dort Bereitwilligkeit zur politischen Zusammenarbeit mit der CDU. Er habe den Bischöfen erklärt, die evangelischen Kirchen müßten sich darüber klar sein, daß unter einer sozialistischen Regierung ihre Rechte und ihre Bestrebungen sicherlich nicht gefördert würden. Dr. Adenauer ging dann noch eingehend ein auf den Fall Heinemann. Er verurteilte vor allem Heinemanns Reden in der Ostzone[6], die sich verheerend für die Politik der Bundesrepublik auswirken.

Dr. Adenauer wandte sich dann den organisatorischen Fragen zu. Eine gute Organisation sei wichtig für die Durchschlagskraft der Partei. Es sei hin und wieder notwendig, zu überprüfen, ob in organisatorischer Hinsicht alles richtig gemacht worden sei. Er selbst habe sich oft gefragt, ob es zu verantworten sei, daß er die Ämter des Bundeskanzlers und des Parteivorsitzenden in einer Person bei sich vereinige. Seit Goslar seien die Aufgaben des Bundeskanzlers noch mehr gewachsen. Er habe noch das Außenministerium mit seinen vielen Aufgaben und Belastun-

1 Vgl. Nr. 1 Anm. 9, 10; Nr. 2 Anm. 33, 35, 40; Nr. 3 Anm. 27.

2 Zu den Auseinandersetzungen mit Niemöller und Heinemann vgl. SCHWARZ 1 S. 122–125, WENGST: Staatsaufbau S. 262–266.

3 Dr. Otto Dibelius (1880–1967), seit 1921 Oberkonsistorialrat, ab 1925 Generalsuperintendent der Kurmark, ab 1933 in der Leitung der Bekennenden Kirche, 1945–1966 Bischof der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, 1949–1961 Vorsitzender des Rates der EKD, 1954–1961 Präsident des Weltkirchenrates. Vgl. Robert STUPPERICH: Otto Dibelius. Sein Denken und Wollen. Berlin 1970.

4 Adenauer war am 27. Oktober 1951 in Loccum (vgl. UiD vom 20. Oktober 1951).

5 Das Gespräch in Königswinter fand erst am 5. November statt (ausführlicher Bericht in UiD vom 10. November 1951); Protokoll der Zusammenkunft in NL Ehlers ACDP I-369-009/2).

6 Heinemann war am 25. Oktober in die DDR gereist (UiD vom 17. Oktober 1951).

gen hinzubekommen[7]. Im Interesse Europas müsse der Kanzler das Außenministeramt z. Z. weiterführen. In der internationalen Politik sei das Sichkennen und Einandervertrauen eine der wichtigsten Imponderabilien. Dr. Adenauer erklärte, er habe nun einmal das Vertrauen der maßgebenden Stellen des Auslandes. Durch seine erfolgreiche Außenpolitik habe er auch starke Vorteile für die Partei erreichen können. In einigen Monaten hoffe er, das Außenministerium abgeben zu können. Dann werde seine Arbeitszeit frei für andere Dinge.

Dr. Adenauer erinnerte daran, daß in Goslar der 5er-Ausschuß mit dem organisatorischen Aufbau der Partei betraut worden sei. Dr. Holzapfel habe ihm aber mitgeteilt, daß bei 30 angesetzten Sitzungen des 5er-Ausschusses er in 15 allein anwesend, in 5 weiteren er mit Bach allein und nur bei dem Rest wenigstens ein Teil der anderen Herren anwesend gewesen sei.

Dr. Adenauer würdigte die Arbeit des kommissarischen Geschäftsführers Lubbers, der nur auf dringendes Zureden hin die Arbeit wegen der Notlage der Partei übernommen habe. Aus der Fraktion sei ein Vorschlag gemacht worden, ein 3-Männer-Kollegium aus den Abgeordneten Tillmanns, Kiesinger und Wuermeling mit der Aktivierung der Parteiarbeit und der Vorbereitung der Bundestagswahl zu betrauen. Er halte den Vorschlag für gut, da ein Mann allein diese Arbeit nicht schaffen könne. Die kommenden Wahlen würden nicht durch die Mitglieder der Parteien, sondern durch die nicht gebundenen Wähler entschieden. Die CDU müsse das große Reservoir der Jugend und der Frauen durch gute Organisationsarbeit aktivieren. Voraussetzung für das Gelingen der Arbeit des 3-Männer-Kollegiums sei, daß diese von allen anderen Arbeiten freigestellt würden und daß sie hauptamtlich, selbstverständlich gegen Honorar, tätig seien.

Dr. Adenauer schilderte noch einmal die Verhandlungen mit Joseph Blank. Man solle mit dem Landesverband Westfalen verhandeln, ob nicht Blank wenigstens für fünf Tage in der Woche nach Bonn in die Bundesgeschäftsstelle kommen könne, während er die übrigen zwei Tage dem Landesverband zur Verfügung stehe.

Mit Bischof Lilje sei die Frage besprochen worden, ob es gut sei, Dr. Holzapfel mit der Parteiarbeit speziell für den evangelischen Raum zu betrauen. Bischof Lilje habe diesen Vorschlag gern akzeptiert und ihn gutgeheißen. Nun habe aber die sozialdemokratische Presse geschrieben, die Organisation in Karlsruhe habe versagt, das sei Schuld Dr. Holzapfels, und wegen dieses Versagens solle er nicht nach Bern gehen. Um diese Gerüchte zu widerlegen, müsse Dr. Holzapfel nun mindestens vorübergehend nach Bern gehen. Es müsse geprüft werden, ob Dr. Holzapfel inzwischen sein Bundestagsmandat und seine politischen Ämter beibehalten könne.

Dr. Adenauer sprach dem Bundesschatzmeister Bach den Dank für seine gute Arbeit bei der Finanzierung der Partei aus. Auch Dr. Pferdmenges habe neben der Arbeit Bachs Gutes erreicht und erklärt, man könne über die Finanzen der CDU

7 Gemäß Kabinettssitzung 13. März 1951 (AdG 1951 S. 2855f.; ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 465).

beruhigt sein. In Sonderheit würden die benötigten etwa zwei Millionen Mark für die Bundestagswahlen rechtzeitig zur Verfügung stehen. Einen Zwischenruf über die Zweckmäßigkeit der Annahme solcher Gelder verwies Dr. Adenauer auf die Anzeigen im „Neuen Vorwärts", wo zahlreiche Firmen inserieren, die mit der SPD politisch nicht das geringste gemein haben. Wichtig sei nur, daß diese Gelder nicht mit Auflagen oder Verpflichtungen gegeben und angenommen würden.

Für die Diskussion empfahl Dr. Adenauer, zunächst Fragen des Vorstandes, dann des 3-Männer-Kollegiums und zum Schluß des Bundesgeschäftsführers und des DUD zu besprechen.

Von Brentano schlug vor, den Bundestagspräsidenten Ehlers ausdrücklich als Gast des Kanzlers zum Parteiausschuß einzuladen.

Kaiser wünschte, daß auch die Minister Erhard und Schäffer im Parteiausschuß sprechen.

Adenauer lehnte das für heute ab, empfahl aber, die Minister für die nächste Parteiausschußsitzung zu grundlegenden Referaten zu laden.

Albers bat um genaue Klärung der Aufgaben des 3er-Ausschusses (*Adenauer:* Sie sollen die Bundestagswahl vorbereiten), zweitens wollte Albers wissen, ob die drei Abgeordneten völlig aus der Fraktionsarbeit entlassen würden, und drittens solle man nicht vergessen, daß neben den Frauen und der Jugend auch die Arbeitnehmer im Ruhrgebiet stärker angesprochen werden müßten. In Hamm[8] sei bewiesen worden, daß dies möglich sei, auch müsse der Einfluß der christlichen Kräfte auf die Gewerkschaften verstärkt werden. Also müsse zu den drei Genannten ein Arbeitnehmer kommen oder einer gegen einen Arbeitnehmer ausgewechselt werden.

Adenauer warnte dringend davor, bei der Aktivierung der Parteiarbeit nach Interessengruppen zu sehen. Die Mitglieder des 3er-Kollegiums sollten nicht Repräsentanten der Partei, sondern ihre größten Arbeitspferde sein.

Kaiser schloß sich bezüglich der konfessionellen Probleme den Ausführungen Dr. Adenauers an. Am wichtigsten sei es, dem Volke den Sinn der Partei neu klarzumachen. Vor allen Dingen müsse der Bevölkerung klargemacht werden, daß ein starkes Gegengewicht gegen die SPD immer notwendig sei. Zum Fall Heinemann empfahl Minister Kaiser, der Kanzler möge ein Gespräch mit Heinemann führen, um die Differenzen zu bereinigen. Heinemann sei seiner Auffassung nach unbedingt guten Willens, habe sich nur politisch verrannt. Der Erfolg der Wahl im Jahre 1953 hänge davon ab, daß die Politik des Kabinetts Adenauer gut sei.

Bezüglich der Organisation erklärte Minister Kaiser, das 3er-Kollegium Kiesinger, Tillmanns, Wuermeling sei keine Lösung. Das wichtigste sei der Bundesgeschäftsführer, der ständig ohne Ehrgeiz die organisatorische Arbeit leite, überwache und vorwärtstreibe.

Holzapfel sagte, ein kleiner Kreis von Männern arbeite besser als ein großer. Am besten sei überhaupt ein Mann.

8 Vgl. Nr. 5 Anm. 3.

Von Brentano erkannte die Wichtigkeit eines erstklassigen Bundesgeschäftsführers an, aber die Hauptsache sei er nicht, sondern die Hauptsache sei die gute politische Arbeit. Die drei Abgeordneten sollten nicht nur die Bundestagswahl vorbereiten, sondern die politische Arbeit der Partei insgesamt führen und aktivieren. Die drei Herren seien in der Fraktion sehr schwer zu entbehren, aber er sei ihnen dankbar, daß sie sich überhaupt bereitgefunden hätten, die ihnen zugedachte undankbare Aufgabe zu übernehmen. Heute müsse unbedingt die Entscheidung darüber fallen, denn davon hänge vieles ab, wenn nicht sogar alles.

Bach verwies anhand Berlins und Siegens darauf, daß auch evangelische Kreise die CDU tragen. Es sei eine reine Frage der Organisation. Für die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder müsse eine klare Abgrenzung der Verantwortung festgelegt werden. Einer müsse die Politik der Länder mit der des Bundes zu koordinieren und abzustimmen versuchen. Der zweite solle für Propaganda, Presse, Rundfunk, Film verantwortlich sein, und der dritte als Verantwortlicher für Organisation müsse die Verbindung zwischen dem Vorstand und den hauptamtlichen Kräften in der Partei erhalten, und er müsse auch die hauptamtlich tätigen Parteiangestellten führen. Dieser Vertrauensmann sei ausschlaggebend. Bach warnte vor einem Direktorium mit allgemeinen Richtlinien.

Schröter erklärte, die Frage, ob Dr. Adenauer bei seiner Belastung aus dem Bundeskanzleramt und dem Außenministerium Vorsitzender der Partei bleiben könne, müsse dahin beantwortet werden, daß es unbedingt notwendig sei, daß Dr. Adenauer Vorsitzender bleibe. Die Partei brauche einen endgültigen Bundesgeschäftsführer, sie brauche aber auch den Bundespressechef.[9]

Majonica wandte sich gegen eine gruppenmäßige Zusammensetzung des 3er-Kollegiums, wie erst von Albers angeregt worden war. Es sei aber selbstverständlich, daß alle drei mit der Jugend, mit den Frauen, mit den Arbeitnehmern ständige Fühlung halten.

Strickrodt stellte die Frage, nach welchem Organisationsprinzip das 3er-Kollegium arbeiten solle. Das sei am Anfang wahrscheinlich nicht klar zu beantworten. Vielleicht werde sich aus der Praxis eine Lösung ergeben, wie sie Bach vorgeschlagen habe. Aber man könne das nicht von vornherein als Auflage mitgeben. Eine der Aufgaben des 3er-Kollegiums sei die Vertiefung der Parteiideologie. Das Christliche müsse im Bewußtsein des Volkes wieder wach gemacht werden. Bei aller Wertschätzung führender Männer der evangelischen Kirche wie Lilje und Dibelius müsse doch einmal gefragt werden, ob sie nicht die seltsamen Wege ihrer Publizisten einmal überprüfen wollten. Die Partei müsse eine Plattform schaffen für die Vertiefung ihres Geistesgutes und von daher Anregungen an die praktische Politik geben.

Dr. Strickrodt sagte abschließend: Geistige Arbeit ist hierarchische Arbeit. Sie muß von oben nach unten geleistet werden. Das ist unsere Aufgabe.

---

9 Vgl. Nr. 21 Anm. 2.

Simpfendörfer sagte, wir seien als Gesinnungsgemeinschaft angefangen; das Problem sei, daß wir eine Partei werden müßten. Dies aber sei Sache der Führung. Der Bundesgeschäftsführer müsse mit besseren und größeren Kompetenzen ausgestattet werden. Die drei Männer täten ihm schon heute leid, da nicht klar zu sehen sei, wie die drei ihre Kompetenzen und Aufgaben verteilen wollten. Simpfendörfer verwies auf die Südweststaatwahl[10], die für die Partei von allergrößter Bedeutung sei. Niemöller sei im Begriff, im südwestdeutschen Raum abzuwirtschaften. Auch Heinemann sei nicht mehr so hoch im Ruf wie früher. Man müsse sich aber hüten, beide zu Märtyrern zu machen, und den Kampf gegen ihre Ideologie mit Vorsicht führen.

Kiesinger warnte vor dem Wort Direktorium. Es handele sich um eine Mannschaft von „Arbeitspferden". Demgegenüber dürfe der Bundesgeschäftsführer nicht eine Art Bürovorsteher, sondern er müsse der starke Mann der Organisation werden. Man müsse der 3er-Mannschaft zunächst einmal überlassen, wie sie ihre Arbeit schaffen möchte. Kiesinger gab gegenüber verschiedenen Angriffen die Erklärung ab, er habe nichts mit der Ersten Legion zu tun.

Majonica stellte den Antrag, Dr. Strickrodt zu beauftragen, bis zur nächsten Vorstandssitzung Plan und Kalkulation einer Zeitschrift vorzulegen, wie er sie sich als Führungsorgan denke.

Kather hofft auf gute Zusammenarbeit der drei Männer mit den Flüchtlingen. Auch hier gebe es ein großes Reservoir für die CDU, das ausgeschöpft werden müsse.

Bach erklärte, man könne nicht ein Kollegium von geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern, sondern man müsse jeden einzelnen für eine fest umrissene Aufgabe wählen.

Adenauer war dagegen der Auffassung, der Parteiausschuß solle das 3er-Kollegium wählen und es beauftragen, bis zur nächsten Sitzung eine genaue Planung vorzulegen.

Bach bittet, dem Kollegium aufzugeben, den Schatzmeister wenigstens einmal in der Woche zu den Beratungen zuzuziehen.

Gröwel erklärte, es müsse selbstverständlich sein, daß die Frauen in weitestem Maße auch in die Führungsarbeit der Partei eingeschaltet würden.

Kaiser betonte bei aller Wichtigkeit des 3er-Kollegiums noch einmal, daß die Frage des Bundesgeschäftsführers am wichtigsten sei. Sie müsse so schnell wie möglich gelöst werden. Die Wahl von Dr. Tillmanns und Dr. Wuermeling müsse glattgehen. Er müsse aber loyal darauf aufmerksam machen, daß gegen Kiesinger nach wie vor stärkste Bedenken beständen. Kiesinger sei lange und an hoher Stelle Parteigenosse der NSDAP gewesen.

Minister Kaiser fragt, ob die Frage Kiesinger als Bundespressechef schon negativ entschieden sei. Auch mit der Lösung, die der Kanzler mit Dr. Holzapfel vereinbart habe, habe er kein gutes Gefühl.

---

10 Die Volksabstimmung fand am 9. Dezember 1951 statt (vgl. FEUCHTE S. 144, 157).

Adenauer erläuterte noch einmal, aus welchem Grunde die von ihm bereits vorgetragene Lösung für Dr. Holzapfel und Kiesinger gefunden worden sei. Wenn der Vorstand sich über die Nominierung Kiesingers einig sei, dann brauche man im Parteiausschuß die Frage von Kiesingers politischer Vergangenheit nicht mehr zu erörtern.

Von Brentano erklärt, er sei erschüttert über die Ausführungen Kaisers. Man könne einen Menschen nicht nach einem Fragebogen beurteilen.

Kaiser betont, er habe nichts gegen Kiesinger persönlich gesagt und sagen wollen. Es frage sich aber grundsätzlich, ob man frühere Pg's schon in die vorderste Linie der Partei stellen solle. Dr. Adenauer müsse das Problem im Parteiausschuß in der rechten Art ansprechen. Es dürfe aber nicht übergangen werden.

Schröter beantragt Schluß der Debatte.

Schreiber sagt, es sei notwendig, die Arbeitspferde möglichst bald einzuspannen. Kiesinger sei seit zwei Jahren Abgeordneter, also könne er auch in der Partei selbst führend tätig sein. Man mache sich lächerlich, wenn man heute über die politische Vergangenheit eines Menschen so urteile, wie es hier geschehen sei.

Adenauer stellt die Einmütigkeit des Vorstandes darüber fest, dem Parteiausschuß vorzuschlagen, Dr. Tillmanns und Dr. Wuermeling neu in den Vorstand zu wählen und diese beiden und Kiesinger zu geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern zu bestellen. Den dreien sei aufzugeben, bis zur nächsten Sitzung ihren Arbeitsplan vorzulegen. Der Bundesgeschäftsführer müsse so schnell wie möglich gefunden werden. Man müsse noch einmal mit Herrn Lensing[11] darüber verhandeln.

Holzapfel teilte mit, Lensing käme mit gebundener Marschroute in den Parteiausschuß. Der Vorstand der Landespartei Westfalen habe beschlossen, Blank nicht abzugeben.

Adenauer erklärte, dann müsse der Parteiausschuß dem Landesverband Westfalen sagen, daß im Notfall die Interessen der Bundespartei über die einer Landespartei gehen.

Bach stimmte dem zu und empfiehlt eine Rücksprache mit dem westfälischen Parteivorstand.

Kaiser teilt mit, zahlreiche Kreisgeschäftsführer hätten ihn davon in Kenntnis gesetzt, daß in der Bundesgeschäftsstelle nicht die richtigen Leute säßen. Viele von ihnen hätten bisher mit der CDU nichts zu tun gehabt.

Adenauer schloß die Debatte ab und stellt die Frage, ob bei der bevorstehenden Klage des Bundeskabinetts gegen die SRP beim Bundesverfassungsgericht nicht auch gleichzeitig Klage gegen die KPD auf Verfassungswidrigkeit eingereicht werden müsse.[12]

---

11 Lambert Lensing (1889–1965), Verleger; vor 1933 Stadtrat in Dortmund (Zentrum), Mitgründer der CDU, 1945–1946 und 1951–1959 Landesvorsitzender der CDU Westfalen, 1948–1949 MdPR, 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen. Vgl. Kurt Koszyk in NDB 14 S. 217f.

12 Die Verbotsanträge gegen KPD und SRP erfolgten am 16. November 1951 (AdG 1951 S. 3203f.; zum Aufleben des Rechtsradikalismus vgl. Schwarz 1 S. 130ff.).

Von Brentano erklärt, es sei die Meinung der Fraktion, man müsse gegen beide einschreiten.

Bach und *Strickrodt* schlossen sich dieser Auffassung an.

Adenauer kündigte ein Gesetz an gegen Umtriebe von früheren NS-Organisationen.

Holzapfel macht darauf aufmerksam, daß diese Organisationen insbesondere aus Spanien sehr stark mit Geldmitteln unterstützt werden.

Zimmer glaubt, daß ein Urteil des Verfassungsgerichts gegen die KPD ein Schlag ins Wasser sei, da die Kommunisten schon heute meist auf Tarnorganisationen ausgewichen seien.

Lubbers schnitt die Frage der Vertreter bei den NEI-Ausschüssen an. Die Frage soll bis zur nächsten Vorstandssitzung durch interne Besprechungen geklärt werden.

Simpfendörfer fragt nach dem Schicksal der restlichen Entschließungen von Karlsruhe.

Adenauer will sie zum Gegenstand einer Parteiausschußsitzung Anfang Dezember machen.[13]

Abschließend bat *Bach*, folgende Ausgaben zu genehmigen: DM 15.000,– für eine Nachwahl in Bayern[14], DM 1.000,– für den Parteitag in Niedersachsen[15], DM 25.000,– für die Südweststaatfrage.

Die beiden ersten Beträge werden genehmigt. Der letzte Betrag soll zurückgelegt, über seine Ausgabe aber erst entschieden werden, wenn der Termin der Wahl feststeht.

Schluß der Sitzung gegen 13.30 Uhr.

---

13 Die nächste Parteiausschußsitzung fand am 12. Januar 1952 statt; über das Bundesverfassungsgericht wurde nicht diskutiert.

14 Am 2. Dezember 1950 fanden durch den Tod des SPD-Abgeordneten Willy Fischer in Fürth und in einem Teil von Nürnberg Bundestagsnachwahlen statt. Gewählt wurde Johann-Adam Segitz (SPD).

15 Die CDU Hannover hielt am 11. November 1951 in Nienburg ihren Bezirksparteitag ab (UiD vom 21. November 1951).

9

Bonn, 9. November 1951

Als Tagesordnung war für Parteivorstand wie für Parteiausschuß (laut Einladungsschreiben vom 2. November) vorgesehen: Organisationsfragen, Aktivierung der Arbeit der CDU, auf dem Parteitag in Karlsruhe nicht erledigte Entschließungen und Anträge der Landesverbände und der Kreisparteien, Bericht Adenauers zur Lage. Wahlgesetz (handschriftliche Ergänzung Adenauers).[1]

Beginn: 10.10 Uhr

Zur besseren Vorbereitung der Bundestagswahl 1953 sollen drei geschäftsführende Vorsitzende bestellt werden, die dem zu erwartenden großen Arbeitsanfall gerecht werden. Der Vorstand schlägt dem Parteiausschuß, der am Nachmittag ab 15.15 Uhr im Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter tagt, vor, die Herren Kiesinger, gegen den Kaiser zunächst Vorbehalte anmeldet, Tillmanns und Wuermeling zu geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern zu bestellen.

Die Zusammenarbeit zwischen den Landesverbänden und der Bundespartei soll verbessert werden; eine weitestgehende Koordination ist anzustreben. Der erforderlichen Intensivierung der Parteiarbeit soll die Bestellung eines Bundesgeschäftsführers dienen. Gegen die Stimme von Holzapfel, der durch ein gegenteiliges Votum seines Landesverbandes gebunden ist, beschließt der Vorstand, den Landesverband Westfa-

1 Inwieweit die Sitzung der Tagesordnung gefolgt ist, läßt sich nicht rekonstruieren. Die folgende Zusammenfassung beruht auf dem Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses vom gleichen Tag mit identischer Tagesordnung sowie auf dem ausführlichen Bericht über die Sitzungen von Parteivorstand und -ausschuß in UiD vom 14. November 1951. – In einer Vorlage von Lenz an Adenauer vom 8. November 1951, die auf Vorgesprächen mit Krone, Tillmanns, dem persönlichen Referenten des Bundeskanzlers, Dr. Franz W. Mai, und Lenz selbst beruht, werden folgende Punkte aufgeführt: Verbesserung der Parteiarbeit durch Bestellung von Wuermeling und Tillmanns in die Parteiführung; Nachfolge Holzapfels als 2. Vorsitzender, der als Gesandter nach Bern gehen wird; Berufung eines Bundesgeschäftsführers; Berufung Kiesingers zum Pressechef der Partei oder zum dritten geschäftsführenden Vorstandsmitglied; Erklärung Bachs, sein Amt als Bundesschatzmeister aufzugeben, wenn er nicht mit der organisatorischen Leitung der Partei betraut werde (StBKAH 05.05). In einem weiteren Vermerk von Lubbers vom gleichen Tag werden zusätzlich die Vorlage einer Ehrengerichtsordnung, die Besetzung von NEI-Kommissionen mit deutschen Vertretern sowie die Teilnahme am Parteitag der saarländischen CVP als mögliche Besprechungspunkte vorgeschlagen (StBKAH 05.05). – Hinweis auf die Sitzung des Vorstands bei KATHER 1 S. 181f., der allerdings nur erwähnt, seine Differenzen mit Bundesminister Lukaschek über Adenauers Absage, an der Gründungsversammlung des Bundes der vertriebenen Deutschen am 17. November in Hannover teilzunehmen, angesprochen zu haben.

len zu bitten, Landesgeschäftsführer Joseph Blank für den Posten des Bundesgeschäftsführers freizugeben.

In seinem Bericht zur innenpolitischen Lage schneidet Adenauer folgende Themen an: Konfessionsfrage; Hausbesitz, Mittelstand und Mieten; Verhältnis zum DGB; Bildung eines Bundeswirtschaftsrats. Zur Konfessionsfrage führt er aus, es müsse dafür gesorgt werden, die evangelischen Wähler der Union zu erhalten. Sie würden als Zielgruppe von SPD und FDP besonders umworben. Christliche Grundsätze und Lebensauffassungen müßten gestärkt, der Säkularisation ein Riegel vorgeschoben werden. Nur so könnten radikale Kräfte daran gehindert werden, ihr Potential zu vergrößern. Ein besonderes Augenmerk sei auf die Mittelstandsbewegung zu richten. Die Politik der CDU müsse nunmehr verstärkt den Anliegen des Mittelstands gerecht werden. Der bestehende Hausbesitz sei durch angemessene Mieteinkünfte zu halten und der private Wohnungsbau zu fördern. Mit dem DGB, der nach dem Tod von Hans Böckler heftigen Richtungskämpfen ausgesetzt sei, werde die Bundesregierung in Verhandlungen eintreten. Er hoffe, daß das Verhältnis zu den Gewerkschaften sich bessern werde.

Im außenpolitischen Teil seiner Ausführungen führt Adenauer aus, es sei das Ziel der Bundesregierung, die Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Weg über die europäische Integration zu erreichen. Die Sowjetunion sei bestrebt, ihren Einfluß durch Erweckung von Furcht auszudehnen und ganz Europa zu beherrschen. Deshalb müßten der Schuman-Plan und die EVG verwirklicht werden, damit die Integration Europas zustande komme, mit Hilfe der USA dem Expansionsstreben der Sowjetunion Einhalt geboten und die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit erreicht werde. Die Verhandlungen über einen Generalvertrag seien in ein konkretes Stadium getreten.

10

Bonn, 11./12. Januar 1952

Sprecher: Adenauer, Bach, Cillien, Dichtel, Frau Gröwel, Hilbert, Hilpert, Holzapfel, Johnen, Kaiser, Kiesinger, Majonica, Müller, Simpfendörfer, Strickrodt, Tillmanns, Vogel, Wohleb, Wuermeling, Zimmer.
Lage der Partei in den Ländern. Bildung des Südweststaates, Auseinandersetzung innerhalb der CDU. Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen: Koalitionsfragen, Personalpolitik in der Verwaltung. Finanzfragen. Bundesgeschäftsführer.

11. Januar 1952 Beginn: 16.45 Uhr *Ende: 23.00 Uhr*
12. Januar 1952 *Ende: 10.00 Uhr*

Adenauer gibt einen Überblick über die Lage der Partei und die allgemeine politische Lage. Er verweist auf den Eindruck der Bundestagsdebatte[1], die zwar nach außen ein gutes Bild der inneren Kraft der Partei gegeben habe; das dürfe aber nicht von den schwachen Punkten in der Parteiorganisation und in den Landesverbänden ablenken.

In Schleswig-Holstein seien die Verhältnisse nach wie vor schlecht. Nach dem Ausscheiden von Bartram schienen sie in Ordnung zu kommen, aber neuerdings gäbe es wieder zahlreiche Beschwerden.

Hamburg sei zwar eine gute Werbestelle für die CDU, aber es geschehe nichts Rechtes.

Bremen hat die Wahl[2] nicht wegen der Bundestagsdebatte verloren, sondern weil die Arbeit schlecht gewesen sei.

Die Organisation in Niedersachsen sei stark aufbaubedürftig. Die CDU habe gelitten durch die Zusammenarbeit mit der DP. Die Spaltung und die Abwanderung von DP-Mitgliedern an die Rechtsradikalen habe auch der CDU geschadet.

Zur Besprechung der Angelegenheit Nordrhein-Westfalen habe Dr. Adenauer den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen Arnold zur Teilnahme an der Vorstandssitzung geladen. Dieser habe aber mitgeteilt, die Frage Nordrhein-Westfalen eigne sich nicht zur Verhandlung im großen Kreise, er wolle sie allein mit dem Bundeskanzler besprechen. Die Verhandlungen um die große Koalition seien bedauerlich. Vor allen Dingen müßte die Frage, das Innenministerium an den Sozialisten Henßler[3] zu geben, abgelehnt werden.

1 In dieser Sitzung war mit 232 : 143 Stimmen der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ratifiziert worden (Sten.Ber. 1.WP Bd.10 S. 7836).

2 Ergebnis der Bürgerschaftswahl in Bremen vom 7. Oktober 1951: SPD 39,1 % (43 Sitze), DP 14,7 % (16), BDV/FDP 11,8 % (12), CDU 9,1 % (9), SRP 7,7 % (8), KPD 6,4 % (6), BHE 5,6 % (2), FSU 4,3 % (4). Vgl. FAUL S. 337.

3 Fritz Henßler (1886–1953), 1920–1933 SPD-Bezirksvorsitzender (westl. Westfalen), 1925–1933 Stadtverordnetenvorsteher (Dortmund), nach 1946 Oberbürgermeister von

In Rheinland-Pfalz seien die Verhältnisse im großen und ganzen in Ordnung. Man müsse aber die Reibungen zwischen Dr. Wuermeling einerseits und Ministerpräsidenten Altmeier und Minister Dr. Zimmer andererseits bereinigen.[4] Wir könnten uns den Luxus der Reibereien führender Persönlichkeiten nicht leisten.

Aus Hessen lauten die Berichte verschieden, aber im großen und ganzen seien die Verhältnisse auch dort schlecht.

Die Spannungen im Südwestraum seien eine sehr große Gefahr, die um so größeres Gewicht habe, da in Kürze die Wahlen stattfinden. Wenn die CDU eine Niederlage erlitte, habe das die größten Einflüsse im In- und Ausland.

Die Herren Wohleb[5] und Müller seien anwesend, damit man mit ihnen gemeinsam überlegen könne, wie die Verhältnisse am besten zu ordnen seien.

In der Bundesgeschäftsstelle sei relativ alles in Ordnung; man könne diese Frage zunächst zurückstellen.

Die Debatte im Bundestag habe bewiesen, daß die CDU allein die Verantwortung für die demokratische Politik trage. Wenn aber die nächsten Bundestagswahlen nicht beweisen [!], wenn die SPD also die stärkste Partei werde, so könne das für die demokratische Politik eine Katastrophe bedeuten.

Dr. Adenauer erinnert an die Beobachtungen auf seinen Auslandsreisen. Das Urteil über die SPD sei auch bei stärksten Sozialisten des Auslandes vernichtend. Wenn der SPD gestattet werde, wieder den deutschen Kredit zu schädigen, sei das Schlimmste zu befürchten. Bedrohlich seien auch die starken Bestrebungen in der SPD gegenüber dem Osten zu nennen.

Angesichts dieser Lage trage die CDU die größte Verantwortung gegenüber Deutschland, Europa und der Welt. Es müsse daher alles getan werden, um die politische Einigkeit der Partei und damit ihre größtmögliche Kraft sicherzustellen.

Wuermeling schlägt vor, daß erst die Südweststaat-Vertreter, dann die Badener Vertreter und dann er selbst über die Lage im Südwestraum berichten sollen. Er warnt davor, in der Vergangenheit zu wühlen.

Dortmund, 1947–1953 MdL Nordrhein-Westfalen (Fraktionsvorsitzender), 1949–1953 MdB (vgl. Wolf BIERBACH in AUS DREISSIG JAHREN S. 138–151). – Zu den Verhandlungen Arnolds mit der SPD vgl. HÜWEL S. 249ff. Die Unterredung zwischen Adenauer und Arnold fand am 15. Januar 1952 statt; Genaueres darüber ist nicht bekannt (EBD. S. 252).

4 Diese Auseinandersetzung entzündete sich an einem Artikel von P.W. Wenger im „Rheinischen Merkur" vom 8. Juni 1951 und seinem Vortrag vom 3. Dezember 1951 in Saarbrücken; er berührte die Frage der Neugliederung des Landes Rheinland-Pfalz wie auch die frühere Koalition unter Einschluß der SPD (vgl. Korrespondenz zwischen Wuermeling und Zimmer in NL Wuermeling ACDP I-221-003).

5 Leo Wohleb (1888–1955), Mitgründer und bis 1947 Landesvorsitzender der BCSV, 1946 Leiter des Kultusministeriums, Präsident des Staatssekretariats, Mitglied der Beratenden Landesversammlung, 1947–1952 MdL, badischer Staatspräsident, 1952–1955 Botschafter in Lissabon, seit 1952 Ehrenvorsitzender der badischen CDU. Vgl. Paul-Ludwig WEINACHT (Hrsg.): Leo Wohleb – der andere politische Kurs. Freiburg 1975.

Es entspinnt sich eine kurze Debatte darüber, wer mit der Berichterstattung beginnen soll.

Kaiser hält es für notwendig, zunächst ein Wort an den Bundeskanzler wegen seines heutigen Erfolges zu richten. Er bringt seinen und der Partei größten Respekt vor Adenauer zum Ausdruck. Heute sei darüber hinaus ein guter Tag für das deutsche Volk. Das Anwachsen der Ja-Stimmen zum Schuman-Plan zwischen der zweiten und dritten Lesung sei von eminenter Bedeutung. Bis zu den kommenden Bundestagswahlen könne sich noch allerhand ändern. Er hoffe aber, daß bis dahin gesamtdeutsche Wahlen abgehalten werden können.

Bezüglich einer ablehnenden Bemerkung Minister Kaisers wegen des Fackelzuges der Bonner Studenten für den Bundeskanzler ergab sich, daß der Vorstand eine solche Demonstration begrüßt.

Wuermeling berichtet über seine Reise, die er im Auftrag des Bundeskanzlers durch den Südweststaat unternommen hat.

Die Sitzung des Parteiausschusses in Nordbaden habe eine lebhafte Diskussion gebracht, konnte aber schließlich zu einer Einigung führen[6]. Allgemein befürworten die Badener einen gemeinsamen Landesverband als parteipolitischen Dienst der Badener. Am schwierigsten zu beurteilen sei die Tatsache, daß im Südwestraum bei vielen Menschen die Konfessionsfrage wieder eine große Rolle spiele. Es sei die wichtigste Aufgabe der Partei, dieses auszugleichen. Sowohl im Lager der Südweststaat-Anhänger wie seiner Gegner gäbe es Angehörige beider Konfessionen, die gegeneinanderständen. Der Aufruf des Erzbischofs sei sehr mißdeutet worden.[7] Dr. Wuermeling habe den Eindruck, daß die Verärgerung im Südwesten alles übertreffe, was er befürchtet hat. Alles schaue nach Bonn, ob nicht der Bundestag die Bildung des Südweststaates aussetzen würde. Man habe in Baden das Gefühl, der Bundestag habe ein Gesetz gemacht, was nicht gut ist, man halte das Gesetz und seine Anwendung nicht für demokratisch. Die Bevölkerung des Südwestraumes denke nach wie vor nicht an neue Länder, sondern an alte. Das Gesetz wäre eine Aufputschung von politischen Leidenschaften. Wäre nicht die Einteilung in vier Stimmbezirke erfolgt, dann hätte sich vielleicht auch in Baden eine Mehrheit für den Südweststaat ergeben.

---

6 Die Landesausschußsitzung der nordbadischen CDU fand am 22. Dezember 1951 in Karlsruhe statt (Einzelheiten in UiD vom 29. Dezember 1951; vgl. auch WEINACHT: CDU in Südbaden, in CDU IN BADEN-WÜRTTEMBERG S. 195ff.; HEPP: CDU in Nordbaden, EBD. S. 212 ff.).

7 Der Freiburger Erzbischof Dr. Wendelin Rauch hatte in verschiedenen Erlassen (vom 25. Januar 1951 und 23. Februar 1952) die Zentrumsführer vor einer „Spaltung des christlichen Volksteils" gewarnt und zur Wahl des CDU-Kandidaten aufgerufen (vgl. WEINACHT: CDU in Südbaden, EBD. S. 196, 207 Anm. 3); am 26. November und am 6. Dezember 1951 hatte er in einer persönlichen Erklärung für die Wiederherstellung der alten Länder votiert (vgl. FEUCHTE S. 134).

Dr. Wuermeling berichtet dann über eine Reihe von persönlichen Gesprächen mit den Herren Person[8] und Zürcher[9]. Verschiedentlich sei auch im Südweststaat über eine sogenannte Säuberung gesprochen worden, man müsse aber vorsichtig sein in der gegenteiligen Beurteilung von Personen. Beim Erzbischöflichen Ordinariat in Freiburg herrsche die Einmütigkeit vor, unter keinen Umständen dürfe die christliche Front gefordert werden. Die katholische Geistlichkeit denke in der überwiegenden Mehrheit nicht an das Zentrum. Die Bestrebungen ****[10] dürften aber nicht unterschätzt werden.

Dr. Wuermeling trug seine Meinung vor, den Südbadenern müsse nur jede denkbare Konzession gemacht werden, um dem Zentrum den Willen an der Angelegenheit zu nehmen. Man könne sogar so weit gehen, den Badenern eine eigene badische CDU zu konzedieren. Man solle sogar überlegen, den Art. 2 auszusetzen bis zur Neugliederung im gesamten Bundesgebiet[11].

Tillmanns berichtet, in Ellwangen[12] sei es die allgemeine Auffassung gewesen, die im Kampf um den Südweststaat geschlagenen Wunden würden bald heilen. Damit könne dann das große Ziel der CDU wieder in den Vordergrund gerückt werden. Die geplante Bildung zweier großer Selbstverwaltungskörper für Baden und Württemberg könne nur dann erfolgen, wenn die CDU stark werde, die anderen Parteien hätten kein Interesse daran. Man müsse im Südwesten Verständnis haben für jeden Standpunkt, aber unter allen Umständen müsse die Einigkeit der CDU wiederhergestellt werden.

Simpfendörfer bittet um einen Bericht des Abgeordneten Kiesinger.

Adenauer wünscht diesen Bericht nicht, da Kiesinger zu stark an der Vorgeschichte der Südwestfrage beteiligt sei.

---

8 Karl Person (1887–1956), 1929–1933 MdL Baden (Zentrum), Mitgründer der BCSV, 1946 Kreisabgeordneter und Mitglied der Beratenden Landesversammlung (ab Dezember Präsident), 1947–1952 MdL und Präsident des badischen Landtags, 1946–1954 im Landesvorstand der CDU, Gegner des Südweststaats.

9 Dr. Paul Zürcher (1893–1980), vor 1933 Zentrum, Mitgründer der BCSV, 1946 Ministerialdirektor und Chef der Justiz unter der französischen Militärregierung, 1947–1948 MdL Baden, 1948–1955 Präsident des badischen OLG und des Staatsgerichtshofs, Vertreter des Staatspräsidenten bei den Verfassungsberatungen in Herrenchiemsee, Gegner des Südweststaats.

10 Lücke im Text. Vermutlich Hinweis auf den Päpstlichen Hausprälaten Dr. Ernst Föhr (1892–1976), der zwar nach dem Krieg die BCSV mitbegründet hatte, am 11. Dezember 1951 aber an der Wiedergründung der Zentrumspartei maßgeblich mitbeteiligt war (vgl. Nr. 23 Anm. 50).

11 Vermutlich ist Abs. 2 von Art. 29 GG gemeint, der die Frage eines Volksbegehrens bei einer Neugliederung regelt. – Das Neugliederungsgebot im GG Art. 29 ist 1976 zwar nicht formal, aber doch politisch ad acta gelegt worden (33. Gesetz zur Änderung des GG vom 23. August 1976 – BGBl I S. 2381).

12 In der Vorlage: Elberang. – Treffen des Ellwanger Kreises am 5./6. Januar 1952, an dem Tillmanns und Wuermeling zum erstenmal teilnahmen (vgl. NL Strauß ACDP I-050-001). Zum Ellwanger Kreis Benz.

Wohleb erklärt, der Bericht Dr. Wuermelings entspräche vollkommen den Tatsachen. In Baden herrsche eine starke Erregung über die Angliederung. In Baden hätten 52 % gegen den Südweststaat gestimmt, und trotzdem solle er durch eine ungute Bezirkseinteilung verwirklicht werden, das sei nicht demokratisch. Die CDU könne nur dann erhalten bleiben, wenn sie in Südbaden eine klare Gedankenlinie verfolge. Man könne von Südwestbaden aus nicht in Versöhnung arbeiten, da die Wähler nicht mittun. Man fühle sich eben vergewaltigt. Der Schatten des Unrechts werde noch Generationen über dem Südweststaat schweben.

Simpfendörfer erklärte, er sei zwar Anhänger des Südweststaates, aber er sei für das Durchzählen in beiden Ländern eingetreten. Das Problem sei heute, durch die CDU über das Dilemma im Südwesten hinwegzukommen. In Württemberg sei man zu allen Konzessionen bereit.

Müller betonte, er habe nur das eine Interesse, einen möglichst günstigen Staat für den Südwesten zu schaffen. In Baden seien Dinge geschehen, die die Demokratie verletzt hätten. Die Anfechtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts[13] untergrabe das Ansehen des Gerichts und der Demokratie. Dr. Müller verweist auf die Bestimmungen der württemberg-badischen Verfassung, wonach zur Schaffung des Südweststaates eine einfache, zur Wiederherstellung der alten Länder eine Zweidrittelmehrheit notwendig sei[14]. Es sei unverantwortlich, das Land durch eine unsachliche Polemik zu zerreißen. Er sei mehrfach für Konzessions-Verhandlungen eingetreten. Wohleb habe sie aber immer abgelehnt. Die badische CDU sei in mehr als einem Punkt von der Partei abgewichen. Dr. Müller machte eine Reihe weiterer Vorwürfe gegen Wohleb und erklärte, er müsse sich durch viele Äußerungen Wohlebs beleidigt fühlen. Vom Bundesparteivorstand erwarte man, daß alles vermieden werde, was wahrscheinlich das Gefühl der CDU-Anhänger in Württemberg und Baden verletzen könne. Vor allen Dingen wendet sich Dr. Müller gegen Erklärungen der CDU, keine Anhänger des Südweststaates als Landtagskandidaten aufzustellen.

Adenauer erklärte, mit der bisherigen gegenseitigen Beschuldigung käme man nicht weiter. Die Frage sei, wie man die CDU im Südwesten wieder zu einer Einigkeit zurückbekäme.

Müller betont, wenn der Vorstand und die Fraktion im Bundestag irgend etwas gegen den Südweststaat unternähmen, dann sei die CDU in Württemberg zerschlagen.

---

13 Dem Urteil des BVerfG in der Hauptsache vom 23. Oktober 1951 ging die einstweilige Anordnung vom 9. September voraus, mit der die auf den 16. September festgelegte Abstimmung ausgesetzt wurde, und ein Beschluß vom 2. Oktober, mit dem die Ablehnung des Richters Dr. Willi Geiger als unbegründet zurückgewiesen wurde. Damit war das 2. Neugliederungsgesetz für gültig erklärt worden (vgl. FEUCHTE S. 148ff.).

14 In der Vorlage: wonach zur Schaffung des Südweststaates nur einfach zur Wiederherstellung der alten Länder eine 2 %ige Mehrheit notwendig sei. – Art. 107 in Verbindung mit Art. 85 der württemberg-badischen Verfassung (vgl. NÜSKE S. 368; FEUCHTE S. 108f.).

Adenauer versucht die Atmosphäre zu beruhigen. Er habe das erste Neugliederungsgesetz für das verfassungswidrigste gehalten, das er abgelehnt habe zu unterschreiben; auch Bundespräsident Heuss habe nicht unterschrieben. Auch das zweite Gesetz halte er nicht für unbedingt verfassungsmäßig, da es nicht in allem dem entsprechenden Artikel des GG entspräche. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei mit 6 : 6 Stimmen zustande gekommen, die Klage habe abgewiesen werden müssen, da keine Mehrheit für die Klage erreicht wurde. Es sei nicht sehr glücklich, daß unter solchen Umständen das Verfassungsgericht zu einem solchen Urteil gekommen sei.[15]

Die badischen Gründe seien also verständlich. Dr. Adenauer sagt weiter, die Auseinandersetzungen innerhalb der südwestdeutschen CDU seien nur auf persönliche Gründe zurückzuführen. Wenn es nicht gelinge, die CDU wieder zusammenzuführen, dann sei ein Sieg der SPD/DVP unvermeidlich. Wenn aber nicht die CDU einen großen Wahlsieg erlange, dann würde Dr. Maier eine Regierung aus SPD/DVP bilden. Es geht jetzt nicht mehr um einzelne Persönlichkeiten, auch nicht mehr um Landesparteien, sondern am 9. März handle es sich um eine Wahl[16], die für die Gesamtpartei von größter Bedeutung sei. Daher richte er an alle Beteiligten die Bitte, das Vergangene zu vergessen und nur für die Zukunft zu arbeiten.

Insbesondere müßte die Spannung zwischen Wohleb und Dr. Müller aus der Welt geschafft werden. Wenn beide ernsthaft wollten, könnte ein Strich unter die Vergangenheit gemacht werden.

Dr. Adenauer fuhr fort: Man müsse den Badenern in vielen Beziehungen entgegenkommen, die Anhänger des Südweststaates müßten in dieser Hinsicht großzügig sein. Es sei auch durchaus tragbar, daß die CDU im Südweststaat zwei Landesparteien habe, das gebe es in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen auch. Der neue Staat werde in zwei bis drei Jahren zusammenwachsen, und niemand werde an die kleinlichen Vorfälle der letzten Monate zurückdenken. Alles sei nur eine Sache des guten Willens.

Müller erklärte, er habe über alles Unrecht, das ihm bisher in der Öffentlichkeit widerfahren sei, geschwiegen und sei auch bereit zur endgültigen Versöhnung.

Majonica berichtet über seine Erfahrungen auf einer Reise in den Südweststaat. Die Junge Union aller vier Landesverbände werde sich zusammenschließen. Am besten sei es, wenn der Wahltermin verschoben würde. Vor allen Dingen müßten die Ressentiments ausgerieben [!] werden, die innerhalb der CDU bestehen. Die anderen Parteien seien schon mit den Vorbereitungen zu einer neuen Verfassung beschäftigt. Die CDU müsse mit aller Kraft ebenfalls, und zwar geschlossen an diese Aufgabe herangehen.

---

15 Zu Einzelheiten NÜSKE; KIESINGER; FEUCHTE: Entscheidungen; FEUCHTE S. 149; SAUER.

16 Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung von Baden-Württemberg am 9. März 1952. Ergebnis: CDU 36,0 % (50 Sitze), SPD 28,0 % (38), DVP/FDP 18,0 % (23), BHE/DP 9,3 % (6), KPD 4,4 % (4). Vgl. SAUER S. 169; FEUCHTE S. 238.

Dem Staatspräsidenten Wohleb macht *Müller* den Vorwurf, er habe sich nicht klar für die CDU entschieden. Es sei aber unbedingt notwendig, Klarheit zu schaffen.

Hilbert[17] erklärt, das Verfassungsgericht habe entschieden, und man müsse sich mit seinem Urteil abfinden. Die CDU müsse im Südweststaat so stark wie eben möglich gemacht werden.

Simpfendörfer betont, man sei zu allen Konzessionen mit den Badenern bereit. Für die Gruppenfrage müsse sich die CDU von heute ab geschlossen einsetzen.

Dichtel ist bereit, sich jeder Polemik zu enthalten. Auf beiden Seiten müsse die Verärgerung ausgeräumt werden. Die CDU in Baden stehe jetzt vor einer reinen Existenzfrage. Als christliche Partei könne sie den Wahlkampf nur mit den Kirchen zusammen führen. Das Zentrum bedeute keine große Gefahr, obwohl der Zeitpunkt zu einer Gründung wegen der Krise in der CDU gut gewählt sei. Dichtel machte dann folgende Einigungs-Vorschläge:

1. Man müsse den Badenern im neuen Staat eine badische CDU innerhalb der Gesamt-CDU konzedieren. Im Landtag könne durchaus eine badische Gruppe innerhalb der CDU-Fraktion bestehen.

2. Die gesamte CDU-Fraktion im Bundestag solle für die Verschiebung der Südweststaat-Regelung stimmen, auch wenn sie damit keinen Erfolg habe. Ein solch geschlossenes Eintreten würde die Positionen der badischen CDU sehr stärken.

Adenauer ist mit zwei Landesverbänden im Südweststaat einverstanden. Auch eine badische Gruppe in der kommenden Landtagsfraktion sei kein Unglück; auch in der Bundestagsfraktion gebe es Gruppen. Das Verschiebungsgesetz solle man nur einbringen, wenn eine Mehrheit gesichert sei.[18] Sonst gebe es neue Ressentiments. Einzelne umstrittene Personen im Südweststaat brauchten die Gesamt-Partei nicht zu interessieren, aber sie müßten gerecht behandelt werden.

Müller betont erneut, er sei bereit, jeder Lösung zuzustimmen, die der badischen CDU die Situation erleichtere. Die Grenze des Entgegenkommens liege aber dort, wo von den Grundsätzen der CDU abgewichen werde. Das Verschiebungsgesetz sei keine Wiedergutmachung geschehenen Unrechts. Ob man dafür eintreten solle, sei eine reine Grundsatzfrage.

Hilbert legt noch einmal den badischen Standpunkt klar. Er fordert, daß die CDU-Fraktion im Bundestag sich für das Verschiebungsgesetz möglichst geschlos-

17 In der Vorlage: Dr. Hilbert. – Gemeint kann hier nur sein Anton Hilbert (1898–1986), 1929–1933 MdL Baden (Zentrum), Mitgründer der CDU Thüringen, 1946–1956 MdL Baden bzw. Baden-Württemberg, 1946–1947 Staatssekretär, 1949 MdPR, 1949–1969 MdB. – Die Namen Hilbert und Hilpert (vgl. Nr. 1 Anm. 1) in der Vorlage mehrmals verwechselt.

18 Der von der CDU/CSU-Fraktion eingebrachte Gesetzentwurf zur Verschiebung des Neugliederungsgesetzes in Südwestdeutschland wurde am 16. Januar 1952 vom Bundestag mit 190 : 120 Stimmen bei 15 Enthaltungen abgelehnt; von den 120 Stimmen entfielen 88 auf die CDU/CSU (vgl. Sauer S. 167; Feuchte S. 159 Anm. 211).

sen einsetzt, um ein Alibi für die badische CDU für die Wahlen zu schaffen. Die Novelle werde keinesfalls zurückgezogen.

Kaiser teilt mit, die alten Badener hätten ihn gebeten, für eine friedliche Einigung zu arbeiten. Sicher werde auch der Kanzler an dieser Arbeit mithelfen.

Simpfendörfer meint, der Bundeskanzler könne sich nicht für die Novelle einsetzen. Für die CDU-Fraktion könne die Bestimmung wohl freigegeben werden.

Adenauer betont noch einmal, die CDU werde kaum zur Hälfte für das Gesetz stimmen, dadurch sei es aussichtslos geworden und [es] drohe größerer Schaden als zuvor.

Aus einer längeren Debatte um die Novelle ergibt sich, daß die vorherrschende Meinung im Vorstand keine Möglichkeit einer Mehrheit für das Gesetz sieht.

Die Vorstandssitzung wird unterbrochen durch einen Fackelzug, den der Bund Evangelischer Jugend dem Kanzler aus Anlaß der Verabschiedung des Gesetzes über den Schuman-Plan bringt.

Nach Wiederbeginn der Sitzung schlägt *Adenauer* vor, die Südweststaatfrage für heute zu vertagen und die Beteiligten zu bitten, im kleinen Kreis eine Einigung zu versuchen.

Dichtel und *Wuermeling* treten ebenfalls für den Versuch ein, im kleinen Kreis einen Ausweg zu suchen.

Vogel[19] schlägt einen Koordinierungsstand [!] im Südweststaat vor.

Cillien führt als Parallele im Südwesten die „Irredenta" in Oldenburg an.[20] Man habe dort den Ausweg gefunden, die rechten Statuten [!] in der Verfassung besonders zu schützen. Das gleiche könne auch in bezug auf Baden im Südweststaat geschehen.

Zimmer schlägt vor, einen sechsköpfigen Ausschuß zu bilden, der die Grenzlinien der künftigen Südweststaatverfassung und die Tätigkeitslinien der CDU ausarbeiten solle, insbesondere sollen diesem Ausschuß folgende Aufgaben gestellt werden: 1. Einteilung des Landes in Verwaltungsbezirke; Festlegung des badischen Statuts in der Verfassung unter Garantie der Gesamt-CDU. 2. An den Argumenten

19 Dr. Rudolf Vogel (geb. 1906), 1930–1932 Redakteur verschiedener Zentrumsblätter, 1945–1947 Arbeitsamtsleiter (Aalen, Ulm, Ludwigsburg), 1947 Abteilungsleiter im Deutschen Büro für Friedensfragen, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates (CDU), stv. Vorsitzender der CDU Nord-Württemberg, 1949–1964 MdB (bis 1953 Vorsitzender des Ausschusses für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films), 1964–1968 Chef der Deutschen Vertretung bei der OECD, 1968–1969 Staatssekretär im Bundesschatzministerium.

20 Bei der Bildung des Landes Niedersachsen am 23. Oktober 1946 empfahl die britische Militärregierung, bei Gesetzen und Verordnungen des neuen Landes die traditionellen, historischen und kulturellen Interessen der früheren Länder – Provinz Hannover und die Länder Oldenburg und Braunschweig – zu berücksichtigen. Oldenburg und Braunschweig erhielten innerhalb des neuen Landes den Status von „Verwaltungsbezirken" (vgl. AdG 1946/47 S. 906; Storbeck S. 226).

der Landesverbände solle nicht gerüttelt werden. 3. Für den Wahlkampf solle ein Kollegium der CDU des Südweststaates geschaffen werden. 4. Es sollen Verhandlungen mit den Kirchen geführt werden, um sie in Einklang mit den Bestrebungen der CDU zu bringen. 5. Die Landesvorstände sollen das Material erarbeiten, das die Sicherung der badischen Belange enthält.

Bach teilt mit, daß für den Wahlkampf im Südwesten DM 150.000,– zur Verfügung ständen, die er zu bewilligen bittet.

Holzapfel schlägt vor, zwar im Bundestag die Novelle über die CDU einzubringen, zugleich aber dafür zu sorgen, daß sie an den Rechtsausschuß überwiesen werde. Dieser würde die Behandlungen wegen Verfassungswidrigkeit ablehnen. Bis dahin sei die Wahl hinter uns.

Auch *Hilbert* und *Kiesinger* sprechen sich für den Vorschlag Holzapfels aus.

Müller verspricht, daß die württembergischen Landesverbände für die Wahrung der Rechte Badens im Südweststaat eintreten werden. Er erinnert dabei an den badischen Staatsvertrag, und es müsse angestrebt werden, auch die anderen Parteien auf den Karlsruher Vertrag festzulegen[21].

Inzwischen kommt der Beschluß des Vorstandes: Es werden DM 150.000,– für den Wahlkampf im Südweststaat bewilligt.

Die Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen

Johnen schildert die Bemühungen um die Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen. Die SPD habe bei den Etatverhandlungen darauf hingewiesen, sie halte die Tür für eine große Koalition noch nicht für geschlossen. Sollte aber das Schulgesetz ohne SPD verabschiedet werden, seien sie zu keinen Verhandlungen mehr bereit. Danach habe Ministerpräsident Arnold auf eigene Verantwortung ein Gespräch mit Henßler geführt, ob und unter welchen Bedingungen die SPD bereit sei, in die Regierung einzutreten. Nachdem der Parteivorstand von diesen Verhandlungen Kenntnis bekommen habe, habe er Arnold aufgefordert, über die Verhandlungen zu berichten. Das sei am Freitag geschehen; die Pressemeldungen seien nicht zuverlässig. Arnold habe zugegeben, daß er Gespräche geführt habe.[22] Die Erklärung der SPD- und der CDU-Fraktion hätten die Lage nicht sonderlich geklärt. Die Fraktion denke aber nicht an eine Entscheidung ohne Stellungnahme mit dem Bundeskanzler.

Kiesinger berichtet, er sei von Arnold um eine Unterredung gebeten worden. Er

21 Gemeint ist der Entwurf eines Staatsvertrags vom 24. August 1948, der die Bildung des Südweststaats vorsah, wenn in den drei Ländern die Mehrheit der abstimmenden Bevölkerung ihm zustimme (vgl. Feuchte S. 112ff.).

22 Zu Arnolds Gesprächen vgl. Hüwel S. 249–253. – Das „Gesetz zur Ordnung des Schulwesens im Lande Nordrhein-Westfalen vom 8. April 1952" trat am 19. April 1952 in Kraft (GV NW 1952 S. 61). Vgl. Buchhaas: Gesetzgebung S. 58–177.

habe vom Ministerpräsidenten Arnold gefordert, daß die Partei unter allen Umständen vor einer Entscheidung gehört werde. In Westfalen herrsche für eine Erweiterung der Koalition keine Stimmung, sie sei vor allem unmöglich vor Verabschiedung des Schulgesetzes.

Adenauer schildert seine eigenen Verhandlungen mit Arnold, der Erweiterungsabsichten der Koalition geleugnet habe. Das sei auch in einer Verhandlung mit den Herren Kiesinger und Blankenhorn geschehen. Die Erweiterung des Nordrhein-Westfalen-Kabinetts durch die SPD würde eine schwere Schwächung der Bundesregierung bedingen, daß eine solche Entwicklung nur bedauert werden könnte.

Der Vorstand beschloß, auf Vorschlag Tillmanns die beiliegende Entschließung anzunehmen[23].

Holzapfel beklagt sich über die Vorherrschaft der SPD in der Polizei und auf kulturellem Gebiet. Beispielsweise seien von dreizehn Schulräten zwölf Mitglieder der SPD.

Kaiser schlägt vor, die Diskussion abzubrechen und den Kanzler zu bitten, ein Gespräch mit Arnold über diese Frage herbeizuführen.

Damit war die Freitagssitzung des Vorstandes beendet. Gegen 23 Uhr vertagt er sich auf Samstag vormittag.

Fortsetzung der Sitzung des Parteivorstandes am 12. Januar 1952

Adenauer wirft die Frage auf, wie die Südweststaatfrage im Parteiausschuß behandelt werden soll.

Tillmanns schlägt vor, der Kanzler solle die gestern abend erfolgte Einigung des Vorstandes zur Lage erwägen.

Adenauer beabsichtigt, nicht viel darüber zu sagen. Vor allem aber müsse die Gemeinsamkeit der Auffassung des Vorstandes herausgebracht werden.

Simpfendörfer fordert, daß die Einigung sehr positiv herausgestellt würde.

Es wird beschlossen, die Herren Simpfendörfer, Dichtel und Tillmanns sollen eine entsprechende Erklärung formulieren.

Tillmanns schlägt vor, es sollten folgende Berichte gegeben werden: über die Organisation durch Tillmanns, über die Propaganda durch Wuermeling und über die politischen Aufgaben der Partei durch Kiesinger.

Adenauer bittet, insbesondere über die positiven Verhältnisse in den Ländern kein Blatt vor den Mund zu nehmen. Er erinnert an die gestrigen Bemerkungen Holzapfels, daß im evangelischen Landesteil von Nordrhein-Westfalen von dreizehn Schulräten zwölf der SPD angehören und daß die Polizei völlig der SPD ausgeliefert ist.

23 Anlage fehlt.

Zimmer bittet, eine Partei-Adresse aufzulegen, welche zentralen Positionen in Bund und Ländern die SPD besetzt hätte. Dabei solle besonders auf die Innenministerien, Kultusministerien und die Arbeitsverwaltungen geachtet werden.

Adenauer betont, in den Bundesministerien gäbe es wenig SPD-Leute, allerdings scheuten sich viele Beamte, sich zur CDU zu bekennen. Er hoffe aber, dies würde sich ändern, wenn wir 1953 die Wahl gewinnen würden.

Holzapfel erinnert daran, was die Bundesgeschäftsstelle bei Personalvermittlung bei den Ministerien leiste. Er schildert einzelne besonders krasse Fälle. Ferner fordert Dr. Holzapfel, daß für die Bundestagswahl die Wahlkreiseinteilung geändert und ein Wahlgesetz fertiggestellt werde. Erneut fordert Dr. Holzapfel die Errichtung von Patenkreisen innerhalb der CDU, um dadurch schwache Wahlkreise zu stärken.

Bach trägt den anliegenden Haushaltsplan der Bundespartei vor, der sich in einen ordentlichen und einen außerordentlichen Etat gliedert. Er habe der Bundesgeschäftsstelle zwar die Auflage gemacht, insgesamt 10 % einzusparen, da sonst die Finanzierung nicht gesichert sei.

Adenauer dankt den Herren Bach und ****[24] für ihre vorbildliche Haltung im Interesse der Finanzen. Er schlägt vor, den Etat vorläufig zu genehmigen und Anfang April endgültig darüber Beschluß zu fassen. Ferner müsse sich der Vorstand mit der Finanzierung der Jungen Union und der Fachausschüsse befassen.

Simpfendörfer verweist darauf, daß das „Wirtschaftsbild" noch nicht so gut sei, wie man wünschen müsse.

Bach berichtet von Gesprächen mit den Ministern Erhard und Schäffer wegen der Aktualisierung des „Wirtschaftsbildes".

Majonica berichtet, die Finanzen der Jungen Union seien durch einen Buchprüfer geprüft worden. Er fordere für die Junge Union einen Beitrag von DM 1.000,– monatlich.

Bach sagt nach Prüfung einen solchen Zuschuß zu.

Tillmanns schlägt vor, das „Wirtschaftsbild" in ein Organ zur Erforschung der Sozialen Marktwirtschaft umzubilden. Die Herren Dr. Hilpert, Strickrodt und Neuburger[25] sollen möglichst bald entsprechende Vorschläge ausarbeiten und dem Vorstand vorlegen.

Adenauer schneidet die Frage der Regelung der Vergütung für den 3er-Ausschuß an. Dr. Adenauer wird vom Vorstand ermächtigt, eine Vereinbarung darüber zu treffen.

Tillmanns erklärt, die Hauptaufgabe sei es, einen endgültigen Geschäftsführer zu bestellen. Nachdem die Verhandlungen mit Blank gescheitert sind, gebe es noch

24 Lücke im Text. Vermutlich Pferdmenges.

25 August Neuburger (geb. 1902), 1947–1952 Verwalter der Südwestbank im Bereich Württemberg-Baden, 1949–1961 MdB (CDU, 1957–1961 Vorsitzender des Finanzausschusses).

keinen neuen Vorschlag. Er bittet um die Ermächtigung, daß der Vorsitzende in Verbindung mit dem geschäftsführenden Vorstand diese Frage regeln kann.

Adenauer erklärt, man könne nicht so tun, als ob die Verhältnisse in der Bundesgeschäftsstelle in Unordnung seien, eine solche Behandlung sei für Lubbers kläglich, ebenso für Dr. Holzapfel und Bach. Man müsse feststellen, daß die Verhältnisse in Ordnung seien.

Hilpert schlägt vor, der Vorstand müsse sich im Februar ganztägig mit der Frage Bundesgeschäftsführer beschäftigen.

Gröwel bittet, in die Landesverbände Frauenreferate einzufügen.

Adenauer erklärt, die Frage des Bundesgeschäftsführers könne nicht nur mit dem geschäftsführenden Vorstand geklärt werden, darüber müsse der gesamte Vorstand der Partei entscheiden.

Der Vorstand entschied, in der nächsten Sitzung die Frage zu behandeln.

Zum Abschluß teilt *Strickrodt* die Verhältnisse in der NEI mit. Wegen des Beginns der Parteiausschußsitzung kann die Frage nicht mehr behandelt werden.

Schluß der Sitzung kurz nach 10 Uhr.

11

Bonn, 29. Februar 1952

Bericht Adenauers über seine Reise nach London. Finanzielle Aufwendungen zum Wehrbeitrag. Wiedergutmachung. CDU-Bundesgeschäftsführer.

Beginn: 10.15 Uhr *Ende: 13.00 Uhr*

Lenz-Tagebuch

Adenauer gedenkt zunächst des plötzlich verstorbenen Abgeordneten Schröter[1]. Er gibt dann einen Überblick über London[2] und führt aus, wie schwierig die Lage

1 Schröter war am 25. Februar 1952 verstorben. Vgl. Nr. 1 Anm. 34.

2 Adenauer war am 14. Februar zur Beisetzung König Georgs VI. von Großbritannien nach London geflogen. Vom 17.–19. Februar fanden dort Besprechungen der Außenminister Frankreichs und Englands mit dem amerikanischen Staatssekretär Dean Acheson über Fragen der Deutschlandpolitik und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft statt, zu denen auch Adenauer zugezogen wurde (vgl. AdG 1952 S. 3352–3354; ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 524–527).

vor London gewesen wäre. Er teilt mit, daß das Kabinett Faure[3], dessen Schwäche sich ja schon während London gezeigt habe, diese Nacht zurückgetreten wäre. Er führt aus, daß eine Gruppe von Sozialisten in Frankreich sich gegen die Verteidigungsgemeinschaft ausgesprochen habe.[4] Auch die deutsche SPD sei auf dem Wege, eine Schwenkung nach Osten zu vollziehen.

Er spricht dann über die finanziellen Leistungen für den Wehrbeitrag. Schäffer verlange dafür allerdings 40 % der Einkommensteuer. Hierüber sei gestern mit den Ländern verhandelt worden.[5]

Er spricht dann über die Wiedergutmachungsfragen gegenüber den Juden und über die Schuldenverhandlungen.[6]

Er gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die SPD völlig totalitär regieren werde. Sie drohe ja jetzt schon offen damit, auf die Straße zu gehen. Er kommt auf die Korruptionsfälle [!] gegen führende SPD-Leute zu sprechen.[7]

Es kommt dann zur Diskussion über die Frage des Geschäftsführers.

Bach spricht für die Vereinigung des Amtes des Schatzmeisters mit dem des Geschäftsführers.

Tillmanns tritt ihm entgegen. Er verlangt einen hauptamtlichen Geschäftsführer. Er schlägt Herrn Regierungsrat Heck[8] vor.

Adenauer hält dies nicht für einen geeigneten Vorschlag.

Die Niederschrift Strickrodts[9] nennt als weitere Sprecher anschließend Lubbers, von Brentano, Lensing, Gurk, Bach, Adenauer und Tillmanns, die sich zur Frage der organisatorischen und politischen Leitung der Bundesgeschäftsstelle äußern. Die Überlieferung endet mit dem Beschluß: Heck in Aussicht genommen, jedoch erst Probezeit.

---

3 Edgar Faure (geb. 1908), Mitglied der radikalen Partei, stand seit dem 20. Januar 1952 einer Koalitionsregierung von Sozialisten, Radikalen, Unabhängigen Radikalen, Unabhängigen aus Übersee, des MRP sowie der „action paysanne" vor (AdG 1952 S. 3304); seine Regierung stürzte über die Frage einer Steuererhöhung (EBD. S. 3366f.).

4 Bei der Debatte über die EVG am 16. Februar hatte Ministerpräsident Faure die Abstimmung über die Tagesordnung zum Pleven-Plan mit der Vertrauensfrage verknüpft. 20 von 106 Sozialisten hatten gegen die Regierung gestimmt (AdG 1952 S. 3351f.).

5 Am 28. Februar hatten Verhandlungen zwischen Adenauer, Schäffer und den Ministerpräsidenten und Länderfinanzministern stattgefunden (vgl. FAZ vom 29. Februar 1952: „Wenig Aussicht für Schäffers Forderungen").

6 Vgl. Nr. 4 Anm. 16, Nr. 13 Anm. 26, Nr. 19 Anm. 3.

7 Möglicherweise Anspielung auf Diebstahl von Dokumenten aus dem Bundeskanzleramt, die den SPD-Abgeordneten Kurt Schumacher und Adolf Arndt zugeleitet worden waren. Der Bundestagsausschuß für Immunität lehnte es ab, die Immunität der beiden Abgeordneten aufzuheben, gegen die ein Strafverfahren wegen Hehlerei eingeleitet werden sollte (vgl. AdG 1952 S. 3306).

8 Dr. Bruno Heck (geb. 1917), 1950–1952 Regierungsrat im Kultusministerium Württemberg-Hohenzollern, 1952–1958 Bundesgeschäftsführer der CDU, 1957–1976 MdB, 1962–1968 Bundesminister für Familie und Jugend, 1967–1971 Generalsekretär der CDU, seit 1968 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

9 ACDP I-085-051; vgl. S. XXV.

12

Bonn, 13. Juni 1952

Sprecher: Adenauer (zeitweise anwesend), Bach, Blank, von Brentano, Cillien, Dichtel, Heck, Johnen (zeitweise), Kaiser (zeitweise), Kather, Kiesinger, Lenz, Simpfendörfer, Strickrodt, Tillmanns, Wuermeling, Zimmer.
Bericht Adenauers zur Lage: Verabschiedung des LAG, Koordinierung der CDU/CSU-Politik in Bund und Ländern, Verhältnis zur Opposition und zum DGB, Deutschland- und EVG-Vertrag, Einschätzung der sowjetischen Politik. Aussprache: Innenpolitische Konsequenzen des LAG und der beiden Verträge, Hinzuziehung von Landesvorsitzenden und CSU-Generalsekretär zu Vorstandssitzungen. Tagesordnung des Bundesparteiausschusses am 14. Juni 1952, Stellungnahme zum Pfleiderer-Plan. Arbeit der Bundesgeschäftsstelle, Informationspolitik, Kauf eines Hauses; Finanzen der Partei. Verhältnis zu den NEI. Saarfrage. Stellungnahme der Regierungen von Nordrhein-Westfalen und Bayern zum LAG. Termin und Ort des nächsten Bundesparteitags.

Beginn: 10.30 Uhr *Ende: 20.30 Uhr*

Adenauer eröffnete die Sitzung um 10.30 Uhr mit dem Hinweis, daß die heutige Sitzung praktisch den Beginn des Bundestagswahlkampfes darstelle. Er wies darauf hin, daß er nur bis 16 Uhr zur Verfügung stehen könne, da er zu diesem Zeitpunkt die Besprechung mit dem DGB festgesetzt habe[1]. Anschließend dankte der Bundeskanzler den Abgeordneten Kather und Kunze[2] für ihre mühevolle Arbeit am Lastenausgleichsgesetz, das nunmehr eine befriedigende Lösung gefunden habe. Leider sei der große Erfolg, den die CDU mit der Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes im Bundestag errungen habe, durch die Haltung von Nordrhein-Westfalen und Bayern im Bundesrat ernstlich gefährdet worden[3]. Um dies für die

1 Bei dieser Gesprächsrunde am 11. Juni in Düsseldorf und am 13. Juni, an der auch Ministerpräsident Arnold teilnahm, ging es um noch strittige Fragen der Mitbestimmung. Vgl. HÜWEL S. 239.

2 Johannes Kunze (1892–1959), 1925 Verwaltungsdirektor der Bodelschwinghschen Anstalten in Bethel, 1945 Mitglied des Kreistags Bielefeld (CDU, Fraktionsvorsitzender), stv. Landrat, 1946 MdL Nordrhein-Westfalen, 1949–1959 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für den Lastenausgleich).

3 Das Gesetz über den allgemeinen Lastenausgleich war am 16. Mai 1952 mit 209 : 144 Stimmen bei 11 Enthaltungen vom Bundestag beschlossen worden. Der Bundesrat gab seine Stellungnahme am 28. Mai ab und rief den Vermittlungsausschuß zu insgesamt 41 Punkten des Gesetzentwurfes an. Der Vermittlungsausschuß setzte wegen der außergewöhnlichen Schwierigkeiten am 12. Juni einen Unterausschuß ein, der seine Vorschläge am 4. Juli einreichte. Am 10. Juli stimmte der Bundestag über diese vorgeschlagenen Gesetzesänderungen ab (208 : 139 Stimmen bei 6 Enthaltungen); der Bundesrat stimmte am 18. Juli mehrheitlich zu. Damit konnte das Gesetz am 14. August ausgefertigt und am 18. August verkündet werden (BGBl I S. 445), in Kraft trat es am 1. September 1952.

Zukunft zu vermeiden, sei es unbedingt notwendig, in wichtigen Fragen eine Koordinierung der Politik auf Bundesebene und auf Landesebene dort, wo die CDU verantwortlich die Regierung trägt, herbeizuführen.

Zur Opposition bemerkte der Kanzler, daß Schumacher und Ollenhauer[4] sich in einer Weise entwickelt hätten, daß man mit ihnen praktisch nicht mehr verhandeln könne. Die beißende Schärfe, die Arndt[5] immer wieder zeige, und die Ungezogenheit, mit der Schoettle[6] einem begegne, finde sich auf der ganzen Linie der SPD. Auch Reuter habe erst vor kurzem die Bundesregierung beleidigt. Man müsse auch darauf hinweisen und diese Tatsache nicht aus dem Auge verlieren, daß die SPD immer wieder die Verbindung mit der KPD eingehe (vergleiche Bundestagsnachwahl Heilbronn und Neumünster-Bad Segeberg)[7]. Alles in allem, das Verhältnis zur Opposition habe sich in ungewöhnlicher Weise zugespitzt, und man könne aus dieser Feststellung nur die Konsequenz ziehen, daß wir aus der Defensive in die Offensive gegenüber der SPD treten müßten.

Zu der durch die jüngste Aktion des DGB heraufbeschworenen Situation bemerkte der Kanzler folgendes:

Fette[8] habe eine scharfe Opposition zu bestehen, die aus den Kreisen um Freitag[9] käme. Er sei nicht so standfest gegen den radikalen Druck wie Böck-

4 Erich Ollenhauer (1901–1963), 1949–1963 MdB (SPD), 1952–1963 Partei- und Fraktionsvorsitzender. Vgl. Brigitte SEEBACHER-BRANDT: Ollenhauer. Biedermann und Patriot. Berlin 1984; KLOTZBACH.

5 Dr. Adolf Arndt (1904–1974), 1949–1969 MdB (bis 1963 Geschäftsführer der SPD-Fraktion), 1956–1964 Mitglied des Parteivorstands, 1963–1964 Senator für Wissenschaft und Kunst in Berlin. Vgl. Horst EHMKE/Carlo SCHMID/Hans SCHORAUN (Hrsg.): Festschrift für Adolf Arndt zum 65. Geburtstag. Frankfurt 1969.

6 Erwin Schoettle (1899–1976), 1919 SPD, bis 1929 sozialistische Jugendbewegung, bis 1933 im Landesvorstand der SPD in Württemberg, 1933 und 1946–1947 MdL Württemberg, 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates (Fraktionsvorsitzender), 1947–1962 und 1968 Vorsitzender der SPD Württemberg, 1949–1972 MdB.

7 Die Nachwahl vom 4. Mai 1952 in Segeberg-Neumünster ergab: 35,0 % CDU, 31,9 % SPD, 22,1 % BHE, 10,5 % SRP. Die KPD hatte auf eine Wahlbeteiligung zugunsten der SPD verzichtet (UiD vom 7. Mai, 10. Mai 1952). – Die Nachwahl in Heilbronn vom 30. März 1952 hatte folgendes Ergebnis bei einer Wahlbeteiligung von 51,78 %: SPD 25.255 Stimmen (35,99 %), DVP/FDP 42.326 (60,32 %), KPD 2.588 (3,68 %). Die CDU hatte auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet. Gewählt wurde für den am 31. Januar 1952 verstorbenen Georg Kohl (DVP/FDP) Adolf Mauk (Deutscher Bundestag, Parlamentsarchiv).

8 Christian Fette (1895–1971), bis 1933 Gauvorsteher des Verbandes der Deutschen Buchdrucker für Rheinland-Westfalen, 1946–1952 Vorsitzender des Industrieverbandes Druck und Graphik in Nordrhein-Westfalen, 1948 Vorsitzender der IG Druck und Papier, 1951–1952 Vorsitzender des DGB. Vgl. Gerhard BEIER: Schulter an Schulter, Schritt für Schritt. Köln 1983 S. 53–58.

9 Walter Freitag (1889–1958), 1920–1933 Leiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes des Bezirks Hagen, 1932 MdPrL (SPD), 1946–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1946–1952 Vorsitzender der IG Metall, 1949–1953 MdB, 1952–1956 Vorsitzender des DGB.

ler[10]. Wahrscheinlich müsse er immer wieder Proben seines radikalen Mutes geben, um sich halten zu können. Daher die Maßnahmen, mit denen das Parlament unter Druck gesetzt werden soll. Diese Maßnahmen würden im Grunde nicht dem Betriebsverfassungsgesetz, sondern dem Deutschlandvertrag und dem Vertrag über die EVG gelten; es handle sich also um einen rein politischen Streik[11]. Hier offenbarten sich verstärkt kommunistische Tendenzen. Man könne jedoch feststellen, daß die Reaktion der öffentlichen Meinung die Position der besonnenen Elemente in der Gewerkschaft gestärkt habe.

Er selbst habe Verhandlungen abgelehnt, solange durch die Maßnahmen der Gewerkschaften das Parlament unter Druck gesetzt sei. Ministerpräsident Arnold habe sich große Verdienste erworben dadurch, daß es ihm gelungen sei, diesen Druck zu beseitigen. Zunächst seien wir verpflichtet, das, was der DGB erklärt habe, als ernstlich erklärt anzunehmen. Er glaube, daß es praktisch darum gehe, daß die Betriebsräte in die Hand der Gewerkschaftsfunktionäre kämen. Einige Betriebe hätten das Abkommen, nach dem die Gewerkschaftsbeiträge durch Lohnabzug einbehalten werden, gekündigt. Er betrachte dies als eine sehr heilsame Maßnahme.

Wir müßten uns darüber im klaren sein, daß, wenn Fette nicht zum DGB-Vorsitzenden gewählt würde, wahrscheinlich die radikal-parteipolitisch-sozialistische Richtung zum Zuge käme. Es sei unbedingt notwendig, daß wir, wo immer es gehe, die konfessionellen Arbeitervereine zu kräftigen suchten. Es zeige sich immer deutlicher, daß die Schulungsarbeiten des DGB in rein materialistischer Richtung erfolgten. Dagegen könne nur über die konfessionellen Arbeitervereine ein Gegengewicht geschaffen werden.

Zur Außenpolitik machte der Kanzler folgende Ausführungen: Bei der Betrachtung der nunmehr unterzeichneten Verträge dürfe man nicht außer acht lassen, daß die Westalliierten in verschiedenen Fragen sehr verschiedener Meinung gewesen

---

10 Hans Böckler (1875–1951), 1894 SPD und Deutscher Metallarbeiter-Verband (1910 Bezirksleiter für Schlesien, 1920 1. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Köln), 1920–1933 MdR, 1945 Organisator des Wiederaufbaus der Gewerkschaften im DGB, 1947 Vorsitzender des DGB in der britischen Zone, 1949 in der Bundesrepublik, 1946 MdL Nordrhein-Westfalen. Vgl. Christian WINTHER in DEMOKRATEN S. 44–66; zum Verhältnis zwischen Böckler und Adenauer vgl. Alfred ROSENBERG: Adenauer und die Gewerkschaften, in KONRAD ADENAUER 1 S. 255–259.

11 Der DGB hatte bereits im Mai mit bundesweiten Streikaktionen gedroht, wenn der von der Regierung ausgearbeitete Betriebsverfassungsgesetzentwurf, der eine echte Mitbestimmung der Arbeitnehmer verhindere und die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu untergraben suche, nicht geändert würde (vgl. AdG 1952 S. 3473). – Das Betriebsverfassungsgesetz wurde am 19. Juli 1952 durch den Bundestag verabschiedet (BUCHHAAS: Gesetzgebung S. 178–288). – Am 26. Mai 1952 Unterzeichnung des Generalvertrags (Deutschlandvertrag) und der Zusatzverträge in Bonn (AdG 1952 S. 3485–3491), am 27. Mai 1952 des Vertrags zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in Paris (EBD. S. 3492–3495).

seien, da sie nicht nur als Hohe Kommissare, sondern auch als Vertreter ihrer Regierung verhandelt hätten. Deswegen seien die Verhandlungen auch ungewöhnlich zeitraubend gewesen. Man habe aus praktischen Gründen auf drei Ebenen verhandelt. Auf der ersten Ebene hätten die Fachleute und Experten das Wort gehabt, auf der mittleren Ebene hätte man versucht, im allgemeinen politisch eine Einigung zu erzielen, und auf der obersten Ebene seien dann die Schwierigkeiten besprochen worden, die auf der mittleren Ebene nicht hätten bereinigt werden können.

Er müsse auch ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Verhandlungen nicht auf dem Petersberg stattgefunden hätten. Er selbst sei bei den Verhandlungen völlig frei gewesen, und das sei der entscheidende Gegensatz zu Versailles.

Nach der Kapitulation 1945 hätten zunächst die vier Mächte sämtliche Regierungsbefugnisse übernommen. Dann sei es zu Differenzen zwischen Sowjetrußland und den drei Westalliierten gekommen und als Folge davon die Zweiteilung und für uns im Westen eine Dreimächteregierung. 1945 hätten lediglich die Gemeindeverwaltungen noch einigermaßen funktioniert. Die siebenjährige Regierungstätigkeit der Besatzungsmächte könne nun heute nicht einfach abgeschnitten werden, um völlig neu anzufangen. Man hätte einen Übergang finden müssen. Des weiteren könne auch heute der Bruch mit Sowjetrußland nicht einfach eklatant vollzogen werden. Hier würden die Gründe liegen für die drei Vorbehalte, die die Westalliierten in den beiden Vertragswerken gemacht hätten (Einschränkung der Souveränität der Bundesrepublik bezüglich Berlin, bezüglich der gesamtdeutschen Fragen, bezüglich der Anwesenheit fremder Truppen auf deutschem Boden). Er müsse jedoch darauf hinweisen, daß diese Vorbehalte weitgehend im deutschen Interesse lägen. Es sei deswegen auch in dem Vertrag festgehalten, daß diese Vorbehalte nicht ausdrücklich als zu Recht bestehend anerkannt würden, daß sie zur Kenntnis genommen würden und daß man nichts dagegen mache und die Alliierten bei der Durchführung ihrer Aufgaben unterstütze.

Der Kanzler gab dann eine kurze Inhaltsübersicht über die Verträge, um deutlich zu machen, welch ungeheure Materie bearbeitet werden mußte. Nach der Ratifizierung der Verträge folge die Arbeit, die Verträge zu realisieren. Er selbst wisse genau, daß zur Kritik reichlich Stoff vorhanden sei. Es sei selbstverständlich, daß dort, wo zwischen mehreren Teilnehmern eine Verständigung erzielt werden solle, man zu Konzessionen bereit sein müsse. Wichtig und entscheidend seien die leitenden Grundsätze und das politische Ziel der Verträge.

Nachdem im Südweststaat eine SPD-Mehrheit die Regierungspolitik bestimme, komme der Frage, ob die Verträge Zustimmungsgesetze seien oder nicht, große Bedeutung zu.[12] Es sei geradezu ein Treppenwitz der Weltgeschichte, daß die Ent-

12 Wahlergebnis vom 9. März 1952: CDU 35,9 % (50 Sitze), SPD 28,0 % (38), FDP/DVP 18,0 % (23), BHE 6,2 % (6). Unter Reinhold Maier kam es zur Koalition von SPD, FDP/DVP und BHE. Maier hatte zwar der SPD zugesichert, die EVG-Verträge im Bundesrat

scheidung über Verträge von so weittragender Bedeutung unter dem Gesichtspunkt gefällt würde, ob Landesbehörden vom Bund errichtet werden können oder nicht. Der Rechtsausschuß des Bundesrates stehe nicht auf dem Standpunkt der Regierung. Nach Artikel 24 des Grundgesetzes könne der Bund sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen. Im Parlamentarischen Rat sei bei der Beratung des Artikels gerade durch den Sprecher der SPD eindeutig zum Ausdruck gebracht worden, daß diese Einordnung so leicht wie möglich gemacht werde und daher im Wege der einfachen Gesetzgebung ermöglicht werden müsse. Jetzt nehme die SPD urplötzlich eine andere Haltung ein.[13] Der Bundesrat habe im ersten Durchgang gar keine Äußerungen abgegeben. Im Bundestag wünsche die SPD eine möglichst lange Diskussion, um über der Kritik an Einzelheiten die Gesamtkonzeption der Verträge zu zerreden. Sie wünschte und hoffe, daraus für die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen[14] den notwendigen Agitationsstoff zu bekommen. Vom Ältestenrat sei erwogen worden, die Parlamentsferien hinauszuschieben, um die Verträge noch vorher zu verabschieden. Es sei kein Zweifel, daß die Stimmabgabe der SPD schon jetzt feststehe. Man dürfe jedoch die Ratifizierung der Verträge nicht so beschleunigen wollen, daß daraus der SPD ein Agitationsvorwand erwachse. Die Entscheidung liege beim Bundestag. Eine Verschiebung der Ratifizierung auf September könne sehr unliebsame Wirkungen auf die Politik der übrigen Mächte haben. Gewisse Kreise in Frankreich seien auch bereit, eine Viermächte-Konferenz ohne Tagesordnung zu bejahen. Das Ergebnis davon wären lange Verhandlungen, die zur Folge hätten, daß die Ratifizierung der Verträge in der Schwebe bliebe. Die Zeit würde dann zweifellos ausschließlich für Sowjetrußland arbeiten. Wichtig sei, daß im Bundestag schon jetzt, Anfang Juli, eine entschiedene Haltung zum Ausdruck komme.

Der Deutschlandvertrag sei lediglich eine Etappe auf dem Wege zum endgültigen Ziel. Man dürfe den Status, der damit erreicht sei, nicht als einen Dauerzustand ansehen, der endgültige Verhältnisse schaffe. Das käme ja schon deutlich in der Revisionsklausel zum Ausdruck. Nach Verständigung mit Sowjetrußland sei eine grundsätzliche Revision notwendig. Im übrigen dürfe man den Deutschlandvertrag nur im Zusammenhang mit dem EVG-Vertrag sehen, der viel größere Bedeutung habe und die große Politik der Zukunft mitbestimmen werde. Man solle sich auch nicht täuschen, die Sowjets würden die Deutsche Demokratische Republik nicht freigeben, bevor nicht die Situation sich so geändert habe, daß gleichzeitig das Problem der osteuropäischen Staaten mitbehandelt werden müsse. Eine Änderung in dem politischen Verhalten der Sowjets in der Deutschen Demokratischen Repu-

---

abzulehnen, ließ sie aber auf Druck seiner Parteifreunde im Bund doch passieren. Vgl. dazu ADAM: CDU in Landesversammlung und Landtag, in CDU IN BADEN-WÜRTTEMBERG S. 258ff.

13 Zur Haltung der SPD vgl. LÖWKE S. 48–61.

14 Die Kommunalwahlen in beiden Ländern fanden am 9. November 1952 statt.

blik müsse notwendig starke Rückwirkungen auf die Satellitenstaaten haben. Er erinnere nur an die Verhältnisse in Polen, wo ziemlich sicher feststehe, daß über 70 % der Bevölkerung das bolschewistische System ablehnen. Sowjetrußland müsse deshalb diese Frage in ihrer Gesamtheit betrachten und könne sie auch nicht anders behandeln. Das Ziel Sowjetrußlands sei die Neutralisierung Deutschlands, um auf diesem Wege ihre Herrschaft über ganz Europa auszudehnen. Der größte Gegner Sowjetrußlands seien die Vereinigten Staaten, denen Sowjetrußland auch heute schon militärisch nicht gewachsen sei. Wenn Deutschland in den Satellitenbereich Sowjetrußlands einbezogen sei, könne die Frage der Integration Europas als erledigt betrachtet werden. Dann werde Sowjetrußland Europa beherrschen und sei dann allerdings ein vollwertiger Gegner der Vereinigten Staaten. Dieses Ziel komme in der Sowjetnote voll zum Ausdruck[15]. Sobald Sowjetrußland erkannt habe, daß dieses Ziel so nicht erreicht werden könne, müsse es sich mit der neuen Lage befassen und sich schließlich auch zu Verhandlungen bereit erklären. Sowjetrußland könne auf die Dauer seine ganze Menschen- und Finanzkraft nicht ausschließlich für die Rüstung einsetzen, da die übrigen Aufgaben in Sowjetrußland immer dringlicher würden. Der Zeitpunkt für eine Revision seiner Außenpolitik dürfte für Sowjetrußland dann zwingend gegeben sein, wenn es sehe, daß der Weg über die Bedrohung und den Kalten Krieg nicht zum Ziele führe und die Investition von Menschen- und Kapitalkraft ausschließlich für Rüstung nicht mehr möglich sei.

Als wesentlichen Erfolg der beiden Verträge bezeichnete der Kanzler die Tatsache, daß wir nicht mehr Objekt der Politik seien. Deutschland sei nunmehr an der strategischen Planung mitbeteiligt. Das militärisch-fachliche Urteil von Heusinger[16] und Speidel[17] sei bei der strategischen Konzeption bereits stark beachtet worden, einer Konzeption, die heute davon bestimmt sei, den Feind zu zwingen, nicht bei uns einzubrechen, während früher die Verteidigung jenseits des Rheines vorgesehen gewesen sei. Häufig werde der Besorgnis Ausdruck gegeben, daß die Amerikaner, wenn die Rüstung einmal stehe, sich zu einem Angriffskrieg präventiver Art hinreißen ließen; dem stünden jedoch Erklärungen Eisenhowers und Trumans gegenüber.

---

15 Anspielung auf die sog. „Stalin-Note" vom 10. März 1952 (Wortlaut in AdG S. 3387) und den darauffolgenden Notenwechsel zwischen der Sowjetunion und den Westmächten. Vgl. GRAML; WETTIG; STEININGER.

16 Adolf Heusinger (1897–1982), 1921–1945 Offizier (seit 1940 Chef der Operationsabteilung des Heeres), 1950 militärischer Berater Adenauers, 1952 Leiter der Militärabteilung der Dienststelle Blank, 1955 Vorsitzender des militärischen Führungsrates im Bundesverteidigungsministerium, 1957 Leiter der Abteilung Gesamtstreitkräfte, 1957–1961 Generalinspekteur der Bundeswehr, 1961–1964 Vorsitzender des NATO Military Commitee in Permanent Session in Washington.

17 Dr. Hans Speidel (1897–1984), Chefdelegierter bei der Konferenz zur Bildung der EVG, 1955–1957 Leiter der Abteilung Gesamtstreitkräfte im Bundesverteidigungsministerium, 1957–1963 Oberbefehlshaber der alliierten Landstreitkräfte in Mitteleuropa, 1963–1964 Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Verteidigungsfragen (Erinnerungen: Aus unserer Zeit. 3. Aufl. Berlin/Frankfurt/Wien 1977).

Die Ernennung Kennans[18] zum Botschafter in Moskau sei ein deutlicher Beweis dafür, daß das Ziel der Amerikaner Verständigung mit Sowjetrußland sei. Er selbst habe mit Kennan eine Aussprache unter vier Augen gehabt, und dabei habe sich ergeben, daß die Anschauungen Kennans mit seinen persönlichen vollkommen übereinstimmen.

Man dürfe auch nicht übersehen, daß, falls in dieser Haltung jemals eine Änderung eintreten sollte, die Bundesrepublik, wenn sie einmal in ein, zwei, drei oder vier Jahren 12, 24 oder 36 Divisionen stelle, die Möglichkeit habe, evtl. gegen solche Tendenzen einwirken zu können.

Er wisse, daß die Truppenverträge lästig seien. Sie seien jedoch nicht zu umgehen gewesen, und es sei ja auch nach zwei Jahren eine Revision vorgesehen.

Bei den Verhandlungen um den Finanzbeitrag der Bundesrepublik habe sich Minister Schäffer durch seine Hartnäckigkeit große Verdienste erworben.[19]

Im übrigen müsse man sich doch sehr genau überlegen, was einträte, wenn wir diesen Schritt nicht tun würden. Wir hätten lediglich die Wahl, die fremden Truppen zu verstärken, d.h. wir müßten weiterhin zahlen, hätten aber nichts zu sagen; oder das auch noch abzulehnen und dann in Kauf zu nehmen, daß wir ein ungedecktes Land seien, das notwendig in der Auseinandersetzung Kriegsschauplatz werden müßte. Bei der Unterzeichnung des EVG-Vertrages in Paris sei ihm deutlich demonstriert worden, welches Maß an Sicherheit die Bundesregierung durch den Abschluß der Verträge erreichen werde. Neben den Vertretern der Staaten, die den Vertrag über die EVG abgeschlossen hätten, seien sämtliche Vertreter der NATO-Länder anwesend gewesen. Wir seien nach Ratifizierung der Verträge eingebettet in die ganze überwältigende Kraft des westlichen Sicherheitssystems. Was das bedeute, werde einem erst klar, wenn man sich überlege, daß im Brüsseler Pakt Deutschland noch als möglicher Feind behandelt worden sei[20]. Heute komme zu dem EVG-Vertrag und zu der Sicherheit, die er biete, noch der Bündnis-Vertrag mit England. Er erinnere sich sehr deutlich an die Geschichte von 1900 bis 1914. In diesen Jahren sei es England nicht gelungen, zu einem Bündnis mit uns zu kommen, und die Folge sei der Krieg 1914/18 gewesen. Deutschland habe über 100 Jahre isoliert dagestan-

18 George Frost Kennan (geb. 1904), amerikanischer Politiker und Historiker; 1947–1949 Chef eines außenpolitischen Planungsstabes, 1949–1950 Leiter der Planungsabteilung im amerikanischen Außenministerium, 1950 politischer Berater der Regierung in Ostfragen, 1952 Botschafter in Moskau, 1961–1963 in Belgrad. – Kennan war für die „Eindämmungstheorie" während der Truman-Regierung verantwortlich, wandte sich jedoch später davon ab (vgl. Memoiren eines Diplomaten. 5. Aufl. Stuttgart 1969; Memoiren 1950–1963. Frankfurt 1973).

19 Zum Finanzabkommen zwischen der Bundesrepublik und den drei Westmächten vgl. Die Vertragswerke von Bonn und Paris vom Mai 1952. Dokumente und Berichte des Europa-Archivs Bd. 10. Frankfurt 1952.

20 Im Brüsseler Vertrag vom 17. März 1948 zwischen Großbritannien, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg werden für den Fall der Erneuerung einer deutschen Aggressionspolitik Schritte vorgesehen (Wortlaut in AdG 1948/49 S. 1422).

den; denn auch der Dreibundvertrag[21] hätte uns keine Einbettung in das System der Großmächte gebracht. Italien habe auch im Dreibundvertrag den Vorbehalt gemacht, daß England nicht auf der anderen Seite stehen dürfe.

Wir übernähmen zweifellos mit der Ratifizierung der Vertragswerke eine ungeheure Verantwortung. Wer sich weigere, diese Verantwortung zu übernehmen, entschließe sich eo ipso für den Untergang der Partei. Man müsse sich die große Entscheidung vor Augen halten, um zu verstehen, daß hier nur eine Bejahung aus vollem Herzen in Frage käme.

In der Aussprache wies *Lenz* darauf hin, daß sich die öffentliche Meinung seit 1951 erheblich zugunsten der Regierungspolitik und der Partei gewandelt habe. Es herrsche jedoch immer noch erschreckende Unkenntnis über die Verwendung der Steuergelder. In weiten Kreisen der Bevölkerung sei man immer noch der Auffassung, daß das meiste Geld für Besatzungskosten und Ministergehälter ausgegeben werde. Die öffentliche Meinung gegenüber dem Parlament sei im allgemeinen noch recht negativ. Nur 36 % wisse etwas von seinem Abgeordneten und nur 30 % etwas von dessen Tätigkeit.

Simpfendörfer wies darauf hin, daß hier wichtige Hinweise für die Partei gegeben seien, wie die Wähler angesprochen werden müßten. Er sei der Auffassung, wir müßten die Politik, die in den beiden Verträgen zum Abschluß komme, propagandistisch an das Volk herantragen. Ausgezeichnet habe das Interview des Kanzlers mit Friedlaender gewirkt.[22]

Dichtel dankte dem Kanzler für seine Ausführungen und stellte folgende Fragen: 1. Wird die Regierung den Bundestag auch dann nicht auflösen, wenn die Ratifizierung der Verträge scheitern sollte? 2. Wann beginnen wir mit der Aufstellung der Truppen? Erfolgt sie auf der freiwilligen Basis oder auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht? Im Südwesten sei seit der Verteidigungsdebatte eine wesentlich positivere Haltung zur EVG festzustellen. Er machte jedoch darauf aufmerksam, daß die Einziehung der ersten Rekruten nicht unmittelbar mit dem Termin der Bundeswahl zusammenfallen dürfe. 3. Wird die Bundesregierung Schritte unternehmen, um bei dem Überleitungsgesetz die Frage der Verfassungswidrigkeit aufzuwerfen?

---

21 Vertrag zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien vom 20. Mai 1882.

22 Vgl. Rundfunkinterview (NWDR) mit Ernst Friedlaender vom 24. April 1952, abgedruckt in BULLETIN Nr. 47 vom 26. April 1952 S. 487f.; vgl. auch Interview vom 5. März 1952 (Wehrbeitrag – ein Friedensbeitrag. Deutschland muß entweder in Europa aufgehen oder ohne Europa untergehen), abgedruckt in BULLETIN Nr. 27 vom 6. März 1952 S. 261 ff. – Ernst Friedlaender (1895–1973), 1946–1950 Redakteur und stv. Chefredakteur „Die Zeit", danach freier Publizist und Rundfunkkommentator, Ehrenpräsident der Europa-Union Deutschland. Vgl. biographische Skizze in: Ernst Friedlaender, Klärung für Deutschland. Leitartikel in der „Zeit" 1946–1950. Hrsg. von Norbert FREI, Franziska FRIEDLAENDER. München/Wien 1982 S. 7–33.

Adenauer antwortete wie folgt: Zu 1: Wenn der Bundesrat seine Zustimmung zu den Verträgen verweigere, so hätte es keinen Sinn, deswegen den Bundestag aufzulösen, da eine Neuwahl des Bundestages an den politischen Verhältnissen des Bundesrates nichts ändere. Die Bundestagswahlen 1953 seien die entscheidenden Wahlen. Sie brauchten deshalb sorgsamste Vorbereitung. Wenn wir diese Wahl nicht gewännen, komme ohne Zweifel der Sozialismus und der Materialismus. Wir müßten deswegen jeden Tag für die Vorbereitung ausnutzen und würden deswegen auch den Auftrag, den uns das Volk für vier Jahre erteilt habe, vier Jahre ausüben.

Zu 2 werde am besten Herr Blank antworten.

Zu 3: Südbaden habe eine Klage ausgearbeitet, die sehr gut sei. Er bitte jedoch darum, die Klage noch aufs Eis zu legen, da z.Z. der Bundespräsident sich bemühe, Herrn Ministerpräsident Maier und ihn, den Bundeskanzler, zu einem Gespräch zusammenzuführen, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Man müsse deswegen doch zweckmäßigerweise dieses Zusammentreffen abwarten.

Zu 2 führte *Blank* aus, daß es aus technischen Gründen frühestens zwölf Monate nach Inkrafttreten der Verträge möglich sei, Rekruten einzuziehen, also frühestens nach der Bundestagswahl. Im übrigen sei es aus technischen Gründen notwendig, länger dienende Freiwillige einzuberufen.

Kather unterstrich die Ausführungen des Kanzlers den Lastenausgleich betreffend und wies darauf hin, daß durch die Haltung des Bundesrates der Erfolg, der durch die Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes errungen worden sei, in Frage gestellt werde. Die Situation im Vermittlungsausschuß sei sehr schwierig. Bei Verschlechterung des Gesetzes sei die Zustimmung der Flüchtlingsvertreter zu dem Gesetz nicht mehr möglich. Der Bundesrat habe die positiven Auswirkungen für die Wirtschaft der Länder nicht berücksichtigt. Durch die Haltung der Länder Nordrhein-Westfalens und Bayerns sei eine Vertrauenskrisis entstanden. Man müsse auf Bayern und Nordrhein-Westfalen einwirken, dann könne ein Stimmenverhältnis von 10:10 im Vermittlungsausschuß erzielt werden, vor allem, da Berlin im Vermittlungsausschuß stimmberechtigt sei.

Die Verantwortung liege bei den Ländern, in denen der BHE in der Koalition sitze. Er selbst befände sich dauernd unter Beschuß durch den BHE. Der BHE sage im Bundesrat „Ja" und propagandistisch „Nein". Für den BHE entstehe die Frage, die Koalition im Südwesten und in Niedersachsen[23] zu sprengen, falls diese Länder bei ihrer ablehnenden Haltung verharrten. Man müßte dies von den Ministern des BHE eindeutig verlangen. Er bitte dringend darum, daß vom Parteivorstand ein deutliches Wort an die CSU und an die CDU von Nordrhein-Westfalen gerichtet werde. Wichtig sei, daß die Ausführung des Gesetzes so erfolge, daß der Nutzeffekt sichergestellt werde. Bis Herbst 1953 müßte man etwas sehen. Dies sei durchaus

23 Koalition in Niedersachsen seit der Landtagswahl am 6. Mai 1951: SPD 33,7 %, GB/BHE 14,9 %, Zentrum (bis 1. Dezember 1953) 3,3 %. Ministerpräsident war Hinrich Wilhelm Kopf (SPD).

möglich durch ein rasch anlaufendes Siedlungsprogramm für Bauern, das vorsehe, bis Herbst 1953 100 Siedlungen zu errichten.

Es würde häufig die Ansicht vertreten, daß die Heimatvertriebenen doch BHE wählen würden. Das stimme nicht, man sehe es ja in Schleswig-Holstein und Niedersachsen[24]. Man könne im allgemeinen sagen, daß der BHE nicht mehr als 50 % der Heimatvertriebenen als Wähler habe.

Von Brentano unterstrich die Ausführungen von Herrn Kather und wies darauf hin, daß Nordrhein-Westfalen und Bayern eine unverantwortliche Haltung eingenommen hätten.

Adenauer bat darum, Herrn Johnen, der für den Nachmittag erwartet werde, eindeutig darauf hinzuweisen.

Simpfendörfer wies darauf hin, daß das Betriebsverfassungsgesetz für Herrn Ministerpräsident Maier wohl die empfindlichste Materie sei. Leider sei dieses Gesetz kein Zustimmungsgesetz.

Strickrodt glaubt, daß durch gute propagandistische Behandlung der Verträge noch sehr viel gewonnen werden könne. Man müsse die Gesamtkonzeption herausstellen und sich nicht so sehr mit Einzelheiten befassen. Es ergebe sich die Frage, wie die Größe und die Bedeutung der Verträge ins öffentliche Bewußtsein gehoben werden könnten. Er empfehle wiederum dringend eine große Parlamentsdebatte. Eine Umfrage habe ergeben, daß 58 % der Bevölkerung die Bundestagsdebatte über den Verteidigungsbeitrag für gut befunden hätten.

Adenauer stellte die Frage, ob die Propaganda nach oder vor der Debatte einsetzen solle. Sicher sei, daß der ersten Debatte eine große Bedeutung zukomme; man müsse sie so sorgfältig vorbereiten wie die Verteidigungsdebatte.

Bach bezeichnete die Politik der Regierung als gut, ist jedoch der Auffassung, daß wir sie nicht mehr erfolgreich vertreten. Er meint, das Zusammenspiel von Regierung und Partei funktioniere nicht. Manche Dinge, die der Kanzler als Kanzler nicht sagen könne, müßten von Parteiseite gesagt werden. Die Frage der Propaganda sei im westfälischen Vorstand eingehend besprochen worden. Man plane eine Großkundgebung in der Westfalenhalle in Dortmund, wo der Kanzler und Herr Blank sprechen sollten.

Adenauer wies darauf hin, daß die Propaganda auch als Nicht-Parteipropaganda laufen müsse. Es fehle hierzu jedoch häufig an Geld. Schäffer habe die Absicht, den Etat für das Presse- und Informationsamt auf DM 700.000,– zu kürzen.

Cillien bat darum, daß auch bekanntgemacht werden müsse, wenn der Kanzler spräche.

Adenauer gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Präsident des Bundestages dies-

24 Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein 1950 erreichte der BHE 23,4 % der Stimmen, bei der Kreistagswahl 1951 noch 18,4 % bei einem Bevölkerungsanteil der Heimatvertriebenen von 32,3 % bzw. 31,1 %; bei der Landtagswahl 1951 in Niedersachsen betrug das Verhältnis 14,9 % zu 26,8 % Bevölkerungsanteil. Vgl. NEUMANN S. 505–507.

mal dafür sorgen werde, daß bei den Debatten im Bundestag, bei denen es um die beiden Verträge gehe, die unerträglichen Unterbrechungen verhindert würden.

Tillmanns hielt es für außerordentlich wichtig, daß unsere eigenen Mitarbeiter genau informiert werden. Zu diesem Zweck müßten Instruktionsabende über Deutschlandvertrag und EVG-Vertrag bis in die letzte Untergliederung der Partei hinein gehalten werden. Wertvolle Hilfe könne hier auch das „Bulletin" und die „UiD" liefern. Politische Kundgebungen sollten jedoch erst zwischen der ersten und zweiten Lesung angesetzt werden. Zwei Einwänden müsse dabei begegnet werden. Erstens, daß durch die Ratifizierung der Verträge der Eiserne Vorhang völlig dicht werde, und zweitens, daß die Verträge einen Präventivkrieg Sowjetrußlands auslösen würden. Des weiteren spielt auch die Finanzierungsfrage eine große Rolle.

Bei der Frage „neue Verhandlungen mit den Russen" müsse die Bundesregierung sich sorgsam hüten, eine Stellungnahme gegen diese Gespräche bekanntzugeben. Der Eindruck, „die Bundesregierung hemmt", müsse unter allen Umständen vermieden werden.

Adenauer richtet an Dr. Tillmanns die Frage, ob er den drei Mächten sagen solle, daß wir auch bereit seien, ohne Tagesordnung zu verhandeln?

Tillmanns antwortete, daß die drei Mächte nicht hinter ihren bereits feststehenden Standpunkt zurückzugehen brauchten. Die Bundesregierung solle lediglich zurückhaltend sein.

Adenauer sagte, daß er für jede Viererkonferenz sei, die irgendeine Aussicht auf Erfolg habe. Im übrigen könne er, bevor er von den Westmächten nicht konsultiert werde, ohnedies nichts sagen.

Tillmanns erklärte weiter, daß es für die Propaganda wichtig sei, darauf hinzuweisen, daß ein Zusammentritt der vier Großmächte ohne Tagesordnung praktisch eine Torpedierung alles dessen darstelle, was bisher getan worden sei.

Lenz wies darauf hin, daß die Propaganda auf verschiedenen Ebenen geführt werden müsse. Bei der derzeitigen Ablehnung eines großen Teils der Bevölkerung gegen die politischen Parteien komme der Propaganda im politischen Vorfeld besondere Bedeutung zu. Er müsse einmal deutlich sagen, daß die Finanzierung von seiten der Wirtschaft vollkommen versage; deswegen seien seine Möglichkeiten sehr beschränkt. Im übrigen könne man sagen, daß der Frankfurter Sender, der Süddeutsche Rundfunk und der NWDR eindeutig die SPD-Richtung verträten; nur mit dem Südwestfunk und dem Bayerischen Rundfunk könne man zufriedenstellend arbeiten.

Zur propagandistischen Aufklärung für Deutschlandvertrag und Beitrag zur EVG seien folgende Dinge vorbereitet: 1. Eine Broschüre für den Massengebrauch von Kossatz[25], 2. Sondertext für Anspruchsvolle, 3. Broschüre für die außenpoliti-

25 Hans Ewald Kossatz (geb. 1901), Pressezeichner und Karikaturist; Veröffentl. u.a.: Offen gestanden – so war das mit mir – Illustrierte Beichte (1969); So ein Dackel! Stuttgart 1972.

sche Situation 1952, 4. Broschüre für Frauen, 5. Broschüre in Schlagworten, 6. Rednermaterial, 7. entsprechende Behandlung im „Bulletin".

Großer Wert müsse auf die Versammlungstätigkeit gelegt werden. Wichtig seien vor allem auch Versammlungen mit nur 20–30 Leuten, da erfahrungsgemäß hier tiefere Wirkung erzielt werde. An diese Arbeit könne die Arbeit der Partei anknüpfen.

Adenauer unterstrich die Tatsache, daß die Organisation bei der Industrie, die für die Finanzierung aufkommen soll, mangelhaft sei. Er betonte weiter, daß unsere Propaganda unter das Wort „Rettung des Friedens" gestellt werden müsse.

Kiesinger berichtete kurz über die Propagandaarbeit der Partei und wies dabei auf die Schwierigkeiten im Rundfunk und bei der Presse hin. Vorbereitet würde zur Erfassung der CDU-Journalisten eine Pressekartei, die Unterlage für regelmäßige Pressekonferenzen sein solle. Daneben seien Pressetees mit führenden Journalisten von der neutralen Presse vorgesehen[26]. Besondere Bedeutung komme einer guten Rednerschulung zu.

Zimmer vertrat die Auffassung, daß die Arbeitsgemeinschaft zwischen CDU und CSU praktisch enger gestaltet werden müsse – vor allen Dingen auch auf Parteiebene. Es fehle eine einheitliche Willensbildung im Bundesrat. Im übrigen hätten die Ländervertretungen in Bonn einen großen Einfluß in der Vorbereitung der Sitzungen. Auch wünsche er, daß der Vorsitzende des Vermittlungsausschusses, Herr Kiesinger, etwas härter die Verhandlungen führe.

Adenauer bejahte die Ausführungen von Minister Zimmer. Die Partei in Westfalen sei bereit, die Politik der Bundesregierung zu stützen. Doch hapere es in Nordrhein. Die Verhältnisse bei der CSU seien sehr schwierig. Hier müßte der geschäftsführende Vorstand eingreifen. Die Einflußnahme auf die CDU-Regierungen für ihre Entscheidungen im Bundesrat müsse auf dem Wege über die Landesparteien erfolgen. Die mangelnde Parteidisziplin habe nun schon öfters sehr heikle Situationen heraufbeschworen.

Tillmanns schlug vor, zu diesem Zweck in Zukunft die Vorsitzenden der Landesverbände als Gäste zu den Bundesvorstandssitzungen mit einzuladen. Des weiteren solle grundsätzlich der Generalsekretär der CSU, Herr Strauß[27], eingeladen werden.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

---

26 Adenauer führte seit April 1950 regelmäßig Teegespräche mit Journalisten als „wichtiges Instrument modernen Regierens". Vgl. ADENAUER: Teegespräche S. IX.

27 Franz Josef Strauß (geb. 1915), Mitgründer der CSU in Schongau, 1946–1949 Landrat in Schongau, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1948–1952 Generalsekretär, 1952 stv., seit 1961 Vorsitzender der CSU, 1949–1978 MdB, 1953–1962 Bundesminister (1953–1955 für besondere Aufgaben, 1955–1956 für Atomfragen, 1956–1962 für Verteidigung), 1966–1969 Bundesminister für Finanzen, seit 1978 bayerischer Ministerpräsident. Vgl. Franz Josef Strauß. Erkenntnisse, Standpunkte, Ausblicke. Festschrift zum 70. Geburtstag. (Hrsg. von Karl CARSTENS/Alfons GOPPEL/Golo MANN). München 1985.

Zimmer schlug vor, sobald sich Gefahrenpunkte zeigten, die entsprechenden Herren zusammenzurufen, um vorher eine einheitliche Stellungnahme sicherzustellen.

Adenauer schlug vor, Herrn Minister Zimmer mit der Koordinierung der CDU-Länderregierungen im Bundesrat zu beauftragen.

Zimmer warnt vor dieser Regelung, weil damit das Selbstgefühl von Nordrhein-Westfalen verletzt würde. Einer solchen Regelung stehe Minister Spiecker[28] entgegen. Er schlage vor, die Landesvorsitzenden der Länder, in denen die CDU die Regierung trägt, mit der gemeinsamen Willensbildung zu beauftragen.

Bach schlug vor, ein Gremium mit dieser Aufgabe zu beauftragen, in dem Ministerpräsident Arnold Vorsitzender, Dr. Ehard stellvertretender Vorsitzender und Minister Zimmer Geschäftsführer sei. Im übrigen müsse man versuchen, Spiecker im Auswärtigen Dienst unterzubringen.

Adenauer faßte das bisher Gesagte kurz zusammen und schlug als Beschluß vor, an die Ministerpräsidenten der Länder, in denen die CDU die Regierung trage, im Auftrag des Vorstandes ein Schreiben zu richten, daß der Bundesvorstand mit ernster Sorge feststellen müsse, daß in wichtigen politischen Fragen die allgemein politischen Interessen vor den Landesinteressen in den Hintergrund träten. Des weiteren sollen die Ministerpräsidenten gebeten werden, Vorschläge für die bessere Koordinierung der Stellungnahme der Länder beim Bundesrat zu machen.

Zimmer machte darauf aufmerksam, daß manches schon über die Ausschüsse koordiniert werden könne. Auch hier müßte die CSU stärker beteiligt werden.

Adenauer wies darauf hin, daß die Zustände in Bayern allmählich so seien, daß Bayern zum Gespött ganz Deutschlands geworden sei. Er schlug zur Beschlußfassung vor, daß ein Schreiben an den Vorsitzenden der CSU, Ministerpräsident Dr. Ehard, gerichtet werde mit dem Vorschlag, in wichtigen Fragen eine gemeinsame Arbeitsbasis zu suchen.[29]

Beide vom Kanzler vorgeschlagenen Beschlüsse wurden einstimmig angenommen.

Kather schlug zur Beschlußfassung vor, den Ministerpräsidenten der beiden Länder einen Brief des Inhalts zu schreiben, daß die Partei großen Wert darauf lege, daß der politische Erfolg, den die CDU/CSU bei der Verabschiedung des Lasten-

---

28 Dr. Carl Spiecker (1888–1953), 1922–1923 Verlagsdirektor der „Germania", 1923–1925 Ministerialdirektor und Pressechef der Reichsregierung, 1930–1931 Sonderbeauftragter des Reichsinnenministeriums für die Bekämpfung des Nationalsozialismus, 1946 Mitgründer der Deutschen Zentrumspartei (1948 Vorsitzender), 1947 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1949 CDU, 1949–1953 Staatsminister ohne Geschäftsbereich.

29 Zu den Auseinandersetzungen in Bayern zwischen BP und CSU vgl. UNGER S. 154–179, hier insbes. S. 176ff. – Dr. Hans Ehard (1887–1980), 1933–1945 Senatspräsident am Oberlandesgericht München, 1945 Staatssekretär im Justizministerium, 1946–1966 MdL Bayern (CSU), 1946–1954 und 1960–1962 Ministerpräsident.

ausgleichsgesetzes im Bundestag errungen hat, nicht durch die Haltung der CDU-Länder im Bundesrat zunichte gemacht werde.

Auch dieser Beschluß wurde einstimmig angenommen.

Kather schlug weiterhin vor, zu dem Gespräch, das zwischen ihm und Herrn Spiecker geplant sei, Herrn Krone und Herrn Kiesinger zuzuziehen.

TAGESORDNUNG DES BUNDESPARTEIAUSSCHUSSES AM 14. JUNI 1952

Bericht des Kanzlers genau wie in der Vorstandssitzung.

Von Brentano hielt es für notwendig, daß nach dem Referat des Herrn Bundeskanzlers ausgiebig Gelegenheit gegeben werde zu einer echten Aussprache.

Zu den Resolutionsentwürfen bemerkte *Adenauer*, daß der Gedanke des Friedens stärker hervorgehoben werden müsse.

Kaiser meinte, die Entwürfe müßten ernster formuliert und der Hinweis auf die Einheit stärker hervorgehoben werden.

Adenauer schlug vor, den Pfleiderer-Plan[30] in der Diskussion zerpflücken zu lassen.

Kaiser wandte sich gegen die Art und Weise, wie Dr. Gerstenmaier[31] sich mit dem Pfleiderer-Plan auseinandergesetzt habe. Man müsse Pfleiderer doch wenigstens zugestehen, daß er über das Problem nachgedacht habe.

Adenauer wies darauf hin, daß solche Vorschläge uns im Ausland diskreditierten.

Von Brentano meinte, der Pfleiderer-Vorschlag sei die Ausgeburt eines Wahnsinnigen. Der Artikel in der „Welt" habe sich ausgezeichnet mit diesem Hirngespinst auseinandergesetzt[32].

Simpfendörfer wies darauf hin, daß es sich um keine originale Leistung von

30 In einem Vortrag am 6. Juni 1952 in Waiblingen hatte Pfleiderer den Vorschlag gemacht, zwischen Rhein und Oder ein besatzungsfreies Gebiet zu schaffen, dort eine deutsche Nationalarmee aufzustellen und im Westen und Osten Brückenköpfe unter Besatzung zu belassen (vgl. AdG 1952 S. 3533; Text des Vortrags „Für oder wider die Verträge?" in K. G. PFLEIDERER: Politik für Deutschland. Reden und Aufsätze 1948–1956. Stuttgart 1961 S. 83–99, Text des sog. Pfleiderer-Plans S. 100–123; vgl. SCHLARP; SCHWARZ 1 S. 159). – Dr. Karl Georg Pfleiderer (1899–1957), 1922–1941 im diplomatisch-konsularischen Dienst in Mailand, Peking, Moskau, Leningrad, Kattowitz und Paris, 1948 Landrat in Waiblingen, 1949–1955 MdB (FDP), 1955–1957 Botschafter in Belgrad.

31 D. Dr. Eugen Gerstenmaier (geb. 1906), Oberkonsistorialrat; 1938–1944 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Außenamt der Deutschen Evangelischen Kirche, 1945 Mitgründer und bis 1951 Leiter des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland, 1949–1969 MdB (CDU), 1954–1969 Bundestagspräsident (Lebensbericht: Streit und Friede hat seine Zeit). Vgl. Friedrich Karl FROMME in PORTRÄTS 1 S. 155–167.

32 Vgl. vom 9. Juni ("Kuckuckskonstruktion") sowie vom 10. Juni 1952 ("Der Plan des Dr. Pfleiderer").

Herrn Pfleiderer handele. Pfleiderer habe lediglich das Gerede einer Frau Horn[33] nachgeschwätzt. Den Plan selbst halte er für idiotisch.

Tillmanns sprach sich dafür aus, daß der Plan sachlich diskutiert werde. Man müsse jede mahnende Stimme ernst nehmen.

BERICHT DES BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERS[34] ÜBER DIE ARBEIT DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Heck: Personell seien durch Herrn Lubbers und finanziell durch Herrn Bach gute Voraussetzungen geschaffen worden. Nach § 10 des Parteistatuts (21. Oktober 1950) werde bestimmt, daß vom Vorstand eine Geschäftsanweisung für die Bundesgeschäftsstelle erlassen werden soll. Da die Geschäftsanweisung noch nicht vorgelegen habe, sei die mündliche Weisung des geschäftsführenden Vorstandes dahingehend präzisiert worden: 1. Der organisatorische Aufbau der Partei im Hinblick auf die Bundestagswahl 1953, 2. Aufklärungs- und Propagandaarbeit und 3. Schulungsarbeit. Ziel der organisatorischen Arbeit sei, für jeden Bundestagswahlkreis einen hauptamtlichen Kreisgeschäftsführer zu bestellen, damit der organisatorische Unterbau für die propagandistische und aufklärende Arbeit der Bundesgeschäftsstelle gegeben sei. Man müsse von der Wählerpartei zur Mitgliederpartei kommen. Die Bundesgeschäftsstelle sei dabei, stärker in den Raum der Jugend vorzustoßen, um die christlichen Jugendverbände für ihre politische Verantwortung vorzubereiten. Es soll versucht werden, in den Städten politische Arbeitsgemeinschaften christlicher Jugend zu gründen. Des weiteren sei die KPV[35] dabei, im ganzen Bundesgebiet ihre Organisation auszubauen. Für die Bundestagswahl unmittelbar sei eine Wahlkartei mit soziologischer und politischer Analyse vorbereitet, der außerdem noch eine genaue Anweisung für Kreisgeschäftsführer, für ihre Arbeit nach der Wahl, während der Wahl und unmittelbar vor den Wahlen beigegeben werde.

Der publizistische Stand der Bundesgeschäftsstelle sei z.Z. folgender: Der „DUD" versorge in ausgezeichneter Weise etwas über 200 Zeitungen unmittelbar mit Nachrichten. Die „UiD" stelle eine gute sachliche Orientierung dar, wenn ihr auch da und dort der Vorwurf gemacht werde, daß sie zu wenig attraktiv gestaltet sei. Wichtig erscheine, daß die Wochenzeitungen, die in einzelnen Landesverbänden schon beständen, weiter ausgebaut würden. Im süddeutschen Raum existierten die „Badische-", die „Schwäbische-" und die „Hessische Rundschau", die ohne weiteres durch eine „Rheinisch-Pfälzische Rundschau" erweitert werden könne. Im norddeutschen Raum lägen die Dinge etwas schwieriger, da hier lediglich in Niedersachsen die „Niederdeutschen Stimmen" existierten, die ein gemeinsames Organ der

33 Nicht zu ermitteln.

34 Vgl. Nr. 11 Anm. 8.

35 Gründungsversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) am 21./22. Januar 1948 in Wiesbaden.

CDU und DP seien. Inwieweit hier eine Trennung möglich sei und die Voraussetzung für einen Ausbau für Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein gegeben sei, ließe sich noch nicht absehen. In Nordrhein und Westfalen müsse es wohl bei der bisher üblichen Regelung mit einer Monatszeitung verbleiben, da damit die Finanzierung der Landesverbände zusammenhänge. Der geschäftsführende Vorstand habe den Plan gefaßt, den Wochenzeitungen von der Redaktion der „UiD" aus einen Zwei-Seiten-Materndienst über Bundespolitik zur Verfügung zu stellen.

Des weiteren sei die Bundesgeschäftsstelle im Augenblick dabei, CDU-Journalisten und Verleger im Bundesgebiet zu erfassen und damit Voraussetzungen zu bekommen, im Abstand von etwa zwei Monaten Pressekonferenzen mit den führenden Männern der Partei abhalten zu können.

Daneben sei vorgesehen, führende Publizisten aus dem neutralen Raum in regelmäßigen Abständen zu Pressetees einzuladen.

Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen seien nach Verbreitungsgebieten der dort erscheinenden Zeitungen der Union-Presse gemeinsame Tagungen zwischen Redakteuren, Verlegern und der KPV in Vorbereitung.

In Stuttgart sei der Versuch gemacht worden, die Oppositionsarbeit der CDU-Fraktion publizistisch zu stärken und zu unterstützen durch ein eigenes Pressebüro. Soweit man dies bis jetzt übersehen könne, habe sich diese Einrichtung gut bewährt.

In Fortführung der Flugblattaktion seien z.Z. in Vorbereitung Flugblatt: Lastenausgleich, Deutschlandvertrag und EVG.

An Musterreden seien inzwischen verteilt worden[36]: eine Rede allgemeiner Art (Die CDU – die Partei der Verantwortung), eine Rede über den Verteidigungsbeitrag. In Vorbereitung seien Reden über: Lastenausgleich, eine Rede für bäuerliche Bevölkerung und eine Rede für städtische Bevölkerung, eine Rede für Frauen, eine Rede über das Mitbestimmungsrecht und Betriebsverfassungsgesetz und eine Rede über den Deutschlandvertrag und den Vertag über die EVG. Desgleichen komme in nächster Zeit der Wortlaut einer Remer[37]-Rede mit einem Anhang, in dem These und Gegenthese einmal gegenübergestellt seien, zur Verteilung. Dasselbe sei für eine Niemöller-Rede vorgesehen.

Die Schulungsarbeit der Partei habe bisher lediglich die Kreisgeschäftsführer erfaßt. Im Abstand von zwei Monaten fände in Loope[38] ein Kreisgeschäftsführerlehrgang statt. Die Frucht sei bisher gewesen, daß den Kreisverbänden insgesamt ca. 60 Kreisgeschäftsführer hätten zur Verfügung gestellt werden können. In Vorbereitung sei eine Rednerschulung in den Bundestagswahlkreisen, deren Ziel sein müsse, in jedem Bundestagswahlkreis so viel Redner auszubilden, daß bis zum Bundestagswahlkampf 1953 auf jedem Dorf eine Kundgebung abgehalten werden könne. Danach müßten die geeignetsten Redner der Kreise landesverbandsweise

36 Vgl. Rednerdienst der CDU 1952ff. (ACDP).

37 Otto-Ernst Remer (geb. 1912), 1949 Mitgründer der SRP, Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein. Vgl. Stöss 2 S. 2276 Anm. 9.

38 Loope (bei Wermelskirchen) im Bergischen Land (Nordrhein-Westfalen).

zusammengezogen werden, um auf diesem Wege auch genügend Redner für Städte und große Kundgebungen zu bekommen.

Für die Kommunalwahlen[39] in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sei vorgesehen, Studenten als Wahleinsatztrupps zur Verfügung zu stellen. Es sei beabsichtigt, die Studenten in einigen Wochenendkursen für diese Arbeit vorzubereiten.

Daneben komme den Referenten der Bundesgeschäftsstelle die organisatorische Arbeit für die Ausschüsse der Bundespartei zu. Der Bundesgeschäftsführer wies jedoch eindeutig darauf hin, daß sich diese Arbeit auf den rein organisatorischen Teil beschränken und die sachliche Arbeit von den Ausschußmitgliedern geleistet werden müsse.

Kauf eines Hauses für die Bundesgeschäftsstelle

Bach berichtete über seine Verhandlungen wegen des Kaufs eines Hauses Ecke Lennéstraße/Nassestraße[40]. Die Arbeitsbedingungen der Bundesgeschäftsstelle seien z. Z. derart beschränkt, daß eine volle Arbeitsleistung nicht mehr erwartet werden könne. Das in Aussicht genommene Haus biete, sobald der Süßwarenverband ausgezogen sei, mit etwa 30 Räumen genügend Platz, um die Bundesgeschäftsstelle so unterzubringen, daß ein störungsfreies Arbeiten möglich sei. Das letzte Angebot liege bei DM 260.000,–. Die Finanzierung sei sichergestellt.

Zimmer stellte die Frage, ob Vermögensträger die CDU wäre.

Bach verneinte dies, da die CDU bei ihrem derzeitigen rechtlichen Status nicht Vermögensträger werden könne. Es sei vorgesehen, daß einige Herren sich mit einem entsprechenden Betrag an dem Kauf beteiligen und für die Partei als Vermögensträger fungieren.

Strickrodt warf in diesem Zusammenhang die Frage auf, daß wir schon jahrelang dabei seien, das Finanzierungsproblem zu regeln, daß wir dabei aber immer noch nicht weitergekommen seien. Das Problem liege doch so, daß es darauf ankomme, eine Lösung zu finden, nach der Spenden steuerlich abgesetzt werden können. Sein Vorschlag ging dahin, einen einwandfreien Wirtschaftsprüfer mit der fortlaufenden Prüfung zu beauftragen.

Es wurde beschlossen, die Finanzkommission der Partei mit der endgültigen Klärung zu beauftragen. Als Wirtschaftsprüfer wurde Herr van Aubel[41] vorgeschlagen; der Vorschlag blieb ohne Widerspruch.

---

39 Kommunalwahlen am 9. November 1952.

40 Die Bundesgeschäftsstelle der CDU befand sich seit Anfang 1951 in Bonn, Blücherstraße; ab August 1952 in der Nassestraße.

41 Dr. Peter van Aubel (1894–1964), Wirtschaftsprüfer; 1945–1951 Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, 1947–1959 Vorsitzender des Vorstands der Studienstiftung des deutschen Volkes, 1949–1961 Präsidiumsmitglied des Verbandes Kommunaler Unterneh-

Da der Kanzler und Minister Kaiser inzwischen zu dem Gespräch mit dem DGB weggehen mußten, hatte Herr Simpfendörfer den Vorsitz übernommen.

Simpfendörfer erklärte, daß es ihm persönlich lieber wäre, wenn die Möglichkeit bestünde, ein solches Haus zu mieten. Da aber dafür keinerlei Möglichkeit bestünde, vertrete er die Auffassung, daß das Haus gekauft werden solle. Er stellte deswegen den Antrag von Bundesschatzmeister Bach zur Entscheidung.

Der Bundesvorstand hat daraufhin einstimmig beschlossen, daß das Haus mit einem Preis bis zu DM 260.000,– gekauft werden soll.

Dichtel kam auf die Ausführungen des Bundesgeschäftsführers zurück und meinte, daß es unumgänglich sei, daß wir eine CDU-Tageszeitung schaffen würden.

Es wurde jedoch allgemein darauf hingewiesen, daß nach allen Erfahrungen kaum eine Aussicht bestünde, eine solche Tageszeitung wirtschaftlich sicherzustellen.

Es wurde deswegen beschlossen, das Problem des Ausbaues der Pressearbeit der Partei für die nächste Sitzung des Parteivorstandes eingehend vorzubereiten.

Cillien schlug vor, im ganzen Bundesgebiet in einer Versammlungswelle die beiden Verträge eingehend zu behandeln. Zu diesem Zweck sollen sämtliche Redner der Landesverbände jeweils in ihrem Landesverband zu einer Arbeitstagung zusammengerufen werden, auf der zunächst die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes und führende Politiker der CDU die beiden Verträge ausführlich behandeln und dann den Rednern das von der Bundesgeschäftsstelle vorbereitete Rednermaterial und Diskussionsmaterial aushändigen sollen. Danach sollen in sämtlichen Städten und Dörfern Kundgebungen für den Deutschlandvertrag und den EVG-Vertrag stattfinden.

Der Vorschlag wurde einstimmig gutgeheißen.

Organisation der Fördervereine

Bach berichtete über die Organisation der Fördervereine[42]. Bis spätestens 1. Oktober sollen die Landesverbände durch die Landesfördervereine unmittelbar

men, 1948–1956 Vorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft, 1953–1959 des Vorstands des Deutschen Krankenhausinstituts, 1957–1963 Mitglied des Wissenschaftsrates.

42 Fördervereine waren zentrale Partei-Finanzierungsinstitute der Wirtschaft auf Landes- und Bundesebene. Im Frühjahr 1952 gründeten Vertreter von CDU, FDP, DP und der Wirtschaft ein Zentralkuratorium der Fördergesellschaft mit Sitz in Köln zur Sicherung des wirtschaftspolitischen Kurses der Bundesregierung; die Fördergesellschaften auf Landesebene blieben daneben bestehen. Vgl. Lange S. 473f., 598f.

finanziell unterstützt werden. Für die Zwischenzeit sei eine Übergangsregelung vorgesehen.

Es wurden Bedenken geäußert, die Finanzierung durch die Fördervereine auf Landesebene zu regeln. Hier bestehe die Gefahr, daß über das Geld versucht würde, politisch Einfluß zu nehmen. Eine zentrale Regelung sei besser.

Simpfendörfer war der Auffassung, daß diese Gefahr auch zentral gegeben sei.

Dichtel bat dringend, daß die Länder mit der Finanzierungsaktion nichts zu tun haben sollten. Er halte es für notwendig, daß auf Bundesebene eine Reserve geschaffen werde, damit die Gehälter der Geschäftsführer mindestens für ein Vierteljahr im voraus garantiert seien.

Bach unterstrich die Gefahr, die durch die Verteilung der Gelder auf Landesebene gegeben sei. Wenn die Erfahrungen in Hamburg auch zeigen würden, daß die Regelung auf Landesebene funktioniere, so gehe das lediglich darauf zurück, daß die CDU einen starken Einfluß auf den dortigen Förderverein habe[43].

NEI

Strickrodt übernahm die Berichterstattung über seine Eindrücke von der NEI. Es handele sich hier weitgehend um die persönliche Angelegenheit eines Ministers[44], der kein Amt mehr habe. Er schlage deswegen vor, bei der Beteiligung der Bundespartei an der NEI Zurückhaltung zu wahren.

Die Zusammensetzung der Delegierten für die NEI-Tagung in Freiburg[45] wurde zurückgestellt. Ebenso die Benennung eines ständigen Vertreters der Bundespartei bei der NEI in Paris und des Nachfolgers für den Bundestagsabgeordneten Carl Schröter[46] als Vizepräsident der NEI.

Für den Parteikongreß des Parti Social Chrétien in Belgien[47] wurde beschlossen, Herrn Dr. von Brentano als Vertreter der Bundespartei zu entsenden. Herr Kiesinger wurde beauftragt, entweder persönlich die NEI-Sondertagung in Brüssel[48] wahr-

43 Die Verteilung der Mittel durch die Hamburger Fördergesellschaft lag bei Hugo Scharnberg, dem Vorsitzenden des CDU-Landesverbands. Vgl. LANGE S. 475.

44 Gemeint ist der Generalsekretär der NEI. Robert Bichet (geb. 1903) war im Kabinett Bidault 1946 Informationsminister (Secrétaire d'Etat à l'Information). – Präsident war 1950–1959 Auguste-Edmond de Schrijver (vgl. Nr. 4 Anm. 31).

45 6. NEI-Kongreß in Fribourg (Schweiz), 12.–14. September 1952; Thema: Stärke und Schwäche der Christen in den europäischen Demokratien.

46 Carl Schröter war am 25. Februar 1952 verstorben; ins Präsidium der NEI war er insbesondere deshalb gewählt worden, um gleichzeitig die Interessen der evangelischen Teile Hollands, der Schweiz, Englands und der skandinavischen Länder wahrzunehmen. Vizepräsident der NEI wurde Dr. Georg Strickrodt (ACDP VII-004-204/2).

47 Parteikongreß des PSC 28./29. Juni 1952 in Brüssel.

48 Am 30. Juni 1952 fand in Brüssel eine NEI-Sondertagung der Präsidenten und Generalsekretäre der christlich-demokratischen Parteien statt. – Thema: Die Lage im kontinentalen Westeuropa (ACDP VII-004-205).

zunehmen oder für eine entsprechende Vertretung besorgt zu sein. Zur Klärung des Verhältnisses der Bundespartei zur NEI soll zunächst einmal das Feld sondiert werden in Brüssel, in Luxemburg und in der Schweiz.

Kiesinger wies darauf hin, daß wir uns hier nicht völlig heraushalten könnten, sondern den Versuch machen müßten, aus der NEI das zu machen, was wir wünschen. Der Vorschlag, zunächst das Feld zu sondieren, wurde dahingehend ergänzt, daß das ganze Thema einmal mit dem Gesandten Herrn Dr. Pfeiffer[49] durchgesprochen werden soll.

Zimmer hielt es für unbedingt notwendig, daß wir die Beziehungen zu den ausländischen Parteien pflegen, und zwar innerhalb und außerhalb der NEI. Für die Entsendung zur NEI-Tagung in Freiburg erklärte Minister Zimmer, daß er evtl. bereit wäre, die Partei dort zu vertreten.

VERHÄLTNISSE IN DEN LÄNDERN

Zimmer berichtete, daß er den 1. Vorsitzenden der Saar-CDU[50] persönlich gut kenne und sagen müsse, daß es sich hier um einen absoluten Ehrenmann handele. Auch Assessor Bergweiler[51] sei ein zuverlässiger Mann. Er stellte die Forderung, daß der Bundesvorstand darauf achte, daß mit der Saar keine Hintertreppenpolitik gemacht werde. Der „Rheinische Merkur" habe mit seiner weichen Haltung der deutschen Sache an der Saar sehr geschadet[52] und mit dazu beigetragen, daß die Franzosen sich hartnäckig versteift hätten. Die These von der Europäisierung der Saar fördere die Stabilisierung der französischen Macht an der Saar und damit die Lostrennung von Deutschland. Die saarländische Universität sei ein französisches kulturpolitisches Institut ersten Ranges.

Tillmanns vertritt die Auffassung, daß eine offizielle Verbindung mit der Saar-CDU nicht in Frage komme. Der geschäftsführende Vorstand wurde beauftragt, an Herrn Kemper[53] mit der Bitte heranzutreten, persönlich und privat die Verbindung mit der Saar-CDU aufzunehmen.

---

49 Dr. Anton Pfeiffer (1888–1957), 1918–1933 Generalsekretär der BVP, 1928–1933 und 1946–1950 MdL Bayern, 1945 Staatssekretär, 1945–Juli 1946 und 1947–1950 Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Juli bis Dezember 1946 Staatsminister für Sonderaufgaben, 1948–1949 MdPR (Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion), 1950 Generalkonsul bzw. Botschafter in Belgien.

50 Dr. Hubert Ney (1892–1984), 1926 Zentrum, 1946 Mitgründer der CVP, 1952–1957 Landesvorsitzender der CDU Saar, 1955–1960 MdL, 1956–1957 Ministerpräsident, 1957–1959 Justizminister.

51 Helmut Bergweiler (geb. 1920), 1952–1957 Sekretär der CDU Saar, seit 1951 Teilnehmer bei Gesprächen über die Gründung der CDU Saar bei Adenauer und anderen Vertretern der Bundesregierung in Bonn. Vgl. SCHMIDT 2 S. 341–345; vgl. NL Gottesleben ACDP I-359.

52 Vgl. Nr. 10 Anm. 4.

53 Heinrich Kemper (1888–1962), 1924–1933 Stadtverordneter in Trier, ab 1928 Vorsitzender des Zentrums, 1930–1933 MdPrL, Mitgründer der CDU Trier, 1946–1949 Oberbürgermeister von Trier, 1949–1957 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Grenzlandfragen).

Da inzwischen der 1. Vorsitzende der CDU Nordrhein, Herr Dr. Johnen, erschienen war, wurde noch einmal die Haltung Nordrhein-Westfalens bei der Behandlung des Lastenausgleichsgesetzes im Bundestag durchgesprochen.

Johnen führte aus, daß der Abgeordnete Kunze auf seinen Vorschlag zu der entsprechenden Kabinettssitzung des nordrhein-westfälischen Kabinetts hinzugezogen worden sei und daß Herr Kunze sich mit dem Beschluß, das Gesetz an den Vermittlungsausschuß zu überweisen, einverstanden erklärt habe. Wie er dies erfahren habe, sei er der Auffassung gewesen, daß alles in Ordnung sei.

Kather wies darauf hin, daß die Haltung von Ministerpräsident Arnold korrekt gewesen sei. Er könne sich die Stellungnahme Kunzes im nordrhein-westfälischen Kabinett nur so erklären, daß Herr Kunze, der ursprünglich erklärt habe, daß in den siebentägigen Beratungen des Bundestages an dem Gesetz nichts geändert werde, an den nun trotzdem erfolgten Änderungen nicht wesentlich interessiert gewesen sei.

Tillmanns wies darauf hin, daß die Änderungen deswegen grundsätzlich abgelehnt wurden, da zuviele Anträge vorgelegen hätten.

Bach wiederholte, daß die Hauptschwierigkeiten in Nordrhein-Westfalen bei Minister Spiecker lägen. Man müsse versuchen, Herrn Spiecker abzulösen und zu ersetzen.

Johnen erklärte dazu, daß die Missionsarbeit bei Spiecker leichter sei als eine personelle Änderung. Die Ablösung Spieckers sei aus parteipolitischen Gründen nicht möglich.

Kiesinger erklärte, daß vor der Behandlung im Vermittlungsausschuß eine gegenseitige Abstimmung notwendig sei.

Kather faßte kurz zusammen, daß zwei Beschlüsse vorlägen: 1. sich sofort an die Ministerpräsidenten Arnold und Dr. Ehard zu wenden und ihnen die Bitte des Bundesvorstandes vorzutragen, bei der Behandlung des Lastenausgleichsgesetzes dahin zu wirken, daß der durch die Verabschiedung im Bundestag erzielte Erfolg nicht gefährdet werde, 2. grundsätzlich die unbedingt notwendige Koordinierung der politischen Haltung der CDU-Länder in wichtigen Fragen mit der auf der Bundesebene vertretenen Linie sicherzustellen.

Zimmer wiederholte noch einmal, daß die Arbeit der Ländervertretungen, die eigene Konferenzen abhalten, die Dinge weitgehend vorher bestimme. Die Bürokratie hätte überhaupt beim Bundesrat ein Ausmaß angenommen, wie es sich bei der Schaffung des Grundgesetzes niemand gedacht habe. Die eigenwillige Landespolitik von Nordrhein-Westfalen und Bayern gefährde häufig die einheitliche Linie. Dazu komme, daß Ehard häufig nicht da sei. Im übrigen verhindere die Klausel des Absatzes 3, Artikel 77, des öfteren eine vorherige Abstimmung der CDU-Kabinette untereinander.[54]

54 GG Art. 77 Abs. 3 behandelt das Einspruchsrecht des Bundesrates bei vom Bundestag bereits beschlossenen Gesetzen.

Johnen erklärte noch einmal, daß ihm diese Vorwürfe bekannt seien. Arnold und die Fraktion hätten schon öfters erklärt, daß sie die Bundespolitik unterstützten. Spiecker treibe zwar eine eigenwillige Politik, jedoch habe ihm Arnold erklärt, daß Spiecker immer nur die Entscheidung des Kabinetts im Bundesrat vertreten habe. Ein gegenteiliger Beweis sei ihm nicht bekannt.

Bei der Besetzung der Stelle des ersten Vorsitzenden der Bundesanstalt für Arbeit seien stundenlange Beratungen in der Fraktion vorausgegangen. Das Kabinett sei für Minister Ernst[55] eingetreten. Arnold habe sich mit Ehard in Verbindung gesetzt, habe jedoch mit Ehard zu keiner Einigung kommen können. Bayern habe dann Oechsle[56] vertreten, weil er eben Bayer sei. Bei der Probeabstimmung sei Ernst durchgefallen. Deswegen habe dann auch Nordrhein-Westfalen in der entscheidenden Abstimmung für Oechsle gestimmt.

Ort des nächsten Parteitags

Es wurde festgestellt, daß, wenn der Bundesparteitag in Hamburg stattfinden solle, unbedingt sofort die Entscheidung darüber fallen müsse, da in Hamburg lediglich das Curiohaus für die Durchführung des Parteitages geeignet sei. Als Zeitpunkt käme dann der 13., 14. und 15. September in Frage. Darüber hinaus sei das Curiohaus auf lange Zeit belegt.

Tillmanns votierte für Berlin. Die CDU wäre damit die einzige Partei, die den Mut aufbrächte, ihren Parteitag in Berlin abzuhalten. Die Voraussetzungen seien dafür gegeben. Lediglich zwei Bedenken könnten kommen: 1. höhere Kosten, 2. eine etwas geringere zahlenmäßige Beteiligung an Delegierten und Gästen. Berlin sei auch wichtig für die Sowjetzone. Ein Parteitag in Berlin würde weit in die Sowjetzone hineinsprechen.

Bach hält es für zweckmäßig, den Bundesparteitag auf das Frühjahr 1953 hinauszuschieben. Damit sei ein ausgezeichneter Auftakt für den Wahlkampf gegeben.

---

55 Johannes Ernst (1888–1969), 1907–1933 Mitglied des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, 1912–1933 Zentrum, 1920–1921 Stadtverordneter in Waldenburg und Mitglied des Provinziallandtags in Niederschlesien, 1928–1933 Stadtverordneter in Herzogenrath und Mitglied des Provinziallandtags Rheinland, 1932–1933 MdR, Mitgründer der CDU, 1945 Mitgründer der IG-Bergbau und bis 1946 Bezirksleiter für Aachen, 1946–1955 Landrat in Aachen, 1946–1958 MdL Nordrhein-Westfalen, 1950–1953 Minister für Arbeit, 1958–1960 für Arbeit und Soziales, 1959–1960 für Bundesratsangelegenheiten.

56 Richard Oechsle (geb. 1898), seit 1920 SPD, 1945 Berufung in das bayerische Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge (1950–1954 Staatsminister), zeitweise Vorsitzender des Instituts für Sozialpolitik und Arbeitsrecht in München, 1954–1970 MdL Bayern (Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr). – Vorsitzender der Bundesanstalt wurde am 1. Mai 1952 Julius Scheuble (1890–1964), bis 1933 christlicher Gewerkschafter, 1930–1933 Präsident des Landesarbeitsamts Rheinland, 1946 Präsident des Zentralamts für Arbeit in der britischen Zone, 1948–1949 stv. Direktor der Verwaltung für Arbeit des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1950–1952 Ministerialdirektor im Bundesarbeitsministerium (vgl. Wengst: Staatsaufbau S. 164f.).

Dichtel spricht sich für Berlin aus, hält jedoch April-Termin für zu früh als Auftakt für den Wahlkampf.

Zimmer spricht sich für Berlin aus und hält den geeignetsten Zeitpunkt unmittelbar nach der Ratifizierung der Verträge für gegeben. Im Sommer könnten dann im Bundesgebiet mehrere große Eröffnungskundgebungen für den Wahlkampf stattfinden.

Es wurde beschlossen: 1. den Parteitag nicht hinauszuschieben und 2. den diesjährigen Parteitag in Berlin abzuhalten. Die Terminfrage wurde offengelassen und dem Beschluß die einschränkende Klausel angefügt, daß der Kanzler und Minister Kaiser sich damit einverstanden erklären müßten.

Wuermeling wies noch darauf hin, daß ein Parteitag in Berlin, der als Auftakt des Wahlkampfes zu gelten habe, nicht mit einem scharfen Akzent gegen die SPD versehen werden könne, was aber unbedingt notwendig sei.

Punkt 9 der Tagesordnung: Der geschäftsführende Vorstand wurde beauftragt, die Entscheidung nach Maßgabe des Bedürfnisses zu fällen.[57]

Die Sitzung wurde um 20.30 Uhr geschlossen.

13

Bonn, 5. September 1952

Sprecher: Adenauer, Bach, von Brentano, Cillien, Fay, Frau Gröwel, Gurk, Heck, Hofmeister, Johnen, Kaiser, Kather, Kiesinger, Lensing, Lenz, Müller, Pferdmenges, Samsche, Schreiber, Simpfendörfer, Strickrodt, Wuermeling, Zimmer.
Bericht Adenauers zur Lage: Aufgaben des zweiten Bundestages, parteipolitische Verhältnisse in EVG-Ländern und in der Bundesrepublik, Bundestagswahl 1953; Einschätzung der außenpolitischen Lage: EVG-Vertrag, Ost-West-Beziehungen, generelle wirtschaftliche Lage. Aussprache: Wiedervereinigungspolitik; Stimmung bei den Vertriebenenverbänden, Beziehungen zum BHE. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse der letzten Vorstandssitzung vom 13. Juni 1952; Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1953; Bundesparteitage 1952 und 1953; CDU-Presse im norddeutschen Raum; CDU/CSU-Jahrbuch; Finanzlage der Partei; organisatorischer Ausbau der Partei; Verschiedenes.

Beginn: 10.30 Uhr *Ende: 20.15 Uhr*

Adenauer eröffnete die Sitzung um 10.30 Uhr und bat um das Einverständnis, daß das Mittagessen im Hause eingenommen werde, damit möglichst wenig Zeit verlorengehe.

57 Vorgesehen war die Bildung von Ausschüssen (für Flieger- und Währungsgeschädigte und Evakuierte sowie für politisch, rassisch und religiös Verfolgte).

Er bat die Anwesenden, über die heutige Sitzung möglichst keine Verlautbarungen abzugeben; er schlage vor, daß man ein Pressekommuniqué herausgebe und daß die drei Herren des geschäftsführenden Vorstandes in einer Pressekonferenz um 16.30 Uhr entsprechende Verlautbarungen geben sollten.

Der Bundesvorstand erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

BERICHT ZUR LAGE

Zur Lage führte der Herr Bundeskanzler folgendes aus:

Der neue Bundestag, der am 7. September 1953 zusammentrete, habe im wesentlichen zwei Aufgaben, die sich aus der Arbeit des jetzigen Bundestages ergäben. Er müsse erstens auf sozialem Gebiet die Arbeit der letzten vier Jahre fortführen und zweitens komme ihm als entscheidende Aufgabe zu, ein freies Europa aufzubauen.

Der Artikel 38 des EVG-Vertrages[1] bestimme, daß innerhalb bestimmter Fristen von der Versammlung der EVG den Regierungen der Mitgliedstaaten Vorschläge zuzuleiten seien über die Bildung einer europäischen Föderation. Wenn die Bundestagswahlen die SPD an die Regierung brächten, sei das Zustandekommen einer europäischen Konföderation gefährdet.

In Frankreich gäbe es keine christliche Partei in unserem Sinne. Das MRP lehne dies ausdrücklich ab; man könne dies nur aus den innerfranzösischen Verhältnissen heraus verstehen. Der Kampf um die Privatschulen[2] habe gezeigt, wie tief politisch-religiös der Riß sei.

In Italien habe unsere Schwesterpartei einen sehr schweren Stand, doch könne man damit rechnen, daß sie sich bei den nächsten Wahlen behaupten werde[3]. Über Luxemburg und Belgien brauche nichts gesagt zu werden. In Holland seien die religiösen Kräfte stärker als die sozialistischen, die dort auch ein anderes Gesicht hätten als bei uns.

Wenn wir in der Europa-Frage die Führung übernähmen, bestünden gute Chancen, dem entstehenden Europa weltanschaulich den christlichen Stempel aufzudrükken. Deswegen sei die zweite Periode des Deutschen Bundestages mindestens genauso wichtig wie die erste.

---

1 Art. 38 betraf die Einberufung einer Versammlung, die die künftige politische Gemeinschaft vorbereiten sollte (Druck: Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung Bd. 2. München 1962 S. 848f.).

2 Bei dieser Auseinandersetzung ging es im wesentlichen um die Erhaltung der freien kirchlichen Schulen durch gleiche finanzielle Unterstützung aller Schüler (la loi Barangé). Die Gegner sahen darin den Beginn der Aufhebung der Trennung von Kirche und Staat. Vgl. dazu BICHET S. 161f.; AdG 1951 S. 3107.

3 Nach der schweren Wahlniederlage von 1951 steigerte die DC ihren Stimmenanteil bei den am 7. und 8. Juni 1953 stattfindenden Wahlen wieder auf über 40 % (vgl. AdG 1953 S. 4025).

Die heutige Position der verschiedenen Parteien beurteilt der Kanzler wie folgt: Bei unserer eigenen Partei müsse man doch auch gewisse Besorgnisse haben. Es sei nicht fest zu sagen, wie stark der Einfluß der CDU im norddeutschen Gebiet geblieben sei. Auch bezüglich der CSU in Bayern ließe sich kein ganz klares Bild gewinnen. Man habe hier zunächst gehofft, die Differenzen mit der Bayernpartei bereinigen zu können. Herr Baumgartner[4], der das stärkste Hindernis bisher gewesen sei, sei zwar abgetreten, Herr Fischbacher[5], der ihm nachgefolgt sei, sei aber ebenfalls sehr schwierig.

Große Sorgen müsse man allerdings haben wegen der Verhältnisse innerhalb der Koalition.

Der Wahlkampf müsse sich abstützen erstens auf unserem weltanschaulichen Boden, zweitens auf die Leistungen der Regierung und des Parlaments unter Führung der CDU. Im Kampf gegen die SPD käme es darauf an, die negative Haltung dieser Partei ganz klar herauszustellen. Man werde sicher keinen gemeinsamen Wahlkampf führen; man solle doch aber innerhalb der Koalition nicht gegeneinander auftreten.

Das Gesicht der FDP sei völlig unklar. Er wolle hier nur einige Namen nennen, um dies deutlich zu machen: Herr Stegner aus Niedersachsen, Herr Maier aus Stuttgart und Herr Euler[6] aus Hessen. Dann die Herren Schäfer[7], Blücher

4 Dr. Joseph Baumgartner (1904–1964), bis 1933 stv. Generalsekretär des bayerischen Christlichen Bauernvereins, Mitgründer der CSU und des Bayerischen Bauernverbandes, 1945–1948 (Rücktritt) und 1954–1957 bayerischer Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (1954–1957 zugleich stv. Ministerpräsident), 1946–1962 MdL (Januar 1948 Übertritt von CSU zur BP, ab 1948 Fraktionsvorsitzender der BP), 1948–1952/1952–1957 Landesvorsitzender der BP, 1949–1950 MdB, seit 1950 Honorarprofessor für Agrarpolitik an der landwirtschaftlichen Hochschule Weihenstephan. – Zu den Auseinandersetzungen zwischen CSU und BP UNGER S. 156 ff., zu Baumgartner insbes. S. 175–179.

5 Dr. Jakob Fischbacher (1886–1972), 1913–1934 oberbayerischer Christlicher Bauernverein (ab 1921 Direktor), 1945–1948 Kreisdirektor für Oberbayern beim Bayerischen Bauernverband, 1947 Mitgründer der BP (Vorsitzender des Kreisverbands Oberbayern, 1952–1953 Landesvorsitzender), 1950–1962 MdL Bayern (1950–1954 Vizepräsident, 1957–1960 Fraktionsvorsitzender).

6 August-Martin Euler (1908–1966), 1945–1946 kommissarischer Landrat des Kreises Hersfeld, 1946–1947 MdL Hessen, 1946–1956 Landesvorsitzender der FDP, 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1949–1958 MdB, bis 1955 stv. Vorsitzender der FDP-Fraktion, in der 1. WP Vorsitzender des Ausschusses für innergebietliche Neuordnung, in der 2. WP (ab Dezember 1956) Vorsitzender des Ausschusses für Atomfragen; Februar 1956 Fraktionswechsel, März bis Juni DA, Mitgründer der FVP, ab März 1957 DP (FVP), Landesvorsitzender der DP (FVP) Hessen, ab 1958 Generaldirektor bei EURATOM.

7 Dr. Hermann Schäfer (1892–1966), 1920 DDP (ab 1930 Staatspartei), 1925–1932 Stadtverordneter in Köln und Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags, 1945–1956 (Parteiaustritt) FDP (stv. Vorsitzender des Landesverbands Hamburg, ab 1950 2. Bundesvorsitzender), 1948–1949 MdPR, 1949–1957 MdB (bis 1953 Vorsitzender der FDP-Fraktion), Fe-

Wellhausen[8], die er mit mehr Wärme nennen wolle als die vorhergehenden.

Die DP mache ihm noch mehr Sorgen. Es gäbe in dieser Partei einfach keine Leute, die einen entscheidenden Einfluß auf die ganze Partei ausüben könnten. Die DP habe ihren ursprünglichen Boden verlassen und sammle nun alles mögliche zusammen. Sie versuche in den verschiedenen Teilen der Bundesrepublik ihre Partei aufzubauen. Es gäbe zwar sehr entfernte Möglichkeiten, eine bessere Formierung innerhalb der DP zustande zu bringen. Die Chancen seien jedoch gering. Er schlage vor, daß er als Vorsitzender der Partei mit den Vorsitzenden der übrigen Koalitionsparteien und auch deren Fraktionsvorsitzenden zu einer gemeinsamen Aussprache zusammentrete.

Dieser Vorschlag wurde einstimmig gutgeheißen.

Bei der SPD könne man sagen, daß mit dem Tod Dr. Kurt Schumachers ein gewisser Druck gewichen sei. Doch könne man noch vor den Wahlen eine Schwenkung nicht erwarten, weil sich die SPD dadurch selbst desavouieren würde. Man müsse damit rechnen, daß Herr Ollenhauer, der den Parteiapparat in der Hand habe, was bei der SPD eine sehr große Rolle spiele, 1. Vorsitzender werde. Über die Entwicklung innerhalb der SPD seit dem Tode Dr. Schumachers lägen verschiedene Nachrichten vor. Vertraulich könne er hier sagen, daß eine Zusammenkunft führender SPD-Leute stattgefunden habe, um die Lage zu besprechen. Es sei dabei vor allem darum gegangen, wie man allmählich von dem Kurs Schumachers abkomme. Das Abgehen von der bisherigen außenpolitischen Linie sollte durch folgende beiden Vorgänge motiviert werden: 1. Die starre Haltung Rußlands, die in der letzten Sowjetnote[9] zum Ausdruck komme, habe gezeigt, daß trotz des guten Willens der deutschen Sozialdemokratie Verhandlungen mit der Sowjetunion kaum geführt werden könnten. 2. Die Versteifung der französischen Regierung in der Saarfrage[10] dagegen habe gezeigt, daß die Bundesregierung sich in der Haltung unseres westlichen Nachbarn getäuscht habe.

Als Resultat aus diesen beiden Erfahrungen müsse man ein deutsch-amerikanisches Bündnis anstreben.

Im Gegensatz dazu stehe allerdings das letzte offizielle Kommuniqué der SPD

---

bruar 1956 Fraktionswechsel, März bis Juni DA, dann FVP, ab März 1957 DP (FVP), 1953–1956 Bundesminister für besondere Aufgaben, nach 1961 wieder FDP.

8 Dr. Hans Wellhausen (1894–1964), 1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1949–1957 MdB (FDP), Februar 1956 Fraktionswechsel, März bis Juni DA, dann CSU, 1951–1957 Vorsitzender des Ausschusses für Finanz- und Steuerfragen und des Sonderausschusses für das Londoner Schuldenabkommen, 1952 Präsident des Verwaltungsrats der Deutschen Bundesbahn.

9 Die letzte Note stammt vom 23. August 1952 (vgl. GRAML S. 36; STEININGER S. 101f.).

10 Zu den deutsch-französischen Auseinandersetzungen um die Saar im Sommer und Herbst 1952 vgl. FREYMOND S. 134–141.

zum Besuch von General Ridgway[11], in dem ausgeführt worden sei, daß die Bundesrepublik vor den Präsidentschaftswahlen in Amerika keine festen Bindungen eingehen dürfe, da erst abgewartet werden müsse, ob der neue Präsident die bisherige außenpolitische Linie der USA beibehielte. Dieses Kommuniqué könne man nur als sehr unklug bezeichnen. Nachdem Taft[12] als Kandidat ausgeschieden sei und die Alternative Stevenson[13] oder Eisenhower heiße, müsse man sagen, daß keinerlei Gefahr für die Haltung Amerikas bestünde. Stevenson und Eisenhower unterschieden sich in ihren außenpolitischen Auffassungen nur um Nuancen.

Für unsere Haltung gegenüber der SPD könne man nur sagen: Vorsicht! Man dürfe die Entwicklung nicht stören; die Gegensätze in der Fraktion seien sehr stark[14].

In Bälde müsse mit dem BHE gerechnet werden, wo, lasse sich noch nicht übersehen. Man müsse aber daran denken, daß in Baden-Württemberg sechs BHE-Abgeordnete den Ausschlag gäben. In Schleswig-Holstein und in Niedersachsen sei der BHE an der Regierung beteiligt.[15] Man müsse die Entwicklung in den einzelnen Ländern sehr sorgfältig beobachten. Die Entwicklung sei noch offen.

In welcher Stärke der BHE bei den nächsten Wahlen in Erscheinung trete, müßten die nächsten Monate zeigen.

Bei den oben erwähnten Besprechungen führender SPD-Leute sei klar zum Ausdruck gekommen, daß die SPD nicht mehr damit rechne, nach den Bundestagswahlen eine Koalition SPD, BHE und Zentrum realisieren zu können. Man beurteile also dort die Entwicklung im BHE und im Zentrum nicht günstig.

Die Entwicklung bei der Bayernpartei und beim Zentrum könne man zunächst nur sorgfältig beobachten. Im Zentrum würden sich widerstrebende Tendenzen zei-

---

11 Matthew Bunker Ridgway (1895–1955), amerikanischer General; 1951–1952 Oberbefehlshaber der UN-Truppen in Korea, 1952–1953 Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa, 1953–1955 Stabschef der US-Streitkräfte. – Zum Besuch bei Adenauer am 2. September vgl. FAZ vom 3. September 1952, AdG 1952 S. 3634; zu den Äußerungen im SPD-Pressedienst vom 3. September vgl. FAZ vom 4. September 1952.

12 Robert Alphonso Taft (1889–1953), amerikanischer Politiker (Republikaner); seit 1939 Senator von Ohio, 1940, 1948 und 1952 Präsidentschaftskandidat, führender Vertreter des Isolationismus. Vgl. Geoffrey MATTHEWS: Robert A. Taft. The Constitution and American Foreign Policy 1939–1953. In: Journal of Contemporary History 17 (1982) S. 507–522.

13 Adlai Ewing Stevenson (1900–1965), amerikanischer Politiker (Demokrat); 1948–1953 Gouverneur von Illinois, 1952 und 1956 Präsidentschaftskandidat, 1961–1965 Botschafter bei der UNO.

14 Vgl. dazu KLOTZBACH S. 276ff.

15 Schleswig-Holstein: Waldemar Kraft, stv. Ministerpräsident, Minister für Finanzen und Justiz (bis 20. Oktober 1953); Hans-Adolf Asbach, Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene. Niedersachsen: Friedrich von Kessel, stv. Ministerpräsident, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; Hermann Ahrens, Minister für Wirtschaft und Verkehr; Erich Schellhaus, Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

gen: von der einen Seite Reismann[16] und Wessel[17], von der anderen Seite die führenden Persönlichkeiten des Zentrums in Westfalen, die ansprechbarer seien.

Zum Wahlgesetz äußerte der Kanzler, daß sich Herr Scharnberg[18] große Mühe gegeben habe, die Koalition auf einen Entwurf zu einigen. Unsere grundsätzlichen Anschauungen und unsere parteipolitischen Bedürfnisse lägen hier leider anders als bei den Koalitionsparteien. Wir müßten uns hier auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen, d.h., wir müßten damit rechnen, daß das Bestehen der Wahlgesetze im großen ganzen beibehalten werde und daß lediglich gewisse Änderungen vorgenommen werden könnten. Herr Blücher von der FDP habe eine eigenartige Theorie entwickelt: Die parteipolitische Entwicklung sei erst in ihrem Anfangsstadium. Man müsse deswegen entstehende Parteien auch wachsen lassen. Er erinnere hier nur an den alten Reichstag, der zum Schluß 37 Parteien umfaßt habe. Bei dieser Sachlage müsse einem das Wahlgesetz viel Sorge machen.

Der Wahltermin falle zwischen den 6. Juni und 6. September. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 sei man gezwungen gewesen, die Wahltermine in die Erntezeit zu legen. Das müsse diesmal vermieden werden. Wenn man die Wahl vor der Ernte abhielte, dann fiele sie in den Juni, wenn nach der Ernte, Ende August.

Man sage dazu immer wieder, je später die Wahl stattfinde, desto mehr trete der Erfolg unserer Arbeit in Erscheinung. Dazu müsse er doch auf zwei Punkte hinweisen:

a) Es würde schwierig sein, bei der zweiten Bundestagswahl eine so hohe Beteiligung zu erreichen wie bei der ersten, da bei der ersten Bundestagswahl die Konstituierung des Bundestages doch eine große attraktive Kraft besessen habe.

b) Man müsse unter allen Umständen verhindern, daß die ersten Gestellungsbefehle während der Wahlvorbereitungen kämen.

---

16 Dr. Bernhard Reismann (1903–1982), 1933 Stadtverordneter in Münster (Zentrum), 1945 Mitgründer der Deutschen Zentrumspartei, stv. Landesvorsitzender von Westfalen, Stadtrat von Münster, 1946–1949 MdL Nordrhein-Westfalen (stv. Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Justizausschusses), 1949–1953 MdB (DZP, ab Dezember 1951 FU), 1951–1953 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates.

17 Helene Wessel (1898–1969), 1928–1933 MdPrL (Zentrum), 1945 Mitgründerin der Deutschen Zentrumspartei (1949–1951 Vorsitzende), 1946–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1948–1949 MdPR, 1949–1953 und 1957–1969 MdB (bis Dezember 1951 Vorsitzende der Zentrumsfraktion; Fraktionswechsel, bis November 1952 FU, dann fraktionslos, ab 1957 SPD), 1952 Mitgründerin der Gesamtdeutschen Volkspartei, bis 1957 Mitglied des Präsidiums. Vgl. Walter Henkels: 111 Bonner Köpfe. Düsseldorf/Wien 1963 S. 363–365.

18 Hugo Scharnberg (1893–1980), 1945 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (Fraktionsvorsitzender der Parteilosen), 1946 CDU, 1948–1954 Vorsitzender des Landesverbands Hamburg, 1949–1961 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Geld und Kredit, 1955 des Wahlrechtsausschusses). – Scharnberg, Vorsitzender des CDU-Wahlrechtsausschusses, leitete einen interfraktionellen Wahlrechtskreis der Koalitionsparteien und hatte am 3. Juli 1952 zur Frage des künftigen Bundestagswahlgesetzes einen Entwurf zur „Dreierwahl mit Listenverbindung in den Wahlkreisen und mit Bundesergänzungslisten" vorgelegt. Vgl. Lange S. 460ff.

Die Vorbereitungen müßten getroffen werden, und im übrigen bestünde noch keine Gefahr, daß diese Dinge in der Öffentlichkeit bekannt würden.

Entscheidend aber für die deutsche Zukunft sei nach wie vor die Entwicklung der außenpolitischen Lage. Man könne sicher damit rechnen, daß die SPD nicht für die Verträge stimmen würde. Es ließe sich lediglich jetzt schon eine Verzögerungstaktik erkennen. Wir hingegen müßten danach trachten, daß die Verträge möglichst bald ratifiziert würden, vor allem im Hinblick auf das französische Parlament. Dort beständen nicht unerhebliche Schwierigkeiten, die aus verschiedenen Quellen ihre Nahrung zögen. Eine der Hauptquellen auch bei denjenigen Franzosen, die nicht russophil seien, liege in der Furcht, Frankreich werde, wenn die beiden Verträge in Kraft getreten seien, nicht mehr die politische Rolle in Europa spielen, vor allem nicht mehr die politische Rolle im Verhältnis zu den USA, wie dies bisher der Fall war. Die zweite Quelle des Widerstandes gegen den Abschluß der Verträge liege in der russophilen Neigung, die in Frankreich in gewissen Kreisen noch bestehe und die von Sowjetrußland sehr begrüßt würde.

Die russische Botschaft in Paris sei um etwa 200 Personen vermehrt worden, ausgesprochen zu dem Zweck, in Frankreich vermehrten Einfluß zu bekommen. Man dürfe auch nicht vergessen, daß es zwei Jahrzehnte lang ein Prinzip der französischen Außenpolitik gewesen sei, in einem guten Verhältnis mit Rußland zu leben, um Schutz gegen Deutschland zu haben. Frankreichs Sorgen und Ängste in dieser Richtung seien jetzt wieder gewachsen, nachdem Deutschland kraft seiner Wirtschaft und kraft seiner politischen Erfolge wieder eine andere Stellung in der Weltpolitik und in der Weltwirtschaft einnehme als in den Jahren unmittelbar nach dem Zusammenbruch.

Ein weiteres psychologisches Moment käme dazu. Einmal, daß einflußreiche Militärs in Frankreich sich nicht mit dem Gedanken abfinden könnten, daß sie auf eine französische Nationalarmee verzichten sollten. Pleven[19] sei eindeutig für die EVG, und bei dem guten Einvernehmen zwischen Pleven und Pinay[20] könnte man darauf schließen, daß die Idee der EVG auch in Pinay eine starke Stütze habe.

Wenn wir nun nicht bis zum Zusammentritt des französischen Parlaments Mitte Oktober ratifiziert hätten, würden wir die Position der widerstrebenden Kräfte in

19 René Pleven (geb. 1901), französischer Politiker; 1944–1946 Finanzminister, 1945 auch Wirtschaftsminister, 1945–1973 Abgeordneter der Nationalversammlung, 1945 Mitgründer und 1946–1953 Vorsitzender der Union Démocratique et Socialiste de la Résistance, 1949–1950 und 1952–1954 Verteidigungsminister, Juli 1950–Februar 1951 und August 1951–Januar 1952 Ministerpräsident, 1958 letzter Außenminister der IV. Republik, 1969–1973 Justizminister.

20 Antoine Pinay (geb. 1891), französischer Politiker; 1946–1958 Abgeordneter der Nationalversammlung (1956–1958 Fraktionsvorsitzender der Unabhängigen Republikaner), 1950–1951 Minister für Öffentliche Arbeiten, 1952 für Öffentliche Arbeiten und Transport, März bis Dezember 1952 Ministerpräsident und Finanzminister, 1955–1956 Außenminister, 1958–1959 Finanzminister und bis 1960 Wirtschaftsminister.

Frankreich stärken[21]. Die Beneluxstaaten würden ohnedies erst abwarten, bis Deutschland und Frankreich entschieden hätten.

Zur letzten Sowjetnote müsse er darauf hinweisen, daß auf die vorletzte Note[22] der Sowjets hin die Konsultierung der Bundesregierung zur Antwortnote erst erfolgt sei, nachdem die Note fertig gewesen sei. Die Note sei allerdings dann den Wünschen der Bundesregierung entsprechend geändert worden. Bei der letzten Note der Sowjets dagegen sei die Konsultierung der Bundesregierung erfolgt, bevor der Entwurf vorgelegen habe. Das Ergebnis der Konsultierung sei gewesen, daß man völlige Übereinstimmung festgestellt habe.

Zur Note selbst habe die Kommentierung in der deutschen Presse gezeigt, daß man die Reihenfolge der Punkte der Tagesordnung nur formal betrachtet habe; das sei ein ganz entscheidender Fehler. Es handele sich hier um eine materiell-rechtliche Angelegenheit erster Ordnung. Wenn man den von den Sowjets verfolgten Weg einschlage, so bedeute das erstens, daß wir wiederum wie in Versailles keinen Verhandlungsfrieden, sondern einen Diktatfrieden bekämen, d.h., die Friedensverträge würden durch die vier Alliierten festgelegt und dann erst würden die Deutschen gehört werden. Zweitens, die Prinzipien des Potsdamer Abkommens würden dem Friedensvertrag zugrunde gelegt. Dann aber sei die Einrichtung eines umfangreichen Kontrollsystems gar nicht denkbar.

Es handele sich also gar nicht um einen Streit um die Reihenfolge 1, 2, 3, 4, sondern in den verschiedenen Stellungnahmen zur Tagesordnung offenbare sich der scharfe Gegensatz über die entscheidenden Probleme.

Trotzdem dürfe man die Tür zu den Sowjets nicht zuschlagen. Die Antwortnote werde und müsse sich auch deswegen noch in höflichem Ton bewegen. Im Vordergrund müsse allerdings immer stehen die Forderung nach freien Wahlen, da wir nur auf diesem Wege zu einem Verhandlungsfrieden kommen. Die Möglichkeiten für weitere Verhandlungen müßten offenbleiben.

Die Note zeigte eindeutig, daß der Wille der Russen zu einem unabhängigen gesamten Deutschland nicht ernst sei. Ziel der Sowjetpolitik sei nach wie vor, Deutschland unter russische Oberhoheit zu bringen. Wenn einmal die amerikanischen Truppen von Europa weg sind, dann hat die Sowjetunion ihr Ziel erreicht, da dann Sowjetrußland der maßgebende Faktor für Europa wäre.

In Berlin und in der Ostzone mache sich eine gewisse Entmutigung bemerkbar, da noch kein Ende der Leiden und Qualen abzusehen sei. Die Lage zwinge uns aber, Geduld zu haben. Rußland werde verhandeln, wenn es eingesehen habe, daß der Kalte Krieg im Sinne der Ziele der sowjetrussischen Europapolitik keinen Sinn

21 Zu den innerfranzösischen Auseinandersetzungen vgl. Paul NOACK; Raymond POIDEVIN, Pierre GUILLEN, Jean-Pierre RIOUX in MILITÄRGESCHICHTE seit 1945.

22 Gemeint sind die dritte Note der UdSSR vom 24. Mai 1952 und die Antwortnoten der drei Westmächte vom 10. Juli 1952 (Wortlaut der Noten in AdG 1952 S. 3482 und 3556; vgl. GRAML S. 34ff.; STEININGER S. 94f.).

mehr habe. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der Sowjetzone seien sehr schwierig, hauptsächlich das Nahrungsproblem. Rußland könnte seine Menschen nicht ernähren, ohne neues Ackerland zu beschaffen. Das Durchschnittsalter der Russen in der Sowjetunion betrage 38 Jahre, in Westeuropa dagegen 60 Jahre.

Dies zeige deutlich, vor welch schwieriger Aufgabe Sowjetrußland stehe. Die Sowjetunion habe in den Jahren von 1945 bis 1950 mit der Methode des Kalten Krieges ungeheure Erfolge erzielt. Daher sei es nur natürlich, daß sie weitere Erfolge in dieser Richtung anstrebe. Wenn aber einmal die Sinnlosigkeit dieses Strebens evident werde, dann könne man eine Änderung in der sowjetischen Europa- und Deutschlandpolitik erwarten.

Man müsse dabei auch die Verhältnisse in den Satellitenstaaten berücksichtigen. Es stehe fest, daß in Polen über 70 % antikommunistisch eingestellt seien. In der Tschechoslowakei sei die Lage für die Sowjets noch am günstigsten. Dagegen hätten sie in Ungarn ebenfalls erhebliche Schwierigkeiten. Man müsse bedenken, daß jede Stärkung des Westens eine Entmutigung sei für die widerstrebenden Kräfte in den Satellitenstaaten.

Man dürfe diese Entwicklung nicht zu pessimistisch sehen. Er glaube gar nicht, daß der Zeitpunkt echter Verhandlungen weit entfernt sei. Man dürfe nicht zuviel erhoffen, doch man dürfe damit rechnen, daß die Sowjetunion in drei bis vier Jahren verhandlungsbereit sei.

Nun sei nochmals unter Wirkung einer der Eisenhower-Reden der Gedanke aufgekommen, daß die Vereinigten Staaten evtl. zum Angriff schreiten könnten. Dazu müsse er sagen, daß Eisenhower im Grunde nichts anderes gesagt habe, als was Truman schon früher ausgeführt hätte.

Im übrigen müsse er doch darauf hinweisen, daß wir, sobald wir 12 und später dann 24 Divisionen hätten, auch auf evtl. in dieser Richtung laufende Tendenzen einen entscheidenden Einfluß besäßen. Wir könnten uns dann mit mehr Wirkung für einen Verhandlungsfrieden und gegen einen Präventivkrieg einsetzen.

Auch für die Wiedervereinigung werde die Bundesrepublik durch die Ratifizierung der beiden Verträge mit mehr Gewicht eintreten können. Man müsse doch ganz klar sehen, daß die gesamtdeutsche Freiheit, und darum könne es sich bei der Herstellung der Einheit Deutschlands nur handeln, unsere eigene Freiheit voraussetze. Solange unser Land wie jetzt rechtlos und ohne Kraft sich selbst zu schützen daliege, seien unsere Möglichkeiten sehr viel geringer.

Auch die These, daß die amerikanische Politik unabhängig von unserem Verhalten festgelegt sei, könne nicht ernstlich vertreten werden. Schließlich müsse man doch zur Kenntnis nehmen, daß Mr. Taft nahe daran gewesen sei, nominiert zu werden. Die Presseveröffentlichung der SPD anläßlich des Besuches von General Ridgway habe gezeigt, daß die SPD selbst nicht an diese These glaube. Man könne ja schließlich nicht auf der einen Seite sagen, die amerikanische Politik in Europa sei festgelegt, und auf der anderen Seite erklären, daß man für die Ratifizierung der beiden Verträge die Wahl des amerikanischen Präsidenten abwarten müsse; denn

das habe nur Sinn, wenn man des Glaubens wäre, daß die europäische Politik Stevensons von der Eisenhowers sich grundsätzlich unterscheide. Das aber sei nicht der Fall. Dagegen könne die amerikanische Politik durchaus in eine für Europa verderbliche Richtung gedrängt werden, wenn Deutschland und die europäischen Staaten eine die amerikanischen Staaten brüskierende Haltung einnähmen.

Zur Innenpolitik übergehend, wies der Kanzler auf das Telegramm Dr. Schumachers[23] an die amerikanischen Gewerkschaften hin, in dem Dr. Schumacher davon gesprochen habe, daß die deutschen Arbeiter in der Bundesrepublik nur ausgebeutet würden. Dazu wolle er nur auf zwei Dinge hinweisen. Von der Belegschaft der Volkswagenwerke, die insgesamt 12.000 Arbeitnehmer betrage, hätten anläßlich der Urlaubsmonate 4.000 Arbeitnehmer sich Auslandspässe ausstellen lassen, d.h., daß es bei einer Belegschaft von 12.000 Mann 4.000 Mann ohne weiteres möglich war, die Ferien im Ausland zu verbringen. Da könne man doch wirklich nicht davon sprechen, daß eine große Not vorhanden sei. Bei den vielen Besuchen von Jugendgruppen auf dem Bürgenstock[24] habe er feststellen können, daß unter den Jugendlichen mehr Lehrlinge als andere gewesen seien und daß diese Jugendlichen durchweg gut gekleidet gewesen seien und einen guten Eindruck gemacht hätten. Alles in allem müsse man sagen, daß es dem Arbeitnehmerstand sehr gut gehe.

Man dürfe sich aber durch den großen wirtschaftlichen Erfolg der letzten Jahre nicht über die wahre Situation der deutschen Wirtschaft hinwegtäuschen lassen. Die deutsche Wirtschaft leide erheblich an einem Mangel an Kapital. Eine allgemeine Wirtschaftsflaute in der Welt werde sich bei uns stärker auswirken als anderswo, eben weil bei uns die Kapitaldecke zu gering sei. Für diese Situation seien zwei Ereignisse der jüngsten Vergangenheit besonders bedeutsam. Erstens das Schuldenabkommen in London[25] und zweitens das Abkommen mit Israel[26]. Es sei richtig, daß Deutschland, die Bundesrepublik, gegenüber der Republik Israel keine rechtlichen Verpflichtungen habe. Dagegen müsse er sehr unterstreichen, daß für die Bundesrepublik große moralische Verpflichtungen bestünden, und in diesem Fall sei es unbedingt notwendig, den moralischen Gesichtspunkt an erste Stelle zu setzen. Wir könnten an der Tatsache nicht vorübergehen, daß sich ein erheblicher Teil des deutschen Volkes an den Greueltaten des Nationalsozialismus gegenüber dem Judentum beteiligte. Man komme hier an einer großen deutschen Schuld nicht vorbei,

23 Wortlaut des Telegramms in AdG 1952 S. 3619.

24 Von Adenauer bevorzugter Urlaubsort am Vierwaldstätter See (Schweiz).

25 Abschluß der Londoner Schuldenkonferenz am 8. August 1952. Bericht in AdG 1952 S. 3598. Zum Schuldenabkommen vgl. Nr. 4 Anm. 16.

26 Die Verhandlungen über die Ansprüche, die die Regierung des Staates Israel in ihrer Note vom 12. März 1951 gestellt hatte, wurden seit 20. März 1952 in Kasteel Oud Wassenaar (bei Den Haag) geführt; Unterzeichnung des Wiedergutmachungsabkommens am 10. September 1952 durch Adenauer und den israelischen Außenminister Moshe Sharett in Luxemburg; Wortlaut des Abkommens in Rolf VOGEL (Hrsg.): Deutschlands Weg nach Israel. Stuttgart 1967 S. 62–75; vgl. auch SCHWARZ 2 S. 184ff.

und eine Geste deutscherseits sei unbedingt notwendig. Wir dürften auch nicht verkennen, daß, wenn das Verhältnis zu Israel in Ordnung gekommen sei, dies große politische Auswirkungen haben werde, vor allem in Amerika und insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet.

Zum Londoner Schuldenabkommen müsse er sagen, daß unsere Unterhändler gut verhandelt und viel erreicht hätten. Auf lange Sicht gesehen sei es immer die beste Politik, seine Schulden zu bezahlen, denn nur das erwecke Vertrauen, und Vertrauen sei notwendig, um Kredite zu bekommen und Kapital zu bilden.

In der Landwirtschaft sei es gelungen, weithin die Motorisierung zu ermöglichen. 50 Jungbauern aus Bayern, die ihn auf dem Bürgenstock besucht hätten, seien sehr davon beeindruckt gewesen, daß die Motorisierung bei uns sehr viel weiter fortgeschritten gewesen sei als in der Schweiz, obwohl die deutsche Landwirtschaft wohl eigentlich erst seit drei Jahren an die Motorisierung habe herangehen können[27].

Unsere besondere Sorge müsse jetzt, nachdem die notwendigen Voraussetzungen geschaffen worden seien, dem Mittelstand gelten. Wohl gehe es hier all den Zweigen, die mit dem Baugewerbe zu tun hätten, gut. Doch eine ganz große Sorge müsse die Lage der Beamten und der Intellektuellen auslösen. Die Not der Beamtenteile sei zum Teil erschreckend groß. Hier müsse noch in den nächsten Monaten getan werden, was irgend möglich sei. Wenn wir unsere Verpflichtung gegenüber dem Mittelstand, auch gegenüber dem akademischen Mittelstand nicht erfüllten, werde der Schaden moralisch und politisch betrachtet, ja letztlich auch finanziell sehr groß sein.

Er freue sich, anläßlich des Betriebsverfassungsgesetzes[28] sagen zu können, daß sich die Koalition bewährt habe. Das Betriebsverfassungsgesetz bringe große Fortschritte gerade für die Arbeitnehmer. Es handele sich jetzt darum, die entsprechende Aufklärungsarbeit in den Betrieben zu leisten und Sorge dafür zu tragen, daß in die Organe, die jetzt geschaffen wurden aufgrund des Betriebsverfassungsgesetzes, Leute hineingehen, die auf unserem Boden stehen und nicht aus der sozialistischen Schule kommen.

Ein weiterer großer Erfolg der Arbeit der Koalition sei im Lastenausgleichsgesetz zu sehen. Die Partei müsse hier ganz besonders Dank sagen dem Abgeordneten Kunze und für seine Vertretung im Parlament auch Herrn Dr. Kather. Jetzt handle es sich darum, das, was im Gesetz festgelegt sei, ins Leben umzusetzen. Es habe heute noch wenig Sinn, ein Wahlmanifest zu besprechen. Manchmal sei es auch ganz gut, wenn man erst höre, was die Gegenseite beabsichtige. Alles in allem könnten wir sagen, daß wir in den letzten drei Jahren gewaltige Leistungen vorzuweisen hätten. Die Bundesrepublik habe wieder ein großes politisches Ansehen erworben und eine beachtliche wirtschaftliche Bedeutung gewonnen. Besonderen

27 Zur Agrarpolitik nach 1945 demnächst W. FELDENKIRCHEN.

28 Zum BVG vom 19. Juli 1952 BUCHHAAS: Gesetzgebung; THUM.

Dank verdiene auch die Berliner Bevölkerung, die dem Druck der Sowjets so tapfer standgehalten habe.

AUSSPRACHE

Schreiber wies darauf hin, daß in West-Berlin keine Entmutigung feststellbar sei. Lediglich im sowjetischen Raum sei die Stimmung gewissermaßen verzweifelt. Dies hätten die Drohungen, den Verkehr innerhalb der Sowjetzone weiterhin einzuschränken, bewirkt. Daher rühre auch der große Andrang von Flüchtlingen. Von einem weiteren Notenwechsel werde nichts gehalten.

Er müsse hier sagen, daß ein Rest von Mißtrauen in der Bevölkerung der Sowjetzone und von Berlin gegen die Bundesregierung, gegen die Westmächte vorhanden sei. Allgemeine Stimmung sei: Schluß mit dem Notenwechsel und endlich eine Aussprache. Grundsätzlich sei die Haltung klar, man wolle keinen Diktatfrieden, und daher müßten erst gesamtdeutsche Wahlen stattfinden, damit eine verhandlungsfähige deutsche Regierung als Verhandlungspartner beteiligt werden könne.

Simpfendörfer unterstrich die Ausführungen von Herrn Dr. Schreiber. Auch im Süden herrsche die Meinung, daß die Westalliierten und die Bundesregierung doch nicht so recht wollten. Auch manche maßgeblichen Persönlichkeiten des evangelischen Lebens – er habe das auf dem Evangelischen Kirchentag erlebt[29] – wünschten sich eine klare Demonstration des guten Willens und des Nichtwollens Rußlands.

Adenauer antwortete, daß der bisherige Notenwechsel eindeutig und klar zum Ausdruck bringe, daß es die Auffassung der Westmächte sei, daß eine Ordnung in Europa nur möglich ist mit einem gesamtdeutschen Staat. Und ebenso eindeutig hätten die Notenwechsel gezeigt, daß die Sowjets nichts anderes wollten als den sowjetisierten Staat, um auf diesem Wege die Herrschaft über ganz Europa aufzurichten. Wenn wir jetzt Verhandlungen aufnehmen würden, wäre die Folge, daß wir nach Monaten unverrichteter Dinge wieder auseinandergehen würden. Dann werde die alte Propagandatrommel wieder gerührt. Ein solches Vorgehen brächte aber eine ernstliche Gefahr mit sich: Die russophilen Kräfte in Frankreich seien stärker, als man bei uns annehme. Man müsse sich daran erinnern, daß 1944 ein Bündnisvertrag zwischen Rußland und Frankreich auf 20 Jahre gegen Deutschland geschlossen worden sei[30] und daß der Deutschlandvertrag im klaren Widerstand [!] gegen diesen

29 Der Evangelische Kirchentag fand vom 27.–31. August 1952 in Stuttgart statt (Protokoll: „Wählt das Leben!" Der Vierte Deutsche Evangelische Kirchentag. Hrsg. im Auftrag des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Stuttgart o.J.). – Die hier aufgeworfene Frage wurde in der Arbeitsgruppe III „Was geht den Christen die Politik an?" thematisiert. Vgl. Protokoll S. 267–354, vor allem Präses D. Wilm (Bielefeld) S. 330–332.

30 In Art. 8 des zwischen der Sowjetunion und Frankreich am 10. Dezember 1944 in Moskau von de Gaulle und Stalin unterzeichneten „Bündnis- und gegenseitigen Beistandsvertrags" wird die Gültigkeitsdauer des Vertrages auf 20 Jahre festgelegt. Art. 5 lautet: Die hohen vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, keinem Bündnis und keiner Koalition

Vertrag stünde. Verhandlungen mit den Sowjets brächten das Risiko mit sich, daß die Ratifizierung in Frankreich vielleicht verhindert würde. Daher sei die Position zu Verhandlungen nach Ratifizierung der Verträge günstiger.

Kaiser unterstrich noch einmal die Ausführungen von Herrn Dr. Schreiber. Meinung in der Sowjetzone sei, daß der Westen es doch nicht ganz ehrlich meine.

Adenauer betonte, daß die Konferenz kommen müsse, daß sie aber zum geeigneten Moment kommen müsse, daß wir so lange Geduld haben und uns mit einem Notenwechsel begnügen müßten.

Lenz wies darauf hin, daß die öffentliche Meinung heute doch bereits die Sicherheit der Einheit vorziehe[31]. 51 % der von einem demoskopischen Institut Befragten hätten sich für die Sicherheit und nur 35 % für die Einheit entschieden, als die Frage nach dem Vorrang gestellt wurde.

Adenauer führte weiter aus, daß wir nicht darauf sehen sollten, ob die Westalliierten es ehrlich meinten, das sei in diesem Zusammenhang kein richtiger Begriff. Wir sollten vielmehr darauf sehen, ob die Haltung der Alliierten kontinuierlich sei. Die Beständigkeit der Auffassung sei entscheidend. Für Amerika und England stelle sich die deutsche Einheit vor allem als eine wirtschaftliche Notwendigkeit dar, da der deutsche Export sie bei der derzeitigen Lage sehr belastet. Zur Saarfrage wolle er sagen, daß die Dinge nicht so schlimm stünden, wie man vor sechs Wochen angenommen habe. Auch hier konzentriere sich alles auf die wirtschaftliche Frage: Wie kann Frankreich der Bezug von Saarkohle in eigener Währung ermöglicht werden? Am gefährlichsten seien in Frankreich die Gaullisten. Darüber hinaus spiele die Prestigefrage eine große Rolle. Frankreich habe doch seit 1945 zusehends und fortlaufend an Einfluß und Ansehen verloren, während Deutschland doch seit 1945 an Ansehen und Einfluß stetig gewonnen habe.

Samsche, auf die innerpolitischen Ausführungen des Bundeskanzlers übergehend, meinte, es sei die Aufgabe der Regierung, die Politik für die gewerbliche Wirtschaft und die Agrarpolitik aufeinander abzustimmen. Durch Rationalisierung müsse die Konsolidierung der Landwirtschaft angestrebt werden, um damit zu einer Senkung der Lebensmittelpreise zu kommen. Für die Bevölkerung spiele die Frage der Lebensmittelpreise eine viel größere Rolle als die außenpolitischen Entscheidungen.

Adenauer erklärte, daß z.Z. in Wiesbaden der Kongreß für die Agrarunion tage.[32] Wenn eine solche Agrarunion zustande komme, würde sie für unsere Landwirtschaft noch ganz andere Verhandlungen nach sich ziehen. Man dürfe doch nicht übersehen, daß die Dürre, die wir dieses Jahr gehabt hätten, sich stark auf die Preise auswirken müsse. In Frankreich seien noch viel mehr Schwierigkeiten ent-

---

beizutreten, die gegen die eine oder die andere von ihnen gerichtet sein könnte (vgl. AdG 1944 S. 6626, 6639, 6695).

31 In der Vorlage: verspreche.

32 4. Generalversammlung des Verbands der europäischen Landwirtschaft, 7.–14. September 1952 (NL Hermes ACDP I-090-84).

standen. Er frage in diesem Zusammenhang Herrn Samsche, was er unter Konsolidierung verstehe.

Samsche erklärte, die Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland herbeizuführen.

Adenauer erklärte, daß dies nach den Gegebenheiten einfach nicht möglich sei.

Simpfendörfer befürwortete weiteren Düngereinsatz; es fehle hier an Kapital. Verbilligte Kredite seien notwendig.

Lenz machte darauf aufmerksam, daß die Lebenshaltungskosten in der öffentlichen Meinung nach der Preisspitze gebildet würden. Weil nun die Butter einmal so teuer sei, entstehe die Auffassung, die ganze Lebenshaltung sei so teuer. Es sei sehr interessant festzustellen, daß das Volk, vor allem auch die kleinen Leute, auf dem Lebensmittelsektor immer nach dem Teuersten greifen würden.

Tillmanns erklärte, daß, wie immer auch die Entwicklung laufen würde, eine Wettbewerbsfähigkeit mit Übersee für uns niemals zu erreichen sei. Man müsse versuchen, durch eine gewisse Verbrauchslenkung regulierend einzugreifen.

Kather fragte den Herrn Bundeskanzler, ob von seiner Seite Verhandlungen mit dem BHE stattgefunden hätten und ob beabsichtigt sei, den BHE jetzt noch in die Koalition einzubeziehen.

Adenauer erklärte, daß dem BHE gegenüber nichts unternommen worden sei, den BHE jetzt noch in die Koalition einzubeziehen. Er habe auch nicht mit dem BHE verhandelt.

Kather wies darauf hin, daß am 10. September voraussichtlich die Wahl des Kontrollausschusses für das Lastenausgleichshauptamt stattfindet und daß man Ende September schon mit der Genehmigung der Richtlinien rechnen müsse. Es sei notwendig, daß wir rechtzeitig personell die Voraussetzungen schaffen würden, die eine Garantie böten, daß die Dinge in unserem Sinne verhandelt würden.

Adenauer antwortete, daß ihm von dem Termin des 10. September nichts bekannt sei. Er selbst habe auch den Eindruck, daß im Vertriebenenministerium nicht die notwendige Initiative entwickelt und mit der unbedingt notwendigen Energie und Ausdauer gearbeitet würde. Er teile auch die Bedenken des Herrn Dr. Kather über das Soforthilfeamt. Herr Lukaschek[33] sei hier anderer Meinung. Aber die Aufgabe, hier Änderung herbeizuführen, sei zum Verzweifeln schwer. Unter den Vertriebenen herrsche eine geradezu desperate Uneinigkeit. Er wisse niemanden, der durchgehend das Vertrauen der Vertriebenen besitze.

---

33 Dr. Hans Lukaschek (1885–1960), 1916–1919 Bürgermeister von Rybnik (Oberschlesien), 1919–1921 Landrat im Kreis Rybnik, 1919–1921 Plebiszitkommissar bei der oberschlesischen Abstimmung, 1922–1927 Mitglied der Gemischten Kommission für Oberschlesien (Zentrum), 1927–1929 1. Bürgermeister von Hindenburg, 1929–1933 Oberpräsident der preußischen Provinz Oberschlesien und Regierungspräsident in Oppeln, Mitgründer der CDU in Berlin, 1945–1946 Vizepräsident des Landes Thüringen und Leiter des Landesamtes für Landwirtschaft und Forsten, 1948–1949 Vizepräsident des Deutschen Obergerichts in Köln, 1949–1953 Bundesminister für Vertriebene. Vgl. Ludwig ABMEIER in SCHLESISCHE LEBENSBILDER 5 (1968) S. 228–238.

Kather widersprach ihm, es gäbe durchaus eine anerkannte Repräsentanz der Vertriebenen. Er selbst sei schließlich der Spitzenmann der Vertriebenen in der CDU. Die Aufspaltung werde vom Vertriebenenministerium aus betrieben. Im BvD seien die Zentralverbände und die beiden größten Vertriebenenorganisationen vereinigt.[34] Er müsse hier einmal eindeutig sagen, von wo aus die Schwierigkeiten kommen. Herr Lukaschek habe nach der Unterredung mit dem Kanzler Kriegsrat gehalten, und das Ergebnis sei gewesen, daß man Herrn Schreiber[35] offerieren wolle, und zweitens, daß man die Landsmannschaften aus dem BvD herausbrechen müsse. Er frage, was denn gegen ihn vorgebracht werde. Er werde angegriffen, weil er CDU-Politik treibe. Das Mißtrauen gegen Herrn Dr. Lukaschek sei nicht von ihm ausgegangen, sondern von der Landsmannschaft Ostpreußen.

Lenz berichtete, daß die Landsmannschaften sich einspannen würden, den Schwerpunkt vom ZvD auf sich zu verlegen. Eine Reihe von Vertretern der Landsmannschaften würden Herrn Dr. Kather strikt ablehnen, er müsse aber auch sagen, daß ein Vorschlag von dieser Seite aus nicht hätte gemacht werden können.

Adenauer faßte zusammen, daß auf diesem Posten erstens Initiative notwendig sei und daß zweitens eine solche Persönlichkeit das allgemeine Vertrauen der Vertriebenen haben müsse. Er habe sich seit Wochen um eine Klärung der Angelegenheit bemüht. Auch wenn er sich vorsichtig ausdrücke, müsse er sagen, daß Herr Dr. Kather sehr viele Nicht-Freunde habe und daß er daher mit sehr großen Schwierigkeiten würde rechnen müssen. Er wäre daher sehr dankbar, wenn die Landsmannschaften einmal die Verhältnisse in ihren Ländern schildern würden.

Gurk berichtete, der Verband LvD neige teils zur SPD, teils zum BHE. Auch die Sudetendeutsche Gruppe stehe der SPD nahe. Die Entscheidung sei klar gegen die CDU gefallen. Im Vertriebenenministerium des Südweststaates zeichne sich personalpolitisch immer mehr ein reines BHE-Ministerium ab. Eine diesbezügliche Große Anfrage habe große Aufregung hervorgerufen.[36] Sie seien gebeten worden, diese Anfrage zurückzuziehen oder sie zumindest zurückzustellen. Der BHE wolle mit den übrigen Koalitionspartnern wegen einer künftigen Beteiligung verhandeln.

---

34 Im „Bund der vertriebenen Deutschen" (BvD) schlossen sich am 19. November 1951 die „Vereinigten ostdeutschen Landsmannschaften" (Schlesier und Sudetendeutsche, Berlin-Brandenburger und Karpatendeutsche) mit dem „Zentralverband der vertriebenen Deutschen" (ZvD) zusammen. Vorsitzender des ZvD wie des BvD war Kather (dazu und zum Folgenden vgl. KATHER 1 S. 176ff.).

35 Dr. Ottomar Schreiber (1889–1955), 1949–1953 Staatssekretär im Bundesministerium für Vertriebene.

36 Minister für Heimatvertriebene und Kriegssachgeschädigte in Baden-Württemberg war Eduard Fiedler (BHE). Die Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Friedrich Werber und Genossen betr. das Ministerium für Heimatvertriebene und Kriegsgeschädigte stammt vom 1. Juli 1952 (Beilage 74 der Verfassunggebenden Landesversammlung – Druck vom 9. Juli 1952); vgl. auch Antrag dazu vom 1. Oktober 1952 (Beilage 157) sowie 12. und 13. Sitzung der Verfassunggebenden Landesversammlung vom 1. bzw. 15. Oktober 1952 (Sten.Ber. S. 407–413, 427–443).

Müller ergänzte, daß der LvD, der in Süd-Württemberg die Aushängevertretung der Heimatvertriebenen sei, sich bei den Wahlvorbereitungen ziemlich neutral verhalten habe, dann aber kurz vor der Wahl doch mit einem Aufruf für den BHE auf den Plan getreten sei.[37] Ausgenommen müßten hiervon die Donauschwaben werden, die zum größten Teil auf seiten der CDU stünden.

Von Brentano erklärte, daß der BvD die größte und stärkste Organisation sei. Der Kampf des BHE gegen den BvD sei verständlich, der BvD mit dem CDU-Kather sei immer unerwünscht. Man müsse in diesem Zusammenhang die Frage stellen, wie Kather innerhalb der CDU stünde, und hier müsse man sagen, daß er teilweise abgelehnt werde.

Tillmanns wies darauf hin, daß Herr Dr. Kather sich beim Zustandekommen des Lastenausgleichsgesetzes zweifellos sehr große Verdienste erworben habe. Wenn er jetzt Minister werde, so müsse man damit rechnen, daß die Öffentlichkeit darin ein Geschäft sehen würde in der Form, daß Herr Dr. Kather dem Lastenausgleichsgesetz zugestimmt habe um den Preis des Ministers. Zweitens müsse man die Frage stellen, ob der 1. Vorsitzende des BvD in diesem Amt der Bundesregierung möglich sei.

Simpfendörfer berichtete von Nord-Württemberg, daß dort der LvD die politische Garde des BHE sei.

Kather bat darum, daß auch über die Verhältnisse in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen berichtet werde.

Johnen berichtete für Nordrhein-Westfalen. Er bezeichnete den LvD in Nordrhein als neutral. Die Parteien würden sich um ihn bemühen, doch man könne sagen, daß er zur CDU hin neige.

Lensing erklärte, daß die Verhältnisse in Westfalen ähnlich lägen.

Hofmeister bestätigte dasselbe für Niedersachsen.

Kather sah durch die Ausführungen der Landesvorsitzenden seine Ausführungen bestätigt. Er wies auch darauf hin, daß er mit 20 von 27 Stimmen wiedergewählt worden sei, und betonte dann ausdrücklich, daß er dieses Thema nicht angeschnitten habe. Gegen Herrn Dr. Tillmanns gewandt fügte er hinzu, daß gegen Verleumdungen niemand geschützt sei, das sei kein sachliches Argument. Wenn es danach ginge, käme es am Schluß so, daß derjenige, der etwas leistet, von vornherein ausgeschlossen sei, eine verantwortliche Stelle zu übernehmen, und daß die Stelle nachher die bekämen, die nichts leisteten.

Adenauer betonte, daß der Lastenausgleich und seine praktische Durchführung eine politische Frage erster Ordnung seien. Er habe den Eindruck, daß das Ministerium und das Amt für Soforthilfe in ihrer bisherigen Zusammensetzung nicht son-

37 Gemeint sind die Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung vom 9. März 1952 (FEUCHTE S. 158; zur Entwicklung des BHE Günther HASELIER: Politische Parteien und Wahlen. In: Das Land Baden-Württemberg. Amtliche Beschreibung nach Kreisen und Gemeinden. Hrsg. Landesarchivdirektion Baden-Württemberg Bd. 1, 2. Aufl. 1977 S. 286ff.).

derlich geeignet seien, diese Aufgabe so zu lösen, wie es notwendig wäre. Deswegen seien diese Aussprache und evtl. personelle Veränderungen notwendig gewesen. Er habe den Ausführungen entnehmen können, daß der BvD in Nordrhein-Westfalen im wesentlichen der CDU folge und daß er in Niedersachsen antisozialistisch eingestellt sei. In Süddeutschland dagegen lägen die Verhältnisse anders.

Der Lastenausgleich sei leider sehr spät verabschiedet worden. Es käme jetzt, zehn Monate vor der Wahl, darauf an, möglichst noch Auswirkungen des Gesetzes zu erreichen. Sicher sei aber, daß der Lastenausgleich sich bis zur Wahl nicht so auswirken könne, daß der BHE keine Rolle mehr spiele. Der BHE trage den Keim der Zersetzung in sich; er sei überhaupt keine erfreuliche politische Erscheinung. Das beste sei, wenn wir zunächst hier nichts unternähmen. Man müsse jedoch damit rechnen, daß, je nachdem, [wie] die Wahl ausgehe, die BHE-Abgeordneten im Kalkül der SPD eine Rolle spielen werden. Das zweckmäßigste dürfte sein, eine wohlwollende Distanz einzuhalten.

Simpfendörfer wies darauf hin, daß es unter Umständen zu spät sei, wenn wir die Wahl abwarten wollten. Die Regierungsbildung in Baden-Württemberg habe gezeigt, daß die Abmachungen schon vorher getroffen worden seien.

Hofmeister betonte, daß der BHE in Niedersachsen wohl am stärksten in der Landespolitik in Erscheinung getreten sei. Er habe ursprünglich über 20 Mandate verfügt. Drei Abgeordnete seien inzwischen aus der Fraktion ausgeschieden.[38] Es habe sich in Niedersachsen herausgestellt, daß 85 % der BHE-Wähler rechtsgerichtet seien. Man wünsche dort unter keinen Umständen einen roten Kanzler.

Kaiser führte aus, daß der Wahlkampf gegen die SPD geführt werden müsse. Der SPD aber könne nur eine geschlossene Front der CDU gegenübertreten. Es könne deswegen keine offizielle Fühlungnahme empfohlen werden. Man könne beim BHE mit Rückwanderung der Wähler rechnen ähnlich wie beim Zentrum.

Strickrodt sieht Möglichkeiten, die Verbindung aufrechtzuerhalten auf sachlichem Gebiet in der Form, daß mit führenden Männern des BHE das Gespräch über sachliche Fragen angeknüpft wird.

Adenauer empfiehlt, Persönlichkeiten des BHE, die bei den Vertriebenen Vertrauen haben, in solche Gespräche einzubeziehen.

Kather tritt dem scharf entgegen, da die Fronten nicht verschleiert werden dürften.

Adenauer hält es trotzdem für zweckmäßig, nicht ausschließlich mit dem BvD, sondern auch mit dem BHE in Fühlung zu bleiben.

Gurk hält eine Fühlungnahme in beschränktem Umfange mit dem BHE für gegeben.

---

38 Von 21 Abgeordneten der BHE-Fraktion waren vier ausgeschieden; Horst Büchler ab 18. Juli 1952 unabhängig, dann LP; Dr. Fritz Dittloff am 2. Mai 1952 Mandatsniederlegung; Josef Erbacher bis 1. Juli 1952, dann FDP; Dr. Fritz Schulz ab 2. Juli 1952 unabhängig (NEUMANN S. 495f.).

Kather erklärte dann, daß er nicht dafür sei, daß man eine Front gegen den BHE beziehe, evtl. müsse man auch hier in Fühlung bleiben.

Adenauer erklärte, daß demnach keine Bedenken bestünden, auf Landesebene die Verbindung aufrechtzuerhalten. Damit könne erreicht werden, daß keine vorzeitige Festlegung auf die SPD erfolge.

Kather hat in dieser Richtung keine Sorge.

Adenauer faßte dann zusammen, daß es am besten sei, nicht zu viel und nicht zu wenig zu tun; es empfiehlt sich allerdings, möglichst wenig auf Bundesebene zu unternehmen.

Strickrodt empfiehlt noch einmal, den BHE zu den Verhandlungen der Spitzenverbände hinzuzuziehen.

Durchführung der Beschlüsse der letzten Vorstandssitzung

Zu Punkt 2 der Tagesordnung berichtete *Tillmanns* folgendes: 1. Auf die Ministerpräsidenten Arnold und Ehard wurde im Sinne des Beschlusses des Parteivorstandes mit Erfolg eingewirkt.[39] 2. Die enge Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU wird durch laufende Fühlungnahme durch Herrn Kiesinger mit Herrn Strauß sichergestellt. 3. Um zu einer besseren Zusammenarbeit der Länderkabinette, in denen die CDU die Führung hat, mit der Bundestagsfraktion zu kommen, schlägt der geschäftsführende Vorstand vor, daß die Frage zunächst mit den Ländervertretungen der in Frage kommenden Länder vorbesprochen werden soll. Der Vorstand ist mit diesem Vorschlag einverstanden. 4. Das Haus Nassestraße 2 wurde für die Bundesgeschäftsstelle gemäß Beschluß erworben. 5. Die vom Bundesvorstand beschlossene Rednerwelle wurde von der Bundesgeschäftsstelle entsprechend vorbereitet. Die gedrängte Zeit vor den Parlamentsferien hat allerdings die Möglichkeiten großer repräsentativer Kundgebungen eingeschränkt. Die Kundgebungswelle soll in den Monaten September und Oktober weitergeführt werden. 6. Herr Kemper hat sich zu der Aufforderung, die Verbindung mit der Saar-CDU aufrechtzuerhalten, noch nicht verbindlich geäußert. 7. Herr Dr. Strickrodt hatte noch keine Gelegenheit, durch Rücksprache mit Herrn Dr. Pfeiffer die Verhältnisse bei der NEI zu klären. Die vorgesehene Besprechung wird in der nächsten Woche stattfinden.

Die Vertreter der Bundespartei beim NEI-Kongreß in Freiburg werden sich vor Beginn in Freiburg besprechen. Frau Gröwel wurde gebeten, an dem Kongreß in Freiburg teilzunehmen.

Falls auf dem Kongreß eine Entscheidung über die Nachfolge Schröters als Vizepräsident bei der NEI getroffen werden muß, wird hierfür Herr Dr. Strickrodt vorgeschlagen.

---

39 Vgl. Nr. 12 S. 121f.

Strickrodt nimmt den Vorschlag an unter der Bedingung, daß er durch die Mitarbeit des Herrn Grafen von Spreti entlastet wird.

Die Themen, die ursprünglich Bundesminister Kaiser für den Kongreß in Freiburg übernehmen sollte, sollen bei der Vorbesprechung in Freiburg auf die einzelnen Teilnehmer verteilt werden.

In der Aussprache über den Bericht von Herrn Dr. Tillmanns schlug *Adenauer* vor, der geschäftsführende Vorstand möge die Bundestagsabgeordneten in einem Schreiben auffordern, sich in den kommenden Monaten in verstärktem Maße in ihren Wahlkreisen zu betätigen.

Der Vorschlag wurde einstimmig gutgeheißen.

Von Brentano bat darum, die Landesvorsitzenden und die Landesvorstände zu Äußerungen darüber aufzufordern, in welcher Weise sich die Bundestagsabgeordneten in ihren Wahlkreisen betätigen.

Adenauer hielt es für zweckmäßig, daß der Fraktionsvorstand sich darüber äußere, auf welche Mitglieder die Fraktion auch in der kommenden Legislaturperiode nicht verzichten kann. Man müsse daran denken, daß die Fraktion heute in mancher Hinsicht Lücken aufweise, die durch Aufstellung entsprechender Kandidaten geschlossen werden sollten. Wichtig sei vor allem, daß in den neuen Bundestag mehr Frauen und auch jüngere Leute hineinkämen.

Es wurde beschlossen, daß die Landesvorsitzenden und der Vorstand sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen sollen.

Simpfendörfer wies darauf hin, daß die Wirtschaftsverbände sich bereits mit der Kandidatenaufstellung befaßten. Man scheine dort die Absicht zu haben, uns Kandidaten zu präsentieren.

Adenauer meinte, daß es sich dabei doch wohl nur um Anregungen handeln könne.

Strickrodt ist der Auffassung, daß es zweckmäßig wäre, wenn die Spitzenorgane der Wirtschaft sich darüber äußern würden, welche Sparten vertreten sein sollten.

Von Brentano hielt es für zweckmäßig, die Frage der Kandidatenaufstellung durchaus auch mit den Spitzenorganen der Wirtschaft zu besprechen. Man könne sich von dort geeignete Nachwuchskräfte vorschlagen lassen – allerdings ohne jegliche Bedingung.

Gurk hält es für zweckmäßig, von den Kreisen drei Vorschläge einzuverlangen, aufgrund derer dann der Landesverband die Entscheidung fällen kann.

Tillmanns schlägt eine gemeinsame Sitzung zwischen den Landesvorsitzenden und dem Vorstand vor, in der der ganze Fragenkomplex der Kandidatenaufstellung besprochen werden solle. Man müßte allerdings berücksichtigen, daß das „Wie" der Kandidatenaufstellung vom Gesetz abhängig sei, das noch nicht erlassen sei. Es sei sehr wesentlich, welche Persönlichkeiten wir aufstellen würden. Die Erfahrungen

der Nachwahl in Bentheim[40] hätten gezeigt, welche positive Wirkung es habe, wenn die Partei als solche ohne Blockbildung in die Wahl gehe und welche Bedeutung der Persönlichkeit des Kandidaten zukomme. Wir müßten für die Bundestagswahl in Erwägung ziehen, auch Persönlichkeiten aufzustellen, die einen bedeutenden Namen hätten, selbst wenn sie im Parteileben noch nicht besonders hervorgetreten seien.

Adenauer erklärte dazu, daß dieser Vorschlag nur einen Teil der Wahrheit enthielte. Wenn nur danach gehandelt würde, kämen wiederum keine Frauen und jüngere Kräfte in den Bundestag. Die Landesverbände müßten auf die Kreise in dem Sinne einwirken, daß diese beiden Gruppen stärker berücksichtigt würden.

Müller schlug vor, daß jede Partei in den einzelnen Kreisen nicht nur einen, sondern mehrere Kandidaten aufstellen solle; dadurch gelinge es, daß die Partei mehr Stimmen auf sich vereinigen könne.

Adenauer hat dagegen stärkste Bedenken, weil bei einer solchen Regelung die Partei in drei Teile auseinandergerissen werde.

Bach drängte darauf, daß das Wahlgesetz sobald wie möglich verabschiedet werde[41] und die Kandidatenaufstellung sobald wie möglich erfolge.

Kiesinger wies darauf hin, daß das Wahlgesetz voraussichtlich mit geringfügigen Änderungen dem letzten Wahlgesetz entsprechen würde.

Adenauer erklärte zum Wahlgesetz, daß es dabei nicht nur auf unsere Wünsche ankomme, sondern daß wir mit einer Lösung rechnen könnten, die auch von den übrigen Koalitionspartnern akzeptiert werde.

Parteitag 1952

Adenauer berichtete, daß in Karlsruhe auf dem Parteitag für die Durchführung des Parteitages 1953 die Städte Hamburg und Berlin genannt worden seien. Der Parteivorstand habe sich in seiner letzten Sitzung für Berlin entschieden. In der Zwischenzeit seien Ereignisse eingetreten, die es notwendig machten, diesen Beschluß der letzten Sitzung noch einmal zu überprüfen. Nach den Erfahrungen des Katholikentages[42] könnte man nicht damit rechnen, daß aus der Ostzone eine große Teilnahme am Parteitag in Berlin möglich sei. Dazu komme, daß ein Parteitag in Berlin notwendig den Hauptakzent auf die Ostfrage lege und auf die außenpolitische Situation Rücksicht nähme. Es könne nicht bestritten werden, daß dann nach

40 Bei der durch den Tod des SPD-Abgeordneten Heinrich Specht erforderlich gewordenen Landtagsnachwahl im Kreise Grafschaft Bentheim verlor die SPD ihr Mandat an den CDU-Kandidaten Landrat Richard Zahn; bei 56,05 % Wahlbeteiligung (71,8 % bei der Landtagswahl am 6. Mai 1951) errang die CDU 38,2 % (vgl. FAZ vom 2. September 1952; UiD vom 3. und vom 6. September 1952).

41 Das Wahlgesetz trat am 8. Januar 1953 in Kraft (BGBl I S. 2).

42 75. Deutscher Katholikentag in Berlin vom 19.–24. August 1952.

Ratifizierung der Verträge eine größere Kundgebung der Partei in Berlin notwendig sei. Er stelle jetzt die Frage: 1. Ob überhaupt in diesem Jahr ein Parteitag stattfinden solle und ob wir nicht warten sollten bis zum nächsten Frühjahr? 2. Wenn der Parteitag abgehalten werden soll, ob dann in Berlin oder in Hamburg?

Zu diesen Fragen äußerten sich die Landesverbände wie folgt:

Johnen wies darauf hin, daß sie am 9. November Kommunalwahlen hätten und daß der Parteitag in Berlin eine große Anzahl von Parteifreunden für vier Tage dem Wahlkampf entziehe. Sein Landesverband sei der Auffassung, daß der Parteitag Mitte Oktober in Berlin stattfinden soll. Die psychologischen Voraussetzungen für den Parteitag in Berlin seien gut, zumal er unmittelbar im Anschluß an den Kongreß des Gewerkschaftsbundes stattfände[43].

Wenn der Parteitag Mitte Oktober noch nicht stattfinden könne, empfehle er ein Abwarten bis nach den Kommunalwahlen.

Von Brentano teilte mit, daß der Fraktionsvorstand geschlossen die Auffassung vertreten habe, daß der Parteitag unter allen Umständen im Oktober in Berlin stattfinden solle. Der eigentliche Wahlkampf könne dann etwa im März durch einen Parteitag in Hamburg eröffnet werden.

Lensing teilte mit, daß er noch keine Gelegenheit gehabt hätte, die Meinung seines Landesverbandes zu dieser Frage einzuholen. Er persönlich vertrete die Auffassung, daß der Parteitag entfallen könne. Zu dem Tagungsort Berlin wolle er darauf hinweisen, daß der Katholikentag aus dem Westen eine sehr geringe Beteiligung aufgewiesen habe. Schwierig sei vor allem der Transport der Teilnehmer nach Berlin.

Schreiber empfahl dringend Berlin. Man dürfe nicht übersehen, daß Berlin die einzige Stadt sei, wo sich die Menschen aus dem Westen und dem Osten begegnen könnten. Man dürfe sich auch des Vorteils nicht begeben, daß die CDU die erste Partei sei, die den Mut gehabt hat, ihren Parteitag nach Berlin zu legen. Der Transport der Teilnehmer über die Autobahn sei völlig ungefährlich.

Samsche führte aus, daß sein Landesverband an der Durchführung eines Parteitages in diesem Jahr festhalten wolle und daß die Hamburger mit Berlin als Tagungsort einverstanden seien. Allerdings müßte dann sichergestellt sein, daß der Parteitag zur Eröffnung des Wahlkampfes in Hamburg stattfände.

Cillien erklärte, daß ein Parteitag noch vor den Kommunalwahlen stattfinden solle. Man müßte jedoch die Schwierigkeiten, die ein Parteitag in Berlin mit sich bringe, klar übersehen. Der Transport sei nicht einfach, und man müßte damit rechnen, daß eine gewisse Ängstlichkeit viele Parteifreunde abhalten würde, nach Berlin zu fahren. Außerdem bestehe die Gefahr, daß Berlin die Aufmerksamkeit der Teilnehmer absorbiere und die sachlichen Beratungen, die doch für einen Parteitag notwendig seien, beeinträchtigt würden.

---

43 Der zweite ordentliche Bundeskongreß des DGB fand vom 13.–17. Oktober 1952 in Berlin statt (Druck des Protokolls: Düsseldorf 1952).

Tillmanns erklärte einleitend, daß nach den Statuten jährlich ein Parteitag stattfinden müsse. Es sei auch eine zwingende Notwendigkeit, zum Abschluß der beiden Verträge eine politische große Kundgebung zu veranstalten. Auf der letzten Sitzung sei beschlossen worden, den Parteitag 1952 nach Berlin zu verlegen und den Wahlkampf mit einem Parteitag in Hamburg zu eröffnen. Durch Pressemeldungen sei dieser Beschluß in Zweifel gezogen worden. In der Öffentlichkeit sei dadurch der Eindruck entstanden, daß die CDU nicht mehr den Mut habe, nach Berlin zu gehen. Man müsse doch bedenken, daß die Hauptvorwürfe der SPD dahin zielten, daß die CDU kein Herz für die Wiedervereinigung habe. Der Parteitag in Berlin demonstriere aber vor aller Welt den entschlossenen Willen der CDU zur deutschen Einheit.

Die Verkehrsverbindungen nach Berlin seien gut und ohne Gefahr. Wenn wir jetzt zurückweichen würden, dann würden wir genau das tun, was die Russen wollen. Man könne sich in Berlin die ganze politische Dynamik der Ostbevölkerung nutzbar machen. Selbstverständlich könne in Berlin kein ausgedehnter Parteitag mit einem großen Arbeitsprogramm abgehalten werden. Die Hauptthemata des Parteitages müßten die Wiedervereinigung des getrennten Deutschlands und die Schaffung eines vereinten Europas sein. Darüber hinaus müßte sich der Parteitag zur Frage der Familie und des Eigentums äußern und sich vor allem auch an die Jugend wenden.

Adenauer schlug nach dieser Aussprache von sich aus vor, den Parteitag 1952 in der zweiten Hälfte des Oktober in Berlin abzuhalten und für 1953 den Parteitag im Januar in Hamburg zu halten. Der Hamburger Parteitag müsse dann mit ergiebigen Ausschußberatungen und allem, was zu einem großen Parteitag gehört, durchgeführt werden.

Tillmanns ist der Auffassung, daß für den Parteitag in Hamburg als Termin der Monat Januar zu früh sei.

Adenauer vertrat die Auffassung, daß der Februar bereits zu spät liege.

Johnen schlug vor, daß der geschäftsführende Vorstand damit beauftragt werde, das Tagungsprogramm für den Parteitag in Berlin aufzustellen. Man müsse darauf achten, daß auf dem Parteitag keine wichtigen Fragen zur Entscheidung gestellt werden; er bat vor allem darum, daß keine Wahlen durchgeführt würden.

Zimmer wies darauf hin, daß dies nach den Satzungen nicht möglich sei. Er warne davor, in diesen Fragen zu jonglieren.

Lensing hält es für notwendig, daß die Frage des 2. Vorsitzenden geklärt werden muß. Der geschäftsführende Vorstand möge zur Ausarbeitung des Programms einen Berliner und eine Frau (Frau Gröwel) mit vorsehen.

Parteiausschuss

Die Tagesordnung für die Bundesparteiausschußsitzungen wurde ohne ergänzende Vorschläge gebilligt.

Zum Bericht über die Pressesituation führte *Samsche* aus, daß in Hamburg nunmehr der „Hanseat"[44] mit einer Auflage von 570.000 Exemplaren zweimal erschienen sei und daß sie hofften, ab Oktober zweimal monatlich zu erscheinen. Die erste Auflage habe ein Risiko von DM 45.000,– mit sich gebracht, die zweite Auflage habe sich jedoch bereits selbst getragen. Man denke bei ihnen daran, den „Hanseat" evtl. auf den ganzen norddeutschen Raum auszudehnen, das bringe jedoch ein unübersehbares Risiko mit sich, das von Hamburg aus nicht allein getragen werden könne.

Sie hätten in dem „Hanseat" einen neutralen Weg gewählt, um die Wähler in unserem Sinne zu beeinflussen. Die Zeitung gehöre einer GmbH, die im wesentlichen mit CDU-Leuten besetzt sei. Die politische Tendenz liege völlig auf der Bonner Koalitions-Politik.

Lensing äußerte Bedenken darüber, ob die Finanzierung über die Werbung allein auf die Dauer möglich sei, da erfahrungsgemäß eine Inserierung in Zeitungen, die ohne Entgelt geliefert würden, nicht üblich sei.

Der geschäftsführende Vorstand wurde beauftragt, zusammen mit Herrn Bach und Herrn Pferdmenges zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Ausweitung des „Hanseaten" auf den gesamten norddeutschen Raum möglich ist.

Kiesinger berichtete kurz von der Einrichtung des Pressebüros in Stuttgart und empfahl zu überprüfen, ob solche Pressebüros nicht auch in den übrigen Landesverbänden eingerichtet werden sollten.

Jahrbuch der CDU/CSU

Wuermeling berichtete über den Stand der Vorbereitungen der Herausgabe des zweiten CDU/CSU-Jahrbuches.

Adenauer ist der Auffassung, daß ein Preis von DM 6,– bis DM 7,– pro Exemplar viel zu hoch liege. Er halte es für notwendig, daß das Jahrbuch entsprechend gekürzt werde, um einen billigeren Preis zu erzielen.

Kiesinger ist der Auffassung, daß die Aufsätze im Umfang zu weit angesetzt seien. Er halte es für notwendig, durch entsprechende Kürzung einen billigeren und tragbaren Preis zu erzielen.

Adenauer schlug vor, der Herausgabe eines CDU/CSU-Jahrbuches im Prinzip zuzustimmen, es müßte allerdings dafür Sorge getragen werden, daß es wesentlich billiger werde.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

---

44 Die Werbeschrift „Der Hanseat" wurde am 26. Juli 1952 erstmals aufgelegt. Sie erschien monatlich oder nach Bedarf als gemeinsames Organ von CDU, FDP und DP. 1957 wurde sie von „Der Hanseatenspiegel" abgelöst. Vgl. Die Deutsche Presse 1954. Zeitungen und Zeitschriften. Hrsg. vom Institut für Publizistik an der FU Berlin. Berlin 1954 S. 656.

BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS

Bach berichtete, daß die Finanzierung der Partei über das „Wirtschaftsbild" sich gut bewährt habe. Das Soll sei mit Ausnahme der Landesverbände Bremen und Württemberg-Hohenzollern erfüllt. Ausgezeichnet habe Niedersachsen gearbeitet, das bei einem Soll von 100 „Wirtschaftsbildern" ein Ist von 759 aufweise.

Dagegen bereite die Arbeit der Fördergesellschaften[45] große Sorgen. Ursprünglich sei als Anlauftermin der 1. Juni, dann der 1. September genannt worden. Die Dinge würden aber heute mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hamburg in keinem Landesverband ordnungsgemäß anlaufen. Die Arbeit der Fördergesellschaften habe aber auf der anderen Seite bewirkt, daß die Finanzierung durch das „Wirtschaftsbild" erheblich zurückgegangen sei.

Zimmer machte darauf aufmerksam, daß zunächst wohl die Steuerfrage geklärt werden müsse.

Pferdmenges glaubt, daß der Schwierigkeit, die daraus entstehe, daß die regionalen Fördergesellschaften nur für die Landesverbände aufkommen wollten, dadurch entgangen werden kann, daß Nordrhein-Westfalen die Beträge für die Bundeszentrale mit übernehme und dann die übrigen Fördergesellschaften nur noch für ihre Länder aufzukommen haben.

Bach bat darum, entgegen dem Vorschlag der letzten Sitzung, Herrn van Aubel nicht als Prüfer für das Finanzgebaren der Partei, sondern als Berater zu übernehmen.

Strickrodt meinte, Herr van Aubel solle nicht für das Unternehmen „Wirtschaftsbild" zur Überprüfung herangezogen werden, sondern zur Sichtung des Finanzgebarens der Partei.

Fay[46] ist der Ansicht, daß es sich im Grunde um ein steuerliches Problem handele. Was die Fördergesellschaften an uns abführen würden, sei ein reines Geschenk und unterliege daher der Schenkungsteuer.

Adenauer glaubt, daß man eine Klärung über Herrn Staatssekretär Hartmann[47] herbeiführen kann. Man solle kein Gutachten erbitten, sondern lediglich veranlassen, daß ein entsprechendes Schreiben ausgefertigt werde.

Pferdmenges erklärt dazu, Minister Schäffer habe alles getan, was er habe tun können.

Kiesinger sieht nur zwei Möglichkeiten, Klarheit zu schaffen: entweder man versuche, eine Ordnung des Steuerrechts herbeizuführen, oder man regle die Frage im Einvernehmen mit den zuständigen Finanzämtern.

---

45 Vgl. Nr. 12 Anm. 42.

46 Dr. Wilhelm Fay (1911–1980), 1948–1980 Mitglied des Magistrats Frankfurt (CDU), 1953–1970 MdL Hessen (seit 1962 Vorsitzender des Hauptausschusses), 1952–1967 Landesvorsitzender der CDU Hessen, 1966–1972 Bürgermeister von Frankfurt.

47 Prof. Alfred Hartmann (1894–1967), 1925–1935 im Reichsfinanzministerium, 1945–1947 im bayerischen Finanzministerium, 1947–1949 Direktor der Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1949–1959 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

Adenauer erklärte, daß eine gesetzliche Regelung jetzt nicht möglich sei.

Bach ist der Auffassung, daß das Problem dadurch gelöst werden kann, daß die Spenden durch Lieferung des „Wirtschaftsbildes" in entsprechender Anzahl abgedeckt werden.

Strickrodt wendet dagegen ein, daß die Leistung, die durch die Lieferung des „Wirtschaftsbildes" gegeben sei, im Verhältnis zur Bestellung stehen müsse.

Adenauer griff die Bitte von Herrn Bach auf, Herrn van Aubel als Berater hinzuzuziehen, und schlug zur Beschlußfassung vor, daß Herr van Aubel nicht für das „Wirtschaftsbild", jedoch zur Überprüfung des gesamten Finanzgebarens der Partei herangezogen wird.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Bericht des Bundesgeschäftsführers

Heck berichtete über den Fortgang des organisatorischen Ausbaues der Partei.

Im Anschluß daran schlug *Adenauer* vor, daß der Bundesgeschäftsführer diesen Bericht in gekürzter Form auch vor dem Bundesparteiausschuß halten solle, da es ihm wichtig erscheine, daß auch der Parteiausschuß Kenntnis von der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle bekomme.

Verschiedenes

1. Zur Regelung der Protokollführung wurde beschlossen, daß in Zukunft ein ausführliches Protokoll dem geschäftsführenden Vorstand zur Genehmigung vorzulegen ist und dann bei der Bundesgeschäftsstelle zu den Akten zu geben sei. Neben dem ausführlichen Protokoll soll ein Beschluß-Protokoll angefertigt werden, das den Mitgliedern des Bundesvorstandes zuzustellen ist.

2. Neugründung von Ausschüssen. Der geschäftsführende Vorstand schlug vor, den Antrag zur Gründung eines Bundesausschusses für Flieger- und Währungsgeschädigte und Evakuierte sowie eines Bundesausschusses für politisch, rassisch und religiös Verfolgte abzulehnen.

Der Bundesvorstand war mit der Ablehnung des Ausschusses für politisch, rassisch und religiös Verfolgte einverstanden, hielt es jedoch für notwendig, daß der Bundesausschuß für Flieger- und Währungsgeschädigte und Evakuierte konstituiert werde. Der geschäftsführende Vorstand wurde beauftragt, das Entsprechende zu veranlassen.

Wuermeling bat darum, den Ausschuß „Öffentliche Dienste" umzubenennen in „Bundesausschuß Öffentliche Verwaltung" und gleichzeitig den Ausschuß in einen großen Ausschuß umzuwandeln.

Der Antrag von Herrn Dr. Wuermeling wurde genehmigt.

3. Verhältnisse der Ausschüsse der Partei zum Vorstand. Es wurde festgestellt, daß die Ausschüsse lediglich Organe des Vorstandes sind und daß die Resolutionen der Ausschüsse ausschließlich an den Parteivorstand zu richten sind.

4. Motorisierung der Parteidienststellen. Nach einem Bericht über die Anforderungen der Kreisverbände [zur] Motorisierung der Kreisgeschäftsstellen wurde beschlossen, die Motorisierung mit allen Mitteln in möglichst kurzer Zeit zu verwirklichen.

5. Koordinierung der CDU-Wochenzeitungen. Der Vorschlag von Herrn Bach, die CDU-Wochenzeitungen der Landesverbände durch ein zentrales Parteiorgan zu ersetzen, wurde abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, die vorhandenen Wochenzeitungen durch einen mehrseitigen Materndienst über Bundespolitik zu koordinieren und Wochenzeitungen auch in den Landesverbänden herauszugeben, die bisher noch keine Wochenzeitungen hatten. Ausgenommen von dieser Regelung soll Nordrhein-Westfalen bleiben.

6. Lautsprecher-Propaganda zur Bundestagswahl. Es soll zunächst geklärt werden, in welchem Umfang von Herrn Staatssekretär Lenz Lautsprecherwagen für den Bundestagswahlkampf zur Verfügung gestellt werden können.

7. Parteisymbol. *Adenauer* wies auf das Symbol hin, das der Parlamentarische Rat gehabt habe.

Der geschäftsführende Vorstand wurde beauftragt, die Schaffung eines Parteisymbols weiterzuverfolgen und zu überprüfen, ob das Symbol des Parlamentarischen Rates nicht übernommen werden könne[48].

Die Sitzung wurde um 20.15 Uhr geschlossen[49].

48 Ein Symbol des Parlamentarischen Rates hat es nie gegeben. Bezug genommen wird offenbar auf einen Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion zur Gestaltung der künftigen Bundesflagge (vgl. SALZMANN S. 121). Der Entwurf, der auf Vorstellungen von Josef Wirmer (hingerichtet am 8. September 1944) beruhte, zeigt ein schwarzes, goldumrahmtes Kreuz auf rotem Hintergrund. Das Symbol der CDU, das von 1953 bis 1969 in Gebrauch war, basiert auf diesem Entwurf, zeigt aber zusätzlich einen aufgesetzten goldenen Adler.

49 Beschlußprotokoll in StBKAH 05.05.

14

Berlin, 17. Oktober 1952

Sprecher: Adenauer, Albers, Bach, von Brentano, Cillien, Dichtel, Fay, Frau Gröwel, Gurk, Heck, Johnen, Kaiser, Kiesinger, Krone, Lensing, Scharnberg, Simpfendörfer, Strickrodt, Tillmanns, Wackerzapp.
Termin des Parteitages 1953 in Hamburg. Gestaltung des Parteitages in Berlin: Inhalt der Reden, Besetzung von Ausschüssen, Wahl der Vorsitzenden (Nachfolge Holzapfel).

Beginn: 15.50 Uhr *Ende: 17.30 Uhr*

Adenauer eröffnete die Sitzung und bat um Entschuldigung für seine Verspätung; seine Krankheit habe es notwendig gemacht, daß er sich eine Stunde Ruhe gegönnt habe.

Anschließend wies der Kanzler auf die Bedeutung des Parteitages hin: Der Parteitag in Berlin sei kein Parteitag wie die übrigen, er müsse einen besonderen Charakter bekommen, schon weil er in Berlin stattfinde; er stelle ein Bekenntnis zur deutschen Einheit dar und wende sich vor allem an die Deutschen in der Sowjetzone.

Der Bundesvorstand sei sich in seiner letzten Sitzung schon darüber klargeworden, daß darüber hinaus ein Parteitag notwendig sei zur Eröffnung des Wahlkampfes. Dieser Parteitag finde in Hamburg statt, weil von Hamburg aus eine große Wirkung für den gesamten norddeutschen Raum zu erwarten sei.

Heck teilte aus einem Schreiben des Landesverbandes Hamburg mit, daß für den Parteitag in Hamburg das Curio-Haus lediglich vom 18.–20. Januar oder vom 2.–5. Februar zur Verfügung stehe, und bat den Landesvorstand, heute über den endgültigen Termin des Parteitages in Hamburg eine Entscheidung zu fällen, da das Curio-Haus nach Äußerungen des Landesverbandes Hamburg nicht länger freigehalten werden könne.

Scharnberg ergänzte, daß eine neuerliche Rücksprache mit der Verwaltung des Curio-Hauses ergeben habe, daß für beide Termine das Curio-Haus schon ab Sonntag nachmittag zur Verfügung stünde.

Gröwel erinnerte daran, daß das Hamburger Rathaus schon öfters der SPD zu Veranstaltungen zur Verfügung gestellt worden sei; sie schlage deswegen vor, an den Bürgermeister von Hamburg mit der Bitte heranzutreten, das Hamburger Rathaus für den Parteitag der CDU zur Verfügung zu stellen.

Adenauer bat Herrn Scharnberg, sofort fernmündlich Rücksprache mit Bürgermeister Brauer zu nehmen, ob das Rathaus für den Parteitag der CDU zur Verfügung stehe.

Scharnberg bat darum, unabhängig davon doch den Termin festzulegen.

Adenauer erklärte, daß dies nicht möglich sei, ehe die Frage nicht geklärt sei, ob das Hamburger Rathaus zur Verfügung stehe.

Kaiser führte aus, daß, wenn das Rathaus frei sei, dann evtl. der März noch als Termin in Frage käme.

Adenauer wies darauf hin, daß die Wahlen im Juni stattfinden müßten, da der späteste Termin der 24. August sei. Wenn man die Wahlen nicht in die Ernte verlegen wolle, dann käme nur der Juni in Frage. Er schlage deshalb zunächst vor, als Termin die zweite Hälfte des Januar oder die erste Hälfte des Februar ins Auge zu fassen[1].

Auf den Vorschlag des Bundeskanzlers erfolgte kein Widerspruch.

Tillmanns begrüßte anschließend die Mitglieder des Bundesvorstandes herzlich und sprach ihnen seinen Dank dafür aus, daß sie nach Berlin gekommen seien.

Er bedauerte, daß er mit den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers über den Parteitag nicht übereinstimme. Daß dieser Parteitag seinen besonderen Charakter hätte, sei klar. Trotzdem glaube er, daß es notwendig sei, den Berliner Parteitag zu einem echten Parteitag zu gestalten. In der „Berliner Stimme" seien Artikel erschienen, in denen der Parteitag in Berlin als ein Betrug an den Wählern bezeichnet worden sei.[2] Die Gründe dieser SPD-Publizistik seien durchsichtig. Es gehe hier lediglich darum, den Parteitag in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Im „Spiegel" sei ein ähnlicher Artikel erschienen[3], der den Parteitag als eine Fortsetzung des Kirchentages bezeichnet habe und ihm in Analogie zum Katholikentag das Motto „Adenauer lebt" beigegeben habe. Wir hätten deswegen allen Grund, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß in Berlin ein echter Parteitag stattfinde.

Auch Nuschke[4] habe sich auf der Ebene der SPD-Politik bewegt. Er sei der Auffassung, wenn die Partei schon nach Berlin gekommen sei, dann müßte auch das Gesicht des Parteitages gewahrt werden.

Zum äußeren Ablauf schlug Dr. Tillmanns vor, daß der Vorsitzende kurz eröffne und dann sofort den Vorschlag des Bundesparteivorstandes für das Tagungspräsi-

---

1 Der 4. Parteitag fand vom 18.–22. April 1953 in Hamburg statt.

2 „Berliner Stimme" Nr. 40/2 vom 4. Oktober 1952 S. 2 im Artikel „Der DGB gab ein gutes Beispiel": „So ist der Parteitag der CDU – wir lieben die deutliche Sprache – ein Betrugsmanöver zur Beruhigung der hiesigen Parteiorganisation."

3 „Der Spiegel", 6. Jg., Heft 41 vom 8. Oktober 1952.

4 Otto Nuschke (1883–1957), 1921–1933 MdPrL (DDP), Mitgründer der CDU in Berlin und der SBZ, 1948 Kommissarischer Vorsitzender und 1949–1957 Vorsitzender der Ost-CDU, 1949–1957 stv. Vorsitzender des Ministerrats der DDR. Vgl. Gerhard Fischer: Otto Nuschke. Ein Lebensbild. Berlin-Ost 1983. – Zu den Ausführungen Nuschkes auf dem 6. Parteitag der Ost-CDU vom 16.–18. Oktober 1952 vgl. O. Nuschke: Mahnung und Beispiel. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1951 bis 1957. Berlin-Ost 1958 S. 78–91 („Christen, kämpft mit der CDU für Frieden, Einheit und Sozialismus!") sowie Dokumente der CDU. Berlin-Ost 1956 S. 124–160.

dium zur Abstimmung bringe. Nach Wahl des Präsidenten müsse dann der Präsident des Parteitages die Begrüßung vornehmen.

Adenauer erklärte hierzu, daß auch er der Auffassung sei, daß die Berliner Veranstaltung den Charakter eines Parteitages haben müsse; der Zweck des Berliner Parteitages aber bringe es mit sich, daß keine Ausschüsse tagen und auch keine entsprechenden Entschließungen zur Abstimmung kommen könnten.

Er schlug vor, wie bisher üblich, den Landesvorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes, Herrn Dr. Tillmanns, zum Präsidenten zu wählen.

Tillmanns schlug im Namen des geschäftsführenden Vorstandes als weitere Präsidiumsmitglieder vor: die Herren Gockeln[5], Dichtel, Lemmer[6], Scharnberg, Dr. Fay und Frau Dr. Weber[7].

Der Vorschlag wurde vom Bundesvorstand gutgeheißen.

Wackerzapp[7a] fragte an, ob in den Referaten auch das Vertriebenenproblem angeschnitten werde. Die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands berühre auch die Vertriebenen.

Adenauer erklärte hierzu, daß die Bestrebungen der Bundesregierung auf Wiedervereinigung das ganze Gebiet einschlössen; das Vertriebenenproblem, insoweit es mit der gesamtdeutschen Frage zusammenhänge, sei in seinen Ausführungen enthalten. Daneben handle es sich noch um die Sorge um die Vertriebenen. Er halte diesen Punkt für sehr wichtig. In diesem Zusammenhang müsse er hier bekanntgeben, daß Herr Dr. Kather seine sämtlichen Ämter in der Partei niedergelegt habe aus Protest gegen die Tatsache, daß das Lastenausgleichsgesetz noch nicht mit dem

---

5 Josef Gockeln (1900–1958), 1928–1933 Bezirkssekretär der KAB in Düsseldorf, 1929–1933 Stadtverordneter und stv. Vorsitzender der Zentrumspartei in Düsseldorf, Mitgründer der CDU, 1946–1958 MdL Nordrhein-Westfalen, 1946–1947 Minister für Soziales, 1947–1958 Landtagspräsident, 1947–1956 Oberbürgermeister von Düsseldorf, 1949–1958 MdB. Vgl. Walter Först in Lebensbilder 5 S. 161–175.

6 Ernst Lemmer (1898–1970), 1922–1933 Generalsekretär der Hirsch-Dunckerschen-Gewerkvereine, 1924–1933 MdR (DDP/DStP), Mitgründer der CDU in Berlin und in der SBZ (von Dezember 1945–1947 stv. Vorsitzender), 1945 Mitgründer und bis 1949 3. Vorsitzender des FDGB, 1950–1961 stv. Vorsitzender und 1961–1970 Vorsitzender der Exil-CDU, 1950–1969 MdA Berlin, 1952–1970 MdB, 1956–1957 Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen, 1957–1962 für Gesamtdeutsche Fragen, 1964–1965 für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1965–1969 Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers für Berlin (Memoiren: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten. Frankfurt 1968).

7 Dr. Helene Weber (1881–1962), 1919–1933 Mitglied der Nationalversammlung und MdR (Zentrum), 1922–1924 MdPR, 1946 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1946–1948 Mitglied des Zonenbeirats, 1948 erste Vorsitzende der Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1948-1949 MdPR, 1949–1962 MdB, 1950–1962 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats, 1955–1962 der Versammlung der WEU. Vgl. Michael Braun in Gründung S. 145–156.

7a Oskar Wackerzapp (1883–1965), 1918–1932 Landrat, 1932–1933 Polizeipräsident im Oberschlesischen Industriebezirk, 1949–1953 MdB (CDU).

nötigen Nachdruck in die Tat umgesetzt worden sei.[8] Er müsse aber betonen, daß die Schuld dafür nicht Minister Lukaschek treffe, sondern das Finanzministerium.

Kaiser meinte, daß der Bundeskanzler mit wenigen Sätzen darauf eingehen müsse.

Adenauer erklärte, daß ihm dies nicht möglich sei. Für ihn sei die ganze Frage deswegen schwierig, weil er Herrn Dr. Kather zu einem großen Teil recht geben müsse. Die Lage auf dem Vertriebenensektor sei trostlos, da dort einer gegen den anderen schieße und dort eine große Uneinigkeit herrsche. Er halte es für zweckmäßig, wenn Herr Kiesinger mit seiner versöhnlichen und verbindlichen Art im Rahmen seines Themas unsere Sorge für die Vertriebenen anspreche.

Kiesinger bestätigte, daß er das in seinem Referat vorgesehen habe.

Tillmanns wies darauf hin, daß auch in der Diskussion die Möglichkeit bestünde, das Problem anzusprechen.

Dichtel meinte aber, daß das nur möglich sei, wenn das Thema in den Referaten bereits behandelt worden sei.

Adenauer erklärte, daß er auch das Lastenausgleichsgesetz in seinem Referat erwähnen würde.

Albers kritisierte am Programm, daß das Referat über den Menschen im Betrieb nicht von einem Mann aus der Arbeiterbewegung gehalten werde. Er habe nichts gegen Herrn Dr. Schröder, aber seine Freunde hätten doch mit Bedenken zur Kenntnis genommen, daß dieses Thema nicht von einem der ihren behandelt werden soll.

Adenauer wies darauf hin, daß es unmöglich sei, jetzt noch sich weiter in Kritik an Themen und Programm zu ergehen. Die Diskussion biete doch auch den Freunden von Herrn Albers die Möglichkeit, sich zu äußern.

Kiesinger berichtete, daß der geschäftsführende Vorstand das Programm als Ganzes, und zwar zusammen mit den öffentlichen Kundgebungen gesehen habe. In den öffentlichen Kundgebungen würden die Minister Storch und Arnold sprechen. Sie hätten sich wahrhaftig redliche Mühe gegeben, auch die Männer der Arbeiterbewegung zu Wort kommen zu lassen, und er glaube, daß diese Seite mit den Ministern Storch, Kaiser und Arnold genügend berücksichtigt sei.

Fay hielt es für notwendig, daß in den Reden auch auf die Sozialwahlen, die im Januar und Februar stattfinden, hingewiesen werde, da diesen Wahlen eine besondere Bedeutung zukomme.

Der Bundesgeschäftsführer wurde beauftragt, Herrn Minister Storch diese Bitte zu übermitteln.

---

8 Als Vorsitzender hatte Kather nach der Tagung des Vertriebenenausschusses am 27. September 1952 Adenauer ultimativ aufgefordert, die Voraussetzungen für die Abwicklung des Lastenausgleichs zu verbessern. Aufgrund der „Verschleppungstaktik" des Kanzlers legte Kather mit Schreiben vom 16. Oktober 1952 seine Parteiämter nieder. Vgl. KATHER 1 S. 256; vgl. auch NL Kather ACDP I-377-004/3.

Albers hielt es nicht für zweckmäßig, jetzt schon eine Stellungnahme zur Wahl des Herrn Freitag zum DGB-Vorsitzenden vorzunehmen[9]. Es gäbe noch Gelegenheit, wenn Herr Freitag einige Zeit sein Amt verwaltet hätte, begründet dazu Stellung zu nehmen.

Sein Eindruck sei gewesen, daß die Tagung des DGB von der SPD ferngesteuert worden sei. Er müsse sagen, unsere Freunde hätten sich sehr gut geschlagen.

Adenauer wandte dagegen ein, daß ihm berichtet worden sei, daß es nur durch die unglückliche Leitung durch Herrn Föcher[10] so weit gekommen sei.

Fay fragte, auf Herrn Dr. Kather zurückkommend, was es mit der Pressemeldung auf sich habe, nach der Dr. Kather offiziell für den BHE eingetreten sei[11].

Wuermeling teilte dazu mit, daß Herr Dr. Kather diese Meldung dementiert habe.

Adenauer erklärte weiter dazu, Herr Dr. Kather werde nicht aus der Partei austreten, und er werde auch nicht beim BHE kandidieren.

Tillmanns stellte dann die Frage, ob auch ein Mandatsprüfungsausschuß eingesetzt werden sollte.

Die Frage wurde bejaht; die Landesvorsitzenden sollen erklären, wer von ihrem Landesverband delegiert sei.

Tillmanns schlug für den Mandatsprüfungsausschuß die Herren Dr. Fay und Dr. Gurk vor.

Der Vorschlag wurde einstimmig gutgeheißen.

Tillmanns stellte dann die Frage, ob Entschließungen gefaßt werden sollen.

Wuermeling teilte mit, daß er zwei Entschließungen vorbereitet habe. Eine außenpolitische und eine, in der die Aufgabe für den Hamburger Parteitag festgehalten sei.

Adenauer schlug vor, zur Ausarbeitung der Resolutionen einen Redaktionsausschuß zu bestellen, und benannte hierfür die Herren Dr. Wuermeling, Kiesinger, Dr. Tillmanns, Simpfendörfer und Dr. Strickrodt. Zum zweiten Vorschlag von Herrn Dr. Wuermeling meinte der Bundeskanzler, daß eine solche Resolution gefährlich sei, da dies nicht genügend hätte vorbereitet werden können.

---

9 Walter Freitag war auf dem zweiten Bundeskongreß des DGB vom 13.–17. Oktober 1952 in Berlin mit 184 Stimmen zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt worden; der bisherige Vorsitzende Christian Fette erhielt 154 Stimmen.

10 Matthias Föcher (1886–1967), 1905–1933 Zentrum, seit 1910 Angestellter beim Christlichen Metallarbeiter-Verband (1920–1928 Leiter des Dezernats Sozialpolitik in Duisburg, 1928–1933 Leiter des Dezernats Jugendarbeit), 1945 CDU, 1947–1956 stv. Vorsitzender des DGB (zunächst für die britische Besatzungszone und ab 1949 für das Bundesgebiet). – Vgl. Nr. 13 Anm. 43.

11 Vgl. FAZ vom 20. Oktober 1952 (dpa-Meldung ohne Hinweis auf BHE-Eintritt).

Von Brentano stimmte den Bedenken des Herrn Bundeskanzlers zu. Wenn man nichts Konkretes sagen könne, bestehe die Gefahr, daß man sich in Schlagworten ergehe.

Kiesinger hielt es ebenfalls für das beste, darauf zu verzichten.

Adenauer stellte als überwiegende Meinung des Bundesvorstandes fest, daß man sich nicht in allgemeinen Ausdrücken und Formulierungen ergehen sollte.

Tillmanns schlug vor, den Ausschuß durch die Herren Dr. Krone, Albers und Frau Dr. Gröwel zu erweitern.

Der Vorschlag wurde einstimmig gutgeheißen.

Kaiser meinte, daß es nicht gut möglich sei, wenn er zu den Menschen in der Sowjetzone spreche, daß dann noch Herr Gockeln speziell zu den Arbeitern in der Sowjetzone spreche.

Johnen teilte mit, daß Herr Gockeln nicht mehr bei der Schlußkundgebung in Berlin sei.

Adenauer erklärte hierzu, daß er aus Kreisen der Arbeitnehmer darauf hingewiesen worden sei, daß in der Tagung selbst kein Arbeitnehmer zu Wort komme; deswegen sei der Name Gockeln im Zusammenhang mit der Schlußkundgebung aufgetaucht. Er bitte deswegen die Herren, die von der Arbeitnehmerseite kämen, sich dazu zu äußern.

Albers wies darauf hin, daß es auf den Ablauf des Parteitages ankomme, nicht auf die Kundgebungen, die damit verbunden seien. Aber er glaube, daß dieser Mangel im Programm in der Aussprache behoben werden könne.

Tillmanns wies darauf hin, daß der Vorstand in seiner letzten Sitzung den geschäftsführenden Vorstand mit der Gestaltung des Parteitages beauftragt habe. Sie hätten bewußt Herrn Dr. Schröder als Referenten gewählt, um dem Einwand von außen zu begegnen, daß eben wieder einmal der sogenannte Arbeiterflügel der CDU spreche. Er müsse im übrigen noch einmal darauf hinweisen, daß Minister Kaiser ja in der Schlußkundgebung spreche und die Minister Storch und Arnold in den Kundgebungen. Deswegen hätten sie die Lösung Dr. Schröder auch für möglich gehalten.

Adenauer gab dann die Reihenfolge und die Zeitdauer für die Redner der Schlußsitzung bekannt: Dr. von Brentano 20 Minuten, Minister Kaiser 40 Minuten und er selbst 10 Minuten.

Kiesinger wies darauf hin, daß die Kanzlerrede mit Rücksicht auf die Sendezeit des Rundfunks etwa um 10 Uhr beginnen müsse.

Darauf wurde beschlossen, daß vor der Rede des Kanzlers lediglich die Begrüßungsansprachen des Tagungspräsidenten und des stellvertretenden Bürgermeisters von Berlin gehalten werden sollen. Um 10 Uhr etwa soll die Kanzlerrede beginnen, dann eine kurze Pause eingeschoben werden und erst anschließend die restlichen Begrüßungsansprachen folgen. Die Änderungen im Tagungsprogramm sollen durch Dr. Tillmanns bekanntgegeben werden.

Zu den Wahlen teilte *Lensing* mit, daß Westfalen den Antrag gestellt habe, die Wahlen bis zum Parteitag in Hamburg zu vertagen. Dies sei notwendig durch die Situation, in die Westfalen geraten werde, wenn Dr. Holzapfel nicht wiedergewählt würde. Dr. Holzapfel habe bei seinem Weggang nach Bern[12] darum gebeten, ihn in seinen Parteiämtern zu belassen. Wenn er jetzt nicht gewählt würde, bestünde die Gefahr, daß er dann auch sein Mandat als Bundestagsabgeordneter niederlege, was zur Folge habe, daß Westfalen in dem Bundestagswahlkreis Höxter, der über 80 % katholisch sei, keinen protestantischen Kandidaten mehr aufstellen könne. Das aber könnte sehr starke Rückwirkungen auf die gesamten Wahlen in Westfalen haben.[13] Im übrigen müsse die Wahl eines neuen 2. Vorsitzenden auch gründlich vorbereitet werden. Der Landesverband bittet deshalb um Verschiebung der Wahlen auf Hamburg.

Scharnberg widersprach den Ausführungen von Herrn Lensing. Hamburg wünsche, daß gewählt werde. Es sei gar nicht notwendig, daß Dr. Holzapfel sein Amt niederlege, da die Wahl satzungsgemäß anstünde. Wenn keine Wahl stattfinde, dann könne man auch nicht von einem Parteitag sprechen.

Johnen erklärte, daß der Landesverband Nordrhein sich Westfalen anschließe. Die Frage der Nachfolge Dr. Holzapfels sei nicht geklärt. Eine Unterrichtung der Delegierten zum jetzigen Zeitpunkt sei nicht mehr möglich. Im übrigen müsse er, wenn gewählt werden solle, darum bitten, daß die Wahl um einen Tag vorverlegt werde, da ein großer Teil der Delegierten von Nordrhein früher wegfahren müßte, weil sie am Sonntag abend zum Wahlkampf in Nordrhein gebraucht würden.

Tillmanns sprach die Bitte aus, daß doch möglichst alle Delegierten bis zum Schluß des Parteitages bleiben sollten. Wenn nicht gewählt würde, bliebe von einem Parteitag nichts mehr übrig. Die Wahlen könnten jetzt noch genügend vorbereitet werden. Es handle sich ja nur um eine Wahl, da die Wahl von Herrn Bundeskanzler und von Minister Kaiser außer jedem Zweifel stehe. Sicher sei auch, daß ein evangelischer Parteifreund gewählt werden müsse. Und hier müsse man bedenken, daß eine im evangelischen Raum anerkannte Persönlichkeit das stärkste Geschütz im kommenden Wahlkampf sei, vor allem gegen den Vorwurf, der nicht ausbleiben werde, daß die CDU eine katholische Partei sei. Wenn Herr Dr. Holzapfel nicht wiedergewählt würde, so sei damit gar keine Kritik an seiner Person verbunden. Wir könnten nur nach dem Gesichtspunkt handeln: „Wie gewinnen wir den Wahlkampf?" Jedes Mandat sei ein Mandat auf Zeit, und Dr. Holzapfel könne seine Funktion als 2. Vorsitzender von Bern aus nicht wahrnehmen.

Lensing bat darum, doch die Stimmung in den beiden stärksten Landesverbänden zu berücksichtigen. Man müßte, ehe ein Nachfolger von Herrn Dr. Holzapfel gewählt würde, erst mit Herrn Dr. Holzapfel sprechen.

---

12 Holzapfel war seit 6. Mai 1952 Gesandter in Bern.

13 Kommunalwahlen fanden am 9. November 1952 in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz statt (vgl. AdG 1952 S. 3732).

Krone führte aus, daß Herr Dr. Holzapfel ein neues Amt angetreten habe, das nicht erlaube, die Funktion [des] früheren Amtes weiterhin wahrzunehmen. Er sei der Auffassung, wenn von evangelischer Seite eine Einigung über die Persönlichkeit des neuen 2. Vorsitzenden erreicht werde, dann müßte unbedingt gewählt werden.

Kaiser wies ebenfalls darauf hin, daß die Anwesenheit sämtlicher Delegierten am Sonntag unbedingt notwendig sei. Zur Frage der Wahl vertrat er die gleiche Auffassung wie Dr. Tillmanns. Dr. Holzapfel habe ihm erklärt, daß er seine politischen Ämter freigebe. Es komme nun lediglich darauf an, daß evangelische Freunde sich darüber äußern sollten, wer als 2. Vorsitzender in Frage komme.

Adenauer bat Herrn Dr. von Brentano, zu berichten, was Herr Dr. Holzapfel ihm geschrieben habe.

Von Brentano teilte daraufhin mit, daß Dr. Holzapfel ihn ermächtigt habe, sobald ernstliche Schwierigkeiten entstünden, seine Mandatsniederlegung bekanntzugeben.

Wackerzapp äußerte beamtenrechtliche Bedenken gegen das weitere Festhalten von Herrn Dr. Holzapfel an seinem Bundestagsmandat.

Adenauer meinte hierzu, daß die betreffenden beamtenrechtlichen Bestimmungen uns von den Alliierten auferlegt worden seien.[14]

Dichtel ist ebenfalls der Auffassung, daß unbedingt gewählt werden müsse, weil wir sonst den ganzen Parteitag entwerten würden.

Gurk vertrat die Auffassung, daß die Beamtenrechtsbestimmungen für uns nicht tragbar seien, jedoch sei er auch der Überzeugung, daß eine reale Möglichkeit für Herrn Dr. Holzapfel nicht vorliege, sein Amt als 2. Vorsitzender wahrzunehmen. Deswegen sei die Wahl unbedingt notwendig. Welche Vorbereitungen getroffen seien, sei ihm nicht bekannt. Es sei auch selbstverständlich, daß ein evangelischer Parteifreund gewählt würde, und er wolle darauf hinweisen, daß auch aus dem Bereich der südlichen Landesverbände ein Vorschlag gemacht werden könne.

Scharnberg vertrat dann die Auffassung, daß wir Herrn Dr. Holzapfel nur schaden würden, wenn nicht gewählt werde. Sein Verhalten habe in letzter Zeit oft zur Kritik Anlaß gegeben. Wenn jetzt an die Öffentlichkeit dringe, daß man nicht gewählt habe, um Herrn Dr. Holzapfel zu schonen, so schade dies ihm im Grunde nur. Im übrigen müßten hier die sachlichen Gründe entscheidend sein: Die Frage laute „Was nützt der Partei?" Und auf diese Frage gäbe es nur eine klare Antwort.

Cillien ist ebenfalls der Auffassung, daß gewählt werden müsse. Auf dem Pro-

14 Sinn dieser Aussagen nicht eindeutig. Möglicherweise ist an die Forderung parteipolitischer Neutralität für Beamte gedacht, möglicherweise an die Unvereinbarkeit von Mandat (Legislative) und staatlicher Funktion (Exekutive). Die Inkompatibilität von besoldetem Amt und politischem Mandat war in der Verordnung Nr. 31 vom 30. Mai 1946 der britischen Militärregierung festgelegt worden; bis 1933 hatten Beamte und Richter neben ihrer Tätigkeit auch ein Reichstags- oder Landtagsmandat ausüben können (vgl. dazu Reusch S. 202ff., 217ff.). Das Bundesbeamtengesetz vom 17. Juli 1953 regelte schließlich in § 57 die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat (BGBl I S. 551).

gramm seien Wahlen angekündigt, und wir hätten keine stichhaltigen Gründe, der Öffentlichkeit klarzumachen, warum wir nicht gewählt hätten. Im übrigen sei es auch gut, wenn zum jetzigen Zeitpunkt der Kanzler in seinem Amt als 1. Vorsitzender bestätigt werde. Herr Dr. Holzapfel habe in seinen Entscheidungen häufig geschwankt, und er sei vielleicht dafür dankbar, wenn wir die Entscheidung fällen würden.

Lensing wies noch einmal darauf hin, daß, wenn Dr. Holzapfel als 2. Vorsitzender nicht wiedergewählt würde, er sicherlich auch sein Bundestagsmandat niederlegen werde.

Adenauer bestätigte dies und wies seinerseits auf die schwierige Lage hin, in die Westfalen durch die hierdurch notwendige Änderung im Wahlkreis Höxter gerate.

Bach vertrat die Auffassung, daß die Landesverbände auch Zeit haben müßten, die Vorschläge zu diskutieren. Auch die evangelische Seite müsse sich klarwerden, wen sie vorschlagen werde.

Simpfendörfer erklärte demgegenüber, daß der Parteitag sein Gesicht verliere, wenn nicht gewählt werde. Das Mandat für Herrn Dr. Holzapfel als 2. Vorsitzender sei abgelaufen.

Adenauer faßte dann zusammen: Es stehe fest, daß ein evangelischer Parteifreund gewählt werden müsse, und es stehe auch fest, daß er einstimmig gewählt werden müsse. Es sei deswegen zuerst Sache der evangelischen Freunde, einen Herrn zu benennen. Man müsse des weiteren die Frage klären, ob Dr. Holzapfel sein Bundestagsmandat niederlegen werde, wenn er nicht wiedergewählt werde.

Von Brentano erklärte, daß es völlig ausgeschlossen sei, daß Dr. Holzapfel sein Mandat bis zu den Neuwahlen behalte. Man könne sicher damit rechnen, daß diese Frage aufgerollt werde, für diesen Fall sei er von Herrn Dr. Holzapfel bereits ermächtigt, seine Mandatsniederlegung bekanntzugeben.

Strickrodt glaubt nicht, daß Dr. Holzapfel, falls er nicht als 2. Vorsitzender wiedergewählt wird, aus Trotz auch sein Mandat niederlegen werde.

Kaiser erklärt, daß gewählt werden müsse, da man sonst ganz sicher mit einem breiten Protest aus den Kreisen der Delegierten des Parteiausschusses rechnen müsse.

Adenauer faßte abschließend kurz zusammen, daß die evangelischen Freunde die Fragen kurz besprechen möchten, wen sie vorschlagen werden, und daß Herr Lensing sich mit Herrn Johnen darüber verständigen soll, ob sie ihren Antrag aufrechterhalten.[15]

Scharnberg gab dann kurz bekannt, daß die Rückfrage in Hamburg ergeben habe, daß das Hamburger Rathaus nicht zur Verfügung stehe.

---

15 Johnen und Lensing zogen ihren Antrag zurück. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Adenauer 302 Stimmen (von 307), gleichberechtigte stv. Vorsitzende Hermann Ehlers 302 Stimmen, Jakob Kaiser 281 Stimmen. Vgl. CDU, 3. Parteitag S. 91f.

Adenauer schlug dann als Termin für den Parteitag in Hamburg den 1.–5. Februar vor.

Tillmanns hielt es für zweckmäßig, den Parteitag erst im März abzuhalten, da sonst für die Vorbereitung zu wenig Zeit sei.

Adenauer wies darauf hin, daß dann aber nach dem Parteitag zu wenig Zeit bleibe. Im übrigen sei es nicht gut, den Ausschüssen zu viel Zeit zu lassen, da sie sonst nichts tun würden.

Daraufhin wurde beschlossen, den Parteitag in Hamburg vom 1.–5. Februar abzuhalten.[16]

Die Sitzung wurde um 17.30 Uhr geschlossen.

16 Vgl. Anm. 1.

15

Sitzung des geschäftsführenden Vorstands mit den Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse

Bonn, 7. November 1952

Sprecher: Frau Eichelbaum, Heck, Hellwig, Karsch, Lünendonk, Scharnberg, Tillmanns, Wehking, Willecke, Wuermeling.
Vorbereitung des Hamburger Parteitages: Bericht der Bundesfachausschüsse und Vorschläge für ein Programm.

Beginn: 14.00 Uhr *Ende: 17.00 Uhr*

Grundlage der Besprechung war der Beschluß des Berliner Parteitages, in dem die Ausschüsse der Partei beauftragt wurden, dem Hamburger Parteitag Vorschläge für die Fortentwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu unterbreiten, insbesondere zur Förderung der Familie und der Bildung von Eigentum für breiteste Schichten des Volkes.[1]

1 Vgl. CDU, 3. Parteitag S. 150.

Einleitend wurde betont, daß das Aktionsprogramm der SPD[2], das in einem Auszug den Teilnehmern der Sitzung vorgelegt wurde, nicht Leitfaden unserer Arbeit sein könne, sondern daß es darauf ankomme, etwas eigenständig Erarbeitetes vorzulegen, keine Wahlversprechungen, sondern ein klares Programm, das auch durchgeführt werden könne.

Dabei müsse man ausgehen vom Ahlener Programm und von den Düsseldorfer Leitsätzen[3]; deren Formulierungen müßten überprüft, überarbeitet und ergänzt werden, mit anderen Worten: Ahlener Programm und Düsseldorfer Leitsätze müßten den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt werden.

Erste Aufgabe sei, die ausgezeichneten Ergebnisse der Sozialen Marktwirtschaft herauszustellen.

Lünendonk (Sozialpolitischer Ausschuß) macht im einzelnen folgende Vorschläge: 1. Steigerung der Produktion, um ein erhöhtes Sozialprodukt zu erreichen. 2. Weiterentwicklung der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge. 3. Sicherung des Alters nach getaner Arbeit (auch für das Handwerk). 4. Materielle Sicherstellung der Familie durch Einrichtung von Familienausgleichskassen. 5. Förderung des Wohnungsbaues.

Nach einem Bericht über die bisherige Arbeit des Wirtschaftspolitischen Ausschusses schlug *Hellwig*[4] im einzelnen folgendes vor:

1. Die Politik des Herrn Bundeskanzlers auf außenpolitischem Gebiet müsse auch auf die Wirtschaftspolitik übertragen werden, daher unsere Forderung: Wirtschaftliche Integration Europas.

2. Verbilligung der Produktion (Standardisierung, Gütezeichen), Verbesserung des Lebensstandards. Auch die Erhöhung der Gehälter im öffentlichen Dienst könne nur durch erhöhte Produktion und durch erhöhte Umsätze erreicht werden.

3. Entscheidend sei die Stabilität der Währung; hier müsse man darauf hinweisen, daß die Sozialisten mit ihrem Wirtschaftsprogramm nicht ohne Währungsmanipulationen auskommen könnten.

---

2 Der im Juli 1952 veröffentlichte Entwurf eines Aktionsprogramms wurde auf dem SPD-Parteitag vom 24.–28. September 1952 in Dortmund mit einigen Ergänzungen angenommen (AdG 1952 S. 3586, 3671).

3 Das „Ahlener Programm" war am 1.–3. Februar 1947 vom Zonenausschuß der CDU der britischen Zone verabschiedet worden (vgl. Nr. 6 Anm. 6). Die „Düsseldorfer Leitsätze" vom 15. Juli 1949 wurden im Frühjahr 1949 von Franz Böhm, Franz Etzel, Bernhard Pfister, Adolf Reifferscheidt, Fritz Hellwig und Hugo Scharnberg ausgearbeitet und lagen in einer Kurzfassung und einer erweiterten Fassung vor. In der 21. Sitzung des Zonenausschusses der CDU in Königswinter für die britische Zone am 2. und 3. Juni 1949 wurde die Kurzfassung verabschiedet (Druck: Die CDU und ihr Programm S. 25–59; vgl. auch HELLWIG).

4 Dr. Fritz Hellwig (geb. 1912), seit 1947 Mitglied von wirtschaftspolitischen Ausschüssen der CDU, 1951–1959 Geschäftsführender Direktor des Deutschen Industrie-Instituts, 1953–1959 MdB (1956–1959 Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftspolitik), 1959–1967 Mitglied der Hohen Behörde der EGKS, 1967–1970 Vizepräsident der Kommission der EG.

4. Nachdrücklich müsse darauf hingewiesen werden, daß das Betriebsverfassungsgesetz ein Gesetz der Regierungsparteien und nicht der SPD sei. Auf dieser Grundlage müsse eine echte Partnerschaft in den Unternehmungen angestrebt werden. Der Versuch einer außerbetrieblichen Funktionärsherrschaft in den Betrieben sei abzulehnen.

5. Die materielle Sicherung der Familie müsse über das Eigentum gehen; das gelte sowohl für den Wohnungsbau wie für die Altersfürsorge.

6. Den schillernden Begriff eines „freiheitlichen Sozialismus" müsse man entlarven. Der Begriff des Eigentums sei nicht mehr gewährleistet, wenn das Verfügungsrecht über das Eigentum der Staat usurpiere.

Darüber hinaus wies Dr. Hellwig darauf hin, daß die Arbeitskreise des Wirtschaftspolitischen Ausschusses sich noch mit folgenden Fragen befassen: 1. Fragen der Marktwirtschaft (Standardisierung und Gütezeichen) 2. Rechtliche und wirtschaftliche Fragen im Zusammenhang mit der Schaffung von Eigentum 3. Wohnungswirtschaftliche Fragen 4. Kartellrechtsfragen 5. Geld-, Kredit-, Finanz- und Steuerfragen 6. Neuordnung der Verkehrswirtschaft 7. Preisparität zwischen Landwirtschaft und Industrie 8. Sozialplan der SPD und Sozialenquete.

Karsch[5] (Ausschuß für Kriegsopfer) forderte, da das Bundesversorgungsgesetz[6] durch die Teuerung überholt sei, eine echte und wirkliche Teuerungszulage in der Form der beantragten 13. Monatsrente.

Als zweite Forderung auf dem Parteitag müsse das Schwerbeschädigtengesetz[7] herausgestellt werden.

Wehking[8] (Ausschuß für Landwirtschaft): Zur Lösung des Landarbeiterproblems, das dringlich sei, müsse die Bezahlung von Ausgleichslöhnen, eine bessere Altersversorgung und eine bevorzugte Verwendung bzw. Einstellung bei Bundesbahn und Bundespost für Landarbeiter mit einer bestimmten Dienstzeit auf dem Lande gefordert werden. Für diejenigen, die nach zehn Jahren nicht im öffentlichen Dienst unterzubringen seien, müsse ein Lohnausgleich gezahlt werden.

Willecke[9] (Ausschuß für Kommunalpolitik) führte aus, daß man der SPD-Parole von der Kommunalfeindlichkeit der CDU entgegentreten müsse.

---

5 Heinrich Karsch (1894–1955), Mitgründer der CDU Mönchengladbach, 1946–1955 Stadtrat Mönchengladbach (Fraktionsvorsitzender), 1951–1955 Vorsitzender des Kriegsopferausschusses der CDU.

6 Bundesversorgungsgesetz (Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges) vom 20. Dezember 1950 (BGBl I S. 791).

7 Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter lag seit dem 4. Juni 1952 als Entwurf der Bundesregierung vor und wurde am 5. Mai 1953 vom Bundestag verabschiedet (BGBl I S. 389).

8 Heinrich Wehking (1899–1984), 1946–1948 und 1952–1956 Landrat des Kreises Minden (CDU), 1947–1954 MdL Nordrhein-Westfalen, 1953–1965 MdB, 1961–1967 Mitglied der Synode der EKD.

9 Dr. Friedrich Wilhelm Willeke (1893–1965), 1925–1930 Verkehrsdezernent und Magistratsrat der Stadtverwaltung Recklinghausen, 1930–1947 Amtsbürgermeister des Amtes Marl,

Der Wohnungsbau, der auf Kommunalebene besonders interessiere, müsse vor allem in Form des privaten Wohnungsbaues gefördert werden.

Auf sozialem Gebiet gelte es, die privaten und kirchlichen Institutionen zu fördern, da sie billiger arbeiten und ein Gegengewicht gegen die kommunalpolitischen totalitären Bestrebungen der SPD bildeten.

Eichelbaum[10] erklärte, daß der Frauenausschuß nicht selbständig in Aktion treten wolle. Er beabsichtige, seine Mitglieder in die einzelnen Fachausschüsse zu entsenden, um hier jeweils das für die Frau Wichtige zu vertreten.

Wuermeling (Öffentliche Verwaltung) führte aus, daß die Frage der Besoldung [der] im öffentlichen Dienst Beschäftigten vordringlich sei.

Scharnberg (Wahlrechtsausschuß) schlug vor, einen eigenen Parteiausschuß für außenpolitische Fragen einzusetzen, der sich mit der Erweiterung unserer Europapolitik im Sinne des Vorschlags von Herrn Dr. Hellwig befassen solle.

Folgende Ausschüsse waren nicht vertreten: Familienrechtsausschuß, Ausschuß für Presse, Rundfunk und Film, Kulturpolitischer Ausschuß, Soldaten-Ausschuß, Vertriebenen-Ausschuß[11], Junge Union.

Lünendonk schlug vor, daß der Vorstand Herrn Albers, Köln, bitten möge, als Vertreter der Sozialausschüsse an den Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses teilzunehmen.

Abschließend schlug *Tillmanns* vor, daß die Fachausschüsse bis zum 20. Dezember 1952 dem Vorstand ihre klar formulierten Forderungen einreichen sollen, die dann Anfang Januar mit dem Vorstand eingehend beraten werden.

Der Vorschlag wurde angenommen und dahingehend ergänzt, daß eine Koordinierung der Forderungen des Sozialpolitischen Ausschusses und des Wirtschaftspolitischen Ausschusses bereits bis zum 20. Dezember stattgefunden haben müsse.

In Hamburg sollten dann die Fachausschüsse tagen, um die vorbereiteten Vorschläge abschließend zu beraten. Das Ergebnis dieser Beratungen solle dann dem Plenum vorgelegt und im Plenum diskutiert werden, um aus der Diskussion im Plenum unser Programm für die Wahlen zu gewinnen, das dann am Schluß des Parteitages proklamiert werden solle.

---

seit 1947 Geschäftsführer der KPV Nordrhein-Westfalen, 1948 Mitgründer und Geschäftsführer der Kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands, bis 1957 Bundesgeschäftsführer und 1957–1965 Generalsekretär der KPV, 1953–1965 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Kommunalpolitik und Sozialhilfe).

10 Maria Eichelbaum (geb. 1910), von 1951–1954 mit Helene Weber gleichberechtigte Vorsitzende des am 21. September 1951 konstituierten Bundesfrauenausschusses der CDU.

11 Bei seiner Sitzung am 27. September 1952 in Königswinter hatte der Vertriebenenausschuß mit 18 Stimmen gegen 3 Enthaltungen beschlossen, seine Tätigkeit einstweilen einzustellen (vgl. KATHER 1 S. 256; vgl. auch Schreiben Kather an Adenauer vom 29. September 1952 – NL Kather ACDP I-377-004/3).

In einer Schlußdiskussion wurde darauf hingewiesen, daß wir der SPD-Parole, die Armen wären ärmer und die Reichen reicher geworden, entgegentreten müssen. Es komme bei unserer ganzen Programmgestaltung darauf an, darzulegen, daß der bisherige wirtschaftspolitische Weg notwendig gewesen sei, um die Grundlage für unser Programm der Eigentumsbildung auf breitester Basis zu gewinnen.

Hellwig stellte in diesem Zusammenhang noch einmal folgende Forderungen heraus: 1. Preissenkung, 2. Entwicklung einer Verbraucherpolitik, 3. Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr.

16

Bonn, 15. Dezember 1952

Sprecher: Adenauer (zeitweise), Albers, [Altmeier], Bach, Cillien, Dichtel, Ehlers, Fay, Frau Gröwel, Gurk, Heck, Kaiser, Kiesinger, Krone, Lehr, Lenz, [Majonica], Müller, Scharnberg, Simpfendörfer, Strickrodt, Süsterhenn, Tillmanns, Wuermeling, Zimmer.[1]
Bericht Adenauers: Außenpolitische Lage. Deutschland- und EVG-Vertrag: Vorgänge bei der 2. Lesung der Verträge im Bundestag, Verschiebung der 3. Lesung, Klage der SPD vor dem Bundesverfassungsgericht, Ziele der SPD; Kritik am Verhalten und an der personellen Besetzung des Gerichts. Aussprache dazu. Verhalten der CDU-Ministerpräsidenten. Verhältnis zu früheren Wehrmachtsangehörigen. Beurteilung von SPD und FDP. Parteiprogramm für die Bundestagswahl. Verhalten gegenüber der SPD. Hamburger Parteitag: Termin, Räumlichkeiten, Programm; Stärkung des Mittelstands, insbesondere der Beamten; CDU als Volkspartei. Parteitag der Democrazia Cristiana in Rom und mögliche Verwertung der dabei gemachten Erfahrungen. Lebensmittelhilfe für die Bevölkerung in der SBZ.

Beginn: 15.00 Uhr

Adenauer: Die schon lange vorgesehene Vorstandssitzung findet unter besonders ernsten Umständen statt. Ich möchte eines an die Spitze stellen: Ich bitte Sie alle um absolute Diskretion über das, was heute und evtl. morgen hier verhandelt wird. Wir werden ja ein Pressekommuniqué herausgeben müssen, eine Entschließung,

1 Nach der dem Beschlußprotokoll als Anlage II beigefügten Anwesenheitsliste haben folgende Personen an den Sitzungen des Parteivorstands vom 15. und 16. Dezember 1952 teilgenommen:
Die Mitglieder des Bundesparteivorstands:
K. Adenauer, E. Bach, A. Dichtel, H. Ehlers, M. Gröwel, J. Kaiser, K.G. Kiesinger,

aber ich bitte bis dahin zunächst um absolute Diskretion. Es ist dafür gesorgt, daß kein Journalist das Haus betritt.

Ich darf vorausschicken einen Vorschlag über den Ablauf unserer Tagung. Ich hatte gedacht, daß wir gegen 19.30 Uhr ein kaltes Buffet hier aufschlügen [!], so daß wir uns einen Augenblick Pause gönnen können und erfrischen können, und daß wir heute abend bis etwa 22 Uhr weitertagen, damit wir auch alle einmal überschlafen können das, was wir heute verhandeln und beschließen. Es ist vielleicht zweckmäßig, daß wir dann morgen früh etwa um 10 Uhr wiederum zusammenkommen. Aber es ist absolut nötig, daß wir morgen noch einmal zusammenkommen. (*Zwischenruf:* 9 Uhr). Ich habe gebeten, um 10 Uhr zu beginnen, weil ich heute schon eine sehr wichtige Besprechung absagen mußte. Herr François-Poncet ist aus Paris gekommen und wollte mich dringend heute abend sprechen, ich mußte absagen und habe morgen früh 9 Uhr vereinbart. Ich muß Sie weiter bitten, mich um 18 Uhr für eine Stunde zu entschuldigen, weil der stellvertretende amerikanische Hochkommissar Reber[2] gerade von Washington zurückgekommen ist, der mich dringend zu sprechen wünscht. Er fährt heute abend von hier zu Acheson[3] und wollte mich sowohl aus dem State Departement unterrichten und Wünsche von mir an Acheson in Empfang nehmen.

Nun möchte ich Ihnen eine Übersicht geben, losgelöst einmal von der Tagesordnung, über die Vorgänge der letzten Zeit hier in Bonn. Ich möchte dabei voraus-

---

E. Majonica, W. Simpfendörfer, G. Strickrodt, A. Süsterhenn, R. Tillmanns, O. Wackerzapp, F.J. Wuermeling, A. Zimmer.
Die Landesvorsitzenden:
P. Altmeier, H. Barth, A. Cillien, W. Fay, O. Fricke, F. Gurk, W. Johnen, L. Lensing, G. Müller, H. Scharnberg.
Die Kooptierten:
J. Albers, J.B. Gradl, H. Krone, R. Pferdmenges.
Die Ministerpräsidenten:
K. Arnold (zeitweise).
Außerdem: H. Siegel und O. Lenz.
Da diese Liste unrichtig ist, wie die Wortmeldungen ausweisen, sind in den Kopfregesten nur die Sprecher aufgeführt.

2 Samuel Reber (1903–1971), amerikanischer Diplomat; 1943–1965 Mitglied der Alliierten Militärkommission in Italien, 1944–1945 dort Vizepräsident und politischer Verbindungsoffizier in der Alliierten Kontrollkommission, 1947–1949 stv. Direktor der Europa-Abteilung im State Department, 1949 Gesandter in Rom, 1950 Politischer Berater der Hochkommission und Direktor des Amtes für politische Angelegenheiten im US-Hochkommissariat, 1952 stv. Hochkommissar für Deutschland. – Reber kam besondere Bedeutung zu, da Walter I. Donnelly mit Wirkung vom 31. Dezember 1952 als Hochkommissar zurücktreten wollte; bis zur Ernennung eines Nachfolgers sollte Reber die Geschäfte wahrnehmen (vgl. AdG 1952 S. 3766).

3 Dean Acheson (1893–1971), amerikanischer Politiker (Demokrat); 1941–1947 Unterstaatssekretär für Wirtschaftsfragen im Außenministerium, 1949–1953 Außenminister (Rücktritt). – Acheson war zur Tagung des Nordatlantikrates vom 15.–17. Dezember 1952 in Paris (vgl. AdG 1952 S. 3788).

schicken einige Worte über die internationale Lage, wie sie sich z. Z. darstellt. Diese internationale Lage hat sich zusehends verschlechtert. Wenn ich zunächst vom Osten sprechen darf, von der Sowjetzone und den Satellitenstaaten, so habe ich da folgendes festzustellen: Die Aufrüstung der Sowjetzone schreitet in starkem Tempo voran. Die Aufstellung oder die Modernisierung der polnischen Armee hat einen sehr hohen Grad erreicht. Die ganze polnische Armee ist jetzt mit schweren und modernen Waffen versehen von Rußland aus, und wie stark diese polnische Armee in der Zwischenzeit sowjetisiert worden ist, können Sie daraus sehen, daß ein Volk wie das polnische, das doch an seiner Tradition immer so stark festgehalten hat, es erträgt, daß die polnische Kopfbedeckung jetzt ersetzt worden ist durch die russische Schirmmütze. Die Bewaffnung der tschechoslowakischen Armee schreitet im selben Tempo voran wie die der polnischen Armee. Auch die tschechoslowakische Armee ist mit modernsten russischen schweren Waffen, Flugzeugen und allem, was dazu gehört, ausgerüstet. Denken Sie, wenn ich von den Entwicklungen im Osten spreche, bitte auch daran, daß der Kampf um Indochina[4] in stärkster Weise weitergeht, daß ebenfalls die unendlich langen Friedensverhandlungen in Korea[5] zu keinem Ergebnis geführt haben, zum Teil gescheitert durch Sowjetrußland, zum Teil durch die ganze Unsicherheit in der Welt dazu begünstigt. Die Entwicklung in Nordafrika gegenüber Frankreich ist ebenfalls doch sehr ungünstig[6]. Ich darf einen allgemeinen Satz einfließen lassen. Wenn man von Gefahren in der Welt spricht, dann bildet die Häufung der einzelnen Brandherde, über die ganze Erde verstreut, schon an sich eine große Gefahr, daß das Feuer weitergeht. Nun vergleichen Sie bitte damit die Verhältnisse im Westen. Wenn ich vom Westen spreche, meine ich nicht nur uns in Europa, sondern meine selbstverständlich damit auch die Vereinigten Staaten. Die ungünstige Entwicklung im Osten basiert zweifellos zum Teil darauf, daß seit vier bis fünf Monaten die amerikanische Politik in der Welt infolge der Präsidentschaftswahlen mehr oder weniger unbemerkbar geworden ist[7]. Den besten Beweis dafür sehen Sie jetzt darin, daß die Sitzung, die Atlantiksitzung [!], die jetzt in Paris stattfindet, eigentlich nur nominell ist[8]. Acheson wird dort irgendwelche wich-

4 Zur Kriegslage vgl. Karte in AdG 1952 S. 3806.

5 Die Waffenstillstandsverhandlungen waren am 10. Juli 1951 begonnen worden; sie endeten am 27. Juli 1953 mit dem Abkommen von Pammunjon.

6 Anspielung auf Unruhen in Marokko und Tunesien. Die Unruhen in Marokko, das seit 1912 unter französischem Protektorat stand, führten 1953 zur Verbannung von Sultan Muhammad V. durch Frankreich. Vgl. G. SPILLMANN: Du protectorat à l'independance: Maroc 1912–1955. Paris 1967. – In Tunesien hatte die Ermordung des Generalsekretärs des tunesischen Gewerkschaftsverbandes am 5. Dezember zu Generalstreik und neuerlichen Unruhen geführt (vgl. AdG 1952 S. 3767; D.L. LING: Tunesia. From protectorate to republic. Bloomington 1967).

7 Die Präsidentschaftswahlen in USA waren am 4. November 1952. Gewählt wurde Dwight D. Eisenhower. Im Repräsentantenhaus erhielten die Republikaner die absolute Mehrheit, im Senat 48 von 96 Sitzen.

8 Vgl. Anm. 3

tigen Entscheidungen von seiten Washingtons nicht mehr bekanntgeben können. Und man darf nicht glauben, daß nun dieses Ausfallen der amerikanischen Aktivität auf außenpolitischem Gebiet mit der Inauguration des neuen Präsidenten am 20. Januar ihr Ende finden wird. Einmal sind die Änderungen in den entscheidenden Regierungsstellen der Vereinigten Staaten derartig groß, wenn Sie bedenken, daß die Demokraten volle 20 Jahre an der Herrschaft gewesen sind, so ist es klar, daß außerordentlich viele Stellen, und zwar einflußreiche Stellen, einen Wechsel erfahren werden. Dann aber wird während der ersten Monate, nachdem der neue Präsident sein Amt angetreten hat, eine Auseinandersetzung zwischen Taft und Eisenhower unausbleiblich notwendig eintreten. Darüber hat mir ein amerikanischer Senator, der vorige Woche hier war und zu den Süddemokraten gehört, gesagt, der Kampf zwischen Taft und Eisenhower werde mindestens fünf bis sechs Monate dauern[9]. Er ging sogar so weit zu sagen, daß schließlich Eisenhower seine Politik nur werde durchführen können, indem er sich in starkem Maße auf die Demokraten stützt. Es kommt weiter hinzu, daß in Europa selbst eine politische Verwirrung besteht, die außerordentlich groß ist. Sie kennen die Verhältnisse in Frankreich, Sie kennen die Verhältnisse in Deutschland, Sie wissen, daß in Italien im April 1953 die Kammer neu gewählt wird. Und wie schwierig die Verhältnisse in Europa sind, das erhellt wohl am besten daraus, daß, als wir im Frühjahr vergangenen Jahres die Verträge berieten, wir davon ausgingen, daß vom 1. August d.J. an die Zahlung der Verteidigungsbeiträge nötig werde, daß also vom 1. August an die EVG beginnen werde. Wir haben jetzt Mitte Dezember, und es sieht nicht aus, als ob vor dem späten Frühjahr irgend etwas sich ereignen würde.

Ich glaubte, Ihnen diese Gegenüberstellung einmal machen zu müssen, auf der einen Seite der Osten, der zielbewußt weiterarbeitet, auf der anderen Seite der zum Teil durch innerliche Schwierigkeiten, zum Teil durch die Präsidentschaftswahlen in Amerika doch – ich will mich einmal vorsichtig ausdrücken – stark behinderte Westen. Daß diese starke Behinderung des Westens den Osten immer mehr ermutigt fortzufahren auf seiner Linie, die er eingeschlagen hat, ist wohl ohne weiteres selbstverständlich, ich brauche kein Wort darüber zu verlieren. Ich brauche, glaube ich, auch kein Wort darüber zu verlieren, was insbesondere für uns Deutsche es bedeutet, wenn der Osten stärker vorstößt und der Westen nachläßt. Was die innere Unterminierung der Bevölkerung der Bundesrepublik angeht, so nimmt sie immer groteskere Ausmaße an. Ich sage „grotesk", aber es ist gleichzeitig eine sehr ernste Angelegenheit, und zwar insofern, als sich ganz deutlich auch bei Leuten und bei Ständen, bei denen man es nicht für möglich halten sollte, Erscheinungen von Furcht

9 Am 8. Dezember 1952 führte Adenauer ein Gespräch mit Senator Fulbright (vgl. Lenz-Tagebuch). – James William Fulbright (geb. 1905), amerikanischer Politiker (Demokrat); seit 1945 Senator von Arkansas, seit 1959 Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses. – Zu den Auseinandersetzungen zwischen Eisenhower und Taft vgl. FAZ vom 10. Dezember 1952.

bemerkbar machen, von Furcht davor, daß es dem Osten doch gelingt, mit seiner Politik durchzukommen, und daß man sich fürchtet, auf der falschen Seite gestanden zu haben.

Ich möchte dann Ihnen eine kurze Schilderung geben des Ablaufs der zweiten Lesung im Bundestag[10] und der Gründe, die nachher die Mehrheit einschließlich der Bundesregierung dazu veranlaßt haben, die Vertagung der dritten Lesung zu beantragen. Mit einem Wort: Der Verlauf der zweiten Lesung im Bundestag war weder des Parlaments würdig, noch war er würdig der Wichtigkeit des Gegenstands der Vorlage, um die es sich handelte; der Verlauf war einfach unwürdig, und er hat, ich glaube, darin werden Sie mit mir übereinstimmen, das Ansehen des Bundestages in der breitesten deutschen Öffentlichkeit schwer geschädigt. Ich sehe einmal ab von den Vorfällen, die sich in der Nacht ereignet haben, die ich außerordentlich bedauere, das Intermezzo Dehler[11] – Menzel[12], Tillmanns – Neumann, ich sehe davon einmal ganz ab; aber auch im übrigen war der Verlauf der Sitzung nicht würdig. Es ist in der Zwischenzeit vom Bundeskanzleramt festgestellt worden, wie oft ich, der ich nun doch der Chef der Bundesregierung bin, in meiner Rede unterbrochen worden bin, sage und schreibe 197 mal. Das ist einfach nicht tragbar, und wenn Sie sich einmal das Stenogramm nehmen und sehen, wie das gedruckt ist infolge der ganzen Zwischenrufe, werden Sie das, was ich gesagt habe, im vollsten Maße bestätigen. Aber die Schimpfworte, die mir als Chef der Bundesregierung entgegengerufen worden sind – ich mache keinem der Herren Präsidenten deswegen einen Vorwurf, denn sie können zum Teil gar nicht hören –, sind einfach unerhört, und diese Schimpfworte werden namentlich von den hintersten Bänken, aber auch von den vorderen Bänken, einem entgegengerufen. Alles in allem genommen kann ich, was das Äußere angeht, nur sagen: Wenn das Parlament nicht seine Sitten ändert, gräbt sich das demokratische Parlament sein eigenes Grab. Ich habe Herrn Ollenhauer zu mir gebeten und hoffe, ihn im Laufe dieser Woche zu sprechen, um ihm das sehr ernst und sehr nachdrücklich zu sagen.

---

10 Zweite Lesung von Deutschland- und EVG-Vertrag am 5./6. Dezember 1952 (Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S. 11335–11379; vgl. AdG 1952 S. 3768–3772 und S. 3778ff.; SCHWARZ 1 S. 175ff.

11 Auseinandersetzung zwischen Dehler und Menzel vgl. Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S.11496f. – Dr. Thomas Dehler (1897–1967), 1926–1933 Vorsitzender der DDP Bamberg, 1946–1956 Vorsitzender der bayerischen FDP, 1948–1949 MdPR, 1949–1967 MdB (1953–1957 FDP-Fraktionsvorsitzender), 1949–1953 Bundesminister der Justiz, 1954–1957 Bundesvorsitzender der FDP, 1960–1967 Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Vgl. Friedrich HENNING in DEMOKRATEN S. 88–97.

12 Dr. Walter Menzel (1901–1963), seit 1921 SPD, 1931–1933 Landrat in Weilburg/Lahn, seit 1946 Mitglied des SPD-Parteivorstands, Mitglied des Zonenbeirats für die britische Zone, 1946–1954 MdL Nordrhein-Westfalen, 1946–1950 Innenminister und stv. Ministerpräsident, 1948–1949 MdPR, 1949–1963 MdB (Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, 1951–1957 Vorsitzender des Ausschusses zum Schutze der Verfassung). Vgl. Wolf BIERBACH in AUS DREISSIG JAHREN S. 186–199.

In diesem Kreis kann ich auch folgendes sagen, daß jetzt schon in Düsseldorf sich ein Kreis bildet um den früheren Staatssekretär von Goebbels[13], Naumann[14], der sich darauf vorbereitet, die Sache später in die Hand zu nehmen, und zwar ein Kreis von sehr intelligenten Leuten – dieser Naumann ist ein sehr intelligenter Mann –, die untereinander allgemein Verbindung halten, und nicht nur das, sondern die auch mit den Nationalsozialisten, die im Ausland sind, Verbindung halten. Ich bin, damit Sie sehen, in welchen Verhältnissen wir leben, von einer auswärtigen Macht dringend gebeten worden, dafür zu sorgen, daß Naumann baldmöglichst verhaftet wird. Ich habe keine Handhabe dazu, aber so denkt man in uns wohlmeinenden Ländern schon über die Verhältnisse, die sich bei uns entwickeln. Es kommt noch eins hinzu: Diese Herren, deren Mittelpunkt Naumann ist, halten regelmäßig Besprechungen im Industrieclub in Düsseldorf ab. Das ist natürlich auch nicht gerade dazu geeignet und dazu angetan, das Mißtrauen des Auslandes gegenüber Deutschland besonders zu beruhigen.

Aber ich möchte jetzt zurückkehren zu dem Verlauf der zweiten Lesung. Ich nehme an, daß Sie gelesen haben, was gesprochen worden ist. Ich möchte deswegen nur hervorheben, was Ollenhauer, abgesehen von einigen mysteriösen Andeutungen, die aber hinterher doch verständlich geworden sind aufgrund von neuen Informationen, vorschlägt zu tun[15]: Er will einbauen in ein System der allgemeinen Sicherheit [!], an sich eine banale Redensart, aber es scheint, daß eine Konzeption dahintersteckt, die einem sehr große Sorgen machen kann.

Ich komme nun zu der Hauptsache, zu der Vertagung und zu der Klage der Mehrheit in Karlsruhe und zu den Vorgängen in Karlsruhe[16]. Das Bundesverfassungsgericht wird – und die Väter des Grundgesetzes, die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, zu denen ich ja auch gehört habe, trifft daran ein schweres Verschulden – gewählt durch das Parlament. Verfassungsrichter, die gewählt werden durch ein politisches Parlament, sind, glaube ich, einmalig in der Welt. Wir haben

13 Joseph Goebbels (1897–1945), 1924 NSDAP, 1929 Reichspropagandaleiter, 1933 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, 1944 Generalbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz.

14 Dr. Werner Naumann (geb. 1909), nationalsozialistischer Politiker; Staatssekretär im Reichspropagandaministerium. – Naumann wurde auf Anweisung des britischen Hochkommissars in der Nacht vom 14./15. Januar 1953 – zusammen mit weiteren ehemals führenden Nationalsozialisten aus dem „Naumann-Kreis" – verhaftet (vgl. AdG 1953 S. 3824; JENKE S. 161ff.).

15 Rede Ollenhauers in der zweiten Lesung vgl. Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S.11445–11456.

16 Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, FDP und DP erhoben am 6. Dezember 1952 vor dem zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts Feststellungsklage, nachdem auf Antrag der CDU/CSU und FDP am 5. Dezember die zweite Lesung der Vertragsgesetze im Bundestag ausgesetzt wurde. Die SPD-Fraktion hatte in der Debatte erklärt, daß der Bundestag keine Kompetenz habe, Gesetze über Wehrfragen zu beschließen (Klageschrift und Antragsbegründung in WEHRBEITRAG, Ergänzungsband S. 1–24; BARING: Außenpolitik 2 S. 130ff.).

uns damals im Parlamentarischen Rat von der vielleicht aus den vergangenen Jahren heraus verständlichen Meinung leiten lassen, daß wir als Wahrer der Demokratie in Deutschland gelernt hätten; damit aber ist dieser überspitzte Idealismus noch weiter überspitzt worden durch das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht, in dem die Wahlen mit Zweidrittelmehrheit vorgeschrieben worden sind. Das bedeutet also im Einzelfall, daß ohne Zustimmung der Sozialdemokratie keiner als Richter gewählt werden kann, wie natürlich auch umgekehrt keiner ohne Zustimmung der Koalition. Aber wie so vielfach hat es sich auch hier herausgestellt, daß die Sozialdemokratie eben ein viel besserer Block ist, als eine Koalition das sein kann, und daß es weiter im Wesen der sozialdemokratischen Parteimitglieder liegt, den von oben gegebenen Befehlen unbedingt zu gehorchen. Das Ergebnis ist folgendes: Im Bundesverfassungsgericht sind z.Z. 23 Richter. Von diesen 23 Richtern sind neun eingeschriebene Mitglieder der SPD, zwei oder drei eingeschriebene Mitglieder der CDU (*Zwischenruf:* Zwei!), einer FDP[17]. Was den zweiten Senat angeht, den die Mehrheit angerufen hat, so möchte ich folgendes feststellen: Der zweite Senat hat drei eingeschriebene Mitglieder der SPD, er hat kein eingeschriebenes Mitglied einer der Koalitionsparteien. Sie sehen daraus am besten, wie diese Redensart, die, soviel ich weiß, zunächst im „Spiegel"[18] aufgetaucht ist, von dem roten und dem schwarzen Senat, in Wirklichkeit die Verhältnisse trifft. Ich wiederhole nochmals, und damit entfällt vieles von dem, was der Mehrheit zum Vorwurf gemacht worden ist: In dem angegangenen zweiten Senat sind drei Mitglieder einschließlich des Vorsitzenden eingeschriebene Mitglieder der Sozialdemokratie und kein einziges Mitglied ist eingeschriebenes Mitglied einer Koalitionspartei. Und wie in diesem Richterwahlaus-

17 Im ersten Senat gehörten sieben Richter der SPD an bzw. standen ihr nahe (Martin Draht, Wilhelm Ellinghaus, Richard Gerhard Heiland, Joachim Lehmann, Franz Wessel, Konrad Zweigert, Erna Scheffler), vier gehörten den Regierungsparteien an bzw. standen ihnen nahe (Hermann Höpker Aschoff (FDP), Herbert Scholtissek (CDU), Erwin Stein (CDU) und Theodor Ritterspach); im zweiten Senat standen drei SPD-Mitglieder (Rudolf Katz, Walter Klaas, Hans Georg Rupp) acht Richtern (Julius Federer, Ernst Friesenhahn, Georg Fröhlich, Willi Geiger, Anton Alfred Henneka, Gerhard Leibholz, Claus Leusser, Conrad Frederick Roediger) gegenüber, die den Koalitionsparteien zugeordnet wurden. Als neutral galten Bernhard Wolff (2. Senat) und Kurt Zweigert (1. Senat). Vgl. dazu WENGST: Staatsaufbau S. 242ff. und SCHIFFERS S. 455. Ausgeschieden war am 14. Februar 1952, nach seiner Ernennung zum Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin, Kurt Zweigert; bereits am 18. Januar 1952 war Leusser nach seiner Ernennung zum Bevollmächtigten von Bayern beim Bund ausgeschieden (BILLING S. 189). Nachfolger Leussers wurde am 13. September 1952 Egon Schunk (EBD. S. 191). Erst am 18. März 1954 erfolgte die Wahl von Karl Heck als Nachfolger von Zweigert (EBD. S. 194f.).

18 In seiner Kommentierung der SPD-Klage hatte der „Spiegel" vom 12. März 1952 auf die parteipolitische Zusammensetzung der beiden Senate des BVerfG hingewiesen (6. Jg., Nr. 11 S. 6f.). Das Gerede vom ‚roten' und ‚schwarzen' Senat führte schließlich zur entschiedenen Zurückweisung durch die Pressestelle des BVerfG (Verlautbarung vom 18. Juni 1952) und zur Erklärung vom 9. Dezember 1952 (vgl. Druck: WEHRBEITRAG 2 S. 804f.).

schuß die Dinge liegen, das zeigt in geradezu klassischer Form der letzte Vorgang, als es sich darum handelte, das 24. Mitglied – es war einer ausgeschieden – zu wählen. Die Sozialdemokraten schlugen einen Herrn vor, der in Koalitionskreisen unbekannt war. Die Koalitionsmitglieder beantragten Vertagung, sie wollten sich nach dem Herrn erkundigen. In der darauffolgenden Sitzung erklärten die Sozialdemokraten, sie zögen ihren Vorschlag zurück, denn sie hätten in der Zwischenzeit festgestellt, daß der von ihnen Vorgeschlagene Mitglied der CDU sei. Dann ist der Richterwahlausschuß unverrichteter Dinge auseinandergegangen.[19]

Nun die Gründe, warum unsere Klage? Nach unserer Auffassung ist diese Klage zunächst formell absolut begründet, und sie ist auch materiell begründet insofern, als die Mehrheit des Bundestages genausogut ein Recht darauf hat, attestiert zu bekommen, daß sie sich innerhalb des Rahmens der Verfassung bewegt, wie umgekehrt die Minderheit ein Recht hat, zu klagen gegen die Mehrheit, wie das seinerzeit die SPD-Fraktion und einige andere Mitglieder des Bundestages in der Präventivnormenkontrollklage getan haben.[20] Der erste Senat hat sechs eingeschriebene Mitglieder der SPD. Ich nehme an, daß der eine oder andere von Ihnen über die Verhältnisse in Karlsruhe noch dieses oder jenes sagen wird. Ich möchte das zunächst nicht tun. Die sozialdemokratische Fraktion beabsichtigte, nach eventueller Genehmigung durch den Bundesrat eine Normenkontrollklage zu erheben. Die Klage der Mehrheit des Bundestages bringt – ich will das im einzelnen nicht auseinandersetzen – eine Zeitersparnis von zwei bis drei Monaten gegenüber dem Abwarten, bis die sozialdemokratische Fraktion ihre Normenkontrollklage durchgestanden hat. Das war in der Hauptsache der Grund, der die Mehrheit veranlaßt hat, diese Klage zu erheben.

Nun die Vorgänge in Karlsruhe: Nach dem Grundgesetz und nach dem Gesetz, das die Verhältnisse des Bundesverfassungsgerichts ordnet, hat das Bundesverfassungsgericht Entscheidungen zu treffen. Es ist ihm weiter auch eine davon ganz unabhängige Aufgabe übertragen, nämlich auf Verlangen gewisser Organe Gutachten zu erstatten. Diese Gutachten können angefordert werden ohne Rücksicht darauf, ob irgendeine Klage anhängig ist oder nicht. Sie sind natürlich nicht bindend für denjenigen, der das Gutachten einfordert. Derjenige, der das Gutachten einfordert, kann sich überzeugen lassen von den Gründen des Gutachtens, er braucht sich nicht überzeugen zu lassen. Ein ganz ähnlicher Vorgang wie der jetzige, nämlich des Zusammenfallens der Einforderung eines Gutachtens und einer anhängigen Klage,

19 Vermutlich der Vortragende Rat a.D. Dr. Höpfner oder Ministerialrat Dr. Kleinrahm (Vorschlag Dr. Arndt), vgl. Sitzung des Wahlmännergremiums vom 8. Juli bzw. 9. Juli 1952 – NL Laforet ACDP I-122-175. Ebenfalls von der SPD wurden vorgeschlagen der Senatspräsident beim BGH Hans Eberhard Rotberg und Landgerichtsdirektor Wallauer vom Landgericht Bad Kreuznach, der gleichzeitig Mitglied des rheinland-pfälzischen Verfassungsgerichtshofs war (BILLING S. 190).

20 Klage von 145 Abgeordneten unter Federführung von Adolf Arndt (SPD) und Bernhard Reismann (FU) vom 31. Januar 1952 (vgl. WEHRBEITRAG 1 S. 3–14).

hat sich im Sommer abgespielt, und zwar noch vor der ersten Lesung der Vertragswerke im Bundestag. Es hat damals die sozialdemokratische Fraktion, wie eben schon gesagt, eine Präventivnormenkontrollklage angestellt, und der Herr Bundespräsident hat ein Gutachten über die gleiche Frage vom Plenum des Bundesverfassungsgerichts erbeten[21]. Das Bundesverfassungsgericht hat damals zunächst den Versuch gemacht, die Bundesregierung, die kein Gutachten eingefordert hatte, und die klagende sozialdemokratische Fraktion insoweit unter einen Hut zu bringen, als es vorgeschlagen hat eine Art schiedsrichterliches Verfahren, d.h., sowohl die Bundesregierung wie auch die klagende Fraktion sollten sich bereit erklären, das Gutachten als für sich bindend anzuerkennen. Wir haben das damals bejaht, die Sozialdemokratie hat es verneint. Herr Arndt ist damals zum Bundespräsidenten gegangen und hat versucht, ihn zu überreden, seinen Antrag zurückzuziehen, das Gutachten sich erstatten zu lassen. Dann hat das Bundesverfassungsgericht einen Beschluß gefaßt, den es dem Bundespräsidenten und auch den Sozialdemokraten zugestellt hat, nämlich folgenden Beschluß: Das Plenum des Bundesverfassungsgerichts hat sich heute mit der dadurch geschaffenen Lage beschäftigt, d.h. mit der Lage, daß beiderseitig ein Antrag schwebe, nämlich auf Erstattung eines Gutachtens und eine Klage. Es ist zu dem Ergebnis gekommen, daß mit Rücksicht auf das nunmehr beim ersten Senat zunächst anhängige Verfahren z.Z. die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen für die Erstattung des vom Herrn Bundespräsidenten erbetenen Gutachtens nicht vorliegen. Es hat sich also auf den Standpunkt gestellt: Solange in einer Frage eine Klage schwebe, liegen nicht die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen für Erstattung eines Gutachtens in derselben Angelegenheit vor. Dieser Beschluß ist vom 26. Juli 1952.

Bei dem nunmehr vorliegenden Fall, wo ebenfalls noch vorliegen einmal der Antrag des Bundespräsidenten auf Erstattung eines Gutachtens, zweitens die Klage der Mehrheit gegen die Minderheit beim zweiten Senat, hat sich das Bundesverfassungsgericht zu unserem wirklich aufrichtigen Erstaunen von diesem Standpunkt abgewandt und hat beschlossen, daß das Gutachten bindend sein müsse für die Entscheidungen der beiden Senate in der gleichen Frage. Die Begründung dieses Beschlusses habe ich gestern erhalten. Es hat ja etwas darüber schon in der Presse gestanden. Die Begründung ist ziemlich umfangreich, sie enthält nichts irgendwie

21 Bundespräsident Heuss hatte am 10. Juni 1952 das BVerfG um ein Gutachten über die Frage gebeten, ob der EVG-Vertrag im Widerspruch zum GG stehe. Hintergrund war die Frage der SPD-Opposition, ob die Gesetzgebungszuständigkeit für die Wehrverfassung ausschließlich dem Bund oder den Ländern oder beiden obliege. Diese strittige Kompetenzfrage könne nicht durch einfaches Bundesgesetz geregelt werden; vielmehr müsse das GG ergänzt werden, und dafür sei eine Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat notwendig. – Das BVerfG erklärte am 9. Dezember 1952, daß das erbetene Gutachten die beiden Senate des BVerfG binde; daraufhin zog der Bundespräsident sein Gesuch um ein Rechtsgutachten am 10. Dezember 1952 zurück. Vgl. SCHWARZ 1 S. 169–177; WENGST: Staatsaufbau S. 286–290 und S. 319–322; BARING: Außenpolitik 2 S. 140ff.

Neues, sondern sie stellt sich auf den Standpunkt, daß das Bundesverfassungsgericht eine Lücke in der Gesetzgebung habe ausfüllen müssen, und zwar deswegen, weil das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht ja sehr lückenhaft nur geordnet sei, und hier habe es eine solche Verfahrensvorschrift erlassen müssen.

Dazu möchte ich folgendes sagen: Es ist klar, daß vermieden werden muß, daß ein Senat in einer Entscheidung von der Rechtsauffassung des anderen Senats bei einer Entscheidung abweicht. Und für diesen Fall ist daher in dem Gesetz ausdrücklich vorgesehen, daß, wenn ein Senat abweicht von der Rechtsauffassung, die ein anderer Senat schon einer Entscheidung zugrunde gelegt hat, eine Plenarentscheidung beider Senate stattfinden muß. Das ist das Verfahren, das früher beim Reichsgericht gewesen ist und auch jetzt beim Bundesfinanzgerichtshof so ist, also, wie es bei allen hohen Gerichtshöfen besteht. Aber was jetzt das Bundesverfassungsgericht gemacht hat, geht vollkommen an diesen Bestimmungen des Gesetzes vorbei, indem es bestimmt, daß ein Gutachten entscheidend sein müsse für die beiden Senate, ein völlig unmöglicher Zustand, der einfach im Gesetz auch nicht die geringste Stütze findet. Ich darf hier darauf hinweisen, daß beim Bundesfinanzgerichtshof ebenfalls das Plenum auf Verlangen gewisser Stellen Gutachten abgeben muß, daß aber dadurch Entscheidungen der Senate in keiner Weise beeinflußt werden, und daß dann, wenn ein Senat von der Entscheidung eines anderen Senats abgehen will, eine Plenarentscheidung stattfinden muß. Die Lage, die infolge dieses Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts eintrat, ist natürlich sehr schwierig geworden. Die Mitteilung kam aus Karlsruhe, während wir in einer Kabinettssitzung zusammensaßen[22]. Wir haben über die Angelegenheit uns ausgesprochen, und wir kamen übereinstimmend zu der Auffassung, daß dieser Beschluß des Bundesverfassungsgerichts keine Stütze hätte im Gesetz noch im Grundgesetz, daß er keine Lücke ausfülle, sondern einfach contra legem sei.

So entstand die Frage, was man nun tun kann. Wenn nichts geschehen wäre, also, wenn der Bundespräsident seinen Antrag auf Erstattung eines Gutachtens nicht zurückgezogen hätte, wäre die Sache weitergelaufen, und dieser Beschluß wäre nun sofort zur Anwendung gekommen. Das schien uns unmöglich zu sein. Gestatten Sie mir, weil es in einer Rede Ollenhauers eine Rolle spielte, es nochmals zu sagen: Ich bin im Auftrag des Kabinetts zum Bundespräsidenten gegangen am Dienstag vormittag, er wußte noch nichts von der ganzen Sache, und ich habe sie ihm vorgetragen, habe ihm auch vorgetragen die Meinung des Kabinetts, und der Bundespräsident ist sofort vom Tisch aufgestanden, an dem wir saßen, zu seinem Schreibtisch gegangen, hat ein Blatt Papier genommen und in meiner Gegenwart dann entworfen ein Schreiben an das Bundesverfassungsgericht, in dem er seinen Antrag auf Erlaß eines Gutachtens zurückziehen wolle; und zwar aus eigener Initiative hat er selbst das Schreiben sofort entworfen. Wir haben die Staatssekretäre Hallstein und

22 Die Kabinettssitzung fand am 9. Dezember 1952 von 10.35–12.00 Uhr statt (vgl. ADENAUER: Teegespräche S. 715 Anm. 10).

Strauß[23], die in Karlsruhe waren, sofort zurückkommen lassen. Wir wollten von ihnen hören, ob es noch irgendeine Möglichkeit gäbe, durch Verhandlungen mit dem Bundesverfassungsgericht irgendwie eine Änderung herbeizuführen. Die Herren haben darüber berichtet, daß das unmöglich sei. Der Beschluß ist merkwürdigerweise mit 20 gegen 2 Stimmen gefaßt worden, der 23. lag krank in München, und er wußte schon am Nachmittag um 5 Uhr, daß dieser Beschluß am Abend gefaßt werden würde.[24]

Wir haben uns dann entschlossen, auf meinen Vorschlag hin, eine Abordnung des Kabinetts zum Bundespräsidenten zu schicken, bestehend aus mir, den Herren Blücher, Storch, Lehr[25] und Dehler. Ich habe als letzter das Wort ergriffen, und die Herren haben die Meinung des Kabinetts dem Bundespräsidenten klargelegt, und der Bundespräsident hat sich dann entschlossen, definitiv entschlossen, am anderen Morgen seinen Antrag auf Erlaß des Gutachtens zurückzuziehen. Er hat Herrn Ollenhauer am gleichen Abend noch eineinhalb Stunden gesprochen.[26] Ollenhauer hatte davon gehört und um diesen Empfang gebeten. Dann hat nun das Bundesverfassungsgericht das Verfahren eingestellt, und die Dinge sind nun in den Zustand gekommen, in dem sie sich jetzt befinden. Was die Erstattung des Gutachtens angeht, so ist in dem Beschluß, in der Begründung, die vom Bundesverfassungsgericht gegeben worden ist, von einem prozeßähnlichen Verlauf des Gutachtens die Rede. Wenn Sie sich das vor Augen halten, werden Sie sich auch klar darüber werden, welche Vorbereitungen getroffen worden waren, um einen prozeßähnlichen Verlauf herbeizuführen und so die Entscheidung, daß das Gutachten für die Senate bindend sein müsse, in der Öffentlichkeit wenigstens in etwa klarzumachen, denn das Bundesverfassungsgericht hatte sich die Mensa der Technischen Hochschule Karlsruhe gemietet, hatte Rundfunk und alles mögliche eingeladen, hatte eine Tribüne aufschlagen lassen und hat eine ganz große Sache aus diesem Gutachten machen wollen, ganz in der Form eines öffentlich geführten Prozesses, während in

23 Dr. Walter Strauß (1900–1976), 1928–1935 Referent im Reichswirtschaftsministerium, Mitgründer der CDU in Berlin, 1946–1947 Staatssekretär im hessischen Staatsministerium, 1947–1948 stv. Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, 1948–1949 Leiter des Rechtsamtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und MdPR, 1949–1963 Staatssekretär im Bundesjustizministerium, 1963–1970 Richter am Europäischen Gerichtshof. Vgl. Richard LEY: Dr. Walter Strauß. In: NJW 29 (1976); vgl. auch die Schilderung beim Kanzlertee am 10. Dezember 1952 (ADENAUER: Teegespräche S. 365ff.).

24 Dagegen votierten Willi Geiger und Anton Henneka (WENGST: Staatsaufbau S. 320).

25 Dr. Robert Lehr (1883–1956), 1915 Beigeordneter und 1919 Stadtkämmerer in Düsseldorf, 1924–1933 Oberbürgermeister von Düsseldorf (DNVP), Mitgründer der CDU, Oberpräsident der Provinz Nordrhein, 1946–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, Vorsitzender und später 2. Vorsitzender des Zonenbeirats der britischen Zone, 1948–1949 MdPR, 1949–1953 MdB, 1950–1953 Bundesminister des Innern. Vgl. Brigitte KAFF in GRÜNDUNG S. 191–207.

26 Vgl. FAZ vom 11. Dezember 1952 mit dem Wortlaut der Erklärung Ollenhauers und des SPD-Vorstands; vgl. auch StBKAH 06.09.

der Natur der Sache es liegt, daß ein Gutachten gefällt wird von einem Gremium in vertraulicher Aussprache, nachdem die Beteiligten sich schriftlich geäußert haben, aber nicht in dieser Prozeßform. Nun hat Herr Ollenhauer eine längere Pressekonferenz abgehalten am Freitag, und ich habe hier den stenografischen Wortlaut seiner Ausführungen, auf die leider von der anderen Presse bisher kaum geantwortet worden ist[27]. Es sind insgesamt elf Schreibmaschinenseiten, infolgedessen kann ich nur die wichtigsten Punkte herausgreifen. Er führt zunächst Klage darüber, daß durch das Vorgehen der Bundesregierung und der Mehrheit des Bundestages eine tiefgehende Vertrauenskrise im Volke Platz gegriffen hätte und daß durch die Einbeziehung des Bundespräsidenten und des Bundesverfassungsgerichtshofes eine ernste Situation entstanden sei. Er spricht dann von Manipulationen in bezug auf das Verfahren beim Bundesverfassungsgericht; er spricht von einem Eingriff des Bundeskanzlers in ein schwebendes Verfahren und der Bundesregierung, und das, sagt Ollenhauer, sei für sie die Hauptsache, nicht der Kampf um die Verträge.

Ich möchte noch einmal ausdrücklich feststellen, daß überhaupt kein schwebendes Verfahren vorliegt, sondern daß selbstverständlich derjenige, der ein Gutachten einfordert, berechtigt ist, diesen Antrag jederzeit zurückzuziehen, ebenso wie jemand, der eine Klage anhängig macht, jederzeit berechtigt ist, diese Klage zurückzuziehen, und daß das mit einem Eingriff in ein schwebendes Verfahren nichts zu tun hat. Ollenhauer stellt weiter fest, daß die Durchführung der Verträge nur dann möglich sei, daß sie nur dann wirksam werden könnten, wenn sie getragen werden von einer breiten innerpolitischen moralischen Unterstützung der Bevölkerung selbst. Ich darf daran erinnern, daß Schumacher seinerzeit erklärt hat, daß die SPD, auch wenn ratifiziert sein würde, bis zum letzten kämpfen würde gegen die Einberufung von Soldaten usw.[28] Kurz und gut, er hat damals eine Erklärung abgegeben gegenüber einem Ausländer, die geradezu Landesverrat darstellt. Dann erklärt Ollenhauer weiter, die dritte Lesung könne nur durchgeführt werden, wenn vorher dem Volke durch eine Neuwahl zum Bundestag die Möglichkeit gegeben sei, seinen politischen Willen neu zu bekunden.

Dazu möchte ich einige Worte sagen: Zunächst ist es eigentlich bei einem Manne wie Ollenhauer wenig verständlich, daß er der Auffassung ist, ein neu gewählter Bundestag würde eine dritte Lesung vornehmen. Es ist klar, daß, wenn ein Bundestag sein Ende gefunden hat, alle bis dahin nicht erledigten Gesetzentwürfe altes Eisen sind. Ollenhauer weiß aber auch ganz genau, daß der Bundestag erst sein Ende findet vier Jahre nach seiner Wahl, also September 1953, und daß eine Neuwahl nur vorher möglich sei, wenn der Bundeskanzler ein Mißtrauensvotum bekom-

27 Vgl. FAZ vom 13. Dezember 1952. Der Bericht über die Pressekonferenz der SPD am 12. Dezember 1952, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der CDU, in NL Strickrodt ACDP I-085-052.

28 Vgl. zu den Schumacher-Äußerungen AdG 1952, 23. Mai S. 3482, 2. Juni S. 3502, 11. Juni S. 3513.

men hat von der Mehrheit und dann die Auflösung beantragt, so daß Ollenhauer – da spricht natürlich folgendes Gaukelspiel – wohl gern hätte, daß eine Mehrheit, bestehend aus Sozialdemokraten und einem Teil der Koalition, dem Bundeskanzler sein Mißtrauen ausspricht und daß dann Wahlen stattfinden können. Man stelle sich vor diese Harlekinade, daß ein Teil der Koalition zusammen mit der Opposition dem Bundeskanzler in dieser Sache das Mißtrauen ausspricht. Stellen Sie sich vor, in welcher Weise dann die Koalitionsparteien in die Wahlen überhaupt hineingehen würden, aber das ist das, was er will, und ich komme noch auf das wirkliche Thema gleich zurück. Dann behauptet Ollenhauer weiter: „Wir wissen nicht, auf welcher Basis in einem neuen Bundestag über diese Verträge verhandelt werden könnte, aber wir sind der Meinung, daß eine so schwerwiegende Entscheidung ...“ Ollenhauer sagt dann weiter: „Es ist auch nicht die Frage, ob die deutsche Sozialdemokratie für oder gegen die Verteidigung der freien Welt ist. Wir haben das bei verschiedenen Gelegenheiten doch in den zwei Lesungen in aller Deutlichkeit klargemacht. Wir sind für eine Beteiligung der Deutschen an einer Verteidigung der freien Welt, der freien Völker, aber wir sehen in den jetzt vorliegenden konkreten Verträgen keine geeignete Basis. Es müßte unter neuen Gesichtspunkten dieser ganze Komplex neu aufgerollt und neu behandelt werden.“ Dann sagt Ollenhauer aber selbst: Eine friedensvertragsähnliche Regelung müsse an die Stelle der Verträge treten, die dem deutschen Volk jede Möglichkeit seiner inneren und äußeren Selbstbestimmung gibt und in der nur die Gebiete und die Fragen reserviert bleiben, die auf der Basis einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik und den anderen Vertragspartnern gemeinsam im Auge zu behalten sind im Hinblick auf Berlin und die deutsche Einheit, und die Frage, die geregelt werden muß, um den in Deutschland stationierten Truppen der Westmächte einen Status zu geben, der ihrer Sicherheit Rechnung trägt.

Also, diese drei Vorbehaltsrechte erkennt er selbst an mit etwas anderer Malerei, aber es ist doch dasselbe. Dann sagt er dasselbe, was er im Bundestag gesagt hat ..., die Überzeugung, daß eine Sicherheit der freien Welt, eine Sicherheit der Bundesrepublik gegen jede Bedrohung nur möglich ist, wenn sie aufgebaut und getragen wird von den Menschen der ganzen freien Welt und dem freien Entschluß, sich zu dieser Verbundenheit und zu diesen Aufgaben zu bekennen. – Das sind ja mehr oder weniger Redensarten. Dann wird Ollenhauer gefragt: „Würde die Sozialdemokratie auch nach Neuwahlen, wenn sie in die neue Regierung einträte, mit einer empirischen Behandlung der Vertragswerke auch dann nicht bereit sein?“ Ollenhauer antwortet darauf: „Ich danke Ihnen für diese Frage; ich möchte dazu nur sagen: Die Sozialdemokratie wird unter keinen Umständen, auch nicht in einem neu gewählten Bundestag, die jetzt vorliegenden Verträge annehmen!“ Sie seien überholt, und es bleibe dabei, daß die SPD die Verträge nicht annehme. Ollenhauer wird weiter gefragt: „Können Sie uns etwas präziser über Ihre Vorschläge einer Beteiligung Deutschlands an einem System der kollektiven Sicherheit sagen, soll das für Europa gelten oder für die ganze Welt?“ Ollenhauer antwortet: „Das soll natürlich

ein internationales Sicherheitssystem sein. Ich bitte in diesem Augenblick zu verstehen, daß es nicht möglich ist, in Einzelheiten einzutreten, und daß wir uns selbst noch nicht im konkreten über diese Einzelheiten klargeworden sind, damit wir einen im einzelnen fundierten Vorschlag machen!"

Ich kann nur sagen, ich bin geradezu erschüttert darüber, daß eine so große Partei, wie die Sozialdemokratie es ist, nun auf jede Weise versucht, das Zustandekommen dieser Verträge zu verhindern, ohne daß sie weiß – Sie haben es aus seinen eigenen Worten gehört –, was sie an die Stelle des Ganzen setzen soll. Aber ich kann Ihnen hier in diesem vertraulichen Kreise sagen, was auf der Vorstandssitzung der SPD beraten worden ist.[29] Im Vorstand der SPD, der am Freitag versammelt war, ist folgendes gesagt worden: Die EVG-Verträge seien tot. Es werde zu einer Ratifizierung in Deutschland nicht mehr kommen. Es werde auch infolgedessen zu einer Ratifizierung nicht kommen in Frankreich, aber in Amerika sei ein neues Team von Männern gekommen, und man müßte nun jetzt versuchen, Korea auszuhandeln gegen die Sowjetzone. Man müßte den Russen vorschlagen, freie Wahlen in Korea und freie Wahlen in der Sowjetzone. Das würde bedeuten, daß Korea kommunistisch würde und daß die Bundesrepublik sozialistisch würde, und die Russen würden geneigt sein – man habe Grund zu der Annahme –, auf einen solchen Vorschlag einzugehen. Das setze natürlich voraus, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland eine Bereinigung aller schwebenden Fragen auf der ganzen Linie erfolge. Man werde bei einer solchen Regelung bis auf weiteres die Oder-Neiße-Linie in Kauf nehmen müssen, und dieses neue Deutschland solle eine nationale Armee bekommen unter der Aufsicht Sowjetrußlands und der Vereinigten Staaten. Deutschland solle Mitglied der UNO werden und an deren kollektiver Sicherheit teilnehmen.

Ich weiß noch weitere Einzelheiten darüber, aber ich muß Ihnen sagen, man faßt sich buchstäblich an den Kopf, wenigstens habe ich das getan, als ich das gelesen habe und mir gedacht habe: Wie denken diese Leute sich die Entwicklung? Ich glaube, ich brauche Ihnen weiter nichts darüber zu sagen. Wir warten allgemein die Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland ab, Korea wird dann ausgetauscht gegen die Sowjetzone, und wir bekommen eine nationale Armee unter Garantie von Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten unter deren Aufsicht und eine Garantie durch die UNO. Es ist erschütternd, geradezu erschütternd, und ich kann mir das nur vorstellen, daß die Herrschaften so durchdrungen sind von dem Willen, unter allen Umständen im Westen an die Macht zu kommen, daß ihnen jedes Mittel dazu recht ist, und mag es einem vernünftigen Menschen noch so dumm erscheinen, es ist ihnen alles recht, wenn es nur gelingt, etwas

29 Im Kurzprotokoll der um den Fraktionsvorstand erweiterten SPD-Vorstandssitzung vom 12. Dezember läßt sich eine derartige Äußerung nicht belegen (SPD-PV-Protokoll). Auch Lenz äußert seine Skepsis, ob diese Auffassungen geäußert worden sind (Lenz-Tagebuch, 15. Dezember 1952).

Derartiges zu erreichen. Den Plan, den sie entwickelt haben, mußten sie, glaube ich, entwickeln, um Schwierigkeiten in ihren eigenen Reihen zu vermeiden, denn manchen ist es da gar nicht wohl, und man muß Schwierigkeiten in den eigenen Reihen zu beruhigen versuchen, um auf die Frage wenigstens zu antworten: Nicht nur immer negativ, was wollt ihr denn? (*Zwischenruf:* Ist das verbürgt?) Das ist so gut verbürgt – ich bin in der Lage, Namen zu nennen –, wie etwas verbürgt sein kann. (*Zwischenruf:* Es klingt aber unglaublich!) Ich kann nur nochmals wiederholen, es ist so gut verbürgt, wie etwas verbürgt sein kann. Ich weiß den Namen des betreffenden Herrn, der das erklärt hat, und habe es schriftlich vor mir liegen, aber ich bin nicht in der Lage, Ihnen den Namen zu nennen, und möchte einstweilen doch bitten, nicht davon Gebrauch zu machen, aber, wenn Sie daraufhin die Rede Ollenhauers im Bundestag nachlesen und wörtlich nehmen, werden Ihnen manche Sätze klar, die mir beim Zuhören noch nicht klargewesen sind.

Was machen wir weiter? Beim Bundesverfassungsgericht ist man aufs äußerste erzürnt, auf die Bundesregierung und auf die Koalition. Auch Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts, die nicht Sozialisten sind, sind der merkwürdigen Auffassung, daß wir ihnen hätten zu nahe treten wollen. Allerdings passieren auch sehr merkwürdige Dinge da. Ich muß Ihnen ein kleines Beispiel erzählen, an sich nicht sehr belangreich, aber es zeigt Ihnen doch, welche Kräfte da tätig sind. Zu den Männern im Bundesverfassungsgericht, die nicht Sozialisten sind, gehört Prof. Friesenhahn[30] von der Bonner Universität. Im Oktober waren die Herren Höpker Aschoff, Katz und Dehler bei mir, um den Wunsch der großen Mehrheit des Bundesverfassungsgerichts, einen eigenen Haushaltsplan zu bekommen, darzulegen. Höpker Aschoff war dagegen und Herr Katz war dafür. Nach der Rückkehr nach Karlsruhe hat Herr Katz Herrn Friesenhahn gesagt, bei dieser Gelegenheit hätte Herr Dehler zur Sprache gebracht, daß er, Friesenhahn, nur deswegen für diesen Vorschlag sei, dem Bundesverfassungsgericht einen eigenen Haushaltsplan zu geben, weil Friesenhahn hoffe, dadurch seine Klage gegen Nordrhein-Westfalen auf Weiterzahlung seines Gehalts als Professor der Bonner Universität zu gewinnen. Ich war bei der Unterredung zugegen. Herr Dehler hat nicht mit einer Silbe etwas Derartiges gesagt, er hat auch nicht etwa, ohne den Namen Friesenhahn zu nennen, irgend etwas Derartiges gesagt, absolut nichts. Herr Dehler hat Herrn Friesenhahn das mitgeteilt, und Herr Friesenhahn hat mir geschrieben, ob das wahr wäre, denn Herr Katz hätte Herrn Friesenhahn Aufzeichnungen gezeigt, die er angeblich nach der Unterredung gemacht habe und in denen diese Äußerungen Dehlers über den Fall Friesenhahn wörtlich angeführt seien mit Anführungszeichen. Ich versichere Ihnen, es ist keine Silbe davon überhaupt wahr, aber Herr Friesenhahn glaubt Herrn Katz und ist fuchsteufelswild.

Das ist nur ein Fall, aber ich könnte mir vorstellen, daß es ähnliche solcher Fälle

30 Dr. Ernst Friesenhahn (1901–1984), 1946–1970 Professor in Bonn, 1951–1963 Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

gibt. Was also tun? Ich bin zunächst der Auffassung, wir müssen die Ruhe bewahren, wir müssen auch dem Bundesverfassungsgericht Zeit lassen, um zur Ruhe zu kommen. Ich hätte den dringenden Wunsch, daß sich Staatsrechtler und Juristen mit dieser Frage beschäftigen, mit diesem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts. Ich höre, daß das Mitglied des Bundesverfassungsgerichts, Herr Geiger, heute der Presse ein Gegengutachten übergibt, in dem Geiger sich dagegen ausspricht[31]. Ich habe gehört, das Gutachten sei sehr gut abgefaßt. Ich kenne es nicht. Es ist auch ein Kommentar zu dem Gesetz über das Bundesverfassungsgericht von Geiger in diesen Tagen erschienen[32] – ich habe es noch nicht in Händen gehabt –, in dem diese ganze Frage auch merkwürdigerweise schon behandelt ist, die Frage der Stellung des Gutachtens zur Frage einer Entscheidung der Senate usw. Ich glaube, wir sollten zunächst nicht polemisch die Sache behandeln, aber es muß unsere Presse ganz anders aufgeklärt werden, und es muß die Sache einmal objektiv behandelt werden. Wenn ich Ihnen nun den Schlüssel des Ganzen sagen darf, der liegt nicht nur beim EVG-Vertrag. Ich habe Stimmen gehört, daß die Mehrheit des Bundesverfassungsgerichts sogar für die Zulässigkeit des EVG-Vertrages sei und nur in anderer Beziehung Bedenken hätte. Der Schlüssel liegt ganz woanders. Bei der Beratung dieses Gesetzes im Bundestag hat Herr Katz erklärt, es handele sich bei der Schaffung des Bundesverfassungsgerichts um die Schaffung eines politischen Organs im juristischen Gewande, und es schwebt gewissen Leuten im Bundesverfassungsgericht vor als Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts, das oberste politische Organ zu werden über den Bundestag hinaus, das oberste politische Organ in juristischem Gewande. Das ist natürlich eine außerordentlich kritische und ernste Frage, die da auftaucht und die mit dem vorliegenden Fall und mit der Abwicklung des vorliegenden Falles keineswegs erschöpft sein wird. Aber ich glaube, wir sollten alles vermeiden, was jetzt Öl ins Feuer gießen wird, aber die Dinge doch in der Weise, wie ich es eben skizziert habe, doch in der Öffentlichkeit und in der Presse behandeln. Wie es nun weitergeht, weiß ich nicht. Wir müssen jetzt zunächst abwarten, ob der zweite Senat sich für zuständig hält. Soviel ich weiß, tut er das, aber es kann kein Mensch darauf schwören, daß morgen das sein wird, was heute da ist, und wir müssen abwarten, was für eine Entscheidung demnächst fällt. Die dritte Lesung kann vorher nicht stattfinden. Wenn die dritte Lesung stattfindet, erlischt das Klagerecht der Mehrheit gegen die Minderheit. Damit wäre die Klage ohne weiteres erledigt. Daß durch den ganzen Verlauf die Unsicherheit in der außenpolitischen Situation Euro-

31 Dr. Willi Geiger (geb. 1909), 1938–1949 Landgerichtsrat (ab Februar 1949 Oberlandesgerichtsrat) am Land- bzw. Oberlandesgericht Bamberg, 1949–1950 im Bundesministerium der Justiz (ab September 1950 Ministerialrat), 1950–1977 Richter am BGH, 1951–1977 am BVerfG in Karlsruhe, seit 1952 Honorarprofessor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. – Gemeint ist seine vom Beschluß des Plenums abweichende Meinung vom 13. Dezember 1952 (WEHRBEITRAG 2 S. 822–828).

32 Willi GEIGER: Gesetz über das Bundesverfassungsgericht, Kommentar. Berlin/Frankfurt 1952.

pas und der Welt außerordentlich zugunsten des Ostens vermehrt wird, liegt auch auf der Hand. Wir können das nicht ändern. Die Sozialdemokratie trägt dafür die Verantwortung. Wir wollen nur eines tun, dafür sorgen, daß zu gegebener Zeit in der richtigen Weise unsere Bevölkerung aufgeklärt wird.

Eine Folge der ganzen Vorgänge ist jetzt schon eingetreten, von der zu meinem großen Erstaunen die deutsche Presse überhaupt nichts gebracht hat. Es hat ein Vertreter der NATO erklärt – ich zitiere jetzt die „Basler Nachrichten“[33] –, daß, wenn keine deutschen Divisionen aufgestellt würden, die Verteidigung westlich des Rheins stattfinden muß, d.h. mit anderen Worten, daß Deutschland Schlachtfeld wird, während wir bisher erreicht hatten, obgleich noch keine EVG-Verpflichtungen bestehen, daß unsere Generäle Heusinger und Speidel bei den engsten Beratungen von SHAPE[34] zugezogen worden sind über die strategische Vorbereitung der Verteidigung; und zwar mit Zustimmung auch von Juin[35], der Kommandant ist, ist vorgesehen, daß die Verteidigung am Eisernen Vorhang stattfinden solle und daß sie, sobald [eine] genügende Anzahl von Divisionen bereitstehe, auch offensiv vorgetragen werden solle. Wenn die ganze EVG-Angelegenheit zerplatzt, wird man Frankreich als Verteidigungsgrenze nehmen, dann werden die Amerikaner aber Frankreich verteidigen etwa in den Ardennen, nicht etwa westlich des Rheins, oder noch weiter zurück im Gebirge, und das ganze deutsche Gebiet wird Schlachtfeld werden wie Korea, oder die Amerikaner sagen sich ganz von Europa los, und dann wird die Katastrophe ja auch sehr bald und sehr schnell eintreten. Das ist die sehr ernste Situation, in der wir uns befinden. Wir haben diese innere Zuspitzung durch das Verfassungsgericht und durch dessen Auslegung und alles, was damit zusammenhängt; wir haben die katastrophale Spannung in der Außenpolitik, von der man noch nicht weiß, wohin sie sich irgendwie wendet. Das Bundesverfassungsgericht hat bisher schon in einer Reihe von Fällen gegen das Gesetz entschieden. Wir haben dazu geschwiegen. Es hat gegen das Gesetz entschieden in dem Urteil der SRP Niedersachsen insofern, als es angeordnet hat, daß diese Landtagssitze unbesetzt bleiben[36]. Das war ganz eklatant gegen das Gesetz. Es hat damals die Verfassung von Niedersachsen außer Kraft gesetzt für die Dauer der jetzigen Sessionsperiode,

33 Erklärung nicht zu ermitteln. Möglicherweise Interpretation des Artikels „General Ridgway drängt weiter auf Erhöhung der Effektivbestände der NATO“, da die zur Verfügung stehenden Divisionen einen russischen Angriff nur auf bestimmte Zeit aufhalten könnten („Basler Nachrichten“ Nr. 118 vom 5. Dezember 1952).

34 SHAPE = Supreme Headquarter of the Allied Powers in Europe (Oberkommando der Streitkräfte des Nordatlantikpakts in Europa).

35 Alphonse Juin (1888–1967), französischer Marschall (seit 1952); 1951 Generalinspekteur der französischen Streitkräfte und Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte, 1953–1956 der Gesamtstreitkräfte der NATO in Europa-Mitte.

36 Am 23. Oktober 1952 hatte der erste Senat des BVerfG die SRP für verfassungswidrig erklärt und angeordnet, daß ihre Sitze in den Parlamenten ersatzlos fortfallen sollten (vgl. dazu ENTSCHEIDUNGEN des BVerfG Bd. 2. S. 1–79).

zur großen Freude des Herrn Kopf, der dadurch eine viel stärkere und sicherere Mehrheit hat.

Das Bundesverfassungsgericht hat ferner in der Frage des Südweststaates unbedingt in einer der Klagen gegen das Gesetz gehandelt, und es hat sogar die sehr merkwürdige und auch für jeden Nichtjuristen unverständliche These aufgestellt, bei einem Verstoß eines neuen Gesetzes oder irgendeiner Handlung gegen ein bestehendes Gesetz oder gegen bestehende Verfahren komme es nicht nur auf den objektiven Verstoß an, sondern auch darauf, ob die Betreffenden sich subjektiv bewußt gewesen seien, daß sie dagegen verstoßen[37]. Es hat weiter gegen das Gesetz verstoßen, indem es der südschleswigschen Minderheit ein Klagerecht zubilligte, obgleich eine Partei kein Klagerecht hat[38]. Es gibt mehr solcher Fälle. Ich mache mir nicht das Urteil zu eigen, das Herr Dehler [sich] zu eigen machte, daß es eben an Richtern fehle, an Leuten, die richterliches Verantwortungsgefühl und die richterliche Sachkenntnis haben, um mit solch schwierigen Dingen umgehen zu können.[39] Darüber habe ich kein Urteil. Ich kann nur sagen, was heute mir ein sehr namhafter Journalist gesagt hat, der gar nicht zu uns gehört: Er habe sich mit den Rechtsanwälten unterhalten, die beim Bundesverfassungsgericht auftreten und die erklärten, es wäre unbeschreiblich, was dort vor sich gehe. Das wollen wir einstweilen für uns behalten, denn wir wollen das oberste Bundesorgan nicht weiter reizen.

Ehlers: Sie haben über den Bundestag sehr kritisch und summarisch gesprochen. Ich möchte doch etwas den Bundestag in Schutz nehmen gegenüber diesem generellen Vorwurf. Ich bin seit der Sitzung ungefähr pausenlos im Lande unterwegs gewesen und muß sagen aus zahllosen Gesprächen, daß der Eindruck keineswegs so ist, wie ihn die Presse darzustellen sich weithin bemüht hat. Die Leute haben mit einer Intensität zugehört, die nach meinem Eindruck über das, was im Frühjahr an Zuhörern dagewesen ist, hinausgegangen ist. Sie haben sich mit derselben Intensität geärgert zu einem großen Teil, aber haben sich ein sehr nüchternes Bild gemacht zu einem großen Teil und sehr genau verstanden, daß das, was in der Presse als Lärmszenen geschrieben wurde, keineswegs so gewesen ist, und haben sich darüber hinaus nach meinem Eindruck ein außerordentlich genaues Bild gemacht von den Argumenten, die sie von beiden Seiten gehört haben. Die Lage ist offenbar nicht so gewesen, daß die Sozialdemokratie durch diese Diskussion im Bundestag irgendei-

37 Die Entscheidung in der Hauptsache auf Antrag der badischen Landesregierung vom 25. Mai 1951 fällte der zweite Senat am 23. Oktober (vgl. dazu ENTSCHEIDUNGEN des BVerfG Bd. 1 S. 14); er erklärte das Erste Neugliederungsgesetz für nichtig (vgl. auch FEUCHTE S. 147–157).

38 Am 5. April 1952 hatte der zweite Senat des BVerfG der Klage des SSW (Vertreter der dänischen Minderheit) stattgegeben und die Bestimmung des Wahlgesetzes von Schleswig-Holstein für nichtig erklärt, wonach zur Erringung eines Landtagsmandats statt bisher 5 % mindestens 7,5 % der abgegebenen gültigen Stimmen notwendig seien (vgl. ENTSCHEIDUNGEN des BVerfG Bd. 1 S. 208–261).

39 Zu den Angriffen Dehlers auf das BVerfG vgl. Kanzlertee vom 10. Dezember 1952 (ADENAUER: Teegespräche S. 365–390; BILLING S. 193 mit weiteren Belegen).

nen ernsthaften Vorteil errungen hat, sondern ganz im Gegenteil, es war doch für die Damen und Herren, die nicht dabei waren, so, daß die Sozialdemokratie eine Rednerreihe aufgestellt hatte für die ganze Redezeit von 340 Minuten, die ihr zur Verfügung standen, und daß sie offensichtlich am ersten Tage das Gefühl hatte, wo es im Grunde ganz honorig zuging, abgesehen von den Unterbrechungen – das übliche Thema –, daß sie am ersten Tage keineswegs das Gefühl hatte, daß sie erster Sieger gewesen wäre. Am zweiten Tage ging es genauso. Ich habe mich am zweiten Tage sehr stark bemüht – ich sage das deutlich –, Herrn Arndt so hinzubringen mit seiner Redezeit, daß die Herren Kiesinger und Schneider[40] noch die Möglichkeit hatten, hinterher zu sprechen, und gerade diese Zusammenstellung Kiesinger und Schneider, den ich als einen Holzhacker empfunden habe, der aber im Lande außerordentlich stark gewirkt hat, gerade mit dieser Methode und auf dem Boden, den Kiesinger vorbereitet hatte, war gut, und am dritten Tage, wenn man sich ernsthaft überlegt, abgesehen von dem allgemeinen Geschrei – an den Vorfällen selbst war ja eine außerordentlich geringe Zahl von Abgeordneten unmittelbar beteiligt –, muß ich sagen: Ich habe bei Ihrer Rede, Herr Bundeskanzler, am dritten Tage, es einmal durchgezählt, Sie sind bei der Rede, bei der Sie Ollenhauer antworteten, 95 mal durch Zwischenrufe unterbrochen worden, davon 35 mal von den Kommunisten[41]. Das Hauptgewicht der Zwischenrufe hat dabei bei der SPD gelegen, übrigens zu einem Teil durch auch sachliche Zwischenrufe, Bemerkungen, die man durchgehen lassen konnte. Aber insgesamt möchte ich doch sagen, daß ich bedauert habe, daß auch Zeitungen, die uns nahestehen, über diese Debatte in einer Art und Weise berichtet haben, die unverantwortlich ist. Ich habe gar nichts dagegen, daß sehr viele Dinge beanstandenswert sind, daß die Italiener sich gleichzeitig geprügelt haben und man sich in England auch erheblich gehabt hat, das soll kein Trost sein, aber daß in dieser forschen und oberflächlichen Weise, wie Wenger im „Rheinischen Merkur"[42], über diese Debatte geredet wird, daß die „Zeit" nichts anderes zu machen hat als einige Phrasen zu dieser Debatte, und insbesondere auch Silex[43], der sich überhaupt als einer der geheimnisvollsten Journalisten vorkommt

40 Dr. Ludwig Schneider (1898–1978), 1948 Mitglied des Kreisausschusses Gießen, ab 1952 Vorsitzender des Kreistags Gießen, 1949–1957 und 1958–1961 MdB (bis 1956 FDP, dann DA, FVP, 1957 DP/FVP, 1958 DP, 1961 CDU/CSU). – Die Ausführungen Kiesingers in Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S.11369–11375; die Ausführungen Schneiders EBD. S. 11375–11378.

41 Die Ausführungen Ollenhauers EBD. S. 11445–11456; die Ausführungen Adenauers EBD. S. 11456–11462.

42 Gemeint sind die Artikel „Vivisektion des Staates" und „Ratifizierungssplitter" von Paul Wilhelm Wenger im „Rheinischen Merkur" vom 12. Dezember 1952. – Zu Wenger vgl. Nr. 1 Anm. 45.

43 Dr. Karl Silex (1896–1982), 1925–1933 Londoner Korrespondent und 1933–1943 Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", 1946–1947 freier Schriftsteller, 1948 Abteilungsleiter des Evangelischen Hilfswerks, 1949 Begründer der Wochenzeitung „Deutsche Kommentare", 1955–1963 Chefredakteur des Berliner „Tagesspiegel". Vgl. ADENAUER: Briefe 1 S. 676 sowie ADENAUER: Teegespräche S. 647.

und sich nur durch geheimnisvolle Andeutungen wichtig macht und einen Bericht gibt, der geradezu eine Katastrophe ist, und der auf einen Teil der Intellektuellen wirkt, scheint mir eine außerordentlich bedenkliche Sache zu sein. Einer der Hauptgründe ist, daß wir einfach nicht über 21 Uhr hinaus tagen können. Wir bringen es nicht fertig. Es fehlen die physischen und psychischen Kräfte, über 21 Uhr hinaus zu tagen. Ich werde alles tun, um zu verhindern, daß wir noch einmal über 21 Uhr hinaus tagen. Aber, das muß man sagen, daß wir das Positive herausgestellt haben und daß sehr vieles im Lande draußen angekommen ist, was von der Koalition gesagt worden ist. Ich bin keineswegs so pessimistisch wegen dieser Diskussion.

Die Dinge sind bei der SPD stärker angekommen, als sie gezeigt hat, und was meiner Meinung nach ausgezeichnet durch die Art und Weise unterstrichen worden ist, wie Kiesinger das angedeutet hat. Die Dinge saßen bei der SPD, sie zuckten zusammen und warteten – ich möchte sagen – wie die Kühe auf den Donner, wenn es geblitzt hat. Aber daß Herr Dehler sich und uns diesen großen taktischen Vorteil durch seine Unbeherrschtheit zunichte gemacht hat, ist allerdings unverantwortlich, und daß seine Entschuldigung eine Woche zu spät kam[44]. Wenn er die Entschuldigung am Morgen ausgesprochen hätte, wären die Dinge erträglicher und ruhiger zu Ende gegangen. Ich wäre außerordentlich dankbar, wenn es überhaupt eine Möglichkeit gibt, Herr Bundeskanzler, auch auf Herrn Dehler Einfluß zu nehmen, daß wir uns darum bemühen müssen, daß er nicht durch diese Unbeherrschtheit die Position zerschlägt, die wir brauchen, um weiterzukommen. Der Einpeitscher drüben ist Herr Arndt, und es gibt einige anständige Leute bei der SPD, denen diese Situation denkbar unsympathisch ist, und wir sollten den Leuten nicht ihre Position auf die Weise rauben, daß wir Herrn Arndt noch zu einem Nationalhelden machen.

Adenauer: Ein Wort zu Herrn Dehler. Herr Dehler ist ein ausgezeichneter Charakter, aber ein Mann, der nur zu leicht sich selbst vergißt. Von diesem Vorfall mit Herrn Menzel, der sich unmittelbar vor meinem Platz abspielte, habe ich nichts gemerkt, im Gegenteil, es standen vor meinem Platz Dehler und Menzel einander gegenüber, und ich sagte Herrn Hallstein: Sehen Sie, die beiden, wie intim die sich unterhalten, sie sehen fast aus wie Brüder! Dann ist Menzel zum Präsidenten gegangen und hat sich beim Präsidenten, Herrn Schmid[45], beschwert, und Schmid hat

44 Bei der 242. Sitzung des Bundestags am 5. Dezember 1952 gab der Abgeordnete Menzel (SPD) eine Erklärung zu einem Brief Dehlers an den Vorsitzenden des Richterwahlausschusses, Laforet, ab. Darin hatte Dehler Arndt beschuldigt, 1933 seinen Richtereid gebrochen zu haben. Wortlaut des Briefes vgl. FAZ vom 6. Dezember 1952. Daraufhin bezichtigten Menzel und die SPD den Bundesjustizminister der „Ehrabschneiderei", worauf Dehler in der folgenden Auseinandersetzung im Plenum Menzel als „Schuft" bezeichnete (Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S.11496f.).

45 Dr. Carlo Schmid (1896–1979), 1947–1950 Justizminister von Württemberg-Hohenzollern, 1948–1949 MdPR (SPD), 1949–1972 MdB (1949–1953 Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten), 1966–1969 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrats (Erinnerungen. Bern/München/Wien 1979).

gesagt: Tut mir leid, ich habe nichts davon gemerkt! Damit will ich in keiner Weise verteidigen, was Herr Dehler gesagt hat, aber die Ordnung im Parlament ist durch diesen Vorfall nicht gestört worden. Schmid hat abgelehnt, etwas zu tun, weil die Ordnung nicht gestört war.

Simpfendörfer: Ich möchte nur sagen, daß nach meiner Beobachtung der Bundeskanzler sowohl wie die CDU bei dieser Diskussion ausgezeichnet abgeschnitten haben. So war der Eindruck nicht nur bei unseren Leuten, sondern auch bei den Gegnern viel besser als das letzte Mal. Mich interessieren aber zwei Dinge: Es scheint wohl richtig zu sein, daß das Bundesverfassungsgericht nicht erneut gereizt wird. Unsere Parteifreunde fragen uns nach unserer Meinung. Ich glaube, es ist doch richtig, wenn man die Meinung vertritt, daß die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts bezüglich der bindenden Kraft des Gutachtens juristisch nicht tragbar ist. Ich glaube, mit dieser objektiven Feststellung dürfte man das Bundesverfassungsgericht nicht erneut reizen. Ich bitte aber, diese Frage einmal zu diskutieren.

Die zweite Frage, die von unseren Parteifreunden immer gestellt wird, ist die: Glauben unsere Juristen, daß eine Entscheidung des roten Senats eine erneute Entscheidung, eine Normenkontrollentscheidung des ersten Senats nach Annahme der Gesetze ausschließt, oder wird das Bundesverfassungsgericht sich über diese allgemeinen Grundsätze hinwegsetzen, oder sind die Anträge nicht so gefaßt, daß eine erneute Klage, eine Normenkontrollklage ausgeschlossen ist? Das eine war eine taktische Frage, das letztere ist eine juristische Frage.

Kiesinger: Nach unserer Meinung muß man zur ersten Frage folgendes sagen: Der Bundeskanzler hat bereits auf den Grundfehler hingewiesen, daß dieses Gericht eben gewählt wird von den politischen Parteien, und der andere Fehler ist die ungeheuere Überbürdung des Bundesverfassungsgerichts mit Zuständigkeiten.

Es ist wieder einmal so gemacht worden, nach dem Wert der deutschen Sitte, daß man es eben noch besser als alle anderen machen wollte, die sich bisher in der Welt damit befaßt haben. Diejenigen, die damals gewarnt haben, sind nicht gehört worden, obwohl wir alle uns die Schuhsohlen abgelaufen haben, wo die Grenzen einer Verfassungsgerichtsbarkeit lagen. 1950 auf der Staatsrechtslehrertagung hat das Problem der Schranken der Verfassungsgerichtsbarkeit eine Rolle gespielt, und schon damals wurde darauf hingewiesen, daß die Verfassungsgerichtsbarkeit aus der Natur der Sache gewisse Grenzen hat[46]. Z.B. ein Mann, ein jetziger Verfassungsrichter der SPD, der zu Unrecht vom „Rheinischen Merkur" in dieser Frage angegriffen wird, hat damals auf den Zusammenhang hingewiesen, der besteht einerseits zwischen der gewaltigen Ausdehnung der Zuständigkeit und andererseits der Ten-

46 Druck: Die Grenzen der Verfassungsgerichtsbarkeit. Die Gestaltung des Polizei- und Ordnungsrechts in den einzelnen Besatzungszonen. Berichte von Erich Kaufmann, Martin Draht, Hans Julius Wolff, Otto Gönnenwein. Verhandlungen der Tagung der Deutschen Staatsrechtslehrer zu München am 20. und 21. Oktober 1950. Berlin 1952 S. 1–134, insbes. S. 1–6 (Kaufmann), S. 17–116 (Draht).

denz des Verfassungsgerichts selbst, die Zuständigkeit auszudehnen. Dieser Richter, Wandel(?)[47], sagte damals, es sei ein schwerer Fehler, daß es gleichzeitig mit den Erweiterungen des Zuständigkeitskatalogs eine sachliche Erweiterung in das Ermessen des Gesetzgebers hinein geben sollte. Nach meiner Meinung findet jetzt ein kritisches Durchgangsstadium statt. Das Verfassungsgericht hat in seiner bisherigen Haltung gezeigt, daß es alle diese Warnungen in den Wind schlug und seine materielle Zuständigkeit weit, weit vortrug in diesen Ermessensraum hinein, ja, über die Grenzen hinaus, die ihm vom Grundgesetz gesetzt sind. Wenn diese Tendenz beim Bundesverfassungsgericht da ist und sichtbar wird – es ist so –, gibt es gar keinen anderen Weg als den, dagegen anzugehen, dagegen zu protestieren, das zu sagen und die Leute, so schwierig es auch sein mag für den Laien, dafür aufgeschlossen zu machen. Ich würde meinerseits die Frage so beantworten, daß man das in Zusammenhängen darstellt. Ich selbst habe es getan, und die Leute haben es verstanden.

Adenauer: Die zweite Frage kann man wohl z.Z. noch nicht beantworten, das ist eine Frage, die, so würde ich empfehlen, einstweilen aus der Debatte herausgelassen werden soll.

Lenz: Herr Geiger meinte in seinem Kommentar, daß eine zweite Entscheidung im Wege der Normenkontrollklage möglich sei. Die Sache ist aber außerordentlich bestritten.

Kaiser: Ich bin dem Vorstand noch einige Worte und Erklärungen schuldig, warum es zu diesem Schritt in Karlsruhe gekommen ist. Ich will nicht über den Verlauf der Parlamentsdebatte sprechen. Wir hätten es vielleicht besser machen können, indem man nicht drei Tage genommen hätte, sondern die Sache mehr zusammengebracht hätte. Ich habe als höchst störend empfunden, daß ein ganzes Sammelsurium von Sonderberichten erstattet worden ist. Ich war der Auffassung – wir hatten einen federführenden Ausschuß –, es hätte genügt, wenn für den federführenden Ausschuß die Berichterstattung gebracht worden wäre[48]. Die Leute sind nicht mehr beisammen gewesen, es hat gelangweilt. Aber es ist ausgezeichnet gegangen im übrigen, die zweite Lesung ist mit einem Erfolg sondergleichen für den Bundeskanzler und die Bundesregierung durchgeführt worden, denn eine Mehrheit von 52 Stimmen war doch ein großer Erfolg, und dann auf einmal dieser Sonderschritt. Sie haben gesagt, Herr Bundeskanzler, daß Sie glauben, Zeit zu gewinnen. Für das Bewußtsein des Volkes genügt das nicht. Wenn in der Öffentlichkeit durch uns oder durch die Presse darüber Aufklärung gegeben werden soll, muß dazu etwas mehr gesagt werden. Das hat einfach Kopfschütteln hervorgerufen, auch in weiten Kreisen des Parlaments selber, auch in den eigenen Kreisen: Warum dieser Sonder-

47 Möglicherweise Landgerichtsdirektor Wallauer, vgl. Anm. 19.

48 Die Berichte aus den verschiedenen Ausschüssen erfolgten in der 240. Sitzung des Deutschen Bundestags am 3. Dezember 1952 (Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S.11099ff.). Berichterstatter des federführenden Ausschusses (Ausschuß für Gesamtdeutsche Fragen = 8. Ausschuß) war Herbert Wehner (Bericht S. 11184f.).

schritt? Ich weiß, daß im Vorstand Herren sind, die genau wie ich Wert darauf legen, etwas Genaueres zu hören. Es kann doch wohl nur so sein, daß dieser Schritt erfolgt sein muß deswegen, weil man befürchtete, daß dieses Gutachten negativ für die Bundesregierung ausfallen würde und daß Sie, Herr Bundeskanzler, glaubten, Zeit zu gewinnen. Aber die unmittelbaren Folgen im Volke waren die, daß man fragte: Was ist eigentlich los gewesen, warum hat der Bundeskanzler diesen Schritt unternommen? Es ist nicht nur das Kopfschütteln in unserem Volk, sondern auch im Auslande, und alle stehen vor der Frage: Warum hat der Bundeskanzler eine Drehung um 180 Grad vorgenommen? Ich glaube, ich spreche da für mehrere Herren, wenn ich bitte, daß dazu etwas gesagt würde.

Adenauer: Das erste war, Zeit zu gewinnen. Zweitens, stellen Sie sich vor, die dritte Lesung wäre gewesen, dann wäre das Gutachten in Karlsruhe gekommen mit diesem Ergebnis, mit dem Ergebnis nämlich, daß zunächst festgesetzt worden sei, daß das Gutachten für die Senate entscheidend sei, und außerdem war, glaube ich, mit sehr großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß das Gutachten negativ ausgefallen wäre.

Tillmanns: Sie haben eben gesagt, daß es Stimmen gegeben habe, die anderer Meinung waren.

Adenauer: Bitte, fragen Sie mich nicht zu genau, denn ich bin nicht sicher, daß meine Antworten nicht doch an die Öffentlichkeit kommen. Wenn Sie unter vier Augen Herrn Staatssekretär Lenz fragen, bitte, tun Sie das. Herr Lenz hat ein Gespräch mit Höpker Aschoff gehabt[49].

Müller: Ich glaube, wir sind dem Herrn Bundeskanzler außerordentlich dankbar für die umfangreiche Aufklärung. Ich kann nur den Herren zustimmen, die erklärt haben, daß die zweite Lesung der Verträge in der Bevölkerung trotz der Begleitmusik einen sehr günstigen Eindruck gemacht hat, und nach meiner Auffassung ist die Stimmung der Bevölkerung für die Verträge außerordentlich vertieft worden. Sie dürfen nicht übersehen, daß der Rundfunkhörer von der Begleitmusik im Rundfunk fast nichts hört, und man kann den Rednern nur sagen, sie mögen sich durch Zwischenrufe nicht aus dem Konzept bringen lassen, denn die Übertragung im Rundfunk wirkt sehr einheitlich. Ich habe bei den Reden, z.B. des Bundeskanzlers und bei Kiesinger am Rundfunk gesessen und von den Zwischenrufen und Störungen so gut wie nichts gemerkt. Wenn die Redner darauf sehen, wenn die Apparate eingeschaltet sind, weiterzureden, so hört die Bevölkerung meist nur die sachlichen Argumente. Um so erstaunter war man natürlich über diesen – das muß man schon so bezeichnen – Bruch in der Haltung der Regierungsparteien. Der Herr Bundeskanzler hat selber erklärt in seiner Rede, daß die beschleunigte Verabschiedung der Verträge in zweiter und dritter Lesung im eminent außenpolitischen Interesse liegt. Nun kam zwei Tage nachher plötzlich von seiten der Regierungsparteien selber der

49 Lenz hatte Höpker Aschoff zuletzt am 21. November gesehen (vgl. Lenz-Tagebuch, 21. November 1952).

Antrag, die dritte Lesung zu verschieben. Dieser Bruch in einer Politik, die das Volk durchaus mitmachte, ist der Punkt, der nicht genügend aufgeklärt ist und der m.E. weitgehend dazu beigetragen hat, die an sich ausgezeichnete Wirkung der zweiten Lesung abzuschwächen.

Eine zweite Bemerkung zum Bundesverfassungsgericht, die ich mir gestatten möchte: Ich glaube, wir müssen uns darüber klar sein, zunächst haben wir die Institution dieses obersten Gerichts mit umfassendsten Vollmachten, ob es richtig oder falsch ist bleibt dahingestellt, wir haben das Gericht. Zweitens ist die Presse natürlich sehr geneigt, außerordentlich empfindlich zu reagieren gegen alles, was auch nur den Schein erweckt, als wollte man dieses Gericht zu politischen Spekulationen oder Manipulationen benützen. Ich stimme dem Bundeskanzler und anderen durchaus zu, daß der Beschluß, ein Gutachten für den Senat verbindlich zu erklären, weder eine Auslegung des Gesetzes noch die Schließung einer vorhandenen Lücke, sondern die Änderung eines Gesetzes darstellt, und dazu war das Bundesverfassungsgericht zweifellos nicht befugt. Es ist nun geschehen. Die Einreichung der Klage seitens der Regierungsparteien erfüllt mich offengestanden mit sehr großer Sorge, und zwar aus folgenden Gründen: Einmal halte ich die Klagebegründung unter dem Vorbehalt, daß ich nur gelesen habe darüber, juristisch für außerordentlich schwach. Ich habe selten eine Klagebegründung kennengelernt, die so wenig logisch aufgebaut ist und die auch so wenig stichhaltig ist, und ich fürchte, Sie werden mit der Klage dasselbe erleben wie die SPD mit ihrer ersten Klage, daß nämlich aus den gleichen Gründen das Bundesverfassungsgericht sich für z.Z. unzuständig erklärt für diese Klage und sie vorläufig ablehnt und verlangt, daß zunächst die Beschlußfassung der Gesetzgebungsorgane abgewartet wird. Im Grunde genommen handelt es sich um dasselbe. Das Bundesverfassungsgericht wird wahrscheinlich mit ziemlich stichhaltiger Begründung sagen, daß die Gesetzgebungsorgane zunächst entscheiden sollen und daß gar kein Anlaß vorliege zu einer Klage, und zwar deshalb, weil die Mehrheit des Bundestages davon ausgeht, daß diese Gesetze nicht verfassungsändernd sind; wer sie für verfassungsändernd erklärt, muß eben seinerseits das notwendige mögliche Rechtsmittel ergreifen. Ich glaube aber nicht, daß die Konstruktion dieser Klage, daß die Mehrheit gewissermaßen ein Recht gegen die Minderheit hat, von ihr zu verlangen, daß sie nicht verfassungsrechtliche Bedenken geltend macht, die Klage rechtfertigt. Wir laufen Gefahr durch diese ziemlich überstürzt eingereichte Klage, daß sie abgewiesen wird und dadurch eine starke politische Hemmung für die Bundesregierung entsteht. Ich wäre der Meinung gewesen, man hätte die Dinge laufen lassen sollen. Wenn das Gutachten in der Form erstattet werden sollte, wie es geschehen ist, konnte der Bundespräsident den Antrag immer noch zurücknehmen. Das ist in der Zwischenzeit geschehen, und dann wäre freie Bahn gewesen für die Verabschiedung der Verträge.

Ich sehe eine ganz große Gefahr in etwas anderem, woran ausschließlich das Bundesverfassungsgericht schuld ist. Die Vertrauenskrise und vor allem die immer wiederholte Behauptung von dem schwarzen und roten Senat und die immer wie-

derholte Behauptung, daß die Bundesregierung wie die Regierungsparteien wie die SPD mit einer bestimmten Haltung parteigebundener Richter rechnet, ist für das Ansehen des Bundesverfassungsgerichts abträglich. Das Bundesverfassungsgericht ist in der Hauptsache selber schuldig, und zwar deshalb, weil immer und immer wieder vor der öffentlichen Verkündung der Beschlüsse der Inhalt der zuvor gefaßten Beschlüsse irgendwelchen Beteiligten bekannt wird. Ich habe selber beim Südweststaat folgendes erlebt: Eine halbe Stunde vor der Urteilsverkündung erschien der Vertreter des Landes Baden, hatte ein Manuskript bei sich, und auf meine Frage, was er damit mache, erklärte er, das sei seine Erklärung, die er nach der Urteilsverkündung im Rundfunk abgeben werde. Es hat sich herausgestellt, daß der badische Vertreter das erst eine halbe Stunde später verkündete Urteil in allen Einzelheiten kannte, woher, das weiß ich nicht, und bereits zu den einzelnen Punkten Stellung genommen hat. Ich mache dem Vertreter Badens keinen Vorwurf daraus, aber ein derartiger Bruch des Beratungsgeheimnisses, sei es durch Richter oder Personal, ist im deutschen Rechtsleben etwas völlig Undenkbares. Der kleinste Amtsrichter weiß genau, daß er nicht über das Urteil reden darf vor der öffentlichen Verkündung. Ich kann nicht verstehen, daß es nicht möglich ist, gegenüber dem Bundesverfassungsgericht ein derartiges geradezu tödliches Verhalten für das Bundesverfassungsgericht abzuwenden.

Adenauer: Herr Müller, Sie wissen, daß wir uns große Mühe gegeben haben, Sie dort nach Karlsruhe zu bekommen.

Müller: Sie wissen ebenso, daß ich zugesagt habe und auf Wunsch zurückgezogen habe. (*Zwischenruf:* Wir haben Sie nochmals gebeten!) Als Richter.

Was nun tun? Das ist eine Frage, die mit Recht aufgeworfen worden ist. Wir müssen mit aller Sachlichkeit und Objektivität der Bevölkerung die Rechtslage klarmachen. Es war so, daß z.B. in Baden-Württemberg versucht wird von seiten der SPD, weitere Verwirrung zu schaffen und es so darzustellen, als ob eine solche Verwirrung herrsche. Wir müssen mit aller Objektivität klarstellen, wie die Dinge liegen. Ich bin der Meinung, daß man niemandem einen Vorwurf daraus machen kann, auch den Sachverständigen der Bundesregierung nicht, wenn sie den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts objektiv und sachlich kritisieren. Hier steht mehr auf dem Spiel als nur das Ansehen des Gerichts. Es bahnt sich eine Rechtsprechung an, die auf die Dauer einfach untragbar ist.

Wir müssen zweitens, glaube ich, gerade die politischen Gesichtspunkte dartun, daß die rasche Verabschiedung der Verträge nach wie vor ein Lebensinteresse der Bundesrepublik bedeutet, und das mit aller Schärfe und starker Betonung. Eine andere Möglichkeit sehe ich nicht.

Ich muß sagen, daß die Regierungsparteien und insbesondere die CDU sich hervorragend zwar geschlagen haben, aber daß die Verwirrung so groß ist, daß es außerordentlich schwerfällt, eine klare Linie hineinzubringen. Gerade für die rechtlichen Darlegungen ist die Bevölkerung wenig zu haben, gerade die politischen Darlegungen würden einen starken Eindruck machen, und ich würde darum bitten,

mit allem Nachdruck immer wieder darauf hinzuweisen, was für uns auf dem Spiele steht.

Gurk[50]*:* Es ist kein Zweifel, darüber sind wir einig, daß die Fraktion sich hervorragend im Bundestag geschlagen hat, aber ich möchte doch etwas nicht ungesagt lassen, daß das Parlament als Ganzes und damit leider auch die CDU ohne ihre Schuld gelitten hat. Wenn Ollenhauer überhaupt noch ein Ohr dafür hat, müßte man es ihm sehr deutlich sagen. Es ist mir von einem glaubwürdigen Abgeordneten versichert worden, daß Ministerpräsident Maier in der Stuttgarter Landesversammlung, als er die Nachricht erhielt von der Zurückziehung der Gutachtenforderung, vor sich hingesprochen habe: „Ich habe die ganze Nacht telefoniert!"[51] (*Adenauer:* Er nicht allein, auch andere haben telefoniert.)

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf etwaige und wahrscheinlich viel weiterreichende Ziele hinweisen: Was das Bundesverfassungsgericht betrifft, weiß ich von höchster Seite, daß man innerhalb der Richterkreise die größten Bedenken hat. Es ist mir von höchster Seite bestätigt worden, daß die sozialistisch orientierten Richter termingemäß periodisch zu Beratungen zusammentreten, und das ist nicht gut, während die uns nahestehenden Richter auf entsprechende Anregung zu einem ebenso gleichmäßigen Zusammentreten unter Hinweis auf die notwendige Zurückhaltung es abgelehnt haben. Ich weiß, wie schwer einige Richter unter den Verhältnissen dort leiden. Unter diesem Gesichtspunkt könnte man fast sagen: Das Bundesverfassungsgericht in seiner jetzigen Zusammenstellung ist hoffnungslos. Ich möchte aber doch noch einmal anknüpfen an Anregungen, die von verschiedenen Seiten gegeben worden sind, und möchte den Herrn Bundeskanzler bitten, abgesehen von den juristischen Betrachtungen des Problems, ob es nicht besser, politisch besser gewesen wäre, durchzuberaten in der dritten Lesung, rücksichtslos, unbeschadet etwaiger nachträglicher Sprüche oder Entscheidungen des Gerichts, und die Dinge dann dem Urteil der Öffentlichkeit zu überlassen. Wir werden und haben bisher schon die Angelegenheit vor der Bevölkerung so dargestellt, daß es ein Spiel der SPD ist mit dem Schicksal des Volkes, und diese politische Betrachtung ist die beste. Nun meine Frage: Hätte man nicht das Gericht vor die vollendete Entscheidung stellen können, wäre das nachteilig gewesen oder nicht? Darüber wäre ich dankbar, etwas zu erfahren!

Adenauer: Die Frage wird wohl wiederholt gestellt werden. Lassen Sie mich mit aller Reserve, die geboten ist, folgendes Ihnen sagen: Wenn in der betreffenden Nacht oder am anderen Morgen die dritte Lesung mit dem gleichen Ergebnis vonstatten gegangen wäre, wäre am Dienstag dasselbe passiert, was jetzt passiert ist. Es war von langer Hand vorbereitet. Jetzt aber ist der Zustand der, daß eine Klage schwebt, beim zweiten Senat, und daß, soviel ich heute unterrichtet bin, der zweite Senat seine Zuständigkeit bejaht. Wie der zweite Senat urteilen wird, kann man

50 Sprecher fehlt in Vorlage; erschlossen nach Lenz-Tagebuch, 15. Dezember 1952.
51 Vgl. dazu MAIER S. 464f.

natürlich nicht voraussagen. Aber es ist ein sehr trauriges Kapitel. Da aber von den zwölf Herren nur drei eingeschriebene Mitglieder der SPD sind, besteht die gewisse Möglichkeit, das durchzubekommen. Das ist die einfache Antwort.

Lehr: Ich möchte dem Herrn Bundestagspräsidenten vorschlagen, daß er zu seinem Beschluß, nicht mehr nach 21 Uhr zu tagen, einen zweiten Beschluß faßt, nach 19 Uhr keinen Alkohol mehr auszuschenken, eine Sitte auch in vielen anderen Parlamenten. Ich will damit keinen Vorwurf erheben, daß in der Sitzung jemand nicht nüchtern gewesen ist, aber die Tatsache ist die, daß nach 30 Stunden und mehr Stunden Sitzung eine fühlbare Abspannung, auch Gereiztheit eintritt, und dann sitzen die Leute, weil sie nicht jedes Wort als Evangelium schätzen, draußen und trinken alles mögliche durcheinander, und das verstärkt die Fehlerquellen, die in später Nachtstunde um 3 bis 4 Uhr auftreten.

Das zweite ist folgendes: Ich habe festgestellt und beobachten können durch diese Vorfälle, daß die Stimmung im Lande doch auch uns abträglich ist. Es ist keineswegs so, daß sich die Abträglichkeit nur auf die SPD erstreckt. Es wird auch uns ein Teil der Sünden aus dieser Versammlung vorgehalten, und jedenfalls ist es eine Tatsache, daß eine beispiellose Verwirrung in der Bevölkerung herrscht, daß niemand mehr recht weiß, worum es sich eigentlich handelt. Was wir jetzt tun können ist, daß wir eine möglichst klare und eindeutige und allgemein verständliche Linie verfolgen. Ich muß noch eines sagen: Es war mir in den Tagen der zweiten Lesung persönlich nicht möglich, zu jeder Stunde anwesend zu sein, und ich erfuhr von dieser bedeutsamen Schwenkung, nachdem sie bereits vorgenommen worden war, und ich fand mich plötzlich in der Fraktion vor dieser Tatsache. Ich habe im Respekt auf die vorhergegangenen internen Besprechungen in der CDU-Fraktion nicht widersprochen und nichts gesagt, obwohl ich sehr vieles auf dem Herzen hatte. Ich wäre auch der Ansicht gewesen, man hätte fortsetzen sollen mit der dritten Beratung, aber ich glaube, daß wir für die Zukunft doch eine ganz eindeutige klare Linie gehen müssen, und wollte als ganz besonders dringlich empfehlen, daß wir jetzt die fehlenden obersten Richterposten besetzen sowohl in bezug auf den fehlenden 24. Richter wie auf den Bundesdienststrafhof[52]. Wir können das Richterwahlgesetz mit einfacher Mehrheit annehmen, nicht die Verfassung. Wir können die Sabotage, die bewußt getrieben wird und die ich vor kurzem noch erlebte, als die SPD durch Verlassen des Lokals die Besetzung des Bundesdienststrafhofes einfach unmöglich machte, dadurch beheben, daß wir einen ganz einfachen Zusatz in einem der Paragraphen über die Richterwahl aufnehmen, etwa so, daß, wenn einmal das Gericht beschlußunfähig werde und dadurch eine Abstimmung nicht möglich sei, das nächste Mal ohne Rücksicht auf die Zahl der Richter abgestimmt wird, oder ähnliches. Aber wir müssen dazu kommen, daß wir die Richterposten richtig besetzen.

Ich möchte noch eines persönlich sagen in bezug auf den Industrieklub in Düs-

52 Der Bundesdienststrafhof ist Teil des Bundesverwaltungsgerichts (Gesetz über die Errichtung von Bundesdienststrafgerichten vom 12. November 1951, BGBl I S. 883).

seldorf[53]: Ich bin selbst Vorsitzender des Industrieklubs, der sich außerordentlich stark wieder entwickelt hat, aber bei dem es mir gelungen ist, ihn so zusammenzufassen, daß er im großen und ganzen dort eine Linie verfolgt in seinen Aussprachen und Vorträgen, die hier der Regierung und ihrer Politik und dem Parlament, soweit es von der Koalition vertreten wird, und ihrer Politik, durchaus zuträglich ist. Es ist mir bisher noch nichts bekannt, daß Naumann Mitglied ist. Ich habe versprochen, es sofort nachzuprüfen und einmal den ganzen Kreis, der sich etwa bei ihm als Gäste versammelt, bzw. einige davon zu überprüfen. Ich glaube aber, daß zu einer Besorgnis in bezug auf Klagen kein Anlaß ist.

Adenauer: Damit kein Mißverständnis entsteht, Naumann hält keine Sitzungen des Industrieklubs ab, er hält seine Besprechungen in den Räumen des Industrieklubs ab.

Lehr: Mir ist von einem Mitglied oder Gast Naumann nichts bekannt. Ich habe Mittel und Wege, mich zu informieren über das, was da gespielt wird.

Strickrodt: Die Diskussion und der Konflikt um das Bundesverfassungsgericht haben im Ausland ihre besondere Wirkung. Ich hatte Gelegenheit, das zu beobachten anläßlich des Parteitages der Democrazia Cristiana in Italien. Dort habe bei dem Empfang abends, von Ministerpräsident de Gasperi gegeben, de Gasperi einen kleinen Kreis von Deutschen auf dieses Problem angesprochen[54]. Es scheint ihn besonders zu beschäftigen, und er erzählte bei dieser Gelegenheit, welche Vorsorge in Italien getroffen worden war, daß eine solche politische Konfrontierung nicht möglich sei. Das zweite Mal wurde dieses Problem angesprochen, als am Morgen nach diesem Freitag in Paris der Exekutivausschuß der NEI tagte[55]. Es war eine große Bestürzung in diesem Kreise und ein großes Rätselraten darüber, daß und warum die Regierung die dritte Lesung zurückgezogen habe. Ich war genötigt, eine Erklärung aus dem Stegreif zu geben, und hatte nur Informationen aus der Presse.

Ich habe dabei vielleicht eine Notlüge gebraucht, die aber gewirkt hat, und habe gesagt, die Bundesregierung wolle durch eine Geste dem obersten Gericht die Möglichkeit geben, in einer gewissen Freiheit und ohne Druck des Parlaments oder einer perfekten Entscheidung seine Meinung zu sagen, in der Hoffnung, daß das Gericht diese Brücke beschreitet. Man hat sich damit einigermaßen beruhigt. Es war noch nicht bekannt, daß sich hinsichtlich der Klage etwas vollzogen hatte. Wir müssen uns in der nächsten Zeit auch publizistisch mit diesen Dingen befassen und dürfen sie nicht allein den Journalisten überlassen. Es müssen angesehene Männer des öffentlichen Lebens sich zu diesem Thema äußern. Das kann nur in Form des

53 Die Untersuchungen im Jahre 1953 nach der Verhaftung von Dr. Werner Naumann ergaben, daß regelmäßig monatliche Treffen ehemaliger hoher NS-Funktionäre in der Wohnung Naumanns, im Haus des Fabrikanten Lucht, in Düsseldorf stattgefunden hatten (vgl. zuletzt MENDE S. 258).

54 Empfang am 23. November 1952 in Rom im Hotel Excelsior (NL Strickrodt ACDP I-085-052); vertreten waren Strickrodt, Heck und Lukaschek.

55 Am 6. Dezember 1952 (ACDP IX-002-005/2).

höchsten Respekts vor der Institution geschehen. Wir können vieles von dem, was heute als materiell-politisches Problem die Öffentlichkeit beunruhigt, als Juristen bringen. Der Jurist befaßt sich viel mit diesen Dingen, und wir können damit zu einer Entgiftung beitragen. Einige Reminiszenzen aus dem ersten juristischen Unterricht können die Juristen wohl in Erinnerung behalten, daß man über zivilprozessuale Fragen mit einem Ethos sprechen kann, dann können daraus Wirkungen entstehen, die zu unseren Gunsten sind. Es könnten hinter diesem Schleier auch die etwas harten politischen Fakten verschwinden. Das Ausland wird darauf sehr gespannt sein, denn ein Gericht spielt gerade auch in den romanischen Ländern doch eine sehr große Rolle.

Lenz: Niemand kann heute wissen, ob der zweite Senat die Klage als zulässig betrachtet und für uns entscheidet. Immerhin ist in der Begründung, die der Bundesverfassungsgerichtshof seinem Beschluß über die bindende Wirkung seiner Plenargutachten gegeben hat, ein hochinteressanter Satz.

Dort heißt es: Das Bundesverfassungsgericht hat nur die Aufgabe, das rechtliche Vorfeld für politische Entscheidungen zu klären, die allein den gesetzgebenden Körperschaften zukommen. Die Frage, ob die Vertragsgesetze ohne vorgängige Änderung des Grundgesetzes ratifiziert werden dürfen, ist eine Rechtsfrage und damit richterlicher Erkenntnis zugänglich. Damit bejaht es also nicht nur die Zulässigkeit einer Normenkontrollklage, sondern einer vorherigen Klage, in der festgestellt wird, ob mit einfacher oder mit dreiviertel Majorität das Gesetz ratifiziert werden sollte.

Dichtel: Ich glaube sagen zu können, durch die Diskussion, die nach meiner Meinung etwas überreichlich war im Bundestag, ist die Materie in sehr breite Kreise des Volkes hineingekommen, die wir sonst bei Wahlversammlungen nicht so erfaßt hätten. Ich möchte keine Komplimente austeilen, aber sagen, daß nach den Erfahrungen und den Beobachtungen im Lande eigentlich die Stellung des Bundeskanzlers als der ruhende Pol in der Debatte als das Angenehmste und Stabilste empfunden worden ist. Die CDU ist am besten weggekommen, aber der Bundestag als solcher hat, im allgemeinen gesehen, eine sehr schlechte Note bekommen. Ich will offen sagen: Ich bin der persönlichen Überzeugung und Meinung, wenn wir in diesem Tempo und der Art weitermachen, wie es bei der Bundestagsdebatte sich gezeigt hat, insbesondere auf der politischen Ebene, dann sehe ich für die Demokratie eine sehr ernste Gefahr. Wenn der Bundeskanzler mit Ollenhauer zusammenkommt, wäre ich dankbar, wenn er Herrn Ollenhauer, der der Repräsentant einer ebenfalls staatstragenden Partei ist, darauf aufmerksam machen könnte, daß diese Entwicklung, die sich jetzt zeigt, zu einer sehr, sehr ernsten Gefahr für die gesamte Demokratie wird. Draußen ist man nicht übermäßig beglückt und begeistert, und man hat es als sehr bedauerlich empfunden am Freitag abend, daß es im Bundestag dem Chef der Bundesregierung nicht möglich gewesen ist, zusammenhängend zu reden. Man sollte mindestens so viel Autorität dem Regierungschef gegenüber haben, daß er ungehindert reden kann.

Ollenhauer hat seine stärkste Waffe darin gehabt und den stärksten Eindruck erzielt mit der Tatsache der Umschwenkung der Regierung. Ich will das nicht kritisieren, sondern stelle nur fest: Das hat gerade mit der Tatsache, daß der Bundeskanzler gedrängt hat und auf einmal bereit war, das Verfahren einzubauen, draußen einigen Eindruck hinterlassen. Ich habe sofort vermutet, daß irgendwelche Informationen vorgelegen haben, die Anlaß zu dieser Änderung gewesen sind. Das werden Dinge gewesen sein, wie ich vermutet habe, und die auch in etwa eine Bestätigung erfahren haben. Darf ich aber offen aussprechen: Das schwerste bei der ganzen Situation draußen in der Öffentlichkeit, auch bei unseren Leuten, ist, jetzt klarzumachen, warum diese Umschwenkung erfolgt ist, und weil wir das nicht sagen können, was in etwa gesagt werden müßte, liegt hier die Schwierigkeit. Es ist eben ein Satz geprägt worden, daß bei einem vorhergegangenen Verfahren der Bundespräsident auch ein Gutachten angefordert hätte und daß Herr Arndt auch zum Bundespräsidenten hingegangen sei, um ihn zur Zurücknahme zu bewegen[56]. Gerade bei vielen Kreisen der Bevölkerung macht das Argument Ollenhauers bezüglich eines schwebenden Verfahrens sichtlich Eindruck, und wir müssen uns überlegen, wie wir im Lande eine Erklärung finden, die nach dieser Seite hin die Änderung der Regierungspolitik mindestens begreiflich macht.

Eine Frage noch an den Herrn Bundeskanzler. Ich habe heute morgen in einer Zeitung gelesen, daß man sich auch in Bonner Regierungskreisen mit einer baldigen Neuwahl befasse. Ich möchte doch die Frage stellen: Nehmen wir einmal an, der zweite Senat nimmt die Klage an und entscheidet sie nicht positiv? Welche Situation tritt für uns dann ein? Wir müssen doch mindestens heute mit einer ganz bestimmten Klarheit hier herausgehen, denn von der Klarheit hängt die Vorbereitung für die kommenden Wahlen ab. Es ist für uns nicht gleichgültig im Lande, ob es etwa in der vorgesehenen ersten Septemberwoche zu den Wahlen kommt oder ob unter Umständen Schwierigkeiten eintreten würden, die uns vielleicht sehr bald vor Entscheidungen stellen könnten. Gerade diese Frage bewegt mich sehr stark.

Adenauer: Darf ich zunächst darauf hinweisen, daß wir in absehbarer Zeit das Fernsehen haben werden. Wollen Sie sich bitte das Bild dann einmal vorstellen aus dem Parlament, wie es teilweise auch war?

Was außerdem gefragt worden ist, kann ich Ihnen sagen: Als an dem einen Nachmittag zunächst der Vorschlag gemacht wurde, die dritte Lesung auszusetzen und die Klage anzustrengen, war ich genauso erschlagen, wie Sie es sind. Ich habe erklärt, darüber müsse ich zunächst einmal schlafen, und als ich das getan hatte, habe ich eingesehen, daß es eine harte Notwendigkeit war. Ich war mir klar darüber, daß man das nicht verstünde, auch im Ausland nicht verstünde. Ich habe alle Mühe gehabt, die Kabinette im Auslande durch direkte Informationen zu unterrichten über die Gründe, damit nicht ein total falscher Eindruck, namentlich in Wa-

56 Die Unterredung zwischen Arndt und Heuss fand am 11. Juni 1952 statt (vgl. ADENAUER: Teegespräche S. 374 und S. 717).

shington entsteht. Man muß zwischen einem großen und weniger großen Übel wählen und darf nicht aus Prinzip bleiben auf einem Wege, der zu dem größeren Übel führt.

Nun die Frage, was zu tun sei, wenn der Senat anders entscheidet. Glauben Sie, ich würde auf eine solche Frage Antwort geben können, glauben Sie, daß ich überhaupt annehme, daß der zweite Senat anders entscheiden kann? Stellen Sie sich bitte vor, was das bedeuten würde und für einen Eindruck machen würde, wenn man in der Presse lesen würde: Der Vorstand der CDU hat sich mit dieser Frage beschäftigt, was kommen wird, wenn der Senat anders entscheidet. Eine solche Frage kann man nicht stellen, geschweige beantworten. Nach dem Grundgesetz ist die Auflösung des Bundestags nur dann möglich, wenn dem Bundeskanzler von einer Mehrheit das Mißtrauen ausgesprochen wird. Dann müßte [man] also, die SPD wird mir den Gefallen jederzeit tun, davon bin ich überzeugt, noch Stimmen suchen bei der Koalition, die mir ihr Mißtrauen aussprechen. Wie würde dann ein Wahlkampf werden? Dann brauchten wir gar nicht mehr von einem Kampf zu reden. Wir müssen jetzt die Dinge in aller Ruhe betracnten und an uns herankommen lassen.

Noch ein Wort zu den Ausführungen, daß man jetzt die Bevölkerung aufklären müsse. Wir können nach meiner Meinung z.Z. gar nicht die Bevölkerung aufklären über die tatsächliche Lage im Bundesverfassungsgericht, wir können es nicht. Das Bundesverfassungsgericht ist da (*Zwischenruf:* Leider!), es ist aber da, und wir müssen dieses Ganze berücksichtigen. Ich darf in diesem Kreise sagen, daß die Stunde, in der Höpker Aschoff mir eine Schilderung gegeben hat über die Zustände beim Bundesverfassungsgericht, die schwerste Stunde meines Bundeskanzler-Daseins gewesen ist und ich mich in Grund und Boden geschämt habe, daß so etwas überhaupt möglich ist.

Tillmanns: Ich stimme darin zu, daß wir in dieser Frage, vor allem über die Situation beim Bundesverfassungsgericht, jetzt keine volle Klarheit schaffen können nach außen.

Auf der anderen Seite ist es aber richtig, daß durch die Vorgänge in der letzten Zeit eine Art Verwirrung entstanden ist, auch in Kreisen unserer eigenen Wähler. Ich meine, es wäre doch Aufgabe dieses Vorstandes, das, was an uns liegt, zu tun durch Erklärungen, die wir von hier aus abgeben, um wenigstens dieser Verwirrung entgegenzutreten, und wenigstens den Versuch machen, in einigen wichtigen Punkten Klarheit zu schaffen. Das erwartet man von dieser Vorstandssitzung.

Dann möchte ich noch folgendes sagen: So notwendig es war, über die Frage, ob es richtig war, die dritte Lesung zu verschieben oder nicht, hier zu sprechen, wir können nicht anders vorgehen, als das hinzunehmen als gegebene Tatsache, und wir werden von uns aus vielleicht darauf hinweisen können – ich weiß nicht, ob es möglich ist –, daß es nur deswegen geschehen ist, um den gesamten Ablauf, d.h. die endgültige Durchsetzung bis zur Ratifzierung zu beschleunigen, und daß das der einzige Gesichtspunkt gewesen ist, d.h., daß wir mit unserer Politik die endgültige Vollziehung, was an uns liegt, zu beschleunigen versuchen und daß wir dieser Politik

treu geblieben sind und nach wie vor dazu stehen. Die Verwirrung ist entstanden einmal durch die zweite Lesung im Bundestag selbst und zweitens durch die Vorgänge in Karlsruhe bzw. durch die Auseinandersetzungen in Karlsruhe.

Zu dem zweiten Punkt wurde gesagt, wir sollten nicht weiter polemisch gegenüber dem Bundesverfassungsgericht vorgehen. Ich glaube auch, daß es einem Parteivorstand nicht unbedingt gut ansteht, seinerseits gegenüber einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts polemisch vorzugehen. Man müßte versuchen zu überlegen, wie man es in anderer Weise machen könnte. Wenn gesagt wird, daß das schon einer der Bundesverfassungsrichter tut, so scheint es wirksam zu sein, und es wäre vielleicht die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß es in die Öffentlichkeit kommt.

Ich würde auch in der Frage der Rechtsverbindlichkeit des Gutachtens so sagen: Die Regierung hat erklärt, daß der Beschluß keine Stütze im Gesetz finde. Ich glaube, das war eine gute Formulierung, und wenn wir schon Ihrem Vorschlag folgen sollen, nicht polemisch vorzugehen, sollten wir über diese Formulierung nicht hinausgehen.

Was die zweite Lesung im Bundestag angeht, bin ich der Auffassung, daß wir unterstreichen sollen und in einer wirksamen Weise zum Ausdruck bringen sollen, daß die zweite Lesung aufs neue erhärtet hat als Ergebnis dieser Lesung, daß die Argumente der Regierungsparteien für die Notwendigkeit dieser Verträge bedeutend verstärkt worden sind und die Opposition erneut bewiesen und gezeigt hat, daß sie dem nichts Positives entgegenzusetzen hat, und in diesem Sinne müßte die Formulierung von Ollenhauer, die er am Ende seiner Rede gebracht hat – das würde ich vorschlagen als eine Aufgabe –, einmal kritisiert bzw. politisch bewertet werden, um klarzumachen, welche geradezu fantastische Illusion hier plötzlich dem deutschen Volk als gangbarer Weg vorgegaukelt werde. Ich glaube, wenn wir in dieser Weise offensiv werden, würden wir vieles zur Aufklärung beitragen.

Außerdem muß abgewehrt werden noch einmal der Vorwurf, daß die Regierung in ein schwebendes Verfahren eingegriffen hätte. Vor allem muß klargestellt werden, daß wir politisch an der einmal eingeschlagenen Linie unter allen Umständen festhalten und daß in bezug auf das, was geschehen ist, es falsch wäre, wenn es als ein Abirren von dieser Linie angesehen würde, sondern ganz im Gegenteil, daß es bedeutet eine Festigung des politischen Willens, den wir in dieser ganzen Angelegenheit haben. Ich würde also vorschlagen, die Fragestellung so zu nehmen und in bezug auf den sachlichen Ablauf der Debatte und hinsichtlich der Durchsetzung unserer politischen Linie von dieser Vorstandssitzung das positiv ausgehen muß.

Adenauer: Ich begrüße die Vorschläge von Herrn Tillmanns absolut, es waren nach meiner Meinung fünf Punkte: 1. Keine Spitze gegen das Bundesverfassungsgericht, 2. kein Eingriff in ein schwebendes Verfahren, 3. Beschleunigung, 4. Verlauf und Abstimmung der Bundestagsdebatte eine Erhärtung unseres Standpunktes, 5. einiges aus der Ollenhauer-Rede. Ich wäre dankbar, wenn Herr Tillmanns versuchen würde, das, was er gesagt hat, schriftlich zu Papier zu bringen, damit wir sofort

nach unserer Pause beschließen können. Darauf wartet die Presse, daß sie heute abend noch etwas bekommt.[57]

Fay: Ich habe gestern eine Erklärung abgegeben in einer Versammlung, die heute in der Presse erschienen ist. Ich bin von dem Gedanken ausgegangen, daß man an das Wort denken soll: Nicht der Mörder ist der Schuldige, sondern der Ermordete ist schuldig! Die SPD ist dabei, die Dinge vollkommen zu verdrehen. Ich habe erklärt, daß die SPD wider besseren Wissens aus parteiegoistischen Gründen uns in diese Situation hineingebracht hat. Ich habe außerdem gesagt, das Rechtsgutachten sei juristisch unrichtig. Vielleicht geht es zu weit, wenn ein Parteivorstand eine juristische Meinung in dieser Form abgibt.

Zu der Auffassung, daß uns die Debatte eine Stärkung unserer Position gebracht hat, kann ich mich nur bekennen. In vielen Gesprächen mit Parteifreunden habe ich erfahren, daß die Parteifreunde sagen, die CDU habe einen ausgezeichneten Standpunkt in der Debatte gehabt, und die Meinung der Bevölkerung darüber sei gut. Daß allgemein das demokratische Niveau dadurch nicht gehoben wurde, ist m.E. ebenso klar. Aber darüber sollten wir uns nicht so schrecklich aufregen; das kommt in allen Parlamenten, sogar im englischen Parlament vor, tumultuarische Szenen, die einem nicht liegen. Man kann in einer so entscheidenden Frage, wo eine Lebensfrage des Volkes mit einer parteiegoistischen Angelegenheit verknüpft wird, nicht einen restlos klaren und einen vernünftigen Ablauf der Sitzung erwarten.

Ich wäre dankbar, wenn über folgende Fragen einmal Aufklärung gegeben werden könnte: Warum hat der Herr Bundespräsident überhaupt das Gutachten angeregt? Ich weiß nicht, ob der Herr Bundeskanzler darüber etwas sagen darf. An sich gehört es zur Zuständigkeit des Bundespräsidenten. Ich frage deshalb, weil durch dieses Gutachten letztlich eine etwas peinliche Situation heraufbeschworen worden ist. Ich habe es als bedauerlichen Mangel empfunden, daß die Landesparteivorsitzenden nicht eine Abschrift der Klage erhielten. Wir haben die Dinge im wesentlichen durch die Presse erfahren und waren völlig desorientiert.

Ich stelle immer fest, daß ein Kontakt zwischen Fraktion und Parteivorstand oft schlecht vorhanden ist. In diesem konkreten Fall der Änderung der Marschrichtung, also des Abgehens von der Linie, wäre es zu begrüßen gewesen, wenn die Motive dafür den Landesvorsitzenden zur Kenntnis gebracht worden wären. In dem Augenblick, als die Änderung kam, hat mein Telefon nicht mehr stillgestanden. Ich habe allerhand Äußerungen von mir gegeben, wußte aber nicht, ob die richtig waren. Zumindest müssen die Landesvorsitzenden möglichst schnell von solchen entscheidenden Dingen unterrichtet werden.

Adenauer: Sie haben recht. Ich habe neulich angeregt, daß zwischen unserer Bundesgeschäftsstelle und der Fraktion ein engerer Zusammenhang hergestellt wird, damit gegenseitig eine Unterrichtung möglichst gewährleistet ist.

Ehlers: Die Landesvorsitzenden werden berücksichtigen müssen, daß diese Din-

57 Druck der Entschließung in UiD vom 20. Dezember 1952.

ge in einer außerordentlich überstürzten Weise vor sich gingen und es sehr schwierig war, am Samstag die Klage anzubringen, und noch schwieriger war, irgendeine Stelle zu finden, die Sonntag in der Lage war, die Dinge zu vervielfältigen. Am Montag war Maria Empfängnis, und es war schwierig, bis hinauf zum Ministerialdirektor manche Herren anzutreffen[58], so daß also einige Schwierigkeiten der Übermittlung bestanden und manche Dinge vergessen worden sind. Aber ich glaube, daß es unausweichlich ist, daß jetzt in den Monaten vor der Wahl die Informationen von der Zentrale zu den Ländern hin wesentlich verstärkt werden müssen. Wir werden so mit Fragen überdeckt. Ich kann sie beantworten aus dem, was ich manchmal aus der Presse, manchmal direkt erfahre. Aber immerhin ist es bei vielen so, daß sie die Informationen nicht haben, und das muß verstärkt werden.

Zur Durchführung der Sitzung noch folgendes: Ich bin immer wieder aufgefordert worden, in bestimmten Situationen den Vorsitz im Bundestag selbst zu übernehmen. Der Bundeskanzler weiß, daß ich im Juli mich darum bemüht habe, ihm das Wort zu verschaffen mit einer gewissen Schärfe, was den Erfolg hatte, daß die SPD im Interesse der Kommunistischen aufstand und mit attackierte wegen zu scharfer Handhabung der Geschäftsordnung[59]. Das würde ich zu ertragen wissen, aber ich kann es nicht aus Kollegialität gegenüber den Herren Schmid und Schäfer[60], nämlich den Eindruck zu erwecken, daß ich es den beiden Herren nicht zutraue. Schäfer zittert jedesmal und sagt jedesmal: Wenn ich präsidiere, redet der Bundeskanzler oder es gibt Krach! Ich muß sagen, es kommt schon manchmal dann solcher Krach, weil er mit Angst herangeht und statt Ordnungsrufe zu verteilen, Reden an die deutsche Nation hält. Aber es ist eine unmögliche Situation, nun zum Präsidentenstuhl zu gehen und zu sagen, er solle gehen, ich wolle es selber machen. (*Adenauer:* Er würde aber gerne weggehen.) Aber die eigene Fraktion?

Ein anderes, was mich immer wieder bedenklich macht, ist folgendes: Fallen wir selbst bei unserer übertriebenen Objektivität nicht immer auf die Argumente der SPD selbst herein, so daß wir plötzlich in dem Augenblick, was Ollenhauer gesagt hat und was ein Schmarren war, zu Anfang ernst nehmen und meinen, das seien wirkliche Argumente? Überlegen Sie sich, in welche taktisch peinliche Situation Ollenhauer kam, als plötzlich der Antrag, den die SPD stellen wollte, die Beratung zu verschieben, von der CDU und FDP gekommen ist. Ferner mußte jeder eigentlich wissen, daß die SPD die verpflichtende Kraft des Gutachtens im Sommer geleugnet hat und auch da ein Kurs sich vollzogen hat, und daß Herr Arndt mit juristischen Spitzfindigkeiten versucht hatte, eine Klage an den ersten Senat zu

58 Der 8. Dezember 1952, Fest Mariae Empfängnis, war kein gesetzlicher Feiertag in Nordrhein-Westfalen.

59 Besonders stürmisch verliefen die 221. und 222. Sitzung vom 9. und 10. Juli 1952, in denen der SPD-Antrag zur „Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen" beraten wurde (die häufig unterbrochenen Ausführungen Adenauers in Sten.Ber. 1.WP Bd.12 S. 9789ff., 9907ff.).

60 Vgl. Nr. 13 Anm. 7.

bringen, nur, um sie an den ersten und nicht an den zweiten Senat zu bringen. Was man uns jetzt vorwarf, hatte die SPD uns vorgemacht, und sie stellte sich dann mit moralischer Miene hin und warf uns das vor, was sie vorher getan hatte. Wir sind zum großen Teil darauf hereingefallen, und zwar deswegen, weil die Presse darauf hereinfiel. Aufsätze wie die in der „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung"[61] sind ein offener Skandal, weil sie nichts weiter sind als üble Polemik.

Ich glaube, wir müssen in der Schärfe der Auseinandersetzung noch einiges lernen, damit wir nicht zu leicht auf Ausführungen Ollenhauers und ähnliche Dinge hereinfallen.

Adenauer: Ich kann das nur dick unterstreichen. Es ist geradezu beschämend, zu erleben oft, wie die Argumente der SPD, die wirklich fadenscheinig sind, auch auf unsere eigenen Leute einwirken. Das ist beschämend.

Zimmer: Der letzte Punkt ist schon ein Hauptpunkt. In diesen Tagen hat die gesamte seriöse Presse das Bild der Verwirrung erst eigentlich hervorgerufen, übrigens auch die seriöse Auslandspresse. Es sind für uns sehr ungünstige Berichte über diesen Konflikt erschienen, und ob da ein Versäumnis vorliegt, müssen wir hier beurteilen können. Die Journalisten haben es wesentlich auf dem Gewissen, daß das Volk nicht mehr recht folgen konnte. Bis dahin war es gefolgt. Es wurde eben eine Mitteilung gemacht, die m.E. eine sehr große Beachtung erheischt, die Tatsache nämlich, daß die SPD-Richter des Bundesverfassungsgerichts regelmäßig zu Beratungen zusammenkommen. Das ist eine Tatsache, die für sich allein gesehen schon große Beachtung erfordert, die aber m.E. so weittragende Bedeutung hat, daß sie z.Z. wahrscheinlich überhaupt nicht von uns publizistisch verwertet werden kann. Die Frage ist aber die, ob der Herr Bundeskanzler nicht in geeigneter Form schon jetzt dem Herrn Bundespräsidenten vielleicht dies inoffiziell zur Kenntnis bringt, damit es ihm gesagt ist. (*Zwischenruf:* Das weiß der Bundespräsident.) Damit der Bundespräsident auch weiß, daß wir es wissen, und damit die Herren wissen, daß die CDU sich vorbehält, zu gegebener Zeit von dieser Tatsache Gebrauch zu machen.

Auf mich macht das deshalb einen Eindruck, weil ich sagen kann, daß die sozialdemokratischen Leiter der Verfassungsschutzämter, sieben von neun, ebenfalls periodisch zusammentreten, um sozialdemokratischen Verfassungsschutz und Staatssicherheit zu beraten. Was das bedeutet, wird sich erst im Laufe des Wahlkampfes und später zeigen. Ich messe dieser Tatsache insgesamt eine sehr große Bedeutung zu. Ich weiß es, denn es ist zufällig eine Eingabe an meinen Leiter ergangen, die zurückgezogen wurde, weil man entdeckte, daß er nicht SPD-Mann ist. Wo bleibt die Bundesaufsicht? Es gibt auch jetzt eine Bundesaufsicht über die Tätigkeit der Länder, insbesondere, was die Staatssicherheit angeht. Ich bin der Meinung, daß diese Frage raschestens aufgeklärt werden muß. Die Verfassungs-

61 Vgl. „Ein gerissener Schachzug", „Die Kehrtwendung der Koalition" vom 10. Dezember oder „Überraschungen ohne Ende" vom 13. Dezember 1952.

schutzämter, geleitet von der SPD, fassen eben den Verfassungsschutz etwa so auf wie das hessische oder niedersächsische Verfassungsschutzamt. Was dort getrieben wird, ist zum Teil noch völlig undurchsichtig.

Adenauer: Ich weiß nicht, was wir dagegen machen sollen.

Zimmer: Leider ist Minister Dr. Lehr z.Z. nicht anwesend. Ich hatte die Absicht, in seiner Gegenwart das zu sagen. M.E. hat er die Kompetenzen in der Bundesaufsicht, die gibt es auch, ohne daß es in der Verfassung steht.

Adenauer: Aber in welcher Form? Wir haben von Hessen Akten angefordert, die wir nicht bekommen haben. Sollen wir die Akten mit Gewalt herausholen?

Zimmer: Ich möchte, daß das Bundesinnenministerium zusammen mit dem Justizministerium zunächst feststellt, was zu tun ist. Im übrigen wäre daran zu denken

****

Sie haben mir aber die Frage vorgelegt, ob wir nun nicht dasselbe getan hätten wie die SPD, weil wir nun die SPD verklagt hätten vor dem Verfassungsgericht. Ich habe erwidert, darin läge ein großer Unterschied, denn wir wären uns treu geblieben, daß eine politische Entscheidung fallen müsse, und diese Entscheidung sei gefallen, denn die dritte Lesung hätte dasselbe Ergebnis gehabt.

Kiesinger: Es interessiert vielleicht zu wissen, daß auch meine Rede ein Mehrfaches an Zuschriften, nämlich das Vielfache gegenüber den Zuschriften bei der ersten Lesung erbracht hat, darunter nur drei ablehnende Briefe, alle anderen auch im Ton viel positiver, als es damals war. Störend hat in gewissen Teilen gewirkt der Schluß und der Ausgang, aber mehr wohl durch die Schilderungen der Presse. Ich bitte, bei Rednern wirklich darauf zu sehen, wer die Störer sind. Auch wir haben einige Sünder. Seit Jahr und Tag ist es die SPD, die immer dann, wenn sie merkt, jetzt geht es für sie schief, in ihren hinteren Bänken loslegt mit dem Versuch, den Redner totzumachen. Wenn wir z.B. die paar Sünder, die wir haben, dazu bewegen könnten, ruhiger zu sein, damit es für alle sichtbar würde, wäre es besser. Draußen heißt es immer „Das Parlament", man muß aber darauf aufmerksam machen, wer nun die Störer sind. Ich finde es sehr wichtig, was Herr Zimmer gesagt hat. Diese Dinge und dazu das, was wir von der Situation des Bundesverfassungsgerichts wissen, werden natürlich aufbewahrt für den Fall, daß es zu einer möglichen Auseinandersetzung kommen sollte. Man darf das Pulver nicht vorher verschießen. Es ist völlig richtig, jetzt das Bundesverfassungsgericht nicht zu reizen. Ich habe selber noch eine gewisse Hoffnung, daß die Tendenz, die von Anfang an da war und die nach meiner Meinung sehr viel stärker von unseren Vertretern hätte unterstützt werden müssen, nämlich zu einer Entscheidung zu kommen, die die Verantwortung dort beläßt, wo sie hingehört, nämlich bei den Politikern, daß diese Tendenz sich immer noch durchsetzen kann. Ich weiß es nicht, aber die Möglichkeit besteht nach meiner Meinung.

Zur Klagebegründung: Obwohl die Klage meinen Namen mitträgt, muß ich bekennen, daß die Klage nicht von mir stammt. Die Dinge sind zu rasch gelaufen. Ich glaube nicht, daß man sie so kritisch beurteilen muß, wie es geschehen ist, aber

ich bin der Meinung, einige sehr wichtige Gesichtspunkte müssen nachgeholt werden und werden nachgeholt werden.[62] Man kann nicht einfach sagen, es sei im Grunde genommen eine Vorwegnahme der Normenkontrolle und damit dasselbe, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß die SPD unser Verhalten unter dem Gesichtspunkt kritisiert hat. Die SPD hat nicht gesagt, es sei eine verfassungsändernde Mehrheit notwendig, sondern hat davon gesprochen, daß wir die Entscheidung der zuständigen Instanzen umgehen wollten, ein Fait accompli schaffen wollten. Ich könnte mir denken, daß die Unterbauung der Klage mit diesem Argument doch unsere Stellung stützen könnte. Ob das andere Argument, daß Herr Ehlers feststellen müßte, ob ein Gesetz mit der erforderlichen Mehrheit angenommen sei, auch ein sehr starkes Gewicht hat, weiß ich nicht. Alles in allem glaube ich, daß mit dieser Begründung das Verlangen auf Feststellung des Rechts der Mehrheit, ein Gesetz mit einfacher Mehrheit anzunehmen, doch immerhin eine gewisse Fundierung hat.

Simpfendörfer: Ich habe schon gesagt, daß die Wirkung der Debatte ausgezeichnet gewesen sei, aber ich muß bestätigen, was gesagt worden ist über die Verwirrung, die nachher durch den Beschluß der Koalition herbeigeführt worden ist. Ich glaube, es wäre gut gewesen, wenn man wenigstens am Freitag morgen oder am Samstag den Vorstand zusammengerufen und ihn unterrichtet hätte. Vielleicht wäre es auch gut gewesen, wenn die Pressekonferenz, die mehrfach abgesagt worden ist, gehalten worden wäre, damit die Presse orientiert gewesen wäre. Ich glaube, daß manches hätte anders aussehen können. Daß wir uns eine unlösbare Aufgabe stellen, macht mir ernste Sorge, sowohl propagandistisch wie politisch. Nach dem, was ich heute erfahren habe, ist meine Überlegung: Ist das Bundesverfassungsgericht eine Eiterbeule, die ausgeschnitten werden muß? Könnte es nicht so gemacht werden, daß nicht vom Bundesvorstand aus, sondern von einer anderen Stelle das, was man von diesem Gericht weiß, verwertet würde und damit dem Bundesverfassungsgerichtshof ein Schuß vor den Bug gegeben wird?

Adenauer: Ich möchte dringend davon abraten. Was würden wir damit erreichen? Wir würden erreichen, daß dieselbe Stimmung im Bundesverfassungsgericht, die am vorigen Montag vorherrschte, daß das Gericht nicht mehr ein noch aus wußte, verstärkt würde. Ich halte den Vorschlag von Herrn Tillmanns für richtig, wir wollen eine Beruhigung eintreten lassen auf allen Seiten und zu gegebener Zeit auf die Sache zurückkommen. Augenblicklich würde ich es nicht tun.

Kaiser: Herr Ehlers hat eben einige Worte gesprochen über die Presse und hat die „Deutsche Zeitung" genannt. Ich möchte bemerken, daß der Bundeskanzler noch selten eine so ausgezeichnete und gute Presse hatte wie vor dem Schritt, der in Karlsruhe erfolgt ist. Genauso wie „Christ und Welt" haben auch die großen

62 Text der Klage der Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, der FDP und der DP vom 6. Dezember 1952 in WEHRBEITRAG, Ergänzungsband S. 1–9; die weitere Begründung der Klage vom 19. Januar 1953 EBD. S. 9–24.

seriösen Zeitungen für Adenauer in größter Achtung gesprochen. Es war später so, daß die Leute wie vor den Kopf geschlagen waren. Irgendwie ist dem Begreifenkönnen der Presseleute etwas zu viel zugemutet worden. Ich sage das deswegen, damit wir der Presse auch gerecht werden.

Adenauer: Genau heute habe ich von unserem Pressechef[63] folgendes erfahren: Die hiesigen Vertreter waren aufs tiefste gekränkt dadurch, daß sie nicht vorher unterrichtet gewesen sind. Sie sind infolgedessen von ihren heimischen Redaktionen in der tollsten Weise beschimpft worden, daß sie das nicht vorher gewußt hätten, und dann haben sie sich eben abreagiert. Aber das geht auch vorüber.

Strickrodt: Mir liegt die neueste Nummer des „Volkswirt" vor. Diese Dinge müssen pfleglicher behandelt werden und unter sachlichen Gesichtspunkten.

Adenauer: Ich empfinde das auch. Ich habe ein sehr ernstes Gespräch mit Herrn von Eckardt gehabt, und Herr von Eckardt, das muß ich bestätigen, war zwei Tage weg in einer politischen Angelegenheit, hat überhaupt keinen richtigen Vertreter[64]. Er hat mir gesagt, er hätte nicht die Mittel, um Leute, die etwas können, zu bezahlen. Herr von Eckardt erklärte: Meine Leute sind Leute mit Gehältern eines Oberregierungsrates, und dafür bekommt man keinen Journalisten, der mich vertreten kann! Wenn dem Manne etwas passiert, wären wir vollkommen lahmgelegt. Er muß wirklich einen vollwertigen Vertreter haben.

Krone: Die Presse hat vor dem Beschluß von der Sache nichts gewußt. Es kam als Neuigkeit heraus. Wir wollten eine Pressekonferenz abhalten von der Koalition. Da hat die DP versagt, und wir haben nicht den Mut gehabt, es ohne die DP noch zu machen an dem Abend. Dadurch wußte die Presse nichts über die Motive und hat es erst später erfahren.

Ehlers: Ich würde vorschlagen, daß heute abend eine Erklärung nicht herausgegeben wird, man sollte sie morgen mittag herausgeben und der Presse so geben, daß es noch bearbeitet werden kann. Die Presse erwartet heute abend keine Erklärung. Wir sollten in dieser Frage die Presse friedlich behandeln.

Tillmanns: Ich bin danach gefragt worden von Pressevertretern, bevor ich hierher gekommen bin, und habe gesagt, daß meiner Ansicht nach wahrscheinlich heute abend keine Erklärung mehr zu erwarten sei, aber dafür wohl zu erwarten sei, daß wir morgen nachmittag rechtzeitig eine Erklärung abgeben würden, meiner Ansicht

63 Felix von Eckardt (1903–1979), 1929–1932 Presseattaché in Brüssel und gleichzeitig Vertreter des Wolff'schen Telegrafen-Büros, 1945 Mitgründer und bis 1951 Herausgeber und Chefredakteur des „Weser-Kurier", 1952–1955 und 1956–1962 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (seit 1958 als Staatssekretär), 1955–1956 Ständiger Beobachter bei den Vereinten Nationen (Botschafter), 1962–1965 Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland in Berlin, 1965–1969 MdB (CDU). Memoiren: Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen. Düsseldorf/Wien 1967.

64 Adenauer hatte am Vormittag des 15. Dezember eine Besprechung mit Hallstein, Blankenhorn, Globke, Gumbel, Lenz und von Eckardt, dem er wegen einer Informationsreise nach Paris, d.h. seiner Abwesenheit, heftige Vorwürfe machte (vgl. Lenz-Tagebuch, 15. Dezember 1952).

nach sogar eine Pressekonferenz abhalten würden. Man könnte vielleicht heute noch eine Erklärung herausgeben, daß die Vorstandssitzung begonnen habe mit einem einleitenden Referat über die politische Situation und daß die Verhandlungen andauern.

Adenauer: Ich möchte vorschlagen, daß Herr Tillmanns noch einen sechsten Punkt in seine Erarbeitung hineinnimmt, dahingehend, daß der Parteivorstand das Vorgehen und die Haltung der Fraktion im Bundestag billigt und die Fraktion bittet, auf dem Wege fortzufahren, damit auch die Fraktion die Billigung der Partei hat.

Zimmer: War es nötig, daß Ministerpräsident Ehard als Bundesratsmitglied eine distanzierende Erklärung abgegeben hat?[65] Das ist ein unmögliches Verhalten.

Adenauer: Herr Schäffer wird mit Herrn Ehard darüber sprechen, daß so etwas nicht möglich ist. Er hat sich aber auch an den Herrn Bundespräsidenten gewandt.

Zwischenruf: Es ist mit Recht gesagt worden, man solle das Bundesverfassungsgericht in Ruhe lassen. Das kann gut sein oder unter Umständen auch nicht. Könnte es nicht möglich sein, daß der Bundeskanzler eine ganz private Fühlungnahme zu irgendeinem Mitglied des Bundesverfassungsgerichts aufnimmt?

Adenauer: Ich habe mir Überlegungen gemacht, an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts offiziell zu schreiben und mitzuteilen, daß die Bundesregierung den Mitteilungen in der Presse fernstünde, und weiter mitzuteilen, daß ich bereit wäre, falls das Gericht es wünsche, einer von ihm zu wählenden Delegation Auskünfte zu geben. Der Brief war schon fertig. Ich habe dann von Herren im Bundesverfassungsgericht, die uns sympathisierend gegenüberstehen, gehört, ich möchte keinen Brief schreiben, weil sonst befürchtet werde, das Gericht solle überfahren werden. Ich darf noch etwas sagen: Ich glaube, so weit gehen wir nicht, daß wir sagen, wir wollen das Gericht in Ruhe lassen. Das ist zu weit. Wir können das auch nicht hinnehmen, aber wir sollen die polemische Form herauslassen.

Kaiser: Es ist eben von den Ministerpräsidenten gesprochen worden. Es muß etwas geschehen sein, daß unsere Ministerpräsidenten nicht gekommen sind. Herr Albers hat angerufen bei Herrn Arnold, und Herr Arnold hat gesagt, er könnte nicht kommen, er habe Kabinettssitzung und fahre morgen früh nach Stuttgart. Wenn die Sozialdemokratie so viel Autorität über ihre Ministerpräsidenten hat, dann müssen wir das auch zuwege bringen, daß unsere Ministerpräsidenten bei so wichtigen Angelegenheiten bei uns sind. Ich werde Arnold anrufen und ihn bitten, daß er noch heute für eine Stunde nach Bonn kommt. Darin liegt unsere Schwäche, daß wir als Partei irgendwie nicht genügend Autorität und Zwingkraft über die Männer haben, die durch die CDU nach vorn gerückt worden sind. Das gilt auch für den Ministerpräsidenten in München.

Zimmer: Die Tatsache, daß heute diese Herren nicht hier sind, wird von der

65 Vgl. FAZ vom 12. Dezember 1952 „Ehard: Mit Paragraphen jongliert. Der bayerische Ministerpräsident zum Streit mit Karlsruhe".

Öffentlichkeit natürlich beachtet in Zusammenhängen mit der Haltung auch im Bundesrat bei den verschiedensten Gelegenheiten. Man deutet diese Dinge nicht nur für die jetzige Situation, sondern deutet sie über die Zeit nach den Wahlen hinaus. Es mildert die Schlagkraft der CDU-Politik in diesem Augenblick ganz enorm und stärkt die Schlagkraft der anderen Seite. Deshalb ist es sehr bedenklich und darf so nicht mehr weitergehen.

Adenauer: Ich bin über das Fernbleiben Arnolds um so erstaunter, als Herr Arnold mir gegenüber vor einigen Tagen von sich aus gesagt hat, die Verhältnisse im Bundesverfassungsgericht seien untragbar, und er sei bereit, im Bundesrat einen Initiativgesetzentwurf zur Änderung dieser Dinge einzubringen. Ich habe ihn gebeten, das nicht zu tun, sondern vorläufig die Dinge laufen zu lassen. Ich wäre froh, wenn man es fertigbringen würde, daß Herr Arnold für eine Stunde hierher kommt.

Bach[66]*:* Die Presse ist sehr interessiert an unseren Verhandlungen, und schon jetzt wußte die Presse, daß Herr Arnold nicht käme, und zieht daraus ganz bestimmte Schlüsse.

Altmeier[67]*:* Es ist zweifellos die Tatsache, daß in diesem Augenblick die Ministerpräsidenten zu einer Konferenz zusammengerufen werden, an sich bedauerlich, und zweitens ist bedauerlich, daß diese Konferenz in Stuttgart stattfindet[68].

Als ich in der vorigen Woche von der Initiative Arnolds und Maiers hörte, und die ersten Telegramme gingen von Arnold aus, habe ich sofort durch vorausgegangenes Telegramm an Lübke und Ehard den Versuch gemacht, diese Besprechung unmöglich zu machen, und zwar sieht ja die Tagesordnung vor die Besprechung der 37 bzw. 44 Prozent[69], und zweitens die politische Lage. Ich habe in der vorigen Woche unter Hinweis darauf, daß der Bundestag am Freitag dieser Woche sich mit dem Gesetzentwurf über die 37 bzw. 44 Prozent bereits beschäftigen muß, den Versuch gemacht, dieser Besprechung den politischen Charakter dadurch zu nehmen, daß ich vorgeschlagen habe, die Besprechung in Bonn abzuhalten am Donnerstag. Herr Flecken[70], der anwesend war, hat es übernommen, diesen Wunsch

66 Lücke in der Vorlage, Sprecher erschlossen (vgl. Anm. 50. – Danach habe Bach Arnold vor drei Wochen über den Termin der Vorstandssitzung unterrichtet).

67 Vgl. Anm. 50.

68 Am 16./17. Dezember 1952 fand unter dem Vorsitz von Reinhold Maier, dem amtierenden Bundesratspräsidenten, in der Villa Reitzenstein eine Konferenz der Ministerpräsidenten statt. Vgl. MAIER S. 442 und S. 467; HÜWEL S. 275f.

69 Vgl. Anm. 68. – Der Bundesrat lehnte den Vorschlag der Bundesregierung ab, die Einkommen- und Körperschaftsteuer im Jahr 1953 nicht wie bisher mit 37 %, sondern mit 44 % in Anspruch zu nehmen (BR 98.Sitzung vom 18./19. Dezember 1952 S. 591–601D, 604C; vgl. Nr. 18 Anm. 134).

70 Dr. Adolf Flecken (1889–1966), bis 1933 Stadtverordneter (Zentrum) in Neuss, Mitgründer der CDU in Neuss, 1947–1966 MdL Nordrhein-Westfalen, 1950–1952 Innen- und 1952–1956 Finanzminister.

Herrn Arnold zu übermitteln. Aber dann kam doch die Einladung, und ich habe durch Rückfragen festgestellt, daß mittlerweile alle Herren zugesagt haben.

Johnen: Es hieß, daß heute hier eine Entscheidung nicht gefällt würde, sagte Arnold mir, aber im Kabinett ständen Sachen zur Verhandlung, die seine Anwesenheit in Düsseldorf erforderlich machten.

Altmeier[71]*:* Wird nicht die Bundesratspolitik etwas bewußt ins eigene Blickfeld gerückt, die für die CDU nicht immer gut ist? Man hat beinahe den Eindruck, daß die Kräfte der SPD und auch Maier stärker in Erscheinung treten als unsere Kräfte. Es ist jedenfalls im Lande für uns nicht sehr günstig. Ich würde darauf hinwirken zu sagen, daß es der Vorstand für wünschenswert hält, daß die Herren an dieser Veranstaltung teilnehmen. Hätte Schäffer nicht die CDU zu sich bitten sollen in den letzten Wochen, um über die Frage der 37 bzw. 44 Prozent zu berichten, ich meine jetzt die Länderchefs der CDU? Von den Absichten der Bundesregierung wissen wir oft nichts.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, daß gleich einer der Herren über die innere Lage uns unterrichtet, und zwar die Herren Tillmanns und Wuermeling, und ich dann einige Worte sage über eine Frage, die speziell ich in Händen gehabt habe und habe, nämlich die Frage des Verhältnisses zu den früheren Soldaten. Ich habe darüber verhandelt mit dem ehemaligen Feldmarschall Kesselring[72], und vorher, vor etwa 14 Tagen, kam eine Deputation im Auftrage von einigen Feldmarschällen und Obersten zu mir[73]. Das Ergebnis war auch ein Passus in meinen Ausführungen im Bundestag. Ich stehe – und ich wäre dankbar, wenn Sie Ihre Meinung dazu sagen – auf dem Standpunkt, daß wir Schluß machen müssen mit allerhand Vorbehalten wegen der Vergangenheit und daß wir – und das gilt auch von der NSDAP, soweit es sich dabei nicht um Leute handelt, die wirklich führend tätig gewesen sind oder einigermaßen führend gewesen sind –, daß wir aufbauwillige Kräfte nunmehr auch wirklich mit in unsere Arbeit hineinnehmen müssen. Wenn wir es nicht tun, stoßen wir sie ab, und die Herren, mit denen ich gesprochen habe, waren absolut bereit, sich auf den Boden des heutigen Staates zu stellen und mitzuarbeiten, auch die Feldmarschälle, z.B. Kesselring, Kesselring in einer ganz ausgezeichneten Weise.

Albers: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es in weitesten Kreisen

71 Erschlossen – vgl. Anm. 50.

72 Albert Kesselring (1885–1960), seit 1940 Generalfeldmarschall, 1941–1945 Oberbefehlshaber Süd, 1947 von einem britischen Militärgericht zum Tode verurteilt und später zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, am 23. Oktober 1952 auf dem Gnadenweg vorzeitig entlassen (Memoiren: Soldat bis zum letzten Tag. Bonn 1953). – Das Gespräch zwischen Adenauer und Kesselring fand am 12. Dezember 1952 statt (Terminkalender).

73 Die Delegation, die Adenauer am 2. Dezember 1952 aufsuchte, sollte aus Generalfeldmarschall von Weichs, Generaladmiral Schniewind, Generaloberst Stumpff und Generaloberst Reinhardt bestehen (Terminkalender); von Weichs mußte allerdings wegen Erkrankung absagen (FAZ vom 3. Dezember 1952).

unseres Volkes sehr schlecht aufgenommen worden ist, daß Kesselring sich als der Patronat des „Stahlhelms" hat wählen lassen[74].

Adenauer: Erstens ist er gewählt worden, während er noch in Gefangenschaft war und, soviel ich weiß, hat er es abgelehnt. (*Zwischenruf:* Nein!) **** gekommen und haben ausdrücklich gedankt.

Tillmanns: Es waren Vertreter verschiedener Soldatenverbände und Einzelpersonen an uns herangetreten, ursprünglich mit folgender Bitte: Wir möchten mithelfen, den Gegensatz unter den alten Soldaten, zwischen Anhängern des 20. Juli und Gegnern des 20. Juli zu bereinigen. Das war der Ausgangspunkt. Darüber hat eine sehr ausführliche, und, wie ich sagen muß, in einer sehr guten menschlichen Atmosphäre verlaufene Unterhaltung stattgefunden mit dem Ergebnis, daß von beiden Seiten – auch Vertreter der Waffen-SS waren dabei – gesagt wurde, aber vor allem von General a.D. Gersdorff[75], einem führenden Soldaten vom 20. Juli, daß es eigentlich im Augenblick nicht mehr ratsam wäre, zu der Vergangenheit und zum 20. Juli etwas zu sagen. Das sei im Augenblick überdies eine Angelegenheit persönlicher Entscheidung der einzelnen. Es wurde von beiden Seiten erklärt, daß solche persönlichen Entscheidungen respektiert würden, aber es sei im Blick auf die kommenden Aufgaben – wurde von beiden Seiten gesagt – notwendig, in einer in die Zukunft weisenden Sprache etwas gemeinsam zu erklären über Soldatenpflicht, Gehorsamspflicht und Gewissensfreiheit für die zukünftige Wehrmacht. Nach längeren Beratungen hat man sich dahin geeinigt, daß man das erst sagen wolle nach der Verabschiedung der Verträge. Damals waren wir der Meinung noch, daß die zweite und dritte Lesung gemeinsam durchgeführt würde, und daß man als eine Art Voraussetzung so etwas von seiten der Soldaten sagen zu können glaubte, daß es gut wäre, daß der Bundeskanzler in seiner Erklärung von sich aus zu diesem Problem etwas sage. Das ist geschehen. Nun war die Absicht – unterschrieben von einer Reihe führender Persönlichkeiten der alten Wehrmachten –, nun auf diese Worte des Kanzlers etwas Positives zu erwidern. Soviel ich weiß, ist darüber auch gesprochen worden. Es war gedacht, soviel ich weiß, an Generalfeldmarschall Weichs[76], Kesselring, Oberst Reinhardt[77]. So ist die Sache entstanden. Der Bundeskanzler hat vor einigen Tagen eine Unterredung mit Kesselring gehabt, die offenbar sehr eindeutig seine positive Haltung ergeben hat gegenüber der Politik der Bundesregierung.

---

74 Vgl. AdG 1952 S. 3718. – Der „Stahlhelm" war 1918 von Franz Seldte (1882–1947) als „Bund der Frontsoldaten" gegründet worden und hatte sich 1931 in Harzburg mit den Nationalsozialisten zusammengeschlossen. 1935 wurde er aufgelöst; die Neugründung erfolgte 1951.

75 Rudolf-Christoph Frhr. von Gersdorff (1905–1980), Generalmajor (Memoiren: Soldat im Untergang. Frankfurt/Berlin/Wien 1977; vgl. auch KEILIG S. 106).

76 Maximilian Frhr. von Weichs (1881–1954), Generalfeldmarschall (KEILIG S. 365).

77 Georg-Hans Reinhardt (1887–1963), Generaloberst (KEILIG S. 272).

Heck: Darf ich noch ergänzen. Es war unmittelbar nach der Erklärung des Bundeskanzlers ein General beim Kanzler, und es haben dann die genannten Generäle in einem Brief an den Kanzler unter Hinweis auf die Regierungserklärung den besonderen Dank ausgesprochen für die Bemühungen des Bundeskanzlers zur Freilassung der zurückgehaltenen Soldaten und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Bundeskanzler sich für die weitere Freilassung einsetzen würde. Das ist der Stand der Dinge. Die Briefe dürften in den nächsten Tagen hier eintreffen.[78] Es wird m.E. mitgeteilt werden, daß Bundesregierung und Bundeskanzler ermächtigt werden, diese Briefe zu veröffentlichen.

Simpfendörfer: Wir haben eine Versammlung gehabt in Stuttgart von solchen Generälen.[79] Da ist die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht nötig sei, daß man diesen Herren ihre Pensionen wieder streichen würde.

Ehlers: Das 131er-Gesetz bietet solche Möglichkeit bei staatsfeindlicher Betätigung, die Feststellung einer solchen Betätigung ist eine schwierige Sache.[80] Aber man sollte nicht zu zaghaft sein in diesen Dingen. Jedoch wäre dazu jetzt der ungeeignetste Augenblick, solange solche Verhandlungen laufen.

Lenz: Das war von Reichenau[81] veranstaltet, offensichtlich mit Ost-Geldern.

Müller: Ich unterstütze alle Bestrebungen, welche auf den Gewinn aller früheren Mitglieder der NSDAP und des Offizierskorps gerichtet sind. Ich habe vor 14 Tagen einer Versammlung beigewohnt von 30 Teilnehmern, etwa 15 ehemaligen Generälen, darunter auch SS-General Stein[82], und ich war erstaunt, wie positiv sich die ganze Zusammenkunft zu der Außenpolitik der Bundesregierung gestellt hat und geradezu erklärt hat, die Bundesregierung in dieser Politik zu unterstützen. Dabei kam auch etwas zum Ausdruck, was nicht übersehen werden sollte. Die Generäle stehen, soweit sie besondere Korps befehligt haben, die durch ihre Tradition heute noch sehr zusammenhängen, stark zusammen, so daß es teilweise nur ihres Anrufes bedürfte, um alle Angehörigen dieser Korps der politischen Linie folgen zu lassen.

---

78 Das von 32 Generälen unterzeichnete Schreiben vom 2. Dezember ging am 31. Dezember 1952 ein (BA Bestand Bundeskanzleramt: B 136/1881).

79 Das Treffen in Stuttgart-Feuerbach am 3. Dezember 1952 hatte etwa 160 Teilnehmer – jeder dritte im Generalsrang – zusammengeführt. Ost-Berlin soll das Treffen mit DM 50.000,– finanziert haben (JENKE S. 289f.; vgl. auch „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" vom 13. Dezember 1952 und „Rheinischer Merkur" vom 19. August 1955.

80 Das „Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des GG fallenden Personen" vom 11. Mai 1951 (BGBl I S. 307–322), das die Rechtsverhältnisse der am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst stehenden Beamten, Angestellten, Arbeiter und Berufssoldaten regelt, definiert in § 9 als Dienstvergehen (u.a.), „wenn ein Ruhestandsbeamter oder ein früherer Beamter sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung betätigt".

81 Ernst von Reichenau, Bruder des 1942 gefallenen Feldmarschalls Walter von Reichenau (JENKE S. 289).

82 Vermutlich Felix Steiner, General der Waffen-SS (SS-Obergruppenführer). Erinnerungen: Die Freiwilligen, Idee und Opfergang. Göttingen 1958.

Nun sehe ich die große Gefahr darin, daß es, glaube ich, auf die Dauer unerträglich ist, daß die ehemaligen Soldaten und Soldatenverbände als solche eine politische Tätigkeit entfalten. Ich bin der Meinung, daß das im Auslande einen äußerst ungünstigen Eindruck macht, wenn die Soldatenverbände, statt sich auf ihre eigentlichen Aufgaben zu beschränken, der Fürsorge usw., nun Politik machen, und sei es auch die Politik der Bundesregierung. Das Ausland wird es uns nicht glauben, daß nicht ein Rückfall in die alten Zeiten des „Stahlhelms" eintritt, und ich glaube, man sollte mit den Herren auch darüber reden. Sie sollen in die Parteien hineingehen und ihre berechtigten Interessen pflegen, aber sie sollen nicht als Soldatenverbände Politik machen.

Ehlers: Ich bin einem dieser Herren in München über den Weg gelaufen, der sich in einer Weise vorstellte „General von ..."[83], und dann das zweite Wort war bereits eine Attacke auf die Dienststelle Blank, die sich seiner schätzenswerten Dienste nicht hinreichend versichert hatte. Aber er trat als Vertreter des Bayrischen Rundfunks auf in der Debatte. Solche Herren sollte man sich sehr weit vom Halse halten, aber das scheint mir keine Frage der grundsätzlichen Erörterung zu sein, sondern eine Frage der Entscheidung im Einzelfall.

Kaiser: Ich habe mit Herrn Arnold gesprochen. Es war unmöglich, ihn zu bewegen, heute abend noch hierherzukommen. Er hat mir Gründe gesagt, die es ihm unmöglich machen, aber er kommt morgen früh.

Ehlers: Ich möchte vorschlagen, mit Ministerpräsident Lübke in gleicher Weise zu telefonieren.

Wuermeling: Ich kann die Empfindungen, die ich im Augenblick über die innerpolitische Situation habe, mit einigen Sätzen zum Ausdruck bringen. Vielleicht kann ich an den Anfang folgenden Satz stellen: Die Beziehungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Regierungskoalition sind z.Z. auf einem Punkt angelangt, von dem ich glaube, daß er das äußerst Mögliche darstellt, was überhaupt an gegensätzlichen Spannungen unter dem Gesichtspunkt der Sicherung und Erhaltung unserer Demokratie noch tragbar ist. Wenn wir nach der Schuld fragen, das ist ja wohl schon gelegentlich zum Ausdruck gekommen, so dürfen wir, glaube ich, mit gutem Gewissen sagen, daß die Schuld für die Entwicklung, die eingetreten ist, und zwar zum Schaden des demokratischen Gedankens eingetreten ist, ganz entscheidend, wenn nicht ausschließlich bei der SPD liegt. Die SPD kämpft einfach um jeden Preis und auch um den Preis der Gefahr der Opferung wichtigster nationaler Interessen um die Macht. Das hat sich gezeigt in den ganzen letzten Jahren bei all den großen außenpolitischen Entscheidungen, die doch eine nach der anderen durch die spätere Entwicklung ihre Rechtfertigung erfahren haben, und das hat sich vor allem gezeigt in dem fast erfolgreich scheinenden Versuch, das Bundesverfassungs-

83 Hermann Ehlers war am 28. November 1952 zur Feier des 100. Geburtstages des Dichters Adam Müller-Guttenbrunn in München (vgl. „Münchener Merkur" vom 1. Dezember 1952). – Name des Generals nicht zu ermitteln.

gericht nun als die höchste staatsrechtliche Instanz, die wir haben, noch in ihren Dienst zu stellen. Wir sind doch, wenn man die Dinge rückwirkend betrachtet, bei Schaffung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht, bei unserem Zugeständnis der Zweidrittelmehrheit für die Wahl jedes Bundesrichters, einfach ein Opfer unseres Glaubens gewesen, daß man mit der SPD als einem fairen Partner einen Akkord treffen könne. An sich war der grundsätzliche Gedanke sicherlich gut, wenn man sagte: Wir wollen das Bundesverfassungsgericht über die Parteien stellen. Wir wollen deshalb sicherstellen, daß jeder Richter des Bundesverfassungsgerichts das Vertrauen der beiden großen Parteien genießt. Aber die SPD hat in den Verhandlungen im Richterwahlausschuß im stillen ganz eindeutig immer und immer wieder die Idee verfolgt: Wir müssen unsere Leute in dieses Gericht hineinbringen, um mit Hilfe dieses Gerichts der Bundesregierung Schwierigkeiten zu machen, wo und wie wir nur können! Und wir als CDU mit unserer immer wieder zutage tretenden Anständigkeit und Loyalität haben unsererseits die besten Kräfte, die uns verfügbar schienen, vorgeschlagen und ausgewählt, und die SPD hat die eben im gewissen Umfange dann geschluckt, insoweit als sie glaubte, daß diese Richter ihren Interessen nicht allzusehr entgegengesetzt sein würden, wobei sie natürlich unsere drei Leute in Kauf nehmen konnte. Nun stehen wir vor dieser – ich möchte sagen – geradezu fürchterlichen Situation, daß die Autorität des obersten Verfassungsgerichts in ganz ganz großer Gefahr steht, und es hat eigentlich auch heute abend noch niemand einen Weg gewiesen, wie wir aus dieser Situation wieder herauskommen sollen. Darf ich vielleicht mit wenigen Worten auf diese Dinge kurz eingehen:

Wenn wir unterstellen, daß die Entscheidung des zweiten Senats demnächst in unserem Sinne ergehen wird, dann ist noch lange nicht feststehend, daß die SPD nicht nach der Verabschiedung der Verträge durch die zuständigen Körperschaften die von ihr geplante Klage dann noch einreicht und daß wir dann doch noch zu einer Plenarentscheidung wegen beabsichtigter Abweichung des ersten Senats von dem Beschluß des zweiten Senats kommen, und dann wären wir an dem Punkt angelangt, den wir augenblicklich vermieden haben. Der Zeitpunkt ist dann nur wesentlich näher an den Wahlen. Der Bundeskanzler sagte, man brauche sich nicht über diese Möglichkeit [zu] unterhalten, aber irgendwelche Gedanken sollte man sich auch machen über die dann eintretende Situation. Es bliebe gar keine andere Möglichkeit, als zu versuchen, in irgendeiner Form zu einer Auflösung des Bundestags zu kommen, wieweit ich auch noch nicht sehe, daß ein neu gewählter Bundestag mit diesem Problem fertig werden soll. Ich beschäftige mich immer wieder mit dem Gedanken, ob man nicht in möglichst kurzer Frist schon zu einer Revision des Status beim Bundesverfassungsgericht kommen müßte, wozu auch aus anderen Gründen Anlaß besteht, weil man hört, daß die Arbeitsbelastung des Bundesverfassungsgerichts mit allen möglichen hunderten oder vielleicht tausend Fällen so groß ist, daß wir mit den zwei Senaten sowieso nicht weiterkommen und daß man dann in dem Rahmen dieser Revision des Bundesverfassungsgerichtsstatus auch den sonstigen allgemeinpolitischen Notwendigkeiten Rechnung tragen könnte. Man könnte

in diesem Zusammenhang auch daran denken, den Gedanken zu verwirklichen, der schon lange ventiliert wird, diese Dreiviertelmehrheit für die Wahl der Richter zu beseitigen.[84]

Das Gesetz bietet uns zu einer solchen Maßnahme eine recht gute Handhabe, indem tatsächlich eine Lücke vorliegt. Es steht im Gesetz, daß, wenn eine Nachwahl eines Richters binnen eines Monats zu erfolgen hat, es rechtens ist, aber es steht nicht drin, was ist, wenn diese Nachwahl nicht innerhalb eines Monats erfolgt, und diese Lücke könnte man ausfüllen, daß man sagt, wenn die Dreiviertelmehrheit nicht gelingt, daß dann mit einer einfachen Mehrheit der Beschluß gefaßt werden kann. Das ist immerhin eine Brücke, die sich nach außen hin wenigstens einigermaßen vertreten läßt.

Was das Verhältnis zwischen Opposition und Regierung im übrigen in der allgemeinpolitischen Situation angeht, darf ich doch noch einmal das sagen, was bisher nur geringfügig zum Ausdruck gekommen ist. Das, was sich jetzt in der vorvergangenen Woche im Bundestag abgespielt hat an Szenen, hat doch mehr unangenehme Gefühle hinterlassen, als es hier zum Ausdruck gekommen ist. Wir müssen unterscheiden einmal die sachliche Auswirkung der Argumentation der Regierungsparteien einerseits und der Opposition andererseits. Hier ist kein Zweifel, daß wir klarer erster Sieger gewesen sind. Die Koalition hat die Debatte gewonnen, aber das Parlament hat in seiner Gesamtheit eine Schlacht verloren m.E. Ich habe nicht nur allein mitunter das Gefühl, als könne man – ich bitte das nicht als Kritik aufzufassen – vielleicht die Szenen im Bundestag durch etwas schnellere und schärfere Handhabung der Ordnungsrufe doch eindämmen. In der Rede des Bundeskanzlers ist doch so viel von den politischen Gegnern nicht nur an Zwischenrufen, sondern an Lärm veranstaltet worden, daß ich das Gefühl habe, daß man da mit vier bis fünf Ordnungsrufen vielleicht hätte etwas mehr erreichen können. Ich habe das Gefühl, daß jeder von uns, der irgendwelche Brücken persönlicher Art zur SPD hat, nun versuchen müßte, mit dem ihm irgendwie näherstehenden SPD-Abgeordneten in Ruhe über dieses Problem sich einmal auszusprechen. Letzten Endes gibt es da ja nun auch – leider nicht in der Mehrzahl – vernünftige Leute, die Verständnis dafür haben, daß sie auch ihrer eigenen Sache, weil der Demokratie, das Grab graben, wenn diese Dinge so weitergehen. (*Zwischenruf Ehlers:* Ich schätze, es sind nur drei!) Das Erschütternde ist das, daß bei dem Gros der SPD überhaupt der Wille zu echtem demokratischen Verhalten einfach nicht vorhanden ist und daß diese Abstammungsverwandtschaft mit der KPD und gegenüber dem Herrn Marx und sonstigen Methoden doch immer und immer wieder zum Ausdruck kommt, und wo die Herren an der Macht sind, nutzen sie sie einfach rücksichtslos aus, und wo sie die

84 Als notwendiges Quorum galt für die Wahl der Richter beim Bundesrat die Zweidrittelmehrheit, im Wahlmännerausschuß des Bundestags die Dreiviertelmehrheit (WENGST: Staatsaufbau S. 227; SCHIFFERS S. XXXVIIIff.).

Macht nicht haben, bedienen sie sich unlauterer Mittel, um eben so viel Macht auszuüben, wie es möglich ist, ohne daß Gewaltmaßnahmen geschehen.

Ich darf also nochmals sagen: Einen letzten Ausweg aus der Krise mit dem Bundesverfassungsgericht sehe ich selber noch nicht, und was das andere angeht, so müssen wir unsererseits alles nur Denkbare tun, ohne unsere Linie aufzugeben, um die SPD dazu zu bringen, ein etwas demokratischeres Verhalten im Interesse des Ansehens des Parlaments und des Bestandes der Demokratie an den Tag zu legen.

Ehlers: Der Herr Bundeskanzler hat aus guten Gründen erklärt, über das Bundesverfassungsgericht könne man heute nicht debattieren. Ich möchte sagen, ich habe auch einmal angetippt auf eine Revision des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes, aber ich würde doch meinen, eine Ad-hoc-Revision des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes würde in einer Weise im Volke wirken, die ich für viel gefährlicher halten würde als das, was jetzt spielt. Zur Frage der Lärmszenen im Plenum: Wenn Sie sich die letzte Rede des Herrn Bundeskanzlers angehört haben, ist sie zwar 95 mal unterbrochen worden, aber sie ist unterbrochen worden durch bestimmte lärmende Zurufe der KPD, immer wechselnd, und sie ist unterbrochen worden durch eine verhältnismäßig große Zahl von Zwischenrufen der SPD, die in ihrer überwiegenden Zahl sachliche Zwischenrufe waren, die man nicht mit Ordnungsrufen belegen kann. Die Vorstellung, daß man Zwischenrufe im wesentlichen mit Ordnungsrufen eindämmen könnte, ist eine etwas phantasievolle Vorstellung. Das mag man theoretisch denken, praktisch geht es nicht. Ich habe es einmal exerziert, insgesamt hat das nicht sehr viel geändert. Die Vorstellung, daß das der Ausweg wäre, scheint mir nicht realistisch genug zu sein. Wir sollten auch gar nicht so viel Angst haben. Der Hauptstoß von Briefen ist von Lehrern gekommen, und wenn mir ein Volksschullehrer schreibt, er habe mit Kindern der 7. Klasse gesprochen und habe nur Abscheu und Verachtung gelesen, scheint mir dieser Lehrer nicht gerade seine pädagogischen Aufgaben erfüllt zu haben, wenn er mir das auch noch mitteilt. Ich muß sagen, wir sollten das auch nicht überbewerten, zumal die Dinge auch nach meinen Eindruck am Rundfunk nicht so zutage getreten sind. Als Neumann aufsprang und „Lump" schrie, habe ich Neumann sofort aus dem Saale gewiesen.[85] Als Dehler um 3.30 Uhr nachts das Wort ergriff, habe ich es für unsinnig gehalten, noch Ordnungsmaßnahmen zu ergreifen. Daraus hätte sich eine Schlägerei ergeben, die bis morgens gedauert hätte. Einige waren in einem Zustand, der nicht mehr als zurechnungsfähig bezeichnet werden konnte. Es ist unsinnig, zu erwarten, diese Leute mit Ordnungsrufen zur Ordnung bringen zu können. Blank hat auch nicht gerade zur Erleichterung der Situation beigetragen. Ich habe den Zwischenruf von Seuffert[86] geahndet. Ich bitte, sich zu überlegen, Seuffert ist ein honoriger Mann.

85 Vgl. Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S.11486.

86 Walter Seuffert (geb. 1907), seit 1947 SPD, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1949–1967 MdB, 1964–1967 MdEP. Zum Zwischenruf Seufferts vgl. Sten. Ber. 1.WP Bd.14 S.11483f.

Seuffert hat mir einige Tage vorher gesagt, er rede nicht, weil die erstklassigen Leute die Reden halten sollten. Am dritten Tage wird der Mann verrückt und schreit „Besoffen". Im übrigen hat Blank in einer Lautstärke geredet, als ob er die IG-Bergbau auf freiem Felde zwischen Essen und Dortmund versammelt hätte. Das hat auch nicht gerade dazu beigetragen, daß die Leute ruhiger wurden. Ich habe doch sehr bewußt das Experiment gemacht zu reden, daß die Leute zuhörten, und es hat sich gezeigt, daß es geht. In der sachlichen Schärfe der Auseinandersetzung glaube ich nichts weggestrichen zu haben. Vielleicht sollten wir noch einige Erfahrungen im eigenen Bereich in uns aufnehmen.

Zimmer: Der Bericht von Wuermeling ist doch so wichtig, daß man doch einige Gedanken austauschen sollte darüber. Als Schumacher gestorben war, hatte man zunächst die leise Hoffnung, daß durch den Fortfall seines explosiven Temperaments zwischen Opposition und Regierung eine Form der parlamentarischen Arbeit gefunden würde, die den Gesamtinteressen der Demokratie zuträglicher wäre. Eine der größten Enttäuschungen ist, daß diese Erwartung nicht eingetreten ist, daß die Frontstellung anläßlich dieser großen Debatte sich verhärtet hat in einer Form, die bis an die äußerste Grenze des Tragbaren geht. Ich weiß nicht, ob Sie dieselben Gefühle haben wie ich. Ich sehe mit größter Besorgnis dem Schicksal der deutschen Demokratie entgegen, wenn es nicht gelingt, das Verhältnis der immerhin am straffsten organisierten Partei, politischen Partei, die ihre Massen sicherlich am besten hinter sich hat, zur Regierungskoalition zu ändern anläßlich dieser schicksalhaften außenpolitischen Situation. Die Fronten sind so gefestigt und verhärtet, daß man im Augenblick natürlich von unserer Seite aus nichts tun kann. Man kann nur hoffen, daß sich dieser Zustand durch einen gewissen Zeitablauf mildern könnte. Diese Hoffnung ist aber deshalb im Augenblick schlecht am Platze, weil die wichtigsten Entscheidungen noch bevorstehen. Wie soll das weitergehen? Der Osten schaut jetzt mit Wohlbehagen auf diese Situation, auf diese Zerreißung der demokratischen Kräfte im Volke, und man kann natürlich nicht sagen, die SPD sei eben eine solche Partei, aber sie ist ein Hauptfaktor der Demokratie in ihren Massen. Deshalb kommt die Frage: Gibt es wirklich keine Möglichkeit, von einem dritten Punkte aus hier sachte und weise, aber zielbewußt auf eine Auflockerung der Fronten hinzuwirken?

Ministerpräsident Arnold verkörpert eine Autorität aus den besonderen Fällen seiner Situation und Stellung, die wir in dieser Art sonst nicht in unserer Partei haben. Er hat durch die Gewerkschaften enorme Beziehungen, ist sehr geschätzt in den Gewerkschaftskreisen und wirft sich nicht die Frage auf, ob nicht von diesem dritten Standpunkt aus der höchsten demokratischen, nationalen Verantwortung einiges unternommen werden sollte, um wenigstens in den nächsten Monaten zu einer besseren Form der demokratischen Kräfte zu kommen? Ich kann das nur andeuten, aber bitte, Sie verstehen, was ich damit erreichen will. Keine Partei wird ein Opfer bringen wollen nach außen. Das ist vielleicht im Augenblick auch nicht notwendig, aber etwas muß geschehen. Man kann m. E. die Dinge nicht so treiben

lassen. Wir sind die Partei, die vor der Geschichte des deutschen Volkes die Hauptverantwortung trägt, und daß die Dinge nicht wieder wie 1932 treiben gelassen werden, ist der Grund, daß wir rechtzeitig den Wechsel versuchen müssen, die demokratischen Kräfte wenigstens, wenn auch nur formell, auf ein Minimalprogramm zu verpflichten, und daß wir die Opposition dadurch dahin bringen, natürlich unter Schonung ihrer Stellung, daß sie zu einer anderen Form der Zusammenarbeit kommt, wobei wir natürlich nicht als die alleinigen Sieger nachher gelten können. Für meine Begriffe spielt dabei die Person Arnolds aus seiner Stellung heraus eine besondere Rolle. Vielleicht werden seine engeren politischen Freunde mehr dazu sagen können. Ich möchte mich nicht darauf beschränken, es gewerkschaftlich anzusehen, aber aufgrund der Stellung Arnolds habe ich so gesprochen.

Kiesinger: Ich teile die Besorgnisse von Herrn Zimmer. Ich selbst habe die SPD mehrfach beschworen, das Existenzminimum der Demokratie nicht leichtsinnig zu verbrauchen. Ich will mich auch nicht gegen einen Versuch aussprechen, an die SPD zu appellieren. Die Frage ist, ob die SPD sich in der Lage befindet oder vor den Bundestagswahlen bereit ist, ihren bisherigen Kurs zu ändern oder auch nur nicht mehr zu verstärken. Ich bin persönlich überzeugt, daß sie alles tut, um noch aktiver, noch aggressiver zu werden, weil die Tendenz da ist, unter allen Umständen an die Macht zu kommen. Das Schlimme ist dies, das die breite Masse, die Funktionäre, die eigenen Leute in der SPD, eine völlig andere Stimmung haben und selbst heute ein führender SPD-Mann, wenn er anders wollte, gar nicht anders könnte, weil er sofort von denen, die nur darauf warten, selbst an die Führung zu kommen, dann verdrängt werden würde, und zwar mit Hilfe dieser Masse der kleinen Leute. Der Appell an unsere Verantwortung ist zweifellos berechtigt. Er ist es auch nach einer anderen Seite hin. Herr Wuermeling hat nicht die Vorgänge im Rahmen der Freien Demokratischen Partei gestreift. Natürlich müssen uns diese Vorgänge zu denken geben. Es ist sicherlich nicht zu wenig gesagt, festzustellen, daß der Liberalismus auch hier wieder zu Ende geht. Was in Württemberg-Baden sich noch abspielt, ist ein Nachhutgefecht. Ich glaube, es könnte eines Tages dazu führen, daß etwas Ähnliches sich vollzieht, was sich unter Bismarck[87] vollzogen hat, als die Liberalen sich trennten. Eines Tages wird es so kommen, und wir werden eines Tages wieder die Entwicklung zur Staatspartei usw. haben. Das ist das große Fragezeichen, denn die anderen schauen nach rechts, ohne ein bestimmtes klares politisches Programm zu haben. Es ist einfach der Wille von rechts her, wo man spürt, man könnte noch Menschen bekommen, diese aufzunehmen, und man ist nicht konservativ, man ist nicht liberal, man ist eben charakterlos national-liberal. Es wiederholt sich also ein Vorgang, den wir schon einmal hatten.

87 Otto von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler. Im Streit über die Schutzzollgesetzgebung hatten sich 1878 die Nationalliberalen gespalten. – Zu den Auseinandersetzungen in der baden-württembergischen FDP wie auch der Bundes-FDP vgl. ADAM in FDP/DVP IN BADEN-WÜRTTEMBERG S. 220–254, hier S. 229f.; RÜTTEN S. 238–247.

Wenn wir von unserer Verantwortung ausgehen, könnte vielleicht folgendes gesagt werden: Innerhalb der liberalen Welt vollzieht sich in unseren Tagen eine sehr beachtenswerte Revision des Weltbildes, und zwar eine solche, die uns viele Leute von drüben sehr nahebringt. Ich bin der Meinung, daß die Christlich-Demokratische Union etwa nach dem Vorbild, wie es von vornherein in Berlin geschehen ist, viel stärker als bisher sich an diese Kräfte wenden sollte und versuchen sollte, gerade sie, die noch um eine echte und grundsätzliche Entscheidung ringen, die weder in diesen toten Winkel geraten wollen, wie in der Weimarer Zeit zur Staatspartei hin, noch in einen gesinnungslosen, konzeptionslosen Haufen, der eben sich dann wieder Sammlung der nationalen Rechten nennt, diese Leute stärker als bisher anzusprechen. Dazu gehört allerdings eine Anstrengung und die Beseitigung einer Reihe von Ressentiments. Das Schlagwort des Anti-Klerikalismus, das in Bad Ems gefallen ist[88], sollten wir nicht ganz leichtfertig zur Seite schieben, sondern sollten uns fragen, ob wir in allen und jedem bereits die bestimmte richtige Sprache gefunden haben, um uns an die Adresse dieser Leute zu wenden. Wir sind nun einmal eine politische Partei, und ich weiß aus Unterhaltungen mit Leuten, die dorther kommen, daß sie versuchen, einen Kontakt zu halten, aber gewisse Vorbehalte haben und gewisse Bedenken haben, die sich vielleicht überwinden lassen würden. Das ist auch eine sehr ernste und sehr wichtige Frage. Beide Fragen, der Appell an die Sozialdemokratie, die Verantwortung, die wir dahin haben, und der Appell dort hinüber, und die Verantwortung, die wir nach dieser Richtung haben, hängen natürlich aufs engste miteinander zusammen.

Cillien: Es ist auch meine Überzeugung, daß trotz aller Sorgen augenblicklich das Verhältnis zur SPD nicht zu revidieren ist. Sie hat uns das tödlich übelgenommen, daß wir die Mehrheit bekommen haben, und darüber kommt sie nicht hinweg. Aber eine Bemerkung ist mir sehr wichtig. Es wurde gesagt, es käme auch darauf an, wie unsere Leute sprechen. Ich darf hinweisen auf eines: Ich war erstaunt, als von der Bundesgeschäftsstelle aus auf einmal mit einem großen Aufwand Rednerschulung betrieben wurde, und zwar aus der sehr richtigen Erkenntnis heraus, daß vielfach die Sprechweise heute nicht mehr angeht.[89] Ich habe dieselben Sorgen im kirchlichen Raum. Es gibt eine Reihe von Pastören, und zwar beider Kirchen, die einfach stimmlich nicht mehr ertragen werden, weil sie nicht mehr hineinpassen in unser Heute.

Es ist unglaublich, was für Unarten wir als Redner haben. Zum Teil liegt es an der Stimmlage, die entweder anspricht oder nicht anspricht. Herr Ehlers hat völlig recht. In dieser späten Nachtstunde ist seine Rede völlig ruhig hingenommen wor-

88 4. FDP-Bundesparteitag vom 18.–22. November 1952 in Bad Ems (Bericht über den Parteitag in RÜTTEN S. 243–247). Die sehr scharfe Betonung des „Antiklerikalismus" durch Maier und andere ging auf den durch den Bischof von Mainz, Albert Stohr, ausgelösten Schulstreit in Rheinland-Pfalz zurück.

89 Vgl. Nr. 12 Anm. 36.

den. Um so erstaunter bin ich – ich höre eben –, daß Bundestagsabgeordnete an dieser Rednerschulung nicht teilnehmen. Das muß ich ganz außerordentlich bedauern. Zumindest müßte jeder einmal vor das Magnetofonband, um seine Stimme wirklich zu hören. Es gibt nichts, was einen Redner so demaskiert, als wenn man ihm seine Stimme vorsprechen läßt am Magnetofon. Ich bedauere, daß auch Leute darunter waren, die etwas Wesentliches zu sagen hatten und die stimmlich nicht in Ordnung waren, auch zum Teil einfach ermüdend wirkten, weil sie ständig in derselben Höhenlage waren. Ich muß sehr darum bitten, wenn schon die Bundespartei so viel Kraft, Zeit und Geld aufwendet, daß man nicht anfängt bei den kleinen Geschäftsführern unten, sondern bei denen, die über den Rundfunk gehört werden. Mir ist es sehr ernst mit dieser Angelegenheit. Wir sind heute alle verwöhnt durch das zum Teil sehr gute Sprechen der Leute im Rundfunk. Unsere Menschen sind einfach nicht mehr gewillt, jede Art von Menschen anzuhören. Dabei kommt es einfach auf die Art und Weise des Sprechens an. Es wurde zum großen Teil viel zu laut geredet; damit wird eine Unruhe und Spannung in das Haus hineingetragen. Es kann niemand sich ein Gebrüll stundenlang anhören, dann wehrt er sich, indem er auch brüllt. **** Ich glaube, so viel Zeit müßte schon übrig sein, auch im Hinblick auf den kommenden Wahlkampf, daß das, was den kleinen Funktionären beigebracht werden soll, auch denen vorexerziert wird, die die Führung haben.

Ehlers: Ich glaube, daß es schwer sein wird, Bundestagsabgeordnete zur Rednerschulung zu bekommen, aber die Anregung, daß man sie alle ihrer eigenen Stimme gegenüberstellen sollte, scheint mir außerordentlich wichtig zu sein.

Strickrodt: Es war gut, daß wir einmal darauf eingegangen sind. Wir brauchen nicht gleich daran zu denken, daß nun doch unter Umständen im Frühjahr Wahlen sein werden. Man muß wissen, woran man ist. Gewiß haben die Dinge mit der SPD sich unerhört verschärft, aber wenn man den politischen Alltag miterlebt, sehen die Dinge nicht immer so gefährlich aus. Wenn man das Glück hat, als gelernter Politiker auch bescheidener Staatsbürger sein zu können, also in Kreisen umzugehen und in Situationen mitzuwirken, in denen man nicht als Politiker tätig wird, sondern in einer wirtschaftlichen oder sonstigen Funktion, dann zeigt sich doch unsere SPD, und die SPD-Leute zeigen sich von einer ganz anderen Seite. Wenn ich also als einfaches Mitglied der Industrie- und Handelskammer an den Ausspracheabenden teilnehme oder im Finanzaussschuß dieser Kammer über die Erhöhung der Kommunalsteuern mit der Sozialdemokratie zu verhandeln habe ..., die Bekenntnisse so schöner Seelen, die man da zu hören bekommt, würden einem Tränen entlocken, wenn man die Leute nicht kennen würde. Das sind ja gar keine Sozialisten mehr. Das ist im Wege der Evolution so schön zu lösen, und die Betreffenden in höheren Ämtern sind alle so friedlich geworden, so gelb geworden, daß man diese ganze politische Aufregung in Bonn gar nicht mehr erklären kann. Diese Leute haben keinerlei politische Substanz mehr. Sie lugen danach aus, ob man ihnen eine Brücke bietet.

Nun das Gegenbild: Wie verhalten sich unsere bürgerlichen Leute dabei? Ich muß sagen, sie sind oft wirklich eingeschläfert, und wenn sie im Lande jahrelang die

Amtsträger in der Gestalt von Sozialdemokraten haben, dann entwickelt sich ein Fatalismus und eine Psychologie, auch eine praktische Psychologie diesen Leuten gegenüber, man könnte das als perfekten Anpassungsvorgang bezeichnen. Wenn ich mir die Situation so ansehe, springt kaum noch ein politischer Funke über. Wie man da einen Wahlkampf führen will, und zwar von beiden Seiten, scheint einem manchmal etwas sonderbar. Z.B. wird gesagt: Wenn der Herr Oberbürgermeister, ein ausgemachter Sozialdemokrat, bei uns kandidieren würde für den Bundestag, er würde doch viele Stimmen bekommen und wohl politisch durchkommen, und das sieht man gar nicht einmal sehr ungern, man hat sich einander angepaßt! Da oben wird gefochten, und da unten macht man in falscher Brüderlichkeit. Ich möchte den Ruf unterstützen: Wir müssen Leute herbeirufen, die uns mit gewissen Ideen, die sie schon öffentlich vertreten haben, einmal zur Verfügung stehen, und wollen prüfen, was wir dazu zu sagen haben. Meine Erfahrung geht dahin: Ohne ein klärendes Wort und an die Sache herangehendes Wort zu dem, was man gemeinhin sozial nennt, kommen wir nicht mehr weiter. Wir wollen es nicht uns von anderen Leuten abnehmen lassen, daß sie die Frage der Beteiligung des einzelnen, der Familie oder des Berufsstandes am Sozialprodukt ihrerseits klären. Unsere ganze Steuerpolitik ist voll von diesen Problemen. Warum drücken wir uns auch als Partei an den Sachaufgaben, die vorhanden sind, vorbei? Warum lassen wir unsere Ausschüsse nicht arbeiten? Wann bietet uns ein Ausschuß ein Substanz enthaltendes Problem? Ministerpräsident Arnold war fast der einzige, der in den letzten Jahren wenigstens ein Thema genannt hat, an dem man sich sachlich irgendwie abgearbeitet hat. Wenn wir uns nicht an die Sachaufgaben irgendwie wieder emporzuretten wissen, kommen wir über das taktische Spiel, daß wir mehr an anderen kritisieren, nicht mehr weiter hinaus.

Tillmanns: Wir haben vom Berliner Parteitag her die Aufgabe, den Auftrag, besser gesagt diese Aufgaben in Angriff zu nehmen. Das ist schon dadurch geschehen, daß wir hier die Vorsitzenden aller beteiligten Ausschüsse unserer Partei zu einer gemeinsamen Aussprache hatten[90] und zunächst einmal geklärt haben, welche Aufgaben die einzelnen Ausschüsse haben, und die Vorsitzenden haben sich bereit erklärt, bis zum 20. Dezember 1952 einen ersten Entwurf dessen, was sie erarbeitet haben, vorzulegen. Leider liegen die Dinge noch nicht vor, aber ich hoffe, sie sind in guter Bearbeitung, so daß wir in den nächsten Tagen und Monaten unsere Hauptaktivität auf diese Dinge richten müssen. Leider ist es dadurch, daß die Dinge in Bonn weiterschwelen, ein bißchen verzögert worden.

Strickrodt: Vielleicht können wir einmal uns berichten lassen über den Parteitag der Freunde in Italien, der Democrazia Cristiana.

Simpfendörfer: Ich sehe jetzt keinen anderen Ausweg mehr, als der SPD einen Kampf aufs Messer zu liefern. Dafür müssen allerdings die Voraussetzungen geschaffen werden. Auf der anderen Seite gestehe ich offen, daß einige von uns aus

90 Vgl. Nr. 15.

dieser Besprechung herausgehen mit einem sehr starken Pessimismus im Blick auf diesen Kampf. Dr. Ehlers, Kampf bis aufs Messer beinhaltet noch nicht, was das für ein Kampf ist oder sein soll.

Zimmer[91]*:* Man kann hoffen auf eine Volksaufklärung. Ich für meine Person bin doch sehr im Zweifel darüber, ob es nicht besser gewesen wäre, die ganze Angelegenheit mit den Verträgen doch durchzukämpfen. Wir sind agitatorisch in eine schwierige Lage gekommen. Ich bitte den geschäftsführenden Vorstand, nach der Richtung hin einmal Überlegungen anzustellen. Gut, die SPD hat ein doppeltes Gesicht, sie führt in Bonn den heftigsten Kampf und im Lande spielt sie den Jovialen, zum Teil neuerdings auch auf der mittleren Ebene, besonders aber die Funktionäre der Kommunalpolitik verwischen die Grenzen und suchen Vertrauen zu erwerben. Es ist die Gefahr der Verwischung der Fronten in der mittleren Ebene absolut gegeben, wobei zu bedenken ist, daß die Sozialdemokratische Partei einen starken linken Flügel hat, und das ist ihr brutalster, der in enger Verbindung steht mit der KPD. Man wählt sich gegenseitig; die KPD stimmt für die SPD. Es sind auch Fälle, wo der linke Flügel der SPD für die KPD stimmte. Es ist also eine wachsweiche Sache in der Gefahr, daß der linke radikale Flügel im Endergebnis siegt und die sogenannten gemäßigten Funktionäre der unteren Stufen die Aufgabe haben, das Volk zu täuschen. Ich bitte nicht zu sehr zu hoffen auf die liberalen Kräfte. Nach meinem Gefühl laufen die Dinge mit der DVP. Ich sehe da keine Anschmiegung an uns. Ich bin dafür, ein klares Programm herauszustellen und die Fronten für den Wahlkampf abzugrenzen. Von unserer Sicht aus sind Wahlbündnisse nicht tragbar, und mit der DVP schon gar nicht in Südwestdeutschland. Wir können es nicht ertragen bei der Ära, die uns gegenübersteht. Ich bitte unsere Freunde, wenigstens vorläufig jeden Griff auf das Land Rheinland-Pfalz zu unterlassen. Wir könnten es nicht mehr ertragen. Das Land Rheinland-Pfalz scheint mir im Augenblick eine wesentliche Stütze des Kanzlers zu sein. (*Zwischenruf:* Das hat im Augenblick niemand vor!) Wir haben genug erlebt auf dem Gebiet. Im übrigen kommt es mir wesentlich darauf an, die programmatischen Grundlagen der CDU für den Wahlkampf klar herauszustellen.

Gurk[92]*:* Die Anliegen, die Herr Zimmer vorgetragen hat, teilen wir wohl alle. Aber, wie bekommen wir es hin? Bei der Verfilzung der Front scheint es kaum mehr möglich zu sein, die SPD auf einen anderen Standpunkt zu bringen. Auch wir müßten Federn lassen, aber, wie das geschehen soll, weiß kein Mensch. Es ist richtig, daß wir mit einem klar umrissenen Parteiprogramm für die Bundestagswahlen herauskommen müssen. Sehen Sie sich das Programm der Sozialdemokratie von Dortmund an.[93] Dieses Programm verspricht allen alles, es ist derartig verwaschen und geschickt aufgezogen, ich möchte fast meinen, daß die hervorragendsten Mitar-

91 Erschlossen – vgl. Anm. 50.
92 Erschlossen – vgl. Anm. 50.
93 Vgl. Nr. 15 Anm. 2.

beiter von Goebbels bei diesem Programm Pate gestanden haben. Es sind stellenweise dieselben Formulierungen darin enthalten. Man spricht Menschen mit den alten Parolen an, und ich befürchte, man gewinnt sie damit. Wir haben es sehr schwer, mit entsprechend zugkräftigen Parolen zu kommen. Es ist leider Gottes so im politischen Leben, daß die Menschen sich nicht durch gescheite Reden überzeugen lassen, sondern durch Schlagzeilen. Wir müssen also ein klares, zugkräftiges Programm haben, das wir dem Dortmunder Programm der SPD entgegenstellen können, und es muß in knapper und klarer Form herausgebracht werden, daß wir damit einen Wahlkampf bestreiten können.

Süsterhenn: Erfolge auf der Ebene der Politik werden von den breiten Massen sehr schnell vergessen. Deshalb ist es für das Bestehen der Wahlschlacht entscheidend, daß bis zu diesem Termin noch ganz reale Erfolge aufzuweisen sein werden und aufgewiesen werden können, und diese Erfolge müssen primär auf dem Gebiet der Außenpolitik liegen. Dahin tendiert auch die ganze Politik der SPD. Wenn es der SPD gelingt, die außenpolitische Konzeption des Bundeskanzlers zu zerschlagen und den Bundeskanzler und die CDU dahin zu bringen, daß sie außenpolitisch mit leeren Händen in die nächsten Wahlen hineingehen und die ganze Europapolitik so oder so gescheitert ist, davon verspricht sich die SPD den unmittelbaren Wahlsieg, und ihre ganze Arbeit ist lediglich auf diesen Wahlsieg ausgerichtet. Den Vorschlag Zimmers, daß Ministerpräsident Arnold mit der SPD verhandeln und an ihr moralisches Verantwortungsgefühl appellieren sollte und auf die große Gefahr für ein Auseinanderfallen der deutschen Demokratie hinweisen soll, man mag ihn versuchen; ich bin nicht davon überzeugt, daß das den geringsten Erfolg haben wird. Wenn Arnold überhaupt für die SPD als ein Gesprächspartner erscheint, dann nur aus dem Gesichtspunkt heraus, weil die SPD in Arnold einen Mann erblickt, der evtl. zu gegebener Zeit einmal bereit wäre, mit der SPD eine Koalition nach Möglichkeit nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern darüber hinaus auch im Bunde zu inaugurieren. Ein rein parteipolitisches Machtstreben steht hinter der SPD. Dort, wo die SPD in der Verantwortung steht, in den Kommunen und auch in einzelnen Ländern, dort ist sie doch einigermaßen noch vernünftig und hat auch Ansätze zu einem gewissen Verantwortungsbewußtsein und fügt sich der Tatsache, daß man nicht mehr ausgeben kann, als man im Säckel hat, und zeigt stark realpolitische Erscheinungsformen und Ansätze. Überall, wo sie nicht im Besitz der Macht ist, betreibt sie ganz radikale und verantwortungslose Opposition. An dieser verantwortungslosen und radikalen Opposition wird sich einfach bis zu den Bundestagswahlen auf seiten der SPD gar nichts ändern können, wenn sie nicht selbst die Chancen für die Bundestagswahlen preisgeben will. Insofern wird uns auch beim besten Willen unsererseits nichts anderes übrigbleiben, als diesem Kampf bis aufs Messer, den die SPD hier in Bonn gegen uns und unsere Politik führt, mit aller Energie und Grundsatzfestigkeit zu begegnen und alles zu versuchen, um auch in diesem letzten uns zur Verfügung stehenden Legislaturabschnitt möglichst viel an realen Erfolgen zu erzielen und insbesondere die Außenpolitik des Bundeskanzlers zu einem so sichtbaren

Erfolg zu bringen, daß auch der kleinste Mann merkt, dieses Europa ist nicht mehr bloßes Gerede, sondern wird auch eine irgendwie greifbare Realität. Ich weiß nicht, ob ein offizieller Versuch einer exponierten politischen Persönlichkeit wie Arnold nicht auf der Gegenseite als Schwächezeichen ausgedeutet werden könnte.

Darüber sind wir uns vielleicht klar, daß es vielleicht falsch war, bevor das Problem des Südweststaates im Bundestag mit einem großen Elan angegriffen wurde, dieses Problem kein einziges Mal in einer Bundesvorstandssitzung sachlich zur Erörterung gelangt ist und man in diesem Rahmen sich nicht einmal wenigstens versucht hat, über die möglichen politischen Konsequenzen einer derartigen Maßnahme klarzuwerden. Man hat das aus einer gewissen Begeisterung für die Schaffung von großräumigen Ländern heraus mitgemacht, aus einer Begeisterung, die im wesentlichen von den heutigen Trägern der Stuttgarter Koalition im Volke und von der ihr hörigen Presse verbreitet worden ist. Ich glaube, daß man Herrn Gurk, der zu den gebrannten Kindern gehört, dankbar sein soll, daß er das Thema Rheinland-Pfalz zum ersten Male zum Gegenstand einer Aussprache in einer Bundesvorstandssitzung gemacht hat. Wir müssen uns im klaren sein: Wenn auch dieses Land verschwindet und diese vier Stimmen im Bundesrat der jetzigen Bundesregierung oder einer gleichartigen künftigen Bundesregierung verlorengehen, ist der Bundesrat wirklich das perfekte Sabotage-Instrument der sozialistisch geführten Länder. Und man mag unter raumplanerischen Gesichtspunkten oder sonstigen schönen Gesichtspunkten, wie sie Artikel 29 Grundgesetz aufzählt, anfangen, von Volkstum bis zur Geschichte usw. ideale theoretische Dinge sich ausdenken, um eine theoretische perfekte Neugliederung durchzuführen, wenn wir nicht das Gefühl für politische Macht haben dadurch, daß wir dafür sorgen, daß wir in den entscheidenden Gremien, Bundestag und Bundesrat, die notwendigen Mehrheiten haben, helfen uns alle diese raumplanerischen und sonstigen Ideale keinen Schritt weiter. Deshalb bin ich dafür, daß auch, trotzdem so ein gewisser verständlicher historischer Annektionismus [!] auf dieser Klaviatur zu spielen falsch ist, und man sollte von unseren Freunden in Bayern keine Pfalzausschüsse einrichten[94]. Man soll nicht den Versuch machen, wenn man es tut, das als Politik zu bezeichnen und diese Dinge dahin kommen zu lassen, daß vielleicht unsere bayerische CSU gegen Rheinland-Pfalz Sturm läuft, um die Pfalz im entscheidenden Endspurt nicht nach Bayern, sondern vermutlich auch noch zum Südweststaat gelangen zu lassen, eine Möglichkeit, die keineswegs von der Hand zu weisen ist.

94 Unmittelbar nach der Gründung des Landes Rheinland-Pfalz am 30. August 1946 bildeten Pfälzer den „Bund Bayern und Pfalz", der die Wiedervereinigung Bayerns mit Pfalz zum Ziel hatte; in Bayern entstanden der Landesverband der Pfälzer in Bayern (Pfälzer) und der Bund der Pfalzfreunde. Erst nachdem das Volksbegehren vom 9.–22. April 1956 gescheitert war, gab die bayerische Staatsregierung das Ziel der Wiedervereinigung der Pfalz mit Bayern auf. Vgl. dazu Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern (hrsg. von Karl Bosl), Abt. III Bd. 9: Die Regierungen 1945–1962, bearb. von Fritz Baer. München 1976 S. 399, 516–542.

Tillmanns: Zum Verhältnis zwischen CDU und SPD: Ich stimme denen zu, die sagen, die SPD führe ihrerseits den Kampf bis aufs Messer, und das ist einfach eine Situation, die wir klar sehen müssen. Das mag stimmen. Die Frage ist nur, wie wir dem am wirksamsten begegnen. Ich bin nicht der Meinung, daß wir dem so am wirksamsten begegnen, daß wir mit denselben Methoden arbeiten. Erstens können wir es nicht, und zweitens ist das auch angesichts der gesamten Situation, die sehr labil ist, eine äußerst schwierige Angelegenheit. Eines der Argumente bezüglich der Verträge, wenn man der SPD ihre negative Haltung vorwirft und sagt: Ihr wollt ja nicht! Ihr habt es nicht versucht, kommt als Antwort. Wenn der Bundeskanzler mit Ollenhauer den Versuch machte, durch ein Gespräch mit Ollenhauer, selbst wenn es scheitert, so stärkt das unsere Position. Wenn wir alles tun, um den schlüssigen Beweis vor der Öffentlichkeit zu führen, daß trotz aller Bemühungen die SPD bei ihrem Nein beharrt, so stärkt das unsere Position. Deswegen bin ich nicht der Auffassung, daß es sich um die Alternative handelt, schwach oder hart, sondern allein um die Frage: klug!

Wir müssen uns darüber klar sein, es gibt in unserem Volke, in der Öffentlichkeit, bezüglich der Wirksamkeit politischer Parolen ganz verschiedene Schichten. Es ist durchaus richtig, was Fay gesagt hat, daß gewisse Schichten nur angesprochen werden können mit simplen, verhältnismäßig dick aufgetragenen Propagandaparolen, das stimmt; aber bei weitem stimmt es nicht für die gesamte Bevölkerung und vor allen Dingen nicht für die Kreise, die für uns ansprechbar sind, und das stimmt schon gar nicht für die heranwachsende junge Generation. Wenn man eines von der neu heranwachsenden Generation sagen kann, ist es eine geradezu mimosenhafte Empfindlichkeit gegen Schlagworte und nicht vollständig sicherstehende Parolen. Daher kommt die Distanzierung der jungen Generation von den politischen Parteien, weil sie nicht mehr an unsere Sachlichkeit glaubt. Wir sollten uns hüten zu sagen: Nur eine bestimmte Methode des Wahlkampfes garantiere den Erfolg! Wir müssen auf ganz verschiedene Schichten und auf ganz verschiedene Einstellungen Rücksicht nehmen, und ich habe den Eindruck, und auch das öffentliche Echo über die letzte Bundestagssitzung zeigt das ja, daß unser Volk weitgehend Parteiengezänk nicht mehr will und die SPD, die noch auf dieser Linie läuft, sich selbst das Grab gräbt eines Tages. Wenn wir nun nicht etwa zart und weitherzig der SPD entgegentreten, und etwas anderes bleibt im großen und ganzen auch der CDU nicht übrig, sondern klar und einfach und für das Volk verständlich dem Volk unsere positive politische und große Konzeption entgegensetzen und in das Volk hineinbringen, ich glaube, es bleibt nichts anderes übrig, als den Kampf klar und entschieden auf der Linie der CDU zu führen, wobei ich Herrn Strickrodt zustimme: Wir brauchen für die Bundestagswahlen für die gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik kein umfassendes und verschwommenes Programm, sondern wir brauchen klar herausgearbeitete und für die gegenwärtige Situation unseres Volkes eindrucksvolle Ziele und Punkte, die wir in diesem Wahlkampf herausstellen als die Absichten, die wir in den kommenden vier Jahren verwirklichen wollen. Ich glaube, wenn wir das fertigbringen, werden wir Erfolg haben.

Im übrigen hängt die Führung des Wahlkampfes davon ab, in welcher politischen Situation der Wahlkampf stattfindet. Daß es unser Ziel sein muß, vorher die Pläne unter Dach zu bringen, ist klar. Wenn das gelingt und einige Monate ins Land gegangen sind, wird sich im Volke ein Gefühl der Erleichterung durchsetzen, und wenn wir nach einigen Monaten wählen, werden wir in einer vollständig anderen politischen Situation wählen als heute. Die SPD will einen Wahlkampf, in dem die Wahlkampfparole noch ist: Für oder gegen die Verträge? Wenn jetzt der Bundeskanzler oder einige andere von uns mit der SPD sprechen, müßte einmal mit der SPD auch über eine Frage unter vier Augen gesprochen werden, ob sie wirklich Neuwahlen wollen kann. Meiner Ansicht nach kann sie das selbst nicht wollen. Man stelle sich vor, in welche Situation wir kommen, wenn unter dieser Parole Bundestagswahlen stattfinden. Die Nachbarn aus dem Osten werden doppelt soviel Geld in diesen Wahlkampf investieren als sämtliche anderen Parteien zusammengenommen, und es wird ein Propaganda-Katarakt auf unser Volk niederprasseln von einem Ausmaß, von dem wir uns keine Vorstellungen machen können. Wir können mit Neuwahlen über dieses Thema dem Bolschewismus keinen besseren Gefallen tun. Der Bolschewismus würde nicht arbeiten mit direkten kommunistischen Parolen, sondern mit Parolen, die getarnt werden so, daß alle wohlmeinenden Menschen des Volkes ihm zum Opfer fallen, jedenfalls weitgehend. Ob dann die SPD, wenn sie wirklich nach den Wahlen zur Regierung kommen sollte, auch zusammen mit den Besatzungsmächten das große Bündnis machen will, ist nicht entscheidend, entscheidend ist die Frage, ob die SPD dann noch es überhaupt machen kann. Durch einen solchen Wahlkampf kommt sie notwendigerweise in eine nicht mehr lösbare Tuchfühlung mit der KPD. Ob sie es dann noch machen kann?

Sie hat jetzt eine Version im Bundestag vertreten; sie will auch Westverträge, aber nicht so; eine solche Haltung wird sie nicht einhalten können; im Wahlkampf wird sie den Eindruck erwecken müssen, sie wolle das nicht, und damit wird sie sich eine Bindung auferlegen, so daß sie selber nachher nicht mehr verantwortungsvolle Politik treiben kann. Ich bin der Auffassung, wenn man einmal über diese Frage spricht, werden die vernünftigen SPD-Leute, und es gibt noch einige, zu der Einsicht kommen, daß das geradezu ein verhängnisvolles verderbliches Spiel überhaupt mit der Existenz unseres Volkes ist, überhaupt über diese Frage einen Wahlkampf zu führen. Das hat es in der gesamten bisherigen Geschichte noch nicht gegeben, daß ein Volk darüber abstimmt, ob es sich verteidigen will oder nicht. Dieses Verbrechen will die SPD begehen? Ich bin der Auffassung, daß sie es nicht wollen kann, und darüber sollte man mit Persönlichkeiten der SPD sprechen.

Kaiser: Das Verhältnis der SPD zu uns oder umgekehrt gehört nach meinem Dafürhalten zum Unglück der Nation. Ich urteile genauso darüber wie Zimmer, und wir sollten nicht in den Fehler verfallen, als wenn die Schuld nur auf einer Seite liege. Sie liegt auf mehreren Seiten. Sie liegt auch auf unserer Seite. Ich habe immer gesagt, und ich bedauere, daß der Kanzler nicht hier ist, denn er spricht ja morgen

oder Mittwoch mit dem Repräsentanten der SPD, Ollenhauer[95], und wir kennen Ollenhauer, und es ist schon von großer Wichtigkeit, daß dieses Gespräch die Themen berührt, die Tillmanns eben angesprochen hat, und daß es in ernsthafter Weise geschieht und daß mit letzter Aufrichtigkeit miteinander gesprochen wird. Ich bin der Meinung, von dem Verhältnis zueinander und von den beiden Parteien hängt das weitere Geschick unseres Volkes ab. Ich bin nicht der Meinung, daß die sozialdemokratischen Führer von unten her, von der Masse, in eine radikale Linie gedrängt werden. Immer dann, wenn ich in Essen das Wort ergriffen habe[96] und auch vor vielen Sozialdemokraten gesprochen habe, um klarzumachen, wie sehr es darauf ankommt auf ein besseres Verhältnis zwischen diesen beiden großen Gruppen, habe ich lebhafte Zustimmung auch in sozialdemokratischen Reihen gefunden. Wir sollen uns im Blick auf die kommenden Wahlen hüten, so etwas zu propagieren wie Bürgerblock auf der einen Seite gegen Arbeiterschaft auf der anderen Seite, dann würden wir dabei einen Reinfall sondergleichen erleiden. Deswegen ist es so wichtig, daß wir das angesprochen haben. Kampf bis aufs Messer, das ist nach meinem Dafürhalten eine ganz falsche Formulierung. So dürfen wir es nicht anpacken. Ich möchte auch wünschen, daß es gelingt, in Hamburg das Programm unserer Partei mit einer betont sozialen Note so klar und überzeugend auszudrücken, daß es uns gelingt, das Gros der Wählerschichten zu erhalten, nur dann wird es uns gelingen, eine mindestens so starke Partei wie die SPD zu bleiben, eine nach Möglichkeit stärkere Partei, und ich versuche immer in Versammlungen klarzumachen, warum wir neben dieser entschlossenen und geschlossenen Partei eine möglichst gleich starke, eine nach Möglichkeit – das muß ich unterstreichen – stärkere CDU sein müssen, die keine bürgerliche Partei schlechthin sein darf, sondern diese Partei ist und muß ein Größeres sein. Ich würde es begrüßen, wenn der Kanzler schon bei dem jetzt kommenden Gespräch mit Ollenhauer um eine Stufe vorwärtskommt. Ich kann mir nicht denken, daß die drüben mit Bezug auf den demokratischen Bestand nicht von vergleichbarer Besorgnis erfüllt sind wie wir.

Adenauer: Zum Teil haben Sie recht, oder der Teil ist richtig gesehen im Sinne des Wortes, oder, wie es früher gebraucht wurde, sind wir keine bürgerliche Partei. Wir sind eine nicht-sozialistische Partei, aber wenn Sie glauben, einen Schritt näherzukommen in irgendeinem Gespräch mit Ollenhauer, dann weiß ich nicht nach welcher Richtung hin. Ich bin der Auffassung, daß die heutige Sozialdemokratische Partei durch die Führung von Schumacher einfach zu einer totalitären Partei geworden ist, die sich mit dem Staate gleichsetzt. Bei der Sozialdemokratie ist leider Gottes Partei und Staat identisch, und sie erkennt keine andere Partei an. Das Verhalten der Sozialdemokratie in allen diesen Dingen ist sonst schlechterdings

95 Die Aussprache zwischen Adenauer und Ollenhauer fand am 18. Dezember 1952 statt (vgl. AdG 1952 S. 3802; ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 188f.).

96 Vermutlich Anspielung auf den Essener Kongreß der CDA vom 18.–20. November 1950 (vgl. KOSTHORST S. 264f.).

nicht zu erklären. Es ist z.B. auch nicht zu erklären, daß Erler[97] und Ollenhauer im Bundestag sich hinstellen und Behauptungen aufstellen und Fragen an mich richten, über die sie in vertrautesten Besprechungen vorher orientiert gewesen worden sind, z.B. die Frage Ollenhauers: Wo wollen Sie die 40 Milliarden herbekommen, die zur Aufrüstung nötig sind? Dabei weiß er genau, es ist ihm vertraulich mitgeteilt worden, daß die Amerikaner uns erklärt haben, sie würden uns mit den neuesten Waffen etwa in dieser Summe beliefern. Das wußte er. Trotzdem stellte er diese Frage. Ich hatte eben eine sehr lange Besprechung mit Mr. Reber und habe mir eine Niederschrift mitgebracht: Ein prominentes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei – ich kenne den Namen[98] – macht einem Beamten der Bundesregierung gegenüber folgende Ausführungen über die künftige Außenpolitik der SPD, es sei davon auszugehen, daß die Verträge durch die Ereignisse der letzten Tage so gut wie tot seien. Es sei noch nicht klar, ob das Bundesverfassungsgericht die Klage der Regierungskoalition entgegennehmen wird. Es sei zweifelhaft, ob der zweite Senat aufgrund der jüngsten Ereignisse geneigt sei, die Rechtsauffassung der Bundesregierung uneingeschränkt zu billigen. Selbst wenn dies der Fall sei, könnte die dritte Lesung frühestens Ende Januar stattfinden. Ihr würde unmittelbar eine Normenkontrollklage der SPD vor dem ersten Senat folgen. Auch hierüber würde viel Zeit verstreichen. Falls die Meinungen des ersten und zweiten Senats divergieren, müßte das Plenum des Bundesverfassungsgerichts eine Entscheidung treffen. Aufgrund der jüngsten Ereignisse sei mit Sicherheit anzunehmen, daß dieses Gremium den Standpunkt der Bundesregierung jetzt noch weniger teilen werde als zuvor. Auf alle Fälle würden durch diese Instanzenzüge solche Verzögerungen eintreten, daß eine rechtskräftige Ratifikation von deutscher Seite allenfalls erst mitten im Wahlkampf, wenn überhaupt, erfolgen könnte. Diese Ereignisse auf deutscher Seite könnten nicht verfehlen, auf italienischer und französischer Seite ähnliche Verzögerungen auszulösen, so daß auch in diesen Ländern mit einer Ratifizierung vor dem Sommer nicht mehr zu rechnen sei. Inzwischen wird in Amerika ein ganz neues Team von Männern an die Macht kommen, die zwar keine abrupte Wendung der amerikanischen Außenpolitik herbeiführen würden, wohl aber aus den Fehlern Achesons zu lernen bereit seien. Insbesondere würden sie weniger als Acheson geneigt sein, in die Rüstung Frankreichs Gelder hineinzustecken, die sich doch nicht lohnen. Auch die Korea-Frage würde man versuchen einer Lösung entgegenzuführen. In Korea gäbe es vier Lösungsmöglichkeiten: 1. Ein Rückzug, der aber aus politischen Gründen unmöglich sei. 2. Eine Offensive, wie sie vorgeschlagen worden ist, gegen die aber

97 Fritz Erler (1913–1967), seit 1931 SPD, 1945–1949 Landrat (bis 1946 von Biberach, dann von Tuttlingen), 1946–1947 MdL Württemberg-Hohenzollern, 1949–1967 MdB (außen- und militärpolitischer Sprecher der SPD, 1964–1967 Fraktionsvorsitzender), 1964–1967 stv. Vorsitzender der SPD. Vgl. Hartmut SOELL in DEMOKRATEN S. 121–131; DERS.: Fritz Erler.

98 Lenz vermutet, daß die Informationen aus dem SPD-Vorstand von Fritz Baade stammen (vgl. Lenz-Tagebuch, 15. Dezember 1952).

die Engländer ihr Veto eingelegt haben. 3. Eine begrenzte Offensive, wozu den USA die nötigen Truppen fehlen. 4. Verhandlungen mit Rußland über eine globale Lösung des West-Ost-Konflikts, insbesondere mit den hauptsächlichsten Brennpunkten Deutschland und Korea.

Diese beiden Fragen könne man sowieso nicht getrennt betrachten. Vom deutschen Standpunkt seien West-Ost-Verhandlungen auf dieser Basis durchaus zu begrüßen. Es bestünde Grund zu der Annahme, daß die Russen auf formale freie Wahlen in Deutschland und Korea eingehen. Das würde bedeuten ein sozialdemokratisches Deutschland und ein kommunistisches Korea. In diesem Sinne könne man davon sprechen, daß man Korea gegen Ostdeutschland aushandele. Selbstverständlich könne man in diesen Verhandlungen nicht darauf bestehen, daß ein wiederbefreites Deutschland, ein wieder freies Deutschland in ein westliches Vertragssystem eingebaut werden könne. Wer eine solche Forderung aufstelle, beweise, daß er nicht den Willen hat, mit Rußland zu einer Übereinkunft zu kommen. Ein von Ost und West unabhängiges Deutschland mit einer nationalen Armee, deren Stärke gemeinsam durch die Vereinigten Staaten und Rußland kontrolliert werde, bilde durchaus eine mögliche Verhandlungsbasis. Ein solches Deutschland muß und würde der UNO beitreten und in ihrem Rahmen seine Sicherheit finden. Die Frage der Oder-Neiße-Linie bilde bei solchen Verhandlungen die größte Schwierigkeit. Notfalls müsse man auch bereit sein, die Oder-Neiße-Linie zunächst zu schlucken. Die Bundesregierung sei ja auch bereit, in den vorliegenden Verträgen vieles zu unterschreiben, was auf die Dauer nicht möglich sei zu akzeptieren. Amerika verzichte dann hinsichtlich Ost-Europa auf seine Pläne. Wenn Rußland sähe, Amerika würde keinen Versuch machen, die Tschechoslowakei und Polen zu befreien oder Deutschland für einen antikommunistischen Kreuzzug zu benutzen usw. usw. Das sind die Ergebnisse der Verhandlungen im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei unter Anwesenheit der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten[99]. Wir haben manchmal schon über diese Dinge gesprochen. Eine Partei, die ein solches Ziel verfolgt, ist für uns ... *(Unterbrochen durch Minister Kaiser.)*

Kaiser: Ich habe ein paar Bemerkungen gemacht über, nun, das Verhältnis der Christlichen Demokraten zu den Sozialdemokraten. Dabei sind zwei verschiedene Auffassungen zutage getreten: Von einigen Herren wurde gesagt, der SPD gegenüber gibt es nur den Kampf bis aufs Messer, von anderer Seite wurde zur Behutsamkeit gemahnt. Es wurde festgestellt, daß das heutige Spannungsverhältnis zwischen uns und der SPD einfach ein Unglück für unser Volk ist und daß wir alle miteinander unser Bestes dazu tun müßten, daß es hier zu einer größeren Verständigung kommt. Ich habe gewagt auszusprechen, daß man doch nicht in den Fehler verfallen sollte, die Schuld nur auf der anderen Seite zu sehen, sondern darüber nachzudenken, ob wir im Verhältnis zur SPD nicht auch den einen oder anderen Fehler begangen haben. Es ist insbesondere von Tillmanns darauf hingewiesen worden, es

99 SPD-Vorstandssitzung am 12. Dezember 1952. Vgl. SOELL 1 S. 156f.

sind doch nicht nur Bösewichter auf der anderen Seite. Es gibt in dieser großen Partei auch eine Reihe verantwortungsbewußter Persönlichkeiten, und ich habe hinzubemerkt, und zwar in einem Gegensatz zu einer anderen Auffassung, daß vor allem in der Masse der sozialdemokratischen Wählerschaft eine starke Einsicht auch vorherrscht für eine Besserung des Verhältnisses zwischen denen und uns.

Adenauer: Daß ich dafür bin, die Beziehungen zur Sozialdemokratie nicht immer auf Hauen und Stechen zu haben, ist vollkommen klar, und zwar schon aus Gründen der Wahrung des Ansehens des Parlaments und der demokratischen Parteien. Auch möchte ich durchaus die Möglichkeit, bei dieser oder jener Gelegenheit mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten. Aber zum Zusammenarbeiten gehören immer zwei und nicht einer. Ich erinnere mich aus der ganzen Arbeit im Bundestag bisher nur eines einzigen Falles, wo man wirklich mit der Sozialdemokratie hat zusammenarbeiten können und auch getan hat, und zwar bei dem ersten Wohnungsbaugesetz, wo Klabunde[100], der jetzt tot ist, tätig war, obgleich wir auch bei dieser Sache den kürzeren gezogen haben. Sonst erinnere ich mich nicht eines einzigen Falles, wo wir wirklich ... (*Zwischenruf:* Doch, beim Kriegsopfergesetz[101]). Gut, aber sonst erinnere ich mich keines einzigen Falles. Und in dieser Frage, die entscheidend ist für die Zukunft des deutschen Volkes, handelt die Sozialdemokratie so am deutschen Volk, daß ich ihr das niemals vergessen kann. Das ist wirklich eine Sünde gegen das deutsche Volk, die hier begangen wird, allein aus dem Drang, an die Macht zu kommen. Hier wird im eklatantesten Sinne des Wortes die Partei über das Volk gestellt, und es ist eine kapitale Dummheit, zu glauben, eine sozialistische Überzeugung hochhalten zu können, wenn der Russe unser Garant sein soll.

Ein Taktisches dazu: Wir können doch nur die Wahl gewinnen im Kampf gegen die Sozialdemokratie, indem wir auf unsere Arbeit hinweisen. Wie sollen wir bestehen können, wenn wir nicht darauf hinweisen können, was wir geleistet haben? Sehen Sie, wie die Dinge sich entwickelt haben, ist es doch so, und Nordrhein-Westfalen ist mir da ein schlagender Beweis, daß, wenn man an eine Regierungskoalition durch CDU und SPD denkt, folgendes eintreten wird: Erstens wird diese Regierungskoalition überhaupt kaum etwas leisten können. Sie spannen dann ein Pferd vor den Wagen und ein Pferd hinter den Wagen nach verschiedenen Richtungen. In vielen entscheidenden Fällen hat die Sozialdemokratie uns gegenüber eine total entgegengesetzte Auffassung. Die SPD ist kollektivistisch, und wir sind individualistisch, und bei allen Gelegenheiten wirkt sich das gegeneinander aus, und dann wird das eintreten, was in Nordrhein-Westfalen eingetreten ist, entweder es geschieht nichts oder aber wir bezahlen die Kosten. In Nordrhein-Westfalen leiden wir

100 Erich Klabunde (1907–1950), Journalist (SPD); seit 1947 Vorsitzender des Verbandes der Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften, Mitglied des Zonenbeirats für die britische Zone, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (Vorsitzender der SPD-Fraktion), 1949–1950 MdB.

101 Vgl. Nr. 15 Anm. 7.

jetzt noch darunter, daß wir einem Sozialdemokraten das Innenministerium in die Hand gegeben haben[102]. Wo Sie einem Sozialdemokraten einen solchen Posten in die Hand geben, sind wir verloren.

Betrachten Sie die Sache weiter: Können denn die Sozialdemokraten in einer Regierung irgendwie dem Prinzip der Marktwirtschaft zustimmen? Das Dortmunder Programm ist ****

Nun frage ich Sie, und zwar sehr ernst: Sind Sie bereit, Minister Erhard einem Sozialdemokraten zuliebe zu opfern? Dann wird folgendes eintreten, und das bitte ich Sie, vom staatspolitischen Standpunkt zu betrachten, dann treiben wir eine ganze Menge von Leuten, die jetzt innerhalb der CDU und CSU sind, heraus, und wir treiben sie nach rechts und verstärken damit die Rechtstendenzen in einem Teil der Wählerschaft, und auf der anderen Seite würde die Sozialdemokratie Leute nach links verlieren, und wir würden geradezu eine Rechts- und Links-Entwicklung stärken. Unsere Partei, da können Sie sagen, was Sie wollen, und mit Engelszungen reden, unsere Partei würden Sie einfach ruinieren, das sage ich Ihnen in allem Ernst, Herr Kaiser, und wir hätten nichts davon. Ich bin der Auffassung – das habe ich auch Herrn Ollenhauer geschrieben in dem Briefe wegen der Unterredung[103] –, in einem demokratischen Staat muß sowohl die Regierung wie die Opposition von einer starken Partei geführt werden, und es hat keinen Zweck, zu versuchen, beide starken Parteien zu einer Einheitlichkeit zusammenzubringen, denn dann wird die Opposition etwas ganz Schlimmeres. Das sind die Gründe, weswegen nach meiner Auffassung ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie nach diesen Wahlen unmöglich sein wird.

Kaiser: Ich habe keine Gedanken ausgesprochen, die nach einer Koalition mit der SPD ausgehen sollten. Ich habe mich nur geäußert über das Verhältnis zwischen uns und der SPD, und dieses Verhältnis ist ein Unglück für unser Volk. Ich kann kein anderes Wort dafür finden. Ich habe an dem Kongreß der Gewerkschaften teilgenommen in Berlin[104] und bin auf eine Stimmung gestoßen, die einfach drohende Gefahren einschließt für den Zusammenhalt und für den Bestand der demokratischen Ordnung in Deutschland. Dieses Verhältnis darf nicht durch Schuld unsererseits – ich brauche das Wort Schuld, auch wenn es nur Versäumnisse sind –, wir dürfen nicht Öl ins Feuer gießen, sondern müssen sehen, daß wir zu einem erträglichen Verhältnis zur SPD kommen. Ich kann nicht wünschen und sage es mit einem Wort und darf auch nicht wünschen, daß wir in den nächsten Wahlkampf hineingehen als ein Bürgerblock gegen die Arbeiterschaft. Wir haben dieses unselige Wort einmal gehabt. Wir haben als CDU eine andere Aufgabe in Deutschland, und ich hoffe, daß uns die Aufgabe gelingt.

---

102 Gemeint ist Walter Menzel, Innenminister von 1946–1950 (vgl. Anm. 12), der eine „rigorose Parteibuchpersonalpolitik" betrieb (MEYERS S. 85f.; REUSCH S. 348).

103 Adenauer an Ollenhauer vom 11. Dezember 1952 sowie Antwort Ollenhauers vom 12. Dezember in AdsD (Korrespondenz Ollenhauer–Adenauer).

104 Vgl. Nr. 14 Anm. 9.

Adenauer: Ich möchte nicht in einen falschen Verdacht kommen. Herr Kaiser hat wiederholt sehr stark angedeutet, wohin seine Idee für eine zukünftige Politik geht, und die ging unzweifelhaft auf die Zukunftsbildung einer Regierung zwischen uns und der Sozialdemokratie. Wenn man hier davon spricht, Bürgerblock gegen Arbeiterschaft, dann möchte ich folgendes sagen: Ich habe den Wunsch, verehrter Herr Kaiser, und weiß, daß viele Parteifreunde den Wunsch teilen, daß Ihre Sozialausschüsse aktiver werden.

Bach: Ich bin der Ansicht, daß der ganze Kampf zwischen der SPD und uns im letzten darauf beruht, daß die SPD ihren Führungsanspruch nicht abgeben will und daß wir nur die eine Aufgabe haben, die stärkste Partei zu bleiben, damit sie sich daran gewöhnt. Das Gespräch muß stattfinden, aber es muß so geführt werden, daß wir uns im Vollbesitz unseres Sieges und unserer Kraft fühlen und den Herren von vorneherein sagen: Wir sind bereit, mit euch zu verhandeln, aber nicht bereit, mit euch in eine Koalition einzutreten.

Simpfendörfer: Ich habe gesagt, daß der Kampf gegen die SPD besser geführt werden müsse, und zwar deshalb, weil die SPD auf jeden Fall [ihn] so führen wird, wir oder sie. Ich kann vieles von dem unterstreichen, was die Herren Tillmanns und Kiesinger gesagt haben, aber wenn wir das Volk nicht aufklären über die Gefährlichkeit der SPD oder einer SPD-Regierung, dann wehe uns.

Dichtel: Wir brauchen uns heute abend über die künftige Koalition noch nicht [zu] streiten, sondern müssen das Ergebnis der Wahl abwarten. Was hier eben ernst behandelt worden ist, als der Bundeskanzler nicht dabeisein konnte, war folgendes: Was ist wünschenswert im Interesse der Erhaltung der Demokratie, die nach meiner Auffassung sehr ernstlich gefährdet ist? Sie wird erhalten nur von den beiden großen staatstragenden Parteien, zu denen, entschuldigen Sie, so frech bin ich, die SPD in diesem Falle gehört. (*Zwischenruf Adenauer:* Gehören sollte!) Wenn wir nur irgendwie draußen persönlich in einen Kontakt mit den Leuten kommen oder irgendwelche Einwirkungsmöglichkeiten haben, darauf hinzuwirken, daß nicht das Grundkapital der Demokratie zerschlagen wird, würden wir damit einer großen Sache dienen. Jetzt kommt die Realität: Mit Schumacher war ein Teilen wohl nicht möglich, weil er auf einen Alleinanspruch hinausging. Wir haben geglaubt, mit dem Wechsel in der Führung würde eine Änderung eintreten, aber die heutige Politik wird weitgehend in der Tradition Schumachers geführt. Nach dem, was gesagt worden ist über das, was im Parteivorstand der SPD gesagt wurde, und was heute abend seine Bestätigung in der Mitteilung des Kanzlers gefunden hat, gibt es bei der Situation nur eines, um der Selbstbehauptung des Volkes willen alle erlaubten fairen Mittel einzusetzen. Man muß das Ding wörtlich nehmen, nicht Kampf bis aufs Messer wörtlich, aber man sollte einen Kampf führen, der mindestens uns die Aussicht bringt, daß wir mit den Sozialdemokraten reden können, und reden können wir nur mit ihnen, wenn wir bei den kommenden Wahlen achtunggebietend abschließen.

Adenauer: Ein Wort noch über die Folgen des Todes von Dr. Schumacher: Ich

bin der Auffassung, daß mit Schumacher bis einige Monate vor seinem Tode besser zu verhandeln war als mit der heutigen Sozialdemokratie. Schumacher hatte die Autorität gegenüber seiner Partei und seiner Fraktion, die es jetzt nicht mehr gibt. Man merkt jetzt schon, wie Herren in der SPD darauf ausgehen, Nachfolger von Ollenhauer zu werden. Es ist das eingetreten, was ich befürchtet habe beim Tode Schumachers, daß die Versteifung noch größer werden würde. Wenn Ollenhauer wagen würde, etwas davon abzuweichen, was Schumacher gesagt hat und bis zum letzten Tag gesagt hat, würde das von denen, die seine Erbschaft antreten wollen, ihm vorgehalten werden. Ich gebe jede Hoffnung auf, bemühe mich aber auch trotzdem, daß vor den Wahlen irgend etwas möglich ist, und die Wahlen können wir nur führen auf uns gestellt und aufgrund unserer Arbeit und unserer Erfolge, dann wird sich das andere ja finden. Darin gebe ich vollkommen recht: Die Hauptsache ist, daß wir die stärkste Partei werden. Ich möchte bitten, die Frage zu überlegen, wie wichtig es ist, daß eine Oppositionspartei vorhanden ist, die stark ist. Nach meiner Auffassung kann in einer guten Demokratie nur mit Erfolg gearbeitet werden, wenn eine starke Partei auf der einen Seite und auf der anderen Seite dasselbe vorhanden ist. Es muß dann versucht werden, in Fragen, die das Leben des Volkes betreffen, eine Übereinstimmung herbeizuführen. Aber ich halte es nicht für richtig – ich spreche einmal ganz theoretisch – in einer Regierung die großen Blocks zu vereinen, so daß die Opposition alles das Zeug wird, was da herumliegt. Das ist nicht richtig.

Süsterhenn: Ich möchte einen Eindruck richtigstellen, den der Bundeskanzler vielleicht haben konnte und auch gehabt hat, als er das Zimmer betrat. Wir haben uns auf keinen Fall über die Möglichkeit der Koalitionsbildung nach den Wahlen unterhalten und unterhalten wollen. Ich würde solche Unterhaltung auch für eminent gefährlich halten. Der Stärkste ist am mächtigsten allein, und wir müssen diesen Wahlkampf unabhängig und ohne Bindung nach rechts und links führen. Alles übrige findet sich nach den Wahlen aus der dann aufgrund des Wahlergebnisses und der sonstigen politischen Lage gegebenen Situation. Ich fühle mich auch verpflichtet, ein wenig die Berichterstattung von Minister Kaiser zu berichtigen oder zu ergänzen, die zumindest mißverständlich wirken konnte. Niemand hier hat für einen Bürgerblock plädiert oder für einen prinzipiellen anti-sozialistischen Kurs, da niemand irgendwie die sozialen Prinzipien der CDU auch nur angezweifelt hat, sondern sowohl Simpfendörfer wie Wuermeling und Tillmanns haben lediglich erklärt, die SPD habe uns einen Kampf bis aufs Messer aufgezwungen durch das, was sich im Bundestag vollzogen hat und durch das, was in der vom Bundeskanzler verlesenen Niederschrift zum Ausdruck kommt, und gegenüber diesem Kampf sollen wir uns mit allen erlaubten und fairen Mitteln zur Wehr setzen und dürfen diesem Kampfe unter gar keinen Umständen ausweichen und auch uns nicht der Illusion hingeben, daß es vor den Wahlen durch noch so wohlgemeinte Besprechungen, gleichgültig von wem sie geführt werden, möglich sei, die SPD von dem augenblicklichen Kurs abzubringen. Wenn die SPD ihren augenblicklichen Kurs verlassen

würde, würde sie damit die eigenen Chancen der Wahl preisgeben. Man mag verhandeln und die Verantwortung klarstellen, den guten Willen zeigen, aber wiegen wir uns nicht in der Illusion, daß es möglich wäre, vor den Wahlen die SPD noch zur Vernunft und zu einem echten staatspolitischen Verantwortungsgefühl zu bewegen.

Adenauer: Ich möchte zweierlei zum Schluß sagen, vermeiden Sie das Wort doch „mit fairen Mitteln", sagen Sie „mit nicht unfairen Mitteln". Ich meine, renommieren Sie doch nicht so mit Ihrer Fairneß. Sagen wir „mit nicht unfairen Mitteln", das genügt.

Zwischenruf: Kann Auskunft gegeben werden, warum überhaupt der Bundespräsident ein Gutachten angefordert hat[105]?

Adenauer: Der Bundespräsident hatte das Gutachten seinerzeit angefordert, um, wenn möglich, aus den ganzen Debatten, die er politisch zu halten wünschte, diese juristische Geschichte herauszubringen. Das ist ihm aber nicht gelungen. Sie haben nur zu einem kleinen Teil die Dinge miterlebt, wenn ich zurückdenke an Persönlichkeiten wie Müller[106] und Braun[107], dann wird erst der große Unterschied klar gegenüber der damaligen und der heutigen SPD. Das waren Leute, die natürlich Sozialdemokraten waren, Sozialisten waren, die aber den Staat und die Staatsnotwendigkeiten und das Volk über die Partei stellten. Dann ist leider diese Entwicklung gekommen, die unter Schumacher eingesetzt hat und die wir einstweilen hinnehmen müssen. Wir können nur hoffen, daß diese Entwicklung besser wird.

Hamburger Parteitag

Wuermeling: Das Neue bezüglich des Hamburger Parteitages ist die Tatsache, daß nicht mehr mit einem Wahltermin, wenn nicht die allerletzten Ereignisse eine Änderung bringen, im Juni gerechnet werden kann, sondern erst Ende August, voraussichtlich September. Deswegen müssen wir einen Beschluß fassen im Bundesvorstand über den endgültigen Termin des Bundesparteitages in Hamburg. Es ist neuerdings festgestellt worden, daß beispielsweise vom 18. bis 25. April in Hamburg die zuständigen Gebäulichkeiten zur Verfügung stehen. Wir haben uns verständigt, daß das letzte Aprildrittel der geeignete Zeitpunkt wäre, weil wir sonst in den Sommer hineinkommen, und auch wegen des Wahlkampfauftaktes. Unser Vorschlag wäre der, in den Tagen zwischen dem 18. und 25. April diesen Bundespartei-

105 Text der Schreiben in Wehrbeitrag 2 S. 2 und S. 4.

106 Hermann Müller (1876–1931), 1916–1918 und 1920–1931 MdR (SPD, 1920–1928 Fraktionsvorsitzender), 1919–1920 Reichsaußenminister, 1920 (März bis Juni) und 1928–1930 Reichskanzler.

107 Otto Braun (1872–1955), seit 1911 Mitglied des SPD-Parteivorstands, 1913 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, 1919 der Weimarer Nationalversammlung, 1920–1933 MdR, 1918–1921 preußischer Landwirtschaftsminister, 1920–1921 und 1925–1933 preußischer Ministerpräsident. Vgl. Memoiren: Von Weimar zu Hitler. 3. Aufl. Hamburg 1949; Hagen Schulze: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Frankfurt 1977.

tag in Hamburg stattfinden zu lassen (zwei Samstage). Wenn ich hinzufügen darf: Ich würde meinerseits keine Schwierigkeit darin sehen, wenn man es 8 bis 14 Tage später macht.

Zwischenruf: Es wurde immer gesagt, daß es bis in den Sommer hinein nicht zu machen sei.

Heck: Das Curio-Haus steht zur Verfügung zwischen dem 18. und 25. April. Der Samstag ist rein publizistisch gesehen nicht günstig, so daß für die Eröffnung der 19. angebracht wäre, also ab 19. April. Es müßte heute darüber eine Entscheidung genau fallen, von wann bis wann der Parteitag dauert, und ferner ist ein Antrag von Hamburg gekommen, zu entscheiden, ob im Rahmen dieses Parteitages eine große Kundgebung in der Ernst-Merck-Halle, die über 6.000 Plätze verfügt, stattfindet. Bei einer solchen Kundgebung ist daran zu denken, daß in Hamburg sowohl von seiten der SPD und der FDJ[108] mit dem Versuch einer Sprengung gerechnet werden muß. Ich bin ausdrücklich darauf hingewiesen worden und gebeten worden, ich möchte das hier vortragen und darauf hinweisen. Die Entscheidung darüber, ob die Halle gemietet wird, muß heute fallen, denn die Verwaltung der Halle will morgen endgültig den Termin haben, weil die Halle sonst anderweitig vergeben wird. Ferner muß entschieden werden, ob die Eröffnungs- und Schlußkundgebung, weil das Curio-Haus nur 500 Teilnehmern Platz bietet, im Schauspielhaus stattfinden sollen, ein ausgezeichneter repräsentativer Bau, der 1.600 Personen faßt. Nach einer Besichtigung an Ort und Stelle würde ich empfehlen, für die Eröffnung das Schauspielhaus zu nehmen, für die Arbeitstagungen das Curio-Haus, für die Schlußkundgebung wiederum das Schauspielhaus und eine große öffentliche Kundgebung in der Ernst-Merck-Halle.

Scharnberg(?): Ich würde genauso vorgehen, nur würde ich es für richtig halten, die Sache mit der Ernst-Merck-Halle fallenzulassen. Wir haben 7 % kommunistische Stimmen gehabt[109], und diese Leute sind gut organisiert. (*Zwischenruf Adenauer:* Wir haben eine gute Polizei. Ich möchte garantieren dafür, daß Brauer die Sache klarmacht!) Die SPD wird alles daran setzen, daß nichts passiert auf dieser Kundgebung. Immerhin aber müssen wir natürlich mit sehr intensiven Störungsversuchen rechnen.

Heck: Die Hamburger Freunde haben darauf hingewiesen, mir gegenüber, daß es wichtig wäre, zu demonstrieren, daß außer der SPD auch eine andere Partei die Ernst-Merck-Halle nehmen kann, und, wenn Terror kommt, er gebrochen wird. Ich glaube, Hamburg, Schleswig-Holstein warten geradezu auf eine solche Demonstration. Eine Veranstaltung im Schauspielhaus ist immerhin eine geschlossengehaltene

---

108 Die FDJ – als sozialistische Massenorganisation für Jugendliche ab 14 Jahren 1946 gegründet – war in der Bundesrepublik am 26. Juni 1951 als verfassungswidrig verboten worden (H.-P. Herz: F.D.J. 2.Aufl. München 1965).

109 Ergebnis der Wahl der Bürgerschaft in Hamburg vom 16. Oktober 1949: VBH 34,5 %; SPD 42,8 %; KPD 7,4 %; DP 13,3 %; Sonstige 2,0 %.

Versammlung, während eine Demonstration eigentlich nur in der Halle stattfinden kann. Ich könnte mir denken, daß Brauer jetzt alles daransetzen wird, daß es ohne Störung vor sich gehen wird.

Adenauer: Ich habe in Stuttgart Tumulte mitgemacht, die eine ganze Stunde gedauert haben, und ich habe in Nürnberg noch viel schlimmere Sachen erlebt und bin mit Steinen beworfen worden[110]. Ich bin davor gar nicht so bange. Ich bin dafür, wir gehen in die Ernst-Merck-Halle. Sind Sie einverstanden, daß wir am Sonntag, dem 19. April, eröffnen im Schauspielhaus und daß wir die Räume bis zum 22. April übernehmen? *(Kein Widerspruch.)*

Scharnberg: Die programmatischen Erklärungen müssen in einer repräsentativen Form herausgebracht werden. Das würde am Schlußtage m.E. sein müssen. Ich wollte vorschlagen, daß wir am 22. April mittags eine repräsentative Kundgebung im Schauspielhaus durchführen, wo diese Erklärungen bekanntgegeben werden vor der Presse usw. und daß wir abends die Kundgebung in der Merck-Halle veranstalten.

Adenauer: Nehmen Sie an, es gibt Krach. Dann ist es ein unwürdiger Abschluß, während, wenn wir vorher den Krach kriegen, wir im Schauspielhaus uns darüber aussprechen können. Ich würde dafür sein, daß wir die Kundgebung in der Merck-Halle dazwischenlegen. Ich stelle also fest, der Parteitag findet statt vom 19. bis 22. April 1953 im Schauspielhaus, und am 21. April ist die Kundgebung in der Ernst-Merck-Halle.

Tillmanns: Wir haben eine Besprechung gehabt mit den Vorsitzenden der Ausschüsse aufgrund der Beschlüsse des Berliner Parteitages. Diese Besprechung hat am 7. November 1952[111] stattgefunden, und wir haben verabredet, daß die einzelnen Fachausschüsse bis 20. Dezember dem Vorstand ihre Wünsche für Entwürfe vorlegen. Vom Kulturpolitischen Ausschuß ist bereits eine grundsätzliche Formulierung vorgelegt worden, mit der direkt noch nicht viel anzufangen ist. Ich würde vorschlagen, daß dieser Bundesvorstand einen kleinen Ausschuß bestimmt, der, sobald die Beschlüsse der Ausschüsse vorliegen, sich mit diesen Beschlüssen befaßt und bei der nächsten Vorstandssitzung dem Vorstand einen zusammengefaßten Vorschlag als Entwurf vorlegt.

Adenauer: Ich mache Ihnen den Vorschlag, daß der geschäftsführende Vorstand, je nach dem Thema, das zu behandeln ist, aus unserem Kreise jemanden zuzieht. *(Kein Widerspruch.)*

Strickrodt: Es ist wichtig, daß es bald geschieht, denn die Art der Formulierung der Ausschüsse hängt davon ab, was wir als Gesamtprogramm haben.

Tillmanns: Das Schwergewicht wird bei dem Sozial- und Wirtschaftspolitischen Ausschuß liegen.

Adenauer: Das wäre also Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und Kulturpolitik.

---

110 Vgl. MAIER S. 308f.
111 Vgl. Nr. 15.

Dann möchte ich noch bitten, daß der geschäftsführende Ausschuß bis zur nächsten Sitzung sein detailliertes Programm ausarbeitet, daß auch die Redner und die Debatte richtig vorbereitet sind. Ferner darf ich bitten zu überlegen, ob wir nicht zwei Punkte hinzunehmen müssen. Zunächst einmal meine ich die Beamten, nämlich die Frage des Berufsbeamtentums. Unsere Partei muß sich dieser Frage mehr annehmen und auf eine bessere Bezahlung dieser Menschen drängen. Es ist überall so, daß wir gegenüber den Beamten, die für den Staat arbeiten, eine sittliche Pflicht haben und dafür sorgen müssen, daß die Leute leben können, und, vom staatspolitischen Standpunkt betrachtet, die Beamtenschicht liefert uns den besten Nachwuchs auf staatspolitischem Gebiet. Ich habe mit einem Herrn gesprochen, der auf dem Schulgebiet Erfahrungen hat und mir sagte, es sei ein solcher Unterschied, ob die Kinder aus Beamtenkreisen stammten oder nicht, das könne man sich nicht vorstellen. Wir müssen diese in gutem Sinne konservativen, ethischen Werte, die in den Beamtenfamilien noch stecken, gerade in einer Zeit wie der unsrigen unbedingt erhalten und pflegen. Das können wir aber nur dann, wenn wir tatsächlich auch dafür sorgen, daß die Beamten so bezahlt werden, daß sie leben können, und ferner müssen wir es tun, damit wir gute Beamte bekommen und nicht die Anwärter zur Wirtschaft gehen. Ich halte das für eine ganz existenzielle Frage für den Fortbestand des Staates.

Gröwel: Wir haben eine aktive Gruppe im Beamtenausschuß, und die Leiter der großen Beamtenverbände[112] sind an mich herangetreten und haben mich gebeten, im Rahmen des Parteitages, wenn sie sich auch nicht offiziell zu uns bekennen, aber doch zu uns gehören, eine größere Kundgebung für die Beamten in Hamburg abzuhalten.

Adenauer: Ich betrachte jetzt die Sache wirklich vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus. Ein Weiteres möchte ich Ihnen sagen: Bei mir waren vor etwa 14 Tagen unter Führung des früheren Reichsministers Hermes die Vertreter des Mittelstandsblocks[113]. Wer darin ist, wissen Sie. Die Herren haben mir sehr nachdrücklich versichert, daß sie nicht etwa eine Mittelstandspartei sein wollten in dem Sinne, wie es damals in der Weimarer Republik eine Mittelstandspartei gab, sondern daß sie

112 Gemeint ist wohl der Bundestagsausschuß für Beamtenrecht, in dem die CDU/CSU mit Kleindinst (Vorsitz), Bodensteiner, Brönner, Etzenbach, Götz, Rümmele, Frau Weber und Wuermeling vertreten war. Wuermeling war auch Vorsitzender des CDU-Bundesausschusses für den öffentlichen Dienst. – Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes war Hans Schäfer (vgl. Nr. 17 Anm. 29). Die Vorsitzenden der Landesbünde in Taschenbuch des Öffentlichen Lebens 1952. Hrsg. Rudolf Vogel und Albert Oeckl, Bonn. S. 243–245.

113 Das Treffen fand am 10. Dezember 1952 statt. Beteiligt waren das Präsidium, Andreas Hermes, Johannes Handschumacher, Hans Schäfer, Richard Uhlemeyer sowie Otto Fuhrmann, Werner Schneider, Georg Frhr. von Manteuffel, Hermann Wellmanns, Heinrich Reinhard und der Geschäftsführer August Schmidt (vgl. ADENAUER: Teegespräche S. 367 – Auszug aus der Besucherliste). – Zum „Mittelstandsblock" Akten in NL Hermes ACDP I-90-081.

den Mittelstand darstellen, bestehend aus Landwirten, Handwerkern, Beamten und ferner auch aus den freien Berufen, denen es daran liegt, einen gesunden, konservativen Geist in den Parteien tätig werden zu lassen, und sie haben mir ausdrücklich erklärt, daß sie nicht daran dächten, irgendwie eine Partei zu gründen. Ich glaube, man müßte diese Mittelstandsfragen ebenfalls auf diesem Parteitag als Thema erörtern; und ein Weiteres müßte man dazunehmen, das ist die Frage der Vertriebenen. Wir dürfen den Parteitag nicht mit zu viel Dingen belasten, aber diese wichtigen Fragen scheinen mir doch notwendig zu sein.

Dichtel: Ich habe eine Bitte auszusprechen: Sowohl der Parteitag in Karlsruhe wie auch der Parteitag in Berlin haben gezeigt, daß die Parteitage verhältnismäßig mit Referaten, offen gesagt, überfüttert gewesen sind und daß die Diskussion dabei zu kurz gekommen ist. Ich glaube, wir sind einer Meinung, daß bei der Diskussion nicht allzuviel Wertvolles zu Tage tritt, vielleicht sogar in dem einen oder anderen Fall die Gefahr besteht, daß etwas zerredet wird, aber um der Sache willen und um uns nicht nachsagen zu lassen, unsere Sache sei gestellt, müssen wir unter allen Umständen auf dem kommenden Parteitag, und das ist meine Bitte, bei der Programmgestaltung dafür sorgen, daß eine echte Aussprache möglich ist.

Adenauer: Die Bitte ist richtig, aber ich darf zwei Sätze hinzufügen: Einmal soll man von den Referenten verlangen, höchstens 30 Minuten zu sprechen. Wenn man das sehr ernsthaft ihnen sagt, muß es gehen. Zweitens muß dafür gesorgt werden, daß einige Diskussionsredner bei jedem Thema vorhanden sind, die in der Lage sind, evtl. die Dinge zurechtzurücken, wenn die Diskussion anfängt abzufallen.

Bach: Ich bin der Ansicht, wir müssen auch die Frage der Steuerreform auf dem Parteitag behandeln. (*Adenauer:* Ja.)

Albers: Es kommt darauf an, daß wir nicht allzuviel Themen erörtern, aber was wir zu sagen haben, durchgehend und richtig erörtern. Ich erinnere an den letzten Parteitag in Berlin. Ich habe in der Aussprache einmal das Wort genommen und fand mit der Feststellung, daß vier Vorträge am Nachmittag vom Stapel gelassen werden mußten, die ganz lebhafte Zustimmung des Bundesparteitages. Ich meine, es muß darauf ankommen, daß wir einige Themen ordentlich behandeln und daß dann auch für die Aussprache die notwendige Zeit gegeben wird. Sie sprechen jetzt schon von den Beamten, Sie sprechen vom Mittelstand, Sie sprechen von einigen anderen Dingen, wir sprechen von der sozialpolitischen Aufgabe. Es müßte darauf ankommen, diese ganzen Fragen in einigen wenigen Vorträgen zusammengefaßt behandeln zu lassen. Dann kommt das Gesicht der Partei zum Vorschein und nicht die einzelne Gruppierung soundso. Wenn wir das irgendwie gut zu erledigen wissen, und jetzt kommt mein Anliegen, das ich vorzutragen habe, daß wir vor allen Dingen auch unserer sozialen Aufgaben uns bewußt werden, und diese sozialen Aufgaben können wiederum nur im Rahmen des gesamten Volksganzen angesehen werden. Wenn wir diese Dinge so anpacken und dabei nochmals betonen, daß wir keine Individualisten und daß wir keine Kollektivisten sind, sondern Christen sind, die sich ein ganz besonderes Bild von den sozialen, wirtschaftlichen und den politi-

schen Aufgaben machen, dann haben wir auch die Resonanz geschaffen, die aus diesem Parteitag heraus in unser Volk strömen muß.

Adenauer: Ich habe mir eben eine kleine Zeichnung gemacht über die Lebenshaltungskosten seit 1937, und ich muß feststellen, daß gerade die Beamten z.Z. diejenigen sind, denen es – abgesehen von den Sozialrentnern usw., das ist klar –, aber denen es von den arbeitenden Menschen am allerschlechtesten geht und die wir, darüber müssen wir uns klar sein, etwas vernachlässigt haben während der ganzen Zeit. Sehen Sie sich die Lehrer an, wie z.B. die Junglehrer von Haus zu Haus gehen müssen, um sich zu Mittag satt essen zu können. Sehen Sie sich die Schutzleute an, jammervoll sehen sie aus, und zwar deshalb, weil die Leute effektiv das Gehalt nicht haben, um sich einmal satt essen zu können. Nehmen Sie die Jungärzte, wie die behandelt werden. Dann meine ich, die soziale Frage hat sich etwas verschoben, und wenn wir eben eine soziale Partei sind, müssen wir uns jetzt auch derer annehmen, die in Not und Elend zu kommen drohen. Dann glaube ich, handeln wir zum Besten des Ganzen. Aber, damit nicht zu viel an Diskussionen entsteht, sollte man vielleicht feststellen, daß es gewisse Themata gibt, die wir zwar bringen müssen, über die aber kaum diskutiert zu werden braucht. Nehmen Sie die kulturelle Frage. Da sind wir im großen und ganzen einig. *(Widerspruch Tillmanns.)* Dann brauchen wir darüber nicht zu diskutieren, und es gibt vielleicht auch noch andere Themata, während es auch Themen gibt, wo wirklich einmal ernsthaft diskutiert werden muß. Wir können den zuständigen Herren nur gewisse Anregungen auf den Weg geben, sie sollten überlegen, ob man nicht Unterschiede machen kann, so daß man diejenigen Themen, die eine ernsthafte Diskussion nötig haben, auch wirklich ernsthaft diskutiert und andere Themen, die es nicht so nötig haben, anders behandelt, also nicht alle Themata gleichmäßig.

Albers: Ich stelle fest, daß eines zwischen der Meinung des Kanzlers und meiner Auffassung feststeht, daß nämlich kein großer Unterschied besteht. Mir kommt es darauf an, das, was wir zu sagen haben auf diesem Parteitag, in einer großen Konzeption zusammen darzustellen, daß nicht Beamte, Mittelstand und die sozialen Fragen einzeln behandelt werden, sondern daß wir das ganz Große sehen von unserer Verpflichtung heraus als Christen. Ihre Anliegen bezüglich der Beamten sind auch die Anliegen, die die ganze Partei vertritt. Ich muß noch dazu sagen: Ich habe in Köln 5.000 Stimmen zu wenig bekommen[114], weil die Beamten uns zum Teil mindestens in passiver Resistenz gegenübergestanden haben. Anliegen des Mittelstands ist etwas, was wir selbstverständlich klar sehen müssen. Aber es kommt nicht darauf an, daß die Mittelstandspolitik, die Gewisse in Nordrhein-Westfalen einseitig vertreten, als unsere Parteimeinung herausgestellt wird. Ich möchte die

114 Albers hatte im Wahlkreis 68 (Köln III) bei der Bundestagswahl 37.681 Stimmen (43,4 %) für die CDU erreicht. Bei der Landtagswahl vom 18. Juni 1950 entfielen 33.838 Stimmen (43,8 %), bei der Kommunalwahl vom 9. November 1952 36.158 Stimmen (41,4 %) auf die CDU. Die SPD blieb stets unter 40 %.

Synthese finden zwischen den einzelnen Auffassungen und möchte nochmals herausgestellt haben, daß wir eine Volkspartei sind, die sich verantwortlich fühlt für alle Schichten unseres Volkes und insbesondere für die Notleidenden, und zu den Notleidenden gehören auch die Beamten.

Adenauer: Ich bekenne, daß wir in den Jahren bis jetzt uns der Mittelstandspolitik im echten Sinne des Wortes zu wenig angenommen haben und daß wir dadurch namentlich in den Beamtenkreisen schweren Schaden angerichtet haben. Sehen Sie sich darüber die Statistik an, wie die Gehälter und Löhne sind. Wir wollen doch nicht in den Geruch kommen, als wenn wir nur eine Partei der Arbeitnehmer und der Manager wären.

Wuermeling: Ich glaube, wir sind mit Albers gar nicht nennenswert auseinander, wenn ich erwähne, daß es gerade Herr Albers war, der mich gebeten hat, um mir klarzumachen, daß unter allen Umständen jetzt endlich für die Beamten etwas Nennenswertes zu geschehen habe. Wir hatten in Berlin in Aussicht genommen, auf dem Parteitag die eminent wichtige Frage der Schaffung von Eigentum für die breiten Schichten des Volkes in einem Sonderausschuß zu besprechen, zusammengesetzt aus Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialausschusses.

Parteitag in Rom

Heck: Die Regieführung des Parteitages in Italien war geradezu vorbildlich. Der Parteitag begann damit, daß ein zusammenfassendes Referat von drei Stunden gehalten wurde über sämtliche Themen in einer Gesamtschau. Daraufhin mußten sämtliche Delegierten ihre Wortmeldungen abgeben. Die Wortmeldungen beinhalteten, worüber und wie lange jemand sprechen wollte. Danach wurde die Diskussion geordnet nach Gesichtspunkten, und man hat immer nur eine Summe von Delegierten sprechen lassen und dann einen starken Redner eingeschoben. Das System wurde durchgeführt bis zum Schluß, und zum Schluß wurde alles zusammengefaßt, und abschließend hat der Ministerpräsident[115] gesprochen. Dabei haben die Minister und die starken Leute teilweise eine bis eineinhalb Stunden innerhalb der Diskussion gesprochen. Das zweite Auffällige war die sehr starke Regie. Die führenden Männer der Partei haben sich gegenseitig über die ganze Diskussion hin zitiert, so daß der gesamte, drei Tage dauernde Parteitag einmal den Eindruck machte, als habe man alles laufen lassen und alles den Delegierten überlassen; in Wirklichkeit war der ganze Parteitag eminent straff geführt.

Adenauer: Das würde voraussetzen ein großes Referat, in dem alle diese Themen behandelt werden. Wir wollen es uns einmal durch den Kopf gehen lassen. Es muß natürlich ein solches Referat sehr gut gehalten werden.

Tillmanns: Ich möchte eine damit zusammenhängende Frage aufwerfen: Ich

115 Alcide de Gasperi.

habe mir eine Rechnung gemacht, wie der Parteitag aufgebaut werden soll. Das Ziel des Parteitags ist zweifellos die Veröffentlichung unseres Wahlprogramms oder unserer Wahlleitsätze.

Adenauer: Wir waren bisher nicht dieser Auffassung, sondern waren der Auffassung, daß noch danach ein besonderer Auftakt stattfinden sollte für die Wahlen, und da hatte ich daran gedacht, die Westfalenhalle in Dortmund zu nehmen.

Tillmanns: Der Hamburger Parteitag wird aber doch die eigentliche Arbeit leisten müssen für die Aufstellung dieser Grundsätze für die Wahlen. Wenn die Vorarbeiten vorher genügend weit geführt werden, läßt sich doch denken, daß in einem einleitenden Referat, vielleicht abgesehen von einer Rede des Bundeskanzlers mit wesentlich außenpolitischen Fragen, dieses Wahlprogramm in einer Art erster Lesung dem Plenum vorgetragen wird und daß dann nach einer Generaldiskussion von vielleicht einem halben Tage die Ausschüsse sich noch einmal mit dem Ergebnis dieser Diskussion beschäftigen und noch einmal an die Arbeit gehen und daß nach ein bis eineinhalb Tagen aufgrund der Ergebnisse dieser Ausschußsitzungen die Endlesung stattfindet. Das wäre eine Möglichkeit. Die andere Möglichkeit wäre, daß man überhaupt zu Beginn nur Einzelreferate über bestimmte wichtige Punkte nimmt, also von den Wahlleitsätzen an sich nicht spricht, und sich erst dann bespricht und beschließt, wenn diese Ausschüsse dann aufgrund dieser Einzelreferate gearbeitet haben. In engem Zusammenhang damit steht auch die Frage, wer als Referent in Frage kommt. Ich bin auch der Meinung, daß man nicht über alle Punkte, die nachher in Entschließungen verabschiedet werden, Referate halten muß. Man wird sich überlegen, daß man Referate über einige wichtige und besonders im Vordergrund stehende oder umstrittene Punkte halten läßt.

Adenauer: Ein Wort zum Parteitag der Democrazia Cristiana. Ich habe im vorigen Sommer, als ich dort war, sehr ausführlich mich über die organisatorischen Fragen unterhalten mit einer Reihe von Leuten und kann nur sagen, wir sind nicht gut, aber die waren sehr schlecht. Ich könnte mir vorstellen, daß die eine derartige Sache wählen, weil sie nicht genügend Leute haben, um Referate halten zu können. Wir müssen es uns also sehr überlegen.

Strickrodt: Wir haben in Rom der Diskussion nicht so sehr folgen können und haben uns unterrichten lassen. Inzwischen sind aber sehr gute Berichte in der Presse erschienen. Die „Neue Zürcher Zeitung" hat am 12. Dezember, reichlich spät, einen außerordentlich sachlichen und gerechten Bericht über die Partei und ihren diesjährigen Kongreß gebracht. Dieser Parteitag in Rom hatte für die Partei eine ganz außerordentliche Bedeutung. Seit mehr als drei Jahren war man nicht mehr zusammengewesen, und es waren in der politischen Arbeit und auch in dem großen Gegensatz zwischen Nord, Süd und Mitte [Probleme] aufgetaucht. Auch die soziale Spannweite ist unendlich groß, auch weltanschaulich. Es gibt einen Flügel, der streng im Rahmen der Katholischen Aktion steht, und einen anderen Flügel, der sich selbst mehr oder weniger liberal nennt, und all das kam zur Geltung. Insofern ist

auch diese große Rede von Gonella[116] spannend gewesen, weil er die ganze Fülle der Probleme dargestellt hatte. Es war sicher nicht der Mangel an Begabung, der zu diesem Verfahren geführt hat. Organisatorisch hat die Partei von einer Improvisation gelebt. Sie hat überhaupt erst im Kampf der Regierung sich gefunden und überhaupt erst die verschiedensten Elemente in sich vereint. Sie ist der Mittelpunkt eines Blocks, der bis hin zu den gewesenen Sozialdemokraten auf der einen Seite und auf der anderen Seite bis zu den Liberalen reicht. In diesem Block wird der künftige Wahlkampf vorbereitet. Die Reihe der Begabungen in dieser Partei ist sicherlich sehr groß und die Spontaneität, mit der die Redner dort freimütig antraten und Gegensätze nicht scheuten in der Aussprache, der Schwung, mit dem das Plenum mitging – die Abgeordneten waren vollzählig erschienen –, ist doch etwas Einzigartiges, und dieser Parteitag hat wohl – das ist mein Eindruck gewesen – eigentlich zur Konstituierung dieser Partei sehr wesentlich beigetragen; und wenn wir eine Lehre ziehen wollen, so ist es die, daß man hier Männer zu Wort kommen ließ, die in der Arbeit gestanden haben und nicht aus einer falschen Scheu heraus mehr oder weniger Vorbereitetes redeten. Wir werden nicht diesen gewaltigen Schwung aufbringen wie eine solche südlich bestimmte Partei. Dabei herrschen in dieser Partei weltanschauliche Spannungen, Spannungen in der Eigentumsfrage, in der Bodenreform usw.

Adenauer: Ich denke, unsere drei Vertrauensleute[117] werden diese Frage sich überlegen. Ich würde an das italienische Vorbild nur herangehen mit einem gewissen Vorbehalt, weil sie ebenso schlecht organisiert waren, und ferner, weil unsere Redner nicht solchen Eindruck machen wie italienische Redner in Italien, und wenn man nach Norddeutschland geht, erst recht nicht. Deswegen glaube ich, wenn wir hier ein Referat machen zu Anfang in der Form einer großen Rede, die alles umfaßt, so ist das kritisch.

Kaiser: Ich glaube, alles, was auf Hamburg schauen wird, wird erwarten, daß der Bundeskanzler in dieser Zeit, in der Deutschland in einer solchen Auseinandersetzung steht, das erste Wort auf diesem Parteitag haben wird. Ich möchte wünschen, daß es ihm gelingt, nicht nur das Außenpolitische zu erörtern, sondern auch das Innenpolitische. Man hört oft von loyal denkenden Menschen, daß der Bundeskanzler bei seinen Sorgen das Innenpolitische etwas zu sehr außer acht läßt oder verabsäumt. Ich möchte wünschen, daß es dem Bundeskanzler gelingt, eine Rede zu halten mit dem außenpolitischen Inhalt und mit dem, was die CDU innenpolitisch zu tun hat, daß er das Antlitz der Partei aufzeigt, warum es uns nicht nur aufgegeben ist, sondern auch gelingen kann, diese beiden Spannungspunkte, das konservati-

116 Guido Gonella (1905–1982), italienischer Politiker; Mitgründer der Democrazia Cristiana und 1950–1953 politischer Sekretär, 1946–1951 Unterrichtsminister, 1951–1953 Minister ohne Geschäftsbereich, 1953, 1957–1962 und 1968 Justizminister, 1976–1982 MdEP (1979–1982 einer der Vizepräsidenten).

117 Heck, Lukaschek, Strickrodt (vgl. Anm. 54).

ve, staatserhaltende Denken und das soziale Denken, das durchaus kein Gegensatz ist, zusammenzuführen. Wir haben früher von einer christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft und von den christlichen Gewerkschaften aus immer gesagt, daß sie die Bauern der Industriestädte und der Großstädte sind, also das staatserhaltende Element zusammenfassen in diesem neuen Zeitalter, und ich wünsche, daß es dem Kanzler gelingt, das auszusprechen. In einer solchen Rede kann gesagt werden, daß die Arbeiterschaft nicht mehr der ärmste Stand ist, sondern daß es die Heimatvertriebenen sind; man kann die Beamten nennen. Ich möchte wünschen, daß es gelingt, in dieser einleitenden Rede das Antlitz der Partei in richtiger Weise zu zeichnen. Das gibt uns dann auch die innere Gewißheit, daß wir diese Auseinandersetzung mit der anderen großen Partei, der SPD, bestehen, daß wir die stärkste Partei bleiben, und daß uns das gelingen wird. Dann müßten noch einige Punkte hinzukommen, z.B. die Frage der Eigentumsbildung. Aber bitte nicht zu viel Referate, das haben wir neulich in der Tat falsch gemacht.

Adenauer: Ich finde es gut, wenn auch einmal von höherer Warte aus, von einer losgelösten Warte aus gesprochen wird. Die Fraktion muß einen Bericht geben.

Scharnberg: Ich möchte anregen, daß wir auf diesem Parteitag etwas zu der Frage Europa sagen, und ich glaube, wir sollten veranlassen, daß Herr Etzel dazu irgend etwas sagt.

Kaiser: Karl Arnold hat erklärt, er würde morgen früh kommen, könne aber nur zwei Stunden bleiben, weil er in der Mittagsstunde nach Stuttgart weiterfahren will.

In der Sowjetzone geht der Hunger um; in der Sowjetzone ist eine Not und ein Hunger sondergleichen. Es fehlt an Lebensmitteln auf allen Gebieten. Wenn es noch einer Bestätigung bedurft hätte, so ist es nicht nur die Entlassung Hamanns[118], sondern ein Aufsatz, den Grotewohl[119] in „Neues Deutschland" geschrieben hat. Ich habe Menschen gehört, die im Ostberliner Bezirk wohnen und mitteilten, daß die Menschen Schlange stünden, es gäbe keine Butter, kein Fleisch, und es fehlte über-

118 Dr. Karl Hamann, Minister für Handel und Versorgung der DDR, war am 8. Dezember 1952 von seinen Amtsgeschäften dispensiert und am 15. Dezember 1952 entlassen worden. Ihm waren schwere Fehler in der Versorgung der Bevölkerung vorgeworfen worden (AdG 1952 S. 3728, 3773, 3785).

119 Otto Grotewohl (1894–1964), 1912 SPD, 1918 Übertritt zur USPD (bis 1922), 1922–1946 wieder SPD, 1920–1925 MdL Braunschweig, 1925–1933 MdR, 1921–1924 Minister für Inneres, Volksbildung bzw. Justiz in Braunschweig, 1946 zusammen mit Wilhelm Pieck an der Fusion von SPD und KPD zur SED maßgeblich beteiligt und bis 1954 mit Wilhelm Pieck Vorsitzender, 1949–1964 Ministerpräsident der DDR, 1950–1964 Mitglied des Politbüros. – Der zitierte Artikel Grotewohls auch in „Tägliche Rundschau" vom 8. Dezember 1952. Die Ernährungskrise Ende 1952 war die direkte Folge der Beschlüsse der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952. Diese hatten eine schnellere Entwicklung der Schwerindustrie bei gleichzeitiger Drosselung der Konsumgüterindustrie, dazu eine beschleunigte Kollektivierung der Landwirtschaft und die verschärfte Verstaatlichung zum Ziel. Unmut und Protest der Bevölkerung äußerten sich nicht nur in Arbeitsniederlegungen, sondern auch in einer rapide wachsenden Fluchtbewegung (vgl. dazu FRICKE).

all. Weihnachten steht vor der Tür. Da wurde der Gedanke nahegebracht, ob wir nicht von der Bundesregierung aus einen großen menschlichen Akt tun könnten ohne Politik. Die Politik darf nicht berührt werden. Es dürfe nicht in einer Geste erfolgen, die es Grotewohl und Ulbricht[120] unmöglich macht, so etwas anzunehmen. Es muß verhindert werden, daß sie sähen die Absicht [!] und lehnen ab, weshalb ich vorschlagen möchte, daß die Bundesregierung für diese Menschen in der Sowjetzone in einer großen menschlichen Haltung eine bestimmte Menge Lebensmittel der anderen Seite zur Verfügung stellt. Das könnte vielleicht durch Vorlieferungen im Interzonenabkommen[121] erfolgen. Thedieck[122] wird das morgen vortragen. Es könnte diskutiert werden in der Kabinettssitzung. Ich wollte es nur hier sagen, um Ihre Meinung dazu zu hören.

Adenauer: Meine Meinung ist folgende: Wenn das geschieht und angeboten wird, wem wird es zugute kommen? Nicht den Leuten, für die wir gerne sorgen möchten. Deswegen möchte ich vorziehen, wenn wir die Hilfe von Mensch zu Mensch in Paketform sehr stark forcieren würden. Das tut unsere Bevölkerung. Ich weiß von katholischen Pfarreien, wo in jedem Gottesdienst, der gehalten wird, ein großer Waschkorb von Paketen für diesen Zweck hinausgetragen wird.

Kaiser(?): Die individuelle Hilfe durch Päckchen selbstverständlich, aber der Gedanke, der hier zugrunde liegt, ist etwas anders. Es ist der Gedanke einer überzeugenden großen Aktion vor der Bevölkerung in der Sowjetzone, daß in dieser außerordentlichen wirtschaftlichen Not das freie Deutschland sichtbar etwas anbietet an nennenswerten Lebensmittelmengen. Die Sorge, daß es drüben durch die Funktionäre als eigene Nutznießer verbraucht wird, besteht nicht, denn, wenn man nennenswerte Mengen anbietet, kann man in genügender Weise klarmachen, wieviel auf den Kopf der Bevölkerung kommt. Dann ist das Ergebnis, wenn etwa diese Mittel unterschlagen werden, für die Funktionäre, daß die Aufruhrstimmung und Unzufriedenheit der Bevölkerung nur noch größer wird, was wir politisch durchaus gebrauchen können. Die Stimmung in der Sowjetzone ist ungemein deprimiert, einmal, weil die Menschen zunächst nicht sehen, wie dieser politische Zustand abgekürzt werden kann, ob dieser Termin ihnen nähergebracht werden kann, nämlich der Termin ihrer Befreiung; und das zweite ist die wirklich ungeheure wirtschaftli-

120 Walter Ulbricht (1893–1973), 1912–1919 SPD, 1919 Übertritt zur KPD, 1926–1928 Mitglied des sächsischen Landtags, 1928–1933 MdR, 1933–1945 Exil in Prag, Brüssel, Paris und seit 1938 Moskau, 1946–1950 stv. Vorsitzender der SED, 1949 Mitglied des Politbüros, 1949–1960 stv. Vorsitzender des Ministerrats der DDR, 1950–1953 Generalsekretär der SED, 1953–1971 Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED, 1960–1973 Staatsratsvorsitzender.

121 Abkommen über Interzonenhandel (Berliner Abkommen) vom 19. September 1951 – BAnz. Nr. 186 vom 26. September 1951, mit Änderung vom 3. August 1952 (AdG 1952 S. 3589).

122 Franz Thedieck (geb. 1900), 1949–1964 Staatssekretär im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, 1964–1968 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1966–1972 Intendant des Deutschlandfunks.

che Not, in der sich die Bewohner befinden. Sie dürfen überzeugt sein, daß die Zone auf dem Wege ist, einer echten Hungersnot entgegenzugehen, wie wir sie in Rußland in den Kolchosierungsjahren 1926 und 1927 auch gehabt haben. Was z.Z. in der Zone an wirtschaftlicher Misere besteht, davon können wir uns gar keine Vorstellungen machen. Um so wichtiger ist es, daß die Bundesregierung und das Bundesgebiet insgesamt den Menschen in der Zone zeigen, daß wir sie in dieser Situation nicht im Stich lassen. Wenn Pieck[123] und Ulbricht es ablehnen, ich will nicht sagen, um so besser, aber daß ihre politische Situation in keiner Weise besser wird, können Sie glauben.

Adenauer: Ich möchte dazu, ohne daß ich mich festlege, folgendes zu erwägen bitten: Es kommt in erster Linie darauf an, armen Menschen zu helfen, und es ist nicht in erster Linie der politische Erfolg dasjenige, was wir erstreben. Ich meine, wir sollten qua Bundesregierung den christlichen Kirchen im Lande Sachen zur Verfügung stellen, damit diese die Sachen in die Hand nehmen, sonst helfen wir den Leuten nicht, denn drüben wird man es nicht annehmen, man kann es unmöglich annehmen. Stellen Sie sich die Lage vor, wenn das Regime drüben von der Bundesregierung der Bundesrepublik in nennenswerten Mengen Lebensmittel annimmt? Ich bin von einem Sachkundigen darauf aufmerksam gemacht worden, daß im Interzonenabkommen Lebensmittellieferungen aus unserem Bereich der Bundesrepublik für die Sowjetzone eine Rolle spielen, sogar in einem erhöhten Maße eine Rolle spielen. Vielleicht kann es in der Form geschehen, daß wir aus Vorräten, die wir hoffentlich haben, bestimmte Mengen vorzuliefern bereit sind, so daß die Politik nicht in Erscheinung tritt, das Volk aber doch merkt, daß wir an die Menschen denken und sie nicht im Stich lassen. Diese menschliche Art ist für die notleidenden Menschen drüben von großer Bedeutung. Wir müssen eine Form finden, die es den Herren Grotewohl usw. nicht möglich macht, dagegen etwas zu tun.

Tillmanns: Ich möchte bitten, daß diese Frage im Kabinett bzw. von den zuständigen Ministern mindestens sehr ernsthaft geprüft wird. Ich glaube, es ist nicht gut möglich, vor allen Dingen von hier Anwesenden, die die Sowjetzone nicht kennen, sofort zu sagen, das ginge nicht, selbst wenn es abgelehnt werden würde. Aber ich bin auch der Meinung, man sollte es nicht in einer Form anbieten, daß man ablehnen muß. Aber auch dann wäre es für uns eine sehr starke Wirkung, und ich bin sogar der Auffassung, daß die Situation gegenwärtig drüben so ist, daß man es vielleicht gar nicht ablehnen kann, wenn es in einer vernünftigen Form gemacht wird. Wenn es angenommen wird, ist es gar nicht möglich, es nur an die Funktionäre zu verteilen, denn es wird bekannt, wenn die Sache läuft, und es [gibt] durchaus

123 Wilhelm Pieck (1876–1960), 1895–1919 SPD, 1919 Mitgründer der KPD, 1921–1928 und 1932–1933 MdPrL, 1928–1933 MdR, 1930–1933 Vertreter der KPD bei der Komintern, 1946 zusammen mit Otto Grotewohl an der Fusion von SPD und KPD zur SED maßgeblich beteiligt und bis 1954 gemeinsam mit Otto Grotewohl Vorsitzender, 1949–1960 Präsident der DDR, 1949–1960 Mitglied des Politbüros.

die Möglichkeit, durch RIAS[124] usw. das zu melden. Das geht in der Sowjetzone wie ein Lauffeuer um. Ich würde nicht meinen, daß es sicher angenommen wird, es besteht im Gegenteil die Möglichkeit der Ablehnung, aber es wäre dann politisch für die Gegenseite eine außerordentlich schwierige Situation. Wenn es angenommen wird, glaube ich, wäre es eine Sache, die erst recht zu unseren Gunsten ausfällt und den Menschen drüben zeigt, daß wir etwas für sie tun. Ich bin nicht der Meinung, daß wir heute abend ja oder nein sagen können. Ich möchte bitten, daß das einmal von den zuständigen Ministerien überlegt wird.

Adenauer: Nehmen Sie 1 kg Getreide pro Kopf, das sind 16 Millionen, das sind 16.000 Tonnen oder 1.000 Waggons. Wie wollen Sie das Getreide dorthin transportieren?

Scharnberg: Wie wäre es, wenn einmal von der Bundesregierung ausgehend durch die sämtlichen Zeitungen Deutschlands eine große repräsentative Annonce ginge, in der hingewiesen wird auf die Not der Sowjetzone und aufgefordert wird zu Sammlungen, die steuerabzugsfähig sind? Man könnte die Organisationen nennen, die sich für das Versenden der Pakete bereitstellen und die dafür vorgesehen sind und die gegen Einzahlung von bestimmten Beträgen Quittungen erteilen, die steuerlich abzugsfähig sind.

Albers: Wenn das stimmt, daß effektiv Hungersnot in der Sowjetzone herrscht, dann hat das gesamte Bundesgebiet die Verpflichtung, der Bevölkerung zu helfen. Ich bin gestern durch Köln gegangen und habe mir den Kaufumsatz angesehen: Luxus bis dorthinaus, Käufe in einem Umfang, wie ich es nie gekannt habe, und wir im Bundesgebiet diesen Aufwand und auf der anderen Seite diese Not! Es müßte so sein, daß sowohl die Regierung als sämtliche großen Wirtschaftsorganisationen von den Arbeitgebern und auch die Gewerkschaften irgendwie dahin gebracht werden, daß monatlich eine bestimmte Verpflichtung für jeden auferlegt wird, hier etwas zu tun. Wenn man die Gewerkschaften jetzt einmal ansprechen könnte, ob dann die Gewerkschaften nicht auch dahin zu bringen sind, daß die gutbezahlten und gutverdienenden Arbeitnehmer von sich aus einen monatlichen Betrag für diese Zwecke aufzubringen hätten.

(*Überlieferung bricht ab.*)

124 RIAS = Abkürzung für Rundfunk im amerikanischen Sektor von Berlin. Die Programme des RIAS wenden sich an Hörer in der DDR.

17

Bonn, 16. Dezember 1952

Sprecher: Adenauer (zeitweise), Albers, Altmeier (?), Arnold, Ehlers, Fay, Fricke, Frau Grö-wel, Heck, Johnen, Kaiser, Kather, Kiesinger, Krone, Lehr (zeitweise), Lensing, Lukaschek (zeitweise), Müller, Samsche, Scharnberg, Simpfendörfer, Tillmanns, Weber, Wuermeling.

Wahlrechtsänderung. Presseverlautbarung über die Sitzung des Vorstands. Vertriebenenfragen, Auseinandersetzung Kather-Lukaschek. Frage der Kandidatenaufstellung für die kommende Bundestagswahl. Verschiedenes: Ausschußarbeit, Herausgabe eines „Betriebsräte-Briefes", Neuwahl des Vorstands, „Hanseat".

Beginn: 9.00 Uhr *Ende 15.30 Uhr*

Kaiser: Der Bundeskanzler hat wissen lassen, daß er noch bis mittag mit dem französischen Botschafter François-Poncet zu tun habe[1] und daß wir beginnen sollten, das können wir natürlich nur, wenn alle Platz genommen haben. Ich darf unserer Freude Ausdruck geben, daß Karl Arnold unter uns erschienen ist, wir haben ihn gestern sehr vermißt, um so größer ist unsere Freude und unsere Genugtuung, daß er heute zur Stelle ist. Es hätte keinen guten Eindruck in der Öffentlichkeit gemacht, wenn von vier unserer Ministerpräsidenten nur der getreue Peter Altmeier hier gewesen wäre. Nun hat der Kanzler gebeten, die heutigen Verhandlungen damit zu beginnen, daß Herr Tillmanns die Verlautbarungen über den gestrigen Tag, der ja die Auseinandersetzung mit Karlsruhe und alles, was damit zusammenhängt, brachte, bekanntgeben soll; aber ich bin der Auffassung, daß dies doch wohl erst später geschieht, wenn der Kanzler mit zur Stelle ist.

Auf der Tagesordnung steht die Durchführung der Wahlen und die Aufstellung der Kandidaten. Ich würde es für glücklicher halten, wenn wir erst einmal durch den Kollegen Scharnberg einiges hörten über das beabsichtigte Wahlrecht. Das gehört ja notwendigerweise auch zur Beurteilung der Kandidatenaufstellung dazu.

Scharnberg: Ich will zunächst etwas Grundsätzliches zu der Darstellung vorausschicken, die der augenblickliche Wahlgesetzentwurf haben wird. Ich möchte sagen, daß man die Aufgabe der Parteien u.a. wohl darin sehen muß, daß sie die Regierung zu bilden haben, und um dies zu ermöglichen, müßte das Wahlrecht so gestaltet werden, daß man – der Ausdruck stammt nicht von mir, er ist von einem Gremium von der hiesigen Universität zusammengestellt worden – mit diesem

1 In ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 188 ist irrtümlich der 17. Dezember als Gesprächstermin angegeben. – Ab 9.30 Uhr tagte gleichzeitig unter dem Vorsitz von Blücher das Bundeskabinett.

Wahlrecht die politisch isolierten Parteien bekämpft, und unter politisch isolierten Parteien hat man in diesem Gremium verstanden einmal Parteien, die die Demokratie ablehnen, und zum anderen Parteien, die Interessenvertretungen, im wesentlichen Interessenvertreter sind, also z.B. im typischen Fall der BHE. Ich möchte ein Weiteres sagen, und zwar im Hinweis darauf, wie gefährlich diese isolierten Parteien für den Aufbau des Staates sind und wie gefährlich im speziellen sie für uns augenblicklich in der inneren Situation sind. Dann möchte ich einmal hinweisen auf die Entwicklung in der Weimarer Republik, wo wir – und das ist ja bezeichnend und sicher ein Ergebnis des schlechten Wahlrechts gewesen – überwiegend Minderheitsregierungen gehabt haben und wo schließlich sich eine tatsächliche Regierungsunfähigkeit herausstellte, die dann zum Dritten Reich führte. Ich brauche nur noch darauf hinzuweisen, wie nahe wir wieder an der Wiederholung derartiger Vorgänge sind. Wir müssen folgendes überlegen: 1. arbeiten wir bekanntlich mit einer sehr knappen Mehrheit, 2. möchte ich darauf hinweisen, daß diese Mehrheit in 51,2 % Mandaten besteht, die hergestellt ist von 46,9 % Wählenden; also wählermäßig hat die augenblickliche Koalition nicht die Mehrheit. Und das kommt daher, daß eine ganze Reihe Stimmen abgegeben wurden für unabhängige Kandidaten, die damals nicht als irgendwelche Parteivertreter auftreten konnten. Von den auf diese Leute abgegebenen Stimmen werden aber heute, wo es wieder möglich ist, diese Stimmen einfach auf irgendwelche Kandidaten von irgendwelchen kleinen Splitterparteien abgegeben werden und gehen dann tatsächlich doch verloren.

Im übrigen haben wir uns jetzt einmal vor allen Dingen mit dem BHE irgendwie auseinanderzusetzen, dann weiß man ja auch noch nicht, was es mit der Gustav-Wessel-Partei[2] gibt, und im übrigen war neulich ein Artikel in den „Düsseldorfer Nachrichten" im Anschluß an die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen[3]. Dieser Artikel besagt nämlich, nachdem der Verfasser die Wahlresultate untersucht und die Stimmen auf das bisherige Wahlrecht projiziert hat, daß weder die bisherige Regierungskoalition noch die SPD in der Lage wären zu reagieren, und das Zünglein an der Waage der BHE sei, eine in jeder Beziehung unerwünschte Situation. Ich möchte diese Dinge auch noch einmal in Zusammenhang setzen, um auf die Gefahr einer solchen Situation hinzuweisen bei den Bestimmungen des Grundgesetzes über die Regierungsbildung. Sie wissen, daß wir im dritten Wahlgang mit relativer Mehrheit den Bundeskanzler wählen und er in der Lage ist, seine Regierung

2 Die aus der Deutschen Zentrumspartei ausgetretene Helene Wessel und der aus der CDU ausgetretene ehemalige Bundesinnenminister Gustav Heinemann hatten am 13. November angekündigt, aus der „Notgemeinschaft für den Frieden Europas" eine Partei bilden zu wollen (vgl. AdG 1952 S. 3737). Die Gründung der „Gesamtdeutschen Volkspartei" erfolgte am 1. Dezember 1952 (EBD. S. 3761; vgl. auch BARING: Außenpolitik 2 S. 92f.; STÖSS 2 S. 1478–1508).

3 Tatsächlich heißt es im Kommentar der „Düsseldorfer Nachrichten" vom 11. November 1952 („Wenn ..."): „Der BHE ... würde sich 32 Sitze errechnen können, aber das würde nicht ausreichen, einer Koalition SPD/BHE die Mehrheit zu geben."

zusammenzustellen.[4] Wenn man eine solche Partei hat, wie ist es dann? In den „Düsseldorfer Nachrichten" ist dann errechnet, wie dann die Bundeskanzlerwahl ausgeht, wenn es mal nicht zu einer Verständigung zwischen den Parteien über die Person des Bundeskanzlers und über die Regierung kommt. Es waren, glaube ich, über 180 Mandate entfallen auf die bisherige Regierungskoalition, und es war die größte Partei, die SPD, mit 140 errechnet, unter Einschluß der Mitläuferschaft der KPD und unter Einschluß vom Zentrum. Die SPD war dann gerade ungefähr genauso stark, und dann ist als Zünglein an der Waage einerseits die Bayernpartei und andererseits der BHE. Nun ist noch die Frage, wenn ein solches Parlament existiert mit der größten Partei, der SPD, wo liegt die Gewißheit für uns, daß nicht ein paar Stimmen andersliegen, wo liegt unser Schutz davor, daß dann nicht im dritten Wahlgang, wenn keine Verständigung zustande kommt, Herr Ollenhauer Bundeskanzler wird? Und diese Tatsache, daß er das evtl. erreichen könnte im dritten Wahlgang, würde doch bedeuten, daß die SPD absolut die ganze Situation in der Hand hat, was wir doch nach Möglichkeit vermeiden wollen.

Nun wissen wir, das bisherige Wahlrecht ist ein reines Verhältniswahlrecht gewesen, ein Verhältniswahlrecht in Kombination mit der Personenwahl. Dr. Schröder hat mehrfach darauf hingewiesen, daß das ein schlechtes Verhältniswahlrecht ist, und sein Hinweis scheint auch ganz richtig zu sein. Er sagt, wir haben die Mühe der Personenwahl für uns, während z.B. die Mittelparteien gerade dadurch bevorzugt sind, daß sie sich nicht damit abzugeben brauchen. Da muß man überlegen, welche Schwierigkeiten wir bei der Aufstellung der Kandidaten haben. Die FDP bekommt ihre Mandate über die Listen in den Wahlkreisen, dort werden irgendwelche Menschen aufgestellt, die in Wirklichkeit keine Rolle für die Wahl spielen. Sie sind nur diejenigen, die den Kampf auszufechten und die Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen haben. Wenn irgend jemand ausscheidet, rückt einfach der nächste nach. Bei uns müssen wir die Kämpfe auf uns nehmen, um den Wahlkreis wieder zu erobern. Im übrigen ist das wesentliche bei dem Verhältniswahlrecht, daß das Verhältniswahlrecht nicht die politisch isolierten Parteien bekämpft, sondern es fördert sie grundsätzlich, indem sie durch dieses Wahlrecht in der Lage sind, Zünglein an der Waage zu werden. Das Radikalmittel wäre das Mehrheitswahlrecht, und wir wissen alle, daß wir am liebsten das relative Mehrheitswahlrecht, und wenn wir das nicht kriegen, das absolute Wahlrecht oder das Dreierwahlrecht wünschen.[5]

Aber gegen alle diese Wahlrechte sind nun natürlich die mittleren und kleinen Parteien, weil sie sich an sich sonst selbst aufgeben würden, und zwar ist das sowohl beim relativen Mehrheitswahlrecht der Fall, das zur Bildung des Zwei-Parteien-Systems führt, wie auch in abgeschwächter Form beim Dreierwahlrecht. Die SPD andererseits ist gegen diese Wahlrechte, weil, wie wir immer feststellen, ihre Strate-

4 Vgl. GG Art. 63.

5 Zum Wahlrecht vgl. KAACK S. 395–399; LANGE; JESSE.

gie darauf abgestellt ist, eine Zersplitterung möglichst rechts von ihr fertigzukriegen. Mehr als 35 % der Stimmen wird sie nicht aufbringen.

In dieser Situation ist die größte Gefahr, parlamentarisch gesehen, daß das bisherige Wahlrecht mit irgendwelchen Modifikationen wieder zur Anwendung kommt. Und die Konsequenzen dieses Wahlrechts habe ich versucht Ihnen darzustellen. Für dieses Wahlrecht wäre die SPD sehr zu haben. Im übrigen würden die FDP und auch die DP nichts dagegen haben. Wir haben in unendlich mühseligen Verhandlungen immer wieder versucht, innerhalb der Regierungskoalition zu einem Wahlrecht, zu einem Kompromiß zu kommen, wobei ich immer wieder den Standpunkt vertreten habe, daß wir nicht ein Wahlrecht entwickeln sollen, welches contra SPD ist, sondern wir sollten nur ein Wahlrecht anwenden und versuchen zu erfinden, das contra den isolierten Parteien ist.

Es kommt in dieser Frage – und das ist so schwierig in der Auseinandersetzung auch mit den eigenen Freunden – darauf an, daß es wirklich nicht die Aufgabe ist, das beste Wahlrecht zu erfinden und sich darüber auseinanderzusetzen, welches das beste ist, sondern wir müssen vielmehr das beste und parlamentarisch durchsetzbare Wahlrecht finden.

Nun haben wir vor allen Dingen auch mal die Frage sehr eingehend untersucht, ob wir die politisch isolierten Parteien in einer hinreichenden Weise bekämpfen können durch Anwendung von irgendwelchen Sperrklauseln. Es gäbe da drei Möglichkeiten. Das Verfassungsgericht hat sich auf den Standpunkt gestellt in einer Klage, daß eine Sperrklausel dergestalt, daß gesagt wird, wer unter 5 % der Stimmen bekommen hat, der wird nicht berücksichtigt, daß eine solche Sperrklausel bis zu 5 % zulässig ist[6]. Frage ist, wo wendet man diese 5 % an, sagt man 5 % auf der Bundes-, 5 % auf der Landesebene, oder die dritte Art der Sperrklausel wäre noch, wer in der direkten Wahl kein Mandat bekommen hat, darf auch nicht auf der Liste stehen.

Dazu ist zunächst zu sagen: Bei 5 % auf der Bundesebene wird uns die Deutsche Partei nicht mitspielen, und deswegen kommt diese Sperrklausel für uns nicht in Frage, sie würde an sich wahrscheinlich zum Ausscheiden der KPD führen, aber auch der Deutschen Partei, sie würde weiterhin die Bayernpartei zum Ausscheiden bringen. Also, so glaube ich, da müssen wir erkennen, daß wir eine solch starke Sperrklausel nicht durchbringen. 5 % auf der Landesebene wird den BHE behindern. In den Flüchtlingsländern wird er 5 % bekommen, daß man mindestens ein Mandat als einzige Klausel erreichen könnte – ein Mandat oder 5 % im Lande –, aber ein Mandat und 5 % im Lande, da würde ich doch, das möchte ich persönlich sagen, aus Interesse vor unseren Koalitionspartnern warnen, denn wir haben doch schon sehr starke Verschiebungen erlebt. Warum sollte es eigentlich nicht möglich sein, daß eines Tages die FDP und die DP in der direkten Wahl überhaupt kein Mandat bekommen, wenn diese Parteien dann völlig ausscheiden, weiß ich nicht, ob

6 LANGE S. 396–408; JESSE S. 221ff.

das sehr klug ist. Wenn eine Partei ausscheidet, dann kommen auf diese Weise auch die abgegebenen Stimmen der Opposition wieder zugute.

Eines ist jedenfalls bei der ganzen Situation klar, daß wir, wenn wir überhaupt zu einem Wahlrecht kommen wollen mit der Zielsetzung, wie ich sie gegeben habe, müssen wir ein Mischsystem anwenden, und zwar ein echtes Mischsystem, nicht wie wir es gehabt haben, das ein Mischsystem zwischen Proporz und Verhältniswahl ist, während wir hier ein Wahlrecht anwenden müssen, welches eine Mischung ist zwischen dem Mehrheitswahlrecht in irgendeiner Form oder das mit dem Dreierwahlrecht denkbar wäre, und auf der anderen Seite ein Verhältniswahlrecht. [Mit] diese[r] Mischung, je nachdem wie ich die Zusammensetzung mache von Mehrheits- und Verhältniswahl, wie ich mische, bekämpfe ich natürlich mehr oder weniger nachhaltig die kleinen und mittleren Parteien, die also politisch isoliert sind, oder ich schalte sie sogar aus. Diese verkleinernde und ausschaltende Wirkung müssen wir irgendwie so manipulieren, daß das nicht geht gegen unsere eigenen Freunde, denn wenn das gegen die FDP und DP gehen würde, werden die nicht für ein solches Wahlrecht stimmen, dann stehen wir allein, und das brauchen wir uns nicht zu überlegen.

Nun stammt die Erfindung, wie wir es manipulieren, daß jede Gefahr ausgeschaltet wird, von Dr. Schröder, der der Erfinder des sogenannten „internen Proporzes" ist. Dieser innere Proporz wirkt sich folgendermaßen aus: „Links des Grabens" liegen 242 in direkter Wahl im Wahlkreis und „rechts des Grabens" ebenfalls 242 nach der Verhältniswahl verteilte Mandate. Dann kann hier rechts des Grabens, also in der Verhältniswahl, eine Listenverbindung verabredet werden zwischen einzelnen Parteien, und diese Listenverbindung hat nun nicht die Wirkung einer normalen Listenverbindung, sondern sie hat die Wirkung, daß zwischen diesen Parteien, die ihre Listen miteinander verbunden haben, die gemeinsam so sowohl in der direkten wie in der Verhältniswahl errungenen Mandate im Verhältnis der auf sie abgegebenen Stimmen verteilt werden. Ich weiß nicht, ob das klar ist. (*Zwischenruf:* Auf welcher Ebene, auf der Bundesebene?) Das ist praktisch genommen genau dasselbe wie beim bisherigen Bundestagswahlrecht, nur mit dem Unterschied, daß dies sich nur bezieht auf diejenigen Parteien, die diese Listenverbindung miteinander verabredet haben. Dieser interne Proporz, der es der FDP und der DP ermöglichen würde unter der Annahme, daß sie ein solches Wahlrecht mitmachen, denn bei einem solchen Wahlrecht würde die Gesamtheit der miteinander verbundenen Parteien auf der Bundesebene ja ein Plus an Mandaten gewinnen als Folge davon, daß die politisch isolierten Parteien dezimiert werden. Und dieses Plus würde der Gesamtheit zugute kommen, in der internen Auseinandersetzung kriegt jeder genau die verhältnismäßig auf ihn abgegebenen Stimmen an Stimmen.

Ein solches Wahlrecht bedingt natürlich eine Bundesliste, denn derartige Verabredungen kann man unmöglich nur in Ländern machen. Sie sind erstmal viel schwieriger zu treffen durch Verabredungen [!]. Im übrigen sind auch die Verhältnisse in einer Reihe von Ländern so, daß dort derartige Abreden gar nicht getroffen werden

können. (*Zwischenruf Albers:* Unsere Leute machen doch nicht mit!) Das führt nun zu einer seltsamen Situation, nämlich daß wir an sich ein Interesse an einer Bundesliste haben würden, während seltsamerweise bei der FDP ein entgegengesetztes Interesse festgestellt wurde, was uns zunächst nicht erklärlich war, weil es der zentralistischen allgemeinen Haltung der FDP widerspricht, aber es scheint zusammenzuhängen aus internen Gründen mit der Frage der Kandidatenaufstellung, die von der FDP wieder auf der Landesebene gemacht werden soll. Auch dafür mußten wir eine Erfindung machen, und zwar wird vorgesehen, daß einzelne Landeslisten aufgestellt werden, die Reihenfolge der Kandidaten nur von der Landesorganisation für die Landesliste festgestellt [wird], und diese Landeslisten bilden zusammen eine Bundesliste. Die Reihenfolge innerhalb der Bundesliste ergibt sich daraus, daß wenn die Wahlresultate vorliegen und festgestellt ist, auf die CDU entfallen beispielsweise 80 Mandate, dann würde noch die Zahl der Stimmen, die auf die einzelnen Länder für die CDU abgegeben sind, nebeneinandergestellt, und dann würde nach dem bekannten Verfahren, einfach nach dem Höchstzahlverfahren, auf die einzelnen Listen zugeteilt, und wenn dann Nordrhein-Westfalen z.B. 33 Mandate bekommen hätte, ist eben von 1 bis 33 auf der Landesliste zugeteilt und Bayern evtl. 1 bis 20. Das würde auch von der FDP akzeptiert werden. Im Augenblick wird ein solches Wahlrecht mit 242 Mandaten „links des Grabens" und 242, die nach dem Verhältniswahlrecht „rechts des Grabens" gewählt werden, sehr diskutiert. Die Gründe, weswegen wir vorgeschlagen haben, auf 484 Mandate zu gehen, bestehen einerseits darin, daß wir es aus den verschiedensten Gründen nicht für ratsam halten, daß im grundsätzlichen die Verteilung der Wahlkreise etwa geändert wird. Wir halten es da im Interesse gerade auch unserer Abgeordneten, die ja sehr viel in Wahlkreisen gewählt sind und ihren Wahlkreis gepflegt haben und ihn nicht gerne austauschen, für zweckmäßig, an der Wahlkreiseinteilung grundsätzlich nichts zu ändern, und das würde auch technisch auf Schwierigkeiten stoßen. Wir sind bei der ganzen Sache außerdem in äußerster Zeitnot. Auf der anderen Seite ist eine große Liste die Kompromißformel für unser Verhältnis mit der FDP und der DP, die daran interessiert sind.

Wenn man überhaupt eine Liste hat, die natürlich nach unserem Sinne bestimmt nicht schön ist, spielt es nicht mehr eine so kolossal große Rolle, ob sie groß oder klein ist. Wenn schon mal so eine Liste da ist – ich weise auf die Hamburger Erfahrungen hin –, dann kommen die Leute und stellen ihre Kandidaten auf, selbst wenn sie hundertmal wissen, daß ihre Stimmen außerordentlich entwertet sind. Die Leute, die die Kandidaten aufstellen, wollen das eben nicht sehen. Für sie ist einzig wichtig, wie wirkt bei einer solchen Verhältniswahl – 242 zu 242 – eine Stimme im Wert, die auf der Liste zum Zuge kommt. Das ist für die politische Zusammensetzung des Parlaments von Bedeutung und mit Bezug auf die Wertung, welche Chancen der BHE hat. Bei diesem Verhältnis ist es 1 : 1, die Liste wird auf 50 % entwertet. Ich will mal annehmen, der BHE würde 10 % der Stimmen bekommen, dann würde er 48 Mandate bekommen, und hier würde er bekommen 24, weil ja 240 Mandate nach der Verhältniswahl verteilt werden, die würde er zuzüglich der in der

direkten Wahl errungenen bekommen. Ich glaube aber, daß der BHE in der direkten Wahl weniger Chancen hat.

Ein Wort zu dem Stand der Verhandlungen. Über das Verhältniswahlrecht war Einigkeit innerhalb des Kabinetts hergestellt, und auch „links des Grabens" war grundsätzlich Einigkeit hergestellt, einschließlich Blücher und Dehler, und zwar auf der Basis, daß die Wahl „links des Grabens" als absolute Mehrheitswahl aufgezogen ist mit zwei Wahlgängen. Jetzt sind aber doch über diese Frage in letzter Stunde gewisse Auseinandersetzungen gekommen, indem zunächst einmal Bedenken seitens der CSU gegen die absolute Mehrheitswahl vorhanden sind. Man fürchtet den zweiten Wahlgang, gegen den zweifellos gewisse Bedenken zu erheben sind, für den andererseits aber auch manches ins Feld zu führen ist. Wenn man nämlich dieses Wahlrecht anwendet, dann wird man nach dem ersten Wahlgang sehr genau sehen können, worum es eigentlich geht, und kann die Verabredung für den zweiten Wahlgang auf ein bestimmtes politisches, also regierungsbildendes Ziel abstellen. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß daraufhin die Bedenken ins Umgekehrte umschlagen würden. Man kann den Leuten im zweiten Wahlgang ein regelrechtes politisches Ziel vor Augen stellen. Ich kann mir gut vorstellen, daß der zweite Wahlgang nach der Wahlbeteiligung entscheidet, nebenbei gesagt, was ich auch verschiedentlich gehört habe, daß bei zweiten Wahlgängen die Wahlbeteiligung gar nicht so schlecht ist.

Die CSU hat dagegen die Vorstellung, man solle ein echtes Zweistimmenwahlrecht machen. Das ist auch praktisch ein Zweistimmenwahlrecht, nur, daß der Wähler sich nicht im klaren ist, daß er zwei Stimmen hat. Die CSU möchte also die Möglichkeit schaffen, daß, wenn ein Kandidat der CDU gewählt wird, gleichzeitig der Wähler sagen kann, auf die Liste will ich den FDP-Kandidaten. Das ist eine gewisse Annäherung an das bayerische Wahlrecht, die Bayern sind sehr für das Personenwahlrecht.

Ich glaube, [daß] dieses Wahlrecht – es ist so außerordentlich schwierig, mit den Bayern darüber zu sprechen – in höchstem Maße für uns gefährlich ist, da dann die anderen auf die Kandidatenaufstellung verzichten müßten, denn das ist die Grundlage, und ich möchte sehr, sehr dahingestellt lassen, ob sie das tun. Ebenso wird vom Innenministerium dieses Wahlrecht ganz strikt abgelehnt. (*Zwischenruf:* Die Gründe überzeugen mich gar nicht.) Die Bayern wollen den zweiten Wahlgang vermeiden, und da muß ich sagen, das hat zur Voraussetzung, daß in den einzelnen Wahlkreisen die FDP und die DP zugunsten der CSU auf die Aufstellung eines Kandidaten verzichten, und ich möchte das höchst bezweifeln, ob sie das tun und tun können, und wenn sie es nicht tun, ist der lachende Dritte die Sozialdemokratie, die sich austobt auf der Zersplitterung. Ein relatives Mehrheitswahlrecht, angewandt auf fünf bis sechs Parteien, ist die große Chance für die SPD, die immer ihre konstante Wählerzahl hat.

Nun kommt die DP, die will etwas anderes, wogegen die Leute vom Innenministerium Bedenken haben. Da gibt es in Schweden eine Sache, da kann man Listen-

verbindungen oder besser gesagt Wahlkreisvorschlagsverbindungen aussprechen, so daß also der Kandidat Müller und der Schulze und der Mayer sagen: Wir wollen unsere Vorschläge miteinander verbinden, und nun soll der Wähler die Möglichkeit haben, die Listenverbindung durchzubringen. Ich glaube, wenn man das macht, braucht das keine großen Bedenken zu haben, dann kann man sich den zweiten Wahlgang ersparen. Jetzt operiert damit Herr Hellwege, der sehr begeistert ist von dieser Sache[7] aus seiner speziellen Situation in Niedersachsen. Im übrigen hat leider Gottes, weil man nicht sofort zugegriffen hat, das wäre vielleicht besser gewesen, sich die FDP-Fraktion mit dieser Sache befaßt und erklärt, sie ist Gegner dieses Wahlrechts, und sie will das alte Bundestagswahlrecht[8]. Meine Damen und Herren, die Gründe der FDP sind außerordentlich einleuchtend, aber ebenso für uns eigentlich bestimmt, daß wir alles daran setzen sollen, um eine solche Kompromißlösung zu finden. Etwas anderes ist es nicht, was ich Ihnen dargestellt habe, diese Kompromißlösung irgendwie durchzusetzen. Die FDP will diese Kompromißlösung deshalb nicht, weil sie glaubt, sie bringe die FDP in eine Abhängigkeit von der CDU. Eines will ich auf jeden Fall sagen, daß die Unabhängigkeit im Falle des anderen Wahlrechts, des bisherigen Wahlrechts, natürlich zweifellos viel größer ist und daß nun einmal, wenn ich vollkommen in einer Koalition stehe, ich eine gewisse Überbewertung innerhalb der Koalition habe.

Das richtet sich nach den Persönlichkeiten, die da mitspielen und im Spiel sind, und auch die Frage, wer ist Zünglein an der Waage. Aber die FDP sagt eben, die Listenverbindung, die uns den Ausgleich, den internen Proporz geben soll, bringt uns in eine Abhängigkeit von der CDU, denn wenn sie eines Tages die Listenverbindung nicht mit uns macht, sind wir mit diesem Wahlrecht restlos aufgeschmissen. Das ist tatsächlich so, daß sie in dieser Weise abhängig sind, daran ist gar kein Zweifel.

Wenn wir nämlich, wie das die Gegenseite annimmt, der FDP sagen könnten, wenn ihr koalitionsuntreu seid, dann werden wir eben einfach bei der nächsten Wahl die Listenverbindung nicht machen, und das bringt die Leute natürlich in eine ganz andere Situation. Das ist das, was sie fürchten und weshalb sie die Sache nicht mitmachen wollen und immer die Schwierigkeiten machen, die hier gemacht werden.

Es ist nun mal eben so, daß die Dinge in der ganzen Mehrheitswahlrechtskonstruktion liegen, die doch irgendwie dahin drängt, wenn auch nicht zur Bildung von zwei Parteien, aber doch immerhin zu einer Gruppierung, es wird irgendwie die Koalitionsbildung zum Teil schon vor die Wahl gezogen.

Das ist das Wesen des Wahlrechts, und insofern gibt es auch bei uns viele Leute,

---

7 Es handelt sich wohl um das norwegische Vorbild (Storting-Wahlgesetz vom 21. März 1930), wonach der Wähler die Möglichkeit hat, bei Listenverbindungen seine Stimme auf einen von zwei Kandidaten zu beschränken. Vgl. LANGE S. 490f. Das Bundesministerium meldete generell verfassungsrechtliche Vorbehalte gegen ein Listenverbundsystem an.

8 Sitzung der FDP-Fraktion vom 8. Dezember 1952 (LANGE S. 488f.).

die sagen, wir wollen uns jetzt auch nicht im geringsten belasten, auch nicht mit der Belastung einer Listenverbindung, die ja nach außen nicht so sehr in Erscheinung tritt, und keine Blockbildung, keine Wahlbündnisse ... Ja, diesen Leuten, die so argumentieren, muß man entgegenhalten, dann seid ihr für Verhältniswahl und seid keine Mehrheitswahlrechtler. Das Wesen der ganzen Mehrheitswahl und eines solchen Mischsystems besteht eben in einer Behinderung und Verhinderung von Splitterparteien, aber nicht nur darin, sondern auch in einer gewissen integrierenden Wirkung, die sich auf die Zusammenarbeit der gewissen Parteien, die sich dazu verständigen, doch auswirkt.

Das ist der Stand der Verhandlungen. Wie geht die Geschichte weiter? Ich würde also – das hat gestern auch der Bundeskanzler gesagt – dringend anregen, daß das Kabinett sich so schnell wie möglich zu einer Entscheidung entschließt und diesen Entwurf vorlegt, wobei ich glaube, daß man diese Fragen, die von der CSU und der DP aufgeworfen sind, im Moment noch nicht zu behandeln braucht. Die CSU ist auch damit einverstanden, daß zunächst nicht ihre Einwendungen berücksichtigt werden, dasselbe habe ich auch Herrn von Merkatz nahegelegt. Ob nun die FDP-Minderheit aufgrund des Fraktionsbeschlusses der FDP ihre bisherige grundsätzliche Bereitwilligkeit zurückziehen wird, muß abgewartet werden. Herr Dehler sagte neulich, als ich ihn darauf ansprach: „Die Leute sind verrückt." Er ist begeistert von dieser Sache. Man soll eben versuchen, nicht zu stören und nicht allzuviel sagen. Ich habe angeregt, daß wir dieses Gesetz in einem Sonderausschuß behandeln im Bundestag, darüber sind wir uns auch einig. Die Mitglieder dieses Sonderausschusses sollen schon benannt werden und dann die Vertreter, die in diesen Sonderausschuß kommen, sich auf drei Tage zum Schluß der Weihnachtsferien zusammensetzen, also Mitte Januar, und versuchen, eine Einigung herbeizuführen.

Wir müssen uns über eines völlig im klaren sein, alle unsere Wünsche nach dem Wahlrecht lassen sich hundertprozentig nicht durchsetzen. Wenn wir nicht irgendwie zu einem Kompromiß kommen, ist es todsicher, daß uns das bisherige Bundestagswahlrecht beschert wird, für das eine Mehrheit unserer Koalitionsparteien und die SPD nicht zu haben ist.

Kaiser: Ich gebe dem Wunsche Ausdruck, daß uns die Sache nun klarer geworden ist, wie sie vorher war, leichter ist sie nicht. Wahrscheinlich wird Kollege Scharnberg uns anhand von konkreten Punkten noch die eine oder andere Erläuterung sagen. Festgestellt hat er 1. grundsätzlich, wir müssen das beste und durchsetzbare Wahlrecht erstreben, 2. die Sache mit der Sperrklausel ist auch klar, und 3. wir müssen also den Ausweg finden zwischen einer Mischung, die den internen Proporz bringt.

Stimmt der Vorstand damit überein, daß die Mandatsziffer erhöht wird, so wie sie von Herrn Scharnberg vorgeschlagen wurde, 242 im direkten und 242 in der Verhältniswahl?

Wenn ich es sagen soll, was ich empfinde und was ich denke und was das Volk draußen denkt, bin ich der Auffassung, daß wir davon Abstand nehmen sollten. In

der Kabinettssitzung war das von der DP vorgetragen worden und unter dem Hinweis darauf, daß so viele namhafte Abgeordnete durch die europäischen Aufgaben und Angelegenheiten so sehr in Anspruch genommen sind, daß das Parlament in Bonn zu schwach geworden ist in seiner Zahl und seinen Aufgaben nicht mehr gerecht werden kann. Man sollte das nicht tun. Wir müßten dann das Haus, das eben erst erbaut worden ist, erweitern und umbauen, darauf will ich nur hinweisen.

Dann die Frage der Listenverbindung. Es ist gesagt worden, wir müssen mit unseren Freunden von den Koalitionsparteien rechnen und mit der FDP und DP zu einer Übereinstimmung kommen. Ich hätte dabei gerne gehört, ob nicht noch andere herangezogen werden müssen, es sind auch noch andere Gruppen da, die nicht einfach ausgeschaltet werden können, sondern die sich auch sehr zur Geltung bringen werden.

Noch etwas über den Stand der Überlegungen. Soweit ich die Stellungnahme des Innenministers kenne, hält er nach wie vor daran fest, absolute Mehrheitswahl mit Stichwahl, also ein erster Wahlgang, bei dem, wenn man die letzten Wahlergebnisse von 1949 heranzieht, man feststellt, daß im ersten Wahlgang 40 bis 50 Mandate gewählt worden sind. Es sind nur ganz wenig Wahlkreise, die eine absolute Mehrheit bringen, etwa in unserem Bereich in Nordrhein-Westfalen, dann in Rheinland-Pfalz und in Südwürttemberg und Baden. Dann hört es schon mal auf, und dann die Stichwahlen. Das ist eine Sache, die beachtet werden muß und für die mancherlei spricht. Dann aber die Sache mit dem Zweistimmen-Wahlrecht, von dem Herr Scharnberg gesagt hat, daß es lebhaft diskutiert wird. Die Sache müßte an einem konkreten Wahlkreis demonstriert werden, damit man das begreifen und beurteilen kann.

Tillmanns: Es ist eben das Wort Stichwahl gefallen. Die Stichwahl im Sinne des alten Reichstagswahlrechts ist hier vorgeschlagen in der Erwartung, daß, wenn es zu einer Stichwahl zwischen einem sozialdemokratischen Kandidaten und einem Kandidaten der anderen Parteien kommt, ebenso wie es vor 1914 gewesen ist, im Zweifelsfalle sich die anderen Parteien gegen den sozialdemokratischen Kandidaten zusammenschließen.[9] Ich bin der Auffassung, daß sich seit 1914 manches entscheidend geändert hat. Dieses gemeinsame Zusammenstehen der anderen Parteien gegen die Sozialdemokratie ist nicht mehr vorhanden. Es ist z.B., wenn in Bayern ein CSU-Kandidat gegen einen sozialdemokratischen Kandidaten steht, keineswegs sicher, daß die anderen Parteien für den CSU-Kandidaten stimmen, und es gibt auch Situationen beispielsweise in Hamburg, wo das der Fall ist. Ein Stichwahlsystem, nach dem von 1914, verdient meiner Ansicht nach nach dem Vorschlag, den die Bayern gemacht haben, eine ernsthafte Würdigung. Sie machen folgenden Vorschlag, daß jeder Wähler zwei Stimmen erhält, eine für den Wahlkreis und eine für seine Liste, oder eine für die Wahl „rechts des Grabens" und eine für die Wahl „links des Grabens". Er hat also die Möglichkeit, anders zu wählen im Wahlkreis als auf der

9 Zum Wahlrecht vor 1914 vgl. KAACK S. 34f.; JESSE S. 51ff.

Liste. Der Gedanke ist dabei, den kleinen Splitterparteien entgegenzukommen, so daß sie die Möglichkeit haben, auf der Liste ihren Hauptabgeordneten zu wählen, andererseits im Wahlkreis den Kandidaten zu wählen, der ihnen am nächsten steht. Der Gedanke ist dabei, eine große Chance zu bieten, sie sollen Zusammenschlüsse in den Wahlkreisen bilden. Der Gedanke ist, jeder Wähler hat zwei Stimmen, er kann die beiden Stimmen für seine Partei im Wahlkreis und auf der Landesebene abgeben und umgekehrt seine Stimmen getrennt abgeben. Es würde dann im Wahlkreis die relative Mehrheit entscheiden, d.h. nur ein Wahlgang erforderlich sein, was zweifellos auch ein Vorteil ist. Ich behaupte nicht, daß dieses System oder diese Methode der relativen Mehrheit mit zwei Stimmen nun unter allen Umständen eine Sicherheit gibt, keineswegs, aber ich wage zu behaupten, daß die Stichwahl uns noch weniger Sicherheit gibt. Wir haben in beiden Fällen keine Sicherheit, wie die Dinge laufen, absolute Sicherheit gibt überhaupt kein Wahlrecht.

Albers: Zur Frage der Stichwahl. Ich muß Dr. Tillmanns folgen, wenn er sagt, daß heute absolut keine Aussicht besteht, daß die FDP oder andere Kandidaten bei der Stichwahl mit uns tun. Ich entsinne mich der Zustände vor 1914. Vor 1914 war es auch nicht so, daß die Parolen – ich spreche von den sogenannten bürgerlichen Parteien –, daß diesen Parolen Folge gegeben wurde. Ich erinnere an die Wahlen im Jahre 1912. Da wurde Karl Trimborn[10] nicht gewählt, und der SPD-Mann wurde gewählt von den Liberalen und Nationalliberalen. Obwohl wir an Ort und Stelle ein Abkommen getroffen hatten, wurde dieses Abkommen nicht gehalten. Trimborn fiel herein. Dasselbe Beispiel haben wir in Düsseldorf erlebt, wo der Bankier Friedrich[11] nicht gewählt wurde, sondern Carl Haberland[12] von der SPD, weil die damaligen Nationalliberalen der offiziellen Parole ihrer Partei nicht gefolgt sind. Ich habe die Auffassung, daß auch im jetzigen Zustand die FDPler nicht den Parolen ihrer offiziellen Parteileitung Folge leisten, und wenn ich mir in Köln einen Mann wie den

10 Karl Trimborn (1854–1921), 1896–1921 MdR (Zentrum), 1918 Staatssekretär. – Bei der Wahl im Januar 1912 verlor er seinen Wahlkreis Köln-Stadt an Adolf Hofrichter (SPD). Daraufhin legte Karl Becker (Zentrum) am 14. Februar 1912 sein Mandat im Wahlkreis Köln-Siegkreis nieder, den Trimborn bei der Nachwahl am 1. März 1912 gewinnen konnte. Vgl. Rudolf Morsey in Lebensbilder 1 S. 81–93.

11 Die Wahl war nötig geworden wegen des Todes von Theodor Kirsch (Zentrum) am 31. Mai 1911. Die Nationalliberalen stellten für die Ersatzwahl am 19. September keinen Kandidaten auf und empfahlen zum Teil ihren Anhängern, die SPD zu unterstützen. Der Zentrumskandidat Johann Friedrich erhielt 29.291 Stimmen, der SPD-Parteisekretär Carl Haberland 34.037, die Demokraten 3.311 und die Deutschnationalen 3.147. Für die Stichwahl am 29. September legten die Linksliberalen und Teile der Nationalliberalen den Wählern entweder Wahlenthaltung oder sogar Unterstützung der SPD nahe. Friedrich erhielt 36.640, Haberland 39.560 Stimmen („Kölnische Volkszeitung" vom 20. und 30. September 1911).

12 In der Vorlage: Habermann. – Carl Haberland (1863–1938), 1906–1907 und 1911–1918 MdR (SPD), 1920–1924 MdPrL. Vgl. Anm. 11.

Freiherrn von Rechenberg[13] vorstellen soll, der jetzt von Antiklerikalismus spricht, da glaube ich nicht, daß dieser Freiherr einem Mann oder [einer] Frau von uns in Köln die Stimme gibt oder auffordert, die Stimme zu geben, ich bezweifle das.

Eine zweite Frage, die Frage der Mandate. Müssen es denn gerade 484 sein? Ist es notwendig, daß wir 82 Mandate neu schaffen? Ich habe die Meinung, uns zu begnügen mit dem, was ist, und nicht im Volke die Stimmung aufzubauschen, daß noch mehr Leute in Bonn Politik machen.

Kaiser: Wir müssen eine Stellungnahme im Vorstand herbeiführen. Ich bin gegen eine Erhöhung der Mandate. Zu diesen 484 würde dann die entsprechende Zahl der Berliner Mandate kommen, so daß eine Abgeordnetenzahl von über 500 herauskommt.

Scharnberg: Ich würde doch bitten, daß wir nicht so schnell Beschlüsse fassen, es kann sich doch nur um Richtlinien handeln. Die 484 Mandate sind nicht dadurch entstanden, weil es ein Vorschlag der DP war, sondern ein Vorschlag, der eine Kompromißlösung mit der FDP war. Wir werden ohne diese Anzahl der Mandate auf Listen mit der FDP nicht klarkommen. Für uns mag es ein Trost sein, das habe ich mir erlaubt auszuführen, daß wenn ich schon eine Liste habe, ist es wirklich nicht mehr so wesentlich, ob die Liste gewissermaßen dazu führt, daß die Splitterparteien halbiert oder gedrittelt werden, für uns ist ein Vorteil darin. Wir müssen mit der Bundesliste operieren in bezug auf den internen Proporz. Das können wir besser, wenn wir eine größere Liste haben. Ein Trost auch, man kann es nach außen ganz gut rechtfertigen, mit europäischen Fragen. Also noch einmal: der Grund liegt in dem Kompromiß mit der FDP.

Es war gefragt worden, ob auch andere Listenverbindungen machen können und mit wem. Selbstverständlich! Ich habe in keiner Weise gesagt, daß wir eine Listenverbindung machen werden zwischen FDP und CDU. Es braucht auch durchaus nicht in dieser Form zu sein. Daß es in dieser Form nicht zu sein braucht, ist ja der Grund, daß die FDP dagegen ist. Zweistimmenwahl oder Stichwahl? Ich würde herzlich bitten, uns nicht festzulegen im Moment. Es spricht manches für die eine, manches für die andere Sache. Eines möchte ich noch sagen: Laßt Zahlen sprechen! Wir haben ihnen bereits gesagt, wir würden auf der Basis von 242 Wahlkreisen arbeiten. Wie haben sich nun die bisherigen direkten Wahlen abgespielt? CDU, FDP und DP haben zusammen bisher 143 Mandate. Wenn Stichwahl ist und in der Stichwahl 100%ig Gefolgschaft geleistet wird von FDP und DP, dann haben wir statt 143 Mandate 174 Mandate, das hat zur Voraussetzung, daß auf der anderen Seite hinter den SPD-Kandidaten die KPD und das Zentrum vollkommen hinterherlaufen. Wie verändert sich das, wenn die Gefolgschaft nur 75 % beträgt? Dann bekommen wir statt 174 noch 158, immer noch 15 mehr als beim relativen Mehr-

13 Dr. Hans-Albrecht Frhr. von Rechenberg (1892–1953), 1948–1949 MdPR, 1949–1953 MdB (FDP), seit 1945 Präsidiumsmitglied der Industrie- und Handelskammer Köln, 1947 2. Vorsitzender des FDP-Landesverbands Nordrhein-Westfalen.

heitswahlrecht. Dann haben wir berechnet, wie sich das stellt, wenn die Gefolgschaft nur 50 % beträgt. Dann tritt keine Veränderung ein. Die Zahlen zeigen, daß die Gefolgschaft gar nicht so stark geleistet zu werden braucht, sie genügt selbst dann, wenn sie nur 50 % ist, dann haben wir immer noch 15 Mandate mehr. Diese Zahlen zeigen doch klar, daß eben eine hundertprozentige Gefolgschaft, wie sie bezweifelt wird von mir, nicht geleistet zu werden braucht.

Kaiser (zu dem soeben eintretenden Innenminister Dr. Lehr): Sie sind gerade rechtzeitig gekommen. Soweit ich in Erinnerung gehabt habe, sind Sie für das System der Stichwahlen mit eingetreten. Vielleicht ist es doch gut, wenn der Innenminister seine Auffassung vorträgt.

Lehr: Das Innenministerium ist seit über Jahresfrist damit beschäftigt, die verschiedenen Systeme einmal zu überdenken, soweit möglich in Zahlen ihre Erfolgsaussichten auszurechnen und im Kabinett Vorschläge zu machen. Ich möchte einmal eines sagen, es ist diesmal sehr schwer, in Zahlen annähernd zuverlässige Erfolgsaussichten zu konstruieren, denn wir haben eine ganze Reihe neuer Momente zu beachten. Einmal treten die vier Jahrgänge Neuwähler an die Wahlurne, deren Zusammensetzung wir im einzelnen nicht kennen. Das zweite ist, daß sich unter den Wählern, die durch den Flüchtlingsstrom zu uns kommen, sehr viele befinden, die nicht mit Sicherheit auf ihre politische Stellung anzusprechen sind. Alles, was dort mehr oder weniger bedürftig herüberkommt, ist gar nicht richtig zu beurteilen. Unter Zugrundelegung der Kommunalwahlen werden sie sicherlich mehr nach der Seite des BHE oder der SPD sich gruppieren als nach unserer Seite. Aber, wie gesagt, abschätzen läßt sich das auch nicht. Und endlich ist zu beachten, daß wir zwar keineswegs in den Großstädten bei den letzten Kommunalwahlen etwa an Stimmen verloren haben, das ist auch in Nordrhein-Westfalen nicht der Fall. Aber wir haben bemerken müssen, daß unser Gegner, die SPD, aufs Land geht und jetzt versucht, auf dem Lande Boden zu fassen und auch Wurzel gefaßt hat, und wir werden nicht so damit rechnen können, daß wir bei den nächsten Wahlen auf dem Lande dasselbe Stimmenverhältnis haben wie bei den vergangenen Wahlen, und es ist auch so, daß eine Umschichtung nach großen Gesichtspunkten stattgefunden hat. Nordrhein-Westfalen hat einen Flüchtlingsstrom aufgenommen, auf der anderen Seite sind zuverlässige Leute, die wir sehr gut in Nordrhein-Westfalen brauchen könnten, als Heimatvertriebene woanders untergebracht. Es wäre sehr erwünscht, auch einmal daran zu denken, ob man nicht in stärkerem Maße diese Heimatvertriebenen wieder in Nordrhein-Westfalen verwurzelt und wieder herüberschaffen soll und dafür einen Flüchtlingsstrom etwa mehr an anderer Stelle verteilt, wo es politisch erträglicher ist.

Ich wollte diese allgemeinen Gesichtspunkte einmal vorausschicken, um zu sagen, Wahlmathematik ist in den nächsten Monaten etwas sehr Schwieriges, nach großen Gesichtspunkten vorgetragen, einmal das zu sagen, was wir bestimmt nicht tun sollen. Was wir bestimmt nicht tun sollen ist, Wahlsysteme auszuknobeln, bei denen vielleicht der eine oder andere Wahlkreis günstiger abschneiden könnte, bei

dem aber die Splitterparteien den Segen davontragen könnten. Das wären die Schwierigkeiten in unseren ohnehin schon schwierigen Zeitläufen, wenn wir gesegnet oder bestraft würden mit einer Anzahl Splitterparteien, die dann zuletzt die großen Parteien vergessen lassen, daß wirklich eine positive Politik nach großen Gesichtspunkten gemacht wird, wenn man letzten Endes immer um die Gunst kleiner und kleinster Gruppen ringen muß, die dann sehr schwer zu gewinnen ist. Also haben sich die Vorschläge des Innenministeriums sehr stark danach gerichtet, unter welchen Gesichtspunkten die Splitterparteien am meisten zurückgedrängt werden können. Das Wahlsystem, bei dem die Splitterparteien am meisten zurückgedrängt werden, ist die absolute Mehrheitswahl, da verschwinden sie fast vollständig, und vom Standpunkt der CDU gesprochen, wird bei der absoluten Mehrheitswahl die CDU am besten abschneiden. Sie kann sich das leisten.

Ich wußte nicht, daß Sie diesen Punkt heute besprechen, sonst hätte ich Ihnen die hierfür errechneten Tabellen und Schaubilder vorlegen können, aber ich glaube auch, der Kreis ist so groß, um solche Einzelheiten zu erfassen, und ich kann nur die Gesichtspunkte geben, die zweifellos bei aller Beachtung dieser Wahlen für die CDU die größten Erfolge bieten. Aber wir stehen ja nicht allein, wir haben auch Rücksicht zu nehmen auf die Bundesgenossen und auf die gesamte Konzeption. Deshalb möchte ich noch einmal sagen und auch bei Berücksichtigung der Lage unserer künftigen Bundesgenossen davor warnen, daß man einmal sagt, bei der CSU und in Bayern ist das und das zu machen oder in Niedersachsen, da ist doch fraglich, wie sich der BHE entwickelt. Wenn wir nach einzelnen Wahlkreisen gehen, werden wir ganz sicher in ein schiefes Geleise kommen. Deshalb glaube ich persönlich, und dahin hat sich das Kabinett auch ausgesprochen, daß wir am besten verfahren, wenn wir in folgender Weise vorgehen: Wir wählen auf der einen Seite, das ist allerdings im Kabinett noch nicht vorgetragen worden, wenn uns sogar mehr als die Hälfte in direkter Wahl, und zwar in der absoluten Mehrheitswahl auf der einen Seite wählen und auf der anderen Seite Länderlisten oder Bundeslisten oder auch beide zusammen, Länder- und Bundesliste in einer noch festzustellenden Relation. Und hier nach der reinen Proportion unter Berücksichtigung der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen und hier einen internen Ausgleich mit unseren Bundesgenossen vornehmen [!]. Wenn wir dann immer noch Stimmen haben und sie sich nicht gut entschließen können, weil sie sich ausgerechnet haben, daß es hier und dort für sie ungünstig ist, müssen wir eben den Ausgleich auf der Landesliste nehmen, um die Persönlichkeiten, die wir gerne wiedersehen wollen, im Bundestag oder in anderen Ämtern dort unterzubringen.

Über die Zahl der Mandate läßt sich reden, glaube ich, und das ist wohl auch die Meinung, die der Kanzler selbst mitvertreten hat, daß wir im nächsten Jahr eine Fülle von Aufgaben mit der eigenen Partei zu bewältigen haben und daß es nicht wünschenswert ist, daß wir zuviel Leute aus unseren eigenen Reihen, die sich bisher eingearbeitet und bewährt haben, aber auch einige aufstellen, die für künftige Aufgaben an anderer Stelle geeignet erscheinen. Infolgedessen neige ich dazu, diese 484

Abgeordneten zu nehmen. Die Zeiten haben sich heute wesentlich geändert in dem Umfang der Aufgaben. Es ist nicht entscheidend, man kann es auch anders machen, das würde aber unter grundsätzlichen Betrachtungen keineswegs fallen.

Wesentlich ist noch einmal, daß man beachtet die Aufgabe, Zurückdrängung der Splitterparteien, damit wirklich große Parteien nach einem wirklich demokratischen Verfahren um die Macht, den Einfluß und die Gestaltung unseres politischen Schicksals ringen können. Das ist das Wesentliche. (*Zwischenruf:* Das A und O.) Alle die Kinderkrankheiten, an denen wir offensichtlich leiden, beruhen darauf, daß wir so viel Kleinigkeiten immer zu bekämpfen und zu bereden haben. Deshalb möchte ich vorschlagen, daß wir uns nicht so sehr in Einzelheiten verlieren, sondern über die tragenden Gesichtspunkte einig werden.

Kaiser: Ich habe inzwischen einmal feststellen lassen, ob wir damit rechnen können, daß der Kanzler herunterkommt. Er ist immer noch festgehalten durch den französischen Besuch, und es ist auch nicht abzusehen, wann diese Besprechung zu Ende geht. Unsere Ministerpräsidenten werden um 12.30 Uhr weggehen müssen, und ich frage, ob wir die Besprechung der Wahlangelegenheit unterbrechen und dann die vorbereitete Presseerklärung erörtern.

Arnold: Ich habe nur einen Wunsch. Ehe das Kabinett diesen Entwurf endgültig verabschiedet und dem Bundestag zuleitet, möchte ich wünschen, daß dann auch die CDU-Ministerpräsidenten unterrichtet werden darüber, was darinsteht, weil die Verhältnisse in den einzelnen Ländern so verschieden sind.

Simpfendörfer: Ich möchte dringend warnen vor dem internen Proporz.

Tillmanns (verliest nachstehende Presseverlautbarung):

„Gegen jede Verzögerung!

Der Bundesparteivorstand der CDU Deutschlands erörterte am 15. und 16. Dezember in Bonn unter Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Adenauer die politische Lage. Der Parteivorstand hat seine Auffassungen einmütig in folgender Entschließung niedergelegt: Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union stellt gemeinsam mit den Vorsitzenden der Landesverbände und den der CDU angehörenden Ministerpräsidenten der Länder nach eingehender Aussprache fest:

1. Die Christlich-Demokratische Union fordert angesichts der Lage Deutschlands und der gesamten internationalen Lage, daß die Deutsche Bundesrepublik den Deutschlandvertrag und den Vertrag über die EVG sobald wie möglich ratifiziert. Die Verschiebung der dritten Lesung war notwendig, um die Durchführung der Feststellungsklage vor dem Bundesverfassungsgericht zu ermöglichen und damit gegen die Verzögerungsversuche der Opposition zu erreichen, daß die Verträge möglichst bald in Kraft treten.

2. Es erfüllt uns mit großer Sorge, daß das Bundesverfassungsgericht in zunehmendem Maße zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen geworden ist. Wir wollen diese Diskussion, die die Autorität eines wichtigen Organs unserer rechtsstaatlichen Ordnung gefährdet, nicht durch neue Kritik vertiefen. Was zu dem

Beschluß des Bundesverfassungsgerichts über die rechtliche Wirkung eines von ihm geforderten Gutachtens zu sagen ist, hat der Bundeskanzler in seiner Erklärung vor dem Bundestag vom 11. Dezember dargelegt.[14]

3. Die Beratungen des Bundestags – besonders die große Rede des Bundeskanzlers und die Ausführungen der Sprecher der Christlich-Demokratischen Union – haben der Öffentlichkeit erneut gezeigt, daß in der Schicksalsfrage unseres Volkes, die jetzt zur Entscheidung steht, nur die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien eine klare überzeugende Konzeption haben, nämlich den Zusammenschluß Deutschlands mit den Völkern der freien Welt zur Sicherung des Friedens und der Freiheit. Das ist zugleich der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands. Die sozialdemokratische Opposition hat dem nur negative Kritik entgegengesetzt; eine andere positive Lösung zur Einigung Europas hat sie nicht gezeigt. Sie hat sogar zugegeben, daß durch das Scheitern der Verträge ein Vakuum entstehen würde, ohne allerdings hinzuzufügen, daß ein solches Vakuum genau das ist, was die Sowjetunion zur Durchsetzung ihrer Ziele in Europa will. Wenn die Sozialdemokratische Partei glaubt, dieses Vakuum durch eine „Internationale Gemeinschaft von Völkern von Freien und Gleichen" ablösen zu können, so ist das eine blasse und angesichts der Weltlage geradezu lebensgefährliche Illusion. Wir halten demgegenüber fest an einem System der Friedenssicherung, dessen Verwirklichung in greifbarer Nähe vor uns steht.

4. Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union billigt die Haltung der Bundestagsfraktion und der Bundesregierung in den Verhandlungen der letzten Wochen und bittet sie, ihre Politik klar und entschlossen fortzusetzen."

Den Entwurf hat der Bundeskanzler nochmals überprüft nach dem Entwurf, den ich gemacht hatte. Darin war im Absatz 3 die Rede davon, daß der Vorsitzende der SPD, Ollenhauer, von einem Vakuum gesprochen hatte.

Arnold: Ich bedauere außerordentlich, daß ich an den gestrigen Beratungen nicht teilnehmen konnte, so daß ich sachlich wenig sagen kann. Ich höre jetzt zum ersten Mal den Wortlaut der Entschließung, bin aber der Meinung, daß, wenn der Bundesvorstand eine solche Entschließung herausbringt, man den Namen Ollenhauer nicht hineinbringen soll. Ich bitte, sich auf klare und konkrete Tatbestände zu beschränken und nicht eine Polemik mit Ollenhauer herbeizuführen.

Kiesinger: Zu der letzten Bemerkung möchte ich sagen, ich empfinde es ähnlich. Nur hat Ollenhauer dadurch, daß er das Zugeständnis machte, daß ein Vakuum bestehe, uns ein Entgegenkommen gezeigt, wir müssen Mittel und Wege finden, daß man die Entschließung annimmt, ohne von Ollenhauer zu sprechen. Auf das Argument „Vakuum" sollte man nicht verzichten. (Kiesinger befaßt sich dann noch mit einigen sprachlichen Unklarheiten der Entschließung.)

(Inzwischen ist der Bundeskanzler erschienen.)

14 Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S.11650.

Adenauer: Sie müssen mich zunächst entschuldigen, ich komme erst jetzt von der Besprechung mit François-Poncet zurück, er wollte mich gestern schon sprechen im Auftrage Schumans. Gerade was Ollenhauer angeht, ließ Herr Schuman mich bitten, Auskunft zu geben, was ich mit Ollenhauer besprechen wolle. Er möchte wissen, ob daran zu denken sei, ob wir von unserem bisherigen Standpunkt abgehen würden.

Ich bin im Gegensatz zum Ministerpräsidenten Arnold der Ansicht, Ollenhauer ist doch der Vorsitzende der Partei und der Fraktionsführer, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Fraktion, und ich finde es deshalb nicht unrichtig, wenn man den Namen Ollenhauer erwähnt. Nachdem er uns ein so kräftiges Argument in die Hand gegeben hat, kann man das ruhig erwähnen.

Kiesinger schlägt einige Änderungen an der Entschließung vor.

Adenauer: Wenn man in einem Kreise von über 30 Leuten Wünsche über Einzelheiten austragen will, kommt man niemals zu Rande. Ich schlage vor, drei Herren aus der Versammlung zu bestimmen, die diesen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung tragen.

Tillmanns: Ich lese gerade in dem zweiten Absatz, der sich mit dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts befaßt, und habe inzwischen überlegt, ob es nicht vielleicht möglich ist, dieses in einer anderen Form zu sagen und das zu tun, was gestern die allgemeine Meinung war, das Bundesverfassungsgericht möglichst nicht noch einmal von uns aus in irgendeiner Weise anzusprechen. Ist es nicht sinnvoller, etwa folgendermaßen fortzufahren: „Was zu dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts über die rechtliche Wirkung eines Gutachtens zu sagen ist, hat der Bundeskanzler dargelegt."

Kiesinger: Der zweite Satz ist für die Veröffentlichung unverständlich. Das ist der große psychologische Fehler, den wir gestern festgestellt haben. (Kiesinger macht weitere Vorschläge zur Änderung, und es wird dann eine Kommission von drei Herren bestimmt, die die Entschließung entsprechend ändern sollen.)

Vertriebenenfragen

Adenauer: In der Presse ist vermerkt worden, daß Herr Arnold und Herr Lübke gestern nicht anwesend waren. Sie haben sich inzwischen über das Wahlgesetz unterhalten. Wir haben nun die sehr unangenehme Sache, den kolossalen Streit mit den Vertriebenen, ein unerträglicher Krach, auf der einen Seite Lukaschek und auf der anderen Seite Kather. Herr Kather kennt meine Meinung über ihn, dabei bin ich nicht berufen, irgendwie Richter zu sein. Ich kenne Herrn Kather seit 1946. Er ist manchmal etwas stachelig, aber vielleicht auch etwas impulsiv, aber Herr Kather ist ein Mann, der treu zu unserer Partei steht und sich ganz zweifellos große Verdienste um die Vertriebenen erworben hat. Was Herrn Lukaschek angeht, das darf ich in aller Offenheit sagen, daß der Minister für die Vertriebenen nicht das geleistet

hat, was hätte etwa geleistet werden müssen. Er hat sich die Initiative viel zu stark aus der Hand nehmen lassen, er ist etwas laisser-aller, wenig widerstandsfähig. Nun ist das Bedauerliche, daß zwischen Kather und Lukaschek persönliche Differenzen ausgebrochen sind, jedenfalls werden beide Teile die Schuld mittragen, wer die größere Schuld hat, das zu entscheiden, ist sehr schwierig. Ich möchte aber sehr ernst als Parteivorsitzender sagen, daß an diesem Zerwürfnis Herr Lukaschek ein vollgerütteltes Maß an Schuld trägt. Nun hat der Vertriebenenausschuß unserer Partei getagt in Königswinter.[15] Es ist dort zwischen Lukaschek und Kather zu sehr erregten Auseinandersetzungen gekommen. Es wurde sogar von einem Ehrengericht gesprochen, das eingesetzt werden müsse. Davon ist man abgekommen, aber man wünscht, daß man in diesem Gremium ...

Dr. Adenauer bittet, Herrn Lukaschek zu holen, und sagt zu Herrn Kather[16]: Herr Kather, hören Sie mich aber auch an, schreiben Sie nicht zu viel. Ich bin der Auffassung, ein Gremium von der Größe, wie wir es sind, kann sich unmöglich mit dieser Fülle von Einzelheiten abgeben. Es geht hier um gegenseitige, zum Teil berechtigte, zum Teil unberechtigte Beschuldigungen, das hier zu entscheiden, ist vollkommen unmöglich.

(*Zwischenruf Kather:* Das ist auch nicht gewünscht worden, es ist lediglich gewünscht worden, daß dieser Ausschuß eingesetzt wird mit der Aufgabe, daß von jeder Seite ein Herr genannt werde, ich würde in diesem Falle Dr. Bucerius[17] nennen.)

Die Sache ist sehr ernst, und zwar deshalb, weil, wenn wir die Geschichte nicht ins Lot bringen, doch die Frage der Vertriebenen bei der Bundestagswahl eine sehr unangenehme Wendung finden kann. Nun weiß ich nicht, findet sich jemand bereit, den dritten Mann abzugeben, das wäre am angenehmsten. Wollen Sie es übernehmen, Herr Müller? Ich habe auch nach Ihrer Richtung, Herr Arnold, gesehen. (Inzwischen ist Minister Lukaschek erschienen.[18]) Ich habe kurz vorgetragen den Gang der Dinge in Königswinter, daß dort an uns das Ansinnen gestellt worden ist, es solle je ein Vertreter bestellt werden von Ihnen und von Herrn Kather, und wir sollen einen Vorsitzenden bestimmen. Dieses Drei-Männer-Kollegium soll die Sache in Ordnung bringen. Herr Kather hat Herrn Bucerius genannt. Würden auch Sie die

15 Vgl. Nr. 15 Anm. 11.

16 Warum Kather trotz Niederlegung seiner Parteiämter (vgl. Nr. 14 Anm. 8) an der Sitzung teilnahm, ist nicht ersichtlich. – Der Bundesausschuß der CDU für Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hatte am 12. Dezember 1952 in Königswinter beschlossen, den Parteivorsitzenden zu bitten, einen Ausschuß einzusetzen, der sich der Differenzen zwischen Kather und Lukaschek in einem Schiedsverfahren annehmen sollte (UiD vom 20. Dezember 1952; Protokoll der Sitzung in NL Kather ACDP I-377-005/5).

17 Dr. Gerd Bucerius (geb. 1906), 1945 Senator der Hamburger Baubehörde, seit 1946 Verleger, 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates (CDU), 1949–1962 MdB, 1952–1957 Bundesbeauftragter für die Förderung der Berliner Wirtschaft.

18 Lukaschek kam aus der Kabinettssitzung.

Freundlichkeit haben, einen Herrn zu benennen. Zufällig haben Herr Arnold und ich denselben Gedanken gehabt, ob Herr Müller nicht der richtige Mann sei.

Lukaschek: Soll der Herr aus dem Kreise des Vorstandes sein? Dann würde ich den Chefpräsidenten van Husen[19] benennen.

Adenauer: Aber, Herr Lukaschek, ich kenne Herrn van Husen, ein sehr ehrenwerter charaktervoller Mann, aber sehr stark als Richter juristisch gebunden, während ich glaube, hier müßten drei Männer herein, die nicht als Strafkammer dasitzen, sondern die nun auch den guten Willen haben, zu einem schnellen Willen ...

Lukaschek: Den schnellen Willen habe ich, aber ich mache das nicht zur Prinzipienfrage.

Adenauer: Herr van Husen ist seit geraumer Zeit politisch nicht mehr tätig. Sie sollten einen Herrn aussuchen, der auch politisch tätig ist und die Dinge vom politischen Standpunkt aus sieht. Ich warne vor Juristen.

Lukaschek: Ich möchte gerne einen Juristen haben. Herr Dr. Wuermeling wäre mir auch recht oder Weber[20], Wahl ...

Adenauer: Herr Weber hat erst kürzlich eine Kontroverse in Ordnung gebracht, es war eine glänzende Arbeit.

Lukaschek: Ich habe Herrn Weber in seiner Arbeit beobachtet, und wenn er mir die Freude machen würde, bin ich einverstanden.

Weber: Es fragt sich, ob beide Herren damit einverstanden sind, daß ich die Aufgabe übernehme, und wie man sich die Zuständigkeit dieses Ausschusses denkt. Gedacht ist wohl an eine verbindliche Erklärung. Sollen wir einen Schiedsspruch fällen oder lediglich den Versuch machen, eine Einigung herbeizuführen. Hier nach dem mir vorliegenden Text ist die Rede davon, daß dieser Ausschuß eine verbindliche Erklärung abgeben soll. Daraus geht doch an sich hervor, daß der Ausschuß die Möglichkeit haben soll, eine Entscheidung zu treffen, die für die beiden Herren zu treffen ist.

Adenauer: Ich würde das gar nicht empfehlen, das so genau zu formulieren. Hauptzweck ist, eine Verständigung herbeizuführen. Man kann nicht Liebe erzwingen, aber man kann dafür sorgen, daß Friede herrscht.

Kather: Es ist im Ausschuß gesagt worden, daß die Vorwürfe so konträr sind, daß eine Klärung erfolgen muß. In erster Linie ist zu klären, was ist geschehen, wenn sich die Möglichkeit ergibt, daß man von einer Verständigung sprechen kann.

---

19 In der Vorlage: von U... – Dr. Paulus van Husen (1891–1971), 1927–1934 Mitglied der Gemischten Kommission in Kattowitz/Oberschlesien, dann Oberverwaltungsgerichtsrat beim preußischen Oberverwaltungsgericht in Berlin-Charlottenburg, Mitgründer der CDU in Berlin, ab 1947 Richter am Deutschen Obergericht in Köln, 1949–1959 Präsident des Oberverwaltungsgerichts und 1952–1959 des Verfassungsgerichtshofs von Nordrhein-Westfalen. Vgl. Gerhard WEBERSINN: Dr. jur. Paulus van Husen. In: Mitteilungen des Beuthener Geschichts- und Museumsvereins, Heft 34/35 (1972/73). Dortmund 1973 S. 247–252.

20 Dr. Karl Weber (1898–1985), 1949–1965 MdB (CDU), 1965 Bundesminister der Justiz.

Es ist nicht so, daß diese Frage entscheidend ist für den Wahlausgang, da stehen andere Dinge im Vordergrund. Bei allen Gesprächen, die wir in letzter Zeit gehabt haben, hat die Frage gar nicht sehr zur Debatte gestanden. Es ist durchaus in Aussicht genommen, daß Minister Lukaschek bis zum Schluß im Amt bleibt. Ich möchte bitten, daß diese Differenzen [nicht] überbewertet werden. Nun möchte ich noch folgendes sagen: Ich bin mit der Persönlichkeit von Herrn Müller durchaus einverstanden, aber ich habe ein sachliches Bedenken, das ist die große Entfernung. Uns kommt es darauf an, möglichst schnell zu einem Ergebnis zu kommen, und ich glaube, da Herr Müller doch in Hohenzollern wohnt, daß das auf gewisse Schwierigkeiten stößt. Herr Lukaschek hat Herrn Wahl benannt oder Herrn Kleindinst[21], damit wäre ich auch einverstanden.

Adenauer: Ein sehr annehmbarer Vorschlag, ich würde Herrn Kleindinst empfehlen. Herr Kleindinst ist ein Mann, der sich nach seiner ganzen Natur für eine solche Aufgabe sehr eignet, ein sehr gewissenhafter Mann, ein sehr vornehm denkender und ein wirklich besonders sympathischer Mensch, und Herr Kleindinst wird auch in seiner ganzen Art dafür geeignet sein. Wenn die beiden Herren damit einverstanden wären, wird das zu begrüßen sein.

(Beide Herren erklären ihr Einverständnis.)

Adenauer: Nun hat Herr Kather seine Mitgliedschaft hier im Vorstand niedergelegt, und ich weiß nicht, ob das schon zur Sprache gekommen ist. Ich glaube nicht. Wie können wir den Schaden reparieren?

Kather: Sehr einfach, wenn die Dinge ausgeräumt werden, die mich zu diesem Schritt veranlaßt haben. Das sind sachliche Beschwerden in erster Linie.

Adenauer: Ich möchte vorschlagen, man sollte dann warten, bis die Sache erledigt ist. Es könnte sonst aussehen wie ein Vorgriff in der ganzen Angelegenheit. Wir wollen das zurückstellen, bis diese Sache erledigt ist.

Kather: Dann haben Sie das nicht richtig verstanden, Herr Bundeskanzler. Die Frage der Vorfinanzierung kann man doch unmöglich [verschieben], darüber sind Minister Lukaschek und ich vollkommen einig, wenn das noch einige Wochen hinausgeschoben wird, dann haben wir einen Schaden materiell und stimmungsmäßig, der nicht wiedergutzumachen ist.

Adenauer: Wir können vielleicht gleich noch darauf zurückkommen, Herr Arnold muß fort. (Der Bundeskanzler stellt dann fest, daß der Vorstand mit dem Inhalt der Entschließung einverstanden ist und damit einverstanden ist, daß gewisse kleine Änderungen von dem gewählten Ausschuß getroffen werden.)

Arnold: Ich denke, daß der Bundesvorstand, das wichtigste Organ, eine amtli-

21 Dr. Josef Ferdinand Kleindinst (1881–1962), 1919 Stadtrechtsrat, 1948–1949 MdPR (CSU), 1949–1957 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Beamtenrecht). – Zum Verfahren (Vorsitzender des Schiedsgerichts war Kleindinst, Beisitzer waren Bucerius und Weber) vgl. KATHER 1 S. 182f.

che Verlautbarung herausgibt, die in ihrer sachlichen Erklärung Ollenhauer persönlich apostrophiert, ob das eine gute und glückliche Lösung ist, um sachlich zu ...

Adenauer: Ollenhauer hat, nachdem er meinen Brief bekommen hat, in dem ich fragte, ob [wir] nicht im Interesse der Demokratie uns einmal aussprechen sollten, in seinem Parteivorstand einen Beschluß veranlaßt, der sich in sehr scharfer Weise gegen mich richtet, ich finde mich dadurch nicht weiter schockiert, aber ich glaube, daß es das Gespräch mit Herrn Ollenhauer nicht erschwert, sondern sehr erleichtert, wenn ich Herrn Ollenhauer sagen kann, ich kenne die Meinung des Parteivorstandes der CDU, wenn das nicht vorangegangen wäre, was Herr Ollenhauer nach Empfang meines Briefes getan hat[22]. Aber nachdem das nunmehr so gekommen ist, sollte der Name Ollenhauer ruhig drinstehen.

Müller: Ich schlage eine neue Formulierung, einen Mittelweg, vor, in dem nur von Opposition und vom Führer der Opposition gesprochen wird, ohne den Namen zu nennen.

Adenauer: Das ist die Usurpierung eines Titels, gegen den das Zentrum Sturm läuft, auch die Bayernpartei gehört ja gelegentlich auch zur Opposition, aber sie bestreiten, daß Herr Ollenhauer ihr Führer wäre. Lassen wir das. Die Hauptsache ist, daß sie dem Inhalt zustimmen.

Gestern haben wir uns damit beschäftigt, daß zu unserem Bedauern die Herren Lübke und Arnold verhindert waren, und es wurde da gebeten und angeregt, folgenden Beschluß zu fassen, der jetzt formuliert ist: Im Interesse der notwendigen und engen Zusammenarbeit im Bund und den Ländern ist es geboten, daß die Ministerpräsidenten ständig an den Sitzungen teilnehmen. Allgemein möchte ich sagen, daß wir das nicht veröffentlichen, wir wollen davon nur Kenntnis nehmen, sonst sieht das nicht gut aus. Wir sind uns also einig, was wir wollen, und dürfen diese Fragen also als erledigt betrachten.

Kaiser: Über die Frage der Kandidaten haben wir bisher überhaupt nicht gesprochen. Wir haben es für gut und zweckmäßig erachtet, daß uns Herr Scharnberg über das geplante Wahlgesetz unterrichtete. Die Aussprache darüber ist unterbrochen worden. Es ist also jetzt noch die Diskussion im Gange über das Gesetz.

Adenauer: Dann ist die wichtigste Frage die der Aufstellung der Kandidaten. Wie ich aus verschiedenen Wahlkreisen höre, finden jetzt schon Bemühungen statt von einzelnen Personen, daß sie als Kandidaten aufgestellt werden. Über diese Frage muß man einmal sprechen, ehe das Wahlgesetz spruchreif ist. Da sind nun besondere Ideen laut geworden. Einmal, die Wahlkreise haben ein Interesse daran, nur Männer ihres Vertrauens aufzustellen, die Länder haben ebenfalls ein gewisses Interesse, aber, meine Damen und Herren, die Partei als solche hat auch ein außerordentlich großes Interesse. Dasselbe Interesse liegt bei der Bundestagsfraktion vor, daß sie eine arbeitsfähige Fraktion wird und daß die Kandidaten nicht lediglich ausgesucht werden nach lokalen Verbindungen und lokalen Bindungen und Be-

22 Vgl. ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 188–191.

kanntschaften. Es kommt noch bei uns hinzu, daß wir, mag das Wahlgesetz so oder so ausfallen, nicht damit rechnen können, daß wir auf der Bundesliste die Leute bekommen, weil wir wahrscheinlich in direkter Wahl mehr durchbringen werden, so daß also nicht wie bei anderen Parteien die Nominierung von Leuten, die unter allen Umständen in eine Bundestagsfraktion wegen ihrer sachlichen Kenntnis hineingehören, möglich ist.

Es ist das sehr schwere Problem. Wie kann man koordinieren das Interesse der Wahlkreise, der Länderparteien und das Gesamtinteresse. Koordinieren sage ich deshalb, weil es besser klingt. Man muß dafür sorgen, daß in der Bundestagsfraktion Kräfte vorhanden sind, die in der Lage sind, die Arbeit zu bewältigen. Das darf ich aus unseren Erfahrungen in der Bundestagsfraktion sagen, die auch einen Blick haben für die allgemein politischen und allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenhänge. Es müssen Kräfte sein, die auch nicht lediglich Interessenten sind für die Berufsgruppen, der sie nun einmal angehören, sondern die einen weiteren Blick haben. Ich möchte vorschlagen, daß Herr Krone hierzu etwas sagt.

KANDIDATENAUFSTELLUNG

Krone: Wir sind in der Fraktion sachlich gut vertreten mit Männern und Frauen, die das Gebiet der Sozialpolitik beherrschen. Ich nenne die Namen Arndgen[23], Pelster[24], Sabel[25], Frau Dr. Probst[26], Johannes Albers, Frau Weber. Wir sind, wie die Dinge heute liegen, mit Sachkennern schwach vertreten, was das ganze Gebiet von Steuern, Finanzen und Finanzpolitik angeht.

Adenauer unterbricht und *Tillmanns* verliest die Entschließung des Bundesvorstandes in der neuen Fassung, wie sie oben S. 261f. wiedergegeben ist.

Adenauer: Wir können alle zustimmen. Wir wollen Herrn Krone hören, damit dafür gesorgt wird, daß nicht vorzeitige Bindungen bezüglich der Kandidatenaufstellungen stattfinden.

Krone: Weniger gut ist das Gebiet des Bundesfinanzministers vertreten. Steuerjuristen haben wir leider einen einzigen, und der ist stark absorbiert durch seine

23 Josef Arndgen (1894–1966), bis 1933 im Zentralverband Christlicher Lederarbeiter (1932–1933 Vorsitzender), Mitgründer der CDU in Hessen und des DGB, 1945–1947 Ministerialdirektor im hessischen Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt, 1946–1949 MdL, 1947–1949 Minister für Arbeit und Wohlfahrt, 1949–1965 MdB.

24 Georg Pelster (1897–1963), vor 1933 Zentrum und Mitglied von KAB und Christlichem Metallarbeiterverband Deutschlands, 1945 CDU, 1946–1948 Bürgermeister von Rheine, 1949–1961 MdB.

25 Anton Sabel (1902–1983), 1926–1933 Bezirks- und Landesjugendleiter der Christlichen Gewerkschaften in Hessen, vor 1933 Zentrum, 1949–1957 MdB (CDU, Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit), 1957–1968 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit.

26 Dr. Maria Probst (1902–1967), 1946–1949 MdL Bayern, Mitglied des Landesvorstands der CSU in Bayern, 1949–1967 MdB, Präsidentin der Europäischen Frauen-Union, 1958–1967 MdEP.

sonstigen Arbeiten[27]. Hier müssen noch ein bis zwei Leute gewonnen werden für das Gebiet der Steuerpolitik. Die Dinge liegen ähnlich im Bereich des Bundeswirtschaftsministeriums. Wir haben eine Reihe von guten Sachkennern der vielen Detailgebiete, aber es fehlt uns der Mann, der so konzeptionell arbeitet, wie es Herr Etzel getan hat. Seit seinem Weggang, das muß festgestellt werden, ist das Gebiet nicht mehr so in der Hand der Fraktion, wie es notwendig wäre. Kollege Etzel hat in dieser seiner Konzeption die Anerkennung aller Stellen gehabt. Da muß auch ergänzt und nach Leuten gesucht werden, die nicht als Syndici kommen, sondern das Gebiet sachlich beherrschen und in unserem Sinne auch konstruktive Vorschläge machen.

Ich bin mir klar darüber, daß da auch noch ein paar andere Dinge sind, z.B. auf dem Gebiet der bäuerlichen Politik. Das Gebiet ist sehr heterogen, da fehlt auch die Konzeption, wie es unter Lübke gewesen ist. Wir haben doch nicht immer ein einheitliches Denken in der Frage, und das wirkt sich nicht gut aus für die gesamte Politik der Fraktion. Ich muß unterstreichen, auch die Europaarbeit absorbiert eine Reihe von Herren. Ob man darum zur Zahl von 484 Abgeordneten kommen muß, weiß ich nicht, aber es steht fest, daß eine Reihe von Herren absorbiert ist. Ich verspreche mir nichts davon, daß man von seiten der Fraktion feststellt, wer nicht, sondern mehr Wert darauf legt, wer muß dazukommen, um die Zahl von sachlichen Arbeitern zu bekommen. Das kann nur durch Sie geschehen, daß Sie mit den Herren Landesvorsitzenden Gespräche führen, daß man nicht eine Liste aufstellt von solchen, sondern daß Sie Rücksprache mit der Fraktion nehmen, die Dinge in die Hand nehmen und Wünsche aussprechen. Wenn das nicht geschieht, befürchte ich, daß wir, was geschehen muß, nicht erreichen.

Adenauer: Herrn Krone sind wir sicher sehr dankbar für seine mit großer Delikatesse ausgesprochenen Ausführungen. Aber ich meine, man muß auch einmal im Interesse der Partei über gewisse Mängel, die sich doch gezeigt haben, sprechen, und da möchte ich folgendes sagen: Einmal müssen wir mehr Frauen haben. Unsere Wähler bestehen doch im wesentlichen aus Frauen, darüber müssen wir uns klar sein. Daher sollte man auch mehr Frauen aufstellen als Kandidaten, als wir das bisher getan haben. Zweitens meine ich, müsse man sehr darauf bedacht sein, die jüngere Generation stärker heranzuziehen. Es sind schon im Laufe der ersten Bundestagsperiode so viele Leute gestorben, und das wird sich fortsetzen. Die jüngere Generation muß eingeführt werden in die aktive Politik, natürlich nicht sofort so, daß jemand sofort in den Bundestag hineinkommt. Ich möchte die Bitte an die Landesvorsitzenden richten, daß sie dafür sorgen, daß Leute zu Bundestagsabgeordneten nominiert werden, die schon in den Landtagen eine gewisse Erfahrung haben. Sonst sammeln sie die Erfahrungen im Bundestag, und dann kann das eine ziemlich teuer erkaufte Erfahrung werden. Es muß erörtert werden, ob nicht doch im Gegensatz zu bisher etwas mehr Wert darauf gelegt werden soll auf personelle Verzah-

27 Gemeint: August Neuburger (vgl. Nr. 10 Anm. 25).

nung. Wir haben von Nordrhein-Westfalen nach meiner Erinnerung nur den Herrn Gockeln, der aber viel mehr in Düsseldorf ist als in Bonn. Deshalb weiß ich nicht, ob eine solche Verzahnung durch Herrn Gockeln allein genügt. Ich würde es aber für guthalten, wenn sowohl zwischen der CSU-Fraktion des Bayerischen Landtages, mit der CDU-Fraktion des nordrhein-westfälischen Landtages und der Bundestagsfraktion eine gewisse Verbindung hergestellt wird.

Dann ist Herr Krone mit übergroßer Delikatesse darüber hinweggegangen, daß doch – ich drücke mich da sehr vorsichtig aus –, daß der Fleiß aller Bundestagsmitglieder nicht gleich groß ist und daß wir infolgedessen erleben müssen, daß ein relativ kleiner Prozentsatz der Bundestagsfraktionsmitglieder ungefähr die ganze Arbeit tragen muß. Das wirkt sich sehr schlecht aus. Es kommt noch hinzu – auch darüber müssen wir offen sprechen –, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den Ausschußsitzungen sehr viel regsamer sind als die Vertreter der CDU und die Vertreter der Demokraten und der Deutschen Partei. Ich glaube, es müßte auch dafür gesorgt werden, daß man eine gewisse Anzahl von Leuten hat, die nicht durch häusliche Verpflichtungen oder durch Uninteressiertheit daran gehindert sind, den Sitzungen in Bonn regelmäßig beizuwohnen. Aber ich glaube, wir sollten heute nur die Landesvorsitzenden bitten, dafür zu sorgen, daß keine voreiligen Verpflichtungen eingegangen werden. Es ist eben schon angedeutet worden, daß sich einzelne Herrschaften schon sehr darum bemühen, wieder als Kandidaten nominiert zu werden. Das sind wahrscheinlich diejenigen, die das Bedürfnis haben, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß sie auch gewählt werden. Es sind nicht gerade diejenigen, die bei der Arbeit in vorderster Linie stehen, sondern es sind Persönlichkeiten, die die Arbeit scheuen, will ich nicht sagen, die sie aber auch nicht übermäßig lieben.

Das sind so die Gedanken, die man sich macht, wenn man die Arbeit der Bundestagsfraktion übersieht. Es wäre also auch in diesem Kreise zu sagen, daß es wünschenswert ist, daß eine Anzahl von Leuten dort hinkäme, die einen Kern der Bundestagsfraktion bilden, unseren gegenwärtigen Kern vergrößern. Es wäre vielleicht auch interessant zu hören, wie sich die Landesvorsitzenden zu dieser Frage stellen.

Lensing (Westfalen): Die Aufstellung von Kandidaten wird sicherlich große Schwierigkeiten machen. In den einzelnen Wahlkreisen tritt man jetzt immer schon mit der Forderung hervor, daß nur Angehörige dieser Wahlkreise Abgeordnete werden. Wir in Westfalen haben es verhältnismäßig leichter, weil bei uns die Landespartei das Organ für die Aufstellung der Kandidaten ist. Infolgedessen haben wir die Dinge verhältnismäßig in der Hand. Ich wäre dankbar, wenn man uns möglichst bald sagte, auf welche Persönlichkeiten man großen Wert legt und nach welcher Richtung man eine personelle oder sachliche Ergänzung wünscht. Das kann nicht früh genug geschehen. Ich habe mit meinem Landesvorstand schon vereinbart, daß er unmittelbar nach Weihnachten an die Bearbeitung der Wahlkreise herangeht, um eine vernünftige Kandidatenaufstellung zu erreichen.

Johnen (Nordrhein): Ich darf folgendes sagen: Es gibt dreierlei Arten von Abgeordneten im Bundestag wie in den Landtagen. Die einen sind die, die in der Fraktion arbeiten und darüber ihren Wahlkreis nicht vernachlässigen, das ist eine kleine Zahl. Es gibt auf der anderen Seite die zweite Kategorie, die in der Fraktion arbeitet, dabei aber zu wenig an ihren Wahlkreis denkt, und dann die größere Anzahl, die nur an ihren Wahlkreis denkt, und eine kleinere Menge, die nichts tut.

Und nun über den Gedanken der Verzahnung Landtag und Bundestag. Darüber haben wir uns bereits sehr ernste Gedanken gemacht. Der bisherige Zustand ist unbefriedigend. Die Bundestagsfraktion weiß nicht, was der Landtag tut, und umgekehrt. Immer wieder sind Bemühungen unternommen worden, irgendeine Institution zu schaffen, aber die Praxis spricht dagegen. Die Entscheidungen fallen zu schnell, so daß eine Orientierung von Bonn bis Düsseldorf praktisch nicht möglich ist. Aber eine Verzahnung, indem auch eine gewisse Quote von Landtagsabgeordneten im Bundestag ist, ist ebenso schlecht. Wir legen heute Wert darauf, daß wir Abgeordnete bekommen, die mitten im Leben und im Berufsleben stehen und stehen bleiben. Wir wollen keine Funktionärswirtschaft, wenn ich das einmal so sagen darf, in den Landtag hineinbekommen. Beim Bundestagsabgeordneten ist es doch schon ganz anders. Der Bundestagsabgeordnete ist doch praktisch nicht mehr in der Lage, einen Beruf auszuüben neben seinem Bundestagsmandat. Wenn derselbe Bundestagsabgeordnete nun auch noch Landtagsabgeordneter mit allen Verpflichtungen sein soll, dann ist das übermenschlich. Ich darf daran erinnern, aus den Erfahrungen meiner Fraktion darf ich Ihnen das sagen, daß die Herren Oberbürgermeister das beste Beispiel geben. Sobald einer Oberbürgermeister geworden ist, ist er nur noch zu einem Viertel Landtagsabgeordneter, der sich für den Finanzausgleich und einige sonstige Dinge interessiert. Etwas anderes ist es mit den Herren Landräten – ich sage das nicht zu meiner Entschuldigung –, weil das ein Zweckverband ist. Sie haben es vielmehr in der Hand, ihre Termine so zu verlegen, daß sie sich nach dem Landtag richten können, bei einer Stadt ist das gelegentlich umgekehrt. Sie sprachen von Herrn Gockeln, Sie wissen, daß ich ihn sehr schätze. Ich muß sagen, als Landtagspräsident ist er ausgezeichnet, als Landtagsabgeordneter haben wir davon genausowenig wie Sie als Bundestagsabgeordneter. Das ist keine Verzahnung. Wir müssen Leute finden, Herr Bundeskanzler, die wirtschaftlich so gestellt sind, daß sie auch mit Rücksicht auf Familie und Beruf ein Mandat im Landtag und im Bundestag annehmen können. Diese Leute sind sehr dünn gesät. Die wird man kaum finden.

Was nun die Einzelaufstellung angeht, bei uns stellen die Wahlkreise die Kandidaten grundsätzlich auf, und der Landesvorstand kann mit ihnen nur in Gesprächen zu einer Einigung kommen, obwohl wir im Rheinland wesentlich mehr landfremde Abgeordnete haben als in Westfalen, d.h. also wahlkreisfremd. (*Zwischenruf:* Das hängt mit Köln zusammen.) Bei der Aufstellung jetzt wird es viel schwieriger sein, weil die Wahlkreise politisch interessiert worden sind, es wird wesentlich schwieriger sein jetzt. Wir werden also mit den Wahlkreisen sehr früh Fühlung nehmen müssen,

und persönlich habe ich bereits als Vorsitzender damit begonnen, Gespräche zu führen, damit wir orientiert werden, was der Wahlkreis will. Das Interessanteste an dem, was Herr Scharnberg vorgetragen hat, ist, daß an eine Änderung der Wahlkreise nicht gedacht ist. Wenn wir das wissen, daß die alte Wahlkreiseinteilung bleibt, kann man mit der Arbeit weiter vorstoßen, sonst haben alle Besprechungen keinen Wert, wenn die Wahlkreise geändert werden. Wenn die Wahlkreiseinteilung bleibt, können wir weiterarbeiten. Darum müssen wir, rein sachlich gesehen, in unmittelbarer Wahl einen Kandidaten aufstellen, der gewählt wird. Das muß also ein Mann oder eine Frau sein, die der Struktur des Wahlkreises entspricht. Auf der anderen Seite müssen wir als oberstes Ziel haben, Leute aufzustellen, mit denen die Fraktion arbeiten kann. Nur ein kleiner Prozentsatz arbeitet da auch in den Landtagsfraktionen. Auf der Tagung der Landesvorsitzenden der britischen Zone ist darüber ein Klagelied gesungen worden. Es gibt eine ganze Reihe von Abgeordneten, die in der Fraktion nicht reden, die aber einen gesunden politischen Sinn haben und das, was sie dort mitbekommen, in ihre Wahlkreise hineintragen. Diese Leute sollte man nicht unterschätzen. Ich hätte lieber, daß gerade dieser Kreis der Abgeordneten stärker wird, dann würde man viel mehr Zeit gewinnen. Wir müssen aber wissen, und das ist das, was Herr Lensing schon sagte, auf welche Leute, Frauen und Männer, legt die Bundestagsfraktion Wert. Das wird wahrscheinlich nur eine Differenz von einigen sein, die meisten ahnen wir ja schon. Ich habe gar keine Furcht davor, daß diese Leute untergebracht werden, sie bringen sich selbst unter durch ihre Arbeit. Schwieriger ist es natürlich bei denjenigen, die wünschen, aufgestellt zu werden, die jetzt schon in ihren Wahlkreisen daran arbeiten. Es macht sich in diesem Zusammenhange im Augenblick bereits eine gewaltige Welle von Versammlungen bemerkbar, durch irgendwelche Dinge angeregt. Das deutet bereits darauf hin, was gewollt wird, daher der Kampf in den Wahlkreisen. Man muß einen Begriff geben können dafür, wenn einer im Wahlkreis beliebter ist, und dann ganz klar wissen, warum wir den Herrn Schulz oder Lehmann nicht mehr aufstellen können. Denn die Prügelknaben, das sind die Landesvorsitzenden dann. Wir müssen daher alle an einem Strick ziehen, die Fraktionen mit dem Bundesvorstand. Wir müssen sagen, wir wollen den Mann und den gerade nicht. Dann muß das eine Linie sein. Es werden Spezialfälle vorkommen, davon bin ich überzeugt. Und wir werden dann bei manchem anecken, aber den Mut muß man haben und den müssen wir alle haben.

Fay: In Hessen ist die Situation etwas einfacher, weil wir wahrscheinlich nur drei Wahlkreise haben, in denen ein Abgeordneter in direkter Wahl durchgehen wird. Schwieriger ist die Frage auf dem Gebiete der Landesergänzungsliste. Sie wissen, daß wir aus eigener Kraft nicht leben können, daß wir Geldgeber haben müssen. Ganz einfach ausgedrückt. Die Partei lebt eigentlich vom Betteln und soll nachher innerhalb von vier Jahren über Hunderte von Milliarden entscheiden. Nun melden sich einige Geldgeber mit personellen, speziellen Wünschen. Vor einigen Tagen ist man zu mir gekommen und wollte mir für DM 50.000,– einen Abgeordneten abkau-

fen, ein anderer glaubte, das mit DM 20.000,– tun zu können. Ich habe ihnen erklärt, sie könnten das Hundertfache bieten. Ich wollte nur darauf hinweisen, es ist wahnsinnig schwer, auch sehr ernste Wirtschaftler davon abzubringen, daß ihre personellen Interessen die richtigen seien. Schließlich müssen wir nach übergeordneten Gesichtspunkten unsere Abgeordneten wählen. Es bedarf des Taktes und des Feingefühls, um dazu zu kommen.

Krone: Ich schlage vor, daß man sich heute dahin verständigt, daß mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, über die Kandidaten gesprochen werden muß und daß die Landesvorsitzenden und Sie sich beraten lassen durch die Fraktionsvorsitzenden.

Adenauer: Es ist vor allem nötig, daß auch den einzelnen Wahlkreisen gesagt wird, ihr dürft keine Verpflichtungen bis auf weiteres eingehen. Zunächst mal muß aufgeschoben werden und die für heute angeschnittenen Fragen weiterberaten werden. Ich schlage vor, daß wir in der zweiten Hälfte Januar wieder zusammenkommen. Es muß auch dafür gesorgt werden, daß kein Wahlkreis sich für befugt erachtet, definitiv Leute aufzustellen, ohne daß eine gewisse Prüfung stattgefunden hat durch die Landesverbände und auch durch die Bundespartei.

Tillmanns: Nach den vorliegenden Nachrichten sieht es so aus, daß schon eine ganze Reihe von Wahlkreisen sehr intensiv Gespräche geführt haben.

Wenn wir hier beschließen, daß keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden sollen, und es doch geschieht, was ich befürchte, zumal die Satzungen keine Gewähr dafür geben, daß die Aufstellung der Kandidaten eine sinnvolle ist [!]. Die Frage der attraktivsten Kandidaten ist für die CDU eine Frage von Leben und Tod. Wirksame Abgeordnete schaffen uns mindestens 20 Abgeordnete mehr. Ich möchte vorschlagen, ob es nicht möglich ist, daß Sie, Herr Bundeskanzler, als der 1. Vorsitzende sofort ein Schreiben an sämtliche Kreisverbände der Partei über die Landesvorstände schicken, in dem die wichtigsten Gesichtspunkte dargelegt werden als eine Art Ratschlag und eine Art Bitte des Bundeskanzlers. Wenn in dieser Form, in der Form einer Bitte des Bundeskanzlers, an die einzelnen Kreise herangetreten wird, hat das vielleicht doch schon eine gute Einwirkung. Davon wird man dann ausgehen können, daß dann mindestens erreicht wird, bevor in den Landesvorständen und zwischen Ihnen und dem Bundesvorstand eine Besprechung stattgefunden hat, [daß] keine definitiven Abreden getroffen werden können. Wenn das erreicht wird, können wir mit Ruhe ein paar Wochen ins Land gehen lassen.

Adenauer: Ich finde Ihren Gedanken gut, Herr Tillmanns. Dieses Schreiben müßte aber sehr geschickt abgefaßt werden, da müssen sich die drei Herren wieder einmal versuchen.

Kather: Die Schwierigkeiten, die hier von den Landesvorsitzenden vorgebracht worden sind, sind natürlich gehäuft bei der Aufstellung von Flüchtlingskandidaten. Es ist ohne weiteres anzuerkennen, daß besondere Schwierigkeiten bestehen, wenn man auf die einzelnen Wahlkreise im wesentlichen angewiesen ist, auf der anderen Seite ist anzunehmen, daß es nirgends ein großes Reservoir von Wählern gibt. Herr Minister Dr. Lehr hat schon Andeutungen in dieser Richtung gemacht. Nun gibt es

sicherlich, glaube ich, Vorstände, bei denen der Gedanke Platz greift, was hat es für einen Zweck, Flüchtlinge aufzustellen, die gehen ja doch zum BHE. Darüber muß man sich einmal klarwerden, ob man das anerkennen will oder nicht. Ich möchte darauf hinweisen, daß der BHE bei den letzten Wahlen keinen echten Stimmengewinn hatte, und weiter bitte ich zu berücksichtigen – ich darf darauf hinweisen –, daß andererseits nach der EVG-Debatte meine Stellungnahme bei den Vertriebenen eine fast eindeutige Zustimmung gefunden hat und daß der BHE abgelehnt worden ist. Es kommt hinzu, daß sie keine richtigen Führungskräfte haben. Die Aussichten für uns sind nicht schlecht und würden nicht schlecht sein. In Hessen hat die SPD unserem Vorsitzenden den zweiten Platz und der BHE den ersten Platz auf der Landesliste eingeräumt. In Nordrhein-Westfalen weiß ich genau, daß Herr Middelhauve[28] sich sehr für unsere Leute einsetzt, er hat unserem 1. Vorsitzenden schon Angebote gemacht. Auch da kommt es hauptsächlich auf die Persönlichkeiten an, die herausgestellt werden. Ich habe also die dringende Bitte, daß man auf der Regierungsebene nachholt, was versäumt worden ist, und daß unsere Landesvorsitzenden dieser Frage möglichst bald eine sehr große Aufmerksamkeit schenken.

Adenauer: Die Ausführungen sind sehr beachtenswert, die Herr Kather gemacht hat.

Wuermeling: Ein kurzes Wort zur Verzahnung der Länder und des Bundes. Durch die Anwesenheit der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder in den Landesvorständen werden wir unterrichtet. Das ist eine sehr helfende Sache, die aber noch weiter ausgebaut werden müßte. Vielleicht ein übriges Wort bezüglich der Fraktionen. Könnte man es so halten, daß für die einzelnen Sachgebiete von jeder Landtagsfraktion jemand bestellt wird, der dann Fühlung hält mit dem federführenden Mann der Bundestagsfraktion auf den einzelnen Sachgebieten, daß sie sich ab und zu mal treffen, sich laufend unterrichten usw. Dann hätten wir einen doppelten Weg, der praktisch gangbar ist. Ich möchte davon abraten, daß man den Weg der Doppelmandate geht, die auch draußen äußerst unbeliebt sind. Auf dem Gebiete des Beamtenrechts fehlt uns die notwendige Zahl von durchschlagskräftigen Mitarbeitern. Z.Z. liegt die ganze Arbeit auf den Schultern von Herrn Kleindinst und mir. Ich hatte die Absicht, diese Arbeit abzugeben, es hat sich aber herausgestellt, daß das nicht geht. Kleindinst ist der beste Fachmann, Sie können ihn aber schwer in den Beamtenversammlungen einsetzen. Ich bitte dringend, dafür Sorge zu tragen, daß ein kämpferisch veranlagter Vertreter der Beamtenbelange hereinkommt, unter

28 Dr. Friedrich Middelhauve (1896–1966), bis 1933 stv. Vorsitzender des DDP/DStP in Düsseldorf und Vorsitzender des Rhein-Wupper-Kreises, 1946–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (bis 1954 Vorsitzender der FDP-Fraktion), Vorsitzender des FDP-Landesverbands, 1949–1950 und 1953–1954 MdB, 1952–1956 stv. Bundesvorsitzender der FDP, 1954–1956 Wirtschafts- und Verkehrsminister und stv. Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

Umständen das Gründungsmitglied in Köln, der Vorsitzende Herr Schäfer[29]. Der würde auch als Vorsitzender des Beamtenbundes wesentlich helfen und uns neue Stimmen zuführen. Er ist zwar nicht übermäßig geschickt, das würde man auch etwas abändern können.

Ehlers: Ich fürchte, daß alle Besprechungen wie diese nur einen sehr bescheidenen Erfolg haben werden. Diese Erwägungen haben wir oft genug angestellt. Ich bin der Meinung, daß der Bundeskanzler davor warnen sollte, die Dinge jetzt schon anzupacken. Im übrigen kommt sicher die Bundestagsfraktion nicht darum herum, 1. festzustellen, wer sich wieder aufstellen lassen will, 2. aufzustellen, wen sie unbedingt braucht, das ist positiver, und 3. in den Landesverbänden [!].

Weiterhin wird man die Wahlkreise schwer ausschalten können, und die Schwierigkeit liegt darin, daß wir eine völlig verschiedene Situation haben, je nachdem, ob das Gewicht auf dem Wahlkreis oder der Landesergänzungsliste liegt. Sehr dringend muß berücksichtigt werden, was Herr Kather gesagt [hat], und auch der Gesichtspunkt der konfessionellen Mischung muß beachtet werden. Uns ist nicht damit gedient, daß in irgendwelchem überwiegend evangelischen Wahlkreis evangelische Kandidaten aufgestellt werden, von denen man weiß, daß sie SPD-Kandidaten sind. Die Situation ist politisch verschieden, und ich würde bitten, daß man in allen Landesverbänden sich der Mühe unterziehen sollte, attraktive evangelische Persönlichkeiten zu sichern, die bereit sind, sich aufstellen zu lassen, auf jeden Fall ist aber in den Wahlkreisen Zurückhaltung zu üben.

Scharnberg: Zur Frage der Verzahnung einige Worte. Wir müssen mit einer knappen Mehrheit rechnen, und wir brauchen dringend die Stimmen. Zur Aufstellung der Kandidaten möchte ich auf die Satzungen hinweisen, in denen es heißt: „Erhebt der Landesvorstand oder der Bundesvorstand Einspruch gegen die Aufstellung des Kandidaten, so ist die auf einen solchen Einspruch wiederholte Abstimmung endgültig." Es kann hier also Einspruch eingelegt werden mit der Wirkung, daß man noch einmal wählen lassen muß. Ich befürchte eine große beträchtliche indirekte Auswirkung dieser Bestimmung, das scheint mir eine wirkungsvolle Möglichkeit zu sein. Man hat auch mal die Möglichkeit, durch den 1. Vorsitzenden der Partei einen Abgeordneten, der häufig gefehlt hat, zu sich kommen zu lassen und entsprechende Vorwürfe zu machen.

Adenauer: Darf ich mal eine kleine Zusammenfassung machen und beginnen mit dem, was Herr Scharnberg zum Schluß gesagt hat. Das ist Sache der Fraktionsvorstände, es sei denn, daß der Vorstand der Fraktion ausdrücklich darum ersucht. Sie haben in erster Linie das Recht und die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die Mitglieder zur Stelle sind. Herr Scharnberg, was Sie da vorgetragen haben über den Wahlgesetzentwurf, das erreicht man nach meiner Meinung gar nicht. Man kann auf dem ganzen Gebiet nur weiterkommen, wenn man die Einwirkungen auf die Ent-

29 Hans Schäfer (1900–1978), Mitgründer der CDU in Köln, 1949–1955 Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes.

schließungen der Wahlkreise nur bis zu einem gewissen Grade ausübt und sie möglichst wenig fühlbar werden läßt. Wenn z.B. der Bundesvorstand das durch eine neue Abstimmung machen will, dann ist die Sache doch schon erledigt. Es bleibt darum, meine Damen und Herren, bei folgendem, wie mir scheint: 1. Darin stimmen alle Redner überein, daß dafür gesorgt wird, daß keine voreiligen Entschlüsse gefaßt werden, 2. daß die Bundestagsfraktion doch mal ein Exposé macht, in dem sie darauf hinweist, welche Sparten absolut besetzt werden müssen, und ich würde vorschlagen, daß vielleicht der Fraktionsvorstand und das Präsidium der Fraktion mit einer Anzahl Mitglieder Rücksprache nimmt, die bisher nicht allzu fleißig waren, und 3. endlich dieser Brief, der gewünscht wird und über den wir uns einig sind; und weiter wurde auch mit Recht gewünscht, daß der Fraktionsvorstand, der ja doch die Bedürfnisse der Fraktion, wie sie jetzt sind, am besten überschaut, nun ein Exposé wirklich überzeugend macht, das man den Landesvorsitzenden und den Kreisen zuschicken kann, um zu appellieren an das größere Ziel, das wir haben.

Es kann sich doch niemand der Argumentation entziehen, daß es auf den und den Gebieten an Kräften fehlt. Dann glaube ich, wäre es wohl nötig, daß die Landesvorsitzenden und die Kreisvorsitzenden sich zusammensetzen und mit aller Ruhe überlegen, wie man den Bedürfnissen der Gesamtheit entgegenkommt. Dann möchte ich noch eine Anregung geben. Es gelüstet doch viele Leute, ein Mandat zu übernehmen, die es sonst nicht tun würden. Ich halte es für ganz verfehlt, wie der Betrieb augenblicklich im Bundestag läuft. Die Ferien sind viel zu knapp, die Unterbrechung der Sitzungsperiode, wie sie früher war, kennt man nicht mehr. Im Reichstag und im Preußischen Landtag hat monatelang eine Unterbrechung der Sitzungen stattgefunden, wo die Leute sich wieder ihrem Beruf in etwa widmen konnten. Auch sonst war die ganze Sache doch vielmehr so, daß Leute, die im Beruf waren, ein solches Mandat übernehmen und ausüben konnten. Warum ist das heute anders? Das liegt an zwei Ursachen. Tatsächlich wird an den Bundestagsabgeordneten eine ganz andere Anforderung gestellt als früher an Reichs- und Landtagsabgeordnete. Der Umfang der Arbeiten ist in äußerstem Maße übertrieben, und ich bin im Kabinett immer wieder dafür eingetreten, man solle endlich mit der öden Gesetzesmacherei aufhören. Man kann sich auch mit den nicht dringenden Sachen etwas Zeit lassen. Das müßte anfangen bei der Bundesregierung, aber sich auch fortsetzen im Parlament.

Krone: Das Arbeitspensum ist nicht zu verkleinern.

Adenauer: Aber in den vier Jahren ist doch ein Großteil der Rückstände aufgearbeitet worden. Noch ein Weiteres kommt dazu. Früher hat doch der Reichstag und auch der Preußische Landtag von etwa Mitte Juli bis November geruht. Das sind vier Monate, und das würde auch den Nerven der Abgeordneten wirklich zugute kommen bei der ganzen Arbeit, denn alle Leute sind überanstrengt, kolossal überanstrengt. Dann würde man vielleicht auch mehr Leute bekommen, die bereit sind, ein solches Mandat zu übernehmen, wenn sie es gewissenhaft machen können.

Noch einmal möchte ich zusammenfassen: 1. Dieser Brief, 2. die Landesvorsit-

zenden, daß in den Wahlkreisen keine voreiligen Beschlüsse gefaßt werden, und 3. die Anregung, daß die Wahlkreise sich vorher mal mit dem Landesparteigremium besprechen, ehe es eine Entscheidung trifft. Daß wir nicht zu einem vollendeten Ergebnis kommen werden, ist vollkommen klar. Wir müssen sehen, das denkbar Beste zu erreichen.

Krone: Praktisch werden die meisten wiederkommen, die jetzt da sind. Das ist das Gesetz der Trägheit. Ein Beispiel aus dem süddeutschen Raum zeigt das zur Evidenz. Ich bin der Meinung, daß wir primär neben dem Brief daran denken müssen, wie muß die Fraktion ergänzt werden, und müssen uns dabei über die Namen klarwerden, und dann muß versucht werden, daß sie untergebracht werden, und das ist das allerwichtigste. Sonst verlieren wir auch diese Chance. Wer muß hinein? Und wo müssen sie plaziert werden?

Heck: Es muß in möglichst großem Umfange darauf eingewirkt werden, daß die Wahlergebnisse gut um 5 bis 10 % zu verbessern sind, wenn es gelingt, gute Kandidaten zu gewinnen.

Adenauer: Wenn bekannte Männer und Frauen aufgestellt werden, meine ich, daß das auch rückwirkt auf die ganzen Wähler.

Heck: Wir haben in zwei Wahlkreisen festgestellt, daß wir durch die Aufstellung eines Kandidaten einmal 1.500 Stimmen gewannen und in einem anderen verloren.

Lensing: In ländlichen Wahlkreisen wird der bekannte Mann gewählt, in städtischen Wahlkreisen würde das vielleicht anders sein.

Tillmanns: Wir müssen uns darüber klar sein, daß die CDU ihr festes Wählerreservoir hat wie die SPD, aber daneben gibt es große Massen von Wählern, die sozusagen am Rande stehen oder die noch nicht festgelegt sind oder die schwankenden. Es kommt für uns in erster Linie darauf an, durch gute Kandidaten auf den Listen, nicht in den Wahlkreisen, zu wirken. Wenn es uns gelingt, da Persönlichkeiten aufzustellen, die einen großen und weitbekannten Namen haben, dann können wir das Wahlergebnis quantitativ entscheiden.

Kaiser: Ich möchte wünschen, daß es dem Bundeskanzler gelingt, in seinem Schreiben, das wichtig und dringlich ist, alle diese Gesichtspunkte auf eine Formel zu bringen. Der kommende Wahlkampf wird nach großen Gesichtspunkten geführt werden, um große Fragen der Außen- und Innenpolitik, wahrscheinlich auch noch durch das, was durch die Verträge aufgeworfen wird. Ich möchte darauf hinweisen, mit wem wir es als Gegner zu tun haben, unser Gegenspieler, unser Gegenüber, ist die große geschlossene und die formulierte [!] SPD, mit der müssen wir uns auseinandersetzen. Es ist auch wichtig für die Kandidatenaufstellung, daß die Persönlichkeiten, die unsere Wahlkreise führen, das erfahren und begreifen und sich mit dem Gegner auseinanderzusetzen wissen. Auch das muß beachtet werden bei der Kandidatenaufstellung. Ich habe eine große Sorge um den Bestand der Arbeiterschaft. Ich bin überzeugt, daß sich die Sozialdemokratie vielleicht mit den Strömungen in der Gewerkschaft, die noch nicht ausgetragen sind, sich auf die Arbeiterschaft stürzen wird. Es wäre gut gewesen, wenn wir Zeit gefunden hätten, über das Ergebnis der

letzten Kommunalwahlen noch näher zu sprechen. Also diese Dinge spielen eine Rolle. Wir können die Dinge kaum weiter klären, ich möchte nur wünschen, daß es dem Bundeskanzler gelingt, in seinem Rundschreiben, das ist wichtig und dringlich, an die Landesvorsitzenden und die Kreisvorsitzenden das weiterzugeben. Ich hoffe, daß das Schreiben gut gelingt, und ich würde es dann für guthalten, daß wir in absehbarer Zeit vor einem größeren Kreis der Bundesorganisation diese Angelegenheiten zum Vortrag bringen, was die Aufgabe des Kanzlers, des Vorsitzenden, wäre.

Adenauer: Ich meine das ebenso. Das Exposé der Fraktion müssen wir gleich mit meinem Brief an die Landesvorsitzenden herausgehen lassen.[30] Ich würde doch Wert darauf legen, daß die Fraktion dieses Exposé macht. Ich bleibe dabei, die Fraktion hat doch eine besondere Verantwortung und hat besondere Wünsche und Notwendigkeiten, die sie am besten beurteilen kann.

Tillmanns: Ich möchte meinen, die Fraktion kann uns doch einen besseren Rat geben, wenn sie weiß, daß es eine vertrauliche Information für den Vorstand ist. Die Information müßte vertraulich sein.

Adenauer: Wir können damit dieses Thema verlassen.

VERSCHIEDENES

Kaiser: Hierunter haben wir eine ganze Menge zu behandeln.

1. Bildung eines gemischten Sonderausschusses.

Es soll ein gemischter Ausschuß aus Angehörigen des Wirtschafts- und Sozialpolitischen Ausschusses gebildet werden.[31]

Adenauer: In der Landwirtschaft sind fast keine Arbeitskräfte mehr zu bekommen. Daher habe ich den Eindruck, als wenn bei dieser Frage auch die führenden Wirtschaftler beteiligt sein müssen.

(Die Liste soll überprüft und bei der nächsten Vorstandssitzung vorgelegt werden.)

2. Ausschuß für politisch, rassisch und religiös Verfolgte.

Tillmanns: Es gibt in Berlin eine kleine Gruppe sehr interessierter CDU-Leute. Um des Scheines willen sollten wir es vermeiden, so zu tun, als gehe uns die Frage nichts an. Ich halte an sich dieses Verlangen für politisch gerechtfertigt. Der Vorstand sollte einen kleinen Arbeitskreis zu seiner Beratung bilden.

Kaiser: Dann ist es wohl richtig, daß Herr Tillmanns einen solchen Kreis vorschlägt.[32]

---

30 Nicht zu ermitteln.

31 Der Ausschuß für Eigentumsbildung trat am 20. Februar 1953 zusammen (vgl. Nr. 19 Anm. 58).

32 Protokolle eines Ausschusses oder Arbeitskreises nicht zu ermitteln.

3. Entschließung des Kulturausschusses[33].

Wuermeling: Die Dinge auf dem Sektor der Lehrerschaft sind so katastrophal, und es hat sich auch vorbildungsmäßig einiges geändert, so daß man hier zu der Sondermaßnahme „Streichung der zwei untersten Stufen" Ja sagen kann[34].

Gröwel: Das ist doch außerordentlich wichtig für die Propaganda.

Tillmanns: Ich beantrage, uns die Entschließung des Kulturausschusses zu eigen zu machen. Es ist und kann nur gut sein, wenn der Vorstand der CDU einmal zu dieser wirklich brennenden Frage eine Forderung aufstellt, auch wenn sie nicht in allen Einzelheiten erfüllt wird.

Heck: Ich weiß aus meiner Tätigkeit bei der Kultusministerkonferenz, daß der Gewerkschaftsbund und die sozialdemokratischen Kultusminister sehr eng zusammenarbeiten, gerade in dieser Frage. Die Volksschullehrerschaft ist auf dem besten Wege, rot zu werden, und wir leisten ihr dabei ja Hilfestellung, weil von unserer Seite nichts gemacht worden ist. Ich bin dafür, daß wir nicht nur dem Entschluß beitreten, sondern daß auch die Angehörigen der Fraktion dafür eintreten, daß diesem Entschluß auch Rechnung getragen wird. Sonst kommen wir in die Situation, daß wir die gesamte Volksschullehrerschaft gegen uns haben.

Kaiser: Ich stelle das allseitige Einverständnis dahin fest, daß man diesen Beschluß von seiten des Vorstandes gutheißt und ihn zur Anerkennung der allen in Betracht kommenden Stellen zu bringen versucht.

Wuermeling: ... daß der Vorstand sich auch mit der Frage der Besoldung der Lehrer und Junglehrer beschäftigt hat?

Tillmanns: Das muß endlich einmal aufhören, die Neidhammelei in dieser Bundesrepublik.

Gröwel: Ich halte die Formulierung Dr. Wuermelings für nicht ganz richtig. Warum sollen wir uns nicht zu diesem Beschluß bekennen, ich glaube, daß wir gerade bei der Vorbereitung zum Hamburger Parteitag der Beamtenpolitik einen besseren Dienst tun, wenn wir diesen Beschluß fassen.

---

33 Am 20./21. September 1952 hatte der Kulturpolitische Ausschuß der CDU folgende Entschließung gefaßt, die der Bundesvorstand der CDU übernahm (Anlage zum Beschlußprotokoll):
„Der Kulturpolitische Ausschuß bedauert, daß durch Kabinettsbeschluß die unerläßliche Reform der Lehrergehälter erneut verschoben worden ist. Der Ausschuß fühlt sich verpflichtet, noch einmal in ernster Sorge auf den bedrohlichen Lehrerschwund, den Mangel an geeignetem Nachwuchs und das Nachlassen der Arbeitsfreudigkeit in den Kreisen der Lehrerschaft als Folge untragbarer Beschränkung der Arbeitsmöglichkeiten durch völlig unzureichende Besoldung hinzuweisen. Die CDU kann nach Überzeugung des Ausschusses die Verantwortung für diese rückständige Besoldung eines für unser Volksleben besonders wichtigen Berufsstandes nicht übernehmen. Der Parteivorstand wird ersucht, bei der Bundesregierung mit allem Nachdruck vorstellig zu werden, daß sie ihren Beschluß revidiert."

34 Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder hatte am 12. Dezember 1952 u.a. beschlossen, die Junglehrer sofort in die dritte Besoldungsstufe als Anfangsgehalt einzuweisen (UiD vom 17. Dezember 1952).

Tillmanns: Wir können doch nicht bei jedem Beschluß nun die ganze Liste aller im Volk vorhandenen Notstände aufführen. Daraus kann uns kein Vorwurf gemacht werden, daß wir mal für die Junglehrer etwas tun.

Heck: Ich warne davor, einen solch deklamatorisch gefaßten Beschluß zu fassen. Das macht gar keinen Eindruck mehr auf die Lehrer und Lehrerinnen. Zweitens ist es nicht richtig zu sagen, die Lehrer seien auch Beamte wie die übrigen.

Kaiser: Wir haben nun genug darüber gesprochen.

(Durch Handerhebung wird der Beschluß gefaßt, bei Stimmenthaltung von Dr. Wuermeling.)

4. Herausgabe eines „Betriebsräte-Briefes".

Kaiser: Die Besprechung des Wahlgesetzes können wir jetzt übergehen. Es steht jetzt zur Aussprache die Herausgabe eines „Betriebsräte-Briefes".

Heck: Die Vorarbeiten sind so weit gediehen, daß der „Betriebsräte-Brief" herausgegeben werden kann[35]. Es fragt sich nur, wer diesen Brief herausgeben soll. Die Sozialausschüsse haben die Auffassung vertreten, daß ein solcher Brief von ihnen herausgegeben werden solle. Wir von der Bundesgeschäftsstelle sind der Auffassung, daß die Partei als solche, da sie alle Stände anspricht, unter dem Namen der Partei auch die Arbeiterschaft ansprechen soll. Die Schwierigkeiten scheinen darin zu liegen, daß bei den Sozialausschüssen die Anschauung vertreten wird, daß die Auffassung der Partei der der Sozialausschüsse widerspreche. Ich habe deshalb den Vorschlag gemacht, daß in einem Falle, wo sich Bundesgeschäftsstelle und Sozialausschüsse nicht einigen können, geschwiegen werden soll. Es wäre m.E. dringend notwendig, wenn die Angelegenheit auf die Wahlen hin noch zur Wirkung kommen soll.

Kaiser: Die Sache ist eine Notwendigkeit und sollte auch durchgeführt werden. Wir haben nur in Königswinter keine Gelegenheit genommen, vor dem Vorstand der Sozialausschüsse die Sache zu verhandeln, dann würden wir zu einer Übereinstimmung kommen. Hier spielt auch die Finanzfrage eine Rolle. Was unseren Wunsch angeht, es allein zu machen, hängt auch damit zusammen, daß wir weitere Kreise ansprechen über die Reihen der Partei hinaus, z.B. gibt es im katholischen Bereich die Zentrumsleute, die wir immer mit anzusprechen wissen, und es gibt auch noch andere Kreise. Ein Weiteres ist die Erfahrung, die wir beobachtet haben, die die Sozialdemokratische Partei mit ihren Betriebsratsbriefen gemacht hat. Die Leute in den Betrieben wollen nicht von Partei wegen angesprochen werden. Dürfen wir uns dahin verabschieden, daß Sie bei der nächsten Vorstandssitzung herüberkommen, Herr Dr. Heck?

35 Bereits seit Oktober 1952 gab die CDA des Rheinlandes ihren „Betriebsräte-Brief" heraus; im März 1953 folgte die CDA mit einem bundesweit verbreiteten „Betriebsräte-Brief" (Hrsg. Hans Katzer und Fritz O. Benz).

Tillmanns: Ich bitte doch, keine Verzögerung eintreten zu lassen. Die SPD hat ihre Propaganda und ihre politische praktische Arbeit ganz entschieden durch die Betriebe gemacht. Die SPD ist etwas heller. Wir verlieren unsere Arbeitsmöglichkeiten und die Einwirkung auf die Arbeiterschaft, wenn wir nicht ganz anders in die Betriebe hineingehen.

Ich wäre sehr dankbar, wenn ein Weg gefunden werden könnte, indem wir, die Partei, das zusammen mit den Sozialausschüssen in die Hand nehmen.

Kaiser: Ich möchte nur wünschen, daß die Partei der Arbeit der Sozialausschüsse die nötige Förderung zuteil werden läßt. Wir haben bisher noch keinen roten Heller bekommen und alles aus eigenem geschafft. Wir können keine Förderung von Arbeitgeberseite brauchen, und die gewerkschaftlichen Fragen sind nach wie vor ungelöste Fragen, und wenn eine Entscheidung herbeigeführt werden muß, können wir nicht vorher gestärkt werden durch Mittel, die von interessierten Kreisen zur Verfügung gestellt werden. Das dürfen wir nicht tun. Das haben wir aus der Geschichte der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung genügend kennengelernt.

Albers: Die Arbeit muß auf das ganze Bundesgebiet ausgedehnt werden. Ab März müssen 20.000 Betriebe erfaßt werden.

Neuwahl des Vorstandes[36]

Tillmanns: Eine solche Wahl muß entsprechend vorbereitet werden, das ist in diesem Jahr offenbar nicht mehr möglich. Der Vorstand kann überhaupt nichts dazu beschließen, denn strenggenommen hat er kein Mandat mehr. Nach Beginn des neuen Jahres muß so schnell wie möglich der Parteiausschuß zusammentreten.

Kaiser: Es ist dringend eine Satzungsänderung notwendig, die aber nur der Parteitag vornehmen kann. Inzwischen machen wir aus eigener Machtvollkommenheit weiter.

Samsche: Vor einigen Tagen habe ich ein Schreiben an Herrn Dr. Heck gesandt. Die Pressesituation im Nordwesten ist allen Herren bekannt. Wir haben vor einiger Zeit die erste Auflage des „Hanseat" herausgebracht, die wir an sämtliche Haushaltungen im Stadt- und Landgebiet verteilten.[37] Allen Warnungen der Experten zum Trotz ist die 4. und 5. Nummer erschienen. Ab der 4. Nummer wurde die Auflage auf 600.000 erhöht. Die Zeitung ist von Nicht-Fachleuten gemacht. Die Schwierigkeit liegt darin, daß wir einen richtigen Hauptschriftleiter noch nicht gefunden haben. Die Pannen, die laufend passieren, liegen tatsächlich daran, daß wir mit nicht qualifizierten Menschen die Dinge machen müssen aus Mangel an Mitteln. 2,9 Millionen Nummern sind bisher erschienen. Diese Zahl beweist die politische Wichtig-

36 In den Statuten war für die Wahl des Vorstands zwar keine Regelung vorgesehen; dennoch hätte der im Oktober 1950 in Goslar gewählte Vorstand bereits neu gewählt werden müssen.

37 Vgl. Nr. 13 Anm. 44.

keit dieser Angelegenheit. Nach der 2. Nummer hat eine Sitzung der Hamburger Bürgerschaft stattgefunden, das beweist, wie groß die politische Realität gewesen ist. Das Parlament wurde gebeten, DM 50.000,– zu bewilligen aus Steuermitteln, um einen „Anti-Hanseat" erstehen zu lassen. Er ist bisher nicht erschienen, weil die Vorwürfe, die wir erhoben hatten, nicht widerlegt werden können. Dieses Blatt soll ein gedruckter Volksredner sein, geschrieben für die Masse des Volkes. Die Arbeit und die Herausgabe ist praktisch ohne Geld gemacht worden. Wir haben eine GmbH gegründet, die ein nicht eingezahltes Kapital von DM 20.000,– hat. Man kann jetzt sagen, daß die Anzeigen die Sache tragen. Die 6. Nummer für Januar ist als gesichert anzunehmen. Unser Ziel ist, kurz vor den Wahlen die Erscheinungsfolge noch zu verdichten, so daß wir etwa 14täglich erscheinen können. Wir glauben empfehlen zu sollen, daß dieses Projekt ausgeweitet wird über das Hamburger Staatsgebiet hinaus. Die Erfahrungen, die wir unter der Arbeiterschaft und der Bevölkerung gemacht haben, beweisen, daß wir die breite Masse erfaßt haben.

Nun erheben sich folgende Probleme: Auf die Dauer sind die Kosten aus Hamburg nicht allein herauszuholen. Wir haben bis jetzt etwa DM 180.000,– verpulvert. Es fehlen uns aber, um die Sache zu konsolidieren, die großen Markenindustrien der Bundesrepublik, auf die wir nicht verzichten können. Für diese Leute ist die Auflageziffer nicht entscheidend, obwohl wir – auch ein Kuriosum – mit einer Auflage von 600.000 Stück zur drittgrößten Zeitung geworden sind. Für die Markenindustrie ist auch das Streugebiet entscheidend. Wir müssen also, um dieses Projekt bis zu den Wahlen durchzuhalten, mit einiger Sicherheit erreichen, daß die Markenindustrie mittut, und deshalb müssen wir unsere Geschichte ausdehnen. Die Situation in den anderen Ländern Nord-West-Deutschlands ist ebenso wie in Hamburg. In Schleswig-Holstein erscheinen keine Zeitungen und in Bremen und Niedersachsen auch nicht. Wir haben deshalb Verbindung aufgenommen mit den angrenzenden Landesverbänden. In Schleswig-Holstein hat eine Pressekonferenz stattgefunden, wo gebeten worden ist, das Projekt zu fördern. Eine Sitzung in Kiel des Landesvorstandes von Schleswig-Holstein ist einstimmig zu dem Beschluß gekommen, sie wollen zwar die Zeitung haben, aber sie wollen mit der Sache selbst nichts zu tun haben. Man hat es abgelehnt, uns mit Inseraten zu unterstützen.[38] In Bremen lag die Sache etwas anders. Man war dort sehr interessiert, und es wurde von einer Auflage von 250.000 gesprochen. Die Sache ist daran gescheitert, daß in Bremen bereits eine FDP-Zeitung erscheint[39] und die FDP Angst hatte, daß ihre

38 Der CDU-Landesvorstand Schleswig-Holstein hatte in seiner Sitzung vom 7. November 1952 in Kiel, an der auch zwei Vertreter aus Hamburg teilnahmen, beschlossen, 1. keine Verantwortung übernehmen zu wollen, 2. die absolute Kontrolle über die Beiträge zu haben, 3. ein finanzielles Risiko nicht eingehen zu können (ACDP III-006-009).

39 „Der Roland", Deutsches Echo, Illustrierte Wochenzeitung für Nachricht, Kommentar und Unterhaltung. Ersterscheinen 1. Oktober 1947, mit einer wöchentlichen Auflage von ca. 20.000; der FDP nahestehend, „antimarxistisch, gegen sozialistischen Kollektivismus

Zeitung durch das Erscheinen des „Hanseat" unter den Tisch fiel. Wir können diese Geschichte mit unseren Mitteln und Beziehungen nicht weiter ausdehnen als über Hamburg, auf der anderen Seite muß man aber die enorme politische Wirkung beachten. Der Bundesvorstand sollte sich einmal überlegen, wie man dieses Projekt weiter fördern kann.

Lensing: An sich habe ich schon in der letzten Sitzung des Bundesvorstandes dazu etwas gesagt. Ich hoffe, daß der Optimismus des Herrn Samsche bezüglich Hamburg und Bremen sich erfüllt. Man kann eine solche Zeitung für diesen Raum machen, weil dort eine politische Tagespresse nicht besteht. Den ähnlichen Typ haben wir in Westfalen seit Jahr und Tag, wir verteilen in Westfalen gratis die „CDU-Monatsblätter". Die Sache ist wirtschaftlich und publizistisch aufgezogen wie in Hamburg. Hoffentlich erfüllt sich der Optimismus des Herrn Samsche. Ich bin der Überzeugung, man wird die politische Wirkung dieser Zeitung erst beurteilen müssen nach den nächsten Wahlen. Bisher liegt eine Bewertung gar nicht vor, sondern nur eine Meinung der Leute, die die Zeitung herausgeben. (*Zwischenruf:* Und die Reaktion der SPD darauf?) Das ist kein Beweis für die Masse, sondern ein Beweis für die Wirkung auf die Funktionäre der SPD.

Adenauer: Man darf die Verhältnisse im Norden nicht übertragen auf die Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen. Soweit ich das beurteilen kann, ist das ein großer Erfolg. Jetzt liegt die Dezember-Nummer, die Nr. 5 vor, und zwar in dieser großen Auflage, und man kann doch daraus, daß die Sozialdemokratie dagegen sich wehrt, sehen, daß sie nicht nur auf die Funktionäre stoßen, sondern daß die Funktionäre drauf stoßen, daß dieses Blatt in fast jedes Haus kommt. Ich glaube, gerade bei den Presseverhältnissen im Norden wäre es wünschenswert, wenn man etwas machen könnte, und man sollte auch von der Partei ruhig Geld hineinstecken.

Lensing: Ich bestreite die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeikt einer solchen Zeitung nicht in dem Raum Hamburg, in dem die Tagespresse nicht vertreten ist. Man sollte ruhig den Versuch machen. Bisher ist die Finanzierung der Zeitung deshalb gelungen, weil bestimmte Wirtschaftskreise für die Inseratenwerbung mit Erfolg angesprochen worden sind. Das werden sie auch in Zukunft tun. Nach meiner Erfahrung sind die Dinge umgekehrt bei der Markenindustrie. Die Markenfirmen interessieren sich kaum für die Streuung, sondern für die Dichtigkeit der Verbreitung. Ich bin in keiner Weise dagegen, daß diese Dinge dort im nordwestlichen Raum exerziert werden, aber ich glaube, die Voraussetzungen dafür, daß man auch etwa den nordrhein-westfälischen Raum anspricht, sind nicht gegeben.

Adenauer: Glauben Sie, Herr Samsche, daß, wenn Sie von der CDU Geld bekommen, das nicht schädlich ist?

Samsche: Wir sind im Norden in einer ganz besonderen Situation und wahrscheinlich auf gewisse Wahlbündnisse und Wahlvereinbarungen angewiesen. Das

---

und Bolschewismus" (vgl. Die Deutsche Presse 1954. Zeitungen und Zeitschriften. Hrsg. vom Institut für Publizistik an der FU Berlin. Berlin 1954 S. 654).

hat die Gefahr in sich, daß die Festigkeit der CDU während einer solchen Zeit gewissen Risiken unterliegt. Nun haben wir zwar diese Gesellschaft in Verbindung mit Freunden der Koalition gegründet. Das Schwergewicht liegt in der Geschäftsführung bei der CDU und auch kapitalmäßig vollkommen bei der CDU. Was wir brauchen ist eigentlich mehr als Geld, was wir brauchen ist eine gewisse Unterstützung der entsprechenden Bundestagskandidaten in den einzelnen Wahlkreisen. Wenn man es erreichen könnte, daß die „WAAGE"[40], die die Gelder zum Teil in den sozialdemokratischen Zeitungen verpulvert, Kontrakte mit uns machen würde, wäre das schon etwas.

Adenauer: Sprechen Sie einmal mit Erhard. Ich bin gerne bereit, wenn der Parteivorstand damit einverstanden ist, daß ich Erhard sage, er möge behilflich sein.

Ich möchte allgemein feststellen, daß wir den Hamburgern herzlich danken für diese gute Idee. Es war ein sehr großer Erfolg, und ich werde sehr gern mit Erhard sprechen.

Tillmanns: Vor den letzten Wahlen in Berlin haben wir etwas Ähnliches gemacht: unter einem neutralen Namen in drei Wochen dreimal eine solche Zeitung herausgegeben. Für die allerletzte Zeit vor der Wahl sollten sich das auch mal die anderen Landesverbände überlegen. Das ist eine neue Form, ein politisches Flugblatt, was unmittelbar vor der Wahl herauskommt.

Adenauer: Auch der Gedanke ist gut.

Fricke: Bei der nächsten Vorstandssitzung müssen wir uns einmal klarwerden über die Verteilung der Propaganda bei der Bundestagswahl, was auf Bundesebene und Landesebene ausgegeben werden soll.

Tillmanns: Muß sich der Vorstand nicht auch beschäftigen mit der neugegründeten Partei?

Adenauer: Ich glaube, man tut der Geschichte zuviel Ehre an, wenn man hier darüber spricht. (*Zwischenruf:* Kennen Sie das Gustav-Wessel-Lied?) Man sollte das nicht machen, wie es die Presse mit Herrn Remer[41] gemacht hat. Die Presse und namentlich „Die Welt" hat Herrn Remer zum großen Mann gemacht. Wir sollten auch diese Geschichte, solange es irgend möglich ist, nicht zur Sprache bringen.

Ich möchte nun noch vorschlagen, daß wir Herrn Tillmanns und Herrn Wuermeling und Herrn Heck bitten, die Pressekonferenz um 15.30 Uhr wahrzunehmen, und

---

40 Die „WAAGE" (Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs) wurde am 23. September 1952 von Unternehmern gegründet, die sich der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet fühlten und sich aktiv für die Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit einsetzten (vgl. GREISS).

41 Otto-Ernst Remer, ehemaliger Generalmajor (KEILIG S. 273), war am 15. März 1952 wegen übler Nachrede in Tateinheit mit Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu drei Monaten Gefängnissen verurteilt worden. Remer hatte Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 als Hoch- und Landesverräter bezeichnet (vgl. AdG 1952 S. 3389).

ebenso die Herren Kiesinger und Krone. Ich glaube, das genügt auch, die Herren werden das schon machen.

Dann darf ich aus einem Blatt („Rhein-Main-Zeitung"?)[42] etwas nehmen, das mir Herr Wuermeling gerade gibt. Die Zeitung bringt einen Artikel über unsere gestrigen Verhandlungen. Der Artikel braucht nicht absolut auf Indiskretionen zu beruhen. (*Zwischenruf:* Kombinationen!) Ein einigermaßen geschickter Journalist macht das auch so. Die Herren werden den schon richtigstellen. Dann aber ist interessant, können Sie sich das erklären, wenn es weiter heißt: „Von seiten der SPD wird betont, die Regierung solle sich nicht durch die sachlich ruhige und offen zurückhaltende Art des Herrn Ollenhauer beeinflussen lassen..."

Im Anschluß an die Entschließung ist noch gesagt worden, wann wir wieder zuammenkämen. Ich nehme an, in der zweiten Hälfte Januar. Wir werden dann auch den Parteiausschuß laden, und wir nehmen am besten den Anfang der Woche.

Ich möchte die Verhandlung schließen nach gegenseitigem Dank für das Interesse, was wir gehabt haben, und die Geduld. Und Ihnen allen wünsche ich ein recht schönes und gesegnetes Weihnachtsfest.

ANLAGE I

ENTSCHLIESSUNG

des Kulturpolitischen Ausschusses der CDU in seiner Sitzung am 20. und 21. September 1952 in Bonn.

„Der Kulturpolitische Ausschuß bedauert, daß durch Kabinettsbeschluß die unerläßliche Reform der Lehrergehälter erneut verschoben worden ist. Der Ausschuß fühlt sich verpflichtet, noch einmal in ernster Sorge auf den bedrohlichen Lehrerschwund, den Mangel an geeignetem Nachwuchs und das Nachlassen der Arbeitsfreudigkeit in den Kreisen der Lehrerschaft als Folge untragbarer Beschränkung der Arbeitsmöglichkeiten durch völlig unzureichende Besoldung hinzuweisen. Die CDU kann nach Überzeugung des Ausschusses die Verantwortung für diese rückständige Besoldung eines für unser Volksleben besonders wichtigen Berufsstandes nicht übernehmen. Der Parteivorstand wird ersucht, bei der Bundesregierung mit allem Nachdruck vorstellig zu werden, daß sie ihren Beschluß revidiert."

42 „Rhein-Zeitung" vom 16.Dezember 1952 („CDU-Vorstand berät mit Dr. Adenauer"): „Von seiten der SPD wird zu der CDU-Tagung betont, die Regierung solle sich nicht durch die sachlich-ruhige und oft zurückhaltende Art des SPD-Vorsitzenden Ollenhauer über die Entschlossenheit der Opposition täuschen lassen, die Verträge und die Politik des Bundeskanzlers erbarmungslos zu bekämpfen."

ANLAGE II

Betrifft: Sitzung des Bundesparteivorstandes am 15. und 16. Dezember 1952 im Palais Schaumburg, Bonn.

Hier: Anwesenheitsliste.

Die Mitglieder des Bundesparteivorstandes: Dr. Konrad Adenauer, Dr. Hermann Ehlers, Jakob Kaiser, K.G. Kiesinger, Dr. R. Tillmanns, Dr. F.J. Wuermeling, E. Bach, A. Dichtel, Dr. M. Gröwel, O. Wackerzapp, E. Majonica, W. Simpfendörfer, Dr. G. Strickrodt, Dr. A. Zimmer, Dr. A. Süsterhenn.

Die Landesvorsitzenden: Dr. F. Gurk, Dr. O. Fricke, Dr. H. Barth, H. Scharnberg, A. Cillien, Dr. W. Fay, W. Johnen, P. Altmeier, L. Lensing, Dr. G. Müller.

Die Kooptierten: J. Albers, Dr. R. Pferdmenges, Dr. H. Krone, Dr. J.B. Gradl.

Die Ministerpräsidenten: K. Arnold (zeitweise),

außerdem: Dr. Siegel, Dr. Lenz.

18

Bonn, 26. Januar 1953

Anwesend: Adenauer, Altmeier, Bach, Barth, Dichtel, Ehlers, Fay, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Frau Gröwel, Heck, Hofmeister, Johnen, Kaiser, Krone, Lensing, Lenz, von Lex (zeitweise), Lübke, Majonica, Müller, Pferdmenges, Samsche, Schäffer, Scharnberg (zeitweise), Schmidt, Schreiber, Simpfendörfer, Strickrodt, Tillmanns, Wackerzapp, Wuermeling, Zimmer sowie Meyers als Gast.

Bericht zur Lage: Europafragen, Ratifizierung des EVG-Vertrages, Haltung der SPD; Vorbereitung der Bundestagswahl. Aussprache. Bericht Meyers über die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen. Wahlkampforganisation. Bundestagswahlgesetz. Steuerreform. Parteitag in Hamburg. Gestaltung des Wahlkampfes. Aufstellung der Kandidaten. Saarfrage. Vorbereitung der Parteiausschußsitzung am 27. Januar.

Beginn: 9.12 Uhr *Ende: 21.00 Uhr*

Adenauer: Meine verehrten Damen und Herren! Ich habe um Punkt 9 Uhr hier hineingeschaut; da waren acht oder neun Herren anwesend. Das möchte ich ausdrücklich feststellen. Aber das ist kein Vorwurf, es ist neblig draußen.

Entschuldigt haben sich Herr Ministerpräsident Arnold wegen einer wichtigen Sitzung der Landtagsfraktion, in der der Haushaltsplan beraten wird, und Herr Oberkirchenrat Cillien in wichtiger dienstlicher Angelegenheit. Als Vertreter ist

Herr Dr. Hofmeister hier. Ich habe Herrn Dr. Meyers[1] aus Düsseldorf, den Innenminister von Nordrhein-Westfalen, gebeten, hier anwesend zu sein – ich heiße ihn willkommen –, damit er uns einen Bericht über die Beurteilung des Wahlergebnisses der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen erstattet, weil das immerhin gewisse Rückschlüsse zuläßt. Ich denke, daß Sie auch den Herrn Ministerpräsidenten Arnold über den Hergang der ganzen Sitzung unterrichten werden. Herr Johnen hat mir mitgeteilt, daß er aus den gleichen Gründen – wegen der Sitzung der Landtagsfraktion – uns vorzeitig verlassen müsse. An seiner Stelle würde Herr Dr. Schmidt kommen. Er könne infolgedessen morgen nicht beim Parteiausschuß anwesend sein. Darf ich mir, verehrter Herr Johnen, eine allgemeine Bemerkung erlauben!

Wir haben in der Bundesrepublik nicht ganz ein Dutzend Länder. Wenn jedes Land seine Landtagssitzungen so einrichtet, daß sie mit uns kollidieren, dann kommen wir niemals zu einer Parteivorstands- und Parteiausschußsitzung, die annähernd voll besetzt ist.

Ich möchte daher an alle Herren die dringende Bitte richten, daß sie in ihren Landtagen dafür eintreten, daß diese Tage freibleiben. (*Johnen:* Seit drei Monaten festgesetzt!) Seit drei Monaten festgesetzt! D.h. Ihr Wort in Gottes Ohr – mit dem Festlegen! Es ist bei uns in Bonn Usus, daß, wenn eine der großen Fraktionen sagt: ich bin an dem und dem Tage wegen wichtiger parteipolitischer Beratungen verhindert, dann das Plenum des Bundestages darauf Rücksicht nimmt. Ich wäre außerordentlich dankbar – das soll kein Vorwurf gegen Sie sein, Herr Johnen –, wenn bei den morgigen wie auch bei ähnlichen Beratungen in den kommenden Monaten bis zur Wahl dieser Angelegenheit eine sehr große Bedeutung beigelegt würde. Sie sind sogar wichtiger als gewisse Landtags- und auch Bundestagssitzungen.

Darf ich jetzt zur Tagesordnung übergehen? *(Zustimmung.)*

Bericht zur Lage

Ich spreche lieber stehend als sitzend. Man kann sich dann besser bewegen.

An die Spitze meiner Ausführungen möchte ich folgendes stellen: Ich werde, wenn ich Ihnen einen Bericht über die Lage geben soll, gezwungenerweise den einen oder anderen Punkt der Tagesordnung berühren müssen, und ich bitte, das nicht als eine Vorwegnahme anzusehen. Ich möchte mir dann erlauben, in Ergänzung der Tagesordnung für heute zu fragen, ob – abgesehen von Herrn Wuermeling – ein besonderer Sachverständiger in Wahlangelegenheiten anwesend ist oder ob wir nicht den Herrn Dr. Lehr bitten sollen, uns über den Gesetzentwurf ein Viertelstündchen zu referieren. (*Wuermeling:* Kollege Scharnberg! *Scharnberg:* Ich habe mich darauf vorbereitet!) Es würde nichts schaden, wenn Sie beide berichteten. Bedenken

1 Dr. Franz Meyers (geb. 1908), 1950–1970 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1952 Oberbürgermeister von Mönchengladbach, 1952–1956 Innenminister und 1958–1966 Ministerpräsident, 1957–1958 MdB (Memoiren: gez. Dr. Meyers. Düsseldorf 1982).

Sie, wir laden die Ministerpräsidenten ein; dann ist es wohl richtig, wenn Herr Dr. Lehr, der CDU-Innenminister, der diesen Gesetzentwurf hat bearbeiten lassen, ein kurzes Referat darüber hält. Das würde nicht ausschließen, Herr Scharnberg, daß auch Sie ein Referat darüber halten. Das halte ich psychologisch für richtig. Sind Sie damit einverstanden? *(Zustimmung.)*

Meine Damen und Herren! Das Jahr 1953 wird, wie man, glaube ich, mit größter Sicherheit sagen kann, für Gesamtdeutschland und für unsere Partei ein Jahr der Entscheidung sein. Sie kennen mich genügend, um zu wissen, daß ich nicht gern große Worte mache; aber es liegt mir doch daran, Ihnen gegenüber das zum Ausdruck zu bringen, daß ich nach sehr sorgfältiger Prüfung der ganzen Lage, in der wir uns befinden, nur diesen Satz wiederholen kann: Dieses Jahr wird für Deutschland und für unsere Partei ein Jahr der Entscheidung sein.

Ich wünsche uns allen, daß wir – wir sind noch am Beginn dieses Jahres – ein gutes und erfolgreiches Jahr haben werden, daß wir von Anfang an mit unseren Kräften haushalten, damit wir während der letzten Monate vor der Wahl wirklich noch in der Lage sind, etwas herzugeben.

Ehe ich nun fortfahre, lassen Sie mich noch ein Wort über Diskretion sagen; Diskretion auch bei den Verhandlungen des Parteivorstandes. Die Herren werden sich erinnern, daß ich Ihnen auf der letzten Sitzung des Parteivorstandes eine Notiz über eine Verhandlung der kurz vorhergegangenen Vorstandssitzung der Sozialdemokratischen Partei über die außenpolitische Konzeption vorgelesen habe.

Ich habe es erleben müssen, daß mir kurz darauf Herr Ollenhauer sagte[2], daß ihm ein ausländischer Journalist mitgeteilt habe, daß er sofort nach der Sitzung die Mitteilung aus unserem Kreis erhalten habe, daß ich in dieser Sitzung ein Protokoll über die Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes vorgelesen hätte.

Ich konnte Herrn Ollenhauer sagen: Das ist nicht richtig, aber ich habe wohl ein Resümee daraus vorgetragen. Ich habe ihm dieses Resümee auch vorgelesen, wonach er sagte – was für Sie auch von Interesse ist: Das ist für unsere Entscheidung nicht bestimmend gewesen. Er stritt also nicht ab, daß diese merkwürdige außenpolitische Konzeption dort vorgetragen worden ist, aber, meine verehrten Herren, das Bedauerliche ist doch, daß er in verhältnismäßig kurzer Zeit nach unserer Sitzung hier, wenn ich den Worten des Herrn Ollenhauer glauben darf – und ich glaube, man muß das tun; es sei denn, daß er den ausländischen Journalisten dazwischengeschoben hat, was aber an der Sache nichts ändert –, von einem Mitglied der Versammlung die Mitteilung bekommen hat!

Wenn wir hier im Parteivorstand uns nicht einmal offen aussprechen können, ohne Gefahr zu laufen, daß in ganz kurzer Zeit sehr wichtige Dinge aus diesem Parteivorstand an den Vorsitzenden der gegnerischen SPD gelangen, dann sind natürlich Verhandlungen hier überhaupt unmöglich. Ich bitte Sie daher alle auf das

2 Die Unterredung fand statt am 18. Dezember 1952, 16.30 Uhr. Zu dem Vorgang vgl. Nr. 16 S. 183.

eindringlichste – ich behaupte keineswegs, daß das böse Absicht gewesen sei, was da geschehen ist –, überlegen Sie doch, ehe Sie irgendeinem etwas über die Verhandlungen hier sagen, ob Sie nach Ihrem Gewissen dazu berechtigt sind. Ich glaube, das gilt auch für die heutige Sitzung.

Nun wende ich mich wieder zurück zum Jahre 1953. Warum ist dieses Jahr das Schicksalsjahr für das deutsche Volk und für unsere Partei? Aus zwei Gründen, die miteinander zusammenhängen. In diesem Jahre 1953 wird es sich entscheiden, ob die Europäische Gemeinschaft wird oder ob sie vergeht, ehe sie geboren ist, ob alle diese Arbeit, die geleistet worden ist, mit einem Fiasko enden wird. Ferner wird das Jahr 1953 die zweiten Bundestagswahlen im September bringen.

Ich habe eben absichtlich gesagt: Dieses Jahr wird die Entscheidung darüber bringen, ob die Europäische Gemeinschaft wird. Ich habe nicht gesagt: die EVG, sondern ich fasse absichtlich meine Worte weiter. Wenn die EVG nicht wird, dann wird auch eine Europäische Gemeinschaft nicht werden, trotz der verheißungsvollen Ansätze, die nicht zuletzt dank der Arbeit unseres Freundes von Brentano geleistet worden sind.

Die Europäische Gemeinschaft hat begonnen mit der Montanunion. Ich darf ein Wort des Dankes auch in diesem Kreise an den Herrn Schuman sagen. Sicher war bei Herrn Schuman – der uns weltanschaulich so nahesteht – dieses und jenes zu bemängeln. So z.B. war es ganz bezeichnend für ihn, daß die Regierung Pinay es nicht gewagt hat, den Vertrag über die EVG und den Deutschland-Vertrag der Kammer zugehen zu lassen[3]; diese gewisse Zurückhaltung Schumans liegt zum Teil darin begründet, daß er eben einen großen Teil der Franzosen nicht für Vollblutfranzosen hält. Wenn es infolgedessen auch manchmal recht schwierig mit ihm war, eines bleibt sein großes Verdienst: daß er den Gedanken der Vereinigung Europas im Mai des Jahres 1950 kühn und entschlossen ausgesprochen und nicht nur theoretisch hingestellt, sondern sofort mit einem praktischen Vorschlag – die Montanunion zu gründen – verbunden hat.

Diese Montanunion, das ist ein Pluspunkt in unserer Konzeption, ist nun Wirklichkeit geworden.[4] Am 10. Februar wird zum ersten Mal ein gemeinsamer Markt für Kohle, Eisen und Stahl für 150 Millionen Menschen in Europa eröffnet. Es werden sich manche Schwierigkeiten zeigen. Das ist ohne weiteres durch die Natur der Sache gegeben, aber man muß doch – wie bei allen Dingen – daran glauben und darauf vertrauen, daß ein solch großer Gedanke diese Schwierigkeiten überwinden wird. Und wenn sie überwunden sind, dann ist die Schaffung eines solchen Marktes in Europa ein Ereignis von der größten Tragweite, das sich auf allen möglichen wirtschaftlichen und politischen Gebieten weiter auswirken wird.

---

3 Zu den Gründen vgl. SCHWARZ 1 S. 205f.

4 Vgl. SCHWARZ 1 S. 96–104, AdG 1953 S. 3865f.; Hans DICHGANS: Montanunion. Menschen und Institutionen. Düsseldorf/Wien 1980.

Ich habe eben erwähnt, daß auch die Arbeiten zur Schaffung einer politischen Gemeinschaft vorwärtsschreiten, einer Gemeinschaft, die man sicher vor einigen Jahren für unglaublich gehalten hätte. Aber die Ungeduld unserer Zeit läßt das alles übersehen, und sie kann nicht schnell genug Früchte ernten. Ich möchte es aber sehr nachdrücklich wieder als einen Pluspunkt für unsere Arbeit betonen, daß diese Vorarbeiten für die Schaffung der politischen europäischen Gemeinschaft sehr schnell erledigt worden sind, so daß ich wohl hoffen kann und hoffen muß, daß, wenn am 10. März dem Ministerrat der Montanunion der Vorschlag vorgelegt werden wird, diese entscheidende Angelegenheit im gleichen Tempo der Vollendung entgegengeführt wird.

Dieser erwähnte Pluspunkt für unsere Partei wird um so klarer, wenn Sie bedenken, daß bei der entscheidenden Abstimmung lediglich die sechs sozialdemokratischen deutschen Vertreter dagegengestimmt haben. (*Kaiser:* Und die Gaullisten!) Und die Gaullisten; also diejenigen, die in dieser Zeit der europäischen Vereinigung den größten Widerstand leisten – wir sehen es gleich bei der EVG –, das sind die deutschen Sozialdemokraten und die französischen Gaullisten.[5] (*Wuermeling:* Arm in Arm!) Die deutschen Sozialdemokraten sind in einer hoffnungslosen Isolierung, auch gegenüber ihren Parteifreunden aller europäischen Länder. Insbesondere hat in Straßburg auch der Labourvertreter seine lebhafte Zustimmung zu der politischen Vereinigung Europas ausgesprochen.

Das Kernstück der ganzen Europäischen Gemeinschaft aber ist und bleibt der Vertrag über die EVG, der Vertrag, der uns Deutschen in dem Maß, wie dies überhaupt unter den gegebenen, von Sowjetrußland verursachten Komplikationen möglich ist, die Freiheit wiedergibt.

Sie werden ohne weiteres einsehen, daß der Vertrag über die EVG das Kernstück ist. Wenn Sie sich vorstellen, welche Lage entstünde, wenn der Vertrag über die EVG nicht zustande käme, dann wäre auch damit jede Bemühung, die politische Gemeinschaft herzustellen, illusorisch. Wenn er zustande kommt, wird er zwangsweise mit sich bringen, daß der Vertrag über die politische Gemeinschaft schneller herbeigeführt wird, als dies an sich in Aussicht genommen worden ist.

Mit diesen Ausführungen habe ich Ihnen die Bedeutung zu schildern versucht im Hinblick auf die Zukunft, abgesehen von der augenblicklich vom Osten her drohenden Gefahr. Ich möchte aber gerade Ihren besonderen Blick auf die vom Osten her ständig drohende Gefahr lenken, um damit darzutun, daß es nun einmal in der Geschichte Augenblicke gibt, wo gehandelt werden muß; Augenblicke, die

5 Vgl. Günter HENLE: Vom Ruhrstatut zur Montan-Union, in KONRAD ADENAUER 1 S. 566–590, hier S. 584ff.; Sten.Ber. 1.WP Bd.10 S.7583ff., 7652ff., 7793ff. Die Abstimmung im Bundestag am 12. Januar 1952 ergab 232 gegen 143 Stimmen bei drei Enthaltungen, in der französischen Nationalversammlung am 13. Dezember 1951 377 gegen 233 Stimmen. Die Abstimmung der „Ad-hoc-Versammlung" bzw. der Gemeinsamen Versammlung (Montan-Parlament) über den Satzungsentwurf der Verfassungskommisson fand am 9./10. Januar 1953 statt (vgl. AdG 1953 S. 3817).

niemals wiederkehren. Wir alle, die hier am Tische sitzen, haben schon zweimal solche Stadien in der europäischen und in der Weltgeschichte miterlebt. Das war das Scheitern beider Versuche, die England mit Deutschland vor dem Kriege 1914 gemacht hat.[6] Wären diese Versuche geglückt, hätten die deutsche Geschichte, die europäische Geschichte und die Weltgeschichte eine andere Wendung genommen. Sie sind nicht geglückt, und das Unheil hat dann seinen Lauf genommen.

Das sage ich Ihnen deswegen, meine Damen und Herren, damit wir alle miteinander diese Gesetzesvorlagen, um deren Schicksal es sich im Parlament und beim Bundesverfassungsgericht handelt, herausgehoben sehen müssen aus einem parteipolitischen Gezänk und aus parteipolitischen Gegensätzen. Wir alle miteinander müssen diese Vorlagen betrachten als das, was sie wirklich sind: als Vorlagen, die der ganzen Geschichte Europas und der Welt eine Wendung zu geben in der Lage sind, die für die Zukunft von historischer Bedeutung sein wird.

Lassen Sie mich jetzt einige Worte über den Druck vom Osten her sagen, der die Mittel, die zur Abwendung der Gefahr notwendig sind, als unmittelbar zwingend erforderlich erscheinen läßt. Sowjetrußland hat im Laufe der letzten 12 bis 18 Monate im Innern seines Landes einen vollständigen Umbau seiner militärischen Organisationen vorgenommen. Die militärische Organisation hat in den vergangenen Jahrzehnten wegen der Größe des Landes unter ihrer Schwerfälligkeit gekrankt. Das ist jetzt geändert. Man hat acht Heere aufgestellt und dabei das ganze ungeheure Land in acht Teile geteilt und jedem Heer eines dieser Teile zugeteilt. Man hat also in stärkster Weise die Militärorganisation dezentralisiert und damit die Schlagkraft der russischen Heeresmaschine außerordentlich verstärkt.

Man hat aber von seiten Sowjetrußlands in den letzten zwölf Monaten noch folgendes getan, um die Schlagkraft gegenüber dem Westen zu verstärken: Man hat die polnische Armee, die noch vor stark einem Jahr mit veralteten Waffen versehen war – sei es, daß sie nicht im Besitz moderner Waffen war, sei es, daß man dem polnischen Heere nicht so recht traute –, mit den modernsten russischen Waffen ausgerüstet. Die polnische Armee ist nach allem, was man auf westlicher Seite davon weiß, ein schlagkräftiges Instrument in russischer Hand. Als äußeres Zeichen dafür möchte ich nur anführen: Die Konfederatka, die polnische Militärkopfbedekkung mit dem viereckigen Deckel, ist abgeschafft. Die Kopfbedeckung in der polnischen Armee ist auch die sowjetrussische Militärmütze.

In gleicher Weise ist auch die tschechoslowakische Armee nunmehr mit den modernsten russischen Waffen ausgerüstet. Auch das ist eine neue Tatsache, daß die polnische Armee und die tschechoslowakische Armee unter russischem Oberbefehl stehen. Die auf diese Weise ausgerüstete polnische und tschechoslowakische

6 Anspielung auf den Bündnisvorschlag des englischen Kolonialministers Joseph Chamberlain von 1898 und die Versuche einer Verständigung in den Jahren 1909 bis 1912. Vgl. Gregor Schöllgen: Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage 1871–1914. München 1984 S. 86–106.

Armee im Verein mit der ständig fortschreitenden Aufrüstung in der Sowjetzone bedeuten eine unmittelbare, latente Bedrohung des Westens. Wenn Sie dazuhalten die Vorgänge in der Sowjetzone und daß Sowjetrußland auf die letzte Note der drei Westalliierten – in der diese eine Viererkonferenz vorschlugen – bis heute noch nicht geantwortet hat, dann kann es wohl gar keinem Zweifel unterliegen – Herr Bundestagspräsident Ehlers hat das ja gestern auch ausgeführt[7] –, daß von einem Willen Sowjetrußlands zu einer friedlichen Verständigung z.Z. nicht die Rede sein kann; im Gegenteil, Sowjetrußland schärft seine Waffen immer mehr.

Und nun möchte ich Ihnen ganz vertraulich über die Aufrüstung des Westens folgendes sagen: Auf der letzten Atlantikpaktratssitzung[8] ist es zu schärfsten Auseinandersetzungen gekommen, über die in die Presse nur Andeutungen gelangt sind; zu schärfsten Auseinandersetzungen, weil die westliche Aufrüstung durchaus ungenügend ist. Wie ungenügend sie ist, das können Sie schon daraus ersehen, daß, als wir mit den Vertretern der drei Westalliierten zusammen vor Jahresfrist am EVG-Vertrag und am Deutschland-Vertrag arbeiteten, diese davon ausgingen, daß am 1. August 1952 die Verträge in allen Ländern ratifiziert seien.

Ich darf hier in Ihre Erinnerung zurückrufen, daß der Amerikanische Kongreß und das Unterhaus Großbritanniens rechtzeitig im Sommer das, was sie zu tun hatten, getan haben[9], während die sechs EVG-Länder nur sehr mühsam weitergekommen sind. Ich habe eben erwähnt, daß das Kabinett Pinay nicht gewagt hat, den EVG-Vertrag der Nationalversammlung zugehen zu lassen. Wie es bei uns steht, wissen Sie. Italien war sehr gehemmt durch seine Wahlrechtsvorlage, von der de Gasperi sagte – der im Herbst bei mir war[10] –, er würde sie schon im Herbst durchbekommen, und er könne dann die Verträge noch von der jetzigen Kammer genehmigen lassen. Er hat länger dazu gebraucht.

In den drei Beneluxstaaten ist, abgesehen von Holland, nach außen nichts sichtbar geworden, was auf eine Beschleunigung schließen läßt. Aber ich darf Ihnen hier sagen, daß die drei Beneluxländer übereinstimmend nach wie vor – auch Belgien – der Überzeugung sind, daß der EVG-Vertrag von allen beteiligten Ländern so schnell wie möglich ratifiziert werden muß.

Nun komme ich zu Frankreich. Alle Berichte, die wir von Frankreich haben, und zwar sowohl diejenigen privater, offiziöser wie auch offizieller Natur, lassen mit Sicherheit erwarten, daß die französische Nationalversammlung die beiden Verträge noch in diesem Frühjahr ratifizieren wird. Alle anderen Nachrichten, die Sie dar-

---

7 Ausführungen von Ehlers vom 25. Januar (Sonntag) nicht nachweisbar.

8 15.–17. Dezember 1952 in Paris (AdG 1952 S. 3788).

9 Am 1. Juli 1952 hatte der amerikanische Senat dem Deutschland-Vertrag zugestimmt; die Ratifizierung erfolgte am 4. August 1952 durch Präsident Truman. Das britische Unterhaus hatte am 1. August 1952 Deutschland-Vertrag und EVG-Vertrag ratifiziert.

10 Ministerpräsident de Gasperi hatte der Bundesrepublik vom 21. bis 24. September 1952 einen Besuch abgestattet (AdG 1952 S. 3667).

über hören, sind Nachwehen der Regierungsbildung und zum inneren französischen Gebrauch bestimmt.[11]

Ich betone mit größtem Nachdruck – und ich bin berechtigt, das mit größtem Nachdruck zu tun –, es unterliegt keinem Zweifel, daß die französische Nationalversammlung noch im Laufe dieses Frühjahres die Verträge ratifizieren wird und daß die französische Nationalversammlung keine Änderungen der Verträge vorgesetzt bekommt, abgesehen von Zusatzprotokollen, die nicht besonders genehmigt zu werden brauchen. Ohne Rücksicht darauf werden die Verhandlungen stattfinden.

Die französische Regierung und die französische Nationalversammlung werden auch nicht zur Bedingung machen, daß vorher die Saarfrage geregelt ist; auch das ist sicher, meine Damen und Herren! Damit wird ein sehr wesentliches Argument der inneren Agitation der Sozialdemokratie hinfällig werden; d.h. ihre inneren Argumente der sturen Führerschicht gegenüber den Elementen in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, die keinen sehnlicheren Wunsch haben, als daß die Verträge mit Zweidrittelmehrheit genehmigt werden, gehen dahin: Ihr könnt ganz ruhig sein, es wird nicht ratifiziert, so daß die Geschichte nicht auf Deutschland hängenbleibt.

Wie ist die Sache nun bei uns? Sie haben alle diese Überraschungen, die wir durchgemacht haben, miterlebt. Wir haben eine sehr gut verlaufene zweite Lesung gehabt. Wenn ich sage „sehr gut", meine ich nicht das äußere Nachspiel; das war weniger gut, weil es eine Nachtsitzung gewesen ist und vielleicht auch etwas von Alkohol geschwängert, Herr Kaiser, aber immerhin, die Mehrheit, die wir gehabt haben, war doch größer, als wir überhaupt erwartet haben. (*Kaiser:* Sehr richtig!) Dann kam dieser plötzliche Unterbruch – um mit der Schweiz zu sprechen –, daß wir die dritte Lesung haben stoppen müssen.

Damit komme ich zum Bundesverfassungsgericht. Über das Bundesverfassungsgericht möchte ich möglichst wenig sagen, und zwar deshalb, weil leider durch undisziplinierte Äußerungen des Herrn Bundesjustizministers[12] eine Stimmung im Bundesverfassungsgericht entstanden ist, die doch geeignet war, die Ruhe, mit der ein Richter einen ihm vorgelegten Fall entscheiden soll, etwas zu beeinträchtigen, und weil es dringend notwendig erscheint, daß diese Ruhe, die sich anzubahnen scheint, doch zurückkehrt; denn ein aufgeregter Mann oder ein solcher, der sich in

11 Die Regierung Pinay–Schuman war am 23. Dezember 1952 gestürzt; ihr folgte am 6. Januar 1953 unter Leitung des Radikalsozialisten René Mayer eine Regierung, die von den Gaullisten und der Action Républicaine et Sociale getragen wurde. Ihre Bedenken gegen die Verträge suchte Mayer mit Zusatzprotokollen auszuräumen (AdG 1953 S. 3813f.; L'Année Politique 1953 S. 314f.). – Adenauer stützte seine optimistische Einschätzung auf Äußerungen von Victor Koutzine vom 22. Januar 1953, der angeblich von Bidault zum Verbindungsmann für Bonn bestellt worden war (Lenz-Tagebuch, 22. Januar 1953).

12 Thomas Dehler hatte u.a. den Beschluß des BVerfG vom 8. Dezember 1952 als „Nullum" bezeichnet (vgl. AdG 1952 S. 3801f.).

seinem Innersten bedroht fühlt, ist natürlich nicht so objektiv wie der Mann, der sich ruhig im Besitze seiner Stellung und seiner Kraft weiß.

Eines darf ich hier aber nicht unterdrücken: Der Parlamentarische Rat – und dafür trage ich mit die Verantwortung – und dann die Mehrheit des Bundestages – und dafür trägt auch unsere Fraktion die Verantwortung – haben bei der ganzen Konstruktion des Bundesverfassungsgerichtes schwere Fehler gemacht. (*Mehrere Zurufe:* Sehr richtig!) Die Fehler sind nun einmal gemacht worden; sie werden zu gegebener Zeit korrigiert werden müssen. Es hat keinen Zweck, jetzt darüber zu sprechen. Sie müssen den Dingen so gegenüberstehen, wie sie sind.

Nun möchte ich wenige Worte darüber sagen, warum die dritte Lesung ausgesetzt worden ist. Wenn die dritte Lesung vorgenommen worden wäre, wäre die Angelegenheit an den Bundesrat gekommen. Der Bundesrat ist der Auffassung – ich möchte mich darüber nicht verbreiten, ob diese Annahme richtig ist oder nicht, um den Bundesrat nicht zu verstimmen –, er würde alle Gesetze innerhalb einer gewissen Zeit verabschiedet haben. Ob er seine Zustimmung geben würde, weiß ich nicht. Ich bin kein Prophet. Aber nehmen Sie an, er hätte die Zustimmung gegeben, dann wäre damit zu rechnen, daß sofort eine Normenkontrollklage der sozialdemokratischen Fraktion beim Ersten Senat erhoben worden wäre. Welchen Ausgang sie gehabt haben würde, wage ich nicht zu entscheiden. Es gibt Männer, die die Verhältnisse kennen, die sehr ungünstig und pessimistisch darüber urteilen.

Durch die Klage, die die Mehrheit des Bundestages angestrengt hat, wird – ich kann auch hier über Interna nicht gut sprechen – erreicht, daß wahrscheinlich sehr viel Zeit gewonnen wird; denn wenn dieser Zweite Senat die Klage für zulässig hält und ihr stattgibt, dann kann man doch wohl annehmen, daß eine Normenkontrollklage unterbleiben muß oder – weil quis judicabit vorliegt – sehr schnell erledigt werden kann.

Das waren die wesentlichen Gründe; die Klage schwebt. Termin ist vorläufig angesetzt auf den 20. Februar. Die Klage der Koalitionsparteien ist der sozialdemokratischen Fraktion zur Äußerung – Frist bis zum 24. Januar – mitgeteilt worden. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich weder formell noch sachlich zu der Klage in ihrer Gegenschrift geäußert. Die ganze Gegenschrift umfaßt nur sehr wenige Sätze.[13]

Nun komme ich zu der Haltung der Sozialdemokratischen Partei in der ganzen Angelegenheit. Herr Kollege Kaiser hat, wie ich höre, gestern oder am Samstag eine Rede gehalten[14], (*Lübke:* Gestern!) in der er darauf hingewiesen hat, wie tragisch es sei, daß in einer so wichtigen außenpolitischen Entscheidung nicht die großen Parteien übereinstimmten. Ich finde das auch tragisch, meine Damen und Herren; auch wenn ich – und zwar glaube ich mit Recht – auf dem Standpunkt

13 Vgl. dazu WEHRBEITRAG, Ergänzungsband S. 9–24 und S. 24f.

14 Rede vor der Katholischen Jugend am 25. Januar 1953 in Rheydt (vgl. FAZ vom 26. Januar 1953).

stehe, daß wir das Bundesverfassungsgericht nicht zu scheuen brauchen, halte ich es für außerordentlich bedauerlich, daß in einer für Deutschland so entscheidenden Frage die beiden größten Parteien Deutschlands, die Sozialdemokratische Partei und die CDU/CSU, sich in dieser schroffen Weise gegenübertreten.

Aber ich glaube, das eine sagen zu können, daß von unserer Seite alles geschehen ist, was geschehen konnte, um eine Übereinstimmung, ein Zusammengehen herbeizuführen.

Ich brauche Ihnen nur ganz kurz die psychologischen Hintergründe der ganzen Entwicklung noch einmal ins Gedächtnis zurückzurufen. Die ganze Entwicklung begann mit der schroffen Stellungnahme des verstorbenen Herrn Dr. Schumacher gegenüber der Politik der Bundesregierung und der Politik der Mehrheit des Bundestages, vom Petersberg-Abkommen angefangen. Es wäre gut, wenn auch einmal von unserer Seite diese ganzen Vorgänge sehr genau studiert und übersichtlich dargestellt würden. Von da an zieht sich dieser Gegensatz in der Außenpolitik wie ein roter Faden durch die gesamte Politik. Dieser Gegensatz verschärfte sich nun immer mehr. Das führe ich zum großen Teil auf die Krankheit des Herrn Dr. Schumacher zurück.

Ich habe in den ersten Jahren des Bundestages, bis die Krankheit des Herrn Dr. Schumacher stärker wurde, in ihm einen Mann gefunden, mit dem man unter vier Augen, nachdem die Anfangsschwierigkeiten überwunden waren, doch auch einmal vernünftige Worte sprechen konnte. Aber mit dem Fortschreiten dieser Krankheit wurde das immer mehr unmöglich. Ich möchte Ihnen zur persönlichen Information nur sagen, daß er auch immer mehr isoliert war von den Menschen überhaupt und daß er außerordentlich viele Schmerzen hat ausstehen müssen. Wenn man sich dann vergegenwärtigt: 1. die Enttäuschung bei der ersten Bundestagswahl, 2. diese Schmerzen, die der Mann hat ausstehen müssen, und 3. die Einsamkeit, in der er lebte, schließlich auch gegenüber seinen eigenen Parteifreunden, dann ergibt sich die Versteifung in seiner Haltung. Es ist ein Unglück für Deutschland gewesen. Das ergibt sich psychologisch ganz von selbst.

Er ist dann gestorben, und Herr Ollenhauer wurde sein Nachfolger. Aber die Politik der Sozialdemokratie war durch Herrn Dr. Schumacher so festgelegt, daß es schon einer überragenden Anstrengung bedurft hätte, damit die Parteileitung der Sozialdemokratie unter Benützung irgendeines Umstandes – deren mehrere da waren – einen Umschwung auch gegenüber ihrer eigenen Partei hätte verantworten können. Diese Kraft hat die sozialdemokratische Parteileitung nicht gefunden; im Gegenteil, sie hat sich noch stärker festgelegt auf diesen Standpunkt, und die Dinge sind versteifter geworden, als sie unter Schumacher gewesen sind.

Auch das wird einmal ein späterer Geschichtsschreiber berücksichtigen müssen, weil gerade diese Frage, wie ich eingangs sagte, die Frage für das deutsche Volk ist.

Nun möchte ich Ihnen den Briefwechsel vorlesen, den ich mit Herrn Ollenhauer geführt habe, weil er sehr aufschlußreich ist. Ich werde dafür sorgen, daß Sie alle Abschriften dieser beiden Briefe bekommen. Ich habe Herrn Ollenhauer um eine

Unterredung gebeten. In dieser Unterredung, die am 18. Dezember stattfand, habe ich Herrn Ollenhauer – ich gebrauche das Wort jetzt sehr überlegt – geradezu angefleht, er möge doch in eine Nachprüfung der sozialdemokratischen Haltung eintreten. Ich glaube, ich habe im politischen Leben niemals einen Menschen, auch menschlich, so angefleht – ich wiederhole dieses Wort –, wie ich Herrn Ollenhauer angefleht habe.

Es hat nichts genützt, meine Damen und Herren, es war vollständig umsonst. Ich habe ihn dann zum Schluß dieser Unterredung, die natürlich in urbanen Formen auch seinerseits verlief, gebeten, mir doch die Hauptargumente, die seine Fraktion an den Verträgen auszusetzen hätte, schriftlich zu geben, damit wir in einer zweiten Unterredung Argument für Argument miteinander durchgehen könnten, um ihm so Aufklärung zu geben und wir evtl. gemeinsam überlegen könnten, wie sich da noch eine Änderung herbeiführen lasse. So sind wir auseinandergegangen. Ich habe dann drei Wochen später, am 7. Januar, von Herrn Ollenhauer folgenden Brief[15] bekommen:

„Ich komme heute zurück auf unsere Unterredung am 18. Dezember 1952 und möchte Ihnen noch einmal die Haltung meiner Partei in bezug auf den Generalvertrag und den EVG-Vertrag kurz darlegen.

Die Sozialdemokratische Partei ist der Auffassung, daß, unabhängig von der Entscheidung über die Verträge, die verfassungsrechtliche Frage so geklärt werden muß, daß das schwer erschütterte Vertrauen im Volke zu den verfassungsmäßigen Institutionen der Bundesrepublik wiederhergestellt wird."

Meine Damen und Herren! Ich möchte dieses Argument eben abtun. Der Verlauf des Briefes wird dadurch nicht unterbrochen. Sie wissen, daß der Bundespräsident den Antrag auf Erstattung des Gutachtens zurückzog. Ich möchte hier ausdrücklich erklären, daß es einer Einwirkung der Bundesregierung, des Kabinetts oder meiner Person auf den Bundespräsidenten bei dieser Entscheidung in keiner Weise bedurft hat. Sie ist auch gar nicht vorgenommen worden. Als ich von Karlsruhe telefonisch die Mitteilung bekommen hatte, daß ganz überraschend das Bundesverfassungsgericht den Beschluß gefaßt habe, daß seine Gutachten bindend seien durch die Entscheidung der beiden Senate, bin ich – nachdem ich erst im Kabinett die Sache besprochen habe – zum Bundespräsidenten hingegangen und habe es ihm gesagt[16].

Er wußte es noch nicht. Und noch während ich sprach, stand er auf, ging zu seinem Schreibtisch, holte ein Blatt Papier und skizzierte dann das Schreiben, das er an das Bundesverfassungsgericht richten wollte, und zwar so, daß er den Antrag auf Erlaß der Erstattung des Gutachtens zurückzog.

---

15 Vgl. AdG 1953 S. 3832; der Brief Ollenhauers vom 7. Januar wurde der Presse am 16. Januar übergeben, vgl. AdG 1953 S. 3826; die Schreiben Adenauers vom 16. und 17. Januar veröffentlicht in BULLETIN Nr. 13 vom 21. Januar 1953 S. 98, 100. Vgl. ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 191–193; s.u. S. 303.

16 Vgl. Nr. 16 Anm. 21.

Im übrigen möchte ich betonen, daß in dieser Frage sowohl für die Meinung des Kabinetts wie auch für die Meinung des Bundespräsidenten in keiner Weise der Zusammenhang mit dem EVG-Vertrag entscheidend war, sondern das Bundeskabinett und der Herr Bundespräsident standen und stehen übereinstimmend auf dem Standpunkt, daß dieser Beschluß des Bundesverfassungsgerichts – der ja in Zukunft gültig sein soll für alle Gutachten des Bundesverfassungsgerichts – im Gesetz keinen genügenden Grund habe.

Interessant ist, daß ausgerechnet Herr Ollenhauer noch bis in den Oktober hinein in Schriftsätzen die Erstattung von Gutachten durch das Bundesverfassungsgericht in dieser Frage auf das entschiedenste bekämpft hatte und daß Herr Arndt sogar im Sommer beim Bundespräsidenten gewesen ist und ihn gebeten hat, seinen Antrag auf Erstattung des Gutachtens zurückzuziehen[17]; man dürfe durch so etwas die Entscheidungen der Senate nicht beeinflussen. Also eine Wendung um 180 Grad. Das aber nur nebenbei, um hier die Ausführungen oder Argumente des Herrn Ollenhauer zu kennzeichnen. Er fährt in seinem Schreiben dann fort:

„Ich wiederhole den uns bereits in der mündlichen Unterhaltung gemachten Vorschlag, daß Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat zusammen ein Gutachten beim Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsmäßigkeit der Verträge beantragen. Die Sozialdemokratische Partei wird ein solches Gutachten als auch für sie verbindlich anerkennen, soweit es die Verfassungsmäßigkeit der Verträge behandelt.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, die Initiative zu einem solch gemeinsamen Schritt zu ergreifen. Ich bin überzeugt, daß es ein wesentlicher Gewinn für unsere Demokratie wäre, wenn so die verfassungsrechtliche Frage aus der politischen Auseinandersetzung über die Verträge ausgeschaltet werden könnte.

Aus den gleichen staatspolitischen Überlegungen erneuere ich auch unsere Forderung, die entscheidende Abstimmung über die Verträge nicht mehr im jetzigen Bundestag durchzuführen, sondern sie einem neugewählten Bundestag zu übertragen, damit die politische Entscheidung über diese lebenswichtige Frage, ganz gleich wie sie ausfällt, durch einen Bundestag herbeigeführt wird, den das deutsche Volk in Kenntnis und nach Prüfung des Sachverhalts durch eine Neuwahl neu legitimiert.

Da uns die baldige Klärung des ganzen Fragenkomplexes dringlich erscheint, empfehlen wir die Ausschreibung der Neuwahlen zum frühestmöglichen Termin. Wir glauben, daß es keine entscheidenden verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten gibt, die Wahlen zum neuen Bundestag bereits in den ersten sechs Monaten des Jahres 1953 durchzuführen.

Mit unserem Bestehen auf Neuwahlen verbinden wir das Verlangen, diese Wahlen nach dem bisherigen Wahlgesetz durchzuführen, damit das innenpolitische Leben der nächsten Monate nicht auch noch mit einer Debatte über Wahlsysteme

17 Schreiben von Heuss vom 10. Juni 1952 in WEHRBEITRAG 2 S. 2; das Gespräch zwischen Arndt und Heuss fand am 11. Juni 1952 statt.

belastet wird. Die Sozialdemokratische Partei ist bereit, gewissen technischen Abänderungen des jetzigen Wahlgesetzes, über die Übereinstimmung besteht, zuzustimmen, aber wir werden mit Entschiedenheit jedem Versuch entgegentreten, die Wahlen durch koalitionspolitische Gesichtspunkte zu manipulieren und durch eine zweckbestimmte Änderung des Wahlgesetzes auch noch die Frage des allgemeinen gleichen Wahlrechts in die öffentliche Diskussion zu ziehen.

Da in jedem Falle die nächsten Bundestagswahlen von weittragender politischer Bedeutung sein werden, erscheint es uns notwendig, daß allen Teilen des deutschen Volkes, die frei ihren politischen Willen äußern können, also auch die Bevölkerung von West-Berlin, die Möglichkeit gegeben wird, sich unmittelbar an der Wahl ihrer Abgeordneten zu beteiligen. Nachdem die Alliierten die Entsendung von Berliner Abgeordneten in den Bundestag akzeptiert haben, sehen wir keine grundsätzliche Änderung der Situation in bezug auf das Verhältnis zwischen Berlin und der Bundesrepublik, da Berlin im Bundestag durch direkt gewählte Abgeordnete an Stelle der indirekt entsandten Abgeordneten vertreten ist.

Wir sind der Überzeugung, daß eine unmittelbare Beteiligung der Bevölkerung von West-Berlin an den Bundestagswahlen mit dazu beitragen kann, das Gefühl der Verbundenheit der Berliner Bevölkerung mit der Bundesrepublik wesentlich zu verstärken.

Die Verwirklichung dieser vier Vorschläge ist nach unserer Auffassung die Voraussetzung für jeden Versuch, die deutsche Entscheidung über die Verträge durch die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik zu befreien von verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen und von den Zweifeln, ob ein im letzten Stadium seiner Legislaturperiode befindliches Parlament noch mit dem nötigen inneren Gewicht eine so weittragende Entscheidung fällen kann. In bezug auf die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu den Verträgen selbst kann ich nur noch einmal erklären, daß die Verträge für uns unannehmbar sind."

Das ist der entscheidende Satz, meine Damen und Herren!

„Die Sprecher unserer Fraktion haben in den beiden Lesungen der Verträge im Plenum des Bundestages diesen ablehnenden Standpunkt unserer Fraktion eingehend begründet, und ich darf Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, deshalb auf das in diesen Reden niedergelegte Material noch einmal ausdrücklich verweisen.

Ich möchte auf eine Einzeldarstellung unserer Einwände an dieser Stelle verzichten, weil durch die eine oder andere Abänderung der Verträge oder durch Vereinbarung unter den Vertragspartnern über die Auslegung bestimmter Vertragsteile die Bedenken gegenüber den Verträgen selbst nicht beseitigt werden können. Außerdem wird nach der Ratifizierung der Verträge der eigentliche Vertragstext maßgebend sein. Die Verträge beseitigen das Besatzungsstatut nur scheinbar, halten aber der Sache nach in der Form von Vereinbarungen das Besatzungsregime aufrecht.

Die Verträge sind uns nicht angeboten worden, um die Wirkungsmöglichkeiten der Bundesrepublik zu erweitern, sondern um in Verbindung mit anderen Verträgen

ihr durch völligen oder teilweisen Entzug der selbständigen Verfügung über ihre wirtschaftlichen und militärischen Beiträge die Bewegungsfreiheit zu nehmen.

Hinzu kommt ferner, daß wir die Verträge für unvereinbar halten mit der vom Bundestag fast einstimmig und auch immer wieder von Ihnen, Herr Bundeskanzler, erklärten Auffassung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit das oberste Ziel der Politik der Bundesrepublik sein müsse. Es ist unsere Überzeugung, daß die Annahme der Verträge die Politik der Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht fördern, sondern erschweren, wenn nicht unmöglich machen würde.

Wir halten eine solche Politik für unvereinbar mit den Gesamtinteressen unseres Volkes und auch für unvereinbar mit einer Politik der dauernden Stabilisierung und Bindung in Europa. Der mit den Verträgen beschrittene Weg führt nach unserer Überzeugung weder zu einer Erhöhung der Sicherheit für das deutsche Volk noch zu einer Steigerung der Verteidigungskraft der freien Welt, sondern birgt die Gefahr in sich, die Sicherheit Deutschlands erheblich zu vermindern, die Spaltung Deutschlands zu verlängern und darüber hinaus das freie Europa noch einmal aufzuspalten.

In der jetzt gegebenen internationalen Situation muß eine Lösung" – hören Sie zu, was jetzt kommt! – „auf breitester internationaler Grundlage gesucht werden. Aus diesem Grunde sind wir für neue Verhandlungen auf internationaler Basis mit dem Ziel, eine Arbeitsgemeinschaft aller freien Völker auf allen lebenswichtigen Gebieten einschließlich der gemeinsamen Verteidigung im Rahmen eines Systems der gemeinsamen Sicherheit zu bilden. Wesentlicher Grundsatz dieser Gemeinschaft müßte sein, daß alle ihre Teile unter denselben Bedingungen und denselben Voraussetzungen mitarbeiten können und daß im Falle Deutschland der Bundesrepublik weiterhin jede Möglichkeit offenbleibt, aktiv eine Politik der tätigen Wiedervereinigung Deutschlands zu betreiben.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Wir sind überzeugt, daß dies der einzig mögliche Weg ist, um für das deutsche Volk und für die freie Welt ein Höchstmaß von Sicherheit zu erreichen, und der uns gleichzeitig den Weg offenhält für die Verfolgung des wichtigen nationalpolitischen Zieles des deutschen Volkes in unserer Zeit, nämlich die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit."

Ergänzend möchte ich hier noch einfügen, daß eine Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes vorhergegangen ist[18]. Laut Pressenachrichten ist in ihr beschlossen worden, einen Ausschuß einzusetzen, der die außenpolitischen Ziele der Sozialdemokratischen Partei beraten und bis Ende Februar dem Parteivorstand darüber Bericht erstatten soll.

Ich glaube, ich brauche dem nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren! Sie sind alle Politiker und werden mit mir darin übereinstimmen, daß das wohl das stärkste Stück ist, was je geleistet worden ist, daß eine so große Partei wie die Sozialdemokratische Partei, nachdem sie ihr Nein gesagt hat, jetzt einen Ausschuß

18 Der SPD-Parteivorstand tagte am 7. Januar 1953 (FAZ vom 9. Januar 1953).

einsetzt, der ihre außenpolitische Konzeption nun festsetzen und dem Parteivorstand Ende Februar vorlegen soll.

Ich habe am 16. Januar dem Herrn Ollenhauer darauf wie folgt geantwortet:

„Am Abschluß unserer Unterredung vom 18. Dezember 1952 hatte ich Sie gebeten, mir die wesentlichen Punkte in den Verträgen mitzuteilen, gegen die die sozialdemokratische Fraktion Bedenken hätte. Leider beschränken Sie sich hinsichtlich der von mir ausgesprochenen Bitte in Ihrem Schreiben vom 7. Januar 1953 darauf, auf die Reden der sozialdemokratischen Redner im Bundestag zu verweisen und im übrigen erneut die bereits mehrfach abgegebene Erklärung zu wiederholen, daß die Verträge für die SPD auch bei Änderung oder Klarstellung einzelner Bestimmungen unter keinen Umständen annehmbar seien. Die Bundesregierung und die Mehrheit des Bundestages betrachten ihrerseits zwar auch nicht alle in den Verträgen getroffenen Regelungen als die vom deutschen Standpunkt aus gesehen beste Lösung, sie sehen sie jedoch als das Höchstmaß des z.Z. Erreichbaren an. Sie sind sich dabei darüber klar, daß nach Inkrafttreten der Verträge zu gegebener Zeit weitere, für die Stellung der Bundesrepublik in der freien Welt bedeutsame Schritte folgen müssen und werden.

Sie, sehr geehrter Herr Ollenhauer, wollen das vorliegende Vertragswerk ablehnen und sind mit Ihrer Fraktion ‚für neue Verhandlungen auf internationaler Basis mit dem Ziel, eine Arbeitsgemeinschaft aller freien Völker auf allen lebenswichtigen Gebieten einschließlich der gemeinsamen Verteidigung im Rahmen des Systems der Sicherheit zu bilden'.

Eine Arbeitsgemeinschaft aller freien Völker herbeizuführen, wie Sie es verlangen, würde schon an sich eine Aufgabe von Jahren sein. Ich halte das Inangriffnehmen einer solchen Aufgabe in der gegenwärtigen Zeit für unmöglich, weil schon der Beginn derartiger Verhandlungen die Teilung der UNO, die sich ja dieselbe Aufgabe gesetzt hat, in zwei Teile – ‚freie Völker' und ‚nicht freie Völker' – zur Folge hätte und damit das Ende der UNO bedeuten würde. Es ist ganz unwahrscheinlich, daß die freien Völker uns zuliebe ein solches Risiko, wie es der Zusammenbruch der UNO in sich schließen würde, auf sich nehmen würden.

Sie haben dann eine Reihe von Forderungen aufgestellt – Gutachten des Bundesverfassungsgerichts, Neuwahl des Bundestages, Beibehaltung des alten Wahlgesetzes, Beteiligung von West-Berlin an den Bundestagswahlen –, die nach Ihrer Meinung aus staatspolitischen Erwägungen erfüllt werden müßten, erklären gleichzeitig aber noch einmal, daß die Verträge für Sie unannehmbar blieben, d.h. also, daß selbst die Erfüllung aller Ihrer Forderungen die SPD-Fraktion nicht zu einer Änderung ihrer Haltung gegenüber den Verträgen bewegen könnte. Gleichwohl möchte ich in folgendem auf Ihre Forderungen eingehen.

Die Entscheidung über Fragen von so grundsätzlicher Bedeutung für die Zukunft des deutschen Volkes, wie sie die Verträge darstellen, ist eine Frage der Politik und nicht der Rechtsprechung. Die Bundesregierung bedauert, daß das Bundesverfassungsgericht überhaupt mit diesen Fragen befaßt worden ist;" – das hat

die sozialdemokratische Fraktion im Januar 1952 getan[19], noch ehe überhaupt die Verträge unterzeichnet waren – „denn dadurch wird das Bundesverfassungsgericht mit der Verantwortung für Leben und Tod des deutschen Volkes belastet – eine Verantwortung, die den zuständigen politischen Instanzen zukommt. Deshalb muß es auch für die Bundesregierung ausscheiden, sich freiwillig einem Gutachten zu unterwerfen und sich damit ihrer eigenen Verantwortung zu entziehen und sie einer nicht dazu bestimmten Stelle aufzubürden. Ich lasse offen, ob ein solches Gutachten überhaupt zulässig wäre.

Sie selbst haben in Übereinstimmung mit anderen Ausführungen von SPD-Seite die rechtliche Zulässigkeit eines solchen Gutachtens noch in Ihrem an das Bundesverfassungsgericht gerichteten Schriftsatz vom 7. Oktober 1952 ausdrücklich verneint. Davon abgesehen würde aber ein solches Gutachten, selbst wenn Regierung, Regierungskoalition und Opposition sich ihm unterwerfen würden, andere Stellen nicht hindern, das Bundesverfassungsgericht erneut anzurufen. Nach Ansicht der Bundesregierung können in dieser Schicksalsfrage des deutschen Volkes nur Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts eine Bedeutung haben, die allgemeine Rechtskraft zur Folge haben.

Eine vorzeitige Auflösung des Bundestages ist nach dem Grundgesetz nicht möglich. Es hieße, dem Grundgesetz unzulässigen Zwang anzutun, wollte man durch nicht ernstgemeinte Entscheidungen die Voraussetzungen für eine Auflösung schaffen. Mit der Absicht des Grundgesetzes, jedem Bundestag einen ungestörten Ablauf seiner Legislaturperiode zu gewährleisten, würde es m.E. auch nicht vereinbar sein, ihm die Legitimation zu bestreiten, alle während der Legislaturperiode anfallenden Gesetzesvorschläge zu erledigen. Von welchem Zeitpunkt ab sollte ihm diese Befugnis fehlen?

Eine Neuwahl des Bundestages erfordert zudem so viel Zeit, daß es ausgeschlossen ist, noch in diesem Jahre zum Abschluß zu kommen mit den Verträgen. Rechnet man dazu noch die für die Ratifizierung der Verträge in den verschiedenen beteiligten Ländern erforderliche Zeit – und diese warten auf uns mit der Ratifizierung –, so würde die Bundesrepublik keinesfalls vor Ende dieses Jahres in den Besitz derjenigen Rechtsstellung kommen, den sie aufgrund der derzeitigen Verträge bereits im Frühjahr 1953 haben könnte. Diese Verzögerung wäre vor allem für die Sicherheit der Bundesrepublik von einer kaum zu unterschätzenden Bedeutung; denn deutsche Verbände könnten in diesem Fall frühestens erst 1955 aufgestellt werden. Dadurch würde eine solche Lücke in die bisherigen Verteidigungspläne des Westens gerissen werden, daß die Westmächte daraus militärische Folgerungen ziehen müßten, die sich für die Sicherheit der Bundesrepbulik in bedrohlicher Weise auswirken könnten.

Das alte Wahlgesetz stellt m.E. nicht den einzig vertretbaren Typ dar. Ich kann

19 144 Bundestagsabgeordnete von SPD und FU hatten am 31. Januar 1952 die Feststellungsklage eingebracht (WEHRBEITRAG 1 S. 3–14).

mir andere Verfahren denken, die dem Grundgesetz entsprechen und dabei den Grunderfordernissen eines demokratischen Wahlrechts, den Willen des Wählers möglichst zu berücksichtigen, dabei aber auch die Bildung einer stabilen Regierung zu ermöglichen, besser gerecht werden als das bisherige Wahlgesetz. Wesentlich ist, daß das zu beschließende Wahlgesetz eindeutig den Vorschriften des Artikels 38 des Grundgesetzes entspricht.

Eine unmittelbare Beteiligung von West-Berlin an der Wahl ist nach meiner Auffassung nicht erwünscht. Ich würde zwar mit Ihnen darin keine grundsätzliche Änderung der Situation in bezug auf das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Berlin erblicken; ich würde es aber bei der gefährlichen außenpolitischen Lage von West-Berlin für wenig erfreulich halten, wenn die dortigen Verhältnisse durch die Hitze eines Wahlkampfes gefährdet würden, der vornehmlich unter außenpolitischen Gesichtspunkten geführt werden würde.

Allgemein möchte ich noch folgendes bemerken: Welche Bedeutung die westliche Welt der Ratifizierung der Verträge beimißt, dürfte gerade in den letzten Wochen eindeutig klargeworden sein. Ich darf hinweisen auf das Telegramm des zukünftigen Präsidenten der USA, Eisenhower, an General Ridgway und an mich sowie auf das Echo, das die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Mayer[20] in Washington gefunden hat.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß eine Ablehnung der Verträge für die Bundesrepublik die Beibehaltung des Besatzungsstatuts bedeuten würde. Dabei ist völlig offen, in welcher Form die Alliierten das Besatzungsstatut in Zukunft in der Bundesrepublik anwenden würden, nachdem ihr Bemühen, der Bundesrepublik selbst die Entscheidung ihrer eigenen Angelegenheiten zu überlassen, gescheitert ist.

Ich halte Ihre Auffassung nicht für zutreffend, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit durch die Verträge erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werde. Ich bin im Gegenteil davon überzeugt, daß die Wiedervereinigung in Freiheit nicht ohne die Hilfe der Westmächte erreicht werden kann, die ihre Hilfe dabei in den Verträgen ausdrücklich zugesagt haben. Ihr Vorschlag enthält für den Ausfall dieser Hilfe keinen gleichwertigen Ersatz.

Wenn Sie sich gegen eine Aufspaltung des freien Europas wenden, so glaube ich, dies dahin verstehen zu können, daß Sie grundsätzlich für einen europäischen Zusammenschluß sind. Ich möchte mich auch darin mit Ihnen einig wissen, daß

---

20 René Mayer (1895–1972), französischer Politiker; 1945–1946 Hoher Kommissar für deutsche und österreichische Angelegenheiten, 1946–1956 Abgeordneter der Nationalversammlung (Radikalsozialist), 1947–1948 und 1951–1952 Wirtschafts- und Finanzminister, 1948 Verteidigungsminister, 1949–1951 Justizminister, 1953 Ministerpräsident, 1955–1957 Präsident der Hohen Behörde der EGKS. Zur Erklärung Mayers vgl. AdG 1953 S. 3813, 3823. – In seiner Rede anläßlich der Eröffnung des Deutschen Presseklubs Bonn am 12. Januar in Bad Godesberg zitiert Adenauer einige Sätze aus beiden Telegrammen (vgl. AdG 1953 S. 3825).

jedenfalls die Bundesrepublik alles vermeiden sollte, was diesen Zusammenschluß erschweren könnte. Einen bedeutsamen Schritt zu diesem Zusammenschluß aber stellen die Verträge dar, wenn auch noch vieles zu tun übrigbleibt.

Übrigens haben sich gerade in diesen Tagen in Straßburg der dänische sozialistische Abgeordnete Jakobsen[21], der englische Labour-Abgeordnete Robens[22] und der englische konservative Abgeordnete Longden[23] in sehr entschiedener Weise für diese europäische Integration ausgesprochen und ihre volle Sympathie mit ihr bekundet.

Sie haben mir Ihre Auffassung über den Weg, den die Bundesrepublik in der derzeitigen kritischen Lage Deutschlands einschlagen sollte, offen dargelegt. Ich habe Ihre Vorschläge eingehend geprüft und Ihnen dann ebenso offen geantwortet. Danach bestehen sicherlich Meinungsverschiedenheiten insbesondere über die von der Bundesrepublik zu verfolgende Außenpolitik. Offenbar stimmen wir jedoch in den Zielen der Außenpolitik in wesentlichen Punkten überein. Dies berechtigt mich zu der Hoffnung, daß eine baldige Fortsetzung unserer Aussprache nicht fruchtlos zu sein braucht."

Herr Ollenhauer hat daraufhin in der Presse erklärt, eine Fortsetzung des Gesprächs sei überflüssig, und er hat mir folgendermaßen geantwortet[24]:

„Ich bestätige den Empfang ... usw. In Ihrem Schreiben vom 16. Januar haben Sie alle in meinem Brief vom 7. Januar gemachten Vorschläge für die Erledigung der im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Verträge entstandenen Fragen unter Angabe von Gründen abgelehnt, die nach meiner Auffassung nicht stichhaltig sind. Eine weitere schriftliche oder persönliche Unterhaltung über diesen Fragenkomplex scheint mir angesichts Ihrer Ablehnung unserer Vorschläge wenig sinnvoll, da ich nicht sehe, wie wir dabei gegenwärtig zu einer Angleichung unserer Standpunkte kommen können.

In bezug auf Ihre Anregung, weitere Gespräche über die allgemeinen Ziele einer deutschen Außenpolitik zu führen, möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, die Initiative überlassen. Ich glaube allerdings, daß derartige Gespräche erst dann nützlich sein können, wenn sie geführt werden auf der Grundlage einer von uns wiederholt gewünschten laufenden Information der Opposition über außen- und innenpolitische Fragen von allgemeiner Bedeutung, vor allem bei wichtigen Schritten der Regierung."

---

21 Frode Jakobsen (geb. 1906), 1945–1973 Mitglied des dänischen Parlaments, 1949–1964 des Europarats (1953/54 Vizepräsident).

22 Alfred Robens (seit 1961 Baron of Woldingham, geb. 1910), englischer Politiker (Labour-Party); 1951 Arbeitsminister, gehörte 1953 zum Schattenkabinett der Labour-Opposition (vgl. AdG 1953 S. 4238).

23 Fred Longden (1894–1952), Gewerkschafter, Dozent; 1929–1931, ab 1945 Mitglied des britischen Unterhauses.

24 Vgl. AdG 1953 S. 3826, 3832; vgl. auch Ollenhauer an Adenauer vom 22. Januar 1953 (AdsD, Korrespondenz Ollenhauer–Adenauer).

Auf dieses zweite Schreiben des Herrn Ollenhauer habe ich noch nicht geantwortet, aber, meine Damen und Herren, ich glaube, daß diese beiden Briefe doch von der größten Bedeutung sind für die Beurteilung der Nachwelt über die Haltung unserer Partei und über die Haltung der Sozialdemokratischen Partei. Deswegen lege ich diesen beiden Briefen die denkbar größte Bedeutung bei. Ich glaube, ich werde sie dem deutschen Volke in breitestem Umfange zur Kenntnis bringen und auch erläutern müssen, damit bei der demnächstigen Wahl sich das deutsche Volk selbst ein Urteil darüber bilden kann, wer die Parteipolitik über die Politik des deutschen Volkes stellt; denn das ist das, was ich der Sozialdemokratie – ich sage es Ihnen ganz offen – nicht vergessen kann, daß die heutige Sozialdemokratie ihre parteipolitische Haltung über das Interesse des deutschen Volkes stellt.

Sie brauchen sich nur einmal den Zeitablauf vorzustellen, wie – wenn man den Sozialdemokraten nachfolgt – alles kommen würde. Eine vorzeitige Auflösung des Bundestages wäre nur dann möglich, wenn wir durch ein verfassungsänderndes Gesetz das Grundgesetz änderten. Aber gerade diese Bestimmungen des Grundgesetzes über die Auflösung des Bundestages, über das Mißtrauensvotum gegenüber dem Bundeskanzler, Bestimmungen, die im Parlamentarischen Rat auf Anregung der Sozialdemokraten hineingekommen sind – weil sie bestimmt mit ihrem Sieg rechneten bei der Wahl –, haben im Gegensatz zu allen anderen Ländern uns die Möglichkeit gegeben, in diesen so außerordentlich schwierigen Zeiten stabil zu bleiben.

Das ist ein solches Kernstück unseres Grundgesetzes, daß uns die anderen Länder alle darum beneiden. Wenn wir aber dieses Kernstück nicht einfach aus dem Grundgesetz entfernen, dann ist eine Auflösung des Bundestages nicht möglich.

Wenn man den Argumenten der Sozialdemokratie folgen und sagen würde: Dieser Bundestag darf nicht mehr mit einer solchen Verantwortung belastet werden – obgleich dieser Bundestag in seinen geheimen Ausschüssen seit zwei Jahren und offiziell seit Juni des vergangenen Jahres damit befaßt ist –, was ergäbe sich dann für eine Zeittafel? Wir haben Bundestagswahlen im September. Der alte Bundestag bleibt volle vier Jahre in Kraft nach seinem ersten Zusammentreten oder seiner Wahl – das weiß ich jetzt nicht. (*Zurufe:* Nach dem Zusammentreten!) Erst dann kann der neue Bundestag zusammentreten. Er muß sich konstituieren, und er muß eine Regierung bilden. Er muß Ausschüsse bilden. Dann würde also diese ganze Arbeit – da ja alle Vorlagen nicht erledigt sind, wenn der Bundestag zu Ende geht – ohne weiteres unter den Tisch fallen, und alles müßte wieder von vorn angefangen werden mit erster Lesung, Ausschußsitzungen, zweiter und dritter Lesung. Das würde dauern – um das vorherzusagen braucht man keine prophetische Gabe zu besitzen – frühestens bis in den Spätherbst des Jahres 1954 hinein, und dann käme die Ratifizierung in den sechs Parlamenten. Darüber würde gut ein halbes Jahr vergehen müssen, so daß man also frühestens Anfang des Jahres 1955 fertig wäre, also in zwei Jahren, und das alles unter der Voraussetzung, daß sich Großbritannien, die Vereinigten Staaten und die anderen fünf EVG-Länder bereit erklären,

mit einer neuen Bundesregierung, die von einem neuen Bundestag gebildet wird, noch einmal von vorne zu verhandeln!

Also, dieses Verlangen der Sozialdemokratie ist nichts anderes als eine getarnte Torpedierung des Ganzen. Wenn die Sozialdemokraten etwas darüber nachdenken, müssen sie sich das auch selbst sagen. Daher kann ich nur nochmals Ihnen in aller Freimütigkeit sagen: Ich bin geradezu von einer sittlichen Empörung erfüllt, daß eine so große Partei wie die Sozialdemokratische Partei und ihre Fraktion im Bundestag derartig spielt mit der Zukunft des deutschen Volkes. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Ehe ich diesen Teil meiner Ausführungen schließe, möchte ich zur Vervollständigung noch etwas sagen über die Lage in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten. In Großbritannien – Sie haben das schon gehört aus den Äußerungen der Abgeordneten des englischen Unterhauses in Straßburg – steht auch die Regierung mit der größten Sympathie der Vollendung der Europäischen Föderation gegenüber. Die englische Regierung ist bemüht, einen Weg zu finden, der es ihr ermöglicht, eine möglichst enge Position an das neue Europa zu begründen. Im Foreign Office wird intensiv daran gearbeitet. Man hat uns, als wir gesagt haben, auch wir arbeiteten daran, um ihnen Vorschläge zu machen, doch dringend gebeten, diese Vorschläge zu machen, so daß also alle diese Redereien von dem Klein-Europa einfach Humbug sind.

Auch Dänemark hat das größte Interesse daran, daß der EVG-Vertrag möglichst schnell zustande kommt. Schweden als neutrales Land hält sich etwas zurück; Norwegen ebenfalls. Aber ich glaube, wenn auch Schweden sich etwas zurückhält, die offiziellen Stellen Schwedens wünschen ebenfalls von ganzem Herzen, daß der Vertrag über die EVG möglichst bald zustande kommt. Nur die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die wünscht es nicht!

Nun die Vereinigten Staaten! Vielleicht erinnern Sie sich daran, daß, als ich Ihnen seinerzeit die Notiz zum sozialdemokratischen Parteitag über die zukünftige außenpolitische Entwicklung vorgelesen habe, darin folgende Sätze waren: Die Regierung Eisenhower, die sich jetzt bilden würde, würde im Gegensatz zu Acheson in diese doch sehr wenig bedeutsame französische Rüstung kein Geld mehr hineinstekken, sondern sie würde sich mit Sowjetrußland zu einigen versuchen, und zwar zuerst über die allergischsten Punkte: Deutschland und Korea. Und wenn man Sowjetrußland freie Wahlen in Deutschland und freie Wahlen in Korea anbiete, werde das Sowjetrußland annehmen. Deutschland solle seine Nationalarmee unter sowjetrussischer und amerikanischer Kontrolle bekommen; die Oder-Neiße-Linie müsse man hinnehmen; ebenfalls müsse man Sowjetrußland Polen und die Tschechoslowakei überlassen[25].

25 Es handelt sich hier nicht um eine Notiz zum SPD-Parteitag, sondern um eine angeblich „verbürgte" Mitteilung aus dem SPD-Parteivorstand vom 12. Dezember 1952 (vgl. Nr. 16 Anm. 29).

Das waren diese Ausführungen, die, wie aus dem Gespräch zwischen Ollenhauer und mir hervorgegangen ist, dort gemacht worden sind.

Was ich jetzt sage, ist sehr vertraulich. Nun habe ich, weil eine Persönlichkeit – zwar nicht politischer Struktur, aber eine Persönlichkeit von sehr großem Ansehen in den Vereinigten Staaten – unserem Geschäftsträger[26] gegenüber davon gesprochen hat, wenn die Franzosen nicht wollten, müsse man eben an eine nationale deutsche Armee denken, durch Herrn McCloy bei Eisenhower anfragen lassen, ob das seine Intentionen seien. Darauf habe ich von Eisenhower über McCloy die Antwort erhalten: Nein, es gäbe für ihn nur eine Alternative: EVG-Vertrag oder Desinteressement Amerikas an Europa, und er bäte mich doch, das Telegramm an General Ridgway und das Telegramm an mich noch einmal genau durchzulesen; da stehe das auch schon drin. Und McCloy hat aus sich heraus hinzugefügt, er bäte dringend, diese Worte Eisenhowers als absolut ernstzunehmen.[27]

Was dieses Desinteressement der Vereinigten Staaten an Europa für uns bedeuten würde, das möchte ich doch mit einigen Worten klarlegen. Es würde natürlich ein Unsinn sein, sich vorzustellen, daß in einem solchen Falle sich die amerikanischen Truppen mit klingendem Spiel einschifften, um nach Hause zu fahren; aber Desinteressement an Europa würde bedeuten, daß man dann in Verhandlungen mit Sowjetrußland einträte, um zu sehen, ob man unter Preisgabe Deutschlands mit Sowjetrußland zu einer Verständigung käme.

Dann würde das eintreten, wovor wir vor zwei Jahren wirklich zittern konnten. Das würde dann kommen durch die Schuld des deutschen Volkes. Die Situation für uns Deutschen ist nach dieser sehr klaren und dezidierten Erklärung Eisenhowers im höchsten Maße gefährlich.

Wenn das deutsche Volk in seinen Organen nicht die Fähigkeit und nicht den Willen aufbringt, Stellung zu beziehen, dann sind wir erledigt!

Wir können auch noch auf eine andere Weise erledigt werden. Sollte es dann trotzdem noch zu einem heißen Krieg zwischen Sowjetrußland und dem Westen kommen, dann würde dieses Land Schauplatz dieses Krieges sein. Was das bedeutet, brauche ich Ihnen nicht auseinanderzusetzen. Sie sehen also, daß ich nicht zuviel gesagt habe eingangs meiner Ausführungen, als ich erklärte: Wir stehen am Beginn eines schicksalhaften Jahres, und die nächsten Monate werden die Entscheidungen bringen.

Foster Dulles[28] kommt nächste Woche. Er macht diese Reise durch Europa, ehe die Vertreter europäischer Länder nach Washington kommen – wie er ausdrücklich

26 Dr. Heinz Krekeler (geb. 1906), Diplomat; 1947–1950 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1950–1951 Generalkonsulat in New York, 1951–1955 Geschäftsträger in Washington, 1955–1958 Botschafter, 1958–1964 Mitglied der EURATOM-Kommission.

27 Vgl. Anm. 20.

28 John Foster Dulles (1888–1959), amerikanischer Politiker (Republikaner); 1918–1919 Mitglied der Friedensdelegation in Paris, 1945 Mitglied der Delegation bei der UN-Gründungskonferenz und bis 1950 dort Delegierter (seit 1949 Leiter der Delegation),

erklärt hat –, weil er sich selbst durch Fragen und Kennenlernen ein Bild machen und nicht nur das entgegennehmen will, was ihm die Vertreter der einzelnen Staaten nach Washington berichten.

Der neue amerikanische Hohe Kommissar[29] wird etwa eine Woche später hier eintreffen. Wir können dann wohl auch hoffen, daß derartiger Unfug, wie er jetzt in Mehlem passiert ist, nicht mehr vorkommen wird. Ich meine jetzt diese „Rundfrage"[30].

Ich kann nur mit allem Nachdruck nochmals wiederholen: Die Situation ist ernst. Das Verhalten Sowjetrußlands gegenüber der Sowjetzone in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres und all das, was ich Ihnen gesagt habe, zeigt doch, daß Sowjetrußland z.Z. noch nicht zu friedlichen Verhandlungen bereit ist. Ohne eine solche Bereitschaft Sowjetrußlands kommen wir nicht zur Wiedervereinigung Deutschlands; denn wir allein können das durch Verhandlungen mit Sowjetrußland doch niemals machen.

Wenn ich mich in die sozialdemokratischen Thesen etwas vertiefe – wie ich das leider seit Wochen gezwungen bin –, so sind dies solche Torheiten und ein solcher Wahnsinn, daß ich mir geradezu an den Kopf greifen und fragen muß: Wie können Leute, die vernünftig sind, zu solchen Ideen und Auffassungen kommen.

Nun komme ich zum zweiten Teil meiner Ausführungen, die aber sehr viel kürzer sein werden. Erschrecken Sie nicht, ich wollte über die Wahl sprechen. Zunächst möchte ich einige Bemerkungen unter dem Stichwort „Wahlrecht" machen. Sie werden ja heute nachmittag etwas Ausführliches darüber hören. Ich möchte nur eins sagen: Theorie und Praxis sind etwas sehr Verschiedenes. Ich möchte das auch an die Adresse meines verehrten Freundes Wuermeling richten, der ja in Frankfurt, wie es scheint, sehr kraftvolle Worte gesprochen hat[31]. (*Dichtel:* Anderswo auch, Herr Bundeskanzler!)

Aber wir leben nicht in Utopia, sondern wir leben in der Bundesrepublik Deutschland. In der Bundesrepublik Deutschland muß das Wahlgesetz gemacht werden von einer Mehrheit des Bundestages. Dann entsteht sofort die Frage: Wor-

---

1953–1959 Außenminister. – Dulles besuchte die Bundesrepublik am 5. Februar 1953. Vgl. ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 555–559.

29 Dr. James Bryant Conant (1893–1978), amerikanischer Politiker; 1929 Professor für Chemie in Harvard (1933–1953 dort Präsident), 1953–1955 Hoher Kommissar und 1955–1957 Botschafter in Bonn. – Adenauer und Conant trafen am 2. März 1953 zusammen (Terminkalender).

30 Der amerikanische Hohe Kommissar (Sitz in Mehlem) hatte am 18. Januar einen lt. BULLETIN vom 21. Januar 1953 „nicht politischen" Bericht über eine Meinungsumfrage veröffentlicht, wonach der Anteil der mit nationalsozialistischen Ideen sympathisierenden Deutschen, vor allem unter den Anhängern der FDP, in den letzten 18 Monaten erheblich zugenommen hätte (vgl. AdG 1953 S. 3831f.; FAZ vom 20. Januar 1953).

31 Wuermeling hatte im Rahmen einer Veranstaltung der Deutschen Wählergesellschaft am 25. Januar in der Frankfurter Paulskirche gegen den Wahlgesetzentwurf der Bundesregierung (vgl. dazu AdG 1953 S. 3829) Stellung genommen (vgl. FAZ vom 26. Januar 1953).

aus soll die Mehrheit bestehen? Aus Sozialdemokratie plus CDU, oder sollen wir nicht versuchen, die Mehrheit mit der gegenwärtigen Regierungskoalition zu bilden, die jetzt mitten in dem Kampf um die EVG steht und in der Vergangenheit vieles mit uns gemeinsam durchgekämpft hat gegen die Sozialdemokratie? Ich weiß nur zwei Fälle, wo die Sozialdemokratie mitgemacht hat. Wenn die Regierungskoalition jetzt beim Wahlgesetz auseinanderbräche, dann wäre das allerdings der miserabelste Auftakt für den Wahlkampf, den man sich überhaupt vorstellen kann.

Ich habe auf meinem Zettel notiert: Koalitionsgespräche. Meine Damen und Herren! Es wird schon wieder zuviel gesprochen über die Zukunft, und man hört das Wort von der Großen Koalition hier und da, bald aus dem Süden, bald von dort. Ich stehe auf dem Standpunkt, alles zu seiner Zeit, aber zuerst die Wahlen gewinnen! (*Kaiser:* Sehr richtig!) Und dann wird sich das Weitere finden. Lieber Herr Kaiser, ich danke Ihnen für Ihr „sehr richtig", aber ich war noch nicht fertig. Die Wahlen gewinnen kann man nicht, wenn man einen – ich will Ihnen das vorwegnehmen – schwarz-roten Block gewinnt. (*Kaiser:* Das wäre verderblich!) Ich danke Ihnen sehr! Das eine ist jedenfalls sicher – Sie werden sehen, warum ich diesen Schwung mache –, diese Verhaftung Naumanns und Konsorten wird sehr dazu beitragen, Herr Kaiser, daß in der zukünftigen Deutschen Partei und in der zukünftigen Demokratischen Partei die Tendenzen, die sich jetzt in der Demokratischen Partei Nordrhein-Westfalens bemerkbar gemacht haben – auch gewisse Tendenzen in der Deutschen Partei – sehr stark zurückgedrängt werden. Deswegen und auch noch aus anderen Gründen bin ich über die Aktion Naumann[32] alles andere als traurig. Ich glaube, diese Aktion wird wirklich dazu beitragen, daß diese rechtsradikalen Elemente zurückgedrängt werden, was sonst allerdings für die FDP im neuen Bundestag – in geringerem Maße für die Deutsche Partei – eine gewisse Gefahr dargestellt hätte.

Und nun, weil ich über den Fall Naumann gesprochen habe, einige weitere Worte dazu. Ich muß mich sehr vorsichtig ausdrücken, weil ich gegenüber Kirkpatrick zum Stillschweigen verpflichtet bin. Kirkpatrick hatte über die Arbeit Naumanns schon im Dezember Herrn Lenz etwas gesagt (*Lenz:* Jawohl[33]!) und darauf hingewiesen, daß es eine sehr ernste Sache sei. Er kam an dem Tage, an dem die Verhaftung stattfand, zu mir und sagte, daß die Verhaftung in dieser Nacht stattfinden werde, vorausgesetzt, daß die Herrschaften zurückkämen. Bei der Beschlagnahmung der Schriftstücke – das wird Herr Meyers auch wissen – wurde gegen alle Erwartungen sehr belastendes Material gefunden. Kein Mensch hatte erwartet, daß Herr Naumann, der als besonders kluger Mann galt – Sie wissen, daß er der letzte Staatssekretär von Goebbels war –, so unvorsichtig sein würde, das belastende

32 Die Gruppe Naumann wurde am 15./16.Januar 1953 verhaftet (vgl. AdG 1953 S. 3824, 3831; MENDE S. 256–260; vgl. Nr. 16 Anm. 14).

33 Vgl. dazu Lenz-Tagebuch, 3. Dezember 1952.

Material zu Hause bei sich aufzubewahren. Aber er wollte superklug sein und hat offenbar angenommen: Keiner hält mich für so dumm, daß ich das Material zu Hause verwahre; folglich verwahre ich es.

Ich habe in der vorigen Woche von Herrn Kirkpatrick abschriftlich eine Reihe von Dokumenten vorgelegt bekommen, die man bei Naumann gefunden hat. Ich kann Ihnen nur sagen, diese Dokumente sind belastend bis zum äußersten für Naumann und seinen Kreis. Ich gehe sogar soweit, zu sagen – ich bitte Sie nochmals um Verständigung, damit das nicht als Beeinflussung der öffentlichen Meinung oder der Gerichte angesehen wird –, ich würde als deutscher Richter aufgrund dieser Dokumente Herrn Naumann wegen Hochverrats verurteilen.[34]

Die deutschen Stellen waren gar nicht in der Lage, viel zu machen. Die deutschen Gesetze sind für solche Hochverräter derartig günstig wie nur denkbar. Binnen 24 Stunden muß der Verhaftete dem Richter vorgeführt werden, und wenn nicht genügendes Material auf den Tisch vorgelegt werden kann, muß er entlassen werden. Und dann geht die ganze Gesellschaft, die damit zusammenhängt, hopsen, und alles Material ist fort. Auch können wir keine Durchsuchung oder Beschlagnahmung vornehmen; es sei denn, daß der Richter das konzediert.

Ich will nicht den Richterstand irgendwie belasten, aber wenn ich daran denke, daß ein Richter neulich am Niederrhein die sieben Niederländer, die aus Breda kamen und ohne Paß die Grenze überschritten hatten, mit DM 10,– Strafe belegt und dann hat laufen lassen und wir in die ganze Bredouille dadurch gekommen sind, dann sieht man doch, bis zu welcher absoluten Ahnungslosigkeit gegenüber politischen Vorgängen ein Richter gedeihen kann.[35] *(Lebhafte Heiterkeit!)*

Wenn die weitere Sichtung des Materials in der Affäre Naumann das bringt, was sie nach den Anfängen zu erbringen scheint, dann glaube ich – weil dieses Geschwür im Entstehen ausgelöffelt worden ist –, daß wir die nächsten vier Jahre keine derartigen Dinge mehr zu befürchten brauchen.

Wenn die Bundesrepublik einmal weitere vier Jahre hinter sich hat, dann glaube ich doch, daß die Rudimente der nationalsozialistischen Zeit so verkümmert sind, daß wir dann nichts mehr zu befürchten haben werden. Also, dieser Fall Naumann verspricht eine Aktion von großer innenpolitischer Bedeutung auch für die Zukunft zu werden.

Naumann und seine Freunde hatten ihr Augenmerk nicht nur auf die FDP in Nordrhein-Westfalen, sondern auch auf den BHE gerichtet. Kirkpatrick hat mir gesagt, wenn sie fertig seien, würde er mit dem ganzen Material zu mir kommen und mit mir zusammen überlegen, was zu geschehen habe. Ich glaube, dann wird man diese Frage auch einmal sehr genau prüfen und untersuchen müssen.

---

34 Das Material zur Anklageerhebung reichte nicht aus; Naumann wurde am 28. Juli 1953 wieder auf freien Fuß gesetzt (vgl. AdG 1953 S. 4100).

35 Die Häftlinge waren am 2. Weihnachtstag geflohen und hatten in der Bundesrepublik um Asyl gebeten (vgl. FAZ vom 3. und 7. Januar 1953; AdG 1953 S. 3833; MENDE S. 254f.).

Ich möchte hier zugunsten der Engländer folgendes sagen: Damit nicht vorzeitig irgendwelche Warnungen erfolgen, hat Kirkpatrick im Einvernehmen mit Eden[36], mit Lord Alexander[37], dem Verteidigungsminister, mit dem Lordkanzler[38] und dem Justizminister[39] in Großbritannien alles ausgeschaltet, nicht nur unseren Verfassungsschutz, sondern auch seinen Geheimdienst, weil man eben befürchtet hatte, es bestünden jetzt schon irgendwelche Verbindungen zwischen Naumann und seinem Kreis und englischen Stellen, aber auch zwischen Naumann und seinem Kreis und deutschen Stellen – in Bundesministerien, meine Damen und Herren!

Darüber hinaus soll ich noch Material bekommen, da es notwendig erschien, den Kreis der Mitwissenden möglichst kleinzuhalten, damit nicht die Betreffenden ihr Material vorzeitig beiseite schaffen können.

Und nun noch ein Wort darüber, wie sich voraussichtlich der Wahlkampf entwickeln wird. Hauptthemen werden sein: EVG-Vertrag und Sozialisierung, seitens des DGB die Mitbestimmung. Der DGB hat eine Reihe von Bundestagsabgeordneten vorgeladen und an sie die Frage gestellt, wie sie zur Frage der Mitbestimmung stünden. Er hat ausdrücklich erklärt, daß er je nachdem die Kandidatur beurteilen würde.

Wir werden natürlich auf das hinweisen müssen, was in der Vergangenheit geleistet worden ist. Wir werden auf die EVG in positivem Sinne hinweisen müssen, auf die europäische Politik, auf das Betriebsverfassungsgesetz und auf eine ganze Menge von Dingen, die wir tatsächlich geleistet haben.

---

36 Sir Robert Anthony Eden, später Earl of Avon (1897–1977), britischer Politiker (konservativ); 1923–1957 Mitglied des Unterhauses, 1926–1929 parlamentarischer Privatsekretär von Außenminister Chamberlain, 1931–1933 parlamentarischer Unterstaatssekretär im Außenministerium, 1934–1935 Lordsiegelbewahrer, 1935 Minister für Völkerbundsangelegenheiten, 1935–1938, 1940–1945 und 1951–1955 Außenminister, 1955–1957 Premierminister. Vgl. Randolph S. CHURCHILL: Sir Anthony Eden. Aufstieg und Fall. Stuttgart 1960; SHLAIM, JONES, SAINSBURY S. 81–109; David CARLTON: Anthony Eden, A biography. London 1981.

37 Lord Harold Rupert Leofric George Alexander, 1946 Viscount, 1953 Earl of Tunis (1891–1969), britischer Offizier und Politiker; 1935–1938 Brigadekommandeur in Indien, 1940 Divisionskommandant, 1942 Oberbefehlshaber in Birma, im Nahen Osten und im Mittelmeerraum, Stellvertreter Eisenhowers, 1946–1952 Generalgouverneur von Kanada, März 1952 bis Oktober 1954 Verteidigungsminister. Vgl. J. NORTH (Hrsg.): The Alexander Memoirs. London 1962.

38 Lordkanzler war Lord Gavin Turnbull Simonds, seit 1944 1. Baron Simonds of Sparsholt (1881–1971). Vgl. AdG 1951 S. 3183.

39 Einen Justizminister gibt es in Großbritannien nicht. Die Funktionen, die dem Justizminister bei der Bestellung des Richterpersonals zufallen, werden vom Lordkanzler (vgl. Anm. 38) ausgeübt; für die Rechtsberatung der Regierung und des Parlaments sind die vier sog. Law Officers of the Crown zuständig (vgl. dazu Karl LOEWENSTEIN: Staatsrecht und Staatspraxis von Großbritannien, Bd. 1. Berlin/Heidelberg/New York 1967 S. 456). Wer also hier gemeint sein könnte, ist unklar.

Nun komme ich zu den Organisationsfragen. Der Wahlkampf wird sehr böse und sehr hart werden. Immer wieder haben wir uns im kleinen Kreise die Frage vorgelegt, was kann man tun, um auf allen Gebieten gerüstet zu sein und unsere Leute mit Material zu versehen. Die Bundesgeschäftsstelle hat, darüber sind wir uns wohl einig – evtl. bitte ich, mir nachher zu widersprechen –, auf organisatorischem Gebiet gute Arbeit geleistet; aber ich bin der Auffassung, daß wir unseren Generalstab vor der Schlacht verstärken müssen.

Eine Bundesgeschäftsstelle so aufzubauen, wie das die Sozialdemokratie tut, daß sie für alle möglichen Sparten einen hauptamtlich besoldeten Geschäftsführer hat, das können wir uns nicht leisten. Das kostet sehr viel Geld, und das können wir nicht machen. Aber ich glaube, wir müssen doch wenige Monate vor der Wahl unseren ganzen Apparat verstärken. Ich denke, daß Herr Staatssekretär Dr. Lenz Ihnen nachher darüber einige Worte vortragen wird.

Ein Wort möchte ich an Sie richten mit Bezug auf die Auswahl der Kandidaten. Ich trage seit drei Wochen den Entwurf eines Briefes an die Landesvorsitzenden wegen der Aufstellung der Kandidaten mit mir herum, worin sie in sehr höflicher und wirklich feiner Form gebeten werden, vorsichtig zu sein und die allgemeinen Interessen zu berücksichtigen usw. Ich habe trotzdem den Brief noch nicht abgehen lassen, weil ich weiß, daß man zu leicht Verstimmung erregt, auch wenn man sich Mühe gibt, das nicht zu tun. Deswegen wollte ich hier die Sache zur Sprache bringen.

Wir werden einen Weg gemeinsam suchen und auch finden müssen, der es uns ermöglicht, die dringenden Bedürfnisse unserer Bundestagsfraktion, in der gewisse Sparten stark vertreten sind – nicht stände-, sondern wissens-, erfahrungs- und arbeitsmäßig –, zu erfüllen; denn wenn wir – und das hoffen wir und können wir mit gutem Grund hoffen – auch im nächsten Bundestag wieder die stärkste Fraktion sind, dann haben wir die ganz große Aufgabe, das bisher Geschaffene zu vollenden. Wenn wir das nicht tun können, wenn etwa die Sozialdemokratie die stärkste Fraktion werden würde, dann sehe ich für die Zukunft sehr ernst. Denn wenn die Sozialdemokratie dem Weg treu bleibt, den sie bisher eingeschlagen hat, dann wird auf wirtschaftlichem und auf außenpolitischem Gebiete alles das zerschlagen werden, was wir bisher in geduldiger und mühsamer Arbeit errichtet haben. Das wäre der größte Schaden, der dem deutschen Volke widerfahren könnte.

Wir Deutschen – und das ist menschlich verständlich – glauben, die anderen Völker und die öffentliche Meinung der anderen Völker hätten die Vergangenheit so vergessen, wie wir sie vergessen haben. Das ist in keiner Weise der Fall. Glauben Sie es mir, meine Damen und Herren! Sie haben es ja gesehen an dem Echo in der britischen Presse zum Fall Naumann, bis es von der Regierung dort abgedämpft wurde.

Es ist heute morgen noch – Herr Lenz wurde diese Nacht von Amerika angerufen, daher stammt meine Mitteilung – von drüben die Nachricht gekommen, daß diese unsinnigen Veröffentlichungen von Mehlem in den Vereinigten Staaten gro-

ßen Schaden angerichtet haben. Auf Oradour[40] brauche ich nicht besonders hinzuweisen. Es genügt, den Namen auszusprechen, damit Sie daraus ersehen, mit welchen, mit welchen Schrecken doch viele Völker vielen Menschen gegenüberstehen. Daher glaube ich, daß wir bei alledem, was wir tun, sehr sorgfältig jede Reaktion des Auslandes in Erwägung ziehen müssen.

Die Sozialdemokratie tut das nicht. Wenn sie zum Siege käme, dann würde, glaube ich, für das deutsche Volk eine schreckliche Zeit anbrechen. Aber ich möchte nochmals betonen: Sie wird nicht zum Siege kommen, wenn wir alle unsere Pflicht tun. Alle Parteiangehörigen, die ihre Pflicht irgendwie ernst nehmen, müssen von jetzt an bis zum Wahltag mit aller Energie mitarbeiten! Dann werden wir siegen, weil wir für uns haben die Jahre der Vergangenheit und die Aussicht auf eine bessere Zukunft.

Ich möchte meine Worte schließen, indem ich auf Sie, verehrter Herr Lübke, zurückkomme. Ich habe Sie eben schon mit den Worten begrüßt: Mehrer der CDU! Sie haben sicher alle die Zeitungsnotizen in den letzten Tagen gelesen; einmal sind zwei Minister von dort in die CDU eingetreten und – wieviel sind es? – (*Lübke:* Fünf!) Fünf Landtagsabgeordnete[41]. Wer weiß, wie es in Schleswig-Holstein noch vor nicht langer Zeit mit unserer Partei aussah, der wird an der stetigen und unentwegten Arbeit des Herrn Lübke erkennen können, welche Erfolge selbst auf einem Boden wie Schleswig-Holstein, der für den CDU-Gedanken doch relativ unfruchtbar ist, zu veranschlagen sind. Ich glaube, wir sollten uns an der schleswig-holsteinischen CDU ein Beispiel nehmen, was mit zäher und konsequenter Arbeit für unsere Partei zu erreichen ist.

Ich möchte meine Ausführungen schließen mit einem herzlichen Dank an die CDU in Schleswig-Holstein und an Sie, Herr Lübke; denn die CDU in Schleswig-Holstein hat uns allen miteinander ein ausgezeichnetes Beispiel gegeben. *(Beifall.)* Hat noch jemand Fragen zu stellen?

Fay: Inwieweit können die Äußerungen von Eisenhower für die Öffentlichkeit benutzt werden, nämlich die Formulierung: entweder EVG oder Desinteressement und keine Nationalarmee? Darf man sagen, daß das die Meinung Eisenhowers ist, die er irgendwann geäußert hat oder Ihnen hat zukommen lassen?

---

40 Die französische Ortschaft Oradour-sur-Glane war am 10. Juni 1944 von der Waffen-SS vollständig eingeäschert worden; fast alle Einwohner, etwa 180 Männer und über 400 Frauen und Kinder, wurden ermordet. Gegen den Bataillonskommandeur sowie die Verantwortlichen leiteten der Divisionskommandeur bzw. der Oberbefehlshaber West ein Verfahren ein, das aber aufgrund des Zusammenbruchs der Westfront nicht weiterverfolgt wurde. Am 12. Januar 1953 begann in Bordeaux der Prozeß gegen die Überlebenden des SS-Kommandos. Die beteiligten Elsässer fielen unter eine Amnestie (vgl. AdG 1953 S. 3868f., 3880; Rioux S. 174f.).

41 Am 12. Januar waren in Schleswig-Holstein der Wirtschaftsminister Hermann Böhrnsen und der Landwirtschaftsminister Claus Sieh, beide vorher DP, der CDU beigetreten. Sie waren 1952 mit fünf weiteren Abgeordneten aus der DP ausgetreten (vgl. AdG 1953 S. 827).

Adenauer: Herr Fay, bitte nehmen Sie das Telegramm an Ridgway. Bedenken Sie weiter, daß er in dem Telegramm an mich auf das Telegramm an Ridgway noch einmal ausdrücklich verwiesen hat.[42] In dem Telegramm an Ridgway hat er erklärt, daß seine Überzeugung jetzt, wo er die Dinge von drüben angesehen hat, noch gefestigter sei.

Fay: Sie vertraten die Auffassung, daß Sie es aus außenpolitischen und auch aus innenpolitischen Gründen nicht für zweckmäßig hielten, daß in Berlin gewählt wird. Ich weiß nicht, inwieweit die derzeitigen Bestimmungen überhaupt eine Wahl in Berlin zulassen. Mir scheint, es wäre richtiger, man würde in Berlin wählen. Ich könnte mir vorstellen, daß dies wegen der außenpolitischen Situation unserer Partei einen Zuwachs brächte.

Adenauer: Nach meiner Meinung ist in Berlin nicht so sehr ausschlaggebend das Wohl oder Wehe einer einzelnen Partei, sondern ausschlaggebend ist das Zusammenhalten aller Parteien. Die Lage Berlins ist ja wahrscheinlich in der nächsten Zeit noch gefährdeter, als sie es vorher gewesen ist. Ich halte es für völlig unmöglich, daß wir nun ausgerechnet in Berlin, der vordersten Bastion, einen Kampf entfesseln um die außenpolitischen Gegensätze, die nach meiner Meinung nicht nur die Einigkeit unter der Berliner Bevölkerung nicht festigen, sondern die darüber hinaus in der Zone sehr übel wirken würden. Nach allem, was ich an Zuschriften aus der Zone bekomme, und auch nach dem, was ich höre, versteht man dort überhaupt nicht die hiesige Sozialdemokratie.

Ich habe das – ich darf das in diesem Zusammenhang sagen – dem Herrn Reuter in sehr unmißverständlicher Weise zu verstehen gegeben, indem ich ein Frühstück abgesagt habe – ich mußte Ende der Woche nach Berlin – wegen seiner Haltung gegenüber der Bundesregierung. Herr Reuter ist darauf bei mir gewesen[43]. Nach einigem Hin und Her hat er doch – man soll niemanden hindern, abzuschwören – das, was er gesagt hat, unmißverständlich zu erkennen gegeben, daß das nicht mehr vorkomme. Er hat die Argumente, daß gerade die Berliner Bevölkerung in außenpolitischen Fragen geschlossen bleiben müsse und sich nicht zerreißen dürfe, anerkannt. Das ist auch der Grund – aber die Herren von Berlin mögen sich dazu äußern –, warum ich es für sehr unglücklich halte, bei der nächsten Bundestagswahl in Berlin einen Kampf zu entfesseln, der sich vornehmlich um außenpolitische Probleme drehen würde. Berlin muß geschlossen bleiben!

Simpfendörfer: Der derzeitige Präsident des Bundesrates, Herr Dr. Maier, ist nach unserer Kenntnis ein heimtückischer Gegner dieser Verträge, auch gerade aus parteitaktischen Gründen. Wir stehen mit ihm in hartem Kampf. Es würde uns

42 Vgl. dazu Anm. 20.

43 Am 23. Januar (vgl. FAZ vom 26. Januar 1953). Reuter hatte in einer Rede vor dem Liberalen Klub am 19. Januar 1953 die schwierige Lage Berlins, bedingt durch den Flüchtlingsstrom, der Bundesregierung angelastet; außerdem sei es eine Fehlentscheidung gewesen, Bonn zur provisorischen Hauptstadt zu erklären (vgl. FAZ vom 23. Januar 1953). Zu dem Gespräch vgl. AdG 1953 S. 3836.

interessieren, ob Ihre letzte Aussprache eine Modifikation dieses Kampfes notwendig macht?

Adenauer: Herr Simpfendörfer! Diese Unterhaltung mit Herrn Maier war unter vier Augen. Herr Maier hat ein Presseinterview gegeben[44], das Sie wohl (*Simpfendörfer:* Kennen wir!) gelesen haben. Zur innenpolitischen Lage hat er nur folgendes gesagt: Sie können sich doch denken, daß mir nicht daran gelegen war, der ich nur 50 Leute hinter mir hatte, die stärkste Partei vor den Kopf zu stoßen. (*Unruhe.*) Ja, meine Herren, Sie schütteln den Kopf. Ich verstehe das alles, aber ich kann nur auf die Frage des Herrn Simpfendörfer antworten.

Schreiber: Ich persönlich würde trotz der Bedenken, die der Herr Bundeskanzler geltend gemacht hat, nicht davor zurückschrecken, auch in Berlin zum neuen Bundestag wählen zu lassen. Es wird immer darauf hingewiesen, daß wir in Berlin zusammenstehen müssen. Das ist zweifellos richtig. Wir haben in Berlin eine Koalition mit den Sozialdemokraten.

Ich halte es aber für völlig unzweckmäßig, in Berlin dann wählen zu lassen, wenn die Berliner Abgeordneten nicht mit dem gleichen Recht in den Bundestag kommen. Das ist das Entscheidende. Es scheint nicht erreichbar zu sein, daß die Berliner Abgeordneten mit vollem Recht an der Bundestagsarbeit teilnehmen. Wenn nicht dieses volle Recht bei ihnen erreicht wird, lohnt es sich nicht, daß wir in Berlin einen Wahlkampf führen.

Ich bin der Meinung, daß der Wahlkampf in Berlin für die Sozialdemokratie nicht besonders glänzend auslaufen wird. Mit Sicherheit kann das jedoch niemand voraussagen. Das Entscheidende ist, daß wir echte Bundestagsabgeordnete wählen können. Da wir das nicht können, bin ich nicht dafür, daß wir diese Auseinandersetzung in Berlin herbeiführen.

Ich glaube mich nicht falsch auszudrücken, wenn ich meine, daß unter den Sozialdemokraten Herr Reuter an sich die wichtigste und bedeutsamste Persönlichkeit ist. Ich habe mit Herrn Reuter wegen der Eskapaden, die er sich in der letzten Zeit geleistet hat, am vorigen Mittwoch eine sehr ernste, eineinhalbstündige Aussprache gehabt. Ich bin mit der größten Entschiedenheit seinen Methoden begegnet, dauernd den Bundeskanzler und die Bundesregierung anzugreifen, weil sie nicht Genügendes in Richtung der deutschen Einheit täten, und weil er in einem Vortrag beim Liberalen Club in einer nach meinem Dafürhalten nicht würdigen, sondern primitiven Weise polemisiert hat.

Es bestätigte sich dabei meine Auffassung, daß Reuter sich augenblicklich in einem außerordentlich nervösen Zustand befindet; er ist gesundheitlich nicht auf der Höhe. Er übernimmt sich und will nun in diesem Zustand das Schlachtroß besteigen.

Ich habe ihm die Torheiten vorgehalten. Er hat dann ausgeführt: Wie anders stünden wir in Deutschland da, auch in der Richtung der deutschen Einheit, wenn wir nicht dieses Bonn, dieses westrheinische Bonn, zur Bundeshauptstadt ge-

44 Vgl. dazu FAZ vom 14. Januar 1953; MAIER S. 474.

macht hätten, sondern Hannover. Er sei für Hannover eingetreten. Ich habe ihm gesagt, daß die Sozialdemokraten Frankfurt gewollt hätten, daß dies aber viel gefährlicher für Berlin gewesen wäre in bezug auf eine endgültige deutsche Einheit als Bonn. Ich habe ihm mit der größten Schärfe gesagt, daß ich die Haltung seiner Partei und seine persönliche Haltung gegenüber den beiden Verträgen für verantwortungslos halte, die lediglich von parteipolitischen und innenpolitischen Aspekten bestimmt seien. Ich bäte ihn – genau wie der Herr Bundeskanzler gesagt hat –, mir, nachdem er von der deutschen Einheit redet, die wir beide gemeinsam wollen, zu sagen, wie er und seine Partei glauben, der deutschen Einheit näherzukommen.

Darauf hat er mir nach einigem Nachdenken folgendes gesagt: Wenn wir nur zusammenstehen in dieser Frage und immer wieder die deutsche Einheit fordern, dann werden wir sie schon bekommen. Dann habe ich erwidert, daß es unser nicht würdig sei, uns mit solchen Redensarten zu beschäftigen. Ich erklärte ihm: Ich stelle fest, Herr Reuter, Sie und Ihre Partei haben keinerlei Konzeption und keinerlei Vorstellung, wie man der deutschen Einheit näherkommen kann. Und das ist das Jammervolle, daß Sie alles, was von der Bundesregierung getan wird, angreifen, nur weil Sie glauben, einen parteipolitischen Vorteil zu haben.

Er war völlig hilflos, Herr Bundeskanzler. Ich glaube, Sie sollten das wissen, damit Sie bei Gesprächen, die Sie mit ihm haben, das auch verwerten können. Er hat dann keinen Ton mehr sagen können zur Rechtfertigung seiner Position.

Ich habe ihn noch gebeten, er möge mir am nächsten Tage seine Ansicht sagen. Dann hat er mir einen Brief über ganz andere Dinge geschrieben. Also, die Sozialdemokraten einschließlich Reuter haben keine Vorstellung davon, wie man vorwärtskommen soll.

Reuter sagte noch – und das ist wichtig: Das ist so schwierig; der Bundeskanzler und Ollenhauer können nicht miteinander sprechen. Ollenhauer ist nämlich, wenn er vom Bundeskanzler kommt, völlig zerknittert und hat das Gefühl, daß er nicht ernstgenommen und geringschätzig behandelt wird. Wenn in dieser Methode eine Änderung eintreten wird, dann wird es vielleicht besser sein.

Schmidt[44a]*:* Herr Ollenhauer wird auch eine Reihe von Gesprächen mit den Hohen Kommissaren über die Frage der EVG-Verträge geführt haben. Ist es nicht denkbar, von dieser Seite her ihm eine Reihe von politischen Illusionen für die Zukunft zu nehmen?

Adenauer: Als Acheson in Paris war bei der Versammlung der NATO, hat er durch Herrn Reber Herrn Ollenhauer sagen lassen, daß es keine Alternative und keine neuen Verhandlungen gebe. Das weiß Herr Ollenhauer so genau, wie ich es weiß.

Müller: Ich stimme Herrn Dr. Schreiber völlig zu, daß man mit Redensarten und Phrasen die Frage der deutschen Einheit nicht lösen kann, aber es wird in der

44a Dr. Otto Schmidt (1902–1984), Mitgründer der CDU in Wuppertal, 1948/49 Oberbürgermeister, 1950–1953 Minister für Wiederaufbau, 1953–1954 für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau in NW, 1954–1958 MdL NW, 1957–1972 MdB.

deutschen Öffentlichkeit – und mir scheint, nicht ganz mit Unrecht – geltend gemacht, daß man mit etwas mehr Wärme diese Frage behandeln soll. Das würde psychologisch schon sehr viel nützen.

Ich war am Sonntag auf einer Tagung in Tuttlingen, wo die maßgeblichen Repräsentanten von evangelischer Seite versammelt waren.[45] Da kam von den Leuten, die durchaus auf unserem Standpunkt stehen, immer wieder der Wunsch zum Ausdruck, man solle doch mehr von der deutschen Einheit sprechen, rein menschlich; das würde sehr viel nützen. Daß politisch nichts zu machen ist, das sehen die Leute ein.

In der Öffentlichkeit, vor allem im Südwesten, hat eine Äußerung des Bundesratspräsidenten sehr großes Aufsehen erregt. Er hat vor der Bundespressekonferenz auf die Frage, wie er eigentlich zu den Fragen stünde, ob er sie bejahe oder ablehne, erklärt, darauf wolle er keine Antwort geben.[46] Er wisse, daß er deshalb angegriffen werde, aber zu seiner Verteidigung müsse er sagen, daß kein einziger westdeutscher Ministerpräsident bisher zu der Frage positiv oder negativ Stellung genommen habe.

Nun steht m.E. so viel fest, daß es eine außerordentliche Erleichterung in unserem Kampf wäre, wenn die unserer Partei angehörenden Ministerpräsidenten diese Äußerungen des Herrn Maier widerlegten. Ich weiß, daß mein Freund Altmeier schon in Dutzenden von Reden sich für die Verträge ausgesprochen hat, Herr Lübke zweifellos auch, aber nach dieser doch immerhin sehr offiziellen Behauptung – nicht des Ministerpräsidenten von Stuttgart, sondern des Präsidenten des Bundesrates – würde die Situation außerordentlich erleichtert, wenn nun die Herren Altmeier, Lübke, Ehard und Arnold dem Herrn Maier erklären würden, daß er damit die Unwahrheit gesagt hat.

Adenauer: Ich glaube, man muß diese Frage nicht nur aus der Atmosphäre Württemberg-Badens betrachten. Lassen Sie doch Herrn Maier Zeit; man muß den Leuten Zeit lassen. Ich würde es für gar nicht richtighalten, wenn man durch eine Erklärung seitens der Ministerpräsidenten jetzt Herrn Maier zwänge, auch etwas zu sagen. Haben Sie doch Geduld! Mit diesem Interview war ich eigentlich sehr zufrieden. (*Schmidt:* Ich auch!) Ich habe dem Herrn Maier keine einzige Frage gestellt – das hat er auch gesagt –, sondern ich habe ihm lediglich Tatsachen vorgelegt, zum Teil mit Depeschen usw. Diese Tatsachen sind so eklatant, daß sie wirken werden. Ich würde nicht empfehlen, in eine Auseinandersetzung einzutreten.

Zu dem ersten Punkt, Herr Müller, möchte ich folgendes sagen: Ich weiß, daß auch in der evangelischen Kirche dasselbe geschehen ist wie in der katholischen Kirche. Die katholische Kirche hat in der letzten Zeit mit sehr großem Nachdruck für Berlin und die Sowjetzone aufgerufen. Ich orientiere mich über das, was dabei

45 Schon am 12. Januar hatte ein Gespräch zwischen den evangelischen Kirchen und der CDU von Baden-Württemberg stattgefunden, an dem auch Gebhard Müller beteiligt war (vgl. UiD vom 17. Januar 1953).

46 Zu den Ausführungen Maiers vgl. CDP vom 23. Januar 1953; FAZ vom 23. Januar 1953.

herauskommt in dem Städtchen, wo ich wohne, in Honnef. Honnef hat rund 13.000 Einwohner. Davon sind 5.000 Evakuierte oder Flüchtlinge. Ursprünglich waren es 8.000 Einwohner. Die Sammlungen an Kleidungsstücken, an Geld, Schuhen usw. für Berlin und die Ostzone, die wochenlang gedauert haben, hatten einen ganz überraschenden Erfolg. Dabei hat sich ein wirklich großes und echtes Mitgefühl gezeigt. Als Beispiel kann ich Ihnen folgendes erklären: In einer Pfarrei, die vielleicht 5.000 Seelen hat – sie wird eher etwas weniger haben –, sind 402 brauchbare Paar Schuhe auf einen Schlag für Berlin und die Ostzone gegeben worden. Man muß sich einmal vorstellen, was das bedeutet.[47]

Ich will das auch den Kirchen nahelegen, daß sie so etwas veröffentlichen. Das ist nach meiner Meinung viel mehr wert. Hier hilft die praktische Nächstenliebe. Das ist ein Beweis, und es sind nicht nur Worte. Ich glaube, auf dem Gebiet der praktischen Nächstenliebe wird allerhand geleistet. Es muß nur mehr bekanntgemacht werden.

Dichtel: Ich darf vielleicht in aller Freundschaft eine Feststellung treffen. Sie waren, Herr Bundeskanzler, in der Beantwortung der Frage des Herrn Simpfendörfer mehr als zurückhaltend. Damit nun keine Fehlentwicklung sich hier wieder anbahnt, wie wir sie heute haben, nur eine Bemerkung. Es gibt in Süddeutschland folgende Version: In dem Moment, wo die Verfassung geschaffen – eine Verfassung, die wir von unserem Standpunkte aus kulturell nicht tragen können – und insbesondere die Postenbesetzung des neuen Staates durch die SPD vorgenommen worden ist, läßt sich unter Umständen über eine Teilnahme der CDU an der neuen Regierung reden.

Ich kenne Ihr Gespräch nicht (*Adenauer:* Worüber?) mit dem Herrn Staatspräsidenten. Sollte er Ihnen Hoffnungen gemacht haben, daß er gesagt hat, lassen Sie uns Zeit, dann ist das eine Fehlentwicklung.

Adenauer: Halten Sie mich für taktisch so dumm, daß ich über Ihre Köpfe hinweg mit dem Herrn Maier über den Südweststaat auch nur ein Wort spreche? (*Dichtel:* Nein!) Ich habe mit Herrn Maier über die innerpolitische Lage und Entwicklung im Südweststaat keine Silbe gesprochen; ich habe gar nichts gesagt. Er hat aus sich heraus nur den einen Satz gesagt, den ich eben erwähnt habe, und ich habe ihm darauf keine Antwort gegeben. (*Dichtel:* Also ist der Maier schuldig!) Das ist Ihre Angelegenheit. Ich bin Gott dankbar, wenn ich meine Angelegenheiten unter Dach und Fach kriege.

Heck: Ich wollte darauf aufmerksam machen, daß wir von der Bundesgeschäftsstelle aus eine fortlaufende technische Aktion mit der Ostzone haben anlaufen lassen. Es sind bis jetzt 2.000 Päckchen abgegangen, die fortlaufend jeden Monat weitergeführt werden. Wir bekommen vom Ostbüro in den nächsten Wochen weite-

47 Auch der Bundestagspräsident, dem sich das Kabinett anschloß, hatte angesichts der prekären Lage der Flüchtlinge zu einer Kleiderspende aufgerufen (vgl. FAZ vom 23. Januar 1953).

re 4.000 Adressen[48]. Ich möchte Sie dringend bitten, Ihre Landes- und Kreisverbände anzuhalten, daß sie diese Aktion unterstützen.

Wir haben die Sache nicht publiziert, um die Aktion als solche nicht zu gefährden.

Kaiser: Ich bin etwas erstaunt darüber, daß sich im Anschluß an die gewichtigen Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers keine wirkliche Aussprache entfaltet. Aber vielleicht, Herr Bundeskanzler, sind Sie selber etwas schuld daran. Sie haben am Schluß Ihrer Rede gesagt: Hat noch jemand Fragen zu stellen. (*Adenauer:* Und dann kommt die Diskussion!) Ich brauche nicht zu sprechen, Herr Bundeskanzler, Sie kennen meine Meinung, die sich ab und zu etwas differenziert mit Ihrer Meinung in den Dingen.

Aber ich war über Ihre Ausführungen heute nicht nur sehr beeindruckt, sondern ich stimme Ihnen in vielem zu: in der Entscheidung dieses Jahres für uns und der Gefahr für uns. Man könnte es noch unterstreichen durch die mangelnde Bereitschaft des Westens.

Bei Frankreich möchte ich sagen – ich gebrauche dieses Wort erstmals, Sie gebrauchen es oft –: Ihr Wort in Gottes Ohr! (*Adenauer:* Ich gebrauche es selten!) Hoffen wir, daß Frankreich der Entscheidung beitritt. Es ist Anlaß zur Besorgnis gegeben. Ich bin in Besorgnis in bezug auf die Verabschiedung. Ich halte es für einen Kardinalfehler, auch mit dem Blick auf Sie, Herr Bundeskanzler, was sich in Karlsruhe tut. Wir haben einen Fehler sondergleichen begangen. Ich bedauere es gerade Ihrer Politik und Ihres Wirkens wegen in dieser Zeit, daß wir nach gut verlaufener zweiter Lesung nicht sofort, wie immer das auch gestanden hat, die dritte Lesung durchgeführt haben. Das ist das, was das Volk draußen nicht versteht. Ich habe gestern vor einer auch für mich sehr eindrucksvollen Versammlung, als ich sagte, daß die Verträge so rasch wie möglich zum Abschluß gebracht werden müßten – denn wir brauchen Verteidigungskräfte gegenüber der Gefahr aus dem Osten –, die lebhafteste Zustimmung gefunden[49].

Wegen des Meinungs- und Gedankenaustausches mit der SPD und Ollenhauer möchte ich gern, Herr Bundeskanzler, daß wir Unterlagen, insbesondere den Wortlaut des Briefwechsels, wie wir ihn heute gehört haben, schnellstens bekommen; denn das ist sehr gewichtig.

Was Berlin und die deutsche Einheit angeht, so habe ich, nachdem Sie mit Reuter gesprochen haben, mich mit Reuter unterhalten. Herr Schreiber hat recht; Reuter kann keine konkrete Antwort geben, wie er es eigentlich meint. Diese

48 Gemeint ist das Ostbüro der CDU in Berlin, das hervorging aus dem „Büro Jakob Kaiser", seit Anfang der 60er Jahre „Deutschlandbüro". – Adenauer hatte im November 1952 die CDU-Mitglieder durch ein Rundschreiben aufgefordert, die CDU-Bundesgeschäftsstelle bei der Paketaktion für die SBZ zu unterstützen (NL Ehlers ACDP I-369-001/2).

49 Vgl. Anm. 14.

Päckchenhilfe in allen Ehren, aber das berührt das Problem nicht genügend. Es ist schon erforderlich, daß wir von der Notwendigkeit der Wiedererreichung der deutschen Einheit immer wieder Tag und Nacht sprechen; denn die Wiedervereinigung unseres Landes bleibt das Hauptanliegen unseres Volkes. Die Verträge müssen gemacht werden, das ist ganz klar.

Ich habe zwischen Weihnachten und Neujahr mit vielen Leuten gesprochen. Sie gaben mir auf die Frage, wie steht ihr zu den Verträgen, alle die einheitliche Antwort: Ihr müßt handeln, denn das beeindruckt überhaupt die Sowjets. Übrig bleibt aber nach Abschluß der Verträge – und das ist das, was Reuter so sehr beeindruckt – die Frage: Wird sich die Lage nicht wenden? Wird der Bevölkerung der Sowjetzone von 18 Millionen die Lage erleichtert, oder macht man es ihr noch schwerer? Deswegen müssen die führenden Männer mit dem Bundeskanzler an der Spitze immer wieder zum Ausdruck bringen, daß die Wiedererlangung der deutschen Einheit unser Ziel ist.

Ich erinnere an das Buch des neuen amerikanischen Außenministers Dulles – das ich leider erst dieser Tage gelesen habe – „Krieg oder Frieden"[50], worin er sagt: Die Deutschen sind einfach der Kernpunkt der europäischen Frage; und in einem anderen Sinn: Die deutsche Einheit wieder zu erreichen, ist eben mit das Entscheidende für die Entwicklung in Europa. Das müssen wir immer wieder zum Ausdruck bringen.

Ich habe Ihnen, Herr Bundeskanzler, neulich gesagt, was ich von den Persönlichkeiten von höchstem Rang der beiden Kirchen, von den Bischöfen Dibelius und Seiner Exzellenz Westkamm[51], darüber gehört habe, nämlich die ungeheure Sorge der Menschen, die die Verantwortung noch unmittelbarer als wir für die Menschen in der Sowjetzone tragen: Gibt es, wenn die Verträge verabschiedet sind, noch eine Hoffnung für die trostlose Lage, in der sich die Menschen drüben befinden?

Damit sie glaubensstark bleiben können, müssen die verantwortlichen Männer, der Bundeskanzler an der Spitze, in geeigneten Worten immer wieder davon sprechen, daß die westliche Welt uns hilft. Wir schaffen es nicht alleine. Wir brauchen die großen Völker dazu; wir brauchen sogar die Russen dazu; denn ohne die Russen, wenn man nicht Krieg führen will, wird es nicht gelingen. Mit den Mitteln der Politik wird es nur dann gelingen, wenn die zögernde – ich sage mit Überlegung: zögernd – westliche Welt voranmacht. Die westliche Welt wird nur mit uns sein, wenn wir es immer und immer wieder fordern, und ihr ins Bewußtsein einprägen, daß es sonst überhaupt keine Lösung der deutschen Frage gibt.

Wenn ich sage: zögernd, dann bin ich davon überzeugt, daß die amerikanische Politik mit uns sein wird; aber in bezug auf die Franzosen bin ich sehr besorgt. Ich

50 John Foster DULLES: War or peace. New York 1950 (deutsch: Krieg oder Frieden. Stuttgart 1950).

51 Wilhelm Westkamm (1891–1956), 1949 Weihbischof von Paderborn, 1951 Bischof von Berlin.

habe dieser Tage mit dem kleinen Vertrauensmann von Georg Bidault[52] – den wir von Genf[53] her kennen – ein längeres Gespräch geführt. Das war für mich eine Bestätigung, daß die Franzosen nach wie vor unter dem Komplex von 70 Millionen Deutschen nicht aktiv mit von der Partie sind.

Die Engländer überlegen alles nach rechnerischen Gesichtspunkten. Um so mehr müssen wir aktiv sein. Zu Reuter selber möchte ich nicht viel sagen. Das mit „Hannover" hat er hinterher gedichtet. Ich habe ihm gesagt: Wie kommen Sie dazu, von Hannover zu sprechen. Reuter war mit allen Berliner Abgeordneten im Parlamentarischen Rat klar für Bonn, weil er Frankfurt nicht wollte. Frankfurt hätte eine Gefahr mit dem Blick auf Berlin bedeuten können; Bonn nicht. Ich habe ihm gesagt: Es ist im Ablauf der deutschen Geschichte geradezu eine Großartigkeit, daß der Sitz der Bundesregierung in dieser Zeit in eine Stadt links des Rheines kommt. Man muß das einmal durchdenken. Es ist symbolhaft, daß es eine Stadt links des Rheines ist und eine Persönlichkeit wie Konrad Adenauer die Verantwortung trägt.

Er hat gesagt: Von Hannover habe ich nicht geredet. Es ist von Helmstedt und Kassel gesprochen worden. Er hat mir bestätigen müssen, daß er selber, Reuter, für Bonn war.

Ich möchte wünschen, daß wir nun über die wichtigen Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers zu einer wirklichen Aussprache kommen und nicht zu einem Frage- und Antwortspiel.

Ehlers: Ich möchte zu der Frage der Notwendigkeit der Verabschiedung der Verträge nichts sagen. Ich bin der Auffassung, daß die Leute im Lande langsam dabei sind, soweit sie sich überhaupt mit den Dingen beschäftigen, zu verstehen, warum unter der Situation Januar bis Dezember die Hinausschiebung der dritten Beratung erforderlich war.

Es ist gar nicht schwer, Beifall in jeder Versammlung zu bekommen, wenn man sagt, es hätte möglichst schnell gehandelt werden müssen usw. Es gibt ganz bestimmte Dinge, die in allen Versammlungen zu einem spontanen Beifall führen. Aber damit ist die Frage nicht ohne weiteres entschieden.

Ich sehe im Augenblick viel stärker die Angelegenheit unter dem Gesichtspunkt der Vorbereitungen der Wahlen. Es ist nach meinem Eindruck gar kein Zweifel, daß die SPD mit dem, was sie über die Notwendigkeit einer gemeinsamen Verteidigung und Zusammenarbeit mit dem Westen – was auch Ollenhauer gesagt hat – bei

52 Georges Bidault (1899–1983), französischer Politiker; seit 1941 in der Widerstandsbewegung, 1944 Mitgründer und 1949–1951 Vorsitzender des MRP, 1944–1946, 1947–1948 und 1953–1954 Außenminister, 1946 und Oktober 1949 – Juni 1950 Ministerpräsident, 1951–1952 stv. Ministerpräsident und Verteidigungsminister. – Teilnehmer an den Genfer Konferenzen (Memoiren: Noch einmal Rebell. Von einer Résistance in die andere. Berlin 1966).

53 Möglicherweise Victor Koutzine (vgl. Anm. 11). Es handelte sich in Genf um Zusammenkünfte führender Persönlichkeiten christlich-demokratischer Parteien seit 1947. Vgl. dazu Bruno Dörpinghaus: Die Genfer Sitzungen – Erste Zusammenkünfte führender christlich-demokratischer Politiker im Nachkriegseuropa, in Konrad Adenauer 1 S. 538–565.

den Kräften, die uns in gewisser Weise wahlpolitische Sorgen machen, nicht ankommt, sondern daß eine gewisse Rückwanderung von Leuten eintritt, die zur SPD gegangen sind, weil sie meinten, die SPD verfolge im Grundsatz eine andere Politik als die Bundesregierung und kenne einen anderen Weg, die deutsche Einheit wiederherzustellen. Diese ihre Hoffnung ist offenbar enttäuscht worden. Ich glaube, daß diese Menschen – und das hat sich nach meinem Eindruck bei der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung des Südweststaates gezeigt – die Meinung haben: Wenn die Dinge sein müssen, dann lieber mit denen, die es offen sagen, als mit denen, die nur so tun, als ob sie anders wollten, aber keinen anderen Weg wissen.

Ich bin auch der Meinung, daß das Wort von der deutschen Einheit viel stärker herausgestellt werden muß, als das bisher geschieht. Man kann damit natürlich nichts erreichen, aber diese Frage hat eine starke psychologische Seite. Wenn man die Erfahrung macht, daß man vor einer Woche in Berlin über den Reichsgedanken spricht und eigentlich nichts anderes tut, als über gesamtdeutsche Fragen zu reden, und das Blatt[54] – wie der Rundfunk zu sagen pflegt –, das dem Herrn Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen nahesteht, über einen solchen Vortrag insgesamt drei Zeilen veröffentlicht, kann man nicht gerade sagen, daß die Ihnen nahestehenden Kräfte, Herr Kaiser, besonders wertvoll sind. (*Gradl:* Mindestens 20!) Ich habe es drüben! Ich habe das Gefühl, daß wir in der Ausnutzung und Auswertung dessen, was von uns immer gesagt wird, noch unendlich weit zurück sind, weil unsere Presseleute immer meinen, das sind Selbstverständlichkeiten, darüber redet man nicht.

Die SPD, Herr Heinemann, Frau Wessel usw. sagen: Wir reden ununterbrochen wieder davon, und erwecken bei den dummen Deutschen den Eindruck, daß wir die einzigen sind, die ihre Sache vertreten. Wir müssen bis zur Wahl ununterbrochen trommeln in dieser Beziehung – es hilft gar nichts anderes – und endlich damit anfangen, daß wir unter dem Namen „Gesamtdeutschland" diese Propaganda machen. Es wird die Auseinandersetzung mit Heinemann und seiner Gruppe geben. Wir werden das mit Nachdruck von der evangelischen Seite der CDU aus tun, obwohl, wie man im Augenblick sagen muß, der übrige Teil dieses Vereins nicht evangelisch ist. Die Gruppe wird bestehen aus Frau Wessel, Herrn Bodensteiner[55], Frau Arnold[56], Herrn Etzel[57] und Herrn Freudenberg[58]. Wir werden mit Genuß

54 Es handelt sich um die Tageszeitung „Der Tag".

55 Hans Bodensteiner (geb. 1912), 1946–1949 Landrat von Neustadt/Waldnaab, 1949–1953 MdB (CSU, ab 14. November 1952 fraktionslos, später GVP).

56 Thea Arnold (1882–1966), 1945 Deutsche Zentrumspartei, Mitglied des Hauptvorstands und Vorsitzende des Frauenausschusses, 1949–1953 MdB (Zentrum, ab 14. Dezember 1951 FU, ab 9. Dezember 1952 fraktionslos).

57 Dr. Hermann Etzel (1882–1978), 1930–1934 Handwerkskammerdirektor für Oberbayern in München, 1949–1952 stv. Vorsitzender der BP, 1949–1953 MdB (BP, ab 14. Dezember 1951 FU, ab 3. Dezember 1952 fraktionslos), 1950–1951 MdL Bayern.

58 Richard Freudenberg (1892–1975), 1918–1933 Mitglied des Gemeinderats Weinheim (DDP), 1919–1924 MdL Baden, 1924–1933 Vorsitzender der DDP Baden, 1949–1953 MdB (FDP, ab 5. Dezember 1952 fraktionslos).

feststellen, daß von den vier Katholiken einer evangelisch ist. Damit müssen wir den großen Vorwurf beseitigen, der gegen die „katholische Politik" der CDU erhoben wird. Es hilft alles nichts. Die Dummheit dieser Leute im Lande, die auf solche Lächerlichkeiten hereinfallen, ist so groß, daß man sie nur parieren kann, indem man sie immer wieder anspricht.

Noch wichtiger ist in diesem Zusammenhang die Frage mit dem BHE. Wenn ich den Dank, den der Herr Bundeskanzler Herrn Lübke ausgesprochen hat, aufnehme, muß ich sagen, man sollte den Dank in der Richtung etwas konkretisieren, daß Lübke es vorgemacht hat, wie man mit dem BHE umgehen muß, wenn man mit ihm regiert. Ich vermag die bayerischen Verhältnisse nicht zu übersehen, aber die Sache ist in Niedersachsen und Schleswig-Holstein schwierig. Ich habe langsam das Gefühl – und das scheint mir das wichtigste zu sein, was im Bundesrat eine Rolle spielt –, daß die Dinge in Niedersachsen reif werden. Ich habe in der letzten Zeit wiederholt mit maßgebenden BHE-Leuten aus Niedersachsen gesprochen, und hatte dabei das Gefühl, daß sie gern bereit sind, das Geschäft mit der anderen Seite zu machen. Man sollte das ernsthaft erwägen. Die Stimmung ist in Niedersachsen für den BHE nicht besonders günstig. Daß wir in Oldenburg etwas Besonderes machen, sollten uns die Herren aus Niedersachsen verzeihen. Dieser Versuch mit dem BHE kann für die Bundesrepublik entscheidend sein.[59]

Gerstenmaier: Ich war ebenso wie Staatspräsident Müller in den letzten beiden Tagen Zeuge einer Diskussion. Ich glaube, daß es richtig ist, daß wir unablässig – so banal es ist und so gefährlich es im übrigen wird – von der Wiedervereinigung, was uns selbstverständlich ist, sprechen. Wenn ich sage: „so gefährlich", dann denke ich vor allem an die Erfahrungen, die wir im evangelischen Bereich gemacht haben, wo in der Tat der Satz von der Wiedervereinigung so etwas wie eine ersatzdogmatische Bedeutung im sakralen Sinne hat. Ich werde mich dieser Entwicklung nicht anschließen, sondern ich halte dafür, daß wir in unserer Disposition und beim Ansprechen des Themas 1. Wiedervereinigung, 2. alles andere, uns nicht auf den Leim einlassen, sondern ich glaube, daß das Wesentliche unserer politischen Position und unseres Willens darin liegt, daß es ein „sowohl als auch" ist.

Ich würde meinen, daß man die Propaganda leichtermachen könnte, als sie ist. Ich habe in Tuttlingen gesehen, daß es in der Tat dessen bedarf, daß man unablässig mit der Fahne, auf der „Einheit" steht, voranmarschiert, wenn wir uns zur Integration als dem Inbegriff der Außenpolitik bekennen, die der Herr Bundeskanzler mit Erfolg bis jetzt duchgeführt hat; dann wird man auch ohne weiteres nachweisen können, daß gerade im Namen der Integration Europas die Wiedervereinigung

59 Nach der Kommunalwahl vom 9. November 1952, die dem BHE in vielen Kreisen eine Schlüsselstellung eingebracht hatte, empfahl die CDU Niedersachsen Koalitionsberatungen mit DP, FDP, BHE, Zentrum und Parteilosen, auf keinen Fall mit der SPD (NL Ehlers ACDP I-369-001/2).

Deutschlands unerläßlich ist; denn die Integration schließt Deutschland thematisch ein.

Wenn man die Erfahrung macht, daß einer von uns, der sich außerdem noch auf die höhere Weihe – die der Aufenthalt in Berlin in den letzten Jahren allein zu verleihen vermochte – zurückzieht, in Monita ausbricht auf Bonn und sie dann präzisiert auf die Bundesregierung, dann finde ich das genau einen oder zwei Schritte zu weitgehend und höchst gefährlich. Ich nenne keinen Namen; das würde zu weit gehen. Ich bin bereit, dem Vorsitzenden der CDU von Berlin[60] mit Namen aufzuwarten.

Herr Bundeskanzler, es ist doch so, daß wir im Augenblick versuchen müssen, in der Einheitsfrage mit einer konkreten Aktion etwas weiterzukommen. Ich glaube, daß die Flüchtlingssituation dazu einen Ansatz bietet. (*Unruhe.* – *Zuruf:* Herr Tillmanns, Sie erfahren den Namen! – *Tillmanns:* Ich bin nicht unruhig, ich möchte ihn gerne wissen.) Der Herr Bundeskanzler kann ihn gern erfahren.

Herr Bundeskanzler, kann nicht der Versuch gemacht werden, die deutschen wie die westalliierten Kräfte, die doch unsere potentiellen Verbündeten sind, so zu gewinnen, was ich als eine Kooperation zur Behebung der gegenwärtigen Flüchtlingssituation, der Abwanderung aus der Ostzone, nennen möchte. Ich denke an eine Form, wie man sie in der amerikanischen politischen Organisation kennt, nämlich die sogenannte Special Accounting. Ich denke an eine Organisationsform, die zunächst darin beruhen würde, die vorhandenen und noch zu gewinnenden öffentlichen Mittel und Kräfte zu poolen, um dann mit einem solchen Pool in die Öffentlichkeit zu dringen, so daß eine Gemeinschaftsaktion der Deutschen mit unseren potentiellen Verbündeten gestartet werden kann, daß der Öffentlichkeit in das Bewußtsein dringt, daß wir im Ansehen dieses Notstandes gemeinsam aktiv werden. Ich glaube, daß diese sichtbare Form der Zusammenarbeit einen grundsätzlichen Beweis hinsichtlich der Wiedervereinigung Deutschlands augenfällig demonstrieren würde. Wir würden damit unsere Situation psychologisch und politisch etwas entlasten.

Zimmer: Der gefährlichste Feind für die Partei und ihre Regierung draußen im Lande – so sehe ich die Dinge – ist die in weitesten Kreisen der Bürgerschaft verbreitete engbrüstige Interessenwahrung, die mangelnde Einsicht in die großen Zusammenhänge und die Vernebelung der großen Tatbestände. Die vielen Einzelheiten der Verträge werden zerredet, und unterdessen geht mit Hilfe der SPD dem Volke das Gefühl für die entscheidende europäische Situation verloren, oder sie kommt überhaupt nicht genügend zum Bewußtsein. Sie ist vorhanden als eine dunkle Vorstellung, aber sie steht nicht klar vor der Einsicht weitester Kreise der Bevölkerung. Das ist der beste Bundesgenosse der SPD in ihrer hinhaltenden Politik.

Deshalb meine ich, müßte die Führung der CDU bestrebt sein, in klaren und einprägsamen Formulierungen richtungweisend für die subjektive politische Ent-

60 Seit 1952 Robert Tillmanns.

scheidung der Masse der nicht unmittelbar in die Politik eingespannten Menschen Sorge zu tragen. Das braucht nicht immer der Herr Bundeskanzler zu tun, das können auch seine beiden Stellvertreter oder andere Persönlichkeiten der CDU tun, die im Brennpunkt der Öffentlichkeit stehen. Ich fordere also klare und einprägsame Formulierungen, die die Haltung des Volkes erleichtern können.

Es ist doch ein ungeheurer Widerspruch, wenn die SPD eine Politik fordert, die nur dann nicht eine Illusionspolitik wäre, wenn wir so stark wären, daß wir dem Osten und dem Westen gleichzeitig eine Politik aufoktroyieren könnten. Die SPD geht davon aus, daß wir dem gesamten Westen eine Politik kommandieren könnten; sie geht davon aus, daß wir über eine ungeheure politische Macht verfügen, während sie gleichzeitig alles tut, um eine Stärkung unserer Position zu verhindern. Es würde nicht nur für den kommenden Wahlkampf, sondern auch für die kommenden parlamentarischen Entscheidungen eine große Rückenstärkung sein, wenn man diese großen Zusammenhänge dem Volk wieder zum klaren Bewußtsein brächte. Dazu gehört auch die Instruierung der Journalisten und des Rundfunks. Auch diese Herren sind sehr dankbar für solche klaren zusammenfassenden Richtlinien.

Am Rande noch: Die Politik der CDU müßte stärker abgestimmt werden mit den maßgebenden Faktoren der CSU in Bayern. Es geht auf die Dauer nicht, daß in München gewissermaßen eine eigene Form der CDU-Politik gemacht wird, für die nachher die CDU verantwortlich ist. Ich halte es nicht für richtig, daß der Vorsitzende der CSU in Bayern, der Ministerpräsident[61], für sich allein Erklärungen abgibt, die ein großes Gewicht haben und immerhin in mancher Hinsicht anders sind als diejenigen der CDU.

Adenauer: Herr Zimmer hat etwas auf Dinge vorgegriffen, auf die ich im Laufe der Diskussion noch kommen werde. Ich möchte aber einige Worte dazu sagen und auch dazu, was Herr Bundestagspräsident Ehlers bezüglich der Presse gesagt hat.

Es liegt weniger an den in Bonn akkreditierten Journalisten, sondern an den Chefredaktionen zuhause. Ich bitte Sie daher alle sehr herzlich, üben Sie bei den Chefredaktionen zuhause Ihren Einfluß aus, daß sie die Berichte, die sie von Bonn bekommen, mehr würdigen als bisher. Was den Rundfunk angeht, Herr Zimmer, so wissen Sie ja, was die Amerikaner und die Briten auf dem Gewissen haben. Ich habe den Herren noch vor einiger Zeit mit sehr dürren und klaren Worten gesagt: Wie können Sie von uns verlangen, daß wir die öffentliche Meinung gewinnen, wenn Sie den Rundfunk derartig in sozialistische Hände gegeben haben, wie das nun der Fall ist. Also, das ist eine Nuß, an der wir noch knacken. Vielleicht können wir von Nordrhein-Westfalen aus hier helfen.

Wir haben jetzt den Sender in Köln. Ich habe dem britischen Hohen Kommissar[62] gesagt: Sie müssen Ihre Verordnung von damals ändern. Der Rundfunk in

61 Hans Ehard.

62 Sir Ivone Augustine Kirkpatrick. – Der „Nordwestdeutsche Rundfunk" mit Sitz in Hamburg war von der britischen Militärbehörde für die gesamte britische Zone errichtet

Köln muß in die Hände von Nordrhein-Westfalen kommen. Ich habe ihn gebeten, einen Termin für die Herren Lenz und Arnold zu bestimmen. Aber da sind immer Hinderungen in Düsseldorf. Wir müssen aber mit der Sache vorankommen. *(Unruhe und Widerspruch von Meyers.)*

Meine Herren! Es sind schon zwei Termine bei Kirkpatrick abgesagt worden, weil der Herr Ministerpräsident Arnold nicht konnte. Es ist eine so dringende Sache. Noch am vergangenen Freitag, als Kirkpatrick bei mir war, sagte er mir als Termin 11 Uhr, aber Herr Arnold konnte nicht. Dabei sind das doch so wichtige Dinge! Nordrhein-Westfalen in Ehren. Ich bin selbst Ihr Untertan, aber es gibt noch wichtigere Dinge, als Sie augenblicklich da haben, und dazu gehört dieses. (*Meyers:* Schwierigkeiten macht Herr Marschner(?)[63].) Hat der dann zu entscheiden? Dann sagen Sie dem Herrn Ministerpräsidenten Arnold, er möchte Herrn Lenz Vollmacht geben, oder lassen Sie sich doch damit beauftragen.

Lübke: Ich sehe eine Gefahr, wenn Nordrhein-Westfalen sich selbständig macht mit seinem Rundfunk, sind wir an Hamburg angehängt. (*Ehlers:* Schlechter als es ist, kann es nicht werden!) Dann liefern Sie Schleswig-Holstein an die sozialdemokratischen Länder Hamburg und Niedersachsen aus.

Ehlers: Augenblicklich läßt es sich wahrscheinlich nicht vermeiden; die SPD wünscht, Herrn Blachstein[64] zum Generaldirektor zu machen. Schlimmer kann es nicht werden.

Adenauer: Es ist von entscheidender Bedeutung, daß Nordrhein-Westfalen einen Rundfunk bekommt, der zum mindesten objektiv ist. *(Zustimmung.)*

Tillmanns: Das von Herrn Ministerpräsident Lübke geltend gemachte Argument muß sorgfältig überlegt werden. Es kann die bessere Situation in Nordrhein-Westfalen nicht damit erkauft werden, daß Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg und auch Berlin hundertprozentig der SPD ausgeliefert werden. (*Lensing:* Sind sie schon!) Es wird noch schlimmer.

Adenauer: Wenn es noch schlimmer wird, dann merkt es der dümmste Rundfunkhörer. Dann würde ich vorziehen, es geht noch schlimmer. Aber der niedersächsische Rundfunkhörer kann doch „Köln" hören. Meine Herren! Wir müssen doch sehr mit dem Rechenstift arbeiten und sehen, wo der Hauptteil unserer Wähler sitzt. Wir können doch nur mit Hilfe der Mehrzahl der Wähler den zukünftigen

---

worden. Obwohl seit dem 26. September 1945 auch von Köln ausgestrahlt wurde, hörten die Auseinandersetzungen um eine eigene Anstalt für Nordrhein-Westfalen nicht auf. – Rechtsgrundlage bis zur Auflösung des Nordwestdeutschen Rundfunks im Jahre 1955 war die Verordnung Nr. 118 vom 1. Januar 1948. Vgl. Wolf Bierbach: Der neue WDR. Dokumente zur Nachkriegsgeschichte des Westdeutschen Rundfunks. Köln/Berlin 1978; Bausch S. 46–65, S. 204–213).

63 Nicht ermittelt.

64 In der Vorlage: Blaschke. – Peter Blachstein (1911–1977), 1949–1968 MdB (SPD), 1951 Verwaltungsrat des NWDR. – Generaldirektor war seit 8. September 1948 Adolf Grimme (vgl. Bausch S. 61).

Bundestagswahlkampf gewinnen. Ich glaube, ein so praktischer Mann wie Herr Lübke sieht das ein. Man muß überlegen, wie man auf eine andere Weise Ihnen helfen kann.

Simpfendörfer: Nachdem ich mich von der Antwort des Herrn Bundeskanzlers erholt habe, folgendes: Ich sehe die größte Gefahr bei der Aufstellung der Kandidaten darin, daß uns Dutzende von Interessenverbänden, von Bauernverbänden und der Mittelstandsblock Kandidaten präsentieren werden, die wir nicht annehmen können. Besteht hier schon eine Verbindung mit diesen Interessenverbänden, so daß von hier aus diese Fragen geregelt werden können? Wenn wir sie draußen regeln müssen, sehe ich sehr schwarz nach den gemachten Erfahrungen. Ich meine, diese Fragen sollten von der Bundesebene her mit den Interessenverbänden geklärt werden.

Adenauer: Ich wollte Ihnen vorschlagen, die Herren Tillmanns, Wuermeling und Kiesinger zu bitten, diese Frage in dem von Ihnen vorgeschlagenen Sinne zu behandeln. (*Majonica:* Die aber noch nichts gemacht haben!) Erst wollen wir die Sitzung abwarten. Wenn wir von Bonn aus etwas Derartiges gestartet hätten, wären wir auf den größten Widerstand seitens der Landesparteien gestoßen. Deswegen ist es viel richtiger, wir besprechen die Sache und kommen dann zu einer einmütigen Stellungnahme.

Müller: Es gibt augenblicklich einen Sender im Bundesgebiet, der objektiv ist und sogar hinter der Politik der Bundesregierung steht; das ist der Südwestfunk. (*Ehlers:* Die politischen Kommentare abends! Da kommen tolle Dinge vor. Ich weiß den Namen nicht, der Mann mit G! – *Zimmer:* Sie meinen den Herrn Gerdes[65]? – *Anhaltende Unruhe.*) In der Gestaltung ist er zweifellos sehr objektiv. Es ist gelungen, durch einen Staatsvertrag diesen Südwestfunk für einige Jahre zu sichern.[66] Ich bin dankbar, daß die Bundesregierung ihre rechtlichen Bedenken gegen diesen Staatsvertrag nicht weiter verfolgt hat, aber ich bin besorgt darüber, daß von verschiedenen Organisationen, auch von Dr. Vogel und offenbar von der Fraktion der CDU, immer wieder der Versuch gemacht wird, diesen Südwestfunk gewissermaßen aufzulösen. Ich würde das für verhängnisvoll halten und möchte bitten, daß unter allen Umständen die große Auseinandersetzung mit Dr. Vogel unterbleibt. (*Von Brentano:* Die Fraktion hat damit nichts zu tun. Ich bin ganz Ihrer Meinung!) Die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers haben mit einer seltenen Klarheit gezeigt, daß der außenpolitische Weg zu Ende gegangen werden muß. Nur habe ich eine große Sorge: Was geschieht, wenn das Bundesverfassungsgericht am 20. Februar[67] oder später die Klage der Parteien der Regierungskoalition als z.Z. unzulässig oder

65 Wolfdietrich Gerdes (geb. 1924), Journalist; 1950–1966 Bonner Korrespondent des Südwestfunks.

66 Vgl. dazu BAUSCH S. 170–186.

67 Zu den mündlichen Verhandlungen über den Antrag der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, FDP und DP am 20./21. Februar 1953 vgl. WEHRBEITRAG, Ergänzungsband S. 47–126.

gar als unbegründet ablehnt, weil es die Verträge für verfassungsändernd hält? Das ist die Frage, die uns alle bewegt. Für die erste Möglichkeit, daß die Klage als unzulässig erklärt und abgewiesen wird, besteht eine große Wahrscheinlichkeit. Vom grundsätzlichen Standpunkt aus muß man sagen ...

Adenauer: Darf ich mal unterbrechen! Hier sind so viele Fenster, und durch die Fenster gehen Geräusche, auch durch die Wände! Ich würde Sie dringend bitten, lassen wir diese Frage in diesem Zeitpunkt nicht erörtern. Wenn der 20. Februar kommt, ist noch Zeit genug.

Müller: Ich füge mich Ihrem Wunsche, aber Sie wissen, daß die Frage uns bewegt.

Adenauer: Sie bewegt uns alle!

Schmidt: Die Frage der Kandidaten der Interessenverbände werden wir im Landesvorstand von Nordrhein-Westfalen behandeln. Ich bin beauftragt worden, Ihnen vorzutragen, daß wir mit allen Interessengruppen, die prinzipiell hinter der Koalition stehen, zu einer Vereinbarung kommen müßten, daß jetzt ein Stopp aller Forderungen eingelegt wird.

Der Wahlkampf kann durch nichts so stark gefährdet und beeinträchtigt werden als dadurch, daß er dazu benutzt wird, sich in gegenseitigen Forderungen zu übertrumpfen. M.E. muß den Interessenverbänden von der obersten Ebene her in einer politischen Vereinbarung klargemacht werden, daß es jetzt darum geht, das Ganze zu gewinnen und nicht einzelne Forderungen zu erfüllen in Gestalt von irgendwelchen Interessenvertretern.

Adenauer: Es sind Verhandlungen unter den Koalitionsparteien im Gange, um einen derartigen Stopp zu erreichen. Wir können nicht mit den Interessenverbänden verhandeln, sondern das muß über die Fraktionen in erster Linie gehen. Die Fraktionen müssen einen Stopp erklären im Zusammenhang mit der Steuerreform. Ich glaube, diese Verhandlungen sind in gutem Gange und werden, wie ich annehme, zu dem gewünschten Erfolg führen.

Gradl: Die Sozialdemokratie nimmt das Rundfunkproblem so ernst, daß sie sich in ihren höchsten Gremien damit auseinandersetzt. Ich bin der Meinung, wir sollten das auch tun. Ich habe das Gefühl, daß die Entscheidung, die hier gefällt werden soll zugunsten eines Rundfunks in Nordrhein-Westfalen, doch hinweggeht über die Interessen, die wir in der Ferne haben.

Sie haben gesagt: Wir müssen den Bevölkerungsteil ansprechen, der unsere Hauptwählerschaft ist, nämlich in Nordrhein-Westfalen. Selbst wenn wir noch erheblich besser künftig in Nordrhein-Westfalen abschnitten, würde das nicht ausreichen, um die Position im Bundestag zu bekommen, die wir wollen, sondern es wird nach meiner Meinung darauf ankommen, daß wir vom Standpunkt unserer Partei in den zurückgebliebenen Teilen der Bundesrepublik stärker die Bevölkerung gewinnen. Ich fürchte, wenn man den NWDR aufgliedert, daß die anderen, auch wir in Berlin, die Dummen dabei sein werden.

Sie haben, Herr Bundeskanzler, drei Themen genannt, die nach Ihrer Meinung

die Hauptthemen des Wahlkampfes sein werden: EVG-Vertrag, Sozialisierung und Mitbestimmung. Durch einige Bemerkungen hier aus dem Kreise ist das vierte Thema, dessen Aufzählung ich vermißt habe, hinzugefügt worden, nämlich die Frage der Wiedervereinigung. Ich bitte daran zu denken, daß nicht nur in der Sozialdemokratie, sondern auch in der Bevölkerung gegen unsere Partei und gegen die Bundesregierung eine Untergrundbewegung gemacht wird, die uns vorwirft, wir seien nicht genügend nach dem Osten hin für Gesamtdeutschland interessiert. Das wird nicht immer deutlich ausgesprochen, aber es schwelt. Das ist für die Grundstimmung der Bevölkerung außerordentlich wichtig; denn diese Grundstimmung wird entscheidend sein bei der Wahl.

Sie, Herr Bundeskanzler, haben vor einiger Zeit im Parteiausschuß einmal gesagt: Leider vergessen die Leute so schnell, wie es einmal war. Wir werden ihnen sagen: Denkt einmal, wie ihr in den Jahren 1948/49 gelebt habt und seht euch die heutige Lage an. Sehr wichtig wird für uns – lachen Sie nicht – das Kleine sein; ich denke an den Brotpreis, an die Steuerreform, an die Besoldungserhöhung usw. Das wird bei der Bevölkerung eine außerordentliche Rolle spielen. Ich habe das Gefühl, daß wir bisher nicht immer eine propagandistisch glückliche Hand gehabt haben in diesen Dingen.

Herr Dr. Schreiber, ich kann Ihnen erklären, warum die Sozialdemokratie so sehr an den Wahlen hängt, abgesehen von der großen Politik, wenn in Berlin genauso gewählt wird wie im Bundesgebiet. Wenn man davon ausgeht, daß das Rennen zwischen CDU und SPD sehr scharf sein wird, dann ist es nicht unwichtig, ob – selbst wenn die Berliner Abgeordneten nicht stimmberechtigt sind – bei dem zahlenmäßigen Festlegen der größeren Parteien man der einen neun SPD- und der anderen fünf CDU-Abgeordnete Berlins zuzählen kann. Diese vier Stimmen können unter Umständen die Differenz sein, die notwendig ist, um im allgemeinen Bewußtsein die SPD-Fraktion gegenüber der CDU-Fraktion zur größeren zu machen.

Adenauer: Die Ausführungen von Dr. Gradl erklären manches in bezug auf die SPD. Zweifellos haben Sie recht mit dem Teil Ihrer Ausführungen hinsichtlich der Wahlen. Es ist auch einmal gesagt worden: Die Wahlen gehen durch die Taschen der Hausfrauen. Daran müssen wir auch denken. Aber wir müssen auch an die große Geschichte denken. Darüber wird in dem Vortrag, den Herr Lenz Ihnen halten wird, das eine oder andere gesagt werden.

Ich möchte kurz zum Rundfunk etwas sagen. Sie haben zweifellos recht, der Rundfunk ist ein größeres Propagandamittel als die Zeitung, wahrscheinlich wenigstens, absolut sicher will ich nicht sagen. Sicher ist er ein großes Propagandamittel. Nun liegt die Sache so, daß die Rundfunkverhältnisse in der gesamten früheren britischen Zone durch eine Anordnung der Briten geordnet sind. In der früheren amerikanischen Zone liegt die Sache etwas anders.[68] Da ist die Entwicklung stärker

68 Vgl. BAUSCH S. 65–126.

in die Hand der Länder gelegt worden mit dem Effekt, daß sie sozusagen sozialdemokratisch sind.

Nun ist Großbritannien bereit, eine Änderung vorzunehmen, wenn wir praktische Vorschläge machen. Ich halte es für ausgeschlossen, daß es so weit in die Verwaltung des gesamten nordwestdeutschen Rundfunks eingreift, daß wir zufrieden sein können. Ich glaube aber, daß die Errichtung eines neuen Senders in Köln für die britische Regierung eine Handhabe bietet, um von ihrer alten Verordnung wenigstens bis zu einem gewissen Grade abzurücken. Ich verkenne natürlich nicht, daß es noch besser wäre, wenn die Bundesregierung auf alle Sender Einfluß haben könnte. Es liegt Ihnen ein fertiger Entwurf des Bundesinnenministeriums über die Regelung des Rundfunks im gesamten Bundesgebiet vor. Aber einmal würde das Inkrafttreten eines solchen Gesetzes davon abhängig sein, daß der Deutschlandvertrag in Kraft tritt – denn es ist im Besatzungsstatut vorbehalten –, und zweitens würde die Durchberatung dieses Gesetzes im Bundestag, der Bundesrat kommt auch noch hinzu, höchstwahrscheinlich, wenn alles gut ginge, erst fertig sein, wenn uns die Wahl schon ungefähr auf den Nägeln brennt.[69] Daher glaube ich, sollte man das hier erst einmal mit dem Nordwestdeutschen Rundfunk versuchen; das andere soll aber hinterherkommen.

Zum Punkt 1 der Tagesordnung liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Dann darf ich Herrn Minister Dr. Meyers bitten, zum Punkt 2 der Tagesordnung das Wort zu nehmen.[70]

Bericht über die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen

Meyers: Am 9. November 1952 fanden in den Ländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz Kommunalwahlen statt. Es waren die letzten großen Wahlen vor den Bundestagswahlen. Schon aus diesem Grunde ist es gerechtfertigt, ihr Ergebnis einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen; denn diese nächste Wahl entscheidet über unsere Existenz für die nächsten 20 bis 30 Jahre.

Das Land Nordrhein-Westfalen ist wegen seiner Stellung im Bundesgebiet wie auch wegen seiner Bedeutung für die gesamte CDU als Objekt der Untersuchung interessant. Es ist aber auch deswegen für eine solche Untersuchung geeignet, weil hier z.Z. nicht so relativ eindeutige politische Verhältnisse wie in Rheinland-Pfalz und nicht so komplizierte, wie in Niedersachsen vorliegen.

I. Die Analyse eines Wahlergebnisses stößt angesichts der vielen möglichen Gesichtspunkte, unter denen sie vorgenommen werden kann, und der damit gegebenen vielfachen Deutungsmöglichkeiten naturgemäß immer auf Schwierigkeiten. Die-

69 Ebd. S. 205–207. Seit Oktober 1952 lag ein Referentenentwurf vor (vgl. „Die Neue Zeitung" vom 20. Oktober 1952). Am 20. Februar 1953 wurde der Gesetzentwurf der Presse vorgestellt (vgl. Bulletin Nr. 34 vom 20. Februar 1953 S. 289).

70 Die Ausführungen von Meyers sind seiner Redensammlung entnommen (ACDP I-032-001), da sie in der Vorlage fehlen.

se verringerten sich für mich dadurch, daß es hier und heute darauf ankommt, festzustellen, welche Schlüsse die CDU aus der Wahl ziehen und wie sie in Zukunft ihre Arbeit einstellen muß. Das bedeutet eine Einschränkung der Gesichtspunkte, so daß eine Untersuchung auch in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit vorgenommen werden kann.

Meinen Ausführungen liegen zugrunde:

- die amtlichen Wahlergebnisse,
- eine Aufstellung des statistischen Landesamtes NW über die Wahlergebnisse, nach Regierungsbezirken geordnet,
- sodann die Berichte, welche die Geschäftsstellen des Bundes, Rheinlands und Westfalens verfaßt haben.

Gerade die beiden letzten haben mich zu der Wahl des Themas veranlaßt; denn sie gehen von unterschiedlichen Gesichtspunkten und mit verschiedenartigen Methoden an die Fragen heran, so daß die Ergebnisse erstaunliche Unterschiede enthalten. Sie erschwerten meine Aufgabe; denn auch bei Auswertung aller z.Z. mir verfügbaren Zusammenstellungen läßt sich eine gewisse Unterschiedlichkeit des Blickfeldes nicht vermeiden, aus dem die mir zur Verfügung stehenden Zahlen zusammengestellt wurden.

In tatsächlicher Hinsicht darf ich zunächst in Ihr Gedächtnis zurückrufen, daß im Lande Nordrhein-Westfalen am 9. November 1952 sowohl in den Gemeinden und kreisfreien Städten wie auch in den Ämtern und Landkreisen gewählt wurde. Die sich hierbei ergebenden örtlichen Unterschiede, etwa zwischen der Wahl zu einem Kreistag und der Summe der Wahlergebnisse in den diesem Kreis angehörigen Ämtern und Gemeinden, will ich hier außer Betracht lassen, da wir vom Gesichtspunkte des Landes bzw. seines rheinischen und westfälischen Landesteils in die Prüfung des Wahlergebnisses eintreten wollen. Fraglich könnte auch sein, ob man zum Vergleich mit dem Ergebnis der letzten Kommunalwahlen die Kommunalwahlen von 1948 oder die Landtagswahlen von 1950 heranziehen soll. Es ist zwar nicht zu bestreiten, daß es sich bei Landtags- und Kommunalwahlen um Wahlen verschiedener politischer Größenordnungen und Ebenen handelt. Gegenüber dem Bedenken, Wahlergebnisse solcher verschiedener Wahlen zur Auswertung miteinander zu vergleichen, ist jedoch nicht zu verkennen, daß die politischen Probleme, die uns in Deutschland bewegen, vor allem in den Wahlkämpfen, nicht mehr scharf voneinander zu trennen sind. Man kann heute einen Kommunalwahlkampf nicht mehr allein mit kommunalen Parolen führen. So ist auch der letzte Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen von allen Parteien zu einem recht erheblichen Teil mit Erörterungen der Probleme der Bundes- und Landespolitik bestritten worden, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es nicht zuletzt diese Probleme gewesen sind, die die Bevölkerung zur Ausübung des Wahlrechts bewogen haben. Dann kann man aber auch mit Recht zur Auswertung dieser Kommunalwahlen das Ergebnis der letzten Landtagswahlen heranziehen.

Ich will mich bemühen, die Darlegungen mit möglichst wenig Zahlen zu bela-

sten. Dennoch wird es sich nicht vermeiden lassen, einige Hauptzahlen und vor allem Verhältniszahlen mitzuteilen.

II. Einige allgemeine Gesichtspunkte mögen vorangestellt werden.

1. Da ist einmal die Vermehrung der Zahl der Wahlberechtigten. Ihre Gesamtzahl hat sich seit der letzten Landtagswahl 1950 um rund 500.000, also eine halbe Million, gehoben. Für die Frage nach der Struktur der Wählerschaft ist von erheblicher Bedeutung, daß rund 174.000 Neuwähler, somit über ein Drittel des Zugangs Flüchtlinge waren. Aus der Vermehrung der Zahl der Wähler ergibt sich sofort, daß nicht jede absolute Stimmenvermehrung bei den politischen Parteien zugleich einen wirklichen Stimmenzuwachs bewirkte und daß das bloße Halten der früheren Stimmenzahlen in der politischen Wirklichkeit einen Verlust darstellte.

Deshalb besteht auch bei einer Auswertung der bloßen Stimmenzahlen die Gefahr, daß man den Überblick verliert und die Wahrheit nicht sieht.

2. Die erste und wirklich erfreuliche Feststellung, die man treffen kann, bezieht sich auf die Wahlbeteiligung. Sie war überraschend gut. Seit den letzten Kommunalwahlen von 1948 stieg sie um 7 % auf im Landesdurchschnitt 76 %. Selbst wenn gewisse Einschränkungen erforderlich sind, weil manche Wähler dem Wahlkampf eine überörtliche Bedeutung gegeben haben, so kann man doch aus der Höhe der Wahlbeteiligung den berechtigten Schluß ziehen, daß, entgegen den immer wieder ertönenden Unkenrufen, ein reges Interesse der Bevölkerung für kommunale Fragen vorhanden ist.

3. Die CDU hat gegenüber der Landtagswahl von 1950 bei einer Gesamtstimmenzahl von 2.448.443 Stimmen – 35,7 % – insgesamt 160.000 Stimmen gewonnen. Die SPD gewann bei einer Gesamtstimmenzahl von 2.478.315 Stimmen – 36,2 % – über 475.000 Stimmen, die FDP bei einer Gesamtstimmenzahl von 861.188 Stimmen – 12,5 % – über 112.000 Stimmen. Zentrum und KPD gingen weiter zurück. Sie sind Splitterparteien. Der Stimmanteil des Zentrums beträgt insgesamt noch 5,9 % der Gesamtstimmen. Die KPD ist im Landesdurchschnitt wie auch in den meisten Wahlkreisen unter der 5%-Grenze geblieben und damit wegen der 5%-Klausel des Gemeindewahlgesetzes für die Berechnung von Mandaten überhaupt weggefallen.

Danach ist die CDU im Lande Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal seit ihrem Bestehen in die Rolle der zweitstärksten Partei zurückgedrängt worden. Sie liegt mit etwa 30.000 Stimmen hinter der SPD, während sie bei den Landtagswahlen im Jahre 1950 noch rund 280.000 Stimmen mehr hatte. Insgesamt hat die CDU einen Stimmenrückgang von 1,2 % zu verzeichnen, wobei angemerkt werden muß, daß dieser Stimmenverlust überwiegend im rheinischen Landesteil entstanden ist, wo er 2,9 % beträgt, während die SPD dort 5,2 % Stimmen gewinnen konnte. In Westfalen konnte die CDU eine leichte Erhöhung ihres Stimmanteils um 0,5 % erreichen, während die SPD ihren Anteil um 3,2 % vermehrte.

Im Rheinland ging der Stimmanteil der CDU seit der Landtagswahl in allen drei Regierungsbezirken zurück, und zwar im Bezirk Düsseldorf um 1,9 %, im Bezirk Köln um 3 % und im Regierungsbezirk Aachen sogar um 9,3 %. Wenn man dieses

Ergebnis in den einzelnen Bezirken noch nach Stadt- und Landkreisen getrennt untersucht, so ergibt sich im Bezirk Düsseldorf allgemein, daß die Verluste der CDU in den großen Städten des Industriegebietes verhältnismäßig begrenzt sind oder sich ihr Stimmanteil dort sogar gehalten hat. In Remscheid, Solingen und Wuppertal konnte die CDU ihren Anteil sogar erhöhen. Dagegen ist in den Städten Mönchengladbach, Viersen und Krefeld ein stärkerer Verlust eingetreten. Die bedeutendsten Verluste hat die CDU jedoch in den Landkreisen davongetragen, wo sie in sämtlichen Kreisen bis auf einen verloren hat. Im Regierungsbezirk Köln verlor die CDU in den Stadtkreisen 3 % und in den Landkreisen 3,3 %. In der Stadt Aachen verlor die CDU über 10 % und in den Landkreisen des Bezirks 9 % ihrer Stimmen.

In Westfalen ergibt sich das Bild, daß die Verluste der CDU in den Städten des Ruhrreviers ebenfalls verhältnismäßig gering sind. Teilweise waren sogar geringe Stimmerhöhungen zu verzeichnen. Größere Verluste sind dagegen in Münster eingetreten. Im Münsterland und in Ostwestfalen (Bielefeld, Herford, Minden) erzielte die CDU einen Stimmenzuwachs zwischen 0,7 und 1,4 %; dagegen verlor sie im Sauer- und Siegerland 1,7 % Stimmen.

Die SPD konnte im Rheinland im gleichen Zeitraum ihre Stimmanteile in allen drei Regierungsbezirken verbessern, und zwar im Bezirk Düsseldorf um 4,8 %, im Bezirk Köln um 5 % und im Bezirk Aachen um 7,3 %. Bei der Aufteilung nach Stadt und Land ergibt sich für den Regierungsbezirk Düsseldorf, daß die SPD in den großen Städten wohl einen erheblichen Teil der zum ersten Mal zur Wahl gehenden Wähler für sich gewinnen und daher ihren Stimmanteil trotz im allgemeinen geringer Verluste der CDU erheblich erhöhen konnte. Nur in Remscheid und Solingen ging ihr Stimmanteil beachtlich zurück. Das hat lokale Gründe. In den Landkreisen ist die SPD, wenn auch zum Teil im Verein mit der FDP und fast immer mit dem BHE, der eindeutige Gewinner.

Im Regierungsbezirk Köln ist das Bild ähnlich. Der Stimmenzuwachs der SPD in den Städten beträgt 6 % und in den Landkreisen 4,2 %.

Im Regierungsbezirk Aachen gewann die SPD in der Stadt Aachen 7,9 % und in den Landkreisen 7,2 % Stimmen.

In Westfalen bietet sich auch wieder das Bild, daß die SPD in den großen Industriestädten mit insgesamt 4,8 % Stimmenzuwachs im Durchschnitt wohl eine erhebliche Zahl der erstmaligen Wähler für sich gewinnen konnte. Überraschenderweise konnte sie aber auch im Sauer- und Siegerland 2 % und im Münsterland 0,6 % Stimmen erwerben, während in Ostwestfalen ihr Stimmanteil im Verhältnis zur letzten Landtagswahl um 1,6 % geringer wurde.

Die FDP, die im Landesdurchschnitt 0,4 % Stimmen gewann – im Rheinland 0,1 % und in Westfalen 0,8 % – und sich damit im Landesdurchschnitt nicht wesentlich vermehrte, hatte in einer Reihe rheinischer und westfälischer Städte (Aachen, Iserlohn, Lüdenscheid und Wattenscheid) und in einer Reihe niederrheinischer Landkreise nicht unerhebliche Gewinne. In Westfalen hatte sie in den ostwestfäli-

schen Kreisen (Detmold, Halle, Höxter und Lübbecke) mit fast 4 % Stimmenzuwachs ihren bedeutendsten Erfolg.

Das Zentrum hat im Landesdurchschnitt 1,6 % Stimmen verloren, und zwar überwiegend in Westfalen, während sein teilweise erstmaliges Auftauchen im Regierungsbezirk Aachen ihm dort einen Stimmenzuwachs von 1,5 % einbrachte.

In den Vertretungskörperschaften erzielte die CDU im Rheinland eine absolute Mehrheit in der Stadtvertretung Bonn und in elf Kreistagen, in Westfalen in sieben Landkreisen. Die SPD besitzt in einer kreisfreien Stadt und in zwei Landkreisen Westfalens die absolute Mehrheit, dagegen in keiner Stadt- oder Kreisvertretung des rheinischen Landesteils. In zwölf Städten des rheinischen Landesteils und in fünf Städten des westfälischen Landesteils stellt die CDU den Oberbürgermeister, in einer weiteren Stadt im turnusmäßigen Wechsel mit dem Zentrum. Die SPD stellt in vier Städten des rheinischen und in fünfzehn des westfälischen Landesteils den Oberbürgermeister, wobei noch zu vermerken ist, daß in zweien dieser Städte (Recklinghausen und Lüdenscheid) erstmalig nach dieser Kommunalwahl ein Sozialdemokrat gewählt wurde. Dabei ist von besonderem Interesse, daß in Recklinghausen nicht einmal eine sozialistische Mehrheit diese Regelung erzwungen hat.

Endlich muß für das Gesamtergebnis noch darauf hingewiesen werden, daß der BHE, der bisher nicht oder nur in ganz geringem Umfange in den Gemeindevertretungen zu finden war, in allen Landesteilen, vor allem ganz offensichtlich in fast allen ländlichen Gebieten des Rheinlandes und Westfalens zum Teil recht erhebliche Stimmgewinne erzielte. Er konnte nunmehr seinen Stimmanteil auf insgesamt 3,5 % erhöhen, während die Deutsche Partei und die bereits seit früherer Zeit bekannte FSU (Freisoziale Union) nicht 1 % der Stimmen erreichten.

III. Betrachtet man dieses Wahlergebnis zusammengefaßt, so ergeben sich folgende Gesichtspunkte:

Es hat keinen politischen Bergrutsch gegeben, aber die CDU hat prozentual verloren. Besonders ins Auge springend ist das verhältnismäßig starke Absinken der CDU in fast allen ländlichen Gebieten des Landes Nordrhein-Westfalen, vor allem aber im rheinischen Landesteil, also in Gebieten, die bisher als besonders sicher für uns galten.

Die Frage, wohin diese Wählergruppen abgewandert sind, ist nicht immer eindeutig zu beantworten. Zweifellos ist der BHE gerade in diesen Gebieten erheblich ins Blickfeld getreten. Man wird aber in Anbetracht der erheblichen Zugänge an Flüchtlingen seit der letzten Landtagswahl als sicher annehmen müssen, daß der BHE gerade aus dieser Wählergruppe stärkeren Zuzug bekommen hat. Auch die Stimmgewinne der FDP sind dort im allgemeinen nicht so bedeutend, daß sie allgemein dahin gedeutet werden könnten, CDU-Wähler in diesen Gebieten seien größtenteils zur FDP übergegangen. Es bleibt daher wohl nur die Möglichkeit, daß FDP und SPD sich diese von der CDU verlorenen Wähler geteilt haben.

Überraschend ist demgegenüber der verhältnismäßig erhebliche Stimmgewinn

der CDU in Ostwestfalen. Der Landesteil war bisher Domäne der SPD. Diese verlor dort etwa den gleichen Stimmanteil, den die CDU gewann.

In den großen Städten, vor allem des Industriegebietes, zeigt sich, daß die Bevölkerung in gleichbleibendem Umfange der CDU die Anhängerschaft gewahrt hat. In einer Reihe von Städten konnte sie ihren Stimmanteil halten oder sogar leicht verbessern.

Dagegen ist in einer Reihe von rheinischen Städten (Aachen, Mönchengladbach, Krefeld und Viersen) in etwa auch in Köln und Düsseldorf ein erheblicher Stimmrückgang der CDU zu verzeichnen, nachweisbar also gerade in Städten, die bisher für die CDU als sicher galten.

Die Schwierigkeit einer sicheren Wahlanalyse zeigt etwa eine Stadt wie Viersen. Dort hat die CDU mit dem Zentrum ein Wahlabkommen getroffen, wonach das Zentrum in zwei Drittel und die CDU in dem restlichen ein Drittel der Wahlbezirke keine Kandidaten aufstellt. Dadurch erscheinen mehr CDU-Wähler als Zentrumswähler, als umgekehrt Wähler der viel schwächeren Zentrumspartei bei der CDU erscheinen. Vielleicht ist dadurch zu erklären, daß die SPD zum ersten Male und vielleicht nur scheinbar als die zahlenmäßig stärkste Partei ausgewiesen ist.

Gerade dieses Beispiel aber zeigt typisch, wie Wahlvereinbarungen die Untersuchung beeinflussen und wie sie psychologisch nachteilig wirken können. Denn in Viersen redet man von einem SPD-Sieg.

Zusammenfassend darf man aber wohl gerade für die großen Städte Nordrhein-Westfalens sagen, daß der in ihnen fast durchweg festzustellende erhebliche Stimmgewinn der SPD im wesentlichen darin begründet liegt, daß die in dieser Wahl zum ersten Mal Wählenden zu einem recht beachtlichen Prozentsatz ihre Stimmen der SPD gegeben haben.

Für eine politische Partei ist es wichtig, die Gegner zu kennen. Der Hauptgegner ist die SPD. Als zweite folgen FDP und BHE.

Das Zentrum ist als Splitterpartei wohl noch in der Lage, die CDU im entscheidenden Prozentsatz zu schwächen, kann aber selber in Nordrhein-Westfalen nicht mehr als maßgebender politischer Faktor angesprochen werden. Bedeutung wird es in Nordrhein-Westfalen künftig nur dann besitzen, wenn es ihm etwa gelingen sollte, das Zünglein an der Waage zu bleiben.

Die KP – und das ist eine restlos erfreuliche Feststellung – ist ebenfalls eine Splitterpartei. Die Erfahrungen der Vergangenheit, der tägliche Abschreckungsunterricht aus der Ostzone und – nicht zu unterschätzen – die Erfolge der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung haben das Volk von ihr abgezogen. Gerade in einem politisch so spannungsreichen Gebiet wie dem Ruhrgebiet spielt alles dies eine maßgebende Rolle. Hinzu kommt, daß die Landesregierung Nordrhein-Westfalen mit unerbittlicher Konsequenz die Hilfskader der KP, insbesondere die FDJ, zerschlagen hat. Die heutige Situation darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie sich in verhältnismäßig kurzer Zeit ändern könnte. Zum Beispiel würde allein eine wirtschaftliche Depression einen grundlegenden Wandel herbeiführen können.

IV. Für die CDU als Partei ergeben sich aus den Kommunalwahlen erhebliche Folgerungen, die gezogen werden müssen, wenn wir nicht endgültig in die zweite Rolle verdrängt werden wollen:

1. Es müssen ernsthafte Überlegungen darüber angestellt werden, wie vor allem die neu hinzukommenden jugendlichen Wähler für unsere Partei gewonnen werden können. Dabei wird nicht unbeachtet bleiben dürfen, daß möglicherweise die Diskussion um den Wehrbeitrag diese Gruppe dazu geführt hat, ihre Stimme der SPD zu geben, die scheinbar jede Remilitarisierung schroff ablehnt. Hier liegt auch ein weites Feld für die Junge Union, der es bislang nicht gelungen ist, eine politische Jugendbewegung in erheblichem Umfange zu werden.

2. Offensichtlich ist die Zuwendung der Flüchtlinge zum BHE, vielleicht auch noch im gewissen Umfange zur SPD; jedenfalls nicht zur CDU. Das zeigt sich durch den verhältnismäßig sehr starken Stimmenzuwachs des BHE in den ländlichen Gebieten, die bekanntermaßen insbesondere als Auffanggebiete der Flüchtlinge gedient haben und dienen. Dies ist um so bedeutungsvoller, als man vielleicht doch hätte erwarten dürfen, daß die Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes diese bereits seit geraumer Zeit festzustellende Entwicklung zum Stillstand gebracht hätte. Auch in diesem Zusammenhang werden ernsthafte Überlegungen nach zwei Richtungen hin erforderlich sein. Einmal wird überlegt werden müssen, ob nicht durch eine stärkere Popularisierung des rechtlich so komplizierten und nicht nur für den einfachen Mann schwer verständlichen Lastenausgleichsgesetzes ein günstigerer Eindruck bei den Flüchtlingen hervorgerufen werden kann. Andererseits wird man aber dem Problem der Evakuierten besondere Aufmerksamkeit widmen müssen, deren Belange ja ganz ohne Zweifel hinter denen der Flüchtlinge zurückgetreten sind. Ich habe als Vertreter eines Landes, in dem die Zahl der während der Kriegszeit aus den ausgebombten Großstädten Evakuierten ganz besonders groß war, Veranlassung, gerade auf diesen Gesichtspunkt hinzuweisen. Es ist kein Geheimnis, daß sich die Evakuierten den Flüchtlingen gegenüber zurückgesetzt fühlen. Die Evakuierten sind für uns im Lande Nordrhein-Westfalen unsere Landsleute, deren persönliche wie auch wirtschaftliche Opfer und Verluste in gebührender Weise anzuerkennen unsere Aufgabe ist. Darüber hinaus sind sie eine politische Substanz, aus der sich unsere Wähler hauptsächlich zusammensetzen. Wir haben also allen Grund, sie mit den Flüchtlingen gleichzustellen und sie beschleunigt in ihre Heimat zurückzuführen. Eine Möglichkeit, die ja bei den Flüchtlingen und Heimatvertriebenen leider nicht mehr besteht.

3. Bedeutungsvoll ist das Anwachsen der SPD in Gebieten, die wegen ihrer wesentlich bäuerlichen oder kleingewerbetreibenden Bevölkerung bisher als Domäne der CDU galten. Man wird beschleunigt und eingehend die Frage zu untersuchen haben, ob politische oder wirtschaftliche Gründe oder ob beide dafür maßgebend waren. Insbesondere, ob die CDU ihren bisherigen Wählern die Anhängerschaft nicht gerade dadurch erschwert hat, daß sie den wirtschaftlichen und sozialen Pro-

blemen des bäuerlichen und gewerblichen Klein- und Mittelbetriebes zu geringe Aufmerksamkeit geschenkt hat.

4. Im Hinblick auf die konfessionelle Gliederung des Landes ist festzustellen, daß die Gewinne der FDP vor allem in Gebieten liegen, die überwiegend protestantische Bevölkerung besitzen. Wenn nicht, was eingehend untersucht werden muß, allgemein politische Gründe dafür maßgebend sein sollten, würde diese Feststellung bestätigen, daß die schon seit einiger Zeit zu beobachtende Abwanderung der Protestanten aus der CDU anhält, wenn auch vielleicht nicht in früherem Umfange. Eine solche Entwicklung wäre für eine christliche Partei, die den Willen zur Union hat, bedenklich. Sie könnte, wenn sie nicht aufgehalten würde, einmal zum Ende der christlichen Union, und damit zum Verluste dessen führen, was wir aus den Jahren der Diktatur und des Krieges politisch als Gewinn gerettet haben. Die Entwicklung der CDU in dieser Hinsicht ist deshalb besonders sorgfältig zu untersuchen, mit ihren Gründen zu erforschen und alsbald durch die erforderlichen Gegenmaßnahmen zu hemmen.

5. Interessant ist die Entwicklung der FDP. Ganz allgemein kann man ihre Erfolge wohl darauf zurückführen, daß sie ihren Wahlkampf gemäß den Ideen des nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Dr. Middelhauve vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der „nationalen Sammlung" geführt hat. Schwarz-weiß-rote Wahlplakate, Marschkonzerte vor den Versammlungen, die Ankündigung von Wahlrednern als ehemalige Ritterkreuzträger und Frontsoldaten und anderes mehr kennzeichneten diese Einstellung der FDP in Nordrhein-Westfalen. So wird man wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß die FDP gerade aus den Kreisen der ehemaligen Berufssoldaten und national-konservativen rechtsgerichteten Kreisen, die sich in den ersten Jahren nach der Kapitulation der CDU zugewandt hatten, starken Zuzug erhalten hat. Besonders deutlich wird das für Ostwestfalen, wo die FDP, wie gesagt, ihren größten Stimmenzuwachs verbuchen kann. Gerade diese Gegend ist in der Vergangenheit wiederholt als Keimstätte rechtsgerichteter Entwicklungen in Erscheinung getreten. Für die CDU im Lande Nordrhein-Westfalen wird sich die Notwendigkeit ergeben, zu untersuchen, auf welche Weise sie an den großen Block der politisch heimatlos Gewordenen herankommt, ohne, wie die FDP in Nordrhein-Westfalen, ihr Gesicht zu verlieren.

6. Angesichts der Tatsache, daß in die bisher völlig sicheren ländlichen Kreise des Regierungsbezirkes Aachen stärkere Einbrüche der SPD möglich waren, erscheint es auch aus parteipolitischen Gesichtspunkten von besonderer Bedeutung, alles zu unternehmen, um hier eine neue politische Anziehungskraft für die CDU zu finden. In dieser Hinsicht ist es von besonderer Wichtigkeit, die am Rande dieser Landschaft unter vorläufige holländische Auftragsverwaltung gestellten Gebiete des Selfkant und von Elten[71] wieder nach Deutschland zurückzuführen. Gerade das Selfkantgebiet ist von jeher eine Domäne der CDU gewesen.

---

71 Selfkant ist ein Gebiet südwestlich von Mönchengladbach; Elten ist ein Ort bei Emmerich (inzwischen eingemeindet).

7. Von besonderer Bedeutung ist auch die Entwicklung des Zentrums. Zeigen seine seit 1948 ständig zunehmenden Stimmverluste auch, daß ihm seine betonten Linkstendenzen nichts genützt haben und es auch nicht in der Lage gewesen ist, die von der CDU nach links tendierenden Wähler aufzufangen, so ist auf der anderen Seite doch auch nicht zu übersehen, daß die das Zentrum verlassenden Wähler in den meisten Fällen nicht zur CDU gekommen sind. Auch unter diesem Gesichtspunkt stellt sich das Nebeneinander zweier auf christlichem Boden arbeitender politischer Parteien als eine gefährliche Spaltung des christlichen Volksteiles bei seiner politischen Entscheidung dar. Da das Zentrum gerade im Lande Nordrhein-Westfalen verhältnismäßig noch am stärksten ist, wird man alles tun müssen, um diesen bedenklichen Zustand der Spaltung zu beseitigen; Heinemann-Wessel-Partei nicht berücksichtigt.

8. Die Wahl hat eindeutig erwiesen, daß die kleinen Splitterparteien für das Ergebnis der Wahl ohne jede praktische Bedeutung gewesen sind. Unter diesen Umständen sollte man nicht davor zurückschrecken, ihre Existenz durch den Einbau entsprechender gesetzlicher Bestimmungen in die Wahlgesetze nach Möglichkeit zu verhindern.

9. Endlich scheint es mir aber erforderlich, aus dem Ergebnis der Wahlen für die Organisation der Partei gewisse Konsequenzen zu ziehen. Ich bin sicherlich nicht der Ansicht, daß Organisation den Inhalt verbessert oder gar den mangelnden Inhalt zu ersetzen vermag. Dennoch meine ich, daß wir der Organisation zu wenig Beachtung schenken. Wir sollten in der Beziehung von der SPD lernen, daß eine gute Organisation das Parteileben wesentlich vereinfachen kann.

Eine straffe Organisation braucht auch nicht dem Gedanken des Föderalismus zu widersprechen. Sie kann ja auf Länderebene aufgebaut werden. Ich hielte es beispielsweise für einen entscheidenden Vorteil, wenn wir in Nordrhein-Westfalen nur eine Landespartei hätten, die ihren Vorstand und ihre Geschäftsstelle am Sitz der Landtagsfraktion und der Landesregierung hätte.

Von hier aus könnte die Entwicklung der Partei beobachtet und beeinflußt werden. Jede Wahl müßte ausgewertet werden. Rote oder sonstige Einbruchstellen müßten, kartographisch festgehalten, auf den ersten Blick die gefährdeten Stellen im Lande erweisen. Von hier könnte Parteipolitik auf lange Sicht getrieben werden, damit wir nicht gezwungen sind, politisch gewissermaßen von der Hand in den Mund zu leben.

Gerade die Einbrüche in das Gefüge der CDU erfordern einschneidende Maßnahmen. Durch klares Erkennen der Gefahrenstellen könnte im Zusammengehen mit der Landtagsfraktion der Einsatz der Rednerreserven, im Zusammenwirken mit der Landesregierung auch der gelenkte Einsatz von Landesmitteln für bestimmte Zwecke so bewirkt werden, daß daraus ein Vorteil für die CDU entstünde.

In den Kreisparteien muß die Arbeit erheblich intensiviert werden. Das fängt bei der Mitgliederwerbung an. Die Zahl unserer Mitglieder ist erschreckend gering. Wenn sie auch nur einen ganz kleinen Bruchteil unserer Wähler darstellen, so muß

eine umfassende Werbung neuer Mitglieder überhaupt anfangen. Auch das ist zunächst einmal eine Frage der Planung und Organisation. Aber sie muß endlich einmal in Angriff genommen werden.

Unsere Ratsmitglieder in den Gemeinden, Ämtern und Kreisen müssen viel mehr geschult werden, als das bisher der Fall war. Erst dann können sie, die vielfach redliche Leute, aber ohne genügende politische Fundierung sind, auch für die gesamte CDU wirken. Sie müssen in ihren Wahlbezirken Sprechtage abhalten, sich mit den Sorgen und Nöten ihrer Wähler – und damit mit diesen selbst – vertraut machen, und im wahrsten Sinne des Wortes ihr Vertrauen erwerben.

In erhöhtem Maße gilt das von Landtags- und Bundestagsabgeordneten. Es ist geradezu erschreckend, wenn es in Nordrhein-Westfalen Landtagsabgeordnete gegeben hat – und ihre Zahl soll nicht klein gewesen sein –, die sich weigerten, zur Kommunalwahl außerhalb ihres Landtagswahlkreises zu sprechen! Solche Abgeordnete sind auf die Dauer in unserem gemeinsamen Interesse untragbar. Auch die Kleinarbeit der Landtagsabgeordneten mit Sprechtagen und ähnliches muß erheblich intensiviert werden. Dazu bedarf es aber der Anregung, des Beispiels und notfalls mehr oder weniger sanften Drucks.

Aus der Fülle der mit der Organisation zusammenhängenden Fragen könnte ich hier naturgemäß nur einige wenige Beispiele bringen. Es harren hier Aufgaben, denen sich die Verantwortlichen mit ganzem Einsatz und erheblicher Arbeitskraft unterziehen müssen, wenn ein Ziel erreicht werden soll; Entlastung der Parteifunktionäre und Vorsitzenden von anderen Aufgaben, die sie von ihrer Arbeit abziehen.

Eine im Vergleich zu der unseren organisatorisch festgefügten Partei wie die SPD nimmt solche Fragen sehr ernst. Bereits im Juni des vergangenen Jahres erzählte mir ein SPD-Abgeordneter des Landtages Nordrhein-Westfalen, daß er mit der Vorbereitung der Bundestagswahl in unserem Lande beauftragt sei.

Und endlich müßten wir zu einer propagandistisch wirkungsvolleren Auswertung unserer Arbeit und unserer Erfolge kommen. Hier liegen die Dinge sehr im argen. Das ist jedoch schon zu häufig hervorgehoben worden, daß ich mich hier mit dieser Bemerkung begnügen möchte, obwohl ich nicht überzeugt bin, daß der Frage der Propaganda in unserer Partei die Aufmerksamkeit geschenkt wird, die in einer Zeit wie der unseren unbedingt erforderlich ist.

V. Ich bin am Ende meiner Ausführungen. Naturgemäß wäre im einzelnen noch vieles zu sagen, manches zu erläutern und zu vertiefen. Das würde aber den Rahmen meines Referates sprengen und gehört auch mehr in die Beratungen der Landespartei.

In diesem Kreise möchte ich nur schließen mit der alten Feststellung: Ob es besser wird, wenn es anders wird, das steht dahin. Daß es aber anders werden muß, wenn es gut werden soll, das ist gewiß.

Adenauer: Den Dank, den wir Herrn Meyers für seinen Vortrag schuldig sind, spreche ich von ganzem Herzen aus. Sein Vortrag hat für uns alle sehr viel Lehrreiches gebracht. Ich habe ihn gebeten, diesen Vortrag zu halten, weil wir im Lande

Nordrhein-Westfalen zwei CDU-Parteien mit zwei Vorsitzenden haben, und weil, wenn man einen Westfalen hört, dieser sagt: die Rheinländer sind schuld, und wenn man einen Rheinländer hört, dieser erklärt: die Westfalen sind schuld!

Ich bitte, mir zu erlauben, einige Worte zu sagen. Ich möchte mich dann für eine Viertelstunde wegen einer dringenden außenpolitischen Angelegenheit entfernen. Zunächst noch ein Wort über die Disposition. Ich schlage Ihnen vor, daß wir um halb 2 Uhr eine Pause einlegen.

Was nun das Wahlgesetz angeht, so ist Herr Lehr nicht zu haben; er ist in Münster. Herr Scharnberg ist eben wegen einer heftigen Grippeerkrankung nach Hause gefahren. Herr von Lex[72], der Staatssekretär des Herrn Lehr, kann uns einen Vortrag halten, aber nur um 3 Uhr, weil er um 5 Uhr verhindert ist.

Ich möchte vorschlagen, daß wir um 3 Uhr den Vortrag des Herrn Dr. von Lex hören. Damit scheinen Sie einverstanden zu sein!

Einige Bemerkungen zu dem, was wir eben gehört haben. Zunächst hat Herr Meyers einen sehr wichtigen Hinweis für die Taktik der SPD aufgezeigt. Wenn die EVG-Verträge nicht zustande kommen, wird ein wirtschaftspolitischer Rückschlag größten Ausmaßes eintreten. Die Erschütterung wird so stark sein auf wirtschaftlichem Gebiet, daß dadurch den Sozialdemokraten die Wähler haufenweise entgegengetrieben werden. Wir haben darüber noch nicht gesprochen; ich möchte aber doch darauf hinweisen. *(Bewegung bei Kaiser und Tillmanns.)*

Meine Herren! Der EVG-Vertrag kommt nicht zustande, und die Zahl unserer Arbeitslosen steigt an. Dann machen Sie einem Arbeitslosen einmal klar, daß er nicht arbeitslos wäre, wenn die SPD anders gestimmt hätte!

Es ist sehr richtig, worauf Herr Meyers hinwies; tatsächlich sind die Evakuierten schlechter behandelt worden, als sie es verdienen. Sie sind im öffentlichen Interesse zurückgetreten hinter die Vertriebenen. Die Vertriebenen haben mehr verloren. Das ist ohne weiteres zuzugeben. Aber die Evakuierten sind auch ein großer Bestandteil der Bevölkerung. Ich denke daran, daß ich zum Beispiel als früherer Oberbürgermeister von Köln viele Zuschriften von Evakuierten bekomme, die nach Köln zurück wollen und nicht können. Ich weiß nicht, wieviel Zigtausende es sind, die noch evakuiert sind.

Herr Meyers hat zum Schluß seiner Ausführungen gesagt: Wir müssen offensiv vorgehen. Er hat vollkommen recht. Offensiv vorgehen heißt: Kritik im Inneren, aber nicht draußen. Das beobachte ich nämlich als einen allgemeinen Fehler unserer Partei, daß wir einander draußen viel zu viel auszusetzen haben; zum Beispiel die Länder am Bund. Meine Herren! Wo finden Sie nicht, daß am Bund und damit an der CDU-Fraktion des Bundestages scharfe Kritik geübt wird. Das ist für die Bundestagswahl sehr schlecht. Daran wollen wir denken.

Dann glaube ich, sollten wir doch an die verehrten beiden Landesvorsitzenden

72 Hans Ritter von Lex (1893–1970), 1932–1933 MdR (BVP), 1947–1949 im bayerischen Innenministerium, 1949–1960 Staatssekretär im Bundesministerium des Innern.

von Nordrhein und von Westfalen die dringende Bitte richten, nun endlich dem Projekt einer Verschmelzung dieser beiden Landesparteien ernsthaft näherzutreten.[73] (*Johnen:* Einverstanden! – *Leichte Heiterkeit.*) Lachen Sie nicht darüber, es ist eine sehr ernste Sache. Die beiden Landesparteien haben eine Zusammenkunft nach der letzten Wahl in Düsseldorf gehabt. Ich habe voll froher Hoffnung auf das Ergebnis dieser Besprechung gewartet, aber bisher ist kein Ergebnis sichtbar geworden. Ich glaube daher, die dringende Bitte namens des ganzen Parteivorstandes an die beiden Landesparteivorsitzenden richten zu sollen, auf diesem Gebiet doch vorwärtszumachen.

Nun will ich Ihnen sagen, was ich mir, der ich ja dort jahrelang Vorsitzender der Partei Nordrhein war, während des Vortrages des Herrn Meyers notiert habe: Aachen minus 9 %, im Landkreis minus, Siegerland minus, Sauerland minus. Das scheint mir darauf hinzuweisen – ich bitte, mir das nicht übelzunehmen von den beiden Herren Landesvorsitzenden; ich will mich jetzt sehr diplomatisch ausdrücken –, als wenn man sich in einer zu großen Sicherheit gewiegt hätte und deshalb nicht genug getan hat. (*Johnen:* Irrtum!) Natürlich ist es ein Irrtum, aber, verehrter Herr Johnen, ich war doch Ihr Vorgänger. Ich weiß, wie die Organisation im Rheinland ist. Als ich wegging, habe ich Sie darauf aufmerksam gemacht und Ihnen gesagt, wie wenig zufrieden ich mit dieser Organisation sei. Ich hoffe, es hat sich vieles gebessert unter Ihrer Leitung; ganz überzeugt bin ich nicht davon. Aber ich spreche nicht speziell über Nordrhein.

Daß in den Landkreisen die Sache zurückgegangen ist, kann nicht daran liegen, daß es etwa den bäuerlichen Betrieben schlechtergegangen sei. Den bäuerlichen Betrieben hat es nie im Leben so gut gegangen, wie es ihnen jetzt geht. Das muß einmal mit allem Nachdruck gesagt werden. Also, das kann nur daran liegen, daß man geglaubt hat, man brauche nicht viel zu tun, die Bauern würden unter Führung der Pastöre das Nötige tun. Das haben sie nicht getan, sondern sie sind in die SPD hineingegangen. Das scheint auch im Sauerland der Fall gewesen zu sein. Im Siegerland muß man unterscheiden zwischen Siegen-Stadt und Siegen-Land. Ich weiß, wie die Organisation in Siegen-Stadt ist, und ich könnte mir auch vorstellen, wie sie in Siegen-Land ist. Wenn ich mir die Vorsitzenden der beiden Parteien nebeneinander vorstelle – ich habe sie neulich zusammen getroffen in Siegen[74] –, dann weiß ich Bescheid.

Wenn in Aachen mit minus 9 % ein solcher Einbruch kommt, dann ist das unmöglich anders zu erklären, als daß irgendwo örtlich da etwas nicht in Ordnung ist. Worauf soll es dann zurückzuführen sein? Im ganzen Regierungsbezirk Aachen und im Landkreis mindestens 10 %. Worauf soll es zurückzuführen sein? Aachen

---

73 Vorsitzender der rheinischen CDU war Wilhelm Johnen, der westfälischen CDU Lambert Lensing (vgl. auch Anm. 78).

74 Adenauer hatte am 8. November 1952 bei einer Kundgebung zur Kommunalwahl vom 9. November in Siegen gesprochen.

hat gewiß industrielle Bezirke, Bergbau usw. Aber wenn im Industriegebiet die Sache gehalten wird und in allen Landkreisen des Regierungsbezirks Aachen ein Minus von 10 % erreicht wird, dann muß das eine besondere Ursache haben.

Ich kann mir nicht anders helfen; ich habe mich sehr konziliant ausgedrückt und gesagt: Man hat offenbar zu viel Vertrauen in die Sicherheit dieser Bezirke gehabt. Und Vertrauen in der heutigen Zeit der immensen Intensität der SPD, der Agitationsmöglichkeiten durch den Rundfunk usw., rächt sich bitter. Daher ziehe ich daraus die Folgerung und hoffe, daß es in anderen Ländern mit der Organisation besser aussieht oder daß mit der größten Intensität in der Organisation noch überall das nachgeholt wird, was nötig ist.

Mir scheint, ich kann mir nicht anders helfen, das zum großen Teil auf Mängel in der Organisation zurückzuführen zu sein. Was Herr Meyers zum Schluß seiner Ausführungen gesagt hat über den mangelnden Sensus der gewählten Volksvertreter, das ist doch geradezu vernichtend. Da muß er allerdings appellieren an die Kommunalpolitische Vereinigung; denn die Aufgabe der Kommunalpolitischen Vereinigung ist ja ganz speziell, diese Vertreter unserer Partei in den kommunalen Gremien entsprechend zu unterrichten und zu schulen.

Da muß auch Herr Heck von uns aus an die Kommunalpolitische Vereinigung herantreten. Herr Meyers wird die Freundlichkeit haben, zu veranlassen, daß die Kommunalpolitische Vereinigung da nach dem Rechten schaut. Das ist von großer Bedeutung für die große Politik; denn eine Partei wird in den kleinen Dörfern, den Gemeinden und Städten sehr viel danach beurteilt, wie die Leute im Rathaus arbeiten. Wenn da Schlafmützen sitzen und die SPD-Leute die Geweckten sind, dann sagen natürlich die Wähler, die nicht tief mit unserer Partei verbunden sind, die SPD scheint doch fortschrittlicher zu sein, und die anderen sind die Schlafmützen. Dann wählen sie auch bei der Bundestagswahl SPD.

Wir haben ein sehr großes Interesse an diesen Vorgängen. Ich danke Herrn Meyers nochmals für seine Ausführungen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, mich zu entschuldigen, ich bin gleich wieder da. Ich möchte gern, daß die, ich will nicht sagen verantwortlichen, aber die zuständigen Herren zu dem Ergebnis sich einmal äußern.

Johnen: Es ist schade, daß Herr Dr. Adenauer das nicht hört! *(Adenauer – beim Verlassen des Raumes:* Ich weiß, was Sie sagen wollen; Sie sagen: Wir sind unschuldig!) Ich könnte höchstens von der Fortsetzung einer Schuld sprechen! *(Heiterkeit.)*

Was den Einbruch der SPD in die Landbevölkerung von Aachen betrifft, so hat es keinen Zweck, über das Örtliche und Personelle in Aachen etwas vorzutragen. Darüber sind wir uns klar, daß es örtliche und personelle Dinge in Aachen sind, die es veranlaßt haben, daß plötzlich das Zentrum in Aachen aufgetreten ist, und zwar gestützt auf Persönlichkeiten, die unsere Mitglieder sind![75]

75 Bei der Kommunalwahl am 9. November 1952 war die Deutsche Zentrumspartei zum ersten Mal in Aachen angetreten, blieb aber unter 5 %. Die CDU erhielt 20 (bis dahin

Die Struktur der Landkreise hat sich geändert. Die Steinkohle von Aachen und die Braunkohle von Köln haben die ganze Struktur revolutioniert. Dazu kommt, daß die Flüchtlinge meist auf dem Lande untergebracht sind. Nun haben wir aus der Wahl von 1948 in den einzelnen kleinen Gemeinden noch durchweg Gemeinderäte zu 90 % aus der CDU, Landwirte usw. Diese Gemeindeabgeordneten sind nicht so beweglich, daß sie die Zuwanderung der Arbeiter usw. berücksichtigt haben. Sie haben stur an ihrer alten bäuerlichen Politik festgehalten, haben sehr stark die Arbeitnehmer vor den Kopf gestoßen, und zwar mit dem Ergebnis, daß ein Teil auch der christlichen Arbeiter, um dieses Bollwerk des Gemeinderates zu sprengen, eine andere Partei gewählt haben, meist SPD, weil sie FDP nicht wählen wollten und eine andere Partei nicht vorhanden war.

Wir müssen die Strukturveränderung des Landkreises sehen. Vielleicht hat man sie – da mag Herr Dr. Adenauer recht haben – im voraus nicht so deutlich gesehen, wie es sich aus dem Wahlergebnis ergibt.

Es scheint, daß die SPD ihr Reservoir im Ruhrgebiet, wo sie bisher führend war, erschöpft hat und nun auf das Land geht. Nun kommt die Folge der Propaganda der SPD, die nicht auf Wahlversammlungen und Plakate so viel Wert gelegt hat, sondern in die Betriebe geht. Die Arbeiter der Betriebe haben diese Propaganda von Mund zu Mund bis in die Dörfer genommen. Diese Taktik ist bei uns tatsächlich in diesem Ausmaß nicht erkannt worden.

Man hat auch zwei Listen von eingeschriebenen Parteimitgliedern aufgestellt, weil unser Wahlgesetz es ermöglicht, daß durch eine Unterschrift eine Liste eingereicht werden kann. Es sind Leute dagewesen, die haben sich für die Wahl einen anderen Namen gegeben; ein Verfahren, das nicht gebilligt werden kann, das aber tatsächlich in einem größeren Ausmaß vorgekommen ist, als Sie es wahrscheinlich ahnen.

Dazu kommt noch der erstmalige Einbruch der FDP im Regierungsbezirk Aachen. Da war die FDP bisher nicht. Nun ist plötzlich die FDP aufgetreten mit dem Rechtsdrall – wenn ich es so ausdrücken darf unter uns –, und sie hat mit Fleiß Einzellisten aufgestellt, entweder einen früheren Ortsgruppenleiter oder früheren Hauptabteilungsleiter oder irgendwen, und diese Personen haben dann, wie wir vermuten, auch die ehemaligen Nationalsozialisten an sich gezogen. Dabei ist das Bild etwas durcheinander.

In meiner Heimatstadt Jülich sind in dem Reichsbahnausbesserungswerk, das rein sozialistisch ist, immerhin über 1.400 Arbeiter. Das ist für ein Städtchen mit 10.000 Einwohnern ein großer Betrieb. Ich habe in diesem Wahlkampf in die Eiterbeule gestochen. Dort ist kein christlicher Arbeiter bereit, d.h. er wagt es nicht, sich

---

21) Sitze, die SPD 14 (12), die FDP 8(0). In zwei Bezirken bewirkte die Stimmenabgabe für die Zentrumspartei den Verlust der CDU- und den Sieg der SPD-Kandidaten (vgl. UiD vom 12. November 1952). Gegenüber 1947 verlor die CDU 7,4 % (49,7 % statt 57,1 %).

in einem Gemeinderat aufstellen zu lassen, weil er sonst Nachteile im Betrieb befürchtet. Wir haben dort ein paar Salon-CDU-Leute, wie man im Dritten Reich Salon-CDU-Leute [!] hatte, die sehr poussiert werden; das sind drei, vier, denen tun sie nichts – im Gegenteil, aber alle übrigen wagen es nicht, etwas zu tun.

Es ist interessant, in dieser Siedlung, wo die Hauptarbeiter wohnen, sind die meisten FDP-Stimmen. Die versteckten Nationalsozialisten, die früher SPD oder CDU gewählt haben, haben jetzt FDP gewählt, weil diese Ortsgruppenleiter aufgestellt hat. (*Kaiser:* Schade, daß der Bundeskanzler nicht zuhört!) Es wird sehr interessieren, Herr Lübke, Herr Meyers hat eben dargelegt, daß die jungen Leute und die Flüchtlinge, soweit man das feststellen kann, auch da, wo viel geschehen ist, nicht CDU gewählt haben. Herr Oberbürgermeister Gockeln hat mir schriftlich mitgeteilt, daß es in Düsseldorf eine Flüchtlingssiedlung gibt, die eine mustergültige Siedlung sein soll. Herr Gockeln behauptet, daß die Nachbarstädte auf diese Siedlung neidisch seien. Dort hat aber ein ganz gewaltiger Prozentsatz trotz allem SPD gewählt. Ähnliches ist auch aus Köln zu berichten.

Ich bin aber überzeugt, daß die Flüchtlinge auf die Dauer nicht verloren, sondern daß sie zu gewinnen sind, und ich hoffe, daß der bisherige Zustand nur vorübergehend sein wird. Wenn Sie das Verschwinden der KPD sehen und dazunehmen, daß die Flüchtlinge und ein Teil unserer jungen Leute SPD gewählt haben, dann erklärt sich der Zuwachs der SPD durchaus. Ich will das keinesfalls entschuldigen; ich will es nur erklären. (*Lübke:* Die Flüchtlinge schwanken noch von einer Partei zur anderen. Das könnte ich Ihnen statistisch belegen mit Zahlenmaterial, was ich oben bei der letzten Wahl gesammelt habe.) Ich habe den Eindruck, daß das Tor der Flüchtlinge nicht zu uns anstößt, sondern bei den anderen. (*Lübke:* Bei meinen Wählern ist es so: vielleicht ein Drittel Flüchtlingsstimmen CDU, zwei Drittel schwanken zwischen SPD und BHE hin und her.) Es war interessant, daß von einem Vertreter in Köln in einer Sitzung des Landesvorstandes vorgetragen wurde, man solle ein Augenmerk auf die Arbeitsämter richten; denn die sozialistischen Referenten in den Arbeitsämtern hätten geradezu ein Händchen dafür, Sozialisten aus Schleswig-Holstein in die Umsiedlung zu bekommen.

Die Leute, die von Schleswig-Holstein nach Köln umgesiedelt werden und nicht sofort Arbeit finden, werden natürlich mordsmäßig schimpfen und sagen: Eine Wohnung hatten wir in Schleswig-Holstein. Warum haben Sie uns geholt, wenn Sie hier keine Arbeit für uns haben. Ich will nur psychologisch sagen: Hätten die Leute am nächsten Tag gewählt, dann bestimmt nicht CDU; vielleicht hätten sie in Schleswig-Holstein mit ihrer guten Wohnung es getan.

Ich weiß nicht, ob Sie die Landwirte kennen in ihrer guten, sturen Art; so sind sie auch in der Politik. Der kleine Großbauer, der etwa 200 Morgen bebaut, neigt im gesamten Aachener Raum gefühlsmäßig jetzt zur FDP, um gesellschaftsfähig zu sein. Dieser Gesichtspunkt spielt eine ungeheuer große Rolle. Die Landwirtschaft sieht auch, mehr als wir glauben, darauf, was dieser größere Bauer wählt. Wie verhält er sich? Das ist bezirklich zwar verschieden, aber wir dürfen das nicht

unterschätzen. Es spielen im Rheinland die Bewegung von Lüninck[76] und in Westfalen die Bewegung von Oer[77] eine nicht zu unterschätzende Rolle. (*Kaiser:* Was spielt der Lüninck für eine Rolle?) Das kann ich Ihnen nicht sagen; er unterstützt keineswegs die Politik der CDU. (*Altmeier:* Niemals!) Die Kommunalpolitische Vereinigung tut, was sie kann, ihr fehlt nicht der gute Wille, sondern das Geld. Die CDU-Fraktion in Düsseldorf zahlt an die Kommunalpolitische Vereinigung, obwohl wir an sich nichts damit zu tun haben, laufend Beträge und Zuschüsse, damit sie ihre Schulungen weiter durchführen kann.

Ich kann nur die dringendste Bitte an die Bundespartei richten, daß sie sich mit der Kommunalpolitischen Vereinigung in Verbindung setzt, um sie geldlich zu unterstützen, damit Schulungen durchgeführt werden können.

Wir kennen die Gründe inzwischen genau; wir wollen uns nichts vormachen. Wir haben wahrscheinlich diese Strukturänderung auf dem Land nicht so vorausgesehen. Die Frage ist nur, wie können wir die Mängel in Zukunft beheben. Wir haben bereits in Nordrhein begonnen und führen Versammlungen durch. Wir haben am Samstag den Parteiausschuß zusammen, wo die internen Fragen über den Aufbau der Organisation diskutiert werden.

Kaiser: Herr Johnen, ich habe in Rheydt gesagt, daß wir den Nationalsozialismus nicht zu fürchten brauchen. Da trat mir ein sehr aktiver Herr von Aachen entgegen und sagte: Die Gefahr ist bei uns im Grenzraum Aachen voll und ganz gegeben! Er hat auch so ähnliche Dinge über die Strukturwandlung gesagt.

Auch ein evangelischer Geistlicher mußte bestätigen, daß eine vollkommene Wandlung durch das Hereinkommen des Hauptquartiers der Engländer in der Nähe von Mönchengladbach in den Dörfern sich vollzogen hat.

Ich bin der Überzeugung, daß wir im Raum Nordrhein-Westfalen um die Arbeiterschaft einen Kampf sondergleichen mit der SPD durchfechten müssen. Hören wir jetzt Herrn Lensing.

Lensing: Nachdem der „Angeklagte" Johnen sich ausführlich über die Situation in Nordrhein geäußert hat, möchte ich zunächst etwas zu den organisatorischen Veränderungen sagen, wie sie der Herr Bundeskanzler und Herr Dr. Meyers befürwortet haben. Die Partei in Nordrhein und Westfalen ist auf der geschichtlichen Grundlage der beiden Provinzen entstanden. Wenn der Bundeskanzler vorhin davon gesprochen hat, daß er zu irgendeinem Zeitpunkt gehört habe, daß wir für Nordrhein-Westfalen eine Zusammenfassung wollten, so ist das damals gewesen, als

76 In der Vorlage: Lüning. – Hermann Frhr. von Lüninck (1893–1975), 1925–1933 Präsident der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, 1931–1933 Vorsitzender der Vereinigung des Rheinischen Bauernvereins und des Rheinischen Landbundes, 1933 Oberpräsident der Rheinprovinz, nach 1945 Vorsitzender des Agrarpolitischen Ausschusses des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes und bis 1962 Vorsitzender des Vorstands der Rheinischen Warenzentrale.

77 In der Vorlage:Ohr. – Antonius Frhr. von Oer, (1896–1968), 1955–1968 Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes.

ich darum gebeten habe, sich einmal zusammenzusetzen, um eine vernünftige Koordinierung von Nordrhein und Westfalen zu erreichen, die man nicht so ohne weiteres machen kann, sondern die dem gewachsenen Unterschied dieser beiden Provinzen und dem Soupçon – den man auf westfälischer Seite den Rheinländern gegenüber hat – Rechnung tragen muß.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen schon einmal einen Koordinierungsausschuß gehabt, an den ich mit Schrecken zurückdenke. Er ist eines Tages mit einem furchtbaren Knall geplatzt.[78] Ich bin absolut willens, mit Herrn Johnen und dem Vorstand von Nordrhein-Westfalen Abmachungen zu treffen, die eine straffere Zusammenarbeit dieser beiden Landesparteien zum Ziele haben; vielleicht in bezug auf die Geschäftsführung, vielleicht auch in bezug auf die Organisation. Das müssen wir mal überlegen.

Wenn wir im Sauerland und im Siegerland Verluste gemacht haben, so liegt das daran, daß wir dort sehr unbefriedigende Presseverhältnisse haben; nicht etwa deshalb, weil unsere Presse sich keine große Mühe gibt, sondern weil aus dem früheren Lizenzierungssystem die SPD-Presse im Sauer- und Siegerland außerordentlich stark verbreitet ist und daher den Einfluß hat.

Im Münsterland haben wir sehr gut abgeschnitten. Das geht aus den Zahlen nicht hervor, weil wir dort zum großen Teil mit dem Zentrum zusammengegangen sind. Aber gerade in bezug auf das Zentrum haben wir im Münsterland große Erfolge erreicht. Das Zentrum ist im Münsterland weitgehend mattgesetzt.

Der größte Teil der Großstädte in Westfalen wird durch die SPD regiert. Wir haben in Westfalen eine große Anzahl von Flüchtlingen aus dem Bayerischen Wald oder aus Schleswig-Holstein bekommen. Diese Leute haben durch die Wirtschaftspolitik und die Wohnbaupolitik der Bundesregierung Arbeit und Wohnung bekommen.

Wenn diese Leute in Dortmund oder in Bochum ankommen, wo wir sehr rührige SPD-Stadtverwaltungen haben, werden sie von einem SPD-Oberbürgermeister mit einer Musikkapelle begrüßt, und dann werden sie in ihre Wohnung geführt, und anschließend sagt der SPD-Oberbürgermeister: Das verdankt ihr der SPD! Darauf sind die Leute in den Großstädten ziemlich hereingefallen.

An diesem ganzen Elend in den Großstädten ist unsere Personalpolitik weitgehend schuldig. Ich brauche nicht auf das Kapitel „Arbeitsdirektoren" einzugehen, die ja zum größten Teil SPD-Leute sind. Aber auch die sonstigen Leitungen in den Werken hat sich die SPD weitgehend gesichert und mit Persönlichkeiten besetzt, die ihre Geschäfte betreiben und mit uns sehr wenig zu tun haben.

Wir haben in Westfalen dieses kommunale Wahlergebnis, das natürlich durch

78 Zur besseren Koordinierung der Parteiarbeit hatten die beiden Landesvorstände am 8. Januar 1947 einen gemeinsamen „Zehnerausschuß" gebildet. Er wurde im Dezember 1949 abgelöst durch einen „Arbeits- und Koordinierungsausschuß" (vgl. ACDP III-002-002 und 041).

lokale Gesichtspunkte beeinflußt gewesen ist, außerordentlich ernstgenommen. Wir sind dabei, alle die Fehler auszugleichen, die bei einer solchen Organisation vorhanden sind.

Ich bin absolut dafür, daß die Parteien Nordrhein und Westfalen näher aneinandergebracht werden. Ich werde mich mit Herrn Johnen in der nächsten Zeit über diese Dinge unterhalten. Ich hoffe, daß wir in einer der nächsten Vorstandssitzungen über das berichten können, was wir im Interesse der Gesamtpartei vereinbart haben. (*Lübke:* Haben Sie Schwierigkeiten gehabt mit dem sogenannten Mittelstandsblock? Ich habe solche Kämpfe dort oben zu führen gehabt.[79])

In den Städten haben wir mit den Leitern des Mittelstandsblocks zeitig Fühlung aufgenommen. Ich kann wohl sagen, es ist im allgemeinen gelungen, gerade den Mittelstand für uns weitgehend an die Wahlurne zu bringen.

Der nächste Wahlkampf im Ruhrgebiet wird geführt werden um die Stimmen der Arbeiter zwischen SPD und CDU. Auf dem Lande wird es in Westfalen nach meiner Auffassung gutgehen. Diese gewissen Einbußen im Sauerland und Siegerland, die in einer Strukturveränderung begründet sind, werden wir nach meiner Überzeugung bis zur nächsten Wahl ausgleichen.

Das Zentrum befindet sich nach meiner Überzeugung weitgehend in der Auflösung. Entscheidend ist nun, wohin diese Leute gehen. Mir sind konkrete Angaben gemacht worden, daß sie nicht zur CDU gehen, sondern zur Gesamtdeutschen Partei oder zum großen Teil zur SPD. Diese Gefahr rechtzeitig zu erkennen und ihr zu begegnen, das ist nach meiner Auffassung das Problem der Bundestagswahl.

Kaiser: Ich bin einer der Abgeordneten von Essen. Die beiden anderen Abgeordneten sind von der SPD. Wäre das Zentrum nicht da, dann hätten wir die drei Wahlkreise innegehabt. Ich komme zurück auf das, was Sie, Herr Johnen, eben gesagt haben, wobei ich bemerkte: Es ist schade, daß der Bundeskanzler das nicht hört. Ich denke an Franz Blücher. Die Koalitionspolitik kommt in der Auswirkung der Wahlen der FDP weithin zugute. Wir sind verantwortlich für alles Gute und für alles Schwere, für das, was die Politik dem Volke nun einmal nicht ersparen kann, und die anderen heimsen, im toten Winkel stehend, den Erfolg ein.

In meinem Wahlbezirk wird nun Herr Heinemann kandidieren. Man stelle sich vor, was das bedeutet. Das tut uns im Gedenken an Westfalen unsagbar weh. Die Christlich-Demokratische Union kann nicht nur eine Partei des flachen Landes und der Mittelstädte sein, sondern wir müssen, um unsere Sache vor dem deutschen Volke zu vertreten und durchzuführen, auch die Großstädte führen. Das ist uns im Rheinland mit Köln noch einmal gelungen; in Köln gerade noch; in Essen nur unter Schwierigkeiten, wo uns die FDP und das Zentrum helfen mußten gegenüber der stärker gewordenen SPD[80]. In Westfalen ist es nicht nur bewegend, sondern beinahe

79 Vgl. Nr. 4 Anm. 5.

80 In Köln erreichte die CDU 125.580 Stimmen (d.h. 41,4 % gegenüber 47,2 %), die SPD 107.929 Stimmen, in Essen erhielten SPD 129.032, CDU 111.856, FDP 28.683 und Zentrum 23.349 Stimmen.

erregend, daß wir diese wichtigen Industriestädte – Recklinghausen ist dazugekommen –, ohne daß die SPD überhaupt eine Mehrheit hatte, verloren haben. Darauf müssen wir sehr achten.

Herr Meyers, eine Bitte! Ihre Ausführungen waren für mich, der ich für die Arbeiterschaft in unserem Bereich mit an erster Stelle mitverantwortlich bin, sehr aufschlußreich. Ich würde Sie bitten, Ihr Manuskript dem Bundessekretariat zur Verfügung zu stellen, damit die dort vorliegenden Zahlen ergänzt werden können.

Meyers: Ich habe es schon abgegeben.

Fay: Wie haben die Frauen gestimmt, und welche Erfahrungen sind hierbei gemacht worden? Ich glaube, in Köln und einer anderen Stadt ist getrennt abgestimmt worden[81].

Meyers: Nach dem, was ich gehört habe, sollen die Frauen nochmals wählen.

Kaiser: Wir unterbrechen jetzt die Sitzung und wollen uns um 14.30 Uhr hier wieder einfinden.

Die Sitzung wird um 13.50 Uhr unterbrochen.

Wiederbeginn der Sitzung: 15.00 Uhr.

Adenauer: Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß zunächst Herr Lenz das Wort nimmt über das, was organisatorisch zu sagen ist.

Kaiser: In Ihrer Abwesenheit, Herr Bundeskanzler, haben die Herren Johnen und Lensing gesprochen. Die beiden Landesverbände wollen in der nächsten Zeit verhandeln. Es sind von Herrn Johnen wertvolle Ausführungen über den Einbruch der FDP im Bereiche von Aachen gemacht worden. Von Herrn Lensing ist herausgestellt worden, daß es im Industriegebiet darauf ankomme, ob es der CDU gelingt, den Stamm ihrer Arbeiterschaft zu halten. Die Flüchtlinge müssen mehr beachtet werden. Es sind Beispiele angeführt worden, wie die Oberbürgermeister der Großstädte im Industriegebiet die Flüchtlinge mit Pauken und Trompeten empfangen und ihnen sagen, alles, was ihr bekommt, ist das Werk der SPD-Politik in dieser Stadt.

Das ist sehr interessant. Ich meine auch, die Kommunalpolitische Vereinigung müßte uns diese Arbeit etwas abnehmen; denn dazu ist sie da. Man soll nicht alles auf die Bundesgeschäftsstelle und den Parteivorstand abwälzen. Doch darauf kommen wir nachher noch zurück.

81 In Köln und Düsseldorf wurde nach Geschlechtern getrennt gewählt. In Köln stimmten für die CDU 60,3 % der Frauen und 39,7 % der Männer, für die SPD 47,9 % Frauen und 52,1 % Männer. In Düsseldorf stimmten 38.854 Männer für die CDU gegenüber 59.250 Frauen, die SPD erhielt 49.333 Männer- und 47.627 Frauenstimmen (vgl. UiD vom 15. November 1952).

WAHLKAMPFORGANISATION

Lenz: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben einige Überlegungen angestellt, wie man das Parteiprogramm für Hamburg vorbereiten und was noch weiter getan werden kann, um die Schlagkraft und Einsatzfähigkeit der Bundesgeschäftsstelle im Hinblick auf die Wahlen zu steigern. Man müßte ein sehr schlagkräftiges, propagandistisch gut überlegtes Wahlprogramm aufstellen, das das allgemeine Wahlprogramm darstellen würde.

Dieses Wahlprogramm könnte von einem kleinen Ausschuß, der die Sache bearbeiten würde, noch rechtzeitig fertiggestellt werden. Das würde uns aber nicht der Mühe entheben, auch noch zu den verschiedenen Punkten, die in der Wahlpropaganda behandelt werden müssen, ein detailliertes Programm aufzustellen, also zu den Fragen des Eigentums, der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik usw. Dieses detaillierte Programm müßte gerade den interessierten Vereinigungen und Verbänden, die ja sehr genau darauf achten, was wir bieten wollen, für die nächste Wahlperiode zugänglich gemacht werden. Dies wäre eine Aufgabe, die an sich die Ausschüsse zu erledigen hätten.

Es müßte dafür gesorgt werden, daß die maßgebenden Persönlichkeiten dafür verantwortlich gemacht werden, daß diese programmatischen Arbeiten möglichst schnell erledigt werden. Außerdem sind wir der Auffassung, daß gewisse Sachgebiete während der Dauer der ganzen Wahl von einer verantwortlichen Persönlichkeit im Einvernehmen mit dem Ausschußvorsitzenden ständig betreut werden müssen.

Wir stellen uns also vor, daß man die Bundesgeschäftsstelle und auch die Parteileitung noch dadurch verstärkt, daß wir Sachreferate bilden, die für die besonderen Sachgebiete verantwortlich sind. Um ein Schema zu nennen: Es müßte dringend ein Ausschuß gebildet werden, der sich mit der Aufstellung der Kandidaten befaßt, eine Arbeit, die jetzt schnell gemacht werden muß, weil wir überall aus den Landesverbänden und Kreisen hören, daß man sich schon jetzt mit der Frage der Aufstellung der Kandidaten befaßt, ohne daß bisher Fühlung genommen worden ist.

Es ist notwendig, daß die Fraktion nachher arbeitsfähig ist und bestimmte Sachverständige auf den verschiedensten Gebieten hat. Die Herren, die der Fraktion angehören, können über dieses Thema mehr sagen als ich selber. Es fehlt uns auf manchem Sachgebiet an sachkundigen Persönlichkeiten, die wir in der nächsten Bundestagsperiode unbedingt benötigen. Das wäre eine Aufgabe, die ihrer Bedeutung nach wahrscheinlich von einem Dreiergremium erfüllt werden müßte, das aber nachher im Parteivorstand konkrete Vorschläge zu unterbreiten hätte.

Wir sind weiter der Auffassung, daß insbesondere neben der Organisation für Presse und Propaganda eine Persönlichkeit unbedingt bestellt werden muß. Wir müssen während der ganzen Dauer der Wahlzeit die Presse ständig in Bewegung haben. Wir müssen irgendetwas Neues über die CDU und ihre Absichten und Tätigkeit zu bieten haben. Wir müssen jede Woche oder alle 14 Tage eine Pressekonferenz abhalten, in der wir der Presse etwas sagen können. Alles das muß

sorgfältig vorbereitet werden. Die Presse hat mir gesagt: Wir sind bereit, in den Ländern, in denen bisher eine SPD-Regierung war, besondere Büros für die Dauer des Wahlkampfes zu bilden, die all das Material darüber sammeln, was in diesen Ländern unter der SPD-Regierung geschehen ist, um es dann der Presse der Bezirke und Länder zur Verfügung zu stellen.

Bisher haben wir auf dem Gebiet zu wenig konkretes Material gehabt. Es müßte ein Mann von seiten der Partei eingesetzt werden, der diese ganzen Dinge verantwortlich bearbeitet. Es wäre die Möglichkeit gegeben, mit dieser Persönlichkeit die Pressepolitik der Bundesregierung abzustimmen. Ebenso könnte man auf dem Gebiet der Propaganda eine ganz enge Abstimmung herbeiführen.

Wir müssen uns davor hüten, Doppelarbeit zu machen. Sie kostet doppelte Zeit und doppeltes Geld. Das letzte haben wir nur im beschränkten Umfang. Deshalb müssen wir einen Fehlumsatz verhindern, soweit es eben möglich ist.

Wir müssen für die Wirtschaftspolitik einen Mann haben, der während der ganzen Wahlzeit das Propagandamaterial laufend bearbeitet und auf die Einwendungen der Gegner sofort reagiert und stichhaltige Erwiderungen an die verschiedenen Landesverbände gibt. Das gleiche kommt in Betracht für die Sozialpolitik. Wir müssen ferner Frauen damit betreuen, daß sie während der Wahlzeit mit allen für uns in Betracht kommenden Organisationen Fühlung nehmen, um sich mit diesen Organisationen abzustimmen, was wir dort tun können. Auf die Frauen, die 55 % der Wähler stellen, wird es entscheidend ankommen. Das gleiche muß für die Jugend- und Kulturfragen geschehen, für die Mittelstandsfrage, für den Wohnungsbau, für die Landwirtschaft, für die Flüchtlinge, für Beamtenfragen, für Finanz- und Steuerfragen und schließlich auch für die Außenpolitik.

Ich will keine Persönlichkeiten nennen. Das könnte in einem engeren Kreise abgestimmt werden. Es bedarf noch einiger Überlegungen. Aber ich will das Schema hier einmal zum Vortrag bringen. Das können die Geschäftsführer oder Sachbearbeiter auf der Bundesgeschäftsstelle nicht tun. Dafür haben sie weder das Gewicht noch zu wenig Zeit [!]. Deshalb müßte man maßgebende Persönlichkeiten mit dieser Arbeit betrauen, die im Einvernehmen mit den Sachbearbeitern der Bundesgeschäftsstelle und den Leitern der Ausschüsse diese Dinge bis zum Ende der Wahl verantwortlich übernehmen.

Adenauer: Ich glaube, man kann das so zusammenfassen: Die Bundesgeschäftsstelle und der geschäftsführende Vorstand bekommen – und wir alle miteinander natürlich auch – im Laufe der nächsten neun Monate eine ungeheure Arbeit. Die Bundesgeschäftsstelle ist auf eine solche Arbeit nicht eingerichtet aus dem Grund, den Herr Lenz gesagt hat. Deswegen brauchen wir diese große Verstärkung. Ich halte sie für unbedingt notwendig. Ich weiß nicht, Herr Lenz, warum man nicht über die Personen schon sprechen soll. Ich glaube, man soll ruhig Personen nennen, ohne daß das definitiv ist. Dann bekommt die Sache ein präziseres Bild, als wenn man so anonym spricht.

Lenz: Das will ich gerne tun. Wir hatten damals die Dinge nicht bis zum Letzten

überlegt. Wir haben im engeren Gremium darüber gesprochen. Herr Tillmanns hat mir meine Liste über die Personen entführt.

Adenauer: Das gehört sich nicht, Herr Tillmanns! Entführungen – das geht nicht! (*Tillmanns:* Ich habe sie nicht.)

Lenz: Ich habe die Namen nicht mehr ganz zusammen. Für die Wirtschaftspolitik wurde Herr Hellwig genannt, der zusammen mit Herrn Naegel[82] die Sache bearbeiten soll. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik dachten wir an die Herren Even[83], Winkelheide[84] oder Albers. Das müßte noch abgestimmt werden. Vielleicht können noch Vorschläge gemacht werden.

Bei den Frauen dachten wir an Frau Brauksiepe[85] und Frau Brökelschen[86]. Wenn Herr Majonica für die Jugend zur Verfügung steht, ist es gut zur Verbindung zur Jungen Union und den anderen katholischen Jugendverbänden. Aber wir müßten von evangelischer Seite noch jemand haben. Damals wurde Frau von Rittberg[87] genannt; ich glaube nicht, daß Frau von Rittberg diese Arbeit übernehmen kann. (*Ehlers:* Ich würde Herrn Heinen[88] aus Duisburg vorschlagen.)

Adenauer: Sollen wir nicht mit Prälat Kunst[89] sprechen?

Ehlers: Das tun wir dauernd.

---

82 Wilhelm Josef Naegel (1904–1956), Mitgründer der CDU in Hannover und Vorstandsmitglied des Landesverbands Hannover, bis 1947 Mitglied des ernannten Hannoverschen bzw. des Niedersächsischen Landtags, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates (Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses), 1949–1956 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftspolitik).

83 Johannes Even (1903–1964), 1927–1939 Diözesansekretär der KAB und Kartellsekretär der Christlichen Gewerkschaften in Mainz, bis 1933 im Landesvorstand des hessischen Zentrums, Mitgründer der CDU und der KAB in Bergheim, 1946–1948 Landrat des Kreises Bergheim, 1946–1949 MdL, 1949–1964 MdB, 1955 Mitgründer und 1. Präsident der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, seit 1959 Vizepräsident der Internationalen KAB und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

84 Bernhard Winkelheide (geb. 1908), 1929–1935 Jugendsekretär, ab 1946 Diözesansekretär der KAB im Bistum Münster, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates (CDU), 1949–1972 MdB, 1955 Mitgründer und bis 1962 Vorsitzender des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, 1965–1973 Verbandsvorsitzender der KAB Westdeutschlands.

85 Aenne Brauksiepe (geb. 1912), 1949–1972 MdB (CDU), 1968–1969 Bundesminister für Jugend und Familie.

86 Dr. Else Brökelschen (1890–1976), 1920–1925 MdPrL (DVP), 1926–1928 Stadtverordnete in Emden, 1946–1950 Ratsherrin in Goslar (CDU), 1949–1961 MdB.

87 Dr. Else Gräfin von Rittberg (geb. 1920), 1949–1953 Angestellte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bzw. CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1953–1977 Dienststelle des Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesregierung.

88 Friedrich Heinen (1920–1982), seit 1949 CDU, 1952–1982 Stadtrat in Duisburg, 1969–1975 Bürgermeister, 1956–1964 Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland, 1958–1980 MdL Nordrhein-Westfalen, 1964–1982 Vorsitzender des KPV-Landesverbands.

89 In der Vorlage: Kunze. – D. Dr. Hermann Kunst (geb. 1907), 1940 Superintendent in Herford, 1942 stv. Präses der westfälischen Landeskirche, 1949–1977 Bevollmächtigter der EKD bei der Bundesregierung, 1956–1972 Militärbischof für die Bundeswehr.

Lenz: Auf dem Gebiet der Kulturpolitik ist es etwas schwierig gewesen, Persönlichkeiten zu finden. Ich habe zunächst an Herrn Professor Stier gedacht. Da waren Bedenken laut geworden. Von Ihnen, Herr Bundestagspräsident, ist von evangelischer Seite ein Pfarrer genannt worden.

Ehlers: Ja, Gontrum[90].

Adenauer: Herr Fay äußert Bedenken, wenn auch zunächst nur mimisch. (*Fay:* Dabei soll es zunächst bleiben.)

Wir müssen Namen haben! (*Lensing:* Raskop[91]!)

Herr Raskop in allen Ehren, er ist aber nicht ein schnellaufender Bote. (*Lensing:* Er läuft schon schneller als früher.)

Hier müssen Leute sein, die sich der Sache hundertprozentig widmen; wir können keine Leute gebrauchen, die dann und wann kommen, etwas tun und dann wieder verschwinden. Dafür ist die Sache zu ernst. Das ist der Generalstab. Die Leute müssen Tag und Nacht hinter der Arbeit her sein.

Lensing: Herr Raskop hat viel Zeit, während Professor Stier das nicht könnte, um nur einen Namen zu nennen.

Lenz: Wir haben leider von katholischer Seite noch keine Namen.

Adenauer: Wir werden uns in dem Mittwoch-Gremium[92] zusammensetzen, um das Ganze zu bearbeiten. Heute handelt es sich darum, ob Sie im Prinzip dafür sind.

Lenz: In der Mittelstandsfrage haben wir an Herrn Handschumacher[93] gedacht. Er hat Leute, die uns das Material geben können. Für die Landwirtschaft müßte man sich von Herrn Reichsminister a.D. Hermes einen guten Mann nennen lassen. (*Kaiser:* Lübke[94]!) Das könnte Herr Lübke sein.

---

90 Wilhelm Gontrum (1910–1969), evangelischer Pfarrer; Mitgründer und Vorsitzender der CDU Gießen, 1950–1954 Landesvorstand der CDU Hessen, 1961–1962 Vorsitzender des Bezirksverbands Mittelhessen, 1953–1965 MdB (CDU, seit 20. September 1962 fraktionslos), 1953–1957 Mitglied des internationalen Vorstands der Evangelischen Arbeitervereine in Utrecht, 1950–1954 Mitglied der Landessynode der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

91 Professor Heinrich-Georg Raskop (geb. 1905), Mitgründer der CDU Westfalen, 1953–1964 Mitglied der Landesversammlung des Landesverbands Westfalen.

92 An diesen Gesprächen nahmen regelmäßig teil Adenauer, Bach, Blankenhorn, von Eckardt, Ehlers, Globke, Heck, Kaiser, Kiesinger, Lenz, Rust, Tillmanns, Wuermeling (Terminkalender).

93 Dr. Johannes Handschumacher (1887–1957), 1929–1953 Oberbürgermeister von Mönchengladbach-Rheydt, übernahm im Januar 1953 nach dem Ausscheiden von Franz Etzel dessen Bundestagsmandat für den Wahlkreis Rees-Dinslaken (UiD vom 28. Januar 1953).

94 Dr. h.c. Heinrich Lübke (1894–1972), 1926–1933 Direktor der Deutschen Bauernschaft und der Siedlungsgesellschaft Bauernland, 1932–1933 MdPrL (Zentrum), 1946–1954 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1947–1952 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1949–1950 und 1953–1959 MdB, Januar bis Oktober 1953 Generalanwalt des Deutschen Raiffeisenverbandes, 1953–1959 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1959–1969 Bundespräsident. Vgl. Rudolf Morsey in Lebensbilder 6 S. 153–170).

Kaiser: Vielleicht kommt Lübke wieder ins Parlament. Das wäre sehr erwünscht. Ich habe heute morgen gehört, daß die Bauern die CDU unter Bollig[95] nicht mehr standesgemäß finden; die mittleren und größeren Bauern – so hat sich Johnen geäußert – gehen zu den Liberalen, zur FDP.

Adenauer: Lieber Herr Kaiser! Herr Johnen in allen Ehren, aber wir wollen die Sache ruhig abwägen. Dann würde ich den Herrn Frey[96] fragen, ob das richtig ist, was der Herr Johnen gesagt hat. Herr Frey wird sagen – da wette ich hundert gegen eins: Das ist nicht richtig! Zudem sind im Regierungsbezirk Aachen, soweit ich ihn kenne, relativ wenig fette Bauern. Dort sind vielmehr kleine Bauern. Daß denen die CDU nicht mehr fein genug ist und sie deswegen zur FDP übergehen, glaube ich noch nicht. (*Kaiser:* Die zusammenhaltenden Kräfte, die durch die Arbeit von Bollig gegeben waren, sind nicht mehr da.)

Das müssen Sie dem Herrn Frey sagen. Herr Frey ist Bundestagsabgeordneter. Er wohnt in Nordrhein-Westfalen, und er muß dafür sorgen; man muß ihm sagen, daß das nicht geklappt hat. Das müßte meiner Ansicht nach der Herr Johnen dem Herrn Frey sagen. Dazu ist er ja Landesvorsitzender.

Lübke: Wir legen nicht genug Wert auf die Frauen. Ich habe in Schleswig-Holstein sämtliche Frauenverbände zusammengefaßt zu einem Landesfrauenrat, auch diejenigen, die SPD-mäßig eingestellt sind. Den Landesfrauenrat habe ich jeden Monat einmal zusammen. Sie bekommen auch etwas Geld, damit sie ihre Reise machen können. (*Zimmer:* Tagegelder?) Aber das hat der Partei bisher kein Geld gekostet. (*Adenauer:* Auf das Stichwort kommt es an.) Ich habe neulich vor 6.000 Frauen in Kiel gesprochen. Ich glaube, wenn man in anderen Ländern etwas Ähnliches auf die Beine stellen könnte, wäre das gut. Es ist nicht gesagt, daß die Frau das wählt, was der Mann wählt.

Adenauer: Lieber Herr Lübke! Es ist im Westen anders. Hier sind die Frauen schon organisiert. Die Frauen zu einem großen Ring zusammenzufassen, wird von Hannover aus ständig versucht. Wenn zwei Frauen für die Arbeit nicht ausreichen, müssen wir noch eine dritte hinzunehmen. (*Lenz:* Die Betreffenden können von sich aus wegen der Mitarbeiter Vorschläge machen. Dem steht nichts im Wege.) Die Hauptsache ist, daß sie arbeiten.

Lenz: Wir wollen eine schlagkräftige Organisation für die Landwirtschaft schaffen. Von Süddeutschland war Herr Weiß[97] genannt worden. Es ist dann noch Herr

95 Dr. Josef Bollig (1906–1983), seit 1946 Vorstandsmitglied des Kölner Anwaltsvereins, 1946–1948 Mitglied des Kreistags für den Rhein-Wupper-Kreis (CDU), 1947–1966 MdL Nordrhein-Westfalen.

96 Dr. Martin Frey (1904–1971), 1946 Mitgründer und Präsident des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes, ab 1947 Präsident der Landwirtschaftskammer Rheinland, 1949–1953 und 1957–1969 MdB (CDU), 1950–1964 Präsident der rheinischen Genossenschaften.

97 Dr. Franz Weiß (1887–1974), Mitgründer und von März bis September 1946 Landesvorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern, 1945 Leiter der Landesverwaltung Württemberg für Ernährung und Landwirtschaft, 1947–1952 Minister für Ernährung und Landwirtschaft von Württemberg-Hohenzollern, 1949–1953 MdB.

Bauknecht[98] genannt worden, neben dem Vertreter der Bauernverbände. (*Adenauer:* Herr Bauknecht? – *Simpfendörfer:* Das wäre sehr gut!)

Für Siedlungsfragen und Wohnungsbau ist Herr Lücke[99] unbestritten, für Flüchtlingsfragen die Herren Schütz[100] und Götz[101]. Für Wehrfragen hatten wir an die Herren Strauß und Gerns[102] gedacht. Herr Strauß gehört der CSU an.

Adenauer: Was war mit Herrn Gerns? (*Lübke:* Er ist von uns und arbeitet in Straßburg mit; ein ordentlicher Mann. – *Dichtel:* Wir hätten einen Herrn Kniep(?)[103])

Die Hauptsache ist, daß sich die Leute zur Verfügung stellen. (*Dichtel:* Der würde zur Verfügung stehen, Herr Kniep aus Rastatt; das ist ein guter Mann.)

Lenz: Für Finanz- und Steuerfragen Herr Neuburger[104]; dazu noch jemand! (*Simpfendörfer:* Strickrodt.)

Auf der Bundesgeschäftsstelle haben wir keinen Referenten. Wir müssen einen zweiten Referenten haben. Herr Strickrodt, würden Sie es machen? (*Strickrodt:* Jawohl!)

Für außenpolitische Fragen die Herren Tillmanns und Kiesinger; für Presse und Film Herr Dr. Vogel, der gleichzeitig Vorsitzender des Ausschusses für Rundfunk, Presse und Film im Bundestag ist.

Adenauer: Herr Lenz, wollen Sie nicht bei der Außenpolitik auch Herrn Gerstenmaier nehmen? (*Majonica:* Ich würde Herrn Kemmer[105] für Jugendfragen vorschlagen.)

---

98 Bernhard Bauknecht (1900–1985), 1931–1933 Stadtrat Ravensburg (Zentrum), 1946–1952 MdL Württemberg-Hohenzollern (CDU), 1947 Mitgründer und bis 1973 Präsident des Landesbauernverbands für Württemberg-Hohenzollern, 1953–1969 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten).

99 Paul Lücke (1914–1976), Mitgründer der CDU Oberbergischer Kreis, ab 1947 Amtsdirektor von Engelskirchen, 1949–1972 MdB (1950–1957 Vorsitzender des Ausschusses für Wiederaufbau und Wohnungswesen), 1954–1965 Präsident des Deutschen Gemeindetages, 1957–1968 Bundesminister für Wohnungsbau bzw. Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (seit 1961) bzw. des Innern (seit 1965). Vgl. Wilhelm Born: Weg in die Verantwortung. Paul Lücke. Recklinghausen 1965.

100 Hans Schütz (1901–1982), 1921 Geschäftsführer des Christlichen Textilarbeiterverbandes Sudetenland, 1923–1938 Vorsitzender des Gesamtverbandes sudetendeutscher Christlicher Gewerkschaften, 1935 Mitglied des Prager Parlaments (Deutsche Christlich-Soziale Volkspartei), 1946–1949 Vorsitzender der Sudetendeutschen Ackermann-Gemeinde, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1949–1963 MdB (CSU), 1963–1964 Staatssekretär, 1964–1966 bayerischer Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge (Memoiren in Abgeordnete 2 S. 189–234).

101 Dr. Hermann Götz (geb. 1914), 1948 Mitglied des Kreistags Biedenkopf, 1949–1976 MdB.

102 Heinrich Gerns (1892–1963), 1927–1931 MdR (DNVP), 1949–1963 MdB (CDU).

103 Nicht zu ermitteln.

104 Vgl. Nr. 10 Anm. 25.

105 Emil Kemmer (1914–1965), 1945–1949 Diözesanleiter der Katholischen Jugend Bamberg, 1949–1964 MdB (CSU, 1952–1961 Vorsitzender des Ausschusses Familien- und Jugendfragen).

Lenz: Ja, sehr gut, aber CSU!

Adenauer: Herr Kemmer ist fast so gut wie ein CDU-Mann. *(Heiterkeit.)*

Lenz: Wir halten es für unbedingt erforderlich, daß für die Verbindung zu den Kirchen besondere Persönlichkeiten aufgestellt werden. Von evangelischer Seite müssen uns Persönlichkeiten benannt werden, die die Verbindung zu den Spitzen der Kirche halten können. Wir halten das für ungeheuer wichtig, weil eine Aufklärung geschaffen werden muß. Schlagen Sie bitte vor! (*Ehlers:* Sie können nur über den Prälaten Kunst arbeiten. Schreiben Sie mir dahin.) Die Herren Ehlers und Tillmanns. (*Adenauer:* Und die katholische Kirche?) Es war gedacht worden vielleicht an einen katholischen Geistlichen. (*Zuruf:* Krone!)

Adenauer: Nehmen Sie doch bitte Herren, die sich der Sache widmen können. Wie soll der Herr Krone das machen können? Er hat keine Zeit dazu. (*Unruhe. – Lensing:* Für das Handwerk...)

Wir sind bei der katholischen Kirche. (*Lenz:* Prälat Schulte[106] macht es, er ist beauftragt.)

In Paderborn? (*Lenz:* Er ist jetzt in Fulda.)

Aber Fulda ist so weit! (*Majonica:* Er wohnt in Paderborn.)

Paderborn ist auch ziemlich weit! (*Majonica:* Aber er ist sehr aktiv.)

Wir wollen ihn hineinsetzen und mit den Herren sprechen. Wenn die Herren die Arbeit übernehmen, müssen sie auch zur Verfügung stehen. (*Lensing:* Für das Handwerk Herrn Oetzel[107]; ein sehr ordentlicher Mann.)

Hat der auch Zeit? Die Leute müssen Zeit haben; sonst kommt es so, wie es immer bei Parteiangelegenheiten kommt. Das ist der Nachteil gegenüber der SPD. Die hat Vollfunktionäre. Wir haben Leute, die ihre Arbeit tun und nur aushilfsweise zur Verfügung stehen. Für diese Arbeit müssen wirklich voll einsatzfähige Kräfte da sein. (*Samsche:* Ich schlage Herrn Blumenfeld[108] aus Hamburg vor. Er hat Zeit. Man muß versuchen, bei der Aufstellung eines Programms alles zu berücksichtigen, von der Agrarpolitik bis zur Wirtschaftspolitik.)

Über die Ausschüsse können wir gleich sprechen. Es lag mir außerordentlich am Herzen, zu wissen, ob Sie damit einverstanden sind, die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle auf diese Weise zu verstärken. *(Zustimmung.)*

---

106 Dr. Caspar Schulte (1899–1980), 1933 Domvikar in Paderborn und Diözesanpräses der Arbeitervereine, Mitgründer der CDU in Paderborn und vorübergehend 1. Bürgermeister, 1950 Beauftragter der deutschen Bischöfe für die Männerseelsorge (Sitz Fulda).

107 In der Vorlage: Öfter. – Richard Oetzel (1901–1985), Mitgründer der CDU Westfalen (bis 1961 Vorsitzender des Landesarbeitskreises Mittelstand Westfalen und stv. Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Mittelstand), 1946–1961 und 1967–1970 Stadtverordneter in Witten, 1953–1965 MdB (rückte im Januar 1953 nach dem Ausscheiden von Friedrich Holzapfel über die Landesergänzungsliste in den Bundestag nach).

108 Erik Bernhard Blumenfeld (geb. 1915), 1946–1954 Präsidialmitglied der Handelskammer Hamburg, 1946–1955 und 1966–1970 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (1949–1955 Vorsitzender der CDU-Fraktion), 1958–1968 Landesvorsitzender der CDU Hamburg, 1961–1980 MdB, seit 1973 MdEP.

Das scheint der Fall zu sein. Dann würde ich Sie bitten, es dem geschäftsführenden Vorstand und dem Vorstand zu überlassen, später die Einzelheiten zu bearbeiten und auch mit den Persönlichkeiten in Verbindung zu treten. Wir würden uns für befugt halten, zu den Besprechungen den einen oder anderen aus den verschiedenen Teilen des Bundesgebietes noch hinzuzuziehen. Sind Sie damit einverstanden? *(Zustimmung.)*

Gröwel: Ich möchte mit Nachdruck davor warnen, in den anderen Landesverbänden eine solche Frauenorganisation zu gründen. Für das Land Schleswig-Holstein ist das vielleicht nützlich. Aber wenn zum Beispiel solche Entschließungen zur Familienrechtsreform herauskommen, die von allen Parteien unterschrieben werden, so wissen diejenigen, die sich mit der Materie beschäftigt haben, daß es so nicht geht.

Wir müssen mit unserer Frauenarbeit im sogenannten vorpolitischen Raum beginnen und uns an die katholischen und evangelischen Frauenverbände wenden, aber auch an andere überparteiliche Organisationen. Wir haben am nächsten Dienstag eine Sitzung des Frauenausschusses. Dann wollen wir der Bundesgeschäftsstelle die geeigneten Vorschläge machen.[109]

Adenauer: Fräulein Gröwel, ich würde geneigt sein, die Gruppe, die die Frauenverbände betreut, größer zu machen als bisher. (*Gröwel:* Die Situation ist in jedem Landesverband anders. Es ist sehr wichtig, hier den Kreis zu vergrößern. Der Frauenausschuß der CDU wird Vorschläge unterbreiten.) Das nehmen wir alle dankbar entgegen.

Es bleibt noch eine Frage übrig. Es besteht ein gewisser Gegensatz zwischen dem Bundesschatzmeister und dem geschäftsführenden Vorstand, nicht persönlicher, aber sagen wir sachlicher Natur, weil Herr von Lex nicht so lange Zeit hat. Sie schenken uns doch für heute abend die Gunst Ihrer Anwesenheit, Herr Bach, und bleiben bis zum Schluß hier? (*Bach:* Ja!)

Dann möchte ich Herrn von Lex bitten, uns etwas über das Wahlgesetz zu sagen.

Bundestagswahlgesetz

Von Lex: Meine Damen und Herren! Der Aufbau des neuen Bundeswahlgesetzes geht von dem Grundgedanken aus, daß man weg muß von dem 1949er Wahlrecht.[110] Das 1949er Wahlrecht schien äußerlich ein Verhältniswahlrecht zu sein,

---

109 Ein Protokoll ist nicht zu ermitteln.

110 Das vom Parlamentarischen Rat für die 1. WP des Bundestags beratene und am 15. Mai 1949 von den Ministerpräsidenten verkündete Wahlgesetz war bewußt in seiner Geltungsdauer beschränkt. Am 16. Januar 1953 verabschiedete das Bundeskabinett den Entwurf eines Bundeswahlgesetzes. Vgl. Lange S. 497–521; Jesse S. 91–103.

weil nach dem Prinzip der relativen Mehrheit gewählt wurde. In Wirklichkeit war es ein Mehrheitswahlrecht. Wenn wir das Verhältniswahlrecht beibehalten hätten, würde dies zu einer starken Parteizersplitterung führen. Es würde eine Anzahl von Parteien einziehen, die – wenn man ein anderes System findet – vom nächsten Bundestag ferngehalten werden könnten. Das gilt für die Kommunisten und für die Partei Heinemanns, die bei dem relativen Wahlsystem eine Chance hätten, in den Bundestag einzuziehen.

An sich wäre das Mehrheitswahlsystem am besten, die Splitterparteien zurückzudrängen. Es ist nicht gelungen, die Zustimmung der Koalitionsparteien für das absolute Mehrheitswahlsystem zu bekommen, weil sie dabei zu geringe Chancen gehabt hätten. Wir haben uns entschlossen, folgendes Mischsystem vorzuschlagen: Es sind vorgesehen zweimal 242 Mandate. Die zweimal 242 kommen daher, weil wir nach dem alten Wahlsystem 242 Wahlkreise hatten und jetzt nicht eine neue Wahlkreiseinteilung – wenigstens der Zahl nach – durchführen wollen.

Es wird in zwei verschiedenen Sektoren gewählt. Zwischen den beiden Sektoren ist ein tiefer, kaum überbrückbarer – mit einer einzigen Ausnahme – Graben gezogen. Links des Grabens wird gewählt nach dem Mehrheitswahlsystem. Nun gilt es hier, den Effekt herbeizuführen, möglichst doch das absolute Mehrheitswahlsystem zu gewinnen. Aber ein Teil unserer Freunde hat Bedenken dagegen erhoben, daß beim absoluten Mehrheitswahlsystem eine Stichwahl notwendig sei, der man sich aus dinglichen und sonstigen Gründen nicht unterziehen wolle.

Es mußte daher ein System mit der sogenannten vorweggenommenen Stichwahl gefunden werden. Dieses System ist dadurch gefunden, daß jeder Wähler eine Hauptstimme und eine sogenannte Eventual- oder Hilfsstimme hat. Es ist hinter jedem bekannten Namen ein Ring angebracht, in den der Wähler eine Eins und eine Zwei hineinschreibt. Er arbeitet mit Zahlen. Durch die Eins zeigt er an, das ist der Kandidat meiner Wahl, meiner ersten Auslese, der an sich das Mandat erringen soll; durch die Ziffer Zwei, die er bei einem der Kandidaten anbringt, gibt er zu erkennen: Sollte der Kandidat meiner Wahl nicht siegreich werden, dann möchte ich, daß an seiner Stelle der andere siegreich wird.

Nun wäre dieses System noch günstiger, wenn man die Form einer echten Steuerung der Hilfsstimme hätte wählen können. Darüber haben wir uns einige Zeit den Kopf zerbrochen. Aber dieses System der Hilfsstimme begegnet gewissen verfassungsrechtlichen Bedenken, die ich hier wohl nicht unbedingt näher auszuführen brauche.

Das System der Eventualstimme, wie es jetzt gefunden worden ist, kann nach unserer Überzeugung verfassungsrechtlich nicht angetastet werden, weil der Wähler jeder Partei darin frei ist, wem er seine Hilfsstimme geben will. Das System hat einen Nachteil: Man hat die Wähler nicht so in der Hand, wie man sie bei der gebundenen Abgabe der Hilfsstimme hätte. Wir waren der Meinung, man müsse durch außerordentlich eindringliche Wahlempfehlung die Wähler dahin bringen, daß sie ihre Hilfsstimme einem aussichtsreichen Kandidaten innerhalb der Koalitionsparteien abgeben.

Das System brauche ich nicht näher zu erläutern. Es wirkt sich aber im Effekt so aus, weil die Hilfsstimmen von unten nach oben auf die jeweils stärksten Kandidaten zusammengestellt werden, daß man tatsächlich beinahe ein echtes absolutes Mehrheitswahlrecht hat, ohne daß man eine Stichwahl im zweiten Wahlgang braucht.

Die andere Hälfte der Abgeordneten, die zweiten 242, sollen nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Hier steckt noch eine Besonderheit drin. Von Parteien, die miteinander in Listenverbindung stehen und sich dadurch eine Wahlhilfe leisten, darf man die Vermutung haben, daß sie aufgrund der intensiven Wahlempfehlung sich auch in den Wahlkreisen Wahlhilfe leisten werden. Dadurch, daß die stärkste Partei den mit ihr verbundenen kleineren Parteien eine Anzahl von Mandaten zugeschanzt hat, indem ihre Wähler ihre Hilfsstimme auf diese Parteien vereinen, ist es notwendig, daß die stärkste Partei einen Ausgleich hat durch den sogenannten internen Proporz. Dieser interne Proporz bedeutet, daß die Mandate rechts des Grabens, die im Mehrheitswahlsektor erobert worden sind, unter keinen Umständen mehr hergegeben werden müssen. Eine Partei, die ihr Mandat erobert hat, behält es auch.

Wenn man aber nach dem Proporz die zweiten 242 Sitze aufteilt, muß man seine Verbindungslisten so regeln, als ob der Proporz für die ganzen 484 Mandate gegolten hätte – natürlich nur insoweit, als man dazu in der Lage ist. Das war mit ein Grund, warum wir neben den ersten 242 Sitzen weitere 242 gewählt haben. Wir hätten auch statt 242 nur 80 oder 120 nehmen können. Wir wollten damit ein gewisses Reservebecken schaffen, aus dem heraus der interne Proporz durchgeführt werden kann.

Ich bin heute gefragt worden, ob eine Partei, wenn sie 30 % der Sitze im Sektor der Mehrheitswahl errungen hat, überhaupt keinen Anspruch mehr habe im Sektor Verhältniswahl. Diese Frage ist unbedingt zu verneinen; denn die 242 Mandate im Proporzsektor werden völlig unabhängig zunächst von den Mandaten verteilt, die im Mehrheitssektor errungen worden sind. Hier wird nach dem d'Hondtschen Verfahren ausgeschieden, wobei die verbundenen Listen mit einer anderen Gruppe miteinander konkurrieren. Das führt dazu, daß gewisse Reststimmen wieder auf die verbundenen Listen entfallen. Dieser Gewinn ist verhältnismäßig gering. Aber er hat die praktische Auswirkung, daß diese Listen, die untereinander konkurrieren, nach dem internen Proporz in sich dann wieder ihren Freunden aushelfen müssen.

Eine Partei, die völlig ohne Listenverbindung marschiert, braucht keinen internen Proporz auszuführen; denn sie war in keiner Listenverbindung und hat auch keine Wahlhilfe geleistet. Das System ist nicht unbedingt das beste, aber es war der einzige Weg, um die Zustimmung unserer Koalitionsfreunde zu gewinnen.

Bei der Sperrklausel sind wir der Meinung, daß wir 5 % im Bundesgebiet oder aber ein Mandat fordern sollten; denn 5 % im Landesgebiet würden das Aufkommen der Splitterparteien nicht verhindern. Es ist vorgesehen, daß künftig Nachwah-

len nicht mehr erforderlich sind, sondern im Wahlkreis, wo der Ersatzmann vorgesehen ist bei der Liste, rückt er ohnehin nach.

Adenauer: Ehe wir in die Diskussion eintreten, darf ich eines einleitend bemerken: Eine Festlegung unserer Fraktion ist nicht erfolgt, sondern diese Frage des Wahlrechts wird in unserer Fraktion noch diskutiert werden. Nach langen Verhandlungen hat man das Kabinett gebeten, mit einem konkreten Gesetzentwurf voranzumachen.

Ich weiß nicht, Herr von Lex, ob ich so weit gehen soll, Sie zu bitten, uns einmal zu sagen, wie nach diesem Wahlsystem – obgleich das nur ein sehr ungenaues Bild gibt – die Geschichte aussehen würde unter Zugrundelegung der Wahl von 1949. (*Von Lex:* Herr Heck hat die Bundestagswahlzahlen da.)

Heck: Ich habe mir die Zahlen von der Bundesgeschäftsstelle ausrechnen lassen für jeden Wahlkreis. Wenn man annimmt, die CDU bekäme im Durchschnitt 40 % der Hilfsstimmen ihrer Koalitionspartner, dann würde die CDU insgesamt 275 Mandate erringen, die SPD 179; bei 50 % der Hilfsstimmen würde die CDU 284 Mandate erringen, die SPD 170; bei 60 % der Hilfsstimmen würde die CDU 290 Mandate erringen. (*Adenauer:* Hören Sie auf! Das langt!)

Es ist übrigens nicht die CDU, sondern es sind die Koalitionsparteien. (*Adenauer:* Aha! Wieviel hat die CDU?) Die CDU bekäme bei 40 % 111 Mandate in direkter Wahl, 135 Mandate in indirekter Wahl. (*Adenauer:* Nein!) Ich habe nur die Zahlen für die direkten Wahlen; sie ergeben bei 40 % 111 Mandate, bei 50 % 115 Mandate, bei 60 % 119 Mandate, bei 75 % 126 Mandate.

Von Lex: Also links des Grabens!

Adenauer: Für die CDU und CSU zusammen, aber wieviel nun bei der Listenverbindung herauskommt für die CDU/CSU, das wissen Sie nicht?

Heck: Die Zahlen habe ich nicht.

Von Lex: Es ist eine Sicherung da; wenn der Wähler – es steht im Gesetz – durch seine Hilfsstimme einem Kandidaten der Gegenpartei zum Siege verhelfen würde, dann hat man das Recht, davon auszugehen, daß das nicht im Sinne des Wählers gelegen hat, und dann ist diese Stimme ungültig. *(Widerspruch.)*

Adenauer: Zur Fragestellung hat Herr Dichtel das Wort.

Dichtel: Wir haben in Südbaden bei der letzten Bundestagswahl in allen Wahlkreisen die Mehrheit gehabt. Wie verhalte ich mich jetzt? Bis heute habe ich eine Hilfsstellung nicht notwendig gehabt. Wen nehme ich zur Hilfsstellung? Soll ich meinen speziellen Freund, Herrn Maier, nehmen, die FDP, oder wen? (*Schmidt:* Niemand! Sie brauchen überhaupt nichts zu sagen. Wenn jemand Ihnen eine Hilfsstimme gibt, dann mag er das von sich aus tun.)

Ich würde sagen: nur die CDU, alle Hilfsstellungen weg! Wie ist das Verhältnis von Bund und Ländern?

Von Lex: Die Bundesliste besteht aus den addierten Landeslisten. Die von den einzelnen Parteien in ihren Ländern aufgestellten Listen werden untereinandergereiht und gelten für die Bundesliste. Die Aushandelung der errungenen Sitze auf die

einzelnen Länder erfolgt nach dem d'Hondtschen Verfahren. (*Simpfendörfer:* Also existiert die Landesliste?) Jawohl! (*Dichtel:* Wir sind also nicht von Bonn abhängig?) Nein! (*Simpfendörfer:* Auf welcher Ebene findet die Listenverbindung statt? Wenn sie auf der Bundesebene stattfindet, müßten wir doch mehr ...)

Adenauer: Durch Ihre Stimme nicht!

Von Lex: Die Listenverbindung ist begriffsmäßig nur auf der Bundesebene möglich. Innerhalb des Wahlkreises gibt es keine Wahlvorschlagsverbindung. Diese haben wir aufgeben müssen. Trotz der Listenverbindung sind unsere Wähler nicht gebunden. (*Simpfendörfer:* Aber bei der Verrechnung? – *Kaiser:* Die Hilfsstimme spielt bei der Verrechnung keine Rolle.)

Im Proporz spielt die Hilfsstimme keine Rolle, wohl aber die Hauptstimme. Wir tauschen tatsächlich den Nachteil ein, daß wir, wenn eine befreundete Partei in einzelnen Teilen nicht in der Lage ist, sich durchzusetzen, auf der Bundesebene den Proporz gewähren müssen.

Majonica: Ich glaube, Herr Staatssekretär, daß Herrn Dichtel eine falsche Auskunft gegeben worden ist. Selbstverständlich muß er sich um die Hilfsstimmen bemühen. Die andere Partei unterstützt den SPD-Kandidaten. Dann kann es ihm passieren, daß er nachher beim absoluten Wahlrecht nicht durchkommt, weil die DVP-Stimmen auf den SPD-Kandidaten angerechnet werden.

Von Lex: Das ist richtig. Das System der Hilfsstimme bedeutet praktisch eine vorweggenommene Stichwahl einer absoluten Mehrheitswahl. Wir haben alles Interesse daran, unsere Wähler und die Wähler der befreundeten Parteien dahin zu bringen, daß dem aussichtsreichsten Kandidaten aus der Verbindung die Hilfsstimme gegeben wird. *(Unruhe und Bewegung.)*

Adenauer: Meine Herren, ich bitte doch, in Ruhe zu verhandeln! Das Wort hat Herr Schmidt.

Schmidt: Nach meiner Auffassung hat dieses Wahlsystem zunächst den Vorteil, daß die CDU trotz Verbindung mit anderen Parteien keinerlei ideologische Opfer zu bringen hat. Der Starke braucht seinerseits keine Empfehlung dem Schwachen zu geben, sondern der Schwache muß eine Empfehlung für den Starken geben. In diesem Falle werden also immer unsere Partner – DP und FDP – gegebenenfalls eine Empfehlung für den CDU-Mann geben müssen. Nur in Ausnahmefällen – wie bei uns in Wuppertal, wo die CDU mit der FDP im Rennen liegt – wird man sich gegenseitig empfehlen müssen, um auf alle Fälle bei der schwankenden Situation zu einem Ergebnis für den einen oder anderen zu kommen.

Auf der Seite jenseits des Grabens, im Verhältniswahlrecht, ist es so, daß nur die Hauptstimmen berechnet werden, so daß also die abgegebene Hilfsstimme hier keine Bedeutung hat. Es kommen also die einzelnen Hauptstimmen der CDU zum Zuge und nicht etwa der FDP. Wir bringen also keine Opfer im Verhältniswahlrecht.

Müller: Wann sind Stimmen ungültig? Die Frage beruht darauf, daß ich der Meinung bin, daß dieses System der ersten und zweiten Stimme von 50 % der

Wähler überhaupt nicht erfaßt wird. (*Von Lex:* Das stimmt nicht!) Und wenn Sie sämtliche Schulmeister einsetzen, Sie werden es erleben!

Von Lex: Ich habe das bayerische Wahlgesetz mit entworfen und kann von den Erfahrungen im kommunalen Wahlrecht sprechen. Es hat sich gezeigt, daß bis hinauf in die Bauerndörfer unsere Bevölkerung im überraschenden Maße von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht hat. Die Fälle, die wir durch das Statistische Amt haben nachprüfen lassen, waren verhältnismäßig gering. Also, dieser Einwand, Herr Staatspräsident, stimmt nicht.

Hofmeister: Tranchiert und kumuliert!

Fay: Ist die Frage geprüft worden, ob dieses System dem Grundsatz der Unmittelbarkeit standhält? Ich habe hier Zweifel. Es kommt auf die relative Mehrheit hinaus, wobei Hauptstimme und Ersatzstimme addiert werden. Ist es mit dem Grundsatz der Unmittelbarkeit zu vereinbaren, wenn links des Grabens – also bei der Verhältniswahl – die Stimmen, die bei der Hauptwahl für eine Partei abgegeben worden sind, abgezogen werden? Hier sind auch die Ersatzstimmen dabei. Da liegt der Unterschied gegenüber Ihrer Auffassung, Herr Schmidt, denn jetzt wird die Verhältniswahl bei der Ersatzwahl mitberücksichtigt. Ich habe also Bedenken, ob diese Frage der Unmittelbarkeit beim Verfassungsgericht standhält.

Adenauer: Eine Bemerkung, meine Damen und Herren! Diese Worte „links und rechts des Grabens" sind im Innenministerium geprägt worden. Sie können ruhig alles sagen, aber lassen Sie diese Worte weg. Es ist genau dasselbe.

Von Lex: Die Hilfsstimme ist nach unserer Auffassung mit dem Grundsatz der Unmittelbarkeit der Wahl ohne weiteres zu vereinbaren. Der Wähler gibt seine Hilfsstimme ab. Zunächst gibt er seine Hauptstimme ab. Sollte die Hauptstimme nicht zum Siege kommen, dann soll der andere zum Zuge kommen. Etwas schwieriger wird die Frage, ob der interne Proporz unter allen Umständen mit dem Grundsatz der unmittelbaren Wahl zu vereinbaren ist; denn der Wähler könnte an sich einwenden: Wenn ich meine Stimme abgegeben habe für eine Liste, dann habe ich mir vorgestellt, daß mein CDU-Mann siegen soll, aber ich habe nicht daran gedacht, daß auf diese Weise ein FDP-Mann in der Form des internen Proporzes zum Zuge kommen soll.

Wir sind der Meinung, daß auch das Verfassungsgericht dafür sein müßte; denn dieser Effekt ist bei jeder Listenverbindung vorhanden. Ich riskiere, daß ich einem anderen als dem Kandidaten meiner Partei zum Siege verhelfe. (*Samsche:* Ist der gesamte Stimmzettel ungültig oder nur die Hilfsstimme?) Eine Hilfsstimme bleibt außer Betracht, wenn dadurch der Konkurrenzkandidat zum Siege käme.

Adenauer: Wenn dadurch der Mann, den er in erster Linie wählen will, nicht zum Zuge käme, (*von Lex:* Nur dann!) weil er ja sonst in sich selbst aufhört [!].

Hofmeister: Was ist das Kriterium der Ungültigkeit der Hilfsstimme, wenn sie dem politischen Gegner zufällt; die Listenverbindung auf der Bundesebene oder was?

Von Lex: Es ist so: Meine Stimme gehört dem CDU-Mann. Aber meine Hilfsstimme gebe ich nicht dem FDP-Mann, sondern dem SPD-Mann. Wenn man nun bei der Durchrechnung feststellen würde, daß man durch diese Hilfsstellung seinem eigenen Hauptwähler das Grab geschaufelt hat, kann man davon ausgehen, daß das der CDU-Wähler, der seine Hilfsstimme für die SPD abgegeben hat, niemals gewollt haben kann; denn er wollte seine Stimme der CDU geben. (*Zuruf:* Was für ein Durcheinander! – *Wuermeling:* Das Beispiel bringen Sie besser für den FDP-Mann!)

Das gilt nur, wenn die Hauptstimme dadurch illusorisch gemacht wird. (*Adenauer:* Wenn seine Stimme dadurch in sich aufhört!)

Ja, das kann er nicht gewollt haben. (*Majonica:* Man kann niemals die Hilfsstimme seinem Kandidaten geben!)

Nein! (*Majonica:* Bleiben die Wahlkreise unverändert?) Man soll um des Himmels willen nicht anfangen, die Wahlkreise neu zu machen.

Dichtel: Warum soll unter allen Umständen eine Erhöhung der Bundestagssitze stattfinden? Ich habe noch eine Frage. Wenn im Kreise Lörrach für die CDU 20.000 und für die SPD 19.990 Stimmen abgegeben werden, kann dann mit der Hilfsstimme unser Kandidat aus dem Sattel geworfen werden oder nicht? (*Zurufe:* Natürlich!)

Wir haben im Kreise Lörrach beide Parteien pari. (*Adenauer:* Wer ist das?) SPD und CDU. Nehmen wir an, wir erreichen 100 Stimmen mehr als die SPD. Nun wählen wir entsprechend der engeren Koalitionsvereinbarung den SPD-Kandidaten. Zählt dann jede Hilfsstimme voll mit? (*Zurufe:* Jawohl! – *Unruhe.*)

Von Lex: Ich kann nicht bestreiten, daß das in Grenzfällen der Effekt sein wird.

Gradl: Man wird ohne eine Empfehlung, die Hilfsstimmen abzugeben, nicht auskommen. Ich kann mir nicht denken, daß zum Beispiel die FDP von sich aus sagt: Gebt die Hilfsstimme der CDU – und wir unsererseits geben eine solche Erklärung nicht ab. Dann ergibt sich die Frage, muß man nicht damit rechnen, daß die Hilfsstimmen von FDP und DP miteinander verbunden werden, so daß im Grunde das System uns überhaupt nicht zugute kommt, sondern nur diesen beiden Parteien.

Was heißt denn überhaupt befreundete Parteien in diesem ganzen System? Wenn ich mir den Arbeiter in einer Industriestadt vorstelle, der die Hauptstimme der CDU gibt, kommt der nicht in die Situation, seine Hilfsstimme der SPD zu geben? Wir fahren also gerade im Industrierevier schlechter mit diesem System. Ist das nicht gefährlich?

Von Lex: Natürlich kann er seine Hilfsstimme der SPD geben. Das ist richtig. Aber wenn er dadurch seinen Kandidaten um das Mandat brächte, dann würde diese Hilfsstimme wieder ungültig. Wenn diese Bestimmung im Wahlrechtsausschuß, der gebildet werden soll, herausgestellt würde, dann wäre das schmerzlich und bitter.

Wenn Sie fragen, was heißt überhaupt befreundete Parteien, so kann ich dazu

sagen: Befreundete Parteien sind die, die Listenverbindungen miteinander abgeschlossen haben.

Adenauer: Eine allgemeine Bemerkung! Der Bundesinnenminister hatte Stichwahl vorgeschlagen. Gegen diese Stichwahl wurden erhebliche Bedenken von den verschiedensten Seiten laut; zunächst von den Seiten, die mit der Durchführung der Wahl unmittelbar zu tun haben, einmal wegen des Geldes und zweitens auch, weil doch voraussichtlich der Wahlkampf derartig hart werden wird, daß im Gegensatz zu früher alle Leute ausgepumpt sind mit ihren Kräften schon bei der ersten Wahl.

Bei der Stichwahl aber, Herr Gradl, würde der Fall viel eher eintreten. Das gilt auch für die anderen Herren. Bei der Stichwahl, sagen wir zwischen einem CDU-Mann und einem SPD-Mann, entsteht die Frage, was soll geschehen. Das gilt auch für Sie. Daran kommen Sie nicht vorbei. (*Dichtel:* Umgekehrt ist es besser, Herr Bundeskanzler!)

Sie müssen sich gegenüberhalten als Alternative die Stichwahl, wie man dann stehen würde. (*Von Lex:* Dann tritt das Problem acht Tage später auf.)

Es kommt noch schärfer. Wenn dieses Wahlgesetz so kommt, dann werden Parteien, die den Wahlkampf gemeinsam führen, doch auch dafür sorgen, daß Leute aufgestellt werden, deren Wahl den anderen zumutbar ist.

Nehmen wir einmal Nordrhein-Westfalen. Man wird keinem CDU-Mann zumuten können, einem von der FDP aufgestellten Rechtsradikalen eine Hilfsstellung zu geben. Ich glaube, das ist auch ein Motiv, das man berücksichtigen muß. Das wird sehr zurückwirken auf die DP und die FDP, wenn sie einen rechtsradikalen Drall bekommen sollten. Es wäre interessant, von den Herren aus Niedersachsen etwas zu hören.

Fricke: Ich bin der Meinung, daß die Frage aus der niedersächsischen Sicht einfacher zu beantworten ist als aus der Situation des Südweststaates. Wir stehen mit unseren Freunden von der Bonner Koalition Schulter an Schulter in Niedersachsen in der Opposition. Wir werden die DP und die FDP in ihren Domänen unterstützen, aber wir werden sagen: Ihr müßt auch unseren Kandidaten in den betreffenden Wahlkreisen mit euren Hilfsstimmen helfen. Ich hoffe, daß wir mit dieser Methode bei unseren sehr schwierigen Verhältnissen zu Rande kommen werden. (*Ehlers:* Der Herr Bundeskanzler wird den Herrn Stark[111] zum Konsul in Tahiti ernennen!) Warum? (*Ehlers:* Weil Tahiti sehr weit weg liegt.)

Adenauer: Wenn Sie dadurch erreichen, daß der BHE in Schleswig-Holstein vernünftige Leute aufstellt, würde ich das unbedingt anerkennen. (*Tillmanns:* Vor allen Dingen, wenn der BHE seine Stimme der CDU gibt.)

Kaiser: Wenn der BHE in ein Land gezogen würde – daran muß man denken –, dann müßten wir damit einverstanden sein. Die ganze Überlegung geht davon aus, daß die befreundeten Koalitionsparteien diese Sache miteinander durchführen sol-

111 Offenbar Hörfehler. Nicht zu ermitteln.

len in einer Abrede. Das berührt die Frage, ob wir als christliche Demokraten, die sich vorgenommen haben, die stärkste Partei unter allen Umständen zu bleiben, eine solch generelle Abrede treffen.

Wir haben es mit der DP und der FDP zu tun. Bei der einen müßte man sagen: Gebt eure Hilfsstimme dem einen oder andern; denn „einem andern" wird man kaum sagen können, wenn nicht im Lande Niedersachsen über den Wahlkreis hinaus eine Abmachung getroffen wird. Am stärksten berührt uns die Frage: Können wir als christliche Demokraten überhaupt eine solche Abrede mit Bezug auf unsere Koalitionskandidaten für das ganze Bundesgebiet – und darauf kommt es an – treffen? Ich bin mit dieser Sache noch nicht fertig. Ich habe mit meinen Freunden aus dem Industriegebiet darüber gesprochen und bin auf eines aufmerksam gemacht worden. Wenn wir eine solche Weisung generell ausgeben: Wählt einen der bisherigen Koalitionspartner! –, dann wird eine Unsumme unserer Menschen dem nicht folgen. Und das – denn es berührt nach meinem Dafürhalten die Autorität der Partei ihren Wählern gegenüber – macht mir wirklich Sorge. Wenn unsere Leute, wenn auch nur durch eine Hilfsstimme, sich einmal für die SPD entschieden haben, dann berührt das die Solidität der Verbundenheit unserer Menschen.

In diesem Zusammenhang interessiert mich die Sperrklausel. Ich denke an die Zentrumspartei, die im Industriegebiet noch eine Rolle spielt. 5 % im Bundesgebiet, daran muß festgehalten werden; 5 % im Landesgebiet, unter keinen Umständen! Vielleicht kommen wir damit dazu, daß die Zentrumspartei das Rennen überhaupt aufgibt. (*Wuermeling:* Oder in allen Ländern aufsteigt!) Wenn ich an bestimmte Kreise in Nordrhein-Westfalen denke, bin ich besorgt, daß wir mit diesen Hilfsstimmen der Zentrumspartei noch einmal zu einer Bedeutung verhelfen.

Es sind drastische Worte darüber gesprochen worden, daß die DP durch schwarz-weiß-rote Fahnen Propaganda macht. Ich habe nichts gegen die schwarz-weiß-rote Fahne; aber in diesem Wahlkampf Propaganda damit zu machen, um etwas Besonderes zu erstreben, dann gehen die katholischen Leute hin und geben ihre Hilfsstimme dem Zentrumskandidaten und helfen ihm im Bewußtsein des Volkes auf die Beine. Daher muß das Ganze sorgfältig überlegt werden.

Schmidt: Ich bin nach eingehendem Studium ein Befürworter dieses Wahlrechts. Ich glaube, es ist der beste Kompromißweg, der bisher überhaupt gefunden worden ist. Ich meine, bei der Todesangst, die die SPD vor einem neuen Wahlgesetz hat, das ihr schaden könnte, sollten wir nicht Selbstmord begehen, sondern klar unseren Weg gehen und diesen Kompromiß annehmen.

Das Problem ist allerdings in etwa das Zentrum in Nordrhein-Westfalen, weil wir dort diese Koalition haben; denn wenn wir für dieses Wahlrecht im Bundesrat eintreten, kann das Zentrum sehr wohl die Frage stellen, ob damit – da es eine Existenzfrage ist – die Koalition in Nordrhein-Westfalen nicht schlechterdings gefährdet ist. Da sehe ich gewisse Schwierigkeiten, aber nicht auf dem Gebiet, von dem Herr Kaiser sprach. Es kann überhaupt kein CDU-Mann in die Lage kommen,

seine Hilfsstimme für das Zentrum abzugeben. Es hat nur Sinn, eine Hilfsstimme des Schwächeren für den Stärkeren abzugeben.

Es kann aber niemals – das liegt im Sinne des Systems – darum gehen, daß ein Stärkerer für einen Schwächeren eine Hilfsstimme abgibt. Infolgedessen kommt also für die CDU im Regelfalle das Problem niemals in Frage. Es gibt in ganz Nordrhein-Westfalen keinen Wahlkreis, in dem die CDU dem Zentrum so nahe liegt, daß das Zentrum die CDU überflügeln könnte. Das Zentrum wird natürlich sagen: Wie kommen wir dazu, euch in Nordrhein-Westfalen im Bundesrat zu unterstützen, dieses Gesetz durchzubringen? Das ist die einzige Frage, die ich als gefährlich ansehe.

Kaiser: Herr Schmidt, das stimmt leider nicht.

Dichtel: Wir haben immer wieder die Erfahrung gemacht, daß bei sogenannten Einheitskandidaten zwischen zwei Parteien in der Regel wir die Leidtragenden gewesen sind. Sind diese Listenverbindungen an sich nicht grundsätzlich abzulehnen? Sind sie gedacht als Schutz der Koalition? Es könnte auch anders sein. Diese Listenverbindungen sind nach meiner Auffassung für uns eine Verwässerung des Grundsätzlichen und haben der CDU noch nie Glück gebracht.

Adenauer: Seien Sie doch bitte nicht so grundsätzlich! Wie lange wird dieses neue Wahlgesetz dauern? Wahrscheinlich auch nur vier Jahre. Dann macht man wieder ein neues Wahlgesetz. Das hat mit Grundsätzen wirklich und wahrhaftig nichts zu tun. Ich gebe zu, Sie sind in Württemberg-Baden wegen Ihrer Liaison mit Herrn Maier in einer besonderen Situation. (*Zuruf:* Liaison ist gut!) Verbindung heißt das! (*Heiterkeit. – Dichtel:* Wir wollen nur unseren Bestand sichern. Wir haben viele Sorgen.)

Sie gehen bei der Erörterung von dem Standpunkt aus: Ist das das ideale Wahlrecht? Ein ideales Wahlrecht gibt es nicht, sondern Sie dürfen nur fragen: Ist das relativ das Beste, oder gibt es etwas Besseres, und je nachdem müssen Sie Ihre Entscheidung treffen.

Altmeier: Ist es nicht gut, bereits im Wahlkampf zu sagen: Du wählst den Herrn Müller durch unsere Liste, aber du hast noch eine Hilfsstimme. Das müssen wir den Leuten klarmachen. Mit dieser Hilfsstimme wählst du den Herrn Kunze. Der Wähler wird sagen, wenn die mir empfehlen, später auch den Kunze zu wählen, warum soll ich dann nicht direkt so wählen. (*Adenauer:* Wir bekommen im Bundestag keine Mehrheit!)

Bei der Nachwahl in der Pfalz – bei dem Abgeordneten Roth[112] – haben wir erlebt, daß die CDU und die FDP zusammen mit Leichtigkeit den SPD-Mann aus dem Felde hätten schlagen können. Er ist nicht aus dem Felde geschlagen worden,

112 Der Bundestagsabgeordnete der SPD Ernst Roth war im Mai 1951 verstorben. Bei der Nachwahl im Wahlkreis Neustadt a.d.W. am 23. September 1951 erreichte der SPD-Kandidat Willy Odenthal 54,0 %, der von der CDU unterstützte FDP-Kandidat Günther Bernhard 40,5 % der Stimmen.

weil sich – Gott sei Dank – unsere Leute nicht sagen ließen, sie müßten jetzt einen FDP-Mann wählen. Sie sind zu Hause geblieben. Wir müssen also im Wahlkampf der Frau Müller sagen: Du wählst unseren Mann, und dann mußt du noch einen Ersatzmann wählen.

Adenauer: Was haben Sie gesagt: bleibt zu Hause? (*Altmeier:* Wir haben sie aufgefordert zu wählen, aber sie sind nicht gegangen.)

Damit haben Sie dieselbe Sünde begangen; bei der Stichwahl kommen Sie in die gleiche Lage. Herr Bach hat das Wort.

Bach: Wenn Sie das Wahlrecht betrachten, müssen Sie berücksichtigen, daß es nichts Vollkommenes ist, sondern der Versuch, etwas Besseres zu schaffen als bisher. Es geht praktisch darum, ob ein neues Wahlrecht Wirklichkeit wird oder ob das alte bestehen bleiben soll.

Die SPD legt den größten Wert darauf, daß das alte Wahlrecht bestehen bleibt. Wenn Sie sich die Verhältnisse von 1949 gegenüber heute ansehen, werden Sie feststellen, daß zwar die Wähler rechts des Grabens nicht verloren haben, daß aber eine Zersplitterung eingetreten ist, so daß beim Bestehenbleiben des alten Wahlrechts sehr wahrscheinlich die SPD den Nutzen hätte; denn dieses alte Wahlrecht bringt 60 % direkte und 40 % indirekte Mandate, so daß mit der größten Wahrscheinlichkeit die SPD als die stärkste Partei in den Bundestag einziehen würde.

Wenn Sie sich das vor Augen halten, müssen Sie das neue Wahlrecht, das vom Innenministerium eingereicht wurde, unter dem Gesichtspunkt des kleineren Übels ansehen. Dann sind die Probleme gar nicht so schwierig, wie sie hier dargestellt werden; denn wir haben praktisch nur im nordwestdeutschen Raum die Verhältnisse, daß auch einmal die FDP oder die DP stärker sind in einem Wahlkreis als wir. Wo die CDU-Stimmen stärker sind als die der SPD, brauchen die Hilfsstimmen von uns gar nicht abgegeben zu werden, sondern von den anderen. Wir brauchen nur die Parole herauszugeben: CDU zu wählen. (*Schmidt:* Sehr richtig!)

Wir haben gar keine Hilfsstimme; die fällt ins Wasser. Die Hilfsstimme kommt nur für die beiden stärksten Kandidaten in Frage. Das ist immer der Kampf zwischen der SPD und dem anderen Mann, wobei im ganzen westdeutschen und süddeutschen Raum praktisch nur der CDU-Mann der andere Mann ist. Und nun sollen die anderen Herrschaften den Mut haben, die Parole auszugeben, SPD zu wählen. Die sind nun in der unangenehmen Lage, ihre Stimme abzugeben.

Um ihnen das leichterzumachen, besteht der interne Proporz. Gebt ihr eure Stimme für die CDU ab, dann hat nicht nur die CDU den Nutzen davon, sondern bei den indirekten Mandaten werden nun diese Quoten der Stimmen der betreffenden Partei angerechnet. Das ist doch ein Zwang, der die FDP und die DP veranlassen wird, möglichst den CDU-Mann zu wählen, weil wir nicht den Nutzen haben, sondern sie bei den Mandaten, die auf der gemeinsamen Liste gewählt werden.

Ich sehe keine Gefahr. Für Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg kommt in Frage, unter Umständen die Parole auszugeben: Ihr müßt den

FDP- oder DP-Mann wählen, der zufällig die Mehrheit hat. Für die anderen Wahlkreise kommt nur die Parole von DP und FDP in Frage: Ihr müßt den CDU-Mann wählen!

Die Gefahr, die Herr Minister Kaiser sieht, trifft für den westdeutschen und süddeutschen Raum zu, aber nicht für den nordwestdeutschen Raum. Wenn ich die Wahl habe zwischen dem alten Wahlrecht und dem neuen – und ich habe nur die Wahl zwischen diesen beiden –, dann kann ich mich als CDU-Mann nur für den Entwurf der Regierung entscheiden.

Es ist zum ersten Mal möglich, daß in den gemischten Wahlkreisen auch evangelische Kandidaten zum Zuge kommen. Es ist für die CDU von ausschlaggebender Bedeutung, daß die evangelischen CDU-Leute in direkter Wahl zum Zuge kommen, um damit den Heinemann-Klüngel und alle die anderen zu schlagen.

Tillmanns: Der wichtigste Unterschied zwischen dem bisherigen Wahlrecht und dem neuen Entwurf der Bundesregierung ist der, daß in der direkten Wahl erworbene Stimmen bei der Verrechnung nicht mehr angerechnet werden, sondern daß eine ganz klare Trennung gezogen wird. (*Wuermeling:* Auch innerhalb der Listenverbindung!)

Dadurch hat die direkte Wahl einen anderen Charakter bekommen in den Wahlkreisen. Bisher war es verhältnismäßig gleichgültig, wieviel Mandate in der direkten Wahl durchkamen. In der Tatsache, daß man es hier nicht zu einer formellen Stichwahl im allgemeinen Sinne kommen läßt, sondern daß man diese Stichwahl praktisch vorwegnimmt durch die Hilfsstimme, kann ich keine Verschlechterung, sondern eher eine Verbesserung erkennen.

Das ist aber die Kernfrage: Will ich eine direkte Stichwahl, wie es das alte Reichstagswahlrecht vor 1914 hatte, oder nehme ich diese Stichwahl vorweg durch die Hilfsstimme. Und ich muß sagen, das scheint mir eine Verbesserung zu sein, wenn ich mich überhaupt dazu bekenne, daß wir jetzt nicht mehr wie früher die Wahlergebnisse in den Wahlkreisen berechnen sollen mit der Gesamtverrechnung der Stimmen, was nämlich im Endeffekt auf ein reines Verhältniswahlrecht hinausläuft. (*Von Lex:* Und die Splitterparteien begünstigt!)

Wenn wir das nicht wollen, bleibt nur dieser Weg übrig. Ein reines Mehrheitswahlrecht bekommen wir einfach nicht. Die Koalitionsparteien werden sich dann lieber für das Verhältniswahlrecht entscheiden.

Es ist nicht klargeworden, daß gegenüber dem alten Wahlsystem diese Regelung einen Nachteil hätte. Diese neue Regelung hat einen Vorteil. Es ist nicht genügend beachtet worden, daß wir nur in den Wahlkreisen überhaupt gezwungen sind, Parolen für die Hilfsstimmen auszugeben, wo nicht sicher unser Kandidat entweder die Mehrheit bekommt oder in die Stichwahl kommt. (*Krone:* Auch in den badischen Wahlkreisen. – *Wuermeling:* Wenn die anderen untereinander Hilfsstimmen machen.) Es nützt ihnen gar nicht.

Müller: Es ist sehr schwer, nachdem uns das Wahlgesetz jetzt vorgetragen wurde, ohne daß wir den Text haben, sich ein endgültiges Urteil zu bilden. Ich glaube,

daher rühren auch die großen Meinungsverschiedenheiten. Herr von Lex hat angedeutet, daß in den Kreisen eine Nachwahl beim Ausscheiden eines Kandidaten künftig nicht mehr stattfindet. Wie wird das erreicht? (*Von Lex:* Das steht im Gesetz, Ersatzmann in Klammern; ein Ersatzmann wird nicht bestellt.)

Die regionalen Verschiedenheiten dürfen nicht außer acht gelassen werden, weil unter Umständen dadurch die Gesamtentscheidung beeinflußt werden kann. Bei uns ist es so, daß überwiegend die CDU, soweit sie nicht die absolute Mehrheit hat in den Wahlkreisen, die relative Mehrheit hat. Wenn wir bei 20.000 Stimmen 9.000 CDU-, 6.000 SPD- und 5.000 FDP-Stimmen haben, würde nach dem bisherigen Bundeswahlsystem der CDU-Kandidat gewählt sein.

Nun laufen wir Gefahr, bei der Koalition, die wir jetzt haben, und weil die FDP immer in Wahlzeiten mit dem antiklerikalen Effekt kommt – das ist ihre Parole: Wählt keinen Schwarzen! – und damit bei uns immer noch Erfolg hat, daß nun die anderen, von denen keiner die Stärke der CDU erreicht, sich zusammenschließen mit den Hilfsstimmen und dann den CDU-Kandidaten schlagen. Die CDU-Stimme kommt auf der Bundesebene zur Geltung? (*Zuruf:* Nein! – *Von Lex:* Die Hauptstimme ja! – *Adenauer:* Die Hilfsstimme kommt nicht zur Geltung!)

Das gibt rein optisch eine Verschlechterung, weil wir in den Wahlkreisen, wo wir mit der relativen Mehrheit gesiegt haben, nun unterliegen. Daran ist gar kein Zweifel, daß das eine Verschlechterung ist. Das ganze System beruht auf der Absicht, die Stichwahl zu vermeiden und durch eine vorweggenommene Stichwahl zu ersetzen.

Die vorweggenommene Stichwahl ist völlig anders als die reale Stichwahl. Bei der realen Stichwahl ist die Sache so, daß das Abstimmungsergebnis für jedermann ersichtlich ist. Man kann sagen, es ist nicht gelungen, den CDU-Kandidaten durchzubringen. Wir müssen dafür sorgen, daß wir den SPD-Kandidaten schlagen. Das verstehen die Leute, und deshalb sind sie bereit, je nachdem einen FDP-Mann usw. in der Stichwahl zu wählen. Aber bei der vorweggenommenen Stichwahl stellen die Leute andere Erwägungen an.

Das Ergebnis der vorweggenommenen Stichwahl wird völlig anders sein als das Ergebnis der realen Stichwahl. Da sehe ich eine große Gefahr. Das ganze System setzt voraus, daß eine Einigung auf oberster Ebene zwischen den Parteileitungen erfolgt. Ich halte das für möglich, aber es setzt voraus, wenn der Wahlkampf nicht beeinträchtigt werden soll, daß auf der Landes- und Kreisebene Besprechungen stattfinden. Und die sind erheblich schwieriger und werden wahrscheinlich zu keinem Ziel führen oder nicht eingehalten werden. Wir müssen darauf abstellen, den Wahlkampf klar und sauber zu führen. Wir werden die Gegner abstufen müssen. In der Hauptsache werden wir den Kampf gegen die SPD, aber auch gegen die FDP führen müssen.

Mein verstorbener Freund Wildermuth hat mir einmal mitten im letzten Bundestagswahlkampf, nachdem er – entschuldigen Sie den harten Ausdruck – eine unverschämte Kampagne gegen die CDU geführt hatte, erklärt: Es ist klar, im Wahl-

kampf sind wir die schärfsten Gegner, und nachher machen wir Koalition. Das wirkt sich für den Wahlkampf sehr schlecht aus.

Adenauer: Ein allgemeines Wort! Wenn der Wahlkampf losgeht, ergibt es sich ganz von selbst, daß wir uns in der Hauptsache auf das stützen, was wir in der Koalition geleistet haben. Das ist doch vollkommen klar. Wir treten doch nicht an wie vor vier Jahren, sondern wir müssen der Wählerschaft klarmachen: Wir haben im Verein mit den beiden anderen Parteien das und das geschaffen. Daraus ergibt sich ganz von selbst – man mag wollen oder nicht –, daß der Wahlkampf in der Hauptsache sich gegen die Sozialdemokratie richtet. Das ist eine natürliche Notwendigkeit. Daran ist nichts zu deuteln. Die Sozialdemokratie war in den vergangenen vier Jahren immer und überall unser Gegner. Wenn wir jetzt unsere Politik weiterführen wollen, können wir nicht anders, als gegen die Sozialdemokratie weiterzukämpfen. Darüber sind wir uns klar.

Damit entfällt ein großer Teil Ihrer Bedenken. Von gewissen Fällen abgesehen, wird man – wenn die DP in irgendeinem Wahlkreis, wo sie gar nichts zu suchen hat, mit einem Kandidaten auftritt – nicht sagen: Gebt der DP die Stimme. Das wird kein Mensch tun. Es wird aber notwendig sein, daß unter den Parteien in den Wahlkreisen vorher eine Fühlungnahme stattfindet und daß man der FDP oder der DP in den Wahlkreisen, wo es zu einer vorweggenommenen Stichwahl kommt, sagt: Wenn ihr einen solchen rabiaten Burschen aufstellt, werden unsere Leute ihre Zusatzstimme dem Mann nicht geben. Stellt deswegen einen Mann auf, den auch einer von uns wählen kann! Das ist sehr günstig und an sich eine Nebenwirkung des ganzen Wahlsystems, die ich für außerordentlich gut halte, damit wir aus der rechtsradikalen Geschichte herauskommen.

Ich möchte nun Herrn von Lex bitten, Herrn Dr. Müller auf die gestellten Fragen zu antworten.

Von Lex: Herr Staatspräsident! Sie sagen, Sie werden voraussichtlich in einigen Wahlkreisen, in denen Sie nach der relativen Mehrheitswahl den Sieg erobert hätten, jetzt nicht mehr zum Zuge kommen. Darauf kann ich antworten: Das mag der Fall sein. Aber in sehr viel mehr Kreisen wird die SPD beim relativen Mehrheitswahlsystem, unter Umständen im weiten Bundesgebiet, keinen Wahlkreis verlieren. Wir müssen es doch für das ganze Bundesgebiet machen.

Wir in München werden nach dem neuen System die Wahlkreise holen, während beim relativen Mehrheitswahlsystem die SPD die Wahlkreise erobern würde.

Adenauer: Ich darf sagen, ohne daß das einer mißversteht, die Rücksicht auf die Verhältnisse in Bayern waren auch bei dem Wahlgesetzentwurf maßgebend.

Wuermeling: In einer Wahlversammlung war dicke Luft gegenüber diesem Regierungsentwurf mit der Begründung, er sei unmoralisch, und zwar deshalb, weil der Wähler durch die Hilfsstimme genötigt werde, auch anderen Parteirichtungen als seiner eigenen seine Stimme zu geben. Darauf habe ich erwidert: Das ist nicht unmoralisch; denn der Wähler kann machen, was er will. Es liegt keinerlei Zwang zur Abgabe der Hilfsstimme vor. Das wurde auch eingesehen.

Dann kam das Bedenken auf, daß die Hilfsstimmen sich nicht zum eigenen Nachteil auswirken dürfen. Ernstzunehmende Leute waren der Meinung, eine Hilfsstimme, die ein CDU-Mann abgebe, könne sich nie zugunsten einer Oppositionspartei auswirken. Ich bin dem entgegengetreten und habe zwar nicht den letzten überzeugt, aber im großen und ganzen kam die Meinung dahin, daß das nicht gemeint sei, sondern nur das, daß die Hilfsstimme nie dazu benutzt werden kann, um den eigenen Kandidaten unter den Tisch zu bringen. In diesem Punkt kamen wir wegen des Ausdrucks „unmoralisch" zusammen.

Die Leute wiesen ferner nicht ganz mit Unrecht darauf hin – weil wir ja beim internen Proporz die Abgebenden an die Koalitionspartner sind –, daß beim internen Proporz viele Hauptstimmen der CDU-Wähler dazu verwendet würden, um der FDP oder der DP zu einem Mandat zu verhelfen. Das könne der Wähler an sich nicht durchsehen; das geschehe hinter den Kulissen.

Dolf Sternberger[113] hat in der Kundgebung am folgenden Samstag ironisch gesagt, diese Stimmen werden gewissermaßen in der Garderobe abgegeben, und die Spielleitung macht damit, was sie will – worauf er in den sozialdemokratischen Kreisen entsprechende Zustimmung bekam.

Ich muß sagen, dieses Argument ist mir auch etwas unangenehm, besonders in den Bezirken, wo schwere Gegensätze sind, wie in Württemberg-Baden und auch in Nordrhein-Westfalen. Das ist zwar die Wirkung jeder Verbindungsliste, aber der Unterschied, Herr von Lex, ist der, daß bei der früheren Listenverbindung im proportionalen System die Reststimmen einer Partei zugute kamen, während hier bei diesem System möglicherweise das Gros der Stimmen oder die Hälfte der Mandate unserer Koalitionspartner mit unseren Stimmen gewählt werden. (*Adenauer:* Das sind Sünden!)

Sünden! Sie sagen, Herr Bundeskanzler, dazu käme es gar nicht bei der Wahlform. Ich hoffe nicht. Der Kern des Wahlrechts muß der sein, daß der Wähler genau weiß, was er tut und welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Und das halten die Leute uns vor, daß man diese Konsequenz bezüglich des internen Proporzes hinter den Kulissen zieht; denn dann kommt am Ende etwas anderes heraus, als ursprünglich vom Wähler angenommen worden ist. (*Adenauer:* Die Wähler sind nicht so dumm wie man annimmt!)

---

113 Dr. Dolf Sternberger (geb. 1907), Professor für Politische Wissenschaft; 1934–1943 Redakteur der „Frankfurter Zeitung", 1945–1949 Mitherausgeber der Monatsschrift „Die Wandlung", 1950–1958 Herausgeber der Zeitschrift „Die Gegenwart", 1964–1970 Präsident des PEN-Zentrums der Bundesrepublik Deutschland (vgl. LANGE S. 307–317, 501ff.). – Bei der Kundgebung der „Deutschen Wählergesellschaft" am 25. Januar 1953 in der Frankfurter Paulskirche hatte auch Sternberger als Vorsitzender der Deutschen Wählergesellschaft gesprochen (Druck: Wahlen sind überflüssig – wenn die Parteien das Verfahren nicht ändern. Sonderdruck hrsg. von der Deutschen Wählergesellschaft. Frankfurt 1953).

Dieses Argument kann man immer gebrauchen; dann wäre jede Listenverbindung unmoralisch.

Von Lex: Wenn erklärt worden ist, die Hilfsstimme, die ein CDU-Mann abgibt, komme nie einer Koalitonspartei zugute, so trifft das für die anderen genauso zu.

Zu dem Einwand gegen den internen Proporz, daß dadurch viele Hauptstimmen der CDU-Wähler dazu verwendet würden, um der FDP usw. zu einem Mandat zu verhelfen, kann ich sagen, daß die Hälfte verwendet wird, um der CDU ein Mandat zu geben. (*Zuruf:* Aber die andere Hälfte!)

Das ist eben die Quittung und die Belohnung für die Listenverbindung. Die Listenverbindung hat zu allen Zeiten dazu geführt.

Ehlers: Es scheint mir unzweckmäßig zu sein, was Herr Schmidt sagte, wir brauchten als stärkere Partei den kleineren nicht die Empfehlung zu geben. Das ist psychologisch völlig unmöglich; denn diese Aufforderung, die Stimme abzugeben, kann natürlich nur auf der Basis der Gegenleistung beruhen.

Tillmanns: Die Gegenleistung besteht darin, daß in den Wahlkreisen, wo wir die Schwächeren sind und die FDP die Stärkere ist, das gleiche gilt.

Ehlers: Das ist doch Theorie! Wenn ich der FDP und der DP sage: Gebt der CDU eure Stimme, dann muß ich auch sagen: Gebt der FDP die Ersatzstimme; sonst geht es ja nicht. Das wird doch überall so sein. Ich kann mir vorstellen, daß es sich in vielen Wahlkreisen rentieren würde, insbesondere mit Rücksicht auf die Persönlichkeit der Kandidaten, überhaupt keine Vereinbarung zu treffen, sondern das einfach dem Wähler zu überlassen. Vielleicht kommt dabei ein positives Ergebnis heraus, daß man von diesen Dingen völlig befreit ist, aber wir dürfen die Theorie in diesen Dingen nicht so furchtbar weit treiben, insbesondere nicht bei den Beratungen im Bundestagsausschuß.

Es ist gar kein Zweifel, daß die SPD, die von diesem Gesetzentwurf auf das peinlichste berührt ist, weil sie sich längst ausgerechnet hat, was dabei herauskommen kann, an das Bundesverfassungsgericht geht. Und es ist anzunehmen, daß das bei der ständigen Überbelastung ziemlich lange dauern wird.

Wir müssen uns darüber klarwerden, daß wir nicht nur eine technische Frage besprechen, sondern eine Frage, die auch mit der Aufstellung der Kandidaten in unmittelbarer Beziehung steht. Wenn dieses Wahlgesetz durchkommt, haben wir eine völlig andere Kandidatenaufstellung nötig als beim alten Wahlgesetz, so daß wir doch darauf drängen müssen, möglichst schnell zu einem Ergebnis zu kommen. Sonst fehlt uns nachher die Zeit zur Vorbereitung der Wahl. Und das wäre katastrophal.

Zimmer: Ich möchte nur darauf hinweisen, daß dieser Gesetzentwurf bereits am Donnerstag im Ausschuß für innere Angelegenheiten des Bundesrates zur Beratung steht[114]. Mehrere SPD-Mitglieder haben mich gebeten, die Beratungen so zu legen, daß sie teilnehmen können. Ich habe dazu den dringenden Wunsch, daß die CDU-

114 Der Ausschuß für innere Angelegenheiten des Bundesrats befaßte sich in seiner Sitzung am 29. Januar mit dem Gesetzentwurf (Beschlüsse und Empfehlungen in BR

Innenminister gleichfalls anwesend sind oder zumindest ganz klar instruierte Vertreter entsenden. Es ist leider immer wieder vorgekommen, daß dort CDU-Vertreter gesessen haben, die nicht abstimmen konnten, weil sie keine Instruktionen hatten.

Ich habe den Wunsch, daß die Kabinette sich unter allen Umständen vorher schon damit befassen, damit die Vertreter instruiert werden, sonst fallen wir bereits im Ausschuß am Donnerstag mit der Vorlage hinten durch. Wenn auch die Ausschußbeschlüsse nicht entscheidend sind, so ist es im Plenum sehr schwer, einen negativen Beschluß des Ausschusses bei der heutigen Zusammensetzung des Bundesrates in das Gegenteil zu verkehren.

Nun müssen wir im Bundesratsausschuß für innere Angelegenheiten zunächst in jedem Falle eine Mehrheit für diesen Entwurf bekommen, damit wir eine Diskussionsbasis haben. Damit gewinnen wir Zeit für die parlamentarische Beratung im Bundestagsausschuß.

Es ist unbedingt notwendig, daß an die Landesvorstände schleunigst eine Information und ein Kommentar herausgehen, natürlich in dem Sinne, wie wir heute beraten haben, aber so, daß man den staatspolitischen Standpunkt bei unseren eigenen Leuten vertreten kann. Damit wäre zunächst Zeit gewonnen für die parlamentarische Beratung, und wir hätten die Möglichkeit einer Korrektur oder Verbesserung des Entwurfs. Wenn der Entwurf jetzt schon fällt, sehe ich große Schwierigkeiten.

Ich habe einen Wunsch an das Bundesministerium des Innern, es möchte doch für die Beratungen, vielleicht auch für die Partei, einige besondere Anschauungsbeispiele herausarbeiten über die Auswirkung der §§ 8 und 9, insbesondere über das Zusammenspielen der Absätze 2 und 3 des § 8, damit wir an einigen praktischen Beispielen die Auswirkungsmöglichkeiten dieser juristischen Bestimmungen unseren Leuten klarmachen können.[115]

Ist dieses Gesetz ein Zustimmungsgesetz oder nicht? Das zu wissen, wäre für unsere Stellungnahme im Bundesrat von großer Wichtigkeit.

Von Lex: Am Mittwoch steht die ganze Materie bereits im Rechtsausschuß des Bundesrates an. Es wäre außerordentlich wichtig, wenn die Herren Ministerpräsidenten die Herren Justizminister für den Entwurf morgen schon instruieren könnten. Wir werden alles tun, um die Landesverbände mit Material zu versorgen. Wir werden uns an Herrn Heck wenden. Wir werden es gedruckt haben bei der großen Pressekonferenz. (*Kaiser:* Und den Stimmzettel dazu!) Und auch Ausrechnungsbeispiele wegen des § 8 Abs. 3.

Adenauer: Ist es ein Zustimmungsgesetz?

Von Lex: Wir sind der Meinung, daß es kein Zustimmungsgesetz ist.

Drs. 32/1/53). Der Bundesrat beschloß am 6. Februar 1953, die Bundesregierung zu ersuchen, einen Entwurf vorzulegen, der den Gesichtspunkten des Bundesrats Rechnung trage und die Einbeziehung Berlins vorsehe (BR Sten.Ber. 100.Sitzung S. 38–48).

115 Vorgesehen war in § 8 (Wahl im Wahlkreis) in Abs. 2 und 3 ein Alternativ-Stimmensystem von „Haupt- und Hilfsstimmen", mit Hilfe dessen eine Zersplitterung im sog. bürgerlichen Lager vermieden werden sollte. Vgl. dazu LANGE S. 497–521.

Schreiber: Die Vorlage geht davon aus, daß die absolute Mehrheit entscheidet. Das ist kein Zweifel! (*Von Lex:* An sich!)

Bei 242 Mandaten entscheidet nicht die relative, sondern die absolute Mehrheit? (*Von Lex:* Nein!)

Ist das ein Irrtum? Wenn der Gesetzentwurf davon ausgeht, daß in den Kreisen die absolute Mehrheit entscheidet. (*Von Lex:* Nein! Der Vorschrift nach ist es eine relative Mehrheitswahl, aber durch die Auswirkung der Hilfsstimmen kommt es auf die absolute Mehrheit hinaus!)

Nehmen Sie ein Beispiel. In einem Kreis hat die Sozialdemokratie 9.000, die CDU 11.000, die FDP 3.000 Stimmen usw. Das sind die ersten Stimmen. Nun geben einige Parteien noch die zweite Stimme. In welchem Umfang können Sie nicht voraussehen. Wie können Sie sich sichern, daß eine absolute Mehrheit der Stimmen abgegeben wird für einen Kandidaten? Das sehe ich nicht ein. Es kann sein, daß keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht.

Von Lex: Wenn keiner sie erreicht, hat der gesiegt, der die relative Mehrheit hat!

Fay: Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, daß die Schöpfer der Verfassung Fehler begangen hätten. Mir scheint ein Kardinalfehler der zu sein, daß das Wahlgesetz nicht so festgelegt worden ist, wie es in der Weimarer Republik war, ohne dazu Stellung zu nehmen, ob dieses oder jenes richtig ist.

Wir sind froh, daß wir den Entwurf als Diskussionsgrundlage haben. In Hessen haben wir uns in einer Vorstandssitzung am Samstag damit beschäftigt. Es waren ungefähr 50 % dafür und 50 % dagegen.[116]

Wenn man ein Wahlgesetz in der heutigen Situation schafft, kann man es von zwei Aspekten betrachten: 1. Welches Wahlsystem schaffe ich, um primär der CDU und der derzeitigen Koalition die Macht zu sichern, (*Adenauer:* Und genügenden Einfluß zu geben!) ja, und genügenden Einfluß zu geben. 2. Welches Wahlsystem ist, losgelöst von diesem ersten, das beste? Da gibt es die beiden Antipoden: absolutes Mehrheitswahlrecht und Verhältniswahlrecht.

Ich gehöre zu den Leuten, die gegen dieses Gesetz sind, (*Adenauer:* Sie meinen, dagegen gestimmt haben!) ja, und auch heute noch dagegen stimmen würde. Dieses System verletzt m.E. den Grundsatz der Unmittelbarkeit und den Grundsatz der Gleichheit und – so füge ich für mich hinzu – den Grundsatz der Gerechtigkeit. Ich habe den Eindruck, daß dieses Gesetz unter starker Zuhilfenahme des Rechenstiftes gemacht worden ist. Dabei kann es einem passieren, was man so „die Rechnung ohne den Wirt gemacht" nennt.

Ich darf ein Wort von Ihnen, Herr Bundeskanzler, zitieren. Als wir die Verhältnisse von Nordrhein-Westfalen erörterten, sagten Sie: Vertrauen in die Sicherheit eines Gebietes rächt sich bitter. Es könnte auch sein, daß das Vertrauen in die Sicherheit einer Koalitionspartei nicht ganz sicher ist. Ich weiß von prominenten Vertretern – die außerhalb unserer Partei stehen, aber starken Einfluß auf ihre

116 Protokoll nicht zu ermitteln.

Organisationen haben –, daß sie unter Umständen, wenn die anderen Parteien Abgeordnete aufstellen, die die christlichen Belange nicht erfüllen, gegen die Wahlen sind und dann für Stimmenthaltung plädieren.

Es mag richtig sein, daß das System der Listenverbindung jede Partei zwingt, solche Persönlichkeiten aufzustellen, die für alle Partner einigermaßen tragbar sind, aber die Gewißheit haben wir nicht. Wir haben keinen Einfluß auf das Aufstellen der Kandidaten für die Listen. Der Teil, der sich gegen das Gesetz ausgesprochen hat, hat hauptsächlich die Listenverbindung kritisiert, aber auch die Ersatzwahlen. Das Verkoppeln mit der Ersatzwahl bringt unter Umständen sehr große Schwierigkeiten. Das ist der Punkt, der im Volke am wenigsten verstanden wird. Tranchieren und kumulieren innerhalb einer Partei ist kein Problem, aber die Vorwegentscheidung des Wählers, neben seinem Liebling nun gleichzeitig einen anderen zu wählen, das ist m.E. etwas zuviel. Ich habe die größten Bedenken. Der Landesvorstand Hessen der CDU hält sich zurück.

Adenauer: Wenn Sie meinen, Herr Dr. Fay, die Vorlage sei mit dem Rechenstift gemacht worden, so irren Sie. Sie ist nicht gemacht worden, sondern man hat erst dieses Wahlgesetz verglichen mit den Wahlen von 1949. Stark mitbestimmend war dabei die in der CSU herrschende Meinung.

Meine verehrten Herren! In Ehren jede Objektivität, und in Ehren jedes Prinzip; wenn ich aber Politiker bin und wenn es sich um eine Wahl von der Bedeutung handelt, wie die jetzt bevorstehende, und ich habe die Möglichkeit, etwas dazu zu tun, damit das gerettet wird, was wir jetzt gemacht haben, dann wäre ich ein kompletter Narr, wenn ich aus Prinzipienreiterei oder aus irgendwelchen anderen Gründen das nicht täte. Das möchte ich vorausschicken.

Was Sie von unseren Freunden aus Niedersachsen und auch von Bayern hören, daß man in Bayern diese ganze Geschichte tadellos – wie Sie von Herrn von Lex gehört haben – bis in die kleinsten Dörfer verstanden hat, dann weiß ich nicht, warum Sie solche Bedenken haben. Die Bayern sind sicher das führende Volk bei uns in der Bundesrepublik, *(lebhafte Heiterkeit)* aber ich denke, hierbei kommen wir auch noch mit, daß wir das auch noch verstehen.

Alles in allem genommen kann ich nur nochmals wiederholen: Ein vollkommenes Wahlrecht gibt es eben nicht. Man muß das relativ Beste heraussuchen. Man muß auch etwas auf die Wähler vertrauen. Hinsichtlich der Sicherheit gebe ich Ihnen ohne weiteres recht, Herr Fay, aber etwa auf die Wähler muß man vertrauen. Bisher hat sich gezeigt, daß der Wähler, wenn man ihn anspricht, versteht, worauf es letzten Endes ankommt.

Wenn wir dieses Europa und den EVG-Vertrag und die Steuerreform[117] fertig

117 Zur zweiten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsfragen („Kleine Steuerreform") am 5. Mai 1953 Sten. Ber. 1.WP Bd.16 S.12800–12817. Zur dritten Lesung am 6. Mai vgl. EBD. S. 12899–12913. Zum Gesetz vom 24. Juni 1953 vgl. BGBl I S. 413–444.

haben, bis es zur Wahl kommt, dann müßte es doch merkwürdig zugehen, wenn wir unserem Volke nicht klarmachen könnten: Diese Regierungsmehrheit, die bisher gearbeitet hat, hat das geschaffen. Ihr müßt nun sorgen, daß sie bestehen bleibt!

Ich lege sehr großen Wert darauf, Herr Fay, daß vorher eine Befummelung [!] der Kandidaten stattfindet – ich meine die der anderen Parteien –, damit nicht nachher im Bundestag in der benachbarten Gesellschaft Gestalten auftauchen, die einem sehr unangenehm sind. Das kann man evtl. schon vorher erledigen, indem man den Leuten sagt: Ihr bekommt nicht unsere Stimmen, wenn ihr solche Leute aufstellt.

Zusammenfassend glaube ich, daß die ganze Vorlage zwar nicht das absolut Beste ist, aber wir haben das relativ Beste gemacht.

Schmidt: Wir können das Mehrheitswahlrecht nicht durchsetzen, weil wir in der Minderheit sind. In der Alternative könnten wir nur ein Verhältniswahlrecht durchsetzen. Wenn wir das vom Standpunkt des Verhältniswahlrechts aus betrachten, geht keine Hauptstimme zugunsten irgendeiner anderen Partei; im Gegenteil, wir bekommen unseren vollen Anteil im Proporz der Hauptstimmen zusätzlich derjenigen Mandate, die wir bei den 242 der ersten Gruppe gewonnen haben und im internen Proporz uns nicht anzurechnen lassen brauchen. Ich bitte, daß wir diesem Irrtum prinzipiell überall begegnen, wo er auftaucht.

Den anderen Gesichtspunkt, den Herr Präsident Ehlers brachte, bitte ich auch noch einmal durchzudenken. Es ist wirklich nicht prinzipiell ein Gegenseitigkeitsverhältnis auf der Kreisebene. Das Gegenseitigkeitsverhältnis besteht im Verhältnis zur Bundesliste, das wir als Äquivalent bieten bei der Anrechnung im internen Proporz. Auf der Kreisebene gibt es prinzipiell nicht den Gedanken des Gegenseitigkeitsverhältnisses, sondern den Gedanken der Stichwahl, und das bedeutet prinzipiell immer Unterstützung des Stärkeren. Das müssen wir unseren Partnern klarmachen.

Ich sehe also keine ideologischen Opfer, die die CDU im Gegensatz zu allen Wahlvereinbarungen, die wir bisher getroffen haben, bringen müßte.

Schäffer: Wir haben in Bayern ein sehr kompliziertes System[118]. Der Wähler kann unter allen Parteien irgendeinen Namen herausstreichen. Die Zahl der ungültigen Stimmen ist überraschend gering. Die Wähler haben in allen Gemeinden zu zwei Drittel einfach die Liste ihrer Partei gewählt. Sie haben die Möglichkeit, gemischte örtliche Vertreter auch mitzuwählen. Also, es hat geklappt, obwohl – das gestehe ich offen – der Bayer im allgemeinen nicht als der Idealtyp unter den Wählern gilt. Infolgedessen muß es bei den andern auch klappen.

---

118 Das Gesetz über Landtagswahl, Volksbegehren und Volksentscheid (Landeswahlgesetz) vom 29. März 1949 (GV S.69) in der Neufassung vom 27. September 1950 (GV S.128) mit der Änderung vom 22. Dezember 1952 (GV S.311) sah eine „verbesserte" Verhältniswahl vor: Mit der Erststimme wird ein Direktkandidat im Stimmkreis (relative Mehrheitswahl), mit der Zweitstimme wird ein Listenbewerber auf der Wahlkreisliste gewählt; gewählt ist der Bewerber auf dieser Liste mit den meisten Erst- und Zweitstimmen, und zwar so viele, als für den Wahlkreisvorschlag Listensitze errechnet wurden.

Wir haben in Bayern 45 Mandate. Nachdem die CSU unter den Koalitionsparteien fast überall die stärkste ist, könnte sie damit rechnen, im Wege der relativen Mehrheitswahl von den 45 Mandaten 30 zu erobern. Nun kommen 45 Mandate auf der zweiten Liste. Dem Wähler steht es an sich frei, wem er seine Stimme zwei abgibt. Gewissenszwang wird nicht ausgeübt. Wenn ich mit diesen 30 Mandaten den Prozentsatz Stimmenzahl aufgebracht habe, dann haben die Koalitionsparteien, mit denen ich mich verbunden habe, den Vorteil, daß die aufgebrachten Mandate der CSU ihnen zugute kommen. Ich stärke also die anderen Koalitionsparteien, die mir befreundet sind, auf Kosten der Opposition sozusagen. Ich glaube, daß das für den Wähler keine großen Schwierigkeiten macht. Er wird seinen Kandidaten wählen. Ich kann den Leuten von der CDU nicht zumuten, daß sie die Bayernpartei wählen. Sie werden m.E. die FDP wählen; aber das Hauptgewicht trifft den Kandidaten seiner Wahl, dem er die Stimme eins gibt.

Die Stimme zwei erspart dem Wähler nur eine zweite Stichwahl. Die Stichwahl hat Bedenken. Wir haben sie in der kaiserlichen Zeit gehabt. Man kann dem Wähler nicht zumuten, nachdem er im ersten Wahlgang gegen den Kandidaten der Opposition gekämpft hat, daß er nun bei der zweiten Stichwahl den Kandidaten der Opposition wählt. Ich erinnere an die Zeit, wo das Zentrum für die Kandidaten der Sozialdemokratie gestimmt hat gegen die Liberalen. Dieser Gewissenszwang kann in der Stichwahl am allerehesten auftreten, während hier der Wähler vollkommen frei ist. Also, moralische Bedenken kann man gegen das Wahlsystem nicht vorbringen.

Dichtel: Wir werden ein alle Leute befriedigendes Wahlgesetz nicht schaffen. Es wäre begrüßenswert gewesen, wenn dieses Wahlgesetz den Parteivorständen einmal zur Kenntnis gegeben worden wäre. Die Situation ist heute so: Nachdem es in den Koalitionsparteien abgesprochen worden ist und bereits die Regierung passiert hat ... (*Adenauer:* Ist nicht abgesprochen!)

Wir können nichts anderes – wie wir das immer tun – machen und werden dem Gesetz zustimmen müssen. Wir werden in der Öffentlichkeit nicht unsere Ministerien desavouieren können. Ich bedauere, das ist eine freie Entscheidung auf keinen Fall!

Ich will eine Bemerkung machen, selbst auf die Gefahr hin, eine Rüge zu bekommen. Der Herr Kollege aus Hessen hat sie bereits intensiv bekommen. Ich möchte noch einmal den Grundsatz aussprechen: Es ist sehr gefährlich, mittels eines Wahlgesetzes – ich möchte mich vorsichtig ausdrücken – sich irgendwie einen Einfluß zu sichern; denn eines Tages kann dieser Schuß gegen uns losgehen.

Eine andere Frage! Wie ist dieser Entwurf draußen im Lande aufgenommen worden? Vielleicht beantworten die einzelnen Herren die Frage mal selbst. Ich habe sehr viele positive Stimmen für diesen Gesetzentwurf bis jetzt nicht kennengelernt. Es kann sein, daß viele die Materie nicht kennen. Ich gebe offen zu, nachdem ich heute Gelegenheit hatte, mich mit der Materie etwas mehr vertraut zu machen, daß ich einige Einsichten gewonnen habe, die es vielleicht einigermaßen verdaulich ma-

chen, aber draußen in der Öffentlichkeit haben Sie mit diesem Entwurf bis heute sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Es wird draußen nicht verstanden, nachdem wir in der CDU ursprünglich nur für etwa 300 Abgeordnete im Bundestag plädiert und dann – nur widerstrebend – 400 konzediert haben, daß man heute auf 480 hinaufgeht.

Herr Bundeskanzler, mit dieser Vermehrung um 80 Abgeordnete – die Erhöhung der Masse bedeutet niemals eine Erhöhung der Qualität – wird Ihnen die Arbeit, die Sie bisher hatten, bestimmt nicht leichter gemacht! Man hat den Eindruck bekommen, daß bei diesem Gesetz sehr weitgehend bayerische Einflüsse maßgebend gewesen sind. (*Teils Widerspruch, teils Heiterkeit. – Adenauer:* Herr Dichtel, in der ganzen Politik der Bundesregierung!) Das haben wir immer festgestellt!

Wenn man das ganze Bundesgebiet im Auge hat, dann mag dies zunächst einmal für manches Gebiet eine Verbesserung bedeuten, aber ich muß doch darauf hinweisen, daß wir in den Gebieten, die bis heute unsere Domäne gewesen sind – ich denke an Südwürttemberg, an Nordbaden, zum Teil an Südbaden, an Rheinland-Pfalz –, mit diesem Wahlgesetz erhebliche Verschlechterungen eintauschen. (*Von Lex:* Nein. Nein! – *Unruhe.*) Doch, Herr von Lex, das werden Sie nicht bestreiten können. Wir können in diesen Gebieten doch nicht unseren Gegnern die Möglichkeit zuspielen, uns verschiedene Gebiete abzujagen. (*Tillmanns:* Die werden verrechnet!) Das gebe ich nicht zu; denn die 60 %, die bisher gewonnen waren, kommen nur indirekt hinzu. Ich möchte also die Bedenken für unsere Gebiete gegen diesen Gesetzentwurf angemeldet haben. Wir werden in unserer heutigen Domäne erhebliche Schwierigkeiten bekommen. Hoffentlich gelingt es uns, sie zu beseitigen.

Hoffentlich erleben wir mit diesem Gesetz nicht eine zweite politische Belastung, wie wir sie mit den Verträgen erleben. Die SPD wird ablehnen und gegen uns vorgehen, und es kommt der bekannte Gerichtsweg, den ich scheue. Hoffentlich werden wir rechtzeitig eine Entscheidung haben.

Die SPD wird zweifellos dafür sorgen, daß sie sich in den Kreisen des BHE die Hilfsstimmen für sich sichert. Vielleicht erzielen wir eine Wirkung, die wir nicht haben wollen. Ich habe den Wunsch, daß wir im internen Proporz nicht die FDP-Stimmen sichern; denn die FDP ist nicht abgeschlossen; hoffentlich wird sie nach den Wahlen hundertprozentig zu uns stehen. Mir wäre das revidierte alte Wahlgesetz mit den ausgemerzten Fehlern lieber gewesen. Aber wir werden aus unserer Heerbannstreue heraus auch heute einfach nur zustimmen können.

Adenauer: Herr Dichtel hat sich mit Recht darüber beklagt, daß diese Vorlage den einzelnen Landesverbänden nicht früher zugegangen ist. Herr Dichtel, wir arbeiten an diesem Wahlgesetz, ich weiß nicht, wie lange schon; ich glaube, seit über einem Jahr. Herr Scharnberg, der leider weg mußte, hat sich in hingebender Weise bemüht, etwas herauszubekommen, was gerecht ist und dem Bundesverfassungsgericht keine Handhabe bietet und was letzten Endes auch uns das Dasein erleichtert.

Schließlich hat der Vorstand unserer Fraktion gesagt: Nun macht voran und macht eine Kabinettsvorlage und sorgt, daß die Sache losgeht.

Herr Präsident Ehlers hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Zeit drängt. Das ist auch der Grund – es ist keine Vernachlässigung –, warum Sie nicht vorher in den Besitz gekommen sind. Wesentliche Gesichtspunkte bei diesem Gesetzentwurf waren folgende: 1. wollten wir die kleinen Parteien ausmerzen; denn wir wissen nicht, was an kleinen Parteien kommen wird, 2. wurde die Ansicht vertreten, daß, von besonders gelagerten Fällen in einzelnen Teilen des Bundesgebietes abgesehen, die BHE-Wähler im allgemeinen nicht sozialdemokratisch wählen, (*Zurufe:* Sehr richtig!) daß aber die Leitung des BHE das Bestreben hat, eine gewisse Anzahl von Mandaten in die Hände zu bekommen, um dann bei der Bildung der Bundesregierung darüber zu handeln, wie wir das in Niedersachsen erlebt haben. Man war hier der Auffassung, daß bei einer solchen vorweggenommenen Stichwahl die BHE-Anhänger – nicht überall, aber doch in der Hauptsache – als zweiten Kandidaten nicht den sozialdemokratischen Kandidaten wählen würden, sondern einen anderen, und daß man dadurch dieses Manöver des BHE kaputtmache. Mit dem Herrn Kraft vom BHE hat Herr Hellwege verhandelt[119]. Herr Kraft hat es ausdrücklich abgelehnt, irgendeine Bindung nach links oder rechts des Grabens einzugehen.

Dieser Gesetzentwurf hat neben seinen schwachen auch gute Seiten, und ich bitte Sie, das bei der Beurteilung zu berücksichtigen.

Noch ein Wort wegen der Vermehrung der Abgeordneten. Es werden für die verschiedenen europäischen Einrichtungen einzelne Abgeordnete abgestellt werden müssen, so daß wir unbedingt innerhalb des Bundestages über eine genügende Anzahl von Leuten verfügen müssen für die verschiedenen Ausschüsse. (*Dichtel:* Müssen das Bundestagsabgeordnete sein?) Darüber kann Herr von Brentano Auskunft geben, ob das Bundestagsabgeordnete sein müssen, die in die verschiedenen europäischen Einrichtungen delegiert werden. (*Von Brentano:* Nein, muß nicht! – *Dichtel:* Also ist eine glänzende Lösung zu finden!) Es muß nicht sein, aber lassen Sie sich von Herrn Brentano auch sagen, wer da hineinkommen kann.

Von Brentano: Wir haben lediglich die Methode vorgesehen, daß es nicht unbedingt Männer aus den Parlamenten sein müssen. Ich möchte aber sehr klar aussprechen: Wir waren alle der Meinung, daß es – zumindest in der Übergangszeit – absolut notwendig ist, wenn überhaupt diese europäischen Gremien gute Arbeit leisten sollen, daß diese Verstärkung durch die Parlamente gegeben wird. Ich glaube, das liegt auf der Hand, weil sich sonst Fremde gegenüberstehen, so daß ein unmittelbarer Einfluß nicht gewährleistet ist.

Hofmeister: Wenn die SPD diesen Entwurf als Koalitionssicherungsentwurf bezeichnet hat, dann bin ich in der Lage, das niedersächsische Wahlgesetz als SPD-Sicherung zu bezeichnen; denn dann gibt man mir Material in die Hände, auch

119 Eine Aufzeichnung über diese Verhandlung existiert – lt. Schreiben von Ministerpräsident a.D. Hellwege vom 19. März 1985 – nicht.

dagegen vorzugehen. Die SPD hat 1950 – und das war der letzte Grund, weshalb wir aus der Koalition mit der SPD ausgeschieden sind – gar keine Hemmungen gehabt, das aus der Zersplitterung zu ihrem Nutzen auszuwerten, was gegen uns gewirkt hat und für sie nützlich war.[120]

Irgendein Bedenken sollte in der Beziehung auf der CDU-Seite überhaupt nicht bestehen, hier alle Möglichkeiten im Rahmen der Verfassung auszuschöpfen, um die SPD von vornherein zu schlagen. Der SPD wäre es auch nicht gelungen, wenn diese unheilvolle Zersplitterung ihr nicht zur Hilfe gekommen wäre.

Beschwerden seitens der Organisationen unserer Landesverbände gegenüber der Prozedur der Bundesregierung können nicht vorgetragen werden. Der Wahlausschuß der Bundes-CDU beschäftigt sich seit einem Jahr damit. Vom niedersächsischen Standpunkt aus kommen wir mit dem Wahlgesetz zurecht. Ich muß seit sechs Jahren jonglieren mit der CDU. Das wird zum Teil in der Bundesrepublik nicht verstanden.

Noch ein Wort zu den Ausführungen des Herrn Meyers über die Kommunalwahlen, damit kein falsches Bild entsteht. Aus der Analyse über die Kommunalwahlen, die die Bundesgeschäftsstelle gemacht hat[121], bitte ich zur Kenntnis zu nehmen, daß wir von 16 Oberbürgermeistern 6 von der CDU und von 60 Landräten 16 stellen, wobei noch 2 Parteilose in Rechnung gestellt sind, die vielleicht zu 50 % zur CDU zu rechnen sind, während die SPD von 16 Oberbürgermeistern nur noch 2 und von 60 Landräten nur noch 10 hat. Die SPD hat aufgrund einer geschickten Taktik von uns 6 Oberbürgermeister und 6 Landräte verloren, dazu 229 Abgeordnete auf der Kreisebene und 5.000 Gemeinderäte. Es sollte unser erstrebenswertes Ziel sein, die SPD zu schlagen.

Ich darf sagen, wenn dieser Entwurf Gesetz wird, werden wir damit fertig werden. Der BHE hat bei uns in 95 % der Fälle auf der Kreis-, Stadt- und Gemeinde-Ebene mit uns die Mehrheit.

Adenauer: Aber die Leitung oben denkt anders!

Fricke: In der vorweggenommenen Stichwahl werden sich bei uns die BHE-Wähler für einen nichtsozialistischen Kandidaten entscheiden mit ihrer Hilfsstimme.

Adenauer: Wir sind Herrn Hofmeister sehr dankbar für die Hinweise, und wir müssen der niedersächsischen CDU insgesamt unseren herzlichsten Dank dafür aussprechen, was sie in Niedersachsen unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen erreicht hat.

---

120 Die niedersächsische Landtagsfraktion der CDU hatte am 9. August 1950 ihre Minister Fricke, Hofmeister und Strickrodt aus dem Kabinett Kopf zurückgezogen wegen der Absicht der SPD, im Wahlgesetz die Bildung von Wahlblocks zu verbieten (vgl. AdG 1950 S. 2527; Fratzscher S. 96).

121 Analyse der Kommunalwahl 1952 in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen (zusammengestellt von Peter Müllenbach. Dezember 1952 – ACDP VII-003-041/7). – Peter Müllenbach (geb. 1919), bis 1951 Landesgeschäftsführer Rheinland-Pfalz, 1951–1966 CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1966–1984 Unionbetriebsgesellschaft.

Nordrhein-Westfalen kann sich – verzeihen Sie den Ausdruck – eine ganze Scheibe davon abschneiden! (*Lensing:* Von unseren Bürgermeistern habe ich noch nicht gesprochen!) Lassen wir das mal; aber zugegeben!

Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben die Sache der CDU sehr gefördert in der letzten Zeit, und wir in Nordrhein-Westfalen haben allerhand nachzuholen. Ich gehöre auch dazu!

Ich darf Herrn Präsidenten Ehlers bitten.

Ehlers: Es wäre außerordentlich erfreulich, wenn wir zu jedem Thema der Tagesordnung eine Aussprache hätten. Ich finde das ausgezeichnet, auch wenn wir verschiedene Meinungen haben. Es ist von der schlechten Wirkung gesprochen worden, die dieser Wahlgesetzentwurf nach außen gehabt hat. Das ist wesentlich unsere eigene Schuld. In demselben Augenblick, als dieser Gesetzentwurf kam, hat das volle Trommelfeuer der SPD mit Presse und Rundfunk dagegen eingesetzt. Und unsere sogenannten bürgerlichen Zeitungen und zum Teil wir selbst haben in einer nach meiner Überzeugung völlig unvertretbaren scheinbaren Objektivität in dieses Geheule eingestimmt, und zwar in dem Augenblick, als man in Niedersachsen ein Ad-hoc-Wahlgesetz machte und dabei sogar die 5 % beseitigte, damit die vier Zentrumsleute hineinkamen.[122]

Ich darf Herrn Kollegen Wuermeling sagen, daß die Ankündigung und die Themastellung in der Versammlung in Frankfurt, in der Sie mitgewirkt haben, einen außerordentlich destruktiven Eindruck gehabt hat. Wenn der Herr Sternberger, den wir aus der „Gegenwart"[123] und auch sonstwie kennen, sich zum Schimpfhalter [!] macht, gehört das nicht zum objektiven Tatbestand, sondern es ist eine Zielsetzung, die der gegenwärtigen Bundesregierung nicht vorteilhaft ist.

Wir haben ein Interesse daran, ein Wahlgesetz zu machen, das für uns so günstig wie möglich ist und das man vom Grundgesetz her nicht beanstanden kann. Das ist die einzige Frage, die wir stellen können. Wir müssen das Beste machen, was überhaupt geschehen kann. Und das scheint mir dieses Wahlgesetz zu sein.

Wenn wir kein Verhältniswahlrecht und das alte Bundestagswahlgesetz von 1949 nicht wieder haben wollen – darüber sind wir alle einig –, haben wir nur ein Interesse daran, ohne daß wir nun auf ewige Zeiten uns mit irgendwelchen Leuten in politische Zwistigkeiten begeben wollen, zu verhindern, daß dieses Mal durch eine Konstruktion des Wahlgesetzes die vielfarbigen Hilfsvölker der SPD so stark werden, daß die SPD mit Heinemann usw. zu einer Mehrheit kommt.

Wir haben das legitime Recht, zu versuchen, ein Wahlgesetz zu schaffen, das im Rahmen der Verfassung bleibt. Das ist selbstverständlich. Aber das Gesetz soll so

122 Vgl. Nr. 19 Anm. 36. – Das Zentrum war mit Johannes Bank, Gregor Dall, Wilhelm Erpenbeck und Otto Krapp im Landtag vertreten (Handbuch der 2.WP des Niedersächsischen Landtags 1951).

123 „Die Gegenwart", eine Halbmonatsschrift, erschien seit 1945 in Frankfurt. Sternberger war Mitherausgeber und Autor.

günstig für uns wie möglich sein. Wenn die SPD die Mehrheit hätte, dann möchte ich nicht wissen, welches Wahlgesetz wir dann schlucken müßten. Das haben Sie in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen erlebt. Das ist überall da, wo die SPD die Mehrheit hat.

Daß man den Parteivorstand nicht vorher hat fragen können – na schön, vielleicht kann man das für die Zukunft abstellen. Ich bin der Meinung, daß die politische Entscheidung im Parteivorstand fallen soll und daß er nicht nur die Schlachtberichte entgegenzunehmen hat, wenn die Schlacht geschlagen ist. Aber so weit sind wir noch nicht, weil die Fraktion ihre Entscheidungen noch nicht getroffen hat. (*Zuruf:* Morgen abend!) Ich meine, es sollte, wenn der Parteivorstand diesem Vorschlag zustimmt – es hat keinen Zweck, vorher die Zusatzprotokolle zu machen –, festgestellt werden, daß man es bei allen Bedenken so oder so machen soll. Dann sollte man diese Meinung der Fraktion zuleiten, damit diese in einer klaren Zielsetzung ihren Weg gehen kann.

Adenauer: Das war ein sehr klärendes Wort. Ich möchte vorschlagen, daß wir dem folgen! *(Wuermeling meldet sich.)* Was Sie sagen, beeinflußt die Abstimmung nicht! (*Wuermeling:* Doch!) Dann bitte!

Wuermeling: Persönlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß dieser jetzt besprochene Wahlgesetzentwurf besser ist als das bisherige Bundestagswahlgesetz; also das kleinere Übel gegenüber dem bisherigen. Hinter diesen Dingen steht für uns alle, so darf ich wohl sagen, der Gedanke des Mehrheitswahlrechts nach unserem Entwurf. Ich weiß – ich bin nicht blind –, daß wir den nicht durchbekommen, aber es besteht nach dieser Diskussion kein Zweifel darüber, daß dieser Wahlgesetzentwurf der Bundesregierung einen schweren Start im Land draußen haben wird, zumal wir festgestellt haben, daß die Länder sich sehr stark auf die Sache gestürzt haben.

Wir haben in der eigenen Partei manche Einwände und Schwierigkeiten; gar nicht zu reden, Herr Kaiser, von der politischen Bindung an die FDP, die dieser Zusammenhang in sich birgt, um die wir nicht herumkommen.

Ich meine, wir müßten den Start dieses Gesetzentwurfes dadurch erleichtern, daß wir ganz klar herausstellen, daß wir eigentlich etwas anderes wollen, nämlich das absolute Mehrheitswahlrecht; wir sind aber nicht durchgekommen. Infolgedessen mußten wir in den sauren Apfel beißen. Das ist taktisch viel besser, als wenn wir, ehe diese offizielle Schlacht geschlagen ist – ich nenne sie ausdrücklich „offiziell" –, an die Öffentlichkeit bringen: Der Parteivorstand tritt für dieses Wahlrecht ein.

Wir müßten eindeutig sagen: Wir treten nach wie vor – wie im Parlamentarischen Rat – aus den bekannten Gründen für das Mehrheitswahlrecht ein. Das imponiert gerade bei den Kreisen, an die wir nicht so leicht herankommen, nämlich bei den parteifeindlichen Kreisen.

Adenauer: Lieber Herr Wuermeling! Jeder von uns weiß das. Sie sprachen eben vom reinen Mehrheitswahlrecht. Bleiben wir einmal beim relativen Mehrheitswahlrecht. (*Wuermeling:* Das ist auch rein!) Ja, moralisch und rein, das wird allmählich

eine Ideologie mit dieser Wählergemeinschaft[124]. Das sind diejenigen, die sonst nichts zu tun haben und nun in diesem Wahlrecht herumschwelgen. Einige Herren unserer Fraktion haben den Antrag eingereicht. Sie können im Plenum nachher darüber sprechen. Das genügt doch. Warum sollen wir mit Theorien anfangen? Dazu sind wir wirklich nicht da. (*Zurufe:* Abstimmen!) Da fällt das Wort „abstimmen".

Herr Schäffer muß fort. Wir wollen seinen Vortrag über die Steuerreform noch hören. Ich bitte Sie, lassen wir das Grundsatzspiel jetzt beenden. Hoffentlich sehen wir uns in vier Jahren wieder. Dann fangen wir die Geschichte wieder von neuem an.

Darf ich feststellen, daß rebus sic stantibus – um Ihnen Genüge zu tun, Herr Wuermeling –, wie die Dinge nun einmal sind, der Parteivorstand der Auffassung ist, daß die Grundsätze dieses Gesetzentwurfes zugrunde gelegt werden sollen? Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. (*Dichtel:* Wollen Sie nicht feststellen, daß wenig Begeisterung vorhanden ist?) Lieber Herr Dichtel! Wenn Sie wüßten, mit wie wenig Begeisterung ich oft meine Arbeit tue! *(Heiterkeit.)* Also, meine Damen und Herren! Ich bitte nun Herrn Schäffer, das Wort zu nehmen zur Steuerreform.

STEUERREFORM

Schäffer: Zwei Seelen wohnen in meiner Brust – wegen des Wortes Begeisterung, wenn ich morgen oder übermorgen im Bundestag das Programm bekanntgebe[125] und die Bedenken sehe, wenn ich sage, daß die Gründe für die Einkommensteuerreform zwingend sind. Es wird der Bundesregierung am Mittwoch ein Gesetzentwurf vorgelegt, der den schönen Titel haben wird: Zur Sicherung der Wirtschaft und der Haushaltsführung[126]. Das ist ein Gesetzentwurf, der die Einkommensteuerreform und eine allgemeine Tarifsenkung enthält. Ich gebe den wesentlichen Inhalt dieses Gesetzentwurfes bekannt und bemerke, daß mit den hauptbeteiligten Ressorts, dem Wohnungsbau- und Verkehrsministerium, eine grundsätzliche Einigung erzielt ist. Ich hoffe, daß es im Kabinett infolgedessen Schwierigkeiten nicht mehr geben wird.

Der Grundgedanke des Gesetzentwurfes ist der, eine allgemeine Tarifsenkung auf der einen Seite und ein systematischer, schrittweiser – weil nicht gleich erreichbar – Abbau der Steuervergünstigungen auf der anderen Seite.

---

124 Gemeint ist die „Deutsche Wählergesellschaft" (vgl. dazu LANGE S. 307ff.).

125 Zu den Ausführungen Schäffers am 28. Januar 1953 vgl. Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S.11778–11797, insbes. S. 11792ff.; vgl. auch AdG 1953 S. 3842).

126 Gesetzentwurf zur „Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsführung" (Drs. Nr. 4092); Gesetz (sog. Kleine Steuerreform) vom 24. Juni 1953 (BGBl I S. 413).

1. Das System der Steuervergünstigungen und damit der verschiedenen Kategorien von Steuerzahlern soll grundsätzlich abgebaut werden.

2. Die Anpassung des progressiven Systems unserer Einkommensteuer an die gesunkene Kaufkraft soll dadurch erreicht werden, daß eine Senkung der Tarife vorgenommen wird.

Hierzu wird die Freigrenze erhöht. Die Erhöhung der Freigrenze erfolgt unter dem Familiengedanken. Die Freigrenze wird erhöht für den Ledigen von DM 750,– auf DM 800,–, für die Ehefrau von DM 600,– auf DM 800,– und für die Kinder, vom dritten Kind ab, auf DM 720,–. Diese Erhöhung des Freibetrages für die Ehefrau und die Erhöhung der Freibeträge für die Kinder vom dritten Kind ab muß ein Äquivalent finden in dem Abbau der in sich unlogischen und ungerechten Vorschrift des § 43 EStDV[127]. Diese Vorschrift entstand in der Hitlerzeit, als ohne Rücksicht auf die Familie die Frauen aufgrund des Kriegsrüstungsgesetzes arbeiten mußten. Die Bundesregierung gibt die Erhöhung des Freibetrages für alle Ehefrauen und will alle Ehefrauen gleichstellen. Sie will die Benachteiligung der Mutter einer kinderreichen Familie, die ihre ganze Arbeitskraft der Familie und der Kindererziehung widmen muß, aufheben.

Aus technischen Gründen läßt sich die künftig vorgesehene gemeinsame Veranlagung der Ehegatten auch bei Lohnsteuerpflichtigen nur im Wege der Veranlagung, also frühestens im Kalenderjahr 1954 für das Jahr 1953 durchführen. Sie läßt sich auch dann technisch nur durchführen für Ehegatten, deren Einkommen zusammen DM 7.200,– übersteigt. Die Ehepaare mit einem kleinen Arbeitseinkommen werden für 1953 infolgedessen überhaupt nicht betroffen.

Gleichzeitig soll die Tabelle B der veranlagten Einkommensteuer und die Tabelle C der Lohnsteuer, die für diese Einkommensschichten die Wirkung der Freigrenzen und Familienermäßigungen einschränkten[128], überhaupt wegfallen. Dadurch wird gerade bei den kleinen Einkommensteuerzahlern eine neue beträchtliche Erleichterung der Steuerlast eintreten.

Darüber hinaus sollen die Tarife durchschnittlich um 15 % der bisherigen Steuerlast gesenkt werden. Da der jetzige Tarif sich treppenförmig aufbaut und der neue Tarif eine möglichst gleichzeitige Steigerung bringen soll, kann diese Entlastung zwischen 13,8 und 17 % schwanken. Der höchste Steuersatz soll künftig 70 % betragen, während er bisher bis zu 93 % ging.

Sofort wegfallen sollen die Vergünstigungen nach § 32b des Einkommensteuer-

127 Nach dieser Vorschrift schieden Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit der Ehefrau in einem dem Ehemann fremden Betrieb bei der Zusammenveranlagung zur Einkommensteuer aus.

128 Durch die Tabelle B (für die Lohnsteuer entsprechend Tabelle C) wurden die kleineren Einkommen (bis 5.000,–DM) etwas stärker belastet, als es der allgemeinen Grundtabelle (Tabelle A) entsprach.

gesetzes[129]. Die Handhabung des § 32b war für die Verwaltung mit großen Schwierigkeiten verbunden. Wegfallen sollen ferner die Landarbeiterfreibeträge, die durch § 4 der Zweiten Lohnabzugsverordnung vom 24. April 1942 zum 1. Juli 1942 eingeführt waren[130], aber in den späteren Jahren in der Mehrheit der Länder wieder abgeschafft worden sind.

Eingeschränkt werden sollen die Bestimmungen des § 7c und des § 7d[131]. Auf diesen Gebieten sind starke Mißbräuche vorgekommen. Solche Darlehen wurden häufig durch Inserate von Stellen erworben, die den stolzen Namen „staatliche Finanzierungsorgane" trugen. Sie wurden dann dem Wohnungsbau vielfach erst auf Umwegen zugeführt und zunächst zu anderen Finanzierungszwecken verwendet; dabei machten die zwischengeschalteten Stellen Zinsgewinne. Andererseits gab es sogar Fälle, in denen der steuerbegünstigte Geldgeber sich den Gegenwert des hingegebenen Darlehens im Kreditwege wieder beschaffte. Durch die neue Fassung der Bestimmungen sollen derartige Mißbräuche unmöglich gemacht werden.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1955 ab soll eine Reihe von zeitbedingten Steuervergünstigungen aufgehoben werden. Wir hoffen, daß das ethische Ziel der Lastenausgleichsgesetzgebung zehn Jahre nach Kriegsende erreicht sein wird, so daß wir keine verschiedenen Kategorien von Steuerzahlern mehr haben, sondern daß Heimatvertriebene und Einheimische unter den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen und Wettbewerbsverhältnissen im Jahre 1955 veranlagt werden.

Es sollen also die Bestimmungen des § 33a für Flüchtlinge, Vertriebene und Verfolgte und die Bestimmungen des § 33b zur Wiederbeschaffung von Hausrat vom 1. Januar 1955 wegfallen[132].

Aufgehoben sollen ferner werden die Bestimmungen der §§ 7c, 7d, also die Steuervergünstigungen für Aufwendungen zur Förderung des Wohnungsbaues und des Schiffsbaues sowie zum Ersterwerb von Genossenschaftsanteilen und für Beiträge aufgrund anderer Kapitalansammlungsverträge.

Diese Steuervergünstigungen waren berechtigt, solange es einen Kapitalmarkt nicht gab. Wir haben das Kapitalmarktförderungsgesetz geschaffen[133]. Es soll diese Einkommensteuerreform noch insoweit ausgebaut werden, als der alte Gedanke wieder aufgegriffen wird, den Körperschaftsteuersatz für ausgeschüttete Gewinne von 60 auf 40 % zu senken.

---

129 Nach dieser Vorschrift war auf Antrag des Steuerpflichtigen auf Gewinn aus Gewerbebetrieb (anstatt der Einkommensteuertabelle) der Körperschaftsteuersatz anzuwenden.

130 RGBl I S. 290; vgl. auch Drs.Nr. 1249.

131 Die Vorschriften enthielten Steuervergünstigungen für Darlehen und Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaues (§ 7c EStG) und des Schiffbaues (§ 7d EStG).

132 Gemeint sind § 33 und § 33a EStG. § 33 erleichterte bestimmten Steuerpflichtigen, insbes. Teilgeschädigten, die Wiederbeschaffung von Hausrat und Kleidung. § 33a sah Freibeträge für Totalgeschädigte, Spätheimkehrer, Flüchtlinge und Vertriebene vor.

133 Vom 15. Dezember 1952, BGBl I S. 793 (enthielt eine steuerliche Sonderregelung für Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren als Anreiz zum Erwerb und Besitz solcher Wertpapiere).

Durch diese Maßnahmen soll ein Anreiz geschaffen werden, auch an die Inhaber von Dividendenpapieren Erträge auszuschütten. Wenn der Aktienmarkt bisher nicht die Entwicklung nehmen konnte, die volkswirtschaftlich wünschenswert gewesen wäre, so hatte dies seinen Grund vor allem darin, daß die Aktionäre in den letzten Jahren Erträge aus ihrem Besitz kaum erhalten haben. Eine Beschränkung dieser Ermäßigung des Steuersatzes auf Aktiengesellschaften, die Dividenden von weniger als 6 % auszuschütten, ist nicht beabsichtigt. Ob eine solche Beschränkung für GmbH-Anteile eingeführt werden muß, ist noch offen.

Wir hoffen, eine Erhöhung im Lohn- und Preisgefüge zu erreichen, und ferner, daß die Ermüdung im Unternehmergeist, wie sie sich manchmal durch eine übergroße Steuerbelastung bemerkbar macht, überwunden und die Wirtschaft so stark wird, daß sie die neuen Aufgaben, die aus den Verträgen und aus den sozialen Verpflichtungen heraus an sie herantreten, erfüllen kann.

Wir hoffen weiter, daß durch die Stärkung der Wirtschaftskraft das Aufkommen in den nächsten Jahren wieder gesteigert wird; es handelt sich hier um eine einmalige Angelegenheit, die allerdings eine einmalige Kreditoperation des Bundes voraussetzt.

Die Einkommen- und Körperschaftsteuer fließt heute zu 37 % dem Bund, zu 63 % den Ländern zu. Es ist im Haushaltsgesetz vorgeschlagen, den Bundesanteil von 37 auf 44 % zu erhöhen[134]. Nach Überzeugung der Bundesregierung könne jedoch diese Erhöhung des Bundesanteils gleichzeitig mit der Senkung des Aufkommens an Einkommen- und Körperschaftsteuern im Rechnungsjahr 1953/54 von den Ländern nicht getragen werden. Die Bundesregierung wird daher vorschlagen, die Erhöhung des Bundesanteils auf 40 % festzusetzen.

Die Zuschüsse sollen den Ländern, die mit Vertriebenenlasten und infolgedessen auch wegen der größeren Zahl der Schulkinder mit Schullasten überbürdet sind, helfen. Dadurch wird der zu vermutende Ausfall an Einkommensteuer in Höhe von rund 950 Millionen DM auf den Bundeshaushalt zugunsten der Länder übernommen. Das gesenkte Aufkommen wird ungefähr dem heutigen Aufkommen entsprechen. Wir rechnen insgesamt mit einem Ausfall von 1.000 Millionen. Wenn das Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer über die Steuerschätzung, die wir aufgrund der Steuerreform machen, in den nächsten Jahren hinaussteigt, muß sich der Bund dieses Mehraufkommen – aber nur bis zur Höhe des Risikos, das er trägt – zuführen. Das ist die Idee des Ganzen.

---

134 Drs. Nr. 4006 (vgl. Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S.11778; ebd. S.11808); für erledigt erklärt gemäß Drs.Nr. 4294 (vgl. Sten.Ber. 1.WP Bd.16 S.12913). – Nach GG Art. 106 Abs. 3 konnte der Bund durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedurfte, einen Teil der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer in Anspruch nehmen. Bis 1969 schwankte die Beteiligung des Bundes zwischen 33 1/3 v.H. und 39 v.H. (nach dem Gesetz vom 24. Juni 1953: 38 v.H.). Nach der Änderung des Art. 106 durch das Finanzreformgesetz vom 12. Mai 1969 (BGBl I S. 359) erhalten ab 1970 Bund und Länder je die Hälfte der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer.

Damit die Kassenkraft des Bundes nicht in Gefahr gerät, muß der Kreditplafond, der heute 1.500 Millionen DM beträgt, auf 2.500 Millionen DM erhöht werden. Das sind 10 % der Etatsumme. Das ist also ein Spielraum, möchte ich sagen, von fünf bis sechs Wochen. Ich glaube, daß es kaum einen Betrieb gibt, der nicht einen Betriebsmittelkredit für eine solche Zeit in Anspruch nimmt. Von einer Gefährdung der Währung kann keine Rede sein.

Die Bedenken, die vorgebracht werden könnten, sind folgende:

1. Lieber Finanzminister, du redest davon, daß du Ausgaben vom ordentlichen Etat in den außerordentlichen Etat übertragen willst, um den Bundesanteil von 7 % Erhöhung zu vermeiden.

Hier muß ich sagen, das sind zwei Paar Stiefel. Auch bei der Einkommensteuersenkung mit einer einmaligen Operation für ein Jahr kann ich vertreten, daß ich, wenn ich eine solche Operation mache, mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit damit rechnen kann, daß das Mehreinkommen der nächsten Jahre mir die Abtragung der jetzt vorübergehend aufgenommenen Schuld ermöglicht. Ich kann aber nicht mit dauernden Lasten, die auf 30 Jahre immer wiederkommen und sich in den nächsten Jahren sogar noch steigern, die Zinsverpflichtungen überschreiten und auf eine ständige Schuld verweisen. Dann wächst die Schuld lawinenartig an.

2. Man könnte sagen, das Ausland wird bei den Verhandlungen über den Verteidigungsbeitrag Konsequenzen ziehen und mehr verlangen.

Ich kann dem Ausland sagen, unser Angebot über den Verteidigungsbeitrag ist seit langem gemacht, noch bevor an die Steuerreform gedacht war. Wir halten dieses Angebot aufrecht. Und das andere geht euch nichts an!

Zur Frage des Haushaltsausgleichs muß ich sagen: Unter der Voraussetzung, daß der Bundestag Haushaltsverschlechterungen vermeidet – soweit sie vermeidbar sind –, bin ich bereit, das Risiko zu tragen, wenn es auch – das gestehe ich offen – ein Wagnis ist und ein gewisser Mut zu dieser Operation gehört.

Adenauer: Wir danken dem Herrn Schäffer für seine Ausführungen. Das Wort hat Herr von Brentano.

Von Brentano: Ich bitte zunächst darum, daß man dem Gesetz einen anderen Namen gibt; sonst wäre es politisch und psychologisch verhängnisvoll. Außerdem zwängt sich die Frage auf: Ist hier eine Unsicherheit gegeben?

Schäffer: Gesetz über die Reform der Einkommensteuer nennen wir es.

Adenauer: Wollen Sie nicht etwas von der Senkung sagen?

Schäffer: Grundsätzlich bleibt sie der erste Schritt.

Von Brentano: Irgendwie sollte das Wort „Senkung" dort stehen. Das wirkt besser als „Reform".

Schäffer: Also gut! Zur Vereinfachung und Senkung der Steuer!

Von Brentano: Ich stimme vollkommen mit Ihnen überein, nur habe ich die Frage bezüglich des § 33b, ob man das jetzt schon in das Gesetz schreiben soll.

Schäffer: Das macht keine Schwierigkeiten, weil das schon in den Gesetzen

drinsteht. Wir müssen einen einheitlichen Plan haben, einen bestimmten Stichtag, um ein Jahr vorzuverlegen.

Von Brentano: Wenn wir diese Frage der Vergünstigung für Heimatvertriebene und Bombengeschädigte unmittelbar vor der Wahl expressis verbis aufheben, bekommen wir eine Diskussion, die uns nur Schaden bringt. Wir könnten es später machen. Es läuft 1956 aus. Wenn sich die Notwendigkeit herausstellt, nachdem gewählt worden ist, können wir die Frist um ein Jahr verlängern.

Schäffer: Was von 33b gesagt wird, kann ich genauso sagen von 33a, von 7c und 7b. Und dann steht nichts mehr drin! Das Ganze muß ein Programm sein, das sich auch haushaltswirtschaftlich vertreten läßt. Über den § 33b wird sich kein Mensch aufregen, weil er es nicht spürt.

Von Brentano: Dann merken es die Leute später. Ich bin nur der Meinung, daß man es nicht vor der Wahl aussprechen sollte.

Wuermeling: Wir müssen damit rechnen, daß alle Interessentenhaufen jetzt bei der Verabschiedung des Gesetzes kommen und für sich Extrawürste haben wollen. Wir werden uns eisern verhalten und sagen: Diese Linie muß eingehalten werden! Diese Reform hat im Endeffekt einen familienfeindlichen Charakter. Das erste Kind bekommt überhaupt keine Ermäßigung des Freibetrages; das zweite Kind bekommt überhaupt keine, und das dritte Kind und mehr bekommen eine Ermäßigung um 20 %, also weniger als die anderen. Das ist eine Sache, die Sie gar nichts kostet, Herr Minister! Wir haben nur 15 % Kinder, die mehr als drei Kinder sind [!]. Es ist gar kein Objekt, wenn wir wenigstens ab drei Kinder nicht bloß diese kümmerliche 20%ige Erhöhung des Freibetrages machen, sondern erheblich hinausgehen. Was nützt es uns sonst, wenn wir in der Verfassung festlegen: Familie, Familie! Wir müssen etwas tun!

Schäffer: Eng beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen! Ich muß eine gewisse Grenze des Risikos setzen. Wir können bei den parlamentarischen Verhandlungen ruhig darüber reden. Die Regierung kann nur an die Öffentlichkeit treten, wenn sie sagen kann: Wir können es von uns aus mit ruhigem Gewissen tun.

Ehlers: Ich bekomme zahllose Briefe von den betroffenen Leuten. So schreibt mir ein Pfarrer aus Soltau, der 13 Kinder hat, daß er bei seinen DM 1.200,– DM 362,– Steuern zahle. Er sagt: Aus einem solchen Staat kann man nur auswandern. Der Mann hat 12 Kinder in der Berufsausbildung.

Schäffer: Dann müßte er einen Freibetrag von DM 8.000,– haben. Das ist doch sonst unmöglich!

Ehlers: Dann mag er falsch unterrichtet sein. Jedenfalls müssen wir in dieser Richtung aufklärend wirken!

Wuermeling: Hier überfährt Sie Ihre familienfeindliche Bürokratie! *(Bewegung.)*

Adenauer: Es hat doch keinen Zweck, daß Sie so mit dem Kollegen Schäffer sprechen! Sie müssen mit ihm sprechen: Was steckt da drin? Und es steckt wenig da drin. Ich würde empfehlen, Herr Schäffer, bitte überlegen Sie es bis morgen.

Gradl: Sachlich ist das überzeugend, aber im Wahlkampf ist unsere Situation nicht allzu leicht, Herr Minister Schäffer. Es gibt 2,8 Millionen erwerbstätige Frauen, die wählen. Die werden am stärksten betroffen von der gemeinsamen Veranlagung der Ehegatten. Vielleicht rechnen Sie aus, daß das bei vielen verhältnismäßig wenig ausmacht, insgesamt werden aber zunächst alle betroffen. Sie werden es alle an ihrem Geldbeutel merken, und dann sind sie alle äußerst unzufrieden. Ist es nicht möglich, daß Sie diese gemeinsame Veranlagung verschieben bis zum 1. Januar?

Schäffer: Entschuldigen Sie, dann haben Sie meinen Ausführungen nicht zugehört! Bei diesen Frauen tritt sogar eine Bevorzugung ein. Sie können nur im Wege der Veranlagung, also frühestens im Jahre 1954 herangezogen werden.

Gradl: Dann muß man es anders sagen.

Adenauer: Haben Sie gesagt: für das Jahr 1952?

Schäffer: Für das Jahr 1952/53 bleibt es beim bisherigen Stand. Es werden also alle nach dem Vorjahre veranlagt, die kein Einkommen über DM 5.000,– haben, außer, das Finanzamt fordert es an.

Gradl: Was macht das aus?

Schäffer: 150 bis 200 Millionen DM. Das gilt für diejenigen mit einem Einkommen von über DM 7.200,–.

Strickrodt: Der Finanzausschuß hat sich am letzten Montag nach einem Vortrag des Staatssekretärs Hartmann – der genau das sagte, was wir von Herrn Schäffer gehört haben – alles sorgfältig überlegt, und er hat sich dann einstimmig zu den Vorschlägen, die wir eben gehört haben, bekannt. Er stellt die Wünsche, die aus den Vorschlägen der Unternehmungen und Organisationen stammen, zurück. Inwieweit es tragbar sein wird, diese Überbelastung der Unternehmungen über eine längere Frist hin zu tragen, vermögen wir nicht zu sagen.

Wir hielten es nicht für unsere Aufgabe, in eine Einzelkritik einzutreten, weil noch keine formulierten Vorschläge vorlagen. Der Fraktion steht der Finanzausschuß weiter zur Verfügung. Ich bitte Sie, bei Ihren Beratungen davon Gebrauch zu machen. Sie werden nicht alles so annehmen, wie es vorgesehen ist; es werden sich Variationen ergeben. Aber es kommt darauf an, daß das, was hier geschehen soll, auch politisch wirksam wird, nicht nur im Hinblick auf die Wahl, sondern auch im Hinblick auf die Wirtschaft. Ihr muß gesagt werden, daß auch sie aufgrund dieser Maßnahmen gewisse Chancen hat, wenn auch zum Teil nur indirekt, namentlich darin, daß ihr Umsatz gesteigert werden kann. Direkte Vorteile sind bei den Körperschaften nicht vorhanden. Zum Teil sind sie vorhanden bei größeren Unternehmungen, bei Offenen Handelsgesellschaften usw. durch die Senkung des Plafonds. Es fallen zweckbestimmte Vergünstigungen weg. Wir müssen der Wirtschaft sagen, sie soll die gegebenen Chancen wahrnehmen. Das hat eine gute psychologische Wirkung.

Unsere Aufgabe bleibt die Große Steuerreform. Es ist zu erwägen, ob und was wir an Grundsätzlichem noch in unserem Wahlprogramm zu dieser Reform sagen. Das hier kann noch nicht das letzte sein. Wenn Herr Schäffer meint, daß wir heute

schon auf den 1. Januar 1955 reflektieren sollen, so ist das mehr eine psychologische Angelegenheit. Der Ausschuß unterstützt diese Vorlage. Es wird Ihnen aber aus den Kreisen der Wirtschaft noch vieles dazu gesagt werden in den nächsten Tagen.

Fay: Es ist niemand da, der nicht die Kleine Steuerreform begrüßt, aber es bleibt das bittere Gefühl zurück, warum ist sie nicht schon längst gekommen? Und sie kommt so verflucht nahe vor der Wahl. Heute morgen las ich: „Gehaltserhöhung im April für Beamte". Ich bin selbst Beamter, ich bin nicht unmittelbar davon betroffen, weil es eine Bundesangelegenheit ist. Es ist ein altes Anliegen der Beamtenschaft, weil sie zu schlecht bezahlt wird. Wir werden also mit einem stark forcierten Volkswillen vor der Wahl zu rechnen haben. Beschneiden wir uns damit nicht die Möglichkeit, psychologisch gutes Vorfeld für die Wahl zu schaffen.

Ich fürchte, daß die Leute der Auffassung sind, das, was uns gegeben wird, steht uns eigentlich schon lange zu. Die Großen, die davon Vorteile ziehen, werden unsere Partei sowieso wählen müssen. Wenn wir also diese Freude damit bezahlen müssen, daß wir da, wo es psychologisch notwendig ist, nichts mehr tun können, dann wird das eine bittere Sache bleiben. (*Zuruf:* Komisch ausgedrückt!) Der Anteil des Bundes soll also nicht auf 44, sondern auf 40 % festgesetzt werden. Leider Gottes ist das Wort von den 44 % schon ins Volk hineingeschleudert worden. Die SPD hat natürlich nichts Eiligeres zu tun, um nun zu sagen: Das ist die erste Auswirkung der EVG-Verträge. Ich bezeichne es als psychologischen Fehler, daß man nicht noch etwas mit der Herausgabe der Zahl gewartet hat. 40 % klingt mir schon friedlicher als 44 %. Es ist bedauerlich, daß es passiert ist!

Adenauer: Was haben Sie an Gewerbesteuer eingenommen? (*Fay:* Das betrifft doch alle Städte!) Das beglückt alle Städte! (*Fay:* Gott sei Dank, sonst wäre es nicht möglich gewesen, alle Aufgaben zu erfüllen.)

Wackerzapp: Ein Punkt, der noch nicht berührt worden ist, aber in der Bevölkerung große Sorge macht, ist die Aufhebung der Subventionierung des Konsumbrotes.[135] Alles, was mit dem Brot zusammenhängt, wird von der Bevölkerung mit Aufmerksamkeit verfolgt. Wir haben gehört, daß die Subventionierung des Brotes aufhören soll. Herr Schäffer hat den Auftrag bekommen, die Subvention zu streichen, aber dafür zu sorgen, daß die betroffenen Kreise sich nicht schlechter stehen. Für die kleinen Leute, die für die Politik nicht viel übrig haben, spielt das eine entscheidende Rolle.

Außerdem trifft uns ungünstig die Mieterhöhung, die von den kleinen Leuten nicht verstanden und nicht gewürdigt wird.[136]

Bei der Beamtenbesoldung spielt der Komplex der Lehrerschaft eine bedeuten-

135 Der Ernährungsausschuß des Bundestags hatte die Bundesregierung ermächtigt (Kabinettsbeschluß vom 23. Januar 1953), die Subventionen für das Konsumbrot mit Wirkung vom 15. Februar an zu streichen. Für sozial Bedürftige war ein Ausgleich vorgesehen (vgl. FAZ vom 24. und 26. Januar 1953).

136 Die Mietpreiserhöhung beruhte auf der Verordnung vom 27. September 1952 (BGBl I S. 648).

de Rolle. Überhaupt ist in der Beamtenbesoldung unsere Situation außerordentlich ungünstig. Wir müssen sehen, wie die FDP uns den Rang abgelaufen hat durch eine hemdsärmelige, unverfrorene Situation, die aber leider nun in den betroffenen Kreisen einen außerordentlich guten Anklang gefunden hat, so daß die FDP eigentlich als die Partei gilt, die nur ein Herz für die Beamten hat, während die CDU bei den Beamten und 131ern weitgehend abgemeldet ist.[137] Wir als Regierungspartei können die maßlosen Agitationsbestrebungen niemals effektuieren; wir werden immer hintanstehen, aber unser Verhalten wird von den Betroffenen nicht verstanden. Das ist stimmungsmäßig nicht gut.

Bezüglich der Hausratshilfe[138] darf ich auf folgendes verweisen: Achten Sie bitte darauf, in welcher raffinierten Form sich die sozialdemokratischen Bürgermeister und Landräte der Hausratshilfe bedient haben. Vor Weihnachten haben sie das mit aller Gewalt durchgepeitscht. Die Landräte und Oberbürgermeister sind zu den Witwen hingegangen und haben ihnen die Sachen überreicht. Das ging durch alle Zeitungen und hatte eine enorm werbende Kraft. Es war eine gute Taktik.

Es wäre zu wünschen, daß unsere CDU-Beamten in leitenden Stellungen auch diese Initiative entfalten würden. Das gilt insbesondere für den Lastenausgleich.

Eine außerordentliche Breitenwirkung hat auch das Altsparergesetz[139]. Es ist von uns nicht richtig gewürdigt worden. Es sollte von uns viel ernster genommen werden. Im großen und ganzen ist es für uns mehr ein retardierendes als förderndes Moment.

Herr Kather hat davon berichtet, daß die FDP in raffinierter Weise an seine prominenten Leute herangetreten sei mit verlockenden Angeboten. Z.B.: Wir werden euch bei der kommenden Bundestagswahl bevorzugte Sitze geben, wenn ihr mit eurer Organisation in unser Lager überschwenkt. Das ist eine Gefahr, die durchaus ernstzunehmen ist. Die FDP hat den Vertriebenen gegenüber ungeheure Konzessionen gemacht.

Es wäre von außerordentlicher Bedeutung, wenn wir darüber Material bekommen könnten, daß die rechtsradikalen Elemente in der FDP auch mit den Sowjets Fühlung genommen haben, damit die FDP mit ihrem rechtsradikalen Flügel außer

---

137 Die FDP hatte eine Teuerungszulage für Beamte beantragt (Drs. Nr. 3814), die in die Drs. Nr. 3847 und schließlich in Drs. Nr. 4131 (Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Beamtenrecht vom 25. Februar 1953 – Synopse) einging. Das entsprechende Gesetz wurde am 27. März 1953 in BGBl I S. 81 veröffentlicht.

138 Hausratshilfe wurde – zurückgehend auf das Soforthilfegesetz des Frankfurter Wirtschaftsrats vom 8. August 1949 (WiGBl S. 205) – nach den entsprechenden Vorschriften des Feststellungs- und des Lastenausgleichsgesetzes gemäß der am 28. November 1952 vom Bundesausgleichsamt herausgegebenen Anleitung zur Weisung über die Gewährung der ersten Rate der Hausratshilfe gewährt (Amtl. Mitteilungsblatt des Hauptamtes für Sozialhilfe vom 22. November 1952).

139 Das Gesetz zur Milderung von Härten der Währungsreform (Altsparergesetz) trat am 14. Juli 1953 in Kraft (BGBl I S. 495–510).

Kurs gesetzt wird, insbesondere bei den Vertriebenen, die von den Sowjets absolut nichts wissen wollen.

Wuermeling: Bezüglich dieses Dritten Bundesergänzungsgesetzes sind wir im Beamtenrechtsausschuß ziemlich am Ende. Die Kinderzulage ist in Ordnung und die Wohnungsgeldsache; aber wegen der Lehrergeschichte muß ich ein Wort sagen, damit wir wissen, warum der Beamtenrechtsausschuß – nicht im Endergebnis, aber in der Methode – von dem Regierungsentwurf abweicht.[140]

Der Regierungsentwurf lehnt zunächst den Antrag des Bundesrates ab, die Volksschullehrer in die dritte Stufe ihrer Besoldungsgruppe zu bringen. Nun laufen die sozialistischen Kultusminister bei ihren Lehrern herum und sagen: Der Bundesrat ja, aber der Bundestag und die Bundesregierung tun das nicht. Die Bundesregierung hat nun vorgeschlagen, daß ein Teil diese Zulagen bekommen soll. Wenn das nun beschlossen wird, dann sagen die Sozialisten, wenn die Bundesregierung uns nicht gestoppt hätte, dann hätten wir euch mehr gegeben, aber der böse Bundesfinanzminister hindert euch daran.

Ich habe am 31. Dezember einen ausführlichen Antrag an den Vorsitzenden des Beamtenrechtsausschusses gerichtet[141], in dem diese 20%ige Geschichte eingehend begründet und auch die finanzpolitische Auswirkung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden behandelt ist. Diese Geschichte hat sich jetzt die Koalition zu eigen gemacht. Vor drei Tagen hat uns der Herr Bundesfinanzminister erklärt: Ich kann natürlich nicht Ja sagen, sonst kommen die Länder und sagen, du mußt es ja haben.[142] Es muß versucht werden, mit dem Bundesrat einig zu werden. Das habe ich auch angestrebt.

Gestern stellt sich nun der Herr Miessner[143], der an keiner Verhandlung über diese Dinge beteiligt gewesen ist, in Cuxhaven hin und verkündet der staunenden Beamtenschaft: Ab 1. April bekommt ihr 20 % mehr. Ich, der Herr Miessner, kann euch das sagen.

So arbeitet der Mann seit Monaten in den Kreisen der 131er und hetzt gegen uns, wie er nur kann. Er schreibt in Briefen an eine Organisation der Angestellten in Hamburg, daß die CDU der Erhöhung der Angestelltengehälter durchaus negativ gegenüberstehe. Deswegen müsse man mit der SPD Fühlung nehmen. Und den Mann bekommen wir nicht an die Kandare. Wir müssen damit rechnen, daß dieses

140 Gesetzentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts (Drs. Nr. 3847) mit den Änderungsvorschlägen des Bundesrats sowie der Stellungnahme der Bundesregierung; Schriftlicher Bericht des Beamtenausschusses Drs. Nr. 4131; Gesetz vom 27. März 1953 – BGBl I S. 81 (vgl. Anm. 137; vgl. auch Nr. 16 Anm. 112).

141 Nicht zu ermitteln. – Vorsitzender des Ausschusses war Josef Ferdinand Kleindinst.

142 Das Kurzprotokoll der 215. Sitzung des Ausschusses für Beamtenrecht vom 23. Januar 1953 gibt nur die Stellungnahme Wuermelings wieder (BT PA Ges.Dok.I 398 S.5).

143 Dr. Herwart Miessner (geb. 1911), 1949–1957 und 1959–1969 MdB (DRP/NR, Dezember 1950 FDP), Mitglied des Bundes- und Landesvorstands Niedersachsen des Deutschen Beamtenbundes, seit 1954 Kreisvorsitzender und Mitglied des Landesvorstands Niedersachsen der FDP (Autor: Um die Sicherung des Berufsbeamtentums. 1953).

Theater weitergeht. (*Zimmer:* Das können Sie sich doch nicht gefallen lassen. Das ist doch unmöglich von Fraktion zu Fraktion!) Es hat keinen Erfolg. (*Tillmanns:* Miessner ist prominenter Nazi!)

Als wir diese 20%ige Erhöhung vornahmen, haben wir die 131er-Pensionäre ausgeschlossen. Das war eine furchtbar bittere Sache. Herr Miessner hat sich damals im Bundestag hingestellt, nicht nur als Berichterstatter, sondern auch namens seiner Fraktion, und erklärt: Es ist unmöglich, das jetzt zu machen; es geht erst vom 1. April ab. Wir müssen mit dem Finanzminister rechnen, wir kommen nicht durch. Und jetzt schreibt er im „Notweg"[144], dem Blatt der 131er, in einem Relativsatz: die durchaus vermeidbare Vorenthaltung der 20%igen Zulage gegenüber den 131er-Pensionären.

Ich habe der Zeitung geschrieben und die Zitate aus dem Bundestag gebracht und gebeten, sie möchte das klarstellen. Den Herren Miessner und Kühn[145] habe ich eine Abschrift geschickt. Ich habe es Herrn Miessner auch gesagt, und dann schreibt der „Notweg": Die Sache ist durch eine Besprechung zwischen Ihnen und Herrn Miessner geklärt. (*Müller:* In Stuttgart hat er maßlos gehetzt!)

Ehlers: Soll das Thema „Konsumbrot" noch erörtert werden?

Samsche: Die Frage hängt zusammen mit Getreide und Zucker. Wenn man über das Konsumbrot sprechen will, muß man in die gesamte Vorratswirtschaft einsteigen.

Ehlers: Darf ich dann vorschlagen, daß wir darüber nicht ins Blaue debattieren.

Fay: Wir wollen nicht in extenso darüber sprechen, aber eine Bemerkung möchte ich machen. Wenn etwas ein schlagender Beweis für das Versagen von Planwirtschaft ist, dann ist es das Versagen der Vorratsstelle. Wir sind dankbar, daß bei einer Vorratsstelle – Eierwirtschaft – 2,5 Millionen vertan worden sind; denn es ist ein Beweis für das Versagen einer künftigen Planwirtschaft.

Es ist schade, daß bei der Streichung der Subvention nicht gleichzeitig präzise herausgekommen ist, wie man den minderbemittelten Schichten den Ausgleich geben will. Es ist zwar angekündigt worden. Aber wie ist nun die Wirkung im Volk? Das Volk sagt: Ihr wart sofort bereit, die Subvention zu streichen, aber bis ihr euch überlegt habt, wie ihr den kleinen Leuten helft, das dauert viel zu lange. Das ist ein schwerer psychologischer Fehler.

Kaiser: Es ist schade, daß der Finanzminister nicht darüber gesprochen hat. Nur die Fürsorgeempfänger sollen diese Vergünstigung bekommen. (*Ehlers:* Das hat in

144 „Der Notweg". Die unabhängige Monatszeitschrift der ehemaligen Berufssoldaten. Wirtschaftlicher Wegweiser für versorgungsberechtigte ehemalige Angehörige der Wehrmacht und deren Hinterbliebene 4. Jg. Nr. 12 (1952), S. 6. Unter dem Titel „Wann endlich ...? Eine parlamentarische Jahresrückschau zur Lage der Staatsdiener" schreibt Miessner: „...Aber nicht genug damit, daß diese Pensionäre ohne stichhaltigen Grund um die Zulagen für ein halbes Jahr gebracht wurden..."

145 Walther Kühn (1892–1962), vor 1933 DVP, 1949–1962 MdB (FDP, 1949–1953 stv. Vorsitzender des Ausschusses für Beamtenrecht). – Schriftwechsel nicht zu ermitteln.

der Zeitung gestanden.) Das ist einer der großen Fehler, die wir haben, daß der Finanzminister zwar finanztechnisch und finanzpolitisch außerordentlich klare Vorstellungen hat, daß er aber offensichtlich nicht die Fähigkeit hat, es dem Volke zu sagen, so daß die Dinge im Volke sehr unklar sind. Wir sollten die Dinge so aussprechen, daß man uns nicht sagt: Die positiven Dinge, die ihr gemacht habt, sind Selbstverständlichkeiten; aber die negativen Dinge! Ich fürchte, er wird das auch übermorgen so machen, so daß das Positive wieder untergeht.

Dichtel: Weil ich von Berufs wegen etwas damit zu tun habe, möchte ich folgendes sagen: Die Bundesregierung macht es ja immer „falsch"; lagert sie nichts ein, schimpft das Volk, lagert sie ein, schimpft es auch. Ich habe heute morgen einen Regierungsvertreter als Begleiter gehabt und mit ihm über die Frage des Konsumbrotes gesprochen. Zunächst sind 14 bis 15 Millionen DM für Subvention gegeben worden. Z.Z. sind 240 Millionen DM notwendig, um das Konsumbrot zu schaffen. Es ist derartig im Wachsen, daß in kürzester Zeit mit 300 Millionen DM Subvention allein für das Konsumbrot gerechnet werden muß. Wir sind uns einig, daß man bestimmten Kategorien helfen muß. Aber es ist etwas geschehen, was nicht gedeckt werden kann. Es muß eine Möglichkeit gefunden werden, um der Öffentlichkeit etwas zu sagen.

Ehlers: Wir kommen zum Punkt 3 der Tagesordnung.

Parteitag in Hamburg

Das Wort hat Herr Dr. Tillmanns.

Tillmanns: Es besteht die Absicht, daß die Kernaufgabe des Parteitages in Hamburg sein soll, unser Programm für die kommende Legislaturperiode des neuen Bundestages festzulegen. Das muß mit einer möglichst starken publizistischen und propagandistischen Wirkung geschehen.

Der Parteitag soll beginnen am Sonntag, dem 19. April. Es ist vorgesehen, daß am Sonnabend vorher eine Sitzung des Parteivorstandes stattfindet, um die Dinge des Parteitages nochmals zu erörtern. Die erste Sitzung am Sonntag soll in einem gewissen festlichen Rahmen im städtischen Schauspielhaus nach dem Gottesdienst um 10.30 Uhr stattfinden. Zuerst soll die Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, den Herrn Bundeskanzler, vorgenommen werden. Diese Begrüßung soll inhaltlich eine kleine Einleitungsrede sein, so daß sie auch für die Presse von gewisser Bedeutung ist. Neben den Begrüßungsansprachen war an ein inhaltlich bedeutsames Referat gedacht, das dem ganzen Parteitag gewissermaßen das Thema angibt. Es sollen nur zwei oder drei Hauptreferenten dem Parteitag eine geistige Zielrichtung und Zielsetzung geben. Nachmittags würde dann der Parteiausschuß tagen. Für den Sonntag haben wir einen Empfang vorgesehen. Der Sonntag würde sich also im wesentlichen erschöpfen mit der großen Eröffnungssitzung.

Der ganze Montag und der ganze Dienstag sollen dann ausgefüllt werden mit den eigentlichen Kernaufgaben des Parteitages, von denen ich eben gesprochen

habe; also das Aktionsprogramm. Wir behandeln am Montag und Dienstag zunächst die Einheit. Die einzelnen Teile sollen durch Ausschußarbeiten und Arbeitskreise vorbereitet und in Referaten dargestellt werden. Wir haben hierbei an drei Referate gedacht. Ich bitte um Entschuldigung, ich habe einen Fehler gemacht. Bevor wir am Montag mit der eigentlichen Arbeit beginnen, ist ein Bericht über die Arbeit des Parteivorstandes und ein Bericht über die Arbeit der Fraktion vorgesehen. Diese beiden Berichte gehen also der eigentlichen Arbeit voraus. Dann müssen die Ausschüsse konstituiert werden, die aufgrund der Diskussion und Verhandlungen die endgültige Formulierung des Aktionsprogrammes vornehmen. Die eigentliche Arbeit über dieses Programm ist so gedacht, daß in drei Teilen Berichte über die bisher geleisteten Arbeiten erstattet werden. Beim ersten Bericht ist gedacht an: Kultur, Justiz, Presse, öffentliche Dienste; beim zweiten Bericht an: Wirtschaft, Finanzen, Sozialwirtschaft; beim dritten Bericht an: Soldaten, Vertriebene, Kriegsopfer. Diese Berichte sollen laufend von Montag 15 Uhr ab und den ganzen Dienstag über zur Diskussion gestellt werden, wobei die Diskussion nach unserer Meinung die eigentliche Kernaufgabe des Parteitages sein soll. Diese Diskussion, für die eine sehr lange Zeit vorgesehen ist, würde durch drei Referate unterbrochen sein. Es soll nicht so sein, wie bisher auf Parteitagen, daß zu diesem oder jenem etwas gesagt wird, sondern die Diskussion soll die eigentliche Aufgabe sein, die wir uns vorgenommen haben; d.h., daß Minister, Vorstandsmitglieder und maßgebende Abgeordnete zu den einzelnen Dingen als Diskussionsredner sich auf kurze Reden vorbereiten, damit auch solche Reden von der Presse gebracht werden.

Wir haben es uns so gedacht, daß z.B. bei einer Ermüdung Herr Erhard spricht, so daß die Diskussion immer wieder auf einen Höhepunkt gebracht wird. Wir wollten in Hamburg den Versuch unternehmen, es anders als bisher zu machen, wo es so war, daß nach einer Rede eine Diskussion dahinplätscherte und kaum einer recht darauf geachtet hat und die meisten draußen in der Wandelhalle spazierengingen.

Wir wollen die Referate nur in drei Teile gliedern und dann maßgebende Sprecher in der Diskussion zu den verschiedensten Gebieten sprechen lassen. Dabei braucht sich der Diskussionsvortrag keineswegs im engsten Sinne nur an das betreffende Thema zu halten, sondern es können auch allgemeine politische Fragen sein, um auf diese Weise die gesamte Beratung des Parteitages immer wieder lebendig zu machen.

Am Dienstag abend ist an eine große öffentliche Kundgebung in der Ernst-Merck-Halle gedacht. Hier sind als Redner vorgesehen der Herr Bundeskanzler mit einer großen Rede, Herr Erhard mit einer wirtschaftspolitischen Rede und Herr Storch mit einer sozialpolitischen Rede. Auf dieser Kundgebung soll auch die polemische Auseinandersetzung mit der SPD vorgenommen werden.

Es würde dann der am Montag zu wählende Koordinierungsausschuß während der ganzen Zeit zu arbeiten haben, so daß am Mittwoch vormittag seine Vorschläge in einer Schlußbesprechung im Parteiausschuß behandelt werden können. Nachmit-

tags ist an eine Plenarsitzung im Schauspielhaus gedacht, in der das fertiggestellte Programm veröffentlicht werden soll. (*Ehlers:* Das darf aber nicht Aktionsprogramm heißen!) Das habe ich nur gesagt, weil ich nicht genug mit Phantasie begabt bin. (*Wuermeling:* Arbeitsprogramm für die neue Wahlperiode!) Das ist der erste Umriß für den Hamburger Parteitag.

Kaiser: Es ist heute eine etwas andere Darstellung wie damals. Wenn ich das sage, dann fürchte ich, daß es eine Summe von Berichterstattern gibt, die keine genügende Klarstellung geben.

Ehlers: Man kann es diesmal anders machen als in Berlin. Berlin hatte einen anderen Charakter. Es ist also unsere Auffassung, daß man bei diesem Parteitag das Hauptgewicht auf eine gute Diskussion legt.

Zimmer: Wie sind diese Kurzreferate gedacht? Wird ein fertiges Ergebnis als Ausschußbericht vorgelegt, oder wird das Programm umrissen werden? Inwieweit Fragen offenbleiben, danach wird sich die Diskussion zu richten haben. Wenn in konkreten Fragen irgendwelche Ergebnisse vorliegen, dann ergibt sich ein Pro oder Kontra in der Diskussion. Ich möchte nur die Frage aufwerfen, inwieweit es zweckmäßig ist, bei bestimmten Fragen in einem gewissen Rahmen Probleme offenzulassen.

Tillmanns: Herr Zimmer hat recht. Das wird die Kernaufgabe des Parteitages sein, dies richtig zu machen. Es ist nicht daran gedacht, daß der Redner seine persönliche Meinung zu irgendeinem Thema sagt, sondern diese Referate sollen bis zu einem gewissen Grade das bringen, was in den Vorarbeiten zu dem gesamten Komplex als Inhalt des kommenden Arbeitsprogramms erarbeitet worden ist. Gleichzeitig soll sie nicht so fertig vorgetragen werden, daß es heißt: Bitte, das ist jetzt der Vorschlag, sondern es müssen dabei auch fremde Probleme kurz behandelt werden, damit der Parteitag einen Anknüpfungspunkt und eine eigene Aufgabe hat, wobei der Wunsch zu äußern wäre, daß diese Referate nicht versuchen sollen, wieder vollständig zu sein – sonst werden sie zu umfangreich –, sondern es sollen nur einige Punkte als der eigentliche Gegenstand der Diskussion herausgestellt werden.

Samsche: Es ist so, daß auf dem Parteitag manche Delegierte gerne zu Wort kommen möchten. Wenn man nun die Diskussion nur auf die prominenten Mitglieder beschränkt, ... (*Tillmanns:* Nicht beschränkt!)

Ehlers: D.h. also, daß der Leiter der Versammlung das parlamentarische Recht hat, die einzelnen Redner zu bestimmen und sprechen zu lassen, also nicht gebunden ist? (*Tillmanns:* Jawohl!) Es geht nicht darum, daß die Ausschüsse nur irgendwelche Fragen aufwerfen, sondern darum, daß sie die Richtung und Verantwortung festlegen, aber so, daß eine Diskussion notwendig ist, und zwar über zwei oder drei Möglichkeiten der Formulierung. Ist das unsere Auffassung? (*Zustimmung. – Zimmer:* In dubiis libertas!) Genauso, wie wir es heute hier exerziert haben. *(Heiterkeit.)*

Wuermeling: Wir haben uns über den Modus procedendi unterhalten. Wir kön-

nen keine Diskussion über den materiellen Inhalt führen, sondern wir sollten alle miteinander an einem Strang ziehen. Wir müssen zu verhindern suchen, daß auf diesem Parteitag ein Allerweltsprogramm herauskommt, aus dem sich nichts Profiliertes herausschält. Wir müssen ein paar Punkte – vier oder fünf – als Kardinalpunkte in die Öffentlichkeit hinausstoßen; alles, was nicht dazugehört, muß wohl oder übel in den Hintergrund treten, sonst nimmt das eine dem anderen die Bedeutung.

Der Herr Bundeskanzler hat schon davon gesprochen, daß wir den Kampf gegen die SPD mit dem EVG-Vertrag und der Mitbestimmung führen würden. Über die Sozialisierung wurde nichts gesagt. Hier scheint mir der Kardinalpunkt des Parteitages zu sein, daß wir ein positives Gegenprogramm herausstellen, das besonders geeignet ist, den Gedanken zu verwirklichen, Eigentum für die breiten Schichten des Volkes zu schaffen, weil hier die größte propagandistische Gefahr von seiten der SPD droht.

Es wird nicht mit Unrecht gesagt: Einige Leute haben ihren Besitz in den letzten Jahren ungeheuerlich vermehren können, aber in der breiten Masse, bei den Lohn- und Gehaltsempfängern, ist eine Vermehrung des Besitzes in keiner Weise erfolgt. Wir sollten dem Vorschlag von Arnold in Karlsruhe folgen, sei es das, was Lünendonk ausgearbeitet hat, seien es die anderen Vorschläge. Können wir nicht versuchen, daß wir den auf dem Berliner Parteitag gewählten Ausschuß nun endlich auf die Beine stellen?[146]

Ich bin nicht davon überzeugt, daß bei dieser Vorstellung von heute morgen allzuviel dabei herauskommt. Die Leute, die genannt worden sind, können es nicht hundertprozentig machen. Wir müssen den Wirtschaftspolitischen Ausschuß und den Sozialpolitischen Ausschuß schleunigst zusammenführen, damit die Dinge abgestimmt werden. Ich schlage vor, diesen Sozialpolitischen Ausschuß zu beschließen oder den geschäftsführenden Vorstand mit den drei Vorsitzenden zu ermächtigen, die Zusammensetzung dieses Ausschusses zu vollziehen, damit die Arbeit anläuft. Ich halte diesen Punkt für den wichtigsten des ganzen Parteitages. Wenn wir der Sozialisierungsthese – die eigentlich schon überholt ist, weil keiner etwas davon hat – etwas Positives gegenüberstellen, dann haben wir gegenüber der SPD ein Mittel, das seine Wirkung nicht verfehlen wird.

Ehlers: Kann nicht dem geschäftsführenden Vorstand mit den drei Vorsitzenden diese Ermächtigung vom Vorstand erteilt werden? *(Zustimmung.)*

---

146 Ausführungen Arnolds am 20. Oktober 1951 in Karlsruhe in CDU, 2. Parteitag S. 26–37, 65. Vorstellungen Lünendonks im Protokoll der Bundestagung der Sozialausschüsse der CDA vom 28. Februar bis 1. März 1953, Bonn/Königswinter 1953 S. 47–54. Auf dem Berliner Parteitag (17.–19. Oktober 1952) war beschlossen worden, einen Sonderausschuß der Bundespartei „zur Frage der Bildung von Eigentum für breiteste Schichten des Volkes" zu bilden, der sich aus Angehörigen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses und des Ausschusses für Sozialpolitik zusammensetzen sollte (CDU, 3. Parteitag S. 132). Die konstituierende Sitzung fand am 20. Februar 1953 statt (ACDP VII-004–101/2).

Strickrodt: Für Hamburg sollte ein kurzes, aber gehaltvolles Programm geboten werden, mit dem auch die Agitation und die kritisierende Öffentlichkeit befaßt werden könnte. Ich erinnere hierbei an die Formulierungen der englischen Liberalen Partei[147]; das sind Grundsätze, auf denen man fußen konnte. Es wird sehr darauf ankommen, daß Sie über die Vorarbeiten in unseren Gremien sehr genau unterrichtet werden.

Herr Dr. Wuermeling, unser Wirtschaftspolitischer Ausschuß hat an Formulierungen so gut wie nichts gemacht. Er hat zwar hier und da diskutiert, aber eine ausgeklärte Meinung hat er nicht. Alles, was bisher gesagt wurde, sind nebeneinanderstehende Aperçus, die aber im Zusammenhang mit der Gesamtaufgabe unserer Partei nicht ernstlich geprüft werden konnten. Auch hinsichtlich des Finanzprogramms, mit dem wir an die Öffentlichkeit treten, müssen wir mehr sagen als nur Steuerverheißungen, sondern wir müssen von einem Programm sprechen, das den Weg zur Gesundung in dieser Richtung weisen soll.

Ich möchte darum bitten, daß die drei Vorsitzenden und der geschäftsführende Vorstand zusammenarbeiten. Achten Sie darauf, daß Sie wirklich den echten Anschluß an das bekommen, von dem wir sagen können: Es ist doch eine wirkliche Kraft in der Partei. Wir wollen die Quellen richtig anschlagen.

Gradl: Ich unterstreiche das, was Herr Strickrodt sagte. Wir können auf diesem Parteitag nicht einen Katalog für alle unsere Arbeiten geben, sondern wir sollten uns auf die Schwerpunkte des Wahlkampfes konzentrieren. Es kommt darauf an, der Bevölkerung klarzumachen: Wir sind auf der einen Seite keine marxistische Partei, aber auf der anderen Seite eine bewußt soziale Partei. Das ist eine der Hauptaufgaben, um die Massen der Wähler in den Großstädten zu gewinnen.

Die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands spielt in diesem Wahlkampf ebenfalls eine entscheidende Rolle. Die Sozialdemokratie wird uns mit allen technischen Hilfsmitteln entgegenschreien: Eure Politik steht der Wiedervereinigung im Wege. Für uns wird es darauf ankommen, deutlich klarzumachen, daß das nicht der Fall ist. Wir müssen unseren Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands auf diesem Parteitag darstellen.

Wir sind in Berlin etwas in der Ferne, haben aber für manche Dinge einen klareren Blick als Sie, die Sie mitten darin sind. Auch bei der Bekanntgabe der Steuerreform müssen wir überlegen, was wird der Gegner seinerseits im Wahlkampf damit anfangen.

Ehlers: Das sind konkrete Vorschläge, die wir für die Kundgebung in der Ernst-Merck-Halle propagandistisch zusammenfassen können. Bei der Propaganda passieren merkwürdige Dinge. So hat z.B. gestern abend der Fernsehsender eineinhalb Stunden lang das Boogie-Woogie-Turnier übertragen.

---

147 Die Liberalen hatten in ihrem Wahlmanifest (vgl. „The Times" vom 3. Oktober 1951) u.a. gefordert, die Arbeitsleistung durch ein Bonus- oder Gewinnbeteiligungssystem für die Arbeiter – über die Nominallöhne hinaus – zu steigern (AdG 1951 S. 3142).

Es ist zu überlegen, wie die Berichte der Ausschüsse vor sich gehen sollen. Das geht los mit Kultur, dann kommen Justizfragen, Presse, Rundfunk, Film, öffentliche Dienste, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Landwirtschaft, Flüchtlinge, Soldaten, Vertriebene, Kriegsopfer und dazu das gesamtdeutsche Anliegen. Es soll nun der Versuch gemacht werden, diese Dinge in mehrere Gruppen zusammenzufassen. Wenn das so geschehen soll, um jedem etwas zu bringen, kommen wir leicht in eine Verzettelung hinein. (*Kaiser:* Das kann zusammengefaßt werden!) Das geht nicht gut! (*Tillmanns:* Das geht!) Sie können natürlich alles zusammenfassen!

Bach: Das Aktionsprogramm, das nachher veröffentlicht werden soll, soll in den Versammlungen bekanntgegeben werden. Die Fragen der Außenpolitik müssen mit hinein. (*Zuruf:* Nicht in der Form einer Bekanntgabe.) Aber in der Form eines Aktionsprogrammes. Der Sinn ist doch der, das Programm für den Wahlkampf herauszubringen. Da darf die Außenpolitik nicht fehlen. Wir haben die Außenpolitik in den letzten Jahren in den Vordergrund geschoben und die Innenpolitik vernachlässigt. Jetzt gehen wir den umgekehrten Weg. Wir können aber nicht in diesen Wahlkampf gehen ohne ein klares außenpolitisches Aktionsprogramm.

Gerstenmaier: Ich würde vorschlagen, daß wir in diesem Kreis und vielleicht morgen ernsthaft darüber diskutieren, ob wir nicht das, was wir in den letzten zwei Jahren mit unserer ganzen Kraft erkämpft haben – nämlich unsere außenpolitische Situation als Neuorientierung Deutschlands innerhalb der freien Völker –, als Thema Nr. 2 auf diesem Parteitag herausbringen: Deutschland und Europa.

Als Thema Nr. 1 müßten wir die Festigung und Verdichtung unserer sozialpolitischen Situation in Deutschland klar herausstellen.

Ich mache mir keine Illusionen, wenn ich der Meinung bin, daß wir als eine der großen Massenparteien von der Situation Kenntnis nehmen müssen, daß die Masse immer noch weit mehr auf soziale Komplexe anzusprechen ist, wobei sich jeder als Individuum betroffen fühlt. Wir haben hier noch einiges nachzuholen. Wir müssen der SPD als dem Hauptgegner die Spitze bieten im Bereich des Sozialen. Wir sollten das ganz klar auf dem Parteitag herausstellen.

Ich würde warnen, den EVG-Vertrag herauszustellen; denn es gibt dann viele Schwierigkeiten psychologischer Art. Unsere Stärke liegt darin, daß wir innerhalb der beiden genannten Probleme Kreise mit einigen wenigen unerhört einleuchtenden Thesen herausbekommen.

Zum Punkt 1, zur sozialen Lage, würde ich empfehlen, daß wir unsere Gedanken in den nächsten Wochen und Monaten darauf lenken, den vom Liberalen beeinflußten sozialistischen Ideen – was ja ein unerhörtes Monopol der skandinavischen Länder ist – die Spitze zu bieten. Wir haben doch einen sozialen Fundus und ein Ideengut, wie es die Skandinavier nie besessen haben, auch nicht die konservativen Engländer, die zu sehr säkularisiert waren, so daß wir dem liberalen Wohlfahrtsstaat etwas entgegensetzen können. Hier ist eine sehr dankenswerte Aufgabe.

Kaiser: Was wir von Herrn Gerstenmaier gehört haben, können wir in Hamburg zum Ausdruck bringen.

Ich bin erschrocken über die Aneinanderreihung von Berichten. Es kommt auf eine Zusammenfassung an.

Wenn wir den Mund in Hamburg aufmachen, dann müssen die Dinge, auf die es ankommt, auch angepackt werden. Mich bewegt vor allem die soziale Frage. Wir müssen klarmachen, was unter Mitbestimmung zu verstehen ist, was von uns gewollt ist, und zwar so, wie es Arnold versucht hat. Das muß auf eine von uns allen vertretbare Formel gebracht werden. Lücke hat ausgezeichnete Gedanken erarbeitet. Das könnte mit hineingenommen werden[148].

Wir müssen auch das Gewerkschaftsproblem ansprechen. Es ist wohl die Zeit gekommen, daß die Gewerkschaften in andere Aufgabengebiete gebracht werden. Sie müssen weg von den Dingen, die sie im Grunde nichts angehen. Wir müssen zu dem, was wir unter dem Kennwort „Bundeswirtschaftsrat" ausgesprochen haben, kommen[149]. Die Gewerkschaften werden auf diesem Gebiet ein dankbares Arbeitsfeld bekommen. Die christlich-demokratischen Kreise haben Sorge, daß die Gewerkschaften in kulturpolitische Dinge und Erziehungsangelegenheiten hineinreden. Das muß beachtet werden. Es kommt darauf an, hierfür den richtigen Redner auf dem Parteitag zu finden.

Ehlers: Nach der Konzeption von Herrn Gerstenmaier sollten wir das Hauptgewicht nicht vordergründig auf die außenpolitischen Fragen und die Verträge legen. Ich könnte mir vorstellen, daß der Herr Bundeskanzler das Schwergewicht darauf legt. (*Wuermeling:* Das war in Berlin!) Wir sollten also die soziale Verpflichtung in den Vordergrund stellen, weil ich auch davon überzeugt bin, daß sich die Wahl nicht an den außenpolitischen, sondern an den sozialen Dingen entscheidet. Darf ich feststellen, daß das unsere gemeinsame Überzeugung ist? *(Zustimmung.)* Das ist eine wesentliche Klärung.

Ich würde vorschlagen, daß etwa drei Wochen oder 14 Tage vor dem Parteitag in einer Parteivorstandssitzung die zu erstattenden Berichte festgelegt werden. Es ist völlig ausgeschlossen, das am 18. April, kurz vor dem Parteitag, festzulegen. Das muß vorher festgelegt werden. In Hamburg können es nur noch Regiebesprechungen sein, während die Dinge laufen. Insofern müssen wir eine terminliche Festle-

148 Äußerungen Lückes zur Mitbestimmung sind nicht überliefert; vermutlich handelt es sich um Vorstellungen zum Wohnungseigentum (vgl. Lückes Begründung zum Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung von Familienheimen in: Der Weg zu einer familiengerechten Wohnungsbaupolitik, hrsg. von Paul Lücke. Bergisch-Gladbach/Bonn o.J. S. 35–41; vgl. auch Sten.Ber. 1.WP Bd.14 S.11683–11686 sowie Ausführungen im Arbeitskreis „Familienheim – Wohnungseigentum" auf der Bundestagung der CDA (vgl. Anm. 146) S. 29–32).

149 Der Gedanke zur Bildung eines Bundeswirtschaftsrats war seit den Gesprächen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften am 9./10. Januar 1950 und dem Gesetzesvorschlag des DGB vom 22. Mai 1950 in der Diskussion (vgl. die Ausführungen Arnolds in CDU, 2. Parteitag S. 32; H. St. SEIDENFUS: Gedanken zur Errichtung eines Bundeswirtschaftsrats. FIW-Schriftenreihe, Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb e.V. Köln, Heft 5. Köln 1962; MÜLLER-LIST).

gung haben. (*Fricke:* Wir müßten das etwa 14 Tage vorher in der Hand haben!) Ich wiederhole: Es müßte etwa 14 Tage vor dem Parteitag eine Vorstandssitzung stattfinden, in der festgelegt wird, was nun endgültig geplant ist. (*Mehrere Zurufe:* Es müßte früher sein. Am 5. April ist Ostern!) Meinetwegen früher!

Tillmanns: Genauso war es gedacht. Diese Vorstandssitzung, die auf dem Programm steht, ist nur eine Regiebesprechung. Die Berichte der Ausschüsse müssen beschleunigt herauskommen. Das Arbeitsergebnis eines ersten Entwurfs muß hier im Parteivorstand in einer ganztägigen Arbeitssitzung besprochen werden. Der Vorstand wird dann darüber entscheiden, wie das inhaltlich aussehen soll und wer die Referate zu halten hat. Das müßte nach meiner Meinung mindestens Anfang April festgelegt werden. Wir werden alles tun, um für diese Parteivorstandssitzung die Unterlagen zu haben. Es sollte so sein, daß in Hamburg nicht nur der Parteitag selbst, sondern auch die Öffentlichkeit kontrollieren kann.

Der Vorschlag von Herrn Bach muß meiner Ansicht nach berücksichtigt werden, daß wir nämlich das Soziale in den Vordergrund stellen. Selbstverständlich darf die Außenpolitik davor nicht völlig runterfallen; im Gegenteil, sie wird eine wichtige Rolle spielen. Es ist verhältnismäßig leicht, diese außenpolitischen Kernsätze zu formulieren, wobei nicht auf Verteidigung abzustellen ist, sondern auf Europa, (*Zuruf:* Und die Einheit!) um der SPD auf diese Weise unseren Willen gegenüber ihrem Sabotagekram an Europa klarzumachen.

Strickrodt: Was Herr Gerstenmaier vorgetragen hat, war ein neuer Ton. Das ist nicht nur ein Sammelbegriff für einige soziale Forderungen, sondern die neue Gesellschaftsordnung aus einer neuen Ethik heraus. Er hat vollkommen recht; was sich in diesem vom Liberalismus beeinflußten Sozialismus Englands und den nordischen Staaten tut, ist ungeheuer eintönig und schaltet den Menschen praktisch aus.

Wir begeben uns damit auf ein Gebiet, für das fast alle Begriffe fehlen. Wir sollten uns daher, wenn wir an die Öffentlichkeit treten, nicht bloßstellen und sagen: Hier ist ein neuer Ton, eine neue Glocke angeschlagen, sondern wir sollten Beispiele aufgreifen, was in echter Weise vorhanden ist. Wenn ich einen Namen nennen soll, dann ist es das Werk von Eucken „Die Wirtschaftspolitik“[150]. Dieses Werk hat die vollmenschliche Ordnung, auch des wirtschaftlichen Daseins, im Sinne. Ich würde darum bitten, daß die Erfahrungen von Herrn Gerstenmaier in unseren Arbeitskreis hineingebracht werden.

Heck: Eine technische Frage, die für mich zur Vorbereitung des Organisatorischen wichtig ist. Es steht also fest, daß in Hamburg die Ausschüsse nicht tagen werden? (*Zurufe:* Nein!)

Ehlers: Es tagen nur der Koordinierungs- und der Formulierungsausschuß. Es

---

150 Walter Eucken (1891–1950), deutscher Nationalökonom der „Freiburger Schule“, die maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland gewann. 1952 erschien posthum sein Werk „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“, hrsg. von Edith Eucken-Erdsiek und Karl Paul Hensel. 5. Aufl. Tübingen 1975.

kann zwar noch möglich werden, daß man einen Ad-hoc-Ausschuß bildet, aber vorgesehen wird es nicht. (*Heck:* Ich würde für diesen Fall zwei, drei Leute vorsehen!) Das muß auf jeden Fall geschehen. Es entsteht die Frage: Wie wird das vorbereitet? Wenn wir nur feststellen, es muß geschehen, ist es nicht ganz sicher, ob das, was Herr Lenz uns vorgetragen hat, auch klappen wird. Die Verantwortung trägt der geschäftsführende Vorstand. Es scheint mir ein bißchen viel für den Vorstand zu sein.

Tillmanns: Ich bin der Auffassung, daß der Vorschlag, den Herr Lenz heute morgen vorgebracht hat, nämlich die Einsetzung bestimmter Persönlichkeiten für ganz bestimmte Fachgebiete, die sich als Verstärkung oder gar hauptamtlich der Geschäftsführung zur Verfügung stellen, nicht geht. (*Zuruf:* Für die Wahlzeit!) Nein, er hat es anders gemeint.

Ehlers: Wie läuft das nun? Wer fängt mit dem, was Gerstenmaier und Strickrodt gesagt haben, nämlich mit der Herausstellung der konkretisierten sozialen Verantwortung, an? Wer tut das? (*Wuermeling:* Dieser Ausschuß, den wir bilden wollen! *Tillmanns:* Männer und Frauen aus unserem Kreise!) Der Ausschuß, den Sie bilden wollen! Gut!

Tillmanns: Es muß sofort mit den Arbeiten begonnen werden – zum Teil liegt Material vor –, wobei wir verschiedene Persönlichkeiten heranziehen.

Bach: Ich schlage vor, daß die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder zusammen den Ausschuß bilden und daß sie ihn ergänzen können, wenn sie es für notwendig halten.

Ehlers: Das haben wir vorhin beschlossen, daß der geschäftsführende Vorstand das tun soll. (*Bach:* Ich stelle fest, daß Sie vom Vorsitzenden gelernt haben! – *Heiterkeit.*) Ich habe mich von Ihrer Praxis unterschieden. (*Bach:* Ich schlage vor, am 30. März zusammenzukommen.) Daß der Vorstand zwischen dem 30. März und heute noch einmal tagen muß, ist unsere gemeinsame Überzeugung. Darüber besteht kein Zweifel.

Jedenfalls wollen wir vorsehen, daß die Arbeit so gefördert werden muß, daß am Montag, dem 30. März, alles das, was auf dem Parteitag vorgetragen werden soll, vorliegt, damit es im Vorstand besprochen werden kann. Das wollen wir festlegen. (*Kaiser:* Ich würde bitten, daß wir Herrn Tillmanns zum federführenden Mann ernennen.) Ich möchte es dem geschäftsführenden Vorstand überlassen. Eine öffentliche Kundgebung in der Ernst-Merck-Halle, reicht das aus? In Berlin hat es sich bewährt, daß wir größere Veranstaltungen machen. (*Samsche:* Wir könnten am Montag noch andere Räume haben, wo prominente Leute sprechen sollten.) Das bereiten Sie vor und treten an die Redner heran. Schön, das ist erledigt. (*Tillmanns:* Ich würde bitten, daß die eine oder andere Versammlung in Schleswig-Holstein veranstaltet wird.) In Lübeck, Flensburg und besonders in Itzehoe! (*Zurufe:* Niedersachsen, Bremen!) Sind wir fertig? Zum Parteitag ist wohl nichts mehr zu sagen.

Auf der Tagesordnung steht als nächster Punkt die Saarfrage. Ich würde vorschlagen, diesen Punkt auf den morgigen Parteiausschuß zu vertagen, weil der Bun-

deskanzler selber etwas sagen möchte. (*Zurufe:* Einverstanden! – *Kaiser:* Wenn er es nicht tut, hat es keinen Zweck.)

Herr Heck hat das Wort.

Verteilung der Aufgaben für den Wahlkampf

Heck: Am vergangenen Donnerstag und Freitag haben die Landesgeschäftsführer schon eingehend darüber beraten, was von der Bundespartei und den Landesparteien für den Wahlkampf vorbereitet werden soll[151]. Es wurde darüber ein einmütiger Beschluß der Landesgeschäftsführerkonferenz herbeigeführt. Die Landesgeschäftsführer haben mich gebeten, diesen Beschluß dem Parteivorstand vorzutragen.

Die Landesgeschäftsführer gingen davon aus, daß die Kundgebungen innerhalb des Wahlkampfes etwa zwei Monate vor der Wahl beginnen sollten. Sie waren der Auffassung, daß diese Aktion mit drei Großkundgebungen im Bundesgebiet anfangen soll, eine im nordrhein-westfälischen Raum, eine im niedersächsischen Raum und eine im süddeutschen Raum. Als Redner wurden gebeten der Herr Bundeskanzler, der Herr Bundestagspräsident, Minister Erhard und Minister Schäffer. Dann soll eine bestimmte Anzahl von Rednern – die Landesgeschäftsführer haben den Begriff der Spitzenredner geprägt – von der Bundesgeschäftsstelle eingesetzt werden. Nach den bisherigen Erfahrungen mit dem zentralen Einsatz habe ich mich gegen diesen Wunsch der Landesgeschäftsführer gewehrt, aber nach eingehenden Beratungen sind wir doch zu der Überzeugung gekommen, daß es nicht anders geht. Die Landesgeschäftsführer bitten den Parteivorstand, daß er darüber einen verbindlichen Beschluß faßt, daß ein bestimmter Kreis von Rednern – der noch abzustecken wäre – andere Vereinbarungen außerhalb seines Landesverbandes nicht eingehen darf als über die Bundesgeschäftsstelle.

Die Verteilung der Redner über das Gebiet der Bundesrepublik soll in einer Aussprache mit den Landesgeschäftsführern festgesetzt werden. Diese Kundgebungswelle, die von Bonn aus geleitet werden soll, soll in den letzten drei Wochen einen besonderen Höhepunkt etwa in der Form erfahren, daß sieben Rednerpaare zusammengespannt werden, die insgesamt in diesen drei Wochen 42 Kundgebungen in den größeren Städten zu übernehmen hätten; d.h. also sechs Kundgebungen in drei Wochen für jedes Paar.

Daneben waren die Landesgeschäftsführer der Auffassung – darüber konnten sie allerdings nicht beschließen –, daß, wenn es sich irgendwie ermöglichen lasse, der Herr Bundeskanzler etwa vier Wochen lang eine ausgesprochene Wahlreise machen solle; damit er nicht zu sehr strapaziert wird, soll er jeweils nur zehn Minuten bei einer Kundgebung sprechen. Das gleiche wurde vorgeschlagen für den

151 Protokoll der Arbeitstagung vom 22./23. Januar 1953 nicht zu ermitteln; Bericht in UiD vom 28. Januar 1953.

Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers, vor allen Dingen für die übrigen evangelischen Gebiete der Bundesrepublik. Soweit der Rednereinsatz.

Weiterhin kamen die Landesgeschäftsführer darin überein, daß die Plakate einheitlich für das gesamte Bundesgebiet – mit Ausnahme der Kandidatenplakate – hergestellt werden sollen. Diese Plakate hier sind nur Entwürfe. Ich bitte Sie, nicht auf die Plakate zu reflektieren. Wir haben drei Graphiker aufgefordert. Die Entwürfe sind eingegangen, die wir nur zur Kenntnis geben wollen.

Grundsätzlich war man der Auffassung, daß mit der gesamten Plakataktion ein geschlossener Eindruck über das ganze Bundesgebiet erreicht werden soll. Wenn die Wähler in andere Städte oder Dörfer kommen, sehen sie überall die gleichen Plakate. Davon erwartet man eine viel stärkere Wirkung als von einem Plakatenwirrwarr. Auch darüber wäre Beschluß zu fassen. Es ist die einhellige Auffassung aller überragenden Fachleute, daß das Zusammenkleben von Plakaten, also in massiver Form, die größte Wirkung erziele. Wir haben auf der rechten Seite hier einige Plakate zusammengeklebt. Darüber wäre noch zu entscheiden. Die Plakatgestaltung im einzelnen wird man voraussichtlich einem Werbebeirat überlassen müssen. In einem größeren Gremium über Plakate eine Meinung zu erzielen, ist wohl unmöglich. Mir wurde von verschiedener Seite gesagt, daß die Idee mit dem Bild des Kanzlers sehr gut sei. (*Zurufe:* Die Idee! – *Weiterer Zuruf:* Es handelt sich um die Idee! – *Adenauer:* Warum die blaue Farbe?) Wir haben von Nordrhein-Westfalen die Einheitsfarbe blau-gelb übernommen.

Zur Frage der Flugblätter waren die Landesgeschäftsführer der Auffassung, daß das wichtigste die Wahlillustrierte sein soll, eine Wahlillustrierte, die als Postwurfsendung in einem Auszug oder in mehreren Auszügen in jeden Haushalt kommen soll, wenn das Geld reicht. Wir haben vorgesehen zwei Flugblätter mehr humoristischer Art, weil wir der Auffassung waren, daß etwas Humor nicht schaden könne. Wir haben ein Flugblatt über den Suppenkaspar, und zwar auf die SPD angewandt; der Suppenkaspar wird immer magerer. Ich habe den Entwurf hier. Wenn es gewünscht wird, kann ich ihn mal verlesen. (*Zurufe:* Bitte vorlesen! – Heck verliest das Gedicht über den Suppenkaspar, das der Geschäftsstelle vorliegt[152].) Das ist ein Entwurf. (*Zuruf:* Carlo Schmid ist kein Suppenkaspar! – *Gröwel:* Carlo Schmid hat 60 Pfund abgenommen!) Diese Dinge sollen in die Wahlillustrierte hineinkommen.

Daneben ist vorgesehen ein Flugblatt gegen die SPD unter der Überschrift: „Was wird aus der SPD"? Darin sollen in einzelnen Punkten die Hauptsünden der SPD aufgeführt werden.

Weiterhin ist ein Flugblatt vorgesehen mit einem Bericht über die Leistungen in der vergangenen Legislaturperiode, und zwar in Stichworten. Für den Fall, daß die Vertragswerke noch nicht verabschiedet sein sollten, müßte auch ein außenpolitisches Flugblatt vorgesehen werden.

---

152 Nicht ermittelt.

An Material wird die Bundesgeschäftsstelle den Landesverbänden folgendes zur Verfügung stellen: einen Sündenkatalog der SPD, eine Auseinandersetzung mit dem SPD-Aktionsprogramm, eine Verarbeitung des allgemeinen Rechenschaftsberichtes der einzelnen Bundesbehörden, eine Gegenüberstellung der ersten Regierungserklärung des Bundeskanzlers im September 1949 mit der seither geleisteten Arbeit, das in Hamburg zu beschließende Programm der CDU mit entsprechenden Erläuterungen, verschiedene Reden, die für die besonderen Erfordernisse der jeweiligen Bevölkerungsstruktur bearbeitet werden, also für landwirtschaftliche Gebiete usw.

Dann wird von den Landesgeschäftsführern dringend der Einsatz von Lautsprechern im Wahlkampf gewünscht. (*Wuermeling:* Auf dem Lande!) Fast ausschießlich auf dem Lande. Der Lautsprechereinsatz ist wie folgt gedacht: Wir wollen diese Reden, die wir insgesamt fertig machen, so in Kundgebungen ansetzen, daß wir gerade auf dem Lande zunächst eine oder zwei 10 Minuten lang dauernde Filmvorführungen zeigen. Dann kommt eine Rede, die einen bestimmten Abschnitt behandelt. Dann wird gesagt: Jetzt können Sie hören, was die SPD zu sagen hat. Man drückt dann auf den Knopf, und wir bringen die Ausführungen der SPD im Bundestag, und zwar zitieren wir die schwächsten Sätze. Danach schaltet sich unser Redner wieder ein und sagt: Jetzt hören Sie, was der Bundeskanzler sagt. Dann kann man nach den Worten des Bundeskanzlers einen riesigen Beifall konstruieren. Das läßt sich sehr leicht machen. (*Kaiser:* Die SPD hat das genauso vorbereitet, nur im anderen Sinne!) Die zweite Möglichkeit ist die, daß wir für alle möglichen Anlässe einen Lautsprecher zur Verfügung haben mit zwei-, dreiminütigen Ansprachen von Männern, die geeignet sind, das Publikum anzusprechen.

Ehlers: Sie müssen bei diesen Vorbereitungen auch die Zugverspätungen bei der Eisenbahn berücksichtigen.

Es ist wichtig, daß der Vorstand von der Bedeutung dieser Lautsprecherwagenpropaganda überzeugt ist. Diese Lautsprechergeräte stehen allerdings nur zu einem geringen Teil auf dem Mietwege zur Verfügung.

Es liegen bisher auch drei brauchbare Filme vor; einer wird betitelt: „Der erste Schritt", der den außenpolitischen Erfolg der Bundesregierung darstellt und aus Ausschnitten der Wochenschau zusammengestellt ist.[153]

Ein anderer Film heißt: „Der Weg nach oben", ein Film über den Deutschlandvertrag, der ein Gespräch zwischen zwei Arbeitern darstellt. Allerdings haben diese Filme einige Schwächen. Es ist geplant, noch einen Film über den Verteidigungsbeitrag herauszubringen. Für die letzten Monate vor der Wahl haben wir einen Film vorgesehen, der eine Zusammenfassung der wichtigsten Dinge aus den Wochenschauen bringt und geeignet ist, gerade auf dem Lande vorgeführt zu werden.

153 „Der erste Schritt" wirbt am Beispiel der Montanunion für Europa (identisch mit dem Film „Der Schumanplan" – Regie: Günther Schnabel nach einer Idee von Peter von Zahn); „Der Weg nach oben" beinhaltet eine Diskussion im Familienkreis über Neutralität und Westbindung der Bundesrepublik.

Die Landesgeschäftsführer sind der Auffassung, daß für die Entscheidung, wie nun die einzelnen Dinge konkret gestaltet werden sollen, ein Propagandabeirat geschaffen werden muß. Sie glauben, daß es nicht zweckmäßig ist, nur Fachleute heranzuziehen, sondern daß es besser sei, wenn auch einige Leute aus der politischen Praxis mit dabei wären.

Die Landesgeschäftsführer schlagen dafür vor den Landesgeschäftsführer von Nordrhein, Herrn Dr. Schreiber[154], den Herrn Blank, und von Niedersachsen Herrn Fratzscher[155]. Hierbei wurde die Bitte geäußert, daß von politischer Seite Herr Dr. Tillmanns in diesen Propagandabeirat kommen möge, außerdem noch zwei Werbefachleute von der Industrie.

Die Landesgeschäftsführer waren weiter der Auffassung, daß für den ganzen Wahlkampf ein Auskunftsbüro bei der Bundesgeschäftsstelle eingerichtet werden muß, allerdings mehr nach der technischen und vorbereitenden Seite hin. Hier sollen Fachleute hin, an die sich der jeweilige Referent der Bundesgeschäftsstelle bei schwierigen Fragen wenden kann. Das käme dem Vorschlag, den Herr Dr. Lenz heute morgen gemacht hat, in etwa entgegen.

Die Landesgeschäftsführer waren der Meinung, daß es unbedingt notwendig sei, daß der Bundesparteivorstand nach der grundsätzlichen Seite hin möglichst bald einen Beschluß faßt, was nun gemacht werden soll, weil erfahrungsgemäß sonst die Dinge sich bis zum unmittelbaren Wahlkampf hinauszögern.

Ich möchte von mir aus diesen Vorschlag der Landesgeschäftsführer sehr unterstreichen und Sie dringend bitten, möglichst bald über das, was nun getan werden soll, einen Beschluß zu fassen.

Ehlers: Ich danke Herrn Heck für seine Ausführungen. Ich glaube nicht, daß der Parteivorstand in der Lage ist, die Einzelheiten zu beschließen. Das muß dem Gremium überlassen bleiben, das wöchentlich zusammentritt. Es geht um die grundsätzliche Frage; sie kann heute schon entschieden werden. Bezüglich dieses Stabes von Rednern, die von der Bundesgeschäftsstelle eingesetzt werden, habe ich die Hoffnung, daß es klappen wird. Ich glaube, daß es sich nicht vermeiden läßt, daß wir insoweit in die Zuständigkeit der Landesverbände eingreifen. Auf der anderen Seite wird den Landesverbänden die Sache dadurch erleichtert, daß sie es nur mit einer Stelle zu tun haben.

Ich darf das als beschlossen feststellen.

---

154 Dr. Hans Schreiber (1894–1968), vor 1933 Hauptgeschäftsführer der Zentrumspartei in Düsseldorf, Mitgründer und bis 1961 Geschäftsführer des CDU-Landesverbands Rheinland.

155 Arnold Fratzscher (geb. 1904), vor 1933 CSVD, 1931–1945 Dozent (ab 1933 Leiter) der Wohlfahrtspflegerschule des Stephanstifts Hannover, Mitgründer der CDU in Hannover, 1945–1970 Generalsekretär der CDU Niedersachsen und Mitherausgeber der „Niedersächsischen Rundschau", 1949–1951 und 1955–1970 MdL Niedersachsen.

Nun zu den Flugblättern! Die Verse über die SPD scheinen mir keine Werbewirkung zu haben. (*Tillmanns:* Ich halte sie für ausgezeichnet!) Ich könnte sie mir auch anders vorstellen. (*Zuruf:* Tun Sie es doch!) Das kann ich bei langweiligen Sätzen machen, wenn der Bundesfinanzminister übermorgen seinen Haushalt begründet.

Die Vorstellung, daß man auf dem flachen Lande mit dem Lautsprecherwagen werben soll, ist richtig; allerdings sollte man sich die Erfahrung, die Herr Bucerius beim letzten Wahlkampf in Hamburg gemacht hat, zunutze machen. Man sollte die Lautsprecher nicht nur zu Reden und Musik, sondern auch zu improvisierten Aussprachen benutzen. Dazu gehören natürlich Leute in den Landesverbänden, die das können. Das wird z. B. in Hamburg auf der Reeperbahn besser gehen als in Fulda oder in Esslingen.

Man sollte die Versammlungen auf dem flachen Lande mit Magnetophon und Lautsprechern auflockern. Nur die Reden von irgendwelchen prominenten Leuten wiederzugeben, halte ich für falsch. Das ist viel zu langweilig. Da müssen heitere Sachen dabei sein, die dann jemand ergänzt. Das macht den Leuten einen Mordsspaß. Wenn die SPD das auch macht, dann müssen wir es besser machen.

Das würde grundsätzlich gebilligt sein. Es scheint sehr davon abzuhängen, daß man sich diese Lautsprecher rechtzeitig sichert. Das würde also gebilligt werden im Rahmen der Finanzierung!

Von Brentano: Ich würde dringend darum bitten, daß wir die Druckschriften – insbesondere über die Durchführung der Bundestagswahl –, die wir bekommen haben, aus unseren Akten nehmen und sie zur Verfügung des Vorstandes einsammeln. Ich habe die ernste Sorge, daß ein Exemplar in der Bahn liegenbleibt. Dann haben wir uns mehr geschadet, als mit der besten Propaganda herauszuholen ist.

Ehlers: Darf ich vorschlagen, daß so verfahren wird. Es wird niemand an dem Mitnehmen ein Interesse haben. Wir wollen von uns aus alles tun, um das unmöglich zu machen. Ich bitte darum, daß die Unterlagen eingesammelt werden.

Ist sonst noch etwas über die technische Vorbereitung zu sagen?

Tillmanns: Ich möchte noch folgendes vorschlagen, was meiner Ansicht nach wichtig ist. Wir müssen viel mehr als bisher darauf Wert legen, daß gute Diskussionsredner von uns aus in gegnerischen Versammlungen auftreten. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Die Landesverbände werden ein besonderes Augenmerk darauf richten müssen, daß sie sozusagen einen Stab von Leuten bekommen, die so etwas durchführen können. Vielleicht ist dazu auch die Hilfe der Bundesgeschäftsstelle bzw. der Exil-CDU erforderlich.

Unter den politischen Flüchtlingen, die aus der Sowjetzone kommen, befinden sich, wenn wir sie richtig auszuwählen verstehen, die besten Propagandisten, die wir uns für unsere Arbeit denken können. Nirgendwo finden Sie Leute, die sich stärker einsetzen für die Außenpolitik der Bundesregierung, für die Verträge, für Europa, weil sie aus eigener Anschauung dem mitunter geistig trägen Publikum erzählen können über die politische Situation in der Sowjetzone. Es sind Menschen, die

vielleicht nur für DM 100,– oder DM 150,– im Monat hervorragend mitarbeiten werden. Wenn wir hier etwas tun können, wäre das für unsere gesamte Wahlpropaganda von nicht abzusehender Wirkung.

Ehlers: Das ist sehr wichtig. Ich bitte, das den einzelnen Landesverbänden zu sagen. Man könnte hier geschlossene Gruppen von Studenten einsetzen, die jeweils in die Versammlungen geschickt werden; denn es ist gerade nach dem Monat August, wenn die Semester zu Ende sind.

Fay: Ich würde noch den Film von der Ostzone mit aufnehmen. Es ist auch wichtig – das ist mit angeklungen –, daß wir den Humor nicht vergessen. Vielleicht ist es möglich, prominente Kabarettisten und Humoristen in Deutschland zu chartern, die nicht gegen die Regierung Adenauer hetzen, sondern dafürsprechen. Ich verspreche mir davon eine unerhörte Breitenwirkung. Die Witze werden erzählt und sprechen sich herum. Wenn sie geistvoll vorgebracht werden, können sie für uns eine sehr gute Propaganda sein.

Wann ist nun eigentlich der Termin der Bundestagswahl? Entweder kommt der 6. September in Frage oder ein Juni-Sonntag.

Dann haben wir noch den Punkt „Verschiedenes". Der Herr Bundeskanzler hat in der engeren Sitzung des Vorstandes darüber gesprochen, daß die Frage der Finanzierung des Wahlkampfes erörtert werden soll. Herr Bach ist da. Ich bin über die Intentionen des Bundeskanzlers nicht im Bilde.

Aufstellung der Kandidaten

Tillmanns: Vor allen Dingen müßte über die morgige Sitzung des Bundesparteiausschusses gesprochen werden. Dort steht unter Punkt 3: Aufstellung der Kandidaten für die Bundestagswahl. Was soll nun morgen dem Parteiausschuß zu diesem Punkt erzählt werden?

Ehlers: Das weiß ich auch nicht. Der Herr Bundeskanzler hat vorhin gesagt, daß er das Schreiben an die Vorsitzenden der Landesverbände über die Aufstellung der Kandidaten noch nicht abgesandt hat. Ich vermag nicht zu ermessen, was er morgen im Parteiausschuß sagen will. Ich glaube kaum, daß der Parteiausschuß das geeignete Gremium ist, um über diese Frage im einzelnen zu sprechen.

Es muß aber klar ausgesprochen werden, daß die Kandidaten nach sehr nüchternen und objektiven Gesichtspunkten ausgesiebt werden müssen, weil manchmal hier offenbar Argumente eine Rolle spielen, die nach meiner Meinung mit der sachlich-politischen Aufgabe nicht sehr viel zu tun haben. (*Wuermeling:* Die Siebgröße müssen wir noch finden!) Das ist richtig. Das ist auch Sache der Landesparteien. Wenn jemand ausscheidet, muß er ersetzt werden im Hinblick auf die fachlichen und sachlichen Aufgaben der Fraktion.

Wir haben festgestellt, daß wir ganz besondere Mängel hinsichtlich der Juristen, insbesondere der Steuer- und Finanz-Juristen, haben. Ich höre, daß die Herren

Weber aus Koblenz und Schmitt[156] aus Mainz ausscheiden wollen, auch Laforet[157]. (*Wuermeling:* Weber nicht!) Dann würde die Zahl der Juristen sehr gering sein. *(Adenauer betritt wieder den Raum.)* Ich bitte, sich zu überlegen, daß wir z.Z. keinen evangelischen Juristen haben, der in der Lage ist, in den Rechtsausschuß zu gehen, so daß ich das formell übernommen habe.

Ihr Vorschlag, Herr Heck, daß ich etwa – um ein Beispiel zu nennen – nur in evangelischen Gebieten reden soll, halte ich insgesamt für nicht richtig. (*Zurufe:* Nein!) Wir sollten doch nicht den Eindruck erwecken: hierhin wird nun um des Stimmenfanges willen ein Evangelischer geschickt und in die katholische Gegend ein Katholischer. Das muß hübsch durcheinandergehen!

Herr Bundeskanzler! Es ist die Frage aufgeworfen worden, was wir morgen zum Punkt 3 der Tagesordnung wegen der Aufstellung der Kandidaten sagen sollen.

Adenauer: Es ist mir in unserer kleinen Mittwoch-Zusammenkunft[158] ein Schreiben an die einzelnen Landesparteien vorgelegt worden. (*Tillmanns:* Das war im Vorstand beschlossen!) Das Schreiben habe ich hier. Ich habe es nicht abgehen lassen, weil ich erst die Frage habe behandelt wissen wollen innerhalb des Parteiausschusses, damit nicht die Landesparteivorsitzenden und die Vorstände mir hinterher kommen und sagen: Warum kannst du mir einen solchen Brief schicken? Darf ich Ihnen vorlesen! (Der Brief wegen der Kandidatenaufstellung liegt vor[159]).

Das ist der Brief, der, glaube ich, im großen und ganzen so bleiben kann. Ich will morgen dem Bundesparteiausschuß sagen, daß der Beschluß, den er damals gefaßt hat, nochmals in Erinnerung gebracht und auch noch etwas ergänzt werden soll.

Wir wollen die drei Herren des geschäftsführenden Vorstandes bitten, in dem Sinne besondere Fühlung mit den Landesverbänden zu halten.

Mehr sollte das nicht sein. Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß es sehr schwierig sein wird, eine richtige Kandidatenaufstellung zu bekommen. Namentlich wird es sehr schwer sein, Frauen und jüngere Leute zu bekommen. Wir müssen auch die verschiedenen Wünsche und Notwendigkeiten der Bundestagsfraktion – ich hörte noch einen Teil der Ausführungen des Herrn Kollegen Ehlers – unbedingt berücksichtigen; denn wie wir unsere Fraktion bei den kommenden Dingen arbeitsfähig [machen] und das Interesse unserer Wähler wahrnehmen sollen, wenn nicht die entsprechenden Leute da sind, das ist mir völlig schleierhaft.

Ich glaube, meine Damen und Herren, ein wirklich guter – und da werden mir

156 Joseph Schmitt (1882–1967), seit 1910 Zentrum, bis 1933 Stadtverordneter in Mainz (Vorsitzender der Zentrumsfraktion), Mitglied des Provinzialausschusses, 1946 CDU, Ehrenvorsitzender des Bezirksverbands Rheinhessen, Mitglied des Verfassungsgerichtshofs, 1949–1953 MdB.

157 Professor Dr. Wilhelm Laforet (1877–1959), 1946–1949 MdL Bayern (CSU), 1948–1949 MdPR, 1949–1953 MdB (Vorsitzender des Richterwahlausschusses und des Auschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht).

158 Das letzte Treffen hatte am 21. Januar 1953 stattgefunden (Terminkalender); vgl. Anm. 92.

159 Brief nicht zu ermitteln.

die Herren vom Vorstand beistimmen – CDU-Abgeordneter im Bundestag ist soviel wert wie zehn weniger gute. Auf eins muß ich nochmals hinweisen: Pflichtgetreu müssen sie sein!

Bei den Sozialdemokraten sind immer alle Leute in den Ausschüssen anwesend. Das ist bei unseren Leuten – ich will mich sehr vorsichtig ausdrücken – nicht immer der Fall. Man kann diese Frage nicht ernst genug nehmen. Ich wäre den Herren von der Fraktion außerordentlich dankbar, wenn sie morgen im Parteiausschuß – da ist es viel notwendiger als in diesem Kreis – einmal sehr ernst und nachdrücklich darauf hinweisen würden, welche Anforderungen an die zukünftigen Bundestagsabgeordneten gestellt werden müssen, Herr von Brentano! (*Von Brentano:* Das will ich tun!)

Darf ich Ihnen nun kurz berichten, warum ich abwesend war. Ich hatte eine längere Besprechung mit François-Poncet, der gerade aus Paris zurückgekommen war und der mir einen persönlichen, freundschaftlich gehaltenen Brief des Herrn Bidault überbrachte[160].

Sie wissen, daß ich mit Herrn Bidault, auch schon ehe wir die Bundesrepublik hatten, wiederholt bei Besprechungen der christlich-demokratischen Verbände gesprochen habe; ganz im Anfang sogar schon. Mein persönlicher Eindruck von Herrn Bidault ist der, daß er sich in zunehmendem Maße uns genähert hat; damit meine ich uns Deutschen.

Der Brief, den er mir geschrieben hat, knüpft daran an. Er ist sehr freundschaftlich gehalten, und es wird betont, daß in demselben Geiste weitergearbeitet wird. Es wird darüber vielleicht schon heute abend – Herr François-Poncet muß erst in Paris telefonisch anfragen –, sonst spätestens morgen früh eine kurze Verlautbarung in der Presse erscheinen. Im übrigen eignet sich der Brief nicht zur Veröffentlichung, weniger mit Bezug auf unser Verhältnis als über die französischen innerpolitischen Verhältnisse.

Herr François-Poncet hat mir dann einige Eröffnungen über die Wünsche gemacht, die Frankreich bezüglich näherer Erläuterung des EVG-Vertrages hat. Das sind Dinge, über die ernsthaft gesprochen werden muß. Das ist auch geschehen. Man kann nicht verkennen, daß wenigstens bei zwei der Wünsche ernsthafte politische Interessen der Franzosen berührt werden.

Er hat weiter über die Saar gesprochen, über den Fortgang, den jetzt die Saarverhandlungen nehmen sollen. Ich weiß nicht, ob Sie über die Saar hier schon gesprochen haben. (*Kaiser:* Nein, weil Sie nicht da waren!) Haben Sie noch die Ruhe, über die Saar etwas anzuhören heute abend? Ich stehe gern zur Verfügung. Ich weiß nicht, wie lange Sie noch aushalten, ohne etwas gegessen zu haben. Sollen wir noch darüber sprechen? Eilig ist es nicht. Das möchte ich vorwegschicken.

Wir werden im Laufe des Monats Februar wieder eine Parteivorstandssitzung haben müssen. Man kann dann die Frage in einer besseren körperlichen Situation

160 Brief nicht zu ermitteln. Vgl. auch FAZ vom 28. Januar 1953.

besprechen als heute abend nach 8 Uhr, zumal wir seit 9 Uhr zusammensitzen und alle etwas abgespannt sind.

Von Brentano: Bis dahin ist vielleicht etwas Konkretes zu sagen, weil noch keine Änderung eintreten wird. Was zu sagen ist, wäre lediglich, daß dort angeknüpft werden soll, wo Herr Schuman mit der Sache aufgehört hat.

SAARFRAGE

Kaiser: Ich habe um der Sache willen ein sehr dringendes Interesse daran, daß es zwischen Ihrer Auffassung, Herr Bundeskanzler, und meiner Auffassung – es hat ja ein Briefwechsel zwischen uns stattgefunden[161] – möglichst bald zu einer Annäherung, besser noch, zu einer Verständigung kommt. Aber ich will das jetzt nicht ausführen. Vielleicht ist es auch im Augenblick gar nicht möglich. Vielleicht könnte man so verfahren, Herr Bundeskanzler, daß wir mit einigen unserer Freunde – ich denke insbesondere an die beiden Freunde aus dem Lande Rheinland-Pfalz – in einem kleineren Kreis zu einer Aussprache kommen.

Adenauer: Herr Kollege Kaiser! Das ist zunächst eine geheime Kabinettssache, die zwischen uns im Kabinett besprochen werden muß.

Kaiser: Ich bin einverstanden, daß im Kabinett der Versuch gemacht wird.

Adenauer: Ich bin der Auffassung – ich kann es ruhig sagen, wenn Herr Kaiser darauf besteht –, daß die Politik, die wir mit Bezug auf die Saar getrieben haben, falsch war und daß sie ein glänzendes Fiasko erlitten hat durch die Wahl im Saargebiet.[162] Das ist allerdings meine Auffassung, und ich meine, daß wir nicht so fortfahren sollten wie bisher, weil uns das nur zu einem weiteren Fiasko führt und weil wir große Teile der Saarländer einfach von uns wegbringen. In bezug auf den Briefwechsel, verehrter Herr Kaiser, haben Sie eigentlich offene Türen aufstoßen wollen. Ich bin durchaus mit Ihnen der Auffassung, daß wir die deutsche Kultur an der Saar betonen und auf dem Gebiete arbeiten sollen und daß wir weiter versuchen sollen, den Saar-Leuten auf wirtschaftlichem Gebiet möglichst Freiheit zu verschaffen. Nur wenn wir den Leuten auf wirtschaftlichem Gebiet möglichst Freiheit verschaffen, können wir erwarten, daß sich dort Institutionen oder Gremien entwickeln, die nicht so völlig von Frankreich abhängig sind. Das ist doch der Gegensatz.

Kaiser: Ich stimme vollkommen mit Ihnen darin überein, Herr Bundeskanzler, daß wir aus dem, was geschehen ist, eine Schlußfolgerung ziehen mögen. Ich möchte nur nicht wünschen, daß wir sagen: Wir haben ein Fiasko erlitten; wir konnten zu einem Erfolg in unserem Sinne und nach unserer Auffassung, die wir haben, nicht kommen angesichts der Zustände an der Saar. Das ist doch so!

Adenauer: Nein, Herr Kaiser, so ist es nicht! Ich will den Herren erzählen, wie

161 Dazu KOSTHORST S.329–336 mit Quellenbelegen S. 391.

162 Ergebnis der Landtagswahl im Saarland vom 30. November 1952: CVP 54,7 %, SPS 32,4 %, KP 9,5 %, DV 3,4 %.

meine erste Aussprache mit den drei Herren von der Saar, die als Vertreter dieser drei Parteien zu mir gekommen sind, verlaufen ist[163]. Das war, noch ehe die Wahlen von Hoffmann angesetzt worden sind, sondern als man freie Wahlen verlangte. Da habe ich die drei Herren gefragt: Meine Herren! Wenn wir nun jetzt freie Wahlen für Sie bekommen, glauben Sie dann, daß Sie die Mehrheit erreichen würden? Wenn Sie wirklich bei freien Wahlen nicht die Mehrheit bekommen, dann bedeutet das einen eklatanten Sieg des Herrn Hoffmann und eine eklatante Niederlage für uns.

Da sahen sich die drei Herren gegenseitig an und sahen dann mich an und schwiegen. Dann habe ich gesagt: Ja, meine Herren, wenn Sie nicht sagen können, daß Sie bei wirklich freien Wahlen die Mehrheit bekommen werden, können Sie denn wenigstens sagen, daß mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden kann, daß Sie den Sieg davontragen werden? Und darauf haben mir die Herren geantwortet: Das können wir nicht sagen.

Ich muß Ihnen ehrlich gestehen, als mir das die drei Herren gesagt haben, sie könnten nicht sagen, daß sie mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit bei wirklich freien Wahlen den Sieg davontrügen, da lief es mir kalt den Rücken herunter, Herr Kaiser. *(Bewegung.)* Ja, meine Herren, Herr Kaiser hat es angeschnitten. Ich möchte nicht in den Geruch kommen, als wenn ich einer solchen Diskussion ausweiche.

Kaiser: Nein, Herr Bundeskanzler! Da sehe ich neben der persönlichen keine sachliche Notwendigkeit ein. Die Wahlen waren am 30. November. Die Parteien waren nicht zugelassen. Die Wahlen haben unter Umständen stattgefunden, die in der freien Welt so gar nicht geduldet werden können. Frankreich schlägt sich selbst ins Gesicht, daß in dem von ihm weggenommenen Teil nach Gesichtspunkten gewählt wird, wie im Grunde – mit einer graduellen Verschiedenheit – in der Sowjetzone gewählt wird und wie in der Hitlerzeit gewählt worden ist.

Wir konnten zu einem wirklichen Erfolg nicht kommen. Ich habe dem Herrn Bundeskanzler einen Brief geschrieben. Ich habe jedes Wort, Herr Bundeskanzler, mit letzter Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit überlegt, und ich möchte wünschen, daß Sie dieses Schreiben nicht außer acht lassen.

Seit dem 30. November, wo immerhin ein großer Teil der Saarbevölkerung – ein Viertel – Herrn Hoffmann nicht das Ja, sondern ein Nein zum Ausdruck gebracht hat, ist an der Saar nichts mehr geschehen. Dieser deutschbewußte Teil der Saarbevölkerung geht weit darüber hinaus; denn das Volk war in einer Verwirrung sondergleichen. Herr Hoffmann hat nicht zuletzt damit argumentiert, daß er immer behauptete: Das ist gar nicht wahr, was diese drei Oppositionsparteien oder was der Jakob Kaiser und auch andere sagen. Wir stehen jetzt mit der Bundesregierung in Übereinstimmung. Und da ist Ihr Name immer wieder genannt worden.

Ich könnte jetzt Ausführungen machen, zu welchem Wirrwarr es im Bereich der

163 Das Treffen hatte am 17. September 1952 stattgefunden. Gesprächsteilnehmer waren Hubert Ney (CDU Saar), Richard Becker (DPS) sowie Kurt Conrad (SPS). Vgl. Terminkalender.

Kirchen gekommen ist. Es war ein Unglück sondergleichen. Die 25 %, die anders gestimmt haben, die fühlen sich jetzt von uns einfach preisgegeben, weil nichts mehr geschieht!

Und die Repräsentanten dieser drei Gruppen drängen immer wieder darauf: Wie denkt nun die Bundesregierung! Dürfen wir unsere Arbeit nicht fortführen? Wird der Herr Bundeskanzler, wenn er jetzt vor den Ministerrat kommt, unser Anliegen, daß demokratische Zustände an der Saar gewährleistet werden, verfolgen? Oder wie ist es nun?

Ich bin von dem Vorsitzenden des Gesamtdeutschen Ausschusses[164] um eine konkrete Antwort gebeten worden. In dieser Woche sollte es sein. Ich habe erreicht – weil ich zunächst unter uns zu einer Klarheit kommen will –, diese Sache um acht Tage zu verschieben. Ich kann das aber nicht weiter hinausschieben; schon durch die Aktivität der SPD, aber nicht nur der SPD, sondern auch der anderen demokratischen Gruppen, der Freien Demokraten, kommt die Sache zunächst vor den Ausschuß, vielleicht auch morgen oder übermorgen vor das Plenum des Bundestages[165]. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, Herr Bundeskanzler!

Deswegen mein Wunsch, doch den Versuch zu einer Verständigung zu machen, um über die weitere Behandlung der Saarfrage hinwegzukommen. Ich kann nicht einfach den Leuten gegenüber ein Nein sagen. Es würde auch meiner Überzeugung widersprechen, das zu tun; denn hier liegt eine Pflicht vor!

Es bleibt nach meiner ehrlichen Überzeugung die Politik der Franzosen, uns das Saargebiet – da sie es nicht annektieren können auf eine andere Weise – zu entwinden. Und das wird Frankreich gelingen, wenn wir nicht darauf drängen und achten, daß die Gesichtspunkte, die ich in meinem Brief zu formulieren versuchte, beachtet werden, Herr Bundeskanzler!

Das scheint mir ein sehr billiges Verlangen zu sein, daß wir, Deutschland, an der Saar in dieser Zeit bis zum Abschluß eines Friedensvertrages zumindest das gleiche Recht bekommen, wie es sich Frankreich in eigenmächtiger Handlung angemaßt hat.

Das erwartet die Saarbevölkerung von uns, nicht nur die paar Leute, denen ich oder denen Sie begegnet sind, sondern weite andere Kreise, auch wenn sie diesmal unter den Umständen, denen sie sich gegenübersahen, im Sinne von Herrn Hoffmann und Herrn Kirn[166] – ich habe ein bitteres Wort gebraucht – für die Franzosen das haben erreichen können.

---

164 Vorsitzender des Ausschusses für Gesamtdeutsche Fragen der 1. WP war Herbert Wehner, SPD (vgl. Anm. 170).

165 Zu einer Debatte kam es aufgrund einer Großen Anfrage der SPD erst in der 253. Sitzung des Bundestags vom 5. März 1953 (Sten.Ber. 1.WP Bd.15 S.12152–12158).

166 Richard Kirn (geb. 1902), Bergmann, Gewerkschafter; 1946 Regierungsdirektor beim Regierungspräsidium (Saar) und Verwaltungsdirektor für Arbeit und Wohlfahrt in der Verwaltungskommission, 1946–1955 1. Vorsitzender der SP Bezirk Saar bzw. SPS, 1947–1955 MdL Saarland, Dezember 1947 – Juli 1951 und Dezember 1952 – Juli 1955 Minister für Arbeit und Wohlfahrt.

Wir hatten keine Regierung hier. Wir hatten nicht einmal eine Länderregierung, weder in Düsseldorf noch in Koblenz. Das Volk war sich selbst überlassen. Das Saarvolk hat von 1919 bis heute keinem geordneten deutschen Staatswesen in unserem Sinne angehört. Von 1919 bis 1935 standen sie unter dem Völkerbundsrecht. Dann kamen sie in die Hitlerzeit hinein. 1939 wurde die Saar als Rote Zone evakuiert, und dann kam der Zusammenbruch des Krieges und die Franzosen mit ihrer eigenmächtigen Handlung.

Wir sind vor Gott und vor unserem Gewissen – ich nehme ganz große Worte in den Mund – verpflichtet, darauf zu achten, daß uns diese eine Million Menschen nicht verlorengehen. Es sind Zustände an der Saar, die wir nicht verantworten können. Die Franzosen haben eine Universität eingerichtet[167]. An dieser Universität sind ebensoviele französische Professoren wie deutsche, vielleicht noch mehr. Es tun sich dort noch andere Dinge, die einfach nicht sein können und nicht sein dürfen.

Diese Männer, die Frankreich als Helfershelfer gefunden hat, die Herren Hoffmann und Kirn – was würde Frankreich im umgekehrten Sinne mit solchen Männern tun? Das ist doch das, was man Quislinge[168] in Europa nennt. Das sind untreue Söhne unseres Volkes. Wenn man, Herr Bundeskanzler, von deutscher Seite sagt – ich habe das in geeigneter Form in dem Brief zum Ausdruck gebracht –, Herr Hoffmann hat einen großen Erfolg gehabt, dann wird doch damit zugleich zugegeben, als wenn diese Wahlen unter demokratischen Gesichtspunkten hätten durchgeführt werden können. Wir konnten ja nichts machen. Die in unserem Sinne volkstreuen Menschen da drüben riskieren ja ihre wirtschaftliche Existenz, wenn sie sich gegen diesen Zustand wehren. Das muß man mitberücksichtigen.

Adenauer: Wollen Sie mir vielleicht den Weg zeigen, wie wir das Saargebiet bekommen. Ich weiß es nicht. Zunächst möchte ich betonen: Die Wahl war insofern nicht frei, als diese Parteien nicht zugelassen waren. Aber, Herr Kaiser, in Ihrem Gesamtdeutschen Ausschuß sind drei Vertreter von deutschen Rundfunksendern, die sämtlich der Sozialdemokratischen Partei angehören[169], aufgetreten und haben dort geschildert, welche Erfahrungen sie an der Saar in den acht Tagen gemacht haben, als sie dort gewesen sind.

Was ich eben gesagt habe, daß die Mehrheit der Leute an der Saar uns gar nicht will, das haben doch diese Herren einfach bestätigt. Lassen wir doch nicht den Kopf in den Sand stecken. Es ist doch tatsächlich so.

---

167 Die Universität Saarbrücken wurde 1948 durch Erlaß der französischen Regierung gegründet.

168 Synonym für Kollaborateure, das auf den norwegischen Offizier und Politiker Vidkum Abraham Lauritz Quisling (1887–1945, Hinrichtung) zurückgeht, der 1933 die faschistische Partei „Nasjonal Samling" gegründet hatte und unter der deutschen Besetzung Norwegens 1942–1945 Chef einer „nationalen Regierung" war.

169 SPD-Mitglieder des Ausschusses für Gesamtdeutsche Fragen waren: Wehner (Vorsitz), Bärsch, Behrisch, Bielig, Frau Korspeter, Luetkens, Mommer, Neumann.

Die Leute dort haben ein vergnügtes Leben; sie haben keine Evakuierten, sie haben keinen Lastenausgleich, und es geht ihnen gut. Dazu sind sie auch noch zum großen Teil wirtschaftlich abhängig von Frankreich. Wenn Sie – nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Kaiser – sagen: vor Gott und dem Gewissen – die Leute sind es doch, die gar nicht wollen. Wir können doch erst etwas erreichen, wenn wir vernünftig und in Ruhe handeln und nicht ein großes Spektakel anfangen.

Sie haben mir gesagt, der Herr Wehner[170] wollte einen dritten Vertreter der Saar in den Ausschuß einladen. Was hat das für einen Zweck? Erreicht wird nichts damit, nur wird die allgemeine politische Situation z.Z. verschärft. Die einzige Möglichkeit, Herr Kaiser, die Saar wieder in irgendeiner Form an uns heranzubringen, ist die, daß wir bis zum Friedensvertrag die Saar lösen von Frankreich. Auf keinem anderen Wege halte ich das für möglich. Wir müssen sie politisch von Frankreich lösen, und wir müssen versuchen, sie auch weitestgehend wirtschaftlich von Frankreich zu lösen. Das übrige müssen wir dann der Entwicklung der Dinge an der Saar überlassen.

Daß wir die deutsche Kultur dort stärken müssen, ist klar. Ich komme zu der Auffassung, Herr Kaiser, daß es ein schwerer Fehler von uns gewesen ist – ich weiß, Herr Altmeier wird anderer Auffassung sein –, daß wir von Anfang an die Leute diffamiert haben, die sich losgetrennt und dem Saarregime zugestimmt haben. Es wäre viel klüger von uns gewesen, wenn wir den Leuten gesagt hätten: Was ihr gemacht habt, durftet ihr nicht tun, aber schließlich wart ihr in einer schwierigen Situation. Das sehen wir ein. Nun wollen wir nicht das Tischtuch zwischen uns zerschneiden, sondern sehen, wie wir allmählich die Sache wieder in Ordnung bringen. Das wäre höchstwahrscheinlich viel klüger gewesen, als die Leute einfach zu diffamieren, die – und das kann kein Mensch bestreiten – die Mehrheit dort sind.

Ich wiederhole: Ich bin bereit, Ihnen die Berichte dieser Rundfunksendervertreter, die sie vor dem Gesamtdeutschen Ausschuß unter Vorsitz des Herrn Wehner erstattet haben, zugehen zu lassen. Jeder von ihnen, der vor seinem Bericht gefragt worden ist, welcher Partei er angehöre, hat ausgesagt, der Sozialdemokratischen Partei.

Ich habe mir erlaubt, dem Herrn von Brentano eine Abschrift der Aussage dieser Herren zu übersenden. Ich glaube, Herr von Brentano wird mir bestätigen, daß das geradezu gegenüber unserer bisherigen Saarpolitik ein vernichtendes Zeugnis gewesen ist. Daran kann ich doch nicht vorbeigehen. Darauf muß ich doch mein Kalkül einstellen. Die Herren haben – das fällt mir gerade ein – z.B. gesagt, daß man in der Saarbevölkerung diese Kundgebungen mit den Feuern usw., die wir an

170 Herbert Wehner (geb. 1906), 1923 SAJ, 1927 KPD, 1930–1931 MdL Sachsen, seit 1946 SPD, 1949–1983 MdB (bis 1966 stv. Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Ausschusses für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen, seit 1969 Fraktionsvorsitzender), 1958–1973 stv. Parteivorsitzender, 1966–1969 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen. Vgl. A. FREUDENHAMMER/K.VATER: Herbert Wehner. Ein Leben mit der deutschen Frage. München 1978.

der Grenze veranstaltet haben, außerordentlich übelgenommen hat. Die Leute sind durch uns auf den Fuß getreten, und wir müssen sehen, wie wir allmählich diese ganze Geschichte wieder in Ordnung kriegen.

Diese drei Leute, lieber Herr Kaiser, die bei Ihnen und bei mir gewesen sind, sind alles andere als Vertragspartner. Besehen Sie sich den Herrn Becker[171]; er mag vielleicht ein tüchtiger Mann gewesen sein; den Herrn Ney[172] hat der größte Teil von uns in Berlin erlebt. Da haben Sie gesehen, was das für eine Politik ist. Und der Saarländer, der da war, der war ursprünglich sogar bei den abtrünnigen Saarländern; er hat sich jetzt bekehrt.

Aber ich wiederhole nochmals, Herr Kaiser, wir wollen die Sache in aller Ruhe miteinander besprechen. Ich habe Ihren Brief sehr genau gelesen und bin mit dem Schlußvorschlag dieses Briefes durchaus einverstanden, der genau dasselbe beinhaltet, was ich will: die kulturellen Beziehungen zu pflegen und zu versuchen, die Saar möglichst politisch und auch wirtschaftlich von Frankreich freizumachen. Einen anderen Weg sehe ich nicht.

Daß ich auf der Ministerratskonferenz vorbringen werde, daß die Grundrechte nicht gewährleistet werden, ist ganz klar, aber wenn Sie in Ihrem Brief schreiben, ich sollte dort vortragen, daß Deutschland dasselbe Recht an der Saar haben müßte wie Frankreich, dann werden mir sämtliche Mitglieder des europäischen Ministerrates sagen: Lieber Freund, das geht uns hier nichts an. Dieser Ministerrat des Europarates ist nur zuständig dafür, daß die Menschenrechte an der Saar beachtet werden. Und zu den Menschenrechten gehört die Freiheit der politischen Meinungsäußerung, aber dazu gehört nicht, daß Sie sagen: Frankreich und Deutschland müssen an der Saar dieselben politischen Rechte haben. Das kaufe ich mir nicht ab, und zwar mit Recht nicht ab.

Gerstenmaier: Ich möchte mir den Vorschlag erlauben, daß wir die Diskussion an diesem Punkte abbrechen. Ich bin der Meinung, daß die Feststellung des Herrn Bundeskanzlers pfennigrichtig ist. Unsere Politik in dieser Sache war – schlicht gesagt – falsch. Es eignet sich nicht, diese profunde Erkenntnis in einem größeren Kreis auszusprechen. Sie war falsch, Herr Ministerpräsident Altmeier, weil wir in den letzten Tagen ein Gespräch mit dem Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Straßburg gehabt haben, der uns eine recht veraltete Zwangsjacke in dieser Sache zu verpassen versucht hat. Der Herr Mommer[173] hat aus dieser

171 Richard Becker (1884–1969), 1920–1934 Mitglied des Landesrats des Saargebiets (Zentrum), seit 1950 Vorsitzender der DPS, 1955–1960 MdL Saarland.

172 Vgl. oben S. 128.

173 Dr. Karl Mommer (geb. 1910), 1947–1949 Referent im Deutschen Büro für Friedensfragen, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates (SPD), 1949–1969 MdB (1957–1966 Fraktionsgeschäftsführer), 1950–1958 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der Versammlung der WEU (vgl. Diether MAHNKE: Parlamentarier für Europa, in PERSÖNLICHKEITEN S. 493–532). – Mommer war neben Gerstenmaier und

Sache nichts gelernt. Diese drei Journalisten – verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, es sind nicht alle drei Journalisten Mitglieder der SPD[174], ich habe das Protokoll gelesen, aber einer oder zwei sind Mitglieder der SPD – sind der gleichen Meinung gewesen.

Aus dem Gespräch mit Herrn Mommer habe ich gehört, daß er nach wie vor auf dem alten Boden steht und der Meinung ist, daß es lediglich daran liege, daß wir nicht ausreichend genug die modernen Mittel der Massenpropaganda dort zur Verfügung gestellt hätten. Würden wir auf die Pauke des deutschen Nationalismus hauen, dann hätten wir nach seiner Meinung die Schlacht binnen eines halben Jahres gewonnen.

Da ich mich dieser Auffassung nicht anschließen kann, bin ich der Meinung, daß wir eine besondere Nuancierung finden müssen. Es sollte gemacht werden unter voller Respektierung der von Ihnen dargelegten Gesichtspunkte, Herr Minister Kaiser, aber nicht so, daß das am Ende dieser Tagung sozusagen in einer Notstandsarbeit versucht wird. Ich schlage deshalb vor, die Sache zurückzustellen bis zur nächsten Sitzung.

Kaiser: Herr Gerstenmaier, der Herr Bundeskanzler hat selber gesagt, er möchte zur Saar eine Bemerkung machen. Nur dadurch ist es gekommen.

Gerstenmaier: Ich mache ja keinen Vorwurf, sondern nur den Vorschlag, die Debatte jetzt abzubrechen. Ich glaube nicht, daß wir noch mit der notwendigen Präzision die Nuancen herausholen, die uns zu einer Lösung bringen.

Kaiser: Der Herr Bundeskanzler hat erklärt, daß es eine Angelegenheit der Bundesregierung und des Bundeskabinetts in erster Linie ist. Ich muß dem Vorsitzenden des Ausschusses, den ich auf die nächste Woche verschoben habe, eine Antwort geben, ob es zustande kommt oder nicht. Entsprungen ist dies aus dem Bedürfnis, daß ich mit dem Bundeskanzler als dem für die deutsche Politik verantwortlichen Mann zu einer Verständigung in dieser Angelegenheit komme.

Daß der Vorsitzende die Leute von der Saar sprechen will, begründet er so: Er möchte einen Einblick haben, wie inzwischen die innenpolitische Situation an der Saar ist. Meine Meinung ist die: Die Saar darf uns nicht verlorengehen! Ihre Haltung, Ihre Persönlichkeit, Ihre Politik in dieser Zeit sind so groß und so beachtlich, Herr Bundeskanzler, daß die Saar uns nicht verlorengehen kann, wenn wir in Übereinstimmung miteinander in dem festen Willen stehen: Diese eine Million Menschen dürfen uns nicht verlorengehen.

Das Saarvolk hat ein Recht darauf, von uns Klarheit zu bekommen über die deutsche Saarpolitik. Es will wissen, in welcher Zugehörigkeit zu Deutschland es in die europäische Integration hineingeführt wird.

Pfleiderer Mitglied des Allgemeinen Ausschusses im Europarat, der von der Sozialistischen Internationale auf ihrem Kongreß in Kopenhagen 1952 aufgefordert war, in der Saarfrage zu schlichten. Vgl. FISCHER S. 140ff.; GERSTENMAIER S. 342–349.

174 Vgl. Anm. 169. Behrisch war Schriftsetzer, Bielig Redakteur, Luetkens Schriftsteller.

Das alles habe ich in dem Schreiben auszuführen versucht. Ich möchte wünschen, Herr Bundeskanzler, daß wir den Versuch machen, doch zu einer Verständigung zu kommen. Vor der Notwendigkeit dieser Sitzung mit den anderen Leuten stehe ich. Der Ausschuß hat damals ohne meine Anwesenheit verhandelt; ich war nicht in der Sitzung, wo die drei Rundfunksprecher referiert haben. Ich kenne das nicht.

Adenauer: Das ist aber so notwendig, daß Sie das wissen!

Gerstenmaier: Das ist sehr notwendig!

Kaiser: Ich habe gehört, daß Herr Steigner[175] dort war.

Adenauer: Es gibt aber ein Protokoll, das müssen Sie sich vorlegen lassen. Dann lesen Sie bitte, was diese Herren über die Wahl ausgesagt haben.

Kaiser: Ich gebe mich keiner Täuschung und Illusion hin. Ich weiß, daß uns diese eine Million deutscher Menschen nicht verlorengehen dürfen! Inzwischen ist ein Prozeß dort unten im Gange. Von der dritten Schulklasse an wird in den Volksschulen schon Französisch gelehrt. Es dauert keine 20 Jahre, dann haben wir ein neues Luxemburg, und ein weiteres Stück ist aus dem deutschen Volkskörper herausgebrochen.

Adenauer: Erschrecken Sie nicht, Herr Kaiser, was Sie sagen, könnte einen dazu verführen, einfach mit dem Herrn Hoffmann zu sprechen und ihm zu sagen: Wie kriegen wir die Geschichte in Ordnung. Sie kriegen sie aber doch nur auf die andere Weise in Ordnung. Es war ein Fehler von uns von Anfang an. Dabei bleibe ich.

Von Brentano: Ich glaube, Herr Kaiser, daß man sich in Frankreich vollkommen darüber im klaren ist, daß zwischen Frankreich und Deutschland eine Lösung an der Saar gefunden werden muß. Ich habe in vielen persönlichen Gesprächen den französischen Journalisten gesagt, wie ich mir die Lösung denke. Ich bin mir aber ebenso klar darüber, daß es ein verhängnisvoller Irrtum ist, mit Gewalt vorzugehen. Wenn wir eine gute Lösung an der Saar vorbereiten wollen, dann nur dadurch, daß wir das Pferd auf Warten reiten. (*Altmeier:* Wie war das? *Adenauer:* Auf Warten reiten!) Wir finden die Lösung, indem wir sagen: Die Entscheidung fällt im Friedensvertrag, und sie hilft uns und hilft nicht der anderen Seite. Ich bin mir restlos darüber klar, wenn wir heute eine Lösung erzwingen wollen – dazu fehlen uns alle Voraussetzungen –, dann müssen wir wissen, daß das das Ende der französischen Gespräche für uns bedeuten würde. Ich verteidige nicht die Stellung Frankreichs, daß hier ein Prestige Frankreichs auf dem Spiel steht, das wir nicht anerkennen, das wir aber schonen müssen, wenn wir etwas erreichen wollen. (*Adenauer:* Und über 200 Millionen jährlich!) Wenn wir heute den gefährlichen Weg gehen wollen, eine Entscheidung der Bevölkerung an der Saar herbeizuführen, dann wissen wir nicht, wie die Entscheidung ausfällt. Es ist so nicht

175 Walter Steigner (geb. 1912), Journalist (SPD), war 1947–1955 Hauptabteilungsleiter und Leiter des Studios Bonn (1948) des NWDR Köln, 1961–1976 Intendant des SFB bzw. seit 1968 der Deutschen Welle/Kurzwellendienst für das Ausland.

richtig, Herr Kaiser, wenn Sie sagen, 25 % haben sich gegen Hoffmann ausgesprochen. Sie können normalerweise mit 85 % rechnen, die wählen. Selbstverständlich waren diese Parteien nicht zugelassen, aber ich habe selbst Gespräche mit Leuten der Christlich-Demokratischen Partei drüben geführt; sie haben mir vollinhaltlich das bestätigt, was der Bundeskanzler sagt: Wenn heute abgestimmt wird unter vollkommen freier Zulassung aller Parteien, dann haben wir nicht die Garantie, nicht einmal die Wahrscheinlichkeit, daß eine Mehrheit sich für Deutschland entscheidet.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß drüben etwas geschehen ist, was die Leute anspricht in ihren Wünschen und Vorstellungen. Sie haben nicht die Steuern, nicht die Vertriebenen und nicht den Lastenausgleich. Sie haben aber die wirtschaftliche Verbindung mit Frankreich. Das sind alles Dinge, die sich jedenfalls bei einer solchen Entscheidung auswirken würden.

Deshalb kann ich persönlich nur sagen, wir müssen eine Lösung in der Saarfrage herbeiführen, aber je länger wir sie hinausschieben, desto besser ist es für uns und desto leichter ist es auch unserem Partner drüben, einer Lösung zuzustimmen. Seien wir uns darüber im klaren, was passieren würde, wenn wir heute aufs Ganze gingen. Ich habe neulich in einem bitteren Scherzwort einem Sozialdemokraten gesagt: Wollen Sie, daß wir den Krieg erklären und unsere Grenzpolizei einrücken lassen? Das ist die einzige Möglichkeit, die das furiose Geschrei der Sozialdemokraten rechtfertigen würde. Leider hat man sich durch die politische Torheit in der Propaganda der Sozialdemokratie hinreißen lassen: Enthaltet euch und gebt damit eurer deutschen Gesinnung Ausdruck!

Das hat sich im Bewußtsein Frankreichs und des Saargebietes gegen uns ausgewirkt. Daß Frankreich sich über die Notwendigkeit, hier eine saubere Lösung zu finden, klar ist, scheint mir eines zu beweisen, was wir nicht verschweigen dürfen, wenn wir honorig sind. Frankreich hat das Wahlergebnis nicht hinausposaunt, sondern es war bemerkenswert klug, und die französische Presse hat kein Triumphgeschrei angestimmt, sondern der Tenor der französischen Presse war – und das scheint mir für den bewußten Verständigungswillen zu sprechen –: Das Volk an der Saar hat sich für die Zuständigkeit an der Saar für Europa entschieden.

Ich glaube, wenn wir dieser Form des Gesprächs weiterfolgen, können wir den Zeitpunkt abwarten, bis die Saarfrage gut gelöst sein wird. Wir sollten uns daher nicht noch einmal in das Schlepptau der Sozialdemokratie nehmen lassen, die die Politik der Bundesregierung torpediert, die die europäische Integration torpediert, weil sie von Herrn Adenauer gemacht wird, sondern wir sollten eine klare und saubere, aber auch rationale Politik betreiben. Das scheint mir manchmal vergessen worden zu sein.

Gerstenmaier: Herr Kaiser, die Leute, von denen wir nicht gern reden und die wir als Gegner betrachten, nämlich die Saarländer, die gegen uns regieren, haben neulich durch ihre kleine Delegation im Europarat eine Erklärung abgegeben. Über diese Erklärung sollte abgestimmt werden. Es hätte kein Zweifel darüber bestan-

den, wie es zwischen uns und den Saarländern gekommen wäre. Die Majorität wäre den Saarländern zugefallen und nicht uns.

Man muß sagen – ob es nun populär oder unpopulär ist –, daß die Saarländer ein bemerkenswertes Maß von Kooperationsgemeinschaft an den Tag gelegt haben. Auf die Vorschläge, die wir ihnen gemacht haben – sie waren beinahe ein Torpedieren ihres eigenen Antrages –, sind sie ganz still und schlicht eingegangen, und zwar unter Hintansetzung jedes Siegesbewußtseins, das sie aufgrund dieser Wahl als eine Basis hätten haben können, um gegen uns vorzugehen. Ich folgere daraus, daß wir es uns leisten können, eine etwas andere Politik zu betreiben als die der Sozialdemokratie. Ich empfehle auch hier Geduld.

Altmeier: Ich hätte den Wunsch, daß wir diese Frage doch noch einmal intensiv behandeln, und zwar alles das, was hier heute abend vorgetragen worden ist, insbesondere über die Wahl. Ich war vor drei Tagen an der Saar. Das muß noch einmal mit aller Ruhe diskutiert werden; denn das ist nicht alles so zutreffend, auch nicht die Auffassung der Saarbevölkerung in bezug auf die Wahl. Die Leute wissen ja nichts. Sie haben kein Recht. Sie können doch in einer Versammlung nicht „Bravo" rufen, wenn jemand etwas anderes sagen würde. Die Leute an der Saar sind seit 20 Jahren politisch geknebelt. Ihre Tätigkeit als Arbeiter hängt zusammen mit ihrer Werkswohnung. Alle diese Dinge muß man sehen und wissen.

Es ist auch gesagt worden, man hätte sich mit den Leuten in Verbindung setzen müssen. Herr Bundeskanzler, ja, wenn das vernünftige und anständige Menschen gewesen wären! Wir haben in den Jahren 1945, 1946 und 1947 den Versuch gemacht, aber es ist ganz ohne Frage, daß Herr Hoffmann, der seit 1946 die Sache an der Saar macht, zu keinem Zeitpunkt den Wunsch gehabt hat, nach Deutschland zurückzukehren. Er hat den Weg nach Deutschland nicht zurückgefunden.

Wir hatten doch Herrn Hoffmann auf die Konferenz der Ministerpräsidenten eingeladen, schon 1946.[176] Das hat er brüsk abgelehnt. Er spricht von der Europäisierung der Saar und meint damit die Überspringung Deutschlands. Wenn Sie die Leute hören – und ich habe sehr viele Leute in der letzten Zeit gehört –, dann haben die natürlich sehr viele Gründe vorzubringen. Es gibt eine Masse von Leuten, die sagen, es geht uns gut.

Ich möchte bitten, daß wir noch einmal eingehend darüber sprechen. Mit dem, was Herr von Brentano gesagt hat, nämlich nichts zu machen, bin ich hundertprozentig einverstanden. Was wir bisher gehört haben oder auch wußten, das war die Möglichkeit, die Gespräche im Sinne einer vorläufigen Europäisierung der Saar fortzuführen. (*Adenauer:* Das wird auch weitergehen!) Das ist gleichbedeutend mit der Abschreibung der Saar! Das müssen wir wissen. Wir haben das Beispiel dafür, wie eine Bevölkerung in ein anderes Denken kommt, wenn sie jahrelang von uns abgeschrieben war bzw. mit Deutschland nicht zusammen handeln konnte.

176 Zur Münchener Ministerpräsidentenkonferenz vom 6.–7. Juni 1947 vgl. ESCHENBURG S. 276–280.

Ich bin also der Auffassung: Eine Europäisierung und eine vorläufige Europäisierung der Saar hat verhängnisvolle Folgen. Die Saarländer werden im Augenblick sagen: Nun gut, der Herr Bundeskanzler Adenauer hat uns geholfen. Sie werden in drei oder vier Jahren Ihnen das zum Vorwurf machen vor der Geschichte, daß wir das in dieser Zeit mitgemacht haben; denn die wirtschaftliche Situation an der Saar kommt anders. Darüber bin ich mir im klaren. Es wird nach meiner Meinung schon im kommenden Wahlkampf so sein, daß die SPD trommelt, wir hätten die Saar abgeschrieben.

Adenauer: Lieber Herr Altmeier! Sie sind nach meiner Meinung nicht konsequent. Sie sagen – ebenso wie wir –, die Saarländer sind unter diesem französischen Regime entfremdet und gefesselt worden. Nun wollen wir sie zunächst dadurch befreien, daß sie unter ein europäisches Regime kommen. Sie sagen: Nein, sie sollen unter dem französischen Regime bleiben. Ich sehe nicht, wo da eine Besserung kommen soll! Wenn wir das bisherige Regime politisch und wirtschaftlich weiterbestehen lassen, dann können Sie allerdings in einigen Jahren die Saar hundertprozentig abschreiben.

Aber wir müssen uns über diese Frage noch einmal unterhalten; am besten in einem kleinen Kreis. Und jetzt wird es Zeit, daß wir Schluß machen. (*Bach:* Wie soll ich die Verteilung vornehmen?) Sie waren heute verhindert. Sie können doch von uns nicht verlangen, daß wir jetzt nach zwölf Stunden die finanzielle Frage erledigen. Es bleibt nichts anderes übrig, als uns morgen nachmittag – der Parteiausschuß wird wohl gegen Mittag zu Ende sein – in diesem Kreise noch einmal zusammen[zu]setzen, um die Finanzfrage zu erledigen. (*Bach:* Dann kann ich nicht!) Dann müssen Sie können! (*Bach:* Ich habe eine Ausschußsitzung mit Beamten meiner Stadt. Da kann ich nicht fehlen!) Wie wollen Sie Schatzmeister sein, wenn Sie nicht können. Sie konnten heute morgen nicht hier sein; Sie können morgen nicht hier sein! (*Bach:* Das wußte ich nicht. Das ist mir mitgeteilt worden, als mein Termin längst festlag!) Das tut mir leid. Sie können nicht verlangen, daß wir jetzt die Finanzfrage erledigen.

Tillmanns: Zu der morgigen Sitzung des Parteiausschusses kommt eine Reihe von Freunden weither gereist. Die Herren haben den Wunsch, wenigstens einen Tag lang hier zusammenzukommen. Wir sollten also nicht davon ausgehen, daß der Parteiausschuß morgen mittag fertig wird. Das könnte leicht anders laufen. Ich würde sonst vorschlagen, daß wir im Laufe des Februar eine Sitzung des Parteiausschusses abhalten.

Adenauer: Dann lassen wir einmal die Tagesordnung für morgen durchgehen.

1. Bericht des Bundeskanzlers zur Lage – zwei Stunden,
2. Bericht über die Sitzung des Bundesparteivorstandes
   a) Parteitag in Hamburg – eine Stunde,
   b) Bundestagswahlgesetz – hierüber wird Herr von Lex referieren,
   c) Verteilung der Aufgaben für den Wahlkampf zwischen Landesverbänden und Bundespartei.

3. Aufstellung der Kandidaten für die Bundestagwahl – dazu wird Herr von Brentano sprechen.

Das wird bis zur Mittagspause dauern. Dann kommt noch der Punkt „Verschiedenes". Anschließend gehen Sie in die Fraktion.

Und wir machen jetzt Schluß! Ich danke Ihnen von Herzen, daß Sie so lange ausgehalten haben.

19

Bonn, 11. März 1953

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Bach, Barth, Cillien, Ehlers, Fay, Gradl, Frau Gröwel, Heurich, Johnen (zeitweise), Kaiser, Kather, Kiesinger, Lehr, Lenz, Majonica, Pferdmenges, Samsche, Scharnberg, Schröder, Strickrodt, Tillmanns, Wirsching, Wuermeling, Zimmer.
Bericht des Bundeskanzlers zur Lage. Wahlkampffinanzierung. Wahlgesetz. Bundesparteitag Hamburg. Verschiedenes: Exil- CDU, Verhältnis zum DGB, Termin der Bundestagswahl.

Beginn: 10.10 Uhr *Ende: 14.50 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es haben sich mehrere Herren entschuldigt; Herr Ministerpräsident Arnold wegen dringender Besprechung, Herr Ministerpräsident Lübke ist leider krank, Herr Simpfendörfer hat Haushaltsberatung im Landtag, Herr Strauß ist in Straßburg, Herr Gurk hat Haushaltsberatung im Landtag; für Herrn Lensing wollte Fräulein Zillken[1] kommen, sie ist aber noch nicht da; Herr Fricke ist entschuldigt, und Herr Johnen kommt heute nachmittag.

Damit komme ich sofort zur Zeiteinteilung. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir sehr schnell und sehr intensiv arbeiten, so daß wir voraussichtlich nach 2 Uhr fertig sein werden, dann einen Imbiß nehmen und dann unsere andere Tätigkeit aufnehmen. Wir haben alle viel zu tun. Sind Sie damit einverstanden?

Bach: Ich würde bitten, die Kassenangelegenheiten heute morgen zu besprechen.

Albers: Herr Johnen legt Wert darauf, daß es heute nachmittag geschieht.

1 Elisabeth Zillken (1888–1980), 1916–1958 Generalsekretärin und 1944–1971 Vorsitzende des Katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder, 1919–1933 und 1946–1967 Stadtverordnete in Dortmund (Zentrum), 1930–1933 MdR, Mitgründerin der CDU, 1946 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947–1958 stv. Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung, 1952–1968 Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Vgl. Hubert MOCKENHAUPT in LEBENSBILDER 6 S.214–230.

BERICHT ZUR LAGE

Adenauer: Ich komme darauf in meiner Übersicht zu sprechen. Ich soll zunächst eine politische Übersicht geben. Da unterscheide ich zwischen innenpolitischen und außenpolitischen Angelegenheiten. Was das Innenpolitische angeht, zunächst folgendes: Wir haben heute den 11. März. Wann der Bundestag seine Arbeit im Hinblick auf die Wahl einstellt, wissen wir noch nicht. Der Herr Bundestagspräsident ist der Auffassung, daß das schon sehr bald geschehen würde. Ich habe die stille Hoffnung, daß doch der Bundestag vorher noch einige entscheidend wichtige Gesetze verabschieden möge. Er hat noch zu verabschieden das Londoner Schuldenabkommen[2]. Ich erwähne das, weil das eine Angelegenheit von außerordentlich großer wirtschaftlicher Bedeutung ist, weil wir erst nach der Ratifizierung des Londoner Schuldenabkommens tatsächlich wieder kreditfähig werden. Es ist weiter zu erledigen das Israel-Abkommen[3], das eine moralische Angelegenheit von größter Bedeutung ist. Es sind ferner noch die EVG-Verträge in dritter Lesung zu verabschieden. Der Termin wurde im Ältestenausschuß auf den 19. März angesetzt. Ich wollte Ihnen nicht eine vollkommene Übersicht geben. Wir haben noch das Vertriebenen-Gesetz[4] zu verabschieden und auch noch andere Dinge, mit denen ich Sie jetzt nicht aufhalten will. Das wichtigste Gesetz, das wir zu verabschieden haben, ist das Wahlgesetz[5]. Ich darf vielleicht darüber – wir sprechen ja ohne Zuhören der Presse, auch nicht indirekt – ein kurzes Referat halten, und zwar über den jetzigen Stand der Dinge, weil das innenpolitisch entscheidend ist jetzt und auch für die nächste Zukunft.

Das Kabinett hat, wie Sie wissen, diesen Wahlrechtsgesetzentwurf dem Bundesrat und dem Bundestag zugehen lassen, der eine – die einen sagen Hilfsstimme, die anderen sagen Zusatzstimme – zweite Stimme enthält. Wir haben mit diesem Gesetz sehr wenig Anklang in der Öffentlichkeit gefunden. Es wird uns entgegengehalten: Die Leute haben es gar nicht verstanden. Der Gesetzentwurf wird in der Öffentlichkeit, soweit ich mich habe umhören können, sehr kritisch beurteilt.

Ein Wahlrechtsgesetzentwurf mag noch so sauber und noch so gut sein, wenn er in der Öffentlichkeit schlecht beurteilt wird, d.h., daß ein Gesetz – der Ausdruck

2 Am 27. Februar 1953 in London unterzeichnet (vgl. dazu ABS: Konrad Adenauer S. 229–245).

3 Am 18. März 1953 vom Bundestag verabschiedet (vgl. Sten.Ber. 1.WP Bd.15 S.12290–12293). Dazu Franz BÖHM: Das deutsch-israelische Abkommen 1952, in KONRAD ADENAUER 1 S. 437–465; DERS.: Die deutsch-israelischen Beziehungen. Frankfurter Hefte 20. Jg. (1965) S. 601–625; Otto KÜSTER: Erfahrungen in der deutschen Wiedergutmachung. Tübingen 1967 sowie seine Tagebuchaufzeichnungen (ACDP I-084-001).

4 Zweite Lesung am 25. und 26. Februar 1953 (vgl. Sten.Ber. 1.WP Bd.15 S.11968–12003, S.12023–12056); dritte Lesung und Annahme am 25. März (vgl. BGBl I S. 201–221).

5 Verabschiedung im Bundeskabinett am 20. Januar 1953 (vgl. AdG 1953 S. 3829, dort auch die wichtigsten Bestimmungen); Ablehnung im Bundesrat am 6. Februar 1953 (vgl. AdG 1953 S. 3857); erste Lesung im Bundestag am 18. März 1953 (vgl. AdG 1953 S. 3913; Sten.Ber. 1.WP Bd.15 S.12203–12235).

wird jetzt modern – ad hoc von der gegenwärtigen Mehrheit für sich geschaffen werde, dann ist das eine vortreffliche Agitationswaffe in den Händen der Opposition. Diese Agitationswaffe würde sich besonders wirksam zeigen gegenüber den Kreisen der Wähler – die recht zahlreich sind –, die keiner Partei angehören, auch wenn sie sich zu der einen oder anderen Partei mehr hingezogen fühlen, die aber von solchen Dingen ihre Abstimmung herleiten.

Vorgestern habe ich im Kabinett erklärt, ich hätte anläßlich des Journalistentages – oder wie es heißt – vor einigen Tagen sicher ein Dutzend Journalisten aller möglichen Richtungen gefragt[6], wie sie zu dem Wahlrechtsgesetzentwurf ständen, und sie hätten mir einmütig erklärt (*Ehlers:* Haben sie es konkret gesagt?) – das kommt bei den Journalisten darauf an; die einen sagen, es ist schlecht, die anderen sagen, wir lehnen es ab.

Ich bin zuerst von Nordrhein-Westfalen aus auf die Gefahren aufmerksam gemacht worden, die dieser Gesetzentwurf in sich berge. Es ist von Nordrhein-Westfalen darauf hingewiesen worden, daß in etwa zwölf Wahlkreisen die SPD, wenn sie klug handele, diese zweite oder Hilfsstimme dem Zentrumsmann geben würde. Dann würde der Zentrumsmann und der CDU-Mann in die Stichwahl kommen. Wenn die Stichwahl sich zwischen einem CDU-Mann und einem SPD-Mann abspiele, dann würde der CDU-Mann durchkommen, wenn aber die Stichwahl sich zwischen CDU und Zentrum abspiele, dann sei die Sache gefährlich. (*Ehlers:* Es gibt keine Stichwahl!) Verzeihen Sie, ich bin etwas weiter in Gedanken. Bei der Hilfsstimme würde der Zentrumsmann evtl. die Mehrheit bekommen.

Das wurde von sehr beachtenswerter Seite vorgetragen, so daß die Ablehnung des Gesetzentwurfs in der Öffentlichkeit, die kritische Beurteilung und dazu die anderen Betrachtungen uns doch im Kabinett veranlaßt haben, den Koalitionsparteien vorzuschlagen, im Ausschuß an dem Gesetzentwurf Änderungen vorzunehmen, und zwar dahingehend, daß die Stichwahl acht Tage nach der Hauptwahl eingeführt wird.

Die Stichwahl ist etwas, was jedem Deutschen geläufig ist. Ich glaube, daß auch sogar die Sozialdemokratie gegenüber einem solchen Wahlgesetz keine wesentlichen Einwendungen würde machen können, daß dann, wenn im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit bekommen hat, dann die beiden mit den höchsten Stimmen in die Stichwahl kommen. Die Bedenken, daß bei der Stichwahl kein Interesse vorhanden sein würde, scheinen uns unbegründet zu sein; im Gegenteil, man wird der Stichwahl erhöhte Bedeutung von seiten der Wähler beimessen.

Wir haben uns darüber im Kabinett ausgetauscht und sind, obgleich nicht alle Herren da waren, doch einmütig – Herr Kollege Scharnberg war bei der Besprechung zugegen – dazu gekommen, dem Ausschuß zu empfehlen, so vorzugehen. Über diese Frage werden wir uns unterhalten müssen. Das ist der wesentlichste

6 Anläßlich eines Essens am 6. März 1953 mit dem Deutschen Journalistenverband (Terminkalender).

Punkt der innenpolitischen Lage. (*Wuermeling:* Der interne Proporz bleibt doch?) Ja! (*Wuermeling:* Die Zeitungen schreiben das Gegenteil!) Der bleibt!

Nun darf ich zur außenpolitischen Lage übergehen. In der außenpolitischen Lage wechselt das Bild sehr schnell, aber nicht zum Besseren. Ich war vor einigen Tagen auf der Außenministerkonferenz in Rom[7] und vorgestern in Straßburg[8]. Auf der Außenministerkonferenz in Rom fehlte zum ersten Mal Herr Schuman. An seiner Stelle war Herr Bidault da[9]. Ich will über Herrn Bidault nicht viel kritische Worte sagen, aber das eine möchte ich doch hervorheben, daß alle anderen Außenminister die Abwesenheit des Herrn Schuman außerordentlich bedauert haben, einmal, weil Herr Schuman mit uns zusammen im Laufe der Jahre ein gutes Verhältnis bekommen hatte, und zweitens für uns speziell, weil diese von Herrn Schuman gegenüber Deutschland und Europa betriebene Außenpolitik eine auf einem ethischen Fundament und auf einer ethischen Überzeugung beruhende Politik war. Man fühlte das bei allen Gegensätzen, die auch manchmal zwischen uns auftraten, doch immer wieder heraus.

Die Politik des gegenwärtigen französischen Außenministers Bidault wird wesentlich beeinflußt und getragen von Rücksichten auf die innenpolitische Lage in Frankreich. Hinzu kommt, nachdem er dreieinhalb Jahre lang nicht mehr Außenminister gewesen ist, daß er es naturgemäß doch ungemein schwer hat, sich in die ungeheure Materie wieder einzuarbeiten. Es gehört viel Arbeit und Kenntnis dazu – auch Aktenarbeit –, um sich ein richtiges Urteil bilden zu können. Ob er jemals die genügende Kenntnis erwirbt, weiß ich nicht. Das ist eine Frage für sich.

Bidault ist ein eigenartiger Arbeiter, nämlich ein Nachtarbeiter, der seine Leute nachts um 12, 1, 2 oder 3 Uhr holen läßt. Solche Nachtarbeiter sind gewöhnlich nicht gerade sehr stetige und konsequente Arbeiter. Er wird einen Teil aufholen. Dagegen bleibt die Rücksicht auf die innenpolitische Lage bestehen.

Es ist den Herren bekannt, daß er dazu neigt, die Innen- und Außenpolitik unter Anlehnung an die de Gaulle treugebliebenen Gaullisten zu machen. Es ist den Herren ebenso bekannt, daß der französische Ministerpräsident Mayer dazu neigt, die Politik in Anlehnung an die französischen Sozialisten zu machen. Da die Gaullisten und die französischen Sozialisten diametral entgegengesetzte Auffassungen auch in der Außenpolitik haben, so ergibt sich daraus, daß ganz offenbar im Schoße des französischen Kabinetts selbst keine klare Linie in der Außenpolitik besteht.

Es ist ebenso vollkommen kar, daß ein Parlament wie das französische mehr als irgendein anderes Parlament – weil es auch selbst zerrissen und zerschnitten ist – eine Regierung braucht, die einen klaren Kurs steuert. Das ist die Situation in Frankreich. Ich glaube sie Ihnen ziemlich richtig wiedergegeben zu haben. Diese innenpolitische Situation wirkt sowohl auf das Verhältnis Frankreich zu Deutschland

7 Am 24./25. Februar 1953 (vgl. AdG 1953 S. 3883).
8 Vgl. AdG 1953 S. 3904.
9 Seit 7. Januar 1953 französischer Außenminister (vgl. AdG 1953 S. 3813).

auf den verschiedensten Gebieten wie aber auch auf die europäische Frage in sehr entscheidender und nicht förderlicher Weise ein.

Wie lange das so bleiben wird, wie lange auch der Gegensatz innerhalb des französischen Kabinetts sich ertragen läßt vom Kabinett selbst, das können wir nicht beurteilen. Jedenfalls ist die Situation so, daß man damit rechnen kann, daß irgendwelche innenpolitischen Auseinandersetzungen heute oder morgen oder übermorgen Veränderungen dort zur Folge haben werden.

Sie wissen aus der Presse, daß Herr Bidault über das Ergebnis in Rom angeblich Mitteilungen gemacht hat, die dem Kommuniqué, das herausgegeben worden ist, und den Äußerungen von mir sehr stark widersprechen.[10] Dieses in Rom herausgegebene Kommuniqué war von einer Redaktionskommmission – der zwei Mitglieder eines jeden Landes und einer jeden Delegation angehörten – sehr genau, Wort für Wort überlegt und beschlossen worden. Es ist dann dem Ministerrat vorgelegt worden. Es sind ein paar kleine Änderungen, in der Hauptsache stilistischer Natur, vorgenommen worden. Dann ist es von allen Beteiligten genehmigt worden.

Ich muß zur Entschuldigung von Bidault folgendes sagen: Seine Äußerungen in Paris und auch in Rom haben zwar mit dem Inhalt dieses Kommuniqués nicht übereingestimmt, aber namentlich die amerikanischen Presseagenturen, die seine Äußerungen verbreitet haben, haben – wie das in der Natur des Journalismus liegt – die krassesten Worte, die er gesagt hat, besonders hervorgehoben und die anderen Worte weggelassen, so daß sich da eine Linienführung ergab, die schlechter war, als er es selbst gewollt hat.

Aber ich darf Ihnen aus der Konferenz doch folgendes sagen, damit Sie sehen, wie Worte vorher, in der Konferenz und auch nachher manchmal verschieden wirken. Herr de Gasperi hat Herrn Bidault folgende Frage gestellt: Sie wollen die Zusatzprotokolle. Ich will in der nächsten Woche meiner Kammer die Gesetzentwürfe vorlegen. Ich werde dann gefragt werden, wie ist es mit den französischen Zusatzprotokollen. Ich muß dann sagen können, diese Zusatzprotokolle stehen im Einklang sowohl mit den Worten wie mit dem Sinn der abgeschlossenen Verträge. Kann ich das erklären? Antwort Bidaults: Ja!

Nachher hat man dann in der Pariser Luft – die war anders als die römische Luft – gewisse Abschwächungen oder Veränderungen vorgenommen. Sie sehen aus dieser Frage de Gasperis und aus der Haltung der fünf Teilnehmer an der Konferenz, mit Ausnahme des Franzosen – wenn ich von der späteren Haltung Bidaults ausgehe –, daß sie alle fünf ein einmütiges Bekennntnis zu den Verträgen und zu Europa abgegeben haben.

Wenn Sie noch hinzunehmen – ich bitte aber um Gottes willen darum, diese Dinge nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, weil wir sonst der deutschen Sache schaden –, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika auf demselben Standpunkt stehen, dann haben Sie das wohl lange, lange Zeit nicht

10 Vgl. FAZ vom 7. März; vgl. Anm. 7.

mehr dagewesene Schauspiel, daß Frankreich in einer entscheidenden Frage absolut isoliert dasteht.

Damit komme ich zu der Frage, was soll nun geschehen. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien sind der Auffassung, die anderen fünf EVG-Länder sollten so schnell wie möglich die Verträge fertig machen, damit Frankreich allein dastehe. Dann werde Frankreich diesem moralischen Druck und den Vorstellungen, insbesondere seitens der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, nicht widerstehen können. Ich glaube, daß das richtig ist. Dann werden wir auch im März die Sache bei uns vollenden können.

Belgien und Luxemburg scheinen aber abwarten zu wollen, was Frankreich tut. Holland fühlt sich unabhängiger und wird wohl voranmachen. Italien – de Gasperi – wollte es vor den Wahlen machen. Das Parlament macht aber schon bald Schluß, weil es im Juni die Wahlen hat.[11] Hoffentlich gelingt es ihnen, die Verträge noch zu erledigen.

Ich darf noch hinzusetzen, daß vorgestern in der Ministerkonferenz in Straßburg sich wieder sehr deutlich bemerkbar gemacht hat, daß – von Frankreich ausgehend – eine gewisse Zurückhaltung zu beobachten war gegenüber dem Zusammenschluß Europas.[12] Von Frankreich ging es aus. Die Beneluxstaaten, die kleinen Länder, fürchten, daß sie, wenn sie zuviel Souveränitätsrechte preisgäben, überhaupt nichts mehr zu bedeuten hätten. Sie sagen: Ihr großen Länder werdet kraft eurer Größe und eures politischen und wirtschaftlichen Schwergewichtes immer etwas zu bedeuten haben; wir aber nicht. Deswegen wollen sie Sicherungen.

Sie sehen daraus, daß die Straße, die zu Europa führt, wirklich sehr steinig ist und nur sehr mühsam zurückgelegt werden kann.

De Gasperi und ich haben in Straßburg mit Erfolg eine Klippe umschifft. Es war von den anderen Staaten der Wunsch geäußert worden, daß vor der Ministerkonferenz, für die der 12. Mai in Aussicht genommen wurde, die sich mit der Arbeit der Ad-hoc-Versammlung zu beschäftigen hat, eine Konferenz der Ministerialbürokratie stattfinden soll. Die Ministerialbürokratie ist in allen Ländern vollkommen parallel arbeitend in gewisser Hinsicht. Sie denkt eben nicht politisch. Aber hier handelt es sich um politische Fragen. Ich will Europa, oder ich will es nicht. Wenn ich Europa will, dann muß ich über die anderen Dinge hinwegkommen. Der eine muß hier nachgeben, der andere da.

Es ist folgendes Procedere beschlossen worden, daß das Sekretariat der Montanunion – und de Gasperi scheint mehr vom europäischen Geist erfüllt zu sein als die Ministerialbürokratie der sechs Länder –, das sich entsprechend verstärken kann, die Arbeit der Ad-hoc-Versammlung analysiert nach der politischen Seite, d.h. die

11 Die Neuwahlen in Kammer und Senat fanden am 7. und 8. Juni 1953 statt (vgl. AdG 1953 S. 4025).

12 Außenministerkonferenz der EGKS-Staaten am 9. März 1953. Vgl. ADENAUER: Teegespräche S. 414–421 (Nr. 41 vom 10. März 1953); EUROPA-ARCHIV 8 (1953) S. 5653–5683.

entscheidenden politischen Fragen zusammenstellt. Dann soll die Ministerkonferenz – man wird nicht mit einer auskommen, es werden mehrere folgen – zu den politischen Fragen Stellung nehmen.

Letzten Endes ist es natürlich Sache der Parlamente der sechs Länder, die Entscheidung zu treffen, ob man dieses europäische Statut annehmen oder nicht annehmen will. In der Ad-hoc-Versammlung hat in einer sehr eindrucksvollen Zeremonie Herr Spaak[13] – der eine inhaltlich wie stilistisch und auch, was die Vortragsweise angeht, glänzende Rede für Europa hielt – dem jetzigen Vorsitzenden des Ministerrats, der alle drei Monate wechselt, Herrn Bidault, den fertiggestellten Entwurf übergeben. Herr Bidault hat das Ganze mit einer gewissen trockenen Begeisterung – so will ich sie mal nennen, wenn ich das Wort Begeisterung überhaupt hier anwenden darf – entgegengenommen.

Die Rede Bidaults hat in der Ad-hoc-Versammlung kein freudiges Echo gefunden. Sie hat Echo gefunden, aber kein freudiges. Ich weiß noch nicht, was in Straßburg herauskommt. Es ging am Montag abend die Absicht um in der Ad-hoc-Versammlung, sich als Antwort auf die Rede Bidaults in Permanenz zu erklären, also einen revolutionären Akt zu vollziehen. Ich hätte nichts dagegen. Auf alle Fälle werden wir diese politischen Kräfte, die in der Ad-hoc-Versammlung von allen Ländern her sehr stark lebendig sind, zur Mitarbeit bei unseren Beratungen heranziehen müssen.

In Straßburg war man – ich freue mich besonders, das hier sagen zu können – allgemein des Lobes voll über unseren Freund Brentano. Mir ist sicher von einem halben Dutzend von Leuten – nicht von Deutschen – erklärt worden, daß Herr von Brentano durch seine Zähigkeit, seine Geschicklichkeit und seine Überzeugungskraft, die er bei der ganzen Angelegenheit zeigt, einen ganz großen Anteil an dem Verdienst habe, daß dieses Werk wenigstens diese Stufe jetzt erreicht hat.[14]

Um so beschämender ist es, daß in der Ad-hoc-Versammlung kein deutscher Sozialist anwesend war. Ich muß sagen, ich habe als Deutscher das in höchstem Maße als beschämend empfunden, daß ausgerechnet die Deutsche Sozialdemokratische Partei so ostentativ abwesend gewesen ist. Sie wissen, daß sie sich an den Arbeiten überhaupt nicht beteiligt hat, obgleich ihr vorher ausdrücklich zugesichert worden war, daß ihre Mitarbeit nicht als Zustimmung zum EVG-Vertrag gedeutet werden könne. Aber nein, absolut hält sie sich von diesen Dingen fern und schaltet sich von selber aus.

---

13 Dr. Paul Henri Spaak (1899–1972), belgischer Politiker; 1938–1939, 1946 und 1947–1949 Ministerpräsident, 1946–1949, 1954–1957 und 1961–1966 Außenminister, 1952–1954 Präsident der Gemeinsamen Versammlung der EGKS, 1957–1961 Generalsekretär der NATO. Vgl. Beate SCHNEIDER: Propagandist und Staatsmann, in: PERSÖNLICHKEITEN S. 411–454.

14 Heinrich von Brentano hatte die Leitung einer Ad-hoc-Kommission (der Ad-hoc-Versammlung), die am 22. September 1952 zusammentrat, um einen Vertragsentwurf über die Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft zu erarbeiten. Vgl. BARING: Bundeskanzler S. 116–120.

Das eine kann ich Ihnen sagen: Ich habe merkwürdigerweise ein ganz gutes Verhältnis zu den Sozialisten anderer Länder. *(Heiterkeit.)* Meine Herren! Es ist wirklich so! (*Wuermeling:* Wir freuen uns ja darüber!)

Was die Sozialisten anderer Länder mir gegenüber an Kritik über die deutschen Sozialisten gesagt haben und wie sie das Verhalten der deutschen Sozialisten beurteilen, das war eine sehr deutliche und klare Sprache.

Ich darf Ihnen nun sagen, wie ich die Aussichten des EVG-Vertrages und des General-Vertrages beurteile. Das Schicksal dieses ganzen Vertragswerkes liegt, soweit man das beurteilen kann, in den Händen Großbritanniens. Wenn Großbritannien eine Stellung einnimmt und Erklärungen abgibt, die die französischen Sozialisten befriedigen, werden die französischen Sozialisten mittun. Unter den französischen Sozialisten ist es etwa so – diese Weisheit kommt jetzt aus Straßburg, sie stammt nicht von deutscher Seite –: In der etwa 100 Mann starken sozialistischen Kammerfraktion Frankreichs gibt es 20 Leute, geschart um Julius Moch[15], die hundertprozentige Gegner Europas sind. Es gibt etwa 20 Leute, die ebenso unentwegte Freunde Europas sind. Die übrigbleibenden 60 – wenn Sie 20 links und 20 rechts abgezogen haben – lassen sich, wie das nun in politischen Parteien und Fraktionen häufig der Fall ist, beeinflussen von der Haltung Englands.

Ich habe aus britischer Quelle die Mitteilung, daß die Forderungen, mit denen die Vertretung der französischen Regierung in London erschienen ist, wirklich unannehmbar waren. Man hat mir das auseinandergesetzt. Sie werden es mir erlassen, das wiederzugeben; das darf ich nicht. Aber es gehört allerhand dazu, mit solchen Forderungen an Großbritannien heranzutreten.

Es wurde mir weiter gesagt, daß die Forderungen der französischen Sozialisten sehr viel maßvoller seien. Sie wurden mir – hoffentlich richtig – von britischen hohen Beamten mitgeteilt. Ich habe Herrn Eden sagen lassen, wir Deutsche würden alles begrüßen, was Großbritannien tun könne, um näher an die ganze Geschichte heranzurücken, und er möchte das um Gottes willen tun.

In diesem Kreise kann ich es sagen: Es ist mir sehr lieb, wenn Großbritannien in der zukünftigen EVG einen gewissen Einfluß hat, damit wir mit den mehr oder weniger hysterischen Franzosen nicht allein sind. Da ist es mir lieber, wenn die Engländer als Halbpartner mit dabei sind. Ich hoffe, daß Großbritannien so weit geht, daß die französischen Sozialisten zustimmen.

Aber es ist mir übereinstimmend in Paris gesagt worden, daß man damit rechnen müsse, daß Frankreich erst im Herbst ratifizieren würde. Und damit komme ich zu dem ernstesten Aspekt der ganzen Situation. Wenn Frankreich erst im Herbst 1953 ratifiziert, dann haben wir wiederum ein ganzes Jahr verloren; denn es war bei der Unterzeichnung des Bonner Vertrages und des Pariser Vertrages im Mai des

15 Jules Moch (geb. 1893), französischer Politiker (Sozialist); 1947, 1949–1950 und 1958 Innenminister, 1950–1951 Verteidigungsminister, 1951–1961 Ständiger Vertreter in der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen.

vergangenen Jahres allgemein die Annahme vorhanden, auch bei Herrn Schuman, daß die Vollendung, d.h. die Ratifizierung des Vertragswerkes etwa im August/ September des Jahres 1952 vorliegen würde.

Nun komme ich zu Sowjetrußland. Es hilft ja nun nichts, daß wir Vogel-Strauß-Politik treiben und den Kopf in den Sand stecken. Ich habe mir eine Gegenüberstellung machen lassen und habe sie in Rom vorgetragen, ein Tableau, und zwar auf der einen Seite das, was seit 1950 – das war das Anfangsjahr – der Westen getan hat, und auf der anderen Seite, was seit 1950 Sowjetrußland getan hat. Auf der Seite des Westens finden Sie eine ganze Reihe von Konferenzen verzeichnet. Diese ganzen Konferenzen haben noch nicht zuwege gebracht, daß auch nur ein europäischer Soldat auf den Beinen steht.

Auf der russischen Seite finden Sie – ich möchte nur die wesentlichsten Punkte hervorheben –, daß die Russen seit 1950 die Zahl ihrer gegen den Westen gerichteten Divisionen um rund 50 erhöht haben, daß sie die Zahl der Brücken über die Oder und die Weichsel erheblich vermehrt haben, daß sie in den Satellitenstaaten 70 Divisionen stehen haben, die – und das ist das Entscheidende – mit den modernsten Waffen versehen sind; während man es noch vor einem Jahr, sicher vor eineinhalb Jahren, noch nicht riskiert hat, die Divisionen in den Satellitenstaaten mit den modernen Waffen zu versehen.

Weiter kommt hinzu: Es ist ganz unzweifelhaft, daß die Russen Atomwaffen haben; wieviel, weiß man nicht. Aber bei den ganzen Überlegungen, die natürlich immer wieder angestellt werden über die von Rußland her drohende Gefahr, spielt das Öl eine große Rolle. Sie wissen, daß die Produktion an Naturöl in Sowjetrußland nicht sehr groß ist und daß die russischen Hauptfelder in Kaukasien von der Türkei aus in einer Nacht mit Atombomben vernichtet werden können. Aber es hat sich jetzt herausgestellt, daß die Russen eine solche Anzahl von Fabriken für synthetisches Öl im Bau haben, daß man annehmen kann, sie werden etwa im Jahr 1955 genügend Öl haben, um einen Krieg riskieren zu können. Das ist eigentlich mit der bedrohlichste Punkt in der ganzen Übersicht, die ich Ihnen zu geben habe.

Der Tod Stalins[16] ist ein Ereignis, das die Friedensaussichten nicht erhöht. Die Kenner Moskaus, wozu ich insbesondere ausländische Diplomaten rechne, waren sich darüber einig, daß, solange Stalin lebte, kein heißer Krieg kommen würde. Er wußte, was auf dem Spiel stand, und vor allem – wir haben das ja nachträglich gesehen – war er ein kranker Mann, der den Anforderungen und Aufregungen eines Krieges körperlich und damit auch seelisch nicht mehr gewachsen war. Daher war sein Leben eine gewisse Garantie, daß der heiße Krieg nicht kommen werde. Er hat ja auch in dem bekannten Aufsatz im „Bolschewik", von dem Sie wissen, und auf

16 Am 5. März 1953.– Jossif Wissarionowitsch Stalin (1879–1953), 1922–1953 Generalsekretär des ZK der KPdSU, seit 1941 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare, 1943 Marschall, seit 1946 Vorsitzender des Ministerrats.

dem Moskauer Parteitag ganz offen ausgesprochen, man solle ruhig abwarten, der Westen werde sich ja doch nicht zusammenfinden[17]. Und der Westen – lassen Sie mich das hier einschieben – hat bisher in seiner Politik alles getan, um diese Aussage Stalins als richtig zu erweisen.

Es ist sehr schwer, über die Verhältnisse des obersten Kreises in Sowjetrußland etwas Bestimmtes zu sagen. Das Bild Malenkows[18] schwankt. Mir scheint, daß ein Vorgang, der die ganze Situation sehr gut schildert, hier gar nicht beachtet worden ist, wie ich in Straßburg feststellen mußte, nämlich die Tatsache, daß man Stalins Leiche seziert hat und daß der Gesundheitsminister und die behandelnden Ärzte nach der Sezierung die öffentliche Erklärung abgegeben haben, daß der erste Schlaganfall Stalins absolut tödlich gewesen sei.

Wenn Sie dazu noch halten, daß man mit einer geradezu für einen Nichtmediziner erschütternden Genauigkeit den Krankheitsverlauf immer bekanntgegeben hat bis zu den Pulsschlägen und Atemzügen usw., dann scheint mir ganz klarzuliegen, daß jeder den anderen dort fürchtet und daß zunächst diejenigen, die mit Stalins Krankheit und seiner Behandlung direkt zu tun hatten, sich zunächst einmal ein Alibi verschaffen wollten, daß der erste Schlaganfall tödlich war, so daß ihnen kein Mensch nachher sagen konnte, du hast ihn umgebracht oder nicht richtig behandelt nach dem bekannten Muster. Daraus kann man – und das liegt in der Natur der Sache – schließen, daß unter den obersten Machthabern sehr starke Rivalitäten – um einen milden Ausdruck zu gebrauchen – herrschen und daß wahrscheinlich innere Auseinandersetzungen in diesem Kreis noch kommen werden.[19]

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß man über Stalin auch in der deutschen Presse so großartige Nachrufe und Schilderungen gebracht hat, daß man sich geradezu schämt, weil Stalin seine sämtlichen Freunde umgebracht (*Zurufe:* Sehr richtig!) und daß er dazu sechs Jahre gebraucht hat, bis der letzte erledigt gewesen ist.

Nun bietet eine solche innere Uneinigkeit, die mit großer Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, nach der einen Seite eine gewisse Sicherung und Beruhigung für uns, aber auch nach der anderen Seite eine gewisse Beunruhigung. Ich will aus dem

17 Gemeint ist der Artikel „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" vom Oktober 1952 (vgl. EUROPA-ARCHIV 7 (1952) S. 5303–5317). – Zum 19. Parteitag der KPdSU vom 5.–14. Oktober 1952 vgl. AdG 1952 S. 3693f.

18 Georgij Maximilianowitsch Malenkow (geb. 1902), 1939–1957 Mitglied des ZK, bis 1953 ZK-Sekretär und Leiter der Kaderverwaltung, 1946 Mitglied des Politbüros und bis 1953 stv. Vorsitzender des Ministerrats, nach Stalins Tod 1953 Vorsitzender des Ministerrats und Erster Parteisekretär, im September 1953 durch Chruschtschow als Parteisekretär und im Februar 1955 durch Bulganin als Vorsitzender des Ministerrats ersetzt, 1957 aller Ämter enthoben.

19 Vgl. Anton KOLENDIČ: Machtkampf im Kreml. Vom Tode Stalins bis zur Hinrichtung Berijas. Bergisch-Gladbach 1983.

Zwischenfall des Abschusses des amerikanischen Düsenflugzeuges[20] kein großes Geschrei machen, aber es ist sehr leicht möglich, daß Gegner Malenkows durch irgendeinen Zwischenfall, den sie herbeiführen, äußere Verwicklungen versuchen, um diesen Mann wieder zu Fall zu bringen.

Das ist eine sehr ernste Sache, was sich dort ereignet hat. Ich nehme an, daß Sie es gelesen haben; es ist 26 km von der Grenze gewesen. Wir müssen mit Überraschungen rechnen, die evtl. kommen können. Lassen Sie mich Ihnen mit aller Offenheit sagen: Es stehen auf deutschem Boden zehn angelsächsische Divisionen – amerikanische und englische zusammengenommen –, ich glaube zwei französische Divisionen, eine belgische, eine holländische und ein paar dänische Truppenverbände. Das ist alles, was da ist.

Die russischen Düsenbomber können, nachdem man in der Sowjetzone 25 Flugplätze für sie gebaut hat, in 20 Minuten über Köln und Bonn, in 30 Minuten über Brüssel, Amsterdam und Antwerpen und in einer knappen Stunde über Paris sein.

So ist die Situation; so furchtbar ernst – und wir haben nichts zur Abwehr. Wir haben nicht einmal für die Bevölkerung Flugsicherungen treffen können. Wir liegen einfach offen da. Es ist eine sehr ernste Situation. Wer mit diesen Dingen in irgendeiner Weise verantwortlich zu tun hat, leidet schwer darunter. Unsere ganze Hoffnung und Rettung liegt nur darin, dafür zu sorgen, daß die amerikanische Politik einen steten Kurs einhält und daß Sowjetrußland weiß, wenn es etwas tut, daß es dann die ganze amerikanische Macht auf dem Halse hat.

Damit komme ich zu den Vereinigten Staaten und zu unserem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und zu dem Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Europa. Unser Verhältnis ist durch mehrere glückliche Zufälle, die ich nicht weiter zu erörtern brauche, durch die Verbindung zu den maßgebenden Leuten, zu Eisenhower und Dulles, ausgezeichnet. Sie wissen, daß ich demnächst nach Washington fahre.[21] Ich bin davon überzeugt, daß ich mit Eisenhower und Dulles sehr offene und sehr ernste Gespräche zu der ganzen Situation haben werde. Sie wissen auch, daß die Vereinigten Staaten von den wirtschaftlichen, militärischen und menschlichen Eigenschaften der Deutschen eine sehr hohe Meinung haben; Sie wissen aber ebensogut, daß sie die gleiche Meinung von Frankreich haben.

Das nächste Ziel der amerikanischen Politik hat Foster Dulles, als er hier war[22], in einer Tischrede – die jeder, der dabei war, niemals vergessen wird – so umrissen: Wir wollen Westeuropa zu einem starken Pfeiler der atlantischen Macht haben, auf

20 Am 10. März 1953 war ein amerikanischer F-84 Düsenjäger von einem tschechoslowakischen MIG-15 Düsenjäger auf westdeutschem Gebiet beim Dorf Hundessen in der Gegend von Regensburg abgeschossen worden (vgl. AdG 1953 S. 3932).

21 Adenauer traf am 6. April 1953 in New York ein und flog am 7. April nach Washington weiter (vgl. AdG 1953 S. 3946; ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 565–580).

22 Dulles war am 5./6. Februar 1953 in Bonn (vgl. AdG 1953 S. 3858f.; ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 552–559).

den wir uns stützen können. Wenn Amerika sieht, daß sich dieses Westeuropa nicht zusammenfindet, daß es nicht dieser starke Pfeiler einer atlantischen Macht wird, dann entsteht eine sehr große Gefahr; denn Amerika betreibt amerikanische Politik; es betreibt weder französische noch deutsche Politik. Das ist ja der Unsinn der Franzosen, daß sie glauben und sagen: Wir können uns nicht vorstellen, daß die Vereinigten Staaten der Bewaffnung Deutschlands zuliebe Frankreich fallenlassen. Eine größere Kinderei als derartige Aussprüche von französischen Parlamentariern habe ich selten gelesen.

Ich wiederhole: Die Amerikaner treiben amerikanische Politik, weder französische noch deutsche. Wenn die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten feststellt, daß dieses Westeuropa nun eben so, fast möchte ich sagen, degeneriert ist, daß es die Größe der Gefahr, in der alle schweben, nicht sieht und nicht sehen will und nichts tut, dann besteht – ich betone das, ich habe darüber auch mit Foster Dulles ganz offen gesprochen – die sehr große Gefahr, daß die Vereinigten Staaten zu einer peripheren Verteidigung Amerikas übergehen. (*Zurufe:* Europas!) Nein, Amerikas; daß sie von den Ländern Europas Sowjetrußland niederhalten, damit Amerika keinen Schaden erleidet. Was mit dem übrigen Europa geschieht, wird sich dann finden. Aber diese periphere Verteidigung, die – wie ich Ihnen zuverlässig sagen kann – schon seit Jahr und Tag im Pentagon überlegt wird, sieht im wesentlichen vor, die Verteidigung Amerikas auszuführen von Griechenland, der Türkei, von Spanien und England, und zwar sollen diese vier Länder als Flugbasen für Bomber mit Atomwaffen dienen. Was mit uns, Frankreich und Italien – die uns lieb und teuer sind – passieren würde, das kann sich jeder ausmalen.

Das ist die sehr ernste Situation. Und über diese Situation muß man sich klar sein.

Nun haben wir zwar mit Recht Anlaß dazu, über die Franzosen die Hände über dem Kopf zusammenzuschlagen, aber wir haben genauso gut ein Recht dazu, über die deutsche Sozialdemokratie die Hände über dem Kopf zusammenzuschlagen; denn die deutsche Sozialdemokratie muß die Situation genauso sehen, wie wir sie sehen. Es ist bei dem Gespräch, das stattgefunden hat zwischen Foster Dulles, Wehner, Ollenhauer und Carlo Schmid, den Herren von Foster Dulles die Situation so offen und so ernst wie nur denkbar geschildert worden.[23] Sie haben nichts darauf erwidern können, aber sie bleiben bei ihrer parteipolitischen Einstellung.

Ich gebe ohne weiteres zu, es gehört eine gewisse Größe dazu, um – nachdem sich die Sozialdemokratie nun einmal in ihrer Außenpolitik so festgelegt hat – davon wieder loszukommen. Aber es sind genügend Ereignisse eingetreten, die ihnen eine Rechtfertigung dafür gäben. Dazu gehört auch der Wechsel in der amerikanischen Administration. Vorher haben sie in ihrem Vorstand verbreitet, daß Eisenhower eine ganz andere Politik einschlagen würde als Truman. Insbesondere ist es Herr

23 Vgl. AdG 1953 S. 3858f.

Professor Baade[24] gewesen, der gesagt hat, Eisenhower würde sich mit Sowjetrußland verständigen. Man würde sich zuerst verständigen über die neuralgischsten Punkte: Deutschland und Korea. Deswegen müsse man den Russen freie Wahlen in Deutschland und in Korea vorschlagen; die müsse man zusammenbinden. Dann würden die Russen darauf eingehen. Dann hätte man ein kommunistisches Korea und ein sozialistisches Deutschland. Natürlich könne dieses Deutschland in den Westen eingegliedert werden. Es müsse eine nationale Armee bekommen unter der Aufsicht Sowjetrußlands und der Vereinigten Staaten. Die Oder-Neiße-Linie müsse man bis auf weiteres akzeptieren. Man müsse auch den Russen die Befürchtung nehmen, daß man ihnen die Satellitenstaaten wieder nehmen wolle.

Das war die sozialistische Konzeption – ich will nicht sagen aller Sozialisten. Es gibt unter den Sozialdemokraten eine ganze Reihe von Herren – ich weiß das aus zuverlässiger Quelle –, die tief unglücklich sind über die sozialistische Politik.

Das war also die These der Sozialdemokraten im Dezember und in den ersten Januartagen. Es hat sich nun gezeigt, daß die jetzige Administration ganz anders ist, als man angenommen hat. Stalin ist auch gestorben. Dadurch hat sich die Situation auch verändert. Wenn die Sozialdemokraten eine wirkliche Größe hätten, wenn sie sich in erster Linie als Deutsche fühlten und nicht nur als Parteipolitiker, dann, meine ich, müßten sie doch die Möglichkeit haben, nun eine Umkehrung vorzunehmen.

Ich glaube, wir alle würden das nicht nur von ganzem Herzen begrüßen, sondern wir würden auch alles tun, damit ihnen diese Umkehr nicht irgendwie zur Schande gereicht. Wir würden das aus unserer Überzeugung heraus als einen großen Entschluß begrüßen. Aber es ist einfach nicht daran zu denken. Es bleibt dabei. Und das ist so erschütternd – wenn man Europa von Amerika aus betrachtet –, daß in Frankreich diese Zustände sind und daß – wenn auch nicht in demselben Ausmaß und in derselben Ausgeprägtheit wie in Frankreich – auch in Deutschland eine so große Partei wie die Sozialdemokratische Partei offensichtlich den Standpunkt vertritt, diese Verträge nicht abzuschließen.

Ich glaubte, weil wir in so entscheidenden Wochen und Monaten auf dem Gebiete der Außenpolitik stehen, Ihnen diese ganze Situation etwas ausführlicher darstellen zu sollen. Wenn ich nun zu weit gegangen bin, dann entschuldigen Sie es, aber wenn man von einer so wichtigen Frage wie diese: was wird aus dem deutschen Volke und aus Europa – Tag und Nacht erfüllt ist, werden Sie verstehen, daß, wenn man darüber spricht, es etwas ausführlicher tut.

Wenn Sie nun irgendeine Frage zu stellen haben, dann bitte, tun Sie es.

Ich möchte ein Wort zur Saarfrage sagen. Im Gegensatz zu meinem Freund

---

24 Fritz Baade (1893–1974), Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften; 1930–1933 MdR (SPD), 1934–1946 Wirtschaftsberater in der Türkei, 1948–1961 Leiter des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, dann Direktor des Forschungsinstituts für Wirtschaftsfragen in Bonn, 1949–1965 MdB.

Kaiser und auch zu meinen Freunden Altmeier und Zimmer bin ich der Auffassung, daß, wie die Dinge in der Welt liegen, die Saarfrage nicht die wichtigste ist. Es ist eine Frage von Bedeutung. Aber in der Saarfrage sitzen wir ziemlich fest.

Mit Herrn Bidault habe ich eigentlich über die Saarfrage kaum einige Sätze bisher gesprochen.[25] Er steht den Dingen auch noch ziemlich fremd gegenüber. Er kann sie auch gar nicht so beurteilen, wie sie Herr Schuman beurteilen konnte, der aus der Gegend von Metz stammt. Wir müssen versuchen, innerhalb des Kabinetts und innerhalb der Koalitionsfraktionen unsere Saarpolitik für die Zukunft zu überlegen.

Ich habe gestern eine Besprechung mit Ollenhauer gehabt. Ich habe ihm gesagt: Wir werden die ganze Situation, in der sich unsere Saarpolitik befindet, überprüfen und sehen müssen, zu welchem Ergebnis wir dann kommen. Ich werde mich mit Ihnen darüber unterhalten. Und er hat das absolut akzeptiert. Ich möchte Sie bitten, daß wir die Saarfrage heute weglassen. Das können wir vielleicht bei einer anderen Gelegenheit tun. Es stehen wichtige andere Fragen auf dem Spiel.

Wahlkampffinanzierung

Wir werden uns in der heutigen Parteivorstandssitzung darüber unterhalten müssen, was wir zu der Frage der Stichwahl zu sagen haben. Wir werden über die finanziellen Fragen sprechen müssen. Bei den finanziellen Dingen wird es [sich] namentlich um eine Frage handeln. Deswegen wollte Herr Johnen hier sein. Ich bedaure sehr, daß er nicht hier ist. (*Tillmanns:* Er kommt!) Dann sind wir vielleicht nicht mehr da. Es handelt sich um die Fördergesellschaften[26], über die wir reden müssen, damit nicht hinterher, wenn die Sozialdemokraten in den Wahlkampf gehen, es heißt: das sind nur die Industriellen usw. Tatsächlich stehen hinter diesen Gaben etwa 90.000 bis 100.000 Menschen, und es ist nicht so, als wenn uns irgendeine große Gesellschaft eine Summe auf den Tisch legt.

Diese Fördergesellschaften sind nach den Ländern aufgebaut und haben einen etwas übertriebenen Länderföderalismus in sich, der genährt wird von den Landesparteien. Die Landesparteien – das gilt namentlich für Nordrhein – haben es durchgesetzt, daß die Zentrale von diesen Summen zu wenig bekommt.

Man kann unmöglich einen Wahlkampf für einen Bundestag führen, wenn die Zentrale der verschiedenen Parteien zu wenig Geld bekommt, um diesem Wahlkampf die entscheidenden Akzente zu geben. Darüber muß Herr Lenz noch berichten. Dieser Wahlkampf kann nicht von jedem Land für sich geführt werden.

Das ist einer der entscheidenden Punkte, mit denen wir uns heute zu beschäfti-

25 Adenauer hatte mit Bidault am 26. Februar (vgl. Bulletin Nr. 39 vom 27. Februar 1953; AdG 1953 S. 3889) und am 9. März 1953 gesprochen (vgl. AdG 1953 S. 3904; Jacques Freymond S. 147).

26 Vgl. Nr. 12 Anm. 42.

gen haben, weil wir möglichst zu einem Ergebnis kommen sollten, den Ländern zu empfehlen, vernünftig zu sein. Die Länderparteien sollen nicht abhängig gemacht werden von der Bundespartei; aber die Bundespartei darf auch nicht abhängig gemacht werden von den Länderparteien. Da muß ein besserer Ausgleich gefunden werden, als er z.Z. besteht.

Nordrhein-Westfalen macht uns am meisten Sorge, weil unsere meisten Wähler da sitzen und dort das meiste Geld zusammenkommt. Westfalen war bereit, entgegenzukommen. Herr Johnen ... (*Albers:* Herr Johnen sagt, es sei eine Übereinstimmung mit dem Bundesschatzmeister getroffen worden.) Wir haben den Bundesschatzmeister hier; er ist Manns genug zu sagen, was gewesen ist. Das ist eine wichtige Frage.

Eine zweite wichtige Frage, über die wir zu sprechen haben, ist die Aufstellung der Kandidaten. Wir haben in dem Herrn Bundestagspräsidenten einen sehr unparteiischen Zeugen über die Qualität des heutigen Bundestages in allen Fraktionen. (*Ehlers:* Darüber gebe ich erst im September eine Erklärung ab.) Wir können sagen: Jede Qualität kann noch verbessert werden. Dagegen kann kein Mensch etwas sagen. Wir brauchen gerade auf dem Gebiet der Wirtschaft, nachdem Herr Etzel weggegangen ist – ein sehr bedauerlicher Ausfall – eine Reihe von tüchtigen Leuten. Auch Herr Henle[27] will nicht weiter kandidieren.

Wir brauchen auch bei den Arbeitnehmern, wenn es so ist, daß der DGB tatsächlich parteipolitisch neutral wird – darüber wird Herr Kaiser berichten können –, noch tüchtige Leute.

Die Grüne Front sorgt mit einer anerkennenswerten Stärke bei allen Fraktionen geschlossen für sich selbst. Hier brauchen wir keine großen Sorgen zu haben.

Wir müssen uns darüber unterhalten, wie es möglich sein kann, daß die Landesparteien und die Kreisparteien in einem gewissen Sinne sich beeinflussen lassen, bestimmte Kandidaten aufzustellen.

Damit möchte ich einstweilen schließen. Damit wir uns nicht zu sehr verlieren, glaube ich, ist es richtig, daß wir zunächst Herrn Lenz bitten, das Wort zu nehmen. (*Lenz:* Vielleicht gibt Herr Bach zunächst über die Ziffern eine Übersicht!)

Kaiser: Können wir nicht so verfahren, daß wir über die Fragen, über die wir einig sind, nicht sprechen; z.B. die Frage der Verträge, über die wir uns alle einig sind. Ich möchte aber die Frage stellen, ob wir nicht über die Saar sprechen sollen. Ich habe die Bitte, daß wir das nicht mehr auf die lange Bank schieben sollen, sondern daß wir zu einer Klarheit kommen. Daß die Frage heute nicht zu lösen ist, wissen wir. Aber wir müssen zu einer Übereinstimmung miteinander kommen, damit es keine Differenzen gibt.

27 Dr. Günter Henle (1899-1979), 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates (CDU), 1949–1953 MdB, 1952–1953 Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der EGKS (Erinnerungen: Weggenosse des Jahrhunderts, hier S. 115f.).

Adenauer: Die heutige Vorstandssitzung hat einen bestimmten Zweck. Sie ist dazu einberufen worden, damit wir zu folgenden Fragen Stellung nehmen: Wahlrecht, Verteilung des Geldes, Parteitag in Hamburg und Aufstellung der Kandidaten für den Bundestag.

Die allgemeine Übersicht habe ich Ihnen gegeben, weil ich glaubte, daß es nötig war, um zu sehen, wie die Situation ist.

Tillmanns: Ich habe eine Nummer der sowjetamtlichen ostzonalen Zeitung mit einem Bericht über den Tod Stalins mitgebracht.[28] Ich bitte Sie, im Laufe des Tages einen Blick in diese Zeitung zu werfen, damit Sie einen Eindruck von dem bekommen, was dort zum Tode Stalins gesagt wird. Ich lese Ihnen aus der großen Trauererklärung des Zentralkomitees der SED nur einen Satz vor: „Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gelobt an der Bahre des großen unsterblichen Führers: Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird ihre Anstrengungen vervielfachen, um die Sache von Marx, Engels, Lenin und Stalin in ganz Deutschland zum Siege zu führen."

Ich bitte, dieser Erklärung doch immerhin eine gewisse Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Adenauer: Ich glaube wir können zu der Finanzfrage übergehen. Das Wort hat Herr Bach.

Bach: Ich habe einen Etat für dieses Jahr aufgestellt für die laufenden Ausgaben und für die eigentlichen Ausgaben des Wahlkampfes in Höhe von 11,5 Millionen DM. Von diesen 11,5 Millionen habe ich nur bewilligt bekommen sechs Millionen DM. Das ist mit sehr starken Kämpfen verbunden gewesen. Wir müssen damit rechnen, daß wir mit diesen sechs Millionen den Wahlkampf insgesamt nicht gerade vollkommen werden führen können.

Für die laufenden Ausgaben der Organisation auf Bundes-, Landes- und Kreis-Ebene sind vier Millionen bewilligt und für den eigentlichen Wahlfonds zwei Millionen. Diese letzte Zahl ist sehr niedrig, wenn Sie berücksichtigen, daß wir insgesamt 195 Bundestagswahlkreise haben. Somit stehen für den Wahlkampf für jeden Bundestagswahlkreis von oben nach unten je ganze 10.000,– DM zur Verfügung.

Die vier Millionen werden für die laufenden organisatorischen Arbeiten zur Verfügung gestellt. Wir haben mit den Landesgeschäftsführern besprochen – ich bedaure, daß Herr Heck nicht hier ist –, von diesen sechs Millionen für die laufenden Ausgaben der Zentrale, einschließlich des Parteitages und sonstiger Vorkommnisse, eine Million und den Landesverbänden drei Millionen zur Verfügung zu stellen. Diese drei Millionen sind auf der Landesebene aufgeteilt worden unter Zustimmung sämtlicher Landesgeschäftsführer.

Ich weiß nicht, ob Sie die Zahlen kennen. Ich darf sie Ihnen bekanntgeben:

---

28 Zitat aus dem Telegramm des Zentralkomitees der SED an das Zentralkomitee der KPdSU vom 6. März 1953 nach „Neues Deutschland" vom 7. März 1953.

Schleswig-Holstein	DM 250.000,–
Hamburg	DM 200.000,–
Bremen	DM 54.000,–
Niedersachsen	DM 450.000,–

Adenauer: Wenn Sie das Material haben wollen, kann es geschrieben werden, und Sie bekommen es nachher.

Bach: Die Landesverbände haben es bekommen! Den Landesverbänden wurden 3.069.000,– DM zur Verfügung gestellt. Demgegenüber stand eine Million für die gesamte Arbeit der Zentrale zur Verfügung. Die Zentrale war der Ansicht, daß sie die zwei Millionen des Wahlfonds für sich haben müßte, um den Wahlkampf gut vorbereiten und durchführen zu können.

Die Bundesgeschäftsstelle hat für die Ausgaben des Wahlkampfes – Plakataktion, Filmpropaganda usw. einen Etat aufgestellt und kommt zu einem Betrag von 2.645.000,– DM. Das ist der Betrag nur für die Propaganda und Organisationsarbeit für den Wahlkampf. (*Wuermeling:* Neben den laufenden Kosten!) Die laufenden Ausgaben für das Jahr 1953 betragen 969.920,– DM. Darin ist der Parteitag enthalten. Das hat Herr Heck aufgestellt. (*Pferdmenges:* Monatlich 100.000,– DM.) Die Unterteilung dieser Summe von 2.645.000,– DM für den Wahlkampf sieht so aus:

Redner	DM 20.000,–
Tonpropaganda	DM 205.000,–
Filmpropaganda	DM 60.000,–
Flugblätter	DM 360.000,–
Zentrale Plakatierung	DM 730.000,–
Wahlzeitung	DM 560.000,–
Rednereinsatz	DM 250.000,–
Diapositivwerbung	DM 160.000,–
Reserve	DM 300.000,–

Wenn wir den Landesorganisationen drei Viertel der laufenden Beträge zur Verfügung gestellt haben mit 3.069.000,– DM, so sind wir der Ansicht, daß die Zentrale neben der einen Million für die laufenden Ausgaben die zwei Millionen haben muß. Das war die ursprüngliche Auffassung, die auch die Landesgeschäftsführer akzeptiert haben.

Dann kam es zu einer Absprache mit den Landesverbänden Nordrhein und Westfalen. Hierbei stellte sich der Förderverein von Nordrhein-Westfalen wie die Landesverbände auf den Standpunkt: Die Wahlgelder gehören auch in die Ebene der Landesverbände. Das macht für Nordrhein-Westfalen allein 720.000,– DM Wahlgelder aus, nachdem es über eine Million für laufende Ausgaben bekommt, so daß von dem Gesamtaufkommen von sechs Millionen in Nordrhein-Westfalen 1.750.000,– DM verbleiben würden, also fast ein Drittel des Gesamtaufkommens.

Daß damit die anderen Landesverbände und die Zentrale zu kurz kommen, ist klar; denn damit ist eine Reihe von Ländern bei der Durchführung des Wahlkamp-

fes gefährdet. Ich habe auf die Dinge aufmerksam gemacht, aber weder die Fördervereine noch der Landesvorstand von Nordrhein war bereit, Konzessionen zu machen. Die einzige Konzession, die ich erreichen konnte, war die, daß Nordrhein und Westfalen sich verpflichtet haben, von diesen 720.000,– DM Wahlgelder an die Zentrale 25 % abzuführen. Das würde für Nordrhein-Westfalen 180.000,– DM bedeuten. Für das gesamte Bundesgebiet bedeutet das, daß die Bundesgeschäftsstelle 500.000,– DM für die Durchführung des Wahlkampfes zur Verfügung hätte. Wir benötigen aber über drei Millionen.

Wir müssen erreichen, daß sich die Landesverbände mit dem Etat, der von den Landesgeschäftsführern besprochen worden ist, zufriedengeben. Die Flugblätter, die Tonpropaganda, die Plakataktion – es muß z.B. in Kiel das gleiche Plakat kleben wie in Konstanz –, das sind Angelegenheiten, die nur von oben gesteuert werden können.

Es geht um eine Aufteilung von 50 : 50.

Danach hätte die Zentrale für die laufenden Ausgaben zwei Millionen zur Verfügung. Das war unser ursprünglicher Vorschlag. Durch die Vorkommnisse in Nordrhein-Westfalen ist aber die Sache ins Schwanken geraten.

Wir müssen uns im Parteivorstand darüber klarwerden, ob wir zu dieser ursprünglichen Auffassung wieder zurückkehren können. Ich darf Ihnen die Summen bekanntgeben:

Schleswig-Holstein	DM 250.000,–
Hamburg	DM 200.000,–
Bremen	DM 54.000,–
Niedersachsen	DM 450.000,–
Westfalen	DM 540.000,–
Rheinland	DM 495.000,–
Mittelrhein	DM 195.000,–
Pfalz	DM 100.000,–
Hessen	DM 350.000,–
Nordbaden	DM 120.000,–
Nordwürttemberg	DM 180.000,–
Württemberg	DM 80.000,–
Südbaden	DM 100.000,–

Altmeier: Sie müssen einen neuen Landesverband machen! (*Zurufe:* Das geht viel zu schnell!)

Adenauer: Damit kein Mißverständnis eintritt. Das Wort von Herrn Bach: das gleiche Plakat muß in Kiel wie in Konstanz kleben – ist nur cum grano salis zu nehmen. Man kann das nicht über einen Leisten scheren. Die ganze Propaganda muß auch gewisse lokale und regionale Züge zeigen; sonst geht die Sache schief. Aber richtig ist an dem, was er gesagt hat, daß einige wesentliche, entscheidende Sachen tatsächlich überall wiederkehren. (*Pferdmenges:* Aus dem Zahlenmaterial sind die wenigsten klug geworden; so schnell ging das, Herr

Bach!) Meine Damen und Herren! Es hat keinen Zweck, daß wir hier nun in die Details einsteigen. Wir sollten uns auf folgende Frage beschränken: Ist der Vorstand, verstärkt durch die Landesvorsitzenden, der Auffassung, daß die Zentrale für den Bundestagswahlkampf einen Betrag von zwei Millionen braucht? Ja oder nein?

Wenn wir zu der Auffassung kommen, ja, dann müssen unter den beteiligten Kreisen Sonderverhandlungen stattfinden. Etwas anderes können wir heute hier nicht machen.

Tillmanns: Der geschäftsführende Vorstand hat mit der Bundesgeschäftsstelle versucht, eine Art Kostenvoranschlag zu machen für die Propagandaarbeit zur Bundestagswahl, soweit sie von der Zentrale aus gemacht werden muß. Wir sind davon ausgegangen, daß selbstverständlich eine vernünftige Aufgabenteilung zwischen den Landesverbänden und Kreisen auf der einen Seite und der Zentrale auf der anderen Seite vorgenommen werden muß.

Die angesetzten Beträge von 360.000,– DM für die zentralen Flugblätter, die 730.000,– DM für die zentrale Plakatierung, die 160.000,– DM für die Diapositivwerbung usw. sind nach unserer Auffassung zu wenig. Aber wir haben versucht, zunächst einmal ein Mindestmaß festzusetzen.

Diese Summe beläuft sich auf 2.645.000,– DM, die Herr Bach auch genannt hat. Darin ist aber nicht die laufende Finanzierung für die Sach- und Personalausgaben der Bundesgeschäftsstelle einbegriffen.

Ich möchte darum bitten, daß der Vorstand zustimmt, daß die Mittel zentral eingesetzt werden. Das würde bedeuten, daß uns rund sechs Millionen zur Verfügung stehen. Daraus würde dann für [!] die Bundesgeschäftsstelle rund die Hälfte – eine Million und zwei Millionen – benötigen, und die übrigen drei Millionen ständen den Landesverbänden zur Verfügung.

Es ist also die Frage, ob wir uns verständigen können, daß dieser Gesamtbetrag von sechs Millionen halb und halb geteilt wird zwischen der Zentrale und den Landesverbänden.

Adenauer: Herr Lenz hat das Wort.

Lenz: Den Etat der Bundesgeschäftsstelle habe ich nochmals genau überprüfen lassen. Eine Summe von zwei Millionen für die allgemeine Propaganda ist das Minimum dessen, was die Bundesgeschäftsstelle haben muß, um einen wirksamen Wahlkampf zu führen. Es sind nur vier große Plakate vorgesehen. Jedes Plakat kostet 120.000,– DM.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur nebenbei bemerken, daß das Plakat mit dem Russen vor dem Kölner Dom in Karlsruhe verboten worden ist. Ein Ausschuß in Karlsruhe hat erklärt, das wäre ruhestörend. Das sollte es auch sein, aber daß man so etwas verbietet und ausgerechnet in Karlsruhe, ist doch eine erstaunliche Angelegenheit.

Die ganze Plakataktion ist bisher von mir getragen worden. (*Adenauer:* Wer hat das verboten?) Ein Ausschuß, bestehend aus drei Stadtverordneten, der darüber

bestimmt, ob ein Plakat angeklebt werden kann. Der CDU-Vertreter war bedauerlicherweise nicht da, und die SPD hat sich mit dem DVP-Mann darüber geeinigt, daß das Verbot durchgeführt werden soll.[29] (*Adenauer:* Wofür haben wir ein Bundesverfassungsgericht?) Die Bundesgeschäftsstelle hätte nur die Möglichkeit, vier Plakate zu machen. Der eingesetzte Betrag für die Flugzettel, die Flugblätter usw. ist nach unserer Erfahrung zu niedrig. Wir müsssen uns darauf wappnen, daß von der Opposition dauernd neue Behauptungen aufgestellt werden, die wir schlagartig erwidern müssen.

Wenn nicht ein gewisser Spielraum für die Bundesgeschäftsstelle da ist, ist es nicht möglich, den Wahlkampf zu führen.

Für die überparteiliche Arbeit, die seit Monaten läuft, habe ich zwei Millionen eingesetzt. Die kommen noch hinzu. Das Entscheidende müssen in den letzten drei, vier Monaten die Parteien machen. Ich kann nur nachdrücklichst das unterstützen, was die beiden Vorredner gesagt haben. Das setzt voraus, daß die ganze überparteiliche Propaganda bis zum Juli durchgeführt werden kann.

Herr Bundeskanzler, ich möchte um eins bitten, daß wir im Hinblick auf den Parteitag in Hamburg noch zu einer kurzen Erörterung kommen, was wir propagandistisch in Hamburg machen müssen.

Adenauer: Aber nicht hiermit verquicken. Wir wollen zuerst diese Frage erledigen. Das Wort hat Herr Scharnberg.

Scharnberg: Ich möchte nicht die Frage an Herrn Bach stellen, wie nun die einzelnen Landesverbände, die ihren vollen Satz aufbringen, daran Anteil haben. Ich glaube, wenn ich diese Frage beantwortet bekäme, würde es für diejenigen, die bisher gut hergegeben haben, vielleicht schwer werden, gegen diese Hergabe nicht Einspruch einzulegen. (*Adenauer:* Das habe ich nicht ganz verstanden! – *Zuruf:* Ich auch nicht!) Ich glaube, daß bei denjenigen, die gut an die Zentrale abführen – wenn man die schlechten Abgaben von den anderen sieht –, Schwierigkeiten eintreten werden. (*Adenauer:* Ich glaube, Sie verkennen das Problem!) Die Schwierigkeit, die Herr Bach sieht, liegt darin begründet, daß einzelne Landesorganisationen sich überhaupt sträuben, etwas an die Zentrale abzugeben.

Adenauer: Die Landesverbände geben ja nichts ab, sondern die Förderverbände geben ab nach den Vereinbarungen, die zwischen den Landesparteien und uns getroffen werden. Nun ist für Nordrhein-Westfalen eine Vereinbarung getroffen, die die Zentrale stark benachteiligt. Deswegen brauchen wir uns über die Frage, arbeitet dieser Förderverband besser als jener, nicht zu unterhalten. Wir können uns darauf beschränken: Sind die Aufgaben der Zentrale so wichtig, daß eine Verteilung

29 Es handelte sich um ein Plakat, das im Vordergrund einen russischen Soldaten mit dem Maschinengewehr im Anschlag zeigt, im Hintergrund – wechselnd – Kirchen, Rathäuser, Wohnhäuser usf. Der Text lautet: „Er ist bewaffnet. Wollt ihr ihn haben?" Das inkriminierte Plakat, das auch als Postkarte in Umlauf gesetzt wurde, diente der Werbung für den Verteidigungsbeitrag.

der Gelder der Förderverbände 50 : 50 gerechtfertigt erscheint. Die Förderverbände sind dann bereit, dementsprechend zu verfahren.

Scharnberg: Wenn das einigermaßen gleichmäßig gemacht wird, habe ich nichts dagegen. Ich bin der Meinung, daß selbstverständlich die Zentrale die benötigten Gelder haben muß.

Adenauer: Bei der Verteilung an die Landesverbände sind zwei Landesverbände ganz übergangen worden: der Landesverband Oder-Neiße und die Exil-CDU. Ich habe auch den Ausführungen nicht mit Sicherheit entnehmen können, daß hier auf diesen Sachverhalt Rücksicht genommen worden ist. Es ist keine Gruppe so zentral anzusprechen wie die Vertriebenen. Es muß unter allen Umständen daran gedacht werden, daß wir für dieses große Reservoir von Wählern die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen.

Das Wort hat Herr Albers.

Albers: Selbstverständlich muß die Bundespartei ihre Gelder haben, aber ob dieser Schlüssel von 50 : 50 richtig ist, möchte ich bezweifeln. Die Bundespartei kann nicht alle Aufgaben übernehmen, die die Länder haben und die Kreisparteien. Die Landesparteien und die großen Kreise haben bei den letzten Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen ihre eigene Methode entwickelt.

Ich weiß nicht, ob das Magnetophonband das ablösen soll, was z.B. in Nordrhein insbesondere vorgesehen ist, nämlich die Ansprachen an die Arbeiterschaft und an andere Gruppen. Ich kann aus meiner Erfahrung sagen, man muß hier eine gewisse Freiheit lassen. Bei der letzten Wahl habe ich in Köln die Erfahrung gemacht, daß wir den Wahlkampf in einer bestimmten Richtung gegen die Kräfte führen müssen, die sich an den Orten unseres Bezirks zeigen. Ich kann mir vorstellen, Herr Bundeskanzler, daß der Herr Görlinger[30] und seine Gesellen den Wahlkampf nach einer anderen Methode führen werden. Dazu müssen wir aber genug beweglich sein.

Ich schätze, daß wir für den Wahlkampf in Köln mindestens 60.000,– DM notwendig haben, um überhaupt bestehen zu können. Und jetzt sollen nicht einmal 10.000,– DM pro Kreis zur Verfügung gestellt werden. Es bleiben demnach in Köln etwa 18.000,– DM bis 20.000,– DM hängen. Mit diesen Mitteln kann ich in diesem Bezirk den Wahlkampf nicht so führen, wie es unbedingt notwendig ist.

Wir haben uns im rheinischen Parteivorstand am Samstag mit der Frage beschäftigt. Wir haben den Vorschlag des Herrn Dr. Burgbacher[31] angenommen. Herr Bach hat den 90.000,– DM für Nordrhein zugestimmt. Der Parteivorstand von

30 Robert Görlinger (1888–1954), seit 1909 SPD, 1919–1933 Stadtverordneter in Köln (Fraktionsvorsitzender), 1947–1949 MdL Nordrhein-Westfalen, Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetages, 1948–1949 und 1950–1951 Oberbürgermeister von Köln, 1949–1954 MdB.

31 In der Vorlage: Burgward. – Dr. Fritz Burgbacher (1900–1978), vor 1933 Zentrum, 1948 CDU, 1952–1967 Vorstandsmitglied des Landesverbands Rheinland, 1960–1967 Bundesschatzmeister, 1957–1976 MdB, 1958–1977 MdEP, 1973–1976 Vizepräsident des Europäi-

Nordrhein hat am Samstag mit diesen Ziffern gerechnet. Die anwesenden Vorsitzenden des Landes Nordrhein waren mit den Ziffern einverstanden und glaubten, die Voraussetzungen für einen guten Wahlkampf zu haben.

Adenauer: Lassen Sie mich ein Wort zu dieser Frage sagen. Ich bitte Herrn Albers, das nicht übelzunehmen: er entwickelt sich zu einem Föderalisten hervorragender Prägung. (*Albers:* Ich muß das für Köln sagen!) Nein, für Nordrhein! Wir haben keine Landtags- und keine Kommunalwahlen, wir haben Bundestagswahl! Und unsere Partei hat nicht die Geschlossenheit wie etwa die Sozialdemokratische Partei. Infolgedessen muß die Bundeszentrale gewisse Aufgaben erfüllen. Es kann sich hier nicht darum handeln, das Pferd beim Schwanz aufzuzäumen, sondern man muß beim Kopf anfangen.

Bei diesem Wahlkampf, Herr Albers, es tut mir leid, das sagen zu müssen, ist der Kopf die Zentrale. Es kommt darauf an, wieviel Futter wir ihm geben; d.h. welche Aufgaben wollen wir zentral lösen. Es sind vorgesehen vier einheitliche Plakate. Das ist außerordentlich wenig. Wahrscheinlich werden die meisten von Ihnen sagen, es müssen mehr sein.

Die Bundesgeschäftsstelle, der geschäftsführende Vorstand und der Parteivorstand haben bei dieser Wahl Aufgaben zu erfüllen, die eine Landespartei und eine Partei in einer Stadt – selbst wenn diese Stadt Köln heißt – nicht erfüllen kann.

Ich meine daher, wir sollten uns nicht in langen Reden ergehen, was die einzelnen Kreisparteien usw. nötig haben, sondern wir sollten davon ausgehen, daß wir sagen: die und die Beträge sind wirklich notwendig bei der Bundestagswahl, die nun die Zentrale zur Verfügung haben muß.

Das Wort hat Herr Pferdmenges.

Pferdmenges: Wir haben gestern gehört[32], daß die SPD ihre Gelder weitgehend zentral einsetzt. Wir haben außerdem gehört, woher die SPD hauptsächlich ihre Gelder für die Wahl bezieht. (*Adenauer:* Zum großen Teil aus der Wirtschaft!) Nein, nur im kleinen; aber aus der Gemeinschaftsbank[33], von den Gewerkschaften und den öffentlichen Kassen! Es werden gewisse Landesbanken, öffentlich-rechtliche Institutionen, zu erheblichen Beiträgen herangezogen. Und uns machen sie einen Vorwurf, wenn wir versuchen, auf eine anständige Weise die Gelder zu beschaffen. Wenn die SPD diese Gelder für die Wahl einsetzt, ist das eine Sache, die auf eine sehr gefährliche Ebene kommt. Damit haben wir eine gewaltige Waffe in der Hand, wenn sie uns an den Wagen fahren sollte.

Wir beziehen unsere Gelder nur von privaten Leuten, die bereit sind, uns das

---

schen Parlaments (Erinnerungen: Gedanken zu unserer Zeit. 5 Bde. Köln 1957–1976). – Protokoll der Vorstandssitzung vom 7. März 1953 nicht ermittelt.

32 Am 10. März 1953 Treffen der Fördergesellschaften (Terminkalender).

33 Vermutlich eine der sechs Regionalbanken für Gemeinwirtschaft, die sich Ende 1958 zur Bank für Gemeinwirtschaft zusammenschlossen. Vgl. Deutsche Bankengeschichte 3. Frankfurt 1983 S. 241f.

Geld zur Verfügung zu stellen. Öffentliche und halböffentliche Gelder für eine solche Sache zu verwenden, halte ich für außerordentlich gefährlich.

Adenauer: Bleiben wir beim Thema! Ich möchte an Sie, Herr Albers, die dringende Bitte richten: Bieten Sie Ihren Einfluß in Nordrhein auf. Westfalen war so vernünftig; Nordrhein war nicht so vernünftig. Warum nicht? Weil die Organisation nicht so gut ist wie in Westfalen. Sie wissen genau – ich meine nicht Köln –, wie es bei Ihnen steht, und dafür sind die Gelder nicht da! Sie sind dazu da, um eine gute Wahl herbeizuführen und nicht, um Fehler, die in der Vergangenheit begangen worden sind, jetzt wieder auszubessern.

Ich bitte daher nochmals darum zu sagen, welche Aufgaben von der Zentrale erfüllt werden müssen. Wenn wir das billigen, sind wir einen Schritt weitergekommen heute und haben festen Boden unter den Füßen zu Verhandlungen mit den Landesparteien und den Fördergesellschaften.

Das Wort hat Herr Kiesinger.

Kiesinger: Die 2.645.000,– DM sind nach langen Beratungen als das Minimum dessen festgestellt worden, was wir brauchen. Wenn man die einzelnen Posten ansieht, muß ich gestehen, daß fast jeder Posten zu gering wegkommt.

Rednermaterial 20.000,– DM (*Adenauer:* Das ist nichts!)

Tonpropaganda 205.000,– DM. Das sind die Wagen, mit denen wir gute Erfahrungen gemacht haben. (*Adenauer:* Die fahren auf die Dörfer!) Sie kündigen den Redner an. (*Wuermeling:* Für je zwei Wahlkreise eine Anlage!)

Filmpropaganda 60.000,– DM. Das ist so gut wie nichts!

Flugblätter 360.000,– DM. Das sind vier Flugblätter; das ist außerordentlich wenig. (*Adenauer:* Vier zentral gesteuerte Flugblätter!) Bei diesem mit Sicherheit zu erwartenden mörderischen Wahlkampf kommt die Zentrale zu kurz.

Zentrale Plakatierung 730.000,– DM.

Wahlzeitung 560.000,– DM. Der Betrag ist zu gering!

Kundgebungen und Rednereinsatz 250.000,– DM. Auch außerordentlich bescheiden!

Diapositivwerbung 160.000,– DM. Verhältnismäßig gering!

Reserve 300.000,– DM.

Damit kommen wir auf den Betrag von 2.645.000,– DM.

Adenauer: Es werden nur erbeten zwei Millionen. Ich habe mich anheischig gemacht, noch 645.000,– DM irgendwoher herbeizuschaffen, damit diese Aufgaben erfüllt werden können.

Kiesinger: Die Gefahr, daß tatsächlich Schulden bezahlt werden und das Geld versickert, so daß es für die eigentlichen Zwecke des Wahlkampfes nicht zur Verfügung steht, ist außerordentlich groß. Ich glaube, daß der Schlüssel 50 : 50 wirklich das Minimum dessen ist, was man für die Zentrale braucht.

Adenauer: Wir haben die Befürchtung – ich kann es nicht beweisen –, daß die Wahlgelder, die die Landes- bzw. Kreisparteien bekommen, zum Teil dazu benutzt werden, um alte Schulden zu bezahlen. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Bach: Seitdem sich die Zentrale um die Finanzen kümmert, sind auch die Landesverbände nicht schlechtgefahren. Ich darf darauf hinweisen, daß die Wahl im Südweststaat und auch die Kommunalwahlen in den Ländern wahrscheinlich nicht so gut verlaufen wären, wenn wir uns nicht schwerpunktmäßig für die Durchführung dieser Wahlen eingesetzt hätten. Das gilt auch für die Wahl in Niedersachsen.

Es ist selbstverständlich, daß die Zentrale kein Geld auf einen großen Haufen legen will, aber sie muß beweglich sein, damit da, wo Not am Mann ist, geholfen werden kann. Nordrhein und Hamburg bringen prozentual mehr Gelder ein als Südbaden. Aber wir haben in Südbaden sieben Mandate und in Württemberg-Hohenzollern sieben Mandate. Wir können diese Gebiete nicht vernachlässigen. Wir dürfen diese Mandate nicht verlieren. Wir müssen die Bundestagswahl gewinnen! Ich kann die Dinge beurteilen. Ich weiß von den Zusammenhängen und von dem Aufbau. Der Betrag von zwei Millionen für die Durchführung der Wahl ist um 50 % zu gering. Wir hätten vier Millionen haben müssen. Dann hätten wir zwei Millionen für die Zentrale und für jeden Wahlkreis 10.000,– DM zur Verfügung stellen können.

Wir müssen nun überlegen, wie wir den Betrag, den wir haben, am besten einsetzen. Die Landesverbände schalten bei dieser Bundestagswahl kostenmäßig sehr stark aus; die Kosten entstehen an der Zentrale und in den Bundestagswahlkreisen. Die Landesverbände sind nur dazu da, die Regie in ihrem Verband zu führen, damit die Dinge in den Wahlkreisen ausgeglichen werden.

Wir sollten noch bereit sein, vom Bund aus 25 % der Wahlgelder den Landesverbänden zu belassen. Ich will mich verpflichten, diese 25 % durch Sondersammlungen aufzubringen.

Adenauer: Seien Sie vorsichtig! Sondersammlungen für die Landesverbände! Bleiben wir beim Thema. Es dreht sich darum: Halten wir es für eine absolute Notwendigkeit, daß die Zentrale mindestens zwei Millionen bekommt?

Bach: Wenn die Zentrale die zwei Millionen bekommt und die eine Million für ihre laufenden Ausgaben, bleibt die Zahl bestehen; das sind die Gelder, die die Landesverbände bekommen, wie sie ursprünglich vorgesehen waren. Ich bin überzeugt davon, daß die Landesverbände damit auskommen. Aber ich sehe Schwierigkeiten in Nordrhein.

Adenauer: Warten wir doch ab! Wir haben Leute wie Herrn Albers, der hat auch etwas zu sagen. Sie haben sich eine Stellung angemaßt, Herr Bach, die Sie nicht haben! Sie sind doch in Westfalen.

Herr Albers, zu Ihrer Beruhigung! Falls sich in Nordrhein irgendwie besondere Schwierigkeiten ergeben sollten, dann müssen Sie sich mit Herrn Pferdmenges und mir zusammensetzen, um dann zu sehen, was zu machen ist. Lassen wir bei dieser prinzipiellen Entscheidung von 50 : 50 auch Ihre Zustimmung feststellen.

Das Wort hat Herr Cillien.

Cillien: Die Zentrale übernimmt eine große Verantwortung, und wenn die Sache

nicht glücklich verläuft, werden Sie allerhand Kritik zu hören bekommen. Besprechen Sie diese Dinge nicht allein mit den Geschäftsführern, ziehen Sie auch die Landesvorsitzenden hinzu! Ich habe die Bitte, daß Sie die Landesverbände mit Material versorgen. Die Landesverbände, die eine eigene Zeitung haben, sind wesentlich besser dran als die Gebiete – wie Niedersachsen –, die keine eigene Zeitung haben. Darauf müßte die Zentrale Rücksicht nehmen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kollege Ehlers.

Ehlers: Wir haben als Parteivorstand die Aufgabe, das festzusetzen, was für die Gesamtpartei möglich und erforderlich ist. Man könnte primitiv argumentieren: Wenn die Sozialdemokratie, die uns in den Möglichkeiten und in der Methode der Propaganda weit voraus ist, sich für eine zentral gesteuerte Propaganda entscheidet, dann ist das eine Entscheidung, die wir auch in sehr ernster Weise berücksichtigen sollten.

Es geht um zentrale Bundesfragen, und hier ist die einheitliche Steuerung wirklich nötig. Ich meine, es kann an dem, was in diesem Rahmen für die Bundespartei notwendig ist, kein Pfennig gekürzt werden, sondern es muß gemeinsam konzediert werden. Anders geht es nicht!

Hinsichtlich der einheitlichen Steuerung der Plakate ist mein Glaube sehr gering. Ich bin nicht davon überzeugt, daß Plakate, auch wenn sie in vierfacher oder achtfacher Form einheitlich oder föderalistisch geklebt werden – das ist gleich –, eine sehr starke Wirkung haben. Ich bin der Auffassung, daß wir in viel stärkerem Maße eindrucksvolle Zeitungsanzeigen benutzen müssen, die gut aufgemacht und raffiniert formuliert sind und die die Leute auf den Küchentisch bekommen. (*Lenz:* Das kostet zuviel!) Herr Lenz, es kostet im Ergebnis nicht viel. Wir haben es durchexerziert. Es muß am Freitag oder Sonnabend vor der Wahl eine knallende Seite in die Zeitung kommen. (*Zuruf:* Vorgesehen!) Ich spreche mich dafür aus, daß wir nicht lange debattieren sollten, sondern daß wir das, was für die Zentrale unbedingt notwendig ist, nach dem Vorschlag konzedieren.

Adenauer: Das Wort hat Herr Zimmer.

Zimmer: Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Präsidenten Ehlers grundsätzlich an. Ich bin der Meinung, daß die Reserve der Bundeszentrale viel zu gering ist. Nach den Erfahrungen, die wir 1949 gemacht haben, kommen Sie damit nicht aus.

Ich habe erhebliche Bedenken – das sage ich als Föderalist –, daß man den Ländern unbesehen 50 % des Aufkommens ohne weiteres zur freien Verfügung für den Wahlkampf überläßt. Man soll den Ländern nicht vorschreiben, was sie damit tun, aber man kann nicht so weit gehen, einfach zu sagen: Macht, was ihr wollt! Ich bin der Meinung, daß hier ein rechtzeitiges Mitwissen der Zentrale und unter Umständen auch ein freundliches Einspruchsrecht gegeben sein muß.

Adenauer: Darf ich das so verstehen, daß Sie sagen: Die Landesverbände sollen zwar selbst bestimmen, aber sie sollen doch die Zentrale laufend über das unterrichten, was geschieht? (*Zimmer:* Vorher!) Ehe sie es ausgeben!

Gröwel: Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß man die Junge Union und die Frauen bei der Aussuchung des Werbematerials heranzieht.

Kiesinger: Ich würde vorschlagen, daß diese Einzelheiten jetzt nicht besprochen werden. Wir sind an der Arbeit, und wir holen alle Berufenen dazu. Wenn wir aber jetzt im einzelnen darüber debattieren, fürchte ich, daß wir den ganzen Tag dazu benötigen. Ich bitte Sie, so viel Vertrauen zum geschäftsführenden Vorstand zu haben, daß er in der Zwischenzeit alles so ausarbeitet, und zwar in Fühlungnahme mit den in Betracht kommenden Interessenten, daß wir bis Hamburg etwas Brauchbares haben. Heute sollten wir uns nur über die grundsätzliche Frage der Mittelverteilung entscheiden.

Adenauer: Ich darf mir die Anregung erlauben, daß sich die Herren einmal darüber äußern, ob die Landesparteien gehalten sein sollen, einen Plan, wie sie die Gelder verwenden wollen, der Bundeszentrale vorlegen sollen, um sich evtl. beraten zu lassen.

Schröder: Herr Albers und ich sind beauftragt worden vom rheinischen Landesvorstand zu erklären, daß Nordrhein-Westfalen das Land ist, daß 50 % in diesen Dingen aufbringt. Deswegen sieht die Sache aus seiner Betrachtung heraus etwas anders aus als anderswo. (*Zuruf:* Ohne eigenes Verdienst!) Ohne eigenes Verdienst und Schuldigkeit! *(Heiterkeit.)* Wenn wir also nicht in der Lage sind, unseren Bundestagswahlkreisen im Durchschnitt wenigstens 10.000,– DM zur Verfügung zu stellen, dann steinigen uns die Leute und bezeichnen uns als komplette Idioten, daß wir uns damit einverstanden erklären. Jeder andere hat die Möglichkeit, noch viele Stellen anzugehen, während wir eine komplette Sperre haben, so daß wir die Leute, bei denen die Möglichkeit besteht [...] (*Adenauer:* Sie haben eine komplette Sperre?) Die ist mehr oder weniger verhängt worden! (*Zurufe:* Die haben wir alle!) Das sieht für Sie ganz anders aus, weil gerade dort, wo das große Aufkommen ist, kein Mensch dafür Verständnis hat, daß wir nicht in der Lage sein sollen, 10.000,– DM aufzubringen. Das ist mit Herrn Bach besprochen worden. Herr Bach hat sich mit den 90.000,– DM für Nordrhein-Westfalen einverstanden erklärt. Ich kann Herrn Bach nicht verstehen, daß er wenige Tage später von dem Abkommen, das mit Herrn Johnen und den Verbänden getroffen worden ist, abweicht.

Herr Johnen könnte es bestätigen, wenn er da wäre, daß die Zahl von 90.000,– DM genannt worden ist und daß Sie sie widerspruchslos hingenommen haben. Deswegen befinden wir uns in diesem Glauben. Es ist sehr schade, daß uns dieser Glaube genommen werden soll, daß nämlich im Grunde komplette Harmonie bestanden hat.

Wenn Sie das bestätigen können, sind wir bereit, darauf zu verzichten. Wir müssen diesen Durchschnittssatz in Nordrhein-Westfalen haben, sonst sind wir nicht in der Lage, einen guten Wahlkampf durchzuführen. Ohne 10.000,– DM pro Wahlkreis können wir diesen Wahlkampf nicht führen.

Adenauer: Wir sind jetzt da, wo wir vor einer Stunde waren. Es wäre doch beschämend für die rheinische Partei, wenn es ihr nicht möglich wäre, einen guten

Wahlkampf zu führen. Machen Sie doch die Pferde nicht scheu, als ob Sie nicht irgendwo bohrten. Das glaubt Ihnen doch keiner!

Herr Bach, Sie sprechen manchmal wirklich etwas zu schnell, so daß Mißverständnisse entstehen. Herr Schröder, ich habe gestern mit Herrn Hellwig gesprochen. Es ist den Förderverbänden gleichgültig, die mischen sich nicht ein. Sie sagen: Was ihr beschließt, das tun wir. Wenn wir zu dem Ergebnis kommen, 50 : 50, dann werden die Förderverbände das ohne weiteres respektieren.

Ich meine, es kann wirklich kein Mensch bestreiten, daß diese Beträge, die von der Zentrale angesetzt worden sind, die sich auf 2,6 Millionen belaufen – und wovon wir versuchen, 600.000,– DM noch zu beschaffen, so daß es nur noch 2 Millionen sind –, das Bescheidenste und das Notwendigste sind für die Bundestagswahl.

Herr Schröder, Sie haben ebenso wie Herr Albers auftragsgemäß gehandelt, Sie haben das von Ihrem Parteivorstand vorgetragen, und damit, glaube ich, haben Sie Ihre Pflicht erfüllt! *(Heiterkeit.)* Wir können uns jetzt den Aufgaben der Zentrale zuwenden. Da möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir uns darauf einigen, zu sagen: Der von der Zentrale, vom geschäftsführenden Vorstand und von Herrn Bach vorgelegte Anschlag für die von der Zentrale zu übernehmenden Aufgaben und die dafür eingesetzten Kosten sind äußerst gering. Ich glaube, darüber sind wir alle einig! Wir sind auch darüber einig, daß diese Aufgaben von der Zentrale gelöst werden müssen. Auch darin kann ich unser Einverständnis feststellen. Daraus ergibt sich ohne weiteres – sonst hat das Ganze keinen Zweck für die Zentrale –, daß eine Verteilung zwischen der Zentrale und den Landesverbänden getroffen werden muß, die der Zentrale diese zwei Millionen bringt, d.h. eine Aufteilung von 50 : 50. Wir sind weiter mit der Anregung von Herrn Dr. Zimmer und Herrn Dr. Ehlers einverstanden, daß wir im Parteivorstand beschließen, den Landesverbänden zu empfehlen, einen Plan über die Verwendung ihrer Gelder rechtzeitig aufzustellen und diesen Plan mit der Bundesgeschäftsstelle abzustimmen. Sonst kann es passieren, daß Gelder unnötig ausgegeben werden. Können wir uns über diese vier Punkte jetzt einigen? (*Albers:* Mit den Punkten 1 und 2 bin ich einverstanden, aber nicht mit Punkt 3!) Dann enthalten Sie sich der Stimme! Es geht sonst wirklich nicht. Es ist nur Nordrhein, das es nicht tun wollte. Der Herr Bach hat die Verwirrung bei uns gebracht. (*Bach:* Dazu muß ich etwas sagen!) Lassen wir es, Schwamm drüber! Herr Schröder, können Sie nicht dafür stimmen?

Schröder: Ich kann es unmöglich. Es liegt ein Abkommen von vor 14 Tagen zugrunde, und zwar mit Herrn Bach. Herr Bach hat sich ausdrücklich mit der Zahl einverstanden erklärt.

Adenauer: Herr Bach hat uns berichtet, daß er gar nicht anders gekonnt hätte; daß Herr Lensing bereit gewesen wäre, auf seinen Vorschlag 50 : 50 einzugehen, daß aber Herr Johnen dem widersprochen habe. (*Zuruf:* Und Hellwig?) Darauf hätten Sie sich – bescheiden, wie Sie sind – gefügt. Ich meine, Herr Schröder und Herr Albers, Sie können sich doch nicht der Notwendigkeit verschließen, daß diese Aufgaben zentral gelöst werden müssen. Sie können auch nicht irgendwie sagen, daß

zuviel Gelder eingesetzt worden sind. Diese vier Plakate und Flugblätter, was ist das denn?

Ich meine, Sie sollten jetzt Ihren Widerstand nach tapferem Kampf fallenlassen, Herr Albers und Herr Schröder, damit wir zu einem einmütigen Beschluß kommen. Wir kommen natürlich viel besser voran, auch gegenüber den Landesverbänden, wenn wir einen einmütigen Beschluß fassen.

Darf ich fragen, wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben! Wer ist dagegen? – Ich stelle fest, daß bei [...] (*Zurufe:* Ohne Gegenstimme!) Wir können sagen: Einstimmig. (*Ehlers:* Ich würde sagen: bei einigen Stimmenthaltungen!) Sagen wir: bei zwei Stimmenthaltungen (Dr. Schröder und Albers) einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum Wahlgesetz. Das Wort hat Herr Dr. Lehr.

Wahlgesetz

Lehr: Bei diesem Gesetz handelt es sich um eine der bedeutungsvollsten gesetzlichen Entscheidungen, die wir zu treffen haben. Wir sind uns von Anfang [an] darüber klar gewesen, unser Interesse nicht nur auf dieses oder jenes Land oder auf diese oder jene örtliche Gegebenheit zu richten, sondern wir gingen von der Gesamtlage aus, d.h., es soll ein Wahlrecht geschaffen werden, welches das deutsche Volk davor bewahrt, vor eine völlige Systemänderung gestellt zu werden; mit anderen Worten, es soll versucht werden, einen schlechten Ausgang der Wahl zu vermeiden.

Was eine Änderung des gegenwärtigen Kurses bedeuten würde, das brauche ich hier nur anzudeuten. Ich möchte aber einen Satz betonen: Eine Änderung unseres Regierungskurses würde das gesamte deutsche Volk in schwierige Verhältnisse bringen und viel Zweifel und Wirrwarr in unsere Demokratie hineintragen. Der Weg der SPD würde nach meiner festen Überzeugung im Kollektivismus enden.

Wir haben in mühevoller Arbeit, die über ein Jahr gedauert hat, das Für und Wider abgewogen. Das Ergebnis liegt nun in diesem Entwurf vor, der, wie ich ausdrücklich betonen möchte, ein Kompromiß ist in dem Bestreben, möglichst eine einheitliche Auffassung zwischen den Parteien herbeizuführen.

Es ist ein Mischsystem. Wir befinden uns in Deutschland in zunehmendem Maße auf dem Wege zum Mehrheitswahlrecht. Das reine Mehrheitswahlrecht konnten wir noch nicht einsetzen, weil die Parteiverhältnisse in Deutschland noch nicht so sind, daß man das Mehrheitswahlrecht in reiner Form durchbringen kann. In diesem Zusammenhang darf ich nebenbei erwähnen, daß wir heute schon über 65 Parteien haben. In Schleswig-Holstein sind inzwischen noch zwei weitere hinzugekommen, die man aber nicht mehr als Partei, sondern nur noch als einzelne Gruppen bezeichnen kann.

Kurz und gut, weil das reine Mehrheitswahlrecht nicht anwendbar ist, sind wir zu einem Mischsystem gekommen, das auf der einen Seite ein Mehrheitswahlrecht [ist]

mit der Besonderheit, daß man in einem Wahlgang gleichzeitig den Stichentscheid mitentscheidet. Das ist das in der Öffentlichkeit stark kritisierte und vielfach abgelehnte System. Auf der anderen Seite besteht das Proporzsystem in Form der Listen mit einem internen Ausgleich, d.h. die Länderlisten werden aufgestellt, und die Summe der Länderparteienlisten gibt dann die Bundesliste. Es ist die Möglichkeit der Listenverbindung vorgesehen.

Ein solches System der Listenverbindung ist rechtlich unantastbar; ja, es gibt hervorragende Kenner des Proporzsystems, die diese Listenverbindung sogar als das Kennzeichen des echten Porporzsystems bezeichnen. Auf jeden Fall ist dieses System rechtlich einwandfrei.

Um ein rechtlich einwandfreies Gesetz zu schaffen, haben wir auch den anfangs stark diskutierten Vorschlag abgelehnt, bei dem Mehrheitswahlrecht bereits eine Verbindung auf der Wahlkreisebene zu schaffen. Eine Verbindung der Listen der Parteien auf der Wahlkreisebene würde uns mit höchster Wahrscheinlichkeit die Beanstandung des Bundesverfassungsgerichts zugezogen haben. Deshalb ist nach sorgfältiger Erwägung die Verbindung auf der Wahlkreisebene als rechtlich unmöglich fallengelassen worden.

Der interne Proporz bedeutet lediglich, daß die Parteien, die eine Listenverbindung eingegangen sind, sich untereinander über das Ausmaß der im Wahlkampf geleisteten Hilfe verständigen und daß demzufolge ein entsprechender interner Ausgleich unter diesen Parteien stattfindet. Alles übrige, was jenseits dieses internen Proporzes der geleisteten Wahlhilfe steht, wird nicht angetastet. Es ist weder der Grundsatz der Gleichheit noch der der Unmittelbarkeit verletzt. Es schiebt sich kein fremder Wille zwischen das Ergebnis der Wahl, der Wahlabgabe und der Feststellung des Ergebnisses. Die Feststellung des Ergebnisses erfolgt automatisch nach Abgabe der Stimmen.

Von einem relativen Mehrheitswahlrecht haben wir abgesehen, weil das relative Mehrheitswahlrecht bei unseren Verhältnissen die Möglichkeit gibt, daß eine Minderheit von 25 bis 30 % imstande ist, die wirkliche Mehrheit im Wahlkreis zu überwältigen. Wir haben solche Verhältnisse in Hamburg und in Hessen, wo ein verhältnismäßig nicht erheblicher Prozentsatz von Stimmen – der zwischen 40 und 42 % liegt – tatsächlich der Minderheit die Mehrheit im Parlament gegeben hat.

Das haben wir nun zu vermeiden gesucht. In der letzten Zeit setzen sich verstärkt die Stimmen ein, die für das absolute Mehrheitswahlrecht mit Stichentscheid sprechen.

Adenauer: Ich glaube, bei der beschränkten Zeit – und auch, weil wir uns mit diesen Fragen schon beschäftigt haben – können wir uns auf die Frage konzentrieren: zweite Stimme oder Stichwahl. Sind Sie damit einverstanden?

Lehr: Die zweite Stimme sieht komplizierter aus, als sie in der Praxis ist. Unsere Wähler sind gewohnt, in dem vorliegenden Wahlzettel in einen Kreis ein Kreuzchen zu malen. Damit war ihre Aufgabe erschöpft. Das gegenwärtige System der Hilfsstimme besagt, daß in der Praxis statt des Kreuzchens eine „1" in den Kreis gemalt

wird und dann in einen zweiten Kreis eine „2". Mit dieser „2" bezeichnet der Wähler denjenigen, dem er evtl. seine Stimme geben will, wenn seine Hauptstimme nicht zum Zuge kommt.

Dieses System stellt an den Wähler die Anforderung, sich zu überlegen, welche Chance die einzelnen Parteien in seinem Wahlkreis haben und wem er seine Hilfsstimme geben will, wenn seine eigene Partei nicht zum Zuge kommt. Diese Überlegung muß er allerdings anstellen.

Aber es ist zu bemerken, daß in gewissem Maß eine solche Überlegung auch beim absoluten Mehrheitswahlrecht notwendig ist, weil in der Stichwahl – die naturgemäß in einer großen Anzahl von Wahlkreisen stattfinden müßte – der Wähler sich auch entscheiden muß, wem er von den zwei Parteien, die die meisten Stimmen bekommen haben, seine Stimme geben will. Allerdings ist es beim absoluten Mehrheitswahlrecht etwas leichter, weil dann schon ein gewisses Ergebnis vorliegt und man schon erkennt, wo die Mehrheit oder die größeren Chancen sind.

Die Hilfsstimme verletzt aber in keiner Weise irgendein gesetzliches Prinzip. Die Hilfsstimme ist in einer Reihe europäischer und außereuropäischer Systeme bekannt und wird auch durchgeführt. Für uns in Deutschland wäre sie erstmalig. Darin liegt zweifellos eine gewisse Schwierigkeit.

Es wird nun gesagt, daß wir zwar den Erfolg zählen, aber nicht den Zählwert gleichgesetzt hätten; hierdurch sei ein System der Ungleichheit geschaffen. Das ist nicht der Fall. Der Zählwert der Stimme ist ohne weiteres klar. Wenn jemand im Wahlkreis seine Stimme zugunsten einer Partei abgegeben und damit erreicht hat, daß seine Partei zum Zuge kommt, so behält die Partei ihren Erfolg, ungeachtet der zweiten Abstimmung auf der Liste. Dieser Erfolg bleibt unter allen Umständen bestehen.

Dagegen ist es selbstverständlich, daß die im absoluten Mehrheitswahlrecht siegreich gebliebene Stimme einen Vorzug hat gegenüber der nicht erfolgreich gewesenen Stimme. Die nicht erfolgreich gebliebene Stimme ist unterlegen. Das ist die klare Folge einer Mehrheitswahl. Dagegen kommen sämtliche abgegebenen Stimmen noch einmal zum Zuge auf der Liste und im Proporz. Insofern ist also der Erfolgswert verschieden, je nachdem, ob diese Stimme in der Mehrheitswahl durchgedrungen ist oder nicht. Aber im Zählwert sind sämtliche Stimmen gleich. Damit ist den gesetzlichen Erfordernissen völlig genügt.

Adenauer: Darf ich nochmals sagen: Man kann über Wahlrechtsfragen tagelang reden. Wir haben schon viel darüber geredet. Ich möchte Ihnen daher vorschlagen, uns auf die von mir eingangs angeschnittene Frage: soll man den Fraktionen empfehlen, daß sie anstelle dieser zweiten Stimme die Stichwahl setzen, zu beschränken. (*Scharnberg:* Herr Minister Lehr hat gesagt [...]) Herr Scharnberg, wenn Sie sterben, falls Sie es nicht sagen, dann sagen Sie es!

Scharnberg: Ich glaube, es ist wirklich so wichtig. Herr Lehr hat gesagt, dieses Wahlrecht diene insbesondere dazu, eine Systemveränderung zu vermeiden. Hier möchte ich etwas zu dem sagen, was unter dem Motto „Koalitionssicherungsgesetz"

propagiert wird. Ich habe neulich in der Fraktion erlebt, als ich behauptete, daß diese Gegenpropaganda von dem Koalitionssicherungsgesetz eine glatte und unverschämte Lüge sei, daß in der Fraktion zunächst von der überwiegenden Mehrheit gelacht wurde, woraus zu entnehmen ist, daß die Fraktion tatsächlich von dieser Propaganda irgendwie sehr beeindruckt ist.[34]

Deswegen muß gesagt werden, daß dieses Wahlrecht wirklich nichts anderes tut, als der größten Gruppe eine Mehrheit im Parlament zu verschaffen. Wenn es der SPD mit ihren Bundesgenossen gelingt, eine größere Gruppe zu werden als die Gruppe, die sich um die CDU schart, wird sie die Mehrheit haben. Im anderen Fall werden wir die Mehrheit haben. Also, ein Koalitionssicherungsgesetz kann man das wirklich nicht nennen, es sei denn, daß man für verboten hält, daß man der SPD ihre seit Jahrzehnten angewandte Taktik etwas behindert.

Die SPD versucht alles, um das, was rechts von ihr ist, in Unordnung zu bringen, um auf diese Weise ein größeres Gewicht zu bekommen, als ihr an sich zusteht.

Es ist natürlich viel klarer und schöner, wenn wir links des Grabens das absolute Mehrheitswahlrecht anwenden. Wir würden damit alle Propaganda gegen dieses Wahlrecht mit einem Schlage totmachen. Diese Sache ist eigentlich so klar und soviel wert, daß ich hoffen möchte, daß die FDP und die DP, die Bedenken gegen das absolute Mehrheitswahlrecht haben – die Gründe liegen in ihrer parteipolitischen Position –, im Interesse des Ganzen ihre Überlegungen zurückstellen und sich für diese Sache entschließen.

Ich bin etwas betrübt, von Herrn Wuermeling zu hören, daß schon über die gestrige Empfehlung des Kabinetts eine Notiz in die Zeitung gekommen ist.[35] Ich würde es für richtiger halten, daß man darüber noch nicht redet. Man muß im einzelnen die Leute von der Richtigkeit überzeugen. Wenn sie aber etwas in der Zeitung lesen, bilden sich sofort Beschlüsse usw. dagegen, die die ganze Situation erschweren.

Ich würde vorschlagen, nach dieser Richtung hin zu prozedieren, Herr Bundeskanzler; wenn Sie auf die staatspolitischen Notwendigkeiten hinweisen, wird das den Eindruck auf die Herren nicht verfehlen.

Cillien: Ich kenne zwar die Sache nicht, aber ich bin dagegen, ein veritables Wahlgesetz [...] (*Adenauer:* Was heißt veritabel? – *Zuruf:* Echt!) Es wird gesagt, das Wahlgesetz sei zu unseren Gunsten gemacht. Und dem ist nicht entgegengetreten worden! Es ist nicht genügend darauf hingewiesen worden, daß die SPD in Niedersachsen zweimal nur zu ihren Gunsten ein Wahlgesetz gemacht hat[36].

Ich glaube tatsächlich, daß es bedenklich ist, ein Wahlgesetz in diesem Zeitpunkt zu machen, das unter dem Verdacht steht, nur uns zugute zu kommen. Wir

34 Nicht zu ermitteln, da die Protokolle der Fraktionssitzungen der CDU/CSU von 1950–1954 verloren sind.

35 Vgl. FAZ vom 11. März 1953.

36 Am 31. März 1947 (Niedersächsisches GVBl 1948 Nr. 2 S.3f.) und am 5. März 1953 (Niedersächsisches GVBl S. 15ff.).

haben von Anfang an das Mehrheitswahlrecht vertreten. Ich halte es für unklug, von dieser Linie abzuweichen. Wir können darauf hinweisen, daß dies schon einmal in Deutschland üblich gewesen ist. Wir bekommen dann nicht den Vorwurf: ja, in Australien! Das hat einen komischen Beigeschmack. Ich glaube, daß die kleineren Parteien uns bei der Hilfsstimme Schwierigkeiten machen würden. Die Stichwahl wird uns mehr Geld kosten, aber ich glaube, daß man auf diese Weise die Leute zu einer echten Entscheidung hinführen kann.

Durch die Stichwahl beteiligen sich die Wähler schon an der Regierungsbildung. Die Leute wissen, welche beiden Möglichkeiten in Frage kommen, und sie können dann von sich aus entscheiden. Sie nehmen viel von dem vorweg, was nach der Wahl bei den Parteien stattfinden müßte. Wir gehen auf diese Weise einen klaren Weg, der seine Tradition hat, und wir entziehen uns mancherlei Nackenschlägen und Vorwürfen.

Lehr: Ich habe einleitend bei meinen Ausführungen über die Bedeutung dieses Gesetzes gesprochen, und zwar hinsichtlich einer völligen Systemänderung und der politischen Zusammensetzung des Bundestages. Ich habe aber in keiner Weise gesagt, dieses Gesetz soll nun in bestimmter Weise wirken. Es ist lediglich nach dem Gesichtspunkt der völligen Gleichheit für alle und der gleichen Chance ein Mischsystem aufgestellt worden, das die Vorzüge der Mehrheitswahl mit den Vorzügen des Proporzes so gut wie möglich zusammenbringt. Es kommt das System der Hilfsstimme im Ergebnis dem absoluten Mehrheitswahlrecht am nächsten. Es ist selbstverständlich, daß gewisse Vorzüge dafür sprechen, statt der Hilfsstimme den Stichentscheid zu nehmen.

Ich bitte, gestehen zu dürfen, daß ich selbst im ganzen Verlauf der Vorbereitung dieses Gesetzes ein Verfechter des absoluten Mehrheitswahlrechts gewesen bin und daß ich ein gewisses Sacrificium intellectus gebracht habe in dem Bestreben, eine Einheit zu schaffen. Mein ganzer Beitrag sollte eine Mahnung zur Einheit sein und dazu, Sonderwünsche und Sonderberechnungen in einzelnen Ländern zurückzustellen vor der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Koalitionen im Wahlkampf. Das war der Gedanke.

Selbstverständlich bin ich in der Lage, Ihnen genaue Auskünfte über die Vorzüge der Hilfsstimme und über die Vorzüge der Stichwahl nach der absoluten Mehrheit zu geben.

Ich habe das Beste im Kabinett getan, aber ich bin peinlich überrascht gewesen, daß ich heute morgen in der „Frankfurter Rundschau" fast wörtlich das Ergebnis der Kabinettsberatungen und der Empfehlungen, die das Kabinett entschlossen ist auszusprechen, bereits gefunden habe. (*Unruhe und Bewegung. – Albers:* Das wurde gestern von den Journalisten im Bundeshaus erzählt. Also unmittelbar nach der Kabinettssitzung eine Indiskretion!)

Adenauer: Herr Lenz! Ich bitte Sie, in meinem Namen von jedem Anwesenden eine schriftliche Erklärung zu verlangen, mit wem er über diese Dinge gesprochen hat!

Ehlers: Ich bin auch der Meinung, daß wir im Ergebnis auf die echte Stichwahl – wie vor 1914 – kommen sollten. Ich wundere mich nur, daß die ganzen Bedenken, die uns zunächst davon abgehalten haben, nun plötzlich nicht mehr das Gewicht haben. Aber wenn das so ist, soll man es ruhig tun.

Mich interessiert im Augenblick die Frage der Behandlung in der Debatte des Bundestages. Wir sollten im Augenblick nicht so prozedieren, daß wir aufgrund der sehr unsubstantiierten und sehr unsachlichen Angriffe unseren Gesetzentwurf von vornherein fallenlassen und umwerfen in der Debatte, sondern es muß diese Debatte am Mittwoch von uns dazu benutzt werden, das, was in der Öffentlichkeit in einer unverantwortlichen Weise – auch von unseren Leuten – verbogen worden ist, wieder geradezubiegen.

Ich habe den Versuch gemacht, bei der Pressekonferenz in Stuttgart einmal nachzuhören, was man konkret gegen den Entwurf einzuwenden hätte, inwieweit er verfassungswidrig sei usw. Ich habe von Dr. Krone gehört, es hätte in der „Frankfurter Allgemeine" gestanden, daß bei diesem Wahlgesetz die Koalition eine Zweidrittelmehrheit bekommen solle[37]. (*Kiesinger:* Das dumme Zeug hat er abgeschrieben!) Ich habe gesagt: Sie können von mir nicht erwarten, daß ich das für ein katastrophales Ergebnis halte! *(Heiterkeit.)*

Man könne nicht sagen, es sei ein Gesetz für die Koalition, sondern ein Gesetz, das versuche, das Mehrheitswahlsystem soweit wie möglich durchzusetzen, und im übrigen den Wert der Wählerstimme sichere. Man könne von uns nicht erwarten, daß wir ein Gesetz machen, um die Opposition an die Regierung zu bringen. Das hat nun zu den Dingen im „Spiegel" usw. geführt.[38]

Ich bin der Meinung, wir sollten zunächst bei dem Gesetzentwurf bleiben. Ich habe mir das Material zusammenstellen lassen aus den Erfahrungen in Hannover, nicht um zu sagen, wir haben auch einen schlechten Entwurf gemacht, sondern um die ganze Hohlheit der Berufung der SPD und die zu erwartende Rede des Herrn Mellies, die versehentlich schon im „Neuen Vorwärts" erschienen ist[39], abzufangen.

Wir sollten unsere Stellungnahme hier festlegen und bei den Entwürfen bleiben. Darauf wartet die Öffentlichkeit, daß wir endlich klarstellen, um diese unsinnigen Schwätzereien – auch unserer Presse – über diese Dinge abzufangen.

Kiesinger: Ich bin der Auffassung wie Herr Ehlers. Man könnte noch überlegen, ob man erst in den Ausschüssen die Frage der Stichwahl anklingen läßt. Was mich dem Regierungsentwurf gegenüber hat skeptisch sein lassen und veranlaßt hat, der

37 Die FAZ vom 3. März 1953 (S.3) zitiert die Ausführungen Carlo Schmids auf einer Kundgebung der SPD in München.

38 Jens Daniel: „Wer verdirbt die Demokratie?" In „Der Spiegel" Nr. 6 (1953) S. 4f. Daniel (Rudolf Augstein) stellt für die Zukunft die Frage, warum die Demokratie auch beim zweiten Anlauf in Deutschland keinen Fuß fassen konnte.

39 "Neuer Vorwärts" vom 6. März 1953 ("Grundlagen der Demokratie gefährdet. Wahlfälschungsentwurf beratungswürdig"); Ausführungen Mellies am 18. März 1953 vor dem Bundestag in Sten.Ber. 1. WP Bd. 15 S.12207–12210.

Stichwahl zuzustimmen, war folgendes: Abgesehen vom Grundsätzlichen würde die SPD, wenn sie gescheitert wäre, versucht haben, mit der FDP das Verhältniswahlrecht durchzubringen. Das wäre ihr vielleicht mißlungen. Dann wäre unser Entwurf durchgekommen. Daraufhin hätten sie das kleinere Übel gesucht. Das wäre das relative Mehrheitswahlrecht gewesen. (*Ehlers:* Die SPD hätte das relative Mehrheitswahlrecht nicht vorgeschlagen!) Wenn sie keine Wahl gehabt hätte, bin ich davon überzeugt. Wir entgehen dieser Gefahr, wenn wir das vorher abfangen.

Ehlers: Sie meinen das relative Mehrheitswahlrecht für sämtliche 482 Abgeordneten oder daneben den Proporz? (*Kiesinger:* Beide Möglichkeiten!) Das relative Mehrheitswahlrecht für alle Abgeordneten wird die SPD auf keinen Fall mitmachen. Ich erinnere an die Ausführungen von Dr. Heinemann auf dem Schloß zu Heidelberg im Jahre 1949[40], wo er sagte: Das einzige System, das der SPD erlaubt, ihre Funktionäre an die Macht zu bringen, hat ein solches Gewicht in der Partei, daß sie nicht davon abweicht. Sie will die Funktionäre auf einem sicheren Weg in die Mandate hineinbringen. Darum macht sie niemals ein relatives Mehrheitswahlrecht.

Tillmanns: Die Kritik, die die SPD an dem Regierungsentwurf sehr heftig äußert, wird dadurch, daß wir an die Stelle der zweiten Stimme die Stichwahl setzen, nicht irgendwie erledigt. (*Zurufe:* Doch!) Die SPD wird gegen eine Stichwahl genauso Sturm laufen. Hier wird nur auf einem anderen Weg genau dasselbe getan mit der zweiten Stimme, daß bei den Wahlen in den Wahlkreisen den nichtsozialistischen Parteien die große Chance geboten wird, sich zusammenzuschließen. Dagegen läuft die SPD Sturm! (*Adenauer:* Die SPD schließt sich mit dem BHE und dem Zentrum zusammen.) Das ist theoretisch möglich, aber praktisch glaube ich nicht. Die SPD wird alles tun – von ihrem Standpunkt aus völlig richtig –, um dafür zu sorgen, daß bei der Wahl in den Wahlkreisen die Parteien getrennt marschieren müssen. Ich bin trotzdem der Meinung, daß wir für die Stichwahl sein sollten, aber nur deshalb, weil die Stichwahl der deutschen Öffentlichkeit ein bekannter Vorgang ist, während die zweite Stimme ein unbekannter Vorgang ist und der Bauer nicht gerne ißt, was er nicht kennt.

Es ist eine starke Konzession, wenn wir eine Stichwahl vornehmen, und zwar nicht nur wegen der Kosten, sondern deshalb, weil die politische und die soziologische Situation Deutschlands heute nicht mehr dieselbe ist wie vor 1918, wo es mehr oder weniger selbstverständlich war, daß, wenn ein SPD-Kandidat mit einem anderen in die Stichwahl kam, sich die anderen auf den Nichtsozialisten einigten. *(Widerspruch.)* Es ist damals weitgehend so gewesen. Heute ist die Situation anders. Wir werden bei der Stichwahl unser Wunder erleben.

Ich bin der Auffassung, wir sollten trotzdem, wenn wir glauben, eine Erleichterung zu erreichen, diese Stichwahl – trotz ihrer Mängel – zur Diskussion stellen.

---

40 Es handelt sich um die zentrale Wahlkundgebung der CDU am 21. Juli 1949. Die Rede Heinemanns liegt vor in „Union im Wahlkampf" Nr. 20 vom 30. Juli 1949.

Aber die SPD wird gegen die Stichwahl genauso Sturm laufen wie gegen die zweite Stimme. Sie wird, wenn sie vor der Situation steht, ein solches System zu verhindern – entgegen ihrer bisherigen Stellungnahme –, sich für das relative Mehrheitswahlrecht aussprechen, d.h. für den Entwurf Wuermeling[41], und im letzten Moment umschwenken. (*Adenauer:* Niemals! – *Mehrere Zurufe:* Nein! – *Widerspruch.*) Es ist von ihrem Standpunkt aus gesehen – gleichgültig, ob zweite Stimme oder Stichwahl – das geringere Übel. Ich hoffe, daß es nicht geschieht und daß Sie recht behalten und die SPD uns diese Überraschung nicht bereitet. Aber wir sollten mit dieser Möglichkeit zumindest rechnen.

Adenauer: Machen Sie sich die Sache nicht so schwierig. Der Regierungsentwurf liegt vor. Ich stimme mit Herrn Ehlers überein. Er wird im Bundestag debattiert, und dann geht die Sache an den Ausschuß. Dann kann man später den Sozialdemokraten sagen, gut, wir kommen euch entgegen. Ich bin hundertprozentig anderer Ansicht wie Sie, Herr Tillmanns. Die Sozialdemokratie kann eine Stichwahl nicht ablehnen. (*Tillmanns:* Die SPD hat immer dagegen Sturm gelaufen!) Nehmen Sie die Sache wirklich losgelöst von dem Vokabular der Wählergesellschaft. Was können Sie machen? Sie können die absolute Mehrheit verlangen. Dann ist eine Stichwahl notwendig. Das ist eine einfache Konsequenz. Oder Sie machen die relative Mehrheit. Das wird die SPD niemals tun; denn das bedeutet, daß sie kolossal reduziert wird. Sie müssen doch die Dinge nehmen wie sie sind. (*Tillmanns:* Wie ist es mit neuen Wahlkreisen?) Die Wahlkreise werden bestehenbleiben. Sie zu ändern, geht einfach nicht mehr. Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß die SPD der relativen Mehrheit zustimmt, weil sie damit schwersten Schaden erleiden würde. (*Wuermeling:* Sie fährt damit besser als beim absoluten Mehrheitswahlrecht.) Die SPD hat als Hilfstruppen den BHE und das Zentrum.

Lenz: Nach den Ausrechnungen des Innenministeriums kann höchstens in einem Wahlkreis in Nordrhein-Westfalen die Situation entstehen, daß ein FDP-Mann in die Stichwahl käme. Sonst spielt es überhaupt keine Rolle.

Ehlers: Das ist Bielefeld!

Scharnberg: Die SPD hat bisher gesagt: Es ist eine Schiebung mit der Hilfsstimme. Kein Mensch kann sagen, daß das verfassungswidrig ist. Das hat es viele Jahre gegeben, und niemand in Deutschland hat gesagt, es ist eine Schiebung. Dieses Argument der SPD fällt also weg.

Ich würde sagen, das absolute Mehrheitswahlrecht ist von unserem Standpunkt aus besser. Wir haben Informationen bekommen, wonach man in den Kreisen der SPD folgende Taktik empfohlen hat – ob es beschlossen ist, weiß man nicht –: Man solle während der Ausschußberatungen, wenn man sieht, daß man mit dem alten Bundestagswahlgesetz nicht durchkommt, zunächst einmal rein taktisch umschwenken auf den Entwurf Wuermeling. Dieser Entwurf bringt mindestens 15 bis 20

41 Antrag vom 16. Juli 1952 für ein Wahlgesetz zum Bundestag von Dr. Wuermeling, Strauß und Genossen, BT-Drs. Nr. 3636 (1. WP).

Wahlkreise beim ersten Wahlgang in die Hände der SPD, die sie im zweiten Wahlgang, wenn bei 50 % gewählt wird, nicht bekommen würde.

Deswegen habe ich Herrn Wuermeling gebeten anzudeuten, daß wir unter allen Umständen die Sache so machen wollen: wenn schon, dann von 30 auf 50 hinaufzugehen.

Gradl: Die offizielle Zeitung der Berliner Sozialdemokraten „Berliner Stimme", herausgegeben vom Landesverband am 7. März, beschäftigt sich mit der Frage, warum Herr Ebert[42] so wenig im geschichtlichen Bewußtsein unseres Volkes verankert ist, und kommt zu dem Ergebnis: Das Wahlrecht, das wir früher hatten, war falsch. Wir sollten ein neues Wahlrecht finden. Ich verlese nur zwei Sätze:

1. Die verlorengegangene Polarisierung muß wiederhergestellt werden durch die Einführung der relativen Mehrheitswahl; sonst ist die Demokratie in Gefahr.

2. Es kann heute als gültig betrachtet werden, daß die Herstellung der vollen Gerechtigkeit bei der Verwertung der Wählerstimmen zu großer und tragischer Ungerechtigkeit führt. (*Tillmanns:* Wer schreibt denn so etwas?) Ein Pseudonym! (*Tillmanns:* Ein Mitglied gehört der Wählergesellschaft an.) Piefke[43] steht da! (*Tillmanns:* Das ist kein Pseudonym; der heißt so, das ist er! – *Heiterkeit.* – *Wuermeling:* Herr Piefke ist einer der Außenseiter, der zur Wählergesellschaft gehört.) Es heißt hier: „Von den bisher bekanntgewordenen Wahlsystemen vermag allein die relative Mehrheitswahl diese dynamische Kraft zu entwickeln." Das können Sie bei Ihrer Debatte im Bundestag oder im Ausschuß verwenden.

Kaiser: Es muß noch ein Wort über den internen Proporz gesprochen werden.

Altmeier: Ich habe mit vielen Leuten in verschiedenen Kreisen unseres Landes gesprochen und dabei einen sehr großen Widerspruch gegen die Hilfsstimme gefunden. Wir müssen unseren Wählern doch klarmachen: du hast deine Partei zu wählen mit Nr. 1; wir müssen ihnen weiter sagen: du kannst hilfsweise wählen mit Nr. 2. Nun werden wir im Wahlkampf unseren Leuten ein Wort zu den kulturellen Dingen sagen müssen. Und wenn wir das getan haben, müssen wir zur technischen Unterrichtung unserer Wähler bis ins letzte Dorf hinein ihnen etwas sagen für den Fall, daß die Nr. 2 geschrieben werden soll.

Hier begegnet man großem Widerstand. Ich habe mit vielen Geistlichen beider Konfessionen gesprochen. Sie sagen: Hört auf! Die Grundsatzlosigkeit hat begonnen. Zuerst sagt ihr: die anderen Parteien sind gegen unsere christlichen Belange aufgetreten, und im zweiten Akt sagt ihr: aber hilfsweise müßt ihr sie wählen! (*Ehlers:* Das ist doch die Koalition! *Tillmanns:* Die Stichwahl!) Der Einwurf „Stichwahl" zieht nicht. Das habe ich sehr oft hören müssen. (*Adenauer:* Es ist eine

42 Friedrich Ebert (1871-1925), 1889 SPD, 1900 Mitglied der Bremer Bürgerschaft (Fraktionsvorsitzender), 1905 Sekretär des SPD-Parteivorstands, 1912–1919 MdR (1916 Fraktionsvorsitzender), 1919–1925 Reichspräsident.

43 Friedrich Piefke (geb. 1907), SPD-Parteisekretär in Berlin, 1950 Geschäftsführer der „Berliner Stimme", 1954–1962 Bezirksverordneter in Berlin-Neukölln.

Entscheidung zwischen dem kleineren und größeren Übel!) Wir müssen in unserem Land den Wähler ansprechen. Ich war froh, als ich hörte, daß man von der Hilfsstimme weg will. Wir hätten aus grundsätzlichen Erwägungen heraus die dringende Bitte, das zu tun.

Albers: Diesem Argument möchte ich mich anschließen. Die Hilfsstimme ist für die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen eine Angelegenheit, die nicht vom Verstande aus allein betrachtet wird, sondern unsere Leute denken sehr einfach und wollen Klarheit haben. Wenn sie auf der einen Seite der CDU und auf der anderen Seite der FDP ihre Stimme geben sollen, haben wir einen Zustand, der von einem großen Teil unserer Wähler, besonders in den katholischen Gegenden, abgelehnt wird.

Der interne Proporz muß auf dem rechten Graben in Ordnung gebracht werden. Wir müssen das unseren Leuten plausibel machen. Die entscheidende Frage hierbei, Herr Bundeskanzler, ist die: Wird die FDP bis zum Letzten auch durchhalten! Ich habe in den letzten Tagen z.B. gehört, als ob sich die FDP mehr der Auffassung der SPD anschließen würde. Wir hängen dann in der Luft und haben keinen realen Boden. Also, diese Frage muß genau geklärt werden.

Adenauer: Wir müssen zu Ende kommen. Ich möchte auf die letzte Frage von Herrn Albers folgendes sagen: Mir ist gestern von Herrn Blücher ausdrücklich erklärt worden, und zwar in Gegenwart der Vertreter der Fördergesellschaft, daß die FDP nicht mit der SPD zusammengehen würde. Er hat es sehr feierlich erklärt!

Mir macht aber etwas anderes Sorge, nämlich die augenblickliche Färbung gewisser Teile der FDP in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen und in Württemberg.[44] Aber ich glaube doch – bei allem Mißtrauen –, daß in der nächsten Zeit eine Klärung eintreten wird. Ich glaube, daß das Verfahren gegen Naumann eine gewisse Klärung bringen wird. Das Verfahren gegen Naumann wird kommen, und zwar öffentlich und höchstwahrscheinlich vor einem deutschen Gericht. Das ist meine Sorge, Herr Albers, darauf müssen wir aufpassen, daß wir nicht von Leuten unterlaufen werden, mit denen wir nicht zusammenarbeiten können.

Wirsching[45]*:* Wir im Südweststaat befinden uns in einer noch unglücklicheren Lage. Dort haben wir eine Koalition mit der FDP, der SPD und dem BHE. Was sollen wir dann unseren Wählern, die darauf warten, daß eine Losung für die Hilfsstimme herausgegeben wird, sagen? Wir stehen fast am Vorabend eines Kulturkampfes.[46] Man behandelt uns schlecht. Wir können unmöglich sagen: Gib die

44 Für Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen galt die Sorge einer nationalsozialistischen Unterwanderung der FDP (vgl. dazu JENKE S. 174–179; RÜTTEN S. 247–256; MENDE S. 256–260); für Baden-Württemberg war es die Linie Reinhold Maiers (zu den Spannungen und Richtungskämpfen innerhalb der FDP vgl. auch STÖSS 2 S. 1319–1323).

45 Eugen Wirsching (1891–1983), Mitgründer der CDU in Württemberg-Hohenzollern, 1946–1960 MdL Württemberg-Hohenzollern/Baden-Württemberg, 1947–1952 Arbeitsminister von Württemberg-Hohenzollern.

46 Bei den Auseinandersetzungen in Baden-Württemberg ging es um die Schulfrage, die zu

Stimme der FDP oder dem BHE, der sich gegenüber der CDU so unangemessen benimmt. Uns fiele es viel leichter bei einer Stichwahl!

Adenauer: Wir können unserer Fraktion keine Richtlinien geben, aber unsere Fraktion ist jetzt im Bilde, wie der Parteivorstand in seiner überwiegenden Mehrheit denkt.

Kaiser: Herr Blücher ist gestern nicht im Kabinett gewesen, und zwar wegen dieser Frage! Ich habe ihn nach der Kabinettssitzung beim internationalen Arbeitsamtstreffen getroffen und gefragt, warum er nicht dagewesen sei. Und er hat klipp und klar gesagt: wegen der Wahlrechtsfragen! Hier müssen wir doch Klarheit schaffen.[47]

Ich bin von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht worden, daß es nicht nur um die Hilfsstimme oder Stichwahl allein geht, sondern um die Frage des internen Proporzes. Ich hätte gern gesehen, Herr Bundeskanzler, daß darüber im Parteivorstand Klarheit besteht.

Liegt es im Bereich der Möglichkeit – wir können doch nicht zum Notar gehen –, diesen internen Proporz bis in die letzte Unbedingtheit im ganzen Bundesgebiet durchzuführen? Ist das überhaupt möglich bei der Verschiedenartigkeit der Landschaften? Oder wie halten wir es?

Ich bin dafür, daß wir diesen beiden anderen Parteien gegenüber sehr loyal sind. Wir müssen sie erkennen lassen, was für uns möglich ist und was nicht möglich ist. Ich bin der Auffassung, daß es eine Abrede über die Bundesebene nicht geben kann. Die Dinge sind in Hamburg anders als im Südweststaat.

Eines ist uns gesetzt: Die christlichen Demokraten müssen die stärkste Partei werden. Alle anderen Fragen sind von geringerer Bedeutung und müssen dem nachgeordnet werden.

Adenauer: Wir sind nicht in der letzten Parteivorstandssitzung vor der Wahl. Lassen wir nicht zuviel machen. Herr Kaiser, deswegen findet am nächsten Montag die Besprechung mit den Herren von der Koalition statt.

Ich möchte bitten, daß wir jetzt auf den Hamburger Parteitag zu sprechen kommen.

Das Wort hat Herr Lenz.

Hamburger Parteitag

Lenz: Zum Parteitag ein paar Worte über die allgemeine Situation. Wir haben eine genaue Untersuchung machen lassen, wie jetzt die Stärke der CDU im Bundes-

---

einer grundsätzlichen Diskussion über das Verhältnis von Staat und Kirche führte (vgl. Feuchte S. 185–211).

47 Blücher hatte sich gegen die Stichwahl ausgesprochen und dies als Meinung der FDP kundgetan. In der Kabinettssitzung, an der Blücher nicht teilnahm, äußerte dagegen Dehler, dies könne nur die persönliche Meinung Blüchers sein, da in der FDP die Frage noch nicht behandelt worden sei. Er sei für Stichwahl (Lenz-Tagebuch, 10. März 1953).

gebiet ist. Wir sind zu dem klaren Ergebnis gekommen, daß die CDU z.Z. hinter der SPD liegt.[48] Die Ziffern sind nicht exakt, aber es ist ungefähr so, daß die SPD mit 36 % als stärkste Partei voraussichtlich gewählt werden wird, die CDU mit 33 %, die FDP mit 13 %, die DP mit 4 %, die anderen mit 8 %.

Wenn man die Koalition zusammenrechnet, hat man genau 50 %. Wenn man nun die 8 %, die noch ungewiß sind, zur Hälfte aufteilt, dann hätten wir die Chance, 54 % zu bekommen.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir einen sehr harten Wahlkampf haben werden. Nach den mir vorliegenden Berichten sind wir leider Gottes in den einzelnen Landesverbänden noch lange nicht genügend gewappnet, um die Wahl jetzt schon vorzubereiten. (*Adenauer:* Wir wollen doch über den Parteitag sprechen!) Aber das ist sehr interessant, Herr Bundeskanzler! Ich wollte nur die Situation kennzeichnen.

In Schleswig-Holstein waren wir von 31 % auf 15 % zurückgegangen. Das ist aufgeholt worden. Heute liegen wir bei 29 %. In Niedersachsen waren wir von 23 % auf 10 % zurückgegangen. Heute stehen wir dort bei 20 %.

Der Parteitag in Hamburg muß unbedingt ein Erfolg für die CDU werden. Die Parteitage der SPD haben – Gott sei Dank – kein Echo in der Bevölkerung und in der Presse gefunden. Der Parteitag der CDU in Hamburg muß anders verlaufen. Ein paar Dinge müssen nach meiner Auffassung auf dem Parteitag in Hamburg in ganz großem Maße in den Vordergrund gestellt werden, und zwar zunächst die wirtschaftspolitische Situation. Die Konjunktur ist z.Z. rückläufig. Wir haben bei entscheidenden Industrien nur noch ganz wenig Auftragseingänge. Wenn die Entwicklung weiter anhält, werden wir im Juni und weiter bis zum September uns in einer sehr schwierigen wirtschaftspolitischen Situation befinden, die naturnotwendig auf die Wahl einen großen Einfluß ausübt.[49]

Deswegen müssen wir in Hamburg ein Wirtschaftsprogramm entwickeln, das die Zuversicht gibt, daß die deutsche Wirtschaft in Vollbeschäftigung bleibt und daß jeder seinen Arbeitsplatz behält. Nach unseren Erfahrungen ist es für den Arbeiter und für den Angestellten entscheidend, ob er seinen Arbeitsplatz behält. Das ist das Wichtigste, was in unserer ganzen Wahlpropaganda zum Ausdruck kommen muß.

Wir müssen ferner ganz entscheidendes Gewicht auf die sozialpolitischen Forderungen der CDU legen. Wir haben eine ausgezeichnete Sache, wenn die Gewinnbeteiligung des Arbeiters am Betrieb propagiert wird. Damit sind die meisten Unternehmer in Deutschland einverstanden. Die Gewerkschaften sind dagegen. Der DGB wird das nicht akzeptieren. Damit könnten wir einen erheblichen Einbruch in

48 Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955. Allensbach 1967 S. 172, 192; SCHWARZ 1 S. 187f.

49 Vgl. zur allgemeinen Wirtschaftslage SCHWARZ 1 S. 192f. Vgl. auch Protokoll der Besprechung zur Wirtschaftsentwicklung vom 16. März 1953 im Kanzleramt in NL Lenz I-172-058. Die Prognosen trafen nicht ein.

die Arbeiterklasse erzielen. Gerade die Forderung der Gewinnbeteiligung muß in Hamburg in den Vordergrund gestellt werden.

Es wäre nach meiner Auffassung gut, wenn wir in Hamburg eine Flüchtlingsstiftung durch den Herrn Bundeskanzler ins Leben riefen. Wir haben einen Entwurf gemacht und Münzen ausprägen lassen im Werte von 1,– DM, 2,– DM und mehr mit dem Bilde des Bundeskanzlers und der Inschrift auf der Rückseite: „Ich gab 1,– DM für die Flüchtlinge."[50] Das würde eine außerordentlich große werbende Kraft für die gesamte CDU haben. Man kann zur Verteilung der Gelder ein neutrales Kuratorium einberufen. Vielleicht ist auch der Gedanke der Flüchtlingspatenschaft in Hamburg zu erwähnen.

Die Familienausgleichskassen[51] sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Aber die Forderung einer gerechten Familienausgleichskasse wäre etwas, was in Hamburg vorgetragen werden müßte.

Die Neuordnung des Rentenwesens ist ein entscheidender Punkt. Man müßte einmal in der Öffentlichkeit von seiten der CDU den Leuten, die auf Renten angewiesen sind, sagen: Wir wollen euch wirklich ein lebenswertes Minimum geben. Alle anderen, die jetzt die Rente zu Unrecht beziehen, müssen ausgegliedert werden, damit wir zu einer tragbaren Fundierung der Rentenversicherung kommen.[52]

Nach dem Parteitag in Hamburg müßte man vier oder fünf Forderungen der CDU in Schlagworten so plakatieren, daß wir sie während der ganzen Wahlzeit wiederholen können. Heute leben wir im Zeitalter des Massenbewußtseins. Man muß mit Parolen arbeiten, die auch wirklich eingehen. Diese Parolen müssen das ganze Volk aufhorchen lassen.

Tillmanns: Der äußere Ablauf des Parteitages in Hamburg ist bereits in der letzten Parteivorstandssitzung festgelegt worden. (*Lenz:* Nach den Meldungen ist er verlegt worden auf den 22.) Das ist mir vollkommen unklar. Ich weiß nicht, wer das gemacht hat. Das hat ungünstig gewirkt, zumal wir schon vom Januar auf den April verlegt haben. Von uns aus ist das nicht veranlaßt worden. Das einzige, was sich geändert hat, ist das, daß der eigentliche Parteitag am Sonntag, dem 19. April, beginnt. Es ist kein neuer Beschluß gefaßt worden. Es ist nicht notwendig, daß über den Ablauf des Parteitages hier nochmals referiert wird.

---

50 Die Idee war am 3. März 1953 von Erich Peter Neumann vorgebracht worden unter dem Eindruck des sich mehr und mehr verstärkenden Flüchtlingsstroms aus der DDR (vgl. Lenz-Tagebuch, 3. März 1953). – Erich Peter Neumann (1912–1973), 1946 Gründer des Instituts für Demoskopie (Allensbach), Hrsg. des Jahrbuchs der öffentlichen Meinung, 1961–1965 MdB (CDU).

51 Diese Familienausgleichskassen sollten im Rahmen der Sozialversicherung zur Sicherung insbes. kinderreicher Familien beitragen; ein erster Gesetzesantrag war bereits 1949 von der CDU eingebracht worden (BT-Drs. Nr. 870), ein Gesetzentwurf wurde am 13. September 1951 von Bernhard Winkelheide eingebracht (BT-Drs. Nr. 2427; Sten.Ber. 1.WP Bd.9 S. 6569–6571). Erst am 14. Oktober 1954 kam es zur Verabschiedung des Gesetzes.

52 Vgl. dazu grundsätzlich Hockerts, insbes. S. 216–242.

Bezüglich der inhaltlichen Vorbereitung steht folgendes fest: Wir werden auf dem Hamburger Parteitag der deutschen Öffentlichkeit

1. eine klare Rechenschaft geben über das von der Bundesregierung – d.h. von der CDU – Geleistete, und zwar in eindrucksvoller Weise. Dazu sind die Vorbereitungen im Gange;

2. wird stark im Vordergrund stehen unsere Europapolitik, dann die Wiedervereinigung Deutschlands und die gesamte außenpolitische Konzeption;

3. wird stark herausgestellt werden unser Sozial- und Wirtschaftsprogramm.

Ich stimme Herrn Dr. Lenz zu, daß das eine große Bedeutung haben muß. Leider sind bis zum heutigen Tage die mit den Vorarbeiten befaßten Auschüsse und Arbeitskreise noch nicht vollständig fertig.

Es wird Aufgabe des geschäftsführenden Vorstandes bzw. der von uns zur Mitarbeit vorgesehenen Freunde sein, aus dem, was die Ausschüsse – auch das, was die Sozialausschüsse in Köln erarbeitet haben[53] – bisher geleistet haben, einen Entwurf eines Wahlprogramms zusammenzustellen, damit es in Hamburg vorgetragen und dann diskutiert wird.

Im Vordergrund wird stehen müssen – darüber besteht Übereinstimmung – die Frage der äußeren Sicherung der menschlichen Existenz in unserer Gesellschaft, ferner die Frage des kleinen Eigenheims, der Gewinnbeteiligung, der Familienausgleichskasse und das Eigentum. (*Albers:* Und die Beschäftigung!) Das wollte ich noch sagen: Die Weiterführung unserer Wirtschaftspolitik mit dem Blick auf die Sicherung des Arbeitsplatzes, wobei, Herr Bundeskanzler, durch gewisse wirtschafts- und steuerpolitische Maßnahmen der Bundesregierung dafür gesorgt werden müßte, daß diese Stagnationserscheinungen, die sich in der Wirtschaft bemerkbar machen, möglichst bald überwunden werden. (*Adenauer:* Wir haben übermorgen in einem kleinen Kreis des Kabinetts Vorbesprechungen darüber!) Neu ist der Vorschlag von Herrn Lenz über die Flüchtlingsstiftung. Ich würde eine solche Aktion unterstützen. Ich bin der Auffassung, daß es notwendig ist, dem deutschen Volke einmal zu sagen, daß man solche nationalen Katastrophen nicht nur dem Staat überlassen kann, sondern daß hier die Bereitschaft des einzelnen Menschen angesprochen werden muß. Es würde der CDU propagandistisch außerordentlich viel nützen, wenn sie sich zum Parteitag eine solche Aktion zu eigen machen würde. Wenn wir durch eine solche Aktion der Flüchtlingssammlung den Leuten zeigen, daß wir für sie etwas tun, wird das, glaube ich, eine politische Atmosphäre schaffen, die im Blick auf die kommenden Wahlen uns viel nützen wird.

Es ist nur die Frage, ob diese Aktion, wenn sie von unserem Parteitag in Hamburg gestartet wird, nicht von vornherein den Stempel und den Charakter einer Parteiaktion bekommt. Ob man das hinterher wieder auswischen kann, wenn man ein neutrales Kuratorium macht, weiß ich nicht. Wir müssen die Einzelheiten auf

53 Bundestagung vom 28. Februar bis 1. März 1953 (vgl. dazu Von der Sozialpolitik zur Sozialreform).

jeden Fall noch überlegen und besprechen. (*Lenz:* Der Herr Reuter macht ruhig eine „Reuter-Stiftung"[54].) Nein, die Amerikaner machen es!

Wir sollten ferner außer den eben genannten wesentlichen Punkten in Hamburg auch das fortsetzen, was in Berlin angefangen worden ist. Ich denke z.B. an das Referat von Herrn Dr. Ehlers. Wir sollten ein konkretes Jugendprogramm aufstellen. Es sollte gefordert werden, was von der kommenden Bundesregierung für die berufs- und sozialgefährdete Jugend getan werden muß.

Adenauer: Heute haben wir den 11. März. Am 19. April beginnt der Parteitag. Das sind noch 39 Tage. In diese 39 Tage fällt die Karwoche und Ostern. Ziehen Sie also 9 Tage ab, dann bleiben noch 30 Tage. (*Wuermeling:* Dann können wir gerade arbeiten!) Vielleicht Sie, aber nicht die Ausschüsse. Aber damit wollen wir die Sache nicht abtun. Wir hören, daß die Ausschüsse noch nicht fertig sind. Das erfüllt mich mit ernster Sorge für den Verlauf des Parteitages. Dann wird nachher etwas zusammengeschlagen. Es wird dann alles nicht genügend aufeinander abgestimmt.

Es ist die vordringlichste Aufgabe aller Parteiinstanzen, die damit beschäftigt sind, dafür zu sorgen, daß die Vorbereitungen für diesen Parteitag – die Beschlußentwürfe, die Festlegung der Redner, die Fragen der Diskussion usw. – nun wirklich vor Ostern fertig sind. Sonst geht die Sache schief.

Heurich[55]*:* Was bisher von der CDU geleistet worden ist, wird nicht genügend propagandistisch ausgewertet. Was wir auf dem Hamburger Parteitag bringen, muß konkret und positiv sein. Die kommunalpolitische Arbeit ist das Rückgrat. Wir müssen auf die kommunalpolitische Arbeit mehr Wert legen. Die Verwirrung bei der Sozialdemokratie ist größer als Sie glauben. Sie hat überhaupt keine Konzeption. Wenn wir in Hamburg mit einem klaren Programm aufwarten, dann bin ich überzeugt, daß sich die Gesamtlage für die CDU bei den Wahlen bessert.

Adenauer: Meine Herren! Die Sachen müssen für Hamburg fertig sein!

Tillmanns: Die Ausschüsse und Arbeitskreise sind soweit fertig. Es handelt sich nur um ein paar Tage, dann haben wir das Material. Wir haben verabredet, daß es für den 27. März fertig wird. Dann soll der erste Rohentwurf vorgelegt werden. Dann wird noch einmal vor dem Parteitag in Hamburg eine Vorstandssitzung nötig sein. Das wird während Ihrer Abwesenheit in Amerika, Herr Bundeskanzler, sein müssen.

Die einzige Frage, die noch offen ist, ist die: wer über die Arbeitsergebnisse zu

54 Ernst Reuter hielt sich vom 15.–27. März 1953 in den USA auf. Schon vor seinem Eintreffen hatten bekannte Persönlichkeiten wie Lucius D. Clay, John J. McCloy u.a. in der amerikanischen Presse einen Aufruf zur Gründung einer „Bürgermeister-Reuter-Stiftung" erlassen. Ziel war, während des Aufenthalts von Reuter eine Million Dollar durch Spenden aufzubringen zur Unterstützung von Flüchtlingen und sonstigen Hilfsbedürftigen. Die Stiftung wurde am 17. April 1953 ins Leben gerufen. Vgl. Ernst Reuter: Schriften und Reden. Bd. 4 Berlin 1975 S. 1024 Anm. 68.

55 Fridolin Heurich (1878–1960), 1919–1933 MdL Baden (Zentrum), 1927–1933 Staatsrat, Mitgründer und 1946–1951 Landesvorsitzender der CDU Nordbaden, 1945 Bürgermeister von Karlsruhe, 1946–1952 MdL Württemberg-Baden.

den einzelnen Gebieten referiert, d.h. wer sie einleitet. Wir waren uns darüber einig, daß die Referate kurz sein sollen und daß das Entscheidende in der Diskussion gesagt wird. Klar sind wir uns noch nicht über die Frage, ob wir die Darlegungen über das bisher Erreichte in einem Beschluß niederlegen sollen.

Ich würde vorschlagen, das, was für die Jugend speziell erarbeitet wird, in Hamburg gesondert zu behandeln. Hier könnten wir ein besonderes Aktionsprogramm für die Jugend beschließen.

Wenn auch die Zeit knapp geworden ist und die Ausschüsse lange Zeit gebraucht haben, so glaube ich doch, daß es nicht nötig sein wird, mit der heißen Nadel zu arbeiten. Es gibt nur noch Nuancen und kleine Unterschiede. Es wird verhältnismäßig leicht sein, diese Dinge zu einem einheitlichen Guß zu fassen.

Kiesinger: Es ist doch etwas schwieriger. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß wird erst am 30. tagen. Wir kommen also in die Osterzeit hinein. Wir müssen also sehen, daß der Wirtschaftspolitische Ausschuß vorher tagt, damit die noch bestehenden Schwierigkeiten beseitigt werden. Wir müssen erreichen, daß der Wirtschaftspolitische Ausschuß so um den 20. herum tagt.[56]

Adenauer: Das muß unter allen Umständen geschehen.

Schröder: Ich bin auf der Linie wie Herr Kiesinger. Wir müssen uns darüber klar sein, daß im wirtschafts- und sozialpolitischen Sektor die Sache keineswegs zum Besten steht. Dadurch, daß Herr Etzel seit Monaten nicht mehr da ist, hat der Ausschuß, rein organisatorisch betrachtet, einen schweren Rückschlag erlitten.[57] Die letzte Sitzung ist dreimal vertagt worden.

Ich bin der Meinung, daß es sehr nützlich wäre, wenn sich der Wirtschaftsminister selbst um die Dinge in unserem Kreise kümmern würde und daß er nicht nur als Redner auf dem Parteitag in Frage kommt. Er sollte konkret mitarbeiten an diesen Dingen, gerade bei dem Maß von Autorität, das er besitzt. Ich sehe Ihre bedenklichen Gesichter, meine Herren, aber das muß man fertigbekommen! Das gleiche gilt auch für den Bundesarbeitsminister.

Die Erfahrungen im Ausschuß für Eigentumsbildung sind nicht erfreulich.[58] Gerade diejenigen, auf deren Mitarbeit wir großen Wert gelegt haben – z.B. der Herr Ministerpräsident Arnold –, sind noch nicht ein einziges Mal dagewesen. Es genügt nicht nur der Name, sondern es muß auch etwas geschehen. Weder Prof.

56 Der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik tagte am 30./31. März 1953 in Bonn. Die Vorlage „Wirtschaftspolitik" trägt das Datum 19. April 1953 (ACDP VII-004-069/1).

57 Etzel war am 10. August 1952 zum Vizepräsidenten der Hohen Behörde der EGKS berufen worden (AdG 1952 S. 3600).

58 Auf dem Berliner Parteitag war auf Vorschlag der Sozialausschüsse ein Bundesausschuß der CDU für Eigentumsbildung beschlossen worden, der sich aus Vertretern des Bundesausschusses für Sozialpolitik, der Sozialausschüsse und des Wirtschaftspolitischen Ausschusses zusammensetzen sollte. Der Ausschuß begann seine Arbeit aber erst am 20. Februar 1953. Zu den Auseinandersetzungen vgl. KOSTHORST S. 261f.

Pfister[59] noch Müller-Armack[60] sind dagewesen. Ich könnte die Reihe fortsetzen. Wir sind zwar zusammengewesen, aber das reicht nicht. Die ganzen Leute, die zu diesen Dingen etwas zu sagen haben, müssen herangezogen werden.

Die Sozialausschüsse haben vor 14 Tagen in Köln mit großer Mühe eine Menge von Sätzen entwickelt. Das ist positiv zu begrüßen, aber das ist nur ein Anfang.

Wir dürfen nicht den Mund zu voll nehmen und der Öffentlichkeit mit theoretischen Grundlagen etwas vorspiegeln. Wir haben gestern dieses Terrain sehr sorgfältig beackert und haben gesehen, wie schwer es ist, hier zu dem zu kommen, was wir alle gern haben möchten, nämlich zu einem konkreten und realisierbaren Programm. Das ist schwerer, als Außenstehende es wahrhaben wollen.

Wir kommen wieder am kommenden Samstag zusammen, aber ich kann keineswegs sagen, daß nun wirklich konkrete Dinge geschaffen werden. Wir haben keineswegs den Stand von Vorbereitungen, wie wir ihn in den Düsseldorfer Leitsätzen für die Bundestagswahl gehabt haben. Darüber darf man sich nicht täuschen.

Deswegen dürfen wir unser Ziel auf diesem Gebiet nicht übermäßig hochstekken. Das gilt namentlich für diejenigen, die auf diesem Gebiet eine soziale Revolution oder eine Wendung erwarten. Es wäre falsch, wollte man hier etwas ganz Neues und Umbrechendes erwarten. Wir werden im Grunde abstellen müssen auf die Wirtschaftspolitik, wie sie bisher betrieben worden ist.

Wenn Sie die gestrige Diskussion gehört hätten, würden Sie dem ohne weiteres zustimmen. Die Lebensansprüche aller Schichten sind so gewachsen, daß die Leute von uns Wunder erwarten. Die Leute haben die Idee, als ob sich das nun immer so weitersteigern ließe.

Ich würde davor warnen, den Mund zu voll zu nehmen, insbesondere was an Gewinnbeteiligung usw. geschaffen werden kann.

Adenauer: Was Herr Schröder gesagt hat, muß einen doch sehr bedenklich stimmen, und zwar hinsichtlich des Zustandes der Reife für das, was wir auf dem Hamburger Parteitag tun wollen.

Wir sind im Grunde genommen, seitdem wir bei der vorigen Sitzung darüber gesprochen haben, nicht erheblich weitergekommen. Heute ist der 11. März. Wie wollen wir denn diese Dinge fertigkriegen? Wie wollen wir die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen aufeinander abstimmen? Sie müssen doch aufeinander abgestimmt werden.

---

59 Dr. Bernhard Pfister (geb. 1900), Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft; Mitverfasser der Düsseldorfer Leitsätze der CDU von 1949.

60 Dr. Alfred Müller-Armack (1901–1978), 1940 Professor für Nationalökonomie und Soziologie an der Universität Münster, nach 1950 für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Köln (Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik), 1952–1963 im Bundesministerium für Wirtschaft (bis 1958 kommissarischer Leiter der Hauptabteilung I Wirtschaftspolitik, ab 1958 Staatssekretär), 1964–1969 Stadtverordneter in Köln (CDU). Memoiren: Auf dem Weg nach Europa. Erinnerungen und Ausblicke. Tübingen 1971.

Ich bin sehr besorgt, ob dieser Parteitag nun das wird, was er ursprünglich werden sollte.

Strickrodt: Es ist sehr bedauerlich, daß der Wirtschaftspolitische Ausschuß Monate hindurch gefeiert hat. Der Ausschuß ist viel zu groß. Auch der Vorstand hat nicht gearbeitet. Ich glaube nicht, daß wir von Herrn Etzel verlangen können, den Termin vorzuverlegen. Herr Etzel muß z.Z. Herrn Monnet[61] vertreten. Er hat sehr viel in Luxemburg zu arbeiten und kann vor dem 30. nicht da sein.

Ich habe noch eine andere Sorge. In dem Arbeitskreis, den Herr Etzel berufen hat, um die große Sitzung vorzubereiten, dominiert die Industrie durch Herrn Hellwig[62] und Müller-Armack. Das sind die einzigen Leute, die konkret arbeiten. Ich bin nicht sicher, ob das vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß ohne weiteres als der Wille der Partei angenommen werden kann, insbesondere weil unsere Mitglieder und Millionen von Leuten – wie Herr Schröder mit Recht sagt – danach drängen, etwas Positives von uns zu hören. Ich glaube, wir werden nicht zum Zuge kommen.

Um aber etwas Positives zu sagen, möchte ich erwähnen, daß der Unterausschuß „Finanz-, Steuer- und Geldwesen"[63] seit Monaten gearbeitet hat. Er hat einen zweiten Entwurf aufgestellt. Der erste Entwurf war vom Ausschuß zweimal beraten worden. Der zweite Entwurf ist mit einigen Sachverständigen und auch mit Herrn Hilpert durchberaten worden. Ich glaube, er ist ziemlich positiv gehalten.

Ich habe eine Bitte! Können Sie nicht helfen, daß dieser Entwurf nochmals durchgeprüft wird, damit wir am 30. sagen können: Fangt nicht nochmals an zu debattieren, sondern nehmt an! Ist es der Wille des Vorstandes, daß die programmatische Arbeit des Ausschusses der Partei mit den beteiligten Ministern bis ins einzelne abgestimmt wird?

Wir haben den Rat des Herrn Minister Schäffer und des Herrn Staatssekretär Hartmann gehört. Ich bitte also, unter den Gesichtspunkten der Partei zu prüfen, ob das Programm brauchbar ist. Sie hätten dann für Hamburg wenigstens etwas.

Scharnberg: Meine Erfahrung geht dahin: Programme kann man nicht in einem riesigen Ausschuß festlegen, sondern nur in einem kleinen Arbeitskreis. Dann kann es durch den Ausschuß genehmigt werden. Wenn wir heute hören, daß Hellwig und Müller-Armack die Dinge machen sollen, dann scheint mir das einseitig zu sein. (*Strickrodt:* Auch Herr Pickert[64]!) Ich möchte gern den Herrn Pfister dabeihaben.

---

61 Jean Monnet (1888–1979), französischer Politiker; 1946–1952 Leiter des Planungsamtes im Wirtschaftsministerium, 1952–1955 erster Präsident der Hohen Behörde der EGKS. Vgl. Hartmut SOELL: Patriot – Europäer – Weltbürger, in PERSÖNLICHKEITEN S. 185–230.

62 In der Vorlage: Hensel.

63 Der Unterausschuß „Finanzen und Steuern, Geld und Kredit" des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CDU nahm am 22. Dezember 1951 seine Arbeit auf. Der erste Entwurf „Grundsätze einer gerechten Finanzpolitik" stammt vom 21. Oktober 1952, der zweite Entwurf lag am 22. März 1953 vor (ACDP VII-004-079/2).

64 Albrecht Pickert (1897–1979), Mitglied des CDU-Bundesausschusses für Wirtschaft, stv. Vorsitzender des Rheinischen Wirtschaftsausschusses.

Er hat uns voriges Mal sehr viel geholfen. Er ist in München und sitzt auf dem Lehrstuhl von Weber[65]. Es muß ein Kreis von vier oder fünf Leuten sein.

Kaiser: Wir sollten uns nicht selbst entmutigen! Wir haben – was den sozialpolitischen Flügel unserer Partei angeht, die Arbeitnehmerschaft – in Köln Ausarbeitungen vorgelegt, die sich sehen lassen können. Wir nehmen den Mund nicht zu voll, sondern wir sind uns unserer wirtschaftspolitischen Verantwortung bewußt. Wir legen das vor. Das steht auch für den Wirtschaftspolitischen Ausschuß zur Verfügung.

Es sind viele Herren bei uns gewesen, die des Lobes voll waren. Überhaupt war diese Tagung vor zehn Tagen in Köln einfach mustergültig. Ich war einfach des Stolzes voll über das, was uns mit ganz geringen Mitteln möglich geworden ist. Es ist auch dort gesagt worden: Wenn uns das in vergleichbarer Weise in Hamburg gelingt, was die Arbeitnehmerschaft in Köln fertiggebracht hat, dann können wir zufrieden sein.

Ich habe nur den Wunsch, daß ein Verantwortlicher bestimmt wird, damit wir wissen, wer nun für die sachliche Zusammenfassung der Aufgaben in Hamburg verantwortlich ist. Ich habe neulich beantragt, daß Tillmanns das verantwortlich übernehmen soll. Ich möchte das heute noch einmal beantragen. Dann würde die Sache klappen.

Adenauer: Verantwortlich sind die drei Herren. Ich muß nach wie vor sagen, ich bin sehr besorgt. Wenn der Ausschuß für Wirtschaft erst am 30. März zusammenkommt und dann anfängt zu arbeiten, gibt es eine Katastrophe. Darüber wollen wir uns doch völlig klar sein. Es muß auch noch die Abstimmung miteinander erfolgen. Das ist doch eine ungeheuere Arbeit. Ich glaube, Herr Lenz, wir müssen uns unverzüglich mit Herrn Etzel in Verbindung setzen. So geht es nicht. Es muß auf irgendeine Weise Dampf dahintergesetzt werden. Wir können nicht bis zum 30. warten.

Tillmanns: Ich würde etwas besorgt sein, wenn wir in Hamburg ein vollständiges Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU vorlegen wollten. Wir wollen keine Düsseldorfer Leitsätze und kein Ahlener Programm vorlegen, sondern für den Wahlkampf einige konkrete praktische Forderungen zusammenstellen und die in Hamburg beschließen. Wenn sich die Ausschüsse darauf konzentrieren, ist das doch möglich.

Adenauer: Herr Kollege Tillmanns hat eingangs gesagt, der Hauptwert soll auf die Diskussion gelegt werden. Eine solche Diskussion muß sehr gut vorbereitet werden. Wie weit sind wir damit? Sonst geht es so, daß sich viele zu Wort melden. Und diejenigen, die sich zu Wort melden, sind nicht immer die Klügsten.

Aber wir müssen mit Herrn Etzel telephonieren und über die Sache sprechen. Ich werde versuchen, ihn heute noch telephonisch in Luxemburg zu erreichen.

Wie denken Sie sich nun die Diskussion?

---

65 Dr. Adolf Weber (1876–1963), Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaften; 1921 bis zur Emeritierung 1948 Universität München.

Tillmanns: In dem Augenblick, wo die Dinge zusammengestellt werden, ergibt sich von selbst, daß die maßgebenden Freunde, die daran wesentlich mitgearbeitet haben, von uns gebeten werden, sich für die Diskussion vorzubereiten. Man wird Wortmeldungen, die von den Delegierten kommen, berücksichtigen müssen, aber die Diskussion wird so vorbereitet sein müssen, daß wir für die einzelnen Punkte drei oder vier gute Diskussionsredner haben. (*Adenauer:* Das wissen die Herren?) Ja! (*Adenauer:* Dann müssen Sie es den Herren mitteilen, das ist doch entscheidend, daß sie es wissen!) Ja!

Es ist uns mitgeteilt worden, daß sich beim CDU-Verband im Kreis Neumünster ein CDU-Kreisverband Oder-Neiße gebildet hat.[66] Der Kreisgeschäftsführer von Neumünster hat uns in einem Schreiben gebeten, daß der Bundesvorstand einer solchen Gründung zustimmt. Ich bin der Auffassung, daß das nicht möglich ist.

Kather: Sie wissen, daß auf dem Parteitag in Goslar der Landesverband Oder-Neiße beschlossen und in die Satzung, die er mit unterschrieben hat, aufgenommen wurde. Ich muß ganz offen sagen, obwohl ich diesen Parteitag von Anfang bis Ende mitgemacht habe, ich weiß gar nicht, wie es zu der Gründung dieses Landesverbandes gekommen ist. Er ist offenbar einem propagandistischen Bedürfnis entsprungen und auf diese Weise in die Satzung hineingekommen.

Wir haben festgestellt, die Landesflüchtlings- und Kreisflüchtlingsausschüsse waren eigentlich nur ein anderer Name für diese Sache. Von dieser Gründung in Neumünster habe ich heute erst erfahren. Es ist ein ziemlich maßgebender Mann in Neumünster. Ich glaube, er ist stellvertretender Vorsitzender von Schleswig-Holstein, der Herr Gerlich[67].

Ich würde vorschlagen, daß wir uns heute nicht damit befassen. Der Vertriebenenausschuß tritt am 28. zusammen. Ich werde bei Gerlich anfragen, und dann wird darüber gesprochen. Es soll selbstverständlich keine Nebenpartei geben.

Gradl: Wir haben mit drakonischer Härte gegenüber unseren eigenen Leuten das unterbunden, wenn sie anfangen, neben der ortsgebundenen Partei eine CDU-Parallelorganisation aus Flüchtlingen oder Heimatvertriebenen aufzubauen. Damit würden wir unsere Partei von selber zerschlagen. Ich kann mir denken, daß Sie in Ihrem Flüchtlingsausschuß gedrängt werden. Aber lassen Sie um Gottes willen die Hände davon weg. Es kann nur eine Parole geben: Jeder, der in das Bundesgebiet kommt, gehört in die ortsansässige Partei.

Wir haben unseren Exil-Parteitag in 14 Tagen in Bonn.[68] Wir hoffen, daß Sie, Herr Bundeskanzler, dabeisein werden. Das ist unmittelbar nach der Ratifizierung

66 Am 27. Februar 1953 war in Neumünster ein eigener Kreisverband des Landesverbands Oder-Neiße gegründet worden; sein Vorstand war identisch mit dem CDU-Kreisfachausschuß für Vertriebenenfragen (vgl. dazu ACDP VII-002-271).

67 In der Vorlage: Gerdes. – Dr. Walter Richard Gerlich (1908–1981), Mitgründer der CDU, 1950 des Landesverbands Oder-Neiße in Goslar, 1963–1965 MdB.

68 3. Parteitag der Exil-CDU vom 22.–24. März 1953 in Bonn (vgl. dazu CDP Nr. 60 vom 24. März 1953).

der Verträge, so daß Sie gerade in die Sowjetzone hinein von diesem Parteitag aus ein gutes Echo haben werden.

Albers: Ich bitte darum, daß die von Herrn Kaiser angeschnittene Frage des DGB hier noch einmal erörtert wird. Der ganze Wahlkampf hängt zum großen Teil von der Haltung des DGB bzw. von den Zuträgerdiensten ab, die er der SPD leistet. Wir müssen durch ein wirklich faßbares Programm den Gewerkschaften die Möglichkeit nehmen, gegen uns vorzugehen.

Adenauer: Das ist eine so wichtige Frage, daß wir sie jetzt nicht anschneiden sollten. Wir können zu dem Kollegen Kaiser das Vertrauen haben, daß er gegenüber dem DGB die notwendigen Schritte tun wird. Unsere Aufgabe ist es, hinter ihm zu stehen, und daß wir alle seine Schritte mit Wort und Tat unterstützen.

Kaiser: Vielleicht darf ich von der Rede, die [ich] am Sonntag vor acht Tagen in Köln gehalten habe, dem Vorstand folgendes zur Kenntnis bringen, damit Sie etwas über unsere und meine Haltung in dieser Angelegenheit erfahren und auch zu würdigen wissen.[69]

Große Teile unserer Wähler sind Arbeitnehmer. Die SPD ist drauf und dran, die breite Masse unserer Wähler mit Hilfe der Gewerkschaften wegzureißen. Das muß verhindert werden.

Ich habe am letzten Sonntag in Essen das gleiche Thema angesprochen.[70] Es waren namhafte Vertreter des DGB da. Wir haben mit Walter Freitag eine neue Abrede getroffen, daß eine Auseinandersetzung zwischen ihm und uns geführt wird. Die erste Frage, die wir stellen, wird die sein: Meint ihr es überhaupt noch ehrlich und aufrichtig mit dieser einheitlichen Organisation, die nach 1945 geschaffen worden ist?

Sie müssen dann Rede und Antwort stehen. Sie werden selbstverständlich sagen: Wir wollen die Einheit erhalten, aber sie ist an ganz bestimmte Voraussetzungen gebunden, und die müssen erfüllt werden.

Wir werden zu erreichen versuchen, daß die Gewerkschaften in diesem politischen Kampf den christlichen Demokraten gegenüber – soweit sie überhaupt zu den Wahlen Stellung nehmen – mindestens ebenso gerecht werden müssen wie gegenüber der SPD. Es wäre erwünscht gewesen, wenn wir heute darüber hätten sprechen können. Es wäre gut, wenn wir unter den Kandidaten, die wir aufstellen, einige namhafte Persönlichkeiten der DGB-Leitung hätten. Es sind Persönlichkeiten von Qualität da. Es kommt im wesentlichen das Industriegebiet in Frage, z.B. Gelsenkirchen, Dortmund usw. Ich bedaure, daß der Vorsitzende von Westfalen nicht hier ist.

---

69 Der politische und soziale Standort der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft, in: Von der Sozialpolitik zur Sozialreform S. 67–74; vgl. auch Kosthorst S. 266f.

70 Jakob Kaiser sprach zur „Gedenkstunde der christlichen-demokratischen Arbeitnehmer der Stadt Essen am 8. März 1953" (Rede in BA NL Kaiser Vorl.Nr. 201).

Ich möchte bitten, daß Sie uns mit Vertrauen begegnen. Ich hoffe, daß es uns gelingt, in der Gewerkschaftspresse zu Wort zu kommen. Ich habe schon einige Gespräche darüber geführt, und ich glaube, daß das erreicht werden wird, so daß wir von dieser Seite her eine Erleichterung erfahren. Ich habe dabei Worte höchsten Respektes von Gewerkschaftsseite über Konrad Adenauer und über sein Eingreifen bei der Bereinigung der Auseinandersetzung im Bergbau gehört, daß es der Bundeskanzler war, der diese Lösung herbeigeführt hat.

Adenauer: Ich habe die Rede von Herrn Kaiser in Köln gelesen; ich kann Ihnen dringend empfehlen, lesen Sie diese Rede auch. Was auf dieser Tagung als Weg gekennzeichnet worden ist, ist ausgezeichnet. Wir stehen absolut dahinter. Wir müssen auch bei der Aufstellung der Kandidaten diese Rücksichten nehmen, von denen Sie gesprochen haben.

Ich glaube, es ist gut, daß in der nächsten Vorstandssitzung diese Frage vorangestellt wird. Dann werden Sie etwas weiterkommen.

Pferdmenges: Wie ich höre, sind die christlichen Leute bei der Aufstellung der Sozialdirektoren sehr schlecht weggekommen. Kann man da nicht etwas tun?

Kaiser: Auch darüber werden wir sprechen. Übrigens werden diese Berufungen nicht zum Heil der Gewerkschaften ausgehen. Dazu hat Arnold ein sehr kräftiges Wort gesagt, daß die Gewerkschaften für die Leute da sind und nicht umgekehrt.[71] Die Arbeiterschaft hat in dieser Beziehung ein sehr gesundes Empfinden.

Fay: Wird es, wenn es zu einer Stichwahl kommen sollte, bei dem Termin vom 6. September bleiben? Ich habe nämlich schon sämtliche Säle gemietet.

Adenauer: Wenn es zu einer Stichwahl kommt, muß die Hauptwahl acht Tage vorher sein.

Fay: Bis wann werden die Lesungen durch sein?

Adenauer: Der Bundestag ist ein schwer erforschbarer Organismus. (*Ehlers:* Das hat er mit der Bundesregierung gemein. – *Heiterkeit! – Kaiser:* Der Mann ist doch um eine Antwort nie verlegen!) Ich habe nicht gewußt, daß Sie sich mit dem Bundestag derartig identifizieren. Sie sind ein leichter zu erforschender Organismus als der Bundestag! (*Ehlers:* Im allgemeinen sind die Tagungstermine aus der Presse zu entnehmen; wenn Sie sie festgesetzt haben, ist es schwieriger!) Ich habe noch nie einen Termin festgesetzt! (*Ehlers:* Die dritte Lesung ist doch beschlossen worden.[72] Sie haben von der zweiten Märzwoche gesprochen.) Ja, gesprochen schon, das ist richtig, aber nicht festgesetzt.

Doch wir wollen zurück zu der eigentlichen Frage. Wir können nur das eine sagen: Alle Parteien – abgesehen von der Sozialdemokratie – haben das Bedürfnis,

71 Zur Haltung Arnolds gegenüber den Gewerkschaften vgl. seine Rede am 1. März 1953 in Köln (abgedruckt in: Von der Sozialpolitik zur Sozialreform S. 55–61); vgl. auch HÜWEL S. 246f. Zum Verhältnis der Sozialausschüsse der CDU zum DGB vgl. GUNDELACH.

72 Die dritte Lesung fand erst am 25. Juni 1953 statt (vgl. Sten.Ber. 1.WP Bd.17 S. 13741–13768; AdG 1953 S. 4051).

möglichst schnell das Gesetz verabschiedet zu sehen. (*Kaiser:* Das gibt Veranlassung zu der Frage, ob 9/10 ...) Sie reden über etwas anderes. Es handelt sich um das Wahlgesetz.

Schröder: Ich glaube, wir haben große technische Schwierigkeiten; auch wenn wir zur Stichwahl kommen, sollten wir nicht als ersten Tag den 6. und als zweiten Tag den 13. September nehmen?

Tillmanns: Das ist eine rechtliche Angelegenheit!

Zimmer: Dann haben wir eine Woche lang kein Parlament. Die Legislaturperiode läuft am 6. September ab.

Schröder: Das ist im Grundgesetz festgelegt.[73]

Tillmanns: Das Grundgesetz bestimmt zwingend, daß die Bundestagswahl innerhalb des letzten Vierteljahres stattfinden muß.

Ehlers: Für uns ist der 6. September günstiger als der 31. August. Es hat keinen Zweck, die Wahl in die Ferien zu legen.

Adenauer: Überlassen wir das dem Bundestagsausschuß. Ich meine, wir sollten jetzt zum Schluß kommen.

Ich darf mit bestem Dank schließen und an die drei geschäftsführenden Herren den Vorschlag richten, etwas für die Presse zu entwerfen.

20

Hamburg, 18. April 1953

Sprecher: Bach, von Brentano, Ehlers, Fay, Gradl, Frau Gröwel, von Hassel, Heck, Johnen, Kaiser, Kather, Kiesinger, Krone, Lehr, Lensing, Lenz, Müllenbach, Pferdmenges, Samsche, Scharnberg, Schreiber, Simpfendörfer, Strickrodt, Tillmanns, Wuermeling, Zimmer.
Kassenbericht des Bundesschatzmeisters. Verlauf des Parteitages: Verhalten der Stadt Hamburg gegenüber dem Bundeskanzler, Plakatierung des „Volksbundes für Frieden und Freiheit", Läuten der Freiheitsglocke. Vorschläge für die Wahl des Präsidiums, der Mandatsprüfungskommission und der Redaktionskommission. Entwurf des Hamburger Programms. Entschließungen. Überlegungen zur Neuwahl des Vorstands. Verschiedenes.

Beginn: 17.00 Uhr *Ende: 20.00 Uhr*

Ehlers (als Vorsitzender): Meine Damen und Herren! Da der Herr Bundeskanzler sich z.Z. zwischen Amerika und Europa befindet, darf ich die Parteivorstandssitzung zur Eröffnung des Parteitages eröffnen und Sie herzlich willkommen heißen.

73 Vgl. GG Art. 39 Abs. 1.

Werden zur Tagesordnung irgendwelche Einwendungen geltend gemacht? – Das ist nicht der Fall. Wir können also mit Punkt 1 der Tagesordnung beginnen. Ich darf den Bundesschatzmeister bitten, den Kassenbericht zu erstatten.

KASSENBERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS

Bach: Ich habe zwei Ausfertigungen meiner Ausführungen sowie des Revisionsberichtes in Umlauf gesetzt. In dem Revisionsbericht sind auch die Bilanzen der Jahre 1951 und 1952 enthalten. Die Bilanz des Jahres 1951 weist

einen Gesamtumsatz von	DM 1.412.710,–
auf, demgegenüber stehen an Ausgaben	DM 1.055.196,–,
so daß sich am 31. Dezember 1951 ein Vermögen von	DM 357.520,–

ergab. Die einzelnen Positionen sind in der Bilanz nachgewiesen und können von mir im einzelnen erläutert werden.

Der Gesamtumsatz im Jahre 1952 betrug	DM 4.036.923,–.
Hier ergibt sich ein Überschuß von	DM 642.741,–.
Wenn Sie dazu den Betrag aus dem Jahre 1951 in Höhe von	DM 357.520,–
nehmen, dann ergibt sich zum 1. Januar 1953 ein Vermögen von	DM 1.261.000,–.

Auch hier können Sie die Einzelheiten aus der Bilanz ersehen.

Die Zuschüsse für die Landes- und Kreisparteien betrugen im Jahre 1951 DM 2.220.000,–. Hierin sind die laufenden Beträge enthalten. Die Prüfung der Bilanz ist von dem Wirtschaftsprüfer Dr. Elmendorff[1], Düsseldorf, in sechswöchiger Arbeit durchgeführt worden. Ich gestatte mir, den Prüfungsbericht vorzulegen, oder wird darauf verzichtet?

Ehlers: Ich glaube, wir könnten uns damit begnügen, daß Sie uns ganz kurz den Inhalt des Prüfungsberichtes bekanntgeben.

Bach: Ich darf Ihnen die Zahlen bekanntgeben, die Sie weder in meinem schriftlichen Bericht noch in dem Prüfungsbericht des Herrn Elmendorff finden.

Für das Jahr 1953 sind insgesamt zugesagt 6 Millionen, davon 4 Millionen für die laufende Arbeit und 2 Millionen für die Wahlarbeit. Auf der letzten Vorstandssitzung wurde beschlossen, den Betrag von 4 Millionen wie folgt aufzuteilen:

3 Millionen für die Arbeit der Kreis- und Landesparteien,
1 Million für die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle und der Bundesorganisation,
2 Millionen für die Wahlarbeit sollen ungeteilt an die Bundeskasse gezahlt werden.

Die Ausgaben der Bundesgeschäftsstelle betragen
DM 1.200.000,– für die wirtschaftlichen Einrichtungen, dazu
DM 900.000,– für „Wirtschaftsbild", „Wirtschaftsbrief", „Mittelstandsbrief",

1 Dr. Wilhelm Elmendorff (geb. 1903), Wirtschaftsprüfer und Steuerberater.

„Evangelische Verantwortung", „Betriebsrätebrief", zusammen:
DM 2.100.000,–.[2]

In der letzten Vorstandssitzung wurde beschlossen, für die Wahlarbeit DM 2.650.000,– einzusetzen; außerdem sind zugesagt worden für die besondere Bearbeitung des katholischen Raumes durch Herrn Dr. Krone DM 50.000,–,
für den evangelischen Raum (Dr. Ehlers) DM 50.000,–,
für Flugzeugpropaganda DM 230.000,–,
für eine bürgerliche Zeitung in Braunschweig
unter Herrn Dr. Hofmeister[3] DM 20.000,–.
Insgesamt betragen die Ausgaben DM 5.100.000,–,
denen eine Einnahme von DM 3.000.000,–
gegenübersteht, so daß noch 2,1 Millionen beschafft werden müssen.
Der heutige Kassenbestand beträgt DM 573.912,–.

Von den zugesagten 3 Millionen sind bisher leider nur DM 300.000,– gezahlt worden, so daß noch 2,7 Millionen DM zu erwarten sind.

Der Kassenbericht steht sämtlichen Herren des Vorstandes im Büro der Bundesgeschäftsstelle zur Verfügung.

Tillmanns: Der Vorstand muß sich über folgende Rechtsfrage klarwerden: Kann der Vorstand allein die Entlastung des Bundesschatzmeisters vornehmen. Die Satzung sagt darüber nichts.

Zimmer: Das ist mit Bedacht nicht in die Satzung gekommen. Derartige Dinge soll man freilassen. Ich bin dafür, daß der Vorstand es allein macht.

Von Brentano: Wir sind selbstverständlich zuständig, wenn kein anderer in Frage kommt, d.h. festgelegt ist.

Kaiser übernimmt den Vorsitz.

Kaiser: Ich schlage Ihnen vor, daß wir dem Bundesschatzmeister die Entlastung erteilen. Sind Sie damit einverstanden? Das ist der Fall. Dann danke ich Herrn Bach für seine große Arbeit.

Wir kommen zum Punkt 2 der Tagesordnung.

Verlauf des Parteitages

Tillmanns: Der Herr Bundeskanzler trifft nicht, wie erwartet, heute, sondern erst morgen um 16.15 Uhr ein. Die Begrüßung im Schauspielhaus bei der Eröffnungssitzung kann also nicht vom Bundeskanzler vorgenommen werden, sondern das wird, soweit ich unterrichtet bin, Herr Dr. Ehlers tun.

Lenz: Wir haben einige Schwierigkeiten in Hamburg gehabt wegen des Empfangs des Herrn Bundeskanzlers. Die zunächst von der Stadt Hamburg zugesagte

2 Zu den Publikationen der CDU vgl. Fischer S. 218; Schmollinger/Stöss S. 42.

3 Mit diesem Betrag sollte der Start der „Braunschweiger Nachrichten" finanziert werden; die erste Nummer erschien am 15. Mai 1953 (NL Hofmeister ACDP I-395-105/5-7).

Polizeiabteilung, die den Bundeskanzler empfangen sollte, ist von der Stadt Hamburg abgelehnt worden. (*Gröwel:* Unerhört!) Wir haben eine Reihe von Schwierigkeiten gehabt. Ich schlage vor, daß eine Anzahl von Parteimitgliedern zum Flugplatz fährt, damit der Kanzler in entsprechender Weise empfangen wird. Der Herr Bundesminister Dr. Lehr hatte vorgesehen, eine Hundertschaft des Bundesgrenzschutzes hinzuschicken. Da auch deswegen Bedenken seitens der Stadt Hamburg bestehen, haben wir telegraphisch beim Kanzler angefragt. Bis jetzt ist noch keine Antwort eingetroffen. Ich würde vorschlagen, daß von uns aus eine größere Wagenkolonne hinausfährt.

Lehr: Wenn die Stadt Hamburg den polizeilichen Schutz der Eskorte übernommen hätte, wäre die Sache gut gewesen. Ich habe dem Bundeskanzler telegraphiert: Halte eine Hundertschaft bereit, die sich präsentieren kann, wenn Sie es wünschen. Ich mache es von seiner Entscheidung abhängig. (*Gröwel:* Kann Hamburg nicht dagegen Einspruch erheben?) Die Polizei ist Ländersache, und der Senat in Hamburg kann über seine Polizei frei verfügen.

Samsche: Durch die Tatsache, daß der Hamburger Senat dem Herrn Bundeskanzler das Gästehaus des Senats zur Verfügung gestellt hat, ist der Empfang – protokollarisch gesehen – eine Angelegenheit des Landes Hamburg. Die Schwierigkeiten gehen insofern weiter, als der Empfang auf dem Rollfelde vorgenommen wird, das devisen- und zollmäßig Ausland ist. Das Hamburger Protokoll hat aus diesen Gründen den Kreis der den Bundeskanzler begrüßenden Personen möglichst kleingehalten und einen sehr engen Rahmen gezogen.

Wir hatten ursprünglich von seiten des Bundesgrenzschutzes eine Offerte für eine Musikkapelle. Wir waren der Meinung, daß man dem Hamburger Senat davon Mitteilung machen sollte, damit hinterher keine Reibereien entstünden. Daraufhin hat mir der Senator Landahl[4] gesagt, eine Musikkapelle könne er nicht ohne Ehrenkompanie stellen; es sei aber eine Ehre, wenn eine Ehrenkompanie gestellt werde. Sechs Tage darauf hörten wir durch das Protokoll, daß dies gestrichen sei. Meine diesbezügliche Anfrage wurde vom Senat wie folgt beantwortet: das sei deshalb gestrichen worden, weil ein Beschluß des Senats vorliege. Als ich mich beschweren wollte, stellte ich fest, daß der betreffende Senator verreist war.

Der Hamburger Senat, der diesen Empfang als Staatsempfang betrachtet, wollte verhindern, daß die CDU prominenter in Erscheinung tritt als das Land Hamburg.

Der Bürgermeister kommt nicht. Es kommt auch kein Senator, sondern der Senat hat bestimmt, daß der Bundeskanzler durch den hiesigen Senatssyndikus Dr. Drexelius[5], den Bevollmächtigten bei der Bundesregierung, Dr. Hansen[6], und durch

4 In der Vorlage: Dahl. – Heinrich Landahl (1895–1971) war 1945–1953 Chef der Kultur- und Schulbehörde (Storbeck S.189, 417f.).

5 Dr. Wilhelm Drexelius (1906–1974), 1945 Direktor des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg (SPD), 1946–1961 Senatssyndikus, 1961–1970 Senator, 1961–1974 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft.

den leitenden Regierungsdirektor Jess[7], der etwa die Funktion eines Chefs des Protokolls innehat, begrüßt wird.

Ich habe mich beim Bonner Protokoll erkundigt, ob man an sich rein sachlich etwas dagegen einwenden kann. Man hat mir gesagt, daß es vielleicht nicht schön sei, daß man aber gegen diese Garnitur nichts einwenden könne. (*Verschiedene Zurufe der Entrüstung:* Unglaublich – Unerhört!) Wir haben uns nun auf folgendes geeinigt und – vorbehaltlich der Genehmigung hier – folgenden Plan aufgestellt, daß die drei Herren des Senats mit Staatssekretär Dr. Lenz und Ministerialdirektor Blankenhorn hinausfahren, um den Kanzler zu empfangen. Außerdem sollen von der Bundes- und Landespartei zwei oder drei Herren hinfahren. Im ganzen soll es ein Kreis von 17 Personen sein, die die Berechtigung haben, auf das Rollfeld zu gehen.

Ehlers übernimmt den Vorsitz.

Ehlers: Es hat keinen Zweck, daß wir uns über die Art und Weise unterhalten, wie sich der Regierende Bürgermeister in Hamburg[8] blamiert.

Von Brentano: Es ist ein ungewöhnlicher Affront, daß der Senat beschließt, von der Ankunft des Bundeskanzlers, der von einem mehrwöchigen Staatsbesuch in Amerika zurückkommt, keine Kenntnis zu nehmen und den Chef des Protokolls hinzuschicken. Ich bin der Meinung, daß der Herr Bundeskanzler nicht in dem Gästehaus wohnen soll. Dann geht der Einwand, daß es sich um einen Staatsempfang handelt, verloren, und wir können unseren Bundeskanzler durch den Parteivorstand so empfangen, wie es uns gefällt.

Ehlers: Ich würde Ihnen im Verlaufe des Gesprächs den gleichen Vorschlag gemacht haben, um so mehr, als es fast unzumutbar ist, im Gästehaus des Hamburger Senats zu wohnen. Dieses Gästehaus ist kein Bremer Haus. Ich sage das in Anwesenheit des Bremer Vertreters[9]. Als ich vor einiger Zeit dort wohnte, mußte meine Frau den Mäusedreck wegfegen. Es gibt nichts an Getränken da. Mein Fahrer wurde darauf hingewiesen, daß er im Wartesaal des Bahnhofs Dammtor frühstücken solle.

Lenz: Der Herr Bundeskanzler hat Wert darauf gelegt, daß er nicht nur als Chef der CDU nach Hamburg kommt, sondern auch als Regierungschef, der von seiner Auslandsreise zuerst in Hamburg eintrifft. Es ist deshalb auch eine große Pressekonferenz vorgesehen. Unter diesen Umständen, daß er zunächst als Regierungschef hier spricht, muß ich sagen, ist die protokollarische Anordnung der Stadt Hamburg

6 Dr. Bernhard Hansen (geb. 1896), 1946–1947 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (SPD), 1947–1949 Bevollmächtigter der Vertretung Hamburgs beim Länderrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt, 1949–1953 Bevollmächtigter Hamburgs bei der Bundesregierung.

7 In der Vorlage: Jesse. – Henning Jess (vgl. Handbuch der Freien und Hansestadt Hamburg 1956 S. 43f.).

8 Max Brauer (vgl. Nr. 3 Anm. 3).

9 Vermutlich Dr. Heinrich Barth (geb. 1914), 1952–1954 Vorsitzender der CDU Bremen.

kaum anders als eine schwere Brüskierung anzusehen. (*Zimmer:* Ist das dem Hamburger Senat bekannt?) Das ist ihm bekannt. Ich habe mit Bürgermeister Brauer seinerzeit darüber gesprochen. Daraufhin hat Herr Brauer das Gästehaus der Stadt Hamburg angeboten, was der Kanzler zunächst angenommen hatte.

Ehlers: Mir ist folgende Überlegung gekommen. Wenn man jetzt erklärt, daß der Bundeskanzler das Gästehaus nicht betritt, sondern anderswo untergebracht wird, führt das zu weiteren Schwierigkeiten. Dann wird es der Hamburger Senat ablehnen, zu irgendeiner Parteiveranstaltung zu kommen. Wir können das sicher entbehren, aber ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist, die Dinge zu überstürzen.

Sollte man nicht so verfahren, daß der Bundeskanzler nur die erste Nacht im Gästehaus wohnt und von da aus in ein anderes Quartier umzieht. Dann ist ja diese Staatsaktion vorbei, und er ist hier als Parteichef. Das würde dem Hamburger Senat eine beachtliche Dokumentation unseres Erstaunens über sein Verhalten geben.

Von Brentano: Das halte ich nicht für möglich; denn das ist unter der Würde des Bundeskanzlers.

Ehlers: Es ist wirklich nicht der erste Fall. Ich versuche mich in keiner Weise zu vergleichen, aber ich habe vor vier Wochen hier erlebt, daß ich offiziell vom Senat als Ehrengast aufgefordert wurde, auf der Schlußkundgebung der Europa-Union zu sprechen.[10] Ich wurde in diesem furchtbaren Gästehaus untergebracht. Es hat dann nicht einmal ein Oberregierungsrat vom Senat es für nötig gehalten, bei dieser Schlußkundgebung der Europa-Union zu erscheinen. Es war niemand da außer ein paar Polizeibeamten. Das ist genau das gleiche Verhalten, das sich ausschließlich auf parteipolitische Erwägungen stützt.

Was Herr von Brentano sagt, ist durchaus einleuchtend. Dieser Empfang durch nachgeordnete Stellen und die Unterbringung im Gästehaus ist kein Staatsempfang. Darin liegt etwas, was diesen Empfang als zweitrangig hinstellt. Daraus müssen wir die Konsequenzen ziehen. Wir sollten zum mindesten den Senat wissen lassen, daß diese Form eines Staatsempfanges nicht der Würde des Bundeskanzlers entspricht.

Lenz: Wir können die Frage des Quartiers ohne den Bundeskanzler nicht entscheiden. Auch die Sicherheitsmaßnahmen, die immer getroffen werden müssen, sind nicht von einem Tag zum anderen umzustellen.

Scharnberg: Daß Herr Brauer nicht hinfährt, sondern Herr Drexelius, das ist eine so unerhörte Angelegenheit, daß darauf unbedingt eine Reaktion erfolgen muß.

Kaiser: Ich würde vorschlagen, es Herrn Brauer noch heute abend zu sagen.

Samsche: Er wird sagen: Ich bin an einen Senatsbeschluß gebunden.

Ehlers: Halten Sie es nicht für möglich, daß sich der Bundeskanzler – nicht wie es der Hamburger Senat nach seinem geistigen Format für angemessen erachtet –

10 Ehlers hatte am 14. März 1953 im Rahmen einer Festwoche des Landesverbands Hamburg der Europa-Union „Europa in Hamburg" das Schlußreferat gehalten (vgl. Ms. der Rede in NL Ehlers ACDP I-369-017/1; „Hamburger Abendblatt" vom 16. März 1953).

20 Minuten im Gästehaus der Stadt aufhält, sich die Hände wäscht, einen Kaffee nimmt oder was es vielleicht gibt, und dann weiterfährt. Wir könnten dann Herrn Brauer mitteilen, daß wir mit Rücksicht auf die vom Hamburger Senat gefaßten Beschlüsse eine eigene Unterkunft zur Verfügung stellen.

Samsche: Der Bürgermeister hat vorgesehen, am Dienstag nachmittag dem Bundeskanzler ein Essen zu geben. Dann würde die Sache gefährdet.

Ehlers: Wenn der Bundeskanzler bereit ist, sich im Gästehaus wenigstens einmal aufzuhalten, ist die Form für den Hamburger Senat völlig gewahrt. Im übrigen glaube ich, daß Herr Brauer glücklich darüber ist, wenn er ihn wieder los ist aus dem Gästehaus. Und der Bundeskanzler ist auch glücklich.

Es handelt sich also darum, daß sich der Parteivorstand angesichts des Verhaltens des Hamburger Senats einmütig auf den Standpunkt gestellt hat, der Bundeskanzler möge nach einem kurzen Aufenthalt im Gästehaus in einem anderen Quartier untergebracht werden. Er wird zweifellos verstehen, daß dies, nachdem es der Parteivorstand nachdrücklich beschlossen hat, keine leichtfertige Sache gewesen ist.

Scharnberg: Das Protokoll hat vorgesehen, daß in dem Wagen, mit dem der Bundeskanzler zum Haus Wedell[11] fährt, Herr Drexelius mitfahren soll. Das geht nach meiner Ansicht nicht. Ich schlage vor, daß Sie, Herr Dr. Ehlers, in diesem Wagen mitfahren.

Lehr: Ich muß Ihnen sagen, daß ich schwer schockiert bin über das, was uns hier zugemutet wird. Ich werde dafür sorgen, daß der Kanzler durch Funkspruch sofort benachrichtigt wird von dem Vorfall, damit er sich selbst ein Bild machen kann.

Wir müssen dafür sorgen, daß er in Wahn auf dem Rollfeld in würdiger Weise durch die Bundesregierung empfangen wird, wenn er nach einem offiziellen Staatsbesuch im Ausland zum ersten Mal wieder auf deutschem Boden ist. Wir werden damit den Unterschied zu dem deutlich machen, was sich hier in Hamburg abgespielt hat und was Hamburg glaubt, dem Kanzler zufügen zu müssen.

Lenz: Es kann nicht in Frage kommen, daß der Herr Drexelius mit dem Wagen des Kanzlers fährt. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Ehlers: Auf welche Weise wird sichergestellt, daß wir erfahren, ob das Flugzeug mit dem Kanzler pünktlich ankommt. (*Lenz:* Wir erhalten laufend Nachrichten von London.) Wer übernimmt es nun, beim Senat vorstellig zu werden? (*Zurufe:* Dr. Wuermeling!) Herr Dr. Wuermeling, würden Sie es machen? (*Wuermeling:* Ja!) Und von Hamburg? Herr Samsche? (*Samsche:* Ja!)

Scharnberg: Ich weiß nicht, ob das hierher gehört, aber mich stört im äußeren Bild von Hamburg, daß der „Bund für Frieden und Freiheit"[12] zu sehr in Erscheinung tritt. Seine Transparente hängen zwischen den CDU-Fahnen und Plakaten. Ich habe zuerst geglaubt, es handele sich um eine kommunistische Propaganda. Das

11 Haus Wedell war das Gästehaus des Senats.

12 Zum antikommunistischen überparteilichen „Volksbund für Frieden und Freiheit" vgl. Bestand ADK, ACDP VI-010.

wurde mir auch von anderen Leuten gesagt. Ich finde also diese Propaganda verwirrend.

Ehlers: Es würde außerordentlich peinlich sein, wenn man jetzt diese Transparente beseitigte. Das sähe doch komisch aus. Ich weiß nicht, ob wir jetzt noch CDU-Transparente anbringen können. (*Müllenbach:* Nein!) Dann darf ich bitten, daß sich der Landesverband Hamburg mit der Bundesgeschäftsstelle darüber ausspricht, was geschehen kann, damit der „Bund für Frieden und Freiheit" möglichst wenig in Erscheinung tritt. Das scheint mir der allgemeine Wunsch zu sein. Ich stelle das fest. Wer ist denn eigentlich dieser Bund?

Krone: Eine antikommunistische überparteiliche Organisation.

Müllenbach: Der „Bund" hat sich mit mir in Verbindung gesetzt, und zwar unter Berufung auf Herrn Minister Kaiser. (*Kaiser:* Da widerspreche ich; das muß wegbleiben!) Der „Bund" hat gebeten, aus Anlaß des Parteitages Plakate zu kleben und Transparente aufzuhängen. Ich habe ihm gesagt, ich hätte nichts dagegen, aber ich lehnte es ab, seine Transparente zwischen unseren Fahnen aufzubauen. Ich habe es energisch abgelehnt. Nun höre ich vor zwei Stunden, daß man doch die Transparente zwischen den Fahnen befestigt hat. Das ist also gegen unseren Willen geschehen.

Ehlers: Dann verlangen Sie, daß das abgenommen wird!

Kiesinger: Es wäre schön, wenn es uns gelänge, noch CDU-Plakate an deren Stelle zu kleben. Ich halte es auch für unglücklich, daß die Transparente aufgestellt worden sind.

Ehlers: Dann bitte ich die Bundesgeschäftsstelle, das zu klären.

Tillmanns: Der Bundeskanzler wird am Montag in der Plenarsitzung zum ersten Mal vor dem Plenum erscheinen und dort eine kurze Ansprache halten.

Für die Schlußkundgebung möchte ich vorschlagen, im Anschluß an die dritte Strophe des Deutschlandliedes die Berliner Freiheitsglocke erklingen zu lassen. Wir haben ein Tonband dafür geschaffen. Diese Glocke ist eine Stiftung von 16 Millionen amerikanischer Staatsbürger mit einer Freiheitserklärung, in der es heißt:
„Ich glaube an die Würde und Unantastbarkeit jedes einzelnen Menschen. Ich glaube, daß allen Menschen von Gott das gleiche Recht auf Freiheit gegeben wurde. Ich gelobe, mich der Aggression und Tyrannei zu widersetzen, wo immer sie sich auf Erden zeigen mögen."

Die Inschrift der Freiheitsglocke lautet:
„ Möge diese Welt unter Gott eine Wiedergeburt der Freiheit erleben!"

Ich glaube, daß das Läuten der Freiheitsglocke ein sehr wirkungsvoller Abschluß wäre.[13]

Ehlers: Wirkungsvoll ja, aber ich habe gegen die konservierte Wiedergabe von solchen Dingen große Bedenken aufgrund meiner Erfahrungen im Bundeshaus.

Tillmanns: Die Sache ist technisch ausprobiert.

13 Das Tonband wurde abgespielt (vgl. CDU, 4. Bundesparteitag S. 267f.).

Kather: Ich habe zufällig mit einem Rundfunkmann über diese Sache gesprochen. Er hat sich ähnlich geäußert wie Herr Dr. Ehlers und hat darüber gelächelt.

Gradl: Wenn auf diese Weise zwischen dem Parteitag und der Welt ein Zusammenklang hergestellt wird, sehe ich nicht ein, warum man es nicht machen soll.

Tillmanns: Die Glocke hat auf die großen Massen eine feierliche Wirkung.

Ehlers: Dazu kann man diese oder jene Meinung haben. Darf ich daher einfach fragen, wer ist dafür, daß wir dem Vorschlag von Dr. Tillmanns folgen sollen? Wer ist dagegen? Das letzte ist zweifellos die Minderheit. Ich bitte also darum, die technischen Voraussetzungen für das Läuten der Glocke zu schaffen.

Von Brentano: Sollte man die Glocke nicht vorher läuten lassen. Ich meine, das Deutschlandlied müßte die Sache beschließen.

Ehlers: Es scheint mir sinnvoll zu sein, daß der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen zum Schluß seiner Rede überleitet in das Läuten der Glocke.

Kaiser: Ich bitte darum, damit einverstanden zu sein, daß ich mich deswegen mit dem Bundeskanzler und mit Herrn Tillmanns verständige.

Ehlers: Wir dürfen die Herren Kaiser und Tillmanns bitten, mit dem Bundeskanzler Fühlung zu nehmen.

Wir kommen zum Punkt 3 der Tagesordnung.

Vorschläge für die Wahl des Präsidiums, der Mandatsprüfungskommission und des Redaktionsausschusses

Für das Präsidium werden vorgeschlagen:

Präsident des Parteitages: Scharnberg, Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg,

Mitglieder: Dr. Gröwel, Johnen, Majonica, Simpfendörfer, Dr. Tillmanns, Winkelheide.

Johnen: Darf ich bitten, auf mich zu verzichten, weil ich wahrscheinlich zwischendurch noch einmal ins Rheinland muß.

Ehlers: Sie brauchen ja nicht pausenlos zu leiten, sondern nur dann, wenn Sie hier sind. Also, dieser Vorschlag ist gebilligt. Herr Johnen erhebt keine Bedenken mehr.

Für die Mandatsprüfungskommission werden vorgeschlagen:

Dr. Gurk, Vorsitzender, Dr. Fay, von Hassel[14].

14 Kai-Uwe von Hassel (geb. 1913), 1935–1939 Kaufmann in Ostafrika, 1950–1965 MdL Schleswig-Holstein (CDU), 1954–1963 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1955–1966 Vorsitzender des CDU-Landesverbands, 1953–1954 und 1965–1980 MdB (1969–1972 Bundestagspräsident), 1963–1966 Bundesminister der Verteidigung und 1966–1969 für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1973–1981 Präsident der EUCD, 1977-1980 Präsident der Parlamentarischen Versammlung der WEU, 1979–1984 MdEP.

Sie sind einverstanden? Ich stelle das fest.

Für den Redaktionsausschuß werden vorgeschlagen:

Kiesinger, Vorsitzender, Dr. Wuermeling, Dr. Tillmanns, Frau Dr. Weber, Wehking, Prof.Dr. Stier, Meltzer[15], Majonica, Lünendonk, von Keudell[16], Karsch, Etzel, Albers.

Zimmer: Wann wird das Ergebnis der Arbeit des Redaktionsausschusses dem Bundesparteivorstand zur Beschlußfassung vorgelegt?

Tillmanns: Diese Frage ist sehr schwer zu beantworten; das hängt von dem Fortgang der Arbeiten ab.

Ehlers: Darf ich fragen, ob Sie mit der Benennung dieses Redaktionsausschusses einverstanden sind? Ich stelle das fest. Der Parteiausschuß wird es morgen noch beschließen müssen.

Wir kommen zum Punkt 4 der Tagesordnung.

Entwurf des Hamburger Programms

Der Entwurf liegt Ihnen vor, er ist vom geschäftsführenden Vorstand und von den Ausschüssen zusammengestellt worden.

Tillmanns: Es ist leider nicht mehr möglich gewesen, diesen Entwurf nochmals vor dem Parteitag in einer Vorstandssitzung zu besprechen, wie es beabsichtigt war, weil die Sitzungen der Ausschüsse bis Ende März bzw. Anfang April stattgefunden haben, so daß wir bisher nur folgendes tun konnten: Wir haben aufgrund der Ergebnisse der Arbeiten der Ausschüsse im kleinen Kreis des geschäftsführenden Vorstandes einen ersten Entwurf gemacht, den wir dann mit den Ausschußvorsitzenden nochmals besprochen haben. Das Ergebnis dieser Besprechungen liegt Ihnen nunmehr vor.

Ich glaube, wir können nicht anders verfahren, als daß die Mitglieder des Vorstandes diesen Entwurf ihrerseits durchlesen und studieren. Es wird vielleicht notwendig sein, daß sich der Vorstand nochmals in einer Sondersitzung mit dem Entwurf beschäftigen muß. Wir müssen uns also heute darüber entscheiden, ob diese Sondersitzung stattfinden soll oder ob die Vorstandssitzung am Mittwoch genügen wird. Wir müssen uns überlegen, wann wir den Entwurf dem Plenum vorlegen. Man kann den Delegierten nicht zumuten, über einen solchen Entwurf Beschluß zu fassen, wenn er erst am Mittwoch in der Plenarsitzung verteilt wird.

---

15 Rudolf Meltzer (geb. 1888), Generalleutnant (1945), Vorsitzender des Bundesausschusses ehemaliger Berufssoldaten für Wehrmachtsfragen der CDU/CSU (vgl. Keilig S. 222; ACDP VII-004-120/1).

16 Dr. Walter von Keudell (1884–1973), 1916–1920 Landrat des Kreises Königsberg, 1924–1930 MdR (DNVP), 1927–1928 Reichsminister des Innern, 1929 Landvolkpartei (CSVD), 1933–1937 Generalforstmeister, 1936–1937 Staatssekretär, 1948 CDU, Vorsitzender der Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands, 1953 Mitglied des Bundesvertriebenenausschusses der CDU.

Ehlers: Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß wir jetzt über Einzelformulierungen diskutieren. Das wird Sache des Redaktionsausschusses sein. Es geht uns jetzt nur darum, daß der Parteivorstand, der bisher mit dieser Vorlage nicht befaßt worden ist, billigt, daß dieser Entwurf zur Grundlage der Arbeit des Redaktionsausschusses gemacht wird. Mehr können wir jetzt nicht tun. Ich bitte Sie daher, alle Kritik dem Redaktionsausschuß möglichst bald zuzuleiten.

Zimmer: Ich will jetzt keine Kritik üben, sondern nur klarstellen: Wir können die Sache nicht in die Welt hinausgehen lassen, ohne daß wir uns noch einmal zusammensetzen.

Ehlers: Ich darf also feststellen, daß der Parteivorstand damit einverstanden ist, daß dieser vom geschäftsführenden Vorstand vorgelegte Entwurf zur Grundlage der Arbeit des Redaktionsausschusses gemacht wird. Das ist einmütig beschlossen.

Von Brentano: Ich schlage vor, am Montag abend um 9 Uhr eine Vorstandssitzung abzuhalten.

Ehlers: Der Presseempfang ist um 9 Uhr. Wir könnten die Sitzung um 22 Uhr abhalten. (*Von Brentano:* Gut, sagen wir 10 Uhr am Montag abend.) Wir vereinbaren also vorläufig eine Vorstandssitzung für Montag abend 10 Uhr. (*Zuruf:* Wo?) Hier in dieser Katakombe. Die Möglichkeiten in Hamburg sind bei dieser sozialistischen Regierung so wenig entwickelt, daß sich das ändern muß nach den Wahlen!

Wir kommen zum Punkt 5 der Tagesordnung.

Entschliessungen

Den Antrag Nr. 1 von Berlin[17] können wir genauso wenig behandeln wie den Entwurf des Wahlprogramms. Ich schlage Ihnen vor, diese Entschließung am Montag abend zur Diskussion zu stellen. Sie sind damit einverstanden?

Die Entschließungen haben sich vermehrt. Wir werden also am Montag darüber sprechen.

Wir kommen zum Punkt 6 der Tagesordnung.

Neuwahl des Vorstandes

Wir haben in Berlin den 1. Parteivorsitzenden und die beiden stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die Neuwahl des Parteivorstandes muß auf diesem Parteitag erfolgen. (*Kiesinger:* An sich ist ein „Muß" nicht gegeben nach dem Parteistatut.) Ich bitte, meine mangelhafte Kenntnis der Satzung zu entschuldigen. Ich habe mich in den letzten Jahren etwas mehr auf die Geschäftsordnung des Bundestages konzentrieren müssen. Es ist aber kein Zweifel daran, daß die Legislaturperiode des

17 Der CDU-Landesverband Berlin hatte die Durchführung einer Sozialenquete beantragt. Der Antrag wurde nicht angenommen.

Parteivorstandes abgelaufen ist. Durch den Parteiausschuß muß in jedem Fall die Neuwahl des Vorstandes erfolgen. Wir sollten uns heute über die Einzelheiten noch nicht unterhalten, sondern das sollte geschehen in einer Vorstandssitzung, an der der Bundeskanzler teilnimmt.

Es ist die Frage zu klären, ob es geraten ist, nach einer Zielrichtung an die Neuwahl des Vorstandes heranzugehen. Man sollte wenige Monate vor der Wahl nach meiner Ansicht nicht alles auf den Kopf stellen. Eine Reformation an Haupt und Gliedern würde ich – wenn ich es so deutlich sagen darf – für kein taktisch geeignetes Verfahren ansehen.

Sind Sie der Meinung, daß wir so verfahren sollten? Das würde vielleicht eine große Erleichtung bedeuten.

Tillmanns: In einer Besprechung zwischen dem Bundeskanzler und dem geschäftsführenden Vorstand ist diese Frage bereits besprochen worden. Ich weiß nicht, ob Herr Kaiser dabei war. (*Kaiser:* Ich war nicht dabei, aber ich habe gehört, was gesagt wurde.) Wir waren der Meinung, daß die Wahl für zwei Jahre getätigt werden soll. In der Satzung ist die Zeit nicht vorgeschrieben. Wir haben in Goslar beschlossen, daß die Wahl zwei Jahre gelten soll. Infolgedessen ist an sich dieser Vorstand seit Monaten ohne Mandat. Das ist leider die Situation.[18]

Der Bundeskanzler war der Meinung, man sollte einmal versuchen, unter gewissen Gesichtspunkten diese oder jene Änderung vorzunehmen. Wir schlagen vor, daß der Bundesparteiausschuß morgen noch nicht wählen soll, sondern die Mitglieder des Parteiausschusses sollen aufgrund einer Information die Möglichkeit haben, sich die Sache zu überlegen. Die Wahl soll dann am Mittwoch erfolgen.

Der Vorstand besteht aus dem 1. Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem geschäftsführenden Vorstand, dem Bundesschatzmeister und zehn weiteren Mitgliedern. Für jedes der zehn weiteren Mitglieder wird ein Vertreter gewählt. Die Praxis hat ergeben, daß außerdem die Vorsitzenden der Landesverbände, die nicht gewählte Mitglieder des Vorstandes sind, zu den Vorstandssitzungen eingeladen wurden. Ferner sind auch die Ministerpräsidenten eingeladen worden.

Wenn wir in Zukunft alle Landesverbandsvorsitzenden zu den Vorstandssitzungen einladen – also zusätzlich zu den Vorstandsmitgliedern –, dann bekommen wir eine größere Bewegungsfreiheit.

Ehlers: Wenn man sich diesen Vorschlag von Dr. Tillmanns zu eigen macht, würde man die Frage zu klären haben, ob man mit oder ohne Änderung der Satzung konzediert, daß die Landesvorsitzenden im Vorstand Stimmrecht haben.

Bach: Die Praxis hat ergeben, daß wir keine Vorstandssitzung abhalten können, deren Beschlüsse nach unten durchgeführt werden, wenn nicht die Landesverbandsvorsitzenden dabei sind. Es ist selbstverständlich, daß die Landesverbandsvorsitzenden auch Stimmrecht haben müssen.

---

18 Tatsächlich hatten Vorstandswahlen am 18. Oktober 1952 auf dem Parteitag in Berlin stattgefunden (vgl. CDU, 3. Parteitag S. 81–93).

Der Unterschied gegenüber der SPD muß auch im Vorstand zum Ausdruck kommen.[19] Wir sollten sagen: Die Landesverbandsvorsitzenden sind genauso wie der Fraktionsvorsitzende Mitglieder des Vorstandes; dann ist dieses Verhältnis an das Amt und nicht an die Person gebunden. Wir würden dann in die Satzung schreiben: Zum Parteivorstand gehören die Vorsitzenden der Landesverbände. Alles andere kann stehenbleiben.

Ehlers: Das müßten wir durch den Parteitag beschließen lassen. Darf ich fragen, ob der Parteivorstand der Ansicht ist, daß so verfahren wird?

Tillmanns: Dann ist kein Unterschied mehr zwischen Vorstand und Parteiausschuß.

Fay: Mit der Lösung bin ich einverstanden; ich frage aber, wie es technisch gehen soll. Das Statut ist beschlossen worden von den Vorsitzenden der Landesverbände. Es ist eine echte Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände. Das geht den Parteitag nichts an.

Ehlers: Das müßte beschlossen werden. Ein solcher Antrag könnte vom Vorstand vorbereitet werden.

Zimmer: Die Frage der Zusammensetzung des Vorstandes hat vor zweieinhalb Jahren zu endlosen Diskussionen vor der Wahl geführt, weil die einzelnen Gruppen ihre Rechte geltend gemacht haben. Wenn man den Wünschen aller Gruppierungen Rechnung tragen will, kommt praktisch nachher das heraus, was wir im Parteiausschuß mehr oder weniger haben. Es ist ein äußerst schwieriges Problem in unserer Partei.

Wir müssen den praktischen Bedürfnissen Rechnung tragen. Ich stimme grundsätzlich dem Vorschlag von Herrn Bach zu. Ursprünglich war die Angelegenheit so gedacht: Man wollte es den Landesverbänden nicht vorschreiben, aber man hatte erwartet, daß sie ihre Vorsitzenden hinschicken würden, um das zu erreichen, was sie haben wollen: die Verbindung nach unten. Das haben nicht alle Landesverbände gemacht.

Der Bundeskanzler hat gesagt, im Bundesparteivorstand sollen tunlichst politische Persönlichkeiten sein. Man hat trotzdem versucht, gleichzeitig politische Persönlichkeiten und Gruppenvertreter in Personalunion zu haben.

Ehlers: Ich glaube, man darf unterstellen, daß die Vorsitzenden der Landesverbände politische Persönlichkeiten sind. *(Heiterkeit.)*

Ich bitte Sie, das einen Augenblick durchzudenken. Wenn der Vorschlag akzeptiert würde, dann müßten aus dem Kreis der zu Wählenden zehn ausscheiden – weil sie automatisch dem Vorstand angehören – Herr Simpfendörfer und ich als Landesverbandsvorsitzender von Oldenburg.

Kaiser: Ich würde vorschlagen, daß neben den Vorsitzenden der Landesverbän-

19 Der SPD-Vorstand war auf dem SPD-Parteitag am 23./24. September 1952 in Dortmund bestellt worden; föderative Gesichtspunkte spielten dabei keine Rolle. Vgl. KLOTZBACH S.278–281.

de auch die Ministerpräsidenten der Länder in gleicher Weise herangezogen werden.

Ehlers: Aber nicht als Mitglieder des Vorstandes!

Kaiser: Genau in der gleichen Eigenschaft.

Ehlers: Dann müßte man die Bundesminister und die Länderminister dazunehmen. Ich glaube, es wäre eine zu große Ausweitung. Daß man die Ministerpräsidenten der Länder hinzuzieht, soweit das möglich ist, um die Arbeit zu intensivieren, ist selbstverständlich, aber man sollte das nicht auf die Zusammensetzung des Vorstandes sich auswirken lassen.

Von Brentano: Es ist natürlich so, daß wir die Ministerpräsidenten im Vorstand haben wollen. Wir wollen auch die Minister der Länder einladen, wo wir nicht den Ministerpräsidenten stellen.

Ehlers: Darf ich nunmehr folgendes feststellen: Es besteht Einmütigkeit darüber, daß

1. der Parteiausschuß den Vorstand wählt,

2. der Vorstand beim Parteitag beantragen soll, die Satzung insoweit zu ergänzen, daß die Landesverbandsvorsitzenden Mitglieder des Vorstandes sind.

Wir müssen uns jetzt darüber klarwerden, wer die zehn Mitglieder sind, die der Parteivorstand dem Parteiausschuß vorschlagen soll.

Simpfendörfer: Man wird zunächst die Gruppe berücksichtigen müssen, die noch nicht vertreten ist. Das ist die Gruppe der Bauern.

Bach: Herr Lübke aus Schleswig-Holstein hat einen Hof von 220 Morgen.

Von Hassel: Es sind nur 120 Morgen. Herr Bach übertreibt.

Ehlers: Also die Bauern. Nun darf ich nach den Sozialausschüssen fragen. Wir sprachen von zehn. Ist durch Herrn Kaiser eine entsprechende Vertretung für die Sozialausschüsse gegeben?

Kaiser: Nach meiner Meinung nicht. Es genügt nicht. Es steht fest, daß der größte Teil unserer Wähler aus der Arbeiterschaft kommt. Wir haben bei den Damen und Herren nur einen Mann von den Arbeitnehmern; das bin ich. (*Fay:* Ich bin auch Arbeitnehmer!) Ich schlage Johannes Albers vor. Ferner schlage ich die Ministerpräsidenten vor, dann haben wir den Karl Arnold dabei.

Zimmer: In der damals bestehenden Arbeitsgemeinschaft wurde darüber diskutiert, was wichtiger sei, unser Freund Albers als Vertreter der Sozialausschüsse oder ein Vertreter der Jungen Union. Schließlich hat man sich für die Junge Union entschieden!

Ehlers: Versuchen wir einmal unverbindlich, Nägel mit Köpfen zu machen! Ich stelle fest, daß einer besonderen Wahl nicht mehr bedürfen Dichtel und Simpfendörfer.

Frau Dr. Gröwel, können Sie bleiben?

Gröwel: Ich muß mein Amt zur Verfügung stellen, weil ich als Konsul nach Houston in Texas gehe. Der Frauenausschuß hat mich gebeten, hier zu erklären, daß vom Frauenausschuß noch eine Vertreterin benannt wird.

Ehlers: Der Frauenausschuß wird also noch einen Vorschlag machen. Wie ist es mit Herrn Hilpert?

Fay: Er hat sein Amt als Landesverbandsvorsitzender niedergelegt.

Ehlers: Ich bitte die hessischen Freunde, mit Herrn Hilpert Fühlung zu nehmen. Herr Dr. Schreiber, Berlin? (*Schreiber:* Ich bin nicht Landesvorsitzender![20]) Sie gehören also nicht als Landesverbandsvorsitzender dem Parteivorstand an. Es ist für die Sozialausschüsse Herr Albers vorgeschlagen worden. Wir notieren diesen Vorschlag zunächst. Wie ist es mit dem Vertreter der Bauern? Ich könnte mir vorstellen, daß das nicht ganz leicht ist. Sollten wir nicht die bäuerlichen Vertreter zunächst um einen Vorschlag bitten!

Kaiser: Ich würde Herrn Lübke[21] – nicht den Ministerpräsidenten, sondern den Generaldirektor der Raiffeisenbank – vorschlagen.

Ehlers: Ich würde warnen, das von Ihnen aus zu tun, sondern die Vertreter müssen es nach meiner Ansicht selber machen. Nimmt es der geschäftsführende Vorstand in die Hand, die bäuerlichen Vertreter zu informieren?

Tillmanns: Abgesehen von den Bauern und den Sozialausschüssen sind auch die konfessionellen Gesichtspunkte bei der Zusammensetzung des Vorstandes zu berücksichtigen. Wenn nun jeder Ausschuß von sich aus einen Vorschlag macht, dann ergibt sich ein Gesamtbild, das unmöglich ist.

Ehlers: Ich hatte mir nicht gestattet, das Wort „Ausschuß" in den Mund zu nehmen, sondern ich hatte gesagt: bäuerliche Vertreter. Ich glaube nicht, daß sich der Vorstand durch den Beschluß eines Ausschusses präjudizieren lassen kann, sondern es ist notwendig, mit den einzelnen Berufsständen Fühlung zu nehmen, welcher Freund in Frage kommt. Sonst könnten wir einfach sagen: ein Mitglied ist Bauer, ein anderer ist Wirtschaftler usw. Das geht nicht. Nur so habe ich es verstanden.

Bach: Sollen wir nicht auch an Herrn Pferdmenges denken.

Pferdmenges: Ich bitte, mich nicht zu wählen!

Ehlers: Ich glaube, daß wir in Abwesenheit des Bundeskanzlers kaum zu einem Vorschlag kommen. Wir können aber sagen: Das Bild hat sich so konzentriert, daß wir ungefähr wissen, was wir wollen. Ist das richtig? *(Zustimmung.)* Dann würde ich darum bitten, sich eine Liste der in Frage kommenden Damen und Herren unter das Kopfkissen zu legen, damit wir möglichst bald zu einem positiven Ergebnis kommen.

Bach: Ich halte es für richtig, daß mindestens zwei Frauen im Vorstand vertreten sind, und zwar von beiden Konfessionen; sie stellen den größten Teil der Wähler.

Ehlers: Angesichts der außerordentlichen Verstärkung durch das männliche Element ist das ein sehr erbetener Gedanke.

---

20 Vorsitzender des Berliner CDU-Landesverbands war Robert Tillmanns.

21 Heinrich Lübke (vgl. Nr. 18 Anm. 94).

Gröwel: Darf ich Ihnen dafür herzlich danken, Herr Präsident!

Tillmanns: Wir müssen bedenken, daß wir außer den zehn Mitgliedern noch zehn Vertreter zu wählen haben.

Ehlers: Das wollen wir jetzt fallenlassen. Können wir diese Frage jetzt abschließen? Das ist der Fall.

Wir kommen zum letzten Punkt der Tagesordnung.

VERSCHIEDENES

Strickrodt: Ich frage aus dem Gesichtspunkt der NEI heraus. Wir sind in Rom vom Ministerpräsidenten de Gasperi empfangen worden.[22] Ich meine, wir müßten für die ausländischen Gäste etwas Besonderes tun.

Kiesinger: Das ist bisher nicht üblich gewesen.

Tillmanns: Wir haben ein Mitglied der Bundesgeschäftsstelle beauftragt, sich ausschließlich um die ausländischen Gäste zu kümmern, mit ihnen Stadtfahrten zu machen und alle die Wünsche der Gäste zu erfüllen.

Zimmer: Sind Italiener da?

Heck: Nein, noch nicht!

Ehlers: Herr Dr. Wuermeling ist zurückgekehrt. Ich erteile ihm das Wort.

Wuermeling: Wir haben unseren Auftrag ausgeführt, kühl, aber nicht verletzend. Wir wurden in ein Lokal geführt, bekamen Zigarren angeboten, die wir abgelehnt haben, und zwar begründete ich es damit, daß wir nicht so lange zu tun hätten, während Herr Lenz sagte, er habe gerade geraucht. Herr Lenz sagte dann Herrn Drexelius, es sei für die Bundesregierung – die Minister hätten dem zugestimmt – eine untragbare Angelegenheit.

Die Einlassung des Herrn Drexelius war im ersten Moment nicht ungeschickt, indem er erwiderte, vor drei Wochen sei auch der Bundespräsident aus einem ähnlichen Anlaß mehr privater Art – als er bei der Industrie gesprochen habe – nicht vom Regierenden Bürgermeister empfangen worden, sondern durch ihn, Drexelius. Wir erwiderten darauf, wenn in Amerika der Vizepräsident der Vereinigten Staaten[23] den Herrn Bundeskanzler empfangen hätte, dann dürfe man zumindest erwarten, daß das der Regierende Bürgermeister von Hamburg auch tue. Er sagte, in Hamburg hätten sie ein anderes Protokoll. (*Zuruf:* Ein anderes Protokoll?) Ja, ein anderes Protokoll. (*Ehlers:* Den Eindruck habe ich allerdings auch!) So ging es hin und her. Herr Samsche sprach noch von den Luftballönchen. Wir blieben korrekt. Das Endergebnis war die Antwort, er würde den Bürgermeister noch heute abend über die Dinge informieren, wobei er jedoch betonte, er halte es für ausgeschlossen, daß der Bürgermeister seinen Beschluß ändere, weil es dem Hamburger

22 Vgl. Nr. 16 Anm. 54.

23 Richard M. Nixon.

Protokoll nicht entspreche. So sind wir geschieden. Wir sind nach kaum 20 Minuten in Frieden, aber offiziell auseinandergegangen.

Ehlers: Ich finde, daß das insgesamt das gewünschte Ergebnis ist. Ich würde es als peinlich empfunden haben, wenn der Herr Bürgermeister sich unter einem Druck zu einer anderen Sache bekundet hätte.

Wuermeling: Wir haben mitgeteilt, daß der Kanzler voraussichtlich im Gästehaus sich einen Moment aufhalten und dann weiterfahren würde. Diese Sache spricht als solche für sich.

Müllenbach: Wird nun der Kanzler anderswo untergebracht oder nicht?

Ehlers: Darüber sind wir wohl klar.

Müllenbach: Im Hotel „Vier Jahreszeiten" ist alles bereit für morgen abend.

Ehlers: Es liegt ein Antrag des Landesverbandes Rheinland und Westfalen auf Bildung eines Bundesausschusses für Gesundheitswesen vor. Das kann am Montag abend gemacht werden.

Ferner hat der Bezirksvorstand Kassel beantragt, den Parteitag 1954 in Kassel stattfinden zu lassen. Dieser Wunsch auf Abhaltung des Parteitages ist auch von Köln und von Dortmund ausgesprochen worden. Wie soll hier verfahren werden?

Tillmanns: Das ist Sache des Parteitages. Ich würde es für richtig halten, eine Stadt in Nordrhein-Westfalen zu nehmen. Man könnte darüber den Parteitag entscheiden lassen, so ähnlich wie es in Karlsruhe war.

Lensing: Dann haben wir auch keine Protokollschwierigkeiten!

Ehlers: Ich schlage vor, daß über diese Frage morgen im Parteiausschuß gesprochen wird.

Von Brentano: Man soll die Frage diskutieren und die Entscheidung dem engeren Vorstand überlassen.

Kaiser: Ich möchte wünschen, daß von hier aus ein Protokollchef festgesetzt wird.

Tillmanns: Ich schlage vor, Herrn Dr. Gradl noch in den Redaktionsausschuß zu wählen.

Ehlers: Der Redaktionsausschuß kann sich jederzeit um einen Sachverständigen erweitern. Herr Kaiser hat vorgeschlagen, einen Protokollchef von uns zu wählen. Darf ich fragen, wer sich zu diesem Posten drängt? Herr Dr. Wuermeling! (*Wuermeling:* Ich dränge mich gar nicht!) Der Vorstand bittet Sie freundlichst, diese Regie zu übernehmen.

Samsche: Wir haben keinen Einfluß darauf. Es bleibt beim Staatsempfang. Die Dinge liegen fest.

Ehlers: Wer die Partei vertritt, das ist doch unsere Sache! (*Samsche:* Das ist Sache des Hamburger Senats. – *Widerspruch.*) Das bedeutet also, daß der Drexelius den Bundeskanzler unter den Arm nimmt und mit ihm zum Wagen geht?

Samsche: Die Ministerpräsidenten, die nach draußen kommen, bekommen ein Ticket, um auf das Rollfeld zu gehen. Der Empfang der Senatskolonne [...] (*Ehlers:* Wer ist denn Senatskolonne? Es interessiert mich langsam!) Der Empfang des Se-

nats beginnt am Rollfeld und endet im Hause Wedell. Auf den Ablauf dieser Dinge haben wir keinen Einfluß. Der Senat hat im Einvernehmen mit dem Protokoll die Wagen beschränkt.

Ehlers: Ich habe eben gefragt: Wer ist denn Senatskolonne. Darf ich jetzt fragen, aus wem besteht denn die Kolonne?

Samsche: Aus Dr. Adenauer und seiner Begleitung sowie aus den Vertretern der Hansestadt Hamburg, den Vertretern der Bundespartei und des Landesverbandes.

Bach: Die Ministerpräsidenten müssen den Bundeskanzler begleiten.

Von Brentano: Was ist das denn eigentlich für ein Protokoll! Wenn unsere Ministerpräsidenten auf das Rollfeld fahren wollen, dann möchte ich das Protokoll sehen, das unsere Ministerpräsidenten daran hindert. Wir sollten es einfach tun. Das ist ja schlimmer als im Dritten Reich, wie hier regiert wird. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Ehlers: Die Wagen der Ministerpräsidenten fahren an. Was geschieht nun? Das muß doch geklärt werden.

Samsche: Es war nicht bekannt, daß die Herren Arnold und Altmeier an dem Empfang teilnehmen würden! (*Zuruf:* Welche Sturheit!)

Ehlers: Was habe ich denn in diesem Falle zu tun? Ich fahre mit meinem Wagen hin.

Samsche: Sie bekommen eine Karte, die Sie zum Betreten des Rollfeldes berechtigt. Alle Personen, die diese Karte haben, kommen vorher in ein Zimmer. Die Maschine landet. Sie gehen geschlossen durch den Zoll auf das Rollfeld. Dort ist eine Kolonne des Senats aufgefahren, in die nun sämtliche Anwesenden und die Begleitung des Bundeskanzlers einsteigen. Das Protokoll schreibt das vor. (*Zuruf:* Das Protokoll!)

Kaiser: Wenn das Bonner Protokoll zur Kenntnis nimmt, daß die Herren Arnold, Altmeier, Lehr und vor allem der Bundestagspräsident da sind, dann ordnen sich die Dinge ganz von selbst. Dann brauchen wir gar nichts zu tun.

Ehlers: Morgen abend wird sich zeigen, daß es nicht geklappt hat!

Kiesinger: Ich bin mit dem Bundestagspräsidenten der Meinung, daß es bei diesem Hamburger Protokoll nicht klappen wird. Ich möchte nicht gern erleben, daß ausgerechnet der Bundestagspräsident irgendwo am Schwanz der Kolonne fährt.

Ehlers: Herr Wuermeling trägt die Verantwortung. Damit wollen wir die Sitzung schließen.

21

Hamburg, 20. April 1953

Sprecher: Adenauer, Albers, Bach, Ehlers, Fay, Fricke, Gradl, Frau Gröwel, Gurk, Kaiser, Kiesinger, Krone, Majonica, Pferdmenges, Scharnberg, Simpfendörfer, Tillmanns, Vogel, Wuermeling, Zimmer.
Hamburger Programm. Verschiebung des Termins für die Bundestagswahl.

Beginn: 22.20 Uhr *Ende: 24.00 Uhr*

Kaiser: Meine Damen und Herren! Wir wollen beginnen. Ich habe mit dem Bundeskanzler gesprochen. Er wird gleich hierherkommen.

Hamburger Programm

Kiesinger: Wir haben heute die erste Sitzung des Redaktionsausschusses gehabt. In der Zwischenzeit sind viele Kritiken laut geworden. Ich habe den Eindruck, daß sich diese Kritik weniger gegen den Stoff als gegen das zu wenige Selbstbewußtsein richtet; das Programm sei zu fade und zu matt.

Ich habe selbst daran mitgearbeitet und bekenne mich genauso schuldig wie die anderen. Das ist nach meiner Ansicht daraus zu erklären, daß wir zum Schluß nur sehr wenig Zeit zur Verfügung hatten. Nun sind verschiedene Personen an mich herangetreten. Etzel sagte mir, gewisse Dinge seien unhaltbar, z.B. im außenpolitischen Teil.

Im allgemeinen wurde gesagt, wir sollten die Sache noch stärker zusammenfassen, knapper, etwas stolzer und selbstbewußter. Das läßt sich machen, wenn man eine Nacht opfert und versucht, die Dinge kürzerzufassen. Ziemlich übereinstimmend wurde gesagt, der Abschnitt über die Wirtschaftspolitik sei gut und überzeugend.

Ich will gleich ein Beispiel geben, wie ich mir die Sache gedacht habe. Tillmanns hat es mir schrecklich übelgenommen. Die erste Seite ist auch ein wenig umständlich. Ich hätte z.B. folgendes gesagt, nachdem ich es mir überlegt habe:

„Die Christlich-Demokratische Union hat in den letzten vier Jahren die deutsche Politik geführt. Sie gibt nunmehr Rechenschaft von dem Geleisteten und für den kommenden Bundestag ihr Programm bekannt."

Das ist also eine stilistische Frage. Darüber kann man sprechen. Es ist ein Vorschlag, den ich angeboten habe. Den kann man annehmen oder nicht. Es ist mir wahrhaftig nicht um irgendeine Formulierung zu tun. Das könnte überhaupt ein anderer übernehmen, da ich diese Arbeit gesundheitlich nicht tragen kann.

Wir sollten uns also nicht gegeneinander ärgern, sondern gemeinsam den Ver-

such machen, etwas zu straffen und die Mattigkeit beseitigen. Leider ist die Sache schon in die Hände von Journalisten gekommen. Diese Leute kamen unisono an und sagten, das ist nicht überzeugend, was ihr da gemacht habt. Auch Brentano hat mir nachdrücklich gesagt, daß er mit seinen hessischen Freunden zusammengesessen hätte. Man sei zu der Meinung gekommen, es sei nicht überzeugend. Das gleiche sagte auch Herr Zimmer. Da dies auch meinem eigenen Gefühl entsprang, habe ich Gewissenserforschung gehalten und bin nun bereit, die heutige Nacht durchzuarbeiten, um zu versuchen, die Sache zu straffen.

Kaiser: Hören wir Dr. Tillmanns dazu, der sich die meiste Mühe gemacht hat.

Tillmanns: Ich glaube, wir haben alle gemeinsam den Wunsch, daß am Mittwoch das Programm der Christlich-Demokratischen Union für die zweite Wahl des Bundestages beschlossen und bekanntgegeben wird.

Die Meinungsauseinandersetzungen waren für die Öffentlichkeit ein Versagen. Wir dürfen uns nichts vornehmen, was unser Ziel gefährdet.

Wir müssen etwas vollständiges Neues schaffen – das hat mir Kiesinger erklärt! (*Gröwel:* Nein!) Sie können doch nicht Nein sagen, Sie waren doch nicht dabei!

Kiesinger: Das ist nicht wahr! Das haben Sie verstanden. Das habe ich nicht erklärt!

Tillmanns: Wenn mir das bestritten wird, diskutiere ich nicht weiter!

Kiesinger: Ich habe gesagt, wir müssen die Sache stilistisch vervollkommnen.

Tillmanns: Das haben Sie nicht gesagt!

Kiesinger: Doch, Sie haben sofort nicht mehr zugehört!

Tillmanns: Sie haben gesagt: Das muß ganz neu gemacht werden. Das muß ich heute nacht machen.

Kiesinger: Sie haben zu rasch reagiert.

Tillmanns: Das stimmt ja nicht!

Kiesinger: Doch!

Tillmanns: Es muß neu gemacht werden, das haben Sie gesagt.

Kiesinger: Ja, Sie haben mich nicht ausreden lassen.

Tillmanns: Es hat ja keinen Sinn. (*Tillmanns verläßt den Saal.*)

Kiesinger: Wenn wir anfangen herauszulaufen, dann kann ich das auch tun!

Tillmanns (beim Verlassen des Raumes): Herr Etzel hat mich gebeten, „herauszulaufen". Hören Sie nun endlich mit Ihrer Schulmeisterei auf!

(*Unruhe und Bewegung bei den Anwesenden.*)

Fay: Was können wir praktisch machen?

Kaiser: Herr Kiesinger hat vielleicht etwas lasch gesagt, man kann es in dieser Form nicht gebrauchen; ich werde mich heute nacht hinsetzen und die Sache etwas straffen. Darauf hat Tillmanns, der sich sehr viel Arbeit gemacht hat, empfindsam reagiert. Das muß man zu würdigen wissen. Wir wollen nicht wünschen, daß die beiden Freunde in der letzten Minute auseinanderkommen.

Das war zwischen dem alten Kaiser und König von Preußen und Bismarck

genauso. Da ist einer davongelaufen und am nächsten Morgen war die Sache gut geworden. (*Adenauer erscheint.*)

Gut, daß der Kanzler kommt!

Herr Bundeskanzler! Ich darf mit einem Wort sagen, was erörtert wird. Zunächst wird gesprochen über das Wahlprogramm, das am Mittwoch verkündet werden soll. Die Hauptarbeit hat wohl Tillmanns gehabt. Die Arbeit ist keine Vollkommenheit. Das weiß jeder, der Einsicht genommen hat. Das hängt damit zusammen, daß zu viele Federn daran mitgearbeitet haben, und auch wohl daran, daß der Kanzler nicht im Lande war und seine Autorität fehlte.

Also, es hat nicht ganz geklappt. Nun ist die Arbeit vorgelegt, aber nicht freundlich aufgenommen worden.

Über das Programm ist jetzt eine Debatte entstanden, wobei sich die beiden Männer, die die Hauptarbeit geleistet haben – Tillmanns und Kiesinger –, heftig in die Haare geraten sind. Kiesinger hat unter dem Eindruck der Kritik gesagt, gut, dann nehme ich das Manuskript, setze mich eine Nacht hin und bringe es auf eine straffere Form. Das hat Tillmanns – den ich so empfindsam bisher nicht gekannt habe – verletzt, und er wollte davonlaufen. Ich habe gesagt, einen Bruderstreit können wir nicht ... da kommt Tillmanns wieder.

Fay: Wir haben heute mit den hessischen Freunden über die Sache gesprochen und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß das Programm in dieser Form nicht hinausgehen kann. Es müssen erhebliche Änderungen vorgenommen werden.

Es wird z.B. viel davon gesprochen, daß wir die überbetriebliche Mitbestimmung fordern. Das war mir und unseren Parteifreunden neu. Das steht m.E. falsch drin. Es sind wenige Dinge, die man sachlich kritisieren kann, aber entscheidend muß man die Form kritisieren. Es handelt sich nicht um ein Programm, sondern um eine aufzählende Schrift, die mal in der Vergangenheit und mal in der Gegenwart schreibt und hin und wieder einen Ausblick in die Zukunft offenläßt.

Nachdem die SPD ihr Dortmunder Aktionsprogramm – ergänzt durch das sozialpolitische Programm[1] – herausgegeben hat, und zwar in einer Form, die dem Herrn Goebbels große Ehre machen würde ...

Adenauer: Sie tun dem Goebbels Unrecht; er hätte es besser gemacht!

(*Heiterkeit.*)

Fay: Aber es ist von seinem Geiste. Wir sollten uns daher darauf beschränken, vielleicht in wenigen Sätzen die Marschrichtung aufzuweisen. Das braucht nicht

1 Zum Aktionsprogramm, beschlossen auf dem Parteitag in Dortmund vgl. AdG 1952 S. 3585–3588, 3671; Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie (hrsg. von D. Dowe und K. Klotzbach). Berlin/Bonn 1973 S. 297–348; vgl. auch Nr. 15 Anm. 2. Das sozialpolitische Programm wurde auf einer Tagung im Januar 1953 erarbeitet (vgl. „Neuer Vorwärts" vom 30. Januar 1953, Nr. 5, „Freiheit von Not – Freiheit von Furcht").

begründet zu werden und braucht auch nicht in die Vergangenheit zu zeigen. Man kann dabei herausstellen, was uns als Regierungs- und Koalitionspolitik für die Zukunft einleuchtend erscheint.

Es ist m.E. falsch, ein großes Kompendium über unsere bekannte Auffassung – wie z.B. den Kampf gegen die Allmacht des Staates usw. – zu geben. Das ist nicht mehr notwendig. Wir könnten vielleicht in zehn Sätzen etwas Konkretes herausstellen.

Albers: Was jetzt vorliegt, ist die Arbeit von einem Vierteljahr in den verschiedenen Ausschüssen. Die ganze Kritik, die an diesem Werk geübt wird, geschieht zu Unrecht. Wer die Geschichte des Ahlener Programms und der Düsseldorfer Leitsätze kennt, der weiß, daß man nicht alle Wünsche in einigen Sätzen darstellen kann.

Es ist versucht worden, eine allgemeine Zusammenfassung herauszubringen, und das ist gelungen. Ich lasse mit mir reden über gewisse Formulierungen, aber nicht über den Inhalt. Wir müssen die Dinge etwas eingehender darstellen. Es ist unmöglich, in zehn Sätzen dem Volke etwas ohne Zusammenhang zu erklären.

Adenauer: Ich habe die Sache in irgendeiner Stadt in Amerika bekommen und habe es durchgelesen. Es sind sehr gute Gedanken darin, aber ich darf in Fortführung der Ausführungen von Herrn Fay sagen, man hat immer das Recht, klüger zu werden.

Wir wollen uns darüber klar sein, daß wir mit dem Mitbestimmungsrecht – ich sage das in aller Offenheit – in weiten Kreisen bis über die Ohren hineingefallen sind. Wir haben einer Gewerkschaft eine Macht gegeben, wie sie niemals ein kapitalistischer Konzern gehabt hat. Aber das mal ganz beiseite.

Herr Albers, das können Sie nach meiner Meinung nicht als Programm verwenden; das liest bestimmt keiner. Vergessen Sie doch niemals, daß die Wahlen entschieden werden von Leuten, die nicht Politiker sind, die an alle diese Dinge mit einem gewissen Widerstand herangehen und die Sie deswegen auf irgendeine Weise packen müssen. Was hier steht, ist außerordentlich wertvoll, aber Sie können unmöglich, Herr Albers, 24 Schreibmaschinenseiten als Programm für eine Wahl herausgeben. Man liest vielleicht eine oder zwei Seiten, und bei der dritten Seite hört es normalerweise auf.

Ich denke nicht daran, dieses Werk ad acta zu legen, aber man sollte für die Wahl – verzeihen Sie den Ausdruck – als eine Art Wahlschlager einige wirklich gute Sätze herausnehmen; ich will nicht sagen „Zehn Gebote", aber etwas Ähnliches sollte man machen. Ich darf Sie an folgendes erinnern: Als die Sozialdemokraten ihren Parteitag mit einem ellenlangen Beschluß abschlossen, hat jeder von uns den Kopf geschüttelt.

Wenn die Herren bereit sein sollten, sich eine Nacht hinzusetzen – am liebsten Tillmanns, Kiesinger und Fay –, dann wäre es gut, wenn sie versuchten, noch etwas daraus zu machen.

Krone: Man kann es so machen, aber ob die Mehrheit des Vorstandes das will,

das weiß ich nicht. Das war nie der Auftrag, der den drei Herren bisher gegeben worden ist. Der Auftrag lautete, zu den großen uns bewegenden Fragen die Stellungnahme der CDU herauszuarbeiten. Das ist geschehen aufgrund detaillierter Arbeitsergebnisse der Ausschüsse nach wochenlanger Arbeit. Ich glaube, es ist eine Pflicht, das hier einmal festzustellen und den Herren den Dank des Vorstandes auszusprechen.

Etwas Derartiges ist für die Arbeit in der Wahlagitation erforderlich. Außerdem ist daneben ein „Zehn-Gebote-Aufruf", wie Fay es will, notwendig.

Ehlers: Ich bin der gleichen Meinung wie Dr. Krone, daß der Auftrag, der gegeben worden ist, darin bestand, die Arbeiten der Ausschüsse aufeinander abzustimmen, um eine einheitliche Sache zu machen. Diese Zusammenfassung verdient nicht, daß sie in dieser Weise kritisiert wird. Die Forderung aufzustellen, das Programm in zehn Sätze zusammenzufassen, ist einfach und nicht neu; sie aber zu verwirklichen, bekanntlich schwer.

Scharnberg: Ich möchte davor warnen, die Sache auf einen kurzen Raum zusammenzudrängen, und zwar sage ich das aufgrund unserer Erfahrungen mit dem Ahlener Programm und mit den Düsseldorfer Leitsätzen. Die Herren, die daran gearbeitet haben, haben eine sehr große Mühe gehabt. Ich wehre mich dagegen, daß nun einige sagen: Dieses Werk wird einfach beiseite gelegt, wir schaffen in einer Nacht etwas Neues. So geht das nicht.

Adenauer: Ich denke nicht an das, was Sie meinen, Herr Scharnberg. Ich glaube, niemand denkt daran. Jeder erkennt absolut und restlos die Arbeit und ihre Qualität an, die geleistet worden ist. Aber stellen Sie sich vor, Herr Scharnberg, Sie müssen Flugblätter und Handzettel haben. Dieses Werk können Sie unmöglich als Flugblätter verwenden. Wir brauchen ferner etwas, was wir auf die Plakate schreiben müssen. Die Flugblätter müssen in Millionen von Exemplaren verteilt werden. Die Form der Flugblätter brauchen wir hier nicht zu beschließen, sonst kommen wir in ein uferloses Gerede hinein. Wir wollen uns darauf verständigen, den engeren Parteivorstand damit zu beauftragen.

Tillmanns: Wir hatten den Auftrag vom Vorstand, zu versuchen, aus dem Ergebnis der Ausschüsse ein solches Dokument zu fertigen. Wir haben uns dann dazu entschlossen, zunächst einmal das zu machen, was vorhin als Kompendium bezeichnet worden ist. Wir waren uns darüber im klaren, daß das, was hier zum Ausdruck gekommen ist, nicht die letzten publizistischen und propagandistischen Thesen sind, sondern daß dieses Material im Wahlkampf als publizistisches Kleingeld zu verwerten sei.

Wenn wir aber etwas ganz Neues machen wollen, werden wir bis morgen abend nicht fertig. Das glaube ich sachlich sagen zu sollen. Ich hoffe, niemand wirft mir Autorenstolz vor, obwohl es verständlich wäre, wenn diejenigen, die von Anfang an an einer solchen Sache mitgearbeitet haben, ihn hätten.

Es ist eine alte Erfahrung: wenn zwei Leute formulieren sollen, dann gibt es dreierlei Meinungen. Das ist nicht zu vermeiden. Dieser jetzt vorliegende Entwurf,

Herr Bundeskanzler, ist gegenüber dem, den wir Ihnen nach drüben geschickt haben, schon erheblich überarbeitet worden. Es können jetzt Straffungen nur in beschränktem Umfange vorgenommen werden. Wir könnten gewisse Gedanken oder Forderungen herauslassen, aber dann wäre es nicht mehr konkret genug. Es wäre unverständlich. Man kommt in die Gefahr, dann vollkommen farblos zu werden. Ich glaube, daß die Straffung nur in einem sehr geringen Maße möglich sein wird.

Im übrigen sind viele zusätzliche Forderungen hinzugekommen. Es ist auch nicht richtig, wenn gesagt wird, daß das Programm von der Presse allgemein verurteilt wird. Ich habe von maßgebenden Presseleuten Worte außerordentlicher Anerkennung über dieses Programm gehört.

Wir können höchstens versuchen, hier und da etwas zu straffen und die eine oder andere Formulierung etwas wirksamer und eindringlicher zu gestalten. Das ist noch möglich, wenn wir dazu kommen wollen, dieses Programm für den zweiten Deutschen Bundestag am Mittwoch der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Adenauer: Herr Tillmanns, ich mache mich anheischig, das Ganze auf ein Drittel zusammenzustreichen. Ich darf Ihnen einige Sätze vorlesen:

„Neuordung von Staat und Gesellschaft

Unsere gesamte politische Arbeit steht unter dem Zeichen des Dienstes am Menschen. Dieser Dienst erschöpft sich nicht in der Sorge um seine materielle Existenz. Er fordert vielmehr von uns die Pflege der geistigen und kulturellen Kräfte, die dem menschlichen Leben erst echten Wert und Inhalt geben.

In der Not der Nachkriegszeit hat ein großer Teil unseres Volkes den Vorrang des Sittlichen und Geistigen vor dem Materiellen nicht mehr gesehen. Die Christlich-Demokratische Union sieht den Menschen auch in Politik und Wirtschaft als Träger sittlicher Verantwortung. Die geistigen Gestaltungskräfte des Menschen sollen in dieser seiner Verantwortung vor Gott wieder zum Ausgangspunkt der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung werden."

Das können Sie doch zu vier Zeilen zusammenstreichen. Ich weiß nicht, wer es gemacht hat.

Wuermeling: Herr Bundeskanzler, wir können natürlich die ganzen grundsätzlichen Fragen fallenlassen und nur vier Sätze sagen, aber damit bekommen wir nicht die politische Wirkung. Die heutige Situation erklärt sich so: Wir waren ursprünglich des Glaubens, dieses Programm, das jetzt mit 24 Seiten vorliegt, in 10 bis 12 Seiten machen zu können. Als nun die Arbeiten der Ausschüsse auf uns einstürmten und ihre Forderungen, alle Einzelheiten zu berücksichtigen, wurden es 24 Seiten.

Wir stehen nun vor der Frage, ob wir jetzt für die Verkündung auf dem Parteitag eine Kurzfassung erarbeiten sollen oder nicht. Die Frage der propagandistischen Auswirkung und Auswertung haben wir bewußt zurückgestellt bis nach dem Parteitag.

Adenauer: Ich habe mit Journalisten gesprochen. Die Journalisten wollen von

diesem Parteitag ihren Lesern etwas bringen. Wenn Sie nun den Journalisten das Ganze geben, dann bringen sie gar nichts. Sie müssen für die Zeitungen einen kurzen und knappen Bericht bringen, sonst zerflattert die ganze Sache. Es darf nicht so sein, wie es in Dortmund gewesen ist.

Kaiser: Wir brauchen zweierlei: das Programm und die Kurzfassung. Die Kurzfassung muß der Presse gegeben werden.

Gurk: Wir müssen drei Dinge tun: 1. müssen wir redaktionell kürzen, 2. muß eine sachliche Übereinstimmung heute hergestellt werden, 3. muß eine Kurzfassung geschaffen werden.

Vogel: Vom pressetechnischen Standpunkt aus ist folgendes zu sagen: Von dpa werden bei solchen Angelegenheiten gewöhnlich zwei Fassungen gebracht, ein Bericht von 200 Zeilen, eine Arbeit, die man in 24 Stunden machen kann; dann gibt es eine Kurzfassung, die kann keiner von uns machen. Dazu gehört eine besondere Begabung, nämlich Überschriften usw. herauszustellen. Das machen Spezialleute. Was wir machen können, wäre die 200-Zeilen-Fassung, die bis morgen abend vorliegen müßte.

Kiesinger: Wir haben Herrn Lojewski[2] beauftragt, eine solche Kurzfassung auszuarbeiten.

Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Tillmanns und mir heute aufgekommen sind, beruhten darin, daß er mich nicht verstanden hat bei einer Äußerung. Herr Minister Kaiser war dabei und hat mich richtig verstanden. Ich habe genauso Schuld wie jeder andere. Nun habe ich gesagt – ich bin leider nicht in der glücklichen Lage, so jugendfrisch zu sein wie der Herr Bundeskanzler, (*Adenauer:* Sie können es ja noch werden! – *Heiterkeit.*) ich mache einmal den Versuch, mich eine Nacht hinzusetzen. Also, ich habe keinen Ehrgeiz dabei gehabt. Die große Aufregung war wirklich nicht notwendig. Ich habe den Mittwoch vor mir gesehen und daran gedacht, daß ich nun im Schauspielhaus das Programm bekanntgeben soll. Dabei hatte ich das unbehagliche Gefühl, es ist zu matt, insbesondere der erste Teil. Das hat auch Herr Minister Kaiser richtig gesehen.

Über die Kurzfassung von 200 Zeilen habe ich mir noch keine Meinung gebildet. Darüber könnte man diskutieren.

Ich wollte in das Programm aufgrund der vielen Kritik einen strafferen sprachlichen Duktus hineinbringen.

Simpfendörfer: Mich stört der Stil in diesem Wahlprogramm.

Fay: Nicht nur der Stil, es ist auch in der Begrenzung falsch.

Tillmanns: Der erste Teil kann straffer gefaßt werden. Er ist auf Wunsch einiger

2 Werner von Lojewski (1907–1980), 1945 Redakteur beim NWDR (Hamburg), 1953–1955 Leiter der Presse- und Rundfunkabteilung der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1955–1958 Leiter des Verbindungsbüros der Hohen Behörde der EGKS in Bonn, 1958 stv. Direktor der Presse- und Informationsabteilung der Montanunion in Luxemburg.

Freunde, die aus der Wirtschaftspolitik kommen, entstanden. Herr Hofmann[3] hat heftig kritisiert und gesagt, das ist viel zu kurz, was in der Einleitung steht. Das Weltanschauliche muß stärker herausgestellt werden, sonst heißt es, wir seien eine Wirtschaftspartei.

Adenauer: Die Wirtschafts- und Sozialpolitik können Sie nach meiner Meinung mindestens auf die Hälfte zusammenstreichen. Da heißt es z.B.:

„Wirtschafts- und Sozialpolitik

In einer Zeit lebensgefährlichen Tiefstandes von Produktion und Versorgung hat die Christlich-Demokratische Union die Hauptverantwortung für die deutsche Wirtschaftspolitik übernommen. Ihr war die Aufgabe gestellt, dem Hungerdasein der Bevölkerung durch schnelle Steigerung der Gütererzeugung aller Art ein Ende zu machen, die Gefahr der Arbeitslosigkeit, die durch Millionen von Heimatvertriebenen unheimlich vergrößert war, durch Schaffung neuer Arbeitsplätze zu bannen, den Außenhandel wieder aufzubauen, um lebensnotwendige Rohstoffe und Nahrungsmittel einführen zu können, und als unerläßliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau das Vertrauen in die Wertbeständigkeit der deutschen Mark im In- und Ausland zu sichern." (*Tillmanns:* Viele Leute wissen das nicht mehr!) Aber das sind doch keine Programmsätze für die Zukunft! Das ist doch nur gesagt zu unserem Lob. (*Tillmanns:* Das ist beabsichtigt!) Das ist kein Programm für die Wahl. „Die Kaufkraft des Lohnes der Industrie-Arbeiterschaft ist ständig gestiegen."

Das können Sie doch alles streichen. Wir wollen doch ein Programm für die Zukunft machen! (*Fay:* Sehr richtig!)

Fricke: Mir scheint der Hauptfehler zu sein, daß hier ein Bericht und ein Programm gemeinsam behandelt worden sind. (*Adenauer:* Sehr richtig!) Hier sollte man den Bericht vom eigentlichen Wahlprogramm trennen. Dann haben wir auch eine Kurzfassung.

Bach: Die Ausarbeitung der 200 Zeilen macht am besten der neue Pressechef[4]. Wir müssen der Presse etwas übergeben.

Adenauer: Ich glaube, es bleibt nichts anderes übrig, als daß wir die drei Herren bitten, einige Nachtstunden zu opfern, um das auszuarbeiten, was vor allem Herr Fricke gesagt hat. Dann kommen wir ein großes Stück weiter. Der Bericht ist eine Sache für sich, und das Programm ist eine Sache für sich.

Gradl: Was jetzt beabsichtigt ist, halte ich für falsch. Herr Bundeskanzler, Sie haben sich im Parteiausschuß vor einem halben Jahr in bewegenden Worten darüber

3 Vermutlich Dr. Josef Hofmann (1897–1973), Chefredakteur der „Aachener Volkszeitung", vor 1933 Zentrum, 1945 CDU, 1946–1968 MdL Nordrhein-Westfalen (Memoiren: Journalist in Republik, Diktatur und Besatzungszeit. Erinnerungen 1916–1947. Bearb. und eingeleit. von Rudolf Morsey. Mainz 1977).

4 Vgl. Anm. 2.

beklagt, daß die deutsche Öffentlichkeit leider vergessen hat, wie es 1948 gewesen ist. Das herauszustellen, war der Zweck dieser Sache.

Adenauer: Herr Gradl, hier steht doch: Programm!

Gradl: Der Sinn dieser Ausarbeitung war, Erstrebenswertes und Erreichtes zusammenzufassen, um es der Öffentlichkeit deutlich zu machen, damit sie bei der Wahl daran denken soll. Wenn wir jetzt die eine Hälfte herausnehmen, ist die propagandistische Wirkung verloren.

Adenauer: Das ist ein großer Irrtum von Ihnen, Herr Gradl. Wir wollen ja nicht die eine Hälfte ad acta legen; im Gegenteil! Ich bin sogar der naiven Auffassung, daß der Bericht noch nicht fertig ist. Aber Sie müssen ihn doch vom Wahlprogramm trennen.

Fricke und Fay: Sehr richtig!

Tillmanns: Diese Frage haben wir genau überlegt und festgestellt, daß eine Trennung nicht vorgenommen werden kann. (*Zurufe:* Warum nicht?) Das Programm entwickelt sich inhaltlich aus der bisher geleisteten Arbeit. Im übrigen hat mir Herr Lojewski heute mittag gesagt, die Kurzfassung zu formulieren sei wahnsinnig schwer, (*Zuruf:* Wieso wahnsinnig?) weil er derartig vollbepackt sei mit lauter wichtigen Dingen, so daß er kaum etwas machen könne, ohne daß das Ganze wirkungslos werde.

Adenauer: Wer setzt denn nun straff? Ich bin der Auffassung, das müssen die drei Herren machen. Sie werden von uns dringend darum gebeten.

Kaiser: Dr. Krone schlägt vor, das Ganze auf 12 bis 15 Seiten zu kürzen und gut zu überschriften. Ich finde diesen Vorschlag ausgezeichnet. Ich meine auch, wir sollten jetzt die Sache unseren Arbeitsbienen in die Hand geben, und zwar den Herren Tillmanns, Wuermeling und Kiesinger.

Gurk: Es sind aber noch sachliche Meinungsverschiedenheiten zu klären, wie Mitbestimmungsrecht usw.

Kiesinger: Wir haben morgen eine Sitzung des Redaktionsausschusses. Ihm gehören sämtliche Ausschußvorsitzenden an, so daß also die sachlichen Bedenken wegfallen. Es sind dabei alle Richtungen vertreten.

Gurk: Der Redaktionsausschuß ist ein Redaktionsausschuß, aber kein politischer Ausschuß. Wir als Vorstand haben die Richtlinien festzulegen und müssen dem Redaktionsausschuß entsprechende Anweisungen geben. Das ist der primäre Weg. Sie können ihn nicht umgekehrt gehen.

Adenauer: Die drei Herren wissen ganz genau Bescheid, an welchen Punkten irgendwelche Kritik einsetzen könnte.

Fay: Die Formulierung „Wir bejahen ein deutsches Soldatentum, das seiner besten Überlieferung getreu usw." wünschen meine Freunde nicht. Es ist nicht notwendig, daß man den Leuten, die nach 1945 in die Mühle gekommen sind, zur Begründung ihrer Ansprüche den moralischen Hinweis auf das deutsche Soldatentum gibt.

Kaiser: Das wissen wir vollkommen zu würdigen. Wir dürfen nicht vergessen,

daß das ehrbare Soldatentum diese Viecherei von Adolf Hitler mitmachen mußte gegen ihren Willen. Das spielt im Bewußtsein unseres Volkes eine Rolle. Sonst kommt die FDP mit ihrem Herrn Mende[5].

Adenauer: Und die SPD, die mit den Generalen viel mehr Fühlung hat als wir, und kassiert die ganzen Leute.

Kiesinger: Dieser Satz im Programm war wirklich genau überlegt.

Adenauer: Meine Herren, wir reden uns immer mehr auseinander.

Fay: Wir sagen, der Staat habe die Aufgabe, den Kirchen die ihnen gebührenden Aufgaben zukommen zu lassen. Es muß positiv heißen: Der Staat soll durchtränkt werden vom christlichen Geist. Denn das schreibt die KPD auch, daß der Kirche ihr Raum gelassen werden soll. (*Tillmanns:* Lesen Sie den Satz doch richtig!) Außerdem sind die Frauen als unser Hauptwählerkontingent nur mit einem einzigen Wort erwähnt, nämlich mit dem heute falschen Wort „Bäuerin". Es heißt in der heutigen Terminologie: Landfrau. Wir müssen im Parteiprogramm in klaren Formulierungen das bringen, was die Frauen wünschen.

Adenauer: Sie haben mit den Frauen absolut recht, mit den Soldaten nicht. Aber die Frauen müssen ganz anders behandelt werden und zur Geltung kommen.

Ich fürchte, wir werden uns jetzt nur auseinanderreden, und möchte nun bitten, daß wir den drei Herren nicht die kostbare Zeit wegnehmen. Sollen wir nicht abwarten, bis die drei Herren die gestraffte Form fertig haben?

Tillmanns: Herr Fay, wir haben die Frauen nach meiner Ansicht in der wirksamsten Weise angesprochen durch das Kapitel „Familie". Das ist ungeheuer viel, auch gegenüber unseren Frauen. Im übrigen heißt der Satz bei den Kirchen so: „Den Kirchen und den religiösen Gemeinschaften ist der ihnen gebührende Raum im öffentlichen Leben zu sichern." Das tut weder eine Sozialdemokratische Partei noch eine Kommunistische Partei. Diese Worte haben sie vergessen vorzutragen, Herr Fay.

Pferdmenges: Der Satz mit der überbetrieblichen Mitbestimmung kann mißverstanden werden. Das kann heißen, eine Mitbestimmung auf einer höheren Ebene als Kammer, es kann aber auch heißen, daß die Betriebsleute von den Gewerkschaften gewählt werden.

Tillmanns: Das muß klargestellt werden.

Majonica: Ich möchte auftragsgemäß sagen, daß die Junge Union dringend wünscht, etwas zur Familienrechtsreform zu sagen.

Tillmanns: Sie wissen ganz genau, daß wir es nicht machen können.

---

5 Dr. Erich Mende (geb. 1916), 1945 Mitgründer der FDP (bis 1946 Landesgeschäftsführer Nordrhein-Westfalen, 1960–1967 Bundesvorsitzender), 1949–1980 MdB (bis 1970 FDP, 1950–1953 Fraktionsgeschäftsführer, 1957–1963 Fraktionsvorsitzender, seit 1970 CDU), 1963–1966 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen und Stellvertreter des Bundeskanzlers (Memoiren: Die FDP, Daten, Fakten, Hintergründe. Stuttgart 1972; Das verdammte Gewissen, Zeuge der Zeit 1921–1945. München 1982; Die neue Freiheit. München/Berlin 1984).

Adenauer: Wir sollten nun nicht weiter den drei Herren für ihre saure Arbeit die Zeit rauben. Wir dürfen es also den drei Herren übergeben.

TERMIN DER BUNDESTAGSWAHL

Ich möchte jetzt noch einmal die Frage des Wahltermins zur Sprache bringen. Als ich gestern abend hörte, daß dies schon zur Sprache gekommen sei, habe ich Herrn Lenz gebeten, mit Hellwege und Blücher zu sprechen. Herr Hellwege hat Herrn Lenz kategorisch erklärt, eine Wahl vor dem Herbst käme für sie nicht in Frage. Herr Blücher hat technische Schwierigkeiten angeführt.[6]

Ich habe mir die Sache durch den Kopf gehen lassen. Ich sehe einmal davon ab, daß wir jetzt einen gewissen Auftrieb haben. Er zeigt sich in Hamburg in eklatanter Weise, auch in der Presse. Aber wir müssen daran denken, daß von Anfang Juli ab außenpolitisch nichts Besonderes mehr geschehen wird, weil überall Ferien sind. Wir müssen weiter daran denken, das ein Drittel des deutschen Volkes Ferienreisen unternimmt und dann von Politik wenig wissen und hören will. Herr Scharnberg, Sie haben Bedenken. Die habe ich auch. Nun hätte ich gern Ihre Ansicht zu der Frage gehört, mit der wir uns am nächsten Donnerstag im Kabinett beschäftigen müssen: Sollte man, wenn wir zu einem früheren Wahltermin kämen, evtl. das alte Wahlgesetz mit der 5 %-Klausel nehmen oder nicht.

Scharnberg: Herr Bundeskanzler, ich halte das für einen sehr gefährlichen Preis. Wenn man das wollte, würde das Gesetz allerfrühestens bis Ende Mai herauskommen. Das wäre schon ein Wunder. Wenn Sie ein Gesetz Ende Mai verkünden, können Sie unmöglich Ende Juni wählen lassen; Sie müssen Mitte Juli nehmen, und das ist ausgeschlossen.

Adenauer: Die entscheidende Frage für die Kabinettssitzung ist für mich die: Sollen wir um den Preis einer früheren Wahl evtl. in Kauf nehmen, daß das alte Wahlgesetz mit dieser kleinen Änderung angewendet wird.

Scharnberg: Davor würde ich, Herr Bundeskanzler, allerdringendst warnen. Wir können damit unsere ganze Zukunft gefährden.

Adenauer: Ich war gestern abend genau so verblüfft, wie Sie es sind. Es wurde mir gestern abend gesagt, das sei die Auffassung der überwiegenden Mehrheit des Vorstandes. Daraufhin habe ich heute morgen Herrn Lenz angesprochen.

Tillmanns: Es ist nur im Fraktionsvorstand darüber gesprochen worden[7], hier nicht.

Zimmer: Wir halten es für sehr bedenklich, ein Wahlgesetz herauszubringen,

---

6 Hellwege war dagegen, „...weil die Reorganisation der DP noch nicht durchgeführt" war. Blücher machte geltend, daß die Länder mindestens sechs Wochen zur Vorbereitung nötig hätten, „ so daß wir, wenn das Wahlgesetz selbst noch im Mai verabschiedet werde, in den Juli hereinkommen würden" (Lenz-Tagebuch, 19. April 1953).

7 Eine Niederschrift der Sitzung des Fraktionsvorstands vom 13. April 1953 ist nicht überliefert.

das von einer ganz schwachen Mehrheit beschlossen wird, (*Scharnberg:* Das war beim vorigen Mal auch so!) und wenn nicht einwandfrei feststeht, daß das Gesetz nicht verfassungswidrig ist. Wir haben Bedenken, uns den Wahlkampf mit einem sehr umstrittenen Wahlgesetz belasten zu lassen. Das wäre das, was die SPD wünscht. Sie will der Diskussion über die Regierungserfolge möglichst aus dem Wege gehen. Wir haben starke Bedenken, mit der FDP ein Wahlgesetz zu machen. Die einen in der FDP sind dafür, die anderen sind dagegen.

Adenauer: Mir wurde von Herren erklärt – Herr von Brentano hat es auch gesagt –, daß die allgemeine Stimmung dahin ginge, so schnell wie möglich, und zwar noch im Juli, zu wählen. Wir müssen nun wissen, ob der Vorstand das will.

Ehlers: Diese Frage der Wahl hängt mit Ihrer Rückkehr aus Amerika zusammen. Wir haben z. Z. eine politisch günstige Konstellation; sie ist zweifellos vorhanden, aber keiner kann sagen, ob sie sich Ende Juni auswirkt. Die Presse hat noch von einem viel früheren Termin gesprochen. Darüber zu reden, ist dummes Zeug.

Wir müssen fragen, was verbessert sich gegenüber dem bisher vorgesehenen Wahltermin vom 6. September, wenn wir Ende Juni wählen. Es verbessert sich nach meiner Überzeugung überhaupt nichts, aber wir verlieren ganz wesentliche Zeit für die Wahlvorbereitung. Wir müssen ein Wahlgesetz in Kauf nehmen, von dem wir sagen, daß wir es nicht nur aus taktischen, sondern auch aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen. Ich muß wirklich sagen, das kauft uns keiner ab, wenn wir aus taktischen Erwägungen sagen, wir machen dieses Wahlgesetz. Dann ist unsere ganze Debatte der letzten Monate völlig unglaubwürdig geworden.

Fay: Herr Scharnberg spricht von einem gefährlichen Preis, den wir zahlen müssen. Wie hoch ist denn der Preis? Das kann im Moment niemand sagen. Wir haben uns die Sache in Hessen lange überlegt und sind zu der Auffassung gekommen, daß wir durch einen späteren Wahltermin nichts gewinnen, wenn wir vielleicht doch zu diesem Wahlgesetz gezwungen werden.

Eine frühe Wahl hat auch gute psychologische Wirkungen. Ich fürchte sogar, daß durch die Ferienzeit vieles von dem, was an politischem Bestand neu gewonnen ist, einfach durch Schlamperei verlorengeht. Ich glaube auch nicht, daß der Termin vom 6. September unmittelbar nach den Ferien psychologisch gesehen wesentlich günstiger ist als Ende Juni. Wenn es irgendwie möglich ist, sollte man auf den 15. Juni hinsteuern.

Scharnberg: Die bisherigen Bedenken gründen sich im wesentlichen auf Motive, die absolut widerlegbar sind. Wir werden unsere Fraktion hinter das neue Wahlgesetz bekommen. Die DP steht einheitlich dahinter, so daß ein evtl. Scheitern der FDP zugeschoben werden kann. Aber ich glaube, diese Verantwortung kann die FDP einfach nicht übernehmen.

Es wird gesagt, wir könnten das Gesetz nicht mit einer schwachen Mehrheit annehmen. Das kann ich absolut nicht einsehen. Voriges Mal ist auch das Wahlgesetz gegen unseren Willen mit einer schwachen Mehrheit angenommen worden, und niemand hat gesagt, das ist ein unfaires Gesetz. Niemand hat gesagt, es sei verfas-

sungswidrig. Warum soll denn ein Gesetz, das gegen die SPD angenommen wird, verfassungswidrig sein? Wir sollten nicht vor der SPD gleich kapitulieren!

Adenauer: Wird die FDP mitmachen, das ist die Frage!

Scharnberg: Sie wird mitmachen, Herr Bundeskanzler. Sie ist jetzt fifty:fifty, und sie wird weich in den Knien werden, wenn wir ihr sagen, ihr seid es allein, an denen es scheitert. Wir können damit rechnen, daß wir auch einige Stimmen der Bayernpartei bekommen. Wir wollen doch nicht vor der SPD kapitulieren, bloß weil wir uns nichts zutrauen!

Adenauer: Nachdem ich aber gehört habe, Herr Scharnberg, daß die FDP ihren Parteitag in Lübeck abgesagt hat, sieht die Situation in der FDP sehr schlecht aus.

Scharnberg: Der FDP-Parteitag ist abgesagt worden, weil sich die Leute gesagt haben, nachdem Sie zurückgekommen sind und unserem Parteitag hier einen ungeheueren Auftrieb gegeben haben, würden sie nur ein Anhängsel in Lübeck sein. Ich hätte die Bitte, Ihnen die Dinge, wie sie sich im Wahlrechtsausschuß abgespielt haben, einmal vorzutragen.

Adenauer: Ja, meine Herren, mir wurde das gesagt, was ich vorgetragen habe. Ich kann es nur wiederholen.

Tillmanns: Es ist nur im Fraktionsvorstand darüber gesprochen worden.

Adenauer: Brentano hat mir gesagt: Jawohl, im Juni. Nun muß ich wissen, wie der Vorstand zu der Sache steht. Das war der Grund, warum ich die Frage angeschnitten habe.

Scharnberg: Darf ich Ihnen morgen oder übermorgen etwas sagen, wenn Sie Zeit haben.

Kaiser: Ich weiß nicht, ob wir diese Frage heute abend weiter diskutieren sollen. Wir müssen auf alle Fälle hierüber strengstes Stillschweigen bewahren. Das darf unter keinen Umständen bekanntwerden. Ich möchte dafür plädieren, daß wir jetzt die Debatte abbrechen und vielleicht morgen noch einmal darauf zurückkommen.

Albers: Ich schlage vor, daß wir Schluß machen. Es ist heute zwecklos, noch darüber zu sprechen.

Adenauer: Dann sollten die Mitglieder der Vorstände nicht darüber reden. Es wird überall davon geredet.

Tillmanns: Es hat in der Zeitung gestanden.

Pferdmenges: Es hat in einer Zeitung gestanden, (*Zuruf:* In Augsburg![8]) die CDU werde nach der Rückkehr des Bundeskanzlers versuchen, die Wahl vorzuverlegen.

Kiesinger: Ich fürchte, daß wir morgen noch einmal zusammenkommen müssen. Dann würde der Vorschlag von Albers berechtigt sein.

Kaiser: Wann kann morgen eine Sitzung sein?

Adenauer: Wir müssen das Plenum so legen, daß es um 4 Uhr fertig ist.

---

8 Nicht zu ermitteln.

Kaiser: Das dürfen wir nicht. Wir haben lange verkündet, daß wir einen Parteitag durchführen wollen, in dem diskutiert wird. Das ist auch heute von Tillmanns noch einmal bekanntgegeben worden.

Kiesinger: Ich schlage vor, morgen mittag von halb 3 bis 3 Uhr zu tagen.

Adenauer: Wir müssen noch die Zeit für die Kundgebung unterteilen.

Wuermeling: Erhard und Storch sprechen je 20 Minuten und Sie etwa eine Stunde, Herr Bundeskanzler.

Adenauer: Dann geben Sie den Herren je eine halbe Stunde und mir 45 Minuten. Über die morgige Sitzung lassen wir am besten die Leitung bestimmen. Die Zeit muß noch abgestimmt werden. Wir sind ja präterpropter alle hier, so daß wir die Sitzung irgendwie einschieben können.

Damit wollen wir zum Schluß kommen.

22

Hamburg, 21. April 1953

Sprecher: Ehlers (Vorsitz), Altmeier, Bach, von Brentano, Fay, Gerstenmaier, Gerlich, Gradl, Frau Gröwel, Gurk, Heck, Frau Heiler, Kaiser, Kather, Kiesinger, Krone, Majonica, Nagel, Samsche, Scharnberg, Simpfendörfer, Strickrodt, Tillmanns, Vogel, Wuermeling, Zimmer.
Wahlgesetz. Entschließungen. Parteiprogramm. Neuwahl des Vorstands.

Beginn: 17.00 Uhr *Ende: 20.00 Uhr*

Ehlers: Ich schlage vor, daß wir beginnen. Ich möchte darum bitten, daß wir uns heute nachmittag sehr auf die Arbeit konzentrieren und jedes Überflüssige vermeiden.

Herr Scharnberg hat Wert darauf gelegt – mir und anderen geht es genauso –, daß wir den Versuch machen sollten, aus dieser ganzen Debatte im Bundestag und im Wahlrechtsausschuß für unsere Begriffe das Möglichste herauszuholen und nicht aus irgendeiner Platzangst oder Panikstimmung oder Jubelstimmung heraus sämtliche vorhandenen Gewehre in den Graben werfen.

Wahlgesetz

Zum Wahlgesetz ist folgender Antrag gestellt worden:

Antrag Dr. Ehlers, Dr. Lehr, Scharnberg, Bach, Cillien, Dr. Fricke:

Der 4. Parteitag der CDU erwartet von der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, daß sie sich geschlossen hinter den geänderten Regierungsentwurf für das Wahlrecht

zum Bundestag stellt (Stichwahl mit doppelter Stimme), wie er am 17. April im Wahlrechtsausschuß des Deutschen Bundestages vom Abgeordneten Scharnberg vorgeschlagen worden ist.

Begründung: Dieses Wahlrecht erstrebt eine echte Synthese zwischen den demokratischen Rechten des Wählers und seiner Verantwortung für den Staat. Es bannt die Gefahr, daß durch die Bildung von Splitterparteien der demokratische Gedanke verfälscht wird. Die Formulierung ist mit dem Bundeskanzler besprochen worden; er hat seine Zustimmung gegeben. Sinn hat ein solcher Beschluß nur dann, wenn er einheitlich vertreten wird.

Simpfendörfer: Ich sehe in dem Entwurf einen Kompromiß.

Samsche: Wenn dieser Antrag die Genehmigung des Vorstandes findet, ist damit die Frage des Termins wahrscheinlich erledigt.

Ehlers: Nicht nur wahrscheinlich, sondern sicher.

Zimmer: Findet dieser Entwurf eine Mehrheit?

Ehlers: Ja, es sind bestimmte Chancen vorhanden. Ich glaube, daß die ganze Debatte im Bundestag und im Wahlrechtsausschuß darunter gelitten hat, daß es bei uns Kollegen gibt, die ohne jede Information über das, was im Wahlgesetz steht, im Lande herumfahren und dummes Zeug geredet haben.

Kather: Ich möchte zum Ausdruck bringen, daß es sich nur um eine grundsätzliche Zustimmung handelt. In diesem Sinne könnten wir dem Beschluß zustimmen. Über die Details kann man noch streiten.

Von Brentano: Ich kann nicht verschweigen, daß es in der Fraktion noch erhebliche Bedenken gibt. Ich bin persönlich absolut bereit, diesem System, das nicht mehr die doppelte Stimme vorsieht, zuzustimmen und es zu unterstützen. In der Fraktion bestehen Bedenken wegen des Proporzes, der uns ja nichts gibt, sondern etwas nimmt. Außerdem hegt man Bedenken wegen der Stichwahl aus rein politischen Gründen.

Ich will nicht lange diskutieren, möchte aber doch daran erinnern, daß uns die Erfahrungen der Vergangenheit nicht überzeugen können; denn wenn wir in der Vergangenheit sogenannte Koalitionskandidaten herausgestellt haben, sind wir damit mit Pauken und Trompeten hereingefallen. Das ist in der Nachwahl in Hessen, in Hamburg, in der Pfalz und in Württemberg-Baden geschehen.[1] (*Ehlers:* Es gibt zahllose Beispiele, wo es nicht geschehen ist!) Ich habe von der Bundestagswahl gesprochen. Diese Bedenken wollte ich nur vorgetragen haben.

Ehlers: Es hat keinen Sinn, jetzt darüber zu diskutieren, welches für uns die idealste Form ist.

Gurk: Nach dem heutigen Stand der Dinge wird man dem Entwurf zustimmen

---

1 Bei den Nachwahlen in Hessen am 11. März 1951 und am 4. Mai 1952, in Niedersachsen am 6. Mai 1951, in Bremen am 18. Mai 1952 hatte die CDU auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet (Mandatsgewinn durch die SPD); zu weiteren Listenverbindungen vgl. Nr. 12 Anm. 7 und Nr. 18 Anm. 112.

können, aber die letzte Entscheidung in dieser Frage fällt in den nächsten Tagen, wenn die Abstimmung im Bundesrat gefallen sein wird.

Scharnberg: Ich beziehe mich auf einen Mann, der vom Wahlrecht wirklich etwas versteht, Professor Hermens[2]. Wir stehen vor einer Alternative: entweder das alte Bundestagswahlgesetz oder diese Kompromißlösung.

Gerstenmaier: Wir sehen nicht, wie in Württemberg-Baden eine Listenverbindung in den nächsten Wochen zustande kommen kann.

Scharnberg: Den internen Proporz brauchen Sie nicht zu machen, das geschieht auf Bundesebene.

Gerstenmaier: Wir können es leider nicht realisieren. *(Lebhafte Unruhe – Widerspruch.)*

Scharnberg: Das alte Wahlrecht ist eine Listenverbindung für alle Parteien. *(Anhaltende Unruhe.)*

Ehlers: Meine Damen und Herren! Wir sind nicht im Bundestag, aber etwas Ruhe und eine gewisse Reihenfolge der Redner könnten wir doch einhalten.

Es ist richtig, daß wir niemanden in der Bundestagsfraktion verpflichten können, etwas zu beschließen, was er nicht für richtig hält. Wir verstehen diesen Beschluß so: daß er der Versuch ist, durch die Autorität des Parteitages in dieser Auseinandersetzung so viel wie möglich für unsere Partei zu erreichen.

Krone: Ich sehe Schwierigkeiten, daß im Parteitag eine ähnliche Diskussion entstehen könnte wie im Vorstand. Wir können ihr entgehen, wenn wir eine Formulierung finden, die ungefähr sagt: Wir wollen eine Form des Wahlrechts auf der und der Grundlage einsetzen, aber nicht in der Fassung des Vorschlages von Scharnberg. Das stimmt überein mit den früher gefaßten Beschlüssen.

Fay: Was hat der Bundeskanzler dazu gesagt? Wir müßten zumindest wissen, was er gesagt hat.

Ehlers: Ich hatte mir gestattet, darauf hinzuweisen, daß diese Formulierung die Zustimmung des Bundeskanzlers gefunden hat.

Wuermeling: Man kann die Klammer (Stichwahl mit doppelter Stimme) nicht so stehen lassen, weil das den Eindruck erweckt, als wenn bei der Stichwahl mit zwei Stimmen gewählt würde. Man muß das besser erläutern. Ich schlage vor: doppelte Stimme und Stichwahl.

Ehlers: Es sind zwei Vorschläge gemacht worden, einmal in Klammern zu sagen: doppelte Stimme und Stichwahl, und zweitens: nicht hier den Gesetzentwurf in der Fassung des Vorschlages Scharnberg zu nehmen, sondern eine Form des gegenwärtigen Wahlrechts.

Wuermeling: Man müßte die Begründung noch durch folgenden Satz ergänzen:

---

2 In der Vorlage: Hermanns. – Professor Dr. Ferdinand Aloys Hermens (geb. 1906), 1945–1972 Universität Köln, Direktor des Seminars für Politische Wissenschaften. Hermens hatte zuletzt am 18. April 1953 in der „Stuttgarter Zeitung" zum Wahlrecht Stellung genommen. Liste seiner Veröffentlichungen in JESSE S. 401–403.

Er setzt das Personen- und Mehrheitswahlrecht im heute erreichbaren Ausmaß durch. Das ist einer der wesentlichsten Sätze.

Ehlers: Herr Krone, sind Sie so liebenswürdig, den von Ihnen gemeinten Vorschlag einmal zu formulieren. Dann könnten wir die Sache solange zurückstellen.

ENTSCHLIESSUNGEN

Wir haben dann vorliegen einige Entschließungen der Exil-CDU. Repräsentation der Sowjetzone im Bundestag und in den europäischen Gremien.[3]

Gradl: Die Entschließung Nr. 3 erübrigt sich, nachdem wir eine entsprechende Formulierung in den Programmentwurf eingearbeitet haben.

Ehlers: Gut, Nr. 3 ist erledigt.

Gradl: Auf die Entschließungen A und B legen wir größten Wert.

Kather: Der Landesverband Oder-Neiße hat mich beauftragt, den Vorstand und die Freunde von der Exil-CDU zu bitten, diese Sache zurückzustellen. Es bestehen nach unserer Meinung erhebliche Bedenken. Wir beschreiten damit einen ganz neuen Weg. Es ist nicht dasselbe wie das, was wir in Berlin gemacht haben; denn von Westberlin kommen die Menschen in den Bundestag, während hier solche in den Bundestag kommen, die nicht in der Sowjetzone wohnen. Wir müssen alles vermeiden, was von unserer Seite aus als Verschärfung der Situation angesehen werden könnte. Wir halten die Sache im Augenblick nicht für aktuell.

Ehlers: Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Durchführung dieses Planes auf eine Unmenge von Bedenken stoßen wird.

Kather: Wir halten es für unmöglich, darüber im Parteitag eine Diskussion zu entfachen.

Ehlers: Die Ablehnung eines solchen Antrages durch den Parteitag würde katastrophal wirken. Das ist selbstverständlich.

Gradl: Eine Diskussion über diese Entschließung im Parteitag ist unvermeidlich, weil unsere Resolution allen Parteimitgliedern und der Öffentlichkeit bereits bekannt ist. Außerdem haben wir diese Resolution in feierlicher Form auf dem Exil-Parteitag in Bonn beschlossen.[4] Die Öffentlichkeit hat diese Forderung mit größtem Echo aufgenommen. Eine Verschärfung der außenpolitischen Situation vermag ich darin nicht zu erkennen. In der Frage Berlin ist dieser Schritt auch gewagt worden. Es kann sich nur um das Gebiet der deutschen Grenzen vom Jahre 1937 handeln. Damals gehörten die sudetendeutschen Gebiete nicht mehr zu uns. Ich kann gar nicht verhindern, daß aus den Kreisen der Exil-CDU diese Forderung auf dem

3 Der ursprüngliche Antrag bestand aus drei Teilen: „Repräsentation der Sowjetzone im Bundestag und in den europäischen Gremien", „UN-Kommission gegen kommunistische Terrorakte in der Sowjetzone" und „Einstellungspflicht zugunsten junger Flüchtlinge aus der Sowjetzone". Teil 3 wurde gestrichen (ACDP VII-004-120/1; CDU, 4. Bundesparteitag S. 270f.).

4 Vom 22.–24. März 1953 in Bonn (vgl. Nr. 19 Anm. 68).

Parteitag erhoben wird, selbst dann, wenn ich sage, ich ziehe die Entschließung zurück.

Ehlers: Ich finde das ist ein Verfahren, das außerordentlich schwierig ist. Wenn man sagt: Ich kann gar nicht verhindern... es treten Folgen ein... – dann muß man den Antragsteller bitten, sich die Folgen vorher auszudenken! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Gerlich[5]*:* Es gibt auch noch 300.000 Sudetendeutsche in der jetzigen Tschechoslowakei. Wenn wir das jetzt als Wahlprognose vorwegnehmen, ist das meiner Ansicht nach mehr als bedenklich. Ich bin der Meinung, daß der gesamtdeutsche Charakter nicht nur in der Repräsentation der Exil-CDU – sprich Mittelzone – zu sehen ist. Wenn wir die Grenzen von 1937 als Grundlage nehmen, haben wir auch noch Pommern, Ostpreußen, Schlesien usw. zu berücksichtigen. Das sind Millionen mehr, die wir auf diese Weise schockieren.

Wir sind über die Presseverlautbarung von gestern abend erschüttert, daß über das Problem Oder-Neiße vom Bundeskanzler in Amerika nicht gesprochen worden sein soll.

Tillmanns: Ich glaube, es gibt nur die Lösung, daß der Vorstand erklärt, diese Entschließung bedürfe noch einer näheren Prüfung. Infolgedessen müsse der Parteitag gebeten werden, die Entschließung dem Bundesparteivorstand zu überweisen. Damit könnte die Sache ohne Diskussion erledigt werden.

Ehlers: Dem Bundesparteivorstand zu überweisen mit dem Auftrag zu prüfen, in welcher Weise verfassungsrechtlich und tatsächlich eine Repräsentation erreicht werden kann.

Von Brentano: Ich bin mit der Anregung Tillmanns einverstanden und möchte Herrn Gradl sagen, daß wir uns nicht gegen ein berechtigtes Anliegen wenden, sondern daß wir die politischen Konsequenzen sehen müssen. Es wäre verhängnisvoll, wenn morgen dieser Antrag abgelehnt würde; es wäre auch verhängnisvoll, wenn er angenommen würde; denn die Berufung der Menschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße ist so logisch und so selbstverständlich, daß wir hier gar nicht ausweichen können.

Selbstverständlich würde dann von der SPD der Zusatzantrag gestellt werden: wo bleibt die Saar? Wir können es uns z.Z. nicht leisten, ein solches Gespräch zu führen und die Saar einzubeziehen. Wir stellen damit unsere ganze Politik auf den Kopf. Ich bitte daher dringend darum, so zu verfahren, wie Herr Tillmanns es vorgeschlagen hat.

Gradl: Wir haben uns diese Entschließung reiflich überlegt. Außerdem haben wir diese Angelegenheit in den Parteigremien schon seit geraumer Zeit zur Sprache gebracht. Auf der letzten Sitzung des Bundesparteiausschusses haben wir die grundsätzliche Zustimmung des Bundeskanzlers zu dieser Forderung bekommen. Die

5 In der Vorlage: Gerdes bzw. Gerdig. – Dr. Walter Gerlich war Delegierter Schleswig-Holsteins (vgl. Nr. 19 Anm. 67).

Antwort auf die Frage Oder-Neiße könnte ich mir sehr leicht machen: Wir hätten von unserem Standpunkt aus nichts dagegen, wenn für die Oder-Neiße eine entsprechende symbolische Repräsentation zum Bundestag gefordert würde. Daß wir die FDP, die SPD und die CDU in einem Gleichheitsschlüssel vorgeschlagen haben, hat einfach seinen Grund darin, daß wir nicht über diese nationalen Fragen lächerliche Diskussionen über die Beteiligung der einzelnen Parteien herausfordern wollen.

Ich bin loyal genug, den Vorschlag von Dr. Tillmanns der Exil-CDU mitzuteilen. Sie müssen aber verstehen, daß ich selber nicht in der Lage bin, diesem Vorschlag zuzustimmen.

Von Brentano: Ich möchte keine Formulierung, aus der man auf die Saar schließen kann. Das würde die Situation außerordentlich erschweren.

Ehlers: Ist es richtig, daß das Saargebiet heute ein Teil der Bundesrepublik ist? (*Von Brentano:* Nach meiner Meinung ja!) Ich würde vorschlagen: Eine Repräsentanz der deutschen Gebiete in den Grenzen von 1937, die nicht Teile der Bundesrepublik sind, zu erreichen.

Vogel: Ich bitte darum, daß die Benennung der Grenzen von 1937 unter allen Umständen unterbleibt.

Kather: Weder eine Grenze noch ein Gebiet, sondern eine Repräsentanz des ganzen deutschen Volkes.

Kaiser: Die Sache mit der Saar wird uns nicht erspart bleiben. Die Sozialdemokratie wird bei der Bundestagswahl den einen oder anderen von der Saar aufstellen. Das ist das Politikum, dem wir uns gegenübersehen. Ich würde es bedauern, Brentano, wenn wir mit Bezug auf die Saar schwächer wären als die SPD.

Von Brentano: Nicht schwächer, sondern klüger und verantwortungsvoller.

Ehlers: Es hat keinen Zweck, länger zu diskutieren. Ich stelle den Antrag, dem Parteitag zu empfehlen, diesen Entschließungsentwurf dem Parteivorstand zur Prüfung zu überweisen, in welcher Weise eine Repräsentanz des ganzen deutschen Volkes im Bundestag erreicht werden kann.

Darf ich fragen, wer für diesen Antrag ist. Ich bitte um Erhebung der Hand! – Wer ist dagegen? – Enthaltung! – Gegen eine Stimme angenommen. Wer trägt das dem Parteitag vor?

Tillmanns: Die Entschließungen sollen im Redaktionsausschuß besprochen werden. Es muß also vom Redaktionsausschuß ein Berichterstatter bestellt werden.

Ehlers: Wir wollen es nicht komplizieren. Wir haben den Redaktionsausschuß nach meinem Dafürhalten eingesetzt, daß er die Programmgestaltung vornehmen soll. (*Tillmanns:* Nein!) Ich habe ihn so verstanden; wie können Sie Nein sagen! *(Heiterkeit.)*

Samsche: Es dürfte genügen, wenn der Präsident des Parteitages[6] das mitteilt.

Ehlers: Ich schlage vor, diese Entschließung dem Redaktionsausschuß zu überweisen und ihm mitzuteilen, der Parteivorstand hätte dazu folgenden Beschluß ge-

6 Hugo Scharnberg.

faßt. (*Tillmanns:* Genau richtig!) Vielen Dank! Die zweite Entschließung der Exil-CDU betrifft kommunistische Terrorakte in der Sowjetzone.[7] Gibt es eine UN-Kommission dafür? Ich weiß es nicht.

Gerstenmaier: Nach meiner Meinung müßte diese Sache an den Sicherheitsrat überwiesen werden und nicht an die UN-Kommission. Ich schlage vor, diese Entschließung zur Prüfung dem Parteivorstand wegen des Modus procedendi zu überweisen.

Tillmanns: Was Herr Gerstenmaier sagt, steht im letzten Absatz dieser Entschließung.

Ehlers: Ich schlage vor, diesen Antrag dem Redaktionsausschuß zu überweisen mit dem Bemerken: Der Parteivorstand empfiehlt dem Parteitag die Annahme dieser Entschließung. – Sie sind einverstanden!

Dann liegt eine Entschließung zur Frage der Leibesübungen in Deutschland vor. Ich habe keine Ahnung, von wem sie kommt.

Tillmanns: Sie kommt vom Landesverband Berlin. Die Gesamtheit aller Sportler ist eine nicht zu unterschätzende Kraft in der deutschen Jugend, auch für die kommenden Wahlen. Wir glauben mit dieser Entschließung, die die erste auf einem Parteitag dieser Art ist, eine gute Wirkung herbeizuführen.

Ehlers: Dann würden die Klammern wegfallen? (*Tillmanns:* Ja!) Ich schlage Ihnen vor, mit dieser Entschließung in der gleichen Weise zu verfahren. – Sie sind einverstanden.[8]

In einer weiteren Entschließung wird beantragt, eine Enquete über Sozialleistungen[9] durchzuführen.

Tillmanns: Das ist aufgehoben worden.

Ehlers: Ist erledigt! Nun kommen wir zur Entschließung Nr. 4 des Landesverbandes Hamburg über Sozialversicherung.[10]

Samsche: Dieser Entwurf hat im Landesverband eine sehr starke redaktionelle Änderung erfahren. Die geänderte Form ist von Herrn Heyn heute im Plenum vorgetragen worden[11]; ich habe sie nicht.

Kaiser: Er hat den Wortlaut dem Präsidenten übergeben.

Ehlers: Herr Samsche übernimmt es, den endgültigen Vorschlag dem Redaktionsausschuß zuzuleiten. Damit ist die Sache erledigt.

Wir kommen zum Antrag Nr. 5: Entschließung zur allgemeinen Verkehrs- und Schiffahrtspolitik.[12]

---

7 Vgl. CDU, 4. Bundesparteitag S. 271.
8 Ebd. S. 272.
9 Ebd. S. 273.
10 Ebd. S. 274.
11 Ebd. S. 145–148. – Dr. Walter Heyn (1894–1974), vor 1933 Wirtschaftspartei, Mitgründer der CDU Hamburg, 1956 FDP, 1929–1959 Angestellter einer Hamburger Krankenversicherung.
12 Ebd. S. 274–276.

Samsche: Auch hier sind redaktionelle Änderungen erfolgt.

Ehlers: Darf ich vorschlagen, genauso wie vorhin zu verfahren und die Entschließung an den Redaktionsausschuß zu überweisen.

Nagel[13]*:* Ich habe mit Herrn Blumenfeld vereinbart, daß neben Hamburg auch Bremen genannt wird.

Ehlers: Ich stelle fest, daß unter Berücksichtigung dieser Änderung der Bundesparteivorstand vorschlägt, dem Parteitag diese Entschließung zur Annahme zu empfehlen. (*Zuruf:* Es gibt aber noch mehr Häfen!) Ja, das hat sich inzwischen herumgesprochen! *(Heiterkeit.)*

Wir kommen zur Anlage Nr. 6: Entschließung des Kulturpolitischen Ausschusses.[14] Wenn keiner das Wort dazu wünscht, darf ich in gleicher Weise wie bei den übrigen Anträgen verfahren. Die Behandlung der Entschließungen ist damit erledigt.

Inzwischen ist uns der Text des Programms zugegangen. Ich bitte Sie, nicht zu erschrecken, es sind 18 Seiten geworden ... (*Zuruf:* Nicht ganz!) Ich wollte den Satz zu Ende bringen! *(Heiterkeit.)* Ein großer Teil der Blätter ist nicht beschrieben. Das ist eine ganz raffinierte Methode der Tarnung.

Ich darf aber vorher auf die Wahlrechtssache zurückkommen. Es wird folgender Wortlaut vorgelegt:

Der 4. Parteitag der CDU erwartet von der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, daß sie sich geschlossen hinter den geänderten Regierungsentwurf für das Wahlrecht zum Bundestag stellt (Stichwahl mit doppelter Stimme), wie er am 17. April im Wahlrechtsausschuß des Deutschen Bundestages vom Abgeordneten Scharnberg vorgeschlagen worden ist. Begründung: Dieses Wahlrecht erstrebt eine echte Synthese zwischen den demokratischen Rechten des Wählers und seiner Verantwortung für den Staat. Es bannt die Gefahr, daß durch die Bildung von Splitterparteien der demokratische Gedanke verfälscht wird.[15] Sind Sie damit einverstanden? Ich stelle das fest. Dann würden wir das dem Parteitag morgen zur Beschlußfassung unterbreiten. Ich darf Ihnen das geben, Herr Dr. Heck.

Parteiprogramm

Wir kommen zum Parteiprogramm. Darf ich bitten, daß einer der beteiligten Herren das Wort nimmt, wobei wir der Nachtarbeit der Herren dankbar zu gedenken Anlaß haben.

---

13 In der Vorlage: Nabel. – Nagel war Delegierter Bremens für die Sitzung des Bundesparteiausschusses am 22. April 1953. – Heinrich Nagel (1888–1958), 1950–1951 und 1955–1958 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft (CDU), 1952–1958 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Bremen.

14 Vgl. CDU, 4. Bundesparteitag S. 272f.; vgl. auch ACDP VII-004-120/1.

15 Endgültiger Wortlaut vgl. CDU, 4. Bundesparteitag S. 270.

Kiesinger: Wir sind bis 4 Uhr zusammengewesen und haben uns heute morgen wieder zusammengesetzt. Das Programm ist inhaltlich – trotz der Kürze – besser geworden, nachdem wir lange und hartnäckig gefeilscht haben. Wir glauben, daß es eine brauchbare Grundlage für die Presse ist. Wir sprachen gestern von einer 200-Zeilen-Fassung. Das ist nicht gelungen. Ich habe darum gebeten, daß für die Presse vielleicht auf zwei, drei Seiten der wesentliche Inhalt schlagwortartig zusammengefaßt wird.

Ehlers: Ich habe eine Frage vorweg. Mir ist heute morgen mitgeteilt worden, daß der Bundeskanzler es für erforderlich hält, morgen früh Hamburg zu verlassen, so daß er also bei der Schlußkundgebung nicht dabeisein kann, um dem Bundesrat für die Beratungen des Außenpolitischen Ausschusses zur Frage der Verträge zur Verfügung zu stehen.

Ich habe keinen Zweifel daran, daß diese Aufgabe des Bundeskanzlers außerordentlich dringlich und entscheidend ist. Auf der anderen Seite habe ich dem Bundeskanzler gesagt, daß ich es geradezu für verhängnisvoll halte, daß der Bundeskanzler praktisch in keiner öffentlichen Parteitagsveranstaltung – außer der Großkundgebung – gesprochen hat. Ich habe ihn sehr dringend darum gebeten, dazubleiben. Er hat mir gesagt, daß er das auf keinen Fall könne.[16]

Ich weiß nicht, ob der Parteivorstand dem Bundeskanzler in dieser Richtung eine Bitte aussprechen soll. Es dreht sich um die Abwägung der Interessen. Ich muß mich sehr schweren Herzens zu der Meinung bekennen, daß die Aufgabe, in der Öffentlichkeit bei der Schlußkundgebung des Parteitages zu sprechen, so dringlich sie ist, gegenüber der Möglichkeit, eine positive Entscheidung im Bundesrat herbeizuführen, zurückstehen muß. Der Bundeskanzler meint, daß es nicht anders gehe. Ich bitte Sie, dazu Stellung zu nehmen.

Majonica: Vielleicht kann er morgen früh in gedrängter Form noch etwas sagen.

Kaiser: Ich halte das letzte für keine Lösung. Wir müssen den Parteitag in Ordnung zu Ende führen. Ich bin darüber besorgt, daß uns der Parteitag, wenn der Bundeskanzler morgen nicht mehr da sein wird, zerflattert. Dann wird ein ganzer Kreis von Delegierten nicht mehr da sein.

Ich würde deshalb bitten, daß wir unsere ernstesten Bedenken gegen diesen Entschluß oder das Vorhaben des Kanzlers dem Kanzler noch einmal zum Ausdruck bringen. Ich bin davon überzeugt, daß Not am Mann ist, aber ich meine, der Parteitag, der so viel für uns bedeutet, sollte nicht darunter leiden.

Simpfendörfer: Ich bin mit dem, was über die Notwendigkeit der Anwesenheit des Bundeskanzlers gesagt wurde, einverstanden, andererseits sehe ich die Aufgabe, daß er in Bonn sein muß, noch viel stärker an. Ich glaube, es ist unbedingt notwendig, daß er persönlich dort ist.

---

16 Adenauer nahm an der Schlußsitzung des Parteitags nicht mehr teil. Der Terminkalender für den 22. April hält nur Gespräche mit Globke, Hallstein und Bundespräsident Heuss fest. Die Bundesratssitzung war am 24. April 1953.

Ehlers: Das Kabinett ist in Bonn.

Gurk: Ich bin der Meinung, daß der Kanzler wohl oder übel in Bonn sein muß. Er darf insbesondere nicht dem Stuttgarter Kabinett die Chance bieten, durch sein Fehlen eine Verschiebung oder Ablehnung der Verträge herbeizuführen. (*Zuruf:* Der Bundeskanzler kann fliegen; dann ist er in zwei Stunden in Bonn.)

Ehlers: Es ist die Frage, ob man dem Bundeskanzler nicht die Möglichkeit geben sollte, zu fliegen. Ob er mit dem Mercedes 300 in sechseinhalb Stunden nach Bonn fährt oder in eineinhalb Stunden fliegt, das ist ein beachtlicher Unterschied.

Tillmanns: Ich glaube, daß es für unsere Sache, die wir uns vorgenommen haben, ein wirklich großer Schaden ist, wenn der Bundeskanzler morgen nicht in der Schlußkundgebung spricht. Wenn der Bundeskanzler morgen früh abfährt, wird das allen Delegierten bekannt. Es ist überhaupt alles, was hier passiert, sofort bekannt. Selbst die gestrige Debatte im Vorstand ist der Presse bekanntgeworden. Wenn der Bundeskanzler jetzt plötzlich abfährt, entsteht bei den Delegierten eine gewisse Enttäuschung, mit der sie ins Land gehen. Das können wir nicht gebrauchen. Wir sollten den Bundeskanzler dringend bitten, im Anschluß an die Kundgebung ein Flugzeug zu benutzen, damit er noch rechtzeitig in Bonn sein kann.

Scharnberg: Ich habe festgestellt, daß er, wenn wir seinen Vortrag vorverlegen, um 5 Uhr mit dem Auto in Bonn sein kann. (*Zuruf:* Er hat morgen früh eine Besprechung mit Ministerpräsident Maier.)

Kaiser: Dann fährt er schon heute nacht.

Ehlers: Es hat keinen Zweck, daß wir uns über die Pläne des Bundeskanzlers unterhalten. Wer übernimmt es, dem Bundeskanzler diese Gesichtspunkte deutlich zu machen und ihn dringend zu bitten? Ich habe den Versuch gemacht und bin damit gescheitert. Herr von Brentano?

Von Brentano: Ich bin sehr enttäuscht und halte es für schmerzlich, daß der Bundeskanzler morgen nicht da ist. Ich frage mich aber, was durch sein Fernbleiben in Bonn für die gesamte deutsche Politik geschieht. Es ist m.E. eine verhängnisvolle Sache. Man könnte vielleicht versuchen, ihn zu bitten, morgen früh um 9 Uhr noch einmal zu sprechen. Das könnte man heute abend noch bekanntgeben. Er könnte dann um 10 Uhr in eine Sondermaschine steigen und wäre um 12 Uhr in Bonn.

Für mehr möchte ich nicht die Verantwortung übernehmen bei der politischen Situation. Er hat heute beim Essen mit mir gesprochen. Ich habe den Eindruck, daß er außerordentlich besorgt ist. Auch Ministerpräsident Arnold hat sehr intensiv mit ihm gesprochen. Auch Arnold ist außerordentlich besorgt. Ob wir da sagen können, wir erwarten, daß Sie dableiben, weiß ich nicht.

Kiesinger: Es ist auch wichtig, daß er morgen in guter Form ist bei den Verhandlungen. Man erreicht mehr, wenn man frisch ist, als wenn man müde ist.

Gerlich: Ich würde zumindest den Versuch unternehmen, vom Vorstand aus ganz offiziell mit ihm zu sprechen.

Ehlers: Sie meinen also, daß die beiden Vorsitzenden und Dr. von Brentano

dem Bundeskanzler das deutlich machen sollten. Nein! Die Entscheidung ist seine, nicht unsere! Darüber können wir nicht diskutieren.

Kaiser: Ich würde bitten, daß sich Scharnberg anschließt.

Ehlers: Es ist also vereinbart, daß wir ihm unsere Bitte vortragen sollen. – Wir können nun zum Programm kommen. Soll es verlesen werden?

Tillmanns: Ich hatte bereits darauf hingewiesen, daß wir in eine Zeitnot kommen werden, aber meine Hinweise sind nicht immer vom Vorstand beachtet worden. Jetzt stehen wir in einer Zwangslage. Ich sage das mit aller brutalen Offenheit. Es sind irgendwelche maßgebenden Änderungen – auch in den einzelnen Formulierungen – einfach nicht mehr möglich; wenn wir das machen wollen, müssen wir morgen darauf verzichten, das Programm zu verabschieden.

Simpfendörfer: Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß Carlo Schmid sagen würde, auf Seite 2 steht wörtlich ...

Ehlers: Warum sollen wir nicht einmal mit Carlo Schmid einig sein.

Strickrodt: Ich schlage vor, daß diejenigen, die nicht im Redaktionsausschuß sind, sagen, ob sie zustimmen.

Ehlers: Ich schlage vor, daß jeder das durchsieht, was ihm kritisch erscheint, und dann, falls erforderlich, konkrete Abänderungsvorschläge macht. Wir wollen uns jetzt etwa zehn Minuten lang darauf konzentrieren. Wer seine Änderungen jetzt schon sagen kann, hat die Möglichkeit, sich einer Meditation hinzugeben.

Zu dem vorgelegten Programm werden folgende Änderungen beschlossen:

Seite 1, Vorschlag Dr. Vogel: Unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers hat die Christlich-Demokratische Union in den letzten vier Jahren das deutsche Volk in der Bundesrepublik aus Hunger, Not und tödlicher Vereinsamung herausgeführt.

Seite 2, 3. Abs.: Die öffentlichen Aufgaben sind zunächst von der gemeindlichen Selbstverwaltung zu erfüllen.

Seite 3, 4. Abs., Vorschlag Dr. Ehlers: Wir stehen zu den deutschen Soldaten, die ihrer besten Überlieferung getreu sich dem Volk in sittlicher Verpflichtung verbinden.

Seite 4: Alle Versuche, den überwundenen konfessionellen Hader neu zu entfachen, lehnen wir einmütig und geschlossen ab.

Seite 5, 2. Abs.: Das gilt besonders für die Hausratshilfe und den Wohnungsbau, der bisher schon den Vertriebenen 375.000 Wohnungen gebracht hat. Die Lager müssen so schnell wie möglich geräumt werden und die Alten und Erwerbsunfähigen schleunigst in den Genuß ihrer Ansprüche kommen.

Seite 11, Abs. 1, Satz 1: Trotz außerordentlicher Leistungen im Wohnungsbau fehlen noch Millionen von Wohnungen. Der Wohnungsbau muß darum...

Seite 16 – VI. Deutschland in der Gemeinschaft der Völker, Abs. 1: Die Bundesrepublik Deutschland handelt stellvertretend für alle Deutschen in Ost und West, denen es versagt ist, in einem freien sozialen Rechtsstaat zu leben. Es bleibt unsere Kernaufgabe, auf friedlichem Wege allen Deutschen diese gemeinsame Heimat zu geben.

Seite 17, Abs. 4: Die Gefahr eines auf europäischem Boden ausgetragenen Krieges wird eher heraufbeschworen durch eine Politik der Uneinigkeit und der Rat- und Tatenlosigkeit, als durch die entscheidende Bereitschaft des deutschen Volkes, in der Gemeinschaft der freien Völker für die Erhaltung des Friedens und die Verteidigung ihrer Freiheit einzutreten.

Abs. 6: Niemand hat dem deutschen Volke einen Weg gewiesen, auf dem die deutsche Einheit in Freiheit anders als auf die von uns vertretene Weise zu erreichen wäre.

Abs. 7: Wir werden nicht aufhören, uns mit allen Kräften für die deutschen Kriegsgefangenen und Internierten einzusetzen, die acht Jahre nach Kriegsende immer noch festgehalten werden.

Ehlers: Ich stelle fest, daß der Parteivorstand damit einverstanden ist, daß das vorgelegte Programm mit den vorgesehenen Änderungen dem Parteitag vorgelegt wird.[17]

Neuwahl des Vorstandes

Gurk: Es ist morgen die Wahl für die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder, für den Bundesschatzmeister und die zehn weiteren Mitglieder vorzunehmen. Wir haben uns mit der Frage befaßt, ob die Mitglieder des Parteivorstandes, die auch dem Parteiausschuß angehören, wenn sie selbst betroffen sind, wieder mitwählen können und ob ihr Mandat vor der Wahl erloschen ist oder nach der Wahl. Der Wahlprüfungsausschuß war mit Mehrheit der Meinung, es sollten diese Mitglieder mitwählen können bei der Neuwahl des Vorstandes, und zwar war das Stimmenverhältnis 2:1 im Prüfungsausschuß.

Ehlers: Sind Sie einverstanden?

Wuermeling: Wir schließen uns der Mehrheit an.

Simpfendörfer: Das ist eine Frage, die das Plenum entscheiden muß.

Gurk: Ich bin der Meinung, wenn der Parteiausschuß die Auslegung gehört hat, wird sie morgen als gegeben hingenommen. Wir brauchen keine Diskussion im Plenum.

Fay: Der Parteitag hat die Mandatsprüfungskommission bestimmt, und diese hat mir Mehrheit eine bestimmte Frage ausgelegt. M.E. müßte das bindend sein.

Ehlers: Darf ich feststellen, ob Sie mit der Meinung von Herrn Gurk einverstanden sind? – Das ist der Fall.

Tillmanns: Von den ordentlichen Mitgliedern stehen zur Wiederwahl zur Verfügung Majonica, Samsche, Dr. Schreiber, Dr. Strickrodt und Dr. Zimmer. Von den

17 Wortlaut des Hamburger Programms in CDU, 4. Bundesparteitag S. 249–260; vgl. auch Bruno Heck (Hrsg.): Die CDU und ihr Programm. Programme – Erklärungen – Entschließungen. Melle 1979 S. 47–60.

bisherigen stellvertretenden Mitgliedern stehen zur Wiederwahl zur Verfügung Frau Heiler, Heurich, Lünendonk, Dr. Sauer, Dr. Süsterhenn.

Als ordentliche Mitglieder sind vorgeschlagen worden vom

Heimatvertriebenenausschuß	Wackerzapp, evangelisch
Sozialausschüsse	Albers, katholisch
Württemberg	Bauknecht, katholisch
Exil-CDU	Dr. Gradl, katholisch
Hessen	Jansen[18], evangelisch
Frauen	Dr. Helene Weber, katholisch
Junge Union	Benda, katholisch[19]

Frau Heiler, Hessen, die bisher stellvertretendes Mitglied war, würde bei den Stellvertretern ausscheiden. Vom Frauenausschuß sind weiter vorgeschlagen worden:

Frau Pitz[20], Hessen, katholisch

Frau Praetorius[21], evangelisch

Frau Röskau[22], katholisch, Oder-Neiße.

Bei der regionalen Streuung dieser Vorschläge ist Hessen außerordentlich stark vertreten, während Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen, Nordwürttemberg, Süd- und Nordbaden überhaupt nicht vertreten sind. Wenn wir daran festhalten, daß die Vorsitzenden der Landesverbände dem Vorstand angehören mit der Maßgabe, daß sie sich vertreten lassen können, dann muß das für alle Landesverbände gelten.

Fay: Herr Hilpert kann weiterhin Mitglied des Vorstandes sein. Er hat diesen Wunsch, und die hessischen Freunde wünschen es auch.

Tillmanns: Dann würde noch zu ergänzen sein, daß bei den ordentlichen Mitgliedern zur Wiederwahl Herr Hilpert zur Verfügung steht.

Ehlers: Beabsichtigt der Vorstand, so zu verfahren, daß er dem Parteiausschuß

18 Walter Jansen (1899–1969), Mitgründer der CDU Hessen, 1946 Persönlicher Referent des hessischen Ministerpräsidenten, 1946–1964 Landrat in Schlüchtern, 1946 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung, 1950–1966 MdL Hessen.

19 Ernst Benda (geb. 1925), seit 1946 CDU, 1951–1954 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Spandau, 1952–1954 Vorsitzender der Jungen Union Berlin, 1955–1957 MdA Berlin, 1957–1971 MdB, 1967–1968 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, 1968–1969 Bundesminister des Innern, 1971–1983 Richter und Präsident des BVerfG. – Benda ist evangelisch.

20 Elisabeth Pitz-Savelsberg (geb. 1906), vor 1933 Windthorstbund, Mitgründerin der CDU Hessen, 1946–1953 MdL Hessen, 1950–1953 Dezernentin für Jugendpflege beim Regierungspräsidenten in Wiesbaden, 1953–1969 MdB, 1965–1969 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (Erinnerungen in ABGEORDNETE 3 S.175–296).

21 Gisela Praetorius (1902–1981), Mitgründerin der CDU Düsseldorf, 1950–1954 und 1958–1962 MdL Nordrhein-Westfalen, 1953–1957 MdB.

22 Hilde Röskau (1909–1958), 1947 Vorstandsmitglied des ZvD, Vorsitzende des Landesvertriebenenausschusses der CDU Rheinland, Vorstandsmitglied des Frauenausschusses der CDU Rheinland, 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (1956 Übertritt zur FDP).

einen geschlossenen Vorschlag macht? (*Tillmanns:* Ja.) Dann bleibt nichts anderes übrig, als daß der Vorstand sich entschließt, über die Hürde zu springen. Es muß irgendwie jetzt entschieden werden. Es hilft nichts.

Kaiser: Dadurch, daß die Vorsitzenden der Landesverbände jetzt als geborene Mitglieder dem Vorstand angehören, ist eine neue Grundlage geschaffen. Ich bitte nicht zu erschrecken, aber wir müssen im Vorstand eine glückliche Widerspiegelung der Schichtung unserer Wähler haben. Ich wage es auszusprechen, daß eine Repräsentation unserer größten Wählerschichten nicht genügend gegeben ist im Vorstand. Das bezieht sich auf die Frauen und die Arbeiterschaft, die 50 % unserer Wähler stellen. Das bezieht sich auch auf die Bauern.

Tillmanns: Ich darf Herrn Kaiser daran erinnern, daß wir in der letzten Vorstandssitzung diese Gruppen gebeten haben, Vorschläge zu machen. Alle Vorschläge, die gemacht worden sind, habe ich eben verlesen. Ich habe genau das getan, was Herr Kaiser wünscht. Herr Etzel hat noch Herrn Hellwig vorgeschlagen.

Simpfendörfer: Wir waren übereingekommen, daß die noch nicht vertretenen Gruppen zuerst genannt werden sollen.

Ehlers: Es ist vorgeschlagen als ordentliches Mitglied von den Sozialausschüssen Herr Albers, als Vertreter Herr Winkelheide. Ich lasse abstimmen. (*Kather:* Zur Geschäftsordnung! Es gibt eine Gruppe, die als letzte drankommt!) Ich hoffe, daß das nicht der Fall ist. Darf ich fragen, ob Sie damit einverstanden sind, daß der Parteivorstand Herrn Albers als ordentliches Mitglied und Herrn Winkelheide als Stellvertreter vorschlägt? – Kein Widerspruch. Ich stelle das fest!

Von den Bauern sind vorgeschlagen Herr Bauknecht und als Stellvertreter Herr Wehking. Bestehen Bedenken? – Das ist nicht der Fall.

Von den Heimatvertriebenen sind vorgeschlagen Herr Wackerzapp und als Stellvertreter Frau Röskau. Bestehen Bedenken? – Das ist nicht der Fall.

Von der Exil-CDU wird Herr Gradl benannt, ohne Stellvertreter. – Keine Bedenken!

Von den Frauen sind Frau Dr. Weber sowie Frau Heiler als ordentliche Mitglieder vorgeschlagen, Frau Pitz und Frau Praetorius als Stellvertreter. Ist es Ihre Meinung, daß unter den zehn Mitgliedern zwei Frauen und zwei Stellvertreter sein sollen?

Tillmanns: Ich schlage vor zu sagen, eine Frau als ordentliches Mitglied und eine Stellvertreterin.

Gröwel: Es müssen zwei Frauen sein!

Gurk: Kann es keine Frau aus dem südwestdeutschen Raum sein? Lassen Sie den Namen offen.

Ehlers: Es ist praktisch unmöglich, mit zwei Frauen sämtliche Gebiete zu berücksichtigen. Norddeutschland ist überhaupt nicht vertreten.

Kiesinger: Herr Gurk, denken Sie daran, daß der Bundesparteivorstand das oberste Gremium ist und daß die Frauen von hoher politischer Qualität sein müssen.

Gurk: Die haben wir!

Simpfendörfer: Wie können Sie so etwas sagen!

Gurk: Ich hätte Namen genug!

Ehlers: Darf ich vorschlagen, damit wir weiterkommen, zunächst einmal die Wahl einer Frau vorzunehmen. Wir können nachher darauf zurückkommen. Es sind vorgeschlagen Frau Dr. Weber und als Stellvertreterin Frau Heiler. – Ist das Ihre Meinung?

Gröwel: Wir haben einen bestimmten Auftrag vom Vorstand des Frauenausschusses und sind daran gehalten.

Ehlers: Wir müssen es dem Vorstand überlassen. Ich schlage vor, zunächst eine Dame zu wählen. Wir kommen nachher darauf zurück.

Bach: Ich halte es für unmöglich, daß wir nur eine Frau im Vorstand haben. Zwei Frauen sind unbedingt notwendig. Wir sind als Männer überwiegend. *(Heiterkeit.)*

Heck: Frau Dr. Weber hat mir schriftlich mitgeteilt, daß der Frauenausschuß folgende Mitglieder vorschlägt:

Frau Dr. Weber, Stellvertreterin Frau Pitz,

Frau Heiler, Stellvertreterin Frau Praetorius.

Falls es nicht möglich ist, zwei ordentliche Mitglieder in den Vorstand zu wählen, schlägt der Frauenausschuß vor, Frau Dr. Weber und Frau Heiler.

Heiler: Ich bin seit zwei Jahren stellvertretendes Mitglied. Es ist mir einmal ausdrücklich mitgeteilt worden, daß die Stellvertreter nur zu erscheinen haben, wenn das ordentliche Mitglied nicht anwesend sein kann. Infolgedessen hat die Vertreterin nur eine sehr eingeschränkte Mitwirkung.

Ehlers: Sind wir der Meinung, daß wir den Vorschlag auf zwei Frauen und zwei Stellvertreterinnen ausdehnen sollen? Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Die meisten enthalten sich! Männerfurcht vor Frauenthronen! *(Lebhafte Heiterkeit.)*

Tillmanns: Wir kommen nachher in die Unmöglichkeit, diesen Vorschlag durchzuführen.

Ehlers: Ich klammere die Frage der zwei Frauen aus. Sie ist noch nicht entschieden. Wir müssen weitermachen!

Die Junge Union ist durch Majonica vertreten. Als Vertreter wird Herr Benda vorgeschlagen. Sind Sie der Meinung, daß dieser Vorschlag akzeptiert werden soll? – Ich stelle das fest. Das war Nr. 7.

Tillmanns: Ich glaube, es würde uns schlecht anstehen, wenn ausgerechnet auf dem Parteitag in Hamburg kein Vertreter von Hamburg gewählt würde.

Ehlers: Sind Sie der Meinung, daß Herr Samsche wiedergewählt wird? – Es ist niemand dagegen.

Es stehen noch offen die Herren Dr. Schreiber, Dr. Strickrodt, Dr. Zimmer und Dr. Hilpert. Dafür stehen insgesamt zwei Plätze offen, wenn man zwei Frauen unterstellt.

Altmeier: Herr Hilpert war als Landesverbandsvorsitzender Mitglied des Vorstandes.

Ehlers: Es ist Herr Jansen vorgeschlagen. Ich darf die anderen Herren einmal fragen. Herr Dr. Strickrodt?

Strickrodt: Ich würde natürlich zurückgetreten sein, aber da ich Vizepräsident der NEI bin, wäre es gut, das Amt beizubehalten.

Ehlers: Sind Sie dafür, daß Herr Strickrodt weiter im Vorstand bleibt. – Niemand ist dagegen.

Gurk: Ich darf als Vertreter Herrn Heurich vorschlagen.

Ehlers: Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Damit ist Nordbaden auch vertreten. Jetzt haben wir noch einen Platz zu besetzen.

Bach: Wir kommen an Dr. Zimmer und Dr. Schreiber nicht vorbei.

Tillmanns: Ich würde mich freuen, wenn Dr. Schreiber als ordentliches Mitglied in den Vorstand käme. Wenn wir daran festhalten, unsere CDU-Ministerpräsidenten einzuladen, zählt Herr Dr. Schreiber in seiner Eigenschaft als CDU-Bürgermeister dazu, allerdings ohne Stimmrecht.

Kiesinger: Ich freue mich, daß Herr Tillmanns einen Weg zeigt. Ich persönlich lege ohnehin Wert darauf, daß Herr Zimmer, der die ganzen Jahre hindurch mitgearbeitet hat, weiter dabei ist.

Ehlers: Das würde heißen, daß wir Herrn Schreiber nicht vorschlagen, sondern unterstellen, daß er als Berliner Bürgermeister an den Sitzungen des Vorstandes teilnimmt. Herr Zimmer wird dann als Mitglied des Vorstandes vorgeschlagen.

Simpfendörfer: Es besteht ein großes Mißverhältnis zwischen der Zahl der hessischen und süddeutschen Vorstandsmitglieder.

Ehlers: Zunächst ist die Frage zu entscheiden, wer steht noch zur Debatte. Oder wollen Sie zwei Frauen hineinwählen. Dr. Zimmer ist klar! (*Zurufe:* Ja.) Damit sind wir bei zehn angekommen, wenn wir zwei Frauen unterstellen.

Tillmanns: Es ist von der Wirtschaft Herr Hellwig genannt worden. Wir haben einen ausgezeichneten Mann der Wirtschaft in Herrn Strickrodt. Außerdem ist Herr Fricke aus Niedersachsen vorgeschlagen worden. (*Zuruf:* Er ist Landesverbandsvorsitzender.)

Ehlers: Es ist die Frage, ob Herr Hellwig als Vertreter für Strickrodt gewählt werden soll. (*Zuruf:* Man kann Heurich als Vertreter von Zimmer nehmen.)

Tillmanns: Bisheriger Stellvertreter von Zimmer war Süsterhenn.

Ehlers: Ich darf zu Niedersachsen etwas sagen. Abgesehen von meiner Person sind die drei niedersächsischen Landesverbände überhaupt nicht im Vorstand vertreten, so daß die Forderung: ein Hauptmitglied und ein stellvertretendes Mitglied aus Rheinland-Pfalz – vielleicht etwas über die anderen Landesverbände hinausgeht.

Zimmer: Es fällt mir schwer, etwas zu sagen. Wenn es nach meinem Willen gegangen wäre, hätte ich gern verzichtet. Mein Land hat erklärt, ich dürfe von mir aus nicht verzichten. Nachdem Sie sich nun so entschieden haben, kann ich meinerseits nicht erklären, daß wir auf Herrn Süsterhenn verzichten.

Ehlers: Wie wollen wir es machen, Herr Simpfendörfer?

Simpfendörfer: Herr Zimmer sollte ausscheiden! (*Zurufe:* Nein!)

Ehlers: Herr Zimmer ist doch von uns vorgeschlagen. Nun sind noch vorgeschlagen die Frauen Dr. Weber und Heiler und als Stellvertreterinnen Pitz und Praetorius. Sind Sie damit einverstanden?

Tillmanns: Wir können neben Frau Praetorius als Stellvertreterin Frau Brökelschen[23] nehmen.

Ehlers: Wer ist Frau Pitz? (*Zuruf:* Aus Hessen!) Schon wieder Hessen!

Tillmanns: Wir müssen jemand aus dem niedersächsischen Raum haben.

Ehlers: Darf ich vorschlagen, daß wir den Frauenausschuß bitten, sich die Sache zu überlegen. Ich muß sagen, für den ganzen norddeutschen Raum Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein usw. ist bisher kein Vertreter dabei. (*Zuruf:* Samsche!) Ja, Hamburg. Wäre es nicht zweckmäßig, unter den stellvertretenden Mitgliedern jemand aus dem norddeutschen Raum zu nehmen?

Tillmanns: Ich schlage Herrn von Hassel vor.

Ehlers: Wir müssen endlich zu einem Ergebnis kommen. Sind Sie einverstanden, daß Herr Hellwig als Stellvertreter von Herrn Samsche benannt wird? – Ich stelle das fest. Dann sind wir vollständig. Wir müssen zum Schluß kommen. Ich danke Ihnen.

23

Bonn, 22. Mai 1953

Sprecher: Adenauer (zeitweise abwesend), Albers, Arnold, Bach, Cillien, Dichtel, Dobelmann, Globke, Gradl, von Hassel, Heck, Johnen, Kaiser, Kather, Kiesinger, Lehr, Lensing, Lenz, Majonica, Müller, Scharnberg, Schröder, Strickrodt, Süsterhenn, Tillmanns, Frau Weber, Wehking, Wiedemeier, Wuermeling, Zimmer sowie von Lojewski.
Bericht zur innen- und außenpolitischen Lage. Wahlrechtsfragen: Wahlrecht, Kandidatenaufstellung, Listenverbindungen, Wahlpropaganda.

Beginn: 11.00 Uhr *Ende: 18.00 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich muß um Entschuldigung bitten, daß ich Sie noch vor Pfingsten hierher gebeten habe; ich glaube aber, die Situation rechtfertigt es. Mir wurde von Sachverständigen gesagt, sie würden lieber vor als nach

23 Vgl. Nr. 18 Anm. 86.

Pfingsten kommen. Außerdem haben verschiedene Herren darum gebeten, heute nachmittag wieder wegzufahren. Ich denke, wir werden höchstens bis zum späten Nachmittag tagen. Wir wollen also unsere Verhandlungen so knapp wie möglich halten. Es ist vorgesehen, um 1 Uhr eine Pause einzulegen. Ich bitte Sie, mich während der Pause von vielleicht einer Stunde zu entschuldigen, weil ich eine anderweitige Verpflichtung hier im Hause habe und im kleinen Kreise ein Mittagessen gebe.[1]

Entschuldigt haben sich die Herren Ehlers, Lemmer, Endres[2] und Fay. Die Tagesordnung ist absichtlich summarisch gefaßt: Politische Lage, Wahlrechtsfragen und Verschiedenes.

Bericht zur Lage

Ich darf mit einem Überblick über die politische Lage beginnen; zunächst außenpolitisch. Das europäische Einigungswerk geht gut voran. Auf der Pariser Konferenz sind wir ein ganzes Stück weitergekommen.[3] Am 12. Juni tritt in Rom unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten de Gasperi eine Konferenz zusammen, die die Arbeit, die von der Kommission unter dem Vorsitz von Herrn von Brentano und von der Ad-hoc-Versammlung dem Ministerrat vorgelegt worden ist, prüft, evtl. auch ergänzt oder einschränkt.[4]

Voraussichtlich findet am 10. Juli im Haag eine Außenministerkonferenz statt[5], die, wenn es gut geht, schon etwas fertigbringt. Da wir alle miteinander die Dinge auch unter parteipolitischen Gesichtspunkten und im Hinblick auf die Wahl betrachten müssen, wäre es sehr gut, wenn wir beim Eintritt in die Wahlaktion aufgrund der Verhandlungen im Haag am 10. Juli schon etwas vorlegen könnten. Die Sozialdemokraten sind natürlich dagegen, weil sie gegen alles Europäische sind, solange Europa nicht unter sozialistischer Führung steht.

---

1 Für den amerikanischen Journalisten Drew Middleton (geb. 1914), der nach dreijähriger Berichterstattung in Deutschland für die „New York Times" nach London ging (Lenz-Tagebuch).

2 Egon Endres (geb. 1902), Mitgründer der CDU in Berlin (1. Kreisvorsitzender in Zehlendorf), 1955–1967 MdA Berlin (1957–1963 Fraktionsvorsitzender), 1960 Verwaltungsratsvorsitzender des SFB.

3 Am 12. und 13. Mai 1953 hatten die sechs Außenminister der EGKS in Paris über eine politische und wirtschaftliche Gemeinschaft konferiert (vgl. AdG 1953 S. 3990; Bulletin Nr. 91 vom 16. Mai 1953 S. 773).

4 Dazu Schmidt 2 S. 508f. – Die sechs Außenminister tagten erneut in Paris am 23. Juni 1953; der ursprünglich vorgesehene Termin war wegen der französischen Regierungskrise (Sturz des Ministerpräsidenten Mayer am 18. Mai) nicht eingehalten worden (vgl. AdG 1953 S. 4048).

5 Der Termin wurde verschoben (vgl. Anm. 4); die Tagung fand am 8. August 1953 in Baden-Baden statt (vgl. AdG 1953 S. 4108).

Die Saarverhandlungen stehen sehr unbefriedigend.[6] Ich habe gestern schon den Auftrag gegeben – ich bitte Sie aber, das vertraulich zu behandeln –, einen offiziellen Schritt nicht nur in Paris, sondern auch in London und Washington zu tun. Obgleich die Regierung in Paris gestürzt ist, halte ich das doch für notwendig, weil nämlich nach „United Press" Bidault bei der Unterzeichnung der neuen Konventionen in einer Rede Ausdrücke gebraucht hat, die wir uns unter keinen Umständen gefallen lassen können.[7] Wir müssen aber bei der ganzen Sache doch mit einer gewissen Vorsicht zu Werke gehen, weil Bidault Aussichten hat, Ministerpräsident zu werden, und er neuerdings durch Vermittlung des Herrn von Brentano und des Herrn Teitgen[8] in eine persönliche Beziehung zu mir getreten ist; und man hat ja schließlich auf der Welt nicht nur die Saarfrage zu erledigen, sondern es sind auch noch andere Fragen dabei zu berücksichtigen.

Zu Churchills Rede möchte ich folgendes sagen[9]: Die wichtigsten Punkte der Churchill-Rede waren zwei: einmal sein Vorschlag – ohne daß vorher eine Tagesordnung festgelegt werden solle –, in Verhandlungen mit Rußland einzutreten, und zum anderen der Satz von Ost-Locarno. Ich habe mit Churchill, während ich in London war, sehr lange Gespräche geführt, und zwar bei drei Gelegenheiten – auch unter vier Augen, nur Kirkpatrick war dabei als Dolmetscher.[10] Ich glaube, man sollte diesen Ausführungen Churchills keine zu große Bedeutung beilegen. Churchill ist ein sehr emotionaler Mann und, wie Sie alle wissen, ein künstlerisch sehr begabter Mann. Er leidet unter seinem Gehörleiden. Dieses Gehörleiden bringt es mit sich, daß er manchmal doch nicht alles mitbekommt in einer Verhandlung, namentlich dann, wenn er – ungeduldig wie er ist – sein Maschinchen wegtut.

Es kommt hinzu, daß Eden sich infolge seiner Krankheit ganz der parlamentari-

---

6 Die französisch-saarländischen Verhandlungen seit dem 9. Februar waren am 16. Mai 1953 mit der Paraphierung neuer Konventionen abgeschlossen worden. Die Saar sollte ein Maximum an Autonomie erhalten, ohne jedoch die französisch-saarländische Wirtschaftsunion zu beeinträchtigen (vgl. AdG 1953 S. 3995f.; vgl. auch SCHMIDT 2 S. 704-723). Die Gespräche Adenauers mit Mayer und Bidault während der Außenministerkonferenz (vgl. Anm. 3) waren ohne Ergebnis geblieben (vgl. AdG 1953 S. 3995; SCHMIDT 2 S. 511).

7 Text der Rede in SVZ vom 21. Mai 1953.

8 Pierre-Henri Teitgen (geb. 1908), französischer Politiker; 1945–1956 Abgeordneter der Nationalversammlung (MRP), 1952–1956 Vorsitzender des MRP, 1944–1945 und 1949–1950 Minister für Information, 1945–1946 für Justiz, 1947–1948 für Streitkräfte, 1955–1956 für Überseeische Gebiete und stv. Ministerpräsident. Teitgen war nach seiner Wahl am 11. September 1952 am 12. Mai 1953 in seinem Amt als Vizepräsident der Montanunion bestätigt worden.

9 Winston Leonard Spencer Churchill (1874–1965), britischer Staatsmann; 1940–1945 und 1951–1955 Premierminister. Churchill hatte am 11. Mai 1953 vor dem Unterhaus eine Viermächtekonferenz angeregt, um eine Ost-West-Verständigung herbeizuführen. Wortlaut in EUROPA-ARCHIV 8 (1953) S. 5738–5744; vgl. auch AdG 1953 S. 3992f.

10 Adenauer war am 14./15. Mai 1953 in London (vgl. AdG 1953 S. 3995; ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 205–208; ADENAUER: Teegespräche S. 464–467).

schen Geschäfte enthalten muß.[11] Es ist zweifelhaft, ob er überhaupt jemals wieder in das Foreign Office zurückkehrt. Das hat nun Churchill übernommen. Churchill ist der letzte der drei führenden Leute auf der anderen Seite aus dem großen Kriege, und er will nun etwas tun, um auch zum Frieden beizutragen. Es spielt dabei auch eine Rolle das in Großbritannien allgemein verbreitete Gefühl des Unmutes darüber, daß die Führung in der Welt Amerika übernommen hat und daß Großbritannien doch mehr im Schlepptau von Amerika Weltgeschichte macht.

Das sind die Gefühle, aus denen er heraus seine Rede gemacht hat. Er hat die Rede gemacht, ohne sich mit dem Foreign Office vorher besprochen zu haben. Gerade die Herren vom Foreign Office waren über diese Rede nicht glücklich. Was Ost-Locarno angeht, so kam es ihm lediglich darauf an zu sagen, daß man nach seiner Auffassung – ähnlich wie damals durch den Pakt von Locarno[12] eine allgemeine Entspannung nach dem Westen hin eingetreten sei – versuchen müsse, durch irgendein Abkommen mit Sowjetrußland eine allgemeine Entspannung nach dem Osten hin zu erreichen. Irgendwelche bestimmte Ideen hat er nicht gehabt.

Ich bin fest davon überzeugt, daß er auch von dem Inhalt des West-Locarno-Vertrages nur eine ganz allgemeine Vorstellung gehabt hat. Ich möchte aber noch eins hinzufügen. Wenn er mit dem Foreign Office seine Rede vorher besprochen hätte, dann würde er mit seiner Rede Frankreich nicht so vor den Kopf gestoßen haben, wie er das getan hat. Ich war eingeladen bei Ministerpräsident Mayer an dem Abend, als seine Rede bruchstückweise dort eintraf. Wir waren gerade vom Tisch aufgestanden, und es wurde nun über diese Rede gesprochen. Man war mehr als verblüfft auf französischer Seite; denn man wußte vor der Rede nichts davon, daß Frankreich nicht zu den Großen Drei gehören sollte.[13]

Es wird nun so kommen, wie das bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten immer kommt: Sie werden sich wieder verständigen und zu einer gleichen Linie kommen. Wir Deutschen sollten uns, wenn irgendwo mal so etwas wieder aufkommt, sorgfältig davor hüten, den Finger dazu zu erheben. Da wird nur unser Finger gequetscht. Ich habe das an verschiedenen Stellen in der letzten Zeit gesagt und möchte es auch hier wiederholen. Wir Deutschen sollten uns darüber klar sein, daß wir in der Weltgeschichte z.Z. wirklich noch nicht viel zu bedeuten haben.

---

11 Eden konnte seine Amtsgeschäfte erst wieder am 5. Oktober 1953 aufnehmen (vgl. AdG 1953 S. 4188).

12 Der Vertrag von Locarno wurde am 16. Oktober 1925 paraphiert. U.a. erfolgte eine Garantie der im Versailler Vertrag festgelegten deutschen Westgrenze (Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen), während Außenminister Stresemann eine von Frankreich angestrebte entsprechende Garantie für die deutschen Ostgebiete („Ostlocarno") verhindern konnte (vgl. Jon JACOBSEN: Locarno diplomacy. Germany and the West 1925–1929. Princeton 1972; Peter KRÜGER: Die Außenpolitik der Republik von Weimar. Darmstadt 1985 S. 269–334).

13 Zur französischen Reaktion vgl. AdG 1953 S. 3994.

Wenn man die Macht Amerikas sieht und auch, welche weitreichenden großen Verbindungen Großbritannien in der Welt noch hat auf allen Gebieten, dann sind wir Deutschen wirklich nicht von derselben Klasse. Wenn sich nun Meinungsverschiedenheiten ergeben haben, sollte man – und das habe ich immer und überall versucht – unsererseits möglichst mit dazu beitragen, daß kein Krach entsteht; denn ein Krach zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten oder auch nur das Zutagetreten von ausgesprochenen Spannungen zwischen diesen beiden Ländern ist das, worauf der Russe wartet.

Die Aufnahme, die wir in London, insbesondere bei Churchill, gefunden haben, war geradezu herzlich. Der Ausdruck freundschaftlich genügt schon nicht mehr. Es war wirklich eine große Herzlichkeit; übrigens genauso wie damals in Washington. (*Kaiser:* Könnten Sie uns nicht etwas über Ihre Amerikareise sagen, Herr Bundeskanzler?) Herr Kaiser sagt mir, ich möchte ein paar Worte über meine Amerikareise sagen.[14] Ja, diese Amerikareise liegt schon so weit zurück, daß es mir nicht in den Sinn gekommen ist, noch darüber zu sprechen. Ich will das aber gerne einschieben.

Die Aufnahme bei Churchill, bei den Herren des Kabinetts und auch bei den sonstigen führenden Leuten dort war ganz ausgezeichnet. Es kam Churchill in den Unterredungen immer wieder darauf an, zu erklären, daß Großbritannien zu dem, was es uns in den Verträgen zu der gemeinsamen Politik auf eine Wiedervereinigung Deutschlands gesagt hat, absolut stehe.

Es ist ein großes Manko der deutschen Sozialdemokratie – das ist also eine Fußnote für den Wahlkampf –, daß sie durch ihre ganze Taktik bisher das Zustandekommen der Verträge auf seiten Deutschlands verhindert hat. Dadurch hat sie uns, namentlich wenn es zu irgendwelchen Verhandlungen mit Sowjetrußland kommt, in eine sehr schwierige Position gebracht. Wir wären in einer ganz anderen Position, wenn Deutschland schon ratifiziert hätte. Wir würden dann verlangen können, und zwar mit Erfolg, daß wir in unmittelbarer Nähe der Verhandlungen unseren Standort haben müßten; das wird auch so verlangt werden, aber wir würden es dann mit viel größerer Aussicht auf Erfolg verlangen können. Dadurch haben die Sozialdemokraten das deutsche Interesse wirklich in erheblicher Weise geschädigt.

Ich möchte nun ein Wort zu Amerika sagen. Sie kennen meine Reiseroute ungefähr; sie ging von New York nach Washington, von Washington nach San Francisco, von San Francisco nach Chicago, von Chicago wieder nach New York, dann nach Boston und schließlich nach Ottawa in Kanada. Die Aufnahme in den Vereinigten Staaten für uns Deutsche war so überraschend gut, daß man sie sich gar nicht besser hätte vorstellen können. Auch die Aufnahme durch Präsident Eisenhower persönlich, mit dem ich dreimal zusammen war – zweimal bei Verhandlungen, wo wir zu sechst beisammen waren –, war wirklich so, daß mir nachher in Chicago und in New York Deutsch-Amerikaner, ältere Leute, mit Tränen in den

14 Adenauer war vom 6.–18. April 1953 in den USA (vgl. ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 564–589).

Augen sagten: Wir danken Ihnen dafür, daß Sie gekommen sind. Jetzt ist für uns Amerikaner deutscher Herkunft der letzte Schatten genommen, der noch aufgrund des letzten Krieges auf uns lag.

Ich will Sie nicht aufhalten mit langen Schilderungen, ich kann Ihnen nur sagen, daß die Aufnahme überall gut war, auch bei der Presse, insbesondere bei einer Pressekonferenz des Presseclubs in Washington, die einen sehr guten Erfolg hatte.[15] Da unsere Zeit kurz ist, möchte ich Ihnen nur eine kleine Schilderung von meinem Besuch auf dem Heldenfriedhof in Arlington geben.[16] Dieser Ehrenfriedhof der Amerikaner in der Nähe von Washington ist wunderschön gelegen. Dort ist auch das Monument mit den Gebeinen des Unbekannten Soldaten. In Arlington wurde ich – eine ganz ungewöhnliche Ehrung für den Leiter einer Regierung – mit Salutschüssen empfangen. Dann wurde ich von einem amerikanischen General begrüßt. Es standen dort drei amerikanische Fähnriche, von denen der mittlere die deutsche Fahne trug. Der General und ich haben vor der deutschen Fahne salutiert. Dann gingen wir zu dem Sarkophag des Unbekannten Soldaten. Die deutsche Fahne wurde ständig hinter mir hergetragen.

Bei der Ehrenbezeugung vor den Gebeinen des Unbekannten Soldaten stand die deutsche Fahne wieder hinter dem General und mir. Dort waren Truppenkontingente aller vier Waffengattungen aufgestellt. Dann wurde die deutsche Nationalhymne gespielt und anschließend die amerikanische Nationalhymne – die deutsche Nationalhymne zum ersten Mal in Washington seit dem Kriege. Der Zug ging dann in derselben Weise zurück zum Ausgang. Wieder wurde die deutsche Fahne hinter mir hergetragen, und zum Abschied wurden wieder Salutschüsse abgefeuert.

Das Ganze war eine demonstrative Begrüßung für die Bundesrepublik Deutschland, die wirkungsvoller und besser nicht mehr zu denken ist. Daß wir versuchen, nach wie vor mit Washington sehr enge und gute Fühlung zu halten, versteht sich von selbst. Wir werden das in gleicher Weise auch mit England tun müssen. Wir werden weiter versuchen müssen, mit Frankreich zusammenzukommen. Die Bemühungen um Frankreich sind noch immer die schwierigsten. Das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinigten Staaten und zu England ist unvergleichlich besser als das zur Französischen Republik.

Ich darf jetzt zur Innenpolitik übergehen und ein Wort über die Vertragswerke sagen. Ich fühle mich wirklich innerlich verpflichtet, den Herren im Bundesrat herzlichst dafür zu danken, daß sie unter Zurückstellung mancher Bedenken dafür gesorgt haben, daß in der Zwischenzeit dieser Beschluß herausgekommen ist.[17] Sie können sich gar nicht vorstellen, was dieser Beschluß außenpolitisch für eine Bedeu-

15 EBD. S. 582–585.

16 EBD. S. 588f.

17 Verabschiedung der Verträge durch den Bundesrat am 15. Mai 1953. Dabei erklärte der Bundesrat die Hauptverträge für nicht zustimmungspflichtig, die Nebenverträge von untergeordneter Bedeutung hingegen für zustimmungspflichtig (vgl. BR Sten.Ber. 107. Sitzung S. 231–236; AdG 1953 S. 3991; zum Gesamtkomplex vgl. SCHWARZ 1 S. 178f.).

tung gehabt hat, namentlich in den Vereinigten Staaten. In den Vereinigten Staaten hatte man sich daran gewöhnt, die Rolle des Bundesrates etwa gleichzusetzen mit der Rolle des Senats. Daher hatte die erste Stellungnahme des Bundesrates[18] sehr schlecht drüben gewirkt. Sie hatte auch für mich persönlich sehr schlecht gewirkt, weil ich auf eine vertrauliche Zusage von Ministerpräsident Maier, die er mir vor der Abfahrt gemacht hatte, annahm, die Verträge würden angenommen. Ich hatte das auch Eisenhower gesagt.

Aber dieser Rückschlag ist wettgemacht durch die zweite Beschlußfassung des Bundesrates. Dulles hat aus Damaskus eine sehr herzliche Glückwunschdepesche geschickt.[19] Ihm ist offenbar auch ein Stein vom Herzen gefallen. Auch Großbritannien steht der europäischen Entwicklung durchaus sympathisch gegenüber, und bei dem dem Engländer angeborenen Wirklichkeitssinn wird diese Annäherung noch stark bemerkbar werden, sobald wir Europa geschaffen haben.

Was die Aussichten in Frankreich angehen, so bin ich davon überrzeugt, daß die Franzosen annehmen werden, und zwar aus zwei Gründen. Wenn die fünf anderen Beteiligten den Vertrag über die EVG ratifiziert haben, wird Frankreich diese Isolierung nicht ertragen können. Es wird dann ein solcher Druck auf Frankreich ausgeübt werden, daß es unbedingt nachgeben wird. Der zweite Grund, weshalb ich trotz aller inneren Wirren in Frankreich positiv über den Ausgang der Verträge denke, ist folgender: Großbritannien ist den Wünschen der französischen Sozialisten so weit entgegengekommen, daß sie eine Aussprache mit Guy Mollet[20] gehabt haben, wonach sie zustimmen werden; abgesehen von einem gewissen Prozentsatz von vielleicht 25 % der Sozialisten, die sich um Jules Moch aus Deutschenhaß scharen und bei ihrer negativen Haltung bleiben werden.

Nun kommt noch das Bundesverfassungsgericht! Das Bundesverfassungsgericht, das wir in dieser Ordnung geschaffen haben – *(Heiterkeit.)* Sie werden das gleich, wenn wir über das Wahlrecht sprechen, noch hören –, ist tatsächlich der Diktator Deutschlands. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet nach seinem Gutdünken. Es gibt keine Macht in Deutschland, die es irgendwie rektifizieren kann, und es kann auch Materien, die sonst nur durch Gesetze geregelt werden können, im Falle der Not selbst regeln, so daß wir bei unserem Gespräch über das Wahlrecht – ich nehme das schon vorweg – mit in Rechnung ziehen müssen, daß unter Umständen das Bundesverfassungsgericht selbst ein Wahlgesetz festlegen wird, nach dem wir zu wählen haben. Ja, meine Damen und Herren, Sie sehen mich erstaunt an, aber ich

18 Maier hatte durch geschicktes Taktieren vermieden, daß der Bundesrat eine Stellungnahme zu den Verträgen abgab. Vgl. dazu BULLETIN Nr. 78 vom 25. April 1953 S. 668; AdG 1953 S. 3964; MAIER S. 483.

19 Dulles hatte am 10. Mai 1953 eine zwanzigtägige Reise durch zwölf Länder des Nahen Ostens und Südasiens angetreten (vgl. AdG 1953 S. 3986, 4013, 4018).

20 Guy Mollet (1905–1975), französischer Politiker; 1946–1969 Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, 1946–1947 und 1959 Staatsminister, 1954–1956 Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats, 1956–1957 Ministerpräsident.

kann nur nochmals betonen: Der Bundestag hat in weitem Umfang zugunsten des Bundesverfassungsgerichts abgedankt! (*Mehrere Zurufe:* Das ist absolut richtig!) Wir können jetzt nichts daran ändern; Sie müssen die Dinge nehmen, wie sie sind. Sie sind aber schmerzlich!

Nun komme ich zu einigen Interna und möchte zunächst namentlich an unsere Freunde aus Baden-Württemberg eine sehr herzliche Bitte richten, und zwar die, sich während der nächsten Monate sehr vornehm und zurückhaltend zu verhalten. Ich muß sagen, Herr Maier hat mir nicht immer imponiert, aber daß er die Geschichte „Renner" so herumgedreht hat, das hat mir imponiert.[21] *(Heiterkeit.)* Auf diese Weise hat er nun erreicht, daß in seinem Kabinett die Sozialdemokraten nur noch vier Sitze haben. Die anderen haben zusammen auch vier Sitze, wobei er den Ausschlag gibt. Ich muß sagen, das verrät ein großes Geschick. Ich sehe ganz davon ab, daß er – wie mir mitgeteilt worden ist – jetzt Journalisten Wein kredenzt hat. Wie hieß er doch, Herr Globke?[22] (*Globke:* Grumbacher Vorlesen 1953!) Ja, Grumbacher Vorlese 1953. (*Müller:* Grumbacher Schwarzer Peter!) Das interessiert mich weniger, aber mich interessiert die „Vorlese 1953".

Ich habe wirklich gute Nachrichten darüber, daß nach der Bundestagswahl eine Umbildung der Regierung in Baden-Württemberg kommen wird. (*Dichtel:* Wenn die Verfassung fertig ist!) Nein, Herr Dichtel, darauf komme ich jetzt zu sprechen. Ich würde Ihnen empfehlen, ohne Herrn Maier anzugreifen – Sie wissen, er ist sehr empfindlich –, dort alles zu tun, was Sie können, damit die Verfassung noch nicht fertig wird. Das kann man tun, wenn man sich entsprechend verhält, mit Anträgen, wenn man Reden hält usw. usw. Ich meine, die Politik für Baden-Württemberg müßte sein, dafür zu sorgen, daß vor den Bundestagswahlen die Verfassung nicht verabschiedet wird, um dann zu sehen, wie sich die Situation nach den Wahlen gestaltet. (*Müller:* Dem Maier kann man nicht mehr glauben! *Dichtel:* Gar nichts! – *Unruhe.*) Sie brauchen ihm auch nicht übermäßig viel zu glauben! (*Dichtel:* Wir glauben ihm gar nichts!) Aber Sie müssen den Tatsachen glauben, und die Tatsache ist doch da, daß jetzt zwischen der SPD und Herrn Maier ein schwerer Gegensatz entstanden ist. (*Dichtel:* Die bleiben in der Regierung!) Sicher bleiben die in der Regierung. Ich habe nie daran gezweifelt, daß sie in der Regierung bleiben. Aber das eine ist doch auch sicher, daß er gegen die Sozialdemokratie im Bundesrat

21 Nach der Abstimmung des Bundesrats (vgl. Anm. 17) war der baden-württembergische Justizminister Viktor Renner (SPD) aus Protest gegen das Verhalten Reinhold Maiers zurückgetreten. Danach führte ein SPD-Staatssekretär ohne Stimmrecht im Kabinett das Justizressort. Im Kabinett ergab sich nun ein Stimmenverhältnis von 3 FDP, 1 BHE und 4 (bisher 5) SPD, so daß bei Stimmengleichheit Ministerpräsident Maier den Ausschlag gab.

22 Dr. Hans Globke (1898–1973), 1932–1945 Ministerialrat im Reichsinnenministerium, 1949–1963 Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt (1953 Staatssekretär). Vgl. Klaus Gotto (Hrsg.): Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes. Stuttgart 1980.

gestimmt hat. Auch das andere ist sicher, daß er in sehr geschickter Weise ihnen einen Minister abgeknöpft hat. Dagegen kommen Sie doch nicht an. Es ist weiter sicher, daß Ollenhauer acht Stunden lang in Stuttgart vergeblich versucht hat, seine Leute zum Austritt zu bewegen, und daß diese also gegen den Stachel gelöckt haben.[23] (*Dichtel:* Das war das einzige Positive!) Ja, Herr Dichtel, Sie müssen die Dinge sehr kaltblütig jetzt betrachten. Ich glaube wirklich, die richtige Politik für unsere Partei in Baden-Württemberg ist die, den Versuch zu machen, das Zustandekommen der Verfassung vor der Bundestagswahl zu verhindern. Wenn die Bundestagswahl so verläuft, wie wir das erwarten können, wird das todsicher seine Rückwirkungen auch auf die Verhältnisse in Baden-Württemberg ausüben, so daß Sie auf diese Weise doch wohl die Möglichkeit haben werden, noch bei der Verfassung irgendwie mitzuwirken.

Ich möchte ein Wort zu Niedersachsen sagen. Niedersachsen ist ein Land, das, ähnlich wie Baden-Württemberg, sehr viele Probleme in sich birgt. Wenn die Zeit dazu reicht, wird uns Herr Cillien einiges darüber sagen. Ich möchte die Situation so zusammenfassen: Es brennen und schwelen kleine Feuer dort, die man nicht löschen sollte, sondern man sollte sie etwas am Brennen und Kochen halten im Hinblick auf eine künftige Entwicklung.[24]

Nun möchte ich Ihnen noch sagen, wie es im Bundestag aussieht. Im Bundestag liegen noch weit über 100 Gesetzentwürfe. Der Bundestag hat noch 14 Arbeitstage zur Verfügung. Ich habe Herrn Ollenhauer vorgestern beim Empfang des österreichischen Gesandten[25] gefragt, ob er glaube, daß der Bundestag im Durchschnitt an den 14 Arbeitstagen acht Stunden tagen werde – wir rechnen nämlich jetzt schon nach Stunden dort. Darauf hat Herr Ollenhauer erklärt, daran sei gar nicht zu denken. Er hat dann gefragt, ob es nicht möglich sei, uns untereinander zu verständigen, den Stoff zu beschränken und auch die Reden nicht zu lang werden zu lassen, damit die letzten Sitzungen des Bundestages in einer würdigen Weise vor sich gehen

23 Am 18. Mai 1953 hatten der Landesverband der SPD und die Landtagsfraktion in Anwesenheit Ollenhauers über ein Ausscheiden aller SPD-Minister beraten, wozu Ollenhauer geraten hatte (vgl. FAZ vom 20. Mai 1953).

24 Die Regierung Kopf stützte sich nach der Landtagswahl vom 6. Mai 1951 auf eine Koalition von SPD, Deutsche Zentrumspartei und BHE. Mit dem Ausscheiden der SRP aus dem Landtag veränderten sich die Mehrheitsverhältnisse, gleichzeitig wuchsen die Spannungen zwischen SPD und BHE (vornehmlich wegen Personalentscheidungen), so daß es im Herbst 1952 zu einer mehrwöchigen Koalitionskrise kam. Nach deren Beilegung Anfang Oktober 1952 entstanden immer wieder neue Konflikte: Ende 1953 schied Justizminister Krapp (Zentrum) aus der Regierung wegen Kontroversen in der Schulfrage, Anfang Februar 1954 schließlich das Zentrum aus der Koalition ganz aus (vgl. „Kölnische Rundschau" vom 12. Oktober 1953; „Welt" vom 11. Februar 1954; zum Versuch eines Regierungssturzes im Frühjahr 1953 vgl. auch LANGE S. 539f.).

25 Am 19./20. Mai 1953 statteten der österreichische Außenminister Karl Gruber und der Staatssekretär für Äußeres Bruno Kreisky der Bundesrepublik einen offiziellen Besuch ab (vgl. AdG 1953 S. 4003f.; BULLETIN Nr. 91 vom 16. Mai S. 775, Nr. 93 vom 20. Mai S. 796, Nr. 94 vom 21. Mai S. 797).

könnten. Ein solcher Versuch muß natürlich gemacht werden, wobei wir unsererseits – jetzt spreche ich über Regierung und Koalition – dafür sorgen müssen, daß die entscheidenden Dinge, die uns am Herzen liegen, auch erledigt werden, damit die Sozialdemokratie nicht in der Wahlpropaganda behaupten kann: Seht, alle diese Dinge hat die Regierungskoalition unfertig liegengelassen!

Eines der wesentlichsten Gesetze, die noch verabschiedet werden müssen, ist das Wahlgesetz. Wir sollten uns nicht zumuten, darüber zu diskutieren heute, wie ein Wahlgesetz theoretisch am besten zu gestalten ist. Mit dieser Arbeit sind der Bundestag und die Bundesregierung schon seit über sechs Monaten beschäftigt, (*Zuruf:* Seit über zwei Jahren!) ohne daß sehr viel Körner bisher dabei hätten in die Mühle getragen werden können. *(Heiterkeit.)*

Wie sich die Situation auf dem Gebiet des Wahlgesetzes entwickeln wird, das läßt sich noch gar nicht überschauen. Aber der engere Parteivorstand müßte heute in der Lage sein, bindende Verpflichtungen bezüglich Listenverbindung usw. einzugehen. Es schweben Verhandlungen mit den Koalitionsparteien, mit der FDP und der DP, und es schweben Verhandlungen – über die wir heute sprechen müssen – mit dem Zentrum, ferner zwischen der CSU und der Bayernpartei, so daß es unter Umständen, je nachdem, wie das Wahlrecht zustande kommt, möglich erscheint, daß allgemeine Listenverbindungen stattfinden unter allen diesen Parteien. Das würde unter allen Umständen die Folge haben, daß wir einen überwältigenden Sieg über die Sozialdemokratie davontragen würden.

Ich darf vielleicht gleich auf diesen Punkt zurückkommen und möchte zunächst ein Wort zur Kandidatenfrage sagen. Die Kandidatenfrage macht insbesondere der Leitung der Fraktion, aber auch der Bundesregierung sehr große Sorgen. Hierbei spielt die Frage eine Rolle, daß gewisse Kreise – ich nenne in erster Linie Wirtschaftsführer, Arbeitnehmer usw. – stärker als bisher vertreten sein müssen. Auch die Frage der jungen Leute spielt eine Rolle. Es ist sehr schwer, hier direkte Einwirkungen auszuüben; aber wir müssen uns über diese Frage einmal unterhalten.

Ich möchte, ohne an jemand zu denken, folgendes hier sagen: Bei der ersten Wahl zum Bundestag vor fast vier Jahren sind in den einzelnen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt worden, ohne daß sich eine allgemeine Übersicht über das Bild der Gesamtfraktion ergeben hätte. Vielleicht werden die Herren Johnen und Schröder einiges dazu sagen. In der Fraktion sind wir in gewissen Gebieten zu schwach vertreten. Es muß da unbedingt eine Aufbesserung stattfinden. Wenn wir damit rechnen können, daß die nächste Fraktion noch stärker wird als die gegenwärtige, dann ergibt sich daraus, daß eine gewisse – nehmen Sie mir den Ausdruck nicht übel und mißdeuten Sie ihn nicht – Führerschicht in der Fraktion vorhanden sein muß.

Stellen Sie sich vor, wir würden eine Fraktion in Stärke von 180 Mitgliedern bekommen.[26] Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß eine solche Fraktion

26 Nach der Bundestagswahl 1949 umfaßte die CDU/CSU Fraktion 139 Abgeordnete, 1953 hingegen 243 (vgl. KAACK S. 196f., 216f.).

nur dann zu einer wirklich positiven Arbeit gebracht werden kann, wenn in ihr eine gewisse Auslese von Leuten vorhanden ist, die auf den verschiedensten Gebieten Bescheid wissen und die auch in der Lage und willens sind, die Arbeit, die das Parlament nun einmal mit sich bringt, wirklich auszuführen. Ich bin zwar der Auffassung, daß der nächste Bundestag nicht so viel Arbeit haben wird wie der gegenwärtige. Der gegenwärtige Bundestag fing auf einer Trümmerstätte an; es mußte alles neu gemacht werden. Dieser Bundestag – das muß ich in diesem Kreise sagen – hat in den wenigen Jahren Staunenswertes geleistet. Ob das immer sehr gut war, das ist eine Frage für sich; das ist Ansichtssache. Bei der entsetzlichen Hast, mit der gearbeitet werden mußte, wird manches Gesetz ganz sicher unausgereift gewesen sein.

Für meinen Geschmack haben der Bundestag und die Bundesregierung zu viel gearbeitet. Ich versuche immer, in meinem Kabinett zu bremsen, damit nicht zu viel Gesetzentwürfe ausgespuckt werden. Aber es ist mühsam dieses Bremsgeschäft! Denn man spuckt immer weiter, und der Strom nimmt nicht ab. Aber alles in allem genommen hat dieser Bundestag – das müssen wir auch bei der Wahlagitation sehr stark zum Ausdruck bringen – eine große und segensreiche Arbeit für das deutsche Volk geleistet.

Wir haben uns gestern mit der Frage „Propaganda und Beginn des Wahlkampfes" beschäftigt.[27] Ich möchte diesen Punkt hier nur anschneiden. Ich nehme an, daß aus dem Schoß unserer Versammlung dazu noch Ausführungen gemacht werden. Ich schlage Ihnen vor, jetzt mit der Kardinalfrage, d.h. mit dem Wahlgesetz und Wahlrecht, [zu] beginnen: Ob Sie sich dazu entschließen können, dem engeren Vorstand die Vollmacht zu geben, solche Listenverbindungen zu erklären, je nachdem, wie das Wahlrecht ausfällt.

Listenverbindungen bedeuten natürlich nicht formelle Verpflichtungen zu einer Koalitionsregierung; aber man soll sich kein X für ein U vormachen. Wenn die Wahlen sich so abgespielt haben, daß auf der einen Seite die Gruppe der Parteien steht, die Listenverbindungen eingegangen sind, und auf der anderen Seite die Sozialdemokratie – die ja keine Listenverbindung mit der KP hat, die aber von der KP unterstützt wird –, dann werden sich die Folgerungen bei der Regierungsbildung ganz von selbst ergeben.

Wenn Sie mir gestatten, möchte ich dazu ein Wort sagen, obgleich ich weiß, daß ich damit Widerspruch hervorrufe in diesem Kreis. Ich möchte jetzt nicht als Parteipolitiker sprechen, sondern als deutscher Politiker und als ein Mann, der doch immerhin diese Jahre hindurch an der Spitze der Bundesregierung gestanden und sich einen gewissen Überblick verschafft hat.

Für mich ist das Wesentlichste für die nächsten vier Jahre, daß in der Bundes-

27 An der Lagebesprechung im Bundeskanzleramt am 21. Mai 1953 nahmen teil: Bach, Blankenhorn, von Eckhardt, Globke, Heck, Kaiser, Kiesinger, Lenz, Rust, Tillmanns, Wuermeling (vgl. Terminkalender; Lenz-Tagebuch).

republik Deutschland der demokratische Gedanke nicht nur erhalten bleibt in der Stärke und in dem Umfang, in dem er jetzt besteht, sondern daß er auch noch größere Volksmassen ergreift als bisher. Ich bin der Auffassung, daß wir uns, was das innere politische Gefüge angeht, noch in einem labilen Zustand befinden. Es gibt nach meiner Meinung in Deutschland noch große Wählermassen, die dem, was vor sich geht, insbesondere in der parlamentarischen Demokratie, mit einer gewissen Zurückhaltung gegenüberstehen, die sich noch nicht zu der echten Überzeugung hin durchringen können.

Wenn eine sozialdemokratische Führung käme und erklären würde: Alles, was in den ersten vier Jahren gemacht worden ist – die Außenpolitik, die Verträge, die Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet usw. –, ist falsch gewesen, dann würde der demokratische Gedanke in der Bundesrepublik Deutschland einen sehr schweren Schlag erleiden; denn das kann die Bevölkerung einfach nicht verstehen, daß das, was vier Jahre lang gepriesen worden ist, nun in den folgenden vier Jahren als falsch erklärt wird. Daher würde ein Sieg der Sozialdemokratie bei der kommenden Bundestagswahl nach meiner Meinung ein schwerer Schlag auch für den Gedanken der Demokratie bei uns in der Bundesrepublik sein.[28]

Die Sozialdemokratie hat nach meiner Auffassung keine großen Aussichten, wenn überhaupt, die führende Partei zu werden. Sie hat eine miserable Politik gemacht. Die Sozialdemokratie ist durch die Krankheit des Herrn Dr. Schumacher in eine Sackgasse hineingeraten, auch durch die ganze Entwicklung in der Welt, aus der sie einstweilen nicht mehr herausfindet. Über Herrn Dr. Schumacher urteile ich, glaube ich, sehr objektiv, weil ich eine gute Erinnerung an ihn als Mensch habe. Er war nach meiner Überzeugung ein Mann von echtem Wollen und von Treue. Herr Dr. Schumacher war im Grunde genommen ein Nationalist. Er hat die ganze Sozialdemokratie in dieses nationalistische Fahrwasser hineingebracht. Er war dann in den letzten Jahren seines Lebens ein schwerkranker Mann – er war es schon vorher – und muß entsetzliche Schmerzen ausgestanden haben. Und er war ein sehr einsam gewordener Mensch. Er war, wie das ja Enttäuschungen, Einsamkeit und Schmerzen mit sich bringen, ein ungemein mißtrauischer Mensch.

So ist es gekommen, daß die deutsche Sozialdemokratie trotz seiner großen intellektuellen Gaben in eine ganz falsche Richtung geraten ist. Sie ist in der Zersplitterung; sie ist verschiedener Auffassung in den entscheidendsten Fragen. Es ist keiner in der Sozialdemokratie vorhanden, der den Mut hätte, zu sagen: Wir wollen aus dieser Sackgasse heraus!

Aber wir dürfen andererseits nicht die Stärke der Sozialdemokratie unterschätzen. Die Stärke der Sozialdemokratie beruht auf den Gewerkschaften. Dabei meine ich jetzt nicht in erster Linie den Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, sondern die einzelnen Industriegewerkschaften. Da liegt ihre Stärke und ihre Pro-

28 Zu diesen und ähnlichen Formulierungen über die SPD im Wahlkampf 1957 vgl. Konrad REPGEN: Finis Germaniae, in KONRAD ADENAUER 2 S. 294–315, hier S. 295f.

pagandamöglichkeit. Diese Möglichkeit der Propaganda für die Arbeitnehmer auf ihrem Wege zu und in der Arbeitsstätte steht ihr in viel stärkerem Maße offen, als sie unserer Partei offensteht, weil unsere Partei nur zu einem Teil aus Arbeitnehmern und zu einem großen Teil aus nicht-industriellen Arbeitnehmern besteht. Diese Arbeitnehmer können nicht so erfaßt werden wie die industriellen Arbeitnehmer auf ihrer Arbeitsstätte.

Ich habe über diese Frage mit dem Kollegen Arnold nach den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen gesprochen. Bei den Kommunalwahlen hat die Sozialdemokratie gewisse Erfolge erreicht. Herr Kollege Arnold hat mir das damals so erklärt: Er habe Untersuchungen darüber angestellt und dabei festgestellt, daß die Sozialdemokraten durch ihre Gewerkschaftsmitglieder eine Propaganda hätten treiben können, wie wir es eben nicht hätten tun können. Wir dürfen daher die Bedeutung der Sozialdemokratie in keiner Weise unterschätzen und müssen uns wirklich anstrengen, um zum Siege zu kommen.

Nun kommen wir zu der Frage der Listenverbindung. Da diese Listenverbindungen – ob gewollt oder ungewollt – höchst wahrscheinlich gewisse Konsequenzen mit sich bringen, soll man [sich] einmal über die Frage der Großen Koalition aussprechen. Ich schicke voraus, ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß man sich vor der Wahl positiv oder negativ, dafür oder dagegen festlegen sollte. Aber es ergeben sich, wie schon erwähnt, aus der Listenverbindung Konsequenzen. Man muß sich daher über die evtl. möglichen Konsequenzen klarwerden.

Nun stehe ich im Gegensatz zu manchem von uns auf dem Standpunkt, daß man vom staatspolitischen Interesse aus es nicht gerade als ein Gebot betrachten soll, daß die großen Parteien in einer Regierung vereinigt sein müssen und daß man die Rolle der Opposition den kleineren Parteien überlassen soll. Ich halte das für grundsätzlich falsch und bin der Auffassung, daß gerade die Rolle der Opposition von einer starken Partei übernommen werden soll. Ich würde auch dafür plädieren, daß wir, wenn die Sozialdemokratie als stärkste Partei aus dem Wahlkampf hervorginge, die Rolle der Opposition übernehmen.

Man muß sich über diese Fragen einmal aussprechen. Dazu sind wir ja schließlich hier. Ich wiederhole nochmals: Die Rolle der Opposition muß in der Hand einer starken Partei sein. Das gilt vor allem für Deutschland in seiner heutigen Verfassung. Wenn das nicht geschieht, dann fürchte ich, daß sich die rechtsradikalen Elemente der Opposition bemächtigen. Das wäre vom deutschen Standpunkt aus eine ganz große Gefahr. Ich bin nicht der Auffassung, daß die Opposition etwa die Aufgabe hat – wie das leider bisher von der Sozialdemokratie gemacht worden ist –, zu allem und jedem, was die Regierungskoalition und die Regierung sagt und tut, nein zu sagen. Die Opposition hat ebenso, wenn auch nicht im gleichen Umfange, wie die Regierungskoalition eine staatspolitische Pflicht, in entscheidenden Fragen positiv mitzuarbeiten. Das ist meine Ansicht von der Aufgabe einer Opposition.

Ich bitte Sie, diese Frage einmal durchzudenken. Ich möchte noch ein Wort zur Freien Demokratischen Partei sagen. Sie alle kennen mehr oder weniger die Krise

innerhalb der FDP. Sie kennen namentlich die Vorgänge, die sich an die Namen Achenbach[29] und Middelhauve knüpfen. (*Arnold:* Und einige mehr!) Ich nenne nur die Prominentesten. Herr Achenbach ist, glaube ich, ein erledigter Mann, wenigstens für die nächsten Jahre; denn Herr Achenbach ist in der Naumann-Sache stark belastet. Mir ist es unverständlich, daß sich Herr Achenbach noch auf freiem Fuß befindet, während Herr Naumann verhaftet ist. Jedenfalls glaube ich, daß sich bei den Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen gewisse Erscheinungen zeigen, die von der Zentrale gefördert werden, daß man nämlich vernünftiger wird. Ich sage mir immer so: Es ist ein großer Vorteil für unsere parteipolitische und damit für die gesamtdeutsche Entwicklung gewesen, daß wir bisher keine starke nationalistische Partei gehabt haben. Denken Sie zurück an Weimar. Dort traten die Deutschnationalen auf und bildeten ein Sammelbecken für alle diejenigen, die mehr oder weniger nicht demokratisch waren. Ich will damit niemandem, der früher Deutschnationaler war und nun in unseren Reihen sitzt, zu nahe treten. Der große Vorteil, den wir haben, ist der, daß wir – ich gebrauche den seltenen Namen – keine große deutschnationale Partei bekommen haben.

Das liegt natürlich einmal daran, daß die Kräfte, die evtl. bereit gewesen wären, sich in einer deutschnationalen Partei zusammenzufinden, dies nicht tun wollten im Hinblick auf den Nationalsozialismus, weil sie doch nicht mit ihm in einen Topf geworfen werden wollten, aber auch im Hinblick auf die Haltung der Besatzungsmächte, die alle Parteien zunächst haben genehmigen und lizenzieren müssen.

Diese Elemente, die evtl. da Schaden anrichten könnten, sind zu einem erheblichen Teil in die Freie Demokratische Partei hineingegangen. Solange die Demokraten die Macht haben, diese Kräfte zu verdauen – d.h., daß sie nicht selbst zu einer nationalistischen Partei werden –, ist es vom deutschen Standpunkt aus betrachtet richtiger, daß sie dort gehalten und paralysiert werden, als daß sie sich zusammenfinden. Wir müssen uns aber auch darüber klar sein, daß sie, wenn sie dort eine entsprechende Propaganda entfalten können, einen nicht unerheblichen Zulauf bekommen werden aus weiten Wählerschichten Deutschlands.

Daher bin ich geneigt, die Entwicklung in der Freien Demokratischen Partei mit einem trockenen und einem nassen Auge zu sehen, und zwar mit einem nassen Auge, weil es höchst bedauerlich ist, daß sich dort solche Kräfte breitmachen können, und mit einem trockenen Auge, weil der Versuch, dort zu unterwandern – wie der schöne Ausdruck heißt –, negativ war und auch weiterhin negativ sein wird und weil diese Kräfte nicht dazu gekommen sind, eine eigene nationalistische Partei zu bilden.

---

29 Dr. Ernst Achenbach (geb. 1909), 1936–1944 Beamter im Auswärtigen Dienst, 1950–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1957–1976 MdB, 1960–1964 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der Versammlung der WEU, 1964–1979 MdEP. – Achenbach, der auch als Verteidiger von Werner Naumann wirkte, war am 26. April 1953 als Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses der FDP abgelöst worden.

Über die Deutsche Partei brauche ich nichts zu sagen.[30] Sie ist für unseren Geschmack ein bißchen niedersächsisch. Sie werden das verstehen, Herr Cillien, das gehört nun dazu. Aber es ist eine Partei, die auf absolut christlichem Boden steht, mit der wir in weiten Bereichen einträchtig zusammenarbeiten können.

Was das Zentrum angeht, so ist sein Hauptsitz in Nordrhein-Westfalen.[31] Sie werden gleich Näheres darüber hören. Die beiden Vorsitzenden von Nordrhein und Westfalen sind, soweit ich unterrichtet bin, hier etwas verschiedener Auffassung. Höchstwahrscheinlich würde das Zentrum, wenn es keine Verbindung mit uns einginge, keinen Bundestagsabgeordneten mehr bekommen. Es würde aber, darüber muß man sich klar sein, mit der Stimmenzahl seiner Anhänger bei einer etwaigen Stichwahl die Sozialdemokratie unterstützen und ihr helfen.

Das Zentrum möchte am Leben bleiben. Nordrhein steht im Hinblick auf die Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Landtag und in der Landesregierung, auf dem Standpunkt, daß man dem Zentrum helfen solle, damit es am Leben bleibt, wobei wir den Hintergedanken haben: Das Leben wird sich für das Zentrum nicht mehr lange als lebenswert erweisen, wenn wir es einigermaßen geschickt anfangen, das Zentrum in der größeren christlichen Partei aufgehen zu lassen.

Westfalen ist der Auffassung, man sollte es – wie heißt es in der Boxersprache – k.o. schlagen. Das ist eine der wichtigsten Fragen, über die wir heute zu entscheiden haben. Ich sprach eben von der CSU und der Bayernpartei.[32] Die Verhältnisse zwischen der CSU und der Bayernpartei sind günstiger als diejenigen zwischen der CDU und dem Zentrum. In Bayern ist man konzilianter gegenüber der Bayernpartei. Man kann mit sehr großer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß noch vor Pfingsten, also morgen, oder aber sofort nach Pfingsten zwischen der Bayernpartei und der CSU irgendwelche Vereinbarungen zustande kommen, die es auch der Bayernpartei ermöglichen, weiterzuleben.

Ich möchte die Herren von Nordrhein-Westfalen dringend bitten, die ganze Sache, die das Zentrum angeht, sehr realpolitisch und nicht zu stark gefühlsmäßig zu betrachten. Es hat keinen Zweck, in der Politik solche Dinge zu stark gefühlsmäßig zu betrachten. Man kann sie gar nicht realpolitisch genug betrachten. In der CSU ist früher einmal das Wort vom lebenden Leichnam mit Bezug auf die Bayernpartei gefallen. Immerhin, der Leichnam lebt heute noch! Ich wiederhole nochmals: Man muß realpolitisch die ganzen Dinge betrachten und darf da nicht radikal vorgehen.

Ich möchte Ihnen nun vorschlagen, wie wir am besten unsere Verhandlungen

30 Zur DP vgl. MEYN; STÖSS 1 S. 1025–1111.

31 Eine befriedigende Arbeit über die Deutsche Zentrumspartei nach 1945 liegt noch nicht vor (vgl. STÖSS 1 S. 1192–1242). Das Wahlabkommen zwischen CDU und Zentrum wurde am 18. April 1953 in Düsseldorf unterzeichnet (vgl. AdG 1953 S. 4123).

32 Zur CSU vgl. MINTZEL; STÖSS 1 S. 661–718, zur Bayernpartei EBD. S. 395–489; UNGER.

einteilen. Wenn Sie irgendwelche Fragen über die außenpolitische oder innenpolitische Lage haben, stehe ich gern zur Verfügung. Wir können das dann vorwegnehmen. Ich möchte Sie aber bitten, solche Fragen, wie etwa, wer nun Ministerpräsident in Frankreich wird, zurückzustellen. Sie können keinen Menschen auf der Erde finden, der Ihnen das mit annähernder Sicherheit wird voraussagen können. Ich meine, wir sollten uns jetzt wirklich auf das konzentrieren, was uns auf den Nägeln brennt, nämlich zunächst einmal die Frage des Wahlgesetzes und alles, was damit zusammenhängt, wie Listenverbindung usw. Das muß der eigentliche Kern unserer heutigen Debatte sein.

WAHLRECHTSFRAGEN

Ich bitte Sie nun um Entschuldigung, Herr Scharnberg, für das, was ich jetzt tue. Ich schicke voraus: Herr Scharnberg hat sich dem Problem des Wahlrechts mit einer Hingabe gewidmet, die geradezu bewunderungswürdig ist, so daß wir ihm von ganzem Herzen danken können. Ich möchte ferner Herrn Schröder bitten, der sich ebenfalls besonders mit der Frage beschäftigt hat, mir das zu verzeihen, was ich jetzt tue. Ich wollte Ihnen nämlich einen kurzen Überblick über die Situation – nicht über das Wahlrecht an sich – durch Herrn Globke geben lassen, der auch Verhandlungen mit dem Zentrum geführt hat und in diesem Zusammenhang auch über die Fragen berichten kann. Er wird nicht lange sprechen; ich schätze 10 bis 15 Minuten. Er wird sich auch darüber auslassen müssen, was wir auf dem Gebiet evtl. vom Bundesverfassungsgericht zu erwarten haben; denn das ist die entscheidende Frage für unser ganzes Verhalten auch im Parlament.

Wenn wir das Jahr 1952 schrieben, brauchten wir uns darum nicht zu kümmern, aber wir schreiben heute den 22. Mai 1953. Daher ist die Rolle des Bundesverfassungsgerichts in diesem ganzen Fragenkomplex evtl. von ausschlaggebender Bedeutung. Herr Globke, würden Sie das Wort nehmen!

Kaiser: Herr Bundeskanzler, vielleicht darf ich im Namen aller Anwesenden ein Wort des Dankes für die Summe Ihrer Ausführungen sagen. Es ist alles angesprochen worden, was angesprochen werden muß. Ich bin sehr erstaunt über die Frische, mit der Sie es getan haben.

Sorge im Blick auf die SPD macht mir folgendes: Wenn diese Leute vier weitere Jahre von der Verantwortung ferngehalten werden, entsteht eine Gefahr der Radikalisierung weiter Kreise unseres Volkes.

Globke: Das Wesentliche des Scharnbergschen Entwurfs besteht in folgendem: Das Wahlverfahren zerfällt in zwei voneinander getrennte Teile. In zwei Wahlgängen, die gleichzeitig stattfinden, sollen 480 Abgeordnete gewählt werden. Die Erhöhung der Abgeordnetenzahl hat sich als zweckmäßig erwiesen, weil zahlreiche Abgeordnete durch ihre internationalen oder supranationalen Verpflichtungen von Bonn häufig ferngehalten werden. Die Hälfte der 480 Abgeordneten soll gewählt werden nach dem absoluten Mehrheitswahlrecht, die andere Hälfte nach dem reinen

Verhältniswahlrecht. Jeder Wähler hat zwei Stimmen, eine Stimme gibt er im Mehrheitswahlverfahren und die andere im Verhältniswahlverfahren ab. Wird in einem Wahlkreis die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, dann findet eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den höchsten Stimmen statt.

Demgegenüber hat die SPD Anträge eingereicht, die im wesentlichen auf die Wiedereinführung des 1949er Wahlrechts hinauslaufen, also auf ein reines Verhältniswahlrecht unter der Fassade des Persönlichkeitswahlrechts. Es soll aber auch hier die Erhöhung der Abgeordnetenzahl auf 480 erfolgen und nicht mehr das Verhältnis von 60:40, sondern von 50:50 zugrunde gelegt werden. Dazu ist der Gedanke aufgetaucht, eine Variante zu dem Wahlrecht von 1949 insofern zu nehmen, als man sagt: Da das 1949er Wahlrecht ein reines Verhältniswahlrecht ist, können wir besser auf das Weimarer Wahlrecht mit den großen Wahlkreisen zurückgreifen, womit eine Reihe von Mängeln, die dem 1949er Wahlrecht anhaften, vermieden werden und gleichzeitig erreicht wird, daß die Wähler sehen, daß sie nach reinem Verhältniswahlrecht wählen.

Wenn man nun überlegt, daß der Zweck des Wahlrechts nicht nur darin besteht, die unter den Wählern vorhandenen Ansichten sich im Parlament auswirken zu lassen, sondern auch dazu die Ermöglichung der Bildung einer stabilen Regierungsmehrheit gehört, würde man an sich dazu kommen, für das absolute Mehrheitswahlrecht einzutreten. Aber das ist praktisch nicht durchführbar. Schwierigkeiten und Bedenken bestehen bei der FDP gegen den Scharnberg-Entwurf, der wenigstens einen Teil des absoluten Mehrheitswahlrechts verwirklichen will. Diese Bedenken erklären sich im wesentlichen aus der Struktur der FDP. Der Scharnberg-Entwurf sucht diesen Bedenken durch den sogenannten internen Proporz Rechnung zu tragen.

Der interne Proporz bedeutet, daß die Parteien Listenverbindungen miteinander eingehen können. Die von den verbündeten Parteien in beiden Sektoren – im Sektor Mehrheitswahl und im Sektor Verhältniswahl – errungenen Mandate werden zusammengezählt. Dann erfolgt eine Neuverteilung der gesamten Mandate unter den verbündeten Parteien nach dem Verhältnis der Stimmen, die im Sektor Verhältniswahlrecht erworben worden sind. D.h. also, bei den verbündeten Parteien erfolgt die Verteilung der gesamten Mandate ähnlich wie das im 1949er System vorgesehen ist. Für den Wähler bedeutet dieses Wahlrecht, so kompliziert es vielleicht im Augenblick klingen mag, keine Schwierigkeit. Er gibt nur zwei Stimmen; dadurch hat er die Gewähr, daß er eine Stimme immer seiner eigenen Partei geben kann und die andere Stimme einer verbündeten Partei. Infolge des internen Proporzes kommt aber nachher diese Stimme auch seiner eigenen Partei wieder zugute. Bei der Ausrechnung der Wahlergebnisse entstehen auch keine technischen Schwierigkeiten.

Wir haben nun einmal durchgerechnet, welche Verhältnisse sich bei dem einen oder anderen Wahlrecht ergeben. Das kann man natürlich nicht mit hundertprozen-

tiger Sicherheit sagen; Verschiebungen sind nach den verschiedensten Richtungen hin möglich, aber man kann mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit annehmen, daß die Parteien der jetzigen Regierungskoalition, wenn sie sich miteinander verbinden, etwa 40 bis 50 Mandate mehr erhalten, als sie beim 1949er Wahlrecht erhalten würden. Das ist ein wesentlicher Vorteil.

Es entsteht nun die Frage, ist das Wahlrecht politisch durchsetzbar und ist es verfassungsrechtlich haltbar. Um es durchzusetzen, wären bei voller Besetzung des Bundestages 201 Stimmen notwendig. Wenn auch CSU und DP geschlossen dafür stimmen, so muß doch angenommen werden, daß ein Teil der FDP dagegen stimmen wird. (*Wuermeling:* 202 Stimmen sind notwendig!) Nein, 201, weil Dorls[33] von der SRP ausgeschieden und somit ausgeschlossen ist. Es wären also noch weitere Stimmen notwendig, die nach Lage der Dinge nur von der Föderalistischen Union[34] kommen würden.

Nun hat sich ergeben, daß das Zentrum und die Bayernpartei grundsätzlich bereit sind, diesem Wahlrecht zuzustimmen. Es wären dann nur noch einige FDP-Stimmen notwendig, die vorhanden sind. Ein Teil der FDP ist für dieses Wahlverfahren. Allerdings würde die Mehrheit nicht sehr groß sein.

Das Zentrum hat bei den bisherigen Verhandlungen, die mehr offiziös waren, folgende Wünsche geäußert: daß die sogenannte Sperrklausel von 5 % für das Bundesgebiet wegfallen soll (*Dichtel:* Das glaube ich!) oder daß sie nicht gilt für die Parteien, die ihre Listen miteinander verbunden haben, wenn eine dieser Parteien mehr als 5 % erhält. Außerdem möchte es, evtl. wahlweise, je ein Mandat im Rheinland, in Westfalen und in Niedersachsen garantiert bekommen, wobei das Zentrum zugesagt hat, daß es zu gewissen Verhandlungen bereit sei. Dafür will es auf eigene Mandate in Hessen und gegebenenfalls in Rheinland-Pfalz verzichten. (*Weber:* Wo sie sowieso nichts kriegen! *Zuruf:* Sehr richtig!)

Adenauer: Darf ich bitten, die Zwischenrufe mal sein zu lassen. Das hat keinen Zweck; es handelt sich um eine außerordentlich ernste Angelegenheit, bei der man sehr konzentriert zuhören muß.

Globke: Außerdem wollen sie in allen Wahlkreisen auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichten, wo durch diese Aufstellung der CDU-Kandidat gefährdet würde. Sie stellen weiter in Aussicht, daß sie die nächste Regierung unterstützen und gegebenenfalls in ein Hospitantenverhältnis zur CDU eintreten würden.

Die Bayernpartei hat den Wunsch geäußert, daß in Verhandlungen mit der CSU die Wahlkreise festgelegt werden, in denen nur ein CSU-Kandidat oder nur ein Bayernpartei-Kandidat kandidieren soll. Sie sind hier m.E. zu weitgehendem Entgegenkommen bereit. Ebenso möchten sie gern, daß die jetzt von der Sozialdemokratie eroberten Wahlkreise – insbesondere in München – etwa in dem Verhältnis

33 Dr. Fritz Dorls (geb. 1910), Journalist; 1947 Deutsche Rechtspartei, 1949 Mitgründer und 1. Vorsitzender der SRP, 1949–1952 (Mandatsverlust) MdB.

34 Verbindung von Zentrum/BP zu einer gemeinsamen Fraktion am 14. Dezember 1951.

2:1 aufgeteilt werden. Darüber werden aber unmittelbare Verhandlungen in München stattfinden.

Nun entsteht die Frage, wenn sich im Bundestag unter diesen Umständen eine Mehrheit findet, wie steht der Bundesrat dazu. Es ist bereits vom Bundesrat oder von einzelnen Vertretern der Regierungen gesagt worden, sie erblickten in diesem Wahlgesetz ein Zustimmungsgesetz. Nach Auffassung der Regierung trifft das nicht zu. Die Regelung, die insbesondere im Artikel 38 des Grundgesetzes über das Bundestagswahlgesetz getroffen ist, dürfte ausschließen, daß es sich hier um ein Zustimmungsgesetz handelt. Es bleibt aber möglich, daß der Vermittlungsausschuß angerufen wird.

Wie steht nun das Bundesverfassungsgericht dazu? Die SPD hat inoffiziell bereits angekündigt, daß sie gegen den internen Proporz das Normenkontrollverfahren anstrengen werde. Ein normales Gericht würde diese Klage sicher abweisen; denn die SPD erhält alles, was ihr zusteht, auch wenn es keinen internen Proporz gäbe. Der interne Proporz stellt lediglich eine freiwillige Verabredung zwischen den verbündeten Parteien dar. Aber beim Bundesverfassungsgericht ist es natürlich möglich. Man kann das nicht voraussehen.

Würde man nun eine Klausel aufnehmen entsprechend dem Wunsch des Zentrums, daß die 5%-Klausel keine Anwendung findet bei den verbündeten Parteien, dann wäre es zweifelhaft, ob diese Bestimmung verfassungsrechtlich gilt; denn man könnte darin eine unterschiedliche Bewertung der Stimmen der einzelnen Parteien erblicken, je nachdem, ob eine Partei, die nicht 5% erreicht hat, verbunden oder nicht verbunden ist. Es könnte also unter Umständen darin eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes des Grundgesetzes erblickt werden.

Es ist dann noch die Frage aufgetaucht, ob die Ausgestaltung der Landeslisten mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Es war einmal vorgesehen, daß sich die Landeslisten in erster Linie aus den Wahlkreis-Kandidaten zusammensetzen sollen, die im Wahlkreis nicht zum Zuge kommen. Das würde praktisch bedeuten, daß kaum jemand anders auf der Landesliste Aussicht hätte durchzukommen, als diejenigen, die in einem Wahlkreis direkt nicht zum Zuge gekommen sind. Bedenken wegen einer Verletzung der Unmittelbarkeit der Wahl dürften aber dabei nicht bestehen. Diese Frage, glaube ich, kann man ausscheiden; denn sie ist politischer und nicht rechtlicher Natur.

Was geschieht nun, wenn das Bundesverfassungsgericht ein Wahlgesetz für nicht vereinbar mit dem Grundgesetz erklärt? Falls nur der interne Proporz für unvereinbar erklärt würde, dann wäre das für die Koalition insgesamt genommen nicht wesentlich, da hierdurch nur eine interne Verschiebung eintreten würde, während die Gesamtzahl der Mandate bestehenbliebe. Man muß ins Auge fassen, daß das Bundesverfassungsgericht sagt: Dieser interne Proporz war für die Zustimmung einer ganzen Reihe von Abgeordneten und Parteien so wesentlich, daß man einen untrennbaren Zusammenhang in diesem Wahlsystem überhaupt sehen muß, so daß daher das ganze System fallen muß.

Die Frage der 5%-Klausel gilt praktisch nur für das Zentrum. Wenn das Zentrum irgendwie einen Kandidaten garantiert bekommt, wird diese Frage von selbst ausscheiden.

Falls das Bundesverfassungsgericht dieses Wahlsystem für ungültig erklären sollte, dann würde nicht mehr viel Zeit übrigbleiben bis zum letzten Termin, an dem eine Wahl nach dem Grundgesetz möglich wäre. Je nachdem, wann das Bundesverfassungsgericht entscheidet, könnte es eine Vollstreckungsregelung nach § 35 treffen.[35] Das Bundesverfassungsgericht legt diese Bestimmung sehr weitgehend aus. Es könnte nach seiner bisherigen Rechtsprechung – ich halte die Rechtsprechung nicht für richtig – ein eigenes Wahlgesetz in Kraft treten lassen. Es könnte auch sein, daß man sagt: Das 1949er Wahlrecht gilt auch für den Bundestag 1953.

Der Bundestag könnte aber auch mit einem Initiativgesetz das 1949er Wahlrecht einführen. Da sich hierbei die SPD nicht querlegen wird, könnte man damit rechnen, daß es keine großen Schwierigkeiten gibt. Es würde sich auch im Bundesrat hierfür sicherlich eine Mehrheit finden, so daß in verhältnismäßig kurzer Zeit ein Gesetz, dem der Bundestag und der Bundesrat zugestimmt haben würden, durchgehen könnte.

Das Gesetz muß mindestens sechs Wochen vor dem letzten Termin in Kraft sein, damit die Wahl ordnungsmäßig zustande kommt. Damit ergibt sich folgendes Ergebnis: Der Scharnberg-Entwurf hat den wesentlichen politischen Vorteil, für die jetzige Regierungskoalition 40 bis 50 Mandate mehr als bisher herauszuholen. Wenn er nicht durchführbar ist, dann wird kein größerer Nachteil eintreten als der, daß das 1949er Wahlrecht zum Zuge kommt. Das wäre dasselbe, was erreicht würde, wenn man auf die Durchsetzung des Scharnberg-Entwurfs verzichten wollte. Notwendig bleibt jedoch, daß die endgültige Entscheidung über das Wahlgesetz in der zweiten Juniwoche getroffen wird, damit die Vorbereitungen für die Wahl in die Wege geleitet werden können.[36]

Adenauer: Darf ich noch ein ergänzendes Wort sagen. Das Zentrum, die Bayernpartei und auch die FDP verlangen von uns Erklärungen darüber, ob wir bereit sind, Listenverbindungen mit ihnen einzugehen. Dann würden auch sie bereit sein, für den Scharnberg-Entwurf zu stimmen. Da die Entscheidung darüber in der zweiten Woche nach Pfingsten fallen wird, müssen wir jetzt von Ihnen darüber irgendein Mandat bekommen. Vielleicht nimmt zunächst einer der Herren aus Nordrhein-Westfalen das Wort. (*Johnen:* Vielleicht der Herr Lensing!) Er spielt Ihnen den Ball zu, Herr Lensing.

---

35 GG Art. 35 besagt: „Alle Behörden des Bundes und der Länder leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe".

36 Der Bundestag verabschiedete das Bundeswahlgesetz in dritter Lesung am 25. Juni mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD sowie eines Teils der BP gegen die Stimmen von CSU, DP, Zentrum, KPD und der fraktionslosen Abgeordneten (vgl. Sten.Ber. 1. WP Bd. 17 S.13741–13784; BGBl I S. 470–493).

Johnen: Sie können aber da nicht Schwarzer Peter sagen! *(Heiterkeit.)*

Lensing: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Situation, wie sie jetzt geschildert worden ist, ist für mich und ebenso für die ganze westfälische Landespartei in hohem Maße überraschend. Bei allen unseren Überlegungen über die Bundestagswahl sind wir davon ausgegangen, daß die 5%-Klausel nicht nur für das Land Nordrhein-Westfalen, sondern für das ganze Bundesgebiet wirksam sei.[37] Wir haben uns daher selbstverständlich bisher intensiv mit der Frage befaßt, wie werden wir mit dem Zentrum bei der nächsten Bundestagswahl fertig.

Ich kann hier in diesem Kreise sagen – ich bitte aber, daß es in diesem Kreise bleibt –, daß wir unverbindlich – auch in dem Falle, daß die 5%-Klausel wirksam wird – mit den Kirchen Fühlung genommen haben. Die Kirchen sehen die Situation in Westfalen so an: wenn die 5%-Klausel wirksam wird, daß dann ein großer Teil der christlichen Wählerstimmen bei der Bundestagswahl ausfällt. Aus diesem Gesichtspunkt heraus habe ich bei den Kirchen – vor allem bei der katholischen Kirche – eine große Bereitschaft feststellen können, auf das Zentrum einzuwirken, daß es nun endlich diese Zersplitterung beseitigt.

Der erste Alarmschuß für die Dinge, die ich heute hier miterlebe, war für uns die Rede, die der Abgeordnete Brockmann auf dem Zentrums-Parteitag vorigen Sonntag in Düsseldorf gehalten hat.[38] Ich habe mich über diese Dinge vor einigen Tagen auch mit dem Herrn Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen unterhalten und habe seine Ausführungen in dieser Besprechung dahin aufgefaßt, daß es zum Fortfall der 5%-Klausel in der Praxis überhaupt nicht kommen würde. Ich bin heute in keiner Weise in der Lage ...

Adenauer: Darf ich Ihnen ins Wort fallen. Ich glaube, es liegt ein Mißverständnis vor. Wenn das Zentrum ein Mandat bekommt, kann die 5%-Klausel ruhig bestehenbleiben, auf deren Bestehenbleiben wir aus allen möglichen Gründen größten Wert legen.

Lensing: Herr Brockmann hat auf dem Landesparteitag am vergangenen Sonntag behauptet, er habe eine verbindliche Erklärung des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, daß die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen sich im

37 Zur Entwicklung der 5 %-Klausel JESSE S. 221–260.

38 Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Brockmann, hatte am 17. Mai 1953 behauptet, Ministerpräsident Arnold habe ihm schriftlich mitgeteilt, er wolle im Bundesrat den Antrag stellen, die 5 %-Klausel im Bundeswahlgesetz abzuschaffen (vgl. „Westfälische Nachrichten" vom 19. Mai 1953: „Düsseldorf und die 5 %-Klausel"). Eine vergleichbare Nachricht verbreitete auch der NWDR am 17. Mai 1953 (vgl. Hennemann an Lensing vom 18. Mai 1953 in ACDP III-002-048). – Johannes Brockmann (1888–1975), 1925–1933 MdPrL (Zentrum), 1945 Schulrat im Kreis Münster-Land, 1945–1946 Mitglied der Provinzialregierung, 1946–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (Vorsitzender der Zentrumsfraktion), 1948–1949 MdPR, 1953–1957 MdB (fraktionslos). Vgl. Paul LUDWIG in AUS DREISSIG JAHREN S. 152–171.

Bundesrat für die Aufhebung der 5%-Klausel einsetzen werde. Das sind die Dinge, über die ich mit dem Herrn Ministerpräsidenten gesprochen habe. Der Herr Ministerpräsident hat sich ungefähr so ausgedrückt – ich nehme an, daß er dazu gleich Stellung nehmen wird –, daß die Aufhebung der 5%-Klausel durch den Bundesrat praktisch nicht in Frage kommen würde. Der Herr Bundeskanzler hat vorhin gesagt, diese Frage dürfe man nicht nach dem Gefühl, sondern man müsse sie mit dem Verstand beurteilen.

Wenn uns auch das Zentrum in Westfalen in den Jahren nach 1945 allerhand angetan hat, so haben wir doch uns auch in der Vergangenheit immer bemüht, diese Dinge mit Verstand und nicht nach dem Gefühl zu beurteilen. Eine Erklärung möchte ich Ihnen hier klar abgeben; denn ich kenne meine Westfalen: Wenn etwa das Zentrum einen direkten Wahlkreis in Nordrhein-Westfalen garantiert bekommen sollte, so kann und wird das niemals in Westfalen sein. Dazu würde ich die Westfalen niemals bekommen. Es würde so sein, daß das Rheinland ein derartiges Zugeständnis leichter machen könnte; denn soweit ich im Bilde bin, hat Westfalen 14 direkte Mandate, während das Rheinland 27 direkte Mandate hat. Also müßte man dieses Opfer schon der rheinischen Partei zumuten. Ich bitte daher darum, diesen Antrag, der in Westfalen überhaupt keine Aussicht auf Erfolg hat, für uns fallenzulassen.

Wir haben am Sonntag in acht Tagen den westfälischen Parteitag.[39] Ich bin mir darüber klar, daß man auf einem Parteitag diese schwierige und delikate Frage so wie hier nicht behandeln kann. Aber ich werde die Gelegenheit wahrnehmen, dem Landesvorstand von Westfalen das, was ich hier gehört habe, zu unterbreiten und ihn um seine klare Entscheidung bitten. Ich werde sie Ihnen dann so rechtzeitig mitteilen, daß Sie ihre Verhandlungen zu Ende führen können.

Johnen: Wenn ich meine Auffassung sage, so tue ich das einmal als Landesvorsitzender von Nordrhein, ich kann dies aber nicht trennen von meiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender. Zunächst geht das Interesse des Bundes den Ländern vor. Dabei muß versucht werden, das Interesse des Bundes mit dem des Landes Nordrhein-Westfalen in dieser Frage irgendwie zu koordinieren. Das scheint mir durchaus möglich zu sein. Wenn man das Zentrum so vor den Kopf stößt, daß es eben k.o. wird in diesem Bundestagswahlkampf, dann ist die Koalition in Nordrhein-Westfalen mit dem Zentrum zu Ende. (*Wuermeling:* Und es geht ein Haufen Stimmen verloren!)

Mit der FDP ist z.Z. in Nordrhein-Westfalen eine Koalition wegen der Geschichte Middelhauve-Achenbach unmöglich. Es bleibt dann nur die SPD übrig. Von einem Minderheitskabinett vor den Landtagswahlen halte ich absolut nichts; dann können wir in Ferien gehen. Also, es bleibt nur übrig die SPD. Und das wollen wir nicht.

---

39 Am 31. Mai 1953 in Hamm (vgl. Kurzbericht in UiD vom 3. Juni 1953; ACDP III-002-035).

Infolgedessen versuchen wir, eine Lösung mit dem Zentrum herbeizuführen. Wir sehen die Wahlen in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr und was dahinter kommt. Es ist unbestimmt, ob nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen eine Koalition mit der FDP möglich sein wird; hier muß ich ein Fragezeichen setzen.

Wenn ich eine Koalition mit der SPD nicht für wünschenswert halte – so will ich mich einmal sehr vorsichtig ausdrücken –, dann bleibt nur das Zentrum übrig. Als der erste Entwurf des Bundestagswahlgesetzes bekannt wurde, habe ich sofort eine Rücksprache privater Art mit Herrn Brockmann gehabt und ihm gesagt, lassen Sie sich nicht aufhetzen. Warten wir zunächst ab, was aus diesem Entwurf wird. Je nachdem, wie sich die Dinge entwickeln, läßt sich mit uns durchaus darüber sprechen, daß wir Ihnen einen Wahlkreis zubilligen. Ich habe dafür keine Garantie übernommen, sondern gesagt, ich werde das beim Bund und beim Land unterstützen. Rein realpolitisch betrachtet müssen wir daher nach meiner Meinung sowohl im Interesse des Bundes wie auch im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen für die kommenden Jahre zu einer Lösung mit dem Zentrum kommen.

Nun kommt das Wichtigste. Bei der Bundestagswahl haben wir eine ganze Reihe von Wahlkreisen in Nordrhein und – das wage ich auch zu sagen – in Westfalen, die nicht zum Zuge für uns kommen, wenn wir nicht die Zentrumsstimmen in irgendeiner Form mitnehmen.

Es war geradezu Honig für mich, von Herrn Globke zu hören, daß das Zentrum evtl. auf die Aufstellung von Kandidaten in den Wahlkreisen verzichten würde, wo es den Ausschlag gibt zwischen CDU und SPD. Wenn dem so ist, werden wir eine Reihe von Wahlkreisen mehr gewinnen, als wir das bisher gekonnt haben. Wenn wir das mit Opfern erreichen können, sollten wir einer solchen Verabredung nicht aus dem Wege gehen.

Das Zentrum und die CDU haben in der letzten Zeit in Nordrhein-Westfalen in allen wichtigen Fragen zusammengestanden. Wenn Sie uns nicht zu einer Koalition mit der SPD zwingen wollen, müssen wir dahinkommen, mit dem Zentrum eine anständige Regelung zu finden. Das ist zwar theoretisch schön vorzutragen, aber in der Praxis etwas schwieriger. Wir werden nämlich dann einzelnen Leuten weh tun müssen. Wenn wir einen Wahlkreis dem Zentrum geben müssen, wird wahrscheinlich nur Oberhausen in Frage kommen, so daß die Bundestagskandidatur des Herrn Heix[40] ausfällt. (*Wuermeling:* Es gibt die Listen!)

---

40 Die CDU verzichtete zugunsten von Johannes Brockmann auf einen Kandidaten im Wahlkreis 87 (Oberhausen), so daß durch seine Direktwahl in den Bundestag dem Zentrum die Überwindung der Sperrklausel gelang. Martin Heix wurde auf den zweiten Platz der nordrhein-westfälischen Landesliste des Zentrums gesetzt; nach seinem Eintritt in den Bundestag wechselte er sofort wieder zur CDU/CSU-Fraktion (vgl. DATENHANDBUCH S. 107). – Martin Heix (1903–1977), 1933 Stadtverordneter in Oberhausen (Zentrum), Mitgründer und Kreisvorsitzender der CDU Oberhausen, nach 1946 Stadtverordneter in Oberhausen (1951 Fraktionsvorsitzender), 1946–1948 MdL Nordrhein-Westfalen, 1948 Oberbürgermeister von Oberhausen, 1949–1965 MdB.

Ich glaube, daß an einzelnen Persönlichkeiten – egal wie sie heißen – dieses Problem nicht scheitern darf. Ich kann nicht beurteilen, ob man dem Landesverband Westfalen zumuten kann, einen Wahlkreis an das Zentrum abzugeben. Wir werden bei der Aufstellung der Kandidaten den Mut aufbringen müssen, einzelnen Leuten persönlich weh zu tun. Das ist mir ganz klar. Ich bin bereit, mich in Nordrhein dafür einzusetzen. Den Mut müssen wir haben. Ich habe bereits einem Kandidaten gesagt: Ich halte dich nicht für fähig, diesen Posten auszuführen.

Ich habe eine Bitte, Herr Bundeskanzler, wenn die Verhandlungen mit dem Zentrum weitergeführt werden. Man hat den Herrn Reismann als Delegierten gewählt. Ich halte es für unbedingt erforderlich, daß der Kanzler ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Bundespartei, Herrn Brockmann, führt. Herr Brockmann ist der CDU durchaus zugeneigt, so daß das Gespräch durchaus Aussicht auf Erfolg haben wird.

Wuermeling: Wir haben Herrn Reismann nicht ausgesucht!

Adenauer: Ein Wort zu den letzten Ausführungen. Herr Brockmann hat mir mitteilen lassen, daß er mich gern zu sprechen wünscht. Ich habe ihm geantwortet, vor dieser Sitzung des Parteivorstandes bedauerte ich es, ihn nicht sprechen zu können. Ich wollte in einer solch delikaten Frage – das werden Sie verstehen, weil es sich speziell um die Interessen von Nordrhein-Westfalen handelt – nicht in den Verdacht kommen, daß ich irgendwie eingegriffen hätte. Ich bin aber, je nachdem, wie sich heute die Waagschale neigt, selbstverständlich bereit, sofort nach Pfingsten Herrn Brockmann zu mir zu bitten. Das können Sie ihm sagen.

Arnold: Ich kann nicht mehr versprechen als das, was Herr Johnen gesagt hat. Die 5%-Klausel ist nicht entscheidend. Entscheidend ist, daß es gelingt, eine tragbare Vereinbarung zu erzielen. Mir scheinen die Voraussetzungen dazu gegeben zu sein. Wenn eine solche Vereinbarung nicht zustande kommt oder wenn die CDU sie nicht haben will, dann tritt allerdings in Erscheinung, daß die 5%-Klausel vom Zentrum aus nie angenommen werden kann.

Es wird mit Recht darauf hingewiesen: Es geht nicht, daß eine Landesregierung eine solche 5%-Klausel im Bundesrat sanktioniert, ohne eine Koalition unmöglich zu machen. Denn dann tritt das ein, was Herr Johnen mit Recht gesagt hat, dann fliegt die Koalition auf. Man ist sich im Lande Nordrhein-Westfalen absolut darüber klar, daß die jetzige Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode durchgezogen werden muß, weil es eine andere Regelung einfach nicht gibt und im Interesse der CDU auch nicht geben kann. Deshalb hat unsere ganze Arbeit darauf abgezielt, diese Vereinbarung zu erreichen.

Sie dürfen auch folgendes nicht übersehen: Mit dieser Koalition CDU-Zentrum in Nordrhein-Westfalen ist ja nun doch einiges geleistet worden. Es sind mit dieser Koalition verabschiedet worden das Schulgesetz[41], das ein erstrangiges Anliegen des

41 Erstes Gesetz zur Ordnung des Schulwesens im Lande Nordrhein-Westfalen vom 8. April 1952 (GV NW 1952 S. 61); vgl. BUCHHAAS: Gesetzgebung.

ganzen Landes gewesen ist, dann die Landschaftsverbandsordnung[42], d.h. die überkommunale Selbstverantwortung, was insbesondere für Westfalen schon ein Anliegen seit Jahren gewesen ist. Ich glaube, daß dieses Gesetz sich sehr fruchtbar auswirken wird. Schließlich ist durch diese Koalition möglich geworden – und das ist von besonderer Bedeutung –, im Kabinett zum EVG-Vertrag und zum Deutschland-Vertrag eine übereinstimmende Feststellung zu erhalten, obwohl der Bundesparteitag des Zentrums beschlossen hat: Diese Verträge lehnen wir ab.[43] Zu einer solchen Ablehnung ist es im Kabinett nie gekommen.

Ich glaube, es wäre wirklich politisch klug, diese Koalition zu erhalten und alles zu tun, um keine Schwierigkeiten entstehen zu lassen.

Mein verehrter Freund Lensing hat gesagt, die Kirchen machten Schwierigkeiten. Die Kirchen täuschen sich, wenn sie dieser Meinung Ausdruck geben. Das Zentrum wird nach den Bundestagswahlen vorhanden sein und eine politische, wenn auch nicht große, wesentliche Realität darstellen. Übersehen Sie bitte nicht den anderen Umstand, daß sowohl in Westfalen wie auch in Nordrhein eine ganze Reihe von führenden Geistlichen auch heute noch zum Zentrum stehen. Ich weiß nicht, warum wir uns in diese gefährliche Situation hineinbegeben sollen.

Die einzige Lösung, die wir überhaupt anstreben können, besteht in dem, was Herr Globke vorgetragen hat; wir müssen den Versuch machen, mit dem Zentrum zu einer Verständigung zu kommen, damit die Schwierigkeiten ausgeräumt werden. Wenn das nicht geschieht, leisten wir uns gemeinsam einen sehr schlechten Dienst.

Adenauer: Herr Lensing, ich habe die Tragödie mit dem Zentrum selbst jahrelang mitgemacht, und ich verstehe durchaus, daß gerade in Westfalen, insbesondere in Münster und Umgegend, Schwierigkeiten zu überwinden sind. Aber wir haben uns bisher doch wirklich viel Mühe gegeben, gerade in Nordrhein-Westfalen das Zentrum auf irgendeine Weise an unsere Seite zu bringen mit dem Ziel, letzten Endes das Zentrum dadurch zum Verschwinden zu bringen.[44]

Wenn nun die Bundestagsabgeordneten des Zentrums im neuen Bundestag Hospitanten der CDU/CSU-Fraktion werden, dann ist doch damit schon ein sehr großer Schritt nach vorn gemacht. Wir sollten das Zentrum nicht einfach k.o. schlagen, sondern es zu gewinnen versuchen für unsere gemeinsame Politik. Ich muß gestehen, daß ich es immer, auch von einem anderen Standpunkt aus, als sehr betrübend empfunden habe, daß zwei Parteien, die auf christlichem Boden stehen, sich so gegeneinander bekämpfen. Ich habe mich in der ganzen Frage, wie Sie eben gehört haben, absolut zurückgehalten; ich wollte zunächst von Ihnen, Herr Johnen und

42 Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 12. Mai 1953 (GV NW 1953 S. 272).

43 Der Bundesparteitag des Zentrums hatte am 7./8. März 1953 in Köln stattgefunden (vgl. UiD vom 11. März 1953; „Kölner Rundschau" vom 9. März 1953: „Parteitag ohne Überraschungen").

44 Zahlreiche Belege für Adenauers Haltung gegenüber der Deutschen Zentrumspartei in ADENAUER: Briefe; vgl. auch Korrespondenzen und Artikel in ACDP VII-004-194.

Herr Arnold, hören, was Sie davon hielten. Daher meine ich, Herr Lensing, sollten Sie doch versuchen, unsere westfälischen Parteifreunde dahinzubringen, daß sie sich – ich will nicht sagen freudig, aber auch nicht knurrend – fügen und die Sache aus höheren Gesichtspunkten heraus tolerieren und keine Geschichten dagegen machen.

Sie hören ja, daß Ihnen nicht zugemutet wird, einem Zentrumsmann einen Wahlkreis zur Verfügung zu stellen. Ich kann mir vorstellen, daß das bei uns Rheinländern etwas leichter geht als bei den Westfalen. Was Herrn Heix angeht, so muß – da wir mit Hilfe des Zentrums eine Reihe von Wahlkreisen mehr bekommen – für ihn irgendwie gesorgt werden.

Resümieren wir, Herr Lensing! Ihnen wird das Opfer nicht zugemutet, aber Ihnen wird zugemutet – das gilt wohl auch für die Beratungen innerhalb Ihrer Partei und für die Aussprache, die sicher kommen wird in der Landtagsfraktion –, daß Sie keine erheblichen Leibschmerzen darüber zeigen, sondern daß Sie sich fügen und tolerieren.

Lensing: Herr Bundeskanzler! Ich möchte zunächst eines richtigstellen. Ich bin offenbar vom Herrn Ministerpräsidenten Arnold mißverstanden worden. Ich habe nicht gesagt, die Kirchen würden Schwierigkeiten machen bei der Aufhebung der 5%-Klausel, sondern die Dinge liegen umgekehrt, weil die Kirchen [...] (*Tillmanns:* Wen meinen Sie damit?) Die katholische Kirche der beiden Erzdiözesen in Westfalen. Ich kann mir vorstellen, sehr verehrter Herr Tillmanns, daß der Kirchenpräses in Westfalen nicht begeistert sein würde, wenn man den Vorschlägen, die hier gemacht werden, zustimmte. Die Vertreter der beiden Diözesen, mit denen ich verhandelt habe, haben mir nicht gesagt, sie würden Schwierigkeiten machen, sondern sie haben gesagt: Weil die 5%-Klausel im Hintergrund steht, würden sie es für unverantwortlich halten, wenn solch große Massen von Wählern verlorengingen. Deshalb wären sie für die endgültige Bereinigung des Verhältnisses zwischen CDU und Zentrum.

Die Dinge, die hier vom Herrn Ministerpräsidenten und von Herrn Johnen vorgetragen worden sind, sind letzten Endes vorgetragen worden aus dem Gesichtspunkt der Landespolitik in Nordrhein-Westfalen. Ich kann Ihnen das eine sagen: Soweit ich die westfälischen Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtages gesprochen habe, sind sie absolut der Auffassung, daß bei dieser Bundestagswahl die Bereinigung dieser Geschichte Zentrum-CDU angeschnitten werden muß.

Es wird keine Möglichkeit sein in Westfalen, das Zentrum niederzuringen. In Lüdinghausen ist bei der Nachwahl das Zentrum verschwunden[45], aber an dieser

45 Die Nachwahl in Lüdinghausen fand am 12. April 1953 statt. Sie war nötig geworden nach dem Tod von Wilhelm Deist. Gewählt wurde Bernhard Spetsmann (CDU) mit 31.496 Stimmen (letzte Wahl 30.845); auf die SPD entfielen 10.633 (16.181), auf die KPD 1.157 (2.327). Zentrum und FDP hatten keine Kandidaten aufgestellt (vgl. „Ruhr-Nachrichten" vom 13. April 1953).

Auseinandersetzung kommen wir nicht vorbei. Ich habe nicht gesagt, ich will dieses und jenes tun, sondern ich habe gesagt, eine Entscheidung überschreitet meine Kompetenz; ich werde mich aber rechtzeitig mit meinem Landesvorstand besprechen und dann eine Entscheidung möglichst bald herbeiführen.

Adenauer: Können wir jetzt dieses Thema verlassen? Es ist eine weitgehende Annäherung erfolgt. Sie wird noch weiter erfolgen, wenn man sich die Dinge in aller Ruhe überlegt. Ich glaube, daß dieser Weg ein guter Weg ist, auch für die nächsten Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, die von sehr großer Bedeutung sind. (*Arnold:* Die wir nächstes Jahr schon haben![46])

Es ist gar kein Zweifel, Herr Lensing, wenn die Leute vom Zentrum einmal Hospitanten der CDU/CSU-Fraktion eine gewisse Zeit gewesen sind, daß sich diese Dinge von selbst ergeben werden, die wir jetzt auf Anhieb nicht lösen können. Mein Wunsch war der, daß nicht ein Gegensatz besteht zwischen der rheinischen Partei bzw. dem Ministerpräsidenten Arnold als Chef der Landesregierung und der westfälischen Partei.

Kaiser: Ich würde bitten, daß einer unserer evangelischen Freunde zu dieser wichtigen Sache einige Worte spricht.

Wehking: Wir sind in Westfalen stärker als die Katholiken. Wenn hier so sehr die Landespolitik herausgestellt worden ist, dann muß ich feststellen, daß das, was erreicht worden ist, auf Kosten der evangelischen Wähler in der CDU Nordrhein-Westfalens gegangen ist. (*Widerspruch. – Arnold:* Inwieweit?) Weil wir das ganz deutlich bei den Kommunalwahlen festgestellt haben. In dem evangelischen Raum Ravensberg ist die CDU praktisch erledigt, und die Wähler wandern ab.[47] Die CDU muß sich entscheiden, ob sie das Zentrum retten will oder ob sie die Union – der evangelische Teil in den wichtigsten Landesteilen und der wichtigsten Landespartei – in Westfalen retten will. (*Erneuter Widerspruch und Unruhe. Zurufe:* Eine merkwürdige Auslegung. – *Wuermeling:* Was tun denn die Wähler bei der Stichwahl? – *Weiterer Zuruf:* Die haben abgenommen!) Das ist der Schwindel, der hier verkündet worden ist! *(Anhaltender Widerspruch und Unruhe!)*

Adenauer: Das ist der Schwindel, der hier verkündet worden ist! Bis jetzt ist gar nichts hier an Schwindel verkündet worden!

Wehking: Hier nicht! *(Anhaltende Unruhe.)*

Johnen: Darf ich mal eingreifen! Herr Wehking sieht das falsch. In seiner Heimat spielt das Zentrum keine Rolle. Natürlich wird von der FDP und der SPD verkündet: Die CDU ist eine katholische Partei. Sie finden damit einen fruchtbaren

46 Die Wahlen zum nordrhein-westfälischen Landtag fanden am 27. Juni 1954 statt (vgl. Kaack S. 228).

47 Die Kommunalwahl vom 9. November 1952 hatte der CDU in Minden, dem Wahlkreis Wehkings, eine Einbuße von 7,9 % erbracht, in Lemgo von 8,6 %, in Lübbecke sogar von 12,1 % bei erheblichen Gewinnen der FDP (vgl. Die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen vom 9. November 1952, Hrsg. Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen 1953).

Boden gegen die CDU. Die Schwierigkeiten scheinen mehr in der Struktur der dortigen Bevölkerung zu liegen, die entweder zur FDP oder zur SPD neigt.

Tillmanns: Ich weiß nicht, ob es notwendig ist, in diesem Zusammenhang das Problem in extenso zu behandeln. Wenn wir die Situation unter dem Gesichtspunkt der Bundespolitik sehen, so müssen wir uns darüber klar sein, daß im kommenden Wahlkampf die Parole „Die CDU ist eine katholische Partei" eine große Rolle spielen wird. (*Arnold:* Das ist sie aber nicht!) Das ist eine Frage für sich. (*Arnold:* Das ist eine entscheidende Frage!) Ich stelle ja nur fest, daß die Parole angewendet wird. (*Arnold:* Das ist aber eine falsche Parole!) Ja, wir müssen darlegen, daß diese Parole falsch ist. Das ist unsere Aufgabe. Ich würde in einer Listenverbindung mit dem Zentrum noch keine Bestätigung dieser Parole erblicken. Da die CDU beabsichtigt, eine Listenverbindung auch mit der FDP und der DP zu treffen, kann eine gleiche Maßnahme mit dem Zentrum nicht als eine Parole angesehen werden. Insofern würde ich gegen eine reine Listenverbindung mit dem Zentrum keinerlei Bedenken haben, wenn dadurch dieses Wahlgesetz gesichert werden kann.

Eine andere Frage ist, in welcher Art und Weise das geschieht. Wenn z.B. über eine reine Listenverbindung hinausgegangen wird und man garantiert dem Zentrum einen Wahlkreis, dann müssen wir uns darüber klar sein, was das in dem betreffenden Wahlkreis zur Folge hat. Sie können den evangelischen CDU-Wählern in dem betreffenden Wahlkreis nicht zumuten, den Zentrums-Kandidaten zu wählen. Das wird unmöglich sein. Das müssen wir uns also überlegen. Das wirkt sich auch auf die benachbarten Wahlkreise aus. Unsere Gegner werden es nicht versäumen, aus dieser Sache den Versuch zu machen, sich politische Vorteile zu verschaffen.

Herr Globke hat ausgeführt, daß sich hinsichtlich der 5%-Klausel verfassungsrechtliche Schwierigkeiten ergeben könnten. Ich wäre dankbar, wenn es gelänge, eine Verabredung mit dem Zentrum und der Bayernpartei zu treffen, die etwas anders lautet als das, was jetzt im Wahlrechtsausschuß angenommen worden ist.[48]

Im übrigen sollten wir bei nächster Gelegenheit – ich nehme an, daß wir bald wieder eine Vorstandssitzung haben – eine Aussprache über das Problem „Die CDU – eine interkonfessionelle Partei" herbeiführen.

Adenauer: Es sind zum Wort gemeldet: Bach, Dichtel – ich weiß, was er fragen will – und Johnen. Können wir nicht die Frage des Zentrums in Nordrhein-Westfalen mit den Ausführungen von Herrn Tillmanns beenden? (*Johnen:* Die Frage der Listenverbindung!) Dazu kommen wir noch!

Dichtel: Wir haben das Zentrum bei der vorigen Landtagswahl zum ersten Mal erlebt. Das Ergebnis war, daß ein Wahlkreis nachweislich verlorengegangen ist; bei

48 Der Wahlrechtsausschuß hatte am 18. Mai 1953 den § 9 Abs. 3 des Regierungsentwurfs, der lautete: „Bei Verteilung der Sitze auf die Bundeslisten werden nur Parteien berücksichtigt, die mindestens in einem Wahlkreis einen Sitz errungen oder 5 von hundert der im Bundesgebiet abgegebenen gültigen Hauptstimmen erhalten haben", ergänzt um den Satz: „Dabei gelten Parteien, die ihre Bundesliste miteinander verbunden haben (§ 10), als eine Partei". Vgl. LANGE S. 545.

einem zweiten ist es nicht sicher.[49] Ich habe eine Verhandlung mit dem verantwortlichen Mann geführt. Es ist der Prälat Föhr[50], der offiziell der Kirche treu ist, aber inoffiziell seinen Leuten etwas vorschreibt. Der Mann bemüht sich, die Dinge in Südbaden nach Nordbaden und Württemberg voranzutreiben.

Wir haben in Südbaden den eigenartigen Umstand, daß ein Prälat der katholischen Kirche seinen eigenen Erzbischof wegen bestimmter Dinge verklagt hat. Das ist Tatsache! Diese Tatsache hat ungeheuer ernüchternd auf den Erzbischof gewirkt. Seine Stimmung ist für das Zentrum nicht sehr gut. Wir haben darüber gesprochen, daß irgendeine Form gesucht werden soll, die Schwierigkeiten zu lindern. Das Zentrum wünscht die Führung des Prozesses, den wir übernehmen sollen. Ich werde mich schwer hüten, wegen der Gewinnung einiger neuer Freunde meine alten Freunde mit dem Holzhammer zu bearbeiten.

Wir würden es lebhaft begrüßen, wenn man irgendeine Form mit dem Zentrum fände, daß bei uns nicht überall Kandidaten aufgestellt werden. Wir haben einen Wahlkreis, wo das Zentrum 3000 Stimmen geholt hat. Deswegen unsere Bitte: Versuchen Sie darüber eine Verständigung herbeizuführen, daß das Zentrum in gefährdeten Gebieten keinen Mann aufstellt.

Johnen: Ich habe die herzliche Bitte an Herrn Lensing: Fassen Sie auf Ihrem Parteitag keinen Beschluß, ehe wir nicht genau wissen, was los ist. Wenn Sie einen Beschluß fassen, ist es bekanntlich außerordentlich schwer, ihn rückgängig zu machen, insbesondere dann, wenn man Westfale ist.

Adenauer: Lassen Sie mich rechtfertigen, warum ich diese Sache so vorweg habe diskutieren lassen. Der Grund ist der, weil wir innerhalb unserer eigenen Partei verschiedene Auffassungen gerade über dieses Problem hatten. Das wollte ich zunächst ausgemerzt haben. Ich möchte bitten, daß wir jetzt eine Pause machen.

(Pause von 13.15 Uhr bis 14.15 Uhr)

Kaiser: Der Kanzler hat anrufen lassen, daß er so schnell wie möglich herunterkommt. Wir möchten schon beginnen. Ich würde vorschlagen, jetzt unter dem Kennwort „Listenverbindung" eine Aussprache zu führen. Darf ich Sie, Herr Globke, bitten, daß Sie ordnend eingreifen. Wir müssen zu einer klaren Vorstellung darüber kommen, was Listenverbindung heißt.

Johnen: Es muß dargestellt werden, ob eine Listenverbindung auf Bundesebene oder auf Landesebene erfolgt. (*Globke:* Nach den bisherigen Verhandlungen auf Bundesebene!)

---

49 Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 9. September 1952 gewann das Zentrum in Müllheim und Lörrach die Stimmen, die die CDU zum Sieg über die SPD benötigt hätte. Vgl. WEINACHT in CDU IN BADEN-WÜRTTEMBERG S. 196.

50 Dr. Ernst Föhr (1892–1976), Päpstlicher Hausprälat, 1921–1933 MdL (Zentrum), 1928–1933 MdR, 1931–1933 Partei- und Fraktionsvorsitzender des badischen Zentrums, 1933–1943 Pfarrer in Sölden, 1943–1958 von St. Johann in Freiburg, 1958–1968 Generalvikar, 1945–1946 Mitglied der BCSV, 1951 Wiedergründung des Zentrums. Vgl. M. PLATE: E. Föhr. In: Anzeiger f. d. kath. Geistlichkeit 86 (Januar 1977) S. 18–20; Nekrolog in: Freiburger Diözesan-Archiv 102 (1982) S. 139–148.

In Nordrhein-Westfalen ist z.Z. eine Listenverbindung mit der FDP insofern schwierig, als mancher Wähler in einen großen Gewissenskonflikt käme, ob er seine Stimme der FDP geben soll. (*Zuruf:* Braucht er nicht! – *Kaiser:* Die erste Stimme! – *Tillmanns:* Nur bei der Stichwahl!) Es werden erhebliche Gewissenskonflikte entstehen.

Kaiser: Das muß klargestellt werden, damit wir wissen, was in bezug auf die Wahl gedacht ist.

Müller: Wenn die zweite Stimme nicht abgegeben wird, wirkt sich das nachteilig aus?

Globke: Gar nicht! Jeder Wähler hat zwei Stimmen. Mit der ersten Stimme wählt er in seinem Wahlkreis einen bestimmten Kandidaten. Die zweite Stimme gibt er in der Verhältniswahl für die Liste seiner Partei ab. Das hat mit der alten Hilfsstimme nichts zu tun.

Tillmanns: Die Listenverbindung hat lediglich die Wirkung, daß diejenigen Parteien, die ihre Listen miteinander verbinden, nachher bei der Verteilung der Mandate nach dem internen Proporz die Verrechnung vornehmen. (*Albers:* Das ist die Rechtsfrage!)

Die Frage der Stichwahl ist von der Listenverbindung unabhängig. Es kommen in die Stichwahl die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen, und die Wählerschaft hat die Freiheit, einen der beiden Kandidaten zu wählen. Insofern ist die Listenverbindung nicht eine Angelegenheit, die nachher den Wähler in Konflikt bringen könnte.

Arnold: Welche Auswirkung ist bei der Listenverbindung auf der Bundesebene gegeben?

Tillmanns: Daß diejenigen Parteien, die die Listenverbindung vereinbart haben, ihre Mandate nachher insgesamt unter sich nach dem internen Proporz verteilen, d.h. wenn die CDU in der direkten Wahl mehr Mandate bekommen hat, als ihr nach dem reinen Proporz aller Stimmen zukommen würden, muß sie die Mandate an die Parteien abgeben, die weniger bekommen haben. Das wird in der Praxis dahin führen – Herr Scharnberg wird mir zustimmen –, daß die CDU Stimmen abgibt, aber nur von solchen Mandaten, die sie in der Stichwahl mit Hilfe der anderen Parteien bekommen hat.

Der interne Proporz ist nichts anderes als ein gewisses Entgelt für die Parteien, die uns in der Stichwahl wählen, wodurch wir mehr Stimmen bekommen als uns zustehen.

Kaiser: Das setzt voraus, daß wir zu dem System der Wahl mit Stichwahl kommen.

Tillmanns: Wenn die FDP und die DP bei der Stichwahl uns nicht wählen, dann wird das zu ihrem Schaden sein; denn dann bekommen wir nicht mehr Mandate, und infolgedessen brauchen wir nichts an sie abzugeben.

Müller: Wie ist es mit der Anrechnung der Stimme bei der Stichwahl? In einer Stichwahl stehen sich gegenüber ein FDP- und ein SPD-Kandidat. Die CDU-Wähler

sind aufgefordert, den FDP-Kandidaten zu wählen. Bekommt dann die CDU in diesem Falle auch etwas?

Tillmanns: Das entscheidet nur der erste Wahlgang. Die Stimmen der Stichwahl haben nichts zu tun mit der Berechnung auf der Liste.

Scharnberg: Es ist vielleicht wichtig, etwas darüber zu sagen, wie es zu dieser Erfindung des internen Proporzes gekommen ist. Wir hatten den Wunsch, ein Mehrheitswahlrecht in möglichst weitem Maße durchzusetzen. Das Mehrheitswahlrecht hat die Auswirkung, daß es die großen Parteien begünstigt und die kleinen benachteiligt. Es war aber nur mit Hilfe der SPD möglich, dieses Mehrheitswahlrecht durchzusetzen. Die SPD war aber dazu nicht bereit. Sie hat ihre strategische Linie, alles, was rechts von ihr ist, unter dem Motto divide et impera durcheinanderzubringen.

Die Listenverbindung ist im Grunde genommen nichts anderes als das, was wir schon im alten Wahlrecht hatten, nur daß dabei die Listenverbindung über alles ging. Es wird genauso verrechnet unter den listenmäßig miteinander verbundenen Parteien, wie es im alten Wahlrecht und im jetzigen SPD-Entwurf vorgesehen ist.

Es ist nicht richtig, wenn man sagt: Die CDU gibt etwas ab in der Listenverbindung. Tillmanns hat mit Recht gesagt, sie gibt nur wieder etwas zurück, was sie durch die Mehrheitswahl bekommt. In der Mehrheitswahl fallen uns als große Partei die Mandate zu infolge der Wahlhilfe, die uns unsere Vertragspartner geben. Wenn jemand behauptet, der interne Proporz sei verfassungswidrig, so ist das einfach eine Viecherei; denn es ist nichts anderes als eine interne Verrechnung unter den Parteien, die das miteinander verabredet haben, und zwar in der gleichen Weise, wie es beim letzten Bundestagswahlgesetz der Fall war. Was daran verfassungsmäßig zu beanstanden ist, weiß ich nicht, wenn man nicht unterstellen muß, daß das Verfassungsgericht die Sache nicht aus richterlichen, sondern aus politischen Gesichtspunkten entscheidet.

Wuermeling: Ich möchte eine Klarstellung geben, weil ein Mißverständnis obwaltet. Die Hilfsstimme von früher und die zweite Stimme von jetzt sind zwei Dinge, die überhaupt nichts miteinander zu tun haben. Die frühere Hilfsstimme, die die spätere Stichwahl mehr oder weniger vorwegnehmen sollte, ist jetzt gefallen, und an deren Stelle ist die Stichwahl nach der absoluten Mehrheit getreten.

Wenn Wahlhilfe von anderen Parteien bei der Stichwahl geleistet wird, dann wirkt sich das dahin aus, daß das Mehr, was wir als große Partei durch diese Hilfe bekommen, über die Bundesliste den Helfenden wieder zugute kommt. Unsere Wähler sind nirgends genötigt, irgendeine Stimme für die FDP abzugeben, zumal nicht in Nordrhein-Westfalen. Deswegen ist die Frage des inneren Konfliktes für unsere christlichen Leute in Nordrhein-Westfalen nicht mehr akut; denn wenn sie wissen, daß sie in der Auswirkung ihrer Stimme nur für die CDU arbeiten und daß ein Verrechnungssystem dafür sorgt, daß die anderen ihre Wahlhilfe irgendwie ausgeglichen bekommen, dann ist das keinerlei Gewissensbelastung für sie.

Wir stehen vor folgender Alternative: Wenn wir dieses Wahlrecht, das zu 50 %

Mehrheitswahlrecht ist – mit seinem Kampf gegen die Splitterparteien, mit der Unterdrückung der radikalen Rechten und Linken usw. –, wünschen, dann müssen wir dafür eine Mehrheit haben im Bundestag. Die SPD gibt sie uns nicht. Die FDP und DP können sie nicht konzedieren, wenn sie nicht ihre Halbierung irgendwie ausgeglichen bekommen, die sie erleben würden, wenn der interne Proporz nicht wäre. DP und FDP fielen bei diesem Mehrheitswahlrecht, wenn sie allein marschieren müßten ohne Listenverbindung, im wesentlichen hinten herunter. Man kann praktisch nicht von ihnen erwarten, daß sie dieses Harakiri selbst mitmachen.

Es entsteht nun die Frage: Ist die politische Belastung, die lediglich die Tatsache der Listenverbindung mit der FDP in gewissen Landesteilen mit sich bringt, so schwer, daß wir alle die Vorteile des Mehrheitswahlrechts dafür opfern sollen, um dann letzten Endes auf dem Ergebnis des alten Bundestagswahlgesetzes zu landen? Da bin ich der Auffassung, daß wir aus staatspolitischen, parteipolitischen und koalitionspolitischen Gründen die Listenverbindung in Kauf nehmen müssen. Staatspolitisch – und das ist für mich die Hauptsache – bestehen zu große Gefahren bei der Aufrechterhaltung des Verhältniswahlrechts. Dann bekommen wir einen Bundestag, der nicht arbeitsfähig ist. Ich erinnere an Weimar und auch daran, daß jetzt Mayer mit diesem Verhältniswahlrecht wieder mal gestürzt ist.[51]

Wir haben die Verpflichtung, der demokratisch-parlamentarischen Ordnung einen dauernden Bestand zu verschaffen. Wir können das Mehrheitswahlrecht zwar nur zu 50 % fundieren, aber immerhin 50 %.

Kaiser: Ich glaube, jetzt ist die Sache klar genug. Es ist nur die Frage, dürfen wir christlichen Demokraten diesen Weg gehen für das ganze Bundesgebiet. Kann das für das ganze Bundesgebiet vor dem Bewußtsein unseres Volkes bekanntgegeben werden, daß wir in einer großen Wahlabrede mit den beiden Koalitionspartnern und dem, was sich dazu findet, diese Listenverbindungen eingehen.

Was mir Sorge macht mit dem Blick auf breiteste Kreise unserer Wähler ist folgendes: Man wird sagen, das ganze bürgerliche Volk vereinigt sich gegen die Arbeiterschaft. (*Wuermeling:* Wenn das Zentrum dabei ist, sieht es besser aus.) Mit diesem Kennwort wird die Sozialdemokratie vorgehen. Ich war immer der Auffassung, in dem einen oder anderen Landesteil kann die Verbindung durchgeführt werden, aber insgesamt schließt das eine ganz große Verantwortung ein. Wir müssen uns daher Rechenschaft darüber ablegen, ehe wir uns dazu entschließen.

Dichtel: Kommt diese Listenverbindung nur auf der Bundesebene in Frage, oder ist eine Möglichkeit gegeben, daß auch in einzelnen Ländern oder Gebieten davon abgewichen werden kann? (*Wuermeling:* Technisch schon, aber politisch undurchführbar!)

---

51 Die Regierung René Mayer stürzte am 21. Mai 1953 über die von ihr verlangten Sondervollmachten im Rahmen des Finanzierungsgesetzes zur Bekämpfung der Inflation (vgl. AdG 1953 S. 3989, 4004).

Wenn eine Listenverbindung mit der FDP auf Bundesebene erfolgt, dann ist das für uns in Süddeutschland äußerst schwer.

Lehr: Verfassungsrechtlich gesehen hat der Scharnberg-Entwurf das Bundesverfassungsgericht nicht zu scheuen. Wesentlich ist für die Beurteilung, daß ein kombiniertes System in seinen beiden Arten folgerichtig für jede Art durchgeführt wird. Das ist hier der Fall. Sowohl die Mehrheitswahl mit dem Stichentscheid als auch das Proporzsystem ist einwandfrei.

Der interne Proporz ist lediglich ein Verrechnungselement. Die kombinierte Liste gilt – verfassungsrechtlich gesehen – als eine Partei; infolgedessen ist die Unterverteilung anzusehen, als ob sie innerhalb einer Partei erfolge. Wir können deshalb diesen Entwurf getrost der Anfechtungsklage der SPD entgegenhalten. Zu der Frage der Stimmenverrechnung möchte ich mich hier nicht äußern, sondern nur kurz sagen, daß dieser Entwurf aller menschlichen Voraussicht nach 40 bis 50 Mandate mehr erbringt, während das Verhältniswahlrecht unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Nachwahlen und der Landtagswahlen zweifellos die SPD an die Spitze bringen wird.

Endlich ist noch zu sagen, daß das relative Mehrheitswahlrecht etwa 40 % Mandatseinbußen bringen wird.

Kiesinger: Gegen die Darlegungen von Minister Lehr möchte ich Bedenken anmelden. Man sollte sich schon auf den möglichen Standpunkt des Bundesverfassungsgerichts stellen. Da wäre gerade die Formulierung, die Herr Dr. Lehr gebraucht hat, nach meiner Kenntnis der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die, aus der das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit herleiten würde, und zwar aus seiner bekannten Haltung heraus, daß wir nicht in einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie leben, sondern in einem sogenannten Parteienstaat, bei welchem eine Verwischung der Parteien durch die Listenverbindung zu einer Partei eben verfassungswidrig sei. Es müßte das parteiliche Herkommen klar dargelegt werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat zwar die letzten Konsequenzen daraus noch nicht gezogen, aber im SRP-Prozeß hat es dies getan und auch in dem schleswig-holsteinischen Urteil.[52] Der Bundesverfassungsrichter Professor Leibholz[53] war hier schon der Meinung, daß ein solches System nicht ginge. Ich möchte daher einmal die Auffassung der Juristen zu diesen Dingen hören, damit wir hier nicht Gefahr laufen, sonst würden wir ein riesengroßes Risiko eingehen. Bis jetzt ist nur gesagt worden, daß man die Sache juristisch für stichhaltig hält, aber ich habe nie eine

52 Vgl. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Oktober 1952 betreffend Feststellung der Verfassungswidrigkeit der SRP, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts. Tübingen 1952; vgl. dazu auch LANGE S. 425–431. – Zum Urteil über das Landeswahlgesetz von Schleswig-Holstein vgl. Anm. 55.

53 Dr. Gerhard Leibholz (1901–1982), 1929–1935 Professor an den Universitäten Greifswald und Göttingen, 1947–1970 an der Universität Göttingen, 1951–1971 Richter am BVerfG. – Zu dem hier berührten Problemkreis vgl. LANGE S. 444–453.

Auseiandersetzung mit den Gedankengängen des Bundesverfassungsgerichts selbst und den Gedanken, wie sie Professor Leibholz ausgeführt hat, gehört.

Dobelmann[54]: Wenn wir in Niedersachsen eine Listenverbindung mit den übrigen Parteien eingingen, würde die Sache so aussehen, daß von 34 Wahlkreisen in der direkten Wahl die SPD nur drei bekäme, während sie, wenn wir keine Listenverbindung eingingen, rund 20 bekäme. Mit einem Wort: Wenn wir die Listenverbindung eingehen, wird die SPD eine ganz erhebliche Einbuße erleiden.

Süsterhenn: Ich möchte den Bedenken, die Kiesinger geäußert hat, durchaus zustimmen. Als Herr Globke die Dinge uns vorgetragen hat, hatte ich keine ganz klare Vorstellung, ob er eigentlich für oder gegen den Scharnberg-Entwurf gesprochen hat. Ich habe ihn nachher gefragt, und er hat mir bestätigt, daß er dafür gesprochen habe. Es bleiben immerhin Bedenken hinsichtlich der Schwierigkeiten, die auftauchen könnten. Und in diese Wunde hat Kiesinger den Finger gelegt. Wenn wir in absehbarer Zeit zu einem Gesetz entsprechend dem Vorschlag von Scharnberg kommen, dann aber mit ziemlicher Sicherheit eine Verfassungsklage zu erwarten haben, deren Ausgang zumindest nicht als ganz sicher bezeichnet wird, dann wird doch eine ungeheuere Unsicherheit in unsere ganze Parteiorganisation hineingetragen. Insbesondere wird es dann auch außerordentlich schwer sein, in den einzelnen Wahlkreisen die personellen Entscheidungen zu treffen, wenn man überhaupt noch nicht weiß, wie die Dinge nun verfassungsrechtlich gestaltet werden. Das ist jedenfalls ein Bedenken, was sehr ernst gesehen werden muß.

Ich möchte ein Wort an das anknüpfen, was der Herr Bundeskanzler eingangs seiner Ausführungen zum Wahlrecht gesprochen hat, wo er sinngemäß sagte: Kein Festlegen der Koalition vor den Wahlen, oder vielleicht hat er abgeschwächt gesagt, man soll über die nach den Wahlen zu schließende Koalition vor den Wahlen nicht zuviel sprechen. Ich glaube, gegen diesen Grundsatz verstößt man mit der Annahme des Wahlsystems Scharnberg; denn damit wird nicht nur die Koalition festgelegt, sondern auch – wie Herr Dr. Lehr gesagt hat – wahlrechtlich sozusagen schon vor den Wahlen eine einzige Partei geschaffen. Das ist eine Entscheidung, die zumindest klar gesehen und getroffen werden muß.

Man kann sich aus staatspolitischen Gründen für diese Entscheidung im Sinne einer vorherigen Festlegung auf die jetzige Regierungskoalition aussprechen, aber wenn ich diese Entscheidung hier treffen soll, dann muß diese Alternative zumindest ganz klargestellt und gesehen sein, und wir müssen wissen, welche Entscheidung wir letzten Endes inhaltlich treffen.

Wenn der Herr Bundeskanzler die verlockende und staatspolitisch verantwortungsvolle Aufgabe der Opposition geschildert hat, so stimmen wir hier in diesem Kreise ihm alle zu, aber ob diese Ausführungen auf die SPD besonders werbewirksam sein werden, das erscheint mir mindestens zweifelhaft. Wenn man die Dinge

54 August Dobelmann (1876–1963), 1952–1960 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Oldenburg.

etwas realistisch betrachtet, ist es heute so – das können z.B. unsere Freunde aus Hessen aus ihrer verantwortungsbewußten Opposition erzählen –, daß derjenige, der heute in der Opposition ist, einfach restlos machtlos ist. Das sieht selbstverständlich auch die SPD. Deshalb wird sie alles tun, um eine derartige Regelung, sei es auf dem Wege über die Verfassungsgerichtsbarkeit oder auf sonstigem Wege, zu verhindern, wobei durchaus auch angesichts der Haltung weiter Kreise des DGB mit sogenannten außerparlamentarischen Aktionen unter Umständen gerechnet werden muß. Jedenfalls wird sie in schärfste Opposition dagegentreten.

Ich will mich nicht gegen dieses System aussprechen. Aber wir müssen doch die Größe und den Ernst der Entscheidung hier sehen, die wir damit fällen, wenn wir uns für diesen Vorschlag Scharnberg in der neuesten Form aussprechen.

Außerdem sind die Listenverbindungen in ihrer psychologischen Wirkung in den einzelnen Landesteilen durchaus verschieden. Es ist mit Recht gesagt worden, daß es Landesteile gibt, wo das möglich ist, aber daß es auch Landesteile gibt, wo es eine erhebliche Belastung unserer Wählerschaft darstellt, so daß diese psychologische Belastung unter Umständen dazu führen könnte, daß die erhofften Erfolge von 40 bis 50 Mandaten – wenn ich richtig verstanden habe – wieder weitgehend kompensiert würden durch die Verdrossenheit weiter Wählerschichten, z.B. in Nordrhein-Westfalen, wo ich mir schwer vorstellen könnte, daß christliche Arbeiter bereit wären, FDP-Abgeordnete à la Achenbach zu wählen. (*Zuruf:* Brauchen sie nicht!) Aber die Verbindung ist doch da, die Vorstellung! Wir können die Dinge nicht rein wahljuristisch und wahlarithmetisch betrachten, sondern wir müssen sie besonders wahlpsychologisch nehmen. Psychologische Faktoren sind mitunter stärker als andere. Aus meiner Kenntnis der Verhältnisse im Südwestraum kann ich mir vorstellen, daß ein psychologischer Faktor sich als ein erhebliches Hindernis einstellen könnte.

Ich bitte deshalb zu überlegen, ob es nicht möglich wäre, eine Form zu finden, diese Listenverbindung entweder auf Landesebene herzustellen, wobei den regionalen Verhältnissen psychologisch Rechnung getragen werden könnte, oder aber eine Formel in das Wahlgesetz hineinzubringen, die unter Umständen eine Listenverbindung auf der Landesebene mit abweichenden Regelungen zuläßt. Ich bin in den Dingen neu, um eine endgültige Stellungnahme abgeben zu können. Ich wollte aber doch einmal die erhebliche Verantwortung herausstellen, der wir uns bei einer Entscheidung in dem einen oder anderen Sinn zu unterziehen haben.

Adenauer: Lassen Sie mich ein paar Worte dazu sagen. Wir müssen nun endlich etwas tun. Solche Bedenken, wie sie Herr Süsterhenn geäußert hat, die zweifellos vorhanden sind, hören wir nun seit acht Monaten. Und weil immer nur Bedenken geäußert werden, kommen wir nicht zur Entscheidung. Man darf nicht immer nur die Bedenken sehen, man muß auch das Positive sehen, und man muß sich fragen, was geschieht, wenn wir den Bedenken Rechnung tragen. Dann werden Sie finden, verehrter Herr Süsterhenn, daß dann die letzten Dinge schlimmer sind als die ersten. Sie haben vollkommen recht, wenn Sie sagen, daß die Dinge in den einzelnen

Teilen des Bundesgebietes verschieden sind. Sie haben eben gehört, wie es in Niedersachsen ist, und Sie wissen, wie es in Baden-Württemberg ist. Wenn es zu dieser Verbindung kommt, wird in Bayern die CSU plus Bayernpartei sehr gut abschneiden.

Ich meine, man soll sich immer klarmachen, daß alles Stückwerk ist, was wir auf dem ganzen Gebiete des Wahlrechts machen. Das ist ganz selbstverständlich. Aber wir müssen doch versuchen, das Beste für uns zu erreichen. Und da muß man die Bedenken in Gottes Namen zurückstellen. Wenn ich mal von Nordrhein-Westfalen sprechen darf. Achenbach ist abgehangen. Davon können Sie Notiz nehmen. Er ist von seiner eigenen Partei abgehangen. Ich habe gehört, daß diese ganzen Vorkommnisse sich weiter auswirken werden. Wenn ein christlicher Arbeiter – ich weiß nicht, warum Sie den christlichen Arbeiter so betonen, Sie können geradesogut sagen: christlicher Handwerker – sich nicht entschließen kann, wegen der Einstellung des Herrn Middelhauve zur Wahlurne zu gehen und den FDP-Mann zu wählen, soll er dafür den Sozialdemokraten wählen? Glauben Sie, daß ein Sozialdemokrat im Durchschnitt auf kultureller Ebene für uns besser ist als ein Mann von der FDP? Das glaube ich nicht.

Wenn Sie einmal die Verhältnisse in den Ländern untersuchen, wo die Sozialdemokratie allein herrscht, dann werden Sie staunen. Gehen Sie mal nach Hamburg und nach Hessen, und sehen Sie, welch absolute schrankenlose Herrschaft die SPD dort ausübt. Da muß ich sagen, ist mir selbst ein FDP-Mann von diesem Kaliber noch lieber als ein so engagierter Sozialdemokrat. Wir haben nur die Wahl zwischen beiden, lieber Herr Süsterhenn.

Wenn tatsächlich die SPD die führende Partei in den nächsten vier Jahren würde, dann wird das eintreten, was der Herr Naumann geschrieben hat und was ich mit eigenen Augen in der Fotokopie gelesen habe. Das wäre dann die letzte Bundestagswahl, die von 1953. Stellen Sie sich vor, alles, was wir in den ersten vier Jahren getan und gesagt haben – nehmen Sie nur die Soziale Marktwirtschaft –, würde dann über den Haufen geworfen. Was glauben Sie, was der Teil des deutschen Volkes, der dem Staat infolge der Geschichte, die wir erlebt haben, sehr zurückhaltend gegenübersteht, dazu sagen würde. Oder nehmen Sie unsere Außenpolitik, die wir betrieben und als richtig dargestellt haben – sie ist auch richtig –, dazu würde eine sozialistische Regierung sagen, das ist alles falsch.

Was ich jetzt ausführe, sage ich aus sehr triftigen Gründen. Eine folgende sozialistische Regierung würde sagen: Wir müssen sehr viel stärker mit einem Auge nach Sowjetrußland sehen. Als Außenminister ist ausersehen von den Sozialdemokraten Herr Reuter. Herr Reuter hat mir in meinem Zimmer vor einigen Wochen gesagt: Lenin war ein großer Mann, den ich nach wie vor hoch verehre. Das müssen Sie alles bedenken. Und wenn Sie solche Dinge bedenken, kommen Sie, glaube ich, über diese Tagesereignisse und Gegensätze, die sich dort und hier gezeigt haben, wirklich hinweg.

Ich sage Ihnen, die nächsten vier Jahre werden über das Geschick des deutschen

Volkes und über die Geschicke der parlamentarischen Demokratie in Deutschland entscheiden. Die parlamentarische Demokratie ist in Deutschland nach all den Jahren des Nationalsozialismus und der Besatzung noch nicht so fundiert, daß man dem deutschen Volke einen solch fundamentalen Wechsel in der politischen Auffassung überhaupt zutrauen kann. Das macht das Volk einfach nicht mit.

Die Bedenken sind von uns allen gehegt worden. Wir haben sie herumgedreht nach rechts und nach links seit vielen Monaten. Ich bitte Sie aber nun sehr herzlich, zu einer Entscheidung zu kommen. Die Entscheidung muß man sich sehr einfach vorstellen. Sie ist auch sehr einfach. Sie müssen über folgendes entscheiden: Wollen Sie, daß die bisherige Politik, die wir in den letzten vier Jahren betrieben haben, fortgesetzt wird oder wollen Sie das nicht. Wenn Sie diese Politik nicht fortsetzen wollen – à la bonheur! –, dann begraben Sie damit gleichzeitig unsere Partei. Darüber müssen Sie sich klar sein.

Wollen Sie, daß die Politik der letzten vier Jahre fortgesetzt wird, dann müssen Sie über alle diese Unebenheiten hinwegzukommen suchen. Manchmal fällt es einem schwer, aber man muß, wenn man das große Ziel vor Augen hat.

Was nun das Wort „wahlrechtlich eine Partei" angeht, so bin ich fest davon überzeugt, daß der Herr Kollege Lehr bereit ist, dafür einen anderen Ausdruck zu wählen.

Wuermeling: Wenn nach der Annahme des Gesetzes durch den Bundestag der Bundesrat den Vermittlungsausschuß anriefe – das würde schon im Juni sein – und man wirklich umkippen wollte, dann könnte man immer noch im Vermittlungsausschuß auf das alte Wahlrecht zurückspringen. Ich plädiere in keiner Weise dafür, sondern ich schlage vor, daß wir auf dem schmalen Grat weitergehen, selbst über das Bundesverfassungsgericht hinaus. Denn politisch – abgesehen vom Terminmäßigen – liegen Gefahren beim Bundesverfassungsgericht insofern nicht, als das Bundesverfassungsgericht uns nach Lage der Dinge kein schlechteres Wahlrecht in irgendeiner Form aufoktroyiert als das alte Bundestagswahlrecht. Also verlieren können wir politisch bei konsequenter Fortsetzung unseres Weges überhaupt nichts. Nachgeben oder den Gedanken fallenlassen, kann man immer noch. Terminlich ist die Sache etwas schwieriger, wenn wir in den Juli hineinkommen. Es ist aber für die Vorbereitung der Wahl fast gleich, ob das alte Wahlrecht oder das neue Wahlrecht kommt. Die äußerste Frist, die einzuhalten ist, liegt etwa drei Wochen vor dem eigentlichen Wahltag.

Und nun das Schlimmste angenommen! Wenn wir wirklich in echte Terminnot kämen und unter Umständen auf das alte Wahlrecht zurückgreifen müßten, dann würde sich m.E. auch mit der Opposition der geeignete Weg finden lassen, selbst wenn es eine vierwöchige Verlängerung der Wahlperiode wäre. Ich spreche das aus, um zu einer echten Wahl zu kommen.

Ich glaube, diese Erwägungen können auch die technischen Bedenken mildern. Man kann die Bedenken nicht beseitigen, aber über diese Dinge kommen wir hinweg, wenn wir wissen, daß wir politisch mit dem Weiterschreiten dieses Weges

nichts verlieren können. Den Rückzug auf das alte Wahlrecht können wir jeden Tag noch machen.

Bach: Dieses Wahlrecht ist für uns bedeutend besser als das alte Wahlrecht. Und darauf kommt es an. In Nordrhein-Westfalen kommt praktisch nur ein einziger Wahlkreis in Frage, wo der FDP-Mann anstelle des CDU-Mannes in die Stichwahl käme, nämlich in Bielefeld. In allen anderen Wahlkreisen kommt nur die CDU in die Stichwahl. Ähnlich ist es in Rheinland-Pfalz und auch im Südweststaat mit zwei, drei Ausnahmen. Schwierigkeiten bestehen in Hessen, in Schleswig-Holstein. Es ist eine Freude für uns, daß die Freunde aus Niedersachsen sagen, um des Himmels willen nur nicht das alte Wahlrecht!

Wenn wir den Herrn Bundeskanzler – und darauf kommt es an – in den Stand setzen wollen, seine Politik fortzusetzen, müssen wir im Wahlrecht alles tun, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, sonst besteht tatsächlich die Gefahr, daß die SPD die stärkste Partei wird, weil inzwischen eine Zersplitterung auf der anderen Seite eingetreten ist, die wir nicht ableugnen können.

Von Hassel: Herr Kiesinger hat bei seinen Bedenken auf Schleswig-Holstein Bezug genommen, das bekanntlich in eine Klage in Karlsruhe verwickelt worden ist, und zwar wegen der Sperrklausel, die der Landtag eingeführt hat. Wir gingen nicht auf 5, sondern auf 7,5 %, weil Schleswig-Holstein besonders anfällig für die Radikalen gewesen ist. Wir sind dann mit diesen 7,5 % hineingefallen.[55] Die Begründung brauche ich nicht zu geben. Wir haben 5 % als das normale Maß einer Sperrklausel anerkannt bekommen. Ich glaube, Ihr Gegenargument, Herr Kiesinger, kann sich nicht gründen auf die Klage in Schleswig-Holstein.

Wir haben zwei Wahlgesetze geschaffen, eines für den Landtag und eines für die Gemeinde- und Kreis-Vertretung. Vor einer Wahl können sich die Parteien zusammenschließen; sie können gemeinsame Kandidaten mit einer gemeinsamen Liste aufstellen. Diesem Wahlgesetz verdanken wir es, daß wir fast sämtliche Kreistage mit einer bürgerlichen Mehrheit haben ausstatten können, bis auf einen oder zwei.

Die SPD weiß, daß sie durch dieses Wahlgesetz haushoch verloren hat. Wäre es verfassungswidrig, würde sie längst eine Klage gegen dieses Gesetz eingereicht haben. Das sei als Beispiel genannt, um die Ausführungen der Herren Dr. Lehr und Dr. Wuermeling zu unterstützen.

Wir können von Schleswig-Holstein aus dasselbe sagen wie unsere niedersächsischen Freunde. Das gilt auch für Hamburg. Mit diesem Wahlgesetz kommen wir ein großes Stück weiter. Es hat nur einen geringen Nachteil im Gegensatz zu der großen Gefahr, vor die wir uns andernfalls gestellt sehen.

Süsterhenn: Ich glaube nicht, durch meine Ausführungen in diesem Kreise den

55 Der SSW hatte gegen die 1950 neu in das Landeswahlgesetz von Schleswig-Holstein eingeführte 7,5 %-Klausel Klage vor dem BVerfG erhoben, das am 5. April 1952 dieses Quorum verwarf (vgl. dazu LANGE S. 440–443). Zur Wahlgesetzgebung in Schleswig-Holstein vgl. auch UiD vom 23. Mai 1953.

Eindruck erweckt zu haben, als wenn ich mich für eine sozialistische Regierung, für einen Kurswechsel der Außen- oder Innenpolitik ausgesprochen hätte. Man darf auch nicht unterstellen, daß ich die kulturpolitische Eigenart der SPD nicht kenne. Aber ich wollte gerade doch diese klare Entscheidung, die von uns gefällt werden muß, herausstellen.

Der Herr Bundeskanzler hat erfreulicherweise in seinen jetzigen Ausführungen die Entscheidung präzisiert. Es geht darum, daß die Politik der jetzigen Regierungskoalition auch in den nächsten vier Jahren weitergeführt werden muß, wenn nicht das deutsche Volk allerschlimmsten Schaden leiden soll.

Damit ist die richtige Fragestellung auf den Tisch des Hauses gelegt worden. Ich wollte nur daran mitgewirkt haben, daß diese Fragestellung in dieser Deutlichkeit zum Vorschein trat. Ich bin bereit, auf diese Frage mit einem klaren Ja zu antworten.

Adenauer: Was Herr Süsterhenn gesagt hat, ist richtig. Lassen Sie mich das sogar noch klarer formulieren: Will man, daß der nächste Bundeswirtschaftsminister Nölting[56] heißt, oder will man, daß er Erhard heißt? (*Kaiser:* Nach Möglichkeit Erhard! – *Tillmanns:* Am liebsten keinen von beiden! – *Unruhe und Widerspruch.*) Da muß ich doch wirklich protestieren! (*Anhaltende Unruhe. – Schröder:* Sie wissen nicht, Herr Tillmanns, was Herr Erhard geleistet hat!) Ich hätte gewünscht, diese Kritik wäre nicht geübt worden. Sicher hat Herr Erhard, wie jeder von uns, seine Schattenseiten, aber seine Schattenseiten sind eine übertriebene Steigerung seiner Lichtseiten. *(Lebhafte Heiterkeit.)* Aber alles in allem genommen, muß man doch das eine feststellen, daß Herr Erhard mit einer Courage und mit einem Mut und einer Überzeugungskraft und mit einem Erfolg – bei dem er auch Glück gehabt hat; gut, daß er Glück gehabt hat – zu einer Zeit durchgegriffen hat, als es sehr schlecht um unsere Wirtschaft aussah. Ich nehme an, daß Herr Tillmanns – der schon mal gerne scherzhafte Bemerkungen macht – das gar nicht so arg gemeint hat. Er hat ... *(Tillmanns flüstert dem Bundeskanzler etwas zu.)* Um Gottes willen, erzählen Sie es ihm selber; das ist das beste.

Kiesinger: Herr von Hassel, ich wollte nicht nähere juristische Ausführungen zur Klage von Schleswig- Holstein machen, es war nur ein zufälliger Gedanke, den ich in dem Zusammenhang erwähnte. Ich möchte nicht, daß das Ganze an einer Bestimmung scheitert. Deswegen meine Frage an die Juristen, ob sie sich wirklich auf den Standpunkt gestellt haben, daß wir durchkommen, oder ob hier nur der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Ich habe noch keine klare Darstellung gehört.

Adenauer: Lieber Herr Kiesinger! Ich finde, es hat gar keinen Zweck, was Sie verlangen. Das Bundesverfassungsgericht ist unberechenbar. Deswegen muß man sehr realpolitisch denken. Herr Globke hat sich vielleicht zu vorsichtig ausgedrückt.

---

56 Dr. Wilhelm Erik Nölting (1892–1953), 1923–1933 Professor an der Akademie der Arbeit bei der Universität Frankfurt, 1928–1933 MdPrL (SPD), 1946–1950 MdL Nordrhein-Westfalen und Wirtschaftsminister, 1949–1953 MdB.

Sein Gedanke ist, glaube ich, der folgende gewesen: Er hat gesagt, der Scharnberg-Entwurf ist der für uns denkbar beste; wir wollen ihn durchsetzen. Wir laufen natürlich Gefahr, daß eine Klage kommt. Wir laufen auch Gefahr, daß diese Klage Erfolg haben wird. Aber wenn sie Erfolg haben soll, dann ist das Schlimmste, was uns treffen kann, daß auf irgendeine Weise – wie es Herr Wuermeling angedeutet hat – das Wahlrecht von 1949 zum Zuge kommt, vielleicht mit einer gewissen Modifikation.

Ich meine so: Wenn ich eine gewisse Chance habe, sagen wir 50 %, das bessere Wahlrecht nach dem Scharnberg-Entwurf zu bekommen, dann versuche ich doch zunächst einmal, diese 50%ige Chance wahrzunehmen, als daß ich mich sofort dem ergebe, was sowieso nachher kommt. Wenn man die Sache so sieht, werden Sie zustimmen, daß die Fraktion das tut, was sie zu tun in der Lage ist, damit der Scharnberg-Entwurf durchkommt. Das Weitere wird sich dann finden.

Kaiser: Ich bedaure aufrichtig, daß Süsterhenn einen Rückzieher gemacht hat. In seinen ersten Ausführungen hat er die Sache klar umrissen. Er hat dabei von den psychologischen Faktoren gesprochen. Daran müssen wir denken. Wir müssen bei dieser Entscheidung daran denken, daß die CDU eine andere Partei ist als die beiden Parteien neben uns. (*Zurufe:* Gott sei Dank!) Wir haben es in der Auseinandersetzung nicht nur mit den Sozialdemokraten, sondern auch mit den beiden anderen Parteien zu tun. Die Politik muß fortgesetzt werden, Herr Bundeskanzler, das ist klar. Ich glaube, das können wir auch erreichen ohne eine solche Bindung. Unsere Wählerschaft ist weitgehend anderer Art als die Wähler der FDP. Sie haben bestimmte Grundsätze und Auffassungen, die sie bei den Wahlen zum Ausdruck bringen möchten.

Ich habe vorhin in Ihrer Abwesenheit gesagt, Herr Bundeskanzler, es muß verhütet werden, daß es im Wahlkampf heißt, das vereinigte Bürgertum steht gegen die Arbeiter. Denn das ist eine Parole, mit der die Sozialdemokraten gegen uns kämpfen werden. Das würde die Sache unsagbar erschweren. Deshalb möchte ich wünschen, Herr Bundeskanzler, daß wir freier bleiben um der Stärke unserer Partei willen, wobei ich durchaus zugebe – das hat auch Süsterhenn gesagt, und der Herr Bundeskanzler hat es mit eigenen Worten bestätigt –, daß wir nicht so einheitlich im gesamten Bundesgebiet sind.

Was in Niedersachsen möglich, vielleicht sogar notwendig ist, ist in Süddeutschland noch lange nicht möglich. Deswegen möchte ich bitten, daß wir uns bei der Entscheidung, die wir treffen sollen, vollkommen darüber klar sind, was wir tun.

Adenauer: Herr Kaiser, was sollen wir denn tun? (*Kaiser:* Ich habe es angedeutet.) Also keine Listenverbindung?

Kaiser: Listenverbindung dort, wo sie möglich ist, aber nicht dort, wo wir sie nicht machen können.

Wuermeling: Dann bekommen wir keine Mehrheit!

Kaiser: Wir können die stärkste Partei werden!

Adenauer: Damit haben wir aber keine Mehrheit!

Kaiser: Alles, was ich gehört habe, ist sehr problematisch; ob die Entscheidung im Sinne Scharnbergs liegt oder sonstwie. Ich will absehen vom Bundesverfassungsgericht; denn das hat mit gesundem Menschenverstand nichts zu tun.

Adenauer: Ja, Herr Kaiser, Sie haben die Frage nicht beantwortet. Was empfehlen Sie denn zu tun.

Kaiser: Ich empfehle, daß wir uns so frei wie möglich halten.

Adenauer: Was heißt das?

Kaiser: Daß wir nur dort Verbindungen eingehen, wo es aufgrund der besonderen Verhältnisse möglich ist. Ich habe Niedersachsen genannt. Ich nenne Hamburg, ich denke im Bereich von Nordrhein-Westfalen an Wuppertal. Dort haben wir auch 1949 ein Abkommen getroffen.[57] Wir sollten uns aber sonst freihalten. In meinem Wahlkreis[58] muß ich mich mit den Liberalen genauso auseinandersetzen wie mit den Sozialisten.

Adenauer: Das sollen Sie auch tun, Herr Kaiser. Herr Kaiser meint, bei einer Listenverbindung dürfe man nicht gegen die Leute sprechen. Sie sollen und müssen dagegensprechen. Sie müssen – und jeder von uns muß das – dafür sorgen, daß wir möglichst viele Stimmen auf den CDU-Kandidaten vereinigen. Das geht nur dann, wenn wir gegen die anderen Parteien angehen und denen ihre Sünden vorhalten. Das ist ganz selbstverständlich. Im übrigen aber, sehr verehrter Herr Kaiser, können wir nach diesem Scharnberg-Entwurf nicht lokale Listen miteinander verbinden, sondern es geht nur auf der Bundesebene oder überhaupt nicht.

Sie müssen sich also darüber klarwerden, daß die anderen Parteien – die FDP, die DP, das Zentrum, die Bayernpartei – erklärt haben: Wir stimmen für den Scharnberg-Entwurf, wenn ihr euch für die Listenverbindung erklärt. Jetzt müssen wir die Entscheidung fällen. Wenn wir uns entscheiden, daß keine Listenverbindung stattfinden soll, dann ist der Scharnberg-Entwurf gefallen, und damit sind soundso viele Mandate weg. Daran läßt sich nichts streichen, Herr Kaiser.

Ich darf Ihnen aber folgendes sagen: Ich bin absolut dafür, daß die Interessen der Arbeitnehmer in der Politik berücksichtigt werden, aber zuerst muß ich mir doch den Boden dafür schaffen, von dem aus ich eine Politik treiben kann, die auch im Interesse der Arbeitnehmer ist. Das mache ich aber nicht jetzt vor der Wahl.

Sie verlegen jedoch den Zeitpunkt schon vor die Wahl und sagen, das sind Leute, mit denen können wir nicht zusammengehen. Wenn Sie also nichts erreichen, schädigen Sie doch damit am meisten die Interessen der Arbeitnehmer, so wie Sie und wie wir sie sehen.

Cillien: Ich habe den Eindruck, daß bei den vorgetragenen Erwägungen die

57 Im Wahlkreis Wuppertal I hatte die CDU 1949 zugunsten der FDP auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet. Gewählt wurde Karl Wirths (FDP) mit 39,4 %; auf die SPD entfielen 33,8 %. Dafür verzichtete die FDP auf die Aufstellung eines Kandidaten im Wahlkreis Wuppertal II. Dort wurde Eugen Huth (CDU) mit 37,5 % gewählt.

58 Wahlkreis 91 (Essen III).

rechtlichen Bedenken gar nicht entscheidend sind. Ich hoffe mich nicht zu täuschen in der Annahme, daß dahinter auch moralische Bedenken obwalten. (*Zurufe:* Beides!)

Ich teile nicht die Bedenken, daß wir etwas Unmoralisches tun. Wir gehen die Linie, die wir immer gegangen sind, wir wollten immer das Mehrheitswahlrecht haben.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das die letzte Chance ist, die wir überhaupt haben, um ein verbessertes Wahlgesetz zu machen. Herr Kaiser, mich befremdet, daß hier zum Ausdruck kommt, als wenn soziale Gesichtspunkte nur von der SPD verwirklicht werden könnten. Wenn das der Fall wäre, dann wäre ich nicht in der CDU. Ich glaube, wir haben allen Grund, gerade hier zu sagen, daß wir etwas geschafft haben. In Niedersachsen hat die SPD zweimal ein Wahlgesetz verabschiedet rein gegen uns.[59] Der General hat selbst zugegeben, daß es undemokratisch ist. Wir haben geglaubt, wir könnten die Wählerschaft aufputschen, weil wir darauf hingewiesen haben, daß es völlig undemokratisch ist. Aber es hat kein Mensch darauf reagiert, wie ich überhaupt davon überzeugt bin, daß die Wähler sich um die Einzelheiten des Wahlgesetzes absolut nicht kümmern werden. Also von da aus sehe ich keine Bedenken. Die Leute werden nach dem Modus fragen und dann wählen.

Für uns ist das günstige dabei, daß endlich einmal der Friede mit dem Zentrum angebahnt wird, auch für uns in Niedersachsen. Im übrigen ist es nur wohlgetan, wenn wir dem BHE keine besonderen Chancen in diesem Wahlgesetz geben. Man sollte nicht sein Gesicht verlieren in einem Wahlkampf. Das scheint mir völlig gewahrt zu sein. Wir können durchaus unsere Leute ansprechen, CDU zu wählen. Was nachher auf höchster Ebene verrechnet wird, das interessiert den Wähler gar nicht, so daß nach meinem Dafürhalten als einziges Bedenken bleibt, ob etwa in Karlsruhe eine Klippe zu umschiffen ist. Dazu kann ich nichts sagen. Vielleicht ist es richtig, wie der Bundeskanzler sagt, die Chance zu wahren und es dann darauf ankommen zu lassen. Es wäre nur peinlich, wenn man in einen Terminverzug käme. Im ganzen genommen können wir von Niedersachsen aus durchaus zustimmen, auch der Listenverbindung, wie sie geplant ist.

Scharnberg: Ich habe den Eindruck, daß Herr Kaiser etwas die Hoffnung hat, daß wir bei dem SPD-Entwurf trotzdem für die bisherige Regierungskoalition eine Mehrheit finden würden. Herr Kaiser, ich bin bereit, Ihnen nachher zu zeigen – selbst wenn wir einen Erfolg unserer Partei erzielten –, daß wir nicht damit rechnen können, die stärkste Partei zu werden. Die stärkste Partei allein nützt

59 Vgl. Niedersächsische Landeswahlordnung vom 31. März 1947. In: Die Wahl zum Niedersächsischen Landtag am 20. April 1947 (hrsg. im Auftrag des niedersächsischen Ministers des Innern vom niedersächsischen Landeswahlleiter. Hannover 1947) sowie Fassung vom 5. März 1951 (Niedersächsisches GVBl 2 Nr. 6 vom 6. März 1951 S. 15) mit Änderung vom 1. April 1953 (Niedersächsischer Landtag 2. WP Drs. Nr. 1656 vom 18. November 1954).

nichts. Ich bin wirklich davon überzeugt aufgrund der vielen Berechnungen, die Herr Süsterhenn immer wieder angestellt hat, daß wir ein Parlament bekommen würden, in dem der BHE das Zünglein an der Waage wäre. Das wäre eine Situation, der wir die deutsche Demokratie nicht aussetzen sollten. Wir sollten eine Partei, die sich dazu bekennt, eine reine Interessentenpartei zu sein, die sich politisch nicht binden will, nicht in den Stand setzen, sich – so möchte ich mich mal ausdrücken – zwischen SPD und CDU amerikanisch versteigern zu lassen. Damit hätten wir der Demokratie einen schweren Schlag versetzt.

Tillmanns: Ich glaube, die Bedenken, die Herr Minister Kaiser geäußert hat, richten sich nicht nur gegen die Listenverbindung, sondern auch gegen das Prinzip der absoluten Majorität, im Gegensatz zum Prinzip der relativen Majorität. Wenn wir nach der absoluten Majorität wählen, führt das ohne weiteres dazu, daß bei der Stichwahl im Zweifel die nicht sozialistischen Parteien gegen die SPD stehen. (*Wuermeling:* Das wäre der Tod der SPD.) Ich wollte ja nur Herrn Kaiser antworten. (*Wuermeling:* Gott verhüte diese Sache, weil dadurch die ganze Staatspolitik gefährdet würde.) Die Bedenken von Herrn Kaiser richten sich auch gegen das Prinzip der absoluten Majorität.

Ich kann nicht einsehen, daß es undemokratisch sein soll, wenn wir dem Wähler die Möglichkeit einer echten Option zwischen einem SPD-Kandidaten und einem Nicht-SPD-Kandidaten geben.

Bedenklich an dem Wahlgesetz ist allein folgendes: daß durch die Listenverbindung und durch den internen Proporz praktisch schon die künftige Regierungskoalition gebildet wird. Dieser Vorwurf – ob mit Recht oder Unrecht lasse ich dahingestellt – wird uns gemacht. Das hat auch schon die Diskussion ergeben; das hat in labilen Kreisen der Öffentlichkeit eine ungünstige Wirkung; das ist nicht ganz sauber, und man hält das nicht für richtig. Ich würde in jeder Versammlung dem entgegentreten, aber wir müssen uns darüber klar sein, daß das weitgehend die Wirkung ist.

Wenn es dazu kommen sollte, daß das Bundesverfassungsgericht ein Wahlgesetz erläßt, so wird das in der Öffentlichkeit nicht gut aufgenommen. Man wird sagen, der Bundestag war dazu nicht in der Lage, und das Bundesverfassungsgericht mußte nun mit einem Kunstgriff eingreifen, damit es überhaupt zu einem Wahlgesetz gekommen ist. Ich glaube, eine solche Entwicklung wird der Demokratie in keiner Weise nützen, sondern sie wird sehr schwere Konsequenzen nach sich ziehen. Diese Möglichkeit müssen wir also ganz klar erkennen und berücksichtigen.

Wir können in der gegenwärtigen Situation nichts anderes tun, als zu versuchen, diesen Gesetzentwurf – der heute zum ersten Mal den Namen Scharnberg-Entwurf bekommen hat, ich habe geglaubt, es sei der Regierungsentwurf – (*Wuermeling:* Regierungsentwurf in Scharnbergscher Fassung!) in der zweiten Lesung im Plenum durchzusetzen. Wenn das nicht gelingen sollte, dann wäre es zweifellos günstiger, wir würden von uns aus zu einer anderen Lösung kommen, als daß hinterher diese schwierige Operation über das Bundesverfassungsgericht erfolgt.

Adenauer: Was das zuletzt Ausgeführte angeht, so urteilen die Menschen darüber sehr verschieden. Aber wenn es sein soll, dann würde ich diesen Giftbecher lieber durch das Bundesverfassungsgericht kredenzt trinken; denn dann sterben auch noch andere daran.

Majonica: Wir können aus psychologischen Gründen nicht gut von den Wählern verlangen, daß sie in der Stichwahl der FDP die Stimme geben, mit der wir uns vorher scharf auseinandergesetzt haben. Wir können auch die Wähler nicht angreifen, die wir nachher bei der Stichwahl nötig haben.

Wenn dieses Wahlrecht durchkommt, würde der BHE halbiert werden, weil er nur auf der Reserveliste Mandate bekäme. Das zwingt ihn, auf eines der rettenden Floße der Listenverbindung zu springen, entweder bei uns oder bei der SPD. Der BHE würde versuchen, mit der SPD eine Listenverbindung einzugehen; denn er bekommt von vornherein nur die Hälfte aller möglichen Mandate, die ihm aufgrund seiner Stimmenzahl zuständen, wenn es ein reines Verhältniswahlrecht wäre. Das ist ein erwähnenswerter Gesichtspunkt, weil er für Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bayern starke Auswirkungen auf das Wahlresultat haben muß.

Arnold: Wenn das Ziel erreicht werden soll, von dem der Herr Bundeskanzler sprach, dann kommt es darauf an, daß wir bei den Wahlen so viel Stimmen wie überhaupt möglich zur Wahlurne bringen. Nun haben wir heute erstmalig den konkreten Vorschlag von Herrn Globke gehört, der in dieser Form neu ist. Da ist es im Anfang schwer, mit einem Nein oder mit einem Ja sich zu entscheiden. Es sind nun einige verfassungsrechtliche Bedenken aufgetreten. Herr Lehr hat zum Ausdruck gebracht: Diejenigen Parteien, die eine Listenvereinbarung treffen, sind wahlrechtlich gesehen eine Partei. Wenn das richtig ist, setzt sich dieser Vorgang in Widerspruch zu den Bestimmungen des Grundgesetzes, wonach die Partei eine individuelle politische Gemeinschaft darstellen muß.

Wo dieses Merkmal nicht mehr gegeben ist, können Sie praktisch nicht mehr von einer individuellen Partei sprechen. Insofern könnte man das Bundesverfassungsgericht geradezu provozieren, hier einzugreifen. Aber das mögen die Fachleute von sich aus entscheiden.

Sie haben, Herr Bundeskanzler, mit Recht auf eine Unterredung anläßlich der Kommunalwahlen Bezug genommen. Ich darf in Erinnerung bringen, daß die damals und auch heute von gewerkschaftlicher Seite entfaltete Propaganda eigentlich weniger gegen die CDU gerichtet ist. Sie können hundertfach feststellen, daß die wirklichen politischen Leistungen der CDU auch in den industriellen Großbetrieben anerkannt werden. Aber eine psychologische Mißstimmung und ein gewisser Unterton des Mißtrauens schwebt bei all den Diskussionen mit, indem die Leute sagen: Die CDU ist zwar eine klare christliche Partei, und wir sind mit ihren Grundsätzen vollkommen einverstanden, auch mit ihrem ideellen und politischen Schwung, aber diese Partei ist in ihren letzten politischen Entscheidungen nicht frei, weil auf der anderen Seite Kreise wie Achenbach, Middelhauve usw. stehen – man könnte eine ganze Lauretanische Litanei anführen –, mit denen eine politische Gemeinschaft

hergestellt ist. Das erweckt ein gewisses Gefühl der Unsicherheit. Ich glaube, das sollte man ganz klar sehen.

Wenn also dieser Wahlvorschlag nach außen hin so publiziert werden soll, daß die Listenverbindung praktisch eine Wahlgemeinschaft zwischen CDU, FDP und DP bedeuten sollte, dann habe ich allerdings auch die Bedenken, die vorhin Herr Kaiser zum Ausdruck gebracht hat. Das würde psychologisch das unklügste und falscheste sein, was wir überhaupt tun können.

Wie wir über diese Schwierigkeiten hinwegkommen, weiß ich nicht. Wenn es nicht möglich ist, eine Listenverbindung auf regionaler Basis – also nicht nur auf Bundesebene – herzustellen, dann ist eine Bundesvereinbarung nur denkbar, wenn das Zentrum einbezogen wird. Wenn es nicht einbezogen würde, dann trieben wir dem Zentrum so viel Wählerstimmen zu, wie es bisher noch nie bekommen hat.

Adenauer: Darf ich mit einigen Worten Herrn Ministerpräsidenten Arnold antworten. Zunächst hat er vollkommen recht, wenn er sagt, daß die Verbindung mit der FDP in einer Koalitionsregierung für eine Reihe unserer Leute eine Belastung bringt. Das ist ganz klar. Aber wenn man staatspolitisch die Sache durchdenkt, dann ist mir – ich drücke mich jetzt etwas sehr konzentriert aus – eine FDP mit schwarz-weiß-roten Streifen noch lieber als eine große schwarz-weiß-rote Partei ohne demokratische Streifen. Sie verstehen, was ich damit sagen will. Auch auf dem Wege über die Koalition, verehrter Herr Arnold, haben wir gewisse Einwirkungsmöglichkeiten, daß nun diese nationalistischen Elemente in der FDP nicht zum Zuge kommen. Ich kann es hier sagen, wir haben sehr geholfen, daß innerhalb der FDP diese nationalistischen Elemente stark zurückgedrängt worden sind.

Ich gebe Ihnen ohne weiteres recht, das ist ein Fehler im ganzen, der aber – und das haben Sie mit Recht zum Schluß hervorgehoben – dadurch wieder in etwa wettgemacht wird, daß in einer solchen Listenverbindung nicht nur CDU, CSU, FDP, DP verbunden werden, sondern auch die Bayernpartei und das Zentrum. Daß das Zentrum in der Verbindung drin ist, ist sehr wesentlich. Dazu muß es natürlich kommen. Wenn hier eine Entscheidung gefallen ist, werde ich Herrn Brockmann für die nächste Woche einen Termin sagen, um mit ihm zu verhandeln. Ich glaube, man kann es als sicher annehmen, daß es dazu kommen wird. Herr Globke, das ist doch auch Ihre Meinung? (*Globke:* Ich glaube, daß es sicher dazu kommt.)

Strickrodt: Ganz offensichtlich hängen viele Hemmungen gegen ein solches Wahlverfahren mit dem Schlagwort „Bürgerblock" zusammen. Dieses Wort ist vorhin genannt worden. Die Angst vor einer einseitigen Festlegung der jungen Demokratie ist durchaus vorhanden. Wir müssen gegen diesen Begriff „Bürgerblock" angehen und ihn zu überwinden versuchen. Ich glaube, daß die Alternative, wenn dieses Wahlgesetz durchkommt, Bürgerblock oder sozialgerichtete Regierung für uns gar nicht besteht. Die Gefahr, daß der Staat in ein besitzbürgerliches Fahrwasser hineinkommt, ist keineswegs vorhanden. Es ist nicht so, daß die

Sozialdemokratie etwa den sozialen Staat garantiert. In England und in den nordischen Staaten hat der Sozialismus die Möglichkeit gehabt, die Dinge zu gestalten. Er ist daran gescheitert, insbesondere hinsichtlich der wirtschaftlichen Belange.

Adenauer: Die Vertreter der Presse stehen draußen. Wenn wir ihnen nicht binnen einer halben Stunde etwas geben, wird nichts mehr erscheinen. Darf ich bitten, daß wir uns kurzfassen und zu einer Entscheidung kommen.

Lehr: Ich weise nochmals darauf hin, daß der Wähler bei der Abgabe seiner Stimme nicht nur für seine eigene Partei zu stimmen hat, sondern auch für die Liste. Diese Stimmabgabe ist unstreitig rechtlich gültig und zulässig. Daran ist kein Zweifel. Es handelt sich nur noch um die Unterverteilung der gemeinsam errungenen Sitze. Diese Unterverteilung ist weiter nichts als ein Verrechnungselement. Deshalb haben wir im § 19 des Regierungsentwurfs vorgesehen: Die verbundenen Listen gelten im Verhältnis zu den übrigen als eine gemeinsame Liste, auf der nunmehr nach dem Proporz verrechnet wird.[60] Das ist eine einfache Sache, die ich für rechtlich ohne weiteres zulässig halte.

Müller: Ich möchte davor warnen, irgendwie in der Öffentlichkeit davon zu reden, daß hier gewissermaßen eine einheitliche Liste oder am Ende durch die Listenverbindung eine Partei geschaffen wird. Ich habe nicht den geringsten Zweifel daran, daß das Bundesverfassungsgericht dann erklären würde: Das widerspricht dem Grundgesetz. Praktisch wird bei der Listenverbindung individuell die Partei nach der Maßgabe der an sie abgegebenen Stimmen gewählt. Darum sollte man den oben genannten Ausdruck nicht wählen.

Ich teile auch insofern die Bedenken nicht, als ob das Bundesverfassungsgericht von sich aus ein Gesetz erlassen würde. Es hat einen Weg der Gesetzgebung beschritten bei der Verbindlichkeitserklärung des Gutachtens. Das wurde allgemein abgelehnt. Ich bin der Meinung, daß es im äußersten Falle im Wege der einstweiligen Verfügung den Wahltermin verlegt.

Herr Dr. Tillmanns hat erklärt, ein ungünstiges Urteil des Bundesverfassungsgerichts könnte das Ansehen des Bundestages erschüttern. Ich stimme ihm voll zu und glaube, daß Herr Dr. Wuermeling die Dinge etwas zu optimistisch sieht. Wenn das Wahlgesetz Scharnbergscher Prägung angenommen wird, dann wird es von der SPD mit massiven Mitteln der Propaganda bekämpft. Wenn das Bundesverfassungsgericht dieses Gesetz für ungültig erklären sollte, dann würde das unmittelbar vor den Wahlen einen außerordentlichen Erfolg, psychologisch und propagandistisch, für die SPD bedeuten, den sie weidlich ausnützen wird.

Daher gebe ich folgende Anregung, und zwar gewitzigt durch die Erfahrungen in einem anderen Fall – ich meine die Bonner und Pariser Verträge –: Es mögen nicht nur die Sachbearbeiter der Ministerien oder die Minister ihre Rechtsauffassung hier zugrunde legen, sondern man sollte auch Sachkundige und Sachverständi-

60 Vgl. BT-Drs. Nr. 4090 vom 19. Februar 1953.

ge vorher hören, die auf manches hinweisen können. Das würde sich lohnen; denn so unberechenbar sind die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts auch nicht.

Zu der Frage, kommen wir nicht in den Verdacht, einen Bürgerblock zu bilden, möchte ich folgendes sagen: Nachdem die Stichwahl gefallen ist, scheint mir die Bindung der in der Liste vereinigten Parteien nicht mehr so stark zu sein, zumal der Herr Bundeskanzler erklärt hat, es steht gar nichts im Wege, daß wir im Wahlkampf auch die in der Liste vereinigten Parteien bekämpfen.

Zu den Ausführungen des Herrn Minister Kaiser möchte ich sagen, ob wir die Listenverbindung haben oder nicht, das Gerede vom Bürgerblock wird so oder so kommen.

Ich gebe folgendes zu erwägen. Soll man, um wenigstens die Bedenken in unserem Kreise zu beruhigen, nicht eine erläuternde Erklärung geben: Diese Listenverbindung bedeutet für die künftige Koalition kein Bündnis auf Gedeih und Verderb; es kommt nicht auf die Koalition an, sondern darauf, daß man gemeinsame Ziele hat. Man könnte hinzusetzen, jeder, der in Zukunft bereit ist, die Grundlinie unserer Politik weiterzuführen, kann auch in einer Koalition willkommen sein.

Ich habe folgende Bedenken – Sie lachen mich vielleicht aus –, daß bei anderen Parteien, die sich hier verbinden, der Gedanke an eine künftige Koalition gar nicht so fest ist. Wenn ich an die Strömungen in der FDP denke, könnte ich mir vorstellen, daß die FDP, wenn sie durch die Listenverbindung verschiedene Mandate gewinnt, also Zünglein an der Waage wird, sich plötzlich für eine Koalition mit der SPD entscheidet. Daß das die Auffassung des Stuttgarter Ministerpräsidenten ist, ist zweifelsfrei. Er will diese Koalition auf Bundesebene. Daß er im Bundesrat gegen dieses Gesetz stimmen wird, erscheint mir auch eindeutig.

Ein Mitglied des Kabinetts, Herr Dr. Dehler, hat in Baden-Württemberg eine Rede gehalten. Das war der massivste und unverschämteste Angriff gegen die CDU, der jemals in der letzten Zeit dort gestartet worden ist.[61] Wenn der Herr Bundeskanzler an uns den Appell gerichtet hat, Herrn Maier mit Samthandschuhen zu behandeln, möchte ich an ihn die Bitte richten, auch Herrn Maier und seinen Genossen in der Bundesregierung zu sagen, daß das natürlich auf Gegenseitigkeit beruhen muß; denn dazu können wir uns niemals verstehen, daß wir uns zurückhalten, während die anderen hemmungslos seitens der FDP gegen die CDU losschießen.

Man sollte hier mit einer klaren Erläuterung die Dinge klären und darauf hin-

61 Dehler hatte bei der Tagung der Jungdemokraten am 10. Mai 1953 in Heidenheim u.a. erklärt, es sei die große Aufgabe der FDP, den Bürger zum Staat hinzuführen, denn weder die Christlichen Demokraten noch die Sozialisten seien dazu imstande noch willens. Für die Haltung Reinhold Maiers gegenüber der CDU in Baden-Württemberg habe er volles Verständnis, denn er glaube, daß auch dort „die schwarzen Kanonen schon mit schwarzem Pulver geladen werden" (vgl. „Hamburger Anzeiger" vom 11. Mai 1953; „Schwäbische Donauzeitung" vom 11. Mai 1953).

weisen, daß diese Verbindung nichts anderes ist als eine sachliche Gemeinschaft zur Fortführung der bisherigen Politik.

Adenauer: Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir die Ausführungen von Herrn Dehler mitteilten. Sie haben etwas übersteigert; ich habe nicht gesagt: Samthandschuhe!

Müller: Damit es verständlicher wird!

Scharnberg: Das Primäre liegt nicht so sehr im Wahlrecht, sondern in der politischen Situation. Im übrigen ist bei diesem Wahlrecht keine Beeinträchtigung der Selbständigkeit der einzelnen Parteien vorgesehen. Es ist durchaus noch nicht gesagt, daß diese Parteien nachher gemeinsam in die Regierung gehen. Man kann weder von einer Bindung noch von einer Beeinträchtigung der Selbständigkeit noch von einer Wahlgemeinschaft, Herr Ministerpräsident Arnold, reden. Man würde eine ganz falsche Darstellung zulassen, wenn man diese Listenverbindung als eine Wahlgemeinschaft bezeichnete.

Albers: Es ist bekannt, daß ich gegenüber dem Scharnberg-Entwurf immer meine eigene Meinung hatte, die ich auch bis zuletzt im Vorstand der Fraktion vorgetragen habe. Auch bei der heutigen Debatte habe ich noch nicht die Sicherheit bekommen, daß Karlsruhe uns nachher nicht das Wahlgesetz aufoktroyiert. Das ist der Gefahrenpunkt, vor dem wir stehen.

Die Bedenken beim internen Proporz waren in erster Linie gegen die FDP gerichtet; sie sind zum Teil behoben dadurch, daß wir zu einer echten Gemeinschaft mit dem Zentrum kommen.

Wenn allerdings durch diese Berechnung ein Herr Achenbach oder ein Herr Middelhauve oder sonst ein Exemplar von Nordrhein in den Bundestag einziehen sollte, dann haben wir draußen nicht das notwendige gute Gesicht. Deshalb muß mit der FDP festgelegt werden, daß die auf unsere Kosten aufrückenden Mandatsträger Persönlichkeiten sind, die uns in Nordrhein-Westfalen nicht das Leben sauer und schwer machen.

Adenauer: Das letztere läßt sich ohne weiteres erreichen. Nun darf ich noch ganz wenige Sätze sagen. Was den Bürgerblock angeht, so hat Herr Gebhard Müller mit Recht gesagt, wir können tun, was wir wollen, Listenverbindung oder nicht, in der Propaganda der SPD wird der Bürgerblock immer wieder erscheinen. Dabei muß ich sagen, besehen Sie sich einmal die Fraktionen der SPD und der CDU/CSU. Dann werden Sie sehen, wo der Bürgerblock ist. Bei uns sind mehr Arbeitnehmer als in der SPD-Fraktion. Wenn Sie das Wahlprogramm der SPD[62] studieren, mit dem sie jetzt auf den Mittelstand losgehen und versuchen, ihn unter allen Umständen zu bekommen, dann muß [ich] sehr nachdrücklich sagen, die jetzige Sozialdemokratie ist in keiner Weise mehr das, was sie vor 1933 gewesen ist; es sind ganz

62 Das Wahlprogramm der SPD vom 10. Mai 1953 war aus dem Programm des Dortmunder Parteitags vom September 1952 entwickelt worden und umfaßte 12 Thesen (vgl. AdG 1953 S. 3987; KLOTZBACH S. 283f.).

andere Schichten. Herr Albers, ich habe das Meinige getan, damit Herr Achenbach abserviert wird. (*Albers:* Herr Middelhauve ist auch noch da!) Herr Middelhauve ist nicht im entferntesten so schlimm wie Achenbach. Man muß sich darüber klar sein: Wir mögen ein Wahlrecht haben, was wir wollen, wogegen werden wir in der Hauptsache den Wahlkampf führen? Doch gegen die SPD! Wogegen ist der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen geführt worden bei den Landtagswahlen und bei den Kommunalwahlen? Gegen die SPD! Und wenn im nächsten Jahr in Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen sind, wogegen wird der Wahlkampf geführt werden? Gegen die SPD! (*Albers:* Wir haben ihn auch gegen die FDP geführt!) Wieviel FDP-Leute haben Sie denn? (*Arnold:* 26!) Und wieviel SPD? (*Arnold:* 64!) Also, der Wahlkampf wird gegen die SPD geführt.

Ein Wort zum Bundesverfassungsgericht! Sie kennen die Geschichte vom Kaninchen und von der Schlange. Lassen wir uns doch nicht wie ein Kaninchen nach Karlsruhe schauen und uns hypnotisieren lassen vom Blick des Bundesverfassungsgerichts. Wollen wir doch abwarten, was es tut!

Wir wollen mal sehen, wenn der Bundestag ein Wahlgesetz beschlossen hat und die Frist bis zum Wahltermin sehr kurz bemessen sein wird, ob dann das Bundesverfassungsgericht es wirklich auf sich nimmt, uns ein Wahlrecht aufzuoktroyieren. Da bin ich ganz anderer Ansicht als Sie, Herr Albers. Das Bundesverfassungsgericht erfreut sich in der Bevölkerung wirklich keines großen Ansehens, und es hat auch keine Sympathien. Die Bevölkerung ist die Sache vollkommen satt mit dem Bundesverfassungsgericht. Wenn das Bundesverfassungsgericht es aber doch macht, dann ist der Pfropfen (*Arnold:* locker geworden!). Ja! Dann kommt der Ministerpräsident mit einem Antrag, den er in der Tasche hat.

Damit wir nicht aneinander vorbeireden, darf ich folgendes sagen: Wir wünschen vom engeren Vorstand, daß Sie uns bevollmächtigen, in der Frage der Listenverbindung zu verhandeln. Wir beschließen heute noch nicht die Listenverbindung, sondern zu verhandeln. (*Zurufe:* Gut!) Wir müssen verhandeln, damit uns die anderen auch garantieren, daß sie für den Gesetzentwurf stimmen und Rücksicht nehmen bei der Auswahl der Kandidaten in dem Sinne, wie es eben Herr Albers gesagt hat. So weit bevollmächtigen Sie den Vorstand?

Arnold: Herr Bundeskanzler! Wäre es nicht zweckmäßig, auch den BHE mit einzubeziehen? Ich gebe das nur als Anregung; ich weiß nicht, ob es politisch richtig ist. *(Widerspruch.)*

Adenauer: Damit haben Sie denen ein heißes Eisen in die Hand gedrückt! Das Wort hat Herr Kather. *(Heiterkeit.)*

Kather: Die Vertriebenen-Abgeordneten der Koalition würden diese Sache nicht mitmachen, wenn sie wüßten, daß der BHE einbezogen wäre. Man kann nach sieben Jahren sagen, die politische Absonderung ist nicht gut für die Vertriebenen. Die Einschließung des BHE würde von den Vertriebenen der CDU, die sehr viel mehr sind, als man allgemein annimmt, nicht verstanden werden; ganz abgesehen von den Bedenken, die eben Herr Albers vorgetragen hat, die ja beim BHE noch

stärker hinsichtlich der Persönlichkeiten gegeben sind. Ich habe gehört, daß man z.B. auch Herrn Schepmann[63] aufstellen will. Ich erinnere an die Dinge in Hessen, wo über die Verbindung der FDP acht BHE-Leute in den Landtag gekommen sind, von denen sieben inzwischen von der Sozialdemokratie praktisch kassiert worden sind.[64] Ich muß also dringend vor einem solchen Schritt warnen.

Adenauer: Ich möchte bitten, das Thema jetzt zu verlassen; denn es ist nicht gut möglich, daß wir jetzt noch mit dem BHE Fühlung aufnehmen. Da pflichte ich Ihnen bei, Herr Kather.

Süsterhenn: Kann mir einer der Herren Wahlrechtssachverständigen sagen, ob es möglich ist, dieses Prinzip der Listenverbindung evtl. auf der Landesebene stattfinden zu lassen?

Wuermeling: Politisch undurchsetzbar; es ist bei den anderen eine Conditio sine qua non!

Adenauer: Herr Süsterhenn, dann würde jede Partei sagen, das Land will ich nicht.

Sollen wir nun ausdrücklich darüber abstimmen, daß Sie uns bevollmächtigen, über die Frage der Listenverbindung in dem Sinne zu verhandeln, wie wir es besprochen haben? (*Albers:* Verhandeln!) Ja, verhandeln, aber auch, wenn diese Vorbedingungen erfüllt werden, daß wir dann auch Ja sagen. Verhandeln kann man immer. (*Bach:* Bevollmächtigen!) Daß Sie uns bevollmächtigen, wenn unsere Bedingungen erfüllt sind,

1. für den Scharnberg-Entwurf zu stimmen,
2. daß wir uns in der Frage der Benennung der Kandidaten gegenseitig – ich gebrauche jetzt den Ausdruck – konsultieren bei gewissen Kandidaten und
3. daß wir auch abschließen, und zwar mit allen, wobei die Bayernpartei mit der CSU abstimmt. Ich glaube, das ist schon so gut wie perfekt.

Dann darf ich diejenigen Damen und Herren, die dafür sind, bitten, eine Hand zu erheben!

Das ist doch wohl die übergroße Mehrheit.

Ich darf Ihnen mitteilen, daß Herr Lojewski[65] die Bundespressestelle unserer Partei übernommen hat. Er ist hier anwesend. Ich darf ihn vorstellen. *(Lojewski erhebt sich.)*

Ich schlage nun vor, daß wir über die Kandidaten uns aussprechen.

Dichtel: Ich halte die Erhöhung auf 480 Abgeordnete nicht für glücklich. Ich habe sogar sehr ernste Bedenken dagegen.

---

63 Wilhelm Schepmann (geb. 1894), 1932 MdPrL (NSDAP), 1933 MdR, 1943 Stabschef der SA, war am 9. November 1952 bei der niedersächsischen Kommunalwahl auf der BHE-Liste zum Stadtrat in Gifhorn gewählt worden (vgl. STOCKHORST S. 387; NEUMANN S. 80 und S. 113f.).

64 Vgl. dazu NEUMANN S. 58f., S. 94 Anm. 376.

65 Vgl. Nr. 21 Anm. 2.

Scharnberg: Die Erhöhung auf 480 liegt im wesentlichen in unserem Interesse, weil wir von der relativen auf die absolute Wahl übergehen. Eine Reihe von Wahlkreisen wird gewonnen; aber auch einige werden verloren.

In der Öffentlichkeit wird gegen die 480 Mandate sehr wenig abfällig kritisiert. Die SPD hat auch dafürgestimmt. Die FDP hat die Erhöhung beantragt, so daß also im Wahlkampf keine Partei sagen wird, daß ist eine Erfindung der CDU. Abgesehen davon ist auch der Umstand, daß viele Abgeordnete in europäischen Parlamenten verpflichtet sind, ein guter Grund, mit dem man sich vor der Öffentlichkeit verteidigen kann.

Adenauer: Zufrieden, Herr Dichtel?

Dichtel: Nein! Es wurde heute hier gesagt, man sollte möglichst seinen Prinzipien treu bleiben und nicht sein Gesicht verlieren. Schon im Königsteiner Kreis[66] haben wir die Meinung vertreten, das Parlament soll nicht in der Quantität seine wertvollste Eigenschaft besitzen, sondern in der Qualität. Es dürfte richtig sein, daß die Ausweitung damals auf 400 Abgeordnete sehr stark dem Prinzip der SPD entsprochen hat. Die SPD wird jederzeit für jede Erweiterung des Parlaments sein, weil sie gerade dort ihre Funktionäre sitzen hat, die die billigsten Mitarbeiter sind und auf Staatskosten dotiert werden. Wir sind damals auf 400 gedrängt worden, und jetzt haben wir sogar 480. (*Zurufe:* 484!)

Und nun, Herr Bundeskanzler, ein Wort in aller Offenheit. Die 400 Abgeordneten haben Ihnen genug Sorge gemacht; ob Sie mit 480 besser zurechtkommen werden, weiß ich nicht. Draußen im Lande werden wir mit dieser Erhöhung bestimmt keinen guten Eindruck machen. Es wird zwar keine Revolution geben, aber ich bin der Meinung, wir werden damit unserem Prinzip untreu. Ich halte die Sache für unrichtig.

Schröder: Was Herr Dichtel gesagt hat, entspricht auch dem Grundsatz der Bundestagsfraktion. Mit 480 Abgeordneten haben wir das Ergebnis der Reichstagswahl, wo auf 60.000 Wähler ein Mandat kam. Wenn Sie dazunehmen, daß das amerikanische Repräsentantenhaus 435 Leute hat für das ganze große Amerika, dann zeigt sich um so deutlicher, wie richtig das ist, was Herr Dichtel vorgetragen hat.

Aber die Antwort ist einfach. Daß man jetzt auf 484 gekommen ist, ist ein rein rechnerischer Vorgang, zu dem wir deshalb genötigt werden, weil wir auf der Basis von 242 Wahlkreisen operieren müssen und die Zusammenlegung oder Streichung der Wahlkreise ein Problem wäre, was wir rein technisch nicht in diesen Monaten lösen könnten. Daraus ergab sich, um überhaupt einen Ausgleich auf der Bundes-

66 Am 5./6. Februar 1947 hatten Vertreter von CDU und CSU in Königstein/Taunus die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands beschlossen. In der Folgezeit fanden in Königstein mehrere Tagungen des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft und der Vorsitzenden der Landesverbände statt; in der Konferenz vom 20. August 1948, an der Dichtel teilnahm, wurde über Verfassungs- und Parlamentsfragen gesprochen (Bestand Dörpinghaus ACDP I-009-007).

ebene vornehmen zu können, daß wir tatsächlich ganz schematisch 50 plus 50 machen mußten.

Majonica: Es besteht die Gefahr, daß der BHE mit der SPD zusammengeht.

Adenauer: Es kann sein, aber ich glaube es nicht. (*Majonica:* Er wird halbiert!) Meinen Segen hat er zur Halbierung.

Wiedemeier[67]*:* Zu den 484 kommen noch die 22 Berliner Abgeordneten; das sind insgesamt 506.

Dichtel: Wird es bei dem Verhältnis 60 : 40 bleiben?

Schröder: Das reicht nicht aus. Wir können eine Verbindung auf der Bundesebene nur dann machen, wenn wir die größere Zahl haben. Das ist sorgfältig geprüft worden. Man kann die Landeslisten nicht isoliert machen, weil man die Gesamtverbindung der Listen braucht, um den Bundesausgleich herzustellen.

Adenauer: Sie haben vollkommen recht, Herr Dichtel, 200 bis 240 genügten, aber alle anderen Parteien sind für die Erhöhung. Man muß manchmal etwas passieren lassen, was einem keine Freude macht.

Kaiser: Diese Begründung ist mir neu.

Schröder: Es ist gesagt worden, daß wir die Leute für Straßburg usw. brauchen. Das Ganze ist aber eine reine rechnerische Frage. Nach draußen soll man aber ruhig die andere Begründung geben. (*Johnen:* Die glaubt sowieso keiner!) Das will ich nicht sagen.

Adenauer: Ich möchte einige Worte zur Kandidatenfrage sagen lassen; vielleicht Sie, Herr Kaiser? (*Kaiser:* Ich würde Sie bitten, Herr Bundeskanzler, zunächst einige Ausführungen zu machen.)

Es ist schade, daß Herr von Brentano nicht hier ist. Wir haben in der jetzigen Bundestagsfraktion für gewisse Gebiete der Gesetzgebung nicht genügend sachverständige Mitglieder. Infolgedessen kommen wir in den Ausschüssen nicht so zur Geltung, wie das an sich nach der Zahl unserer Mitglieder sein müßte. Ich drücke mich sehr vorsichtig aus.

Es kommt hinzu, daß häufig Mitglieder von uns verhindert sind, so lange in den Ausschüssen zu bleiben, wie das notwendig wäre. Zum Bundestagsabgeordneten gehören Fleiß, Pflichttreue und Kenntnisse.

Schröder: Wenn Sie sich schon sehr vorsichtig ausgedrückt haben, Herr Bundeskanzler, dann muß ich noch vorsichtiger sein. Das ergibt sich aus der Lage der Sache. Es ist ganz sicher, daß die Bundestagsfraktion eine so gute Arbeit geleistet hat, wie es nach den Umständen zu erwarten war.

Ich glaube, daß man sicher auf einige Lücken hinweisen kann. Es gibt keine

67 Franz Wiedemeier (1890–1970), 1918–1933 Sekretär des Zentralverbands christlicher Fabrik- und Transportarbeiter, 1929 Stadtverordneter in Ulm, 1930–1933 MdR (Zentrum), Mitgründer der CDU, 1946 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung Württemberg-Baden, 1946–1964 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (1948–1952 Fraktionsvorsitzender), 1954–1961 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Nordwürttemberg.

Mannschaft, die nicht vertragen könnte, verstärkt zu werden. Einen Mann wie Herrn Etzel haben wir praktisch bis heute nicht ersetzen können. Man glaubt nicht, wie groß der Ausfall von jemand sein kann, der sich voll und ganz in eine Sache hineinversetzt hat.

Das ist aber auch das einzige Beispiel, das ich mit Namen nennen möchte, weil es jemanden trifft, der ausgeschieden ist. Es ist sehr schwer, auch nur irgendwelche anderen Namen in eine solche Erörterung einzubeziehen. Ich glaube, daß wir eigentlich auf allen entscheidenden Gebieten – Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Steuer-Politik – eine gute Verstärkung vertragen können. Es gibt kaum ein Gebiet, bei dem wir nicht dankbar dafür wären, zusätzlich Kräfte in die Mannschaft hineinzubekommen. Der ideale Vorgang würde dabei sein, die bisherige Mannschaft um so viel Kräfte aufzufüllen, wie sich die Hoffnungen realisieren lassen, die wir an das Wahlrecht knüpfen.

Die SPD hat eine Mannschaft, die manchmal so wirkt, als ob sie nach Stunden bezahlt und engagiert wäre, die sehr treu ihre Zeit absitzt, während die Differenziertheit der Menschen und Berufe bei uns so groß ist, daß ein großer Teil der derzeitigen Fraktionsfreunde auf vielen anderen Gebieten mitarbeiten und sehr oft versuchen, das Unmögliche möglich zu machen, indem sie Dinge miteinander verbinden, die sich schwer miteinander verbinden lassen.

Eine gewisse Milderung wird dadurch eintreten, daß die Arbeitslast des kommenden Bundestages vermutlich etwas geringer sein wird als bisher. Aber soviel ist ganz sicher: Es ist nicht mit irgend jemand gedient, der nach irgendeiner Funktion sucht. Wir brauchen Leute, die wirklich entschlossen sind, den weitaus größten Teil ihrer Arbeitskraft – egal ob dankbar oder undankbar – auf diesem Gebiet zu investieren. Das ist das Problem, ohne ins Detail zu gehen.

Adenauer: Darf ich den Herrn Landesvorsitzenden Johnen bitten, einige praktische Vorschläge zu machen, wie man der Bundestagsfraktion helfen kann.

Johnen: Das ist außerordentlich schwierig, Herr Bundeskanzler. Jeder Abgeordnete, ganz gleich, in welchem Gremium, hält sich für den besten. Es ist ungeheuer schwer, einem klarzumachen, daß er sich für den Posten nicht eignet. Es ist tatsächlich so – ich sage das ganz offen –, daß diejenigen Persönlichkeiten, die man so häufig unter „ferner liefen" bezeichnet, oft in den sichersten Wahlkreisen sitzen.

Adenauer: Verzeihen Sie, da muß ich persönlich reden! *(Heiterkeit.)*

Johnen: Sie sind nie „ferner gelaufen" und nie Einzelgänger gewesen. Also, diese Abgeordneten sind in ihren Wahlkreisen nicht unbeliebt. Der Wähler wählt den Abgeordneten nicht danach, ob er in der Bundestagsfraktion wertvoll ist oder nicht, sondern er beurteilt den Bundestagsabgeordneten und Landtagsabgeordneten so, wie sich dieser im Wahlkreis gezeigt hat. Manche Persönlichkeiten haben es nun außerordentlich geschickt verstanden, sich in den Wahlkreisen beliebt zu machen und ihre Fähigkeiten besonders herauszustellen.

Sie werden feststellen, wenn Sie mit den Kreisvorsitzenden verhandeln und nur in Erwägung ziehen, neben dem eigenen Kandidaten auch andere Persönlichkeiten

zu nennen, daß das rundweg abgelehnt wird. Aber man wird sich in dem einen oder anderen Fall durchsetzen müssen. Es geht nicht anders. Die Art, wie man das macht, scheint mir ebenso verschieden zu sein, wie die Struktur der Bundesrepublik verschieden ist.

Die Abgeordneten müssen etwas können! Und neben dem Können müssen sie auch das anwenden, was sie können.

Die Grundlage muß sein, eine echte CDU-Substanz herzustellen. Die Landesvorsitzenden sollten sich daher zusammenfinden und prüfen, welche Kategorien fehlen in der Gesamtliste, und was kann der einzelne Landesverband noch an Persönlichkeiten präsentieren.

Müller: Man wird außerordentlich skeptisch sein gegen alle Versuche, hier gewissermaßen eine Veredlung der Abgeordneten herbeizuführen, weil der Irrtum nicht auszurotten ist, als ob bäuerliche Interessen nur durch Bauern, Arbeiterinteressen nur durch Arbeiter, Mittelstandsinteressen nur durch das Handwerk usw. vertreten werden könnten. Kann denn nicht ein Mann, der ein umfassendes Wissen hat, die Interessen mindestens so gut vertreten wie ein anderer, der diese Kenntnisse nicht hat? Aber dagegen kämpft man vergeblich an. Sie hätten die Möglichkeit, uns in der von Ihnen gewünschten Richtung eine Erleichterung dadurch zu geben, daß Sie in das Wahlgesetz die Bestimmung hineinbringen, daß für die Benennung der Kandidaten auch in den Kreisen gegenüber dem Wahlleiter der Landesvorstand zuständig ist. Dann hätten wir ein Druckmittel gegenüber den Kreisen, während wir jetzt den Leuten nur wie einem lahmen Esel zureden können.

Ich habe Herrn von Brentano geschrieben, aber wenig Gegenliebe gefunden. Man sollte uns die Möglichkeit geben, aus den Kreislisten bis zu drei Kandidaten aufzustellen. Dann könnten wir auch eine Reihe von Berufsinteressen berücksichtigen.

Tillmanns: Wenn wir die stärkste Partei bleiben wollen, sind wir darauf angewiesen, in dem einen oder anderen Fall Persönlichkeiten herauszustellen, die so stark wirken, daß sie uns neue Stimmen zuführen. Wenn das im ganzen Bundesgebiet nur zehn Fälle wären, würde das schon eine starke positive Wirkung für die Partei haben. Wir sollten zunächst von den Landesverbänden hören, wen sie präsentieren können.

Lensing: Um diese Angaben machen zu können, muß man zunächst das Wahlgesetz kennen. Wenn wir wissen, wir bekommen in Westfalen meinetwegen sechs Mandate mehr, können wir sagen, welche Leute wir benennen.

Es muß aber zunächst geklärt werden, wer die Kompetenz bei der Aufstellung der Kandidaten in Zukunft hat, ob das der Kreisparteitag oder der Landesparteitag ist. Wenn ich die Anträge sehe, die ich hinsichtlich der neuen Kandidatur bekomme, dann kann mir angst und bange werden.

Wir sind bereit, das Unsere zu tun, aber es muß uns auch die Fraktion helfen. Es geht nicht an, daß sich die Fraktion dauernd davor scheut, uns zu sagen, wer von den Abgeordneten nach ihrer Auffassung nicht wiederzukommen braucht.

Ich erinnere mich an die Bundestagswahl 1949. Damals hat der Fraktionsführer der CDU im Wirtschaftsparlament in Frankfurt[68] ganz klar die Abgeordneten, die in Frankfurt gewesen sind, klassifiziert, so daß wir sagen konnten, die Leute sind besonders wertvoll, und die und die brauchen wir nicht.

Wir müssen also von der Fraktion verlangen, daß sie uns eine klare Auskunft über die Qualität der jetzigen Abgeordneten gibt. (*Wuermeling:* Wer ist denn Fraktion?)

Adenauer: Damit hat Herr Lensing zweifellos recht. Das Geschäft ist natürlich sehr unangenehm in den Landesverbänden, aber Sie können sich darauf berufen, daß nach Ansicht der Fraktion der betreffende Abgeordnete nicht gerade unbedingt nötig ist. (*Wuermeling:* Wer ist denn Fraktion in diesem Falle?) Das muß ein kleiner Kreis des Fraktionsvorstandes tun.

Kaiser: Es ist zwar festgelegt worden, daß eine solche vertrauliche Mitteilung an die Landesvorsitzenden erfolgen solle, aber man ist etwas zu zaghaft. Ich habe noch das Wort in den Ohren, das Brentano damals drüben in der „Bürgerschaft"[69] ausgesprochen hat: Ich werde mir den Teufel tun, das wird bekannt, und dann gibt es Feindschaft.

Im übrigen bewegen mich die gleichen Gedanken, die ausgesprochen worden sind in bezug auf die zu wählenden Abgeordneten. Ich klammere mich an den Satz von Johnen: Die Fraktion muß ein wahrer Ausdruck der Struktur unserer Partei sein. Die Christlich-Demokratische Union ist im Grunde genommen die wirklich einzige Volkspartei in diesem Lande. Das Bild der Sozialdemokraten ist im wesentlichen die Arbeitnehmerschaft, auch wenn das Fraktionsbild damit nicht übereinstimmt. Es ist richtig, daß wir in unseren Reihen echte Arbeiterpersönlichkeiten haben. So sehr ich mit Ihnen übereinstimme, Herr Gebhard Müller, daß es natürlich falsch ist, daß nur ein Arbeitnehmer die Interessen der Arbeitnehmer und ein Bauer nur die Interessen der Bauern vertreten kann, sondern daß es Persönlichkeiten mit einem universalen Blick gibt, die das genausogut können, so sehr bleibt doch übrig, daß wir die großen Schichtungen unseres Volkes – weil wir eine echte Volkspartei sind – auch im Bild der Fraktion in Erscheinung treten lassen müssen.

Ich bin davon durchdrungen, daß der Wahlerfolg – ganz gleich, wie es mit dem Wahlgesetz wird – davon abhängen wird, ob es uns gelingt, in der Auseinandersetzung mit der SPD die Arbeiterschaft zu halten und neue Schichten zu gewinnen. Das ist nun einmal so in diesem Arbeitervolk, das wir Deutschen geworden sind. Wir werden eine echte Auseinandersetzung mit der SPD über die deutsche Arbeiterschaft führen. Wir werden das mutig anpacken.

Die Christlich-Demokratische Union würde ihre Mission für das deutsche Volk

68 Dr. Friedrich Holzapfel.

69 Gemeint ist der Bonner Bürgerverein, in dem 1949 die ersten Fraktionssitzungen stattfanden (heute Neubau Hotel Bristol). Druck der ersten Fraktionssitzungen in WENGST: Auftakt.

nicht erfüllen können, wenn sie in steigendem Maße eine Partei der kleinen und mittelständigen Leute oder des flachen Landes würde. Es muß uns gelingen, uns in Großstädten und im Industriegebiet zu behaupten; wir müssen Köln und Düsseldorf und Essen bekommen. (*Zuruf:* Erobern!) Jawohl, erobern! Das gilt auch für das Industriegebiet. Es ist schmerzlich, daß wir in Gelsenkirchen, Dortmund und Bochum, wo wir in früheren Zeiten – im Sinne der Tradition gedacht – führend waren, ins Hintertreffen gekommen sind. Es kommt darauf an, daß die richtige Mannschaft in die Fraktion hineinkommt.

Arnold, Albers und ich, wir haben ein sehr deutliches Gespräch mit dem geschäftsführenden Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, mit Walter Freitag an der Spitze, geführt.[70] Es ist in Aussicht genommen, mit den großen Organisationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes – es sind die ganzen Industrieverbände dabei – das Gespräch weiterzuführen.

Wir werden ihnen dabei klarmachen, daß es aufhören muß, von seiten dieser Organisationen immer nur von der SPD zu sprechen. Wir sind mindestens ebensoviel wert. Wir haben ihnen dargelegt, was wir unter Konrad Adenauer geleistet haben. Das sage ich ohne jede Einschränkung. Wir haben zum Ausdruck gebracht, daß wir versuchen wollen, namhafte hauptamtliche Gewerkschafter ins Parlament zu bringen. Wir denken daran, daß es gelingen sollte in Westfalen, den besten Mann, der aus unseren Reihen kommt, den Johannes Platte[71], ins Parlament zu bekommen. Er wird in einem umstrittenen Wahlkreis – in Gelsenkirchen oder Bochum – zur Wahl gestellt. Ebenso müßten wir eine vergleichbare Persönlichkeit in Nordrhein haben. Ich denke an Leute wie Giesberts[72] in Essen und Imbusch[73].

Ich werde mich in Erfüllung meiner Aufgabe noch einmal an die Herren Johnen und Lensing wenden, damit wir das nicht übersehen. Ich bitte darum, daß man das auch in den anderen Landesverbänden nicht vergißt.

Ich habe vorigen Sonntag in Mainz sprechen dürfen und habe dort den Gedan-

---

70 Am 9. Mai 1953 in Düsseldorf (vgl. KOSTHORST S. 266).

71 Johannes Platte (1894–1960), 1925–1933 Sekretär des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, Mitgründer der CDU Rheinland, 1950 Hauptvorstandsmitglied der IG Bergbau in Bochum, 1953 Mitglied des Beratenden Ausschusses der Montanunion, 1954–1956 Minister für Arbeit und Soziales von Nordrhein-Westfalen.

72 In der Vorlage: Giesberg. – Johann Giesberts (1865–1938), 1892–1918 Stadtverordneter in Mönchengladbach (Zentrum), 1905–1918 und 1920–1933 MdR, 1906–1918 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1918–1919 Unterstaatssekretär im Reichsarbeitsamt, 1919–1922 Reichspostminister (NDB 6 S. 375f.).

73 Heinrich Imbusch (1878-1945), 1905–1919 Redakteur der Wochenschrift des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands „Der Bergknappe", 1919-1933 Vorsitzender des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, 1919–1924 Stadtverordneter in Essen (Zentrum), 1929–1933 Vorsitzender des DGB, 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1920–1933 MdR, 1920–1933 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates (NDB 10 S. 144f.).

ken des Volkscharakters unserer Partei zum Ausdruck zu bringen versucht.[74] Ich glaube, ich bin ganz gut verstanden worden. Ich weiß, daß in Rheinland-Pfalz der Kollege Junglas[75] nicht mehr kandidieren soll. Ich möchte wünschen, daß in den stark industriell durchsetzten Bereichen wie die Pfalz und andere Bezirke auch wieder eine Persönlichkeit – nicht irgendein Mann – zur Wahl kommt.

Es sind eine Reihe von Anregungen an mich ergangen. Ich werde den Landesverbänden noch schreiben. Ich habe den gleichen Wunsch Niedersachsen gegenüber. Es muß zu einer echten Auseinandersetzung über die Arbeiterschaft zwischen uns und der SPD kommen.

Wir haben in Hamburg aus voller Überzeugung gesagt, daß wir den sozialen Rechtsstaat verwirklichen wollen in einem geeinten Deutschland und in einem sich vereinigenden Europa. Dieses Wort verpflichtet uns. Wir müssen dieses Vorhaben erfüllen für die Bundesrepublik Deutschland und auch mit dem Blick auf das in absehbarer Zeit – so Gott will – vereinigte Deutschland.

Albers: Wenn das Wahlgesetz so durchkommt, wie es jetzt vorgesehen ist, müssen wir der SPD das Argument wegnehmen, als ob wir eine bürgerliche Partei wären. Wenn wir das nicht schaffen, sehe ich die Schwierigkeit, daß die SPD mit ihrer Parole Bürgerblock und Bürgertum bei der Arbeiterschaft in weiten Kreisen Anklang findet.

Ich möchte die Anregung von Kaiser weitgehend unterstützen; wir müssen auch Arbeitnehmervertreter aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen bekommen, die irgendwie einen gelben Anklang finden. (*Unruhe. – Zuruf:* Was ist denn das! Was heißt gelb?) Wenn die Herren es nicht wissen: mehr oder weniger arbeitgeberabhängige Persönlichkeiten.

Deshalb mein Appell an die Herren, auch an Herrn Scharnberg, nicht allein daran zu denken, daß von Hamburg, dieser großen Arbeiterstadt, nur die repräsentativsten Vertreter eines gut gesättigten Bürgertums erscheinen.[76] So muß ich es einmal sagen.

Der Kampf, den wir mit der SPD zu führen haben, wird insbesondere von der Arbeitnehmerschaft durchzustehen sein. Die Argumente für diesen Kampf gegen die SPD sind gegeben, wenn wir auf Kandidaten aus der Arbeitnehmerschaft verweisen können. Gegenüber dem DGB ist die Situation für uns nicht schlecht. Die

74 Vor dem Landesverband der CDU Rheinland-Pfalz am 17. Mai 1953.

75 Johann Junglas (1898–1963), 1933 Stadtverordneter in Mayen, Mitglied des Kreistags und Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags (Zentrum), Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz, 1946–1949 Minister für Gesundheit und Wohlfahrt, 1947–1950 MdL, 1949–1953 MdB, 1953–1963 Ministerialdirektor und Staatssekretär im Sozialministerium Rheinland-Pfalz.

76 Für die CDU wurden in Hamburg zum zweiten Bundestag direkt gewählt: Gerd Bucerius, Hugo Scharnberg, Hans Griem; über die Landesliste kamen Georg Schneider, Karlfranz Schmitt-Wittmack, Roland Seffrin und Paul Leverkuehn. Als Arbeitnehmervertreter konnte nur Georg Schneider (vgl. Nr. 24 Anm. 117) angesehen werden.

letzten Wahlen zur Angestelltenversicherung werden dem DGB Veranlassung geben, seine bisherige Haltung zu überprüfen. Das Ergebnis zeigt, daß auch die Bäume des DGB nicht in den Himmel wachsen.[77]

Wir sollten uns veranlaßt sehen, auch außerhalb des rheinisch-westfälischen Industriegebietes uns eine entsprechende Vertretung der Arbeitnehmerschaft zu sichern. Der Bundesparteitag in Hamburg hat draußen im Volke in den breitesten Schichten eine so starke Wirkung ausgeübt, wie das bisher noch bei keinem Parteitag der Fall gewesen ist. Wenn wir weiter so fortfahren, wie wir in Hamburg begonnen haben, dann hat die SPD noch lange nicht die Sicherheit, für ihre Kandidaten die meisten Stimmen zu bekommen.

Adenauer: Es ist keiner unter uns, der es nicht für berechtigt und notwendig hält, daß in einer wirklich stattlichen Schar die Vertreter der Arbeitnehmer in der Bundestagsfraktion sind. Darüber brauchen wir nicht zu sprechen. Ich möchte darauf hinweisen, daß aber jetzt schon die Vertreter der Arbeitnehmerschaft in der Bundestagsfraktion nächst der Grünen Front am meisten zu bedeuten haben. Sie rücken sogar an die Grüne Front ziemlich heran. Trotzdem können wir noch mehr gebrauchen; aber Sie müssen auch die richtigen Leute benennen.

Herr Kaiser sprach von Herrn Platte. Ich habe wegen Herrn Platte gestern mit Herrn Storch gesprochen. Ich kenne Herrn Platte. Er würde ein ganz ausgezeichneter Mann sein, aber Herr Platte hat Herrn Storch erklärt: Wenn ich jetzt weggehe aus der IG Bergbau und der August Schmidt[78] geht in wenigen Monaten weg, dann würde das ein kolossaler Fehler sein. Deswegen lassen Sie mich hier.

Sie dürfen also nicht ein Loch aufreißen, das überhaupt nicht mehr ausgefüllt wird. Da kommt kein zweiter Mann hin wie Platte. Ich möchte daher unsere Freunde, die den Gewerkschaften nahestehen, bitten, sich mit den katholischen und evangelischen Arbeitervereinen wegen dieser Frage zusammenzusetzen, damit auch da nicht gewisse Reibungsflächen entstehen zwischen Gewerkschaft, KAB und den evangelischen Arbeitern. Sie müssen zusammengehen und Vorschläge machen. Wenn Sie glauben, nicht durchzukommen, müssen Sie sich an den Parteivorstand wenden. Darüber sind wir uns klar, daß wir hinter Ihnen stehen, damit Sie wirklich die Leute hinbekommen.

Nun zu der Abgeordnetenfrage! Ich muß sagen, verehrter Herr stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion[79], es hilft alles nichts, Sie müssen im Vorstand der Fraktion ein kleines Gremium wählen, das nun tatsächlich sich die ganze Gesellschaft vor Augen führt. Dazu bitten Sie am besten einige Landesvorsitzende hier-

77 Bei den Wahlen zur Selbstverwaltung der Angestelltenversicherung erhielt die DAG 56 %, der DHIV 20 %, der DGB 17 % und der VWA 7 % der Stimmen. – Bei den Sozialwahlen für die Ortskrankenkassen erhielten in Westfalen die christlichen Kandidaten 28 %, in Hamburg 23,8 % der Stimmen (vgl. FAZ vom 20. Mai 1953).

78 August Schmidt (1878–1965) war von 1946–1953 Vorsitzender der IG Bergbau, er verzichtete 1953 auf seine Wiederwahl mit Rücksicht auf sein Alter.

79 Johannes Albers.

her, mit denen dann nicht schriftlich, sondern mündlich die Dinge erörtert werden. Vor allen Dingen muß man sich auf die Landesvorsitzenden verlassen können, damit kein unnötiges Getratsche und Gequatsche kommt. Aber das werden Sie tun müssen!

Es wird weiter notwendig sein, daß Sie sich einmal in einem vom Bundesvorstand zu bestimmenden Gremium hinsetzen und einen Katalog aufstellen, welche Sparten nicht genügend besetzt sind, um dies dann an die Landesvorsitzenden mitzuteilen. Sie sprachen von der Wirtschaft; das ist richtig. Sie haben an Steuerfachleuten nur den Herrn Neuburger, und der ist kolossal belastet. Auf finanziellem Gebiet haben Sie dringend Leute nötig. Ich kenne keinen im ganzen Bundestag, der dem Herrn Schäffer gewachsen ist. Und Sie müssen Leute haben, die ihm gewachsen sind. Sie müssen gute Finanzexperten haben.

Darf ich nun als Meinung des Parteivorstandes feststellen, daß in folgender Weise verfahren wird: Der Fraktionsvorstand richtet an die Landesvorsitzenden ein Schreiben, in dem auf diese Dinge aufmerksam gemacht wird.

Albers: Ich hatte mit dem Vorsitzenden von Nordrhein ein kurzes Gespräch über die Frage, was macht nun die Bundespartei, und mit welchen Mitteln und Möglichkeiten können wir bei der Wahl rechnen. Von Herrn Dr. Schreiber wurde die Auffassung bekundet, daß man im Lande draußen nicht genügend informiert sei über die Absichten der Bundespartei bzw. des Bundesparteivorstandes.

Ich wäre daher dankbar, wenn wir heute auf diese Frage eine konkrete Antwort bekämen. *(Unruhe.)*

Adenauer: Die Herren haben jetzt nicht richtig zugehört, was Herr Albers gesagt hat. Ich will daher seine Ausführungen nochmals zusammenfassen. Herr Albers möchte wissen, welche Mittel zur Verfügung stehen, was an Propaganda usw. für die Wahl vorgesehen ist.

Heck: Ich bin einigermaßen darüber erstaunt, daß Herr Dr. Schreiber nicht wissen will, was vorgesehen ist. Der Gesamteinsatz ist in der Landesgeschäftsführerkonferenz unter körperlicher Anwesenheit *(lebhafte Heiterkeit.)* von Herrn Dr. Schreiber sehr eingehend besprochen worden. Es wurde auch bei der vorletzten Vorstandssitzung hier eingehend darüber gesprochen, wie die Etatmittel aufgeteilt werden sollen.

Ich darf daher kurz wiederholen. Es ist vorgesehen, an Redner-Material zur Verfügung zu stellen:

1. einen sogenannten Sündenkatalog der SPD von 1946 an bis heute. Das hat ein kleines Werk von 240 Seiten Umfang ergeben. Die Sache wird in den nächsten Tagen in Druck gegeben[80];
2. wird von der Regierungserklärung des Bundeskanzlers im Jahre 1949 ausgegan-

80 Erschienen unter dem Titel „SPD-Spiegel" (Hrsg. Bundesgeschäftsstelle der CDUD in Bonn o.J.).

gen und unter Hinzuziehung des Berichts der Ministerien sämtliches Material über die geleistete Arbeit zur Verfügung gestellt;

3. wird das Hamburger Programm in einzelnen Punkten so weit ausgeführt, daß es von den Rednern im Wahlkampf verwendet werden kann.

Darüber hinaus werden, beginnend mit dieser Woche, tausend kleine Kreiszeitungen mit Material beliefert, wonach die Auswirkung der Bundespolitik auf die Kreise umgerechnet wird; z.B. über die Motorisierung.

Mit der ersten Juniwoche wird ein sogenannter „Mittwoch-Dienst" mit 185 Kopfzeichen herausgegeben, und zwar wird die Regierungspresse und die Presse, die eine regierungsfreundliche Haltung einnimmt, beliefert. Es sind vorgesehen Karikaturen, satirische Gedichte und Fabeln, die illustriert werden können.

Weiter ist vorgesehen ein Drei-Fragen-Interview, d.h. an führende Politiker unserer Partei werden jeweils drei Fragen gerichtet, die abgesprochen werden. Wir haben jetzt 65 Tonausrüstungen in Arbeit, die ausgeliefert werden können bis Ende Juni. Zehn Wagen werden uns von einer Dienststelle des Herrn Lenz zur Verfügung gestellt. Es sind ferner vorgesehen zwei- oder dreiminütige Reden vom Bundeskanzler, von Herrn Erhard usw.

Um den Einsatz dieser Tonpropaganda sicherzustellen, haben wir bereits mit der Durchführung eines Lehrganges begonnen. Im Monat Juni werden wir zwei weitere Lehrgänge durchführen, damit in den Landesverbänden genügend Personal vorhanden ist, das die Geräte bedienen kann.

Auch die Filmpropaganda hat zu einem Teil eingesetzt. Für die Flugblätter ist ein Betrag von 360.000,–DM vorgesehen. Für die Flugblätter liegt bereits einiges Material an satirischen Gedichten vor, ebenso auch an Karikaturen. Wir sind der Meinung, daß wir nicht sämtliche Flugblätter todernst gestalten sollen.

Für den Monat August ist vorgesehen, daß zweimal je drei Plakate über das ganze Bundesgebiet angeschlagen werden. Darüber hinaus werden wir eine große Anzahl kleiner Plakate für die Dörfer herstellen. Von diesen je drei Plakaten soll eins das Bild des Bundeskanzlers bringen. Ein zweites Plakat soll sich auf Europa und die Außenpolitik beziehen; das dritte soll eine innenpolitische Frage behandeln.

Es ist weiter eine Wahl-Illustrierte vorgesehen. Diese Illustrierte hätte wiederum die Persönlichkeit des Bundeskanzlers herauszustellen und dann anhand von Fotos usw. in einer Gegenüberstellung die geleistete Arbeit aufzuzeigen. Diese Wahl-Illustrierte muß unbedingt eine gute Dosis Humor beinhalten. Der Bundeskanzler sagte gestern, daß es wichtig sei, wenn wir uns sicher und überlegen zeigten. Ich glaube, man kann dieser Sicherheit nicht besser Ausdruck geben, als den Wahlkampf mit einem guten Teil Humor zu führen.

Der Rednereinsatz soll insoweit zentral erfolgen, als Redner in einem anderen Landesverband sprechen. Ich habe von den Landesverbänden die Meldungen allerdings mit einiger Verzögerung bekommen. Sobald die Termine der Redner hier sind, müssen wir uns in einer Landesgeschäftsführerkonferenz damit beschäftigen, Angebot und Nachfrage einigermaßen auszugleichen, da anzunehmen ist, daß sich

viele Dinge nicht ganz decken werden. Es ist vorgesehen, daß der Herr Bundeskanzler zerstreut über das Bundesgebiet an größeren Orten spricht, soweit das für ihn tragbar ist. Damit sollen soweit wie möglich Besuche von Flüchtlingslagern verbunden werden, ferner Pressekonferenzen auch für kleinere Journalisten. Davon versprechen wir uns sehr viel. Es sollen weiter auf Marktplätzen usw. zwei- oder dreiminütige Reden stattfinden. Dann wird Propaganda gemacht: Der Kanzler kommt.

Außerdem soll eine Großkundgebung am 26. Juli in der Westfalenhalle stattfinden.[81] In den Filmtheatern ist eine Diapositivwerbung vorgesehen. Ich würde es aber für besser halten, wenn es gelänge, daß der Bundeskanzler bei dieser Gelegenheit die Bürger auf ihre Wahlpflicht anspricht und daß das in die Wochenschau kommt. Gegen die Diapositivwerbung werden nämlich Bedenken erhoben, weil wir damit in eine Propaganda zwischen Seidenstrümpfe und Büstenhalter kommen, was natürlich nicht gut ist. Im übrigen neutralisiert sich die Diapositivwerbung dadurch, daß sie von sämtlichen Parteien gemacht wird.

Es ist verabredet mit der Südflug AG ein Flugwerbeeinsatz. Das gesamte Bundesgebiet ist in 13 Gebiete eingeteilt. Es fliegen 13 Maschinen einen Monat lang täglich zunächst ein bis zwei Stunden und die letzten Wochen drei bis vier Stunden, und zwar im Schleppflug. Bei Tagesanbruch erfolgt ein Flugblattabwurf in den großen Industrieräumen, damit die Flugblätter vorliegen, wenn die Arbeiter in die Betriebe gehen. (*Wuermeling:* Das ist Monopol für uns!) Ja! Für diesen Einsatz ist eine Konzentration vorgesehen im Nordseeraum, im Allgäu und in den ausgesprochenen Erholungsgebieten wie Oberbayern usw.

Darüber hinaus haben wir einen besonderen Einsatz mit Studenten vor, die aus der Sowjetzone geflohen sind und reden können, und zwar in den gefährdeten Wahlkreisen. Wir würden jeweils eine Mannschaft von vier Leuten zusammennehmen, die vier Wochen lang in einem Wahlkreis angesetzt werden.

Das sind die Punkte, die mit den Landesgeschäftsführern abgesprochen worden sind und von der Bundespartei durchgeführt werden. Die Mittel hierfür sind vom Vorstand zunächst genehmigt worden. Ob sie vorhanden sind, weiß ich nicht. Darüber müßte der Bundesschatzmeister Auskunft geben.

Lenz: Es ist z.Z. so, daß der Trend der öffentlichen Meinung für uns so günstig ist, daß es einem angst davor werden kann, was wir alles tun müssen, um diesen Stand aufrechtzuerhalten. Sie haben die Karte gesehen, nach der die Kurve für die Zustimmung der Politik des Bundeskanzlers auf 48 % gestiegen ist. Vor zwei Jahren waren es noch 20 %. Die CDU liegt heute mit 37 % klar vor der SPD, die jetzt ungefähr 32 % nach Schätzungen in der öffentlichen Meinung hat. Die FDP hatte in den letzten Monaten eine ziemlich starke Einbuße; sie hat wieder auf 14 % aufgeholt. Der BHE schwankt zwischen 7 und 6 %.[82]

81 Vgl. UiD vom 29. Juli 1953; FAZ vom 28. Juli 1953.

82 Vgl. Institut für Demoskopie: Die Stimmung im Bundesgebiet, 88: Die Einstellung zur

Ich bin über die positive Entwicklung im letzten Jahr äußerst überrascht. Es ist so, daß heute in der öffentlichen Meinung die Leistungen der Bundesregierung – und damit auch der Partei – in einem ganz anderen Maß anerkannt werden, als das vor einem oder zwei Jahren der Fall war. Im Jahre 1951 gab es noch 76 % Menschen, die gesagt haben, es wird viel Geld von der Bundesregierung verschwendet. Dieser Prozentsatz ist auf 56 zurückgegangen.

Wenn der Bundeskanzler einverstanden ist, darf ich eine neue Frage aufgreifen, nämlich die, wie stehen Sie dazu: Soll der Bundeskanzler weiter Bundeskanzler bleiben? Dazu sagen 48 % der Bevölkerung – das ist noch nicht dagewesen – jawohl, er soll Bundeskanzler bleiben. Nur 6 % nennen überhaupt einen anderen Kandidaten, nämlich Herrn Ollenhauer. Selbst in den Kreisen der SPD ist also die Meinung so unsicher, daß sie keinen zugkräftigen Gegenkandidaten hat.

Auch die Popularität der Bundesminister, insbesondere des Herrn Erhard, ist erheblich gestiegen. Besonders wichtig ist, daß auch die öffentliche Meinung anerkennt, daß es der Bevölkerung jetzt sehr viel besser geht als früher. Auf die Frage, geht es Ihnen besser, antworten heute 57 % mit Ja, während es vor drei Jahren nur 19 % waren.

Wir haben auf überparteilicher Basis in den beiden letzten Jahren eine sehr konsequente Propaganda betrieben durch die „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise“[83]. Wir haben 20 Wagen mit den modernsten Ton- und Filmgeräten, die im Wahlkampf eingesetzt werden können und den Parteien zur Verfügung gestellt werden. Ich habe sehr erhebliche Vorwürfe von seiten der FDP und der DP bekommen, diese überparteiliche Propaganda komme letzten Endes nur der CDU zugute. Ich kann auch daran nichts ändern, wenn das der Fall sein sollte; denn ich habe mich bemüht, die Werbung sehr unparteiisch durchzuführen, aber im Sinne der Regierungskoalition. Das ist ja schließlich meine Aufgabe, die Regierungspolitik populär zu machen.

Bach: Zu der Frage von Herrn Dr. Heck muß ich leider sagen, daß die Finanzen nicht ganz in Ordnung sind. Die Dinge, von denen Herr Heck sprach, kosten 2,6 Millionen; außerdem braucht die Bundesgeschäftsstelle für die laufende Arbeit 2 Millionen. Über 1 Million ist bereits ausgegeben. Es sind nun Versprechungen da, daß ich etwas bekommen soll, aber sie sind noch nicht eingelöst. Ich bin durch die Behandlung in der letzten Woche etwas skeptisch geworden.

Ich würde daher vorschlagen, daß wir durch die „Konrad-Adenauer-Schecks“ in Höhe von 2,–, 5,– und 10,– DM die Arbeiter, Angestellten und Handwerker heranziehen, die gern etwas geben. 50 % davon könnten im Wahlkreise bleiben, so daß

Politik des Bundeskanzlers Januar 1952 – April 1953 (Kurve), und 90: Entwicklung der Parteien (Kurve) Januar 1952 – April 1953 (NL Lenz ACDP I-172-035/2), auch zu den weiteren Umfragen).

83 1951 auf Initiative von Otto Lenz gegründete Public-Relations-Organisation zur Förderung der Demokratie in Deutschland (Hinweise bei Hans-Edgar JAHN: Gesellschaft und Demokratie in der Zeitwende. Köln 1955 S. 281f., 311, 368).

diese das Geld für ihre Propaganda auswerten könnten. Ich halte es für notwendig, daß wir durch kleine Wahlbeiträge einen Teil des Wahlkampfes finanzieren.

Wehking: Von unseren politischen Freunden wird uns dauernd der Vorwurf gemacht: Weshalb die Flugblattaktion erst im Wahlkampf, wenn die Bevölkerung damit überschwemmt wird? Die Flugblätter werden dann nicht gelesen. Ich würde daher vorschlagen, die Flugblätter schon jetzt zu verteilen.

Wuermeling: Es hat bisher am Geld gefehlt. Wir wollen zunächst die Ollenhauer-Briefe an die Rentner beantworten.[84] Ich bin auch der Meinung, daß es höchste Zeit ist, anzufangen.

Bach: Ich bitte, zu meinem Vorschlag wegen der Wahlschecks Stellung zu nehmen.

Adenauer: Was verstehen Sie unter Wahlschecks? (*Bach:* Das steht drauf.) Ich höre von Herr Wuermeling, daß die SPD eine Million Stück Schumacher-Gedenkmarken im Werte zu 1,– DM zum Aufkleben auf Briefmarken herausgibt. Ich meine, Herr Bach, fangen Sie doch auch mit 1,– DM an, vielleicht auch mit 50 oder 10 Pf.

Bach: Unsere Arbeiter geben gern 1,– DM und die Handwerker gern 5,– DM für diese Schecks. Das habe ich festgestellt. Eine Sache ist so viel wert, wie man dafür opfert. Die Leute, die dafür eintreten, geben gern etwas; sie fühlen sich dann besser verbunden.

Wir haben in unserem Bezirk von den Beiträgen kleiner Leute gelebt. (*Arnold:* Wer sind diese kleinen Leute in Siegen?) Meine Mitglieder sind meistens Arbeiter.

Wuermeling: Wir haben auch an Streichholzschachteln mit aufgedruckten Sprüchen gedacht.

Zimmer: Das Flugblatt von Wuermeling war ausgezeichnet.[85] Sie müssen bei einer Neuauflage unbedingt darauf achten, daß es in die Betriebe kommt und zum Gegenstand des Gesprächs unter den Arbeitern und Angestellten wird. Es muß darüber gesprochen werden; aber es muß jetzt geschehen, das ist wichtiger als vier Wochen vor den Wahlen; denn dann verdauen die Leute das nicht mehr, weil zuviel auf sie zukommt.

Ich bitte zu erwägen, ob nicht unsere christlichen Gewerkschafter dabei namentlich signieren, damit nicht gesagt wird, das ist eine reine Parteipropaganda. Ich denke dabei an unsere prominentesten Gewerkschaftsmitglieder.

Die Landesparteien bestehen in diesem Sommer oder Herbst etwa acht Jahre. In dieser Zeit haben zahllose ehrliche kleine Leute sich ohne irgendein Entgelt für unsere Sache zur Verfügung gestellt. Wäre es nicht an der Zeit, daß wir in irgendeiner Form diesen Leuten von der Partei aus eine kleine Auszeichnung zukommen

84 Ollenhauer stellt die von den Regierungsparteien beschlossene Rentenerhöhung den Vorschlägen der Opposition gegenüber (Schreiben vom Februar 1953 in AdsD SPD-PV Bestand E. Ollenhauer Nr. 94).

85 Nicht zu ermitteln.

lassen würden. Sie glauben nicht, wie das wirkt. Wir stehen im Vordergrund. Die kleinen Leute aber sagen: Wir haben soundso viele Jahre lang idealistisch mitgearbeitet. Ich möchte folgendes zur Erörterung stellen: Könnte man ihnen nicht ein Bild des Bundeskanzlers, vielleicht eigenhändig signiert, übergeben. Die kleinen Leute draußen brauchen etwas Derartiges.

Adenauer: Sie haben vollkommen recht, Herr Zimmer, mit diesen Anregungen. Die Sozialdemokratie gibt goldene Parteiabzeichen aus!

Bach: Auf Veranlassung des Herrn Bundeskanzlers haben wir die „Geschichte der christlichen Parteien" schreiben lassen.[86] Dieses Buch ist in 3.000 Exemplaren bestellt worden mit einer Widmung des Kanzlers. Die Landesverbände sollen dieses Buch ihren treuesten Mitgliedern übergeben.

Zimmer: Ein Buch können die Leute nicht einrahmen und nicht an die Wand hängen!

Bach: Ich halte es aber für sehr wertvoll.

Adenauer: Ja, meine Damen und Herren, jetzt bin ich noch gefragt, aber nach der Wahl bin ich vielleicht nur noch Brief. *(Heiterkeit!)*

Bach: Machen wir doch ein Bild!

Wiedemeier: Ich habe in meinem Wahlkreis meinen Mitarbeitern als Anerkennung ein Bild von Minister Erhard überreichen lassen. Wenn man in die Wohnungen der Leute kommt, stellt man dieses Bild auf dem Tisch des Hauses fest. Vielleicht kann man auch Tischstandarten für kleine Gruppen vorsehen.

Adenauer: An mich kommen sehr viele Bitten um signierte Bilder. In vielen Fällen wird ihnen gewillfahrt. Diese Bitten kommen meistens von jungen Leuten – das ist sehr charakteristisch –, von Frauen und aus dem Ausland. Ich bin gerne bereit, wenn man damit irgendwie der Partei helfen kann, mich einmal einige Stunden hinzusetzen und zu schreiben. (*Zimmer:* Jeder soll ein paar Vorschläge machen!) Also, die Herren werden das in die Hand nehmen! Es war noch angeregt worden, Fähnchen für Radfahrer zu nehmen. (*Majonica:* Wir haben schon Radfahrwimpel!) Die haben Sie schon! Man sieht sie wenig. Wer gibt noch weitere Anregungen?

Wuermeling: Es besteht Einverständnis darüber, daß das in Hamburg gezeigte Symbol weiter kräftig propagiert wird.[87]

Zimmer: Es ist sehr eingeschlagen.

Adenauer: Das Wichtigste scheint mir zu sein der allseitig laut gewordene Wunsch, jetzt schon anzufangen!

Kaiser: Der Bundeskanzler hat heute ausgeführt, daß er vorgestern mit Ollen-

86 Karl Buchheim: Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland. München 1953 (2. Aufl. 1966).

87 Es handelte sich dabei um ein schwarzes Kreuz umrahmt in Gold auf rotem Hintergrund in Wappenform, dem ein Adler in Gold vorgelegt war (vgl. Nr. 13 Anm. 48; auch CDU, 4. Bundesparteitag S. 7).

hauer wegen des Wahlkampfes gesprochen habe. Dabei habe sich ergeben, daß es gut sei, wenn man hinsichtlich der Aufgaben, die der Bundestag noch zu erledigen hat, zu einer Einigung käme. Es sei auch gut, wenn es zu einer Abrede unter den großen Parteien darüber käme, den Wahlkampf nicht durch den ganzen Sommer hindurch zu führen, sondern ihn auf eine Reihe von Wochen zu konzentrieren. Ich halte das für gut.

Adenauer: So war es nicht. Es ist zwischen Herrn Ollenhauer und mir keine Absprache gewesen. Es war rein persönlich; Ollenhauer und ich kamen ins Gespräch, wobei Ollenhauer sagte, er wolle 14 Tage nach Beendigung des Bundestages in Erholung gehen und dann anfangen zu sprechen. Ich sagte, das will ich genauso machen wie Sie. Vor dem 3. Juli kann ich nicht fort. Ich will dann 14 Tage weggehen und dann sprechen. Aber diese vorläufige Arbeit kann nebenhergehen. Ich habe dann Frau Ollenhauer gesagt: Ihr Mann hat in Frankfurt den Wahlkampf begonnen. Sie hat dann geantwortet, nein, das war die Vorbereitung des Wahlkampfes.

Dichtel: Ist es nicht möglich, vor Schluß des Bundestages noch die Familienausgleichskassen zu regeln? Bei den letzten Arbeiten dieses Bundestages möchte ich den Familienausgleichskassen die Nummer 1 zuweisen.

Adenauer: Wir haben in einer mühsamen Arbeit eine Zusammenstellung gemacht. Herr Globke wird Ihnen gleich vorlesen, was noch erledigt werden kann. Dabei dürfen Sie nicht vergessen, daß es die größte Mühe kosten wird, in 14 Bundestagssitzungen das noch alles zu erledigen. Wenn Sie jeweils acht Sitzungsstunden bei 14 Tagessitzungen rechnen, dann sind das etwa 100 Stunden. Ich glaube, wir müssen uns bescheiden und in der Wahlpropaganda lieber sagen, die und die Probleme soll der nächste Bundestag lösen, als daß die Sachen einfach liegenbleiben. Sonst sagt die SPD: Das haben sie nicht fertigbekommen.

Albers: Im Wahlkampf wird die SPD mit dem Sozialplan kommen. Da nützen Flugblätter nichts. Hierzu müssen wir Stellung nehmen. Es wäre richtig, wenn der Bundesparteivorstand eine konkrete Meinung zu diesen Fragen festlegen würde, um sie den Rednern zur Verfügung zu stellen. Dasselbe gilt für die sogenannte Soziale Marktwirtschaft der SPD.[88]

Wir müssen ferner in den letzten 14 Tagen vor der Wahl auf die Flugblätter der SPD und der FDP unsere Antwort geben. Das braucht nicht von der Bundeszentrale mehr oder weniger druckfertig erledigt zu werden, sondern es kommt darauf an, daß ein Entwurf den Kreis- und Landesparteien zur Verfügung gestellt wird. Die Drucklegung kann an Ort und Stelle erfolgen. Außerdem müssen im individuell geführten Wahlkampf unseren politischen Gegnern individuelle Antworten gegeben werden.

Globke: Die noch vorliegenden Gesetze sind in vordringliche und in dringliche

88 Tatsächlich kritisierte die SPD Erhards Wirtschaftspolitik mit aller Schärfe (zum Wahlkampf der SPD vgl. KLOTZBACH S. 281–286, dort weitere Quellen und Literatur).

aufgeteilt worden. Vordringliche Gesetze sind das Londoner Schuldenabkommen[89], das Bundestagswahlgesetz[90], das Beamtengesetz[91], das Personalvertretungsgesetz[92], das Versammlungsverordnungsgesetz[93], das Haushaltsgesetz[94], das Arbeitsgerichtsgesetz[95], das Sozialgerichtsgesetz[96], das Gesetz über die Errichtung einer Bundesversicherungsanstalt für Angestellte[97], das Kriegsopferversorgungsgesetz[98], das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Wohnungsbaugesetzes[99] – dann kommt eine Reihe weiterer dringlicher Gesetze. Hierunter sind auch die Familienausgleichskassen[100] aufgeführt.

Diese Gesetze sind also auf die noch verbleibenden 14 Sitzungstage des Bundestages aufgeteilt worden.

Wehking: Ich möchte dringend darum bitten, auf dem Lande von Mitte Juli bis Mitte August keine Versammlungen abzuhalten. Ferner wäre es sehr wichtig, wenn wir besondere Flugblätter herausbrächten, die den Bauern ansprechen.

Adenauer: Der kleine Bauer erlöst jetzt sehr wenig für sein Vieh, so daß er z.Z. es sehr schwer hat.

Kather: Auch für die Vertriebenen muß der Wahlkampf in gewissem Umfang gesondert geführt werden. Für die Vertriebenen brauchen wir ein besonderes Sündenregister der SPD. Ich schlage deshalb vor, daß der geschäftsführende Vorstand die Anweisung bekommt, für die nötigen Mittel in dieser Hinsicht zu sorgen.

---

89 „Gesetz betreffend das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden" vom 24. August 1953 (BGBl II S. 331–514).

90 „Wahlgesetz zum zweiten Bundestag und zur Bundesversammlung" vom 8. Juli 1953 (BGBl I S. 470–492).

91 „Bundesbeamtengesetz" vom 14. Juli 1953 (EBD. S. 551–585).

92 „Gesetz über die Verlängerung der Wahlperiode der Betriebsräte (Personalvertretungen) in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben des Bundes und der bundesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechts" vom 30. März 1953 (EBD. S. 108).

93 „Gesetz über Versammlung und Aufzüge (Versammlungsgesetz)" vom 24. Juli 1953 (EBD. S. 684–687).

94 „Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1953", am 1. Juli 1953 verabschiedet (zur dritten Lesung vgl. Sten. Ber. 1.WP Bd.17 S. 13838–13870, 13910–13913).

95 „Arbeitsgerichtsgesetz" vom 3. September 1953 (BGBl I S. 1267–1286).

96 „Sozialgerichtsgesetz" vom 3. September 1953 (EBD. S. 1239–1266).

97 „Gesetz über die Errichtung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" vom 7. August 1953 (EBD. S. 857–861).

98 „Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Bundesversorgungsgesetzes" vom 7. August 1953 (EBD. S. 862–865).

99 „Gesetz zur Anderung und Ergänzung des Ersten Wohnungsbaugesetzes" vom 25. August 1953 (EBD. S. 1037–1046, 1047–1059).

100 Das Gesetz über die Errichtung von Familienausgleichskassen wurde erst in der 2. Legislaturperiode am 14. Oktober 1954 verabschiedet: „Gesetz über die Gewährung von Kindergeld und die Errichtung von Familienausgleichskassen" vom 13. November 1954 (BGBl I S. 333–334).

Adenauer: Ich habe noch einen Punkt, den ich erwähnen möchte. Die Großkundgebung in der Westfalenhalle am 26. Juli ist nicht etwa so gedacht, daß vorher nichts geschehen soll, sondern es ist vorgesehen, daß das die erste einer Anzahl von Großkundgebungen, die von den besten Leuten unserer Partei bestritten werden, sein soll. Ich halte die Anregung, die Flugblätter jetzt schon zu verteilen, für sehr wertvoll. Es ist unbedingt zu empfehlen, auf dem Lande vor der Ernte anzufangen. Während der Ernte hat es keinen Zweck.

Es ist dann noch die Frage der Ferien zu klären. Die Schulferien dauern in den einzelnen Ländern wie folgt:

Bayern vom 15. Juli bis 2. September, Nordrhein-Westfalen vom 30. Juli bis 3. September, Rheinland-Pfalz vom 28. Juli bis 2. September.

Wir müssen uns evtl. noch einmal an die Ministerpräsidenten dieser Länder wenden; je nachdem, wie die Wahltermine festgelegt werden, müssen wir unsere Parteifreunde bitten, dafür zu sorgen, daß die Schulferien anders gelegt werden.

Schröder: Was Sie jetzt sagen, geht von der Annahme des 30. August aus. Ist es nicht möglich, den 6. und 13. September zu nehmen.

Adenauer: Das halte ich gesetzlich für unmöglich. Dann würden wir ohne Bundestag sein.

Schröder: Es ist eine Differenz von vier Tagen. Das ist nicht unmöglich. Das Grundgesetz sieht für die Übergangstage an sich einen Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung vor.

Wuermeling: Es steht in der Verfassung, daß vor Ablauf der Legislaturperiode gewählt sein muß.

Adenauer: Nun wollen wir aber nicht wieder das Bundesverfassungsgericht heraufbeschwören. Machen Sie die Sache von der Fraktion aus. Wir können das als Regierung nicht gut, sonst sagt man, die kleben am Amt fest.

Schröder: Es ist nicht gut, die Ferien zu verlegen.

Lenz: Wir schaffen nur neue Schwierigkeiten. Ich habe für Ihren Vorschlag volles Verständnis, Herr Schröder, aber es geht verfassungsrechtlich nicht.

Adenauer: Besprechen Sie das mal mit Ihren Leuten.

Gradl: Was Herr Kather für die Heimatvertriebenen gesagt hat, gilt ebenso sehr für die Ostzonenflüchtlinge. Das sind über eine Million Menschen, die auch besondere Flugblätter brauchen.

Adenauer: Sie wenden sich deswegen zweckmäßig an den geschäftsführenden Vorstand, Herr Gradl.

Und nun wollen wir zum Schluß kommen. Ich darf Ihnen noch einmal recht herzlich dafür danken, daß Sie so lange ausgehalten haben. Ich wünsche Ihnen allen miteinander ein schönes Pfingstfest.

24

Baden-Baden, 15. Juli 1953

Sprecher: Adenauer, Albers, Arnold, von Brentano, Cillien, Dichtel, Ehlers, Fay, Gerstenmaier, Globke, Gradl, Häussler, von Hassel, Heck, Johnen, Kaiser, Kather, Kiesinger, Lehr, Lensing, Lenz, von Lojewski, Lukaschek, Majonica, Müllenbach, Müller, Pferdmenges, Samsche, Scharnberg, Simpfendörfer, Süsterhenn, Tillmanns, Wackerzapp, Frau Weber, Wuermeling.
Bericht zur Lage; die innenpolitische Situation im Hinblick auf die Wahl. Bericht über die Verhandlungen mit anderen Parteien: Niedersachsen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg. Einsetzung eines Ausschusses zur Verhütung von Auswüchsen im Wahlkampf. Aufstellung von Kandidaten. Rundfunk, Presse, Flugblätter, Versammlungen. Geldfragen. Hauptpunkte innenpolitischer Wahlpropaganda.

Beginn: 11.00 Uhr *Ende: 19.15 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir wollen beginnen. Ich bitte zunächst, dafür zu sorgen, daß weder ein Journalist noch ein Fotograf ins Haus kommt. Wir haben sehr interne parteipolitische Fragen zu besprechen. Es haben sich entschuldigt: Dr. Schröder, Lemmer, Franz Josef Strauß, Dr. Strickrodt – Herr Häussler[1] ist für ihn gekommen – und Herr Schuberth[2].

Unser Programm wollen wir möglichst schnell abwickeln, da Sie alle am Nachmittag wieder fort wollen. Aber wir haben eine ganze Reihe von Punkten zu erledigen. Es werden aus dem Schoß der Versammlung noch weitere Fragen zur Sprache gebracht werden, und zwar eine Reihe weniger wichtiger und eine Reihe wichtiger Fragen. Vielleicht sprechen wir zu den weniger wichtigen Fragen sehr wenig und zu den wichtigen Fragen wenig. Ich nehme an, daß wir dann zeitig fertig werden. Wir essen gemeinsam zu Mittag hier im Hause. Ich schlage vor, um halb 2 Uhr eine Mittagspause eintreten zu lassen. Es muß dafür gesorgt werden, daß sehr schnell serviert wird, damit wir um viertel nach 2 Uhr fortfahren können. Sind Sie damit einverstanden?

Dann darf ich einige allgemeine Bemerkungen vorausschicken. Ich werde mich sehr kurz dabei fassen. Zunächst möchte ich nochmals bitten, daß wir über unsere heutige Besprechung wirklich Stillschweigen beobachten. Soweit das nicht nötig und

1 Erwin Häussler (1909–1981), 1946–1953 Stadtrat in Stuttgart (CDU), 1952–1956 MdL Baden-Württemberg, 1953–1961 und 1964–1972 MdB, seit 1963 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Nordwürttemberg.

2 Hans Schuberth (1897–1976), ab Februar 1947 Staatssekretär für Post- und Fernmeldewesen im bayerischen Verkehrsministerium, 1947–1949 Direktor der Verwaltung für das Post- und Fernmeldewesen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1949–1953 Bundespostminister, 1953–1957 MdB (CSU).

in der Natur der Sache begründet ist, können wir unseren Parteifreunden davon Mitteilung machen.

BERICHT ZUR LAGE

Zur außenpolitischen Frage darf ich folgendes sagen: Heute nachmittag um 5 Uhr wird die Note der drei Mächte, die in Washington versammelt waren, in Washington, London und Paris dem jeweiligen sowjetischen Botschafter überreicht werden.[3] Sie haben heute aus der Zeitung erfahren, daß ich Herrn Blankenhorn dorthin geschickt habe, und zwar hatte ich Herrn Blankenhorn vergangene Woche dorthin geschickt. Es ist gelungen, seine Anwesenheit in Washington fünf Tage lang geheimzuhalten. Ich hatte Herrn Blankenhorn hingeschickt, damit bei diesen Beratungen ein Mann anwesend war, der Auskunft geben konnte. Ich darf hier in diesem Kreise weiter sagen, daß ich auch einen persönlichen Brief geschrieben hatte.[4]

Im allgemeinen möchte ich betonen, daß diese Note – ich habe sie hier, aber ich darf sie Ihnen leider nicht vor 5 Uhr heute nachmittag mitteilen – durchweg allen Wünschen entspricht, die von meiner Seite geäußert worden sind. Ob die für Ende September vorgeschlagene Viererkonferenz Aussicht auf Erfolg hat, kann man jetzt noch nicht beurteilen. Die Dinge in Sowjetrußland sind nach wie vor völlig unübersichtlich. Man weiß überhaupt nicht, wer die Zügel dicht bei der Hand hat oder wer der Meister dort ist. Jedenfalls war es gut, diese Viererkonferenz vorzusehen. Ich darf in diesem Kreise sagen, daß der Beschluß, eine Viererkonferenz den Russen vorzuschlagen, sehr stark auf meinen Einfluß zurückzuführen ist.[5]

Wenn also in der sozialdemokratischen Agitation die Behauptung aufgestellt werden sollte, daß ich gegen eine Viererkonferenz sei, so ist genau das Umgekehrte richtig. Sie wissen, daß ein starker Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und London bestand. Die Vereinigten Staaten wollten keine Viererkonferenz abhalten, bei der nicht auch die übrigen zwischen den Großmächten schwebenden asiatischen Fragen erörtert würden. Und ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß auf deutsches Eingreifen hin Amerika diesen Standpunkt hat fallen lassen. Das Kommuniqué über

3 Die Außenminister Frankreichs (Georges Bidault), Großbritanniens (Lord Salisbury stellvertretend für den erkrankten Eden), der USA (John Foster Dulles) berieten vom 10.–14. Juli in Washington über die Deutschland-Frage, Europa und die Lage in Indochina. Vgl. Kommuniqués, Einladungsnoten an die Sowjetunion sowie Kommentare und Reaktionen in AdG 1953 S. 4075–4078; vgl. auch EUROPA-ARCHIV 8 (1953) S. 5911–5913; ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 232–238.

4 Wortlaut des Schreibens vom 8. Juli 1953 an Dulles in ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 225f., zur Mission Blankenhorns EBD. S. 226–228 sowie BLANKENHORN S. 158–162.

5 Zu dieser Außenministerkonferenz der vier Mächte über Deutschland kam es erst am 25. Januar bis 18. Februar 1954 in Berlin. Zur Einflußnahme Adenauers vgl. BULLETIN Nr. 15 S. 113, Nr. 37 S. 297ff., Nr. 38 S. 305ff.

die Washingtoner Konferenz hat schon in der Presse gestanden, wenigstens auszugsweise, es ist sehr umfangreich, und wir können damit durchaus zufrieden sein.

Für die Wahl betrachtet, geht aus den ganzen außenpolitischen Vorgängen folgendes hervor: Es gibt kein Ausweichen – wie die Sozialdemokraten das wünschen – vor der EVG. Es ist nachdrücklichst von Eisenhower und von den Vereinigten Staaten, aber auch von London und Paris erklärt worden, daß man an der EVG festhalte. Es ist weiter erklärt worden, daß man an der Politischen Gemeinschaft Europas festhalte, so daß also die sozialistische These – und das ist das große Positivum dieser Konferenz – absolut widerlegt ist. Es gibt keine andere Außenpolitik als die, die wir von Anfang an eingeschlagen und folgerichtig verfolgt haben. Diese Washingtoner Konferenz liegt genau und haarscharf in der bisher von uns vertretenen Linie, so daß wir auf dem ganzen Gebiete der Außenpolitik als Koalition alles für uns buchen können und die Sozialdemokratische Partei aber auch gar nichts für sich buchen kann. Die These der Sozialisten, daß sie durch ihre Taktik das uns überhaupt ermöglicht hätten, ist natürlich heller Wahnsinn. Darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren.

Lassen Sie mich dann etwas über die Dollarhilfe sagen. Ich bedaure sehr, daß die Presse hier so schlecht reagiert hat, wie ich überhaupt zu meinem Bedauern feststellen muß, daß die gesamte Presse geradezu miserabel für uns arbeitet. Ich komme auf einen Spezialfall noch zurück. Was diese 16-Millionen-Dollar-Hilfe angeht, so hat Eisenhower die mir angeboten. Es hat, wie Sie wissen, ein Briefwechsel zwischen dem Präsidenten Eisenhower persönlich und mir stattgefunden. Dieser Briefwechsel ist in der deutschen Presse erst erschienen, nachdem er etwa drei Tage vorher in der schweizerischen Presse erschienen war. Er ist von Washington aus amtlich veröffentlicht worden. Die deutsche Presse hat erst gelegentlich hinterher davon Notiz genommen.[6]

Und jetzt bemächtigt sich dieser ganzen Sache der Herr Reuter in Berlin, statt daß unsere Leute nun sagen: Es ist ein Erfolg der Regierungskoalition, daß diese 16 Millionen Dollar uns gegeben wurden. Auch diese Gabe können wir auf unser Pluskonto buchen. Wir versuchen jetzt – wir hatten das von vornherein in Aussicht genommen – auf dem Wege über die kirchlichen Institutionen, diese Gabe in das Sowjetzonengebiet und nach Ostberlin gelangen zu lassen.

Nun komme ich nochmals auf die Presse zurück. Diese Aktion hat die Presse vollkommen negiert. Sie hat ebenso – das finde ich in hohem Maße bedauerlich –

6 Eisenhower ließ am 10. Juli der sowjetischen Regierung bekanntgeben, daß die USA einen Betrag von 15 Millionen Dollar zur Verteilung von Lebensmitteln an die Bevölkerung Ostdeutschlands zur Verfügung stelle. Das amerikanische Angebot beruhte auf einer Anregung Adenauers (Schreiben vom 4. Juli an Eisenhower), auf die Eisenhower in seiner Antwort am 9. Juli positiv reagierte (AdG 1953 S. 4071f.; FAZ vom 13. Juli 1953). Trotz Ablehnung durch Sowjetunion und DDR sollten die Hilfsmaßnahmen durchgeführt und die Lebensmittel an der Demarkationslinie bereitgestellt werden (AdG 1953 S. 4087; FAZ vom 14., 15., 28. Juli 1953).

gar nicht die Erfolge beachtet, die wir in den Nachwahlen erzielt haben.[7] Die sozialistische Presse würde, wenn die Sozialdemokraten bei Landtagswahlen Erfolge gehabt hätten, Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt und geschrien haben. Unsere Presse und die sogenannte neutrale Presse schreiben drei Zeilen. (*Zuruf:* Die CDU behauptet sich!) Dabei haben wir um 9 % zugenommen.

Ehe ich auf die Tagesordnung eingehe, lassen Sie mich noch einige allgemeine Worte über den Wahlkampf sagen. Sie werden gelesen haben, daß die erste Schlägerei in Frankfurt stattgefunden hat.[8] Ich meine, allzu schlimm war das nicht, obgleich Schlägereien immer unerfreulich sind. Aber ich möchte ein allgemeines Wort sagen über nationalistische Töne, die sich auch bei uns breitmachen.

Die letzte Saardebatte im Bundestag hat bei den drei Westalliierten, insbesondere bei Frankreich, geradezu Entsetzen hervorgerufen wegen des daraus sprechenden Nationalismus.[9] Ich muß Ihnen ehrlich sagen: mit Recht. Wer auch nur einigermaßen daran denkt, was Deutschland aus Frankreich herausgeholt hat in den Jahren der Besatzung, an Pferden, an Vieh, an Maschinen, an Rohstoffen, an Kleiderstoffen, (*Zuruf:* An Menschen!) an Menschen, kurz und gut, an allem, was nicht niet- und nagelfest war, und jetzt über Frankreich Gott weiß wie schimpft, das ist ein unverbesserlicher – beinahe hätte ich gesagt: Deutscher alten Stils.

Wir werden unsere Freunde im Lande draußen darauf aufmerksam machen müssen, daß wir nun wahrhaftig nicht den Krieg gewonnen haben. Daß wir diesen Krieg vom Zaun gebrochen und das ganze Unglück über die Welt gebracht haben, daran ist doch überhaupt nichts zu ändern. (*Arnold:* Das haben aber die meisten vergessen, Herr Bundeskanzler!) Deshalb wollen wir es ihnen ins Gedächtnis zurückrufen. Wir wollen kein Sündenbekenntnis ablegen, aber von diesen Ausschreitungen wollen wir uns fernhalten.

Noch von einer Heftigkeit – ich sehe gerade Herrn Kollegen Wuermeling – wollen wir uns fernhalten. Die Ausführungen des Herrn Kollegen Wuermeling über die FDP – wir haben darüber einen Briefwechsel gehabt[10] – haben das

---

7 Die Nachwahl in Tuttlingen war durch den Tod des CDU-Abgeordneten Hermann Dold nötig geworden. Sie ergab eine Steigerung der CDU-Stimmen von 43,1 % (1952) auf 50,1 %. Die SPD sank von 29,9 % auf 20,8 %, die DVP/FDP stieg von 15,9 % auf 19,4 %. Gewählt wurde Paul Binder (vgl. UiD vom 14. Juli 1953).

8 Am 13. Juli war eine Versammlung des rechtsradikalen „Reichsblocks" gesprengt worden (FAZ vom 15. und 16. Juli 1953).

9 Die Saardebatte am 2. Juli ging auf eine Große Anfrage der SPD zurück (vgl. Sten.Ber. 1.WP Bd.17 S. 13929–13938; BULLETIN vom 2. Juli 1953). Von französischer Seite wurde die im Antrag des Bundestags an die Bundesregierung vertretene deutsche Haltung als in formellem Widerspruch mit der französischen Auffassung bezeichnet (AdG 1953 S. 4062).

10 Wuermeling hatte am 4. Juli in Düsseldorf die Ausführungen Reinhold Maiers auf dem FDP-Parteitag in Lübeck, CDU-Kreise seien aus konfessionellen Gründen an einer Wiedervereinigung uninteressiert, scharf zurückgewiesen und war daraufhin in der parteiamtlichen Korrespondenz der FDP vom 7. Juli heftig angegriffen worden (vgl. „Rhein-Zeitung" vom 17. Juli 1953). – Der Briefwechsel ist nicht zu ermitteln.

denkbar größte Aufsehen erregt, und zwar deswegen, weil Herr Wuermeling Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes ist, ganz abgesehen davon, daß mir die FDP lieber ist als die SPD, verehrter Herr Wuermeling, auch wenn sie von gleicher Größe wäre; denn die SPD bleibt im Grunde eine marxistische Partei, eine Klassenpartei, was die FDP doch nicht ist. Herr Wuermeling hat in seiner Rede die FDP gerade an ihrem empfindlichsten Punkt getroffen, indem er gesagt hat: Wir gehen nur mit der FDP, weil das die kleinere Partei ist. (*Wuermeling:* Nein!) Lieber Herr Wuermeling, so stand es überall in den Zeitungen! (*Wuermeling:* Nein, das stimmt nicht!) Dann hätten Sie es bitte berichtigen sollen! Sie haben nach den Zeitungen gesagt: SPD und FDP, das ist dasselbe uns gegenüber; wir gehen nur mit der FDP, weil sie die kleinere Partei ist. Und das ist gerade das, was einen Teil der FDP so furchtbar schockiert hat, daß sie sagen, wir sind nur ein Anhängsel der viel größeren CDU/CSU, und wir können keine selbständige Politik treiben.

Nun sieht es bei der FDP folgendermaßen aus: Herr Maier – mir war es von Herrn Euler schon vor Wochen gesagt worden – läßt sich aufstellen als Kandidat für den Bundestag, und zwar in der Absicht, zu erreichen, daß eine Koalition, die in Württemberg aus SPD, FDP und BHE besteht, zustande kommt. Wenn ihm das nicht gelingt, dann legt er sein Mandat nieder und geht nach Württemberg zurück und verkündet dort weiter seinen Mist. Demgegenüber gibt es in der FDP eine Richtung, die entschlossen das nicht will. Zu dieser Richtung gehört die gesamte FDP in Hessen und die FDP in Nordrhein-Westfalen.[11]

Wie der BHE denkt, weiß ich nicht, aber es ist da ein Gefahrenpunkt aufgetaucht, an den wir noch vor drei, vier Monaten nicht gedacht haben. Wenn es dem Herrn Reinhold Maier gelingen sollte, mit seinen Leuten innerhalb der FDP die Mehrheit zu bekommen, um dann zu versuchen, mit der SPD und dem BHE eine Regierung zu bilden, so ist das eine sehr ernste Gefahr, der wir unbedingt ins Auge sehen müssen. Aus diesem Grunde – wir kommen im Laufe der Verhandlungen noch darauf zu sprechen – haben wir alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß diejenigen Teile der FDP, die Gegner von Reinhold Maier sind, gestärkt werden (*Arnold:* Das ist schwierig!) und nicht umgekehrt.

Noch ein Wort zur DP. Das interessiert Herrn Scharnberg. Die DP hat den für meinen Geschmack komischen Beschluß gefaßt, ganz allein und ohne Rücksichtnahme auf alle anderen Parteien in den Wahlkampf zu ziehen. Ich habe darüber mit Hellwege einen Briefwechsel[12] gehabt und habe auch mit ihm deswegen mehrfach telefoniert. Herr Hellwege hat in seinem Brief an mich – das ist sehr vertraulich zu behandeln – sogar geschrieben, die DP habe sich hierzu entschlossen,

11 Zu den verschiedenen Richtungen in der FDP vgl. Mende S. 247f., 280f.; Stöss 2 S. 1311–1381 hier S. 1320ff.

12 Vorhanden in NL Lenz ACDP I-172-058/2.

auch wenn sie dabei Mandate verlieren sollte; nach meiner Meinung ist das für einen Politiker eine ganz unmögliche Ansicht, die aber, wie mir Kenner des Herrn Hellwege sagten – ich will niemandem zu nahe treten –, stark beeinflußt wird von der Denkweise von Caux[13], d.h., daß man dem einmal als richtig Erkannten folgen müsse ohne Rücksicht auf das, was sich daraus ergibt. Ich denke, wir werden darüber noch nähere Einzelheiten von Niedersachsen und Hamburg hören.

Angefangen hat der Wahlkampf noch nirgendwo, und man weiß nicht, was die Gegner im Schilde führen. Es wird Sie noch folgendes interessieren. Ich bekam am Sonntag von Herrn Haußmann aus Stuttgart ein sehr langes Telegramm, sehr mäßig gehalten, in dem er mich bittet und beschwört, doch nicht zuzulassen, daß ich an der Spitze der Landesliste in Baden-Württemberg aufgestellt werde, weil dadurch Komplikationen für die künftige Regierungsbildung heraufbeschwört würden. Ich habe Herrn Haußmann geantwortet, daß ich diese Sache hier zur Sprache bringen würde.[14] In der Zwischenzeit hat sich die Angelegenheit dadurch geklärt, daß Herr Maier an die Spitze der Landesliste der FDP gekommen ist.

Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß Herr Globke – den ich ausdrücklich darum gebeten habe – uns einen kurzen sachlichen Bericht über die gesamte innenpolitische Situation im Hinblick auf die Wahl gibt. Sind Sie damit einverstanden? Dann darf ich Herrn Globke bitten, kurz zu berichten.

Globke: Meine Damen und Herren! Wenn man sich vergegenwärtigt, wie sich die Lage ...

Adenauer: Darf ich Sie unterbrechen! Herr Kiesinger ist später gekommen. Die Presse hat sich an ihn herangemacht, und der eine oder andere wird das Hotel verlassen. Ich bitte Sie auf das allerdringlichste, nichts der Presse zu sagen. Die Presse bekommt eine Verlautbarung. Wir können nicht zwischendurch der Presse etwas geben und nachher eine Mitteilung machen. Wir haben heute eine so interne Parteiversammlung, wie wir sie kaum jemals vorher gehabt haben!

Müllenbach: Ich habe den Pressevertretern gesagt, daß vorläufig nicht mit einer Verlautbarung zu rechnen ist. Sie haben das Haus verlassen.

Globke: Es ist klar, daß die Bundestagswahlen von 1953 unter ganz anderen Voraussetzungen stattfinden, als die Wahl von 1949 stattgefunden hat. Man hat in den vergangenen vier Jahren beobachten können, daß in der ersten Zeit die Anhänger der Regierungskoalition sich immer mehr verminderten, weil die Bevölkerung nicht in vollem Umfang in der Lage war, die Richtigkeit der Regierungspolitik von

13 Ort im schweizerischen Kanton Waadt bei Montreux. Konferenzzentrum der Stiftung für Moralische Aufrüstung.

14 Dr. Wolfgang Haußmann (geb. 1903), 1945–1946 stv. Oberbürgermeister von Stuttgart (FDP), 1953–1966 Justizminister von Baden-Württemberg (1960–1964 zugleich stv. Ministerpräsident), 1946–1972 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (1946–1953 Vorsitzender der DVP/FDP-Fraktion). – Telegramm Haußmanns und Antwort Adenauers nicht zu ermitteln.

vornherein zu beurteilen. Wir haben bei den Wahlen 1950/51 feststellen müssen, daß fast sämtliche Koalitionsparteien einen Rückgang erfahren haben. In der Zwischenzeit ist eine wesentliche Umstellung in der Auffassung der Bevölkerung eingetreten. Insbesondere hat man die Richtigkeit der Außenpolitik weiter eingesehen. Man hat eingesehen, daß es nicht möglich ist, an der Wiederbewaffnung Deutschlands irgendwie vorbeizukommen.

Wir haben nun die Entwicklung der Stimmung in der Bevölkerung durch demoskopische Untersuchungen, die allmonatlich stattfinden, feststellen lassen.[15] Wenn auch diese demoskopischen Untersuchungen nicht ein unbedingt sicheres Bild geben, so kann man doch im Zusammenhang mit anderen Momenten, die in der Zwischenzeit ganz eindeutig zutage getreten sind, feststellen, daß im wesentlichen der Trend, der sich bei diesen demoskopischen Untersuchungen zeigt, richtig ist. Demnach ergibt sich, daß die Aussichten der Regierungskoalition für die Wahlen günstig sind; das gilt insbesondere für die CDU.

Bei der DP, die niemals mehr als 6 % der Wähler hinter sich hatte, ist die Sache so, daß sie z.Z. mit etwa 4 % der Wähler rechnen kann.

Bei der FDP hat sich ein gewisses Ansteigen gezeigt. Seit Juli 1952 bis heute schwankt der Prozentsatz der FDP zwischen 12 und 16 %. Z.Z. ist der Anteil der FDP rückgängig wegen der bekannten Vorgänge, auf die ich nicht näher einzugehen brauche.

Bei der CDU ist es so, daß sie nach den demoskopischen Untersuchungen eine ganze Zeit lang in ihrer Stärke von der SPD überflügelt worden war. Es hat sich darin aber eine ganz entscheidende Wendung gezeigt. Die CDU liegt nach den demoskopischen Ermittlungen mit 38 % der Stimmen an der Spitze. Insgesamt würden danach auf die bisherige Regierungskoalition nach diesen demoskopischen Untersuchungen entfallen: 38 plus 12 plus 4 % = 54 % der Wähler. Das ist bedeutend mehr als das, was sich nach den Ergebnissen der letzten Wahlen, die wir bei unseren Berechnungen zugrunde gelegt haben und mangels eines nicht unbedingt sicheren Materials bei den Verhandlungen über das Wahlgesetz zugrunde legen mußten, ergeben hat.

Bei den übrigen Parteien ist die Sache so: Bei der SPD, deren Anteil nach den demoskopischen Untersuchungen im Januar 1952 noch 40 % betrug, schwankt die Zahl zwischen 32 und 35 %. Neu aufgetreten ist in der Zwischenzeit der BHE. Der BHE hatte seinen Höhepunkt bei etwa 11 % in der Zeit von Februar bis Juli 1952. Dieser Satz ist wieder heruntergegangen auf 7 %. Beim Zentrum kann man höchstens mit 3 % der Stimmen rechnen. Die KP hat z.Z. nur noch 1 % der Wählerschaft hinter sich; das hat in der letzten Zeit zwischen 1 und 2 % geschwankt.

Weiter ist neu aufgetreten die Gesamtdeutsche Volkspartei von Heinemann, der

15 Vgl. NL Lenz ACDP I-172-035/2. Seit Frühjahr befand sich die CDU/CSU im Aufwind (vgl. Nr. 23 Anm. 82).

sich nach den neuesten Berichten mit der Gruppe um Wirth und Elfes, wenigstens zu einem Teil, zusammenschließen will.[16]

Durch die Sperrklausel im neuen Wahlgesetz sind die Aussichten von Zentrum, DP und KP gering. Es werden die verschiedensten Versuche gemacht, um trotzdem zu einem Ergebnis zu kommen. So hat die KP in Remscheid-Solingen Herrn Reimann[17] aufgestellt. Das ist der für sie günstigste Wahlkreis. Sie beabsichtigen, am Wahltag in Remscheid ein sogenanntes Rotes Sportfest zu veranstalten, wodurch sie ihre Anhänger nach Remscheid bringen wollen, damit sie wenigstens diesen Wahlkreis erobern und um die ganzen Stimmen, die im Bundesgebiet abgegeben werden, zum Zuge kommen zu lassen.[18]

Etwas Ähnliches wird von der GVP in Essen III berichtet, wo Heinemann aufgestellt ist. Auch hierhin soll eine Reihe von Heinemann-Anhängern gebracht werden; es ist noch nicht ganz sicher, unter welchem Motiv.[19]

In diesem Zusammenhang darf ich erwähnen, daß am 6. September die Frankfurter Messe eröffnet wird, die am ersten Tag etwa 25.000 Besucher aufweist, die wahlberechtigt sind. Die Besucher wählen vermutlich zum großen Teil die Regierungskoalition. Der hessische Landesverband müßte prüfen, ob es möglich ist, in Frankfurt mit Hilfe des Wahlscheines zum Zuge zu kommen.

Von den Rechtsgruppen wird neuerdings gesagt, sie wollten als besonders zug-

16 Es handelte sich dabei um den Bund der Deutschen, der seinen ersten Bundeskongreß am 8. Juni in Köln hatte (AdG 1953 S. 4028). Die maßgebenden Kräfte waren der frühere Reichskanzler Joseph Wirth und Wilhelm Elfes. Am 20. Juli 1953 beschloß der Bund der Deutschen, auf eigene Wahlvorschläge zu verzichten und mit der GVP eine Wahlkoalition einzugehen (AdG 1953 S. 4083). – Joseph Wirth (1879–1956), Gymnasialprofessor; 1913–1921 MdL Baden (Zentrum), 1914–1933 MdR, (1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung), 1918–1920 badischer Finanzminister, 1920–1921 Reichsfinanzminister, 1921–1922 Reichskanzler, 1929–1930 Reichsminister für die besetzten Gebiete, 1930–1931 Reichsinnenminister, 1948 Mitgründer der Partei Union der Mitte, 1953 Mitgründer des Bundes der Deutschen (Thomas A. Knapp in Lebensbilder 1 S. 160–173). – Wilhelm Elfes (1884–1969), gehörte im Zentrum (1904–1933) und in den katholischen Arbeitervereinen zum linksdemokratischen Flügel, 1945–1951 Oberbürgermeister von Mönchengladbach, 1952–1953 führend in der Deutschen Sammlung, seit 1953 im Bund der Deutschen, 1960 Mitglied der Deutschen Friedensunion, 1951–1964 Mitglied des Deutschen Weltfriedensrates (Wolfgang Löhr in Lebensbilder 5 S. 239–252).

17 Max Reimann (1898–1977), bis 1933 Parteisekretär der KPD, 1946–1947 und 1950–1954 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1948–1956 Parteivorsitzender, 1948–1949 MdPR, 1949–1953 MdB (bis 1951 Vorsitzender der KPD-Fraktion).

18 Tatsächlich erreichte die KPD in Remscheid-Solingen 12,1 % der Erst- bzw. 12 % der Zweitstimmen (CDU 38,6 %/36,4 %, SPD 29,3 %/29,1 %, FDP 15,8 %/16,9 %).

19 Heinemann war unmittelbar nach dem Krieg Oberbürgermeister von Essen und erwartete dadurch einen besonderen Bonus. Gewählt wurde im Wahlkreis Essen III Jakob Kaiser mit 53,6 bzw. 49,6 %; die GVP kam auf 3,9 % bzw. 4,2 %.

kräftig herausstellen Ramcke[20] und Frau Dönitz[21]. Die DRP will angeblich Herrn Naumann herausstellen. Es ist auch von Remer die Rede gewesen.[22] Aber das ist nicht anzunehmen, denn damit würde diese Rechtsgruppe aller Wahrscheinlichkeit nach als Fortsetzung der alten SRP anzusehen sein und somit von vornherein darauf verzichten müssen, praktisch zum Zuge zu kommen.

Dieser Trend, der sich aus den demoskopischen Untersuchungen über die Neigung der Bevölkerung zu den einzelnen Parteien ergibt, wird noch deutlicher, wenn man sich überlegt, was bei der Fragestellung herausgekommen ist, wer der neue Bundeskanzler werden soll. Es ist zum Teil bekannt, ich darf es aber für diejenigen, die es noch nicht wissen, wiederholen: 48 % der Stimmen sind für den jetzigen Bundeskanzler abgegeben worden, 5 % für Ollenhauer und je 1 % für Reuter und Schmid. Die übrigen haben sich nicht geäußert oder dergleichen mehr. Dabei ist besonders interessant, daß von den befragten SPD-Anhängern sich 24 % für Adenauer ausgesprochen haben.

Eine Bestätigung dieses Trends findet man in den letzten Ergebnissen der Kommunalwahlen wie der Landtagswahlen nach 1951. Die in der ersten Zeit eingetretenen Verluste sind zum Teil aufgeholt worden, und man kann damit rechnen, daß sie in noch viel weitergehendem Maße aufgeholt werden. Vor allem sind die Beispiele von Leer und Tuttlingen bezeichnend. In Leer hat der Kandidat der Regierungskoalition 55,6 % der Stimmen bekommen, während der Wahlkreis bisher von einem SPD-Mann vertreten war.[23] In Tuttlingen sind die CDU-Stimmen von 43 % bei der letzten Landtagsnachwahl auf 50,1 % gestiegen. Die SPD, die zunächst 27,6 % bei der Bundestagswahl 1949 erreichte und dann bei der Landtagswahl 1952 auf 29,9 % gestiegen ist, ist jetzt auf 20,8 % zurückgefallen; sie hat also 9 % verloren. Die FDP hat gegenüber der Bundestagswahl und der Landtagswahl eine leichte Steigerung zu verzeichnen, was im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß der Kandidat der FDP der einzige Kandidat war, der in dem Kreis eingesessen ist, und zwar ein Fabrikant aus Tuttlingen.[24]

---

20 Hermann Bernhard Ramcke (1889–1968), 1942 Generalmajor und Kommandeur der Fallschirmbrigade 2 in Afrika, anschließend Kommandeur der 2. Fallschirmjäger-Division, 1944 General der Fallschirmtruppen und Kommandant der Festung Brest (Stockhorst S. 336).

21 Inge Dönitz, Frau des bis 1956 in Haft befindlichen früheren Großadmirals und Oberbefehlshabers der Kriegsmarine Karl Dönitz (1891–1980). Die Ausführungen Globkes stützen sich auf Pressemitteilungen (vgl. FAZ vom 14. Juli 1953).

22 Die DRP nominierte am 2. August 1953 Naumann, der am 28. Juli auf freien Fuß gesetzt worden war, und den ehemaligen Luftwaffenobersten Hans Ulrich Rudel sowie den Schriftsteller Hans Grimm zu Spitzenkandidaten (AdG 1953 S. 4100).

23 Für den am 31. Januar 1953 verstorbenen SPD-Abgeordneten Louis Telemann zog Hermann Johannes Conring am 22. April 1953 für die CDU/DP in den niedersächsischen Landtag ein. Wahlbeteiligung 51,92 % – SPD 7.303 gegenüber 9.352 Stimmen im Jahr 1951, Conring 11.678 Stimmen, BHE 1.734 gegenüber 2.367 Stimmen, KPD 302 Stimmen, 254 ungültige Stimmen; insgesamt wurden 21.271 Stimmen abgegeben (vgl. UiD vom 23. April 1953).

24 Vgl. Anm. 7.

Aufgrund der Verhältnisse in den einzelnen Ländern ist damit zu rechnen, daß in einer großen Zahl der Länder die Stimmenzahl von 1949 erreicht oder vielleicht überschritten werden wird. Ungünstiger als 1949 wird die CDU in Bremen vermutlich, wahrscheinlich auch in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg abschneiden. In Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg war die Lage 1949 besonders günstig. Es wird aber nicht zu wesentlichen Einbußen führen. Offen sind die Ergebnisse in Schleswig-Holstein; dort war die Situation bis vor kurzem so, daß FDP und DP fast verschwunden waren und ihre Anhänger zur CDU übergegangen sind. Aber in der letzten Zeit ist die Organisation sowohl der FDP wie der DP neu aufgebaut worden, wodurch sich ein gewisser Teil der Kreise, die für die CDU gestimmt haben würden, wieder von der CDU abwenden werden. In den übrigen Ländern darf man nach dem Ergebnis der Befragungen und aufgrund sonstiger Feststellungen mit einem günstigeren Ergebnis als 1949 rechnen.

Nun entsteht die Frage, ob man dieses Ergebnis durch Wahlabkommen verbessern kann. Dabei darf zunächst auf folgendes verwiesen werden. Das jetzt vorliegende Wahlgesetz ist ein reines Verhältniswahlrecht. Durch die Eroberung von Wahlkreisen wird daher an der Zahl der Mandate, die eine Partei letztlich im Bundestag bekommen wird, nichts geändert. Es ist so, daß auch Überhangmandate nur in einem ganz geringen Ausmaß entstehen werden, nachdem das Verhältnis der Wahlkreismandate zu den Listenmandaten, das früher 60:40 betrug, auf 50:50 geändert worden ist. Die Wahlabkommen haben daher weniger eine materielle als eine moralische Wirkung. Ich darf in diesem Zusammenhang auf folgendes hinweisen: Es ist von der Zentrumsseite ein Vorschlag gemacht worden, der auch in CDU-Kreisen weitgehend verbreitet worden ist.

Adenauer: Herr Globke, sollen wir nicht die Frage des Zentrums für sich behandeln?

Globke: Ich wollte nur diesen Vorschlag abtun. In diesem Vorschlag wird gesagt, daß CDU und Zentrum ein Abkommen in der Weise schließen könnten, daß dem Zentrum ein Mandat eingeräumt wird, alle übrigen Mandate im Wahlkreis der CDU zufallen sollen, daß aber sämtliche zweiten Stimmen auf der Liste dem Zentrum gegeben werden, wobei diese Zentrumsliste in der Hauptsache CDU-Kandidaten enthalten soll. Wenn das so gemacht würde, käme z.B. in Nordrhein-Westfalen folgendes Ergebnis heraus: in 46 Wahlkreisen würden die CDU-Kandidaten gewählt; auf der Zentrumsliste würden 73 Kandidaten gewählt, von denen nach Auffassung des Zentrums etwa 60 der CDU zufielen, so daß die CDU allein in Nordrhein-Westfalen 106 Mandate bekäme. Das ist den Wählern einfach nicht klarzumachen. Das stellt einen reinen Wahlbetrug mit legalen Mitteln dar. Ich glaube, es erübrigt sich – auch wenn dieser Vorschlag von den verschiedensten Seiten befürwortet würde –, ihn näher zu diskutieren.

Interessant ist dabei, daß Herr Heinemann eine ähnliche Anregung an die SPD herangetragen haben soll, wonach die SPD-Zweitstimmen seiner GVP zugute kommen, in Wirklichkeit aber auf der GVP-Liste vorwiegend Sozialdemokraten gewählt

werden sollen. Ich weiß nicht, ob die letzte Nachricht stimmt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die SPD darauf eingehen würde.

Nun ist gegen die Wahlabkommen eingewandt worden, daß sie zu einer gewissen Verwirrung der Wahl führen würden. Wenn die CDU-Wähler in einem Wahlkreis aufgefordert würden, ihre erste Stimme dem DP-Kandidaten und die Listenstimme dem CDU-Kandidaten zu geben, dann hätte das zur Folge, daß unter Umständen die zweite Stimme auch der DP gegeben würde und dergleichen mehr. Ich glaube, es läßt sich am besten nach den örtlichen Verhältnissen beurteilen, wieweit man von solchen Wahlabkommen Gebrauch machen soll oder nicht.

Jedenfalls würden solche Abkommen die Loyalität innerhalb der Regierungskoalition auch nach außen hin herausstellen. Es würde z.B. zweckmäßig erscheinen, daß man etwa bei dem Parteivorsitzenden der DP, Herrn Hellwege, wo die CDU praktisch nicht 10 % der Stimmen gebracht hat[25], davon absieht, einen CDU-Kandidaten aufzustellen, weil sonst die Gefahr besteht, daß der Wahlkreis Hellwege an die SPD fällt. Solche Abkommen würden auf der anderen Seite verhindern, daß die Koalitionsparteien untereinander zu scharf aneinandergeraten, wobei ja – darüber ist schon gesprochen worden – immer die Gefahr besteht, daß gesagt würde: Mit den Leuten, die ihr jetzt angreift, habt ihr vier Jahre lang Politik gemacht.

Zusammenfassend kann dazu gesagt werden, daß die CDU beruhigt in den Wahlkampf ziehen kann. Es wird mit gewissen Störungen aus dem Osten noch zu rechnen sein. Es wird nach den Nachrichten, die unter der Hand kommen, mit einer russischen Deutschlandnote[26] mit gewissen Angeboten zu rechnen sein, z.B., daß Kriegsgefangene entlassen werden und dergleichen. Aber alle diese Dinge können, wenn man sich darauf einstellt, aufgefangen werden. Sie können als das Ergebnis der zielbewußten Politik der Koalition und der von ihr gestellten Regierung herausgestellt werden, so daß also auch sie an dem Gesamtergebnis nichts ändern werden.

Adenauer: Darf ich zu dem Anerbieten Sowjetrußlands ein paar Worte sagen. Ich glaube, damit wird es ziemlich zu Ende sein. Aus dieser Note, die heute übergeben wird, darf ich – da wir nicht mehr mit den Journalisten bis 5 Uhr zusammenkommen – folgendes sagen: Die Verhandlungsgegenstände sollten folgende sein:

1. Die Organisation freier Wahlen in der östlichen Zone Deutschlands und in Berlin. Dies würde die notwendigen Garantien für die Freizügigkeit, die Handlungsfreiheit für die politischen Parteien, die Pressefreiheit und den Genuß freiheitlicher Grundrechte für alle deutschen Menschen voraussetzen.

---

25 Hellwege war über den niedersächsischen Wahlkreis Stade-Bremervörde in den Bundestag eingezogen (CDU 9,3 %, DP 40,4 %, SPD 39,6 %, FDP 3,6 %).

26 Nach der Antwortnote auf die Einladung der drei Westmächte zu einer Außenministerkonferenz vom 4. August (Text AdG 1953 S. 4102f.; ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 236–238) übermittelte die Sowjetunion den Westmächten am 15. August eine Note zur Deutschlandfrage (AdG 1953 S. 4116–4118; ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 244f.; vgl. auch SCHWARZ 1 S. 211–220).

2. Voraussetzungen für die Errichtung einer freien gesamtdeutschen Regierung mit Handlungsfreiheit in inneren und äußeren Angelegenheiten.

Das sind die wesentlichen Punkte. Dann kommt noch eine Erklärung über die europäische Einheit.

Darf ich nun mit Ihrer Genehmigung Herrn Staatssekretär Lenz bitten, das Referat des Herrn Globke zu ergänzen?

Lenz: Wir haben einige Skepsis über das bekommen, was die Opposition im Wahlkampf vorbringen will. Ich bitte Sie, diese Angelegenheit vertraulich zu behandeln. Es ist folgende Weisung ausgegeben worden: In der Außenpolitik müsse die SPD die Wahlpropaganda beherrschen. Sie müsse im Monat August überall zwischen Flensburg und Garmisch immer wieder mit besonderem Nachdruck betonen, die sozialdemokratische Opposition habe den Bundeskanzler zu der neuen Politik im Hinblick auf die Wiedervereinigung Deutschlands gezwungen und der EVG-Vertrag sei tot.

Neben den wirtschaftspolitischen Thesen der SPD müßten diese beiden Themata die rhetorische Grundlage aller Wahlreden bilden. Die SPD dürfe in diesem Wahlkampf, nachdem sich Dr. Adenauer neuerdings ernstlich um die Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands bemühe, den Erfolg ihrer Politik nicht aus der Hand geben. Immer wieder müsse den Wählern klargemacht werden, daß diese Sinnesänderung des Kanzlers der SPD zuzuschreiben sei.

Man dürfe es jetzt den anderen nicht leichtmachen, in den Kahn einzusteigen, den die Sozialdemokraten immer gesteuert hätten. In den Wahlversammlungen müsse Dr. Adenauer immer zum Vorwurf gemacht werden, in der Vergangenheit nichts für die Wiedervereinigung Deutschlands getan zu haben. Besonders hervorgehoben werden müsse auch, welche Niederlagen die Bundesregierung mit ihrer Montanunionspolitik erlitten habe, die nunmehr in den deutschen Industriegebieten zu Kurzarbeit und Auseinandersetzungen führe. Die SPD habe davor gewarnt.

Es müßten weiter die wirtschaftspolitischen Grundsätze der SPD hervorgehoben werden, die in einem besonderen Leitfaden zusammengefaßt werden. Der Leitfaden enthalte fünf Grundsatz-Themata der wirtschaftlichen Produktivitätssteigerung, der Finanz- und Steuerpolitik, die in allen Wahlreden als das Ziel einer künftigen sozialdemokratischen Regierung einen breiten Raum einnehmen müßten. Hier dürfe von keinem Redner irgendeine Abweichung von den vorgeschriebenen Themata vorgenommen werden, die vor allem im Industriegebiet Vorrang vor außenpolitischen Fragen haben müßten.

Zusammenfassend soll in der sozialdemokratischen Propaganda herausgestellt werden:

1. Die mißlungene Außenpolitik der Bundesregierung,
2. der Erfolg der von der SPD seit Jahren betriebenen Wiedervereinigung, die Vorrang vor der europäischen Integration habe, und
3. die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik und ihre Verwirklichung.

Das ist das Wahlprogramm der SPD. Wir wissen auch, was sie in den Propagan-

daflugblättern machen will. Sie hat ein nicht ungeschicktes Flugblatt mit dem EVG-Vertrag. Es heißt: Ja oder Nein! Sie hat ein anderes Plakat, wo zwei Panzer gegen das Grundgesetz anrennen und der Regierung vorwerfen, daß sie mit der Durchsetzung des EVG-Vertrages und des Generalvertrages die Verfassung zerstöre. Dann sind da noch einige Wahlplakate mit den wirtschaftspolitischen Grundsätzen, diese „berühmten" zwölf Punkte. Wenn Sie sie nicht kennen, werde ich sie vorlesen. (*Ehlers:* Sind bekannt! – *Zurufe:* Nein!) Also, sie lauten:

„Die zwölf Wahlpunkte der SPD

1. Friede und Sicherheit durch Verständigung – nicht Kriegsgefahr durch Wettrüsten!
2. Geeinigtes Europa der Freien und Gleichen – nicht Teileuropa ohne echte Partnerschaft!
3. Einheit in Freiheit für Deutschland – kein Verzicht auf Ostgebiete und Saar!
4. Geltung des Volkswillens in Staat und Wirtschaft – keine Auslieferung der Demokratie an ihre Feinde!
5. Soziale Sicherheit für alle – keine Almosen für Alte und Kranke!
6. Arbeit und Wohnung für jeden – nicht Stempelschlangen und Elendsquartiere!
7. Senkung der Steuer für wirtschaftlich Schwache – kein Steuerwirrwarr zum Nutzen der Reichen!
8. Ordnung der Wirtschaft durch Verbindung von Planung und Wettbewerb – nicht Freibeutertum und Kartelldiktatur!
9. Überführung der Grundstoffindustrie in Gemeineigentum – nicht Herrschaft der Manager und Großaktionäre!
10. Recht auf Heimat und volle Eingliederung für die Vertriebenen – keine Spaltung in Alt- und Neubürger!
11. Friede und Achtung zwischen Konfessionen und Weltanschauungen – kein Parteichristentum und kein Kulturkampf!
12. Gleichberechtigung der Frau – keine Schlechterstellung in der Gesellschaft!"

Das sind die zwölf Wahlthesen der SPD. (*Ehlers:* Sie haben doch in der Zeitung gestanden![27]) Wir haben ein sehr langes Kompendium bekommen; es ist ebenso langweilig wie inhaltlich bedeutungslos. Eine besondere Bedeutung kommt ihm nicht zu. Es ist weiter die „berühmte" Denkschrift fertig „Unternehmer kaufen politische Macht" mit Dokumenten und langen Belegen, wie die Landtagswahlen finanziert worden seien.[28] Über die Finanzierung der jetzigen Wahlen ist wenig gesagt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dieses Kompendium Sensation hervorrufen wird.

Ich darf Herrn Globke wie folgt ergänzen. Wir haben durch unsere Mitarbeiter auf den verschiedensten Gebieten in den verschiedenen Bezirken nachfragen lassen,

27 Vgl. „Neue Zeitung" vom 10. Mai 1953; AdG 1953 S. 3987; Nr. 23 Anm. 62; vgl. dazu auch die Rednerdienste der CDU Nr. 11, 16, 18, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle (1953).

28 Eine Übersicht über die SPD-Wahlkampfwerbung in „SPD-Propagandakatalog 1953" (hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn, Referat Propaganda).

wie sie die Stimmung beurteilen und was sie als die neuralgischsten Punkte für uns betrachten. Als Punkt eins taucht immer wieder auf – wonach die SPD mit aller Gewalt strebt – die Politik zur Wiedervereinigung Deutschlands und die Frage, wieweit man mit den Russen verhandeln soll oder nicht. Das ist eine Frage, die die Leute sehr beunruhigt und die sie auch der SPD-These geneigt gemacht hat.

Es ist mir aus Herne berichtet worden, daß dort sehr starke Einbrüche bei der katholischen Jugendorganisation erzielt worden sind wegen der These, daß man mit den Russen verhandeln soll.[29] Dasselbe höre ich aus Niedersachsen. Es wird immer wieder erwähnt, daß das Wahlgesetz bei breiten Wählerschichten einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht hat; man betrachtet es als einseitige Handlung der Koalitionsparteien, um sich an der politischen Macht zu halten. Es muß dargestellt werden, daß wir mit diesem Wahlgesetz auf eine echte Integration hinaus wollen, weil reines Mehrheitswahlrecht nicht durchgesetzt werden konnte. Für diese Gedankengänge haben die Wähler Verständnis. Man muß das Wahlgesetz anschneiden, weil dieser Punkt von der SPD ausgenutzt wird. Insbesondere in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hessen ist die Notwendigkeit des Zusammengehens der Koalitionsparteien herauszustellen.

Adenauer: Ehe wir in die Diskussion eintreten, lassen Sie mich diese zwei Punkte berühren. Wir haben heute den 15. Juli. Die Wahl ist am 6. September. Ich glaube, das erste Wahlgesetz ist bis dahin lange vergessen. Die Hauptthese der SPD, sie habe mich gezwungen, diesen Kurs einzuschlagen, ist glänzend widerlegt. Alle diese Dinge werden glänzend widerlegt durch die neue Note der drei Mächte an Sowjetrußland und durch das Kommuniqué.[30]

Ich möchte aber sehr nachdrücklich sagen, daß ich bei unserer ganzen Propaganda und Agitation folgendes schmerzlich vermisse: Wir haben keinen aggressiven Geist. Wir beschränken uns viel zu sehr auf die Defensive. Wir sagen zwar, die Sozialdemokraten haben nicht recht, aber wir müssen aggressiv gegen die ganze Gesellschaft vorgehen.

Was hat denn die Sozialdemokratie gewollt? Sie hat die Neutralisierung Deutschlands gewollt. Und nun besehen Sie sich Sowjetrußland! Wenn die Richtigkeit einer These durch die Entwicklung bestraft worden ist, dann ist es das Verlangen der Sozialdemokraten zur Neutralisierung Deutschlands; denn ein Land wie Sowjetrußland, das nach dem Tode Stalins in Berlin, in der Ostzone, aber auch in Ungarn und in der Tschechoslowakei diese Krisen erlebt[31], das den mächtigsten

29 Lenz bezieht sich auf eine Umfrage der ADK vom Juni 1953 „Was sagt der deutsche Staatsbürger dazu?" (Auswertung mit Beschreibung der Situation in Herne in ACDP III-002-048).

30 Vgl. Anm. 3.

31 Zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in Berlin-Ost und in der DDR vgl. FRICKE, SPLITTMANN; zu den Unruhen in der Tschechoslowakei vgl. AdG 1953 S. 4036. Die Unruhe in der ungarischen Bevölkerung führte zur Bildung der Regierung Imre Nagy und zu einem politischen Richtungswechsel (AdG 1953 S. 4064, 4082f.; FAZ vom 6. und 7. Juli 1953).

Mann, den Berija[32] – er war insofern der mächtigste Mann, als er den größten Apparat zur Verfügung hatte –, ausgeschifft hat, ein solches unstetes Land kann niemals Hüter einer Neutralität Deutschlands sein. Ich glaube, die Russen haben uns in dieser ganzen Sache sehr geholfen durch alles das, was sich ereignet hat.

Ich möchte nun vorschlagen, daß wir in eine allgemeine Diskussion eintreten, wobei ich bitte, nicht den Punkt 2 zu berücksichtigen; darüber wird noch besonders gesprochen werden, sonst läuft die Sache zu sehr durcheinander.

Lehr: Bei der Beobachtung unseres innenpolitischen Lebens ist mir ein Punkt besonders aufgefallen. Die SPD bemüht sich nach Möglichkeit überall da, wo aus dem bürgerlichen Lager oder ehemals bürgerlichen Lager Wähler auftreten, diese Wähler in einen Gegensatz zur CDU zu bringen und sie von der CDU abzuziehen. So ist ein Gebiet besonders interessant: Niedersachsen. Sie erinnern sich, daß in Nordniedersachsen die SRP aufgetreten ist. Es wäre zu Anfang leicht gewesen, dieses Feuer dort auszutreten, aber die niedersächsische Regierung hat es begünstigt, weil sie hoffte, daß dieses Unternehmen sich auf die CDU und auf die ganze Koalition besonders ungünstig auswirken würde.

Nun bemüht man sich in Niedersachsen, zusammen mit Loritz[33] eine Nachfolgepartei der SRP auf die Beine zu stellen in der Hoffnung, daß man auch durch dieses Unternehmen der Koalition und insbesondere dem rechtsgerichteten Teil der Koalition Wähler entziehen könnte. Die niedersächsische Regierung müßte von Rechts wegen nach dem ergangenen Urteil des Bundesverfassungsgerichts eingreifen[34]; denn Nachfolgeparteien sind verboten. Aber sie läßt es zu und greift nicht ein in der Hoffnung, uns in der Wählermasse in Niedersachsen zu schädigen. Das ist ihr ein wichtigeres Ziel, als eine illegale Partei zu verbieten. Ich will auf solche Bestrebungen einmal aufmerksam machen.

Cillien: Die niedersächsische Regierung behauptet, es läge nicht genügend Ma-

32 Berija war am 27. Juni 1953 gestürzt worden und wurde unter der Beschuldigung, die Alleinherrschaft angestrebt zu haben, im Dezember 1953 erschossen (AdG 1953 S. 4068f.). – Lawrentij Pawlowitsch Berija (1899–1953), 1931–1936 Erster Parteisekretär in Transkaukasien und Georgien, seit 1934 Mitglied des ZK der KPdSU, seit 1938 Volkskommissar des NKWD (später MWD), 1945 Marschall der SU, 1946 Mitglied des Politbüros und stv. Ministerpräsident, nach dem Tod Stalins 1953 Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister.

33 Alfred Loritz (1902–1979), 1928–1932 Mitglied der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstands, 1945 Mitgründer der WAV und Landesvorsitzender, 1946–1950 MdL Bayern (WAV), Dezember 1946 bis Juni 1947 Staatsminister für Sonderaufgaben, 1949–1953 MdB (bis Dezember 1951 WAV, dann fraktionslos, ab April 1953 WAV). – Am 2. Juli hatte Loritz in Bückeburg mit dem früheren Vorstandsmitglied der SRP Gerhard Krüger, zuvor mit dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten der SRP Fritz Dorls verhandelt (vgl. FAZ vom 7. Juli 1953 „Niedersachsen interessiert sich für Loritz").

34 Die SRP war am 23. Oktober 1952 vom BVerfG verboten worden (vgl. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Oktober 1952 betreffend Feststellung der Verfassungswidrigkeit der SRP, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts. Tübingen 1952; BULLETIN Nr. 164 S. 1467f.; AdG 1952 S. 3709).

terial vor. Dafür wirft sie Ihnen vor, Sie hätten das früher nicht ausgewertet. Sie würde erst etwas tun, wenn von Bonn aus etwas geschehe.

Lehr: Die niedersächsische Regierung kann sich darauf verlassen, daß sie von Bonn auf diese Bestrebungen aufmerksam gemacht wird. Sie versucht immer zu behaupten, Bonn sei schuld. In Wirklichkeit hat sie das Feuer schwelen lassen. Ich hatte nicht das Recht einzugreifen, ehe ich nicht das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Händen hatte. Jetzt habe ich es. Jetzt werde ich die niedersächsische Regierung zwingen, in diesen Fall einzugreifen.[35]

Kaiser: Ich möchte wünschen, daß wir bei den Wahlen nicht nur von der SPD sprechen; wir haben es auch mit unseren beiden Koalitionspartnern zu tun. Wir werden uns mit beiden auseinandersetzen müssen. Ich möchte wünschen, daß es dem Kanzler bei seiner Eröffnungsrede des Wahlkampfes gelingt, unsere Haltung gegenüber der FDP und der DP klarzustellen, damit wir diese Fragen möglichst einheitlich besprechen.

Ich habe mir in den letzten Tagen mit viel Aufmerksamkeit aus der Presse ein Bild zu machen versucht, wie sich die FDP und die DP uns gegenüber verhalten. Da sind erstaunliche Dinge zu verzeichnen. Ich denke nicht nur an die Rede von Maier, sondern auch an die Ausführungen, die Seebohm[36] gemacht hat.

Ich habe den Gesamteindruck, daß wir, wenn die Christlich-Demokratische Union die stärkste Partei bleiben soll, nicht nur die Auseinandersetzung mit der SPD zu führen haben, sondern daß wir auch mit unseren beiden Koalitionspartnern in der rechten Weise die Klingen kreuzen müssen.

Adenauer: Das ist eine interessante Frage, die Herr Kaiser angeschnitten hat. Zunächst bin ich der Auffassung, daß man wirklich nicht die DP für alles das, was Seebohm tut und sagt, verantwortlich machen kann. Ich stimme aber mit Herrn Kaiser völlig darin überein, daß über Herrn Seebohm ein sehr ernstes Wort zu sprechen ist. (*Arnold:* Das ist ein hoffnungsloser Fall!) Was er in München gesagt hat, ist für einen Mann, dem auch die Bundesbahn untersteht, völlig unmöglich. Das hat er nur getan, um Stimmen zu fangen. Aber im gegenwärtigen Augenblick

35 Am 25. August 1953 beantragte die niedersächsische Landesregierung beim Bundesministerium des Innern das Verbot der DRP (vgl. „Neue Zeitung" vom 27. August; Stellungnahme des Bundesministeriums des Innern in BULLETIN Nr. 163 vom 28. August S. 1367; Beschluß der Bundesregierung vom 1. September, beim BVerfG das Verbot zu beantragen, in AdG 1953 S. 4142; JENKE S. 242;DUDECK/JASCHKE 1 S. 181–272, hier S. 243f.).

36 Zur Rede Seebohms am 17. Mai anlässlich der Landesversammlung der DP Bayern vgl. „Die Neue Zeitung" und FAZ vom 18. Mai 1953. – Dr. Hans-Christoph Seebohm (1903–1967), 1946–1956 2. Vorsitzender und ab 1956 Mitglied des Direktoriums der DP, 1946–1951 MdL Niedersachsen, 1946–1947 Minister für Aufbau und Arbeit und 1947–1948 Minister für Arbeit, Aufbau und Gesundheit in Niedersachsen, 1948–1949 MdPR, 1949–1967 MdB (DP, ab 1960 CDU), 1949–1966 Bundesminister für Verkehr, 1959–1967 Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Vgl. Heinz MURSCH und Karl SIMON (Hrsg.): Hans-Christoph Seebohm zum Gedenken. München 1967.

wegen des Herrn Seebohm die DP anzugreifen, das würde ich für falsch halten. Es wird sich später alles finden.

Nun komme ich zur FDP. In der FDP sind Teile – das ist die Gesellschaft um Reinhold Maier –, mit denen hoffentlich in Baden-Württemberg ein sehr kräftiges Wort gesprochen wird. (*Simpfendörfer:* Darauf können Sie sich verlassen!) Aber ich sehe nicht ein, Herr Kaiser, daß ich nun in der gleichen Weise bald mal auf die SPD, bald auf die FDP und bald auf die DP loshauen soll. Was kommt dabei heraus? Glauben Sie mir das eine, Herr Kaiser, die Entscheidung der Wahl liegt bei den Wählern, die keiner Partei angehören. Wenn diese Wähler sehen, daß wir, die bisher führende Regierungspartei, gegen die eigenen Koalitionspartner, mit denen wir vier Jahre lang zusammengearbeitet haben, losschlagen, dann verlieren sie ihren Glauben an die bisherige Koaliton. Das Wesentliche ist doch, daß gerade diese Wähler den Glauben an die Koalition behalten und dementsprechend stimmen.

Ich glaube, ich werde Sie enttäuschen. Ich werde also nicht gegen die DP zu Felde ziehen, gegen die FDP nur mit der linken Hand, (*Zuruf:* Wobei die Rechte nicht weiß, was die Linke tut! – *Heiterkeit.*) wobei ich überzeugt bin, daß die rechte, die eiserne Hand, in Baden-Württemberg sitzt. Die können Sie frikassieren! (*Dichtel:* Das war nicht immer so!) Würden Sie das mal erläutern! (*Heiterkeit. – Gerstenmaier:* Er meint, daß wir nicht immer eine Lizenz zum Frikassieren gehabt haben.) Er hat wahrscheinlich Südwürttemberg gemeint. *(Anhaltende Unruhe.)* Meine Herren, wir wollen dieses Rätsel nicht weiter lösen, dafür ist jetzt die Zeit zu kurz. Allgemein kann ich betonen, wir müssen den Wahlkampf für die CDU und in Bayern für die CSU führen. Das ist völlig klar. Aber wir müssen ihn auch führen in der Richtung, daß es uns möglich sein muß, später eine Regierung zu bilden. Hierbei müssen Sie sich völlig klarmachen, Herr Kaiser, welche Eventualitäten es gibt: entweder eine Regierung zwischen CDU/CSU und SPD, dann sage ich Ihnen ganz klar und deutlich, das lehne ich rundweg ab, namentlich nach dem, was seit einem halben Jahr vorgekommen ist, weil wir dann bei weiten Kreisen der Bevölkerung jedes Vertrauen verlören, auch im Ausland. Ich kann nicht annehmen, daß die SPD auf einmal hundertprozentig Kotau macht und sagt: Es war alles richtig, was ihr gemacht habt.

Mit wem ist noch mehr eine Koalition möglich? Mit der bisherigen vielleicht; wenn es gut geht, kann die Bayernpartei hinzukommen.

Über die Frage des Zentrums müssen wir uns nachher noch unterhalten. Dann kommt noch der BHE, eine Frage, über die wir auch noch im Laufe des Tages sprechen müssen. Der BHE hat bisher ausdrücklich erklärt und, soviel ich weiß, diese Erklärung auch strikte innegehalten, daß er sich in keiner Weise nach irgendeiner Richtung binde. Wir werden den BHE – ich bin gespannt darauf, was Herr Kather dazu sagen wird – auch nicht unglimpflich behandeln müssen. Man kann nicht wissen, ob wir ihn nötig haben werden, so daß wir also diesen Wahlkampf, der sich von dem des Jahres 1949 sehr unterscheidet, führen müssen im Hinblick darauf, daß wir unsere bisherige Politik rechtfertigen. Wir müssen die bisherige Politik

beibehalten; das ist eine absolute Notwendigkeit aus dem deutschen Interesse heraus. Wir werden, weil wir allein keine Regierung bilden können – so stark werden wir nicht werden –, uns unsere zukünftigen Koalitionspartner schon besehen müssen.

Das ist nach meiner Meinung der Stand der Dinge. Es handelt sich wirklich, Herr Kaiser, bei diesem Wahlkampf nicht in der Hauptsache um prinzipielle Unterschiede. Im Interesse des deutschen Volkes bitte ich Sie, daran zu denken: Wenn es nicht gelingt, die bisherige Politik, die wir vier Jahre lang betrieben haben, weiter fortzuführen, wird der Schaden für das deutsche Volk und auch für unsere Partei eminent groß sein.

Wuermeling: Nachdem der Herr Bundeskanzler mich eingangs angesprochen hat, möchte ich eine ganz kurze Erläuterung zu dem geben, was ich in Düsseldorf gesagt habe. Ich habe eine allgemeine innenpolitische Rede gehalten und bei dieser Gelegenheit selbstverständlich zunächst einmal in der mir eigenen Art auf der SPD herumgeklopft, um dann über Württemberg-Baden, wo ich am Sonntag vorher auf einer Elternkundgebung gesprochen habe – was mir den Zorn des Herrn Maier eingebracht hat –, auf die FDP überzugehen.[37]

In Düsseldorf, wo für das Elternrecht ein guter Boden ist, habe ich diese Dinge behandelt und in diesem Zusammenhang gesagt, daß die FDP in kulturpolitischer Hinsicht nicht besser sei als die SPD; sie sei nur kleiner. Nun, wenn man daraus in der Presse den Schluß gezogen hat, daß wir mit der FDP nur deswegen koalieren, weil sie eben kleiner ist, dann ist das eigentlich ein Schluß, der politisch so selbstverständlich ist wie irgend etwas. Man macht doch eine Koalition mit dem Ziel, seine eigene Politik durchzusetzen. Und wenn man sie mit einem Partner machen kann, der kleiner ist als ein anderer... (*Adenauer:* Muß man denn alles sagen?) Hier liegt es an der Betonung, daß diese Äußerung in den kulturpolitischen Zusammenhang gekommen ist.

Noch ein Grundsätzliches zu der Frage FDP überhaupt. Wir müssen uns in diesem Kreise darüber unterhalten, was wir im Wahlkampf und nach der Wahl von der FDP zu erwarten haben. Ich sehe in dem starken Ansteigen des Sterns des Herrn Maier bei der FDP – was ja in Lübeck[38] ganz eindeutig zum Ausdruck gekommen ist, wo seine Rede von der Hälfte der Versammlung am Schluß stehend bejubelt worden ist – eine große Gefahr für die Fortsetzung unserer bisherigen Politik, die doch das Ziel unseres Wahlkampfes ist.

Ich gehöre nicht zu den Leuten, Herr Bundeskanzler, die sich nicht belehren

37 Wuermeling sprach zum Elternrecht am 10. Mai in Darmstadt, am 31. Mai in Mainz und am 28. Juni in Stuttgart (Ms. der Rede in Bestand Wuermeling ACDP I-221-004), hier auf einer Kundgebung des Bischofs von Rottenburg, Carl Joseph Leiprecht. Die Düsseldorfer Rede war am 4. Juli. Die FDP reagierte auf seine Angriffe in der FDP-Korrespondenz am 7. Juli 1953 („Totaler Weltkrieg"). Vgl. auch Anm. 10.

38 In Lübeck fand vom 26.–28. Juni 1953 der Bundesparteitag der FDP statt (AdL, Bundesparteitag 1953 A 1–53, Rede Maiers B 1–20; Maier S. 508–513; Bertsch S. 283–301; Mende S. 274).

lassen. Ich lasse mich durch Gegenargumente überzeugen, aber wenn es uns gelänge – um wenigstens das als Ziel herauszustellen –, die FDP zugunsten der CDU und der DP zu schwächen, indem wir nämlich Wähler der FDP zweifelhaft machen an den Zielen der FDP, dann würden wir nicht nur der CDU, sondern vor allem auch der politischen Linie, die wir verfolgen, dienen. Nun gebe ich zu, man muß das sehr abwägen und diskutieren, ob dieser Erfolg eintritt. Wenn man den FDP-Wählern in Düsseldorf sagt, wenn ihr die FDP wählt, wißt ihr nicht, ob ihr für oder gegen die Politik Adenauers seid, dann werden die nicht zu Hause bleiben, sondern sie werden wenn nicht zur CDU, so doch zur DP übergehen. Dann bleibt allerdings die Frage zu klären, was für Elemente der DP in den Ländern zum Zuge kommen, in denen die DP bisher noch nicht existent gewesen ist. Darüber ist mir leider gar nichts bekannt. Vielleicht kann darüber jemand etwas sagen. Wenn das Leute vom Korn des Herrn Hellwege wären und keine nationalistischen Kreise, wie sie in Hessen zum Zuge zu kommen scheinen, (*Fay:* „Scheinen" ist gut!) wäre die Sache in Ordnung. Sie wissen, daß ich kein Freund vom Seebohm bin, aber man kann wohl sagen, daß die DP in Bonn in einer Treue zur Koalition und zur Regierungspolitik gehalten hat, gegen die die FDP ganz entscheidend abgefallen ist. Wir brauchen nur an das Wahlgesetz zu denken, was uns die FDP allein kaputtgemacht hat, die uns in den Rücken gefallen ist. Ich erinnere weiter an die Heimkehrergeschichte, an die Kaffeesteuer usw. Überall, wo es um verantwortungslose Stimmenfängerei ging, da schlug sich die FDP auf die Seite der Opposition; auch wieder ein Zeichen dafür, daß sie an Verantwortungsbewußtsein eben leider in ihrer Masse nicht das aufbringt, um das Herr Blücher sicherlich in der FDP sich durchaus bemüht.

Ich möchte es so sagen: Wir müssen das Ziel verfolgen, Herr Bundeskanzler, in erster Linie die CDU zur stärksten Partei zu machen. Diese Sache ist sehr gefährdet, nachdem wir hören, daß die KP überhaupt nicht aufstellen will. (*Zurufe:* Doch!) Jedenfalls werden die Listenstimmen der KP zweifellos durch interne Anweisungen weitgehend der SPD zugute kommen. Wenn wir als CDU das nicht ausgleichen, wird die SPD die stärkste Partei werden mit all den Konsequenzen, die sich dann doch für die Entwicklung der Regierungsbildung ergeben werden. Sie würde den ersten Anspruch haben und versuchen, eine Regierung zu bilden. Ob das zum Zuge kommen wird, ist eine andere Frage.

Das Ziel, die stärkste Partei zu werden, scheint mir das Wichtigste zu sein, was wir im Wahlkampf haben, auch wenn es auf Kosten der FDP ginge, ja gerade, wenn es auf Kosten der FDP ginge.

Adenauer: Nehmen Sie doch der SPD die Stimmen ab! (*Wuermeling:* Ich glaube, man kann mir nicht vorwerfen, daß ich nach dieser Richtung nicht tätig bin!) Haben Sie mal Webers Dreizehnlinden gelesen? Da steht drin: „Berserkbrauch ist, nackt zu kämpfen".[39] Daran erinnern Sie mich, d.h. nach allen Richtungen um sich schlagen.

39 Friedrich Wilhelm WEBER: Dreizehnlinden (1878), XI Str. 55, schildert den Kampf zwischen Franken und Sachsen, d.h. zwischen Christen und Heiden.

Sie haben vom Elternrecht gesprochen. Haben Sie eigentlich die letzten demoskopischen Untersuchungen in Nordrhein-Westfalen über die Frage des Elternrechts[40] gelesen? Haben Sie daraus ersehen, daß die weit überwiegende Mehrheit der Eltern nicht für die Konfessionsschule ist? Das scheinen Sie nicht zu kennen. Es ist aber so, auch in katholischen Gegenden. Warum wollen Sie dieses Thema Elternrecht und überhaupt kulturpolitische Sachen auf einmal bei der Bundestagswahl bringen? Warum denn? Das ist doch Sache der Länder. Warten Sie doch ab bis zur nächsten Landtagswahl! Glauben Sie mir, Sie werden mit Reden darüber nur wenige Leute mehr gewinnen können. Das ist das eine. Das zweite ist folgendes: Sicher haben Sie recht mit der Grundsatztreue der DP, die aber nicht immer und überall gewesen ist. Auch die DP hat bei ganz entscheidenden Gesetzen eine Anzahl von Leuten gehabt, die nicht mit der Regierungskoalition gestimmt haben. Schlimmer ist es bei der FDP. Aber nun ist doch zweierlei von uns klug, und zwar einmal, wenn wir die DP und die FDP sich selbst überlassen. Die sollen sich selbst die Stimmen abjagen. Die DP stellt in Nordrhein-Westfalen überall Kandidaten auf. Also lassen Sie sie ruhig gegen die FDP vorgehen. Dagegen habe ich nichts.

Aber Sie irren völlig, Herr Wuermeling, wenn Sie glauben, daß sich die Leute von der FDP – soweit ich sie kenne – durch die Rede eines CDU-Mannes dazu bewegen ließen, etwa CDU zu wählen oder überhaupt fernzubleiben. Sie irren völlig damit. Dann kennen Sie eben nicht – ich muß das in aller Offenheit sagen – den inneren Geist der FDP. Das tut sie nicht!

Nun bemühen sich innerhalb der FDP die Herren Blücher, Schäfer, auch Herr Heuss – Herr Heuss auf meine Bitte – intensiv darum, diese ganze FDP wieder in Ordnung zu bringen, die völlig aus dem Leim gegangen ist dadurch, daß sie vier Jahre lang führerlos gewesen ist, und zwar führerlos sowohl als Partei wie als Fraktion.

Nun haben die Herren Heuss und Blücher mir geschrieben wegen Ihrer Rede.[41] Auch Heuss hat mir voller Schrecken geschrieben. Blücher hat sich an mich gewandt und darum gebeten, wenn Sie das nicht gesagt hätten, dann möchten Sie das doch in der Presse klarstellen. Aber Sie haben nichts in der Presse klargestellt. Wenn Sie doch ein Wort geschrieben hätten! Sie brauchen wirklich nur ein Wort der Presse mitzuteilen, daß die Wiedergabe falsch sei und daß Sie das und das gesagt hätten. Dann wäre die Sache ganz anders gewesen. (*Wuermeling:* Ist das anders?) Aber sicher, das ist vollkommen anders. Sie haben nicht gelesen, was über die Presse gegangen ist. Einen unserer Herren habe ich gefragt vor ein paar Tagen, wie ist es mit dem Wahlkampf. Ich bekam zur Antwort: nur zwischen CDU und FDP, sonst ist überhaupt nichts.

---

40 Eine derartige Umfrage konnte nicht ermittelt werden. Eine Umfrage „Eltern und Schule" des Instituts für Demoskopie Allensbach vom Juli/August 1953 hat einen anderen Schwerpunkt.

41 Vgl. Heuss an Adenauer vom 8. Juli sowie Adenauer an Heuss vom 13. Juli 1953 (StBKAH III/47).

Nun etwas zur DP. Ich habe den Eindruck, daß die DP sehr stark darauf ausgeht, die jungen Leute zu bekommen. Darüber werden wir unter Punkt 9 noch sprechen müssen, und zwar wie wir die Neuwähler an uns heranbringen.

Ehlers: Ich bin anderer Meinung wie Herr Kaiser. Für die Sicht der Leute im Lande findet ein Wahlkampf statt zwischen CDU und SPD. Wir müssen uns völlig darauf einstellen. Eine bestimmte Einstellung, die wir auch zu den Koalitionsparteien haben, ist ja deutlich; das braucht man nur nicht zu sagen. Ich habe das Gefühl, daß die FDP uns die Mühe, sich selbst kaputtzumachen, weithin abnimmt. Das brauchen wir gar nicht zu tun.

Hinsichtlich der Bekenntnisschule bin ich der gleichen Meinung wie der Herr Bundeskanzler. Wir sollten auf der Bundesebene nicht über Dinge reden, die uns nichts angehen, sondern sollten das der Länderebene überlassen. Ich habe mit Schäfer am Montag gesprochen. Schäfer ist über die Aufstellung des Herrn Achenbach[42] außer sich und hat erklärt, dann sei er bereit, in einer CDU-Versammlung in Essen gegen Achenbach zu sprechen. Das geht immerhin ziemlich weit! (*Kaiser:* In meinem Wahlkreis, und der Heinemann kommt noch dazu! – *Heiterkeit und Bewegung.*) Er hat mich genau informiert über die niedersächsischen Verhältnisse.[43] Blücher und Schäfer haben Stegner telegraphiert und darauf hingewiesen, daß nach ihren Feststellungen der gesamte Landesvorstand in Niedersachsen illegal gebildet sei. Ich bin nicht sicher, ob wir etwas dazu tun sollen. Es ist damit zu rechnen, daß die erträglichen Leute, mit denen wir in Niedersachsen reden können – also einige Leute in Südhannover, in Ostfriesland und Oldenburg – klar gegen Stegner stehen. In dem Falle, daß sie sich von ihm trennen, glaube ich, daß sie bereit sind, in einer klaren und vernünftigen Weise eine Vereinbarung über die Wahl zu treffen. In diese Richtung sollte man steuern.

Ich fürchte, daß Sie die DP – ich weiß, aus welchen Gründen, aber es muß hier gesagt werden – etwas zu positiv beurteilen. Man kann die DP nicht nur von Herrn Seebohm her sehen, sondern der Kreis auch um Hellwege und die Leute, die bei ihm das Geschäft zu machen versuchen, auch Herr von Merkatz[44], sind nach meiner

42 Auf dem Delegiertentag des FDP-Landesverbands Nordrhein-Westfalen am 5. August 1953 wurde Achenbach von der Landesliste gestrichen (vgl. Bertsch S. 282), war aber dann von 1957–1976 MdB (FDP).

43 Eine starke Gruppierung innerhalb des Bezirksverbands Hannover-Stadt hatte in ultimativer Form den Rücktritt des Landesvorsitzenden Stegner und seines Geschäftsführers Horst Huisgen verlangt, andernfalls wolle sie eine eigene Partei gründen (zu den Auseinandersetzungen vgl. Bertsch S. 302f.; Stöss 2 S. 1344; „Süddeutsche Zeitung" vom 8. Juni 1953; zu Stegner FAZ vom 11. August 1953).

44 Dr. Hans-Joachim von Merkatz (1905–1982), 1946–1949 juristischer Berater der DP im Landtag Niedersachsen bzw. Parlamentarischen Rat, 1949–1969 MdB (DP, 1953–1955 Fraktionsvorsitzender, ab 1960 CDU), 1952–1958 Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der EGKS, 1955-1960 stv. Vorsitzender der DP, 1955–1962 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates, 1956–1957 zugleich Bundesminister für Justiz und 1960–1961 für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

Überzeugung gefährliche Leute, (*Adenauer:* Auch Merkatz?) weil sie mit einer sehr gefährlichen Parole, die keineswegs unseres Geistes und keineswegs des Geistes der Koalition ist, versuchen, irgendwelche Leute hinter sich zu bringen. Man denke an das Theater mit dem Mittelstandsblock in Nordrhein-Westfalen.[45] Sie gehen jeden Weg, der ihnen Stimmen bringt. Wir haben in Oldenburg und in Niedersachsen das gleiche Bild, daß die DP die Auffangstelle für die ehemaligen SRP-Leute ist. Das muß man sehen! Wir werden darum gegenüber der DP den Kampf führen, aber die Reserven so bewahren müssen, daß wir sie nicht unnötig stärken. Ich würde vorschlagen, daß wir bei dieser Partei aufmerksam beobachten, was sie sagt, und zurückschlagen, wenn sie uns unfair angreift, im übrigen aber die Frontrichtung auf die SPD zu nehmen. Ich glaube, das ist die einzige Aufgabe, die uns gestellt ist.

Von Brentano: Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß wir keinen Anlaß haben und daß es auch taktisch falsch wäre, unsere Koalitionspolitik im Wahlkampf dadurch unglaubhaft zu machen, daß wir Angriffe gegen die Koalitionspartner starten. Ich bin allerdings auch der Meinung, daß dieses neue Wahlgesetz, das gegen uns geschaffen worden ist, uns dazu zwingt, uns nach rechts und nach links abzugrenzen. Wir dürfen keine Verwirrung anrichten, indem wir unsere Koalitionspolitik angreifen. Wir dürfen aber auch nicht die Grenzen zwischen uns und unseren Koalitionspartnern verwischen.

Es kommt uns darauf an, nicht Stimmen für die FDP zu gewinnen, sondern jede Stimme, die wir mobil machen können, für die CDU zu bekommen; denn unsere Politik, Herr Bundeskanzler, konnten wir nur deshalb machen, weil wir die stärkste Partei waren. Wir können feststellen, daß an dieser Politik des Bundeskanzlers, der Minister Schäffer, Erhard usw. die Herren Blücher und Seebohm sich unter „ferner liefen" an dem Erfolg beteiligten. Deshalb glaube ich schon, daß wir uns unter allen Umständen im Wahlkampf sehr eindeutig abgrenzen müssen von unseren Partnern von rechts, weil diese Partner uns bisher – weiß Gott – nicht vorgemacht haben, wie man einen Wahlkampf fair führt. Sie sagen, man habe sich über die Rede von Wuermeling erregt. Man müßte zunächst der FDP sagen, wie wir uns erregt haben über die tollen Entgleisungen eines Maiers in Lübeck usw. (*Adenauer:* Das habe ich Herrn Heuss gesagt.) Ich bekomme Berichte, wonach die FDP eindeutig gegen die CDU in Hessen kämpft. Euler hat eine korrekte Haltung in der letzten Zeit gezeigt. Wir können aber diese Dinge nicht stillschweigend übergehen. Es kommt darauf an, daß wir den letzten Mann an die Wahlurne bekommen. Das können wir nur, wenn

45 Der Mittelstandsblock, der nicht als Partei auftrat, hatte am 29. Juni in Köln eine Kundgebung abgehalten, bei der Adenauer die Bedeutung des Mittelstands hervorhob, der Präsident des DBV, Hermes (Rede in NL Hermes ACDP I-090-115), der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Richard Uhlemeyer, und der Bundesvorsitzende des DBB, Hans Schäfer, die programmatischen Forderungen des Mittelstandes formulierten (vgl. FAZ vom 30. Juni 1953). Der Geschäftsführer des Deutschen Mittelstandsblocks in Nordrhein-Westfalen, Heinrich Schild, trat am 10. Juli der DP bei (vgl. FAZ vom 11. Juli 1953).

wir uns nach rechts und nach links klar abgrenzen. Es kommt hinzu, daß wir es bei der FDP in jedem Bezirk mit einer anderen Gruppe zu tun haben.

Man hat uns gesagt, wir seien ein zusammengelaufener Haufen! Das war im Jahre 1945. Wir haben bewiesen, daß wir es nicht sind. (*Simpfendörfer:* Dehler hat es kürzlich behauptet![46]) Das habe ich gelesen. Was die FDP in Hessen beim Wahlkampf versucht, ist mehr als unfair und illoyal. Sie versucht nach der Methode von Maier das konfessionelle Moment in einer etwas perfiden Weise hinzustellen.

Genauso schwer ist es für uns mit der DP. Ich hätte keinerlei Bedenken zu einer loyalen Auseinandersetzung; ich bin sogar der Meinung, daß das von Ihnen über Herrn Merkatz gefällte Urteil, Herr Ehlers, zu scharf ist – bei Merkatz habe ich das Vertrauen, daß er es ehrlich meint –, aber die DP in Hessen, das sind die farbigen Hilfsvölker, und zwar braune; das sind überall die Exponenten des früheren Nationalsozialismus, Schranz[47], Derichsweiler[48] usw. Das geht herunter bis nach Darmstadt.[49] Dort sind die alten Nazis wieder aufgetreten. Uns von diesen Leuten zu distanzieren, ist einfach eine Notwendigkeit. Wir sollten es nicht mit einer falschen Polemik tun. Das haben wir nicht nötig. Aber wir müssen die Grenzen ziehen und sagen, warum man uns wählen muß und die anderen nicht wählen darf. Das müssen wir tun, sonst verlieren wir bei unseren Wählern die Glaubwürdigkeit. Nur wenn wir sehr stark unsere Eigenständigkeit betonen, können wir auch die vielen Wähler, die heute noch ungewiß sind, gewinnen. Das gilt insbesonder für die jungen Wähler. Wir dürfen nicht unsere Grenzen verwischen.

Wir sollten unseren Wahlkampf nicht so sehr in der Defensive, sondern zielbewußter und aggressiv führen. Wir sollten hinweisen auf das, was wir geleistet haben, und uns nicht den Wahlkampf von den Parolen der sozialistischen Opposition vorschreiben lassen. Wir sollten in dieser Auseinandersetzung auch die Grenzen aufzeigen, die uns von unseren Koalitionspartnern trennen. Das gilt insbesondere für den Südweststaat, wo Maier an der Spitze kandidiert.

Adenauer: Verzeihen Sie, wenn ich hier gewissermaßen unterscheide, daß Herr Präsident Ehlers die ganze Situation mehr vom allgemeinen Standpunkt aus geschildert hat, während Sie, Herr von Brentano, mehr vom hessischen Standpunkt aus die Lage gesehen haben. Ich darf mal eine allgemeine Bemerkung machen. Denken Sie bitte daran, daß im Jahre 1949 nur lizenzierte Parteien zugelassen waren; denken

46 Vgl. Nr. 23 Anm. 61.

47 Dr. Helmuth Schranz (1897–1968), 1925–1945 NSDAP, 1934–1945 Oberbürgermeister von Offenbach, 1951–1961 DP, 1953–1961 MdB (DP), 1961–1962 GDP (stv. Landesvorsitzender Hessen). – Schranz wurde am 22. Juli 1953 vom DP-Kreisverband Offenbach als Bundestagskandidat aufgestellt (FAZ vom 23. Juli 1953).

48 Dr. Albert Derichsweiler (geb. 1909), 1952 Landesvorsitzender der DP in Hessen, Mitglied des DP-Parteidirektoriums (Jenke S. 131, 134; Stöss 1 S. 1069f.).

49 Zur Entwicklung der hessischen DP vgl. FAZ vom 22. und 23. Juli; FR vom 29. Juli 1953; Stöss 1 S. 1069f.; ausführlicher Bericht über die Verhältnisse von A. Derichsweiler und J. Harring in NL von Merkatz ACDP I-148-096/6; Meyn S. 40f.

Sie bitte daran, daß im Jahre 1949 sehr viele frühere Nazis kein Wahlrecht hatten; denken Sie bitte daran, daß das jetzt alles weggefallen ist. Deswegen ist es mir – solange nicht nationalistische Elemente eine seit 1949 bestehende Partei derart unterlaufen, daß sie dieses Gehäuse in Besitz nehmen und damit arbeiten können – vom allgemeinen Standpunkt aus viel lieber, in der FDP und in der DP einen gewissen Prozentsatz solcher nationalistischer Elemente zu sehen, der aber nur so groß sein darf, daß er von den anderen in Schach gehalten werden kann, als wenn wir eine große nationalistische Partei bekämen im Bundestag. Das ist doch der große Vorteil, den wir haben, gegenüber den Leuten nach 1918. Wir haben keine große nationalistische Partei im Bundestag. Das ist ein sehr großer Vorteil. (*Von Brentano:* Außer der SPD!) Da gebe ich Ihnen recht. Das ist ein Lapsus linguae bei mir gewesen. Aber diesen Unterschied muß man doch auch beachten gegenüber 1949. Daß wir uns abzugrenzen haben gegenüber den anderen, daß wir die Eigenständigkeit unserer Politik, wo wir eine eigenständige Politik getrieben haben oder treiben wollen in den nächsten vier Jahren, klarlegen müssen, ist ganz selbstverständlich. Daß wir nicht etwa in einen Topf geworfen werden wollen mit der FDP oder mit der DP, das ist auch vollkommen richtig. Da stimme ich mit Ihnen überein.

Aber ich wiederhole nochmals – das richtet sich auch an meinen verehrten Nachbarn zur Linken –, nach meiner Überzeugung sind die Wahlen für den zweiten Bundestag noch wichtiger als die Wahlen im Jahre 1949. Der Bundestag, der jetzt gewählt wird für die Jahre 1953 bis 1957, der die Geschicke Deutschlands in der Hand hat, wird darüber entscheiden, ob wir uns nach dem Osten eines Tages abwenden oder ob wir ein starkes Europa schaffen und in diesem starken Europa eine maßgebende Rolle spielen. Das hat dieser Bundestag zu entscheiden.

Ich sehe von allen sozialen Fragen ab, Herr Kaiser, sondern spreche rein politisch. Außenpolitisch liegt die Sozialdemokratische Partei auf der Linie, eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West einzuschlagen, d.h. sie gibt sich der törichten Hoffnung hin, dieses Deutschland könne, ohne daß es sich dem Westen anschließt und ohne, daß es sich dem Osten anschließt, tatsächlich eine große Rolle spielen. Das hat nicht einmal Bismarck geträumt, daß so etwas möglich wäre, der sich immer vergebens nach Bundesgenossen umgesehen hat, weil ein Land, das in der Mitte liegt, eben nicht anders kann und sich entscheiden muß – Sein oder Nichtsein – entweder zum Osten oder zum Westen. Es kann nicht in diesem Schwebezustand bleiben.

Das ist nach meiner Meinung die entscheidende Frage, die durch diese Bundestagswahl bejaht oder verneint wird, je nachdem, wie das deutsche Volk es will.

Simpfendörfer: Wir werden in Stuttgart die Wahl mit einer ganz gründlichen Parole durchkämpfen: Adenauer-Führung oder Ollenhauer-Maier-Führung. Das ist eine einleuchtende Parole. (*Adenauer:* Das ist sehr ehrenvoll!) Ich habe die dringende Bitte an die Herren vom geschäftsführenden Vorstand, daß wir diesen Wahlkampf im Angriff führen. (*Tillmanns:* Dem steht nichts im Wege!) Wir sollten unter keinen Umständen nur von der Verteidigung ausgehen. Ich möchte bitten, folgen-

des herauszustellen: Was geschieht, wenn der Kurs der Politik geändert werden müßte? D.h., wir sollten etwas mit der Angst arbeiten. Gleichzeitig bitte ich, die sozialen Leistungen unserer Regierung gebührend herauszustellen. Dafür wird das Volk sehr empfänglich sein.

Zur FDP noch folgendes: Das Ziel Maiers ist absolut klar. Er will einen Einfluß auf seine Fraktion gewinnen. Er wird, wenn er kann, die Koalition von Stuttgart nach Bonn verpflanzen. Wir dürfen nicht aus den Augen lassen, daß er Ihr schärfster persönlicher Gegner ist, Herr Bundeskanzler, nicht nur Ihrer Politik. Das haben wir in den letzten Jahren zur Genüge feststellen können. Wir haben ferner die Erfahrung gemacht, daß unter vier Augen die schärfsten Gegner Maiers erklärt haben: Wir sind gegen ihn, wir werden unter keinen Umständen seine Politik mitmachen. Aber im entscheidenden Augenblick sind sie alle umgefallen und haben ihm wieder das Vertrauen ausgesprochen. Ich fürchte, daß das auch auf der Bundesebene der Fall sein wird.

Das Elternrecht sollten wir möglichst aus dem Spiel lassen. Wir erfahren das auch bei uns. Unsere Stellung wird durch den Schulkampf, den uns Maier aufgezwungen hat, nicht erleichtert, sondern erschwert.

Tillmanns: Wenn wir die stärkste Partei werden wollen, können wir nicht nur einseitig nach links gucken. Ich glaube, daß das, was Brentano gesagt hat, die richtige Formulierung ist. Wir brauchen das nicht in polemisch-aggressiver Weise zu machen, obwohl wir ein scharfes Wort gegen den wiederaufkommenden falschen Nationalismus sagen werden. Wenn sich FDP und DP betroffen fühlen, mögen sie es tun. Gegen diesen engstirnigen Nationalismus müssen wir reden. Das ist für uns eine wichtige Angelegenheit.

Wir müssen den labilen Wählermassen, die zwischen uns, der FDP und der DP schwanken – vor allen Dingen in protestantischen Gebieten – klarmachen, daß sie zu uns gehören. Wir müssen in einer positiven, werbenden und nicht in einer polemischen Art diese Menschen ansprechen.

Die Frage, die Herr Kaiser aufgeworfen hat, läßt sich sehr schnell lösen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden FDP und DP – die ja auch nur Wähler gewinnen können, wenn sie sie von uns wegholen; sie können sie nicht von der SPD wegholen – von selbst gegen uns einen heftigen Wahlkampf führen. Da bleibt uns nichts anders übrig, als ebenso klar und eindeutig zu antworten.

Zur Frage der Koalition bin ich der Auffassung, daß wir im kommenden Wahlkampf keine Brücken abreißen sollten. Wenn wir davon ausgehen, daß es nur eine Koalition gibt – und zwar die von Ihnen genannte – im kommenden Bundestag, so meine ich, daß wir unsere Verhandlungsposition gegenüber unseren Koalitionspartnern in einer ungeheuren Weise schwächen, wenn wir jetzt schon erklären, daß es für uns keine andere Koalition gibt.

Es hat uns nach meiner Auffassung in den vergangenen vier Jahren im Bundestag enorm geschadet, daß wir unseren Koalitionspartnern, der FDP und der DP, bei jeder sich bietenden Gelegenheit erklärt haben, für uns kommt nur ein Zusammen-

gehen mit ihnen in Frage und gar nichts anderes. Das hat ihnen die Möglichkeit gegeben, uns gelegentlich derartige Backenstreiche zu versetzen. Wir sollten uns also vor dem 6. September nicht öffentlich schon festlegen, wir schwächen damit unsere Verhandlungen gegenüber der FDP. Die FDP geniert sich keinen Moment, bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu erklären, daß sie auch anders könne.

Adenauer: Wo hat das die FDP getan? Nur Reinhold Maier! Wer noch mehr? (*Wuermeling:* Auch Mießner! – *Unruhe.* – *Zurufe:* Kleiner Mann!) Wir müssen den Wahlkampf führen aufgrund unserer bisherigen Arbeit. Das waren doch unsere Arbeitsgenossen. Daß wir zurückschlagen, wenn sie uns angreifen, ist klar, aber wenn wir fußen wollen auf dem bisher Erreichten, auf der gemeinsamen Arbeit, können wir die beiden zunächst nicht vor den Kopf hauen, sonst sagt jeder, was seid ihr komische Leute, vier Jahre arbeitet ihr zusammen, und dann macht ihr diese Geschichten. Wir müssen uns von Theorien vollkommen freihalten. Wir müssen die Wahl gewinnen! Das ist die Hauptsache.

Kiesinger: Daß die Auseindersetzung auch mit der FDP kommen wird, ist klar; die kann man aber in einer anderen Form führen als mit der SPD. Wir sagen, wir sind vier Jahre lang durch dick und dünn gegangen, aber es sind Dinge passiert und es passieren Dinge, z.B. mit Maier und Dehler, die uns nicht gefallen. Das sagt man unter Freunden ganz klar. Das ist eine Art der Auseinandersetzung, die unseren Leuten sagt, wo wir stehen und die vielleicht doch manchen dazu bringen wird, zu uns zu kommen. Es wäre falsch, wenn der Herr Bundeskanzler sich scharf auseinandersetzte. Er spricht zu einem sehr viel breiteren Kreis als wir, die wir uns in den einzelnen Landschaften wahrscheinlich manchmal sogar sehr heftig mit den einzelnen FDP-Rednern werden auseinandersetzen müssen. Das ist eine Frage der Etage. Wer in der obersten Etage spricht, d.h. als Bundessprecher der Christlich-Demokratischen Union, soll sich – das geht auch gegen Sie, Freund Wuermeling – hüten, einen polemischen Ton gegenüber der FDP als solche anzuschlagen.

Im übrigen stimme ich dem Bundestagspräsidenten zu in der Beurteilung der DP. Ich bin der Meinung, daß die DP gefährliche Sachen macht, auch wenn ich Merkatz in Schutz nehme. Aber es kann sein, daß auch Merkatz in die Rolle des Zauberlehrlings gerät.

Scharnberg: Wenn wir wegen unserer Bemühungen um unser Wahlrecht angegriffen werden, so empfehle ich, überhaupt nur eine Gegenfrage zu stellen, nämlich: Warum hat die SPD eigentlich im Bundestag nicht das Wahlgesetz beantragt, das sie in Hamburg und in Hessen durchgesetzt hat. Auf diese Frage wird kein SPD-Mann eine vernünftige Antwort geben können; denn die Sache ist völlig eindeutig. Die SPD hat nur einen Opportunitätsstandpunkt zu der Wahlrechtsfrage. Diese Frage ist in Hamburg und in Hessen für sie günstig.

Mir scheint unsere Stellung zur FDP außerordentlich schwierig zu sein. Eines ist sicher: Alles, was wir von der FDP abjagen können, das sind nicht Anhänger von Maier. Wenn es uns tatsächlich durch eine starke Agitation gegenüber der FDP gelingen sollte, die FDP zu schwächen, so kann es dabei passieren, daß in der

geschwächten FDP nunmehr der Maier-Flügel etwas führend wird, so daß damit diese geschwächte FDP in das gegenteilige Lager geht. Ich frage, woher kommen eigentlich die 29 Stimmen, die uns das Wahlrecht kaputtgemacht haben. Ich glaube, das sind Stimmen, die mehr oder weniger dem Herrn Maier verwandt sind. Die ganze Hamburger FDP ist nach meiner Überzeugung überwiegend so eingestellt, daß sie, wenn sie könnte, ebenso gern, wenn nicht lieber, mit der SPD ginge als mit der CDU.

Es ist hochinteressant, wie die Zwitterstellung ist. Die Leute haben mit uns – Herr Bundeskanzler, Sie kennen die Abmachungen – in Hamburg für die Bürgerschaftswahl entsprechende Abmachungen getroffen, daß sie mit uns zusammengehen, nicht etwa aus Begeisterung und weil sie es für richtiger halten, mit der CDU anstatt mit der SPD zu gehen, sondern weil das Hamburger Wahlrecht ihnen überhaupt mit der SPD keine Chance bietet und das Zusammengehen mit der CDU ihnen die einzige Chance gibt. Wenn sie mit der SPD zusammengeht, kommt dabei heraus, daß die SPD 75 % der Mandate der Bürgerschaft kriegt. Dann sind sie ein kleines Anhängsel, das nichts zu sagen hat. Das ist also der Grund, nicht der andere, weshalb sie mit uns zusammengehen. Ich könnte mir vorstellen, daß ähnliche Motive in anderen Ländern maßgebend sind. Ich behaupte, daß diese 29 Männer, die gegen das Wahlrecht gestimmt haben, alles Menschen sind, die sehr anfällig nach der Richtung Maier sind. Wir sollten den Maier-Flügel nicht unterschätzen, sondern sehr ernst nehmen. Ich komme zu dem Ergebnis, etwas vorsichtig zu sein mit der FDP; denn was wir von den Leuten abgrasen, können immer nur Nicht-Maier-Leute sein, und dann kann das Resultat das sein, was ich angedeutet habe. Infolgedessen ist es richtig, daß wir – mit Ausnahme der Länder, wo es hierüber keine Diskussion gibt – vorsichtig sein sollen. Ich glaube, daß der Gedanke der Koalition in der Bevölkerung schon ein politischer Begriff geworden ist; die Leute wollen effektiv die Koalition wiederhaben. Es ist eine logische Sache, daß wir sagen, wir haben in der Koalition eine Politik mit großem Erfolg gemacht. Damit ergibt sich ganz naturnotwendig die Einstellung zu den Koalitionsparteien.

Von Hassel: Die DP ist bei uns keine Gefahr; sie ist auch nicht das Durchgangslager für die SRP. Dort ist die Deutsche Solidaritätsgruppe [50] neu aufgetaucht, die versucht, sich mit den gesamten Rechtsgruppen zu vereinigen, wobei die Deutsche Reichspartei einer der schärfsten Gegner Ihrer Außenpolitik ist, Herr Bundeskanzler.

Die FDP hatten wir bis vor wenigen Monaten ebenfalls nicht zu befürchten. Sie hat aber jetzt ihre Organisation aufbauen können und versucht nun mit zwei Argumenten das empfängliche Schleswig-Holstein in der Richtung auf antikatholische Effekte und die 131er-Frage anzusprechen. Seitdem sich die FDP mit großem Geschick vor die 131er stellt, sind in dem sehr starken Flüchtlingsland und Wehr-

50 Vgl. Stöss 2 S. 2308. Zu den Nachfolgeorganisationen der SRP vgl. auch Jenke S. 114–119.

machtsland Schleswig-Holstein erhebliche Kräfte zur FDP gegangen. Ich meine daher, daß die Frage der 131er von uns zentral behandelt werden muß.

Der BHE vermeidet es peinlich, zu erklären, wie er sich später entscheiden könne. Die große Rede von Kraft in Kiel am Sonntag greift sehr scharf Dehler an.[51] Über das Verhältnis zur Bundesregierung sagte er, wir stehen zur Bundesregierung unter der Führung von Konrad Adenauer in Opposition, aber nicht um der Opposition willen, sondern nur insoweit, als wir glauben, berechtigte Kritik üben zu können. Im großen und ganzen war aber die Rede freundlich gehalten, und sie läßt die Tür offen. Die führenden Leute des BHE kommen im wesentlichen aus Schleswig-Holstein; mit ihnen kann man sprechen. Die breite Mitgliedschaft ist allerdings nur auf die primitivsten Instinkte hin ansprechbar; sie spricht nur vom Lastenausgleich und von der Vertriebenengesetzgebung.

Adenauer: Damit wäre die Diskussion abgeschlossen. Wir können übergehen zum Punkt 2 der Tagesordnung. Es wäre wünschenswert, wenn Sie, Herr Cillien, über das Verhältnis zur DP und FDP in Niedersachsen berichten würden.

Bericht über die Verhandlungen mit anderen Parteien

Cillien: In einer der letzten Parteivorstandssitzungen wurde mir und Dr. Fricke von den Experten klargemacht, daß Wahlabkommen für den Ausgang der Wahl keinerlei Bedeutung hätten; sie könnten nur hier und da eine optische Bedeutung haben. Mit diesem Eindruck gingen wir zurück. Herr Hofmeister meinte allerdings, daß bei den besonderen niedersächsischen Verhältnissen doch Überhangmandate durch die starke Massierung der FDP entstehen könnten. Wir hatten die Überzeugung, daß wir nicht darüber zu sprechen brauchten, was eine Erleichterung war, da wir in den letzten Jahren sehr häufig diesen Versuch mit negativem Erfolg gemacht haben. Jedenfalls können wir für uns in Anspruch nehmen, daß wir alles getan haben, um eine Zusammenfassung der Koalitionsparteien zu erreichen. Es war ein Versuch, der von der FDP torpediert worden ist. Die DP hat anfänglich mitgemacht, aber nur mit halbem Herzen. Seit Jahren hat Hellwege nie eine Vorstandssitzung einberufen, weil er mit der Niederdeutschen Union nichts mehr zu tun haben will. Ich wurde von Herrn Globke angerufen, daß Sie den Wunsch haben, Herr Bundeskanzler, daß der Wahlkreis von Hellwege nicht gefährdet sein soll. Ich habe mich sofort bereit erklärt, mit der DP über einige Wahlkreise zu sprechen. Es müsse erwartet werden, so sagte ich Herrn Globke, daß die DP auf uns zukäme. Das hat sie bisher nicht getan. Statt dessen hat die DP in zwei parteiamtlichen Erklärungen ihre Stellung dahin präzisiert, daß sie allein gehen würde. In ihrem Blatt steht ein Artikel fett überschrieben „Zum Alleingang der Deutschen Partei".[52]

---

51 Am 11. Juli 1953 eröffnete der BHE in Kiel den Wahlkampf (vgl. FAZ vom 13. Juli 1953; Neumann S. 95).

52 Vgl. „Bonner Informationen" Nr. 101/53 (Hrsg. DP-Bundesgeschäftsführung) vom 7. Juli 1953 (NL von Merkatz ACDP I-148-092/2).

Einer unserer Kreisvorsitzenden hat ohne Wissen der Landesleitung an Hellwege einen Brief geschrieben, worin er sagt: Wir müssen unbedingt zusammengehen, und es muß etwas geschehen. Hellwege hat ihm persönlich geantwortet. Ich habe eine Abschrift dieses Briefes Ihnen zugeschickt, Herr Bundeskanzler, und zwar am Montag mit Eilbrief.[53]

Hellwege schreibt darin:

„Ich bedaure auf das tiefste, daß die Haltung der FDP meine Partei gezwungen hat, gerade im Interesse des Ganzen bei der Bundestagswahl auf Vereinbarungen mit anderen Parteien zu verzichten."

Dann gibt er eine Begründung. Es habe einen fabelhaften Gesetzentwurf gegeben, der es den Wählern ermöglicht hätte, sich zu entscheiden. Dieser Entwurf hätte es der CDU möglich gemacht, ohne die DP eine tragfähige Regierung zu bilden. Also, bis zur Selbstaufgabe geht er hier. In dem parteiamtlichen Brief heißt es weiter: Die DP hat es noch erreichen können, daß wenigstens die 5 %-Klausel im neuen Wahlgesetz verankert wurde. Es wird dann Kritik geübt an dem linken Flügel der CDU, der nicht zuverlässig sei. (*Arnold:* Wo ist der denn überhaupt?) Das hat Hellwege an den Kreisvorsitzenden geschickt. (*Adenauer:* Ich habe es noch nicht bekommen; es wird wohl jetzt da sein.) Das ist eine klare Absage von seiten der DP.

Adenauer: Herr Hellwege hat mir inhaltlich ungefähr so geschrieben wie in diesem Schreiben.[54] Ich habe die Mitteilung bekommen, daß Hellwege stark auf dem Standpunkt von Caux steht und sich beeinflussen läßt. Ich höre weiter, daß die DP innerlich gespalten sei. Herr Seebohm habe mehr Anhänger, als man glaube. Dieser Parteisekretär der DP sei der wirklich böse Geist.[55] (*Kaiser:* Es ist der persönliche Mitarbeiter von Hellwege.) Ich habe den Eindruck, als wenn die DP darauf ausgeht, die neuen Wähler zu fangen. Deswegen macht sie die ganze Geschichte. Ich glaube, man muß sie laufenlassen und sehen, daß man einen fairen Wahlkampf führt.

Cillien: Die DP krankt nicht an einer moralischen Sache, sondern das hängt zusammen mit einem bestimmten Größenwahn. Und davon ist sie nicht zu kurieren. Es kommen bei ihr solche Sätze vor: Europa hätte schon viel früher eine deutschparteiliche Politik treiben müssen. Mit Hellwege kann man immer verhandeln, aber das ist ja ein schwacher Mann. Er kann kein Abkommen durchsetzen. So ist die Lage. Da er aber aus dem alten Boden hervorgegangen ist, muß man ihn als Repräsentanten weiter halten. Es sind auch schon DP-Leute zu uns übergegangen.

---

53 Vgl. Anm. 12; vgl. StBKAH 12.29.

54 Vgl. Anm. 53.

55 Generalsekretär war 1952/53 Herbert Schneider (geb. 1915), der von 1953–1961 Abgeordneter der DP, von 1969–1972 der CDU im Bundestag war. Seine Stellung wird deutlich im DP-Rundschreiben Nr. 90/53 vom 14. Juli 1953 (NL von Merkatz ACDP I-148-092/3; vgl. auch MEYN S. 29f., 34, 131f.).

(*Adenauer:* Der Erbprinz[56] ist auch schon übergegangen.) Das herzogliche Haus ist überhaupt nicht einverstanden. Er habe heftige Auftritte gehabt, sagte mir Hellwege. Das geht unter dem Motto: Für Freiheit und Recht! Wir würden es aber bedauern, wenn die vier Wahlkreise, die für die DP zu gewinnen sind[57], verlorengingen. Das würde sich für die nächsten Landtagswahlen ungünstig auswirken.

Ich bin nach wie vor bereit, in dieser Richtung mit der DP zu verhandeln. Wenn die DP ausfällt, hat ein Gespräch mit der FDP noch weniger Sinn als bisher. Die FDP hat bisher alle Bemühungen, die nichtmarxistischen Parteien zusammenzufassen, zerschlagen. Neuerdings ist es so, daß sogar Stegner und Onnen den Gedanken vertreten, es müsse zu einem Abkommen kommen. Diese Frage hat in Niedersachsen nur Interesse für Oldenburg und Ostfriesland. In einer Sitzung am Samstag in Oldenburg unter dem Vorsitz von Ehlers ist beschlossen worden, Gespräche mit der FDP zu führen, aber unter bestimmten Bedingungen; dazu gehört auch, daß Herr Onnen nicht gefördert wird, weil es CDU-Leuten nicht zuzumuten sei, ihre erste Stimme Herrn Onnen zu geben.[58] Wenn Onnen keine Aussicht hat bei der Wahl, dann fällt alles zusammen.

Adenauer: Ich möchte Sie bitten, Herr Cillien, noch nicht zu resignieren. Ich weiß zuverlässig, daß innerhalb der DP sehr starke Bestrebungen im Gange sind, diesen Beschluß zu ändern. Herr Hellwege hat mir persönlich gesagt, daß noch eine Sitzung des Direktoriums stattfindet. Ich würde empfehlen, noch nicht zu resignieren, natürlich sich auch nicht aufdrängen, aber Sie können mit Rehwinkel[59], der immerhin eine erhebliche Rolle spielt, und mit dem Mittelstandsblock Fühlung nehmen. Herr Hellwege hat sich überrennen lassen von dem Parteisekretär.

Cillien: Die FDP hat eine starke Position in Göttingen. Diesen Wahlkreis hat sie uns angeboten, obwohl wir in Göttingen ganz schwach sind.[60] Also so weit geht der häusliche Streit schon.

Adenauer: Mit anderen Worten: Sie halten die Augen offen und versuchen zu machen, was sich machen läßt.

Cillien: Herr Löbke(?)[61] ist bei mir gewesen und hat gesagt, es sei damit zu rechnen, daß Hellwege seinen Standpunkt ändere.

---

56 Prinz Ernst August Georg Wilhelm von Hannover (geb. 1914) hatte am 28. Mai 1953 ein Gespräch mit Adenauer (Terminkalender).

57 1949 errang die DP sechs, 1953 acht Wahlkreise. Zu den Auseinandersetzungen in der DP vgl. JENKE S. 120–129; MEYN S. 34–41.

58 Ein Protokoll der Sitzung ist nicht zu ermitteln.

59 Edmund Rehwinkel (1899–1977), seit 1947 Präsident des Niedersächsischen Landvolks, 1959–1969 Präsident des DBV.

60 Bei der Bundestagswahl 1949 errang die CDU 9,7 %, 1953 waren es bei den Zweitstimmen 31,9 %.

61 Möglicherweise Ministerpräsident Friedrich Wilhelm Lübke.

Adenauer: Wir kommen zum Punkt 2 c (Hessen). Vor meiner Abreise aus Bonn war Herr Euler mit zwei einwandfreien Herren der hessischen FDP bei mir.[62] Diese drei Herren haben mir vorgetragen, daß sie versuchen, durch Wahlabsprachen mit der CDU und der DP die hessische FDP möglichst stark zu machen, weil sie glauben, daß sie dann innerhalb der FDP-Partei und der FDP-Fraktion den Kurs Maier zum Erliegen bringen. Insofern haben wir an alledem, was in Hessen vor sich geht, ein Interesse, das über das Parteiinteresse weit hinausgeht.

Die DP hat nun gesagt: Nein wir gehen allein. Aber, Herr Dr. Fay, das ist noch nicht das letzte Wort, obgleich die Herren in Hessen glauben, es sei das letzte Wort. Vielleicht berichten Sie darüber, was sich getan hat. Ich darf noch hinzufügen, daß Herr Euler während unserer Sitzung telefoniert und dringend auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, daß in Hessen Verständigungen stattfinden. Sie hätten ihm mitgeteilt, sie wollten die heutige Besprechung abwarten.

Fay: Nicht nur die heutige Sitzung, sondern auch die Delegiertenversammlung am Samstag.[63] In Hessen besteht die Gefahr, daß die SPD Überhangmandate erhält. Wir hatten 1949 in Hessen drei Wahlkreise, die von der CDU gezogen wurden, und sieben Wahlkreise von der FDP.[64] Bei uns wird es als sicher angesehen, daß zwei Wahlkreise von der CDU gezogen werden; bei einem Wahlkreis ist es möglich, aber nicht sicher. Herr Euler ist der Auffassung, daß sämtliche FDP-Kreise verlorengehen. Wenn wir nur zwei Wahlkreise ziehen, dann würde die SPD 20 von 22 Wahlkreisen ziehen.

Am vergangenen Sonntag hat eine außerordentliche Vorstandssitzung des Landesverbandes der CDU in Marburg stattgefunden.[65] Es waren dort ein gutes Drittel der Kreisvorsitzenden, die in den etwa betroffenen Gebieten sitzen. Ich möchte darüber berichten, wie die Versammlung den Gegner beurteilt hat. Grundsätzlich werden die Politik des Bundeskanzlers und die Erfolge auf der außenpolitischen und der wirtschaftspolitischen Linie hundertprozentig bejaht. Man ist sich klar darüber, daß alles getan werden muß, um diese Politik zu erhalten.

Ich darf Herrn Scharnberg etwas entgegnen. Unsere Kreise halten nicht sehr viel von der Koalition. Herr Euler ist in hessischen Kreisen der CDU denkbar unbeliebt, weil Euler es an sich hat, je nach der Situation sich Freunde zu suchen. Die Verbindungen, die er [ein]geht, gehen meistens schief. Sie erinnern sich, daß Euler einmal mit der DRP, die heute noch im Bundestag durch

62 Aus Terminkalender nicht ersichtlich. Sehr dichte Korrespondenz zwischen Adenauer und Euler in StBKAH 12.32.

63 Vgl. dazu UiD Nr. 54 vom 15. Juli, Nr. 55 vom 18. Juli und Nr. 56 vom 22. Juli 1953.

64 Für die CDU waren dies 1949 Fulda (Sabel), Bad Schwalbach (von Brentano); für die FDP Ziegenhain (Euler), Marburg (Ludwig Preiß), Wetzlar (Karl Gaul), Gießen (Ludwig Schneider), Wiesbaden (Victor-Emanuel Preusker). 1953 gewann die CDU sieben, die FDP fünf Wahlkreise.

65 Protokoll nicht zu ermitteln.

Leuchtgens[66] vertreten ist, ein Wahlbündnis eingegangen ist. Er hatte geglaubt, daraus den größten Erfolg zu ziehen. Herr Euler hat in der hessischen Landtagswahl das Wahlbündnis mit dem BHE gemacht mit dem Erfolg, daß der BHE in Hessen hundertprozentig zur SPD eingeschwenkt ist.[67] Eulers persönliche Haltung ist in unseren Kreisen nicht beliebt.

Es kommt hinzu, daß im hessischen Raum die FDP sich bisher bemüht hat, jedes gute Verhältnis zur CDU zu zerschlagen. Sie wissen, daß Herr Dehler in Frankfurt eine Rede gehalten hat gegen politisierende Prälaten, die den Erfolg gehabt hat, daß der katholische Volksteil in Frankfurt restlos verkrumpelt ist.[68] Herr Schroeder[69], der Vizepräsident der FDP im hessischen Landtag, hat erklärt, es sei notwendig, daß außer den Sozialisten und den Klerikalen die FDP als eine liberale Partei vertreten sei. Wir haben noch dafür Verständnis gehabt, daß er uns mit „Klerikalen" bezeichnet hat, aber der Erfolg ist der, daß unsere Leute restlos verärgert sind. Ich will schweigen von der Rede Maiers, die auch in Hessen gewirkt hat. Man hat festgestellt, daß die Rede Maiers gerade in den Teilen, wo er sich mit den Klerikalen befaßt hat, die hundertprozentige Zustimmung der Versammlung gefunden hat.

Bei der DP in Hessen ist es nach unserer Auffassung so, daß diese DP ein ganz klarer Nazihaufen ist, um sie mit diesem Wort zu bezeichnen. Die Führung der DP liegt in den Händen des Herrn Schranz, dem früheren Oberbürgermeister in Offenbach, der als gemäßigter Nazi galt. Er ist aber ein schwacher Mann und liegt vollkommen in den Händen des früheren Kreisleiters von Mainz, des Herrn Fuchs[70].

66 Dr. Heinrich Leuchtgens (1876–1959), 1925–1931 Mitglied des Provinziallandtags (Hessen-Darmstadt, Bauern- und Landvolkpartei), 1945 Mitgründer der NPD, 1949–1953 MdB (FDP/DP, ab 1952 DP Bayern, ab 27. Juli 1953 fraktionslos). – Am 21. Juli wurde er mit zwölf weiteren Mitgliedern aus der hessischen DP ausgeschlossen (vgl. FAZ vom 22. Juli 1953; vgl. auch JENKE S. 130; STÖSS 2 S. 1892 Anm. 1).

67 Zu den parteiinternen Auseinandersetzungen im hessischen BHE um die politische Orientierung vgl. NEUMANN S. 94 Anm. 376. Der überwiegende Teil der Landtagsfraktion kooperierte mit der SPD. Als Gegengewicht wurde der Vorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Frank Seiboth, vom Bundesvorstand des BHE zum hessischen Organisationsleiter für die Bundestagswahl bestellt; er schwenkte später jedoch ebenfalls zur SPD über. Zu Eulers Haltung zur SPD vgl. BERTSCH S. 259f.

68 Dehler hatte in seiner Rede am 27. Mai 1953 in der Frankfurter Kongreßhalle die FDP als allein „staatsbildende Kraft" gegen SPD und CDU, die von ihrer Natur her Oppositionsparteien seien, abgegrenzt. Zur Konfessionsschule, die von der CDU geplant sei, erklärte er, ihm werde bang, wenn er sich ein Deutschland vorstelle, das von Prälaten und Oberkirchenräten regiert werde (vgl. FAZ vom 29. Mai 1953, „Kontroverse mit Dehler" EBD. 30. Mai 1953; UiD vom 3. Juni 1953; vgl. auch Adenauer an Dehler vom 28. Mai 1953 in StBKAH 12.32.

69 Dr. Ernst Schroeder (1893–1976), Präsident des Zentralverbands des Deutschen Gemüse-, Obst- und Gartenbaus, 1928–1932 MdPrL, 1932–1933 MdR (DVP), 1950–1958 MdL (FDP), Vizepräsident des hessischen Landtags.

70 Fritz Fuchs (geb. 1894), 1925 NSDAP, 1937 Kreisleiter, 1940 Gauamtsleiter, 1943 Gauhauptamtsleiter der NS-Volkswohlfahrt, 1945 MdR (STOCKHORST S. 148). – Zu den Vorgängen im hessischen DP-Landesverband vgl. MEYN S. 40f.

Sie wissen, daß auch Herr Derichsweiler, der frühere Reichsstudentenführer, in Hessen eine große Rolle spielt. Ich glaube, daß die DP nicht nur in unseren Augen ein Nazihaufen ist, sondern sie ist in Wirklichkeit ein Nazihaufen.

Nachdem der Herr Bundeskanzler mich davon in Kenntnis gesetzt hat, daß Euler mit mir sprechen will, habe ich dieses Gespräch geführt.[71] Dieses Gespräch hat zu dem Schritt geführt, den ich gewagt habe, weil ich der Auffassung bin, daß er auf unserer großen politischen Linie liegt. Wir haben gemeinsam – die drei Vorsitzenden von der CDU, der FDP und der DP – eine Erklärung herausgegeben, wonach der Wahlkampf in Hessen unter voller Loyalität der Parteien untereinander geführt werden soll.[72] Der gemeinsame Gegner im Wahlkampf sei die SPD. Gewisse Erklärungen in Wahlreden in der letzten Zeit, die dieser Auffassung entgegenstehen, wurden von den Landesvorsitzenden unter Hinweis auf vier Jahre gemeinsamer erfolgreicher Außenpolitik als unklug bezeichnet. Dabei dachte ich – ich mache kein Hehl daraus – an Herrn Dehler, und Herr Euler dachte an Herrn Wuermeling. *(Heiterkeit.)* Meine Freunde haben nun diese Erklärung sehr mißbilligt. Man ist der Auffassung, daß die Formulierung, der gemeinsame Gegner im Wahlkampf sei die SPD, in ihrer Kleinheit falsch sei; es hätte noch ganz klar dazu geschrieben werden müssen, daß auch der liberale und der übertrieben nationale Teil Gegner sei. Ich habe in dieser Situation bei dieser Erklärung nicht so weit von mir aus gehen wollen. Es sollte doch eine gemeinsame Erklärung sein. Ich glaube „gemeinsamer Gegner" ist durchaus richtig. Daß der gemeinsame Gegner auch noch private Gegner übrigläßt, war für mich klar, aber für die Presse und unsere Parteifreunde in Hessen unklar. Ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen den Aufsatz in der „Frankfurter Neuen Presse" gelesen hat, der aufgrund dieser Erklärung herausgekommen ist.[73] Die „Frankfurter Neue Presse" hat sich m.E. in diesem Aufsatz bemüht, die Politik des Bundeskanzlers von hinten zu sabotieren. In dieser scharfen Form darf man es wohl einmal sagen.

Maßgebliche Leute in meinem Landesvorstand haben mich wegen dieser Erklärung angegriffen. Leider Gottes hat sich die „Frankfurter Rundschau" dieser Worte, die maßgebliche Leute meines Landesvorstandes gebraucht haben, bemächtigt[74] und sie in die Öffentlichkeit gebracht, so daß dadurch ein schlechter Eindruck entstanden ist. Unsere Freunde haben sich am Sonntag in Marburg bis auf zwei Wahlkreise ganz strikt gegen ein Zusammengehen mit der FDP ausgesprochen.

---

71 Vgl. dazu Adenauer an Euler vom 10. Juli 1953 in StBKAH 12.32.

72 Vgl. dazu Euler an Adenauer vom 10. Juli 1953 in StBKAH 12.32; UiD vom 15. Juli 1953.

73 „Frankfurter Neue Presse" vom 6. Juli 1953 („Wahlkoalition in Hessen"); der erwähnte Aufsatz, der sich scharf gegen diese „Art Blockbildung" wendet, in „Frankfurter Neue Presse" vom 11. Juli 1953 („Präludium zum Wahlkampf 1953").

74 „Frankfurter Rundschau" vom 13. Juli 1953. Kritik übte insbesondere Lünendonk auf der Landestagung der christlich-demokratischen Arbeitnehmer in Frankfurt am 12. Juli 1953.

Herrn Euler schwebt natürlich vor, einen Bürgerblock zu bilden, und zwar schon im Hinblick auf die nächste hessische Landtagswahl. Ich habe ihm in der ersten Unterredung gesagt, erstens sind wir keine bürgerliche Partei in eurem Sinne, zweitens können wir heute noch nicht die hessische Landespolitik für die nächsten Jahre festlegen und drittens muß sich Ihre hessische FDP in kulturellen Fragen anders verhalten, als sie das bisher getan hat.

Es ist für mich absolut klar, daß diese Bundestagswahl nicht nur mit Argumenten auf der Bundesebene geführt werden kann, sondern für den Wähler sind auch die Kommunal- und Landesebene genauso interessant wie die Bundesebene. Der Wähler kann eben nicht so fein unterscheiden, daß er es hier nur mit der Bundesebene zu tun hat.

Es waren sowohl Protestanten wie auch Katholiken, die ein solches Abkommen ablehnten. Ich habe in den letzten Tagen viele Reisen in Hessen gemacht und maßgebliche Leute des protestantischen und des katholischen Lebens befragt, die mir samt und sonders gesagt haben, es sei dringend vor einem Wahlbündnis, auch in partieller Form – also auf einige Wahlkreise beschränkt – zu warnen.

Die Auffassung der Versammlung war folgende: Wir könnten zwar durch ein partielles Wahlbündnis einen schwachen Erfolg auf der Wahlkreisseite haben, aber unser Listenergebnis könnte wegen der in den Augen der Bevölkerung unklaren Haltung so geschwächt werden, daß das, was uns vorschwebt – nämlich als stärkste Partei aus dem Wahlkampf hervorzugehen –, unmöglich gemacht würde. Das entscheidende Argument lag darin, daß ein Wahlbündnis – auch ein partielles – das Listenergebnis entscheidend schwächen würde zugunsten der Partei der Nichtwähler.

Es waren zwei Kreise, die ein Abkommen bejahten, Dieburg-Erbach und Waldeck, bestehend aus den politischen Kreisen Hofgeismar und Wolfshagen. Auf meine Frage, ob die Herren bereit seien, den von Herrn Euler als einzig möglich bezeichneten Kandidaten, den Herrn Faßbender[75], zu wählen, erscholl mir ein einmütiges Nein entgegen. Damit dürfte auch für die praktischen Verhandlungen diese Kombination ausscheiden. Ich persönlich halte solche Wahlverbindungen in großstädtischen Kreisen für eher möglich als auf dem flachen Lande bei uns in Hessen. Wiesbaden scheidet aus, weil es zur gleichen Zeit Kommunalwahlen hat.[76] Hier ist es unmöglich, daß der Wähler so fein unterscheiden kann, daß er für die Bundestagswahl mit seiner ersten Stimme meinetwegen den FDP-Mann und mit seiner zweiten Stimme die CDU-Liste wählt und in der Kommunalwahl getrennt CDU und FDP.

---

75 Heinrich Faßbender (1899–1971), 1946–1947 MdL Hessen (FDP), 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1949–1957 MdB (1955 Übertritt zur DP).

76 Ergebnis der Wahl zum Stadtrat vom 7. September 1953: 40.552 Stimmen für die SPD (= 20 Sitze, −3), 37.055 für die CDU (= 18 Sitze, +4), 43.827 für die FDP (= 23 Sitze, +3). Vgl. FAZ vom 8. September 1953.

Ich habe gestern abend in der Delegiertenversammlung in Frankfurt das Problem angesprochen. Ich habe mir Mühe gegeben, die Leute überhaupt auf eine Diskussionsbasis zu heben. Es hat sich kein einziger zu Wort gemeldet, weil es für alle Anwesenden klar war, daß man in den drei Frankfurter Wahlkreisen nur getrennt operieren könne. In allen anderen Kreisen wird dringend davor gewarnt.

Nun kommt für uns Hessen ein sehr gravierendes Moment hinzu. Nach dem hessischen Rundfunkgesetz hat nur die Partei Anspruch auf Redezeit im Wahlkampf, die in allen hessischen Wahlkreisen kandidiert.[77] (*Widerspruch und Bewegung.* – *Adenauer:* Wer hat das Gesetz gemacht?) Herr Bundeskanzler, ich bin unschuldig. (*Adenauer:* Wer hat es gemacht?) Das haben die Parteien gemacht im Jahre 1948 oder 1949. (*Adenauer:* Hat das die SPD gemacht oder waren es unsere Leute?) Jedenfalls waren wir dabei. Dieses Gesetz besagt, daß wir der Redezeit verlustig gehen, wenn die CDU auch nur in einem einzigen Wahlkreis keinen Kandidaten aufstellt. Es gibt Freunde, die der Auffassung sind, man könne auf den Rundfunk verzichten. Die übergroße Mehrheit ist der Meinung, daß wir den Rundfunk brauchen. Ich meine das auch. Sollte nun einer aus der Reihe tanzen, werden wir den Rundfunk verlieren. Ich kenne die Leute von der SPD, sie werden wie Shylock[78] alles versuchen ... (*Von Lojewski:* Ich habe mit den Leuten gesprochen. Es ist nicht möglich; darüber gibt es keine Verhandlungen!) Wir müssen damit rechnen, daß der CDU-Kandidat nicht auftritt. Dann wird uns der Rundfunk in Hessen nicht zur Verfügung stehen. Die letzte Entscheidung in Hessen ist noch nicht gefallen. Der Vorstand ist nicht in der Lage, eine solche Entscheidung zu treffen. Nach unserem Statut hat darüber der Landesausschuß bzw. die Landesdelegiertenversammlung zu entscheiden. Diese Entscheidung wird am Samstag in Fulda fallen.

Ich darf zur Illustration der Situation in Hessen noch auf folgendes hinweisen: Wir haben zur Durchführung des Wahlkampfes von der Fördergesellschaft bis jetzt noch keinen Pfennig bekommen. Man hat das Geld, wie ich behaupte, bewußt zurückgehalten; denn die Fördergesellschaft in Hessen liegt in der entscheidenden Führung in Händen der FDP. (*Adenauer:* Das kommt bei Punkt 7 der Tagesordnung!) Herr Bundeskanzler, ich muß es in diesem Zusammenhang sagen. Es wird noch viel interessanter. Gestern fand eine Unterredung statt, die vereinbart war zwischen DP, FDP und uns. Mein Landesverband hat mir verboten, zu dieser Un-

77 Der entsprechende Passus des am 2. Oktober im GVBl für das Land Hessen Nr. 24 (1948) verkündeten Gesetzes lautet (§ 3): „Während des Wahlkampfes ist lediglich den politischen Parteien, die in allen Wahlkreisen Wahlvorschläge eingereicht haben, Sendezeit zu gewähren; die Sendezeit muß gleich lang und gleichwertig sein." – Zur Entstehung vgl. Klaus Berg: Die Entstehung des Gesetzes über den Hessischen Rundfunk. In: Publizistik 18 (1973) S. 310–321; Bausch S. 77–92.

78 Jüdischer Wucherer in Shakespeares Schauspiel „Der Kaufmann von Venedig", der Geld verleiht und dafür Anspruch auf ein Pfund Fleisch aus dem Körper des verschuldeten Kaufmanns erhebt.

terredung zu gehen. Ich habe Herrn Euler einen Brief geschrieben, ich fühlte mich im Augenblick nicht ermächtigt zu weiteren Verhandlungen; er möge das Ergebnis von heute bzw. das von Fulda abwarten.[79]

Die DP hat eine schwankende Haltung eingenommen. Sie hat zunächst gesagt: grundsätzlich nein, aber es bestünden vielleicht doch noch Möglichkeiten. Dann hat Herr Schranz erklärt, es käme überhaupt nicht in Frage. So ist es in der hessischen Presse erschienen.[80] Ich habe aber gehört, daß er gestern zu Herrn Euler gegangen ist. Es ist heute morgen von Herrn von Schoeler[81], dem Geschäftsführer der Fördergesellschaft, unserem Geschäftsführer[81a] in Frankfurt gesagt worden, wenn wir dieses Wahlbündnis nicht eingingen, dann könnten unsere Angestellten sich am Samstag beim Arbeitsamt melden.

Ich muß das hier in diesem Zusammenhang sagen. Ich weiß, daß sich die Fördergesellschaft bemüht, politischen Einfluß über das Geld zu bekommen, auch hinsichtlich der Kandidatenaufstellung. Ich habe immer gesagt, ich lasse mir nicht hineinreden. Und wenn ein Kandidat, der mir von der Fördergesellschaft empfohlen wird, auf der Landesliste erscheint, dann erscheint er aus anderen als aus geldlichen Motiven.

Es ist aber geradezu der Höhepunkt, wenn man uns jetzt erklärt, wenn ihr dieses Wahlbündnis nicht eingeht, könnt ihr zum Arbeitsamt gehen, d.h. ihr bekommt überhaupt kein Geld. Das Resümee des Landesvorstandes in Hessen, verstärkt durch die Kreisvorsitzenden, ist also das, daß auch ein partielles Wahlbündnis – ein generelles kommt überhaupt nicht in Frage – das Listenergebnis in Hessen so schwächen wird, daß ein möglicher Erfolg auf der Wahlkreisseite diesen Verlust nicht wettmachen kann.

Herr Bundeskanzler, ich habe mir die größte Mühe gegeben, aber ich kann ja schließlich nicht gegen meine Leute im Lande, die ja doch sehr stark unsere Wählerschaft repräsentieren, angehen. Wir sind eine demokratische Partei, und ich muß mich dem Beschluß des Landesvorstandes unterwerfen.

Adenauer: Das letzte ist sehr löblich, aber nicht immer richtig! *(Heiterkeit.)* Man muß dann eben versuchen, Herr Kollege Fay, den Vorstand auf dieselbe Linie zu bringen. Lassen Sie mich einige Ausführungen machen zu Ihren Darlegungen; denn diese scheinen mir doch in wesentlichen Punkten etwas einseitig zu sein. Ich mag mich irren, aber ich habe den Eindruck.

Zunächst einmal etwas zu dem, was das Arbeitsamt angeht. Der FDP, der

79 Vgl. Anm. 72 und 73 sowie FAZ vom 20. Juli 1953. Die CDU nahm von einem Wahlabkommen Abstand und stellte in allen Wahlkreisen Kandidaten auf, um sich des Rundfunks bedienen zu können. – Zum CDU-Landesparteitag in Fulda vgl. UiD vom 22. Juli 1953.

80 Vgl. „Frankfurter Neue Presse" vom 11. Juli 1953 („Hessische DP lehnt Wahlabsprachen ab").

81 In der Vorlage: Schöller(?). – Hansheinrich von Schoeler (1915–1981), Kaufmann.

81 a Vermutlich Willi Wolfermann (vgl. S. 1).

Gesamtpartei, ist seit Wochen das Geld gesperrt worden von der Fördergesellschaft. Sie hat mich im Verdacht, daß ich dahinterstecke, das getan zu haben. Das ist aber auch nicht richtig. Daß die Fördergesellschaft, lassen Sie mich das ganz allgemein sagen, das Geld nicht gibt, damit sich die Koalitionsparteien gegenseitig die Köpfe einschlagen, ist doch ganz selbstverständlich. Die Fördergesellschaft gibt ihr Geld – und daraus hat sie nie ein Hehl gemacht – nicht etwa aus Freude an Wahlen, sondern sie gibt das Geld lediglich, damit die Sozialdemokratie geschlagen wird. Das ist ganz klar. Und man sollte sich kein X für ein U vormachen. Daß die Fördergesellschaft hier und da einmal ansetzt – das hat sie auch in Niedersachsen getan, das wird sie auch anderwärts tun –, kann man von seiten der Leute verstehen. Wenn wir keine Fördergesellschaft nötig hätten, niemand wäre froher als ich. Aber wir haben nicht das Geld dazu. Zur Durchführung von Wahlen ist immenses Geld nötig. Daher bleibt uns nichts anderes übrig, als in den sauren Apfel zu beißen.

Sie haben von dem Nazihaufen gesprochen. Ich stehe nicht in dem Ruf, ein Freund von Nazihaufen zu sein. Ich habe das Material nicht da; aber ich glaube, wenn Sie bedenken, wieviel führende frühere Nazis in der Leitung der SPD tätig sind, dann können Sie dort noch eher von einem Nazihaufen sprechen. Davon spricht aber kein Mensch. (*Wuermeling:* Warum kriegen wir das Material nicht?) Jetzt haben Sie wieder eine Keule in der Hand, Herr Wuermeling! *(Heiterkeit.)* Die Nazis wählen zum ersten Mal. Lassen Sie sie doch in Ruhe! Das hat keinen Zweck. Ich sage das dem Herrn Fay nur als Gegenargument, weil er sagt, das ist ein Nazihaufen. Ein Wort in aller Offenheit. Der Herr Euler hat sich nach meiner Auffassung in den Jahren, seitdem er im Bundestag ist, zu seinem Besseren entwikkelt. Als der Herr Euler kam, war er ein wilder Junge, der wirklich, wo er Porzellan sah, drauf losstürzte und es kaputtschlug. (*Zuruf:* Herr Dehler hat es auch getan!) Die Herren Preusker[82] und Schneider sind Leute, vor denen man Respekt hat. Sie waren zusammen mit Herrn Euler bei mir. Sie haben es nicht lediglich mit einer persönlichen Aktion Eulers zu tun, sondern mit einer sehr überlegten Aktion dieser drei Herren, hinter denen wahrscheinlich auch Herr Becker[83] steht.

Nun muß man doch auch bei der Bundestagswahl an die nächsten Landtagswahlen denken. Herr Scharnberg denkt an die Bürgerschaftswahlen, die vor der Türe stehen; Herr Ministerpräsident Arnold und Herr Johnen – Sie werden das nachher hören, wenn wir über die Zentrumsfrage sprechen – denken an die Landtagswahlen in zwei Jahren. So werden Sie auch – ich meine jetzt Sie nicht persönlich, sondern

82 Dr. Victor-Emanuel Preusker (geb. 1913), 1949–1949 Generalsekretär der FDP in Hessen, 1949–1961 MdB (FDP), Februar 1956 fraktionslos, dann DA und FVP, März 1957 DP/FVP, Oktober 1957 DP, Juli 1960 fraktionslos, ab September 1960 CDU/CSU), 1953–1957 Bundesminister für Wohnungsbau.

83 Dr. Max Becker (1888–1960), vor 1933 DVP, nach 1945 FDP, 1946 MdL Hessen, 1948–1949 MdPR, 1949–1966 MdB.

die CDU – an die kommenden hessischen Landtagswahlen in zwei Jahren denken müssen, oder sind sie im nächsten Jahr? (*Fay:* Im November 1954.) Herr Fay, einen sozialistischeren Staat als den hessischen kann ich mir überhaupt nicht vorstellen. Alle Beamten, die nicht sozialistisch sind, fliegen heraus. Herr von Brentano hat mir neulich erzählt, daß ein Referendar zu ihm gekommen sei, der ihm gesagt habe, daß der Senatspräsident, der die Prüfungen abnimmt, dem Referendar gesagt habe: Wenn Sie hier eine Prüfung ablegen und in den Dienst treten wollen, dann empfehle ich Ihnen dringend, vorher Mitglied der SPD zu werden. So sieht es doch in Hessen aus! Und da muß ich sagen, ist mir auch der Herr Faßbender noch viel lieber als der Herr Zinn[84], wenn ich die beiden gegenüberstellen soll. Ich kenne keinen fanatischeren Sozialisten – Sie werden mir doch recht geben – als gerade den Herrn Zinn. Nun bitte ich Sie sehr darum – der größte Teil der Versammlung, wenn auch nicht alle, wird mir zustimmen –, nicht die Geduld zu verlieren, auch nicht gegenüber Ihren eigenen Leuten. Sie müssen unter allen Umständen diese hessische Sozialdemokratie, wie sie durch Herrn Zinn dort gepflanzt worden ist, zum Tempel hinausjagen. Sein Vorgänger war ein ganz anderer, höchst anständiger Mann[85], der auch andere Leute leben ließ. Damit sollte man nach meiner Meinung jetzt schon anfangen. Herr Euler hat telefonieren lassen, daß ein Abkommen lediglich zwischen FDP und CDU ohne DP wahrscheinlich nur der DP helfen würde. Es müßte also die DP hinzukommen. (*Fay:* Das ist ganz klar!) Wie Sie das fertigbringen – dafür sind Sie Landesvorsitzender, dafür haben Sie die große Aufgabe übernommen! Man muß anerkennen, Sie haben es schwer, aber um so größer wird der Erfolg sein, wenn Sie ihn erreichen.

Fay: Einen Teil Ihrer Argumente, Herr Bundeskanzler, kann ich nicht billigen. Ich weiß nicht, Herr Bundeskanzler, ob Sie es richtig sehen. Was Sie mir gesagt haben, das weiß ich auch, und ich möchte es auch gerne tun. Aber wenn Sie vor einer geschlossenen Front stehen, wenn Ihr zweiter Vorsitzender gegenteiliger Meinung ist ... (*Adenauer:* Wer ist das?) Herr Lünendonk hat mich kritisiert wegen dieser gemeinsamen Erklärung. Ich bin kritisiert worden in der Öffentlichkeit, Herr Bundeskanzler. Das sind Schwierigkeiten, die kann man auch beim besten Willen nicht überwinden. Es gibt vielleicht noch eine Möglichkeit – bitte, lachen Sie nicht darüber –, Herr Bundeskanzler, wenn Sie am Samstag nach Fulda kommen. Das ist die einzige Möglichkeit. (*Adenauer:* Das können Sie nicht von mir verlangen.) Ich will es nicht verlangen, aber es ist die einzige Möglichkeit. Ich stehe völlig allein. Ich habe weder eine Deckung im Vorstand noch eine Deckung im Lande draußen, bis

84 Georg-August Zinn (1901–1976), 1946–1949 und 1950–1962 hessischer Justizminister, 1947 Mitglied und Vizepräsident des Frankfurter Wirtschaftsrates (SPD), 1948–1949 MdPR, 1949–1951 und 1961 MdB, 1950–1969 hessischer Ministerpräsident, 1954–1970 MdL Hessen.

85 Christian Stock (1884–1967), seit 1902 SPD, 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1921–1926 MdL Baden, 1946 Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung, 1946–1954 MdL Hessen, 1946–1950 hessischer Ministerpräsident.

auf zwei Kreise, von denen der eine Kreis gesagt hat, Faßbender kommt nicht in Frage; das hängt mit weltanschaulichen Dingen zusammen.

Adenauer: Ich habe vom 26. Juli[86] ab 23 große Versammlungen zu halten. Deshalb kann ich von meinem wirklich sehr kurzen Urlaub[87], von dem ich jetzt einen Tag opfere, nichts mehr abziehen. Aber muß denn diese Sitzung unbedingt am nächsten Samstag sein?

Fay: Das muß sein; denn der Film läuft nun. Am Samstag tagt der Landesausschuß, es sind dort die Vertreter von 48 Kreisen, dazu sind sämtliche 300 Delegierten zusammengerufen worden. Ich kann unmöglich die Sache abstoppen.

Adenauer: Lieber Herr Fay, seien Sie mir nicht böse, aber 300 Leute können nicht eine solche Sache entscheiden.

Fay: Die 48 Vertreter der Kreise im Landesausschuß sind das politische Gremium. Nach dem Statut sollen Kardinalfragen sogar von den Delegierten entschieden werden. Ich habe das Statut nicht gemacht und muß nun damit fertig werden. (*Adenauer:* Ist der Herr Lünendonk einer der Hauptgegner?) Nein, Herr Lünendonk hält es für möglich, daß man zu partiellen Abkommen kommt. Wir beide sind uns in diesem Punkte einig. Wenn aber nur ein Kreis ausbricht, so ist der hessische Rundfunk für uns verloren. Wir können es nicht verhindern, daß der eine oder andere Kreis ausbricht. Wir hätten zwar ein formelles Vetorecht, aber das kann durch die nächste Kreisdelegiertenversammlung über den Haufen geworfen werden. (*Majonica:* Kann denn nicht ein anderer aufgestellt werden?) Wir sprechen höchstens 2 % der Menschen an. Wir müssen auf die Wähler Rücksicht nehmen, die nach dem Gefühl wählen, aber nicht mit einer klaren Überlegung. (*Adenauer:* Sind denn die Hessen noch immer nicht hell genug geworden, um zu sehen, was in Hessen geschieht?) Unsere Leute sind der Auffassung, daß wir uns mehr schaden, wenn wir auch nur ein einziges partielles Abkommen abschließen, als wir uns damit nutzen können. Man ist der Auffassung, es wird das Listenergebnis so schlecht werden, daß die CDU genau das erlebt, was sie im November 1950 erlebt hat, daß ihre Wählerstimmen sich der Wahl enthalten.[88] Daß sie damit indirekt die SPD wählen, ist klar. Die Leute sagen, wir sind sonst Verräter und spielen nicht mit. Das haben mir maßgebliche katholische und evangelische Leute, Geistliche und Laien, erklärt. Ich habe eine 2.000 km lange Reise durch Hessen gemacht, um [im] Interesse dieser Sache zu arbeiten. Überall habe ich ein Nein gehört. So ist die Situation.

Scharnberg: Ich bin legitimiert, ein Wort zu sagen, weil ich in Hamburg dasselbe Wahlrecht bei der Bürgerschaft habe, wie Sie in Hessen das Landtagswahlrecht. Eines ist völlig eindeutig, wenn Sie bei der Landtagswahl nicht zu einem Zusam-

86 Adenauer eröffnete am 26. Juli in Köln und Dortmund den Wahlkampf (vgl. UiD vom 29. Juli 1953).

87 Adenauer hielt sich vom 6.–25. Juli 1953 auf der Bühler Höhe im Schwarzwald auf.

88 Die Wahlbeteiligung betrug nur 64,9 %; gegenüber der Landtagswahl vom 1. Dezember 1946 verlor die CDU 150.010 Stimmen.

mengehen zwischen FDP und CDU kommen, werden Sie die Landtagswahlen verlieren. Ich kann aus der Hamburger Erfahrung sagen, wir sind jetzt zwei Jahre – nicht durch unsere Schuld, sondern durch die Schuld der FDP und der DP – aus der Regierung in Hamburg heraus. Wenn es uns diesmal nicht gelingt, an die Regierung zu kommen, dann können wir mit unserer Parteiorganisation in Hamburg einpacken. Das ist den Leuten gar nicht zuzumuten, daß sie ununterbrochen in einer sinnlosen Opposition in keiner Weise irgendwelche personellen Wünsche befriedigen können. Die Leute laufen einfach weg. Sie werden, Herr Fay, aus Gründen Ihres Landtagswahlrechts heraus gezwungen sein, mit der FDP zusammenzugehen. Das sagt mir meine Hamburger Erfahrung.

Von Brentano: Ich kann nur sagen, daß Herr Fay sich die größte Mühe gemacht hat. Ich habe auch mit Euler gesprochen, aber an dieser Besprechnung nicht teilgenommen. Das, was Herr Fay heute morgen sagte, hat mich überrascht, weil auch dort die Einstellung zu finden ist, wo ich es nicht geglaubt hätte, nämlich in Nordhessen. Eine Bindung mit der FDP kostet uns unter Umständen sehr viele Stimmen. Wir werden versuchen, diese Dinge in Fulda zu diskutieren und in Ordnung zu bringen, evtl. werden wir zulassen, daß es in kleineren Kreisen einfach geschieht. Die Sache mit dem Rundfunk ist natürlich eine außerordentlich starke Waffe gegen uns, wenn wir den Rundfunk abgeschnitten bekommen. Ob diese Bestimmung verfassungsmäßig ist oder nicht, möchte ich hier nicht diskutieren. Ich glaube, sie ist nicht verfassungsmäßig. Aber bis wir die Entscheidung darüber haben, ist es zu spät.

Wuermeling: Ich würde mich in dieser Frage sehr gern vor den Wagen des Herrn Bundeskanzlers spannen lassen. Ich möchte an folgendes erinnern: Als wir den Scharnberg-Entwurf zu propagieren suchten, habe ich mehrfach vor den Spitzen der katholischen Verbände in Bonn darüber gesprochen. Da ist eine Einheitsfront gegen mich aufgestanden, und wenn ich mir den Mund fusselig redete, und hat gesagt: Wir können euch nicht stützen, wenn ihr irgendwelche Verbindung mit der FDP eingeht. Das paßt in dieses Thema hinein. (*Adenauer:* Also lieber mit der SPD?) Ich habe ihnen gesagt, wir wollen eine Fortsetzung mit der FDP, aber die Leute erklärten: Dieses politische Denken können wir den breiten Massen der Wählerschichten einfach nicht nahebringen, weil wir sie nicht erreichen. Selbst wenn es gelingt, schließlich die Führer der Verbände zu überzeugen, so sagen sie, wir können das draußen nicht schaffen.

Adenauer: Das Ergebnis wird sein, daß Hessen bei der nächsten Landtagswahl sozialistisch wird. Aber man soll nie sagen, wir schaffen es nicht. Das Wort darf es eigentlich nicht geben. Wir wollen jetzt essen und nach dem Essen noch kurz auf Hessen zurückkommen.

Adenauer: Wir müssen fortfahren. Es ist schon halb 4 Uhr. Wir kommen zum Punkt 2 d (Nordrhein-Westfalen), ein sehr wichtiger Punkt. Ich möchte bitten, den Punkt zurückzustellen, bis die fehlenden Herren hier sind.

Ich glaube, über Baden-Württemberg ist kaum noch etwas zu sagen.

Wir wollen inzwischen zum Punkt 3 der Tagesordnung übergehen:

EINSETZUNG EINES AUSSCHUSSES ZUR VERHÜTUNG VON AUSWÜCHSEN IM WAHLKAMPF

Hier liegt der Gedanke zugrunde, daß ein Ausschuß aus den drei Koalitionsparteien eingesetzt wird, und zwar je ein Mitglied aus jeder Partei, zu dem Zweck, wenn arge Entgleisungen irgendwie vorkommen. (*Lenz:* Ich habe mit Merkatz darüber gesprochen.) Herr Hellwege hat mir gesagt, daß er dem zustimmt. Wen sollen wir bestimmen? (*Zurufe:* Wuermeling. – *Weitere Zurufe:* Scharnberg.) Das ist ein guter Vorschlag. Also, das war Nummer 3.

Nun komme ich zum Punkt 4 der Tagesordnung:

ÜBERSICHT ÜBER AUFSTELLUNG VON KANDIDATEN

Ich weiß nicht, was Sie bekommen haben und ob Sie es durchgelesen haben.[89] Ich darf zunächst sagen, welche Kreise dringende Wünsche haben. Heute kam ein Schreiben des Zentralverbandes des deutschen Handwerks an. Ich will das Wesentlichste daraus sagen. Sie behaupten, daß sie mindestens 20 % der Wähler stellen und daß schon in der bisherigen CDU/CSU-Koalition das Handwerk viel zu schwach vertreten sei. Wenn der Bundestag jetzt soviel Abgeordnete mehr zähle, müßten sie auch mehr vertreten sein. In ganz Westfalen sei es fraglich, ob ein einziger Handwerkervertreter überhaupt nominiert werde. Es waren vorgeschlagen Frau Steinbiß[90] und Herr Haedenkamp[91].

Dann fordert der Haus- und Grundbesitzerverein dringendst, daß Herr Handschumacher an sicherer Stelle aufgestellt wird[92]. Dann kommen die Industriellen und wollen ebenfalls stärker vertreten sein, und zwar insbesondere durch Hellwig und andere Leute. Es ist ein sehr ernstes Kapitel, auch vom Standpunkt der Fraktion aus. Da möchte ich mich an den Herrn Fraktionsvorsitzenden wenden; er hat ja in erster Linie die Verantwortung dafür, daß die Fraktion arbeiten kann. Vielleicht wird Herr von Brentano etwas dazu sagen.

---

89 Anlagen zum Protokoll liegen nicht vor. – Vgl. Adenauer an Heck vom 9. Juli 1953 sowie einige Listen in StBKAH 12.12. Zahlreiche Eingaben und handschriftliche Listen zur Kandidatenaufstellung auch in ACDP VII-003-002/1; VII-002-262.

90 Dr. Viktoria Steinbiß (1892–1971), Mitgründerin der CDU Westfalen und Vorstandsmitglied, Stadtverordnete in Bielefeld (Fraktionsvorsitzende), 1946 MdL Nordrhein-Westfalen, Mitglied des Zonenbeirats für die britische Zone, 1949–1961 MdB.

91 In der Vorlage: Hähnenkamp oder Hesenkamp. – Dr. Karl Haedenkamp (1889–1955), 1924–1928 MdR (DNVP), geschäftsführender Vorsitzender des Präsidiums des Deutschen Ärztetages. Er wurde – offenbar aus privaten Gründen – nicht aufgestellt (Empfehlungsschreiben des Vorsitzenden des Präsidiums des Deutschen Ärztetages Professor Dr. Neuffer an Ehlers vom 16. Juli 1953 in NL Ehlers ACDP I-369-001/1).

92 Schreiben vom 11. Mai 1953 (Kopie in Bestand Kiesinger ACDP I-226-059; VII-003-002/1).

Von Brentano: Die Zusammensetzung in der Fraktion war nicht so, wie wir es gern gewünscht hätten. Zu dem, was die Interessentengruppen und Verbände erklären, muß ich sagen: Wir haben nach dem Wahlrecht nur einen sehr geringen Einfluß auf die Wahlkreise. Es geht nicht an, auch wenn die Wünsche sachlich berechtigt sind, sechs oder acht Wochen vor der Wahl uns Kandidaten zu nominieren, die uns kein Wahlkreis abnimmt, weil die Wahlkreise nur Kandidaten abnehmen, die etwas getan haben. So kann man es nicht machen.

Ich hatte neulich ein langes Gespräch mit einem Geistlichen. Ich habe dasselbe gesagt wie vor einigen Jahren: Stellen Sie Leute zur Verfügung, die auch in der Partei arbeiten, die auch bekannt sind. Wir wollen keine Syndici und keine Angestellten, die irgendwo bezahlte Interessen wahrnehmen, sondern wir wollen unabhängige Leute aus der Wirtschaft.

Vor einigen Jahren hat man mir gesagt, der Vorschlag ist sehr schön, aber wer hat von uns denn Zeit. Das war keine Antwort. Da habe ich den Verbänden erklärt, die paar Listenmandate können wir nicht an Leute vergeben, deren Name vollkommen unbekannt ist. Das macht kein Landesverband. Auch das Gesetz der Optik reicht hier nicht aus. Es nützt nichts, wenn in Hessen Herr Dr. Haedenkamp aufgestellt wird; er ist unbekannt. Wir müssen Leute herausstellen, die sich in der Parteiarbeit bewährt haben.

Ich halte es für absolut gefährlich, daß wir im Wirtschaftspolitischen Ausschuß schlechter vertreten sind als die SPD. Ich würde es außerordentlich stark begrüßen, wenn es gelänge, Herrn Hellwig in einer sicheren Position aufzustellen. Das halte ich für unerläßlich, sonst sind wir im Wirtschaftspolitischen Ausschuß nur unter „ferner liefen" vertreten. Ich weiß nicht, ob es noch gelingt.

Die Mittelstandsgruppe ist recht ansehnlich vertreten. Man kann nicht sagen, daß diese Leute zu kurz gekommen seien. Wie es im Haus- und Grundbesitzerverein steht, weiß ich nicht.

Adenauer: Ich glaube, er sollte in Nordrhein-Westfalen nach dem Herrn Handschumacher aufgestellt werden. Die größte Sünde, die wir im Bundestag begangen haben – wir sprechen unter uns –, ist die, daß wir nicht rechtzeitig ein Wahlgesetz gehabt haben. Das war die schwerste politische Sünde, die wir überhaupt begangen haben. Wir sündigen alle miteinander, aber jetzt handelt es sich um die Zukunft. (*Gerstenmaier:* Paulus sagt das auch!) Dann befinde ich mich in guter Gesellschaft. Diese Fraktion muß arbeitsfähig sein. Etzel scheidet aus. Henle will nicht mehr mittun. Wir brauchen einige Wirtschaftler. Die Grüne Front ist gut vertreten; sie sorgt schon für sich selbst. Darüber brauchen wir uns nicht den Kopf zu zerbrechen. (*Weber:* Herr Hellwig ist nach meiner Meinung für einen Wahlkreis in Westfalen vorgesehen. – *Johnen:* Langsam, langsam!) Nun zu den Arbeitnehmern! Ich habe die Liste nur flüchtig durchgesehen.[93] Ich hatte darum gebeten, daß sie mir über-

93 Vgl. Anm. 89.

bracht werden möchte. Gestern abend überbrachte sie mir Herr Lenz(?). Er hat telefonisch die Sache bekommen, an sich ein Fehler in der Organisation. Das müßte die Bundesgeschäftsstelle machen. Die Arbeitnehmer scheinen vertreten zu sein, aber bei den Angestellten haben wir nur einen, und zwar ausgerechnet den Herrn Dr. Vogel. (*Zuruf:* Horn![94]) Ich darf einen Augenblick bei Herrn Vogel bleiben. Herr Vogel bezeichnet sich stolz als Angestellter. (*Weber:* Das haben wir noch nicht gewußt!) Die Angestelltengewerkschaft, die für uns sehr wertvoll ist, muß nach meiner Meinung vertreten sein. Auch die Frage der Vertriebenen spielt eine große Rolle. Wir müssen versuchen, von hier aus eine gewisse Autorität gegenüber den Landesparteivorständen auszuüben und ihnen die dringende Bitte ans Herz legen, im allgemeinen Interesse der Partei von örtlichen oder bezirklichen Gesichtspunkten abzusehen und die übergeordneten Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Wir müssen das mit unserer ganzen Autorität als oberstes Organ der Partei von ihnen verlangen.

Es fragt sich, wer fehlt. Handschumacher habe ich genannt. Wer kommt noch in Frage? Zunächst bei den Wirtschaftsleuten. Sie sprachen von Hellwig. Wie ist es mit Henle, Herr Pferdmenges.

Pferdmenges: Ich glaube nicht, daß er sich aufstellen läßt. Er sagt, ich kann es einfach nicht machen und kann nicht zwei Herren dienen. Er macht es nicht; er fällt aus.

Johnen: Herr Henle hat dem Landesverband und dem Kreisverband schriftlich und mündlich mitgeteilt, daß er nicht mehr in unmittelbarer Wahl kandidieren würde. Er hat hinzugefügt, wenn die CDU ihn für so wertvoll hielte, wie Sie das täten, wäre er bereit, auf der Reserveliste zu kandidieren unter der Voraussetzung, daß er nicht in einen Bundestagsausschuß gehen müsse und daß er nur bei wichtigen Abstimmungen zugegen sein würde. (*Adenauer:* Unmöglich!) Damit scheidet er praktisch für uns aus, obschon ich immer noch überlege, ob er nicht doch an eine Stelle gesetzt werden kann, wo er zumindest ein Anwartschaftsrecht hat. Herr Hellwig wird von vielen Seiten als Nachfolger von Etzel gefordert. Hellwig wird als ausgezeichneter Mann geschildert. Ihn in einem direkten Wahlkreis unterzubringen, ist bis jetzt unmöglich. Im Wahlkreis Rees-Dinslaken – das ist der Etzelsche Wahlkreis – behaupten beide Kreisvorsitzenden nach Anhörung ihrer Vorstände, sie bejahten Dr. Hellwig, sie tragen aber die große Sorge vor, daß Herr Hellwig den Wahlkreis, der schwierig geworden ist, nicht zieht. Sie haben Sorgen, ihn dort kandidieren zu lassen, weil sie befürchten, den Wahlkreis zu verlieren. Eine Anregung, Herr Bundeskanzler, ich

94 Peter Horn (1891–1967), vor 1933 Zentrum, 1925–1936 geschäftsführendes Vorstandsmitglied im Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands in Essen (1928–1933 Leiter der politisch-parlamentarischen Verbindungsstelle Berlin), Mitgründer der CDU Frankfurt, 1946–1950 Stadtverordneter, 1947 Vorsitzender der CDU Frankfurt, 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, 1950 MdL Hessen, 1950–1965 MdB.

bitte Sie, Briefe, die Sie unmittelbar an die Kreisparteien schreiben, den Landesvorsitzenden zu geben, damit wir uns nicht widersprechen. (*Adenauer:* Sie haben recht, den Brief hat mir Herr Etzel zur Unterschrift gegeben. Dabei ist das gekommen.) Der Weg war mir klar. Wir möchten nur gern wissen, was Sie offiziell gesagt haben. Mir scheint es richtig zu sein, wenn Dr. Hellwig nicht in diesem Wahlkreis untergebracht werden kann, ihn unter den wenigen sicheren Stellen, die wir in Nordrhein-Westfalen zu vergeben haben, an erster Stelle unterzubringen.

Wir können von der Güte von Westfalen leben, wenn Westfalen uns einige Sitze abgibt. Dann kommen wir etwas weiter. Wir können in unmittelbarer Wahl mehr Kandidaten aufbringen als Westfalen. Wenn wir 20 Reservelisten sichern, dann stehen Westfalen 15 zu und Nordrhein 5. Mit diesen 5 Sitzen können Sie nicht viel jonglieren. Wir sind bereit, entweder Handschumacher oder Dr. Hesberg[95] aufzustellen. Sie müssen auch berücksichtigen, daß wir in Nordrhein auf der Reserveliste ungefähr nur evangelische Freunde aufstellen können, um in etwa den Ausgleich zu finden, weil in der unmittelbaren Wahl meist katholische Freunde zum Zuge kommen. (*Adenauer:* Ist Hellwig nicht evangelisch?) Doch! Wir haben beinahe eine unmögliche Aufgabe, um alle Forderungen und Wünsche der Verbände auf 5 Sitze zu placieren. Wenn Westfalen die Güte hat, uns ein paar Sitze abzugeben, werden wir besser fertig.

Lensing: Ich habe Herrn Johnen erklärt, daß Westfalen hofft, hinsichtlich der Anzahl der Sitze aufkommen zu können. Wir haben vom Förderverein von der Wirtschaft drei Leute benannt bekommen, und zwar Dr. Kolbe[96], Dr. Bergmeyer[97] und Haake[98]. Soweit ich die Dinge in Westfalen übersehe und soweit es bei der Landesliste in Nordrhein klarkommt, wird es möglich sein, diese drei Persönlichkeiten auf der Landesliste an sicherer Stelle aufzustellen. (*Adenauer:* Sind die Leute gut?) Die sind mir von der Wirtschaft genannt worden. (*Adenauer:* Sind denn die Leute auch bereit zu arbeiten?) Nach dem, was mir die Wirtschaft gesagt hat, sind das Arbeitspferde. Der eine ist Handelskammersyndikus in Arnsberg, der andere ist Direktor eines großen Industriewerkes in Neheim, und Herr Haake ist selbständiger

95 In der Vorlage: Gesberg. – Dr. Carl Hesberg (1898–1977), 1953–1969 MdB (ab 1957 Vorsitzender des Ausschusses für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung).

96 In der Vorlage: Kolb. – Dr. Walther Kolbe (1893–1953), nach 1945 Geschäftsführer des Arbeitskreises für industrielle Formgebung im Bundesverband der Deutschen Industrie, Geschäftsführer des Rates für Formgebung, 1953 MdB (CDU).

97 Dr. Bernhard Gerhard Bergmeyer (geb. 1897), 1922–1934 Leiter von Wirtschaftsverbänden, 1934–1948 stv. bzw. Hauptgeschäftsführer (1937) der Industrie- und Handelskammer für das südöstliche Westfalen, 1953–1961 MdB (CDU).

98 Ferdinand Haake (geb. 1903), 1945 Deutsche Zentrumspartei, Mitglied des Zonenbeirats, 1949 CDU (stv. Kreisvorsitzender Paderborn), Vizepräsident der IHK Bielefeld. – Haake unterlag bei der Aufstellung des Wahlkreiskandidaten Frau Niggemeier (vgl. ACDP III-002-256).

Unternehmer in Paderborn. Dr. Bergmeyer und Haake kenne ich als initiative Persönlichkeiten; sie sind uns vom Förderverein bzw. von der Wirtschaft benannt worden.

Lehr: Ich möchte Herrn Johnen fragen: Der Wahlkreis Rees war von unserem Freund Heinrich Weitz[99] verteidigt worden, und der unterlag, wenn ich mich recht erinnere, mit einer knappen Stimmenzahl von etwa 600? (*Johnen:* Rees-Dinslaken ist der Bundestagswahlkreis. Dort wurde Etzel gewählt.) Ich habe aus der Landtagswahl in Erinnerung, daß Herr Weitz ganz knapp unterlag. (*Zuruf:* In Duisburg-Süd!) Also nicht in Rees!

Pferdmenges: Herr Lensing, man muß sich hüten, die Kandidaten der Fördergesellschaft zu stark in den Vordergrund zu stellen. Wir haben den Wirtschaftsausschuß und müssen ihn m. E. bei der Auswahl der Kandidaten zu Rate ziehen. Mir ist von der Textilindustrie in Westfalen aus Ihrem Bezirk ein Herr Bürkel[100] genannt worden. Sie kennen ihn vielleicht nicht. Ich habe verschiedene Briefe bekommen. Gerade Ihre Westfalen haben mir vorgestern geschrieben, die sich bitter darüber beschweren, daß ihnen jetzt gesagt wird, sie kämen zu spät. Sie hätten vor vier Monaten diesen Mann genannt.

Da gerade die Textilindustrie ein großer Förderer von uns gewesen ist und kein einziger davon im Bundestag sitzt, würde ich es für richtig halten, daß man ihn nimmt. Es sind genannt worden...

Johnen: Darf ich unterbrechen! CDU-Wirtschaftsausschuß und Fördergesellschaft gehen z.Z. etwas durcheinander. Der CDU-Wirtschaftsausschuß hat als Spitzenkandidat Hellwig, dann folgen Pohle[101], Düsseldorf, und Becker[102], Mönchengladbach. (*Lensing:* Das ist der rheinische Wirtschaftsausschuß!) Ich rede nur vom

---

99 Dr. Heinrich Weitz (1890–1962), 1920–1927 Beigeordneter der Stadt Duisburg, 1927–1933 Oberbürgermeister von Trier und Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags (Zentrum), 1945–1947 Oberbürgermeister von Duisburg, Mitgründer der CDU, 1947–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947–1951 Finanzminister, 1952–1961 Präsident des Deutschen Roten Kreuzes. – Bei der Landtagswahl vom 18. Juni 1950 erhielt die CDU im Wahlkreis Duisburg-Süd 12.085 und die SPD 12.681 Stimmen. Gewählt war damit Karl Harzig (SPD). Vgl. Handbuch des Landtags NW 2. WP, Düsseldorf 1951 S. 184.

100 Dr. Dietrich Bürkel (geb. 1905), 1947 Geschäftsführer des Vereins der Unternehmer der Textilindustrie im Industrie- und Handelskammerbezirk Mönchengladbach, 1952 Stadtrat in Mönchengladbach, 1953–1957 MdB (CDU).

101 Dr. Wolfgang Pohle (1903–1971), 1945 Generalbevollmächtigter und 1954–1959 Vorstandsmitglied der Mannesmann AG, 1953–1957 MdB (CDU) und 1965–1971 (CSU), 1960–1964 Generalbevollmächtigter der Friedrich-Flick KG und 1965 geschäftsführender Gesellschafter, seit 1967 stv. Vorsitzender des Bezirksverbands Oberbayern und Schatzmeister der CSU.

102 Dr. Curt Becker (geb. 1905), 1930 Vorsitzender des Windthorstbundes Mönchengladbach, 1933 Stadtverordneter in Mönchengladbach (Zentrum), Mitgründer der CDU, 1946 Mitgründer und bis 1958 Präsident des Bundesverbandes Bekleidungsindustrie, 1957–1961, 1964–1965 und 1969–1976 MdB (CDU). Memoiren in ABGEORDNETE 2 S. 9–79.

Rheinland. Dann kommen Sabass[103] und Brand[104]. Die Fördergesellschaft hat mir nach langen Verhandlungen erklärt, Sie müssen sich auf zwei konzentrieren. Dann hat sie Brand, Remscheid, und Berendsen[105], Duisburg, aufgestellt. Die CDU-Wirtschaftsausschüsse behaupten – ich referiere –, das sei Geschäftsführerklüngel; die Fördergesellschaft sagt, das ist Kuratoriumsbeschluß. (*Tillmanns:* Er widerspricht sich nicht! – *Heiterkeit.*) Wir werden das miteinander verbinden müssen. Herr Brand ist Mitbegründer der CDU in Remscheid und von Anfang an bei uns gewesen. Infolgedessen ist er von mir als Nachfolger Henles im Rhein-Wupper-Kreis empfohlen worden. Er wird – hoffentlich werfe ich jetzt nicht die Himmelsrichtungen durcheinander – von dem evangelischen Teil des Rhein-Wupper-Kreises vorgeschlagen. Der katholische Teil hat sich bei den sieben Kandidaten auf keinen einigen können, wohl aber auf den evangelischen Brand. (*Adenauer:* Ist das der Handelskammerpräsident von Remscheid?) Nein! Berendsen ist ein Mann von Klöckner, ursprünglich Berufsoffizier, Oberst oder so was, CDU-Mann und Stadtverordneter in Duisburg. Er ist rege tätig. Er wird zwar von den Sozialausschüssen etwas angegriffen, ist aber in der Delegiertenversammlung von Duisburg mit großer Mehrheit als Kandidat für Duisburg-Süd gewählt worden. (*Arnold:* Wird aber nicht gewählt!) Ob Duisburg ihn wählt, ist eine andere Frage. Berendsen glaubt, daß er den Wahlkreis erobern wird.

Wir haben auf der Reserveliste noch zu placieren aus der Wirtschaft Hellwig, evtl. Pohle. Nun kommt der Textilinteressenvertreter, wenn ich das so sagen darf. Ich habe gesagt, sie müssen sich einigen, entweder Becker oder Bürkel, beide aus Mönchengladbach, CDU-Leute, Bürkel ist Stadtverordneter von Mönchengladbach, Becker ist freier Unternehmer. Der Textilverband muß unter sich ausmachen, wen er nominiert. (*Adenauer:* Becker ist ein sehr eigener Mann.)

Pferdmenges: Becker ist freier Wirtschaftler, Bürkel ist es nicht. Becker ist in sämtlichen Verbänden und zersplittert sich etwas viel. Er ist etwas ehrgeizig. Er wird nicht die Interessen so wahrnehmen, wie es sein müßte. Der Brief, den ich bekommen habe, lautet wie folgt: „Ich hatte Gelegenheit, mit Herrn Brand zu sprechen, und verlangte Auskunft über die Kandidaten der CDU-Liste. Zu unserem

---

103 In der Vorlage: Sames. – Vermutlich Wilmar Sabass (1902–1980), 1930–1939 Mitglied der Geschäftsführung des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins e.V. in Gleiwitz (Oberschlesien), 1945–1946 Bergbausachverständiger in München, 1946–1947 Verbindungsmann zur North German Coal Control in Gelsenkirchen-Buer, 1948–1950 Abteilungsleiter bei der Versorgungszentrale des Deutschen Bergbaus in Essen-Heisingen, 1950 Leiter der Geschäftsstelle Bonn der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung, 1952 Stadtverordneter in Bonn, 1953–1957 MdB (CDU).

104 Peter Wilhelm Brand (1900–1978), 1945 Mitgründer des „Aufbaublocks" (am 26. Juli 1946 in die CDU überführt), 1945–1969 Stadtverordneter in Remscheid (Fraktionsvorsitzender), 1953–1969 MdB.

105 In der Vorlage: Behrens. – Vermutlich Fritz Berendsen (1904–1974), 1952–1959 Stadtverordneter in Duisburg (ab 1953 Fraktionsvorsitzender), 1953–1959 und 1965–1969 MdB (CDU), 1959–1964 Brigadegeneral der Bundeswehr (1964 Generalmajor).

Erstaunen erfuhr ich, daß unser Wunsch, Herrn Dr. Bürkel an sicherer Stelle im Rheinland zu berücksichtigen, nicht berücksichtigt würde mit der dummen Begründung, er habe sich zu spät gemeldet. Ich wäre Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie sich einschalten würden, damit die CDU uns gegenüber nicht wortbrüchig wird. Nach den vielen Gesprächen, die wir in notvoller Zeit... usw., renken Sie ein, was noch einzurenken ist."

Johnen: Wer schreibt das?

Pferdmenges: Herr Fedell(?)[106].

Johnen: Mit mir hat er noch nie gesprochen!

Adenauer: Mit Geschäftsführern sollte man nicht verhandeln.

Johnen: Mir wird aus Mönchengladbach mitgeteilt, daß Herr Bürkel ein Arbeitspferd ist. Er würde sich außerordentlich stark einsetzen, weit mehr als der selbständige Unternehmer Becker. In dem Zweikampf Bürkel gegen Becker wird Bürkel als ein Gewinn für die CDU-Fraktion hingestellt, im Gegensatz zu Becker, der immerhin noch seine eigenen Interessen mit dem Bundestagsmandat verquicken würde.

Adenauer: Wir können nicht vorschreiben, ihr nehmt den und den. Wir können nur einfach bitten, die entsprechenden Leute zu berücksichtigen.

Kaiser: Hellwig ist von den Genannten ein sehr guter Mann. Ich möchte Johnen fragen, ob die Aussichten in dem Wahlkreis von Etzel nicht so sind, daß er dort gewählt werden kann.

Johnen: Nein, nach dem, was die beiden Wahlkreise sagen, würde das der Verlust des Wahlkreises sein. (*Arnold:* Mit tödlicher Sicherheit!) Herr Etzel hat den Wahlkreis gerade noch gezogen. (*Arnold:* Dort gibt es Tausende von Flüchtlingen. – *Weber:* Es gibt auch Zentrumsleute dort.) Wenn Sie Hellwig haben wollen, dürfen Sie ihn nicht dort kandidieren lassen. Wenn Sie ihn nicht wollen, dann müssen Sie ihm diesen Wahlkreis anbieten.

Scharnberg: Zur Technik des Wahlgesetzes! Wenn auf diese Weise ein Wahlkreis verlorengeht, dann fällt ein entsprechender Sitz auf der Liste zusätzlich dafür an. Insofern fragt es sich, ob es nicht möglich ist, den Hellwig dort aufzustellen und gleichzeitig ihm einen sicheren Platz auf der Liste zu sichern.

Johnen: Das geht nicht! Dann fangen wir an, alle unmittelbaren Kandidaten auf der Liste zu sichern. Das ist nicht möglich bei uns. Soll ich vielleicht Herrn Hellwig sichern und Herrn Kaiser nicht? Und Herrn Lehr nicht? Das ist doch nicht möglich, sie alle zu sichern. (*Adenauer:* Sie müssen auch an mich denken! – *Heiterkeit.*) Ich denke zuviel daran!

Pferdmenges: Ich meine, Herr Johnen, daß wir uns darüber einmal verständigen!

Johnen: Wir sind uns einig.

---

106 Möglicherweise Dr. Alfred Fr. Flender (1901–1969), Fabrikant; 1953–1960 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer.

Adenauer: Wir wollen es den beiden überlassen. Ich möchte noch auf Henle zurückkommen. Ich meine, wir müßten Henle zwingen, daß er in den Wahlkreis hineingeht.

Pferdmenges: Herr Bundeskanzler, er tut es nicht. Er wollte, wie er schon ausgeführt hat – was ich nicht für richtig halte –, nur auf einer sicheren Stelle der Landesliste figurieren. Ich habe ihm gesagt, Sie können unmöglich anderen Herren die Sache verbauen, wenn Sie von vornherein erklären, daß Sie nicht mitarbeiten können, während die anderen Herren mitarbeiten wollen. Das sah er auch ein.

Adenauer: Herr Kaiser meint, daß Henle uns den Wahlkreis sichert, sonst niemand.

Kaiser: Wenn er weggeht, entstehen Schwierigkeiten. Er wird ohne Schwierigkeit wiedergewählt werden.

Johnen: Herr Kaiser hat insofern recht. Die Stimmung ist folgende: Henle ist uns 1949 aufgebrummt worden, aber er hat sich den Wahlkreis derart erobert, daß selbst die Arbeiter Herrn Henle wünschen.

Pferdmenges: Er schreibt mir folgendes: Sie dürfen mir glauben, daß es mir sehr schwerfällt, gerade Ihnen gegenüber bei meiner Stellungnahme zur Frage der Direktkandidaten zu verbleiben. Der Brief ist vom 6. Juli.

Adenauer: Ich werde mit ihm telefonisch sprechen.

Johnen: Am Samstag wählen die Delegierten von Rhein-Wupper die Kandidaten. (*Adenauer:* Das wird sofort gemacht.) Ich habe gebeten, den Termin zu verlegen. Der Kreis lehnt das ab und sagt, dann entsteht noch mehr Durcheinander.

Adenauer: Ich komme auf Handschumacher und Hesberg. Handschumacher ist, soviel ich weiß, Vorsitzender, Hesberg nicht. (*Johnen:* Er ist Geschäftsführer.) Handschumacher ist Mitglied des Bundestages. Wir können unmöglich den Geschäftsführer dem Herrn Handschumacher vorziehen.

Johnen: Der Haus- und Grundbesitzerverein hat beide vorgeschlagen. Herr Handschumacher ist im Augenblick sehr schwer erkrankt. (*Adenauer:* Was fehlt ihm?) Ich weiß nicht genau, ich glaube Herzgeschichten. Seine Kandidatur ist vor einigen Wochen zurückgezogen worden mit Rücksicht auf seine Erkrankung.

Adenauer: Wollen Sie mit ihm sprechen.

Johnen: Ich kenne den Standpunkt des Herrn Handschumacher.

Adenauer: Er will selbst gewählt werden!

Johnen: Ja!

Adenauer: Sehr kritisch!

Johnen: Herr Handschumacher nutzt uns nichts, aber wenn er nicht aufgestellt wird, schadet er enorm.

Adenauer: Der Bundestag ist zu klein! Ich gebe Herrn Johnen vollkommen recht; wir bekommen die größten Schwierigkeiten.

Scharnberg: Er sagt, er kann nicht im Wahlkreis, sondern nur auf der Liste. Kann man nicht dem Hesberg einen Wahlkreis geben?

Johnen: Die Sachen sind praktisch zementiert.

Adenauer: Wer weiß einen Ausweg? Ich weiß keinen. Ich unterstreiche jedes Wort, was Herr Johnen sagt.

Weber: Wir kennen ihn aus dem Lastenausgleich!

Kather: Ich kenne ihn aus dem Kontrollausschuß. Das genügt mir!

Johnen: Als Person ist mir Hesberg tausendmal lieber.

Adenauer: Die Herren Johnen und Lensing werden mit den beiden verhandeln müssen.

Lensing: Was das Rheinland mit diesen Mandaten, die wir abgeben, macht, ist seine Sache. Ich habe mit Johnen vereinbart, daß wir uns in den nächsten Tagen zusammensetzen, um diese freien Mandatsstellen auf der Landesliste auszuhandeln.

Adenauer: Wie kommen wir weiter?

Lensing: Ich denke mir das Aushandeln so: Uns stehen 15, dem Rheinland 5 Sitze zu, so daß wir auf 4 oder 5 Mandate zugunsten des Rheinlandes verzichten, freibleibend! Ich werde mich dafür stark machen.

Adenauer: Wir können Herrn Lensing nur dafür danken. Jetzt haben wir noch die Spezialfrage: Handschumacher oder sein Geschäftsführer? Es bleibt nichts anderes übrig, als dem Herrn Handschumacher zu schreiben, mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand sei die Sache zurückgestellt worden. Jetzt sei Hesberg vom Verband auch benannt worden. Man könnte annehmen, daß das mit seinem Willen geschehen sei, so daß man jetzt mit Bedauern von ihm Abschied nehme.

Johnen: Ich habe mit dem Rheinischen Haus- und Grundbesitzerverein morgen eine Besprechung.[107]

Adenauer: Besprechen Sie das mal. Jetzt komme ich auf die Arztfrage zurück. Herr von Brentano meint, deswegen wählt uns kein Arzt mehr. Die Ärzte sind sehr wichtig; sie kommen Gott weiß wohin und sehen viele Leute und reden über dieses und jenes. Es wäre sehr zu wünschen, wenn wir mit Rücksicht auf die kommende Gesetzgebung außer Frau Dr. Steinbiß noch einen männlichen Arzt dabei hätten.

Johnen: Haedenkamp ist Funktionär, er ist nicht mehr praktischer Arzt, sondern Angestellter.

Simpfendörfer: Wir haben in Württemberg einem Arzt ein gutes Mandat angeboten. Er hat gesagt, das könne er wegen seiner Überlastung nicht machen. Die Ärzte können sich bei uns nicht beklagen.

Adenauer: Es kommt nicht darauf an, daß sie sich beklagen, sondern darauf, daß sie für uns werben. Es wird Gesetze geben, wo es nötig ist, daß wir Ärzte haben, die unseren ethischen Standpunkt bejahen. Wir werden uns in den nächsten vier Jahren sehr stark der inneren Gesetzgebung zuwenden müssen. Dann tauchen solche Fragen auf. Ich erinnere an die Frage der Geburtenbeschränkung usw.

---

107 Aufgrund der Besprechung wurde Hesberg an 14. Stelle der Landesliste aufgestellt und gewählt.

Pferdmenges: Ich glaube, der Herr Neuffer[108], der Präsident des Ärztetages, war bei Ihnen.

Adenauer: Er war vor Jahr und Tag bei mir.

Pferdmenges: Ich möchte, daß dieser Mann hineinkommt. Er ist Exponent der Ärzte und Vorsitzender der freien Berufe. (*Adenauer:* Das ist sehr wichtig!) Man müßte sich nach ihm erkundigen.

Müller: Herr Haedenkamp ist zweifellos der Arzt, der am meisten Attraktion besitzt. Er ist der angesehenste Mann im Ärzteverband. (*Zuruf:* Er war schon Reichstagsabgeordneter.) Das ist mir von einer Reihe von Ärzten gesagt worden. (*Zuruf:* Er wohnt im Kölner Raum.)

Adenauer: Nach der bisherigen Übersicht, die die Bundesgeschäftsstelle hat, sind noch lange nicht alle Listen ausgefüllt. Es sind noch viele Stellen frei. Ich bitte die Landesvorsitzenden, dem Beispiel des Herrn Lensing zu folgen und etwas auf sich zu nehmen. Wir wollen einmal feststellen, wo noch freie Stellen sind. Besetzt sind die Landeslisten in Schleswig-Holstein, in Hamburg, in Bremen, in Niedersachsen, (*Cillien:* Überbesetzt!) über Nordrhein-Westfalen haben wir gesprochen. (*Weber:* In Nordrhein muß auf die Landesliste noch eine evangelische Frau kommen! *Johnen:* Das ist selbstverständlich!) Das ist in Aussicht genommen. (*Weber:* Dann bin ich beruhigt.) In Hessen: Die ganze Landesliste ist noch frei! (*Fay:* Das ist absolut klar, am Samstag wird es entschieden.) Das soll keine Beschimpfung sein! In Rheinland-Pfalz ebenfalls! (*Süsterhenn:* Noch nicht aufgestellt!) In Nordbaden und Südbaden auch, auch in Nordwürttemberg sind noch mehrere Stellen frei. (*Simpfendörfer:* Überbesetzt!) In Württemberg-Hohenzollern auch! Sie sehen, es haben sich noch einige zurückgehalten, es ist also noch etwas zu machen. Darf ich feststellen als Wunsch, daß ein guter Arzt, der sich natürlich den Dingen auch entsprechend widmen muß, auf einer Liste aufgestellt wird.

Jetzt kommen noch die Vertriebenen. *(Unruhe.)*

Kather: Ich muß einmal etwas um Gehör bitten. Es ist meiner Ansicht nach die wichtigste Frage überhaupt, schon aus der Größenordnung heraus, um die es sich handelt, also um zehn Millionen Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge zusammengenommen. Wenn hier von der Verteilung der Listensitze gesprochen wird, z.B. von Nordrhein-Westfalen, muß man sich überlegen, woher kommen die Stimmen, die diese Mandate bringen. Gerade in Nordrhein-Westfalen haben wir auf der Konferenz der Landesvorsitzenden, die neulich beim Bundeskanzler stattfand[109], festgestellt, daß Nordrhein-Westfalen seit der Bundestagswahl eineinhalb Millionen Stimmen Zuwachs hat, die im wesentlichen von den Vertriebenen kommen.

---

108 In der Vorlage: Neufert. – Professor Dr. Hans Neuffer (1892–1968), 1949–1959 Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages.

109 Am Dienstag, dem 23. Juni 1953, in Bonn, Palais Schaumburg. Als Tagesordnungspunkt war vorgesehen: Kandidatenaufstellung.

Der Herr Bundeskanzler hat mich heute angesprochen auf die Bedeutung des BHE in der kommenden Politik. Es ist in jedem Fall so, daß der BHE mit der SPD eine Regierung bilden kann, wenn die FDP unsicher ist und sich daran beteiligt. Offen ist die Frage, ob die Wahl so ausfällt, daß der BHE und die SPD ohne die FDP oder nur mit Unterstützung geringer Gruppen eine Regierung bilden können. Zu meinem Bedauern muß ich sagen: Was ich bis jetzt von der Aufstellung der Kandidaten bei den Landesverbänden gehört habe, gibt mir fast die Gewißheit, daß dieser „Erfolg" eintreten wird. Was bis jetzt schieflaufen konnte, ist schiefgelaufen![110]

Herr Bundeskanzler, Sie wissen, meine Konzeption war es, daß bei dieser Wahl der BHE nicht eine solche Stärke erreichen soll. Das glaubte ich dadurch erwirken zu können, daß bei uns durch die Kandidatenaufstellung die Vertriebenen angesprochen würden. Dazu wäre erforderlich gewesen, daß man Männer präsentiert, die ihnen bekannt sind.

Ich kann diese Frage nicht erörtern, ohne auf meinen Verband einzugehen, den Zentralverband der vertriebenen Deutschen, und auf meine Stellung als Vorsitzender, der ich jetzt im fünften Jahr dort bin. Es sieht unterschiedlich aus. Der BHE in Schleswig-Holstein ist anders als im Südweststaat; in Nordrhein-Westfalen ist er anders als in Niedersachsen. So ist es auch mit meinem Verband. Schleswig-Holstein und der Südweststaat sind stark BHE-gesteuert, aber in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen haben beide Verbände geschlossen zu meiner Politik gestanden und es mir ermöglicht, die Stellung im Zentralverband zu halten. Aber bei dieser Gelegenheit fällt die Entscheidung. Die Vertriebenen sind mehr als die einheimische Bevölkerung politisches Treibholz oder politisch nicht so festgelegt. Sie sind noch hier und da anzusprechen. Ich glaube, hier fällt die Entscheidung.

Wenn wir es zulassen – und offenbar müssen wir es –, daß die Vorstände der Verbände den Weg zum BHE gehen, fällt damit die Entscheidung nicht nur für die Bundestagswahl, sondern auch ganz besonders für die kommenden Landtagswahlen.

Das Zentrum hat in der letzten Landtagswahl etwas über 300.000 oder 400.000 Stimmen gehabt.[111] Hier geht es um eineinhalb Millionen. Es ist ganz klar, wenn ein etwas kräftiger BHE aufgebaut wird, daß eine Regierungsbildung wie die jetzige nicht mehr möglich sein wird. Der BHE ist wirklich nur da zum Zuge gekommen, wo er die Verbindung mit dem ZvD hatte. In Nordrhein-Westfalen ist er nichts geworden, weil er keine Verbindung zum Verband hatte und der Verband ihm ablehnend gegenüberstand.

Ich muß feststellen, daß ich bis heute noch nicht weiß, ob ein einziger Kandidat von meinem Verband aufgestellt worden ist. Ich habe Ablehnungen bekommen. Ich

110 Vgl. dazu auch KATHER 1 S. 312ff.

111 Das Zentrum erreichte bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 18. Juni 1950 466.497 Stimmen.

habe es nicht verstehen können. Ich habe mich sehr gewundert, daß der Herr Lensing vorhin gesagt hat, daß ihm drei Wirtschaftler angeboten worden sind. Er kennt sie, aber Herrn Geisler[112], der ein ausgezeichneter Steuerfachmann ist, der einen Verband von über 400.000 Mitglieder mit einem einstimmigen Vertrauen hinter sich hat und der in vier Jahren Praxis CDU-Politik getrieben hat in allen Versammlungen, der wird mir einfach abgelehnt. Ich habe es schriftlich bekommen mit der Begründung, der Herr Geisler verlange ein Mandat und würde erst dann in die CDU eintreten. Wenn man einen Mann haben kann, der wirklich durch sein Mandat die mehrfachen Stimmen mitbringt und eine politische Richtung in diesem Verband für die Dauer festlegen würde, dann sollte man solche Erwägungen zurückstellen. Ich habe nicht feststellen können, daß man bei diesen drei Herren nachgefragt hat, ob sie schon Mitglied der CDU sind.

Was geschieht nun? Ich nehme Herrn Geisler als Typ. Herr Geisler wird nun zum BHE gehen. Man hat dort die Dinge anders beurteilt. Herr Kraft und Herr Fröhlich[113] sind bei ihm gewesen und haben ihn auf die zweite Stelle der Landesliste gesetzt. Ich muß Geisler sagen, ich kann dir kein Mandat verschaffen. Was das für meinen Wahlkampf, für den Verband und die künftige Entwicklung bedeutet, können Sie sich selbst ausrechnen.

Man hat die anderen Vorschläge zum Teil abgelehnt. Jedenfalls habe ich in noch keinem Falle irgendeine zusagende Mitteilung bekommen. Ich habe diese Vorschläge nicht als Privatperson, sondern als Vorsitzender und namens des Verbandes Oder-Neiße und des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen gemacht. Ich sehe dadurch einen BHE kommen, der mit der SPD eine Regierung bildet. Das ist die einzige Möglichkeit, um überhaupt eine andere Regierung zu bilden.

Adenauer: Aus dem, was Herr Kather gesagt hat, spricht eine gewisse Erregung, die aber nach meiner Meinung durchaus berechtigt ist. Es ist tatsächlich ein unmöglicher Zustand, daß ein Mann wie Kather, der die ganzen vier Jahre trotz großer Schwierigkeiten, die ihm in seinem Verband und von seinen Leuten gemacht wurden, unsere Politik mitgemacht hat, bisher keinen Wahlkreis gefunden hat. Herr Kather hat seinen Namen nicht genannt. Wenn er als Vorsitzender dieses Verbandes nicht aufgestellt wird, so ist das eine katastrophale Sache, die insbesondere von der SPD bei der Wahlagitation entsprechend ausgewertet wird.

Es ist bedauerlich, daß wir in ganz anderer Weise, als das bei den Sozialdemokraten der Fall ist, der Auffassung sind, Bundestagsabgeordnete sind Bundestagsabgeordnete. Das ist ein unmöglicher Zustand. Wir haben eine ganze Reihe von

112 Dr. Bernhard Geisler, Landesvorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen in Nordrhein-Westfalen, trat dem BHE bei (KATHER 1 S. 317 und 2 S. 36f.).

113 Hans-Gerd Fröhlich (geb. 1914), 1946 ehrenamtlich in der Flüchtlingsbetreuung tätig, Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen im Landkreis Eggenfelden, 1948 Mitglied des Kreistags, 1949–1953 MdB (WAV, 13. Oktober 1950 BHE/DG, 21. März 1952 fraktionslos).

Bundestagsabgeordneten gehabt, die wir sehr gut entbehren können. Es wäre zu unserem und zu ihrem Besten. Wir könnten dann neue Leute dafür einsetzen. Aber bei der Art und Weise der Aufstellung der Kandidaten wagt sich keiner heran. Geschimpft wird nur im Rücken der Leute. Aber sie kommen wieder, und dadurch wird unsere politische Arbeit in hohem Maße gefährdet.

Ich möchte aus diesem Anlaß der Vertriebenen nochmals die Frage hier zur Sprache bringen: Ist es denn nicht möglich, daß man in einigen Fällen wenigstens diese bisherigen Bundestagsabgeordneten bittet, in Zukunft ihren eigenen Geschäften ausschließlich nachzugehen? Es ist eine sehr ernste Frage.

Wackerzapp: Zur Vervollständigung des Bildes möchte ich einen kleinen Beitrag leisten. Ich persönlich habe nicht mehr vor zu kandidieren. Von einer Flüchtlingsvertretung habe ich folgenden Brief erhalten: „Wir nehmen an, daß Ihre Bereitschaft, nicht mehr zu kandidieren, darauf zurückzuführen ist, daß Sie offenbar in der CDU nicht mit Ihren Wünschen, den Vertriebenen zu helfen, das entsprechende Echo gefunden haben. Kommen Sie zu uns, zum BHE. Dort wird Ihnen eine ganz andere Wirkungsmöglichkeit beschieden sein!"

Das nur als einen Beweis dafür, wie von seiten des BHE mit allen Mitteln gearbeitet wird, um irgend jemand zu gewinnen, von dem sie glauben, daß er irgendwelche Resonanz bei den Vertriebenen hat. Ich habe geantwortet, sie gingen von falschen Voraussetzungen aus und ich sei aus rein persönlichen Gründen zu meinem Entschluß gekommen. Ich könne sagen, daß uns in der CDU die gebratenen Tauben nicht in den Mund geflogen seien, sondern daß wir erheblich hätten kämpfen müssen, daß es uns aber letzten Endes gelungen sei, uns auf einer mittleren Linie zu einigen, und daß wir zu guten Resultaten gekommen seien. Es sei meine feste Überzeugung, daß es einer reinen Vertriebenenpartei niemals gelungen wäre, Erfolge in diesem Ausmaß zu erringen.

In dem Briefe heißt es u.a.: Die Parteien sind mit Weltanschauungen belastet. Weltanschauung ist der blöde Kampf um die christliche Schule. Weltanschauung ist auch bei Hitler und Stalin gewesen. Daß der BHE als einzige Partei keine Weltanschauung hat, finden wir für allein richtig.

Das als Beitrag für die Stimmung innerhalb des BHE. Es ist eine recht skrupellose Manier, daß hier so demagogisch vorgegangen und versucht wird, Kandidaten zu gewinnen.

Lensing: Es wäre uns als den Landesvorsitzenden leicht, Abgeordnete auszuwählen, wenn uns endlich die Fraktion diejenigen Persönlichkeiten benennen würde, die in der Fraktion versagt haben. (*Adenauer:* Das muß gemacht werden!) Es ist mir nicht bekannt, weshalb Dr. Kather nicht in seinem alten Wahlkreis kandidiert.[114] Bezüglich des Herrn Geisler möchte ich Herrn Dr. Kather bitten, den Brief vorzulesen, den ich ihm wegen der Ablehnung des Herrn Geisler geschrieben habe.

114 Pinneberg (vgl. KATHER 1 S. 73f.).

Dann wissen alle, weshalb Herr Geisler vom Vorstand der westfälischen Partei unisono abgelehnt worden ist.[115]

Lukaschek: Herr Dr. Kather hat unzweifelhaft recht. Es müssen Vertriebene an hervorragender Stelle aufgestellt werden. Wir stehen nach meiner Meinung vor einem brutalen Wahlkampf des BHE, den der BHE mit allen Mitteln, so wie der Kampf der NSDAP geführt worden ist, führen wird. Die Dinge stehen nach meiner Meinung so: Ich glaube, daß 30 % der Vertriebenen noch so viel christlichen Geist haben, daß sie die alte Partei wählen werden, daß 30 % der Vertriebenen die SPD wählen werden und daß 40 % der Vertriebenen der Schwebesand sind, wo sich alle die Dinge abspielen, die Herr Wackerzapp vorgelesen hat. Es kommt also auf die 40 % an. Diese sind nur zu gewinnen, wenn an entscheidender Stelle Vertriebene aufgestellt werden. Es kommt nicht so sehr auf das Funktionärtum an, sondern darauf, daß der Mann in seinem Wahlbezirk die nötige persönliche Wertung und Geltung hat. Auf die anderen Dinge kommt es nicht an.

Ich würde es für höchst beklagenswert halten, wenn Dr. Kather nicht in irgendeinem Wahlkreis aufgestellt würde; schon wegen der äußeren Form geht das schwer an. Ich halte die Politik des BHE für so falsch, weil ich mir eine Partei ohne Weltanschauung nicht denken kann. Für mich sind hier erschreckende Beispiele die Aufwertungspartei und die Wirtschaftspartei, die im Reichstag jede Regierungsbildung unmöglich machten und schließlich zerfielen. Die Folge davon war die NSDAP.

Deshalb halte ich den Punkt für ungewöhnlich wichtig. Ich würde dringend darum bitten, das noch einmal zu korrigieren. Dabei ist mir die Frage der Persönlichkeit völlig gleichgültig. Ich hielte es für einen schweren Fehler, wenn der Name des Herrn Kather nicht irgendwo an guter Stelle stünde wegen dieser allgemeinen Zusammenhänge.

Von Brentano: Ich glaube, daß die Mitglieder der Fraktion und des Fraktionsvorstandes jederzeit gern bereit gewesen wären, Fragen der einzelnen Landesvorstände über die Qualifikation der Fraktionsmitglieder zu beantworten. Aber eine solche Frage ist bis zur Stunde an mich nicht gestellt worden, bis zur Stunde von keinem Vorsitzenden. Es ist unmöglich, daß wir etwa hier eine negative Liste veröffentlichen und zu 140 Abgeordneten vom Vorstand aus sagen: Ja oder nein! Das ist absolut undenkbar und außerdem eine Indiskretion.

Der einzig mögliche Weg wäre der gewesen, daß die Landesverbandsvorsitzenden sich mit einem Mitglied des Fraktionsvorstandes in Verbindung gesetzt hätten. Sie hätten mit Kiesinger, Wuermeling und Tillmanns sprechen können. Mit mir hat

115 Ein Brief Wackerzapps an Kather ist nicht überliefert, vgl. jedoch Kather an Lenz vom 27. Juli 1953, in dem es heißt: „Die Ablehnung Geislers wurde auf der Delegiertenversammlung als Katastrophe empfunden. Seine Aufstellung würde eine geradezu entscheidende Bedeutung haben. Der BHE hätte dann keine Chance" (NL Kather ACDP I-377-008/2). Die Ablehnung einer Kandidatur Geislers durch den westfälischen CDU-Landesvorstand am 6. Juli 1953 war „einmütig" (Protokoll in ACDP III-002-041).

noch keiner darüber gesprochen. Ich hätte Ihnen sehr gern Vorschläge gemacht, auf wen wir verzichten können. Das wollte ich zu der Bemerkung von Herrn Lensing sagen. Wir können das nicht von uns aus tun.

Adenauer: Sie waren nicht anwesend, aber der Herr Krone. Es ist beschlossen worden, daß der engere Vorstand die Vorsitzenden der Landesparteien zu sich bitten soll, um mit ihnen die Sache durchzusprechen.

Johnen: Ist auch geschehen. (*Zuruf:* Nein! – *Unruhe.*) Ich habe aufgrund dieses Beschlusses eine Besprechung mit Krone gehabt, der von sich aus behauptete, er wolle sich absprechen mit den Herren von Brentano und Schröder. Das hat gedauert von abends 6 Uhr bis um 3 Uhr nachts. (*Adenauer:* Wieviel haben Sie geköpft?) Ich habe gesagt, ich will von Ihnen wissen, wen die Fraktion unbedingt haben will. Die Namen stehen doch fest. Aber in den Wahlkreisen ergibt sich – ich habe es schon einmal gesagt – genau das umgekehrte Bild, diejenigen, die Sie nicht brauchen, sind die sichersten Kandidaten in den Wahlkreisen.

Von Brentano: Ich bin mit Herrn Lukaschek der Meinung, daß wir der Aufstellung von Heimatvertriebenen eine besondere Aufmerksamkeit schenken müssen. Wir kommen an der Tatsache nicht dadurch vorbei, daß wir sie ignorieren. Unsere Wähler werden es nicht ignorieren.

Was zunächst Herrn Kather angeht, so möchte ich offen aussprechen, was ich schon in einem engeren Kreis gesagt habe: Ich würde es für unverantwortlich halten, wenn wir Herrn Kather nicht die absolute Gewähr gäben, daß er in den neuen Bundestag wieder hineinkommt. Herr Kather hat in schweren und schwierigen Abstimmungen in einer außerordentlich loyalen Weise seine Freunde und Kollegen aus der Fraktion und aus der Koalition für unsere Entscheidung gewonnen. Das kann uns nicht gleichgültig sein. Ich bin der Meinung, daß wir eine absolut politische und menschliche Verpflichtung dazu haben.

Kather: Ich muß etwas sagen, weil ich die Empfindung habe, daß die Diskussion etwas allzu sehr auf meine Person abgerutscht ist. Das war nicht der Sinn meiner Ausführungen, mir hier ein Mandat zu besorgen. Wenn die CDU für mich kein Mandat hat, so würde ich das sehr viel leichter vertragen als die CDU. Das ist für mich völlig sicher. Ich kann auch ohne Bundestagsmandat leben. So ist es nicht, und darum ging es mir nicht, sondern um die anderen Leute, die ich vorgeschlagen habe. Es ist auch nicht so, daß die Vertriebenen beseligt sein würden, wenn ich bei der CDU kandidiere und alle anderen stehen draußen. Dann erhebt sich die Frage, ob ich unter diesen Umständen überhaupt noch kandidieren kann, ohne das Gesicht zu verlieren.

Herr Lensing hat mich gefragt, weshalb ich nicht in meinem alten Wahlkreis kandidiere. Ich bin in Schleswig-Holstein gewählt worden. Ich wohne nun seit vier Jahren in Bonn, so daß ich es von mir aus als selbstverständlich angesehen habe, hier unten zu kandidieren und nicht in Schleswig-Holstein. Ich habe mich um mein Mandat am allerwenigsten gekümmert.

Nehmen Sie die Situation so ernst, wie sie ist. Wir hätten den BHE überhaupt

nicht zu haben brauchen; denn Herr Kraft hat sich bei uns damals so nachhaltig um ein Mandat bemüht, das er aber nicht bekommen hat. Wir stehen vor der zweiten Phase jetzt, vor der Entscheidung: Bleibt der BHE eine verhältnismäßig kleine Partei, oder werden ihm die anderen 40 % auch noch auf den Weg geschoben?

Herr Handschumacher wurde persönlich als nicht besonders reizend herausgestellt; man will ihn nur nehmen, weil er Vorsitzender des Zentralverbandes ist. Hier ist die Stellung des Vorsitzenden eine ganz andere. Es ist doch in der Verbandspolitik so: Wo der Vorsitzende hinläuft, dahin geht letzten Endes auch der Verband. Deshalb, meine Herren Landesverbandsvorsitzenden, geht das auch Sie genauso an wie uns alle. Sie kriegen die Landtagswahlen. Es wäre falsch, wenn man in Nordrhein-Westfalen es verabsäumen würde, sich diese Leute zu sichern, die Ihnen auch sicherstellen, daß bei Ihnen die kommenden Landtagswahlen in Ordnung gehen.

Ich lege Wert darauf, heute mit aller Klarheit herausgestellt zu haben, vor welcher entscheidungsvollen Stunde wir stehen. Und wenn die Entwicklung dahin geht, wo ich sie nicht haben will, kann ich die Verantwortung ablehnen.

Johnen: Für uns steht fest, wenn ich bei der Zahl fünf bleibe, daß da ein Flüchtling drauf muß. Das ist ganz klar. (*Kather:* Ein Flüchtling?) Entschuldigen Sie, unter den fünf!

Von Hassel: Ich darf von Schleswig-Holstein aus stark unterstreichen: Unsere Einheimischen wissen, daß sie in allen Wahlkreisen nur gewählt werden, wenn sie ein gewisses Maß an Flüchtlingsstimmen hinter sich haben. Ich glaube, daß wir in dieser Frage in allen Landesverbänden unsere Auffassung viel stärker revidieren müssen als bisher. Es ist bislang erstaunlich, daß wir noch eine so große Masse an vernünftigen Vertriebenen auf unserer Seite haben, wo wir sie im Grunde genommen nicht besonders behandeln. Die Gefahr, daß die letzten guten Vertriebenen abwandern, die Frage des BHE, kann man nur so ernst nehmen und sehen, wie es Dr. Kather sagt. Wir müssen den BHE unter allen Umständen aus den Händen der SPD heraushalten. Die Spitze ist offenbar gewillt, sofort mitzumachen, wenn die SPD ihnen die Aufrollung des Lastenausgleichs verspricht.

Wir haben in Schleswig-Holstein drei Sitze auf der Landesliste, bei denen wir damit rechnen können, daß sie sicher sind. Der eine Sitz ist vergeben. Sie wissen von den Gesprächen, die darüber geführt worden sind. Der zweite wird an einen maßgeblichen Vertriebenen vergeben werden. Der dritte wird vergeben an den Vorsitzenden des schleswig-holsteinischen Handwerkerverbandes, an einen Mann, der in der Fraktion sehr gute Dienste leistet. Ich möchte bitten, daß sich die Landesverbände dafür einsetzen, daß angesehene Vertriebene aufgestellt werden. Den Flüchtlingsausweis A erkennt kein Vertriebener an, sondern es müssen Leute sein, die auch wirklich arbeiten.

Adenauer: Diejenigen Länder, die am meisten Vertriebene haben, sind Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. (*Zuruf:* Bayern!) Bayern liegt außerhalb unseres Bereiches. Wir wollen uns mal die Listen ansehen. (Adenauer verliest die Kandidaten von Schleswig-Holstein und Niedersachsen und führt an-

schließend aus; die Listen liegen vor[116]): In Schleswig-Holstein und Niedersachsen scheint mir die Sache noch ziemlich durcheinander zu sein. Wir müssen natürlich auch Vertriebene an sicherer Stelle aufstellen. Man muß Herrn Kather unbedingt in Nordrhein-Westfalen ein Mandat geben! Wir können das hier nicht beschließen, ich darf aber die allgemeine Stimmung so zusammenfassen, daß der Parteivorstand es für absolut notwendig erachtet, daß die Vertriebenen in ausgiebiger Weise berücksichtigt werden, und zwar womöglich auf sicheren Plätzen, dann aber auch auf evtl. noch zu gewinnenden Plätzen, und daß Herr Kather, der Vorsitzende des ZvD, unbedingt gewählt werden muß.

Darf ich das so feststellen? – Das ist Ihre Meinung. Es scheint so.

Majonica: Herr Bundeskanzler, neben den Vertriebenen sind die jungen Wähler sehr wichtig. Wir können die Neuwähler nur ansprechen, wenn wir eine gute Anzahl in den Bundestag hineinbekommen.

Adenauer: Wieviel haben Sie und wo fängt die Jugend an und wo hört es auf? Herr Wuermeling, wie alt sind Sie? – *(Heiterkeit.)* Ich will eine Lehre ziehen *(Unruhe.)* aus dem neuen Wahlgesetz, nämlich die, daß die Parteien mehr Einfluß bekommen müssen auf die Zusammensetzung. Wir brauchen ein anderes Wahlrecht; so geht das ja nicht, daß der einzelne Kreis das macht, und dann soll die Fraktion damit arbeiten. Das ist doch völlig unmöglich. Dürfen wir damit das Kapitel verlassen?

Majonica: Darf ich feststellen, daß der Vorstand wünscht, daß junge Kandidaten genommen werden?

Adenauer: Die jungen Kandidaten sollen nicht sofort als Bundestagsabgeordnete anfangen, sondern in den Gemeinden. Die jungen Leute meinen, sie müßten sofort in den Bundestag kommen. Sie sollen zuerst auf der kommunalen Ebene anfangen und dort lernen. Ich habe auch da angefangen. Dort lernt man gut.

Simpfendörfer: Ich möchte Herrn Majonica folgendes sagen: Ich habe in Stuttgart gesagt, man sollte einen jungen Mann nehmen, worauf mir erwidert wurde, wenn er sich zur Verfügung stelle, dann müsse er auch in den Bundestag kommen. So geht das ja nicht!

Gradl: In der letzten Vorstandssitzung hatten wir den Wunsch ausgesprochen, daß auch Vertreter der Sowjetzonenflüchtlinge berücksichtigt würden. Ich fürchte, man geniert sich allmählich, hier nochmals solche Wünsche anzumelden. Ich glaube, es wird nicht genügend beachtet, welche Bedeutung in der Auseinandersetzung die Sowjetzone auch im Wahlkampf spielen wird. Es sind 900.000 wahlberechtigte Flüchtlinge aus der Sowjetzone im Bundesgebiet. Es ist ganz sicher, daß diese Leute politisch viel wacher sind und damit mit viel größerer Sicherheit überlegen, wen sie wählen, als der normale hier ansässige Bürger.

Wenn wir nicht in der Lage sind zu sagen, daß wenigstens fünf im ganzen Bundesgebiet als Kandidaten aufgestellt werden, so daß man mit ihnen einigerma-

116 Anlage fehlt.

ßen sicher rechnen kann, dann sehe ich keine Möglichkeit, wie wir von unserer Partei aus diesen breiten Bereich der Sowjetzonenflüchtlinge bei der Bundestagswahl aktivieren können.

Sie dürfen sich darauf verlassen, die Sozialdemokratie wird das zur Genüge verstehen.

Tillmanns: Unter den bisherigen Bundestagsabgeordneten sind eine ganze Reihe aus der Sowjetzone.

Albers: Ich hatte in der letzten Vorstandssitzung mit Rücksicht auf das Anliegen, daß der Herr Gradl vorgetragen hat, Herrn Scharnberg darum gebeten, an Herrn Georg Schneider[117], den zweiten Vorsitzenden der DAG, zu denken. Sie sprachen schon davon, Herr Bundeskanzler, daß möglichst ein leitender Angestellter der Gewerkschaft vertreten sein soll.

Ich habe mich um die Angelegenheit bemüht, muß aber feststellen, daß diese Sache mit dem Herrn Schneider in Hamburg eine vergebliche Hoffnung war. Ich möchte den Hamburger Freunden noch einmal ganz nahelegen, diese Frage Schneider zu einer bestimmten Lösung zu bringen.

Scharnberg: In der Landesverbandsvorsitzendenkonferenz, Herr Albers, war ich es, der den Namen Schneider in die Diskussion geworfen hat. Sie können sicher sein, daß wir uns in Hamburg, Herr Samsche, Herr Blumenfeld und ich, die größte Mühe gegeben haben, den Herrn Schneider durchzukriegen. Aber was soll man machen, wenn der Sozialausschuß in Hamburg einfach konstant bleibt und ihn nicht haben will? (*Ehlers:* Das muß der Landesvorstand verhindern können!) Es war einfach unmöglich. Wir haben leider keinen Einfluß auf die Kandidatenaufstellung. Wir haben die Bestimmung mit der geheimen Abstimmung. Was machen Sie dagegen, wenn der Mann in geheimer Abstimmung nicht durchkommt?

Adenauer: Da wollen wir Ihnen helfen und den einstimmigen Beschluß fassen, die Landespartei Hamburg dringend zu ersuchen, im allgemeinen Interesse den Herrn Schneider an einer sicheren Stelle unterzubringen. Herr Schneider ist erstens Angestelltengewerkschafter, zweitens ist er Vertriebener und drittens ist er Katholik. Es ist auch für Hamburg notwendig, daß ein Katholik gewählt wird.

Lukaschek: Ich kann nur sagen, daß Herr Schneider einer der fähigsten Leute ist; er ist ein ungewöhnlich tüchtiger Mann, der in der großen Angestelltengewerkschaft eine große Rolle spielt.

Scharnberg: Ich bin Ihnen nur dankbar für diesen Beschluß. Wir haben uns die größte Mühe gegeben.

---

117 Georg Schneider (1892–1977), 1919–1926 Kreisgeschäftsführer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (DHV) in Oberschlesien, dann Geschäftsführer des DHV Berlin, 1926–1933 Provinzialverwaltungsrat in Ratibor/Oberschlesien, Mitgründer der CDU Leipzig, 1946–1947 Generalsekretär der CDU Thüringen, 1948–1960 Mitglied des Hauptvorstandes der DAG (1951 stv. Vorsitzender, 1960 amtierender Vorsitzender). Vgl. „Soziale Ordnung" vom 23. August 1977. – Georg Schneider gelangte über die Landesliste Hamburg in den zweiten Bundestag.

Adenauer: Sie mauern, so sagt man im Rheinland. Herr Gradl, wir hatten in Aussicht genommen, daß die Ostzone bei der Neuwahl einige Vertreter – das können natürlich auch Vertriebene sein – so ähnlich wie Berlin im Bundestag stellt. Über die Zahl ist noch zu sprechen. Dann könnte diesem Wunsch willfahren werden. Es wäre nur notwendig, daß wir diesen Beschluß heute hier bekanntgeben.

Kaiser: Das ist ein Politikum. Das könnten Sie in einer Ihrer nächsten Reden vornehmen. Wir müssen in überzeugender Weise Stellung nehmen können. Dann kann diese Angelegenheit, so wie sie der Kanzler vor dem Bundestag angesprochen hat, wieder aufgegriffen werden. Merkwürdigerweise hat die SPD negativ darauf reagiert.

Adenauer: Warum?

Ehlers: Herr Bundeskanzler, ich bitte, freundlichst davon Notiz zu nehmen, daß die Auswirkungen von Ochsenfurt keineswegs zu Ende sind. Ich habe von dem lutherischen Dekan einen entsprechenden Bericht bekommen wegen der Aufstellung der evangelischen Kadidaten. Diese Dinge versuchen wir auszubaden. Ich bin dafür, daß man diesen Konflikt ausschaltet, aber auf der anderen Seite muß man sagen, diese Dinge haben eine Aufbauarbeit kaputtgemacht, wie es stärker überhaupt nicht sein konnte. Es ist zunächst eine Frage für Franken und Bayern an die CSU. Ich glaube, da sollten bestimmte Wünsche zum Ausdruck gebracht werden. Man hat deswegen geschrieben, aber die Sache brennt weiter.[118]

Ich bitte daher freundlichst darum, dafür zu sorgen, daß die Verteilung nach Konfessionen erfolgt und daß man bei den evangelischen Kandidaten überlegt, daß es Kandidaten sind, die für unsere Arbeit im Bundestag besonders brauchbar sind, die also nicht nur die Eigenschaft haben, evangelisch zu sein, sondern vielleicht auch gute Juristen sind. Man sollte das kombinieren. Es könnten sogar prominente Vertriebene sein. Das gilt für die Katholiken in gleichem Maße.

Weber: Ich möchte ein Wort zu den Vertretern des Südweststaates sagen. Unter den 100 Landtagsabgeordneten ist eine einzige Frau.[119] Ich habe deshalb den dringenden Wunsch, daß die Frauen für die Bundestagswahl gerade im Südweststaat besser berücksichtigt werden.

Simpfendörfer: Die Vertriebenen schlagen uns jetzt schon beinahe tot, weil wir die Frauen vor Flüchtlinge setzen.

Süsterhenn: Zur Geschäftsordnung!

---

118 In Ochsenfurt hatte sich der Bischof von Würzburg, Dr. Julius Döpfner, am 28. Juni 1953 unter Berufung auf die Vorschriften des kanonischen Rechts geweigert, die Einweihung einer Fabrik gemeinsam mit dem evangelischen Dekan Wilhelm Schwinn von Würzburg vorzunehmen, was auf protestantischer Seite scharfe Proteste hervorrief. Die CSU erklärte dazu, sie sei nicht tangiert, und betonte ihren überkonfessionellen Charakter (vgl. CDP Nr. 124 vom 30. Juni 1953; Nr. 139 vom 27. Juli 1953; UiD vom 8. Juli und 25. Juli 1953; Dokumentation des Vorganges im NL Ehlers ACDP I-369-010/2).

119 Die einzige CDU-Vertreterin war Maria Raiser (1885–1966); die anderen Parteien waren ebenfalls durch Frauen vertreten.

Adenauer: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Süsterhenn.

(Die Übertragung der jetzt folgenden Verhandlungen über das Zentrum liegt bereits vor – 20 Seiten.)[120]

Adenauer: Wir kommen zum Punkt 6 der Tagesordnung:

RUNDFUNK, PRESSE, FLUGBLÄTTER, VERSAMMLUNGEN

Am besten wird darüber der geschäftsführende Vorstand ein Programm ausarbeiten.

Punkt 7 der Tagesordnung:

GELDFRAGEN

Hier bitte ich Sie, sich an Herrn Pferdmenges zu wenden. *(Heiterkeit.)*

Pferdmenges: Ich darf einen Brief vorlesen von Herrn Bach. „Für die Vorstandssitzung habe ich mich entschuldigt wegen einer Stadtverordnetenversammlung. In unserer Unterhaltung am Samstag kamen wir zu dem Ergebnis mit Herrn Lensing und Herrn Johnen, daß entweder von dem Etat für die Bundestagswahl DM 600.000,– gestrichen werden oder die Landesverbände sich verpflichten müssen, von den Wahlfondsbeträgen, die in einer Gesamthöhe von 1,5 Millionen"...[121]

Adenauer: Ist das Bach?

Pferdmenges: Ja!

Adenauer: Dann hören Sie auf! Ich habe von Herrn Bach noch nie eine Ziffer gehört, die 14 Tage bestehen blieb.

Pferdmenges: Die Abkommen, die in diesem Jahr zwischen den Landesverbänden und der Zentrale getroffen wurden, sagt Bach, gingen dahin, daß von dem gesamten Geld von 6 Millionen in diesem Jahr 4 Millionen in den Ländern verbraucht werden sollten und 2 Millionen reserviert sind für die Wahl. DM 600.000,– hat der Bundeskanzler aus einem anderen Fonds zugesagt. Das sind 2,6 Millionen.

Es wurde vorigen Samstag gesagt, daß von diesen 2 Millionen nur 1 Million eingehen würde, weil die 1 Million bereits verkraftet sei in den einzelnen Landesverbänden. Das trifft eigentlich wörtlich zu für die 40 %, die Nordrhein-Westfalen von diesen Beträgen aufbringt. Da ist tatsächlich die Sache so, daß Mißverständnisse oder zumindest keine genauen Abmachungen vorlagen, wonach die Herren die Berechti-

120 Diese Seiten fehlen. – Lenz notiert in seinem Tagebuch: „Nachmittags erbitterte Diskussion wegen des Zentrums."

121 Brief Bachs an Adenauer mit Finanzierungsplan vom 1. Juli 1953 in ACDP VII-003-002/1; die angesprochene Unterredung mit Lensing und Johnen fand am 4. Juli statt. Ein Schreiben Bachs an Pferdmenges ist nicht überliefert. – Finanzplan, erstellt von Peter Müllenbach, vom 13. Juli 1953 in StBKAH 12.12.

gung fühlten, über diese Gelder zu verfügen, und sie haben darüber verfügt, so daß uns tatsächlich 1 Million fehlen. Wir haben einen Fonds von DM 300.000,– aus dem „Wirtschaftsbild", den wollen wir noch hinzunehmen, so daß uns DM 700.000,– fehlen. (*Adenauer:* Bis wann können Sie die schaffen?) Das war der Vorschlag, der gemacht wurde. Das ist nicht so einfach. Ich glaube, daß man noch etwas aufbringen kann davon. Ich hoffe auch, daß man die 2,6 Millionen auf die Beine stellen kann, aber ich möchte bitten, mit anderen Forderungen, die immer an diese Kasse gestellt werden, etwas vorsichtiger zu sein. Wir müssen etwas behalten für die Zeit nach der Wahl. Man weiß nicht, was für Konstellationen kommen. Dann ist es nicht angenehm, wenn man vor einem Nichts steht und die Leute, die man anspricht, nach der Wahl nicht mehr sehr aufgeschlossen findet für solche Ansprüche. Ich werde Ihnen nachher noch einige Aufklärungen geben. Ich glaube, daß die DM 700.000,– in irgendeiner Weise noch aufzubringen sind.

Adenauer: Wir danken Herrn Pferdmenges für seine Bemühungen und wünschen ihm und uns vollen Erfolg.

Von Brentano: Ich schlage vor, daß der Vorstand dem Herrn Bach sein Mißtrauen ausspricht, weil es unmöglich ist, wegen einer Stadtverordnetenversammlung nicht hier zu sein.

Adenauer: So etwas macht er gern.

Wir kommen zum Punkt 8 der Tagesordnung:

Hauptpunkte innenpolitischer Propaganda

Mir scheint, daß die Innenpolitik zu sehr zurücktritt in der Wahlpropaganda. Sie bekommen jetzt – ich weiß nicht, ob Sie es schon haben – vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung die Schrift "8 Jahre danach"[122]. Ich habe gestern das erste Exemplar bekommen. Die Frage ist, wieviel Exemplare müssen wir davon zur Verfügung stellen. Diese Schrift ist eine Fundgrube für alle möglichen Sachen, vorausgesetzt, daß man in der Fundgrube gräbt.

Heck: Für sämtliche Damen und Herren, die sprechen oder schreiben, sind es 6.000 Exemplare.

Adenauer: Ich darf auf das Kapitel übergehen, was mir sehr am Herzen liegt. Wir geben den Rednern und Propagandisten und auch den Zeitungen das Material nicht einfach genug. Die Leute sind zu faul, geradezu herausgesagt – ich bin es auch –, ein solches Ding in die Hand zu nehmen und durchzulesen. (*Kiesinger:* Das ist nur zusätzliches Material.) Die Flugblätter sind zu einfach. Ich würde vorschlagen, daß der geschäftsführende Vorstand sich auch diese neuen Entwürfe ansieht und das wirklich Beste herauszieht.

---

122 Acht Jahre danach ... Deutschland heute. Mit einem Geleitwort von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer (Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung). Wiesbaden 1953.

Den Punkt 9 der Tagesordnung „Ansprache der Neuwähler" stellen wir zurück.

Gerstenmaier: Es ist außerordentlich wichtig wegen des Materials für die Bauern.

Heck: Es ist verschickt worden; es war zusammengestellt von Bauknecht.[123] Aber es wird noch einmal, und zwar angehängt an die Erklärung des Bundeskanzlers, sämtlichen Rednern zugestellt. Es ist vorgesehen, ein Flugblatt für ausgesprochen ländliche Gebiete zusammenzustellen.

Adenauer: Eine allgemeine Bitte! Die innenpolitischen Fragen wollen wir nicht vernachlässigen. Sie sind von großer Bedeutung. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß wir in mancher Beziehung großes Glück gehabt haben. Vor sechs, sieben, acht und neun Monaten hatten wir schwere Sorgen, daß die Arbeitslosigkeit im zweiten Halbjahr zunehmen und wir mit den Bundestagswahlen in eine Periode steigender Arbeitslosigkeit kommen würden. Das Gegenteil ist der Fall.

Der zweite Punkt: Wir hatten Furcht, daß die Preise und die Lebenshaltungskosten ansteigen würden. Auch dieser Zustand ist nicht eingetreten. Wir haben sehr gute Pluspunkte, einmal die sinkenden Preise und zweitens einen nicht steigenden Lebenshaltungsindex. Nach alten Erfahrungen wird der Lebenshaltungsindex auch im August sinken, weil die neuen Kartoffeln und das Gemüse billiger werden.

Sorge machen mir – da hat Herr Gerstenmaier recht – einige landwirtschaftliche Fragen. Und da muß ich Herrn Globke bitten, nach dem Rechten zu sehen, weil Herr Niklas[124] krank ist; ich weiß nicht, in welchem Zustand er ist. Herr Sonnemann[125] geht auch weg. Sie werden mit Sonnemann noch sprechen können. Es sind da gewisse kleine Forderungen – es handelt sich um ein paar Millionen, mehr ist es nicht – der Landwirte, gegen die sich Herr Schäffer mit der ganzen Kraft seines bayerischen Gemütes und Herzens sträubt. Wir müssen aber unbedingt für die Landwirtschaft etwas tun.

Ich bitte Sie, alle diese kleinen Wünsche an Herrn Ministerialdirektor Dr. Globke

123 „Die Agrarpolitik der CDU/CSU im Bundestag 1949–1953", von Dr. Karl Müller MdB, Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg. Bundesgeschäftsstelle der CDU). Bonn, Februar 1953.

124 Dr. Wilhelm Niklas (1887–1957), 1916–1925 im Kriegsernährungsamt und Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 1925–1934 und 1945–1947 im bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ab 1945 Staatsrat), 1948–1949 stv. Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1949–1953 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1951–1953 MdB (CSU).

125 Dr. Theodor Sonnemann (geb. 1900), 1947–1949 Hauptgeschäftsführer des Verbandes des Niedersächsischen Landvolks, 1949–1961 Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (DP/CDU), 1961–1973 Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes (Erinnerungen: Jahrgang 1900. Auf und ab im Strom der Zeit. Würzburg 1980).

zu richten, dann brauchen Sie nicht den Umweg über den geschäftsführenden Vorstand und die Bundesgeschäftsstelle zu gehen.

Nun möchte ich Herrn von Brentano bitten, zu referieren.

Von Brentano: Ich hatte es nicht vor, aber ich will das Wort ergreifen, wenn Sie mich dazu auffordern. Es ist nicht gut, über diese Dinge in der Wahl mit aller Deutlichkeit zu sprechen, aber mir scheint, daß sich im allgemeinen das deutsche Volk – und das sollte man in den Wahldiskussionen anklingen lassen – schon in dem Gefühl der Sicherheit wiegt, als sei eigentlich alles Entscheidende bereits geschehen, und wir stünden schon in einem Zustand der prästabilierten Harmonie, und es könne Deutschland nichts mehr passieren.

Ich habe den Eindruck, daß gerade die Art, mit der die Opposition über die Dinge spricht, in Deutschland erhebliche Mißverständnisse auslöst und daß die Menschen davon ausgehen, daß es letzten Endes in der deutschen Hand liege, die Entscheidungen der Zukunft zu bestimmen. Dieses alte Wort, was die SPD immer wieder prägt: Man kann nichts ohne Deutschland tun – das findet sehr viele Abnehmer.

Man sollte in der Diskussion den deutschen Menschen klar und eindeutig sagen, wie ernst und gefährlich unsere Situation heute noch ist und daß wir heute noch auf einem Grat gehen, von dem wir mit einem Fehltritt abstürzen können, daß wir – was die Menschen nicht gerne hören wollen – auf Gedeih und Verderb von der Unterstützung der freien Welt abhängig sind, daß es kein Spiel gibt in dieser Frage, weil wir sehr leicht durch eine unklare und mißverständliche Politik uns die Chancen, die wir z.Z. sicher haben, verspielen können.

Es wird heute insbesondere von der Opposition dargestellt, die Gefahr, die vom Osten drohe, sei nicht so groß, weil sich da drüben diese Auflösungserscheinungen bemerkbar machten. Es ist originell, daß das jetzt gesagt wird.

Als Sie das in einer Rede im Bundestag anklingen ließen, hat man Ihnen einen Vorwurf gemacht, Sie hätten keine Ahnung von den russischen Verhältnissen. Heute sagt man es, weil die Wahl bevorsteht. Man stellt es so dar, als sei es allein in die Hand des deutschen Volkes gelegt, über seine Zukunft zu sprechen. Ich meine, man sollte aussprechen, was den Deutschen vielleicht unangenehm klingt, daß wir am 17. Juni den Unterschied zwischen dem Kalten und dem heißen Krieg gesehen haben und daß ein kleiner äußerer Anlaß dazu führen kann, daß aus dem Kalten Krieg ein heißer Krieg wird. Wir sind jetzt mehr denn je darauf angewiesen, eine Unterstützung zu haben, wenn wir die Politik, die wir in den letzten Jahren eingeschlagen haben, weiterführen wollen.

Ich habe mit Erstaunen die Rede von Herrn Taft[126] gelesen. Die Generale in

126 Taft forderte in einer Rede am 27. Mai 1953 auf einer Tagung der Christlich-Jüdischen Vereinigung in Cincinnati ein selbständiges Vorgehen der USA in Korea ohne Rücksicht auf die UNO und den Atlantikpakt sowie einen Rückzug amerikanischer Truppen aus Europa (AdG 1953 S. 4010f.; FR vom 28. Mai 1953).

Amerika sagen etwas anderes: Was ist schon Taft! In dem Moment, wo wir einen General zitieren, heißt es, Generale haben keine Politik zu machen – was nach Isolationismus klingt –, und zwar aus der Verstimmung heraus, daß die europäische Politik in keiner Weise eine Antwort auf die mit Recht von Washington gestellte Frage gibt: Was wollen die Europäer tun? Wenn darauf eine Antwort verlangt wird, dann sagt man in der Diskussion – und das klingt in unsere Kreise hinein –, gegen uns kann man nichts machen; sie brauchen uns ja. Wir sollten uns klarmachen, wie eine deutsche Situation wäre, wenn wirklich Rußland in dieses vollkommen unvorbereitete Europa mit einer aggressiven Handlung vorstieße und Europa nicht bereit wäre, dieser aggressiven Haltung zu begegnen.

Man sollte den Deutschen einmal klarmachen, daß es bei uns liegt, dafür zu sorgen, daß wir in Amerika nicht nur als ein strategisches Vorfeld angesehen werden. Man kann es nicht in öffentlichen Versammlungen, aber in Gesprächen sagen, daß eine solche Auseinandersetzung, wenn sie uns träfe, dazu führen würde, daß Europa das Glacis einer solchen Auseinandersetzung würde. Und bei einer solchen Auseinandersetzung mit all ihren Konsequenzen würde die erste Atombombe nach meiner festen Überzeugung auf das Ruhrgebiet fallen, und zwar aus dem Gefühl heraus, daß wir mit Geldern von Amerika die Produktionsstätten aufgebaut haben.

Man muß diese Dinge aussprechen, weil die Deutschen in einer Gleichgültigkeit sind, die mich manchmal geradezu erschreckt. Ich weiß nicht, ob Sie in Ihren Reden und Diskussionen auf das eingegangen sind, was sich am 17. Juni in Berlin und anschließend in der Ostzone abgespielt hat. Die Gleichgültigkeit der deutschen Menschen ist erschreckend. Wir müssen die Menschen darauf ansprechen, was mit diesen 18 Millionen geschieht; wir müssen an diesen wirklich eruptiven Ausbruch von Menschen erinnern, die nach der Freiheit geschrien haben; denn das hat die Menschen im Westen kaum berührt. Sie führen alle das Wort von der Wiedervereinigung Deutschlands im Munde, aber sich klarzumachen, was das Schicksal dieser Menschen bedeutet, fällt ihnen offenbar sehr schwer.

Wenn wir diese Dinge nicht ansprechen, erleben wir, daß sich große Teile in unserem Volk in diesem ganz unangebrachten Gefühl der Sicherheit wiegen. Auch die Art, wie man manchmal heute schon wieder über die Amerikaner sprechen hört, ist wirklich erschreckend. Man sagt, diese widrigen Burschen sollen weggehen; wir brauchen sie gar nicht mehr. (*Gerstenmaier:* Seebohm!) Sie haben recht! Wir müssen widersprechen. Das sind wir unserem Volke schuldig, daß wir diese Dinge ansprechen. Man wird es zuerst ungern hören, aber wenn Sie den Menschen genau sagen, wo wir stehen, dann verstehen sie es.

Wir sollten in den Diskussionen eine sehr eindeutige Front machen gegen den – verzeihen Sie den Ausdruck – verfluchten Neonazismus. Diese Menschen sind bereit und entschlossen, alles zu vergessen, was uns in der Vergangenheit belastet hat; sie sprechen schon wieder mit großer Primitivität im Westen und Süden und freuen sich hämisch darüber, wenn in Frankreich eine Regierungskrise ist. Das sind keine Krisen für Frankreich, sondern für Europa.

Ich habe das Gefühl, daß unser Volk z. Z. politisch in einer verhängnisvollen Verkennung der tatsächlichen Situation steht. Wir müssen ihm sagen – dann gibt es auch keine Mißverständnisse –, wie notwendig wir darauf angewiesen sind, mit den freien Völkern der Welt zusammenzuarbeiten, und daß es kein Fehler ist, wenn wir mit den Amerikanern übereinstimmen, daß es keine amerikanische Politik ist, sondern daß wir gute Freunde bewahren müssen, anstatt sie vor den Kopf zu stoßen. Es hat einmal einen so törichten Spruch gegeben: Viel Feind, viel Ehr! – Es sollte heißen: Viel Freund, viel Ehr! – Wenn wir nicht allen Ernstes an diese Dinge herangehen, versündigen wir uns, auch wenn das nicht gern gehört wird, an unserer heutigen Aufgabe als Politiker.

Eine Zwischenbemerkung! Ich war entsetzt, als neulich ein so angesehener und kluger Mann wie Weinstein[127] in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung" geschrieben hat, Robert Schuman habe seine europäische Konzeption nur vertreten, um Frankreich gewisse Vorteile zu sichern. Robert Schuman sei ein Mann, der die Politik von Richelieu[128] fortführe; er betrüge die Deutschen, und im Moment, wo ein anderer komme, setze er sich ab.

Der „Rheinische Merkur" hat sich mit diesem Aufsatz beschäftigt und eine gute Antwort gegeben.[129] Ich kann nur sagen, diese merkwürdige Illusionspolitik, in die das deutsche Volk wieder hineintaumelt, ist eine verhängnisvolle Situation. In dem gleichen Augenblick, wo man dem Bundeskanzler den Vorwurf macht, er spanne Eisenhower vor den Wagen, erklärt man gleichzeitig, wenn er eine andere Politik mache, stoße er den Kreml vor den Kopf.

Wir können unser Volk nicht ernst genug ansprechen. Wir sollten nicht nur über das sprechen, was wir erreicht haben, sondern wir müssen auch sagen, was noch vor uns steht, damit die Menschen zum Nachdenken kommen.

Adenauer: Die Note der drei Westmächte an Sowjetrußland – ich habe sie in der Hand – wird jetzt überreicht sein. Ich kann sie nicht vorlesen; Sie werden sie morgen höchstwahrscheinlich in der Presse lesen können. Lesen Sie sie bitte vollständig durch und überlegen Sie genau, daß diese Note uns jede Rechtfertigung unserer Politik gibt. In dieser Note sind – das bleibt bitte unter uns – alle Vorschläge, aber auch alle Vorschläge aufgenommen worden, die ich gemacht habe, die ich zum Teil durch Herrn Blankenhorn habe überbringen lassen, so daß, wenn die Sozialdemokratie sagt, sie habe mich zu dieser Aktivität gezwungen, das eigentlich auch ein Lob dafür in sich schließt, daß wir diesen Erfolg gehabt haben.

Nun stellen Sie sich umgekehrt vor, wir hätten uns so benommen, wie sich die Sozialdemokratie benommen hat. Wenn wir den EVG-Vertrag und den Deutsch-

127 In der Vorlage: Beilstein. – Adelbert Weinstein (geb. 1916), seit 1949 Redaktionsmitglied der FAZ; gemeint ist sein Leitartikel vom 2. Juli 1953: „Schumans Stellungswechsel".

128 Armand Jean du Plessis, Herzog von Richelieu (1585–1642), französischer Staatsmann und Kardinal.

129 Vgl. Egon Roemer: Robert Schuman – ein Konjunkturritter? In „Rheinischer Merkur" vom 10. Juli 1953.

land-Vertrag nicht unterschrieben hätten, wäre niemals eine solche Note herausgekommen. Niemals!

Nun ein Wort zu den Gefahren, von denen Brentano gesprochen hat, Worte, die ich nach jeder Richtung hin unterstreichen kann. Die Weltlage ist doch so, daß die Vereinigten Staaten auf die Festigkeit Frankreichs sehr geringe Hoffnungen setzen, daß die Zunahme der kommunistischen Stimmen in Italien Amerika einen Schock gegeben hat und daß die einzige Hoffnung Amerikas für Europa Deutschland ist. Und wenn diese Hoffnung enttäuscht wird, dann werden die Vereinigten Staaten, davon bin ich überzeugt, eben die andere Politik – die sie natürlich auch einschlagen können – einschlagen, nämlich die Politik der peripheren Verteidigung.

Man muß sich immer wieder klarmachen, warum betreiben denn die Vereinigten Staaten diese Politik. Doch in der Hauptsache zu ihrem Schutz. Sie haben die beiden Möglichkeiten: entweder mit Europa zusammen oder aber Europa nur unter Benützung von Stützpunkten für ihre Flugwaffe. Das ist die periphere Verteidigung. Seien wir uns völlig darüber klar, die Situation ist und bleibt höchst gefährlich. Ich kann nur das Wort wiederholen, was Herr von Brentano gesagt hat: Es ist wahrhaftig eine Gratwanderung. Wir wandern auf einem Grat, der nach beiden Richtungen sehr steile Abgründe hat. Diese Gratwanderung müssen wir fortsetzen. Nach meiner festen Überzeugung kommen wir dann auch zum Ziel.

Ich gehe nicht so weit zu sagen, daß der Zeitpunkt – von dem ich immer wieder gesprochen habe –, wo die Sowjets durch ihre Lage gezwungen sein werden, sich mit dem Westen zu verständigen, schon gekommen sei, aber immerhin sind diese Ausbrüche von Unzufriedenheit in Ostberlin und in der Sowjetzone, in Ungarn, in der Tschechoslowakei und in Polen ein erstes Anzeichen dafür, daß dieser Zeitpunkt herannaht. Diese Vorgänge haben mich in meiner Überzeugung bestärkt. Es wird der Augenblick kommen, wo der Russe sich sagen muß: Kommen wir überhaupt noch weiter; die Konsumtionsindustrie ist derartig vernachlässigt und unser Volk derart verhungert, daß es nicht so weitergeht. Wir können nicht alles nur in die Kriegsindustrie stecken, ohne daß wir unsere eigene Existenz gefährden. Daher müssen wir festbleiben.

Die Vereinigten Staaten haben – und hier muß ich sagen, Gott sei Dank größtes Verständnis für unsere Haltung. Churchill hat dieses Verständnis nicht, ebensowenig hat Frankreich das Verständnis dafür. Allein die Vereinigten Staaten haben dieses Verständnis gezeigt. Darum glaube ich, ist um unserer eigenen Existenz willen unser Platz neben den Vereinigten Staaten. Wir können das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten gar nicht eng genug gestalten. Es ist die einzige Rettung Europas, eines Europas – das möchte ich nachdrücklichst wiederholen –, das noch immer in äußerster Gefahr schwebt. Nun etwas zur Sozialdemokratie! Ich habe früher – das möchte ich an die Adresse einiger Freunde hier sagen – als Oberbürgermeister mit den Sozialdemokraten gutgestanden in meiner Stadtverordnetenversammlung. Ich habe viele Dinge mit ihnen gemacht. Aber die heutige Sozialdemo-

kratie, die einfach aus parteipolitischen Gründen das Schicksal Deutschlands aufs Spiel setzt, das ist keine deutsche Partei mehr!

Jedem Deutschen und jeder deutschen Partei muß das Schicksal des deutschen Volkes das Höchste sein und nicht das Schicksal einer Partei. Ich halte die Leute nicht für so dumm, daß sie nicht diese Gefahr selbst erkennen, in der wir schweben; sie machen das nur aus Agitationsabsichten, um das Volk aufzuwiegeln und dadurch Stimmen für sich zu bekommen. Und das ist ein Verbrechen am deutschen Volk! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Deswegen müssen Sie verzeihen, Herr Kaiser, wenn ich manchmal gegen die Sozialdemokratie wirklich im tiefsten Innern erbost und entrüstet bin.

Ich kann nur wiederholen, daß das keine Partei tut, was die Sozialdemokratie tut. In einer solchen Lage, in der sich das deutsche Volk befindet, gibt es nach meiner Meinung nur eins für die Regierungskoalition und die Opposition: zusammenzugehen. Die Opposition soll nicht der Regierungskoalition auf ihrem Weg die denkbar größten Schwierigkeiten machen!

Ich denke z.B. daran, daß Herr Wehner gesagt hat: Nach der Wahl ziehen wir unsere Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen den EVG-Vertrag zurück. Das ist geradezu eine Gemeinheit ersten Ranges, überhaupt so zu denken und das einem Ausländer zu sagen.

Entschuldigen Sie bitte, daß ich so heftig dabei geworden bin, aber es ist meine innerste Überzeugung, daß das deutsche Volk nach wie vor in großer Gefahr ist. Wir müssen unter allen Umständen diese Wahl gewinnen im Interesse des deutschen Volkes!

Simpfendörfer: Ich begrüße es, wenn die gesamte Partei hier mitzieht und im Wahlkampf diesen Angriffsgeist zeigt. Ich selber mache das in jeder Rede. Das muß das Anliegen der Partei und der Propaganda sein!

Kiesinger: Ich unterstreiche jedes Wort, was Brentano gesagt hat. Es ist tatsächlich so, daß ein gewisses bourgeoises Pack da ist, das zwar die Wirtschaftspolitik der SPD nicht mitmacht, sondern von unserer Politik profitiert, das aber alle Argumente der SPD gebraucht.

Wir müssen da etwas deutlich und klar reden! Die Leute haben einen gewissen Einfluß. Der Angriffsgeist, von dem gesprochen worden ist, muß nach meiner Meinung viel weniger in der Auseinandersetzung mit den einzelnen Argumenten der SPD gezeigt werden als mit diesem Hauptpunkt: Europa in Gefahr!

Uns alle überläuft es kalt, wenn wir daran denken, daß wir im Grunde genommen nur durch die Kommunisten gerettet worden sind. Wer kapiert das? Wenn Tito[130] nicht gewesen wäre – natürlich mit der freien Welt –, dann wäre heute nicht

130 Josip Tito, eigentlich Broz (1892-1980), jugoslawischer Politiker; seit 1934 Mitglied des ZK und des Politbüros, 1937 Generalsekretär der KP, 1943 Marschall und Vorsitzender des Nationalen Befreiungskomitees, 1945–1953 Ministerpräsident und Staatschef der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien (zugleich Verteidigungsminister), 1953 Staatspräsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte, seit 1963 Staatspräsident auf Lebenszeit.

nur Jugoslawien, sondern auch Griechenland und Italien – und was wäre mit der Türkei? –, also die ganze Ostflanke, von Moskau her beherrscht. Das sind Dinge, die müssen wir den Leuten immer wieder sagen wegen dieser furchtbaren Sattheit und Sicherheit, die in diesen Kreisen herrscht.

Da sind mir tatsächlich die deutschen Arbeiter viel lieber. Ich bedaure, daß die SPD einen Teil der deutschen Arbeiterschaft in die Verwirrung gebracht hat. Wir müssen die ganze deutsche Bevölkerung – auch bei uns sind solche Kreise – mit diesen Gedanken zuerst ansprechen.

Adenauer: Es ist nicht nur das Bourgeoise, es ist auch der Größenwahn. Wenn ich höre, daß der Herr Zinn von vornherein erklärt, Deutschland soll sich unabhängig erklären – dann gehört der Mann doch ins Irrenhaus![131]

Von Brentano: Er hat wörtlich erklärt: Hoffentlich wird nach der Wahl eine Regierung da sein, die die Verträge zerreißt und die deutsche Unabhängigkeit proklamiert! (*Unruhe und Bewegung. – Fay:* Siehe Adolf Hitler!)

Tillmanns: Der amerikanische Hochkommissar Conant hat erklärt, es genüge nicht, daß in der Sowjetzone freie Wahlen stattfänden, sondern es müßte vorher das dortige Zwangssystem beseitigt werden.[132] Darauf hat die SPD erklärt – und Schoettle hat es wiederholt –, das sei eine unmögliche Forderung, damit verhindere man geradezu eine freie Wahl; denn die Beseitigung dieses Zwangssystems könne höchstens die Folge von freien Wahlen sein. Man könne sie nicht vorher fordern.

Ich möchte darauf hinweisen, daß sich in sämtlichen gemeinsamen Entschließungen der Bundestag, mit Einschluß der SPD, immer auf den Standpunkt gestellt hat, freie Wahlen können überhaupt nur dann stattfinden, wenn vor, während und nach diesen Wahlen eine wirklich freie rechtsstaatliche Ordnung gegeben ist.[133]

Gerade Herr Wehner hat in den früheren Jahren immer darauf bestanden, daß mindestens drei Monate vor freien Wahlen ein freier Verkehr, die freie Zulassung der Presse und eine wirklich freie politische Meinungsäußerung dort gewährleistet sein müssen. Was heißt das anderes als Aufhebung des gegenwärtigen Zwangssystems. Jetzt geht die SPD hin und wirft Herrn Conant vor, daß er etwas Derartiges tut. Ich frage mich, wie sollen freie Wahlen überhaupt stattfinden. Diese neue Haltung der SPD steht in einem vollständigen Widerspruch zu ihrer bisherigen Einstellung.

Adenauer: Zugleich fragt Herr Wehner den Herrn Hallstein, ob nicht eine gemeinsame Politik möglich sei.

Kaiser: Es ist gut, daß diese Forderung in der Verlautbarung der drei Westalliierten steht. Ich bin überzeugt davon, daß wir an sich keine lange Zeit der Vorberei-

131 Zinn hatte auf Parteiveranstaltungen verschiedentlich geäußert, die Deutschen wollten weder unter Grotewohl noch unter Adenauer leben (FAZ vom 22. Juli 1953).

132 Conant vor der Presse in Rom (vgl. FAZ vom 1. Juli 1953).

133 Vgl. Zustimmung zum Gesetzentwurf über Grundsätze für die freie Wahl einer Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung (Sten.Ber. 1.WP Bd.10 S. 8054, 8091–8094).

tung mehr brauchen. Das Volk drüben wird sich rasch in unserem Sinne entscheiden. (*Tillmanns:* Es muß aber die Möglichkeit dazu haben!) Es ist ein Beleg da, daß wir nicht ein halbes Jahr brauchen. Ich würde bitten, daß wir darüber nachdenken. Ich bin völlig unbeeinflußt von der Haltung der SPD, die ich nicht kenne. Im übrigen aber bin ich Brentano sehr dankbar für seine Ausführungen. Ich bedaure sehr, daß sie erst in letzter Stunde gemacht worden sind; es wäre wert gewesen, über die Hauptfragen der Politik einen Gedankenaustausch zu pflegen, bevor wir in den Wahlkampf gehen. (*Zuruf:* Sehr richtig!)

Ich nehme das Wort von der Gratwanderung auf. Die Politik um Deutschland marschiert tatsächlich auf einem Grat. Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß der erste Punkt für die freien Wahlen und die Wiedervereinigung Deutschlands die amerikanische Politik ist. Ich bin aber auch freimütig genug, auszusprechen, daß die amerikanische Politik auch Wagnisse einschließt sondergleichen.

Sie greift die Russen stark und entschlossen an. Das kann dazu führen – Gott verhüte es, daß es dazu kommt –, daß die Russen aus einem Akt der Verzweiflung heraus handeln. Insofern befinden wir uns auf einer Gratwanderung mit all den möglichen Folgen, die über unser Volk kommen könnten. Wir haben darüber ja oft genug gesprochen.

Ich möchte nur wünschen, daß der Herr Bundeskanzler, der verantwortliche Mann für die deutsche Politik, auch diese Gefahren in seine Überlegungen, Diskussionen und Einflußnahme auf den Weitergang der Politik einbezieht. Ich weiß, Herr Bundeskanzler, daß es nicht auf Frankreich ankommt und auch nicht auf Italien, sondern, wenn aus dieser Sache etwas werden soll – natürlich in Verbindung mit der Entschlossenheit der amerikanischen Politik –, daß es auf die Deutschen ankommt. Aber es muß auch noch eine Menge nebenher bedacht werden.

Ich bin einige Ferientage in Tirol gewesen. Ich habe Österreicher von Belang gesprochen, die ein Urteil haben. Sie sagten mir: Lieber Herr Kaiser, was bleibt für uns übrig in diesem Zustand, in dem wir uns befinden, die Russen auf der einen Seite und die amerikanische Politik auf der anderen Seite. Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß wir so etwas wie Neutralitätspolitik treiben sollen. Es bleibt uns gar nichts anderes übrig. Das wird uns das Stirnrunzeln der Amerikaner einbringen, vielleicht auch eine Minderung ihrer Hilfe für uns. Aber das werden wir in Kauf nehmen müssen. Wir sind nun einmal das Volk, das dazwischen liegt. Sie haben mir noch einiges mehr gesagt, so z.B. daß sie ihren Herrn Gruber[134] etwas zurückhalten

134 Dr. Karl Gruber (geb. 1909), österreichischer Politiker; 1945–1953 Abgeordneter im Nationalrat(ÖVP), 1945 zunächst Unterstaatssekretär, dann bis 1946 und 1949–1953 Außenminister, 1954–1957 Botschafter in Washington, 1961–1966 in Madrid, 1966 in Bonn, 1966–1969 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1970–1972 Botschafter in Washington, 1972–1974 in Bern. – Das Gruber/De-Gasperi-Abkommen von 1946 regelte die Südtirolfrage im Sinne der Autonomie und Gleichberechtigung der deutschsprachigen Südtiroler zum Schutz des Volkscharakters. Vgl. Karl GRUBER: Politik der Mitte. Zürich 1946; DERS.: Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich. 2. Aufl. Wien 1953.

und ihren Ministerpräsidenten und Bundeskanzler Raab[135] etwas mehr nach vorn drücken wollen, weil ihnen der Gruber etwas zu sehr in die amerikanische Politik verstrickt ist. Man fragte mich, wie ist es nun bei Ihnen. Ich habe mich in meinen Bemerkungen sehr zurückgehalten.

Herr Bundeskanzler, Sie haben mich zweimal angesprochen, was die SPD angeht. Ich weiß um Ihre politische Haltung in Köln und um das Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie. Ich kenne Ihr Urteil über die früheren Sozialdemokraten und habe heute erneut von Ihnen Ihre geringe Meinung gehört, die Sie von der SPD von heute haben. Mir macht folgendes Sorge: Wenn nach dieser Bundestagswahl – wie soll ich das jetzt sagen, damit ich es nicht falsch ausdrücke – die Sozialdemokraten für weitere vier Jahre von der Anteilnahme an der Verantwortung für unser Volk ferngehalten werden, dann bin ich besorgt, daß der von ihr geführte und beherrschte Teil der Arbeiterschaft des deutschen Volkes in eine Haltung hineingebracht wird, die auch Gefahren für einen Volkskörper in sich schließt.

Ich will das nicht weiter ausführen. Ich möchte nur wünschen, daß der Bundeskanzler als der erste Staatsmann unseres Volkes auch diese Sache mit im Auge behält. Eine so geschlossene Kraft, wie sie die Sozialdemokratie nun einmal darstellt und ausmacht in unserem Volk, die muß von dem den Staat führenden Manne natürlich auch in dieser Beziehung beachtet werden. Und daraus möchte ich im Wahlkampf mit der SPD einen Schluß gezogen wissen.

Ich bin Abgeordneter von Essen und habe mich nicht zuletzt mit der Sozialdemokratie auseinanderzusetzen. Sie macht mir das Mandat streitig. Ich glaube, daß ich es mit Erfolg verteidigen werde. Ich werde vielleicht das Ansprechen der SPD mit anderen Formulierungen vornehmen. (*Adenauer:* Ich werde auch in Essen sprechen, und ich werde kräftig sprechen! – *Zurufe:* Sehr richtig!) Ich hoffe, Herr Bundeskanzler, daß wir in einer Versammlung gemeinsam sprechen werden, damit wir uns in einer glücklichen Weise ergänzen. Meine Bitte, Herr Bundeskanzler: Denken Sie an das, das macht mir Sorge, daß ein so großer Teil des deutschen Volkes in eine Haltung hineingetrieben wird, die auch Gefahren für den Staatskörper einschließt.

Adenauer: Die Ausführungen des Herrn Kaiser bewegen mich doch, trotz der vorgerückten Stunde noch einmal einiges zu sagen. Das Beispiel Österreichs läßt sich in keiner Weise mit Deutschland vergleichen; das hat gar nichts damit zu tun und kann nicht in Parallele gezogen werden. Ich beurteile die Weltlage folgendermaßen: Amerika ist in den atomischen Waffen Sowjetrußland weit voraus. Wir

135 Julius Raab (1891–1964), österreichischer Politiker; 1927–1934 christlichsozialer Abgeordneter des Nationalrats, 1928–1930 Landesführer der niederösterreichischen Heimwehr, 1934 Mitgründer des „Gewerbebundes", 1938 Bundesminister für Handel und Verkehr, 1945 Mitgründer der ÖVP (1952–1960 Bundesparteiobmann), 1945 Gründer des Wirtschaftsbundes (bis 1963 Vorsitzender), April bis Dezember 1945 Staatssekretär für öffentliche Bauten, 1945–1961 Abgeordneter des Nationalrats, 1953–1961 Bundeskanzler.

leben jetzt in Ruhe unter dem Schutz der atomischen Waffen der Amerikaner. Es wird aber der Zeitpunkt kommen, an dem Sowjetrußland auf atomischem Gebiet höchstwahrscheinlich Amerika gleich geworden ist. Dann bleiben nach wie vor, auch bei den atomischen Waffen, Kohle, Eisen und Stahl die Grundlage des Krieges.

Die Kohle-, Eisen- und Stahl-Produktion in Amerika ist derjenigen Sowjetrußlands einschließlich Polens usw. weit überlegen. Sowjetrußland einschließlich seiner Satellitenstaaten hat gar nicht die natürlichen Lagen und Voraussetzungen, um Amerika einzuholen. Aber vor dem Eisernen Vorhang liegen das Industriegebiet, das nordfranzösische Gebiet und das belgische Industriegebiet. Das Ziel der sowjetrussischen Politik ist es, diese Gebiete im Wege des Kalten Krieges zu bekommen. Es hat gar kein Interesse daran, sie im Wege des heißen Krieges zu bekommen. Aber wenn es sie im Wege des Kalten Krieges bekommen sollte, dann wäre die Produktion Sowjetrußlands an Kohle, Eisen und Stahl plötzlich der amerikanischen Produktion überlegen. Und dann wäre Sowjetrußland gegenüber den Vereinigten Staaten ein Gegner, mit dem es sich entweder vertragen wird, indem es sagt, du gibst mir Europa, dafür lasse ich dir Asien, oder aber es kommt zwischen den beiden zum Krieg.

Unser ganzes Bestreben muß deshalb sein – daher auch die Integration Europas –, dafür zu sorgen, daß Sowjetrußland im Wege des Kalten Krieges nicht diese Industriegebiete bekommt. Und dabei ist kein Risiko! Wo soll das Risiko stecken? Herr Kaiser sagt, ich solle das russische Risiko nicht übersehen. Gegenüber den Leuten ist jedes Zeichen von Furcht fehl; der Russe hat vor nichts mehr Respekt als vor Entschlossenheit und Willen. Und den müssen wir zeigen!

Nun etwas zur Sozialdemokratie. Wenn wir nach den Bundestagswahlen die Mehrheit haben sollten und dann die Sozialdemokratie bereit ist, mit uns eine gemeinsame Außenpolitik zu machen – mit Freuden! Aber daß wir das der Sozialdemokratie, damit sie ihre Pflicht tut, auch noch anbieten sollen, ich glaube, daran denkt keiner von uns. Gerade diese Sozialdemokratie, sie soll kommen und sie wird aufgenommen werden. Wir sind bereit, im Wege der Außenpolitik – wie das in England und Amerika ist – zusammenzuarbeiten.

Sehen Sie, Herr Kaiser, ich habe zum deutschen Arbeiter – das ist vielleicht überheblich, was ich jetzt sage – viel mehr Vertrauen, als Sie haben. Ich bin bereit, dem deuschen Arbeiter klarzumachen, worum es sich handelt. Ich bin davon überzeugt, daß er es zum großen Teil verstehen wird. Glauben Sie mir, Herr Kaiser, ich bin nie so populär gewesen gerade bei den Arbeitern. Die erweisen mir einen solchen Respekt, das können Sie sich gar nicht vorstellen. Der deutsche Arbeiter steckt gar nicht so tief in dem Wahn der Sozialdemokratie drin, wie Sie es glauben; ganz abgesehen davon, daß nach meiner Überzeugung mindestens 50 % der sozialdemokratischen Führer in der Außenpolitik genau derselben Ansicht sind wie wir.

Gerstenmaier: Auch [ich] bedaure, daß wir am Ende dieser Sitzung zur Diskussion dieser politischen Grundfragen kommen. Es wäre für den Wahlkampf von

größter Wichtigkeit, wenn wir uns über die verschiedenen Gebiete und die Schattierungen, die in der CDU immerhin existieren, noch einmal aussprächen.

Adenauer: Wir kommen noch einmal zusammen; wahrscheinlich Ende Juli oder Anfang August. Ich möchte die Reaktion der Sowjets auf die Note abwarten.

Von Brentano: Ich möchte den 29. oder 30. Juli vorschlagen. Das sind etwa noch vier Wochen vor der Wahl.

Tillmanns: Es wäre gut, wenn wir den Parteiausschuß dazu einlüden.

Gerstenmaier: In der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Integration bekommt die CDU immer wieder etwas serviert von dem von Heinemann scharfgemachten Teil.

Adenauer: Lesen Sie die Note genau; dann werden Sie das Nötige darin finden. Da steht alles drin, und zwar auf mein Drängen hin. Die Vereinigten Staaten wollten eine Viererkonferenz haben, auf der die ganzen asiatischen Fragen behandelt werden sollten. Sie haben sich auf mein Drängen hin – auch die Engländer und Franzosen haben es mitgemacht – entschlossen, speziell die Deutschland-Frage zu behandeln. Sie betonen auch, daß die Integration Europas nach wie vor ein Grundpfeiler ihrer ganzen Politik sei. (*Samsche:* Herr Heinemann hat seit dem 17. Juni viel an Ansehen verloren!) Beim Punkt 9 der Tagesordnung[136] scheint mir die Hauptsache zu sein, auch junge Leute reden zu lassen.

Kaiser: Sie haben vor dem Mittelstand in Köln gesprochen. Wir werden eine Arbeiterkundgebung in Essen für das Bundesgebiet durchführen. Ich würde bitten, daß Sie für kurze Zeit zu uns kommen.

Adenauer: Ich komme gern, Herr Kaiser. Sie müssen sich aber an meinen Manager wenden. Das ist Herr Globke. Ich bin nur noch ein Automat! (*Lebhafte Heiterkeit. Zuruf:* Automat ist gut!)

Tillmanns: Ich habe gestern in der „Welt" von dem Soldatentreffen in Hannover gelesen. (*Adenauer:* Herr Ehlers geht dorthin!) Alle Parteien sind aufgeführt, aber niemand von der CDU.[137]

Simpfendörfer: Soll man bezüglich der Außenministerkonferenz etwas sagen vom Vorstand aus?

Adenauer: Herr Simpfendörfer hat in etwa recht. Wir müssen unsere Presse, sobald die Note veröffentlicht ist, entsprechend instruieren. Die Note ist jetzt überreicht worden.

Tillmanns: Kann man der Öffentlichkeit sagen, was Sie uns hier erklärt haben, daß ganz bestimmte Dinge auf Ihre Vorstellungen hin erfolgt sind?

Adenauer: Sagen Sie es bitte nicht!

Tillmanns: Mit Rücksicht auf Amerika und die beteiligten Mächte ist es natür-

136 Vorgesehen war: „Ansprache der Neuwähler".

137 Das Treffen fand vom 18.–19. Juli 1953 statt unter dem Motto „Soldaten helfen Soldaten"; es sprachen Heinrich Hellwege (DP), Franz Blücher (FDP), Hermann Ehlers (CDU), Waldemar Kraft (BHE) und Heinrich Albertz (SPD). Vgl. AdG 1953 S. 4081.

lich schwierig, aber vielleicht sollten die Amerikaner Verständnis dafür aufbringen, daß wir uns in einem Wahlkampf befinden.

Adenauer: Es können Indiskretionen vorkommen. Warten Sie die Indiskretionen doch ab! *(Heiterkeit.)*

Von Lojewski: Sie würden solche Indiskretionen nicht bedauern?

Adenauer: Morgen abend kommt Herr Blankenhorn aus Washington zurück. Dann kann man der Presse mehr geben als jetzt. Im übrigen ist diese Note so ausführlich und so gut, Herr Lojewski, daß wir sofort eine Artikelserie haben. (*Von Lojewski:* Ich könnte also sagen, daß morgen Herr Blankenhorn zurückkommt?) Ja, das können Sie, aber nur, daß er zurückkommt, weiter nichts, sonst habe ich die ganze Presse auf der Bühler Höhe. Warten Sie ab. Herr Blankenhorn und Herr Hallstein kommen mit genügend Material nach Bonn zurück.[138] Damit wollen wir schließen. Ich danke Ihnen allen.

138 Zur Reise Blankenhorns vgl. ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 226f. (vgl. oben Anm. 4). Hallstein unterrichtete am 15. Juli die Presse (vgl. CDP Nr. 135 vom 15. Juli 1953).

25

Bonn, 31. Juli 1953

Vorgesehene Tagesordnung: Besprechung der Sitzung des Parteiausschusses. Kandidatenaufstellung (Landesliste). Verschiedenes.

Beginn: 9.30 Uhr *Ende: 11.00 Uhr*

Lenz-Tagebuch

Adenauer fängt sofort an, gegen den DGB anzugehen, dessen gestrige Erklärung ein eindeutiges Eingreifen zugunsten der SPD bedeute.[1] Bundeskanzler meint, daß es kein Staat dulden könne, daß eine solche Organisation mit totalitärer Tendenz sich in solcher Weise gegen die Regierung wende und den Staat unterminiere.

1 Besonderen Anstoß erregte der Absatz: „Wer Frieden und Fortschritt, Freiheit und Einheit will, wer nicht will, daß wieder Gewaltherrschaft und Krieg, Terror und Bombennächte über uns kommen, der muß durch Abgabe seiner Stimme zur Wahl eines besseren Bundestages die Kräfte auszuschließen helfen, die das deutsche Volk zum zweitenmal ins Unglück stürzen wollen" (zit. nach FAZ vom 1. August 1953).

Er verliest dann die Erklärung des FDP-Bundesvorstandes[2], der sich für die Fortsetzung des bisherigen Kurses einsetzt. Sie [!] erklärt, daß sie keine Koalition mit der SPD beabsichtige. Bundeskanzler meint, damit sei die Lage klar.

Albers polemisiert gegen die FDP und gegen Euler.

Adenauer unterbricht ihn und sagt, es handele sich hier um die große Linie.

Albers erklärt, daß die katholische Arbeiterschaft nun nicht mehr mitmache, sie werde sich schärfstens gegen den DGB wenden. Die Grenze sei überschritten.

Kather kommt auf seine Auseinandersetzung mit Seebohm zu sprechen[3] und wird vom *Bundeskanzler* scharf angenommen: „Es wäre besser, wenn Sie nicht immer so stur auf Ihrer Meinung beständen."

Tillmanns ist für einen Brief an Freitag mit der offenen Frage, ob mit dem letzten Absatz die Koalitionsparteien gemeint seien.

Adenauer kommt dann auf die neuesten Erklärungen von Ollenhauer zur Außenpolitik zu sprechen[4]. Bundeskanzler meint, man müsse die SPD zu einer klaren Stellungnahme zwingen, ob sie Neutralisierung wünsche oder nicht.

Tillmanns macht schwachsinnige Unterscheidungen zwischen Neutralisierung und Neutralität, die keiner versteht.

Adenauer erklärt, auf der Washingtoner Konferenz habe keiner eine Viererkonferenz gewünscht. Deshalb habe er Blankenhorn mit einem Brief nach Washington geschickt. Seine Ankunft habe keine Begeisterung erweckt. Bidault wäre sehr erregt gewesen. Dulles habe aber dann doch seinen Brief zur Kenntnis gebracht und habe die Viererkonferenz beschlossen.[5]

Er kommt dann auf seine Sicherheitsgarantie durch die EVG zu sprechen.[6] Die Kabinette der drei Westmächte hätten seine Vorschläge zunächst nicht begriffen, langsam hätten sie aber verstanden, was damit gemeint sei.

Der Parteivorstand beschloß aufgrund der Ausführungen Ollenhauers vor SPD-Parteivorstand und -ausschuß, die folgenden vier Fragen an Ollenhauer und die SPD zu richten[7]:

1. Glaubt die SPD, zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit ohne Zusammengehen mit den demokratischen Kräften der freien Welt kommen zu können?

---

2 Vom 30. Juli 1953 – Druck: UiD vom 5. August 1953.

3 Zu den Auseinandersetzungen, die sich am Mandat Kathers als Aufsichtsratsvorsitzenden der Lastenausgleichsbank entzündeten, vgl. KATHER 1 S. 267-271 sowie NL Kather ACDP I-377-009/5.

4 Wortlaut in AdG 1953 S. 4097.

5 Die Außenministerkonferenz der drei Westmächte hatte vom 10.-14. Juli 1953 in Washington stattgefunden. Wortlaut des Briefes und Reaktionen in ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 224-228; vgl. auch BLANKENHORN S. 160-162.

6 ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 530-550; 2 S. 163-194.

7 Zit. nach UiD vom 5. August 1953; vgl. auch CDP vom 31. Juli; FAZ vom 3. August 1953. – Vgl. Anm. 4.

2. Welche anderen Möglichkeiten sieht die SPD für das Zusammengehen mit dem Westen außer der von der Bundesregierung gewählten Zusammenarbeit, wie sie durch die Montanunion und die Verteidigungsgemeinschaft bereits verwirklicht worden ist?
3. Glaubt die SPD, daß die Sowjets überhaupt jemals zur Einsicht gebracht werden können, wenn man Viermächte-Verhandlungen und Wiedervereinigung fordert, ohne daß hinter dieser Forderung eine eindrucksvolle weltpolitische Position der Bundesrepublik steht, wie sie durch die Politik der Bundesregierung geschaffen wurde?
4. Ist die SPD der Auffassung, daß Deutschland weder mit der Sowjetunion noch mit den Mächten des freien Westens zusammengehen soll?

Das deutsche Volk hat Anspruch auf eine baldige Antwort auf diese Fragen, die eindeutig und ohne Umschweife ist.

Abkürzungen und Zeichen

ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
AdG	Keesing's Archiv der Gegenwart
ADK	Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise
AdL	Archiv des deutschen Liberalismus
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AFL	American Federation of Labor
AG	Aktiengesellschaft
BA	Bundesarchiv (Koblenz)
BAnz.	Bundesanzeiger
BCSV	Badische Christlich-Soziale Volkspartei
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BDV	Bremer Demokratische Volkspartei
BGBl	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BP	Bayernpartei
BR	Bundesrat
BT	Deutscher Bundestag
BT PA	Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages
BvD	Bund der vertriebenen Deutschen
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVG	Betriebsverfassungsgesetz
BVP	Badische Volkspartei
CDA	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
CDP	Christlich-Demokratischer Pressedienst
CDU	Christlich-Demokratische Union
CDUD	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CIO	Congress of Industrial Organization
CSU	Christlich-Soziale Union
CSVD	Christlich-Sozialer Volksdienst
CVP	Christliche Volkspartei (Saarland)
DA	Demokratische Arbeitsgemeinschaft
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DBB	Deutscher Beamtenbund
DBV	Deutscher Bauernverband
DC	Democrazia Cristiana

DDP	Deutsche Demokratische Partei
DG/BHE	Deutscher Gemeinschaftsblock der Heimatvertriebenen und Entrechteten
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DHIV	Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband
DHV	Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
DPS	Demokratische Partei Saar
DRP	Deutsche Reichspartei
Drs.	Drucksache
DSP	Deutsche Soziale Partei
DStP	Deutsche Staatspartei
DUD	Deutschland-Union-Dienst
DV	Demokratische Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
DVP/FDP	Demokratische Volkspartei
DZP	Deutsche Zentrums-Partei
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
epd	Evangelischer Pressedienst
EStG	Einkommensteuergesetz
EUCD	Europäische Union Christlicher Demokraten
EURATOM	Europäische Gemeinschaft für Atomenergie
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FR	Frankfurter Rundschau
FSU	Freie Soziale Union
FU	Föderalistische Union
FU Berlin	Freie Universität (Berlin)
FVP	Freie Volkspartei
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GDP	Gesamtdeutsche Partei
Ges. Dok. (PA)	Gesetzesdokumentation (Bundestag)
GV	Gesetz- und Verordnungsblatt (Nordrhein-Westfalen)
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei

IG	Industriegewerkschaft
IHK	Industrie- und Handelskammer
KAB	Katholische Arbeiter-(Arbeitnehmer-)Bewegung
KG	Kommanditgesellschaft
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPV	Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands
LAG	Lastenausgleichsgesetz
LDP	Liberal-Demokratische Partei
LP	Liberale Partei
LvD	Landesverband vertriebener Deutscher
MdA	Mitglied des Abgeordnetenhauses (von Berlin)
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MdL	Mitglied des Landtags
MdPR	Mitglied des Parlamentarischen Rates
MdPrL	Mitglied des Preußischen Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
MRP	Mouvement Republicain Populaire
MWD	Ministertwo Wnutrennich Del, Ministerium für Innere Angelegenheiten (1946 gebildet)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDB	Neue Deutsche Biographie
Nds.	Niedersachsen
NEI	Nouvelles Equipes Internationales
NGK	Notgemeinschaft Kriegsgeschädigter
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NKWD	Narodny Komissariat Wnutrennich Del, Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten
NL	Nachlaß
NLP	Niedersächsische Landespartei
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NR	Nationale Rechte
NRZ	Neue Ruhr Zeitung
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NU	Niederdeutsche Union
NW	Nordrhein-Westfalen
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk

OECD	Organization for Economic Cooperation and Development, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ÖVP	Österreichische Volkspartei
OLG	Oberlandesgericht
PEN	poets, essayists, novelists
Pg.	Parteigenosse der NSDAP
PSC	Parti Social Chrétien
PV	Parteivorstand
RGBl	Reichsgesetzblatt
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor von Berlin
RPF	Rassemblement du Peuple Français
SA	Sturm-Abteilung
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFB	Sender Freies Berlin
SP	Sozialdemokratische Partei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPS	Sozialdemokratische Partei des Saarlandes
SRP	Sozialistische Reichspartei
SS	Schutz-Staffel
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
StBKAH	Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus
Sten. Ber.	Stenographische(r) Bericht(e)
SU	Sowjetunion
SVZ	Saarländische Volkszeitung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UiD	Union in Deutschland
UN	United Nations
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNO	United Nations Organization
US	United States (of America)
USA	United States of America
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VBH	Vaterstädtischer Bund Hamburg
VWA	Verband der weiblichen Angestellten
WAV	Wirtschaftliche Aufbauvereinigung
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WEU	Westeuropäische Union
WiGBl	Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947–1949

WP	Wahlperiode
zit.	zitiert
ZK	Zentralkomitee
ZvD	Zentralverband der vertriebenen Deutschen
****	Lücke im Text
[ ]	Einfügung des Bearbeiters
[!]	tatsächlicher, aber befremdlicher Text

Quellen und Literatur

A) Quellen:

Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP)

Dörpinghaus, Bruno	I-009
Ehlers, Hermann	I-369
Fricke, Otto	I-248
Gottaut, Hermann	I-351
Gottesleben, Leo	I-359
Hermes, Andreas	I-090
Hilpert, Werner	I-021
Hofmeister, Werner	I-395
Kather, Linus	I-377
Kiesinger, Kurt Georg	I-226
Küster, Otto	I-084
Laforet, Wilhelm	I-122
Lenz, Otto	I-172
Merkatz, Joachim von	I-148
Meyers, Franz	I-032
Strickrodt, Georg	I-085
Wuermeling, Franz-Josef	I-221
CDU-Landesverband Hamburg	III-010
CDU-Landesverband Schleswig-Holstein	III-006
CDU-Landesverband Westfalen-Lippe	III-002
Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)	IV-006
Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (ADK)	VI-010
CDU-Bundespartei – Bundesvorstand	VII-001
– Vorsitzende	VII-002
– Wahlen	VII-003
– Bundesgeschäftsstelle	VII-004
Nouvelles Equipes Internationales (NEI)	IX-002

Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)

Korrespondenz Ollenhauer – Adenauer

SPD – PV, Bestand Erich Ollenhauer

Archiv des Liberalismus (AdL)
A 15
Bundesparteitag 1953 A 1–53

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH)
05.05
06.09
12.12
12.29
12.32
II/4
III/47

Bundesarchiv Koblenz (BA)
Bestand Bundeskanzleramt: B 136/1881
NL Friedrich Holzapfel
NL Jakob Kaiser

Bundestag, Parlamentsarchiv (BT PA)
Ges.Dok. I 398

Bundesgesetzblatt, Gesetz- und Verordnungsblätter der Länder, Verhandlungen und Drucksachen des Deutschen Bundestages und dgl. sind nicht eigens aufgeführt.

B) Literatur:

ABGEORDNETE DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Hrsg. vom Deutschen Bundestag. 3 Bde. Boppard 1982–1985. *Zit.:* ABGEORDNETE.

ABS, Hermann J.: Konrad Adenauer und die Wirtschaftspolitik der fünfziger Jahre. In: KONRAD ADENAUER 1 S. 229–245. *Zit.:* ABS: Konrad Adenauer.

ABS, Hermann J.: Die Wiederherstellung des deutschen Kredits. In: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Die Wiederherstellung des deutschen Kredits. Das Londoner Schuldenabkommen (Rhöndorfer Gespräche 4). Stuttgart-Zürich 1982. *Zit.:* ABS: Wiederherstellung.

ADENAUER, Konrad: Briefe 1945–1947. Berlin 1983; Briefe 1947–1949. Berlin 1984; Briefe 1949–1951. Berlin 1985. Bearb. von Hans Peter Mensing, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz. *Zit.:* ADENAUER: Briefe 1–3.

ADENAUER, Konrad: Erinnerungen 1945–1953. 4. Aufl. Stuttgart 1980; Erinnerungen 1953–1955. 3. Aufl. Stuttgart 1980; Erinnerungen 1955–1959. 2. Aufl. Stuttgart 1978. *Zit.:* ADENAUER: Erinnerungen 1–3.

ADENAUER, Konrad: Teegespräche 1950–1954. Bearb. von Hanns Jürgen Küsters, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz. Berlin 1984. *Zit.:* ADENAUER: Teegespräche.

AdG s. Keesing.

ANDREOTTI, Giulio: De Gasperi. Ein Kapitel italienischer Geschichte. Bonn 1967.

Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 1: Roland G. Foerster u.a.: Von der Kapitulation bis zum Pleven-Plan. München-Wien 1982. *Zit.:* ANFÄNGE.

AUS DREISSIG JAHREN. Rheinisch-Westfälische Politiker-Portraits. Hrsg. von Walter Först. Köln-Berlin 1979.

BARING, Arnulf: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Westdeutsche Innenpolitik im Zeichen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. 2 Bde. ungek. durchges. Ausg. München 1971. *Zit.:* BARING: Außenpolitik.

BARING, Arnulf: Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964. Hamburg 1974. *Zit.:* BARING: Bundeskanzler.

BAUSCH, Hans: Rundfunkpolitik nach 1945. Erster Teil: 1945–1962 (Rundfunk in Deutschland, hrsg. von Hans Bausch, Bd. 3). München 1980.

BENZ, Wolfgang: Föderalistische Politik in der CDU/CSU. Die Verfassungsdiskussion im "Ellwanger Kreis" 1947/48. In: VfZ 25 (1977) S. 776–820.

BERNECKER, Walther L./DOTTERWEICH, Volker (Hrsg.): Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Porträts. 2 Bde. Göttingen 1982. *Zit.:* PORTRÄTS.

BERTSCH, Herbert: Die FDP und der deutsche Liberalismus (1789–1963). Berlin 1965.

BICHET, Robert: La Démocratie Chrétienne en France. Le Mouvement Républicain Populaire. Besançon 1980.

BILLING, Werner: Das Problem der Richterwahl zum Bundesverfassungsgericht. Ein Beitrag zum Thema "Politik und Verfassungsgerichtsbarkeit" (Ordo Politicus 11). Berlin 1969.

BLANKENHORN, Herbert: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949–1979. Berlin 1980.

BLUMENWITZ, Dieter/GOTTO, Klaus/Maier, Hans/REPGEN, Konrad/SCHWARZ, Hans-Peter (Hrsg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Bd. 1: Beiträge von Weg- und Zeitgenossen; Bd. 2: Beiträge der Wissenschaft. Stuttgart 1976. *Zit.:* KONRAD ADENAUER 1–2.

BUCHHAAS, Dorothee: Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 68). Düsseldorf 1981. *Zit.:* BUCHHAAS: Volkspartei.

BUCHHAAS, Dorothee: Gesetzgebung im Wiederaufbau. Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen und Betriebsverfassungsgesetz. Eine vergleichende Untersuchung zum Einfluß von Parteien, Kirchen und Verbänden in Land und Bund 1945–1952

(Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 79). Düsseldorf 1985. *Zit.:* BUCHHAAS: Gesetzgebung.

BUCHSTAB, Günter/GOTTO, Klaus (Hrsg.): Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten (Geschichte und Staat 254/255). München-Wien 1981. *Zit.:* GRÜNDUNG.

CASDORFF, Claus Hinrich (Hrsg.): Demokraten – Profile unserer Republik. Königstein/Ts. 1983. *Zit.:* DEMOKRATEN.

CDU IN BADEN-WÜRTTEMBERG s. Weinacht.

CDU 1. Parteitag 1950 in Goslar, 2. Parteitag 1951 in Karlsruhe, 3. Parteitag 1952 in Berlin, 4. Bundesparteitag 1953 in Hamburg. Hrsg. Christlich-Demokratische-Union Deutschlands. Bonn 1950 ff.

Christliche Demokraten der ersten Stunde. Hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung. Bonn 1966. *Zit.:* CHRISTLICHE DEMOKRATEN.

CONZE, Werner: Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949. Stuttgart 1969.

Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949–1982. Verfaßt und bearb. von Peter Schindler. 3. durchges. Aufl. Baden-Baden 1984.

DEMOKRATEN s. Casdorff.

Die großen Deutschen unserer Epoche. Hrsg. von Lothar Gall. Berlin 1985.

DITTBERNER, Jürgen: Die Bundesparteitage der Christlich Demokratischen Union und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1946 bis 1968 – Eine Untersuchung der Funktionen von Parteitagen. Augsburg 1969.

DUDEK, Peter/JASCHKE, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur. 2 Bde. Opladen 1984.

Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts. 2 Bde. Tübingen 1952-1953.

ESCHENBURG, Theodor: Jahre der Besatzung 1945–1949 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1). Stuttgart-Wiesbaden 1983.

Europa-Archiv (hrsg. von Wilhelm Cornides). Bde. 6–8. Bonn 1951–1953.

FAUL, Erwin (Hrsg.): Wahlen und Wähler in Westdeutschland. Villingen/Schwarzwald 1960.

F.D.P/DVP IN BADEN-WÜRTTEMBERG s. Rothmund/Wiehn.

FEUCHTE, Paul: Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Südweststaatfrage. In: Gögler, Max und Richter, Gregor (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952 S. 425–438. *Zit.:* FEUCHTE: Entscheidungen.

FEUCHTE, Paul: Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg (Veröffentlichungen zur Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg seit 1945 1). Stuttgart 1983. *Zit.:* FEUCHTE.

FISCHER, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse Deutschlands seit 1945 (Studien zur Publizistik. Bremer Reihe: Deutsche Presseforschung 15, hrsg. von Elger Blühm). Bremen 1971.

FISCHER, Per: Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich. Politische Entwicklung von 1945–1959. Frankfurt/M.-Berlin 1959.

FLECHTHEIM, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Berlin 1962.

FLECHTHEIM, Ossip K.: Politische Entwicklung und Finanzierung der CDU. In: Die Neue Gesellschaft 5 (1958) H. 3, S. 182–189. *Zit.:* FLECHTHEIM: Entwicklung.

FÖRST, Walter: Geschichte Nordrhein-Westfalens. Bd. 1: 1945–1949. Köln 1970.

FRATZSCHER, Arnold: Die CDU in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde. Uelzen 1971.

FREYMOND, Jacques: Die Saar 1945–1955. München 1961.

FRICKE, Karl Wilhelm: Der Arbeiteraufstand – Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. In: Fricke, Karl Wilhelm und Spittmann, Ilse (Hrsg.): 17. Juni 1953 – Arbeiteraufstand in der DDR. Köln 1982 S. 5–22.

GERSTENMAIER, Eugen: Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht. Frankfurt/M. 1981.

GÖGLER, Max und RICHTER, Gregor (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen. Sigmaringen 1982.

GRAML, Hermann: Die sowjetische Notenkampagne von 1952. In: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 (Rhöndorfer Gespräche 5). Stuttgart-Zürich 1982 S. 16–37.

GREISS, Franz: Erhards Soziale Marktwirtschaft und DIE WAAGE. In: Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum fünfundsiebzigsten Geburtstag, hrsg. von Gerhard Schröder u.a. Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1972 S. 89–110.

GRÜNDUNG s. Buchstab.

GUNDELACH, Herlind: Die Sozialausschüsse zwischen CDU und DGB. Selbstverständnis und Rolle 1949–1966. Diss. Bonn 1983.

HAHN, Karl Josef: Die Christliche Demokratie in Europa. Rom 1979.

HALLSTEIN, Walter: Mein Chef Adenauer. In: KONRAD ADENAUER 1 S. 132–136.

HECK, Bruno: Adenauer und die Christlich-Demokratische Union Deutschlands. In: KONRAD ADENAUER 1 S. 186–203.

HECK, Bruno (Hrsg.): Die CDU und ihr Programm. Programme, Erklärungen, Entschließungen. Melle 1979.

HECK, Bruno: Ein christlicher Staatsmann. Erinnerungen an Alcide de Gasperi. In: Die politische Meinung 27 (1982) H. 205 S. 23–35.

HEIDENHEIMER, Arnold J.: Adenauer and the CDU. The Rise of the Leader and the Integration of the Party. The Hague 1960.

HEIDENHEIMER, Arnold J.: Der starke Regierungschef und das Parteiensystem: Der „Kanzler-Effekt" in der Bundesrepublik. In: Politische Vierteljahresschrift 2 (1961) S. 241–262. *Zit.:* HEIDENHEIMER: Regierungschef.

HELLWIG, Fritz: Vor 30 Jahren. In: Bericht aus Bonn 10 (1978) S. 2–4.

HENLE, Günter: Weggenosse des Jahrhunderts. Als Diplomat, Industrieller, Politiker und Freund der Musik. 4. Aufl. Stuttgart 1969.

HOCKERTS, Hans Günter: Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945–1957 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 1). Stuttgart 1980.

HÜTTENBERGER, Peter: Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner Parlamentarischen Demokratie (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C 1). Siegburg 1973.

HÜWEL, Detlev: Karl Arnold. Eine politische Biographie (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 1). Wuppertal 1980.

JENKE, Manfred: Verschwörung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945. Berlin 1961.

JESSE, Eckhard: Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1983 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 78). Düsseldorf 1985.

KAACK, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen 1971.

Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser. Bd. 1: 1949; Bd. 2: 1950. Boppard 1982–1984. *Zit.:* KABINETTSPROTOKOLLE.

Der Kampf um den Wehrbeitrag (Veröffentlichungen des Instituts für Staatslehre und Politik in Mainz 2). 1. Halbbd.: Die Feststellungsklage. München 1952; 2. Halbbd.: Das Gutachtenverfahren (30.7.–15.12. 1952). München 1953; Ergänzungsbd. München 1958. *Zit.:* WEHRBEITRAG.

KATHER, Linus: Die Entmachtung der Vertriebenen. Bd. 1: Die entscheidenden Jahre. München 1964; Bd. 2: Die Jahre des Verfalls. München 1965. *Zit.:* KATHER 1–2.

Keesing's Archiv der Gegenwart. 14. Jhrg. (1944), Wien; 20.–21. Jhrg. (1950–1951), Wien; 22.–23. Jhrg. (1952–1953), Essen. *Zit.:* AdG.

KEILIG, Wolf: Die Generale des Heeres und die Sanitätsoffiziere im Generalsrang. Friedberg 1983.

KIESINGER, Kurt Georg: Erlebnisse mit Konrad Adenauer. In: KONRAD ADENAUER 1 S. 59–72.

KIESINGER, Kurt Georg: Der Kampf im Bundestag um den Südweststaat. In: Gögler, Max und Richter, Gregor (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen. Sigmaringen 1982 S. 405–424.

KLOTZBACH, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965. Berlin-Bonn 1982.

KOCH, Diether: Heinemann und die Deutschlandfrage. München 1972.

KONRAD ADENAUER s. Blumenwitz u.a.

KOSTHORST, Erich: Jakob Kaiser. Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949–1957. Stuttgart 1972.

KÜPPER, Jost: Die Kanzlerdemokratie. Voraussetzungen, Strukturen und Änderungen des Regierungsstiles in der Ära Adenauer (Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI, 79). Frankfurt/M. 1985.

LANGE, Erhard H.M.: Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtskommission im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945–1956. Meisenheim am Glan 1975.

LAUFER, Heinz: Verfassungsgerichtsbarkeit und politischer Prozeß. Studien zum Bundesverfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1968.

LEBENSBILDER s. Zeitgeschichte.

LÖWKE, Udo F.: Für den Fall, daß ... Die Haltung der SPD zur Wehrfrage 1949–1955. Hannover 1969.

MAIER, Reinhard: Erinnerungen 1948–1953. Tübingen 1966.

MARTEN, Heinz Georg: Die unterwanderte FDP. Politischer Liberalismus in Niedersachsen. Aufbau und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei 1945–1955 (Göttinger Politikwissenschaftliche Forschungen 1). Göttingen 1978.

MENDE, Erich: Die neue Freiheit 1945–1961. München-Berlin 1984.

MEYERS, Franz: gez. Dr. Meyers. Summe eines Lebens. Düsseldorf 1982.

MEYN, Hermann: Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 29). Düsseldorf 1965.

MILITÄRGESCHICHTE seit 1945 s. Volkmann.

MINTZEL, Alf: Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 26). Opladen 1975.

MORSEY, Rudolf (Hrsg.): Konrad Adenauer und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland (Rhöndorfer Gespräche 3). Stuttgart 1979.

MÜLLER-LIST, Gabriele (Bearb.): Montanmitbestimmung. Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 4 Bd. 1). Düsseldorf 1984.

NEBGEN, Elfriede: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer 1934–1945. Stuttgart 1967.

NEUMANN, Franz: Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950–1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft 5). Meisenheim am Glan 1968.

NOACK, Paul: Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Entscheidungsprozesse vor und nach dem 30. August 1954 (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte 17). Düsseldorf 1977.

NÜSKE, Gerd Friedrich: Die Rolle Württemberg-Hohenzollerns bei der Bildung des Südweststaates. In: Gögler, Max und Richter, Gregor (Hrsg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen. Sigmaringen 1982 S. 367–404.

OTZEN, Katharina: Lizenzpresse, Altverleger und Politik. Kontroversen um die Kieler Nachrichten in den Jahren 1945–1952 (Duisburger Studien, Geistes- und Gesellschaftswissenschaften 2). Sankt Augustin 1980.

PERSÖNLICHKEITEN der Europäischen Integration. Vierzehn biographische Essays, hrsg. von Thomas Jansen und Dieter Mahncke (Europäische Politik 56). Bonn 1981. *Zit.:* PERSÖNLICHKEITEN.

PORTRÄTS s. Bernecker.

Die deutsche Presse 1954. Zeitungen und Zeitschriften. Hrsg. Institut für Publizistik an der Freien Universität Berlin. Berlin 1954.

PRIDHAM, Geoffrey: Christian Democracy in Western Germany. The CDU/CSU in Government and Opposition 1945–1976. London 1977.

PÜTZ, Helmuth (Bearb.): Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone (Hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung). Bonn 1975.

REPGEN, Konrad: Die Saar-Frage im Bundesparteivorstand der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands 1950–1955. In: Altermatt, Urs/Garamvölgyi, Judit (Hrsg.): Innen- und Außenpolitik. Primat oder Interpendenz? Bern 1980 S. 87–125.

REUSCH, Ulrich: Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung. Planung und Politik 1943–1947 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 6). Stuttgart 1985.

RHEINISCHE LEBENSBILDER. Bd. 1 hrsg. von Edmund Strutz. Düsseldorf 1961; Bde. 2–8 hrsg. von Bernhard Poll. Düsseldorf-Bonn-Köln 1966–1980; Bde. 9 und 10 hrsg. von Wilhelm Janssen. Köln 1982–1985. *Zit.:* RHEINISCHE LEBENSBILDER.

RIOUX, Jean-Pierre: Französische öffentliche Meinung und EVG: Parteienstreit oder Schlacht der Erinnerungen. In: MILITÄRGESCHICHTE seit 1945 S. 159–178.

ROTH, Götz: Fraktion und Regierungsbildung. Eine monographische Darstellung der Regierungsbildung in Niedersachsen im Jahre 1951 (Parteien, Fraktionen, Regierungen. Eine Schriftenreihe der Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik, hrsg. von Dolf Sternberger, Bd. 3). Meisenheim am Glan 1954.

ROTHMUND, Paul/WIEHN, Erhard R. (Hrsg.): Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 4). Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1979. *Zit.:* FDP/DVP IN BADEN-WÜRTTEMBERG.

RÜSCHENSCHMIDT, Heinrich: Gründung und Anfänge der CDU in Hessen (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 42). Darmstadt-Marburg 1981.

RÜTTEN, Theo: Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955. Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der

beiden deutschen Staaten (Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe). Baden-Baden 1984.

SALZMANN, Rainer (Bearb.): Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 2). Stuttgart 1981.

SAUER, Paul: Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg. Ulm 1977.

SCHIFFERS, Reinhard (Bearb.): Grundlegung der Verfassungsgerichtsbarkeit. Das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 4 Bd. 2). Düsseldorf 1984.

SCHLARP, Karl-Heinz: Alternativen zur deutschen Außenpolitik 1952–1955; Karl Georg Pfleiderer und die "Deutsche Frage". In: Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans Rothfels zum Gedächtnis, hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml (Schriftenreihe VfZ, Sondernummer). Stuttgart 1976.

SCHMIDT, Robert H.: Saarpolitik 1945–1957. 3 Bde. Berlin 1959–1962. *Zit.:* SCHMIDT 1–2.

SCHMIDT, Ute: Die Christlich Demokratische Union Deutschlands. In: STÖSS 1 S. 490–660. *Zit.:* SCHMIDT: CDU.

SCHÖNBOHM, Wulf: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 7). Stuttgart 1985.

SCHMOLLINGER, Horst W./STÖSS, Richard: Die Parteien und die Presse der Parteien und Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1974. Materialien zur Parteien- und Gewerkschaftsforschung (Berichte und Materialien des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 2). München 1975.

SCHULZ, Gerhard: Die Organisationsstruktur der CDU. In: Zeitschrift für Politik N.F. 3 (1956) S. 147–165.

SCHWARZ, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 2). Stuttgart-Wiesbaden 1981.
Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 3). Stuttgart-Wiesbaden 1983. *Zit.:* SCHWARZ 1–2.

SHLAIM, Avi/JONES, Peter/SAINSBURY Keith: British Foreign Secretaries since 1945. Newton Abbot 1977.

SOELL, Hartmut: Fritz Erler. Eine politische Biographie. 2 Bde. Berlin-Bonn 1976.

Von der Sozialpolitik zur Sozialreform – Bundestagung der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft der Sozialausschüsse, Köln 28. Februar und 1. März 1953. Bonn-Königswinter 1953.

SPEIDEL, Hans: Aus unserer Zeit. Erinnerungen. Berlin-Frankfurt/M.-Wien 1977.

STEININGER, Rolf: Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung. Bonn 1985.

STOCKHORST, Erich: Fünftausend Köpfe. Wer war was im Dritten Reich. Velbert-Kettwig 1967.

STÖSS, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 38 und 39). 2 Bde. Opladen 1983–1984. *Zit.:* STÖSS 1–2.

STORBECK, Anna Christine: Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945 (Deutsches Handbuch der Politik 4). München-Wien 1970.

THUM, Horst: Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften (Schriftenreihe der VfZ 45). Stuttgart 1982.

UNGER, Ilse: Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957 (Studien zur Zeitgeschichte 16). Stuttgart 1979.

VOLKMANN, Hans-Erich und SCHWENGLER, Walther (Hrsg.): Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung (Militärgeschichte seit 1947 Bd. 7). Boppard 1985. *Zit.:* MILITÄRGESCHICHTE seit 1945.

WEHRBEITRAG s. Der Kampf um den Wehrbeitrag.

WEINACHT, Paul-Ludwig (Hrsg.): Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 2). Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1978. *Zit.:* CDU IN BADEN-WÜRTTEMBERG.

WEINACHT, Paul-Ludwig/MAYER, Tilman: Ursprung und Entfaltung christlicher Demokratie in Südbaden. Sigmaringen 1982.

WENGST, Udo (Bearb.): Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 4 Bd. 3). Düsseldorf 1985. *Zit.:* WENGST: Auftakt.

WENGST, Udo: Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 74). Düsseldorf 1984. *Zit.:* WENGST: Staatsaufbau.

WETTIG, Gerhard: Die sowjetische Deutschland-Note vom 10. März 1952. Wiedervereinigungsgebot oder Propagandaaktion? In: Deutschland-Archiv 15 (1982) S. 130–148.

Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Bde. 1 und 2 hrsg. von Rudolf Morsey. Mainz 1973/1975; Bde. 3–6 hrsg. von Jürgen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher. Mainz 1979–1984. *Zit.:* LEBENSBILDER.

Personenregister

Seitenzahlen in Kursiv weisen auf biographische Angaben hin; Zahlen mit * verweisen auf die Anmerkungen der betreffenden Seite. Die Sprecher sind nur mit dem Beginn ihres Diskussionsbeitrages aufgeführt.

Achenbach, Ernst *529*, 537, 550f., 559, 563f., 603
Acheson, Dean 107*, 171f., 228, 305, 315
Ahrens, Hermann 135*
Albers, Johannes XII, XV, XX, 11*, *14*, 20, 25, 27, 32, 39, 41f., 46, 49, 71, 74f., 86, 89f., 157, 160ff., 169f., 208, 210, 238ff., 246f., 252, 257, 268, 281, 286, 350, 420, 434, 440–443, 445ff., 451, 456, 460, 467, 478, 482f., 487, 490, 499, 512f., 516, 545, 563ff., 571f., 573*, 574, 580, 583, 640, 656
Albertz, Heinrich 654*
Alexander, Harold, Lord *310*
Altmeier, Peter XX*, *26*, 27, 97, 170, 209f., 247, 286, 316, 344, 364f., 413f., 416, 418ff., 433, 437, 455, 486, 500, 515
Arndgen, Josef *268*
Arndt, Adolf 108*, *110*, 177*, 178, 188f., 199, 203, 297
Arnold, Karl XX, XXII, *3*, 5f., 72–75, 96, 97*, 104f., 109*, 111, 121, 129f., 148, 160, 162, 170*, 208ff., 213, 217f., 221, 223f., 243, 247, 261ff., 265ff., 286f., 316, 325, 395, 398, 420, 462, 468, 482, 486, 509, 516, 528f., 536*, 541ff., 545, 559f., 563f., 571, 578, 583, 586f., 598, 611, 619, 628f.
Arnold, Thea *321*
Asbach, Hans-Adolf 135*
Aubel, Peter van *125*, 154f.
Augstein, Rudolf 452*

Baade, Fritz 228*, *432*
Bach, Ernst IX, XIff, XV, XVIII, XXII, XXVI, 1, *5*, 6ff., 10f., 13–21, 23ff., 39ff., 43, 45ff., 53f., 60–66, 68, 70ff., 74–79, 83, 86, 88, 90–93, 94*, 96, 104, 106–109, 118, 121, 123, 125–129, 130f., 150, 153–157, 165, 170, 209, 232, 238, 286, 351*, 355, 365, 397, 399f., 406, 419, 420, 434–440, 442, 445f., 469ff., 480–483, 486f., 494, 500, 514ff., 526*, 543, 553, 565, 577ff., 642f.
Bärsch, Siegfried 412*
Bank, Johannes 379*
Barth, Heinrich 170*, 287, 420, *473*
Bartram, Walter XXII, *30*, 51, 96
Bauknecht, Bernhard XV, *353*, 512f., 644
Baumgarten, Hans 58*
Baumgartner, Joseph *133*
Becker, Curt *627*, 628f.
Becker, Karl 257*
Becker, Max *619*
Becker, Richard 67*, 410*, *414*
Behrisch, Arno 412*, 415*
Benda, Ernst XV, *512*, 514
Benz, Fritz O. 280*

Berendsen, Fritz *628*
Berg, Fritz 64*
Bergmayer, Bernhard Gerhard *626*, 627
Bergweiler, Helmut *128*
Berija, Lawrenti Pawlowitsch *597*
Bernhard, Günther 364*
Beyer, Dietrich 7*, *24*, 40
Bichet, Robert *127*
Bidault, Georges 127*, 293*, *320*, 408, 423f., 426, 433, 518, 584*, 656
Bielig, Karl 412*, 415
Binder, Paul *50*, 586*
Bismarck, Otto von *218*, 488, 606
Blachstein, Peter *325*
Blank, Joseph XIV, *16*, 19, 23, 40, 59, 88, 92, 95, 106, 109, 117f., 216f., 404
Blankenhorn, Herbert XIII*, 8*, *66*, 105, 207*, 351*, 473, 526*, 584, 647, 655f.
Blücher, Franz *57*, 133, 136, 180, 247*, 253, 346, 456f., 497, 601–604, 654*
Blumenfeld, Erik *354*, 507, 640
Bock, Josef *12*
Bodensteiner, Hans 237*, *321*
Böckler, Hans 95, *111*
Böhm, Franz 167*
Böhrnsen, Hermann 312*
Bollig, Josef *352*
Bollinger 24, 40
Brand, Peter Wilhelm *628*
Brands, Willi *24*
Brauer, Max *39*, 157, 235f., 473*, 474f.
Brauksiepe, Aenne *350*
Braun, Otto *234*
Brentano, Heinrich von XII, XV, *1*, 3ff., 7, 10, 11*, 25, 39, 42, 44, 46–49, 51f., 71, 75ff., 79, 84ff., 89f., 92f., 108f., 118, 122, 127, 131, 146, 149, 151, 157, 162, 164f., 289, 326, 377, 385f., 405, 408f., 413, 416, 418, 420, 426, 469, 471, 473f., 477, 479, 482, 485f., 488, 498–501, 504f., 509, 517f., 567, 569f., 583, 604–607, 613*, 620, 622ff., 631, 636f., 643, 645, 648–651, 654
Brockmann, Johannes *536*, 538f., 560
Bröhner, Josef 237*
Brökelschen, Else *350*, 516
Bucerius, Gerd *264*, 405, 572*
Büchler, Horst 147*
Bürkel, Dietrich *627*, 628f.
Bulganin, Nikolaj Alexandrowitsch 429*
Burgbacher, Fritz *440*

Carstens, Karl XXIII
Chamberlain, Joseph 291*
Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 429*
Churchill, Sir Winston Leonard Spencer *518*, 519f., 648
Cillien, Adolf XII, 11*, 14, *27*, 28f., 31f., 39, 52f., 96, 103, 109, 118, 126, 131, 151, 157, 164, 170, 219, 286, 420, 443, 450, 500, 516, 524, 530, 556, 583, 597, 610ff., 632
Clay, Lucius D. 461*
Conant, James Bryant *307*, 650
Conrad, Kurt 410*
Conring, Hermann Johannes 591*

Dall, Gregor 379*
Dehler, Thomas IXX, *174*, 180, 184, 187, 189f., 253, 255, 293*, 457*, 562f., 605, 608, 610, 614f., 619
Deist, Wilhelm 541*
Dempf, Alois *72*, 73, 76
Derichsweiler, Albert *605*, 615
Dibelius, Otto *87*, 90, 319
Dichtel, Anton XII, 1, *4*, 6, 11*, 14, 17f., 21f., 24f., 37, 39, 43f., 46,

71ff., 77, 79, 96, 102f., 105, 109, 116, 126f., 131–157, 159f., 164, 170, 198, 232, 238, 286, 307, 317, 353, 358f., 361f., 364, 375ff., 381, 392, 516, 523f., 533, 543, 547, 565ff., 580, 583, 599
Dietsch, Conrad Wilhelm *40*
Dittloff, Fritz 147*
Dobelmann, August 516, *549*
Dönitz, Inge 591
Dönitz, Karl 591*
Döpfner, Julius 641*
Dörpinghaus, Bruno 1, *4*, 8*, 9f., 14*, 15f.
Dold, Hermann 586*
Donelly, Walter I. 171*
Dorls, Fritz *533*, 597*
Draht, Martin 176*, 190*
Drexelius, Wilhelm *472*, 474f., 484f.
Dulles, John Foster *306*, 319, 430f., 522, 584*, 656

Ebert, Friedrich *455*
Eckardt, Felix von XIII*, *207*, 351*, 526*
Eden, Sir Anthony Robert *310*, 427, 518, 584*
Ehard, Hans *121*, 129f., 148, 208f., 316, 324*
Ehlers, Hermann XII, XIII*, XV, *73*, 74, 89, 165*, 170, 187, 202, 206f., 212f., 215f., 219f., 222, 247, 275, 286, 292, 320, 324ff., 350f., 354, 362, 370, 374, 377, 379, 386, 391, 394ff., 398ff., 402–407, 420, 422, 434, 444, 446f., 452–455, 461, 468–471, 473–487, 491, 498, 500–517, 583, 595, 603, 605, 612, 623*, 640f., 654
Ehrich, Werner *30*, 31
Eichelbaum, Maria 166, *169*
Eisenhower, Dwight David *35*, 60, 114, 135, 139f., 172*, 173, 302, 305f., 312, 430ff., 520, 522, 584, 647
Elfes, Wilhelm *590*
Ellinghaus, Wilhelm 176*
Elmendorff, Wilhelm *470*
Endres, Egon *517*
Engels, Friedrich 435
Erbacher, Josef 147*
Erhard, Ludwig *15*, 17, 43, 50, 68, 75, 89, 106, 231, 284, 393, 401, 500, 554, 575, 577, 579, 580*, 604
Erler, Fritz *228*
Ernst, Johannes *130*
Erpenbeck, Wilhelm 379*
Etzel, Franz *42*, 85, 167*, 243, 269, 351*, 434, 462, 464f., 478, 487f., 513, 568, 624–627, 629
Etzel, Hermann *321*
Etzenbach, Peter 237*
Eucken, Walter *399*
Euler, August-Martin *133*, 587, 613–616, 618ff., 622, 656
Even, Johannes *350*

Faßbender, Heinrich *616*, 620f.
Faure, Edgar *108*
Fay, Wilhelm 131, *154*, 157, 159ff., 202, 225, 247, 272, 286, 312, 347, 351, 360, 372ff., 388, 391, 406, 420, 468f., 477, 481ff., 487–491, 493–496, 498, 500, 502, 511f., 517, 583, 601, 613, 618–622, 632, 650
Federer, Julius 176*
Fette, Christian *110*, 111, 161*
Fiedler, Eduard 145*
Fiedler, Ferdinand *40*
Fischbacher, Jakob *133*
Fischer, Willy 93*
Flecken, Adolf *209*
Flender, Alfred Fr. *629*
Föcher, Matthias *161*

Föhr, Ernst 99*, *544*
François-Poncet, André *58*, 171, 247, 263, 408
Fratzscher, Arnold 7*, *404*
Freitag, Walter *110*, 161, 467, 571, 656
Freudenberg, Richard *321*
Frey, Martin *352*
Fricke, Otto 52*, *53*, 170*, 247, 284, 286, 362, 378, 399, 420, 487, 494f., 500, 515, 610
Friedensburg, Ferdinand XI
Friedlaender, Ernst *116*
Friedrich, Johann 257
Friesenhahn, Ernst 176*, *184*
Fröhlich, Georg 176*
Fröhlich, Hans-Gerd *634*
Fuchs, Fritz *614*
Fuhrmann, Otto 237*
Fulbright, James William *173*

Gasperi, Alcide de *67*, 197, 240*, 292, 424f., 484, 517
Gaul, Karl 613*
Gaulle, Charles de *37*, 142*, 423
Geiger, Willi 100*, 176*, 180*, *185*, 191
Geisler, Bernhard 634ff.
Georg VI., König von Großbritannien 107*
Gerdes, Wolfdietrich *326*
Gereke, Günther *29*, 30, 52
Gerlich, Walter Richard *466*, 500, 504, 509
Gerns, Heinrich *353*
Gersdorff, Rudolf-Christoph Frhr. von *211*
Gerstenmaier, Eugen *122*, 286, 322, 353, 397–400, 414–417, 500, 502, 506, 583, 599, 624, 644, 646, 653f.
Giesberts, Johann *571*
Globke, Hans XIII*, XXV, 207*, 351*, 508*, 516, *523*, 526*, 531, 533, 536, 540, 543ff., 549, 554, 558, 560, 580, 583, 588, 592, 594f., 610, 644, 654
Gockeln, Josef *159*, 162, 270f., 343
Goebbels, Joseph *175*, 223, 308, 489
Görlinger, Robert *440*
Götz, Hermann 237*, *353*
Gonella, Guido *242*
Gontrum, Wilhelm *351*
Gottaut, Hermann *40*
Gradl, Johann Baptist XI, XV, *86*, 170*, 286, 321, 327f., 361f., 387, 396, 420, 455, 466, 469, 477, 485, 487, 494f., 500, 503f., 512f., 516, 582f., 639ff.
Griem, Hans 572*
Grimm, Hans 591*
Grimme, Adolf 325*
Gröwel, Margarete XII, 1, 11*, 14, *32*, 37ff., 54, 69, 71, 75, 77, 79, 86, 91, 96, 107, 131, 148, 152, 157, 170, 237, 247, 279, 286, 355, 402, 420, 445, 469, 472, 477, 482, 484, 487f., 500, 513f.
Gronowski, Johannes 40*
Grotewohl, Otto *243*, 244f.
Gruber, Karl 524*, *651*, 652
Gumbel, Karl 207*
Gurk, Franz 50*, 54, *62*, 64, 68f., 76f., 82, 108, 131, 145, 147, 149, 157, 161, 164, 170, 195, 222, 224, 286, 420, 477, 487, 493, 495, 500f., 509, 511, 513ff.

Haake, Ferdinand *626*, 627
Haberland, Carl *257*
Haedenkamp, Karl *623*, 624, 631f.
Häussler, Erwin *583*
Hallstein, Walter 58*, *59*, 179, 189, 207*, 508*, 650, 655
Hamann, Karl *243*
Handschumacher, Johannes 237*, *351*, 623–626, 630f., 638

Hansen, Bernhard *473*
Harring, J. 605*
Hartmann, Alfred *154*, 387, 464
Harzig, Karl 627*
Hassel, Kai-Uwe von 469, *477*, 482, 516, 553f., 583, 609, 638
Haußmann, Wolfgang *588*
Heck, Bruno XIII*, XIV, XVII, XXIV, *108*, 109, 123, 131, 155, 157, 166, 170, 197*, 212, 235, 240, 442*, 247, 277, 279ff., 284, 286, 317, 341, 351*, 358, 371, 399–404, 407, 435f., 469, 484, 500, 507, 514, 516, 526*, 574, 583, 623*, 643f.
Heck, Karl 176*
Heiland, Richard Gerhard 176*
Heiler, Anne-Marie XII, XV, 11*, 54, *69*, 500, 512ff., 516
Heinemann, Gustav XVIII, *7*, 60, 87, 89, 91, 248*, 321, 346, 379, 453, 589f., 592, 603, 654
Heinen, Friedrich *350*
Heinrich, Curt 33*
Heix, Martin *538*, 541
Hellwege, Heinrich Peter *52*, 254, 377, 497, 587f., 593, 601, 603, 610ff., 623, 654*
Hellwig, Fritz XV, 166, *167*, 168ff., 350, 446, 464, 513, 515f., 623–629
Henderson, William Watson, Lord 36
Henle, Günter *434*, 624f., 628, 630
Henneka, Anton Alfred 176*, 180*
Hennemann, Josef 536*
Henßler, Fritz *96*, 104
Hermens, Ferdinand Aloys *502*
Hermes, Andreas *55*, 60, 237, 351, 604*
Hesberg, Carl *626*, 630f.
Heurich, Fridolin XII, XV, 11*, 420, *461*, 512, 515
Heusinger, Adolf *114*, 186
Heuss, Theodor *82*, 83*, 86, 101, 178*, 199*, 297*, 508*, 602, 604
Heyn, Walter *506*
Hilbert, Anton IX, 96, *102*, 104
Hilpert, Werner XII, XXII, *1*, 11*, 14, 18, 21, 23ff., 39, 42–45, 54, 63, 65f., 69, 71, 73f., 76f., 81, 96, 106f., 464, 483, 512, 514f.
Hitler, Adolf 60, 496, 635, 650
Höpfner 177*
Höpker Aschoff, Hermann *56*, 75, 176*, 184, 192, 200
Hoffmann, Johannes *67*, 410ff, 416ff.
Hofmann, Josef *494*
Hofmeister, Werner XV, 14, *29*, 52*, 53, 131, 146f., 286f., 360, 377, 379, 471, 610
Hofrichter, Adolf 257*
Holzapfel, Friedrich IX–XIII, XXIf., 1, *4*, 7ff., 11*, 13–16, 18f., 22–25, 31, 38–46, 54, 61ff., 69–80, 84ff., 88f., 91–94, 96, 104–107, 163ff., 570*
Horn, Frau 123
Horn, Peter *625*
Hugenberg, Alfred *54*
Huisgen, Horst 603*
Husen, Paulus van *265*
Huth, Eugen 556*

Imbusch, Heinrich *571*

Jakobsen, Frode *303*
Jansen, Walter *512*, 515
Jess, Henning 473
Johnen, Wilhelm *64*, 96, 104, 109, 118, 129ff., 146, 151f., 157, 162f., 165, 170*, 210, 247, 271, 286f., 340f., 344–347, 352, 420, 433f., 445f., 469, 477, 516, 525, 535ff., 539–544, 567f., 570f., 583, 619, 624–627, 629–632, 637f., 642
Juin, Alphonse *186*
Junglas, Johann *572*

Kaas, Ludwig *26*
Kaisen, Wilhelm *39*
Kaiser, Jakob X–XIII, XV, XXf., XXV, 1, *6*, 8, 11f., 14, 15*, 19, 23, 27, 31, 39, 41f., 44, 49, 53f., 60, 62, 67f., 71, 74–77, 81, 86, 89, 91f., 94, 96, 98, 103, 105, 109, 122, 126, 131, 143, 147, 149, 157f., 160, 162–165, 170, 190, 206, 208, 213, 226, 229, 231ff., 242ff., 247, 255, 258f., 261, 267, 277–281, 286, 290, 293f., 308, 318, 321, 339, 343f., 346f., 351f., 359, 362ff., 366, 371, 380, 391, 394, 397, 400f., 403, 408ff., 412–417, 420, 433f., 455, 457, 465, 467ff., 471, 474, 476f., 480–483, 485–488, 493, 495, 499, 500, 500f., 508ff., 513, 516, 520, 526*, 531, 542, 544f., 547, 554–558, 560, 562, 567, 570, 572f., 579, 583, 590*, 598ff., 603, 606f., 611, 629f., 641, 649–654
Karsch, Heinrich 166, *168*, 478
Kaschny, Adolf 71*
Kather, Linus XII, XIX, 1, 11*, *22*, 24, 31f., 38f., 46, 51, 53, 86, 91, 109, 117f., 121f., 129, 131, 141, 144–148, 159ff., 169*, 247, 263–266, 273ff., 389, 420, 466, 469, 477, 500f., 503, 505, 513, 516, 564f., 581ff., 599, 631f., 634–639, 656
Katz, Rudolf 56*, 176*, 184f.
Katzer, Hans 280*
Kaufhold, Helmut 71*
Kaufmann, Erich 190*
Kemmer, Emil *353*, 354
Kemper, Heinrich *128*, 148
Kennan, George Frost *115*
Kennedy, John F. 57*
Kessel, Friedrich von 135*
Kesselring, Albert *210*, 211
Keudell, Walter von *478*
Kiesinger, Kurt Georg X–XV, XVII, 1, *8*, 11f., 15*, 19, 39, 46, 49, 54, 61f., 66, 68f., 71, 76–79, 84ff., 88f., 91f., 94, 99, 104f., 109, 120, 122, 127ff., 131, 148, 150, 153f., 157, 160ff., 170, 188ff., 192, 205, 218, 232, 247, 262f., 285f., 326, 351*, 353, 420, 442, 445, 452f., 462, 469, 478f., 484, 486–490, 493, 495f., 499f., 508f., 513, 515f., 526*, 548f., 553f., 583, 588, 608, 636, 643, 649
Kirkpatrick, Sir Ivone Augustine XXIII*, *57*, 308ff., 324*, 325, 518
Kirn, Richard 411f.
Kirsch, Theodor 257*
Kitlas, Erich *24*, 40
Klaas, Walter 176*
Klabunde, Erich *230*
Kleindinst, Josef Ferdinand 237*, *266*, 274, 390*
Kleinrahm 177*
Kohl, Georg 110*
Kolbe, Walther *626*
Koutzine, Victor 293*, 320*
Kopf, Hinrich Wilhelm *28*, 29f., 117*, 187
Korspeter, Lisa 412*
Kossatz, Hans *119*
Kraft, Waldemar *53*, 135*, 377, 610, 634, 638, 654*
Krapp, Otto 379*, 524*
Kreisky, Bruno 524*
Krekeler, Heinz *306*
Krone, Heinrich *69*, 71, 75f., 94*, 122, 157, 162, 164, 170, 207, 247, 268ff., 273, 276f., 285f., 354, 366, 452, 469, 471, 476, 487, 490f., 495, 500, 502f., 637
Krüger, Gerhard 597*
Kühn, Walther *391*
Kunst, Hermann *350*, 354
Kunze, Johannes *109*, 129, 141

Laforet, Wilhelm 189*, *407*
Landahl, Heinrich *472*
Lehmann, Joachim 176*
Lehr, Robert 170, *180*, 196f., 205, 247, 259, 273, 287f., 339, 420, 447ff., 451, 469, 472, 475, 486, 500, 516, 548f., 552f., 559, 561, 583, 597f., 627, 629
Leibholz, Gerhard 176*, *548*, 549
Leiprecht, Carl Joseph 600*
Lemmer, Ernst XI, *159*, 517, 583
Lenin, Wladimir Iljitsch 435, 551
Lensing, Lambert 40*, *92*, 108, 131, 146, 151ff., 157, 163, 165, 170*, 247, 270, 272, 277, 283, 286, 325, 340*, 344, 351, 354, 379, 420, 446, 469, 485, 516, 535f., 540ff., 569ff., 583, 626f., 631f., 634f., 637, 642
Lenz, Otto XIII*, XVI, XXIII, XXVf., *50*, 72*, 94*, 109, 116, 119, 131, 143ff., 156, 170, 183*, 191f., 198, 207*, 212, 228*, 286, 308, 311, 325, 328, 347–354, 400, 404, 420, 433f., 438, 444, 451, 454, 457, 459ff., 465, 469, 471, 473ff., 484, 497, 516, 526*, 542, 544, 575f., 577*, 582f., 594, 623f., 636*, 642*
Leuchtgens, Heinrich *614*
Leusser, Claus 176*
Leverkuehn, Paul 572*
Lewandowski, Rudolf *68*
Lex, Hans Ritter von 286, *339*, 355, 358–362, 366–373, 376, 419
Lilje, Hanns *55*, 87f., 90
Löns, Josef 8*
Lojewski, Werner von *493*, 495, 516, 565, 583, 617, 655
Longden, Fred *303*
Loritz, Alfred *597*
Lubbers, Heinz XIIIf., XXV, 1, *14*, 19, 22f., 25, 39–42, 44–47, 54, 61, 63–66, 70–73, 84, 86, 88, 93, 94*, 107f., 123
Lucht 197*
Lübke, Friedrich Wilhelm *51*, 209, 213, 263, 267, 269, 286, 294, 312, 316, 322, 325f., 343, 346, 352f., 420, 482, 612
Lübke, Heinrich *351*, 352, 483
Lücke, Paul *353*, 398
Lünendonk, Heinrich IX, XII, *1*, 11*, 166f., 169, 395, 478, 512, 615*, 620f.
Lüninck, Hermann Frhr. von *344*
Luetkens, Gerhard 412*, 415*
Lukaschek, Hans 94*, *144*, 145, 160, 197*, 242*, 247, 263–266, 583, 636f., 640

Machens, Joseph Godehard *29*
Mai, Franz W. 94*
Maier, Reinhold XIX, *4*, 5, 101, 112*, 117f., 133, 195, 209, 219*, 313f., 316f., 358, 364, 456*, 509, 522f., 562, 586*, 587f., 598ff., 604–609, 613f.
Majonica, Ernst XII, XV, 1, *11*, 12, 14, 19, 22, 25, 30, 37, 39, 49, 54, 64, 66f., 69, 77f., 86, 90f., 96, 101, 106, 170, 286, 326, 350, 353f., 359, 361, 420, 477f., 487, 496, 500, 508, 511, 514, 516, 559, 567, 579, 583, 621, 639
Malenkow, Georgij Maximilianowitsch *429*
Manteuffel, Georg Frhr. von 237*
Marschner 325
Marx, Karl 215, 435
Massoth, Willy *66*
Mauk, Adolf 110*
Mayer, René 293*, *302*, 423, 517*f., 519, 547
McArthur, Douglas *34*
McCloy, John Jay *57*, 58*, 306, 461*
Mellies, Wilhelm 452
Meltzer, Rudolf *478*

Mende, Erich *496*
Menzel, Walter *174*, 189, 231*
Merkatz, Hans-Joachim von 255, *603*, 605, 608, 623
Meyers, Franz 286, *287*, 308, 325, 329, 338–341, 343f. 347, 378
Middelhauve, Friedrich *274*, 336, 529, 537, 551, 559, 563f.
Middleton, Drew 517*
Miessner, Herwart *390*, 391, 608
Moch, Jules *427*, 522
Möbus, Gerhard *23*
Mollet, Guy *522*
Mommer, Karl 412*, *414*, 415
Monnet, Jean *464*
Montgomery, Bernhard Law 38*
Morrison, Herbert Stanley *36*
Müllenbach, Peter *378*, 469, 476, 485, 583, 588, 642*
Müller, Gebhard *12*, 96f., 100ff., 104, 131, 146, 150, 170, 192, 194, 212, 247, 264, 266, 286, 315f., 322, 326f., 359, 366, 369, 391, 516, 523, 545, 561, 563, 569f., 583, 632
Müller, Hermann *234*
Müller, Karl 644*
Müller-Armack, Alfred *463*, 464
Müller-Guttenbrunn, Adam 213*

Naegel, Wilhelm Josef *350*
Nagel, Heinrich 500, *507*
Nagy, Imre 596*
Naumann, Werner *175*, 197, 308–311, 456, 529, 551, 591
Neuburger, August *106*, 269*, 353, 574
Neuffer, Hans 623*, *632*
Neumann, Erich Peter *459*
Neumann, Franz *2*, 174, 216, 412*
Ney, Hubert *128*, 410*, 414
Niemöller, Martin XVIII, *3*, 6ff., 87, 91
Niggemeier, Frau 626*
Niklas, Wilhelm *644*
Nixon, Richard M. 484*
Nölting, Erik *554*
Nuschke, Otto *158*

Odenthal, Willy 364*
Oechsle, Richard *130*
Oer, Antonius Frhr. von *344*
Oetzel, Richard *354*
Ollenhauer, Erich XX, *110*, 134f., 174f., 179–182, 184, 188, 195, 198f., 201, 203f., 225, 227f., 231, 233, 249, 262f., 267, 285, 288, 295ff., 300, 303f., 306, 315, 318, 320, 431, 433, 524, 577, 578*, 579f., 591, 606, 656
Onnen, Alfred *28*, 612

Panzer, Hans *23*, 40
Pelster, Georg *268*
Person, Karl *99*
Pfeiffer, Anton *128*, 148
Pferdmenges, Robert 14, *15*, 17f., 20f., 40, 42f., 54, 63, 88, 131, 153f., 170*, 286, 420, 436f., 441, 443, 468f., 483, 487, 496, 499, 583, 625, 627–630, 632, 642f.
Pfister, Bernhard 167*, *463*, 464
Pfleiderer, Karl Georg *122*, 123, 415*
Pickert, Albrecht *464*
Pieck, Wilhelm 243*, *245*
Piefke, Friedrich *455*
Pinay, Antoine *137*, 289, 292, 293*
Pitz-Savelsberg, Elisabeth XV, *512*, 513f., 516
Platte, Johannes *571*, 573
Pleven, René *137*
Poggel, Ferdinand 71*
Pohle, Wolfgang *627*, 628
Praetorius, Gisela XV, *512*, 513f., 516
Preiß, Ludwig 613*
Preusker, Viktor-Emmanuel 613*, *619*
Probst, Maria *268*

Quisling, Vidkum Abraham Lauritz *412*

Raab, Julius *652*
Raiser, Maria 641*
Ramke, Hermann Bernhard *591*
Raskop, Heinrich-Georg *351*
Rauch, Wendelin 98*
Reber, Samuel *171*, 228, 315
Rechenberg, Hans Albrecht Frhr. von *258*
Rehling, Luise *76*
Rehwinkel, Edmund *612*
Reichenau, Ernst von 212
Reichenau, Walter von 212*
Reifferscheidt, Adolf 167*
Reimann, Max *590*
Reinhard, Heinrich 237*
Reinhardt, Georg-Hans 210*, 211
Reismann, Bernhard *136*, 177*, 539
Remer, Otto-Ernst *124*, 284, 591
Renner, Viktor 523
Rest, Friedrich *23*
Reuter, Ernst *2*, 110, 313ff., 318ff., 461, 551, 584, 591
Reuther, Walter Philip *38*
Richelieu, Armand Jean du Plessis *647*
Ridgway, Matthew B. *135*, 139, 302, 306, 313
Rittberg, Else Gräfin von *350*
Ritterspach, Theodor 176*
Robens, Alfred *303*
Roediger, Conrad Frederick 176*
Röskau, Hilde XV, *512*, 513
Rotberg, Hans Eberhard 177*
Roth, Ernst 364
Rudel, Hans Ulrich 591*
Rümmele, Oskar 237*
Rupp, Hans Georg 176*
Rust, Josef XIII*, 351*, 526*

Sabass, Wilmar *628*
Sabel, Anton *268*, 613*
Salisbury, Robert Arthur James Gascoyne-Cecil, Lord 584*
Samsche, Ewald XII, 1, 11*, 54, *62*, 65, 131, 143f., 151, 153, 247, 281, 283, 286, 354, 360, 391, 394, 400, 420, 469, 472, 474f., 484ff., 500f., 505f., 511, 514, 516, 583, 640, 654
Sauer, Albert XII, XV, 54, *69*, 512
Schäfer, Hans 237*, *275*, 604*
Schäfer, Hermann *133*, 203, 602f.
Schäffer, Fritz *17*, 18, 36, 43, 76, 89, 106, 108, 115, 154, 208, 210, 286, 374, 381, 385–388, 401, 464, 574, 604, 644
Scharnberg, Hugo 127*, *136*, 157, 159, 163–166, 167*, 169f., 235f., 243, 246f., 255f., 258, 267, 272, 275, 286ff., 339, 376, 420, 422, 439f., 449, 454, 464, 469, 474f., 477, 487, 491, 497–502, 505*, 507, 509f., 516, 531, 545f., 549f., 556f., 563, 566, 572, 583, 587, 608, 613, 619, 621, 623, 629f., 640
Scheffler, Erna 176*
Schellhaus, Erich 135*
Schepmann, Wilhelm *565*
Scheuble, Julius *130*
Schild, Heinrich 604*
Schirpenbach, Josef 40*
Schlarb, Willy XXVI
Schmalz, Erich *11*, 19, 24, 65, 68
Schmauch 24
Schmid, Carlo *189*, 190, 203, 402, 431, 452*, 510, 591
Schmidt, August 237*, *573*
Schmidt, Otto 286f., *315*, 316, 327, 358ff., 363ff., 370, 374
Schmitt, Joseph *407*
Schmitt-Wittmack, Karlfranz 572*
Schneider, Georg 572*, *640*
Schneider, Heinrich 67*

Schneider, Herbert *611*
Schneider, Ludwig *188*, 613*, 619
Schneider, Werner 237*
Schniewind 210*
Schoeler, Hansheinrich von 618
Schoettle, Erwin *110*, 650
Scholtissek, Herbert 71*, 176*
Schranz, Helmuth *605*, 614, 618
Schreiber, Hans *404*
Schreiber, Ottomar *145*
Schreiber, Walther IX, XII, 1, *2*, 8, 11*, 14, 22, 39, 46, 64, 77, 79, 86, 92, 131, 142f., 151, 286, 314f., 318, 328, 372, 469, 483, 511, 514f., 574
Schrijver, Auguste-Edmond de *66*, 127*
Schroeder, Ernst *614*
Schröder, Gerhard *7*, 160, 162, 249, 251, 420, 445ff., 461, 463f., 469, 516, 525, 531, 554, 566f., 582f., 637
Schröter, Carl XII, XVIII*, XXII, 1, *8*, 11*, 14, 18, 30, 32, 33*, 39, 43, 46, 49, 51, 76ff., 86, 90, 92, 107, 127, 148
Schuberth, Hans *583*
Schütz, Hans *353*
Schulte, Kaspar *354*
Schulz, Fritz 147*
Schumacher, Kurt XX, *17*, 35, 39, 53f., 58, 87, 108*, 110, 134, 140, 181, 217, 227, 232ff., 295, 527
Schuman, Robert *34*, 36f., 263, 289, 293*, 409, 423, 433, 647
Schunk, Egon 176*
Schutz, Karl *15*, 16, 19, 43, 63
Schwinn, Wilhelm 641*
Seebohm, Hans-Christoph XIX, *598*, 599, 601, 603f., 611, 646, 656
Seffrin, Roland 572*
Segitz, Johann-Adam 93*
Seiboth, Frank 614*
Seldte, Franz 211*
Seuffert, Walter *216*, 217
Sforza, Carlo Graf *37*
Shakespeare, William 617*
Sharett, Moshe 140*
Siegel, H. 170*, 286
Sieh, Claus 312*
Silex, Karl *188*
Simonds, Gavin Turnbull, Lord *310*
Simpfendörfer, Wilhelm XII, 11*, 14, *17*, 18, 20, 23f., 38f., 44, 46, 49f., 71, 73, 77, 79, 86, 91, 93, 96, 99f., 102f., 105f., 109, 116, 118, 122, 126f., 131, 142, 144, 146f., 149, 157, 161, 165, 170, 190, 206, 212, 221, 232f., 247, 261, 286, 313f., 317, 326, 353, 359, 420, 469, 477, 481f., 487, 493, 500f., 508, 510f., 513–516, 583, 599, 605f., 631f., 639, 641, 649, 654
Sonnemann, Theodor *644*
Spaak, Paul Charles *426*
Specht, Heinrich 150*
Speidel, Hans *114*, 186
Spetsmann, Bernhard 541*
Spiecker, Carl *121*, 122, 129f.
Spreti, Karl Graf von *76*, 149
Stalin, Jossif Wissarionowitsch 142*, *428*, 429, 432, 435, 596, 635
Stegner, Artur *28*, 29, 133, 603, 612
Steigner, Walter *416*
Stein, Erwin 176*
Steinbiß, Viktoria *623*, 631
Steiner, Felix 212
Sternberger, Dolf *369*, 379
Stevenson, Adlai Ewing *135*, 140
Stier, Hans Erich *73*, 351, 478
Stock, Christian *620*
Stohr, Albert 219*
Storch, Anton *33*, 160, 162, 180, 393, 500, 573
Strauß, Franz Josef *120*, 148, 353, 420, 454*, 583
Strauß, Walter *180*

Stresemann, Gustav 519*
Strickrodt, Georg XII, XV, XXV, 1, *6*, 7, 9, 11*, 39, 42f., 45, 47, 52, 54, 62, 68f., 71, 74, 77, 84ff., 90f., 93, 96, 106–109, 118, 125, 127, 131, 147ff., 154f., 157, 161, 165, 170, 197, 207, 220f., 225, 236, 241, 242*, 286, 353, 378*, 387, 396, 399f., 420, 464, 469, 484, 500, 510f., 514ff., 560, 583
Stübinger, Oskar *27*
Stumpff 210*
Süsterhenn, Adolf XII, XV, 11*, 39, *49*, 71, 73–76, 170, 223, 233, 286, 512, 515f., 549f., 553ff., 558, 565, 583, 632, 641f.

Taft, Robert Alphonso *135*, 139, 173, 645f.
Teitgen, Pierre-Henri *518*
Telemann, Louis 591*
Thedieck, Franz *244*
Tillmanns, Robert XII–XV, XVII, 7*, 11*, *75*, 76, 85, 88f., 91f., 94, 96, 99, 105f., 108f., 119f., 123, 128ff., 144, 146, 148f., 152, 157–164, 166, 169f., 174, 192, 200f., 206ff., 210f., 221, 225, 227, 229, 232f., 236, 239ff., 245, 247, 256f., 261, 263, 268, 273, 277–281, 284, 286, 323, 325f., 339, 350, 351*, 353f., 362, 366, 370, 376, 391f., 394, 397, 399f., 404–407, 419f., 433, 435, 438, 453ff., 459, 461, 465f., 469, 471, 476ff., 480f., 483ff., 487–497, 499f., 504ff., 509–516, 526*, 541, 543, 545f., 554, 558, 561, 569, 583, 606f., 628, 636, 640, 650f., 654, 656
Tito, Josip *649*
Trimborn, Karl *257*
Truman, Harry Spencer *34*, 114, 139, 431

Uhlemeyer, Richard 237*, 604*
Uhlenbrock, Hans *23*
Ulbricht, Walter *244*, 245

Vogel, Rudolf IX, 11*, 96, *103*, 326, 353, 487, 493, 500, 505, 510, 624

Wackerzapp, Oskar XII, XV, 11*, 157, *159*, 164, 170*, 286, 388, 512f., 583, 635f.
Wahl, Eduard *25*, 265f.
Wallauer 177*, 191*
Weber, Adolf *465*
Weber, Friedrich Wilhelm 601
Weber, Helene IX, XV, *159*, 169*, 237*, 268, 479, 512ff., 516, 533, 583, 624f., 629, 631f., 641
Weber, Karl 247, *265*, 407
Wehking, Heinrich XV, 166, *168*, 478, 513, 516, 542, 578, 581
Wehner, Herbert 191*, 411*f., *413*, 431, 649f.
Weichs, Maximilian Frhr. von 210*, *211*
Weinstein, Adalbert *647*
Weiß, Franz *352*
Weitz, Heinrich *627*
Wellhausen, Hans *134*
Wellmanns, Hermann 237*
Wenger, Paul-Wilhelm *11*, 97*, 188
Wencker, Margreth 40
Werber, Friedrich 145*
Wessel, Franz 176*
Wessel, Helene *137*, 248*, 321
Westkamm, Wilhelm *319*
Wiedemeyer, Franz 14, 516, *567*, 579
Wildermuth, Eberhard *33*, 367
Willeke, Friedrich-Wilhelm 166, *168*
Wilm, Ernst 142*
Winkelheide, Bernhard XV, *350, 459*, 477, 513*
Wirmer, Josef 156*

Wirsching, Eugen 420, *456*
Wirth, Joseph *590*
Wirths, Karl 556*
Wohleb, Leo 96, *97*, 100ff.
Wolfermann, Willi *1*, 618*
Wolff, Bernhard 176*
Wuermeling, Franz-Josef XIII, XV, XVII, *85*, 88f., 91f., 94, 96–100, 103, 105, 109, 131, 153, 155f., 161, 166, 169f., 210, 213, 217, 233f., 237*, 240, 247, 265, 274, 279f., 284–287, 290, 307, 326, 351*, 361, 363, 366, 368, 379ff., 386, 390, 394, 396, 398, 400, 403, 406f., 420, 423, 427, 436, 442, 450, 454f., 561, 469, 475, 478, 484–487, 492, 495, 500, 502, 511, 516, 526*, 533, 537ff., 542, 546f., 552f., 555, 558, 561, 565, 570, 576, 578f., 582f., 586f., 600ff., 604, 608, 615, 619, 622f., 636, 639
Zahn, Richard 150*
Ziegler, Helmuth *22*, 64
Zillken, Elisabeth 40*, *420*
Zimmer, Alois IX, XIIf., XV, 1, *5*, 8ff., 11*, 12, 14, 15*, 20, 26f., 54, 60, 62, 68, 70ff., 77, 79, 84ff., 93, 97, 103, 106, 109, 120f., 125, 128f., 131, 152, 154, 170, 204f., 208, 217f., 222f., 286, 323f., 326, 352, 370, 391, 394, 420, 433, 444, 446, 469, 471, 474, 478f., 481f., 484, 487f., 497, 500f., 511, 514ff., 578f.
Zimmermann, Karl *24*
Zinn, Georg August *620*, 650
Zürcher, Paul *99*
Zweigert, Konrad 176*
Zweigert, Kurt 176*

Sachregister

Aachen 331f., 333f., 336, 340–344, 347
Aalen IX
Agrarpolitik 118, 141, 143f., 168, 269, 278, 343f., 351f., 644
Ahlener Programm 68, 80–82, 167, 465, 490f. (s. auch CDU, Programm)
Alliierte s. Westmächte
Alliierte Hohe Kommission (AHK) 35f., 37, 112, 171, 307, 311, 324 (s. auch Westmächte)
Altsparergesetz 389 (s. auch Lastenausgleich)
Amerika s. USA
Amsterdam 430
Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (ADK) 577, 596*
Arbeitsgerichtsgesetz 581
Ardennen 186
Arlington 521
Arnsberg 626
Atlantikpakt s. North Atlantic Treaty Organization (NATO)
Aufwertungspartei 636
Augsburg 499

Bad Ems
- FDP-Parteitag 219
- NEI-Tagung 49, 66f., 71, 77
Bad Godesberg VII, 302*
Bad Honnef 317
Bad Kreuznach 177*
Bad Schwalbach 613*
Baden (s. auch Südbaden, Südweststaat) 98–101, 103f., 187*, 194, 256
Baden-Baden 517*, 583
Baden-Württemberg (s. auch Südweststaat) 101, 135, 145*, 147, 194, 316*, 456*, 523f., 551, 562, 588, 592, 599, 622
„Basler Nachrichten" 186
Bayern XIX, 56, 93, 109, 117f., 121, 129f., 133, 141, 176*, 224, 252f., 256, 260, 322, 324, 345, 368, 373–375, 530, 551, 559, 582, 599, 641
Bayernpartei (s. auch Föderalistische Union) 53, 121*, 133, 249f., 267, 499, 525, 530, 533, 535, 543, 551, 556, 560, 565, 599
Beamtenfragen XVI*, 33f., 141, 164, 237–240, 274f., 278–280, 388f., 390f. (s. auch GG Art. 131)
Belgien 58, 115*, 127, 132, 292, 425, 653
Beneluxstaaten 292, 425
Bentheim 150
Berlin (s. auch CDU, Landesverband Berlin) VII, IXf., XXI, 325, 327
- Abgeordnete im Bundestag 328, 503, 641
- - Stimme im Vermittlungsausschuß 117
- Außenministerkonferenz 1954 584*
- Berlinfrage 112, 182, 302, 313, 315, 318, 320f., 323, 371*
- Bundesparteitag der CDU (1952) 130f., 150–152, 157–166, 219, 221, 236, 238, 240, 394f., 396, 398, 400, 479f., 503, 661
- DGB-Kongreß (1952) 161, 231
- Freiheitsglocke 476f.
- Katholikentag (1952) 150f., 158

- Stimmung 138, 142, 596
- Tagung Junger Christlicher Demokraten Europas 49, 67
- Unterstützung für Berlin 316f., 585
- Volksaufstand 596, 646
- Wahlen 2, 11f., 284, 298, 300, 313f.

„Berliner Stimme" 158, 455
Bern XI, 88, 94*, 163
Besatzungsstatut von 1949 35, 298, 302
„Betriebsräte-Brief" 280
Betriebsverfassungsgesetz (s. auch Mitbestimmung) 111, 118, 141, 310
Bielefeld 332
Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE, s. auch Vertriebene und Flüchtlinge) XIX, 29, 32, 51, 53, 117f., 135, 144–148, 161, 248–250, 252, 259f., 274, 309, 322, 332–335, 343, 362, 376–378, 453f., 456f., 524, 557–559, 564f., 567, 576, 587, 589f., 599, 610, 614, 633–636, 638
Bochum 345, 571
„Bolschewik" 428
Bonn XIIIf., XXIf., 1, 11*, 14, 39, 46, 54, 71, 86, 94, 96, 98, 120, 125, 153, 171, 184, 208f., 220–223, 270f., 287, 293*, 302*, 313*, 315, 320, 323, 326, 333, 359, 401, 427, 430, 466, 473, 503, 508f., 531, 570*, 598, 601, 607, 613, 622, 632*, 637, 655
Boston 520
Braunschweig
- Land 103*
- Stadt 471

„Braunschweiger Nachrichten" 471
Breda 309
Bremen (s. auch CDU, Landesverband Bremen) 282, 365, 400, 473, 507, 512, 516, 592
- Wahlen 96*, 501*, 592

Brüssel 66, 127f., 430
- Vertrag von 1948 s. NATO

„Bulletin" 119f.
Bund der Deutschen 590*
Bund für Frieden und Freiheit 475f.
Bund-Länder-Verhältnis (s. auch Bundesrat) 148, 267f., 271f., 274, 339, 358f., 384, 388, 390
Bund vertriebener Deutscher (BvD) s. Vertriebene und Flüchtlinge
Bundesanstalt für Arbeit 130
Bundesbeamtengesetz 581
Bundesdienststrafhof 196
Bundesfinanzgerichtshof 179
Bundesflagge s. Nationalflagge
Bundeshymne s. Nationalhymne
Bundespräsident (s. auch Westverträge, Ratifikation) 82, 117, 178, 179ff., 193, 199–204, 234, 296f., 484
Bundesrat 6, 39, 110, 117, 120f., 129, 208f., 224, 294
Bundestag 116f., 174–206, 214
- Wahlen 1953 XVII, 17f., 39, 78, 88f., 94, 97, 106, 109, 117, 136, 199, 218, 225–227, 232–234, 264, 284, 288f., 297f., 300f., 308, 310, 332, 338, 341, 346, 348f., 386, 389, 401–406, 433–447, 468, 497–499, 523f., 536–538, 551, 556, 588–657
- Kandidatenaufstellung 46–48, 54, 63f., 78, 149f., 247, 267–278, 284, 311, 326f., 348–354, 370, 374, 406–408, 420, 434f., 468, 525f., 567–574, 618, 623–641

Bundesverfassungsgericht (s. auch Karlsruhe) XXIV, 56, 75, 175, 207, 214, 228, 247, 261, 263, 291, 293–305, 318, 326f., 360, 370, 376, 439, 522f., 531, 534f., 548f., 552–556, 558f., 561, 564, 582, 597f., 649
- Südweststaatfrage 100–102

- Verbot von KPD und SRP 92f. (s. auch dort)
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte 581
Bundesversorgungsgesetz 168, 230, 581
Bundesverwaltungsgericht 196*

Caux 588, 611
CDA s. CDU, Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
Chaudefontaine 49*
Chicago 520
„Christ und Welt" 206
Christlich-Demokratische Partei (Saar) 417
Christlich-Demokratische Union (CDU)
- Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands (Frankfurt) VIIf., 8f., 12f., 16, 18
- Ausschüsse (Vereinigungen) 131, 155f., 167–170, 236–240, 278–280, 295f., 462–466, 482f., 506f.
- Bezirksverbände
- – Kassel 485
- – Koblenz-Montabaur (Mittelrhein) IX, 437
- – Oldenburg 41, 48, 322, 481, 612
- – Pfalz 437
- britische Zone VII, XXI, 8f., 13, 16, 18f., 24, 82, 272
- Bundesgeschäftsführer (s. auch J. Blank, Heck, Lubbers) XIIf., XVIII, 14, 19, 22f., 25, 39f., 44f., 63, 88–92, 94f., 107f.
- Bundesgeschäftsstelle (Aufbau und Organisation) VII, XIII, XVII, XXI, 8–11, 14f., 16f., 18f., 22–26, 39f., 44f., 54, 77–80, 97, 123–126, 148, 155f., 311, 337–341
- Bundesparteitage s. Berlin, Goslar, Karlsruhe, Hamburg
- Bundesschatzmeister s. Bach
- Bundestagsfraktion der CDU/CSU 5, 32, 46–48, 61f., 77, 97, 148, 196, 202f., 208 (s. auch Bundestag, Kandidatenaufstellung)
- Bundesvorstand VII–XXIV, 1, 11f., 14, 25f., 84f., 88–95, 115, 163ff., 511–516
- Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA, Sozialausschüsse, Arbeitnehmerflügel der CDU) XV, 41f., 162, 232, 243, 280, 395, 460, 43, 465, 467f., 482, 512f.
- Exil-CDU Xf., 11f., 70, 74, 317f., 440, 466, 503–506, 512f.
- Finanzen (s. auch „Wirtschaftsbild") XVIIf., 8–16, 40–44, 61–65, 71f., 77–78, 83, 88f., 93, 104, 106, 120, 125–127, 154f., 272f., 419, 435–447, 470f., 642f.
- Frauen XII, 75, 89, 91, 269, 347, 352, 355, 445, 482f., 496, 512–515, 579, 639
- Fünfer-Ausschuß XIII, 8f., 12f., 15f., 19, 22, 25, 41, 45, 47, 88
- Geschäftsführerbesoldung 20f., 44, 61f., 64, 77–80
- Junge Union XII, 11f., 37, 41, 64–66, 101, 106, 445, 482, 496, 512, 514
- Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) 41, 123f., 341, 344, 347
- Konfessionsfragen XVIIIf., 3, 7f., 24, 51f., 73, 75f., 87f., 163, 165, 275, 321f., 407, 510, 541–543, 616, 628, 641
- Kreisverbände
- – Bonn 25
- – Köln XV
- – Lüneburg 71f.
- – Neumünster 466

- – Siegen 90
- – Wiesbaden 3, 25
- Landesverbände
- – Berlin XIf., 12, 79, 86, 90, 479, 483, 506
- – Braunschweig XII, 41, 52f.
- – Bremen XII, 15f., 86, 96, 124, 154, 436–438, 632
- – Hamburg XII, 16, 30, 32, 41, 48, 62, 79, 86, 96, 124, 127, 153f., 157, 436f., 443, 476f., 506, 588, 622
- – Hannover XII
- – Nordbaden XII, 17, 21, 51, 98, 376, 437, 512, 544, 632
- – Nordwürttemberg XII, 17f., 41, 50, 100, 437, 512, 544, 631f.
- – Oder-Neiße 74, 440, 466, 503, 512, 634
- – Rheinland XV, 18, 45, 48, 65, 120, 124, 129, 163, 271, 330f., 340, 343–346, 404, 433, 436f., 440–443, 445f., 485, 530, 537, 539–542, 571, 574, 626, 628, 631f.
- – Schleswig-Holstein XII, XXII, 30–32, 48, 51, 53, 55, 96, 124, 282, 312, 379, 436f., 456f., 466, 504*, 512, 516, 572, 632, 638f.
- – Südbaden XII, 17, 41*, 79, 100f., 102f., 376, 437, 443
- – Westfalen 9, 15f., 18–20, 23, 40f., 48, 71, 88, 92, 94f., 105, 120, 124, 163, 271, 283, 330, 332, 334, 336, 340, 344–346, 436f., 442f., 467, 485, 530, 536f., 539, 542, 571, 626, 636
- – Württemberg-Hohenzollern XII, 154, 256, 376, 437, 443
- Landesparteien
- – Hessen XII, XXII, 3, 5, 16, 23, 48, 63, 66, 71f., 97, 372f., 590
- – Niedersachsen XII, 15f., 29–32, 41, 48, 52f., 93, 96, 101, 154, 282, 322*, 373, 378f., 402, 436f., 444, 512, 515, 632
- – Nordrhein-Westfalen XII, XIV, 101, 154, 156, 270, 327, 379, 445, 642
- – Rheinland-Pfalz XII, 16, 27, 48, 97, 376, 515
- – Saar 128, 148, 409
- Öffentlichkeitsarbeit (s. auch von Lojewski) XVII, 25, 45, 90f., 94*, 120, 123f., 126, 156, 438f.
- Organisation s. Bundesgeschäftsstelle
- Programm (s. auch Ahlen, Düsseldorf, Hamburg) 69, 72–75, 354
- Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) 65
- Sozialausschüsse s. CDA
- Statut VIII–XV, 41, 44, 84f., 471, 479–482, 512f.

Christliche Internationale s. NEI
Christliche Volkspartei (Saar, CVP) 67, 94*
Christlich-Soziale Union (CSU) XIII, 10, 53, 120f., 133, 148, 224, 231, 253, 255f., 260, 270, 324, 358, 373, 375, 525, 530, 533, 535*, 551, 560, 565, 566*, 599, 641
Cincinnati 645*
Cuxhaven 390

Dänemark 305
Damaskus 522
Darmstadt 600*
Democrazia Cristiana 48f., 132, 197, 221, 240–242
Demoskopie 116, 118, 143f., 576f., 589f.
Den Haag 517
„Der Roland" 282*
„Der Tag" 321*

Detmold 333
Deutsche Demokratische Partei (DDP)/Staatspartei 218f.
Deutsche Demokratische Republik (DDR) s. Sowjetzone
Deutsche Partei (DP) XIX, 28, 30f., 52f., 60, 96, 124, 134, 175*, 206*, 207, 250–253, 255f., 258, 270, 308, 333, 359, 361–363, 365f., 368–370, 450, 458, 497*, 498, 525, 530, 533, 535*, 543, 545, 547, 556, 560, 577, 587, 589f., 592f., 598f., 601–615, 618, 620, 622 (s. auch Niedersächsische Union)
Deutsche Reichspartei 591, 598*, 609, 613
„Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" 204, 206
Deutsche Zentrumspartei s. Zentrum
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB, s. auch Gewerkschaften) XX, 34, 56, 95, 109–111, 126, 151, 161, 217, 231, 279, 310, 434, 458f., 467f., 527, 550, 559, 571–573, 655f.
„Deutschland-Union-Dienst" XIII, 19, 89, 123
Deutschland-Vertrag (s. auch EVG, Westverträge) 111–120, 124, 126, 142f., 150f., 175–207, 261, 289, 296–306, 329, 647f.
„Die Welt" 284
Dieburg-Erbach 616
Dortmund 118, 167*, 217, 222f., 241, 345, 467, 481*, 485, 493, 571, 576, 582, 621*
Drittes Reich s. Nationalsozialismus
Düsseldorf 42, 109*, 175, 196f., 210, 257, 270f., 287, 325, 331f., 334, 340, 343f., 347*, 412, 470, 536, 571, 586*, 600f., 627
Düsseldorfer Leitsätze (1949, s. auch CDU, Programm) 167, 463, 465, 490f.
„Düsseldorfer Nachrichten" 248f.
Duisburg 3, 5, 628

Eigentumsbildung 168, 240, 243, 462
Ellwanger Kreis 99
Elsaß-Lothringen 519*
Elten 336
Elternrecht 600–603, 607
England s. Großbritannien
Erste Legion 11f., 19, 65f., 91
Essen IX, 217, 227, 346, 467, 556*, 571, 590, 603, 652
Esslingen 405
Europa, Integration (s. auch EVG) 35f., 68, 88, 95, 97, 114, 132, 137, 152, 172f., 186f., 223f., 243, 262, 269, 289–291, 299, 302, 305f., 319, 322, 373, 397, 399, 403*, 405, 412, 417f., 423–428, 430f., 432, 460, 517, 522, 584*, 585, 606, 645*, 646, 648f., 653f.
Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG, s. auch Wehrbeitrag, Westverträge) 35, 59f., 95, 107*, 108, 111–113, 115–119, 124, 126, 132, 137, 143, 173–186, 211, 214, 261, 274, 289f., 304, 306, 308, 310, 312f., 328, 339, 373, 388, 395, 397, 408, 421, 426, 522, 585, 594, 647f., 649, 656
Europarat 36, 414f., 417
„Evangelischer Pressedienst" 70

Familienfragen 167, 386, 459, 580f.
Flensburg 55, 400, 594
Flüchtlinge s. Vertriebene, Sowjetzone
Föderalistische Union (FU, s. auch Bayernpartei, Zentrum) 177*, 301*, 533
Fördergesellschaften (-vereine) XVIII, 126f., 154, 433, 436f., 439–442, 446,

456, 617–619, 627f. (s. auch CDU, Finanzierung)
Frankfurt VII–IX, 8, 18, 307, 315, 320, 369*, 379, 570, 580, 586, 590, 614f., 617f.
– Wirtschaftsrat VII–IX, XI, XXI, 570
„Frankfurter Allgemeine Zeitung" 58, 452, 647
„Frankfurter Neue Presse" 615
„Frankfurter Rundschau" 451, 615
Frankreich 519, 531, 646f.
– Montanunion 290
– NATO 115
– Nordafrika 172
– Parteien 132, 290, 293*, 423, 427, 522, 646–648
– Ratifikationsverfahren (s. auch EVG, Deutschlandvertrag) 137, 143, 173, 228, 292f., 318–320, 408, 423–425, 427, 430–432, 521f.
– Saarfrage 134, 408–419, 431f., 586
– Sowjetunion 137, 142
– Viermächtekonferenz 113, 584, 647, 654
– Wahlen 35, 37
– deutscher Wehrbeitrag (s. auch EVG) 57, 59, 108, 186
Freiburg 41*, 43, 98f.
Freie Demokratische Partei (FDP)
– Bundestagsfraktion, Koalition 34, 175*, 203, 206*, 270, 380, 633
– Demoskopie 458, 576, 589f.
– Finanzen XVIII, 42, 126*, 618f.
– Flügel XIX, 133, 218, 358, 376, 456, 528f., 537, 586f., 602f., 605
– Länder
– – Baden-Württemberg 4f., 101, 222, 359, 439, 456f.
– – Berlin 2
– – Hessen 4, 613–617, 620, 622
– – Niedersachsen 28f., 52f., 322*, 610–612
– – Nordrhein-Westfalen 331–333, 342f., 347, 537f.
– – Rheinland-Pfalz 26f.
– Mitbestimmung (s. auch dort) 43, 57
– Parteitag (Lübeck) 600
– Rechtstendenzen 308f., 336, 343, 362f., 368, 550f., 560, 606f.
– Saarfrage 411
– Stellenbesetzung 75, 176
– Wahlabsprache 359, 364–367, 525, 541*, 542f., 559–563, 565
– Wahlgesetz 136, 249–258, 359–362f., 368–370, 372, 375, 450, 454, 498f., 532f., 535, 545–548, 551–555, 566
– Wahlkampfgegner der CDU 4f., 95, 334, 346, 352, 389, 556, 564, 580, 586–588, 591f., 598–601, 604, 608f., 656
Fribourg (Schweiz) 127f., 148
Fulda 354, 405, 613*, 618, 620, 622

Garmisch-Partenkirchen 594
„Die Gegenwart" 379
Gelsenkirchen 467, 571
Genf 49, 320
Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) 248, 337, 346, 589f., 592
Gewerkschaften (s. auch DGB) 160, 217, 277, 547
– christliche Gewerkschafter XX, 27, 49, 57, 60, 81f., 89, 111, 243, 342f., 398, 578
– Mitbestimmung 57, 89, 490, 496
– Schuman-Plan 38
– SPD-Einfluß 27, 56f., 467
Gießen 613*
Gifhorn 565*
Göttingen 612
Goslar
– Bundesparteitag der CDU (1950) X, XII, XIXf., 11, 14, 41f., 68, 84, 87f., 281*, 466, 480

Griechenland 431, 650
Großbritannien
- Außenministerkonferenz (1954) 584, 654
- Außenministertreffen (1952) 107*
- Besatzungsfragen 35, 37, 310, 324, 328f.
- deutsche Frage 143, 304f.
- deutsch-britische Beziehungen 57, 115, 291, 520f.
- Europafrage 35–37, 188, 305, 320, 424f., 427, 522
- französisch-britische Beziehungen 115
- Parlament, Parteiwesen 290, 292, 399, 561
- Beziehungen zu USA 431, 519

Grüne Front 434, 573, 624
Grundgesetz (GG, s. auch Parlamentarischer Rat) 6, 178f., 181f., 198, 200, 301f., 304, 561
- Art. 24 113
- Art. 29 99, 101, 224
- Art. 35 535
- Art. 38 534
- Art. 39 469
- Art. 77 129
- Art. 131 32, 210, 212, 390f., 609 (s. auch Beamtenfragen)

Halle 333
Hamburg XI, XV, XVI*, XVII, 237, 256, 282f., 325, 354, 390, 497, 508, 551
- Bürgerschaft 235, 282
- Bundesparteitag der CDU (1953) XI, XV, XVI*, XVII, 130, 150–152, 163, 165f., 169, 227, 234–242, 279, 348, 392–400, 419, 435f., 439, 445, 457–466, 469–516, 579
- - Programm (CDU) 348, 393–397, 400, 403, 458–466, 478f., 487–496, 507f., 510f., 572, 575
- Protokoll 471–475, 484–486
- Wahlabsprache (-kampf) 365, 405, 501, 556, 632, 640
- Wahlgesetz 252, 448, 553, 608f., 621f.

Hamm 71*, 89, 537*
Hannover 29, 41, 48, 53, 94*, 103*, 315, 320, 352, 452, 603, 654
„Der Hanseat" 153, 281–283
Harzburg 211*
Hausratshilfe 389
Heidelberg 47, 453
Heidenheim 562*
Heilbronn 110
Helmstedt 320
Herford IX, 332
Herne 596
Hessen 133, 205, 272, 375, 613–622
- Nachwahl 501
- Rundfunkgesetz 617f., 621f.
- Wahlabsprachen 533, 565, 596
- Wahlen (1950) 2–5, 621
- Wahlkampf 613–622, 632
- - DP 605
- - FDP 587, 601, 604
- - SPD 274, 551
- Wahlrecht 448, 553, 608

Hildesheim, Bischof von 29
Höxter 163, 165, 333
Hofgeismar 616
Hohenzollern s. Südweststaat, Südwürttemberg
Holland s. Niederlande
Hundessen 430*

Indochina 172, 584*
Interessengesellschaft (IG) Farben 81
Investitionshilfe 33f.
Iserlohn 332
Israel, Wiedergutmachung 108, 140f., 421

Italien 37, 59, 116, 132, 173, 197, 221, 228, 240, 242, 292, 424f., 431, 484, 648, 650
Itzehoe 400

Jülich 342
Jugoslawien 650
Junge Union s. CDU

Kanada 520
Karlsruhe
- Bundesparteitag der CDU (1951) 71*, 77–86, 150, 238, 395, 485
- Bundesverfassungsgericht 75, 175, 177, 179f., 184, 191, 194, 201, 208*, 247, 296, 318, 553, 557, 563f.
- Vertrag von 1948 104

Kassel 320, 485
Katholische Arbeiterbewegung (KAB) 573
„Ketteler Wacht" 58, 60
Kiel 282, 437, 610
„Kieler Nachrichten" 32f., 51
Koblenz 406, 412
Köln VII, 8, 18, 45, 239, 246, 257*, 271, 325, 329, 331f., 334, 339, 342f., 346f., 430, 438, 440–442, 460, 463, 465, 467, 485, 540*, 571, 604*, 621*, 632, 654
Königstein VII, 25, 566
Königswinter VIIIf., 87, 94, 167*, 169, 264, 280
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 26, 81, 92f., 110f., 215f., 222, 226, 249f., 258, 331, 334, 343, 496, 526, 535*, 589f., 601
Konfessionsfragen X, 8, 55f., 73, 75, 87, 89f., 95, 98, 275, 316, 321f., 336f., 350f., 354, 407, 471, 483, 512, 536, 540–543, 609, 614, 626, 641
Konrad-Adenauer-Spende 64f.
Konstanz 437
Konsumbrot 388, 391f.
Korea 172, 183, 186, 228f., 305, 432, 645*
Krefeld 332, 334
Kriegsopfergesetz s. Bundesversorgungsgesetz
Kulturpolitik 24f., 68f., 285, 351

Länderneugliederung 27, 97, 99, 101 (s. auch Südweststaat)
Landsmannschaften s. Vertriebene
Lastenausgleich 32, 43*, 53*, 68, 109, 117, 121f., 124, 141, 144, 146f., 159f., 335, 389, 413, 417, 610, 631, 638
Leer 591
Lemgo 542*
Listenverbindungen (s. auch DP, FDP, NU, Zentrum) 55, 60, 528, 532, 543–552, 555f., 558–563, 565
Locarno 518f.
Loccum 87
Lörrach 361, 544*
London 107f., 518, 584f.
Londoner Schuldenabkommen (1952) 58, 108, 140f., 421, 581
Loope 124
Lübbecke 333, 542*
Lübeck 55, 400, 499, 600, 604
Lüdenscheid 332f.
Lüdinghausen 541
Luxemburg 60, 115*, 128, 132, 416, 425, 464f.

Mainz 219*, 406, 571, 600*, 614
Mannheim 47
Marburg 613, 615
Marokko 172*
Mehlem 307, 311
Minden 332, 542*
Mitbestimmung XVI*, 17, 34, 43, 57, 80–82, 109*, 310, 328, 395, 398, 489f., 495f.

Mittelstand (-sblock) XVI*, 55f., 60, 73, 95, 237–240, 326, 335f., 346, 351, 604, 612, 624
„Mittwoch-Dienst" 575
Mönchengladbach 332, 334, 344, 627–629
Montanunion (s. auch Schuman-Plan) 35, 96*, 289f., 403*, 594, 656
Moskau 115, 142*, 428, 650
Mouvement Republicain Populaire (MRP) 49, 67, 132
Müllheim 544*
München 180, 208, 213*, 368, 465, 533f.
– Ministerpräsidentenkonferenz (1946) 418
Münster 332, 339, 345, 540

Nationalflagge 156*, 521
Nationalhymne 82, 86, 477, 521
Nationalsozialismus 140, 175, 248, 342–344, 382, 410, 412, 456*, 486, 529, 552, 605f., 614f., 619, 646
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 26, 33*, 91f., 93, 210–212, 636
NATO s. North Atlantic Treaty Organization
Neheim-Hüsten 626
NEI s. Nouvelles Equipes Internationales
„Neue Zürcher Zeitung" XXIII, 241
„Neuer Vorwärts" 89, 452
„Neues Deutschland" 243, 435
Neumünster 466
Neumünster-Bad Segeberg 110
Neustadt a.d.W. 364*
New York 430*, 520
„New York Times" 517*
Niederdeutsche Union (NU) 28–32, 52f., 362, 610
Niederlande 15*, 127*, 132, 292, 429
Niedersachsen 103*, 363, 524, 551, 588
– Kommunalwahlen (1952) 113, 125, 163*, 329
– Landtagswahlen (1951) 14, 27–32
– Nachwahl (1953) 591*
– Parteien (s. auch dort)
– – BHE 117f., 135, 322, 377, 633, 638f.
– – CDU s. dort
– – DP 254, 530, 604
– – FDP 133, 456
– – SPD s. dort
– – SRP 186, 597f., 604
– Vertriebene 118, 146f., 638f.
– Wahlkampf 401, 443, 458, 572, 596, 603, 610–612, 619
– Wahlrecht (-gesetz) 365, 380, 450–452, 553, 555–559, 572
Nienburg 93*
Nordrhein-Westfalen XXII, 43, 71, 184, 203*, 239, 283
– Bundesrat 6, 109, 130
– Koalitionsfragen 96, 104f., 223, 230
– Kommunalwahlen
– – 1948 330
– – 1952 113, 124f., 163*, 248, 259, 287, 329–347, 528
– Landtagswahlen
– – 1950 330f.
– – 1954 542, 564, 638f.
– Nachwahlen 71f.
– Parteien (s. auch dort)
– – FDP 274, 308f., 362, 456, 529, 550–553, 563, 587, 603*
– – Zentrum 363f., 530, 539
– Vertriebene 109, 117f., 146f., 129, 632f.
– Wahlabsprachen 369, 434, 436f., 439, 445, 551, 553, 556, 592, 602, 604, 624, 626, 642
– Wahlkampf 325, 327, 401f.
– Wahlrecht (-gesetz) 252, 256, 422, 536–546

Nordwestdeutscher Rundfunk (NWDR) 119, 327, 329 (s. auch Rundfunkfragen)
North Atlantic Treaty Organization (NATO) 115, 186, 292, 315, 645*
Norwegen 254*, 412
„Der Notweg" 391
Nouvelles Equipes Internationales (NEI) 49, 67, 76, 93, 94*, 107, 127f., 148f., 197, 484, 515
– Tagung in Bad Ems 66–68, 71, 77
Nürnberg 236

Oberhausen 538
Ochsenfurt 641
Oder 428
Oder-Neiße-Linie X, 61, 183, 229, 305, 432, 504f.
Öffentliche Meinung s. Demoskopie
Österreich 651f.
Österreich-Ungarn 116*
Oeynhausen 38
Offenbach 614
Oldenburg 41, 103, 322, 603f., 612
Oradour 312
Osnabrück 23
Ostfriesland 603, 612
Ostpreußen 145, 504
Ostzone s. Sowjetzone
Ottawa 520

Paderborn 354, 627
Pammunjon 172*
Paris 59, 115, 137, 171f., 207*, 408, 424, 427, 430, 518, 584
– Außenministerkonferenz (1953) 517
– Konferenz (1951) 35f.
– NEI 66, 127
– Nordatlantikrat-Tagung (1952) 171
Parlamentarischer Rat VIII, 113, 156, 175f., 294, 304, 380
Parti Social Chrétien 127
Personalvertretungsgesetz 581
Petersberger Abkommen (1949) 295
Pfalz 364, 437, 501, 572
Pfalzausschüsse 224
Pfleiderer-Plan 122f.
Pinneberg 635*
Polen 61, 114, 139, 172, 229, 291, 305, 648
Pommern 504
Potsdamer Abkommen (1945) 138
Propaganda 118–120, 225f., 281–284, 328, 342, 348, 402–406, 415, 436f., 438f., 527, 643–654

Ravensburg 542
Rechtsradikalismus 30, 308–311, 586, 646 (s. auch Nationalsozialismus)
Recklinghausen 333, 347
Rees-Dinslaken 625, 627
Regensburg 430*
Regierungskoalition (s. auch DP, FDP) 34, 54, 59, 118, 133f., 136, 141, 176f., 206, 213, 215, 217, 301, 308
Reichsgericht 179
Reichstag 136, 276, 332, 590, 628
Rhein 114, 186, 320
Rhein-Wupper-Kreis 628, 630
„Rhein-Zeitung" 285
„Rheinischer Merkur" 11, 97*, 128, 188, 190, 647
Rheinland 477
– Kommunalwahlen (1952) 331–333, 339, 344
Rheinland-Pfalz IX, 62, 177*, 222, 224, 256, 592
– Kommunalwahlen (1952) 125, 163*, 329
– Landtagswahlen (1951) 26f.
– – Regierungsbildung 26f.
– Saarfrage 409
– Wahlabsprachen 533, 553

- Wahlgesetz 256, 376
- Wahlkampf 632
Rheinsberg 55*
Rheydt 294*, 343
Richterwahlgesetz 196, 215
Rom 48, 197*, 240–242, 423f., 428, 484, 517, 650*
Rottenburg 600*
Ruhrbehörde 58
Ruhrgebiet 334, 342, 346, 646
Ruhrstatut 36
Rundfunkfragen 119, 213, 220, 246, 324–329, 341, 379, 617f., 621f.
Rußland s. Sowjetunion

Saarbrücken 412*
Saarfrage 36f., 128, 134, 143, 293, 400f., 408–419, 432f., 434, 504f., 518, 586
Saarland XIX, XXIII, 67, 409–412, 417
San Francisco 520
Sauerland 332, 340, 345f.
Schlesien 71f., 504
Schleswig-Holstein 235, 322, 325, 343
- BHE 118, 345, 362, 610, 633, 637
- andere Parteien 592, 609
- Landtagswahl (1950) 51*
- Wahlabsprachen 365, 596
- Wahlgesetz 380, 447, 553f., 559
- Wahlkampf 352, 355, 458
Schuman-Plan 34, 36–39, 60, 68, 95, 98, 103 (s. auch Montanunion)
Schweden 37, 253, 305
Schweiz 127*, 128, 141, 293
Schwerbeschädigtengesetz 168
Selfkant 336
Siegen IX, 90, 340, 578
Siegerland 332, 340, 345f.
Skandinavien 127*, 399, 561
Solingen 332, 590
Soltau 386
Sowjetunion
- Aufrüstung 34f., 290f., 428
- Einschätzung politischer Ziele 59, 95, 113f., 138f., 183, 229f., 262, 305–307, 518f., 646, 650f.
- innere Lage (Ostblock) 245, 428–430, 648, 652f.
- Notenwechsel 114*, 134, 138, 142f., 292, 584, 593, 647, 654
- Propaganda 226
- Sowjetisierung des Ostblocks 172, 291f., 428, 432
- Verhandlungsrisiken 61, 229, 318f., 432, 518–520, 551f., 596f., 650f.
Sowjetzone
- sowjetischer Einflußbereich 35, 113f., 172, 292, 307, 435
- Flüchtlinge (s. auch unter Vertriebene) 639–641
- innere Krise 138f., 142f., 243–246, 319, 323, 334, 405f., 410, 506, 576, 585, 596, 646, 648
- Teilnahme an CDU-Parteitagen 130, 150, 157, 162, 467
- Tod Stalins 435
- freie Wahlen 229, 593f., 650
Sozialausschüsse s. CDA
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
- Außenpolitische Ziele 132f., 228, 288, 290, 293–308, 426, 431–433, 461, 517, 584f., 653
- - Neutralisierung Deutschlands (Gefahr) XX, 39, 54f., 97, 108, 527, 531, 597, 648f., 650f., 656
- - Saar 411f., 414f., 417–419, 504f.
- Haltung zu den Verträgen (Deutschland- und EVG-Vertrag) 35–37, 60, 112f., 137, 175*, 178, 181–183, 186–189, 193–196, 200, 202f., 205f., 215–217, 228, 288, 290, 293–308,

317f., 320f., 323f., 335, 388, 399, 520, 647, 657
- Beziehungen zu anderen Parteien und Organisationen
- - BHE 558f., 565, 567, 614, 633, 638
- - CDU XIX, 53, 87, 95, 110, 147f., 152, 168–170, 213, 218–221
- - DGB 34, 56, 161, 279–281, 467, 528, 550, 571f., 655f. 225–227, 229–233, 243, 311–315, 328, 393f., 396f., 402f., 405, 439, 458, 564, 573f., 580, 587, 598–600, 601, 615, 652f.
- - FDP 562
- - GVP 592f.
- - KPD 601
- - Zentrum 530
- - Vertriebene 145, 274, 335, 581, 634, 636, 641
- Demoskopie 576, 589, 591
- Konfessionsfrage 95, 275
- Länder
- - Baden-Württemberg 101, 194, 523
- - Berlin 2
- - Hamburg 235, 551
- - Hessen 3, 551, 613
- - Niedersachsen 28–30, 322*, 377, 524*
- - Nordrhein-Westfalen 104–106, 537f., 542f.
- - - Kommunalwahl (1952) 331–344
- - Rheinland-Pfalz 26f.
- Parteidisziplin 208, 210, 270, 277, 408, 568
- Parteifinanzen 19f., 61, 441
- Parteitag (1952) 167, 481, 490, 563*
- Personalpolitik 104–106, 176f., 194, 196, 204, 214f., 345, 620, 624
- Presse und Propaganda 88, 158, 283, 345, 389, 555, 561, 563, 572, 586, 594–596
- Programm 222f., 231, 489, 563
- Rundfunk 119, 325, 621
- Schumacher-Gedenkmarke 578
- Wahlgesetz (-recht) 248–259, 358–380, 422, 450, 452–456, 468, 498f., 525, 532, 535, 545–549, 553f., 557, 566, 608f.

Soziale Marktwirtschaft 74, 167, 231, 551
Sozialgerichtsgesetz 581
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 243*, 435
Sozialistische Reichspartei (SRP) 28–31, 52, 92, 186, 533, 548, 591, 597, 604, 609
Sozialpolitik 33f., 38, 68, 140, 144, 166f., 225, 268, 350, 395, 397f., 459
Spanien 93, 431
„Der Spiegel" 158, 176, 452
Steuerfragen 36, 45, 108, 209f., 268f., 327f., 353, 373, 381–392, 396
Straßburg 36, 68, 290, 303, 305, 414, 420, 423, 425f., 567
Stuttgart 4*, 41*, 124, 133, 142*, 153, 195, 208f., 212, 224, 236, 243, 316, 391, 452, 509, 524, 562, 588, 600*, 607, 639
- Bundesparteitag (1956) XI, XIV

„Stuttgarter Zeitung" 502*
Sudeten 145, 503f.
Südbaden (s. auch Baden, Südweststaat) 56, 99, 117, 358, 376, 437, 512, 544, 632
Südschleswigscher Wählerverband (SSW) 187, 553*
Südweststaat XIX, XXII, 3, 56, 91, 93, 97–105, 112, 117, 187, 194, 224, 317, 321, 362, 443, 456f., 553, 605, 633, 641

„Tägliche Rundschau" 243*
Trier 26

Tschechoslowakei 139, 172, 229, 291, 305, 430*, 504, 596, 648
Tübingen 43
Türkei 428, 431, 650
Tunesien 172*
Tuttlingen 316, 322, 586*, 591

Ungarn 596, 648
„Union in Deutschland" (UiD) 18f., 119, 123f.
„United Press" 518
Unna 40*
Untereggingen IX

Vereinigte Staaten von Amerika (USA)
- Adenauer in USA 461, 469, 484, 490, 498, 504, 520–522
- Bedeutung der Westverträge 57, 302, 304f., 306, 424f., 647f.
- Erhard in USA 43
- Isolationismus 645f.
- SPD 134f., 183, 228f.
- Verhältnis zu Europa 140, 430–432
- Verhältnis zu Frankreich 137
- Verhältnis zu Großbritannien 519f.
- Verhältnis zur Sowjetunion 60, 95, 114f., 139, 652f.
- Verteidigung 35, 57, 138
- Viermächtekonferenz 584f., 654

Vereinte Nationen (UNO) 183, 229, 300, 506, 645*
Versailles 112, 519*
Verteidigung s. EVG, Wehrbeitrag
Vertriebene und Flüchtlinge (auch Verbände) XII, XVI*, 31f., 36, 38, 76, 91, 94*, 117f., 144–148, 159f., 169, 238, 243, 259, 263–266, 274, 335, 339, 342f., 345, 347, 383, 386, 389f., 405, 417, 459–461, 466, 512f., 564f., 581f., 610, 625, 629, 632–641 (s. auch Lastenausgleich)
Vertriebenengesetz 421
Viersen 332, 334
Völkerbund 412

„Die Waage" 284
Wahlen s. unter Ländern, Bundestagswahlen
Wahlrecht, -gesetz (s. auch Hamburg, Schleswig-Holstein)
- Bayern 360, 374
- Niedersachsen 377–379
- 1949 373, 532f., 535, 555
- 1953 106, 136, 150, 247–261, 267f., 275, 280, 287, 297f., 300–302, 307f., 337, 339, 355–381, 419, 421f., 447–457, 468f., 497–499, 500–503, 507, 522, 525f., 531–567, 569, 572, 581, 596, 608, 624, 629, 639
- Sperrklausel 250, 331, 357f., 497, 533–536, 539, 541, 543, 553

Waldeck 616
Washington 59f., 173, 199f., 302, 306f., 430, 518, 520f., 584f., 646, 655f.
Wattenscheid 332
Wehrbeitrag (s. auch EVG) XXIV, 6f., 35f., 57, 59f., 108, 117, 139, 228, 301, 306, 385, 589
Weichsel 428
Weimarer Republik VII, 219, 237, 248, 372, 529, 547
„Die Welt" 122, 654
Westfalen 71, 332f., 339, 344, 537, 540f., 569, 571, 624, 627
Westmächte (s. auch Frankreich, Großbritannien, Vereinigte Staaten) 11f., 37, 58, 119, 164, 292, 298, 302, 323, 584, 586, 650, 654, 656
Westverträge (s. auch EVG- und Deutschlandvertrag) XXIV, 95, 111–116, 119f., 226, 277, 292, 296–306, 315, 318–320, 405, 424f.,

427f., 466f., 521, 540, 561, 595, 650
Wetzlar 613*
Wiedenbrück 71*
Wiedervereinigung XXIII, 95, 139, 152, 159, 262, 299, 307, 315, 318f., 321–323, 328, 396, 460, 520, 594, 596, 646, 651, 654, 656f.
Wiesbaden 3, 7*, 49*, 123*, 143, 613*, 616
„Wirtschaftsbild" (s. auch CDU, Finanzen) XVIII, 9f., 13, 14–21, 25, 40f., 42f., 63, 65, 70–72, 77, 106, 154f., 470f., 643
Wirtschaftspartei 636
Wirtschaftspolitik 7, 33f., 81, 140, 143, 166f., 225, 334, 345, 391, 458, 487
Wohnungsbau (-gesetz) 33, 38, 95, 118, 141, 167f., 230, 345, 353, 388, 510, 581
Wolfsburg 31
Wolfshagen 616
Württemberg 41, 99f., 146, 456, 587
Württemberg-Baden 2–4, 218, 316, 364, 369, 501f., 600
Württemberg-Hohenzollern 145f., 632
Würzburg XVIII
Wuppertal 332, 556

Zentrum (Deutsche Zentrumspartei) XVIIIf., 31, 53, 60, 135, 147, 248*, 249, 267, 280, 547, 642
- Baden 99, 102, 544
- Niedersachsen 29, 322, 379, 524*, 557
- Nordrhein-Westfalen 331, 333f., 337, 341, 363f., 422, 530, 619, 629, 633
- - Rheinland 346
- - Westfalen 136, 345f.
- Rheinland-Pfalz 26f.
- Beziehungen zu SPD und BHE 375, 453f.
- Wahlabkommen 531, 592, 599
- Wahlrecht 533, 536–543, 556, 560

Ziegenhain 613*
20. Juli 1944 211